



Tätigkeitsbericht des Staatsrats

—
2009



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG
WWW.FR.CH



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Staatsrat SR

—

2009

I. EINLEITUNG	1	VII. FINANZIELLE UND PERSONELLE AUSWIRKUNGEN DER VOM GROSSEN RAT IM JAHR 2009 GEFASSTEN BESCHLÜSSE	25
<hr/>		<hr/>	
II. KONJUNKTURELLES UMFELD 2009	1	1. Investitionsrechnung	25
<hr/>		2. Laufende Rechnung	25
1. Weltwirtschaft	1	VIII. PERSONALBESTAND	
2. Schweizer Wirtschaft	1	32	
3. Freiburger Wirtschaft	1	<hr/>	
III. STAND DER IM REGIERUNGSPROGRAMM ANGEKÜNDIGTEN ARBEITEN	2	IX. DIE PARLAMENTARISCHEN VORSTÖSSE	32
<hr/>		<hr/>	
1. Herausforderung 1: Unsere Jugend als Stärke des Kantons hervorheben»	2		
2. Herausforderung 2: Unsere Lebensqualität steigern	4		
3. Herausforderung 3: Das Zusammenleben verbessern	5		
4. Herausforderung 4: Unseren Lebensraum erhalten	7		
5. Herausforderung 5: Die Wirtschaft stärken und den Kanton positionieren	10		
6. Herausforderung 6: Sicherheit durch Bürgernähe und eine leistungsfähige Gerichtsorganisation	12		
7. Herausforderung 7: Näher zum Bürger und weniger Steuern	13		
IV. PLAN ZUR UNTERSTÜTZUNG DER WIRTSCHAFT	17		
<hr/>			
V. STAATSRATSAJAHR	18		
<hr/>			
1. Sitzungen	18		
2. Arbeitstreffen	18		
3. Traditionelle Veranstaltungen	18		
4. Besuche und Empfänge	18		
5. Hundertjährige	19		
VI. AUSSENBEZIEHUNGEN	19		
<hr/>			
1. Konferenz der Kantonsregierungen (KdK).....	19		
2. ch Stiftung	19		
3. Direktorenkonferenzen	19		
4. Konferenz der Kantonsregierungen der Westschweiz (Conférence des Gouvernements de Suisse occidentale; WRK). 22			
5. Bilaterale Treffen zwischen Regierungen	22		
6. Beziehungen zu den Freiburger National- und Ständeräten und zu den Bundesbehörden	22		
7. Vernehmlassungen des Bundes	22		

—
2009

I. EINLEITUNG

Laut Artikel 109 der Verfassung des Kantons Freiburg vom 16. Mai 2004 unterrichtet der Staatsrat den Grossen Rat jährlich über seine Tätigkeiten und den Stand des Legislaturprogramms.

Angesichts des Umstands, dass der Staatsrat den Grossen Rat über beide Elemente informieren muss, wurde der Tätigkeitsbericht über das Jahr 2007 erstmals in zwei Teile gegliedert: Der eine war der Tätigkeit des Staatsrat gewidmet und erläuterte nach einer kurzen Analyse des konjunkturellen Umfelds im Berichtsjahr den Stand der Umsetzung des Regierungsprogramms; im anderen wurde aufgrund eines neuen gemeinsamen Modells über die Tätigkeit der Direktionen und der Staatskanzlei berichtet.

Das neue Konzept erlaubte, dass der Tätigkeitsbericht hauptsächlich einfacher zu lesen war; es wurde gut aufgenommen und wird deshalb bis auf einige kleine Anpassungen für diesen Bericht beibehalten.

II. KONJUNKTURELLES UMFELD 2009

1. Weltwirtschaft

Nach einer starken Rezession zu Beginn des Jahres sind seit Mitte 2009 die ersten Zeichen einer Konjunkturerholung spürbar. Die Massnahmen zur Stützung der Wirtschaft haben ihren Teil zur Verbesserung der Lage beigetragen und sollten sich noch bis ins Jahr 2010 hinein positiv auswirken. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) bleibt jedoch vorsichtig: Die derzeit tragenden Impulse sind überwiegend vorübergehender Natur, denn sie gründen grösstenteils auf den Konjunkturprogrammen und werden im Laufe des Jahres 2010 unweigerlich wieder nachlassen. Ein dauerhafter Wirtschaftsaufschwung wird sich erst mit der – noch ungewissen – Erholung des Privatkonsums wieder einstellen.

Nach Schätzungen des internationalen Währungsfonds (IWF) ist 2009 das Bruttoinlandprodukt (BIP) der Weltwirtschaft um 1,1% geschrumpft. Dies ist für das Weltwirtschaftswachstum das schlechteste Resultat seit dem zweiten Weltkrieg. Für 2010 erwartet der IWF ein Weltwirtschaftswachstum von 3,1%. Der Konjunkturaufschwung wird hauptsächlich durch die Schwellenländer, und zwar insbesondere durch China (9%) und Indien (6,4%), gestützt werden. Das Wachstum der Schwellenländer wird insgesamt auf 5,1% geschätzt, während die übrigen Zonen eine Stabilisierung oder eine leichte Zunahme des BIP verzeichnen werden (Vereinigte Staaten: 1,5%, Euro-Zone: 0,3% und Japan: 1,7%), gleichzeitig aber mit einer Zunahme der Arbeitslosigkeit

konfrontiert sein werden, die bei über 10% der erwerbstätigen Bevölkerung ihren Höhepunkt erreichen wird.

2. Schweizer Wirtschaft

Für 2009 wird das BIP der Schweiz voraussichtlich um 1,6% zurückgehen, was dem schlechtesten Resultat seit 1975 entspricht. Den Experten des SECO zufolge hat die Schweizer Wirtschaft nach vier Quartalen mit rückläufiger Konjunktur im letzten Quartal 2009 aus der Rezession gefunden. Dieser Wiederaufschwung sollte sich 2010 fortsetzen, das SECO rechnet allerdings mit einem verhaltenen BIP-Wachstum um 0,7%. Erst 2011 sollte die Konjunktur spürbar an Schwung gewinnen (2%).

Nach dem ausgeprägten Einbruch der Exporte im Laufe des Jahres (-9,7%) hat inzwischen eine Trendwende stattgefunden. Die Experten rechnen jedoch mit einer eher moderaten Belebung: Die Kapazitätsauslastung ist auf einen langjährigen Tiefstand gefallen und in den meisten Wirtschaftszweigen besteht in nächster Zeit voraussichtlich wenig Bedarf für Kapazitätserweiterungen.

Unter diesen Voraussetzungen kann nicht mit einem Rückgang der Arbeitslosenquote gerechnet werden, die sich 2009 im Jahresdurchschnitt auf 3,7% belief (2,6% für 2008). Die Unternehmen werden angesichts unausgelasteter Kapazitäten kaum Bedarf für Personaleinstellungen haben. Das SECO erwartet deshalb für 2010 eine Arbeitslosenquote von 5% was rund 200'000 Personen entspricht.

3. Freiburger Wirtschaft

Der Kanton Freiburg folgte dem allgemeinen Trend und verzeichnete 2009 eine starke Konjunkturabschwächung mit einem Rückgang des BIP um 1,4% gemäss dem BAK Basel Economics. Da seine Exportindustrie einen Grossteil des BIP erwirtschaftet (61% für 2008), ist der Kanton Freiburg stark von der Konjunktur und vom Konsumklima im Ausland abhängig. Besonders stark traf ihn deshalb die Abnahme der Exporte, die 2009 um 18,1% eingebrochen sind. Auch die Investitionsgüterindustrie sah sich mit einem sehr schwierigen Geschäftsjahr konfrontiert (-6,8%). Das Wachstum im Baugewerbe (2,2%), im öffentlichen Sektor (2,1%) und in der Strom- und Wasserversorgung wirkte sich jedoch stabilisierend auf die gesamte Freiburger Wirtschaft aus. Die Aussichten für 2010 sehen mit der erwarteten Rückkehr auf den Wachstumspfad (0,4%) besser aus.

Die Arbeitslosigkeit ist im Kanton Freiburg 2009 ebenfalls angestiegen. Ihre Quote erreichte im Jahresdurchschnitt 3,3% (2,5% für 2008); damit befindet sie sich knapp unter der Arbeitslosenquote der Schweiz (3,7%) und bleibt die tiefste Quote der Westschweiz vor den Kantonen Wallis (4,1%) und Waadt (5,1%).

—
2009

Die bisherigen Massnahmen zur Stützung der Wirtschaft, insbesondere die Kurzarbeit, sowie die 24 neuen Massnahmen in Verbindung mit dem Wiederankurbelungsplan des Staatsrats haben es erlaubt, die Wirtschaft zu stützen und die Rezession einzudämmen.

III. STAND DER IM REGIERUNGSPROGRAMM ANGEKÜNDIGTEN ARBEITEN

1. Herausforderung 1: Unsere Jugend als Stärke des Kantons hervorheben»

1.1 Die Harmonisierung der obligatorischen Schule weiterverfolgen

Am 12. Februar 2009 hat der Grosse Rat die Gesetzesvorlage zum Beitritt des Kantons Freiburg zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS) und den Gesetzesentwurf zur Westschweizer Schulvereinbarung gutgeheissen. Gegen HarmoS wurde das Referendum ergriffen; das Volk wird am 7. März 2010 über den Beitritt zum HarmoS-Konkordat abstimmen.

Die vom Grossen Rat am 5. September 2008 verabschiedete Einführung des zweiten Kindergartenjahres, ergänzt mit dem Ausführungsreglement vom 9. Dezember 2008, ist zu Schuljahresbeginn 2009 in 48 von 107 Schulkreisen umgesetzt worden. Die Gemeinden müssen den Zweijahreskindergarten spätestens zu Beginn des Schuljahres 2013 anbieten. Im Dezember 2009 wurde eine Umfrage zu den bisherigen Erfahrungen mit dieser Umstellung gestartet.

Nachdem die Schulleitungen der Primarschulen in allen Schulkreisen Deutschfreiburgs eingerichtet sind, besteht diese Führungsstruktur für die Primarschule inzwischen auch an 62 von 74 Schulen im französischsprachigen Kantonsteil. Die Durchführungsphase für die Schulprojekte dauert voraussichtlich bis 2012.

Mit dem Gesetz vom 8. Oktober 2008 zur Verlängerung des Dekrets über die Finanzierung und den Betrieb der Anschlussklassen und der schulinternen Massnahmen hat der Grosse Rat das Betreuungssystem für verhaltensauffällige Schülerinnen und Schüler bestätigt und verstärkt.

Bisher ist in acht Primar- und Orientierungsschulen ein Versuchsprojekt Schulgesundheit (PESS) durchgeführt worden. Diese Projekte ermöglichten es, den Gesundheitszustand und die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler, die die obligatorische Schule besuchen, zu erfassen. Gleichzeitig brachten diese

Projekte Aufschlüsse über die Frage, was die Gesundheit an der Schule bedeutet; so liessen sich vor allem die Parameter, die die Gesundheit der Schülerinnen und Schüler und das Wohlbefinden der Lehrpersonen beeinflussen, besser bestimmen. Gestützt auf diese Erkenntnisse kann nun die Vorgehensweise geplant und in diesem Bereich kohärenter eingegriffen werden. Das daraus resultierende Gesundheitskonzept für die Schule wird im Jahr 2010 in die Vernehmlassung geschickt.

Das neu für die Sonderpädagogik und die Schuldienste zuständige Amt für Sonderpädagogik (SoA) hat seine Tätigkeit am 1. Januar 2008 aufgenommen. Die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport (EKSD) ist mit der Erarbeitung eines entsprechenden kantonalen Konzepts betraut und hat dazu eine Arbeitsgruppe und Unterarbeitsgruppen für die verschiedenen Bereiche gebildet. Der gesamtschweizerische Rahmen für den sonderpädagogischen Bereich ist in der Interkantonalen Vereinbarung über die Zusammenarbeit im sonderpädagogischen Bereich abgesteckt worden; der Grosse Rat hat am 16. Dezember 2009 dem Beitritt des Kantons Freiburg zu dieser Vereinbarung zugestimmt.

1.2 Die Infrastrukturen der Sekundarstufe II modernisieren

Im Anschluss an die Volksabstimmung vom 1. Juni 2008 konnte der Staat die Liegenschaft des Kollegiums Gambach von der Kongregation der Ursulinenschwestern erwerben; daraufhin wurden im Sommer 2009 die Renovations- und Ausbaurbeiten begonnen. Die neuen Einrichtungen werden ab dem Schuljahresbeginn 2012 nach und nach in Betrieb genommen.

Nach Beendigung des Architekturwettbewerbs für den Ausbau des Kollegiums des Südens erteilte der Staatsrat dem Architekturatelier, das den Wettbewerb gewonnen hat, den Auftrag, eine Detailstudie zum Projekt zu erstellen. Gestützt auf dieser Studie soll dann im Jahr 2010 eine Botschaft und einen Dekretsentwurf zuhanden des Grossen Rates erarbeitet werden.

Am 9. November 2009 überwies der Staatsrat dem Grossen Rat einen Dekretsentwurf über einen Verpflichtungskredit für die technische Ausstattung von drei Schulhäusern, darunter des Kollegiums Heilig Kreuz und des Kollegiums St. Michael.

An dem im Jahr 2008 begonnenen Bauprojekt «Boucle» des Kantonalen Berufsbildungszentrums «Derrière-les-Remparts» wurden im Jahr 2009 weiter gearbeitet. Auch an der Baustelle der neuen Lehrwerkstätte im Pérolles gingen die Arbeiten weiter.

1.3 Die Hilfe zugunsten von Jugendlichen in Schwierigkeiten verbessern

Die Verbesserung der Hilfsangebote für Jugendliche in Schwierigkeiten ist im Regierungsprogramm unter den prioritären Auf-

—
2009

gaben aufgeführt. Für einen Teil der Schülerinnen und Schüler gestaltet sich der Übertritt von der obligatorischen Schule in eine Ausbildung schwierig. Mit der Plattform Jugendliche können dank der Koordination zwischen mehreren Institutionen Übergangslösungen angeboten werden für all jene, die nach der OS keinen Ausbildungsplatz finden.

Der Staatsrat hat den Schlussbericht der Kommission für Jugendliche mit Schwierigkeiten bei der beruflichen Eingliederung zur Kenntnis genommen. Er hiess die Umsetzung der vorgeschlagenen Massnahmen gut. Die Volkswirtschaftsdirektion (VWD), die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport (EKSD) sowie die Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD) haben die Aufgabe, ein neues Mandat für die Kommission zu erarbeiten. Diese soll die Umsetzung der Empfehlungen des Berichts planen und festlegen, welche der vorgeschlagenen Massnahmen vorrangig zu erfüllen sind. Unter diesen Massnahmen sind vor allem Folgende zu nennen: die Beibehaltung der Plattform Jugendliche, die Koordination des Case Managements und die Verstärkung der Berufsberatung.

1.4 Die Freiburger Hochschulen positionieren

Der Vorentwurf für die neue interkantonale Vereinbarung über die Westschweizer Fachhochschule (HES-SO), der im Jahr 2008 dem Eidg. Volkswirtschaftsdepartement (EVD) unterbreitet wurde, ist im Auftrag des EVD von einer Expertengruppe geprüft worden. Der Strategische Ausschuss der HES-SO hat daraufhin den Vorentwurf für die neue Vereinbarung nach den Empfehlungen der Expertengruppe überarbeitet und im Oktober dem Bund zur erneuten Prüfung vorgelegt. Im neuen Verordnungsentwurf ist unter anderem vorgesehen, die akademische und operative Führung des Rektorats zu verstärken und die Mitwirkung des Personals und der Studierenden sicherzustellen. Mit der neuen Vereinbarung sollte die Fachhochschule Westschweiz die im Jahr 2008 festgelegten Voraussetzungen erfüllen. Der Bund wird voraussichtlich im Januar 2010 antworten.

Die Arbeiten am künftigen Gesetz über die Fachhochschule Westschweiz–Freiburg (LHES-SO) sind praktisch abgeschlossen. Sie müssen noch mit dem neuen Vereinbarungsentwurf abgestimmt werden.

Die Universität arbeitete weiter daran, ihre Tätigkeit auf eine Reihe von Kompetenzbereichen und thematischen Schwerpunkten zu konzentrieren und ihr Angebot durch strukturelle Änderungen, Zusammenlegungen und gezielte Fördermassnahmen besser bekannt und sichtbar zu machen. So wurde die Philosophische Fakultät komplett restrukturiert; dabei wurde vor allem die Zahl der Departemente der Fakultät von 14 auf 7 verringert. Diese neuen Departemente verbinden sich zu einem wissenschaftlichen Schwerpunkt, wodurch die Strukturen transparenter und leichter erfassbar werden. Die betrieblichen Abläufe der Fakultät wurden

ebenfalls vereinfacht. Gleichzeitig wurden die Sozialwissenschaften durch einen Zusammenschluss dieses bisher auf zwei Fakultäten aufgeteilten Bereichs verstärkt: Neu ist dieser in der Philosophischen Fakultät im Departement für Sozialwissenschaften zusammengeschlossen, das die Studienbereiche Sozialanthropologie, Sozialpolitik und Sozialarbeit, Politikwissenschaft, Religionswissenschaften und Soziologie umfasst. Die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät baute das französischsprachige Angebot in der Medien- und Kommunikationswissenschaft aus. Die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät hat die bereits begonnene Ausrichtung auf zwei Schlüsselbereiche fortgeführt: auf die Materialwissenschaften mit dem AMI und dem Frimat einerseits und auf die Life Sciences andererseits. Dieser zweite Bereich zieht eine bedeutende Zahl von Studierenden an; im Herbst 2009 begann eine erste Gruppe von 21 Studierenden das 3. Studienjahr in Medizin. Die Theologische Fakultät gründete zwei neue Institute, um die Forschung in ihren anerkannten Schwerpunkten zu fördern. Die Rechtswissenschaftliche Fakultät arbeitete weiter daran, ihr internationales Profil zu stärken und bot dazu im Herbst 2009 einen neuen Studiengang «Master of Laws in Cross-Cultural Business Practice» an.

Der Entwurf zur Revision des Gesetzes über die Pädagogische Hochschule (PHG) wird demnächst in die Vernehmlassung geschickt. Auf struktureller Ebene befasst sich die PH weiterhin mit der Umwandlung der verschiedenen Einheiten (Grundausbildung, Forschung und Entwicklung) in Lehr- und Forschungsbereichen. Das Ziel dieser Reorganisation besteht darin, eine noch kohärentere Bildung anbieten zu können und einzelne Kompetenzbereiche auf nationaler Ebene zu fördern. Der Studiengang wird ebenfalls angepasst, damit er den neuen Anforderungen der interkantonalen Bildungspolitik entspricht (Beispiel: Einführung von Englisch oder Integration der Kinder mit besonderen Bedürfnissen).

Auf kantonaler und interkantonomer Ebene hat die PH zu verschiedenen Vernehmlassungen, die sich mit der Schulentwicklung oder mit der Lehrerinnen- und Lehrerbildung befassen, Stellung bezogen. Sie wurde unter anderem für die Co-Leitung (gemeinsam mit der PH Zürich) des nationalen Konsortiums für die Bildung für Nachhaltige Entwicklung auserkoren.

Die Arbeitsgruppe, die vom Staatsrat mit der Revision des Gesetzes über die Universität betraut wurde, hat den ersten Teil ihrer Arbeiten bald abgeschlossen. Diese bestanden darin, Empfehlungen zu formulieren, die – nach einer internen Vernehmlassung – als Grundlage für die Gesetzesvorlage dienen sollen.

—
2009

1.5 Gesetzgebungsprojekte der Herausforderung Nr. 1

Projekt Nr.	Gegenstand	Stand Ende 2009
1.1	Gesetz über den Kindergarten, die Primarschule und die Orientierungsschule (SchG, Totalrevision)	Vorentwurf in Vorbereitung
1.2	Gesetz über den Sonderschulunterricht (Totalrevision)	Vorarbeiten in Gang
1.3	Gesetzes über die kantonale Lehrmittelverwaltung (neu)	Gesetz vom 13.9.2007
1.4	Kantonales Sportgesetz (neu)	Gesetzesentwurf an den GR überwiesen
1.5	Gesetz über die Stipendien und Ausbildungsdarlehen (Totalrevision)	Gesetz vom 14.2.2008
1.6	Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung (Totalrevision)	Gesetz vom 13.12.2007
1.7	Gesetz über die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (Totalrevision)	Gesetz vom 14.3.2007
1.8	Gesetz über die Universität (Totalrevision)	Vorarbeiten in Gang
1.9	Gesetz über die pädagogische Hochschule (Totalrevision)	Vorarbeiten in Gang
1.10	Gesetz über die Fachhochschule Freiburg für Technik und Wirtschaft (Totalrevision: Erarbeitung eines Gesetzes über die Fachhochschule Westschweiz//Freiburg (LHES-SO//FR)	Vorarbeiten in Gang
1.11	Gesetz über den Beitritt des Kantons Freiburg zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (neu)	Gesetz vom 12.2.2009, Volksabstimmung am 7. März 2010
1.12	Gesetz über den Beitritt des Kantons Freiburg zur Westschweizer Schulvereinbarung (neu)	Gesetz vom 12.2.2009
1.13	Gesetz über den Beitritt des Kantons Freiburg zur Interkantonalen Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik (neu)	(zum Regierungsprogramm 2007–2011 hinzugefügt) Gesetz vom 16.12.2009

2. Herausforderung 2: Unsere Lebensqualität steigern

2.1 Die Gesundheit der Bevölkerung erhalten und fördern

Der Zugang zu qualitativ hochstehenden Pflegeleistungen für alle stellt noch immer die Zielsetzung des Staates im Gesundheitsbe-

reich dar. Die Arbeiten der Gesundheitsplanung wurden weiter geführt, wobei das Projekt der «Notfallerversorgung» im Vordergrund stand. Die Abdeckung des Kantonsgebietes mit ärztlichen Grundversorgerinnen und Grundversorgern ist ebenfalls Gegenstand eingehender Überlegungen. Im Übrigen war das Jahr 2009 von zwei Dossiers geprägt: das «vorhergesehene» Dossier zum Schutz vor dem Passivrauchen, wo die entsprechende Gesetzgebung in Kraft getreten ist, und das «unvorhergesehene» Dossier der Grippe A(H1N1). Letzteres hat zahlreiche Ressourcen mobilisiert und gezeigt, dass der Kanton durchaus in der Lage ist, einer Pandemie die Stirn zu bieten.

Im Bereich der Gesundheitsförderung und der Prävention ging es mit der Ausarbeitung des kantonalen Aktionsplans weiter voran; dabei wurden Leistungsaufträge mit den Haupteinrichtungen dieser Domäne abgeschlossen. Ausserdem wurden zwei grosse Projekte lanciert: das «Freiburger Aktionsprogramm gesundes Körpergewicht» und der «Kantonale Alkoholaktionsplan».

2.2 Die beiden Gesundheitsnetze festigen

Auch in diesem Jahr ging es in den beiden Pflegenetzwerken sowohl mit der Umsetzung als auch mit der Entwicklung der jeweiligen Leistungen zügig voran. Das freiburger spital (HFR) hat die neuen Aufgaben einiger Standorte in die Tat umgesetzt, so z. B. die kardiovaskuläre Rehabilitation im HFR Billens oder die ärztliche Permanence im HFR Meyriez-Murten. Mit der Verabschiedung des Dekrets für den Bau und die Ausrüstung eines Gebäudes für medizinische Bildgebung im HFR Riaz durch den Grossen Rat hat das HFR einen wichtigen Schritt unternommen; zur Ausrüstung gehört namentlich ein MRI-Gerät.

Das Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit (FNPG) hat seinerseits sein Angebot durch den Ausbau der liaisonpsychiatrischen, ambulanten und teilstationären Leistungen angepasst. Dank der Eröffnung zweier neuer regionaler Zweigstellen in Romont und Tafers und der Ausdehnung der liaisonpsychiatrischen Leistungen in allen Pflegeheimen des Kantons sind die Leistungen zugänglicher geworden. Des Weiteren hat das FNPG für den Sektor Kinder- und Jugendpsychiatrie ein bereichsübergreifendes mobiles Interventionsteam geschaffen.

2.3 Das Management der Lebensmittelsicherheit vereinheitlichen

Obwohl das neue Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen seine Tätigkeit noch an zwei verschiedenen Standorten ausüben muss (Pérolles und Granges-Paccot), konnten die Arbeiten zur Verstärkung dieses Amtes weitergeführt werden. Aufgrund der gesetzlichen Anforderungen, die einerseits der Kontrolle der Lebensmittel und der Gebrauchsgegenstände und andererseits der Verwaltung des Veterinärwesens zugrunde liegen, sowie der Arbeitsmethoden des jeweiligen Bereiches,

—
2009

erweist sich die harmonische Gestaltung des Amtes als schwierig. Trotzdem konnten sich durch die Zusammenlegung bereits verschiedene Synergien entwickeln, insbesondere im Bereich der Administration und der Fleischhygienekontrolle. Schliesslich wurden auch die Planungs- und Umbauarbeiten des Gebäudes weitergeführt, in dem sich zurzeit noch das Autobahnamt befindet, später jedoch das Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen untergebracht werden soll.

2.4 Die Betreuung unserer schwächeren Mitmenschen überprüfen

Die Unterstützung der schwächeren Mitmenschen ist ein Verfassungsauftrag. Sie konnte zwar bereits bis zu einem gewissen Grade in die Tat umgesetzt werden, bedarf aber noch verschiedener Verbesserungen. Infolge eingehender Studien verzichtet der Staatsrat auf die Einführung eines einheitlichen massgebenden Einkommens (EME) für die kantonalen bedarfsabhängigen Leistungen. Somit ist zwar das EME als Instrument ungeeignet, das Ziel der Koordination und der Harmonisierung des Sozialhilfesystems wird jedoch trotzdem beibehalten, namentlich in Form einer Vereinheitlichung der Sozialhilfverfahren. Im Rahmen der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) hat der Kanton sein kantonales Konzept für die Integration von Personen mit Behinderungen in die Vernehmlassung gegeben. Die Politik zugunsten älterer Menschen wiederum hat mit der Lancierung des Projektes «Senior+», das alle betroffenen Bereiche abdeckt, den entscheidenden Anstoss bekommen.

Der Vorentwurf des Gesetzes über die Ausübung der Prostitution wurde im Frühling 2009 in die Vernehmlassung geschickt. Am Ende fiel die Wahl nicht auf die Variante der obligatorischen, sondern auf die der fakultativen Anmeldung der Prostituierten bei den Behörden. Das neue Gesetz will die Bekämpfung der Zwangsprostitution verstärken, die Informationsarbeit ausbauen und Organisationen, die Präventionsarbeit bei den Prostituierten leisten, unterstützen.

2.5 Die künstlerischen und sportlichen Tätigkeiten fördern

Seit Inkrafttreten des Unterstützungskonzepts für Aufführungen von Bühnen- oder Musikproduktionen innerhalb des Kantonsgebietes Ende 2008 wurden 11 Dezentralisierungsprogramme organisiert. Was die Aufführungen im Ausland betrifft, so fanden im Kanton Freiburg dank der Vereinbarung mit der Region Elsass verschiedene Elsässer Aufführungen Einzug und es konnte ein Künstleratelier eröffnet werden. Des Weiteren konnten rund zehn Lehrpersonen in Strassburg eine Ausbildung im Bereich Mediation und Theater absolvieren. Der Steuerungsausschuss, der sich aus Vertreterinnen und Vertretern aus beiden Regionen zusammensetzt, hat beschlossen, den zuständigen Behörden eine Verlängerung der Vereinbarung vorzuschlagen; normalerweise würde diese Ende 2010 auslaufen.

Am 3. Mai 2009 hat das Freiburger Kammerorchester (FKO) in La Tour-de-Trême sein Eröffnungskonzert gegeben. Seither hat das FKO fünf Konzerte gegeben und die Aufführungen der Freiburger Oper 2009 begleitet.

Der Kanton beteiligt sich an den verschiedenen Programmen des Bundes, wie z. B. «schweiz.bewegt» und insbesondere «Die Gemeinden handeln!»; bis jetzt haben sich 17 Freiburger Gemeinden für die Ausgabe 2010 angemeldet. Infolge der Vernehmlassung von 2008 und 2009 kann im Januar 2010 dem Grossen Rat der Entwurf eines Sportgesetzes unterbreitet werden. Was die Sportinfrastrukturen betrifft, so können die 2009 aufgenommenen Arbeiten im St. Leonhard abgeschlossen und am 4. Januar 2010 die zweite Eishalle eröffnet werden, mit offizieller Einweihung am 28. Januar 2010. Der Bau der Sporthalle sollte Anfang Sommer 2010 abgeschlossen sein.

2.6 Gesetzgebungsprojekte der Herausforderung Nr. 2

Projekt Nr.	Gegenstand	Stand Ende 2009
2.1	Ausführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Hilfe an Opfer von Straftaten (Teilrevision)	Gesetz vom 4.12.2008
2.2	Gesetz über die Schulzahnpflege und -prophylaxe (Totalrevision)	Vorstudien im Gang
2.3	Ausführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über den Tierschutz (Totalrevision)	Arbeiten im Gang
2.4	Gesundheitsgesetz (Teilrevision)	Gesetz am 8.5.2009 verabschiedet
2.5	Gesetz über das Trinkwasser (Totalrevision)	Vorentwurf ausgearbeitet
2.6	Gesetz über die Prostitution (neu)	Entwurf dem Grossen Rat überwiesen
2.7	Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über die wirtschaftliche Landesversorgung (neu)	Endgültiger Vorentwurf in Ausarbeitung
2.8	Gesetz über Menschen mit Behinderungen (neu)	Vorstudien im Gang
2.9	Gesetz über ältere Menschen (neu)	Vorstudien im Gang

3. Herausforderung 3: Das Zusammenleben verbessern

3.1 Die Familienpolitik festigen

In der Familienpolitik wurden im Verlauf des Jahres wichtige Gesetzgebungsarbeiten durchgeführt, die mehrheitlich die Umsetzung der neuen Kantonsverfassung betrafen. Die Einführung von Ergänzungsleistungen für Familien in bescheidenen Verhältnis-

—
2009

sen wurde im Detail geprüft und ein Vorentwurf dazu ist in Vorbereitung. Dasselbe gilt für das Prinzip «ein Kind - eine Zulage», für das die Entwicklung der Bundesgesetzgebung miteinbezogen werden muss. Das Dossier «Einrichtungen zur Betreuung von Kindern im Vorschulalter» wurde mit einer detaillierten Studie zur Abdeckung im Kanton und zum Bedarf weiterverfolgt; der Vorentwurf für ein neues Gesetz steht kurz vor dem Vernehmlassungsverfahren. Der Gesetzesentwurf über die Mutterschaftsbeiträge, der die Bundesregelung zur Mutterschaftsversicherung ergänzt, wurde dem Staatsrat überwiesen.

Der Bericht über die Schaffung einer sozialen Anlaufstelle, der auf Anstoss eines Postulats verfasst wurde, wurde dem Parlament vorgelegt, das davon Kenntnis genommen hat. Die GSD ist mit der Umsetzung dieses «Familienschalters» zu allen Sozialleistungen beauftragt, der den Zugang zu allen wichtigen Informationen und Diensten erleichtern soll. Das Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen hat die ersten Kapitel des Familienordners ins Netz gestellt (www.familles-fribourg.ch).

Im Berichtsjahr wurde die Familienpolitik auch strukturell verstärkt: Beim Kantonalen Sozialamt wurde eine Stelle als Koordinator im Bereich Familienpolitik geschaffen und beim Jugendamt wurde eine Koordinatorin eingestellt, um die schulergänzende Kinderbetreuung zu fördern und die Gemeinden in diesem Bereich zu unterstützen. Schliesslich ging das Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen (BGF), das bisher administrativ der ILFD zugewiesen war, auf den 1. Januar 2010 an die GSD über. Diesen Wechsel, der erfolgreiche Synergien verspricht, haben die beiden Direktionen dem Staatsrat gemeinsam vorgeschlagen.

3.2 Die Zweisprachigkeit als Stärke des Kantons hervorheben

Ein Entwurf eines kantonalen Konzepts für den Sprachunterricht wurde von Februar bis Juni 2009 in die Vernehmlassung gegeben. Mit dem Konzept wird beabsichtigt, den Unterricht der Partnersprache und von weiteren Sprachen, insbesondere Englisch, auf den drei Stufen der obligatorischen Schule und auf der Sekundarstufe II zu fördern. Die 401 ausgewerteten Stellungnahmen zeigen allgemein eine breite Zustimmung zu den neun Vorschlägen des Konzepts. Das Konzept wurde nach der Vernehmlassung angepasst; der Staatsrat wird Anfang 2010 einen Bericht dazu vorlegen, um den Grossen Rat zu informieren und mehreren parlamentarischen Vorstössen Folge zu geben, die zu diesem Thema eingereicht wurden.

Was die Hochschulen betrifft, so sehen sowohl die Universität als auch die HES-SO // FR und die PH die Zweisprachigkeit, oder besser gesagt die Mehrsprachigkeit, als eine Stärke und halten sie für strategisch wichtig. Sie bieten, je nach Bereich, verschiedene

Möglichkeiten an, einen Teil der Studien in einer anderen Sprache zu absolvieren. Das Institut für Mehrsprachigkeit der Universität und der PH wurde am 23. März 2009 in Anwesenheit von geladenen Gästen aus der ganzen Schweiz offiziell eingeweiht. Seine Tätigkeit wird immer wichtiger und es hat mehrere Aufträge von den übrigen Kantonen und vom Bund erhalten.

Ein nationales Projekt Graduate School und Master in Fremdsprachendidaktik wurde umgesetzt; die erste Ausbildung in diesem Bereich beginnt im Herbst 2010. Die Partnerhochschulen dieses Projekts, das von der EDK im Rahmen einer Ausschreibung initiiert wurde, sind die Universitäten Freiburg und Bern sowie die Pädagogischen Hochschulen von Freiburg und Bern. Zwischen den beiden Universitäten und den beiden PH wurde im November 2008 ein Zusammenarbeitsabkommen unterzeichnet.

3.3 Migrantinnen und Migranten integrieren

Der Staatsrat verabschiedete Ende 2008 das kantonale Leitbild und einen Aktionsplan für die Integration von Migrantinnen und Migranten. Die kantonale Integrationspolitik ging 2009 schnell voran. Mehrere grössere Projekte wurden begonnen oder fortgeführt: Förderung des Erlernens der Amtssprachen des Kantons durch die Migrantinnen und Migranten, Willkommensbroschüre für Neuzugezogene, Ausarbeitung eines Rahmengesetzes über die Integration. Mit diesem letzten Punkt wird eine öffentliche Debatte zu Fragen der Integration und zur kantonalen Politik in diesem Bereich möglich sein. Das neue Rahmengesetz soll die zentrale Rolle der Gemeinden in der Umsetzung der Integrationspolitik unterstreichen. Die Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden wurde 2009 intensiviert, namentlich durch die Ernennung von Kontaktpersonen für Integrationsfragen in über der Hälfte der Gemeinden.

Nach der Annahme der eidgenössischen Volksinitiative gegen den Bau von Minaretten in der Schweiz möchte der Staatsrat öffentlich daran erinnern, wie wichtig die kantonale Integrationspolitik ist, die die Verbesserung des Zusammenlebens zwischen verschiedenen Gemeinschaften zum Ziel hat.

3.4 Territoriale Strukturen an die Entwicklung der Gesellschaft anpassen

Im Rahmen des Projekts zur Umsetzung der Verfassung, das sich mit der Prüfung der territorialen Strukturen befasst, geht es darum herauszufinden, welche Raumorganisation der Staat Freiburg braucht, um die staatlichen Aufgaben optimal erfüllen zu können. Die Projektorganisation hat nun gemäss dem Auftrag, der ihr übertragen wurde, ihren Bericht vorgelegt. Der Auftrag der Projektorganisation besteht darin:

> mit der Prüfung einer Neueinteilung der Bezirke fortzufahren;

—
2009

- > der Option, die die Bildung von drei Bezirken vorsieht, den Vorrang einzuräumen;
- > die Gesetzgebung über die Oberamtmänner zu überprüfen, insbesondere unter dem Aspekt ihrer Stellung und ihrer Zuständigkeiten;
- > die Aufteilung der Wahlkreise zu überprüfen.

Die Projektorganisation hat eine erste Prüfung des Berichts vorgenommen. Sie wird dem Staatsrat ihre Stellungnahme zukommen lassen.

3.5 Das Kantonszentrum stärken

Die Agglomeration Freiburg ist konstituiert. Die 2008 von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern verabschiedeten Statuten sehen vor, dass die Agglomeration die interkommunale Zusammenarbeit bei Aufgaben von regionalem Interesse in den Bereichen Raumplanung, Mobilität, Umweltschutz, Wirtschaftsförderung, Tourismusförderung und Förderung kultureller Aktivitäten umsetzt. Im Bereich der Raumplanung erstellt sie den Richtplan der Agglomeration und gewährleistet zusammen mit dem Staatsrat die Aufsicht darüber.

3.6 Die finanziellen Unterschiede zwischen den Gemeinden verringern

Die Arbeiten zur Reform des interkommunalen Finanzausgleichs wurden 2009 weitergeführt und der Staatsrat überwies dem Grossen Rat einen Gesetzesentwurf. Dieser wurde am 16. November 2009 vom Grossen Rat verabschiedet; die Volksabstimmung findet am 7. März 2010 statt.

3.7 Gesetzgebungsprojekte der Herausforderung Nr. 3

Projekt Nr.	Gegenstand	Stand Ende 2009
3.1	Gesetz über die kantonalen Mutterschafts- und Adoptionsbeiträge (Totalrevision)	Vorentwurf dem Staatsrat überwiesen
3.2	Gesetz über die Betreuung von Kindern (Totalrevision)	Vorentwurf ausgearbeitet
3.3	Kantonales Gesetz über die Familienzulagen (Totalrevision)	1. Etappe abgeschlossen (Gesetz vom 8.10.2008); 2. Etappe (Umsetzung von Art. 60 Abs. 1 KV) im Gang
3.4	Gesetz über Ergänzungsleistungen für Familien in bescheidenen Verhältnissen (neu)	Vorentwurf in Ausarbeitung
3.5	Gesetz über die Unterhaltsbeiträge (neu)	Vorentwurf in Ausarbeitung

Projekt Nr.	Gegenstand	Stand Ende 2009
3.6	Gesetz über die Zahl und den Umfang der Verwaltungsbezirke (Totalrevision)	2. Phase der Arbeiten abgeschlossen (Bericht des Projektausschusses an die Projektoberleitung überwiesen)
3.7	Gesetz über die Oberamtmänner (Totalrevision)	In das Projekt 3.6 integriert
3.8	Gesetz über die Ausübung der politischen Rechte (Teilrevision)	Vorstudien im Gang
3.9	Gesetz über den interkommunalen Finanzausgleich (neu)	Gesetz am 16.11.2009 angenommen (wird am 7.3.2010 dem Volk unterbreitet)
3.10	Gesetz über die Integration der Migrantinnen und Migranten (neu)	Vorentwurf in Ausarbeitung
3.11	Anpassung von Gesetzen in den Bereichen, die von der NFA berührt werden	Gesetz vom 12.6.2007
3.12	Gesetz über die Gemeindezusammenschlüsse (neu)	(Zum Regierungsprogramm 2007-2011 hinzugefügt) Vorentwurf in Vorbereitung

4. Herausforderung 4: Unseren Lebensraum erhalten

—

4.1 Die gesetzlichen Grundlagen für die Raumplanung modernisieren

Am 2. Dezember 2008 verabschiedete der Grosse Rat das neue Raumplanungs- und Baugesetz (RPBG). Am 1. Dezember 2009 verabschiedete der Staatsrat das Ausführungsreglement zu diesem Gesetz (RPBR). Gesetz und Reglement traten am 1. Januar 2010 in Kraft. Sie übernehmen die Elemente des bisherigen Rechts, die sich bewährt haben, und optimieren die einschlägigen Verfahren. Das Gesetz verlangt für die Einreichung von Planungsdossiers und Baugesuchen einen Befähigungsnachweis. Der strategische Charakter der Raumplanung wird gestärkt, indem die Regionalplanung, die freiwillig bleibt, mehr Bedeutung erhält. Es werden neue Instrumente eingeführt, die den Gemeinden eine bessere Bewirtschaftung ihrer Bauzonen erlauben (Stärkung der kommunalen Richtplanung, Instrumente zur Bekämpfung der Baulandhortung). Die alleinige Kompetenz des Gemeinderats zur Annahme des Ortsplans wird beibehalten. Das neue Recht trägt des Weiteren der Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe (IVHB) Rechnung, der der Kanton beigetreten ist. Nicht zuletzt führt das RPBG auch ein neues System für die Materialausbeutung ein, die eine effizientere Bearbeitung der Dossiers und eine bessere Kontrolle des Betriebs erlauben wird.

2010 werden verschiedene Dokumente (Richtlinien zum Inhalt der Baubewilligungsgesuche, Bauhandbuch usw.) ausgearbeitet

—
2009

und verteilt werden, um die Umsetzung des neuen Rechts zu vereinfachen.

4.2 Umwelt und Natur schützen

Am 18. Dezember 2009 hat der Grosse Rat das neue Gewässergesetz (GewG) einstimmig angenommen. Darin sind die Bestimmungen zum Schutz der unter- und oberirdischen Gewässer sowie zum Wasserbau vereint. Mit diesem Gesetz wird der Grundsatz der koordinierten Gewässerbewirtschaftung auf der Grundlage von regionalen Einzugsgebieten eingeführt und die Finanzierung festgelegt. Das GewG soll zusammen mit seinem Ausführungsreglement Anfang 2011 in Kraft treten.

Der Massnahmenplan Luftreinhaltung, der seit dem 1. Januar 2008 in Kraft ist, dient der Koordination aller Anstrengungen gegen die Luftverschmutzung und sieht Massnahmen in den Bereichen Verbrennungsanlagen, Agglomerationsverkehr, Siedlungsentwicklung und Landwirtschaft vor. Er ist eine wichtige Grundlage für die Richtpläne der Agglomerationen. Im Bereich der Mobilität wurden der Massnahmenplan und der kantonale Verkehrsplan aufeinander abgestimmt. 2010 wird der Massnahmenplan einer detaillierten Bewertung unterzogen werden.

Die Umsetzung der Strassenlärmschutzmassnahmen wird im Rahmen von Programmvereinbarungen zwischen Bund und Kanton geregelt. Über dieses Instrument erhält der Kanton bedeutende Bundesbeiträge für die Verwirklichung der entsprechenden Projekte. Für die Verwirklichung des Kantonsstrassenprogramms hat der Grosse Rat 2008 einen Verpflichtungskredit von 6 Millionen Franken gutgeheissen. Die Lärmsanierungsarbeiten wurden planmässig in Angriff genommen. Der Staatsrat hat am 17. März 2009 eine Verordnung verabschiedet, die die Organisation und das Verfahren beim Lärmschutz festlegt.

Im Bereich der belasteten Standorte hat der Kanton mit der Umsetzung der Massnahmen begonnen, die aufgrund des im Oktober 2008 veröffentlichten Katasters nötig sind. Den betroffenen Personen wurden unter Berücksichtigung der Dringlichkeit die entsprechenden Untersuchungs-, Überwachungs- und Sanierungsarbeiten aufgetragen. Die wichtigsten Daten des Katasters können über das Geoportal des Kantons eingesehen werden. Bei der ehemaligen Deponie La Pila wurden weitere detaillierte und weitreichende technische Untersuchungen durchgeführt. Um zu verhindern, dass sich Materialien und Abfälle aus der instabilen Zone lösen und in die Saane stürzen, wurden im Sommer 2009 Sofortmassnahmen durchgeführt. In einem nächsten Schritt wird es darum gehen, ein Sanierungsprojekt auszuarbeiten. Darüber hinaus wurde der Entwurf für ein kantonales Ausführungsgesetz zur Altlasten-Bundesgesetzgebung und die begleitende Botschaft in Angriff genommen. Es besteht unter anderem die Absicht, einen Fonds einzurichten, der insbesondere mit den Abgaben für

abgelagerte Abfälle gespiesen und zur Finanzierung bestimmter Sanierungskosten dienen soll.

Das Kapitel zur Abfallbewirtschaftung des kantonalen Richtplans sowie die kantonale Abfallplanung wurden in den Bereichen Ablagerung von Inertstoffen, Bewirtschaftung von Aushub- und Abraummaterial und Wiederverwertung von Biomasse revidiert. Diese Anpassungen waren nötig, um den Entwicklungen in diesem Gebiet Rechnung zu tragen. Die Änderungen wurden am 14. Dezember 2009 vom Staatsrat angenommen.

Der Vorentwurf des Gesetzes über den Natur- und Landschaftsschutz wurde fertiggestellt. Die öffentliche Vernehmlassung wurde vom Staatsrat bewilligt; diese wird Anfang 2010 stattfinden. Mit dem neuen Gesetz sollen namentlich der Schutz auf Kantonsebene organisiert und die Finanzierung der Schutzmassnahmen unter Berücksichtigung des geltenden Rechts (Subventionsgesetz, NFA usw.) sichergestellt werden. Das Projekt des Regionalen Naturparks «Gruyère-Pays d'Enhaut» konnte 2009 konkretisiert werden. Nachdem die Kantone Waadt und Freiburg ihre Unterstützung zugesichert hatten und das BAFU im August 2009 das Projekt offiziell als Kandidaten für das Parklabel anerkannt hatte, unterzeichneten vierzehn Gemeinden, davon sieben Freiburger Gemeinden, den Parkvertrag. Die Unterschutzstellung und der Unterhalt der Biotope, Auen und Moorlandschaften von nationaler Bedeutung erfolgen wie vorgesehen.

Die Kartografierung der Naturgefahren im Mittelland ist gegenwärtig im Gang. Diese Arbeit wird zwischen mehreren Dienststellen des Staats (namentlich Bau- und Raumplanungsamt; Amt für Wald, Wild und Fischerei; sowie Tiefbauamt, Sektion Gewässer) koordiniert.

Die Waldeigentümerinnen und -eigentümer werden auch weiterhin bei der Schaffung und Bewahrung der Waldfunktionen, die im Interesse der Allgemeinheit sind, unterstützt. In diesen Bereich fallen namentlich der Unterhalt der Schutzwälder und der Gewässerschutzbauten sowie die Sicherstellung der Erholungsfunktion der Wälder.

4.3 Erneuerbare Energien fördern

Im September 2009 hat der Staatsrat dem Grossen Rat seinen Bericht über die Energieplanung (neue Energiestrategie), die der Staatsrat kurz-, mittel- und langfristig umzusetzen gedenkt, übergeben. Im Bericht schlägt der Staatsrat ein Massnahmenpaket (mit den entsprechenden finanziellen und strukturellen Mitteln) vor, das in den kommenden Jahren umgesetzt werden muss, damit die Vision einer «4000-Watt-Gesellschaft» bis 2030 realisiert werden kann oder dank einer rationellen Energienutzung und den erneuerbaren Energien pro Jahr 1000 GWh Wärme und 550 GWh Elektrizität eingespart werden können. Gleichzeitig hat der Staatsrat seine Antwort auf das Postulat Josef Fasel, das am

—
2009

6. Februar 2005 erheblich erklärt worden war (TGR 2005, S. 326) konkretisiert, indem er eine erste Änderung des Energiegesetzes (Inkrafttreten am 1. 2.2010) vornahm. Ferner plant er, das Energiegesetz Anfang 2010 zu revidieren mit dem Ziel, die ersten Massnahmen umzusetzen. Vor Ende 2010 sollen dann dem Kantonsparlament Vorschläge zur Änderung des Energiegesetzes unterbreitet werden.

Angesichts der Vorbildfunktion der öffentlichen Körperschaften verfolgen der Staat und die Gemeinden das Ziel, bis 2015 25% ihres Strombedarfs mit Strom zu decken, der das Label Nature-made Star trägt. So werden auf dem Freiburger Kantonsgebiet neue Stromerzeugungsanlagen, die erneuerbare Energiequellen nutzen, gebaut werden. Für den Staat Freiburg stellt dies einen Anteil an der Jahresproduktion von 8,5 GWh dar.

4.4 Die Mobilität der Freiburger überdenken

Die Arbeiten für die Verwirklichung eines freiburgischen S-Bahn-Netzes (S-Bahn FR) wurden 2009 fortgesetzt. So hat etwa eine eigens dafür eingesetzte Arbeitsgruppe die verschiedenen Möglichkeiten für die Eisenbahnverbindung zwischen Bulle, Romont und Freiburg analysiert. Im Dezember 2009 konnte der Staatsrat über die geplanten Massnahmen informieren: Die erste Etappe soll beim Fahrplanwechsel im Dezember 2011 mit der neuen Eisenbahnverbindung Bulle–Romont–Freiburg–Bern Wirklichkeit werden. 2014 etwa soll ein systematischer Halbstundentakt eingeführt werden. Für die S-Bahn FR werden die Freiburger Verkehrsbetriebe (tpf) mit den SBB zusammenarbeiten.

4.5 Eine kantonale Struktur für nachhaltige Entwicklung schaffen

Am 3. Juni 2008 hat der Staatsrat die nachhaltige Entwicklung in einem Beschluss formell der RUBD zugeteilt. Ausserdem beschloss der Staatsrat, die RUBD hierfür mit einer Vollzeitstelle auszustatten und eine Struktur einzurichten, in der die Direktionen des Staatsrats integriert sind.

Die Verantwortliche für die nachhaltige Entwicklung des Kantons ist seit Juni 2009 im Amt. Sie soll sicherstellen, dass in der Kantonsverwaltung die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung umgesetzt werden. Eine weitere Aufgabe ist die proaktive Unterstützung der staatlichen Dienststellen bei der Berücksichtigung der nachhaltigen Entwicklung (unter dem wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekt) in ihren Sachpolitiken – namentlich in den Bereichen Raumplanung, Mobilität, Infrastrukturen, Gebäude, Energie, öffentliches Beschaffungswesen, sozialer Zusammenhalt, Gesundheit, natürliche Ressourcen, Bildung und Unternehmen.

Das Konzept «Nachhaltige Entwicklung beim Kanton Freiburg: Strategie und Aktionsplan» hat einen in Bezug auf die nachhaltige

Entwicklung vorbildlichen Kanton Freiburg zum Ziel: Die öffentliche Politik soll in allen Bereichen und in allen Etappen (Planung, Beschluss, Ausführung, Beurteilung) der wirtschaftlichen Effizienz, dem sozialen Zusammenhalt und der ökologischen Verantwortung verpflichtet sein. Es geht darum, das Konzept in die Tat umzusetzen und die nachhaltige Entwicklung in die zentralen Bereiche des Staats zu integrieren. In diesem Zusammenhang werden folgende Bereiche analysiert: Raumplanung, Verkehr, Gebäude, Büromaterialverwaltung, Einkäufe/öffentliches Beschaffungswesen, Energie, sozialer Zusammenhalt, Gesundheit, Familie und Erwerbsleben, Verwaltung der natürlichen Ressourcen, Bildung, Forschung, Wirtschaft, Unternehmen und Tourismus. Priorität haben die Massnahmen, die im Kompetenzbereich des Kantons liegen. Es sind einerseits Massnahmen, die die verwaltungsinternen Abläufe betreffen und andererseits Massnahmen, mit denen der nachhaltigen Entwicklung in den täglichen Aufgaben der Kantonsverwaltung – beispielsweise Information, finanzielle Anreize, kantonale Gesetzgebung, Botschaften zu Gesetzesentwürfen und Dekreten – Rechnung getragen werden soll. Die Betreuung der Gemeinden wird aufgrund der limitierten personellen Ressourcen zu einem späteren Zeitpunkt in Angriff genommen werden.

Die «Strategie Nachhaltige Entwicklung» betrifft sämtliche Tätigkeiten des Staats und ist eine Querschnittsaufgabe. Konkret wurde 2009 eine Struktur gebildet, in der die betroffenen Direktionen vertreten sind und die die zentralen Bereiche der Verwaltung behandelt. Diese Arbeitsstruktur besteht aus einem strategischen Steuerungsausschuss und sechs verwaltungsinternen themenspezifischen Arbeitsgruppen. Im Steuerungsausschuss sind folgende Direktionen vertreten: RUBD (Vorsitz), VWD (Vizepräsidium), FIND, ILFD und GSD.

Es wurde ein Ablauf in mehreren Etappen definiert: Zustandsanalyse, Festlegung der Ziele und der zu treffenden Massnahmen, Ausarbeitung eines Berichts, Vernehmlassung, Genehmigung des Berichts durch den Staatsrat, Umsetzung und Erfolgskontrolle. Ziel ist, rund zwanzig Massnahmen zu definieren. Dabei sollen für jede Massnahme der Beitrag für die nachhaltige Entwicklung, die Wirksamkeit, die allfälligen Kosten, die Finanzierung sowie die erforderlichen personellen Ressourcen bestimmt werden.

Die Arbeiten wurden im November 2009 begonnen. Der Schlussbericht «Nachhaltige Entwicklung: Strategie und Aktionsplan» sollte 2011 zur Verfügung stehen.

—
2009

4.6 Gesetzgebungsprojekte der Herausforderung Nr. 4

Nr. der Herausforderung	Gegenstand	Stand Ende 2009
4.1	Raumplanungs- und Baugesetz (Totalrevision)	Gesetz vom 2.12.2008
4.2	Naturschutzgesetz (neu)	Vorentwurf in Vernehmlassung
4.3	Gesetzgebung über den Transport und die Verteilung von Erdgas (Totalrevision)	Arbeiten noch nicht begonnen
4.4	Strassengesetz (Totalrevision)	Arbeiten noch nicht begonnen
4.5	Verkehrsgesetz (Totalrevision)	Arbeiten noch nicht begonnen
4.6	Gewässergesetz (Totalrevision)	Gesetz am 18.12.2009 verabschiedet

5. Herausforderung 5: Die Wirtschaft stärken und den Kanton positionieren

5.1 Das Konzept «High Tech in the Green» konsolidieren

Um die Wettbewerbsfähigkeit des Kantons nach dem Konzept «High Tech in the Green» nachhaltig zu stärken, beabsichtigt der Staatsrat, seine wirtschaftspolitische Strategie vermehrt auf die Förderung der Cleantech (saubere Technologien) und die ständige Verbesserung der Innovationsfähigkeit auszurichten. Unter der Leitung von Prof. Philippe Gugler von der Universität Freiburg wurde eine Studie über die «Wettbewerbsfähigkeit der Freiburger Wirtschaft» durchgeführt, die zeigt, dass mit einer Ausrichtung auf saubere Technologien die Effizienz und Produktivität verschiedener Wirtschaftszweige des Kantons gesteigert und gleichzeitig die Umweltbelastung und der Ressourcenverbrauch reduziert werden können. Die Errichtung einer Cleantech-Plattform mit Unterstützung der neuen Regionalpolitik soll die Unternehmen anspornen, ihr Innovationspotenzial in diesem Bereich zu ergründen und so ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.

Eine Cleantech-Plattform wird auch auf interkantonaler Ebene im Rahmen der CDEP-SO aufgestellt werden. Der Kanton Freiburg wird zusammen mit dem Kanton Wallis diese Plattform präsidieren.

Dank verbessertem Technologietransfer werden die Unternehmen mehr von der Qualität der Bildungs- und Forschungsinstitute des Kantons profitieren, um ihre Innovationsfähigkeit zu steigern. Zu diesem Zweck wird zurzeit die Schaffung eines Technologieparks geprüft. Ausserdem sind Konzepte für die Einführung eines Innovationsförderungsfonds und eines Seed-Capital-Fonds in Ausarbeitung.

Durch den Bau eines Glasfasernetzes auf dem ganzen Kantonsgebiet, das einen schnellen Zugang zum Internet und zu neuen Dienstleistungen für den Datenverkehr ermöglicht, gewinnt der Freiburger Wirtschaftsstandort ebenfalls an Attraktivität. Die ersten Arbeiten im Rahmen eines Pilotprojekts, das auf einer Partnerschaft zwischen dem Kanton, der Groupe E und Swisscom basiert, sind angelaufen.

5.2 Den Fortbestand des Primärsektors sichern

2008 wurde der erste vierjährige Landwirtschaftsbericht gestützt auf das Landwirtschaftsgesetz aufgestellt. Der Bericht wurde dem Grossen Rat vorgelegt und danach im Rahmen einer Medienkonferenz der Öffentlichkeit präsentiert. Die Diskussionen rund um den Bericht sowohl im Grossen Rat wie auch in der Öffentlichkeit und besonders in den interessierten Kreisen zeugen von der Qualität des Berichts und vom Interesse an den grossen Leitlinien der Landwirtschaftspolitik.

Der Bericht «Landwirtschaft und Umwelt» wurde vom Staatsrat genehmigt. Er wurde an einer Medienkonferenz vorgestellt und dem Agrarklub und dem Umweltklub des Grossen Rats vorgelegt. Eine Sitzung ist für Januar 2010 geplant, um den Bericht mit den Landwirtschafts- und Umweltorganisationen des Kantons zu besprechen. Dieser Bericht umfasst 26 konkrete Massnahmen für den Bodenschutz, die Luftreinhaltung, den Wasserschutz und die Erhaltung der Artenvielfalt. Diese Massnahmen werden von den zuständigen Dienststellen des Staats begleitet.

Mehrere Entwicklungsprojekte für die Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen, die die Landwirtschaft einbeziehen, sind zurzeit in Studie. In Verbindung mit diesen Projekten mussten die Dienststellen des Staats verschiedene Fragen klären, die die Raumplanung und den Umweltschutz betrafen (zum Beispiel das erforderliche Lagervolumen für den Bau von Biogasanlagen). Der Beratungsdienst des LIG beantwortet regelmässig zahlreiche Fragen der Landwirte. Das LIG arbeitet mit dem Verein zur Förderung erneuerbarer Energien (VFEE) zusammen und zwar insbesondere beim Aufbau eines Informationsstands an der Veranstaltung Energissima, die im Forum Freiburg stattfindet.

Die Schaffung von neuen Strukturen im Forstwesen und insbesondere die Schaffung von Revierkörperschaften wurden abgeschlossen. Zahlreiche positive Auswirkungen in Bezug auf die Wirtschaftlichkeit konnten festgestellt werden.

Der Staat muss alles daran setzen, um die Waldwirtschaft, die aufgrund ihrer Wohlfahrtsauftrags auch weiterhin auf die Unterstützung durch die öffentliche Hand angewiesen sein wird, möglichst effizient zu gestalten. Deshalb wurde ein Verfahren zur Überprüfung der Organisation des Forstwesens in die Wege geleitet.

—
2009

5.3 Stellensuchende wieder eingliedern

Die Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurden 2009 verstärkt. Die Arbeitslosenquote im Kanton, die zu Beginn des Jahres 3,4 % betrug, sank bis Juni auf 2,9 %, um bis Ende Dezember wieder auf 3,8 % anzusteigen. Die Verstärkung der Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat es erlaubt, die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt zu begrenzen. Dies gelang insbesondere dank der starken Inanspruchnahme der Kurzarbeit durch die Unternehmen und dank den Massnahmen zugunsten der Jugendlichen im Rahmen des Wiederankurbelungsplans.

Der Staatsrat hat die Massnahmen genehmigt, die die Kommission für Jugendliche mit Schwierigkeiten bei der beruflichen Eingliederung in ihrem Bericht vorgeschlagen hat. Sie werden 2010 umgesetzt werden. Die Revisionsarbeiten an der kantonalen Gesetzgebung im Bereich des Arbeitsmarkts wurden fortgesetzt. Der Entwurf wurde aufgrund verschiedener parlamentarischer Vorstösse und gestützt auf die Resultate einer Studie über die Wirksamkeit der beruflichen Wiedereingliederungsmassnahmen des Kantons angepasst. Ein Gesetzesentwurf wird dem Grossen Rat 2010 vorgelegt werden können.

5.4 Die interkantonale und internationale Zusammenarbeit verstärken

Über die Wirtschaftsförderung nimmt der Kanton Freiburg seit der Einführung der neuen Regionalpolitik viel stärker an der interkantonalen Zusammenarbeit teil. So hat der Kanton seine Teilnahme an den thematischen Plattformen (Life Sciences, Informationstechnologien, Mikro- und Nanotechnologien) zugesichert, die unter der Trägerschaft der Westschweizer Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz stehen.

Durch das ganze Jahr 2009 hindurch arbeitete die Wirtschaftsförderung ausserdem mit den fünf anderen Kantonen der Westschweiz (BE, GE, NE, VD und VS) zusammen, um die Greater Geneva Berne area (GGBa) zu gründen. Diese neue Organisation, die am 2. Juli 2009 angekündigt und am 8. Oktober in Form eines Vereins errichtet wurde, hat zum Ziel, für alle beteiligten Kantone Wirtschaftsförderung im Ausland zu betreiben. Die Gründung dieses gemeinsamen Vereins mit dem Namen GGBa wird es zudem erlauben, die Interessen der beteiligten Kantone auf diesem Gebiet gegenüber dem Bund mit einer Stimme zu vertreten. Der Kanton Freiburg erwartet von seiner Teilnahme an der GGBa, die am 1. Januar 2010 ihre Tätigkeit aufnimmt, eine grössere Zahl von Ansiedlungsprojekten aus dem Ausland dank der stärkeren Präsenz des Vereins in einer grösseren Zahl von Zielmärkten.

Im Anschluss an ihr Treffen von Ende August 2009 haben der Regierungsrat des Kantons Bern und der Staatsrat des Kantons Freiburg beschlossen, ihre Zusammenarbeit zu verstärken. Sie

haben eine Delegation der beiden Regierungen beauftragt, einen Aktionsplan auszuarbeiten mit dem Ziel, ihre gemeinsame Position als Brückenkantone zwischen den französischen und deutschen Sprachgemeinschaften und als Zentralregion rund um die Bundesstadt zu stärken. Die Arbeiten werden 2010 fortgesetzt werden.

Um die Kompetenzen der Westschweiz im Bereich der Umwelttechnologien und der Energie zu fördern, haben die Westschweizer Kantone gestützt auf eine prospektive Studie, die im Auftrag der VDK Westschweiz durchgeführt wurde, beschlossen, eine gemeinsame Plattform zur Förderung der Cleantech aufzustellen. Diese neue Werbeplattform, die von den Kantonen Freiburg und Wallis gemeinsam präsiert wird, sollte nach einer Einführungsphase im zweiten Halbjahr 2010 den Betrieb aufnehmen können. Ihr Auftrag ist es, den Bekanntheitsgrad der technologischen Kompetenzen der Mitgliedskantone sowie der bestehenden Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen im Bereich der Cleantech auf nationaler und internationaler Ebene zu verbessern.

Bei der internationalen Zusammenarbeit hat der Kanton verschiedene ausländische Delegationen empfangen, die im Rahmen der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen angereist waren. Bezüglich der Versammlung der Regionen Europas (VRE) hat der Volkswirtschaftsdirektor den Kanton Freiburg in der Schweizer Delegation vertreten, die an der Sitzung des Vorstandes und des Ständigen Ausschusses für institutionelle Angelegenheiten teilgenommen hat. Der Staatsrat hat ausserdem am 14. und 15. Mai den Vorstand der VRE in Freiburg empfangen, der sich aus Vertretern von rund vierzig Regionen aus etwa zwanzig europäischen Ländern zusammensetzt. Die Beteiligung des Kantons an einigen Projekten der VRE wurde verstärkt. Dies kam insbesondere dem Programm Eurodyssée zugute, denn im September 2009 wurde der Brief unterschrieben, mit dem sich der Kanton Freiburg zur Teilnahme an diesem Programm verpflichtet. Der Kanton Freiburg ist ausserdem Partner des Programms Interreg IV Frankreich-Schweiz und hat 2009 bestätigt, dass er sich im Rahmen der neuen Regionalpolitik an fünf grenzüberschreitenden Projekten beteiligen wird.

5.5 Gesetzgebungsprojekte der Herausforderung Nr. 5

Projekt Nr.	Gegenstand	Stand Ende 2009
5.1	Gesetz über die Wirtschaftsförderung (Teilrevision)	Gesetz vom 14.12.2007
5.2	Gesetz über die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt (Totalrevision)	Definitiver Vorentwurf in Erarbeitung
5.3	Gesetz über den Beitritt zur Convention des conventions (Totalrevision)	Definitiver Vereinbarungsentwurf (ParIV) in Vernehmlassung

—
2009

6. Herausforderung 6: Sicherheit durch Bürgernähe und eine leistungsfähige Gerichtsorganisation

6.1 Die bürgernahe Polizei überall einführen

Die bürgernahe Polizei ist seit 2004 in der Agglomeration Freiburg tätig. Sie hat zum Zweck, die Sicherheit zu verbessern und setzt dabei auf drei Schwerpunkte: vermehrte Präsenz in risikobehafteten Zonen; regelmässige Kontakte mit der Bevölkerung; partnerschaftliche Ansätze zur Lösung von Problemen. Nachdem der Grosse Rat den Gesetzesentwurf zur Änderung des Polizeigesetzes verabschiedet hat, wurde die bürgernahe Polizei ab dem 1. Juli 2009 im gesamten Kantonsgebiet eingeführt. Im Rahmen der Umsetzung des Konzepts «Bürgernahe Polizei» wurden die Beamten der Ortspolizei, die die Voraussetzungen erfüllten und die dies wünschten, in die Kantonspolizei aufgenommen. Gleichzeitig wurden die Arbeiten zur Revidierung der Aufgaben und Zuständigkeiten der Ortspolizeien weitergeführt.

Des Weiteren wurde ein kantonaler Rat für Prävention und Sicherheit ins Leben gerufen, um alle beteiligten Partner und interessierten Kreise an den Überlegungen zur Entwicklung der bürgernahen Sicherheit teilhaben zu lassen. Der Rat für Prävention und Sicherheit wird vom Sicherheits- und Justizdirektor geleitet und hat 2009 seine erste Sitzung abgehalten. Er hat unter anderem die Aufgabe, die strategischen Ziele zur Verstärkung der bürgernahen Sicherheit im Kanton vorzuschlagen und die hierfür notwendigen Mittel zu beziffern. Zudem wird er Vorschläge zur Rolle der beteiligten Partner formulieren.

6.2 Die Justiz neu organisieren und die Verfahren vereinheitlichen

Bei der Reorganisation der Justiz wurden im Jahr 2009 zwei wichtige Etappen erreicht:

Für die Umsetzung der neuen eidgenössischen Prozessordnungen hat der Staatsrat ein einziges Gesetz vorgeschlagen, welches die meisten Bestimmungen zur Gerichtsorganisation enthält, die bisher in rund zwanzig Spezialgesetzen verstreut waren. Der Entwurf des Justizgesetzes wurde mit der Botschaft Nr. 175 vom Staatsrat am 14. Dezember 2009 verabschiedet und dem Grossen Rat überwiesen. Die neue Gesetzgebung soll am 1. Januar 2011 in Kraft treten, d.h. im gleichen Zeitpunkt wie die eidgenössischen Prozessordnungen.

Die Verfassung des Kantons Freiburg vom 16. Mai 2004 hat einige Neuerungen im Bereich der Justiz zur Folge. Eine der wichtigsten Neuerungen ist die Fusion des Kantonsgerichts und des Verwaltungsgerichts zum neuen, vereinigten Kantonsgericht. Um den Verfassungsauftrag zu konkretisieren und die beiden Gerichte auch räumlich zusammenzulegen, müssen alle Abteilungen des

neuen Kantonsgerichts (die Strafrechtliche, die Zivilrechtliche und die Verwaltungsrechtliche Abteilung) unter ein und demselben Dach untergebracht werden. Der Grosse Rat hat deshalb am 15. Dezember 2009 den Dekretsentwurf über einen Verpflichtungskredit für den Umbau des ehemaligen Augustinerklosters in Freiburg verabschiedet. Gemäss Arbeitsplan wird das vereinigte Kantonsgericht ab Herbst 2012 in diesem Gebäude tagen können.

6.3 Die Haftstrukturen an die Entwicklung der Bedürfnisse anpassen

Die Zunahme der Anzahl Einzuweisender, die Diversifizierung der Haftregimes, und die bessere Betreuung der Insassen haben zur Folge, dass der Bedarf an Plätzen sowohl bei der Untersuchungshaft wie auch beim Straf- und Massnahmenvollzug gestiegen ist. Um diesem Bedarf Rechnung zu tragen, erstellt der Kanton Freiburg in Bellechasse eine neue Anstalt mit 40 Plätzen, welche in erster Linie für den vorzeitigen Strafvollzug bestimmt sind. Das neue Gebäude wird ebenfalls eine Sporthalle umfassen, welche allen Insassen der Anstalten von Bellechasse zur Verfügung stehen wird. Abgesehen von einer leichten Verzögerung wegen des harten Winters 2008/2009 konnten die Arbeiten im Jahr 2009 wie geplant durchgeführt werden, so dass die neue Anstalt im Herbst 2010 eröffnet werden kann.

Wie geplant wurde im Zentralgefängnis in Freiburg eine neue Abteilung für den erleichterten Vollzug (Halbgefängenschaft, Arbeitsexternat, tageweiser Vollzug) eingerichtet. Die Umbauarbeiten wurden zu 35% vom Bund finanziert und sind Ende 2009 abgeschlossen. Die ersten Insassen werden am 1. Februar 2010 aufgenommen. Die Abteilung «Les Falaises» bietet insgesamt 20 Plätze und erlaubt eine vollständige räumliche Trennung zwischen dem gesicherten Bereich des Zentralgefängnisses (Untersuchungshaft, Administrativhaft usw.) und den erleichterten Haftregimes.

6.4 Katastrophen verhüten und auf Notsituationen vorbereitet sein

Das Kantonale Führungsorgan (KFO) hat seine Ausbildung weitergeführt. Dabei hat es an zwei vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz geleiteten Ausbildungsmodulen teilgenommen und an zwei Übungen mitgewirkt, die einen Kernkraftwerkunfall in Mühleberg (Übung MEDEA) bzw. eine Massenkollision auf der Strasse H189 (Übung Hermes) zum Gegenstand hatten.

Das KFO wurde zudem mit Rahmen der Grippepandemie A-H1N1 stark beansprucht. Bei dieser Gelegenheit konnte die Effizienz und die Qualität seiner Organisation unter Beweis gestellt werden.

Die meisten Gemeinden haben innerhalb der im Gesetz über den Bevölkerungsschutz vorgesehenen Frist bis Ende 2009 ihre

—
2009

Gemeindeführungsorgane (GFO) eingeführt. Im Amt für Militär und Bevölkerungsschutz wurde ein Instruktor angestellt, um die Ausbildung der GFO sicherzustellen. Gemäss Verordnung über die Ausbildung und die Übungen der für den Bevölkerungsschutz zuständigen Organe muss diese Ausbildung ab 2010 in Angriff genommen werden.

In praktischer Hinsicht wurden die im Falle von Grossereignissen zu treffenden Massnahmen weiter vorbereitet. So wurde u. a. eine Informationsbroschüre mit Verhaltensregeln im Falle eines Reaktorunfalls in Mühleberg erarbeitet und der Kraftwerksbetreiberin BKW unterbreitet. Diese Broschüre soll im Verlauf des Jahres 2010 an alle Haushalte in den Gemeinden der Zone 2 verteilt werden.

Der kantonale Einsatzplan für Pandemiefälle wurde fertiggestellt und kann dem Staatsrat unterbreitet werden. Einige Anpassungen werden gestützt auf die mit der Grippe A-H1N1 gemachten Erfahrungen noch eingefügt werden.

Das Projekt «Feuerwehr 2010 – FRIFIRE», welches die Organisation, die Ausrüstung und die Ausbildung der Feuerwehren an die neuen Anforderungen anpassen soll, wurde fertig erarbeitet. Der Schlussbericht mit Empfehlungen und Vorentwürfen für die Anpassung der Gesetzgebung soll im Verlauf des ersten Trimesters 2010 dem Staatsrat unterbreitet werden. Dieser Schlussbericht soll danach in die Vernehmlassung gehen, namentlich bei den Gemeinden und den Feuerwehrverbänden. Des weitern wurden, unter Einfluss des Projekts FRIFIRE, in allen Bezirken Projekte zur Zusammenlegung von Feuerwehrkorps geprüft oder umgesetzt.

6.5 Gesetzgebungsprojekte der Herausforderung Nr. 6

Projekt Nr.	Gegenstand	Stand Ende 2008
6.1	Gesetz über die Wahl der Richterinnen und Richter und die Aufsicht über sie (neu)	Gesetz vom 11.05.2007
6.2	Gesetz über die Organisation des Kantonsgerichts (neu)	Gesetz vom 14.11.2007
6.3	Gesetz zur Einführung des Zivilprozesses des Bundes (neu)	In das Projekt 6.15 integriert
6.4	Gesetz zur Einführung des Strafprozesses des Bundes (neu)	In das Projekt 6.15 integriert
6.5	Einführungsgesetz zur Gesetzgebung des Bundes über den Kindes- und Erwachsenenschutz (Totalrevision des Vormundschaftsrechts) (neu)	Vorabklärungen begonnen
6.6	Einführungsgesetz zum Gesetz über das Bundesgericht (Verwaltungsverfahren) (neu)	Gesetz vom 9.10.2008

Projekt Nr.	Gegenstand	Stand Ende 2008
6.7	Gesetz zur Schaffung eines Gerichts für Familienangelegenheiten (neu)	In das Projekt 6.15 integriert
6.8	Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (Totalrevision)	Vorarbeiten in Gang
6.9	Gesetz über den Datenschutz (Teilrevision)	(siehe 7.3)
6.10	Gesetz über die Videoüberwachung (neu)	Vorentwurf in Bearbeitung
6.11	Gesetz über die Einwohnerkontrolle (Totalrevision)	(siehe 7.1)
6.12	Ausführungsgesetz zur Ausländergesetzgebung des Bundes (Totalrevision)	Gesetz vom 13.11.2007
6.13	Gesetz über den Bevölkerungsschutz (neu)	Gesetz vom 13.12.2007
6.14	Gesetz betreffend die Feuerpolizei und den Schutz gegen Elementarschäden (Teilrevision)	Vorentwurf in Ausarbeitung
6.15	Gesetz über die Gerichtsorganisation (Totalrevision)	(nachträglich ins Regierungsprogramm 2007–2011 aufgenommen) – An den GR überwiesen
6.16	Gesetz über die Mietgerichtsbarkeit – Teilrevision (neu)	(nachträglich ins Regierungsprogramm 2007–2011 aufgenommen) – In das Projekt 6.15 integriert
6.17	Situation von Kindern und jugendlichen Erwachsenen im Verfahren (Art. 29 Abs. 5 KV)	(nachträglich ins Regierungsprogramm 2007–2011 aufgenommen) – In das Projekt 6.15 integriert
6.18	Unentgeltliche Rechtspflege (Art. 29 Abs. 4 KV)	(nachträglich ins Regierungsprogramm 2007–2011 aufgenommen) – In das Projekt 6.15 integriert

7. Herausforderung 7: Näher zum Bürger und weniger Steuern

7.1 Die Leistungen für die Bürger und die Gemeinden verbessern

Die Zusammenarbeit mit den Gemeinden zur Harmonisierung der Informatiksysteme wurde 2009 weiter verstärkt.

Die Informatikplattform für das Projekt zur Harmonisierung der Einwohnerregister ist im Aufbau. Diese Plattform ermöglicht es einerseits den Gemeinden des Kantons, die Vorgaben der Bundesgesetzgebung über die Harmonisierung der Register

—
2009

zu erfüllen, und andererseits den Datenaustausch zwischen den Gemeinde-, Kantons- und Bundesverwaltungen sowie mit anderen autorisierten Benutzern erheblich zu vereinfachen. Nach einer öffentlichen Ausschreibung ist die Wahl auf die von der BEDAG entwickelte Applikation GERES des Kantons Bern gefallen. Es sind intensive Tests mit den Gemeinden, dem Staat und dem Bund durchgeführt worden, um eine Produktivsetzung für die Volkszählung 2010 zu gewährleisten. Zur Finanzierung dieses Grossprojekts hat der Grosse Rat einen Verpflichtungskredit gesprochen.

Im Rahmen des Projekts zur Einrichtung einer Informatikplattform für die Bearbeitung und Verwaltung der Baubewilligungen (Projekt DATEC: Dossiers für Baubewilligungen im Bereich Raumplanung, Umwelt und Bauwesen) sind 2009 zwei Produktivsetzungen erfolgt. Gegenwärtig sind, abgesehen vom vereinfachten Verfahren für Objekte von geringerer Bedeutung, alle das Bauwesen betreffenden Verfahren produktiv. Diese Applikation beruht auf der Plattform FileNet (strategische Plattform des Staates Freiburg für die Dokumentenverwaltung, die Dokumentenflüsse und die Archivierung). Die Tests für die Validierung des OP-Verfahrens (Ortsplan) durch die Benutzer/innen konnten aufgrund mangelnder Verfügbarkeit von Fachleuten nicht durchgeführt werden. Das DBP-Verfahren (Detailbebauungsplan) muss erst noch ausgestaltet und anschliessend von den Benutzerinnen und Benutzern bis im Frühjahr 2010 validiert werden. Die Verfahren der Gemeinden sind in der Entwicklungsumgebung validiert. Die Inbetriebsetzung für die Städte Freiburg und Bulle ist auf Frühjahr 2010 geplant. Anschliessend soll in weiteren Städten und Gemeinden des Kantons Freiburg für DATEC geworben werden. Die Liste der Informationen, die den Antragstellern in Bezug auf die Oberamts- und Gemeindebewilligungen bekannt gegeben werden dürfen, ist vom Datenschutz genehmigt worden. Vor der Produktivsetzung im Frühjahr 2010 soll jedoch die Behörde ein zweites Mal zur Ankündigung der öffentlichen Auflage im Geoportal konsultiert werden.

Im ersten Quartal 2010 beginnt die Wartungsphase.

Was die Zusammenarbeit im Informatikwesen mit den Gemeinden betrifft, hat das ITA im Rahmen des Projekts CommuNet das Hosting für weitere fünfzig Gemeinden übernommen (der Verband CommuNet ist Partner des Staates Freiburg). Heute sind mehr als 65 Gemeinden (Verband CommuNet und RZGD – Rechenzentrum Gemeinden Deutschfreiburgs) über gesicherte Verbindungen an das Telekommunikationsnetz des Staates Freiburg angeschlossen.

Die Arbeiten zur Anlegung des eidgenössischen Grundbuchs wurden fortgesetzt, und Ende 2009 war das eidgenössische Grundbuch für 140 874 der 204 698 Grundstücke im Kanton angelegt. Nach Abschluss dieser Arbeiten ist das Grundbuch wirklich mit öffentlichem Glauben ausgestattet, insofern als es vollständig und

bereinigt ist. 141 457 Grundstücke sind ausserdem vollständig im Informatiksystem erfasst; dadurch sind sie einerseits über Internet zugänglich (Intercapi, RFPublic), und andererseits verringert sich die Bearbeitungszeit für die Mutationen und die Ausstellung von Grundbuchauszügen erheblich.

Der Grosse Rat hat am 9. September 2009 das Gesetz über die Information und den Zugang zu Dokumenten (InfoG) verabschiedet, dessen Inkrafttreten vom Staatsrat auf den 1. Januar 2011 festgesetzt worden ist.

7.2 Die interne Arbeitsweise der Verwaltung optimieren

Im IT-Bereich befinden sich 54 Projekte zur Optimierung der Strukturen und der Arbeitsweise der Verwaltung in der Planungs-, Ausarbeitungs- oder Realisierungsphase. Es sind 24 Vorstudien durchgeführt worden.

Harmonisierung der Personenregister: Das entsprechende Informatikprojekt ist in die Aufbauphase getreten. Die Zusammenarbeit mit der BEDAG Informatik AG, der Lieferantin der vom Kanton Freiburg gewählten Anwendung GERES, hat im Januar 2009 begonnen, und Ende Jahr erfolgte eine erste Produktivsetzung. Obwohl der Anschluss der Gemeinden an die Plattform später als geplant startete, sind die Ergebnisse sehr ermutigend. Es wurde eine Nutzer-Community von 10 Kantonen gebildet, und der Kanton Freiburg hat das Vizepräsidium für 2010 inne.

Das Projekt zur Harmonisierung der Informationssysteme für die Verwaltung des administrativen Umfelds der Schulen (HarmAdminEcoles) ist in eine Prüfungsphase getreten, in die alle Dienststellen, Schulen und Institutionen einbezogen sind, die im Projektperimeter liegen. Das Ziel besteht darin, einen Gesamtüberblick über die vom System erwarteten Leistungen zu erstellen und die Kosten zu veranschlagen, um dem Grossen Rat im Herbst 2010 eine Botschaft und einen Dekretsentwurf unterbreiten zu können. Punktuelle Massnahmen sind bereits getroffen worden, um den vordringlichsten Bedürfnissen zu entsprechen, wie beispielsweise ein Programm zur administrativen Verwaltung der PH und ein anderes zur Verwaltung der Stellvertretungen an der obligatorischen Schule. Dieses Projekt ist mit dem Projekt zur Harmonisierung der Personenregister (HarmPers) sowie mit dem Schulerhebungsprojekt und dem Projekt zur Modernisierung der Erhebungen im Bildungsbereich unter der Federführung des Bundesamts für Statistik (BFS) koordiniert.

Die erste Anwendung, die auf der Plattform des Staates Freiburg für die Dokumentenverwaltung, die Dokumentenflüsse und die Archivierung läuft, ist produktiv (Applikation DATEC). Das Projekt ARPA (Anwendung zur Bevorschussung und Einforderung von Alimenten) ist in der Aufbauphase, die im ersten Quartal 2010 abgeschlossen sein dürfte.

—
2009

Das Projekt für ein Geschäftsverwaltungssystem für die Staatskanzlei und den Grossen Rat, das ebenfalls auf der Plattform FileNet beruht, musste redimensioniert werden und befindet sich in der Ausarbeitungsphase. Es ist eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem Kanton St. Gallen geplant. Dieser Kanton hat seine Anwendung für die Verwaltung der Geschäfte des Kantonsrates und der Kanzlei auf der Plattform FileNet («Ratsinformationssystem [RIS]») aufgebaut, wobei diese einige Besonderheiten aufweist (z.B. keine Trennung des Kantonsratsbüros von der Kanzlei), die an den Freiburger Kontext angepasst werden müssen. Das RIS ist beim Staat Freiburg gegenwärtig in einer Testphase.

Optimierung der organisatorischen Führungsinstrumente: Zu nennen sind insbesondere die vermehrte Unterstützung und Begleitung mehrerer Verwaltungseinheiten bei ihrem Vorgehen in organisatorischer Hinsicht, zur Optimierung und Reorganisation ihrer Einheit, bei der Wahl ihres Consultants oder der Nachverfolgung der Dritten übertragenen Tätigkeiten. Diesbezüglich sind rund dreissig Mandate auf verschiedenen Ebenen ausgeführt worden, die über ein zentrales, vom Amt für Personal und Organisation verwaltetes Budget finanziert wurden. Im Rahmen der periodischen Aufgabenüberprüfung, die in der Verfassung festgeschrieben ist (Artikel 82 KV), sind 2009 erstmals die Leistungskataloge aller staatlichen Einheiten nachgeführt worden. Ausserdem hat der Staatsrat die Analyse der von den Einheiten im Rahmen des Projekts ASL (Analyse der staatlichen Leistungen) gemachten Vorschläge fortgesetzt.

Optimierung der Personalarbeitsinstrumente: Das neue Arbeitszeitreglement (s. Punkt 7.3 weiter unten) wird es ermöglichen, die Präsenzzeit des Personals besser zu planen und an das Arbeitsvolumen und die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger anzupassen.

Der Einsatz der Finanzverwaltungssoftware SAP wurde 2009 weiter ausgebaut, insbesondere mit der Nutzung gewisser Funktionalitäten durch die Lehrwerkstätten, die Pädagogische Hochschule, das Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen und das Amt für Berufsbildung. Ausserdem ist eine Funktion zur Prüfung der Forderungen vor Bezahlung der Rechnungen entwickelt worden.

Die weitere Einführung der leistungsorientierten Führung in der Kantonsverwaltung ist vorangetrieben worden. Dazu mehr im Tätigkeitsbericht der Finanzverwaltung. Um den Bedürfnissen der leistungsorientierten Führung zu entsprechen, ist in Zusammenarbeit mit dem ITA ein effizientes leistungsbezogenes Zeiterfassungssystem entwickelt worden.

7.3 Als Arbeitgeber attraktiv bleiben

Um punkto Lohnbedingungen attraktiv zu bleiben, hat der Staatsrat Anfang 2009 eine Reallohnerhöhung um rund 0,6 % so-

wie einen Teuerungsausgleich von 1,4 % gewährt, entsprechend der Entwicklung des als Grundlage für die Berechnung des Teuerungsausgleichs dienenden Landesindex der Konsumentenpreise vom November 2008. Am 9. September 2009 hat der Grosse Rat der Einführung eines bezahlten fünftägigen Vaterschaftsurlaubs ab 1. Januar 2010 zugestimmt. Dieser Grundsatz ist mit den vom Staatsrat am 14. Dezember 2009 verabschiedeten regulatorischen Bestimmungen konkret umgesetzt worden: Der Vaterschaftsurlaub kann aufgeteilt oder auf einmal bezogen werden, und zwar innert einem Jahr nach der Geburt des Kindes.

Das neue Arbeitszeitreglement des Staatspersonals ist im Juli 2009 in Kraft getreten. Wesentlich und neu ist dabei die Einführung einer echten Arbeitszeitflexibilität unter Berücksichtigung der Bedürfnisse sowohl der Angestellten als auch des Arbeitgebers. Zu diesem Zweck wird zwischen der flexiblen Arbeitszeit nach dem Basismodell und der flexiblen Arbeitszeit nach Arbeitszeitvereinbarung (in Kraft getreten am 1. Januar 2010), die mit der oder dem direkten Vorgesetzten abgeschlossen wird, unterschieden.

Zur Nachtarbeit hat der Staatsrat am 22. Dezember 2009 eine neue Regelung verabschiedet. Nach diesen Bestimmungen, die am 1. Januar 2010 in Kraft treten, berechtigt Nachtarbeit zu zwei kumulierten Abgeltungen, und zwar zu einem Zeitzuschlag sowie zu einer Entschädigung in gleicher Höhe wie nach der bisherigen Regelung. So werden die zwischen 23 und 6 Uhr geleisteten Arbeitsstunden zu 110 % kompensiert, und die zwischen 20 und 6 Uhr geleisteten Stunden werden finanziell abgegolten. Ab 2013 wird die Nachtarbeit zwischen 20 und 6 Uhr zu 110 % kompensiert, für das über 50-jährige Personal zu 115 %. Die Entschädigungen für die Zeit zwischen 20 und 6 Uhr werden beibehalten. Der Präsenzdienst zählt ab 1. Januar 2010 vollständig als Arbeitszeit.

Schliesslich ist auch die erste Etappe der Gewährung von fünf zusätzlichen Ferientagen eingeleitet worden mit der Erhöhung von 20 auf 23 Tage im Jahr 2009 für das Personal von 20 bis 49 Jahren und von 25 auf 28 Tage für das Personal von 50 bis 59 Jahren. Die über 60-Jährigen haben weiterhin Anspruch auf 30 Ferientage. Die zweite Etappe der Erhöhung der Feriendauer wird 2011 abgeschlossen (25 Tage für die Mitarbeitenden von 20 bis 49, 28 Tage von 50 bis 57 und 30 Tage ab 58).

Im Sinne der Gleichbehandlung gegenüber dem Verwaltungspersonal, dessen Feriendauer erhöht wurde, sind für das Lehrpersonal, für das nicht die 42-Stunden-Wochenarbeitszeit gilt, Kompensationsmassnahmen getroffen worden. Der Staatsrat hat beschlossen, alle Lehrpersonen des Kindergartens, der Primarschule, der Orientierungsschule, der Sekundarstufe 2, des Konservatoriums und der Berufsschulen statt wie bisher mit 55 bereits mit 50 Jahren um zwei Unterrichtseinheiten zu entlasten. Nach 15 Dienstjahren im Unterrichtswesen wird ausserdem ein bezahlter zweiwöchiger Urlaub (10 Schultage) gewährt, mit Aus-

—
2009

nahme der Sekundarstufe 2. Damit kann die Arbeitszeit der Lehrpersonen ausgeglichen werden, die über die gesamte berufliche Laufbahn gesehen an die des Verwaltungspersonals angeglichen wird. So ist auch die Gleichbehandlung aller Unterrichtsstufen gewährleistet.

Die Sicherheit und der Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz sind sehr wichtig für die Arbeit im öffentlichen Dienst, die oft speziellen Bedingungen unterworfen ist. Der Staatsrat hat den entsprechenden Fachdienst (das POA) mit der Abklärung beauftragt, ob die Gebäude des Staates im Hinblick auf die Fluchtwege den Anforderungen entsprechen. So sind 2009 rund zehn staatseigene Gebäude untersucht worden. Diese Arbeit wird in den kommenden Jahren fortgesetzt, bis alle staatlichen Gebäude begutachtet sind.

Die geplante Vernehmlassung für den Vorentwurf des neuen Gesetzes über die Pensionskasse des Staatspersonals konnte noch nicht durchgeführt werden, da die Änderungen an der eidgenössischen Gesetzgebung über die berufliche Vorsorge und über die öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen in den eidgenössischen Räten immer noch zur Debatte stehen. Diese Vernehmlassung soll jetzt aber im 1. Halbjahr 2010 durchgeführt werden ohne abzuwarten, was auf Bundesebene geschieht.

7.4 Gewährleistung eines nachhaltigen Gleichgewichts bei den Staatsfinanzen

Mit den Voranschlagsergebnissen 2010 lässt sich das Ziel nachhaltig ausgeglichener Kantonsfinanzen erreichen. Zudem war es möglich, einen Wirtschaftsstützungsplan und eine weitere Steuersenkungsetappe einzuleiten bei einem gleichzeitig hohen Investitionsniveau.

Die finanziellen Aussichten, die sich nach der Aktualisierung des Finanzplans für die Jahre 2011–2013 eröffnen, sind hingegen besorgniserregend. Rückläufige Einnahmen, die negativen Folgen einiger jüngster Entscheide des Bundes, die steigenden Kosten der gegenwärtigen Aufgaben und die Forderungen in Bezug auf neue Vorhaben führen zu einer rapiden Defiziterhöhung. Falls sich die Wirtschaftslage nicht bessert und die aus der Politik des Bundes folgenden höheren Risiken konkret werden, wird es immer schwieriger werden, das Ziel nachhaltig ausgeglichener Staatsfinanzen zu erreichen. In dieser Situation werden bei der Aufstellung der kommenden Voranschläge schwierige Entscheide zu treffen sein.

7.5 Senkung der Steuerlast

In der Legislaturperiode 2007–2011 legte der Staatsrat bei der Steuersenkung den Schwerpunkt darauf, die Steuerfüsse der Einkommenssteuer (1.1.2007: 106,6 %) und der Vermögenssteuer (1.1.2007: 108,9 %) der natürlichen Personen sowie der Gewinn-

und Kapitalsteuer der juristischen Personen (1.1.2007: 108,9 %) in der ersten Hälfte der Legislaturperiode auf 100 % zu senken. Ein erster Schritt in diese Richtung erfolgte mit der Annahme des Gesetzes vom 15. November 2007 über den Steuerfuss der direkten Kantonssteuer für die Steuerperiode 2008 durch den Grossen Rat, wonach alle Steuerfüsse ab der Steuerperiode 2008 auf 103 % gesenkt wurden. Der zweite Schritt erfolgte mit der Annahme des Gesetzes vom 5. November 2008 über den Steuerfuss der direkten Kantonssteuern für die Steuerperiode 2009, wonach alle Steuerfüsse auf 100 % gesenkt wurden. So liegen seit dem Jahr 2009 alle Steuerfüsse wieder bei 100 %.

Ausserdem wurde 2008 mit der Annahme des Gesetzes vom 5. September 2008 zur Änderung verschiedener Gesetzesbestimmungen über die Steuern durch den Grossen Rat ein weiteres Steuererleichterungsvorhaben zum Abschluss gebracht. Die Änderungen betreffen in der Hauptsache den ersten Teil der Unternehmenssteuerreform II (im Wesentlichen Teilbesteuerung der Dividenden), den vollen Ausgleich der kalten Progression sowie etwas höhere Sozialbzüge und günstigere Steuertarife. Das vom Staatsrat angekündigte Steuersenkungsziel ist damit nach der Hälfte der Legislaturperiode schon erreicht.

Ein zweites solches Vorhaben ist 2009 mit der Annahme des Gesetzes vom 6. Oktober 2009 durch den Grossen Rat ausgeführt worden. Die hauptsächlichen Änderungen bestehen in einer Senkung der Gewinn- und Kapitalbesteuerung aller juristischen Personen um 5 %, einer Senkung der Besteuerung von Kapitalleistungen aus Vorsorge um durchschnittlich 10,8 %, höheren Sozialabzügen für Kinder- und Betreuungskosten sowie der Einführung der vereinfachten Nachbesteuerung in Erbfällen und der straflosen Selbstanzeige.

7.6 Gesetzgebungsprojekte der Herausforderung 7

Projekt Nr.	Gegenstand	Stand der Realisierung bis Ende 2009
7.1	Gesetz über die Einwohnerkontrolle (Totalrevision)	Gesetz am 16.11.2009 angenommen (Teilrevision)
7.2	Informationsgesetz (neu)	Gesetz am 9.9.2009 angenommen
7.3	Gesetz über den Datenschutz (Teilrevision)	Gesetz vom 8.05.2008
7.4	Gesetz über den Finanzhaushalt des Staates (Teilrevision)	Gesetzesvorentwurf bereit für die Vernehmlassung 2010
7.5	Gesetz über die Pensionskasse des Staatspersonals Freiburg (Totalrevision)	Gesetzesvorentwurf bereit für die Vernehmlassung 2010
		Teilrevision am 5.9.2008 und am 6.10.2009
7.6	Gesetz über die direkten Kantonssteuern (Teilrevisionen)	angenommen; künftige Revisionen in Vorbereitung

—
2009

Projekt Nr.	Gegenstand	Stand der Realisierung bis Ende 2009
7.7	Gesetz über die Erbschafts- und Schenkungssteuern (Totalrevision)	Gesetz vom 14.9.2007
7.8	Gesetz über die amtliche Vermessung (Teilrevision)	Vorstudien ausgesetzt aufgrund der Reorganisation des GIS
7.9	Gesetz zur Änderung gewisser Bestimmungen über die leistungsorientierte Führung (neu)	Gesetz vom 13.9.2007
7.10	Jährliche Gesetze über den Steuerfuss der Steuern auf dem Einkommen und Vermögen der natürlichen Personen und auf dem Gewinn und dem Kapital der juristischen Personen (Totalrevision)	Gesetze vom 15.11.2007, 5.11.2008 und 11.11.2009
7.11	Dekret zur Neuausrichtung der landwirtschaftlichen Produktion in den Anstalten von Bellechasse (neu)	Projekt aufgegeben
7.12	Dekret zur Renovation des Heims Tannenhof bei den Anstalten von Bellechasse (neu)	Vorstudien im Gang
7.13	Dekret über eine Wäscherei für die öffentlichen Spitäler des Kantons (neu)	Vorstudien im Gang
7.14	Interkantonale Vereinbarung über die Stiftungsaufsicht (neu)	Vorstudien im Gang
7.15	Gesetzliche Bestimmungen über das Schlichtungsverfahren bei der Verwaltung (neu)	Gesetzesvorentwurf ausgearbeitet

IV. PLAN ZUR UNTERSTÜTZUNG DER WIRTSCHAFT

Angesichts des Konjunkturinbruchs, der 2008 als Folge der Wirtschaftskrise festgestellt wurde, beschloss der Staatsrat im November 2008, verschiedene Massnahmen zu treffen, damit er über die Entwicklung der Situation auf dem Laufenden bleibt, und zu untersuchen, inwiefern ein Programm zur Unterstützung der kantonalen Wirtschaft begonnen werden sollte. Er beauftragte die VWD, eine Arbeitsgruppe zu bilden, die die Folgen der Krise und Gegenmassnahmen prüfen sollte («Task Force»). Auf Antrag dieser Arbeitsgruppe traf eine Delegation des Staatsrats am 9. Februar 2009 die wichtigsten Unternehmen des Kantons. Ziel dieser Sitzung war es, die Unternehmer darüber anzuhören, welchen Sofortbedarf sie hatten, um der Krise zu begegnen.

Gleichzeitig organisierte die «Task Force» auch ein Treffen mit den Gewerkschaften im Kanton, um diese ebenfalls zu den geeigneten Massnahmen anzuhören.

Über diese Massnahmen hinaus beschloss der Staatsrat, beim Rechnungsabschluss 2008 einen Gesamtbetrag von 50 Millionen Franken für einen Plan zur Unterstützung der Freiburger Wirtschaft bereitzustellen. Mit der Annahme des Dekrets zur Staatsrechnung des Kantons Freiburg für das Jahr 2008 und zur Schaffung eines Konjunkturfonds schuf der Grosse Rat die gesetzliche Grundlage für diesen Fonds. Mit der Botschaft vom 19. Mai 2009 an den Grossen Rat beantragte der Staatsrat ein Dekret über den kantonalen Plan zur Stützung der Wirtschaft und zur Krisenbewältigung im Kanton Freiburg, das in der Sitzung vom 18. Juni 2009 erlassen wurde. In diesem Dekret wurden 24 Massnahmen in 6 Tätigkeitsbereichen festgelegt (Arbeitsmarkt, Weiterbildung und Unterstützung der Jugend; Innovation; Infrastrukturen; Energie; öffentlicher Verkehr; Umwelt, Landwirtschaft und Alpwirtschaft). Folgende Massnahmen sind geplant:

Bereich	Massnahme Nr.	Massnahme	Betrag in Mio. Fr.
Arbeitsmarkt, Jugend, Weiterbildung	1	Überbetriebliche Kurse	3,500
	2	Einarbeitungszuschuss	0,800
	3	Lehrstellen in der Kantonsverwaltung	0,500
	4	Praktikumsstellen in der Kantonsverwaltung	3,000
	5	Unterstützung von Jugendlichen mit Schwierigkeiten	0,760
	6	Erwerbsausfallversicherung für Stellensuchende	0,300
	7	Weiterbildung in Betrieben mit Kurzarbeit	3,500
	8	Zentrale Anlaufstelle	0,400
Innovation	9	Seed Capital	2,000
	10	Innovationsfonds	3,000
	11	Fibre to the Home (Glasfaser)	5,000
Infrastrukturen	12	Kantonsstrassen	5,500
	13	Gebäude und Bauten	2,465
Energie	14	Gebäudesanierungen (Klimarappen)	1,000
	15	Gebäudesanierungen - Gebäudeenergieausweise	0,200
	16	Fotovoltaik	5,000
	17	Energiestadt (Förderung)	0,200
Öffentlicher Verkehr	18	S-Bahn FR Vorbereitungsarbeiten	3,090
	19	Erneuerung und Sanierung der Infrastruktur	1,010
	20	Haltestelle St. Leonhard (Planungskosten)	0,490

—
2009

Bereich	Massnahme Nr.	Massnahme	Betrag in Mio. Fr.
Umwelt, Landwirtschaft und Alpwirtschaft	21	Biotop- und Artenschutz	1,650
	22	Wälder	0,890
	23	Strukturhilfe für die Landwirtschaft	0,400
	24	Revitalisierung der Alpwirtschaft	1,500

Der Plan zur Unterstützung der Wirtschaft wurde später mit zwei zusätzlichen Massnahmen ergänzt; der Betrag dafür wurde der Reserve von 5 195 000 Franken entnommen, die im Dekret über den Unterstützungsplan vorgesehen ist: Zusammen mit den wichtigsten Printmedien des Kantons wurde eine Kommunikationskampagne (500 000 Franken) durchgeführt, und 2009 wurde eine Aktion zur Lehrstellensuche für Jugendliche, die keine Lösung haben, begonnen (17 000 Franken).

Gegenwärtig wird eine erste Bilanz der Auswirkungen des Plans zur Unterstützung ausgearbeitet.

V. STAATSRATSJAHR

1. Sitzungen

Der Staatsrat hielt 58 Sitzungen, von denen 3 vollständig für die Prüfung des Voranschlags des Staates Freiburg für das Jahr 2010 reserviert waren, und zwei Klausurtagungen. Er erliess rund 1293 Beschlüsse (53 Sitzungen und 1436 Beschlüsse 2008). Er erliess 57 neue Reglemente und Verordnungen und 42 Teilrevisionen von bestehenden Reglementen und Verordnungen (2008: 64 und 38). Er überwies 18 Gesetzesentwürfe (2008: 30), 20 Dekretentwürfe (2008: 24) und 22 Berichte (2008: 27) an den Grossen Rat. Er beantwortete 84 Anfragen (2008: 86), 17 Postulate (2008: 17) und 17 Motionen (2008: 40) von Grossrätinnen und Grossräten. Die neuen parlamentarischen Vorstösse, Aufträge, parlamentarische Initiativen und Volksmotionen machten 4, keine bzw. 2 Antworten von Seiten des Staatsrats nötig.

2. Arbeitstreffen

Der Staatsrat hat den Regierungsrat des Kantons Bern, den Staatsrat des Kantons Neuenburg und die Regierung des Kantons Waadt zu Arbeitssitzungen empfangen. Bei diesen Treffen kamen unter anderem die Finanzkrise und die Rezession, die verschiedenen bi- und multilateralen Zusammenarbeitsprojekte und die neuen Formen der interkantonalen Zusammenarbeit (Genf-Waadt,

Bern-Freiburg) zur Sprache. Der Staatsrat traf sich ebenfalls zu Arbeitstagungen mit dem Gemeinderat von Freiburg und dem Vorstand des Freiburger Gemeindeverbandes. Die traditionelle Arbeitstagung mit den Oberamtännern fand im Sensebezirk statt. Das alljährlich stattfindende Treffen mit den höheren Kadern der Kantonsverwaltung wurde im Espace Nuithonie in Villars-sur-Glâne durchgeführt. Wie jedes Jahr hat die Regierung verschiedene Freiburger Unternehmen besucht und so ihren ständigen Bemühungen um die wirtschaftliche und industrielle Entwicklung des Kantons Ausdruck gegeben.

3. Traditionelle Veranstaltungen

Der Staatsrat überbrachte seine Neujahrswünsche den Präsidenten des Grossen Rates und des Kantonsgerichts, den Vertretern des Bistums, der Katholischen kirchlichen Körperschaft, der Evangelisch-reformierten Kirche und der Israelitischen Glaubensgemeinschaft sowie dem Dekan des Domkapitels der Kathedrale St. Nikolaus. Er hat an folgenden traditionellen weltlichen und kirchlichen Feierlichkeiten und Anlässen teilgenommen: Hochamt an Ostern, Gedenkfeier zur Schlacht bei Murten, Solennität in Murten, Feier zum eidgenössischen Buss- und Bettag, Feier in Memoriam, Europatag und Dies Academicus der Universität Freiburg sowie Weihnachtsmesse. Er nahm auch an Fronleichnam in der Stadt Freiburg teil. Der Staatsrat hat auf Einladung der religiösen Gemeinschaften an folgenden Essen teilgenommen: am Faschachtsdonnerstag im Franziskanerkloster, an den Mittfasten im Kapuzinerkloster und am Andachtsessen in der Abtei Altenryf. Der Staatsrat hat die ehemaligen Mitglieder der Regierung, die alt Staatskanzler und Vizekanzler mit ihren Ehegatten zu einem gemütlichen Beisammensein eingeladen.

4. Besuche und Empfänge

Zwei protokollarische Besuche fanden statt: Die Regierung empfing den Botschafter der Bundesrepublik Deutschland und den Botschafter der Republik Kamerun in der Schweiz. Die Regierung durfte auch Herrn Ahmed Akhchichine, Minister für Erziehung, Hochschulunterricht, Kaderaus- und Wissenschaftliche Forschung des Königreichs Marokko, empfangen. Anlässlich der Sitzung des Büros der Versammlung der Regionen Europas (VRE) traf eine Delegation des Staatsrats Michèle Sabban, Präsidentin der VRE, und zu Ehren der Mitglieder des Büros wurde ein Empfang gegeben. Er wurde von den Regierungen der Kantone Nidwalden und Jura eingeladen. Er empfing die Zisterziensergemeinschaft Altenryf und die religiösen Behörden des Kantons Freiburg auf dem Gut Les Faverges, dem Weingut des Staates Freiburg im Lavaux. Die ehemaligen und neuen höheren Staboffiziere, die durch ihre Tätigkeit in engem Kontakt mit dem Kanton Freiburg stehen, wurden vom Staatsrat empfangen. Anlässlich des jährlichen Ausflugs in den Kanton des Präsidenten empfing die Regierung den Ständerat, nachdem sie vorher bereits die Kommission für soziale Sicherheit und Ge-

—
2009

sundheit und das Büro empfangen durfte. Der Staatsrat wurde seinerseits im Bundeshaus von Alain Berset, Präsident der Kleinen Kammer, empfangen. Er wurde zu den Veranstaltungen der 23. Ausgabe des Internationalen Filmfestivals Freiburg und zum 100. Geburtstag des Freiburgischen Roten Kreuzes eingeladen. Er wirkte an der Lancierung von La Télé, des Fernsehens der Kantone Waadt und Freiburg, mit und begleitete das Musikkorps Landwehr auf die Chinatournée und den Verein Nova Friburgo - Freiburg auf die Reise nach Brasilien anlässlich des 30. Geburtstags der Gründung. Er durfte dann anschliessend in Freiburg Herodoto Bento de Mello, Präfekt von Nova Friburgo und Maria Stela Pompeu Brasil Frota, Botschafterin von Brasilien in der Schweiz empfangen.

5. Hundertjährige

Anlässlich ihres Eintritts in das 100. Lebensjahr haben 19 Freiburgerinnen und Freiburger Besuch von einem Mitglied des Staatsrats und das traditionelle Geschenk der Regierung erhalten.

VI. AUSSENBEZIEHUNGEN

1. Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)

Die Konferenz der Kantonsregierungen hielt 4 Plenarversammlungen ab. Für unseren Kanton hat der amtierende Staatsratspräsident daran teilgenommen. Von den wichtigsten behandelten Themen seien an dieser Stelle erwähnt: die Neugestaltung des Finanzausgleichs (NFA), die Europapolitik der Schweiz (Abstimmung über die Personenfreizügigkeit im Februar, Stand bei der Europapolitik), die Finanzierung der Vorsorgeeinrichtungen von öffentlich-rechtlichen Körperschaften und das Inkraftsetzen der neuen Ordnung bei der Pflegefinanzierung.

2. ch Stiftung

Die ch Stiftung setzt ihre Arbeit zur Aufwertung der Zusammenarbeit zwischen den Kulturen, den Sprachen und den Regionen des Landes fort. Der Direktor der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft ist seit 2000 Mitglied des Stiftungsrates. Er sitzt auch im Führungsausschuss.

Das Jahr 2009 war durch die Sprachenpolitik geprägt. Der Austausch von Lehrpersonal, Lernenden und Studierenden in der Schweiz bildet eine wichtige Tätigkeit der ch Stiftung seit der Gründung im Jahr 1967. Kontakte und Aufenthalte in kulturell und sprachlich verschiedenen Regionen fördern die Auseinandersetzung mit der eigenen Identität, einer der Grundsätze des

neuen Bundesgesetzes über die Sprachen und die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften. Die Ausführungsbestimmungen des Gesetzes über die Sprachen sollten am 1. Juli 2010 in Kraft treten. Es ist geplant, dass das Bundesamt für Kultur und ch Stiftung eine – ab 2010 vier Jahre gültige – Leistungsvereinbarung ausarbeiten, in der die künftige Tätigkeit der Stiftung in Verbindung mit der Förderung des Austauschs von Lernenden und Lehrpersonal festgehalten wird. Das Ziel, die Austausch bis 2020 zu verdoppeln, ist ehrgeizig.

2009 war auch ein entscheidendes Jahr für die Zusammenarbeit mit der Europäischen Union im Bereich Jugend und Ausbildung. Die Schweiz wird wahrscheinlich ab 2011 an den EU-Programmen in den Bereichen Ausbildung, Berufsbildung und Jugend teilnehmen. Eine nationale Agentur muss mit der Verwaltung der Schweizer Beteiligung beauftragt werden. Die ch Stiftung wird dieses Organ schaffen und leiten müssen. Diese Agentur bildet einen neuen Tätigkeitsbereich der ch Stiftung, wird ihren Sitz in Solothurn haben und etwa 30 Personen beschäftigen.

Im Juni 2009 trat Sandra Maissen, Dr. iur., das Amt als Direktorin der ch Stiftung und als Generalsekretärin der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) an. Die erfahrene Rechtsanwältin wurde Nachfolgerin von Canisius Braun, der seit dem 1. Januar 2009 Staatssekretär des Kantons St. Gallen ist.

3. Direktorenkonferenzen

Der Staatsrat engagiert sich sehr in den Strukturen, aber auch in den Tätigkeiten der Zusammenarbeit zwischen den Kantonen. So wirken alle Mitglieder des Staatsrats in den Direktorenkonferenzen auf Landesebene mit. Eines seiner Mitglieder ist Präsidentin einer Konferenz, und 5 sind Vorstands- oder Büromitglieder nationaler Konferenzen.

Direktorenkonferenzen auf Landesebene (Stand am 31.12.2009)	Vertretung des Staatsrats	Funktion
Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)	Präsident/in des Staatsrats	Mitglied
Schweizerische Konferenz der Kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK)	EKS-Direktorin	Präsidentin
Schweizerische Universitätskonferenz	EKS-Direktorin	Mitglied
Schweizerischer FH-Rat	EKS-Direktorin	Mitglied
Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD)	SJ-Direktor	Mitglied

—
2009

Direktorenkonferenzen auf Landesebene (Stand am 31.12.2009)	Vertretung des Staatsrats	Funktion
Schweizerische Konferenz der Kantonalen Militär- und Zivilschutzdirektorinnen und -direktoren (MZDK)	SJ-Direktor	Mitglied
Konferenz der Kantonalen Forstdirektoren (FoDK)	ILF-Direktor	Vorstandsmitglied
Konferenz Kantonaler Landwirtschaftsdirektoren (LDK)	ILF-Direktor	Mitglied des Büros
Tripartite Konferenz Bund – Kantone – Städte	ILF-Direktor	Mitglied
Konferenz Kantonaler Energiedirektoren (EnDK)	VW-Direktor	Vorstandsmitglied
Konferenz der Kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs (KöV)	VW-Direktor	Mitglied
Konferenz Kantonaler Volkswirtschaftsdirektoren (VDK)	VW-Direktor	Mitglied
Konferenz der Kantonalen Sozialdirektoren (SODK)	GS-Direktorin	Vorstandsmitglied
Schweizerische Konferenz der Kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK)	GS-Direktorin	Mitglied
Konferenz der Kantonalen Finanzdirektoren (FDK)	FIN-Direktor	Vorstandsmitglied
Fachdirektorenkonferenz Lotteriemarkt und Lotteriegesezt (FDKL)	Vorsteher FIND und SJD	Mitglieder
Schweizerische Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK)	RUB-Direktor	Mitglied
Staatsschreiberkonferenz	Staatskanzlerin	Mitglied

Der Staatsrat ist in folgenden regionalen Konferenzen der Schweiz vertreten.

Regionalkonferenzen der Schweiz, in denen der Kanton Freiburg vertreten ist (Stand am 31.12.2009)	Vertretung des Staatsrats	Funktion
Konferenz der Kantonsregierungen der Westschweiz (WRK)	SR-Präsident/in	Mitglied
Erziehungsdirektorenkonferenz der französischen Schweiz und des Tessins (CIIP)	EKS-Direktorin	Mitglied
Nordwestschweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz (NWEDK)	EKS-Direktorin	Mitglied
Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz (D-EDK)	EKS-Direktorin	Mitglied
Lateinische Konferenz der Justiz- und Polizeidirektoren (CLDJP)	SJ-Direktor	Mitglied
Konferenz der Militärdirektoren der Westschweiz	SJ-Direktor	Mitglied
Verkehrskonferenz der Westschweiz (CTSO)	VW-Direktor	Mitglied
Konferenz der kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren der Westschweiz (CDEP-SO)	VW-Direktor	Mitglied
Konferenz OUESTRAIL	VW-Direktor	Mitglied
Behördenrat EOSH	VW-Direktor	Präsident
Strategischer Ausschuss FH-WS/S2	VW-Direktor und EKS-Direktorin	Mitglieder
Gesundheits- und Sozialdirektorenkonferenz der lateinischen Schweiz	GS-Direktorin	Präsidentin
Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren der Westschweizer Kantone, Berns und des Tessins	FIN-Direktor	Mitglied
Konferenz der Bau-, Raumplanungs- und Umweltschutzdirektoren der West- und der lateinischen Schweiz (CDTAPSOL)	RUB-Direktor	Mitglied

—
2009

Zurzeit werden in diesen Konferenzen 13 interkantonale Vereinbarungen ausgearbeitet und verhandelt oder den Kantonsparlamenten zur Genehmigung unterbreitet; sie gelten grösstenteils für das ganze Land. Jede Direktion berichtet in ihrem Teil über die laufenden interkantonalen Tätigkeiten.

	Vereinbarungen (provisorischer Titel)	Wahrscheinliches Datum des Inkrafttretens:	Betroffene Kantone	Zuständige Direktion	Betreffende Direktorenkonferenz	Stand am 31.12.09
1	Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule («HarmoS»)	nach Beitritt von 10 Kantonen	Alle Schweizer Kantone	EKSD	Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK)	Inkrafttreten am 1.8.2009. Am 31.12.09 sind 11 Kantone beigetreten, 6 Kantone haben abgelehnt, 1 Kanton (FR) muss abstimmen (Referendum)
2	Interkantonale Zusammenarbeitsvereinbarung für Sonderpädagogik	unbestimmt, Ablauf 2011	Alle Schweizer Kantone	EKSD	EDK	In der Beitrittsphase. Am 31.12.09 sind 6 beigetreten, 2 Kantone (darunter FR) sind unter Vorbehalt eines Referendums beigetreten, 1 Kanon muss abstimmen (Referendum)
3	Interkantonale Vereinbarung zur Harmonisierung der Stipendien	nach Beitritt von 10 Kantonen	Alle Schweizer Kantone	EKSD	EDK	In der Beitrittsphase
4	Interkantonale Vereinbarung FH Westschweiz und GS	2009-2010	BE, FR, GE, JU, NE, VD, VS	EKSD/VWD	FH Westschweiz	Vorentwurf wurde dem Bund unterbreitet
5A	Interkantonales Konkordat über die Hochschulen	2010-2011	Alle Schweizer Kantone	EKSD/VWD	Schweizerische Universitätskonferenz (SUK); Schweizerischer Fachhochschulrat (SFHR); EDK; wird auf der Grundlage des HFKG gemacht	Wird zurzeit ausgearbeitet (in Verbindung mit dem HFKG*)
5B	Interkantonale Hochschulvereinbarung	2010-2011	Alle Schweizer Kantone	EKSD/VWD	EDK	In der Diskussionsphase (in Verbindung mit dem HFKG*)
6	Interkantonale Vereinbarung vom 2. April 2009 über die computergestützte Zusammenarbeit der Kantone bei der Aufklärung von Gewaltdelikten (ViCLAS-Konkordat))	unbestimmt	Alle Schweizer Kantone	SJD	KKJPD	In der internen Vernehmlassung im Kanton Freiburg
7	Konkordat über die privaten Sicherheitsdienste	unbestimmt	Alle Schweizer Kantone	SJD	KKJPD	In der Vernehmlassung bei den Kantonen
8	Konkordat zur Schaffung von Massnahmen gegen die Gewalt an Sportveranstaltungen	01.01.2010	Alle Schweizer Kantone	SJD	KKJPD	Beitritt beendet (evtl. 01.01.10)
9	Konkordat der lateinischen Kantone vom 30. Oktober 2009 über den Anbau von Hanf und den Handel damit	unbestimmt	Alle Westschweizer Kantone und das Tessin	SJD	CLDJP	In der Beitrittsphase
10	Interkantonale Vereinbarung zur Harmonisierung der Baubegriffe und Messweisen (IVHB)	01.01.2010	Alle Schweizer Kantone	RUBD	BPUK	Genehmigung beendet (Inkrafttreten hängt vom RPBG** ab)
11	Vertrag über die Mitwirkung der Parlamente ParIV	2010	FR, GE, JU, NE, VD, VS	ILFD/SK	WRK	In der Vernehmlassung
12	Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE)	unbestimmt	Alle Schweizer Kantone	GSD	SODK	In Verhandlung
13	Vereinbarung über das Interkantonale Spital der Broye (HIB)	01.01.2011	FR, VD	GSD	Keine Konferenz	In Verhandlung

* HFKG: Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich

** RPBG: Raumplanungs- und Baugesetz

—
2009

4. Konferenz der Kantonsregierungen der Westschweiz (Conférence des Gouvernements de Suisse occidentale; WRK)

Die Konferenz der Kantonsregierungen der Westschweiz (WRK) ist 2009 viermal zusammengetreten. Die WRK hat sich mit der Entwicklung von verschiedenen Geschäften des Bundes beschäftigt, namentlich mit der Umsetzung der NFA durch die Kantone, der Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen und der Europapolitik der Schweiz.

Ende 2007 hat die WRK den Entwurf der ParlVer (Vertrag über die Mitwirkung der Kantonsparlamente beim Erlass und beim Vollzug von interkantonalen Vereinbarungen und von Verträgen der Kantone mit dem Ausland) verabschiedet, die die 'Convention des conventions' ersetzen soll. Das Geschäft wurde einer interparlamentarischen Kommission unterbreitet, und diese hat den Entwurf im Berichtsjahr geprüft. Sie gab der WRK ihre Stellungnahme Anfang 2009 bekannt. Der Entwurf wurde anschliessend von der WRK überarbeitet. Der neue Entwurf wird 2010 von den Kantonsregierungen formell erlassen und den Kantonsparlamenten zur Ratifizierung unterbreitet.

5. Bilaterale Treffen zwischen Regierungen

Die bilaterale Zusammenarbeit zwischen Regierungen wird durch regelmässige Treffen mit den Regierungen der Nachbarkantone unterstrichen. 2009 hat der Staatsrat die Regierungen der Kantone Bern, Neuenburg und Waadt empfangen.

Beim Treffen im August 2009 haben der Regierungsrat von Bern und der Staatsrat des Kantons Freiburg beschlossen, ihre Zusammenarbeit zu verstärken. Sie haben eine Delegation der beiden Regierungen beauftragt, einen Aktionsplan mit dem Ziel zu erstellen, die gemeinsame Stellung als Brückenkantone zwischen französischer und deutscher Schweiz rund um die Hauptstadt der Schweiz zu stärken. Dieses langfristige Projekt wird 2010 fortgesetzt.

6. Beziehungen zu den Freiburger National- und Ständeräten und zu den Bundesbehörden

An den vier Begegnungen zwischen dem Staatsrat und den Freiburger National- und Ständeräten, die 2009 organisiert wurden, konnten die für den Kanton prioritären Dossiers eingehend geprüft werden. Zu diesen Geschäften sind zu zählen: die Investitionen des Bundes für den öffentlichen und den Privatverkehr, die Massnahmen des Bundes und des Kantons zur Wiederankurbelung der Wirtschaft, die Entwicklung der S-Bahn Freiburg, die Situation der Billag und die 4. Revision des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung. Es wurden besondere Treffen zu aktu-

ellen Themen von Delegationen des Staatsrats und der Freiburger National- und Ständeräte mit den Bundesräten und Amtsvorstehern organisiert.

7. Vernehmlassungen des Bundes

Der Staatsrat hat auf 102 Vernehmlassungsverfahren des Parlaments und des Bundesrats, der eidgenössischen Departemente und der Bundesämter, der Konferenz der Kantonsregierungen oder verschiedener Konferenzen kantonaler Departementsvorsteher geantwortet.

Titel	Verantwortlich
08.445 Parlamentarische Initiative. Angemessene Wasserzinsen	UREK-S
Buchpreisbindung (Parl. Iv. 04.430)	WAK-NR EVD
Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA): Neufestsetzung der Höhe und des Verteilschlüssels des Vorabanteils	KdK
Feuerwehr 2015	FKS
Anpassung der Kriterien für die Bewilligungsverweigerung im Güterkontrollgesetz	EVD
Änderung des Gentechnikgesetzes zur Verlängerung des GVO-Moratoriums in der Landwirtschaft	UVEK
06.3658 Motion Heberlein. Gesetzliche Massnahmen gegen Zwangsheiraten	EJPD
Änderung der Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV)	UVEK
Gesuch um Stellungnahme: Revision der Verordnung über den Verkehr mit Abfällen	UVEK
Änderung des Energiegesetzes, der Energieverordnung und der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen	UVEK
Smaragd-Netzwerk	UVEK
Revision der Alarmierungsverordnung (AV, SR 520.12)	VBS
05.309 Kt. Iv. BE. Differenzierung der Motorfahrzeugsteuer auf Bundesebene	UREK-S EFD
Bundesgesetz über die Steuerbefreiung des Feuerwehrosoldes – Entwurf eines Bundesgesetzes über die Steuerbefreiung des Feuerwehrosoldes	EFD
Zweite Revision der Chemikalien-Risikoreduktionsverordnung (ChemRRV)	UVEK
Revision des CO ₂ -Gesetzes	UVEK
Teilrevision des Obligationenrechts (Schutz bei Meldung von Missständen am Arbeitsplatz)	EJPD
Via sicura – Varianten zum Handlungsprogramm des Bundes für mehr Sicherheit im Strassenverkehr	UVEK
Datenschutz bei der Benutzung der elektronischen Infrastruktur des Bundes	EJPD
EnergieSchweiz nach 2010. Zwischenbericht der Strategiegruppe	BFE
Vernehmlassung zum Verhandlungsmandat für Freihandelsabkommen der EFTA mit Russland und der Ukraine	KdK

—
2009

	Titel	Verant- wortlich		Titel	Verant- wortlich
	Teilrevision der Verordnung vom 27. Juni 1995 über die Krankenversicherung (KVV), der Verordnung vom 29. September 1995 über Leistungen in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (KLV) und der Verordnung vom 31. Oktober 1947 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVV)	EDI		Heilmittelverordnungspaket III	EDI
	Einführungsplan für die «Minimalen Geodatenmodelle» der Geobasisdaten des Bundesrechts als Teil der Umsetzung des GeolG	VBS		Revision des Schuldbetreibungs- und Konkursgesetzes (SchKG): Sanierungsverfahren	EJPD
	Einteilung der Schweiz in Grossregionen	KdK		Änderung des Fortpflanzungsmedizingesetzes (Präimplantationsdiagnostik)	EDI
	Stabilisierungsmassnahmen/Bereich der Biodiversität	UVEK		Teilrevision des Bundesgesetzes über die Militärversicherung (MVG)	EDI
	Entwurf zur Änderung des Asylgesetzes und des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer	EJPD		Vorentwurf zur Änderung des Bundesgesetzes vom 24. März 2006 über die Familienzulagen (FamZG) - Einrichtung eines Familienzulagenregisters	EDI
	Änderung des BG über die Ausländerinnen und Ausländer als indirekter Gegenvorschlag zur «Ausschaffungsinitiative»	EJPD KdK		Umfrage: Probleme bei der Anwendung der bilateralen Abkommen Schweiz – EU	KdK
	Steuerliche Entlastung von Familien mit Kindern	EFD		Revision der Verordnung über die in die Schweiz entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (EntsV)	EVD
	Änderung des Schweizerischen Strafgesetzbuches (Online-Zugriffe VOSTRA)	EJPD		Änderung der Artikel 82 und 83 der Verordnung vom 24. September 2004 über Glücksspiele und Spielbanken (Spielbankenverordnung, VSBG; SR 935.521)	ESBK
	Entwurf des Schweizerischen Konkordats vom 14. November 2008 über die Sicherheitsunternehmen, der von der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) verabschiedet wurde	CLDJPD		Dringliche Revision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG); Vernehmlassung in Form eines konferenziellen Verfahrens	EDI
	Totalrevision des Bundesgesetzes über den Versicherungsvertrag (Versicherungsvertragsgesetz)	EFD		Änderung des Militärgesetzes im Zusammenhang mit der Botschaft zum Bundesbeschluss über den Einsatz der Armee im Assistenzdienst im Ausland zur Unterstützung der Operation NAVFOR Atalanta der Europäischen Union sowie zur Änderung des Militärgesetzes	VBS
	Verordnung über das elektronische Informationssystem zur Verwaltung der Tierversuche (VerTi-V)			Entwürfe zur Änderung der Verordnung vom 12. April 1995 über den Risikoausgleich in der Krankenversicherung (VORA)	EDI
	Verordnung des BVET über die Versuchstierhaltungen und die Erzeugung gentechnisch veränderter Tiere sowie über die Verfahren bei Tierversuchen (Tierversuchsverordnung)	EVD		Verordnungen zur Umsetzung der Güterverkehrsvorlage	UVEK
	Revision des Raumplanungsgesetzes	UVEK		Abkommen des Europarates zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch (STE 201)	EJPD
	Bundesbeschluss über die Finanzierungsetappe 2011 – 2014 für das Programm Agglomerationsverkehr	UVEK		Technische Eisenbahnbestimmungen sowie Verordnungen über die behindertengerechte Gestaltung des öffentlichen Verkehrs	UVEK
	Bundesbeschluss über das Programm zur Beseitigung von Engpässen im Nationalstrassennetz und über die Freigabe der Mittel	UVEK		05.404 Parlamentarische Initiative: Verbot von sexuellen Verstümmelungen	RK-NR
	Freizügigkeitsabkommen Schweiz-EU (FZA): Beschluss über das Anrufen der speziellen Schutzklausel; Vernehmlassung auf dem Zirkulationsweg	KdK		Inkraftsetzen des Bundesgesetzes über internationale Kindesentführung sowie die zwei Haager Übereinkommen zum Schutz von Kindern und Erwachsenen (BG-KKE)	EJPD
	08.515 Parlamentarische Initiative «Bedingter Rückzug einer Volksinitiative im Falle eines indirekten Gegenvorschlages»	SPK-S		Elektrische Hochspannungsleitungen, Kriterien für die Beurteilung von Kabel- und Freileitungsvarianten	UVEK
	Bundesgesetz über die Unternehmens-Identifikationsnummer (UIDG)	EDI		04.450 Parlamentarische Initiative. Ersatzbeschaffung von Wohneigentum, Förderung der beruflichen Mobilität	WAK-NR
	Finanzmittel des Bundes im Bereich des Heimatschutzes und der Denkmalpflege; Antrag zum Abschluss einer Programmvereinbarung für 2008-2011	EDI		Änderung der Verordnung über die Wehrpflichtersatzabgabe (WPEV)	EFD
	Revision des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Elterliche Sorge) und des Schweizerischen Strafgesetzbuches (Art. 220)	EJPD		Verordnungen zur Revision der Erlasse über den öffentlichen Verkehr (RöVE)	UVEK

—
2009

Titel	Verantwortlich
Revision des CO ₂ -Gesetzes, Emissionen von in der Schweiz neu immatrikulierten Personenwagen (Erfüllung der Motion 07.3004)	UVEK
Genehmigung und Umsetzung des Übereinkommens des Europarates über die Cyberkriminalität	EJPD
Bundesgesetz über die Unternehmensjuristinnen und -juristen (Unternehmensjuristengesetz, UJG)	EJPD
Notenaustausch zwischen der Schweiz und der EU betreffend Übernahme des Rahmenbeschlusses 2008/977/JI über den Schutz personenbezogener Daten, die im Rahmen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen verarbeitet werden	EJPD KdK
Entwurf eines lateinischen Konkordats über den Hanfhandel (Genehmigung von präventiven Massnahmen, die den Erzeugern und Händlern vorgeschrieben werden können), das von der Konferenz erlassen wurde	KdK CLDJP
Vereinbarung über eine schweizerische Kommission Jugendschutz-Film	KKJPD
Ressourcen- und Lastenausgleich und Härtefälle 2010	EFK
Inkraftsetzen der neuen Pflegefinanzierung	KdK
Vernehmlassung der Kantonsregierungen zum neuen ParlVertrag	WRK
Evaluation der Schweiz durch die GRECO (Groupe d'Etats contre la corruption) des Europarats – Umsetzung der Empfehlungen	EJPD
Verordnung über die Kennzeichnung von Personenwagen mit der Umweltetikette (Umweltetiketten-Verordnung, UEV)	UVEK
Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft betreffend die Übernahme der Rückführungsrichtlinie (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)	EJPD
Bundesgesetz über den Einkauf von Waren in Zollfreiläden auf Flughäfen	EFD
Verordnung zum Schutz vor Passivrauchen (Passivrauchschutzverordnung, PRSV)	EDI
Verhandlungsmandat für ein Freihandelsabkommen mit Hong Kong	KdK
Teilrevision der Verordnung vom 27. November 2000 über explosionsgefährliche Stoffe (Sprengstoffverordnung, SprstV; SR 941.411)	EJPD
Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über die Erleichterung der Kontrollen und Formalitäten im Güterverkehr sowie über zollrechtliche Sicherheitsmassnahmen	EFD
Verordnung über die ausserfamiliäre Betreuung von Kindern (Kinderbetreuungsverordnung; PAVO) und Adoptionsverordnung (AdoV)	EJPD
Verordnung über die Besteuerung der Liquidationsgewinne bei definitiver Aufgabe der selbständigen Erwerbstätigkeit	EFD

Titel	Verantwortlich
Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung der Verordnung (EG) Nr. 380/2008 betreffend die Einführung der Biometrie im Ausländerausweis (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)	EJPD
Vorentwurf zur Änderung des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung (SR 861)	EDI
08.407 Parlamentarische Initiative. Erleichterte Zulassung und Integration von Ausländerinnen und Ausländern mit Schweizer Hochschulabschluss	SPK-NR
Zweiter Schritt der Bahnreform 2	UVEK
Verordnung zum neuen Mehrwertsteuergesetz	EFD
6. IV-Revision, erstes Massnahmenpaket	EDI
Verlängerung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Zusammenarbeit von Bund und Kantonen für den Betrieb des Schweizer Portals www.ch.ch für die Jahre 2011–2014	BK
Revision des Lebensmittelgesetzes	EDI
Totalrevision der Verordnung über den Notfallschutz in der Umgebung von Kernanlagen (Notfallschutzverordnung, NFSV)	UVEK
ParlVer: Vernehmlassung der Kantonsregierungen zum endgültigen Text	WRK
Ergänzung des schweizerischen Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes betreffend rassistische Symbole	EJPD
Erlass der Verordnung über die Organisation von Einsätzen bei ABC- und Naturereignissen (ABCN-Einsatzverordnung, SR 520.17)	VBS
Änderung Art. 25b Arzneimittelverordnung	EDI
Umfrage über die Erfahrungen der Kantone mit der Umsetzung der NFA	KdK
Bundesgesetz über eine Teilrevision des Zivilgesetzbuches, des Obligationenrechts und der Zivilprozessordnung (Nachrichtenlose Vermögenswerte)	EJPD
Stand bei der Europapolitik – Erneute Evaluation	KdK
Verordnung über das Inverkehrbringen von nach ausländischen technischen Vorschriften hergestellten Produkten	EVD
Genehmigung der Notenaustausche zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft betreffend die Übernahme der Entscheidungen zum Aussengrenzenfonds sowie der Zusatzvereinbarung mit der Europäischen Gemeinschaft über eine Beteiligung der Schweiz am Aussengrenzenfonds (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands)	EJPD
Unterzeichnung des UNO-Übereinkommens gegen das Verschwindenlassen von Personen	EDA
Parlamentarische Initiative Kohler. Verbot von Pitbulls in der Schweiz (Hundegesetz)	WBK-SR
Bundesgesetz über die Sicherung der Bankeinlagen	EFD
Änderung der Verordnung über die CO ₂ -Abgabe (CO ₂ -Verordnung)	UVEK

—
2009

Titel	Verantwortlich
Änderung der Verordnung über die Tierverkehrs-Datenbank, der Tierseuchenverordnung, der Verordnung über die Gebühren für den Tierverkehr, der Tierarzneimittelverordnung sowie der Verordnung über das Schlachten und die Fleischkontrolle	EVD

- › eine weitere Kantonssteuersenkung im Betrag von 15,6 Millionen Franken;
- › eine Netto-Zunahme des Personalaufwands um 27,4 Millionen Franken in Zusammenhang mit der Schaffung neuer Stellen im Staatsvoranschlag 2010 (rund 300 zusätzliche Stellen);
- › diverse andere neue Gesetzesbestimmungen, die Netto-Mehraufwendungen von 6,3 Millionen Franken zur Folge haben.

VII. FINANZIELLE UND PERSONELLE AUSWIRKUNGEN DER VOM GROSSEN RAT IM JAHR 2009 GEFASSTEN BESCHLÜSSE

(Art. 198 Abs. 3 des Grossratsgesetzes vom 6. September 2006)

Im Laufe des Jahres 2009 hat sich der Grosse Rat zu 20 Gesetzes- und 22 Dekretsentwürfen geäussert. Fast die Hälfte der im Grossen Rat beratenen und gutgeheissenen Erlasse, nämlich 11 Gesetze und 9 Dekrete, haben keine oder nur sehr geringfügige Auswirkungen in finanzieller Hinsicht.

Mit Vorbehalten aufgrund der Schwierigkeiten, die zum Teil einmaligen, zum Teil sich wiederholenden finanziellen Auswirkungen sowohl auf die Laufende Rechnung als auch auf die Investitionsrechnung zusammenzuzählen, können die finanziellen und personellen Auswirkungen der anderen Gesetzes- und Dekretsentwürfe wie folgt zusammengefasst werden:

1. Investitionsrechnung

Hier hat der Grosse Rat im vergangenen Jahr 10 Verpflichtungskredite gesprochen, die insgesamt einem Investitions- oder Investitionsbeitragsvolumen von 82 594 850 Franken entsprechen. Die drei wichtigsten Vorhaben waren: der Zusatzkredit für die Umfahrungsstrasse von Bulle (26 040 347 Franken), der Erwerb des früheren Sitzes der FKB Liebfrauenplatz (13 Mio. Fr.), der Umbau des ehemaligen Augustinerklosters (13 003 000 Fr.).

2. Laufende Rechnung

Die signifikanten Auswirkungen von 9 Gesetzen und einem Dekret auf die Laufende Rechnung lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- › eine beträchtliche Zunahme des Aufwands für die Umsetzung des interkommunalen Finanzausgleichs, der mit schätzungsweise 11,8 Millionen Franken zu Buche schlägt;

Neue einmalige Ausgaben begründen das Dekret zur Schaffung eines Konjunkturfonds in Höhe von 50 Millionen Franken und das Dekret im Umfang von 4,2 Millionen Franken für die Harmonisierung der Register.

In einem Fall haben die Änderungen des Grossen Rates an einer Vorlage des Staatsrates die im Regierungsentwurf einberechneten finanziellen Auswirkungen verstärkt. Dies betrifft den interkommunalen Finanzausgleich. Der Grosse Rat hat die vom Staat zu übernehmenden Kosten von wie ursprünglich vorgesehen 8 Millionen Franken auf 11,8 Millionen Franken erhöht.

—
2009
IM JAHR 2009 VERABSCHIEDETE GESETZE UND DEKRETE
 (mit Angabe der finanziellen und personellen Auswirkungen)

Gesetzesentwurf/Dekretsentwurf	Nr. Bot-schaft	Zuständige Direktion	Datum Verabschiedung Grosser Rat	Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats GR: bei Änderung, Auswirkungen der vom Grossen Rat angen. Entwürfe		
				personell:	finanziell:	
				Vollzeitäquivalente (VZÄ)	jährlich: auf Laufende Rechnung in Franken	gesamthft: über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung in Franken
D über einen Verpflichtungskredit für die Umsetzung der Bundesgesetzgebung über die Registerharmonisierung	112	SJD	10.02.09			Ausgaben: + 4 242 200 Fr. (wovon 390 000 Fr. für die Gemeinden)
D über die kompensierten Nachtragskredite zum Voranschlag des Staates Freiburg für das Jahr 2008	118	FIND	10.02.09		Keine finanziellen Auswirkungen	
G über eine Teilrevision des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte und des Gesetzes über die Gemeinden	110	ILFD	11.02.09		Keine finanziellen oder personellen Auswirkungen	
D über die Einreichung einer Ständesinitiative bei der Bundesversammlung (Energiegesetz vom 26. Juni 1998/Kostendeckende Einspeisevergütung)	124	SR	11.02.09		Keine finanziellen Auswirkungen	
D über einen Verpflichtungskredit für Daueranlagen in Staatswäldern	108	ILFD	11.02.09			Ausgaben: + 4 470 000 Fr.
G über den Beitritt des Kantons Freiburg zum Regionalen Schulabkommen über die gegenseitige Aufnahme von Auszubildenden und Ausrichtung von Beiträgen (RSA 2009)	94	EKSD	12.02.09		Einsparung: – 162 000 Fr.	
G über den Beitritt des Kantons Freiburg zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule sowie zur Westschweizer Schulvereinbarung	102	EKSD	12.02.09	+ 28.5 VZÄ	Gesamtkosten jährlich: + 3 050 000 Fr. (Staat: + 1 295 000 Fr. / Gemeinden: + 1 755 000 Fr.)	
D über den Erwerb der Liegenschaft Liebfrauenplatz 2 in Freiburg	111	RUBD	13.02.09			Ausgaben: + 13 000 000 Fr.
D über einen Zusatzkredit für die Umfahrungsstrasse von Bulle (H189)	119	RUBD	13.02.09			Ausgaben: + 26 040 347 Fr.
G zur Änderung des Gesetzes über die Wahl der Richterinnen und Richter und die Aufsicht über sie (kollektive Wiederwahlen)	120	SJD	24.03.09		Die Vorlage hat keine neuen Ausgaben zur Folge	
D über die Einbürgerungen	123	ILFD	24.03.09		Keine finanziellen Auswirkungen	

—
2009

Gesetzesentwurf/Dekretsentwurf	Nr. Bot-schaft	Zuständige Direktion	Datum Verabschiedung Grosser Rat	Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats GR: bei Änderung, Auswirkungen der vom Grossen Rat angen. Entwürfe		
				personell:	finanziell:	
				Vollzeitäquivalen-te (VZÄ)	jährlich: auf Laufende Rechnung in Franken	gesamthaft: über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung in Franken
				- 12.33 VZÄ Lehrpersonal	Neue Ausgaben: + 3 335 200 Fr. (Beitrag FH- Westschweiz einschl. Standortvorteil)	
				- 1.50 VZÄ Verwaltungs- personal	Defizitgarantie: + 450 000 Fr. Neue Einnahmen: Dem Konservatorium Lausanne in Rechnung gestellte Kosten der HSM: + 453 780 Fr. Einsparungen: - 1 116 160 Fr. (Staat: - 580 400 Fr. / Gemeinden: - 535 760 Fr.) - 825 000 Fr.: Beiträge, die der Kanton Freiburg für Musikschulen, Schulen für Gestaltung und Kunst und Theaterschulen zahlte. Bilanz für den Kanton: Mehraufwendungen: + 1 926 020 Fr.	
G zur Änderung des Gesetzes über die kulturellen Institutionen des Staates	122	EKSD	25.03.09			
D über den Erwerb der Liegenschaft an der Rue Guillaume-Techtermann 8 in Freiburg	125	EKSD	06.05.09			Ausgaben: + 2 000 000 Fr.
D zur Staatsrechnung des Kantons Freiburg für das Jahr 2008 und zur Schaffung eines Konjunkturfonds	127	FIND	06.05.09		Schaffung eines Konjunkturfonds: 50 000 000 Fr.	
					Keine finanziellen Auswirkungen Die Planung hoch technisierter Installationen kann Mehrkosten in Zusammenhang mit einem nicht unwesentlichen Verwaltungsaufwand zur Folge haben	
G zur Änderung des Gesundheitsgesetzes (Teilrevision)	115	GSD	08.05.09			
D über die Einreichung einer Standesinitiative bei der Bundesversammlung (Verlängerung des Moratoriums für den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen)	130	ILFD	16.06.09		Keine finanziellen Auswirkungen	
D über die Einbürgerungen	131	ILFD	18.06.09		Keine finanziellen Auswirkungen	

—
2009

Gesetzesentwurf/Dekretsentwurf	Nr. Bot-schaft	Zuständige Direktion	Datum Verabschiedung Grosser Rat	Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats GR: bei Änderung, Auswirkungen der vom Grossen Rat angen. Entwürfe		
				personell:	finanziell:	
				Vollzeitäquivalente (VZÄ)	jährlich: auf Laufende Rechnung in Franken	gesamthaft: über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung in Franken
D über den kantonalen Plan zur Stützung der Wirtschaft und zur Krisenbewältigung im Kanton Freiburg	132	VWD FIND	18.06.09			Keine finanziellen Auswirkungen Entnahme aus dem Konjunkturfonds von 39 805 000 Fr.
D über einen Verpflichtungskredit für die Studien und den Landerwerb für die Umfahrungsstrasse von Düringen	129	RUBD	19.06.09			Ausgaben: + 9 000 000 Fr. wovon 5 300 000 Fr. für den Landerwerb und der Rest für die Studien bestimmt sind
G zur Änderung des Grossratsgesetzes (Unvereinbarkeiten, Art der Behandlung der Geschäfte, Nachhaltigkeit)	134	RUBD	08.09.09			Die ersten beiden Änderungen haben weder finanzielle noch personelle Folgen Die finanziellen Folgen des dritten Punkts sind vom Grad der konkreten Umsetzung dieser neuen Bestimmung durch die Kantonsverwaltung abhängig
G über die Information und den Zugang zu Dokumenten (InfoG)	90	ILFD	09.09.09	+ 0.80 VZÄ		Die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen und die Informationspflicht werden begrenzte finanzielle und personelle Folgen haben Zugangsrecht: Der Budgetrahmen der Aufsichtsbehörde muss um 90 000 Fr. jährlich erweitert werden (wovon 86 000 Fr. für das zusätzliche Personal)
G zur Änderung des Gesetzes über das Staatspersonal (StPG)	133	FIND	09.09.09			Maximale Kosten brutto: + 270 000 Fr., das heisst 90 000 Fr. pro Jahr und pro zusätzlichen bezahlten Tag Vaterschaftsurlaub
D über die Einbürgerungen	147	ILFD	09.09.09			Keine finanziellen Auswirkungen
G über den Beitritt des Kantons Freiburg zum Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen	137	SJD	11.09.09			Grundsätzlich keine finanziellen oder personellen Auswirkungen

—
2009

Gesetzesentwurf/Dekretsentswurf	Nr. Bot-schaft	Zuständige Direktion	Datum Verabschiedung Grosser Rat	Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats GR: bei Änderung, Auswirkungen der vom Grossen Rat angen. Entwürfe		
				personell:	finanziell:	
				Vollzeitäquivalente (VZÄ)	jährlich: auf Laufende Rechnung in Franken	gesamthaft: über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung in Franken
G über die interkantonalen Verträge (VertragsG)	140	ILFD	11.09.09		Unwesentliche finanzielle und grundsätzlich keine personellen Folgen	
D über einen Verpflichtungskredit für den Bau und die Ausrüstung eines Gebäudes für medizinische Bildgebung im HFR Riaz	144	GSD	11.09.09			Ausgaben: + 7 067 529 Fr.
G zur Änderung des Gesetzes über die direkten Kantonssteuern	151	FIND	06.10.09		Mindereinnahmen für den Staat: – 15 600 000 Fr. 12 500 000 Fr. weniger Einnahmen für die Gemeinden und 1 400 000 Fr. weniger für die Pfarreien	
G zur Änderung des Strassengesetzes (Radstreifen und Radwege)	149	RUBD	08.10.09			Die Umsetzung des Gesetzes wird über Verpflichtungskredite laufen
G über den Steuerfuss der direkten Kantonssteuern für die Steuerperiode 2010	164	FIND	11.11.09		Keine finanziellen Folgen, da die Steuerfüsse für 2010 bei 100 % bleiben	
D über die Erhöhung der finanziellen Beteiligung des Staates Freiburg am Aktienkapital der Immobiliengesellschaft Agy Expo SA	156	FIND	11.11.09			Ausgaben: + 7 000 000 Fr.
D zum Voranschlag des Staates Freiburg für das Jahr 2010	163	FIND	11.11.09	+ 299.38 VZÄ (Neue und zusätzliche Stellen)	Neue und zusätzliche Stellen: Bruttoaufwand: + 34 200 000 Fr. Nettoaufwand: + 27 400 000 Fr.	
G zur Änderung des Energiegesetzes	159	VWD	13.11.09		Massnahme «CO ₂ -neutrale öffentliche Gebäude»: schwer zu schätzende finanzielle Folgen Massnahme «Nutzung von Jade-STAR-Strom»: Das Gesamtprogramm wird in den nächsten 5 Jahren 5 250 000 Fr. kosten und ab 2015 dann 2 000 000 Fr./Jahr)	
D über einen Beitrag an die zusätzlichen Umbau- und Renovationsarbeiten am Dach des Gebäudes des freiburger Spitals, Standort Billens	150	GSD	13.11.09			Ausgaben: höchstens + 180 444 Fr.

—
2009

Gesetzesentwurf/Dekretsentwurf	Nr. Bot-schaft	Zuständige Direktion	Datum Verabschiedung Grosser Rat	Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats GR: bei Änderung, Auswirkungen der vom Grossen Rat angen. Entwürfe		
				personell:	finanziell:	
				Vollzeitäquiva-lente (VZÄ)	jährlich: auf Laufende Rechnung in Franken	gesamthaft: über mehrere Jahre auf Investitionsrech-nung in Franken
G zur Änderung des Gesetzes über die Einwohnerkontrolle	152	SJD	16.11.09		Die Vorlage hat keine Mehrkosten gegenüber den im Dekret vom 10. Februar 2009 über einen Verpflichtungskredit für die Umsetzung der Bundesgesetzgebung über die Register-harmonisierung vorgesehenen zur Folge	
G über den interkommunalen Finanzausgleich (IFAG)	141	ILFD	16.11.09		Neue periodische Ausgabe von 8 000 000 Fr. jährlich (teuerungsangepasst) in einem ersten Zeitraum von 6 Jahren. Anpassung des Programms GemA: 80 000 Fr. GR: Bedarfsausgleich wird 50 % des Ressourcenausgleichs ausmachen. Kosten für den Staat: + 11 796 808 Fr. gemäss Steuerstatistik 2007 der KSTV	
D über die Einreichung einer Standesinitiative bei der Bundesversammlung (Verbot von Gewaltvideo-Spielen)	146	SJD	16.11.09		Keine finanziellen oder personellen Auswirkungen	
D über einen Verpflichtungskredit für den Umbau des ehemaligen Augustinerklosters in Freiburg für das Kantonsgericht	154	SJD	15.12.09			Ausgaben: + 13 003 000 Fr.
G über den Beitritt des Kantons Freiburg zur interkantonalen Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik	167	EKSD	16.12.09		Hat keine finanziellen oder personellen Folgen	
G zur Änderung des Gesetzes über die Versicherung der Gebäude gegen Brand und andere Schäden	168	SJD	16.12.09		Führt nicht zu neuen Ausgaben	

—
2009

Gesetzesentwurf/Dekretsentwurf	Nr. Bot-schaft	Zuständige Direktion	Datum Verabschiedung Grosser Rat	Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats GR: bei Änderung, Auswirkungen der vom Grossen Rat angen. Entwürfe		
				personell:	finanziell:	
				Vollzeitäquivalente (VZÄ)	jährlich: auf Laufende Rechnung in Franken	gesamthaft: über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung in Franken
G Gewässergesetz (GewG)	145	RUBD	18.12.09			Gewässerbewirtschaftung: 1 000 000 Fr./Jahr in der Planungsphase, dann 700 000 Fr./Jahr Mehrausgaben für die Revitalisierung von Fließgewässern: durchschn. + 30 000 Fr./Jahr Zusätzlicher Beitrag für den Unterhalt: + 50 000 -100 000 Fr./Jahr
D über die Einbürgerungen	171	ILFD	18.12.09		Keine finanziellen Auswirkungen	
D über einen Beitrag an das Ausbauprojekt für die Taverna sowie über einen Verpflichtungskredit für den Kantonsanteil am Bau einer Brücke auf der Kantonsstrasse Flamatt-Freiburg-Plaffeien	155	RUBD	18.12.09			Beitrag: höchstens + 1 128 630 Fr. Ausgaben: + 834 530 Fr.

—
2009

VIII. PERSONALBESTAND

BEHÖRDEN – DIREKTIONEN Finanzstellen	Rechnung 2009 VZÄ	Rechnung 2008 VZÄ	Differenz VZÄ
STAATSRAT	9'576.25	9'356.92	219.33
Gesetzgebende Behörde	7.72	6.26	1.46
Richterliche Behörde	258.99	256.91	2.08
Vollziehende Behörde	7.00	7.00	
Staatskanzlei	29.68	29.51	0.17
Direktion für Erziehung, Kultur und Sport	4'293.02	4'204.52	88.50
Sicherheits- und Justizdirektion	797.96	776.97	20.99
Direktion der Institutionen, der Land- und Forstwirtschaft	398.33	359.86	38.47
Volkswirtschaftsdirektion	589.03	557.40	31.63
Direktion für Gesundheit und Soziales	2'446.49	2'420.84	25.65
Finanzdirektion	362.69	355.28	7.41
Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion	385.34	382.37	2.97
SEKTOREN	9'576.25	9'356.92	219.33
Zentralverwaltung	2'376.25	2'364.57	11.68
Unterrichtswesen	4'586.88	4'474.08	112.80
Spitalwesen	2'312.11	2'221.47	90.64
Besondere Sektoren und Anstalten des Staates	301.01	296.80	4.21

IX. DIE PARLAMENTARISCHEN VORSTÖSSE

Laut Artikel 68 des Grossratsgesetzes vom 6. September 2006 (GRG) erstellt der Staatsrat «jedes Jahr im Rechenschaftsbericht die Liste der Vorstösse, denen er im Verlauf des Berichtsjahrs Folge gegeben hat, und macht einen kurz begründeten Bericht über den Stand der noch hängigen Motionen, Postulate und Aufträge und darüber, wie er ihnen Folge zu geben gedenkt». Der Staatsrat hat beschlossen, aus dieser Liste eine vollständige Bestandesaufnahme der parlamentarischen Vorstösse, die sich in den verschiedenen Stadien der Prüfung befinden, zu machen. Die Situation entspricht dem Stand am 31. Dezember 2009.

Liste der Abkürzungen

Abkürzung

A	Antwort des Staatsrats
E	Einreichung/Zustellung an die Staatskanzlei
EKSD	Direktion für Erziehung, Kultur und Sport
FIND	Finanzdirektion

GR	Grosser Rat
GSD	Direktion für Gesundheit und Soziales
ILFD	Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft:
RUBD	Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion
SJD	Sicherheits- und Justizdirektion
SK	Staatskanzlei des Kantons Freiburg
SR	Staatsrat des Kantons Freiburg
TGR	Amtliches Tagblatt der Sitzungen des Grossen Rates
VWD	Volkswirtschaftsdirektion

Werden in der Spalte «Nr. und Direktion» mehrere Direktionen aufgeführt, so ist die erste erwähnte Direktion federführend.

—
2009

1. Motionen

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung und Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2009
1087.09 RUBD	Genoud Joe – Änderung des Raumplanungs- und Baugesetzes (RPBG)	E: 19.11.09		Antwort ist in Vorbereitung.
1086.09 GSD	Bourguet Gabrielle / Boschung Moritz – Betreuung von betagten geistig und körperlich behinderten Menschen	E: 19.11.09		Antwort ist in Vorbereitung.
1085.09 RUBD/SJD	<i>Standesinitiative</i> Rime Nicolas/Piller-Carrard Valérie – Keine 60-Töner auf Schweizer Strassen	E: 19.11.09		Antwort ist in Vorbereitung.
1084.09 EKSD	Schnyder Erika – Schleier in der Schule – Änderung des Schulgesetzes	E: 19.11.09		Antwort ist in Vorbereitung.
1083.09 RUBD/GSD/ FIND/EKSD	Burgener Woeffray Andrea / Roubaty François – Änderung des Gesetzes über Beiträge an Schulbauten für den Kindergarten, die Primarschule und die Orientierungsschule	E: 15.10.09		Antwort ist in Vorbereitung.
1082.09 FIND	Romanens-Mauron Antoinette / Gendre Jean-Noël – Änderung des Gesetzes über die Besteuerung der natürlichen Personen	E: 15.10.09		Antwort ist in Vorbereitung.
1081.09 GSD	Aeby-Egger Nicole / Repond Nicolas – Beitrag an den Operationsblock im Spital Riaz	E: 15.10.09		Antwort ist in Vorbereitung.
1080.09 EKSD	Boschung Bruno – Änderung des Beschlusses des Staatsrates über die Erhaltung des Baukulturgutes der Alpen betreffend Wahl der Materialien für die Bedachung von Alphütten	E: 17.09.09		Antwort ist in Vorbereitung.
1079.09 ILFD	Duc Louis / Glauser Fritz – Schaffung eines kantonalen Wildschadenfonds	E: 17.09.09		Antwort ist in Vorbereitung.
1078.09 GSD	de Weck Antoinette / Gobet Nadine – Gesetz über eine neue Art der Finanzierung der Einrichtungen zur Betreuung von Kindern	E: 17.09.09		Antwort ist in Vorbereitung.
1077.09 SK	Ganioz Xavier – Abstimmung per Internet für Auslandschweizer, die im Kanton Freiburg eingeschrieben sind	E: 13.08.09		Der Verfasser hat die Motion zurückgezogen und durch seine Anfrage 3267.09 ersetzt Abgeschrieben.
1076.09 FIND	Waeber Emanuel / Thürler Jean-Pierre – Zulässige Steuerabzüge für Beiträge an politische Parteien	E: 13.08.09		Antwort ist in Vorbereitung.
1075.09 RUBD	Chassot Claude – Gesetz vom 6. November 1986 über die Reklamen	E: 20.07.09 A: 13.10.09	Am 16.11.2009 zurückgezogen	Abgeschrieben.
1074.09 RUBD	Thomet René – Änderung des Raumplanungs- und Baugesetzes (RPBG) (Art. 129 Abs. 1 und 2)	E: 25.06.09 A: 05.10.09	Am 16.11.2009 abgelehnt	Abgeschrieben.

—
2009

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung und Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2009
1073.09 RUBD	Schorderet Edgar/Schorderet Gilles – Verbindung Marly–Matran und Ausbau der bestehenden Achse Marly–Freiburg zur Verbesserung des öffentlichen Verkehrs	E: 14.05.09 A: 01.09.09	Am 08.10.2009 zurückgezogen	Abgeschrieben.
1072.09 FIND	Rossier Jean-Claude/Peiry Stéphane – Tiefere Eigenmietwertbesteuerung	E: 25.06.09 A: 13.10.09	Am 18.12.2009 abgelehnt	Abgeschrieben.
1070.09 ILFD	Butty Dominique – Gesetz über die Gemeinden	E: 02.04.09		Fristverlängerung (3 Monate)
1069.09 FIND	Peiry Stéphane – Lockerung der Vorschriften über den Ausgleich der kalten Progression	E: 02.04.09 A: 13.10.09	Am 18.12.2009 abgelehnt	Abgeschrieben.
1068.09 RUBD	Gander Daniel/Collaud Elian – Änderung der Artikel 20 des Strassengesetzes und 24 des Ausführungsreglements zum Strassengesetz	E: 02.04.09 A: 18.08.09	Am 09.09.2009 angenommen	Antwort ist in Vorbereitung.
1067.09 FIND	<i>Dringliche Motion</i> Romanens Jean-Louis/Kuenlin Pascal – Wirtschaftskrise und Verwendung der Mittel zur Wiederankurbelung	E: 11.02.09 A: 13.02.09	Am 16.02.2009 angenommen	Dekretsentwurf zur Staatsrechnung des Kantons Freiburg für das Jahr 2008 und zur Schaffung eines Konjunkturfonds: Botschaft 127 vom 17.03.2009 (<i>Einrichtung eines Wiederankurbelungs-Fonds von 50 Mio. Fr.</i>). Abgeschrieben.
1066.08 VWD	<i>Dringliche Motion</i> Boschung Moritz/Thalmann-Bolz Katharina – Erhöhung der Bundesbeiträge für die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV)	E: 09.12.08 A: 27.01.09 + 09.02.09 (neue Version)	Am 11.02.2009 angenommen	Dekretsentwurf über die Einreichung einer Standesinitiative bei der Bundesversammlung (Energiegesetz vom 26. Juni 1998/Kostendeckende Einspeisevergütung): Botschaft 124 vom 09.02.2009. Abgeschrieben.
1065.08 SJD	<i>Dringliche Motion</i> Justizkommission – Gesetz über die Wahl der Richterinnen und Richter und die Aufsicht über sie	E: 09.12.08 A: 27.01.09		Gesetzesentwurf zur Änderung des Gesetzes über die Wahl der Richterinnen und Richter und die Aufsicht über sie (kollektive Wiederwahlen): Botschaft 120 vom 27.01.2009. Abgeschrieben.
1064.08 SJD	Schnyder Erika – Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer	E: 12.11.08 A: 09.06.09	Am 09.09.2009 zurückgezogen	Abgeschrieben.
1063.08 FIND	Tschopp Martin/Raemy Hugo – Anpassung der Besteuerung der Krankenkassenprämienverbilligung	E: 12.11.08 A: 15.06.09	Am 09.09.2009 zurückgezogen	Abgeschrieben.

—

2009

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung und Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2009
1062.08 RUBD	Schuwey Roger – Aufheben der Schonzeit über das Sammeln von Pilzen	E: 12.11.08		Antwort ist in Vorbereitung.
1061.08 SJD	Dorand Jean-Pierre/de Roche Daniel – Rehabilitation von Catherine Repond, genannt «Catillon»	E: 16.10.08 A: 27.01.09	Am 24.03.2009 zurückgezogen	Abgeschrieben.
1060.08 FIND	Peiry Stéphane – Jährlicher und vollständiger Ausgleich der kalten Progression	E: 11.09.08 A: 20.01.09	Am 25.03.2009 zurückgezogen	Abgeschrieben.
1059.08 SJD	Justizkommission – Gesetz über die Gerichtsorganisation (GOG) – Unvereinbarkeiten und Ausstand	E: 11.09.08 A: 17.02.09	Am 24.03.2009 angenommen	Entwurf für ein Justizgesetz (JG): Botschaft 175 vom 14.12.2009. Abgeschrieben.
1058.08 SJD	Standesinitiative für ein Verbot von Gewaltvideo-Spielen	E: 11.09.08 A: 26.05.09	Am 19.06.2009 angenommen	Dekretsentwurf über die Einreichung einer Standesinitiative bei der Bundesversammlung (Verbot von Gewaltvideo-Spielen): Botschaft 146 vom 18.08.2009. Abgeschrieben.
1056.08 ILFD	Boschung Moritz/Schorderet Edgar – Anpassung der Artikel 28 und 30 des Agglomerationsgesetzes an realistische Verhältnisse	E: 26.06.08 A: 25.11.08	Am 11.02.2009 abgelehnt	Abgeschrieben.
1055.08 GSD	Peiry Stéphane – Änderung des Sozialhilfegesetzes (SHG)	E: 26.06.08 A: 28.04.09	Am 18.06.2009 angenommen	Gesetzesentwurf zur Änderung des Sozialhilfegesetzes (Revision und Inspektion der Sozialhilfedossiers): Botschaft 173 vom 09.12.2009. Abgeschrieben.
1053.08 RUBD	Schorderet Edgar/Thomet René – Strassengesetz – Bau von Radstreifen und Radwegen	E: 15.05.08 A: 30.09.08	Am 02.12.08 angenommen	Gesetzesentwurf zur Änderung des Strassengesetzes (Radstreifen und Radwege): Botschaft 149 vom 18.08.2009: Abgeschrieben.
1052.08 EKSD/VWD	Ganioz Xavier/Siggen Jean-Pierre – Freiburger Bildungsscheck: Gleichberechtigung durch Wissen!	E: 15.05.08 A: 09.12.08	Am 12.02.2009 angenommen	Die Erprobung kann erst Anfang 2010 starten. Für den Bericht wird ein Gesuch um Fristverlängerung eingereicht.
1051.08 SJD	Studer Theo/lth Markus – Gesetz über die Organisation des Vormundschaftswesens: Gerichts- und Parteikosten	E: 15.05.08 A: 11.11.08	Am 04.12.2008 angenommen	Entwurf für ein Justizgesetz (JG): Botschaft 175 vom 14.12.2009. Abgeschrieben.

—
2009

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung und Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2009
1050.08 ILFD	Losey Michel/Glauser Fritz – Verlängerung des Moratoriums für den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen	E: 10.04.08 A: 19.08.08	Am 04.12.2008 angenommen	Dekretsentwurf über die Einreichung einer Standesinitiative bei der Bundesversammlung (Verlängerung des Moratoriums für den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen): Botschaft 130 vom 04.05.2009. Abgeschrieben.
1048.08 FIND	Kuenlin Pascal/Siggen Jean-Pierre – Senkung der Immobilienbesteuerung	E: 10.04.08 A: 21.04.09	Am 07.05.2009 angenommen	Die Gesetzesänderung wird ausgearbeitet.
1047.08 SJD	Waeber Emanuel/Geinoz Jean-Denis – Limitierte Anzahl Sonntagsverkäufe ohne Restriktionen (Anpassung des Gesetzes über die Ausübung des Handels)	E: 10.04.08 A: 30.09.08	Am 10.02.2009 abgelehnt	Abgeschrieben.
1046.08 EKSD	Kaelin Murith Emmanuelle/Vial Jacques – Schaffung eines Fonds für Sportanlagen	E: 20.02.08 A: 08.07.08	Am 12.02.2009 abgelehnt	Abgeschrieben.
1043.07 VWD	Rime Nicolas/Suter Olivier – Mindestanteil der in Neubauten genutzten oder produzierten erneuerbaren Energie	E: 20.02.08 A: 19.08.08	Am 13.11.2009 zurückgezogen	Abgeschrieben.
1042.07 VWD	Rime Nicolas/Suter Olivier – Förderung erneuerbarer Energien	E: 20.12.07 A: 08.07.08	Am 13.11.2009 zurückgezogen	Abgeschrieben.
1039.07 VWD	Bourgeois Jacques/Haenni Charly (die Motion wurde von Kolly René übernommen) – Besonderes Gesetz über die Regionalpolitik	E: 22.11.07 A: 10.03.09	Am 08.05.2009 abgelehnt	Abgeschrieben.
1038.07 VWD	Collomb Eric – Mindestanteil an erneuerbarer Energie bei der Brauchwassererwärmung	E: 22.11.07 A: 08.07.08	Am 13.11.2009 angenommen	Entwurf wird ausgearbeitet.
1034.07 SJD	Boschung Moritz/Thalmann-Bolz Katharina – Einführung einer ökologischen Motorfahrzeugsteuer für Personenwagen	E: 18.10.07 A: 11.02.08	Am 03.04.2008 angenommen	Ein Gesetzes-Vorentwurf wurde am 10.12.2009 in eine Vernehmlassung gegeben (bis 15.03.2010).
1031.07 EKSD	Grandjean Denis – Änderung des Schulgesetzes (Kostenlose Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel im 10. partnersprachlichen Schuljahr)	E: 20.09.07 A: 24.06.08	Am 07.11.2008 angenommen	Die Botschaft über die Totalrevision des Schulgesetzes wird den Bericht ersetzen (Vernehmlassung: nach der Volksabstimmung vom 07.03.10)
1030.07 FIND	Haenni Charly/Ith Markus – Personalgesetz (5-tägiger Vaterschaftsurlaub)	E: 18.10.07 A: 08.04.08	Am 07.05.2008 angenommen	Gesetzesentwurf zur Änderung des Gesetzes über das Staatspersonal (StPG): Botschaft 133 vom 19.05.2009. Abgeschrieben.

—
2009

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung und Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2009
1027.07 EKSD/ILFD	Suter Olivier/Steiert Jean-François – Zweisprachigkeit in der Schule	E: 20.09.07		In den Entwurf eines Konzepts für den Sprachunterricht integriert, der Anfang Februar 2009 in die Vernehmlassung gegeben wurde. Der SR wird dem GR im Februar 2010 antworten.
1023.07 SJD	Yvan Hunziker/Fritz Glauser – Änderung des Gesetzes über die Besteuerung der Motorfahrzeuge und Anhänger/ökologische Besteuerung der Personenwagen	E: 12.07.07 A: 11.02.08	Am 3.4.2008 angenommen	Ein Gesetzes-Vorentwurf wurde am 10.12.2009 in eine Vernehmlassung gegeben (bis 15.03.2010).
1022.07 GR-Büro	Rey Benoît – Unvereinbarkeit zwischen der Mitgliedschaft in der Justizkommission und im Justizrat (Änderung von Artikel 16 GRG)	E: 21.06.07 A: 02.11.07	Am 12.02.2008 angenommen	Gesetzesentwurf zur Änderung des Grossratsgesetzes (Unvereinbarkeiten, Art der Behandlung der Geschäfte, Nachhaltigkeit): Botschaft 134 vom 09.04.2009. Abgeschrieben.
1021.07 VWD	Romanens Antoinette/Ackermann André – Gesetz über die Beschäftigung und die Arbeitslosenhilfe	E: 21.06.07 A: 03.06.08	Am 05.11.2008 angenommen	Dekretsentwurf über den kantonalen Plan zur Stützung der Wirtschaft und zur Krisenbewältigung im Kanton Freiburg: Botschaft 132 vom 19.05.2009. <i>Der Wiederankurbelungsplan ist lediglich eine vorgezogene Massnahme. Es gilt, das Inkrafttreten des neuen Gesetzes über die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt abzuwarten (BAMG).</i> Gesetzesentwurf wird dem GR im Jahr 2010 unterbreitet.
1019.07 GR-Büro	Crausaz Jacques/Ducotterd Christian – Änderung des Grossratsgesetzes	E: 21.06.07 A: 02.11.07	Am 12.02.2008 angenommen	Gesetzesentwurf zur Änderung des Grossratsgesetzes (Unvereinbarkeiten, Art der Behandlung der Geschäfte, Nachhaltigkeit): Botschaft 134 vom 09.04.2009. Abgeschrieben.
1018.07 VWD	Fasel Josef/Bulliard Christine – Anpassung der Förderbeiträge im Energiebereich	E: 21.06.07 A: 01.07.08	Am 13.11.2009 zurückgezogen	Abgeschrieben.

—

2009

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung und Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2009
1017.07 GSD	Bachmann Albert/Clément Pierre-Alain – Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung	E: 21.06.07 A: 28.10.08	Am 04.12.2008 angenommen	Gesetzesentwurf im Jahr 2010. Abhängig von der laufenden Änderung des KVG.
1016.07 SJD	Mauron Pierre/Ganioz Xavier – Kantonales Gesetz über die Ausübung der Prostitution, Verbot jeglicher Form von Zwangsprostitution und Hilfe für Opfer solcher Taten	E: 18.05.07 A: 08.10.07	Am 12.02.2008 angenommen	Entwurf des Gesetzes über die Ausübung der Prostitution: Botschaft 158 vom 29.09.2009. Abgeschrieben.
1013.07 FIND	Bapst Markus/Romanens Jean-Louis – Steuerliche Entlastung für eine nachhaltige Entwicklung und die Familienförderung	E: 18.05.07 A: 29.01.08	Am 02.04.2008 angenommen	<ul style="list-style-type: none"> - Gesetzesentwurf zur Änderung verschiedener Gesetzesbestimmungen über die Steuern (Botschaft 82 vom 01.07.2008): <i>teilweise Folgeleistung</i>. - Gesetzesentwurf über den Steuerfuss der direkten Kantonssteuern für die Steuerperiode 2009 (Botschaft 101 vom 14.10.2008): <i>teilweise Folgeleistung</i>. - Gesetzesentwurf zur Änderung des Gesetzes über die direkten Kantonssteuern (Botschaft 151 vom 01.09.2009): <i>teilweise Folgeleistung</i>.
1012.07 SJD	Badoud Antoinette – Gesetz über die Prostitution	E: 21.06.07 A: 08.10.07	Am 12.02.2008 angenommen	Entwurf des Gesetzes über die Ausübung der Prostitution: Botschaft 158 vom 29.09.2009. Abgeschrieben.

—

2009

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung und Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2009
1010.07 FIND	Peiry Stéphane/Page Pierre-André – Weniger Steuern für die natürlichen und juristischen Personen	E: 19.04.07 A: 29.01.08	Am 02.04.2008 angenommen	- Gesetzesentwurf zur Änderung verschiedener Gesetzesbestimmungen über die Steuern (Botschaft 82 vom 01.7.2008): <i>teilweise Folgeleistung</i> . - Gesetzesentwurf über den Steuerfuss der direkten Kantonssteuern für die Steuerperiode 2009 (Botschaft 101 vom 14.10.2008): <i>teilweise Folgeleistung</i> . - Gesetzesentwurf zur Änderung des Gesetzes über die direkten Kantonssteuern (Botschaft 151 vom 01.9.2009): <i>teilweise Folgeleistung</i> .
1007.07 ILFD	Crausaz Jacques/Waeber Emanuel – Gesetz über die Regionen	E: 28.03.07 A: 27.05.08	Am 08.05.2009 abgelehnt	Abgeschrieben.
1002.07 FIND	Ith Markus – Gesetz über die direkten Kantonssteuern – Reduktion der Kapitalsteuer um den Betrag der Gewinnsteuer für Kapitalgesellschaften	E: 28.03.07 A: 29.01.08	Am 02.04.2008 angenommen	Wird zurzeit bearbeitet
164.06 ILFD	Romanens Jean-Louis/Geinoz Jean-Denis – Gesetz über die Gemeinden – Festlegung des Steuerfusses	E: 03.11.06		Antwortentwurf wird zurzeit vorbereitet. Die Verspätung ist auf die Einführung eines neuen Haushaltsplans zurückzuführen; das Amt für Gemeinden wünscht den Steuerfuss in diesem Zusammenhang zu prüfen. Die Antwort dürfte bis im März 2010 fertig sein.
163.06 RUBD	Galley Jean-Pierre/Thürler Jean-Pierre – Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz (Naturpärke)	E: 03.11.06 A: 11.03.08	Am 04.04.2008 angenommen	Ein Gesetzesvorentwurf über den Natur- und Landschaftsschutz ist in Ausarbeitung.
161.06 ILFD	<i>Parlamentarische Initiative</i> Berset Solange/Haenni Charly/Rey Benoît – Mitwirkung des Parlaments in der interkantonalen Zusammenarbeit	E: 10.10.06 A: 11.09.07	Am 11.09.2007 angenommen	Gesetzesentwurf über die interkantonalen Verträge (VertragsG): Botschaft 140 vom 11.05.2009. Abgeschrieben.
160.06 ILFD	Boivin Denis/Haenni Charly – Wiederaufnahme der Förderung von Gemeindezusammenschlüssen – Ziel für 2011: 89 Gemeinden im Kanton Freiburg!	E: 10.10.06 A: 04.09.07	Am 09.10.2007 angenommen	Verfahren läuft

—
2009

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung und Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2009
156.06 FIND	Schnyder Jörg/Marti Jean-Jacques (die Motion wurde am 16.03.07 von Vonlanthen Rudolf und Ith Markus übernommen) – Senkung der Steuern auf Kapitaleistungen aus Vorsorge	E: 27.06.06 A: 29.01.08	Am 02.04.2008 angenommen	Gesetzesentwurf zur Änderung des Gesetzes über die direkten Kantonssteuern: Botschaft 151 vom 01.09.2009. Abgeschrieben.
150.06 SJD	Weber-Gobet Marie-Thérèse/Steiert Jean-François – Gesetz zur Regelung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum	E: 15.05.06 A: 31.10.06	Am 10.05.2007 angenommen	Vernehmlassung ist abgeschlossen. Ein Gesetzesentwurf wird im Jahr 2010 unterbreitet.
149.06 EKSD	Freiburghaus Madeleine/Romanens Jean-Louis – Erlernen der Partnersprache	E: 15.05.06		In den Entwurf eines Konzepts für den Sprachunterricht integriert, der Anfang Februar 2009 in die Vernehmlassung gegeben wurde. Der SR wird dem GR im Februar 2010 antworten.
133.05 EKSD	Collaud Jean-Jacques/Schnyder Jörg (die Motion wurde am 14.03.2007 von Bachman Albert übernommen) – Ausbildungsdauer bis zur eidgenössischen Maturität	E: 15.12.05		Frist für die Beantwortung wurde verlängert.
122.05 EKSD	Fasel Bruno/Brönimann Charly – Unterrichtsstunde bei Beginn des neuen Schuljahrs über „Evakuierungen“ in den Schulhäusern bei Feuer- oder Naturkatastrophen	E: 13.10.05 A: 09.05.06	Am 15.05.2006 angenommen	Ein Entwurf für einen Artikel wird im Rahmen der Gesamtrevision des Schulgesetzes vorgelegt (Vernehmlassung nach der Volksabstimmung vom 07.03.2010).
119.05 ILFD	<i>Parlamentarische Initiative</i> Bapst Markus/Rey Benoît – Schaffung eines Gesetzes über die Zusammenarbeit zwischen den Kantonen	E: 09.09.05 A: 16.05.06	Am 15.05.2006 angenommen	Gesetzesentwurf über die interkantonalen Verträge (VertragsG): Botschaft 140 vom 11.05.2009. Abgeschrieben.
095.05 VWD	Fasel Josef – Energiebewirtschaftung im Kanton / Energie aus Biomasse	E: 16.03.05 A: 17.08.05	Am 06.09.2005 angenommen	Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Energiegesetzes: Botschaft 159 vom 29.09.2009. Abgeschrieben.
083.04 VWD	Boivin Denis – Aktualisierung der Gesetzgebung über die Feiertage	E: 16.12.04 A: 10.05.05	Am 12.05.2005 angenommen	Gesetzesentwurf über die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt ist für 2010 vorgesehen.

—
2009

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung und Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2009
073.04 RUBD	Carrel Hubert – Gebühren für die Abwasserableitung und -reinigung	E: 14.10.04 A: 06.09.05	Am 09.09.2005 angenommen	- Entwurf des Raumplanungs- und Baugesetzes (R PBG): Botschaft 43 vom 20.11.2007. - Entwurf des Gewässergesetzes (GewG): Botschaft 145 vom 07.07.2009. Abgeschrieben.
014.02 ILFD	Godel Georges/Romanens Jean-Louis – Finanzausgleich und Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden	E: 03.05.02 A: 25.03.03	Am 26.03.2003 angenommen	Gesetzesentwurf über den interkommunalen Finanzausgleich (IFAG): Botschaft 141 vom 07.07.2009. Abgeschrieben.
110.01 EKSD	Baudois Jacques/Garnier Bernard - Sprachenlernen während der obligatorischen Schulzeit	E: 09.02.01 A: 18.09.01	Am 02.10.2001 angenommen	In den Entwurf eines Konzepts für den Sprachunterricht integriert, der Anfang Februar 2009 in die Vernehmlassung gegeben wurde. Der SR wird dem GR im Februar 2010 antworten.

2. Postulate

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2009
2065.09 GSD	Aeby-Egger Nicole – Betreuung von Drogenabhängigen	E: 22.12.09		Antwort ist in Vorbereitung.
2064.09 VWD	Mutter Christa – Wärmerückgewinnung aus Abwasser	E: 19.11.09		Antwort ist in Vorbereitung.
2063.09 GSD	Brodard Jacqueline / Bourguet Gabrielle – Berufliche Wiedereingliederung von Müttern und Vätern, die für die Betreuung der Kinder ihre Stelle aufgegeben haben	E: 19.11.09		Antwort ist in Vorbereitung.
2062.09 EKSD	Bulliard Christine/Fasel Josef – Integration von Alltagskompetenzen/Hauswirtschaft als Pflichtfach	E: 15.10.09		Antwort ist in Vorbereitung.
2061.09 RUBD	Ganioz Xavier/Burgener Woeffray Andrea – Einsatz des Kantons für faire öffentliche Anschaffungen	E: 15.10.09		Antwort ist in Vorbereitung.
2060.09 RUBD	Etter Heinz – Langfristige Planung der Abwasserreinigung in der Region Murtensee	E: 15.10.09		Antwort ist in Vorbereitung.
2059.09 VWD	Tschopp Martin / Raemy Hugo – Demografische Herausforderung im Kanton Freiburg – was tut der Staatsrat?	E: 15.10.09		Antwort ist in Vorbereitung.

—
2009

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2009
2058.09 VWD/RUBD	Chassot Claude / Ackermann André – Untersuchung der Vor- und Nachteile einer Unterstellung des Amtes für Verkehr und Energie unter die RUBD	E: 17.09.09		Antwort ist in Vorbereitung.
2057.09 VWD	Dorand Jean-Pierre / Clément Pierre-Alain – Studie eines Projekts für eine Stadtbahn zwischen Belfaux und Freiburg	E: 17.09.09		Antwort ist in Vorbereitung.
2056.09 GSD	Bourguet Gabrielle / Thomet René – Hilfsmassnahmen für Eltern schwerkranker Kinder	E: 25.06.09		Antwort ist in Vorbereitung.
2055.09 RUBD	Gander Daniel/Collaud Elian – Machbarkeitsstudie und Bau eines Tunnels oder einer gedeckten Galerie zwischen St. Leonhard und der Route de la Fonderie	E: 25.06.09 A: 15.09.09	Am 08.10.09 zurückgezogen	Abgeschrieben.
2054.09 ILFD/FIND	Boschung Moritz/Glardon Alex – Public corporate governance	E: 14.05.09 A: 01.09.09	Am 08.10.09 angenommen	Entwurf ist in Vorbereitung.
2053.09 GSD	Fasel Josef/Cotting Claudia – Sozialhilfeerschleichung und Betrüger	E: 14.05.09 A: 13.10.09	Am 13.11.09 zurückgezogen	Abgeschrieben.
2052.09 SJD	de Weck Antoinette/Gobet Nadine – Strafvollzug, bedingte Entlassung und Kontrolle	E: 02.04.09 A: 25.08.09	Am 06.10.09 angenommen	Die Antwort des SR gilt als Bericht. Abgeschrieben.
2051.09 RUBD	Rime Nicolas/Kolly René – Vorbildlicher Staat bei der Wahl von umweltfreundlichen Autos und der Sanierung seines Fahrzeugparks	E: 02.04.09 A: 18.08.09	Am 09.09.09 angenommen	Entwurf ist in Vorbereitung.
2050.09 VWD	Wicht Jean-Daniel/Ackermann André – Kontrolle der Kosten und Leistungen der öffentlichen Verkehrsunternehmen	E: 19.02.09 A: 01.09.09	Am 08.10.09 angenommen	Entwurf wird ausgearbeitet.
2049.09 SJD	Roubaty François – Sicherheit von Benutzerinnen und Benutzern von Aufzügen	E: 19.02.09 A: 19.05.09	Am 19.06.09 angenommen	Entwurf ist in Vorbereitung.
2048.09 GSD	Krattinger-Jutzet Ursula/Marbach Christian – Palliatives Betreuungskonzept für der Kanton Freiburg	E: 19.02.09		Antwort ist in Vorbereitung.
2047.09 VWD	Ducotterd Christian/de Reyff Charles – Gesamtkonzept des öffentlichen Verkehrs in der Agglomeration Freiburg	E: 19.02.09 A: 01.09.09	Am 08.10.09 angenommen	Entwurf wird ausgearbeitet.
2046.08 FIND	Peiry Stéphane/Mauron Pierre – Internes Kontrollsystem	E: 12.11.08 A: 17.02.09	Am 25.03.09 angenommen	Der GR hat zur Kenntnis genommen, dass der Bericht bis Ende Jahr 2010 vorliegt.
2045.08 RUBD	Suter Olivier/Crausaz Jacques – Für eine Raumplanung, die der nachhaltigen Entwicklung verpflichtet ist	E: 12.11.08 A: 20.01.09	Am 24.03.09 angenommen	Der Bericht des SR wird gemeinsam mit dem Bericht zum Postulat 2021.07 unterbreitet.
2044.08 SJD	Bourguet Gabrielle – Sicherheitskonzept	E: 11.09.08 A: 03.03.09	Am 24.03.09 angenommen	Antwortentwurf wird zurzeit vorbereitet.

—
2009

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2009
2043.08 FIND	Schorderet Edgar – Übersicht über die Steuersenkungen für Familien und KMU seit zehn Jahren	E: 11.09.08 A: 27.01.09	Am 16.02.09 angenommen	Die Antwort des SR gilt als Bericht. Abgeschrieben.
2042.08 EKSD	Ducotterd Christian/Marbach Christian – Verfahren zur Festlegung der Lehrerzahl von Primarschulen	E: 11.09.08 A: 17.02.09	Am 25.03.09 angenommen	Die Antwort des SR gilt als Bericht. Abgeschrieben.
2041.08 SK	Boschung Moritz – Überprüfung von Sinn, Notwendigkeit und Funktionsweise der Verwaltungskommissionen des Staates	E: 11.09.08 A: 13.01.09	Am 10.02.09 abgelehnt	Abgeschrieben.
2040.08 VWD/GSD	Wicht Jean-Daniel/Ducotterd Christian – Praktika in Unternehmen für die berufliche Wiedereingliederung	E: 11.09.08		Antwort ist in Vorbereitung.
2039.08 VWD	Grandjean Denis – Errichtung von Wasserkraftwerken im Kanton Freiburg	E: 11.09.08 A: 29.09.09	Am 13.11.09 angenommen	Entwurf wird ausgearbeitet.
2038.08 RUBD	Weber-Gobet Marie-Thérèse/Bachmann Albert – Inventar der Flächen auf öffentlichen Gebäuden, die sich für thermische und photovoltaische Solaranlagen eignen	E: 17.07.08 A: 28.10.08	Am 16.02.09 angenommen	Fristverlängerung bis November 2010.
2037.08 ILFD	Dorand Jean-Pierre/Siggen Jean-Pierre – Änderung des Gemeindegesetzes: Gemeindefusionen – Schaffung von Kreisen	E: 11.09.08		Antwort ist in Vorbereitung.
2035.08 ILFD	Schoenenweid André/Siggen Jean-Pierre – Finanzhilfe für Gemeindegemeinschaften in den Agglomerationen	E: 11.09.08		Antwort ist in Vorbereitung.
2034.08 ILFD	Boschung Moritz/Ackermann André – Unterstützung der zweisprachigen Gemeinden durch den Kanton	E: 26.06.08		Antwort ist in Vorbereitung.
2033.08 GSD	Collomb Eric – Subsidiarität, Missbrauch und Betrug in der Sozialhilfe	E: 15.05.08 A: 28.04.09	Am 18.06.09 angenommen	Die Antwort des SR gilt als Bericht. Abgeschrieben.
2032.08 GSD	Raemy Hugo/Tschopp Martin – Chancengleichheit von Frau und Mann in der Kantonsverwaltung Freiburg	E: 15.05.08 A: 11.11.08	Am 11.02.09 angenommen	Bericht ist in Vorbereitung (Transfer des Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen von der ILFD an die GSD).
2031.08 FIND	Peiry-Kolly Claire – Vereinfachung der Steuererklärung für gewisse Kategorien von Steuerpflichtigen (besonders für unsere Betagten)	E: 15.05.08 A: 16.09.08	Am 05.11.08 angenommen	Bericht 176 vom 14.12.2009: Vereinfachung der Steuererklärung für gewisse Kategorien von Steuerpflichtigen (besonders für unsere Betagten) Abgeschrieben.

—
2009

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2009
2030.08 RUBD	Mutter Christa/Ackermann André – Modernisierung und Anwendung des VALTRALOC-Konzepts (Verkehrsberuhigung innerorts)	E: 15.05.08 A: 30.09.08	Am 13.02.09 angenommen	Die Antwort des SR gilt als Bericht. Abgeschrieben.
2029.08 EKSD	Collomb Eric – Schaffung von «S-K-A»-Strukturen (Sport-Kunst-Ausbildung) im Kanton Freiburg	E: 15.05.08 A: 22.12.09		Warten auf die Erheblicherklärung durch den GR.
2028.08 EKSD	Thomet René/Ridoré Carl-Alex – Bau und Betrieb von Sportanlagen von kantonaler Bedeutung	E: 13.03.08 A: 08.07.08	Am 12.02.09 angenommen	Der SR wird den Bericht in seine Botschaft zum Gesetzesentwurf über den Sport integrieren, den er dem GR im Januar 2010 unterbreiten wird.
2025.07 EKSD	Berset Solange/Gobet Nadine – Zehntes partnersprachliches Schuljahr	E: 12.12.07 A: 10.06.08	Am 12.02.09 angenommen	Der SR wird in den Bericht die Vorschläge integrieren, die im kantonalen Konzept für den Sprachenunterricht dargestellt wurden; dieses Konzept wird er dem GR im Februar 2010 unterbreiten.
2024.07 VWD	Collomb Eric – Schaffung eines Technologieparks als Dach für die Innovation	E: 12.12.07 A: 16.12.08	Am 16.02.09 angenommen	Berichtsentwurf wird zurzeit vorbereitet.
2023.07 SJD	Grandjean Denis – Reglement über Fundsachen	E: 11.12.07 A: 11.03.08	Am 03.04.08 angenommen	Es ist vorgesehen, dass dieses Postulat im Rahmen der (zurzeit laufenden) Revision des EGZGB behandelt wird.
2022.07 RUBD	Etter Heinz – Hochwasserschutz Grosses Moos	E: 30.08.07 A: 04.03.08	Am 04.04.08 angenommen	Bericht 135 vom 26.05.09: Hochwasserschutz Grosses Moos. Abgeschrieben.
2021.07 RUBD	Zurkinden Hubert/Suter Olivier – Nachhaltige Entwicklung	E: 21.08.07 A: 03.06.08	Am 13.02.09 angenommen	Der Bericht des SR zu diesem Postulat wird auch die Antwort auf das Postulat 2045.08 enthalten.
2018.07 GSD	Bulliard Christine/Steiert Jean-François – Senkung der Prämienlast der Familien in der obligatorischen Krankenversicherung	E: 11.05.07 A: 27.10.09	Am 16.12.09 angenommen	Antwortentwurf wird zurzeit vorbereitet.
2017.07 VWD	Losey Michel/Collomb Eric – Einführung einer innovativen Energiepolitik bei den erneuerbaren Energien und neuen Technologien zu deren Erzeugung	E: 10.05.07 A: 06.11.07	Am 01.04.08 angenommen	Bericht 160 vom 29.09.2009 zur Energieplanung des Kantons Freiburg (neue Energiestrategie). Abgeschrieben.
2015.07 VWD	Haenni Charly – Kantonale Verkehrspolitik	E: 08.05.07 A: 26.08.08	Am 05.11.08 angenommen	Berichtsentwurf wird zurzeit vorbereitet.

—
2009

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2009
2014.07 RUBD	Genoud Joe/Grandjean Denis – Verwirklichung einer Umfahrung von Châtel-St-Denis	E: 18.05.07 A: 18.03.08	Am 08.05.08 angenommen	Bericht 172 vom 01.12.2009 über den Bau einer Umfahrung von Châtel-Saint-Denis. Abgeschrieben.
2013.07 VWD/RUBD	Bourgeois Jacques/Glauser Fritz – Verminderung der administrativen Belastung und Vereinfachung der Verfahren, um die Konkurrenzfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zu verbessern	E: 17.04.07 A: 15.01.08	Am 01.04.08 angenommen	Bericht 161 vom 05.10.2009 zum Postulat Bourgeois Jacques/Glauser Fritz – Verminderung der administrativen Belastung und Vereinfachung der Verfahren, um die Konkurrenzfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zu verbessern. Abgeschrieben.
2010.07 VWD/RUBD	Fasel Josef/Collaud Elian – Einnahmen und Ausgaben im Bereich des Strassenverkehrs (inklusive des öffentlichen Verkehrs) auf der Grundlage der nachhaltigen Entwicklung	E: 27.03.07 A: 26.06.07	Am 14.09.07 angenommen	Bericht 165 vom 13.10.2009 zum Postulat Fasel Josef/Collaud Elian – Einnahmen und Ausgaben im Bereich des Strassenverkehrs (inklusive des öffentlichen Verkehrs) auf der Grundlage der nachhaltigen Entwicklung Abgeschrieben.
2008.07 EKSD/GSD	Raemy Hugo/Krattinger Ursula – Schulsozialarbeit während der obligatorischen Schulzeit	E: 16.03.07 A: 23.10.07	Am 13.02.08 angenommen	Die Botschaft über die Totalrevision des Schulgesetzes wird den Bericht ersetzen (Vernehmlassung: nach der Volksabstimmung vom 07.03.2010).
2006.07 SJD	Ducotterd Christian/ Schoenenweid André – Massnahmen zur Integration der Ausländer	E: 15.03.07 A: 04.12.07	Am 12.02.08 angenommen	Bericht 138 vom 15.06.2009 betreffend Massnahmen zur Integration der Ausländer. Abgeschrieben.
2004.07 VWD	Haenni Charly – Kantonales Pro- Kopf-Einkommen	E: 14.03.07 A: 04.09.07	Am 11.10.07 angenommen	Bericht 139 vom 15.06.2009 über das kantonale Pro-Kopf- Einkommen. Abgeschrieben.
2003.07 VWD	Grandjean Denis – Bau von Autoparkplätzen bei den Autobahneinfahrten in unserem Kanton (Park & Ride Parkplätze)	E: 13.03.07 A: 18.12.07	Am 01.04.08 angenommen	Bericht 142 vom 07.07.2009 über den Bau von Autoparkplätzen bei den Autobahneinfahrten in unserem Kanton (Kontakt-Parkplätze). Abgeschrieben.

—
2009

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2009
322.06 EKSD/GSD	Morel Françoise/Masset André – Schuldienste	E: 03.11.06 A: 08.05.07	Am 27.03.07 angenommen	Der Bericht wird in die Botschaft über das kantonale Konzept für den Sonderschulunterricht integriert - die Vernehmlassung des entsprechenden Gesetzesentwurfs ist für 2011 geplant.
321.06 RUBD	Berset Solange/Collaud Elian – Kantonsstrasse Broye–Freiburg : Durchfahrt durch Belfaux	E: 03.11.06 A: 23.01.07	Am 13.06.07 angenommen	Bericht 172 vom 01.12.2009 zum Postulat Berset Solange/Collaud Elian – Kantonsstrasse Broye–Freiburg, Ortsdurchfahrt von Belfaux. Abgeschrieben.
320.06 VWD	Crausaz Jacques/Bürgisser Nicolas – Mit welchen Mitteln will der Staatsrat die Stromproduktion im eigenen Kanton steigern?	E: 10.10.06 A: 03.07.07	Am 11.10.07 angenommen	Bericht 160 vom 29.09.2009 zur Energieplanung des Kantons Freiburg (neue Energiestrategie). Abgeschrieben.
319.06 RUBD	Peiry-Kolly Claire/Brouchoud-Bapst Marie-Hélène – Rationalisierung der Kantonsverwaltung	E: 08.09.06 A: 15.01.08	Am 13.02.08 angenommen	Bericht 136 vom 09.06.2009 über die Rationalisierung der Kantonsverwaltung. Abgeschrieben.
316.06 RUBD	Johner-Etter Ueli/Maeder Ernst – Verkehrs- und Strassenplanung im Seebezirk insbesondere der Umfahrung Kerzers	E: 27.06.06 A: 03.10.06	Am 04.10.07 angenommen	Bericht 172 vom 01.12.2009 zum Postulat Johner-Etter Ueli/Maeder Ernst – Verkehrs- und Strassenplanung im Seebezirk insbesondere der Umfahrung Kerzers. Abgeschrieben.
314.06 VWD	Romanens Jean-Louis/Bapst Markus – Schaffung einer "Seed Capital"-Stiftung	E: 15.05.06 A: 31.10.06	Am 13.03.07 angenommen	Bericht 117 vom 13.01.2009 über die Schaffung einer SEED CAPITAL-Stiftung. Abgeschrieben.
313.06 ILFD	Gendre Jean-Noël/Sansonens Paul – Schaffung einer kantonalen Politik zur Erhaltung der Wohlfahrts- und Schutzfunktion des Waldes	E: 15.05.06 A: 02.10.06	Am 15.06.07 angenommen	Bericht 177 vom 22.12.2009 über die Schaffung einer kantonalen Politik zur Erhaltung der Wohlfahrts- und Schutzfunktion des Waldes. Abgeschrieben.
303.05 VWD	Bürgisser Nicolas/Dorand Jean-Pierre – Tram auf eigenem Trasse zwischen dem Bahnhof Freiburg und dem südlichen Ortsteil von Marly	E: 15.12.05 A: 11.06.07	Am 14.09.07 angenommen	Bericht 121 vom 21.01.2009 über den Bau einer Tramlinie auf eigenem Trasse zwischen dem Bahnhof Freiburg und dem südlichen Ortsteil von Marly. Abgeschrieben.

—
2009

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2009
301.05 SJD	Genoud-Page Madeleine – Unentgeltliche Rechtspflege	E: 15.12.05 A: 20.06.06	Am 06.09.06 angenommen	Der Entwurf des Justizgesetzes (Botschaft 175 vom 14.12.2009) gilt als Bericht. Abgeschrieben.
285.05 SJD	Badoud Antoinette/Masset André – Schaffung einer Anstalt für Frauen, gegen die eine fürsorgliche Freiheitsentziehung verfügt wurde	E: 24.06.05 A: 16.05.06	Am 06.09.06 angenommen	Der Bericht wird im Jahr 2010 vorgelegt.
273.05 SJD	Berset Solange/Bapst Markus – Erdbebenprävention im Kanton Freiburg	E: 03.02.05 A: 21.06.05	Am 22.06.05 angenommen	Der Bericht wird im Jahr 2010 vorgelegt.
269.04 GSD	Bourgeois Jacques – Damit man die IV-Kosten in den Griff bekommen und vermindern kann : leichtere Wiedereingliederung und optimale Betreuung der invaliden Rentenbezüger/innen	E: 16.12.04 A: 26.04.05	Am 23.06.05 angenommen	Botschaft 143 vom 07.07.2009. Eindämmung und Reduktion der IV-Kosten, erleichterte Eingliederung und optimale Betreuung invalider Personen mit IV-Rente. Abgeschrieben.
268.04 GSD	Keller-Studer Catherine – Einrichtungen zur Betreuung von Kindern im Vorschulalter	E: 16.12.04 (einger.), 03.02.05 (begr.) A: 26.04.05	Am 23.06.05 angenommen	Der Bericht wird in die Botschaft zum neuen Gesetz integriert.
257.04 FIND	Glarion Alex/Haenni Charly – Pensionskasse des Staatspersonals	E: 16.09.04 A: 25.01.05	Am 16.03.05 angenommen	Die Folge, die diesem Postulat gegeben werden, werden in den Gesetzesentwurf (Totalrevision) zum neuen PKG integriert. Der Entwurf wird voraussichtlich im Jahr 2010 in die Vernehmlassung gegeben.
255.04 EKSD	Krattinger Ursula – Einführung von Tagesschulen und Blockzeiten an den öffentlichen Schulen	E: 16.09.04 A: 06.09.05	Am 13.10.04 angenommen	Die Botschaft über die Totalrevision des Schulgesetzes wird den Bericht ersetzen (Vernehmlassung: nach der Volksabstimmung vom 07.03.2010).
253.04 FIND	Berset Solange – Pensionskasse des Staatspersonals	E: 16.06.04 A: 07.09.04		Die Folge, die diesem Postulat gegeben werden, wird in den Gesetzesentwurf (Totalrevision) zum neuen PKG integriert. Der Entwurf wird voraussichtlich im Jahr 2010 in die Vernehmlassung gegeben.

—
2009

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2009
251.04 ILFD	Steiert Jean-François/Haenni Charly – Gemeinde-zusammenschlüsse	E: 16.06.04 A: 01.02.05	Am 03.02.05 angenommen	Prüfung der Wirkungen nach 3 Jahren – parallel zur Ausarbeitung des Gesetzes über die Gemeindezusammenschlüsse (im Jahr 2009).
248.04 GSD	Demierre Anne-Claude/Menoud Yves – Schaffung eines Informationsdienstes für Familien und Kinder	E: 24.03.04 A: 14.09.04	Am 15.09.04 angenommen	Botschaft 153 vom 07.09.2009. Schaffung eines Informationsdienstes für Familien und Kinder. Abgeschrieben.
223.03 SJD	Fasel Josef – Elementarschäden als Folge von Klimaveränderung	E: 12.02.03 A: 24.06.03	Am 24.06.03 angenommen	Bericht zurzeit in Ausarbeitung.
221.02 EKSD	Berset Solange/Bourgeois Jacques – Kantonale Gesetzgebung über den Sport und dessen Förderung, insbesondere bei den Jugendlichen	E: 15.11.02 A: 08.04.04	Am 07.05.03 angenommen	Der SR wird den Bericht in seine Botschaft zum Gesetzesentwurf über den Sport integrieren, den er dem GR im Januar 2010 unterbreiten wird.
210.02 ILFD	Losey Michel/Genoud Joe – Neuer Schlüssel für die Berechnung der Finanzkraft und neue Klassifikation der Gemeinden	E: 01.05.02 A: 25.03.03	Am 26.03.03 angenommen	Gesetzesentwurf über den interkommunalen Finanzausgleich (IFAG): Botschaft 141 vom 07.07.2009. Abgeschrieben.
253.01 ILFD	Jean-Pierre Dorand – Finanzausgleich zu Gunsten der Städte mit Zentrumsfunktion	E: 06.04.01 (einger.), 10.05.01 (begr.) A: 10.12.02	Am 11.02.03 angenommen	Gesetzesentwurf über den interkommunalen Finanzausgleich (IFAG): Botschaft 141 vom 07.07.2009. Abgeschrieben.

3. Aufträge

Nr. und Direktion	Verfasser/innen (mindestens 10) und Gegenstand	Einreichung Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2009
4017.09 RUBD/GSD/ FIND/EKSD	Burgener Woeffray Andrea/Jelk Guy-Noël/Raemy Hugo/Marbach Christian/Roubaty François/Tschopp Martin/Krattinger Ursula/Mauron Pierre/Piller Carrard Valérie/Girard Raoul – Anstossfinanzierung zur Schaffung von Plätzen in der ausserschulischen Betreuung	E: 15.10.09		Antwort ist in Vorbereitung.
4016.09 FIND	Romanens Jean-Louis/Collomb Eric/Bussard Christian/Kaelin Murith Emanuelle/Goumaz-Renz Monique/Andrey Pascal/Jordan Patrice/Menoud Yves/Schoenenweid André/Bourgknecht Jean – Schweizerische Steuerkonferenz: Rolle und Zuständigkeiten	E: 17.09.09		Antwort ist in Vorbereitung.

—
2009

Nr. und Direktion	Verfasser/innen (mindestens 10) und Gegenstand	Einreichung Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2009
4015.09 GSD	Cardinaux Gilbert/Losey Michel/Brönnimann Charly/Peiry-Kolly Claire/Zadory Michel/Johner-Etter Ueli/Genoud Joe/Schuwey Roger/Gander Daniel/Peiry Stéphane – Kantonale Subventionen für die Krankenversicherung	E: 25.06.09 A: 27.10.09	Am 16.12.09 zurückge- zogen	Abgeschrieben.
4014.09 VWD	Rime Nicolas/Girard Raoul, Krattinger Ursula/Thomet René, Ganioz Xavier/Piller Valérie/Clément Pierre-Alain/Mauron Pierre, Burgener Andrea/Jelk Guy-Noël – Entwicklung eines S-Bahn-Netzes und verbesserte Bedienung der Agglomerationen und Ortschaften auf Freiburger Gebiet	E: 14.05.09		Antwort ist in Vorbereitung.
4013.09 GSD	Girard Raoul/Mauron Pierre/Ganioz Xavier/Piller Valérie/Thomet René/Krattinger Ursula/Jelk Guy-Noël/Rime Nicolas/Repond Nicolas/Roubaty François – Senkungen der Krankenversicherungsprämien und Kaufkraft	E: 14.05.09 A: 27.10.09	Am 16.12.09 zurückge- zogen	Abgeschrieben.
4012.09 VWD	Rime Nicolas/Brodard Vincent/Mauron Pierre/Roubaty François/Tschopp Martin/Marbach Christian/Repond Nicolas/Gendre Jean-Noël/Thomet René/Ganioz Xavier – Zugsverbindung Bulle-Romont-Freiburg	E: 14.05.09		Antwort ist in Vorbereitung.
4011.09 VWD	Ganioz Xavier/Girard Raoul/Gendre Jean-Noël/Burgener Andrea/Jelk Guy-Noël/Schnyder Erika/Aebischer Bernard/Thomet René/Marbach Christian/Romanens Antoinette – Finanzkrise: Ein besonderes Massnahmenpaket für die Jugendlichen	E: 14.05.09 A: 07.07.09	Am 28.08.09 hat das Büro des GR den Vorstoss als abge- schrieben erklärt.	Dekretsentwurf über den kantonalen Plan zur Stützung der Wirtschaft und zur Krisenbewältigung im Kanton Freiburg: Abgeschrieben.
4010.09 VWD	Kolly René/Schorderet Gilles/Peiry-Kolly Claire/Lauper Nicolas/Brodard Jacqueline/Vial Jacques/Crausaz Jacques/Cotting Claudia/Andrey Pascal/Jordan Patrice – Drohende Schliessung von zahlreichen Poststellen im Kanton Freiburg	E: 02.04.09 A: 15.06.09	Am 10.09.09 zurückge- zogen	Abgeschrieben.
4009.08 RUBD	Losey Michel/Collomb Eric/Duc Louis/Piller Valérie/Bachmann Albert/Corminboeuf Dominique/Zadory Michel/Hänni Charly/Collaud Elian/Giardon Alex – Fahrende	E: 09.05.08 A: 14.10.08	Am 05.12.08 angenom- men, in 3 Punkten geändert.	Eine Lösung wurde von der RUBD in Zusammenarbeit mit dem ASTRA vorgelegt.

—
2009

Nr. und Direktion	Verfasser/innen (mindestens 10) und Gegenstand	Einreichung und Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2009
4008.07 VWD	Studer Theo/Fürst René/Etter Heinz/Stempfel-Horner Yvonne/Feldmann Christiane/Thalmann Katharina/Johner-Etter Ueli/Zürcher Werner/de Roche Daniel/Hänni Bernadette/Reamy Hugo – Hochspannungsleitung Yverdon - Galmiz	E: 14.12.07 A: 22.01.08	Am 14.02.08 angenommen	Bericht 160 vom 29.09.2009 zur Energieplanung des Kantons Freiburg (neue Energiestrategie). Abgeschrieben.
4002.07 VWD	Boschung-Vonlanthen Moritz/Bapst Markus/Boschung Bruno/Johner-Etter Ueli/Tschopp Martin/Hänni Bernadette/Fasel Bruno/Mutter Christa/Marbach Christian/Fürst René/Waeber Emanuel – Zusammenschluss der Tarifverbände frimobil (Freiburg) und libero (Bern)	E: 18.05.07 A: 18.12.07	Am 01.04.08 angenommen	Verhandlungen mit den betreffenden Tarifverbänden sind im Gange.

4. Volksmotionen

Nr. und Direktion	Verfasser und Gegenstand	Einreichung und Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2009
1508.09 EKSD	Bonny David/Seydoux Christian/Cochard Anne-Marie/Joye-Feist Nathalie/Kessler-Steinmann Catherine – Schwimmunterricht für alle Freiburger Schülerinnen und Schüler	E: 03.04.09 A: 25.08.09	Am 06.10.09 abgelehnt	Abgeschrieben.
1507.08 FIND	Esseiva Louis/Esseiva Bernadette/Wicht Claudia – Für die Abschaffung der Besteuerung des Eigenmietwerts	E: 18.12.08 A: 07.04.09	Am 07.05.09 abgelehnt	Abgeschrieben.
1505.07 GSD	Christlich-soziale Partei – Günstige und angemessene Alterswohnungen	E: 20.11.07		Antwortentwurf wird zurzeit vorbereitet und voraussichtlich Anfang 2010 überwiesen.

5. Parlamentarische Initiative

Nr. und Direktion	Verfasser und Gegenstand	Einreichung und Antwort	Ergebnis im GR	Stand am 31.12.2009
5002.07 RUBD/Büro des GR	Boschung-Vonlanthen Moritz/Bourguet Gabrielle – Beachtung der Auswirkungen auf die nachhaltige Entwicklung in den Dekreten und den Botschaften zu Gesetzesentwürfen	E: 20.12.07 A: 14.10.08	Am 13.02.09 angenommen	Gesetzesentwurf zur Änderung des Grossratsgesetzes (Unvereinbarkeiten, Art der Behandlung der Geschäfte, Nachhaltigkeit): Botschaft 134 vom 09.04.2009. Abgeschrieben.

—
2009

6. Anfragen

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung Antwort
3151.08 ILFD	Peiry-Kolly Claire – Geschwindigkeitsreduktionsschwelle auf der Strasse Crau Rappo - Cousimbart	E: 20.06.08 A: 21.04.09
3153.08 GSD	Thomet René – Änderung der Ausführungsverordnung vom 19. März 1971 zum Gesetz vom 16. November 1965 über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung	E: 30.06.08 A: 13.01.09
3164.08 GSD	Ganioz Xavier – Festlegung der Krankenversicherungsprämien durch den Kanton	E: 12.09.08 A: 13.01.09
3166.08 GSD	Berset Solange – «Pflegefamilien»	E: 29.09.08 A: 04.05.09
3167.08 ILFD	Fürst René – Förderung der nachhaltigen Nutzung des im Kt. Freiburg vorhandenen Holzpotentials	E: 10.10.08 A: 13.01.09
3168.08 GSD	Jordan Patrice – Wäscherei für die Freiburger Spitäler und Pflegeheime	E: 13.10.08
3171.08 FIND	Mauron Pierre – Finanzielle Auswirkungen des UBS-Rettungsplans für den Kanton Freiburg	E: 24.10.08 A: 20.01.09
3174.08 ILFD	Ducotterd Christian – Hundesteuer: Wie angemessen ist sie?	E: 03.11.08 A: 03.02.09
3175.08 FIND	Siggen Jean-Pierre – Kreisschreiben Nr. 28 der SSK über die Bewertung von Wertpapieren ohne Kurswert	E: 04.11.08 A: 27.01.09
3177.08 ILFD	Ducotterd Christian – Bau einer Laubholzsägerei	E: 05.11.08 A: 27.01.09
3178.08 RUBD	Boschung Moritz – Strassenkreisel	E: 14.11.08 A: 17.03.09
3179.08 ILFD/FIND/EKSD	De Weck Antoinette – Nachteilige Auswirkungen der interkommunalen Solidarität für die Stadt Freiburg	E: 21.11.08 A: 09.02.09
3180.08 ILFD	Vonlanthen Rudolf/Piller Alfons – Verkehrsregelung auf Alp- und Waldwegen im Sense Oberland	E: 01.12.08 A: 03.02.09
3181.08 VWD	Piller Alfons – Wärmewellen-Heizung /Carbowell Infrarot-Heizung: Warum sträubt sich der Staatsrat gegen die Anerkennung dieser Heizart?	E: 01.12.08 A: 27.01.09
3182.08 SJD	Piller Alfons – Was unternimmt der Staatsrat in Bezug auf die Kaserne Schwarzsee nach der Kündigung der belgischen Gäste von Intersoc?	E: 01.12.08 A: 27.01.09
3183.08 SJD	Zadory Michel – Bürgernahe Polizei	E: 05.12.08 A: 09.06.09
3184.08 VWD/RUBD/FIND	Mutter Christa – Prüfung von Alternativen zur Investition ins Kohlekraftwerk Brunsbüttel	E: 23.12.08 A: 19.05.09
3185.08 SJD/RUBD	Peiry-Kolly Claire/Brönnimann Charles – Militärische Gebäude zu verkaufen	E: 30.12.08 A: 31.03.09
3186.09 SJD	Peiry Stéphane – Verwendung von Elektroschockwaffen (Taser)	E: 09.01.09 A: 25.08.09
3187.09 VWD	Fürst René – Strom aus erneuerbaren Energien	E: 14.01.09 A: 07.04.09
3188.09 EKSD/GSD	Zadory Michel/Peiry-Kolly Claire – Mangel an Allgemeinpraktikerinnen und Allgemeinpraktikern im Kanton	E: 19.01.09 A: 31.03.09
3189.09 GSD	Krattinger-Jutzet Ursula – Bündnis gegen Depression	E: 20.01.09 A: 04.05.09
3190.09 RUBD/EKSD	Dorand Jean-Pierre/Suter Olivier – Errichtung von Mobilfunkantennen auf Schulgebäuden	E: 02.02.09 A: 23.03.09
3191.09 GSD	Bourguet Gabrielle – Ausserkantonale Spitalaufenthalte	E: 02.02.09 A: 23.03.09
3192.09 VWD	Thürler Jean-Pierre – Sparmassnahmen im Gebäudebereich – Anwendung der Bundesbeschlüsse	E: 05.02.09 A: 28.04.09
3193.09 VWD/RUBD/FIND	Wicht Jean-Daniel/Siggen Jean-Pierre – Konjunkturplan für die Freiburger Wirtschaft	E: 06.02.09 A: 17.03.09

—
2009

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung Antwort
3194.09 VWD/SJD	Wicht Jean-Daniel – Wirksamkeit der Bekämpfung von Schwarzarbeit im Kanton Freiburg	E: 06.02.09 R: 15.06.09
3195.09 GSD	Buchmann Michel – Hausarztmedizin: Zukunft ungewiss!	E: 12.02.09 A: 03.11.09
3196.09 GSD	Losey Michel – Neues Asylbewerberzentrum in Sugiez, Gemeinde Bas-Vully	E: 13.02.09 A: 12.05.09
3197.09 EKSD	Tschopp Martin – Angebot des sexualpädagogischen Programms „Teenstar“ an den Freiburger Schulen	E: 16.02.09 A: 28.04.09
3198.09 EKSD/GSD	Aeby-Egger Nicole/Bourguet Gabrielle – Betreuung der Kinder und zweites Kindergartenjahr	E: 17.02.09 A: 18.08.09
3199.09 VWD	Schorderet Edgar – Energiepolitik und Label Energiestadt	E: 17.02.09 A: 28.04.09
3200.09 DEE	Schnyder Erika – Auslösung des Entführungsalarms	E: 19.02.09 A: 28.04.09
3201.09 VWD	Collomb Eric – Öffentlicher Verkehr im Kanton Freiburg	E: 20.02.09 A: 03.06.09
3202.09 SJD	Savary Nadia – Cyberbullying	E: 25.02.09 A: 04.05.09
3203.09 ILFD	Romanens Jean-Louis – Fahrverbot auf Wald- und Alpwegen	E: 05.03.09 A: 15.06.09
3204.09 EKSD	Wicht Jean-Daniel – Erziehung an der Schule – eine Notwendigkeit	E: 09.03.09 A: 23.06.09
3205.09 ILFD	Fasel-Roggo Bruno – Benützung der Alp- und Waldwege	E: 13.03.09 A: 15.06.09
3206.09 VWD	Rey Benoît/Aeby-Egger Nicole – Zukunft der Motivationssemester (SeMo) und Unterstützung von Jugendlichen mit grossen sozialen und beruflichen Eingliederungsschwierigkeiten	E: 20.03.09 A: 15.09.09
3207.09 GR-Büro	Duc Louis – Mehrere Austritte aus dem Sekretariat des Grossen Rates. Erklärung.	E: 23.03.09 A: GR-Büro
3208.09 EKSD	Aeby-Egger Nicole – Gewicht der sportlichen Leistungen an der PH	E: 25.03.09 A: 15.06.09
3209.09 EKSD	Repond Nicolas/Gobet Nadine – Geplante Vergrösserung des Kollegiums des Südens in Bulle ohne neue Turnhalle	E: 25.03.09 A: 15.06.09
3210.09 EKSD	Marbach Christian – Massnahmen zur Bewältigung der Situation von Klassen mit hohen Beständen	E: 26.03.09 A: 07.07.09
3211.09 VWD	Rime Nicolas – Neue Schliessungen von Poststellen im Kanton	E: 31.03.09 A: 15.06.09
3212.09 RUBD	Etter Heinz – Lärmschutzmassnahmen Sugiez, Péage (Bas-Vully)	E: 07.04.09 A: 03.06.09
3213.09 SJD/RUBD	Rime Nicolas/Repond Nicolas – Erdbebensicherheit in unserem Kanton	E: 09.04.09 A: 23.06.09
3214.09 RUBD	Rime Nicolas/Girard Raoul – Sättigung des Wassernetzes	E: 14.04.09 A: 07.07.09
3215.09 RUBD	Hänni Bernadette – Kreisel in Sugiez; unverantwortbare Lärmimmissionen wegen eines Provisoriums seit der Expo 02	E: 15.04.09 A: 03.06.09
3216.09 ILFD	Jordan Patrice – Verordnung über Sömmerungsbeiträge	E: 15.04.09 A: 23.06.09
3217.09 SJD	Collomb Eric – Beherbergt unser Kanton rückfällige Straftäterinnen und Straftäter mit Ausweis F-Status?	E: 24.04.09 A: 19.05.09
3218.09 SJD	Girard Raoul/Menoud Yves – Ausführungsgesetz zum Spielbankengesetz des Bundes	E: 28.04.09 A: 17.11.09
3219.09 VWD/EKSD	Ducotterd Christian – Kombinierte Bilette (Veranstaltungen und öffentliche Verkehrsmittel)	E: 29.04.09 A: 07.07.09
3220.09 GSD	Thomet René – Anwendung des PflHG	E: 08.05.09 A: 22.09.09
3221.09 FIND	Boschung Moritz – Sprachverhältnis beim Staatspersonal	E: 08.05.09 A: 30.06.09

—
2009

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung Antwort
3222.09 SJD	Fasel Bruno – Besorgnis im Polizeikorps	E: 11.05.09 A: 03.06.09
3223.09 GSD	Fasel Bruno – Patienten-Transporte	E: 11.05.09 A: 15.07.09
3224.09 RUBD	Brönnimann Charles – Feldwerbung	E: 11.05.09 A: 07.07.09
3225.09 GSD	Ganioz Xavier – Fallpauschalen/DRG: problematische Einführung	E: 11.05.09 A: 29.09.09
3216.09 ILFD	Fürst René – Förderung von biologischen Alternativmethoden im Kampf gegen den Feuerbrand	E: 22.05.09 A: 07.07.09
3227.09 ILFD	Fürst René – Künstlicher Käse oder echter Greyerzer?	E: 22.05.09 A: 07.07.09
3228.09 GSD	Jordan Patrice – Wäscherei von Marsens	E: 26.05.09
3229.09 RUBD/VWD	Buillard Christine/Bapst Markus – Verkehrsstudie Unterer Sensebezirk	E: 05.06.09 A: 15.09.09
3230.09 VWD	Dorand Jean-Pierre – 150. Jubiläum der Strecke Lausanne–Freiburg–Bern	E: 18.06.09 A: 18.08.09
3231.09 SJD	Dorand Jean-Pierre – Fünfhundert Jahre Friede zu Freiburg (1516)	E: 18.06.09 A: 01.09.09
3232.09 VWD/SJD	Peiry-Kolly Claire – Gemeinnützige Stiftungen	E: 24.06.09 A: 22.09.09
3233.09 EKSD	Berset Solange – Neue Lehrmittel	E: 24.06.09 A: 17.11.09
3234.09 SJD	Bachmann Albert – Änderung des Ausstellungsverfahrens für Pässe und Identitätskarten	E: 07.07.09 A: 18.08.09
3235.09 GSD	Peiry-Kolly Claire – Beiträge zur Verbilligung der Krankenkassenprämien – Dossierbearbeitung durch die Ausgleichskasse	E: 08.07.09 A: 15.09.09
3236.09 GSD	Cotting Claudia – Verbilligung der Krankenkassenprämien – Entscheide	E: 08.07.09 A: 15.09.09
3237.09 EKSD	Peiry Stéphane – Die Nationalhymne in der Schule lernen	E: 13.07.09 A: 17.11.09
3238.09 VWD	Etter Heinz – Bus-Verbindung Murten - Düdingen	E: 15.07.09
3239.09 RUBD	Schorderet Edgar – Standortwahl für die geografische Zusammenlegung des Kantonalen Laboratoriums, des Veterinäramts und des Amts für Umwelt	E: 20.07.09 A: 07.09.09
3240.09 ILFD	Grandjean Denis – Anwesenheit des Wolfs im Kanton Freiburg	E: 21.07.09 A: 02.10.09
3241.09 SJD	Brodard Vincent – Schwerverkehr – Kontrolle der Einhaltung der Vorschriften über die Gewichtslimiten und der Bestimmungen über die Arbeitszeit der LKW-Führer und -Führerinnen	E: 21.07.09 A: 15.09.09
3242.09 RUBD	Hunziker Yvan – Schulbaute im Vivisbachbezirk	E: 23.07.09 A: 25.08.09
3243.09 EKSD	Duc Louis – Finanzielle Bedrängnis zahlreicher Landwirtschaftsbetriebe in unserem Kanton wegen des jüngsten Hagelgewitters	E: 30.07.09 A: 15.09.09
3244.09 EKSD/SJD/VWD/ GSD/RUBD	Schuwey Roger – Slow-up im Kanton Freiburg	E: 17.08.09 A: 17.11.09
3245.09 GSD	Wicht Jean-Daniel – Freiburger Spital: Betrieb der Notfallaufnahmen	E: 20.08.09 A: 27.10.09
3246.09 RUBD	Johner-Etter Ueli – Verbot von Wasserentnahme aus Oberflächengewässern im Kanton Freiburg	E: 25.08.09 A: 24.11.09
3247.09 EKSD	Collomb Eric – Schwimmlehrerinnen und Schwimmlehrer in Schulen: Welche Verantwortlichkeit ?	E: 01.09.09 A: 01.12.09
3248.09 SJD	Gander Daniel – Kosten der Sicherheitsmassnahmen der Kantonspolizei beim Prozess um die «Türken-Mafia»	E: 09.09.09 A: 03.11.09

—
2009

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung Antwort
3249.09 VWD/SK	Mauron Pierre – Veröffentlichung der Tätigkeit des Staatsrats in der Presse	E: 09.09.09 A: 13.10.09
3250.09 VWD	Mauron Pierre – Bereitstellung von passenden Räumlichkeiten und einem geeigneten Informatiksystem für die Schlichtungskommissionen im Mietwesen des Saanebezirks und des südlichen Kantonsteils	E: 09.09.09 A: 02.10.09
3251.09 GSD	Boschung Moritz/Stempfel-Horner Yvonne – Senior 60+	E: 11.09.09
3252.09 VWD	Beyeler Hans-Rudolf – Umsetzung des kantonalen Stabilisierungsplans zur Bewältigung der Krisenauswirkungen im Kanton Freiburg	E: 11.09.09
3253.09 GSD	Tschopp Martin – Umsetzung des Bundesgesetzes über die Familienzulagen	E: 01.10.09 A: 22.12.09
3254.09 VWD	Gander Daniel – Verfahren für die Bildung, die Beförderung und die Ernennung bei den TPF	E: 01.10.09 A: 09.11.09
3255.09 SJD	Peiry Stéphane – Aufnahme in Freiburg von Ex-Häftlingen aus Guantanamo	E: 01.10.09
3256.09 RUBD	Tschopp Martin – Öffentliches Beschaffungswesen	E: 01.10.09 A: 01.12.09
3257.09 RUBD	Feldmann Christiane – Linienführung T 10	E: 12.10.09 A: 01.12.09
3258.09 VWD	Rime Nicolas/Girard Raoul – Kantonale Fördermassnahme für photovoltaische Solaranlagen, Fortsetzung der Förderung, die im Rahmen des Wiederankurbelungsplans lanciert wurde	E: 12.10.09
3259.09 EKSD/GSD	Bourguet Gabrielle – Präventions- und Gesundheitsförderungsprogramm in der Schule – Einbezug neuer, für Kinder und Jugendliche nicht empfehlenswerter Substanzen	E: 12.10.09
3260.09 VWD	Wicht Jean-Daniel/Siggen Jean-Pierre – Anforderungen des Kantons Genf an freiburgische Unternehmen, die im Kanton Genf arbeiten	E: 13.10.09
3261.09 EKSD	Tschopp Martin – Unentgeltlichkeit während der obligatorischen Schulzeit	E: 19.10.09 A: 22.12.09
3262.09 ILFD	Peiry-Kolly Claire – Anwendung der Verordnung über besondere Hygienekontrollen bei der Milchverarbeitung in alpwirtschaftlichen Betrieben	E: 10.11.09
3263.09 VWD	Schuwey Roger – Ablassen des Wassers aus dem "Lac de Montsalvens"	E: 10.11.09
3264.09 RUBD/VWD	Ganioz Xavier – Künftige Verwendung des aktuellen Hauptsitzes der Groupe E	E: 17.11.09
3265.09 RUBD	Boschung Moritz – Strassenmarkierung	E: 18.11.09
3266.09 EKSD	Thomet René – Standpunkt des Staatsrats im Hinblick auf die sich abzeichnenden Änderungen im Nachrichtenbereich bei Radio und Télévision Suisse Romande	E: 20.11.09
3267.09 SK	Ganioz Xavier – Abstimmung per Internet für Auslandschweizer, die im Kanton Freiburg eingeschrieben sind	E: 23.11.09 A: 14.12.09
3268.09 VWD	Bussard Christian – S-Bahn: Bulle - Romont - Freiburg	E: 01.12.09
3269.09 VWD	Rime Nicolas – Investitionen der Groupe E in ein Kohlekraftwerk	E: 09.12.09
3270.09 SJD	Romanens Jean-Louis – Umsetzung des neuen Bundesgesetzes über die Gerichtsverfahren	E: 09.12.09
3271.09 FIND	Romanens Jean-Louis – Kantonale Steueramnestie	E: 14.12.09
3272.09 VWD	Mutter Christa – Zusatzparking des Berufsbildungszentrums ACPC	E: 15.12.09
3273.09 ILFD/SJD	Butty Dominique – Umgang mit Tieren auf öffentlichen Strassen	E: 16.12.09

—

2009

Nr. und Direktion	Verfasser/in und Gegenstand	Einreichung Antwort
3274.09 RUBD	Corminboeuf Dominique – Fortbestand der Eisenbahnumschlagplätze, namentlich in Domdidier, für das Streusalz, das für den Unterhalt des Strassennetzes auf Freiburger Boden verwendet wird	E: 17.12.09
3275.09 VWD	Menoud Eric – Freiburger S-Bahn-Projekt	E: 17.12.09
3276.09 FIND	Bapst Markus/Romanens Jean-Louis – Umsetzung der Motion Nr. 1013.07 – Steuerliche Entlastung für eine nachhaltige Entwicklung und die Familienförderung	E: 17.12.09
3277.09 RUBD	Thévoz Laurent – Nachhaltigkeitsbeurteilung im Kanton Freiburg	E: 21.12.09
3278.09 ILFD	Frossard Sébastien – Vorverlegen der Akontozahlung der Direktzahlungen um einige Wochen (Landwirtschaft)	E: 02.12.09
3279.09 VWD	Ganioz Xavier – Ansiedlung des Unternehmens Alcon im Kanton	E: 21.12.09
3280.09 VWD	Gendre Jean-Noël/Schorderet Gilles – Neue Gondelbahn am Moléson – Verwendung von Holz beim Bau der Gebäude	E: 21.12.09
3281.09 RUBD	Hänni Bernadette – Baurechtliche Begleitung von öffentlichen Grossbauprojekten	E: 22.12.09
3282.09 EKSD	Suter Olivier – Vorbereitungskurse auf das Hochschul-Studium in der Schweiz	E: 24.12.09



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Direction de l'instruction publique, de la culture et du sport DICS
Direktion für Erziehung, Kultur und Sport EKSD

[WWW.FR.CH/DICS](http://www.fr.ch/dics)

Direktion für Erziehung, Kultur und Sport EKSD

—

2009

I. DIREKTION UND GENERALSEKRETARIAT	1	VIII. HOCHSCHULE FÜR GESUNDHEIT FREIBURG	54
1. Aufgaben	1	1. Aufgaben	54
2. Tätigkeit	1	2. Tätigkeit	54
3. Interkantonale Zusammenarbeit	3		
4. Streitsachen im Schulwesen	4		
5. Gesetzgebung	4		
II. AMT FÜR RESSOURCEN	5	IX. FACHHOCHSCHULE FREIBURG FÜR SOZIALE ARBEIT (FHF-SA)	57
1. Aufgaben	5	1. Aufgaben	57
2. Tätigkeit	5	2. Tätigkeit	57
III. ÄMTER FÜR OBLIGATORISCHEN UNTERRICHT	7		
1. Aufgaben	7		
2. Tätigkeit	7		
IV. SEKUNDARSTUFE II	26	X. AMT FÜR BERUFSBERATUNG UND ERWACHSENENBILDUNG	58
1. Aufgaben	26	1. Aufgaben	58
2. Tätigkeit	27	2. Berufsberatung	58
3. Kollegium St. Michael	29	3. Erwachsenenbildung	60
4. Kollegium Hl. Kreuz	32		
5. Kollegium Gambach	35		
6. Kollegium des Südens	38		
7. Fachmittelschule Freiburg - FMSF	40		
8. Interkantonales Gymnasium der Region Broye	42		
V. AMT FÜR UNIVERSITÄTSFRAGEN	44	XI. AMT FÜR AUSBILDUNGSBEITRÄGE	61
1. Aufgaben	44	1. Aufgaben	61
2. Tätigkeit	44	2. Tätigkeit	61
VI. UNIVERSITÄT	47		
1. Aufgaben	47		
2. Tätigkeit	48		
VII. PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULE	50	XII. AMT FÜR SPORT	62
1. Aufgaben	50	1. Aufgaben	62
2. Tätigkeit	50	2. Ordentliche Tätigkeit	62
		XIII. AMT FÜR KULTUR	65
		1. Kulturförderung: Aufgaben und Tätigkeit	65
		2. Kulturelle Institutionen: Aufgaben und Tätigkeit	68
		3. Staatsarchiv	68
		4. Kantons- und Universitätsbibliothek	71
		5. Konservatorium	78
		6. Museum für Kunst und Geschichte	81
		7. Naturhistorisches Museum	84
		8. Schloss Greyerz	86
		9. Vitrocentre Romont, Schweizerisches Forschungszentrum für Glasmalerei und Glaskunst	87
		10. Espace Tinguely – Niki de Saint Phalle	88
		11. Römisches Museum Vallon	88

XIV. AMT FÜR ARCHÄOLOGIE **89**

1. Aufgaben 89
2. Tätigkeit 89
3. Besondere Ereignisse 96

XV. AMT FÜR KULTURGÜTER **97**

1. Auftrag 97
2. Tätigkeiten 97
3. Besondere Ereignisse 99

XVI. PERSONALBESTAND **100**

—
2009

I. DIREKTION UND GENERALSEKRETARIAT

1. Aufgaben

Die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport (EKSD) ist für folgende Bereiche zuständig (ZDirV): Vorschule und obligatorische Schule; Allgemeinbildung auf der Sekundarstufe II; beruflicher Unterricht auf der Sekundarstufe II und der Tertiärstufe für die Berufe auf dem Gebiet der Gesundheit und der sozialen Arbeit; Berufsausbildung der Lehrpersonen; Universität; Schul- und Berufsberatung; Erwachsenenbildung; Gewährung von Ausbildungsbeiträgen; Kulturförderung; kulturelle Institutionen des Staates; Erhaltung von archäologischen Stätten und Kulturgütern; Sportunterricht und Sportförderung. Auf dem Internetportal der EKSD (www.admin.fr.ch/dics) sind zahlreiche Informationen über die Aufgaben und Tätigkeiten der Direktion zu finden.

Die EKSD wurde 2009 von Staatsrätin Isabelle Chassot geleitet.

Das Generalsekretariat der EKSD wurde von Michel Perriard geführt.

Der Auftrag des Generalsekretariats (GS-EKSD) besteht darin, die Direktion bei der Führung und Geschäftsführung zur Seite zu stehen, die Verwaltungseinheiten der Direktion logistisch zu unterstützen und repräsentative Aufgaben zu erfüllen. Die vier Hauptaufgabenbereiche des Generalsekretariats der EKSD sind: 1. die strategische Unterstützung der Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport, wozu unter anderem die Kommunikation, die Koordination und das Controlling der Tätigkeiten der EKSD gehören, 2. die juristische Beratung und die Regelung von Streitfällen, 3. die Finanzen und die Ausstattung sowie 4. die operationelle Unterstützung der Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport, die das Direktionssekretariat und die Übersetzung einschliesst.

2. Tätigkeit

2.1 Ordentliche Tätigkeit

Die Direktion legt anhand der in der einschlägigen Gesetzgebung definierten Aufträge die Ziele der Verwaltungseinheiten fest, die der EKSD unterstellt oder ihr zugewiesen sind. Über ihre Ämter, an welche ein Teil der Befugnisse delegiert wird, steuert die Direktion den Vollzug der Massnahmen, die Erfolgskontrolle dieser Massnahmen sowie das Ergreifen von Korrekturmassnahmen. Die Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport trifft sich regelmässig mit den Vorsteherinnen und Vorstehern der Verwaltungseinheiten, um Grundsatzfragen zu besprechen und für die Nachführung und Bearbeitung der Dossiers zu sorgen. Die ordentlichen Tätigkeiten werden in den Abschnitten der jeweiligen Verwaltungseinheiten ausführlich beschrieben.

Das Generalsekretariat erfüllt Stabsdienstaufgaben für die Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport und unterstützt daneben die Arbeit der Verwaltungseinheiten in unterschiedlicher Form: Beratung, Erstellen von schriftlichen Unterlagen und Vorentwürfen für Gesetze und Reglemente, Unterstützung bei der Buchführung, Übersetzungsarbeiten, Mitwirkung an Projekten und Sitzungen (zu den ständigen Aufgaben des Generalsekretariats gehören der Vorsitz der Bildungsämter-Konferenz, die Führung der Haushalts- und Rechnungsführungsverfahren, die Leitung der Arbeitsgruppe für die Anerkennung der Lehrdiplome). Zudem organisiert es Referate zu verschiedenen Themen (rechtliche Aspekte des Lehrberufs, berufliche Verantwortung der Lehrpersonen und der Schulkader, Rolle und Befugnisse der Schulkommissionen, Grundsätze der öffentlichen Verwaltung im Unterrichtswesen, Bildungspolitik, interkantonale Zusammenarbeit, Informationspolitik der EKSD). Im Jahr 2009 beschäftigte sich das Generalsekretariat zudem hauptsächlich mit der Totalrevision des Schulgesetzes und dessen Ausführungsreglements, mit der Vorbereitung des Entscheids über die Schulkalender für die Schuljahre 2010/11 bis 2014/15, mit der Ausarbeitung der Vereinbarung über die Organisation des Religionsunterrichts in der obligatorischen Schule sowie mit dem Pandemieplan der Direktion im Zusammenhang mit der Grippe A/H1N1. So wurde im Zuge dieser Massnahmen die Situation in den Schulen in den Monaten September bis Dezember ständig überwacht; der Höhepunkt der Grippeepidemie wurde in den Schulklassen im Monat November verzeichnet. Im Rahmen der Zusammenarbeit mit anderen Direktionen ist insbesondere die Teilnahme an folgenden Ausschüssen, Kommissionen und Projekten zu nennen: Informatikkommission des Kantons, Leitungsausschuss «territoriale Strukturen» im Zuge der Umsetzung der Kantonsverfassung, Koordinationskommission für die periodische Überprüfung der Subventionen, Kommission FRI-INFO, kantonale Konferenz für das öffentliche Beschaffungswesen und Gruppe der Kontaktpersonen für Datenschutz.

2.2 Besondere Ereignisse

Mehrere Ereignisse des Jahres 2009, die das Generalsekretariat und die Direktion betrafen, sind hier besonders hervorzuheben, wobei einige von ihnen in anderen Kapiteln des Tätigkeitsberichts ausführlicher behandelt werden.

2.2.1 Umsetzung der NFA im sonderpädagogischen Bereich

Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) tangiert mehrere Tätigkeitsbereiche der EKSD. Die Änderungen mit der bei Weitem

—
2009

grössten Tragweite betreffen das Sonderschulwesen, für das seit dem 1. Januar 2008 allein die Kantone zuständig sind. Im Herbst 2006 wurde eine Arbeitsgruppe «Organisation der Sonderschule und der Schuldienste» eingesetzt, die ihren Schlussbericht am 30. April 2007 abgeliefert hat. Diese Arbeiten bildeten den Grundstein für das am 1. Januar 2008 gegründete Amt für Sonderpädagogik (SoA).

Zusätzlich zur Übernahme sämtlicher Tätigkeit im sozialpädagogischen Bereich durch die EKSD sollte der Kanton ein kantonales Konzept ausarbeiten, das frühestens am 1. Januar 2011 in Kraft treten kann. Dazu wurde eine Projektorganisation aufgebaut, die im Jahr 2009 intensiv an diesem Konzept gearbeitet hat.

2.2.2 Vorbereitungen zur Harmonisierung der obligatorischen Schule in der Schweiz

Volk und Stände haben am 21. Mai 2006 mit deutlichem Mehr der Revision der Bildungsartikel in der Bundesverfassung zugestimmt. Die Zusammenarbeit unter den Kantonen sowie zwischen Kantonen und Bund wird somit als Verfassungsgrundsatz verankert, wodurch die Qualität und die Durchlässigkeit des Schulsystems gewährleistet werden sollen. Im Zuge dieser Neuordnung sollen gewisse Eckwerte vereinheitlicht werden. Auch soll der gesamte Hochschulbereich künftig von Bund und Kantonen gemeinsam gesteuert werden.

Im Bereich der obligatorischen Schule haben die Kantone die Aufgabe, das Bildungswesen, das Schuleintrittsalter, die Dauer und Ziele der Bildungsstufen und die Übergänge zwischen den Stufen sowie die Anerkennung der Abschlüsse zu harmonisieren. Kommt keine einheitliche kantonale Lösung zustande, wird der Bund diesen wichtigen Bereich selber regeln. Am 12. Februar 2009 sagte der Grosse Rat Ja zum Beitritt des Kantons Freiburg zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS) und zur Westschweizer Schulvereinbarung. Während die Westschweizer Schulvereinbarung, die gewisse Kooperationsbereiche vertieft, aber im Wesentlichen dem HarmoS-Konkordat entspricht, nicht angefochten wurde, ist gegen den Beitritt des Kantons Freiburg zur HarmoS-Vereinbarung ein Referendum zustande gekommen. Das Volk wird am 7. März 2010 über den Beitritt zu HarmoS abstimmen.

2.2.3 Kantonales Konzept für den Sprachenunterricht

Im Februar 2009 wurde ein kantonales Konzept für den Sprachenunterricht in die Vernehmlassung geschickt, das den Erwerb der Partnersprache und weiterer Fremdsprachen vom Kindergarten bis zur Orientierungsschule und auch auf der Sekundarstufe II fördern soll. Gemäss diesem ehrgeizigen Konzept, bei dem die Umsetzbarkeit im Vordergrund steht, sollen alle Möglichkeiten für den Erwerb und die Vertiefung von Sprachkenntnissen genutzt werden. Dieses Impulsprojekt für einen zweisprachigen

Kanton beinhaltet neun Vorschläge, mit denen der Erwerb von zwei nützlichen, verwendbaren und auch tatsächlich verwendeten Sprachen gefördert werden soll. Für die Umsetzung des Konzepts, die voraussichtlich fünf Jahre dauern wird, sind über 40 Vollzeitstellen sowie Begleit-, Betreuungs-, Unterstützungs- und Bildungsmassnahmen erforderlich, für die über eine Million Franken vorgesehen ist. Der Staatsrat wird im Jahr 2010 anhand der Ergebnisse der Vernehmlassung über dieses Konzept entscheiden und dann das Dossier an den Grossen Rat weiterreichen.

2.2.4 Einrichtung eines einheitlichen elektronischen Schulverwaltungssystems

Das Projekt HarmAdminEcoles, das die Einrichtung eines einheitlichen elektronischen Schulverwaltungssystems (HarmAdminEcoles) vorsieht, ist so weit gediehen, dass nun sämtliche von diesem Projekt tangierten Dienststellen, Schulen und Institutionen in die Arbeiten einbezogen werden. Die folgenden fünf Direktionen des Staatsrats sind an diesem Projekt beteiligt: EKSD, ILFD, VWD, GSD und FIND. Ziel ist es, eine Übersicht der von diesem System erwarteten Funktionen und Leistungen zu erarbeiten und die Kosten zu beziffern, um dann im Herbst 2010 dem Grossen Rat einen Dekretsentwurf und eine entsprechende Botschaft vorzulegen. Dabei wurden bereits vereinzelt Massnahmen getroffen, um die dringendsten Bedürfnisse zu decken wie beispielsweise eine Administrationssoftware für die PH sowie ein weiteres Programm für die Verwaltung der Stellvertretungen an der obligatorischen Schule. Dieses Projekt wird mit der geplanten Harmonisierung der Personenregister (HarmPers) sowie mit dem Projekt zur Schulerhebung und zur Modernisierung der Bildungsumfragen unter der Federführung des Bundesamts für Statistik (BFS) koordiniert.

2.2.5 Entscheidung über die Schulkalender für die Jahre 2010/11 bis 2014/15

Am 27. Februar 2009 sandte die EKSD den Direktionen des Staatsrats, den Gemeinderäten, den Schulkommissionen der Kindergärten und der Primarschulen, den Gemeindeverbänden für die Orientierungsschulen, den Schulkommissionen für die Schulen der Sekundarstufe II (S2), den Elternvereinigungen (FA-PAF und S&E), den Schulinspektorenkonferenzen, den Direktionen der Orientierungsschulen, den Direktionen der Schulen der S2, den Berufsverbänden der Lehrerschaft (FAFE), dem Amt für Berufsbildung, den Dachverbänden der Wirtschaft, dem Jugendrat und der Oberamt männerkonferenz den von ihr entworfenen Schulkalender für die Jahre 2010/11 bis 2014/15 und lud sie ein, den Entwurf auf einer sechsstelligen Skala zu bewerten. Über die Website der EKSD konnten auch die Eltern, die Lehrpersonen und andere interessierte Personen (Rubrik «Andere») an der Vernehmlassung teilnehmen. Die Vernehmlassung dauerte bis zum 30. April 2009.

—
2009

1484 gültige Antworten trafen bei der EKSD ein. Zahlreiche Fragebögen waren allerdings geändert worden. Die Ergebnisse wurden statistisch ausgewertet und veröffentlicht. Im Anschluss daran legte die Direktion mit Schreiben vom 29. September 2009 die Schulkalender für die Jahre 2010/11 bis 2014/15 fest. Die Schulkalender sowie die Zusammenfassung der Vernehmlassungsergebnisse können auf der Website der Direktion eingesehen werden.

2.2.6 Initiative der Freiburger Broye und der Waadtländer Broye für eine interkantonale Lösung zur Organisation der obligatorischen Schule in der Region Broye

Am 4. Juli 2008 hatten die Oberamt männer der Freiburger Broye und der Waadtländer Broye-Vully ihren Zwischenbericht vom 30. Juni 2008 zuhanden der Regierungen der beiden Kantone über die heutige Situation und die Möglichkeiten eines interkantonalen Besuchs der obligatorischen Schule vorgelegt. Die beiden Oberamt männer präsidierten gemeinsam die Arbeitsgruppe, die der Waadtländer und der Freiburger Staatsrat am 13. April 2005 auf Anfrage der Gemeinden aus der Region eingesetzt haben. Nach einer genauen Prüfung des Dossiers forderten die beiden Kantonsregierungen an ihrem Treffen vom 13. Januar 2009 die Initianten dieses Vorhabens auf, bei den betreffenden Gemeinden und ihrer Bevölkerung eine Vernehmlassung durchzuführen. Diese Vernehmlassung fand im Laufe des Frühjahrs statt. Der Generalsekretär der EKSD nahm unter anderem an zwei öffentlichen Vorträgen und Debatten in Payerne teil (am 11. und 25. März). Ende Mai 2009 wurde den Regierungsräten der beiden Kantone ein zusätzlicher Bericht vorgelegt, worin auf die Notwendigkeit weiterer Abklärungen verwiesen wurde. Die Regierungen der beiden Kantone trafen daraufhin entsprechende Vorkehrungen, damit im Jahr 2010 zusätzliche Arbeiten zu diesem Projekt durchgeführt werden können.

2.2.7 Weitere besondere Ereignisse in Kürze

Im Oktober wurde ein Projektwettbewerb für den Aus- und Umbau der Kantons- und Universitätsbibliothek (KUB) lanciert. Der Abriss der angrenzenden alten Gebäude hat bereits begonnen.

Mehrere kulturelle Institutionen beteiligten sich an der Museumsnacht vom 16. Mai, die sich als Grosserfolg erwies.

Die vom Generalsekretär der EKSD geleitete Pater Grégoire Girard Stiftung, die vom Staat Freiburg, von der Universität und vom Bistum mitbegründet wurde, hat die Arbeit an der Gestaltung einer Website aufgenommen, die dem visionären Pädagogen der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gewidmet ist.

3. Interkantonale Zusammenarbeit

Die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport nimmt an den interkantonalen Konferenzen in den Bereichen Bildung, Kultur und Sport teil. Kooperationsbereiche, die lediglich eine Bildungsstufe oder ein Amt betreffen (Interkantonales Gymnasium der Region Broye, interkantonale Universitätsvereinbarung, Schweizerische Universitätskonferenz, «Conférence universitaire de Suisse occidentale», Strategieausschuss HES-SO), werden in den Abschnitten der betreffenden Ämter behandelt.

3.1 Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK)

Im Jahr 2009 hat die EDK drei ordentliche Plenarversammlungen abgehalten und dabei unter anderem folgende Themen und Projekte behandelt: Beitrittsverfahren und Umsetzung der Interkantonalen Vereinbarung vom 14. Juni 2007 über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS-Konkordat), in Kraft seit dem 1. August 2009, Bildungsstandards HarmoS, Beitrittsverfahren und Umsetzung der Interkantonalen Vereinbarung vom 25. Oktober 2007 über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik, Verabschiedung der Interkantonalen Vereinbarung vom 18. Juni 2009 zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen, Bildungsmonitoring, Revision der Berufsmaturitätsverordnung des Bundes, Entwicklung der gymnasialen Maturität, schweizerische Hochschullandschaft, Weiterentwicklung der Lehrdiplom-Kategorien Kindergarten/Primarstufe.

Die Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport präsidiert die EDK seit dem 1. Juli 2006. Der EDK-Vorstand ist zu vier Sitzungen zusammengetreten und hat zudem eine Reihe von Zirkulationsbeschlüssen getroffen.

Der Generalsekretär der EKSD bereitet die Dossiers der Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport für die verschiedenen Sitzungen vor. Ausserdem ist er selber Mitglied der Departementssekretärenkonferenz und der Kommission der Departementssekretäre. Ferner ist er Vizepräsident der Kommission für die Anerkennung von Hochschuldiplomen für Lehrkräfte der Vorschul- und der Primarstufe.

3.2 Interkantonale Erziehungsdirektorenkonferenz der französischen Schweiz und des Tessins (CIIP)

Im Jahr 2009 hat die CIIP an fünf Versammlung unter anderem folgende Themen und Projekte behandelt: Beitrittsverfahren und Umsetzung der Westschweizer Schulvereinbarung vom 21. Juni 2007, in Kraft seit dem 1. August 2009, Entscheide, die sich aus dieser Vereinbarung in verschiedenen Bereichen ergeben (Plan d'Etudes Romand PER, Kompetenzprofile und Vergleichsprüfungen), Lehrmittel für Englisch und Mathematik, Entwurf eines EFZ Bühnentänzer/-in EFZ, koordiniertes Unterstützungsprojekt für Theaterproduktionen.

—
2009

Die Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport ist Mitglied der Plenarversammlung der CIIP.

Der Generalsekretär der EKSD bereitet die Dossiers der Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport für die verschiedenen Sitzungen vor. Ausserdem ist er selber Mitglied der Generalsekretärenkonferenz, der Geschäftsstelle der CIIP und sitzt im Leitungsausschuss für den Westschweizer Lehrplan (Plan d'études romand - PER). Im 2009 ist er aus der Geschäftsstelle der CIIP ausgetreten, in der er seit deren Gründung im Jahr 1996 mitgewirkt hat.

3.3 Nordwestschweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz (NW EDK)

Im Jahr 2009 befasste sich die NW EDK unter anderem mit folgenden Themen und Projekten: Externe Schulevaluation auf der Sekundarstufe II, Benchmarking auf der Sekundarstufe II, Kooperation der Kantone BL, BS, BE, FR, SO für das Unterrichten von Französisch als erster Fremdsprache und Englisch als zweiter Fremdsprache ab der 5. Klasse (Projekt Passepartout), Grundlagenprojekt Deutschschweizer Lehrplan, Inkrafttreten des Regionalen Schulabkommens (RSA) am 1. August 2009.

Für Themen, welche die gesamte Deutschschweiz betreffen (so insbesondere den geplanten Lehrplan), treten die drei deutschsprachigen Konferenzen im Übrigen in der D-EDK zusammen.

Die Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport ist Mitglied der Plenarversammlung der NW EDK und der D-EDK.

Der Generalsekretär der EKSD ist Mitglied der Departementssekretärenkonferenz der D-EDK.

4. Streitsachen im Schulwesen

Bei der Direktion sind im Jahr 2009 54 (33) Beschwerden eingegangen (Beschwerden gegen Entscheide der Inspektorinnen und Inspektoren, der Schuldirektorinnen und Schuldirektoren oder der Maturitätsprüfungskommissionen, für welche die Direktion als vorgesetzte Aufsichtsbehörde fungiert). 44 (23) betrafen den französischsprachigen und 10 (10) den deutschsprachigen Unterricht. Davon wurden 1 (1) als unzulässig und 6 (7) als gegenstandslos erklärt (Rückzug der Beschwerde oder neuer Entscheidung), 3 (1) wurden gutgeheissen, 2 (1) wurden teilweise gutgeheissen, 40 (17) abgewiesen und 2 (6) sind noch hängig.

Im Personalwesen wurden 3 (3) Beschwerden gegen Entscheide der Direktion eingereicht und sind noch hängig.

Die weiteren Streitsachen betreffen Entscheide in den Bereichen Kultur und Sport.

5. Gesetzgebung

5.1 Gesetze und Dekrete

—
Gesetz vom 12. Februar 2009 über den Beitritt des Kantons Freiburg zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule.

Gesetz vom 12. Februar 2009 über den Beitritt des Kantons Freiburg zur Westschweizer Schulvereinbarung.

Gesetz vom 12. Februar 2009 über den Beitritt des Kantons Freiburg zum Regionalen Schulabkommen über die gegenseitige Aufnahme von Auszubildenden und Ausrichtung von Beiträgen (RSA 2009).

Gesetz vom 25. März 2009 zur Änderung des Gesetzes über die kulturellen Institutionen des Staates.

Dekret vom 6. Mai 2009 über den Erwerb der Liegenschaft an der Rue Guillaume-Techtermann 8 in Freiburg

Gesetz vom 16. Dezember 2009 über den Beitritt des Kantons Freiburg zur Interkantonalen Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik.

5.2 Verordnungen, Beschlüsse und Reglemente

Verordnung vom 3. Februar 2009 zur Kürzung der Arbeitszeit des Lehrpersonals (Kompensation der Erhöhung der Feriendauer für das Personal in der Kantonsverwaltung).

Verordnung vom 3. März 2009 über die Aufnahmebeschränkung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg für das Schuljahr 2009/10.

Verordnung vom 17. März 2009 über die Aufnahmekapazität und den Eignungstest für die Studiengänge der Human- und Zahnmedizin an der Universität Freiburg im akademischen Jahr 2009/10.

Verordnung vom 19. Mai 2009 zur Änderung der Verordnung über die Einschreib- und Studiengebühren für die Grundausbildung an der Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit.

Verordnung vom 26. Mai 2009 über die Aufteilung des Beitrags des Staats an die Gemeinden für die Einführung des zweiten Kindergartenjahres.

Verordnung vom 26. Mai 2009 über die Kursgebühren des Konservatoriums.

Vereinbarung vom 30. Juni 2009 zwischen der römisch-katholischen Kirche des Kantons Freiburg und dem Staat Freiburg über

2009

die Erteilung des römisch-katholischen Religionsunterrichts in der obligatorischen Schule.

Vereinbarung vom 30. Juni 2009 zwischen der evangelisch-reformierten Kirche des Kantons Freiburg und dem Staat Freiburg über die Erteilung des evangelisch-reformierten Religionsunterrichts in der obligatorischen Schule.

Verordnung vom 15. Juli 2009 zur Änderung des Reglements über die Stipendien und Studiendarlehen.

Verordnung vom 18. August 2009 zur Änderung der Organisation und der Prüfungen am Konservatorium.

Verordnung vom 9. November 2009 über die Zulassung ausländischer Kandidatinnen und Kandidaten zum Medizinstudium an der Universität Freiburg im akademischen Jahr 2010/11.

Verordnung vom 9. Dezember 2009 zur Änderung des Reglements über die Gymnasialausbildung.

Verordnung vom 9. Dezember 2009 zur Änderung des Reglements über die Maturitätsprüfungen.

Verordnung vom 9. Dezember 2009 zur Änderung der Verordnung über die Bachelor-Ausbildung in Pflege an der Hochschule für Gesundheit Freiburg.

Verordnung vom 9. Dezember 2009 zur Aufhebung der Verordnung über die Ausbildung zur Pflegefachfrau FH/ zum Pflegefachmann FH an der Hochschule für Gesundheit Freiburg.

Verordnung vom 22. Dezember 2009 über Zulassungsbeschränkungen für die Lehrerinnen- und Lehrerbildung in der französischsprachigen Abteilung der Sekundarstufe II (LDS II) im akademischen Jahr 2010/11.

transporte und die entsprechenden Beiträge, die Aufteilung der die obligatorische Schule betreffenden Kosten («gemeinsamer Topf») und die Verwaltung der interkantonalen Schulabkommen über die gegenseitige Aufnahme von Auszubildenden.

Amtsvorsteherin: Christiane Brühlhart

2. Tätigkeit

2.1 Ordentliche Tätigkeit

2.1.1 Personal

2.1.1a Lehrpersonen nach Stufe

	Anzahl Personen	Vollzeitstellen
Kindergarten	428	272
Primarschule	1899	1291
Orientierungsschule	1250	881
Sekundarstufe II	561	401
Pädagogische Hochschule	108	58
Hochschule für Gesundheit	55	44
Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit	47	29
Total	4348	2976

2.1.1b Lehrpersonen nach Sprache und Geschlecht

	französischsprachig		deutschsprachig		% Frauen
	M	F	M	F	
Kindergarten	0	287	1	140	99,99%
Primarschule	246	1130	72	451	83%
Orientierungsschule	383	490	169	208	56%
Sekundarstufe II	225	169	83	84	45%

2.1.1c Beschäftigungssituation

Ende Schuljahr 2008/09 erfolgten 10 Rücktritte auf Kindergartenstufe, 67 auf Primarstufe (davon 25 aus Altersgründen), 67 auf Sekundarstufe I (Orientierungsschule, davon 19 aus Altersgründen), 18 auf Sekundarstufe II (davon 11 aus Altersgründen).

Für den Kindergarten und die Primarschule wurden über 200 Unterrichtsstellen ausgeschrieben, rund ein Drittel davon mit Vollpensum. Alle Stellen konnten besetzt werden, doch gestaltete es sich als sehr schwierig, ausgebildetes Lehrpersonal für Stellvertretungen oder für den Stützunterricht zu finden.

Für die Orientierungsschule wurden 60 Stellen ausgeschrieben, davon 4 mit Vollpensum. Es besteht weiterhin ein Mangel an

II. AMT FÜR RESSOURCEN

1. Aufgaben

Das Amt für Ressourcen ist aus der 2002 erfolgten Restrukturierung der EKSD hervorgegangen und hat seine Tätigkeit am 1. Januar 2003 aufgenommen. Es ist für vier Tätigkeitsbereiche zuständig: Administrative Führung des Personals der EKSD (Lehrpersonen und Verwaltungspersonal sämtlicher Verwaltungseinheiten mit Ausnahme der Universität und der dem Amt für Kultur angeschlossenen Einrichtungen), die Anerkennung der Schüler-

—
2009

diplomierten Lehrpersonen, insbesondere für den Fremdsprachenunterricht im französischsprachigen Kantonsteil und für die Fächer Mathematik und Naturwissenschaften im deutschsprachigen Kantonsteil. Die französischsprachigen OS konnten einige Lehrpersonen mit Diplom für die Sekundarstufe II anstellen, die keine Stelle in einem Gymnasium gefunden hatten. Ausserdem wurden befristete Anstellungsverträge mit Studierenden, die ihre pädagogische Ausbildung noch nicht abgeschlossen haben, oder mit anderen Personen abgeschlossen.

Auf Sekundarstufe II wurden 25 Stellen ausgeschrieben, davon 3 mit Vollpensum. Die meisten Neuestellten besitzen das erforderliche Diplom oder werden ihre Lehrbefähigung bald erlangen.

Zum Schulbeginn 2009/10 wurden an die 1100 Arbeitsverträge erstellt, wobei Neuanstellungen und Änderungen des Arbeitsverhältnisses bestätigt wurden: 229 unbefristete sowie 264 befristete neue Arbeitsverträge, 291 Anstellungsverlängerungen, 92 Stellenwechsel und 311 erhebliche Änderungen des Beschäftigungsgrads.

2.1.2 Schülertransporte

Alle Voranschläge für Schülertransporte im Schuljahr 2009/10 wurden überprüft und genehmigt. Dabei musste jede Erhöhung gegenüber dem Vorjahr gerechtfertigt werden.

Die von den Transportunternehmen vorgelegten Rechnungen 2008/09 wurden geprüft und ausstehende Restbeträge beglichen. Insgesamt belaufen sich die Kosten im Jahr 2009 beim Kindergarten auf rund 395 000 Franken, bei der Primarschule auf 5 150 000 Franken und bei der Orientierungsschule auf 1 250 000 Franken.

Das Amt für Ressourcen hat gemeinsam mit dem Amt für Verkehr und Energie die Abklärungen für einen Ersatz des bisherigen Systems durch eine Pauschalbeteiligung des Kantons weitergeführt. Die Ergebnisse dieser Untersuchung sollen in die Revision des Schulgesetzes einfließen.

2.1.3 Aufteilung der Kosten der obligatorischen Schule

Das Finanzinspektorat hat zusammen mit dem Amt für Gemeinden die interkommunale Aufteilung der Kindergarten- und Primarschulkosten für das Rechnungsjahr 2008 geprüft und die Abrechnung 2008 für korrekt befunden. Die Begleitgruppe für den «gemeinsamen Topf», die sich aus Vertretern der Gemeinden, des ITA und der EKSD zusammensetzt, hat die Rechnung 2008 und den Voranschlag 2010 im Januar 2010 begutachtet. Aus dem Ende Dezember 2009 durchgeführten 13. Durchgang lässt sich entnehmen, dass die durchschnittlichen Kosten pro Klasse auf Kindergartenstufe 122 621 Franken und auf Primarstufe 148 110 Franken betragen. Zehn Gemeinden profitierten für den Kindergarten und fünf für die Primarschule vom Korrekturkoeffizienten.

2.1.4 Regionales Schulabkommen über die gegenseitige Aufnahme von Auszubildenden und Ausrichtung von Beiträgen

Am 12. Februar 2009 hat der Grosse Rat das Gesetz über den Beitritt des Kantons Freiburg zum Regionalen Schulabkommen über die gegenseitige Aufnahme von Auszubildenden und Ausrichtung von Beiträgen (RSA 2009) verabschiedet. Das neue Abkommen zwischen den Kantonen Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Bern, Freiburg, Luzern, Solothurn, Zürich und neu auch Wallis ersetzt das regionale Schulabkommen aus dem Jahr 2000. Es beschränkt sich künftig auf die Bildungswege der obligatorischen Schule und auf die allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe II.

In diesem Jahr zahlte der Kanton Freiburg Schulgelder in Höhe von insgesamt 5 214 665 (4 848 521) Franken für 275 (251) Schülerinnen und Schüler und Studierende. Die Zahl der Freiburger Studierenden, die in einem anderen Kanton eine Fachhochschule besuchen, ist von 135 auf 162 Studentinnen und Studenten gestiegen.

Gleichzeitig hat der Kanton für die Aufnahme von 126 (142) ausserkantonalen Schülerinnen und Schülern (Kindergarten, Primarschule, Orientierungsschule und Sekundarstufe II, allgemeine Richtung) 1 558 125 (1 768 754) Franken erhalten. Die anderen Schulen verbuchen die entsprechenden Einnahmen auf eigene Konti. 118 (118) dieser ausserkantonalen Personen stammen aus dem Kanton Bern.

2.2 Besondere Ereignisse

—

2.2.1 Arbeitszeitverkürzung des Lehrpersonals

Für das nicht den in der Verwaltung geltenden Arbeitszeiten unterstellte Lehrpersonal wurden Kompensationsmassnahmen getroffen, um die Gleichbehandlung mit dem Personal der Kantonsverwaltung, dessen Feriendauer erhöht worden ist, zu gewährleisten.

So wurde entschieden, die beiden Entlastungslektionen für das gesamte Lehrpersonal der Kindergartenklassen, der Primarschulen und der Orientierungsschulen, der Schulen auf der Sekundarstufe II, des Konservatoriums und der Berufsschulen statt mit 55 Jahren bereits mit dem vollendeten 50. Altersjahr zu gewähren.

Zudem wird dem Lehrpersonal, mit Ausnahme der Lehrpersonen an Schulen der Sekundarstufe II, nach dem vollendeten 15. Dienstjahr ein bezahlter zweiwöchiger Urlaub (10 Schultage) gewährt. Damit kann die Arbeitszeit der Lehrpersonen – über die gesamte berufliche Laufbahn betrachtet – derjenigen des Verwaltungspersonals angeglichen werden. Auch bleibt mit dieser Lösung die Gleichstellung der Lehrpersonen der verschiedenen Bildungsstufen gewahrt.

—
2009

2.2.2 Status des Lehrpersonals

Seit der Unterzeichnung der zwischen der Evangelisch-reformierten Kirche des Kantons Freiburg und dem Staat Freiburg abgeschlossenen Vereinbarung vom 30. Juni 2009 über die Erteilung des evangelisch-reformierten Religionsunterrichts in der obligatorischen Schule sind die Personen, die an der Orientierungsschule Religionsunterricht erteilen, nicht mehr der kantonalen Gesetzgebung über das Staatspersonal unterstellt. Sie werden künftig von ihrer Kirchgemeinde angestellt und entlohnt. Die Kirchgemeinden werden dafür vom Staat mit einem im Verhältnis zu den Wochenlektionen berechneten Pauschalbetrag abgegolten.

Das Amt hat ferner an der Erarbeitung der Verordnungen zur Regelung des Arbeitsverhältnisses der Lehrpersonen der vier Schulen, die der HES-SO//Fribourg angehören, sowie der PH mitgearbeitet. Daneben hat es sich an der Einführung des zweiten Kindergartenjahres, der Revision des Schulgesetzes und am Projekt für einheitliches elektronisches Schulverwaltungssystem (HarmAdminEcoles) beteiligt.

III. ÄMTER FÜR OBLIGATORISCHEN UNTERRICHT

1. Aufgaben

Die beiden Ämter für obligatorischen Unterricht, das deutsch- und das französischsprachige Amt, tragen die Verantwortung für den Unterricht, der sämtlichen Schülerinnen und Schülern des Kindergartens, der Primarschule und der Orientierungsschule erteilt wird. Ihnen zur Seite steht das Amt für Sonderpädagogik, das zuständig ist für Schülerinnen und Schüler, die aufgrund eines besonderen Bildungsbedarfs sonderpädagogischen Unterricht erhalten oder in den Genuss von verstärkten Unterstützungsmassnahmen kommen. Die drei Ämter decken sämtliche Einrichtungen der obligatorischen Schule ab, die zum Schuljahresbeginn im August 2009 einen Bestand von 36 136 (35 270) Schülerinnen und Schülern verzeichneten.

Die Ämter für obligatorischen Unterricht sind Dienstleistungserbringer und zugleich Qualitätsprüfer. Zur Erfüllung dieser doppelten Aufgabe können sie auf die Kader, Schulinspektorinnen und Schulinspektoren, Schuldirektorinnen und -direktoren der OS, Beraterinnen und Berater und pädagogischen Mitarbeitenden zählen, welche die berufliche Tätigkeit der etwa 3500 in der obligatorischen Schule angestellten Lehrpersonen sowie der rund 300 im sonderpädagogischen Bereich tätigen Lehrpersonen unterstützen. Die wichtigsten Dossiers, Arbeitsfelder oder be-

handelten Bereiche des Jahres 2009 werden in den Tätigkeitsberichten der einzelnen Stufen des obligatorischen Unterrichts erläutert; jene, die in den sonderpädagogischen Bereich fallen oder die Schuldienste betreffen, werden in einem separaten Abschnitt behandelt.

Vorsteher des Amts für französischsprachigen obligatorischen Unterricht (SEnOF): Léon Gurtner.

Vorsteher des Amts für deutschsprachigen obligatorischen Unterricht (DOA): Reto Furter.

Vorsteherin des Amts für Sonderpädagogik (SoA): Fouzia Rossier.

2. Tätigkeit

—

2.1 Allgemeines

—

2.1.1 Gemeinsame Themen der beiden Kantonsteile

Die beiden Ämter für obligatorischen Unterricht haben sich mit verschiedenen übergreifenden Themen gemeinsam befasst:

Kindergarten: Die Änderung des Schulgesetzes zur Einführung eines zweiten Kindergartenjahres ist am 1. August 2009 in Kraft getreten. Zum Schuljahresbeginn wurden somit über 40 Klassen für 1167 Kinder eröffnet, die sich in ihrem fünften Altersjahr befinden (523 französisch- und 644 deutschsprachige) und ihr erstes Kindergartenjahr besuchen. Eine erste, viertägige Weiterbildungsveranstaltung für die Klassenlehrpersonen der 1. und 2. Kindergartenklassen fand im Juli statt; im Schuljahr 2009/10 wird diese Weiterbildungsreihe an vier Mittwochnachmittagen weitergeführt. Die Gemeinden, die den Zweijahreskindergarten bisher noch nicht eingeführt hatten, wurden im Dezember erneut angefragt, ob sie dieses zusätzliche Kindergartenjahr bereits auf Beginn des Schuljahres 2010/11 einführen oder damit noch zuwarten wollen, wobei sie das 2. Kindergartenjahr spätestens auf den Schuljahresbeginn 2013/14 anbieten müssen. Aufgrund dieser Stellungnahmen können die Direktion, die operationelle Gruppe und die mit der Ausbildung beauftragte Arbeitsgruppe die kommenden Schuljahre vorbereiten.

Reform der Sonderpädagogik: Mitarbeit an der Erarbeitung des kantonalen Konzepts, Lancierung von Pilotprojekten.

Schulleitungen der Primarschulen: Weiterführung der – künftig in beiden Sprachregionen praktisch generellen – Einrichtung einer effizienten und operationellen Führungsstruktur, mit der die Qualität der Organisation und des Schulbetriebs verbessert werden soll. Die wichtigsten Aufgaben, welche die Schulleiterinnen und Schulleiter erfüllen, sind vielfältig und umfassen sämtliche Aspekte des Schullebens: die Kultur und das Klima an der Schule, die Qualität ihrer Informationsarbeit, das Bild, das die Schule

—
2009

nach aussen vermittelt, insbesondere die Beziehungen mit den örtlichen Behörden und dem Schulinspektorat, die Koordination der pädagogischen Tätigkeit, vor allem die Durchführung von pädagogischen Projekten, sowie die Unterstützung, welche die Schulleitung bei der Bewältigung von besonderen Situationen (Unterstützungsmassnahmen) oder schwierigen schulischen Situationen leistet. Die Ausbildung der Schulleiterinnen und Schulleiter, die in Deutschfreiburg bereits abgeschlossen ist, hat zu Schuljahresbeginn auch im französischsprachigen Kantonsteil begonnen und wird bis Herbst 2010 dauern. Unter der Leitung des Konsortiums «FORDIF», dem vier Westschweizer Hochschulen angehören, wurde im Auftrag der CIIP eine spezielle Zusatzausbildung für den Kanton Freiburg organisiert; 56 Schulleiterinnen und Schulleiter haben sich für diese Ausbildung eingeschrieben.

Sprachenunterricht: Nach den intensiven Vorarbeiten konnte das allgemeine Konzept für das Sprachenlernen fertiggestellt werden; neu wird auch die nachobligatorische Bildungsstufe einbezogen. Die Vorbereitung des Konzepts zur Einführung des Englischunterrichts in der Primarschule wurde mit den von den Regionalkonferenzen, der «Conférence intercantonale de l'instruction publique de Suisse romande et du Tessin» (CIIP) und der Nordwestschweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz (NW EDK; Projekt Passepartout) entwickelten Instrumenten abgestimmt. Mit Genehmigung des Staatsrats wurde von Februar bis Juni 2009 eine Vernehmlassung über diesen Entwurf des kantonalen Konzepts für den Sprachenunterricht durchgeführt. Nach der ausführlichen Analyse der 401 Antworten, welche die EKSD erhalten hat, wurde ein Bericht erstellt, der als Grundlage für die Ausarbeitung der Antworten auf die verschiedenen parlamentarischen Vorstösse (Motionen und Postulate) zur Partnersprache dienen wird. Knapp gefasst wurden die neun Verbesserungsvorschläge für den Sprachenunterricht und das Sprachenlernen, die im Konzept erläutert werden, von den konsultierten Partnern mehrheitlich gut aufgenommen.

Versuchsprojekt Schulgesundheit (PESS) – Schulversuche Gesundheit in der Schule: Nach dem Abschluss der Befragung zum Gesundheitszustand und -verhalten von über 3000 Freiburger Schüler/innen an den Projektschulen wurde der entsprechende Bericht der EKSD und der GSD vorgelegt. Gestützt auf die gesammelten Daten wurde ein Gesundheitskonzept für die Schule erarbeitet und im Frühjahr 2009 bei den direkt beteiligten Kreisen in die Vernehmlassung geschickt. Der überarbeitete und ergänzte Entwurf wird anschliessend dem Staatsrat unterbreitet, damit dieser eine breite Vernehmlassung genehmigt.

Massnahmenpaket für verhaltensauffällige Schüler/innen: Nach der Eröffnung von drei Relaisklassen, der Ernennung der Koordinatorin und der Unterstützung der schulinternen Massnahmen wurde der vierte Teil des Interventions- und Unterstützungsdispositiv für Notfälle realisiert. Es handelt sich um eine mobile

Einheit aus französisch- und deutschsprachigen Mitgliedern, die einerseits in Notfällen eingreifen und andererseits den Schulen bei der Suche nach geeigneten Lösungen helfen sollen (also eine Art Krisenstab).

Neue Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) im Unterricht: Weiterführung der Ausbildung der Lehrpersonen und Aufbau des pädagogischen Internetportals, auf dem die Unterrichts- und Lernressourcen online angeboten werden.

2.1.2 Französischsprachiger Kantonsteil

Zusätzlich zu den unter Ziffer 2.1.1 aufgeführten wurden im Jahr 2009 vor allem folgende Themen und Dossiers behandelt:

- › Einheitlicher Lehrplan für die Westschweiz (PER): Das Projektteam «EPRO» des PER, in dem jeder Westschweizer Kanton mit einer Person vertreten ist, hat sich mit den Anpassungen, die im Anschluss an die Vernehmlassung von 2008 beschlossen wurden, und den damit verbundenen Arbeiten befasst. Es hat vier 2-tägige Redaktionstagungen organisiert, an denen rund 100 Personen teilgenommen haben, darunter 14 aus dem Kanton Freiburg. Das Projektteam erstellte zudem für die CIIP ein Ausbildungs- und Informationskonzept für die Lehrpersonen im Hinblick auf die Einführung des PER.
- › Schaffung einer neuen Stelle (50%) für die pädagogische Mitarbeit an interkantonalen Arbeiten: Auswirkungen des HarmoS-Konkordats, insbesondere hinsichtlich der Bildungsstandards sowie verschiedener Elemente der Westschweizer Schulvereinbarung, so den Westschweizer Lehrplan und die auf Westschweizer Ebene vereinheitlichten Lehrmittel.
- › Beurteilungspraktiken: Die allgemeine Einführung des neuen Bezugsrahmens für die Beurteilung in der Schule ist abgeschlossen, das informatisierte Schulzeugnis wird nun in allen Stufen des Kindergartens, der Primarschule und der Orientierungsschule verwendet. Über das neue Konzept wurde eine Broschüre erstellt, um es den Eltern, den örtlichen Schulbehörden sowie allen interessierten Personen zu präsentieren. Diese Broschüre wurde an den zum Schuljahresbeginn durchgeführten Informationsveranstaltungen den Eltern der Schülerinnen und Schülern abgegeben.
- › Schulmediation: Die 25 Schulmediatorinnen und Schulmediatoren des jüngsten Ausbildungsjahrgangs haben ihre Ausbildung abgeschlossen und im September 2009 ihr Zertifikat erhalten. Derzeit sind im französischsprachigen Kantonsteil 28 Schulmediatorinnen und Schulmediatoren in den 13 OS und weitere 8 in den Primarschulen tätig. Ende August 2009 hat ein neuer Ausbildungsjahrgang begonnen, der im Juni 2011 abgeschlossen wird. 13 Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieses Ausbildungsjahrgangs stammen aus der Sekundarstufe I, 4 aus

—
2009

der allgemeinbildenden Sekundarstufe II und 8 aus der berufsbildenden Sekundarstufe II.

- › Individuelle Unterstützung und Begleitung von Lehrpersonen in beruflichen Erschöpfungssituationen: Diese Unterstützung, die hauptsächlich Konfliktlösungen, das Führen einer schwierigen Klasse und die Kontakte Schule-Familie betraf, wurde sowohl auf Primar- wie auf Orientierungsstufe angeboten. Im Jahr 2008/09 nutzten 54 Lehrpersonen dieses Angebot.
- › Westschweizer Ausbildung für Leiterinnen und Leiter von Bildungsinstitutionen (Konsortium bestehend aus vier Hochschulen: Formation en direction des institutions de formation - FORDIF): Ein Inspektor hat sich für den zweiten Zertifikatslehrgang (CAS) angemeldet und ein weiterer für den ersten Diplomelehrgang (DAS); Ausbildungsorte sind Lausanne und Genf.
- › Website: Aktualisierung und Ausbau der Website, Erweiterung der Informationen über das Amt, die Aufgaben und Zuständigkeiten seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Angabe der Kontaktdaten für alle Stufen der obligatorischen Schule: Kindergarten, Primarschule und Orientierungsschule.

2.1.3 Deutschfreiburg

Das Amt für den deutschsprachigen obligatorischen Unterricht (DOA) bearbeitete schwerpunktmässig folgende Themen:

- › Fertigstellung des allgemeinen Qualitätskonzepts mit seinen 14 Qualitätsbereichen und Beginn der Umsetzung eines Teils der Massnahmen aus den Qualitätsbereichen.
- › Herausgabe der Broschüre «Hausaufgaben» an alle Lehrpersonen und schulinterne Weiterbildungen im Rahmen der Einführung dieser Broschüre.
- › Abklärung, inwiefern das bestehende Übertrittsverfahren von der Primar- in die Orientierungsschule mit leichten Anpassungen verbessert werden könnte, unter anderem auf der Grundlage einer wissenschaftlichen Untersuchung und Beurteilung durch die Universität Freiburg.
- › Mitarbeit im Projekt «Lehrplan 21», der Erarbeitung eines neuen Lehrplans für alle Deutschschweizer Kantone.
- › Fortsetzung der Umsetzung des Projektes «Passepartout», einer Entwicklungskooperation der Kantone FR, VS, BE, SO, BS und BL. Das Projekt beinhaltet die Einführung und Verbesserung des Französischunterrichts ab der 3. und die Einführung des Englischunterrichts ab der 5. Klasse. Zudem soll mit diesem Projekt der Fremdsprachenunterricht generell weiter entwickelt werden.

› Betriebsstart des neuen Inspektorats für die Stufen Kindergarten und Primarschule mit Sitz in Tavers und damit Umsetzung folgender Neuerungen: gemeinsame Infrastruktur; Integration der Büros der pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter; Erweiterung der Inspektoratskreise von drei auf vier; Umwandlung des Stufeninspektorats Kindergarten in ein allgemeines Inspektorat für die Schuljahre 1-8 (2 Jahre Kindergarten, 6 Jahre Primarschule); Umwandlung des Fachinspektorats Hauswirtschaft/Technisches Gestalten textil in die Funktion einer pädagogischen Mitarbeit.

- › Umsetzung des neuen Konzepts zur Begabungsförderung.
- › Anstellung einer Ressourcenperson für die Orientierungsschule im Bereich «Weiterentwicklung Fremdsprachenunterricht».
- › Aus- und Weiterbildung von drei Schuldirektoren der Orientierungsschule, zwei Schulleiterinnen des Kindergartens und der Primarschule, vier Fachpersonen für den Fremdsprachenunterricht.
- › Beratungsstelle für die Lehrpersonen: Die psychologische Beraterin für die Lehrpersonen (30%-Stelle) war in folgenden Bereichen tätig: Einzelberatung, Coaching und Supervision für die Lehrpersonen und Schulleitungen. Zu den wichtigsten Themen zählten: Stressbewältigung und Zeitmanagement; persönliche Standortbestimmung; Konflikte mit Klassen, Schülerinnen und Schülern, Lehrpersonen und Eltern; Burnout und Burnout-Prävention; psychische Krankheiten; Teamentwicklung; Leitbildentwicklung in der Primarschule.
- › Fachstelle für Begabungsförderung: Die verantwortliche pädagogische Beraterin (20%-Stelle) unterstützte die Lehrpersonen beim Umgang mit Heterogenität in ihren Klassen. Sie führte in verschiedenen Schulen interne Weiterbildungsveranstaltungen durch. Zudem beriet sie zahlreiche Lehrpersonen bei Situationen, in denen Schülerinnen und Schüler eine zusätzliche Förderung benötigten.
- › Erneut führte das Amt zwei Klausurtagungen mit den Inspektorinnen, Inspektoren und Schuldirektoren der Orientierungsschule durch, um mit den Kadern wichtige schulische Fragen ausführlich und vertieft zu erörtern. Diesmal standen das Thema «Leadership» und die inhaltliche Bereinigung des allgemeinen Qualitätskonzepts im Mittelpunkt.

2009

2.1.4 Sonderpädagogik

Das Amt für Sonderpädagogik (SoA) befasste sich vorrangig mit folgenden Schwerpunktthemen:

- › Erstellen des Entwurfs für die Botschaft zum Beitritt des Kantons Freiburg zur Interkantonalen Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik.
- › Bildung einer Abklärungsstelle für die Bedürfnisse von Schülerinnen und Schülern mit einer Behinderung.
- › Verbesserung der administrativen Bearbeitung der Finanzierungsgesuche durch die Anstellung einer Verwaltungssachbearbeiterin mit Vollzeitpensum.
- › Begleitung der im Rahmen der Arbeiten zur Umsetzung der NFA lancierten Pilotprojekte, namentlich des Teamteaching-Projekts in Romont.
- › Begleitung des Integrationskonzepts durch die am Heilpädagogischen Institut der Universität Freiburg durchgeführte Forschung zum Integrationseffekt.
- › Koordination der Arbeitsgruppen im Rahmen der Erarbeitung des kantonalen Konzepts und Information über den Fortgang der Arbeiten.
- › Organisation der Weiterbildung der Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen in folgenden Bereichen: Ausdehnung des fritic-Konzepts auf die Lehrpersonen der Sonderschulen, Gewalt, interaktive Führung, Betriebsvisiten.

2.1.5 Schülerzahlen

Kindergarten

	Französischsprachiger Kantonsteil		Deutschfreiburg		Total	
	2008/09	2009/10	2008/09	2009/10	2008/09	2009/10
Anzahl Schüler/innen	2622	3146	1005	1522	3627	4668
Anzahl Klassen	157,3	180,5	60,5	81,3	217,8	261,8
Durchschnitt pro Klasse	16,67	17,43	16,61	18,72	16,65	17,83

Im französischsprachigen Kantonsteil hat die Zahl der Klassen um 23,2 (-1,2 im Schuljahr 2008/09) und die Zahl der Schüler/innen um 524 (-41) zugenommen. In Deutschfreiburg ist die Zahl der Klassen um 20,8 (+0) und diejenige der Schüler/innen um

517 (+26) gestiegen. Insgesamt ist also ein erheblicher Zuwachs – bei den Klassen um 44 (-1,2) und bei den Schüler/innen um 1041 (-15) – zu verzeichnen, der auf die Einführung des zweiten Kindergartenjahres zurückzuführen ist.

Primarschule

In den Regelklassen der Primarschule befanden sich zu Beginn des Schuljahrs 2009/10 19 607 (19 774) Schüler/innen, davon 14 865 (14 966) in den französischsprachigen Klassen und 4742 (4808) in den deutschsprachigen Klassen.

Im französischsprachigen Kantonsteil hat sich die Zahl der Klassen um 4 (+13,5) und die Zahl der Schüler/innen um 101 (+158) verringert. In Deutschfreiburg ist die Zahl der Klassen um 1,6 (-8) und diejenige der Schüler/innen um 66 (-117) gesunken. Insgesamt hat sich die Zahl der Klassen um 5,6 (5,5) und die Zahl der Schüler/innen um 167 (+41) verringert. Die durchschnittliche Schülerzahl pro Klasse beträgt 19,41 (19,46), mit den Kleinklassen 19,10 (19,09).

Verteilung der Schüler/innen

	Französischsprachige Klassen		Deutschsprachige Klassen		Total	
	2008/09	2009/10	2008/09	2009/10	2008/09	2009/10
1. Jahr	2512	2365	753	727	3265	3092
2. Jahr	2487	2553	801	773	3288	3326
3. Jahr	2423	2442	788	807	3211	3249
4. Jahr	2638	2493	782	784	3420	3277
5. Jahr	2467	2565	862	790	3329	3355
6. Jahr	2439	2447	822	861	3261	3308
Total	14 966	14 865	4808	4742	19 774	19 607
Anzahl Klassen	772	768	244	242,4	1016	1010,4
Durchschnitt pro Klasse	19,39	19,36	19,70	19,56	19,46	19,41

Zusätzlich zu den obigen Beständen sind noch die 265 (313) Schüler/innen der Kleinklassen zu erwähnen, davon 180 (232) in französischsprachigen Klassen und 85 (81) in deutschsprachigen Klassen.

Orientierungsschule

Im französischsprachigen Kantonsteil hat die Zahl der Klassen um 8 (+ 4,5), jene der Schüler/innen um 67 (+112) zugenommen. In Deutschfreiburg ist die Zahl der Klassen um 1 (+0) gestiegen, wohingegen sich diejenige der Schüler/innen um 42 (+13) verringert hat. Insgesamt verzeichnet man bei den Klassen eine Zunahme um 9 (+4,5) und bei den Schülerzahlen einen Zuwachs von 25 (+125).

2009

Klassenbestände nach OS-Schuljahr

	Französischsprachige Klassen		Deutschsprachige Klassen		Total	
	2008/09	2009/10	2008/09	2009/10	2008/09	2009/10
7. Jahr	2602	2583	991	889	3593	3472
8. Jahr	2621	2700	936	969	3557	3669
9. Jahr	2572	2579	960	987	3532	3566
Total	7795	7862	2887	2845	10 682	10 707
Anzahl Klassen	369,5	377,5	158	159	527,5	536,5
Durchschnitt pro Klasse	21,10	20,83	18,27	17,89	20,25	19,96

Durchschnittsbestand nach Abteilung

	Französischsprachige Klassen		Deutschsprachige Klassen	
	2008/09	2009/10	2008/09	2009/10
Progymn. Abt.	23,88	23,85	20,82	21,05
Allg. Abt.	22,89	22,75	21,55	20,85
Realabteilung	16,86	16,25	15,37	14,91
Werkklassen	9,83	9,64	8,35	8,22
Total	21,10	20,83	18,27	17,89

Schülerzahlen nach Abteilung (alle drei OS-Schuljahre)

	Französischsprachige Klassen				Deutschsprachige Klassen			
	2008/09		2009/10		2008/09		2009/10	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Progymn. Abt.	2961	37,99	2933	37,31	791	27,40	821	28,86
Allg. Abt.	3273	41,99	3299	41,96	1293	44,79	1250	43,94
Realabteilung	1332	17,09	1381	17,57	661	22,90	626	22,00
Werkklassen	172	2,21	188	2,39	142	4,92	148	5,20
Aufnahmeklasse	57	0,73	61	0,77	-	-	-	-
Total	7795	100	7862	100	2887	100	2845	100

Schüler im 10., 11. oder 12. Schuljahr

	Französischsprachige Klassen				Deutschsprachige Klassen			
	2008/09		2009/10		2008/09		2009/10	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
10. Jahr	647	8,30	630	8,01	160	5,54	168	5,90

2009

2.1.6 Einschulung fremdsprachiger Kinder

Diesbezüglich gab es im vergangenen Schuljahr keine nennenswerten Änderungen.

Die in den ersten drei Wochen der Sommerferien angebotenen Kurse für fremdsprachige Kinder wurden erweitert: So wurden 3 Kurse in Murten (ausschliesslich für Kindergartenkinder) organisiert, 3 weitere in Freiburg (2 für Primarschulkinder und 1 für OS-Schülerinnen und OS-Schüler) und 3 im Greyerzbezirk (gleiche Aufteilung). An dieser steigenden Nachfrage lässt sich klar erkennen, dass viele Eltern ein Interesse daran haben, dass ihre Kinder die Unterrichtssprache gut beherrschen und sich möglichst gut in ihr neues Umfeld integrieren.

Der ursprünglich von der Kommission für schulische Betreuung der Kinder von Migrantinnen und Migranten erarbeitete Leitfaden für Lehrpersonen, Bildungskader und Schulkommissionen wurde von der EKSD überarbeitet und wird den Instanzen, die sich mit dieser Thematik befassen, zur Genehmigung unterbreitet. Dieser Leitfaden soll den betreffenden Fachpersonen Lösungswege für Integrationsfragen aufzeigen, wobei ein einheitlicher Rahmen für den gesamten Kanton festgelegt wird.

In Deutschfreiburg fanden von Mitte bis Ende Juli erneut die Sommerkurse für fremdsprachige Kinder (SOKU) statt. Dieses Jahr wurden die Kurse in Düdingen durchgeführt und von insgesamt 55 Kindern besucht. Das von der Kantonalen Kommission für die Einschulung von Migrantenkinder (KKEMK) lancierte Projekt «Aufnahme der neuangekommenen Schüler/innen in die OS» wurde an der Orientierungsschule Murten bereits im dritten Jahr fortgesetzt. Dazu entstand die Dokumentation «Zum teilintegrativen Modell für fremdsprachige Kinder der Orientierungsschulen Gurmels, Kerzers und Murten GuKeMu». Die Arbeitsgruppe für die Schulung fremdsprachiger Kinder arbeitete an folgenden Themen: Sichtung und Erprobung neuer Materialien und Lehrmittel, speziell von Software für den Deutschunterricht für alle Stufen, vereinheitlichte Handhabung der Zeugnisse an der Orientierungsschule und Erstellung der Evaluationsberichte für fremdsprachige Schülerinnen und Schüler; Erarbeitung von Vorschlägen für die Umsetzung des Deutschunterrichts für Fremdsprachige auf allen Stufen. Für die Lehrpersonen, welche neu den Deutschunterricht für Fremdsprachige erteilen, fanden wiederum obligatorische Einstiegskurse und eine Weiterbildungsveranstaltung zum Thema «bibliomedia» statt.

2.2 Kindergarten, französischsprachiger Kantonsteil

2.2.1 Klassenbestände und Organisation

Zu Schuljahresbeginn 2009 zählte die Region Nord des französischsprachigen Teils des Kantons Freiburg 89 (78,8) Kindergar-

tenklassen, die Region Süd deren 91,5 (78,5), was ein Total von 180,5 (157,3) Klassen ergibt.

Aufgrund der Entscheide zur Einführung des zweiten Kindergartenjahres auf den Beginn des Schuljahres 2009/10 sind bei den Klasseneröffnungen erhebliche Änderungen zu verzeichnen. Insgesamt bieten 25 Schulkreise den neuen Zweijahreskindergarten an, davon 9 in der Region Süd und 14 in der Region Nord: Corminbœuf, Chésopelloz / Courcevaux, Murten, Meyriez, Greng, Montilier / Cressier-sur-Morat / Givisiez / Granges-Paccot / Grolley / La Sonnaz / Cugy, Vesin / Dompierre, Russy / Fétigny, Menières / Lully, Bollion, Châtillon, Seiry / Murist, Vuissens / St-Aubin, Vallon / Cottens / Neyruz / Prez-vers-Noréaz / Treyvaux / Auboranges, Chapelle, Ecublens, Rue / Billens, Hennens, Romont / Siviriez / St-Martin / Ursy / Remaufens / Riaz und Semsales. Einige von ihnen haben jedoch diese Neuerung bereits vorgezogen und das zweite Kindergartenjahr bereits vor einigen Jahren in Form von Pilotprojekten auf eigene Kosten angeboten. Eine Basisstufe mit Schülerinnen und Schülern der beiden Kindergartenklassen sowie der ersten und zweiten Primarklasse wird im fünften aufeinanderfolgenden Jahr in Barberêche/Bärfischen geführt.

2.2.2 Geografische Verteilung der Klassen

	2008/09	2009/10
Stadt Freiburg	16 Klassen 274 Schüler/innen	15 Klassen 267 Schüler/innen
Saane-Land	49,3 Klassen 823 Schüler/innen	56 Klassen 969 Schüler/innen
Broye	21 Klassen 340 Schüler/innen	26 Klassen 484 Schüler/innen
Glâne	16 Klassen 250 Schüler/innen	25 Klassen 434 Schüler/innen
Greyerz	32 Klassen 521 Schüler/innen	34 Klassen 582 Schüler/innen
See	9,5 Klassen 172 Schüler/innen	10 Klassen 163 Schüler/innen
Vivisbach	13,5 Klassen 242 Schüler/innen	14,5 Klassen 242 Schüler/innen
Total	157,3 Klassen 2622 Schüler/innen	180,5 Klassen 3146 Schüler/innen

2.2.3 Klasseneröffnungen und -schliessungen zu Schuljahresbeginn 2009

Es mussten 8,7 Klassen (erstes Kindergartenjahr) eröffnet werden: Villars-sur-Glâne (Cormanon) / Villars-sur-Glâne (Les Rochettes) / Corpataux, Magnedens, Rossens / Murist, Vuissens (0,2) / La Folliaz / Pont-en-Ogoz / Echarlens, Marsens / Gruyères / Courtepin, Wallenried (0,5) und Bossonnens.

Demgegenüber wurden 6,5 Klassen (1. Kindergartenjahr) geschlossen: Grolley (0,4) / Corminbœuf, Chésopelloz (0,4) / Ma-

—
2009

tran (0,5) / Fribourg (Jura) / Lully, Bollion, Châtillon, Seiry (0,2) / La Roche, Pont-la-Ville / Bulle (Condémine) / Bas-Intyamon, Grandvillard und Châtel-St-Denis.

Im Zuge der Einführung des zweiten Kindergartenjahres wurden 21 Klassen (Zweijahreskindergarten) eröffnet: Givisiez / Grolley / La Sonnaz / Cugy, Vesin / Fétigny, Menières (2) / Lully, Bollion, Châtillon, Seiry / St-Aubin, Vallon / Cottens / Neyruz / Auboranges, Chapelle, Ecublens, Rue / Billens, Hennens, Romont (5) / Sviriez (2) / Remaufens (0,5) / Riaz (2) und Semsales (0,5).

Zum Schuljahresbeginn 2009/10 gab es somit 23,2 (-1,2) Klassen mehr als im Vorjahr.

2.2.4 Schwerpunkt: Einführung des zweiten Kindergartenjahres

Nachdem im Grossen Rat am 6. September 2008 der Entscheid für die Einführung des zweiten Kindergartenjahres gefallen war, wurden zahlreiche Informationsveranstaltungen für Gemeinderäte, Schulkommissionen und Elternvereinigungen organisiert. An diesen Veranstaltungen wurden administrative und organisatorische Fragen angesprochen, aber auch pädagogische und soziale Aspekte der geplanten Einführung des zweiten Kindergartenjahres aufgezeigt.

Zur Vorbereitung der Umsetzung dieses Vorhabens setzte die EKSD eine Arbeitsgruppe bestehend aus Lehrperson des Kindergartens und der Kinderkrippen/Spielgruppen, Praxislehrpersonen, Vertreterinnen der PH-FR, pädagogischen Beraterinnen und Beratern ein, um ein Weiterbildungsprogramm für die von dieser Neuerung betroffenen Lehrpersonen zu erarbeiten. Dieses beinhaltet ein erstes viertägiges Weiterbildungsmodul im Sommer vor dem Beginn des Schuljahres sowie Weiterbildungsnachmittage während den beiden ersten Jahren der Einführung. Nach Abschluss dieser rund 50 Stunden umfassenden Weiterbildungstage werden die Lehrpersonen einen Fortbildungsnachweis erhalten. Dieses Weiterbildungsprogramm wird in den kommenden fünf Jahren regelmässig angeboten. Mit der Durchführung der Kurse wurde die Weiterbildungsstelle der PH-FR betraut, für den pädagogischen Inhalt ist das Amt für obligatorischen Unterricht verantwortlich.

Die wichtigste Themen der von 74 Lehrerinnen besuchten Weiterbildungsveranstaltung im Jahr 2009 waren: Zeitliche und räumliche Organisation bei einer altersgemischten, zweistufigen Klasse, Lernprozesse, Koedukation, Entwicklung vierjähriger Kinder und die berufliche Identität im Wandel. Schwerpunkte dieses Programms bildeten die Besonderheiten der Kindergartenpädagogik, die Bedeutung des Spielens in der affektiven und kognitiven Entwicklung des Kindes, die Herausforderungen dieser «ersten» Schule (darunter die ersten Schritte hin zur Kooperation und zum Leben in der Gemeinschaft). Ein von den Teilnehmerinnen

ausgefülltes Bewertungsschema wurde von der Weiterbildungsstelle ausgewertet und wird dazu dienen, die Kurse für die nächsten Bildungsmodule anzupassen.

Für die Begleitung und Betreuung der Kindergartenlehrpersonen sorgen die pädagogischen Beraterinnen und Berater.

2.2.5 Einschulung

Die Eltern von 138 (134) Schülern haben darum ersucht, den Schuleintritt ihrer Kinder in die Primarschule um ein Jahr aufzuschieben. Die Eltern von 75 (88) Kindern ersuchten hingegen um eine vorzeitige Einschulung.

2.2.6 Integration von Kindern mit Lernschwierigkeiten

Drei Sonderschullehrerinnen, die insgesamt 2,6 Vollzeitstellen belegen, arbeiten mit lernschwachen und verhaltensauffälligen Kindern. Sie betreuen diese in der Regel in der Klasse, und zwar während der ersten Primarstufe, damit die Betroffenen längerfristig begleitet werden oder um eine Klasse zu unterstützen, die durch das Verhalten von Schülerinnen und Schülern gestört wird. Ziel dieser besonderen Unterstützung ist es, den Lehrpersonen sowie den Schülerinnen und Schülern Beratung sowie eine professionelle Begleitung durch Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen anzubieten, welche die Klassen der ersten Stufe pädagogisch unterstützen. Sie wirken in dem pädagogischen Beraterinnen und Beratern geführten Netzwerk mit und arbeiten nach Bedarf mit anderen Partnern zusammen, die Kinder mit Entwicklungsschwierigkeiten betreuen.

2.2.7 Beziehungen Vorschule - Kindergarten

Die Spielgruppenleiterinnen und die Kindergartenlehrpersonen pflegten weiterhin ihre Zusammenarbeit, um Erfahrungen auszutauschen und Vorgehensweisen abzustimmen und so dafür zu sorgen, dass sich die für die ihnen anvertrauten Kinder erarbeiteten pädagogischen Projekt kohärent entwickeln. In besonderen Situationen arbeiten die Spielgruppenleiterinnen und Kindergartenlehrpersonen gemeinsam mit verschiedenen Stellen (Frühberatungsdienst, Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst, Ärzteschaft...) in dem von den pädagogischen Beraterinnen und Beratern organisierten Netzwerk «Passage de témoin» zusammen, damit der Übergang für die Kinder mit Entwicklungsschwierigkeiten und ihrer Familie möglichst optimal verläuft.

2.2.8 Sonderthema: Umwelt

Im Schuljahr 2008/09 wurde im Rahmen der obligatorischen Ausbildung für Lehrpersonen der ersten Stufe zusammen mit Fachpersonen der PH-FR und dem für diesen Bereich zuständigen pädagogischen Mitarbeiter ein besonderes Ausbildungsmodul zur Umwelt durchgeführt. In diesem Modul ging es darum,

2009

sich mit dem in den Kindergartenkassen und den 1. und 2. Primarklassen offiziell eingeführten Dokument «Kompetenzen im Bereich der Umwelterziehung» vertraut zu machen. Dazu sollten die Kindergarten- und Primarlehrpersonen gemeinsam Themen planen, die in einer Stufe partnerschaftlich behandelt und fortlaufend weiterentwickelt werden, wobei einige besondere Aspekte der nachhaltigen Entwicklung behandelt werden.

2.3 Kindergarten Deutschfreiburg

2.3.1 Allgemeines

Die Vorbereitungen für die Einführung des zweiten Kindergartenjahres waren das Hauptthema bei den Schulbehörden, den Schulleitungen, den Lehrpersonen und Eltern. Mit wenigen Ausnahmen fanden an allen Schulorten Elternabende zur Umsetzung des Zweijahreskindergartens statt. Mit der Eröffnung von 22 neuen Kindergartenklassen auf Schuljahr 2009/10 hingen wichtige Aufgaben zusammen: Rekrutierung der Lehrpersonen, Neugestaltung des Stundenplans, Einführung der Blockzeiten und Bereitstellung der Räumlichkeiten.

Das Projekt «Basisstufe / classe multi-âges» mit den drei Gemeinden Murten, Fräschels und Bärfischen wurde erfolgreich fortgesetzt.

15 (16) Kinder mit besonderen Bedürfnissen wurden in Regelkindergärten und in der Basisstufe integriert. Dabei erfolgte die Integration von 12 Kindern über das Schulheim Les Buissonnets. Die Verantwortung für die Integration von 3 weiteren Kindern wurde der EKSD übertragen. Zur Förderung und Unterstützung dieser Kinder arbeiteten 10 (11) Heilpädagoginnen in den Regelkindergärten mit. Für die drei über die EKSD in Regelkindergärten integrierten Kinder werden 0,36 Vollzeitstellen aufgewendet.

In 24 (22) Schulkreisen wurde zur besseren Eingliederung fremdsprachiger Kinder ein Zusatzunterricht «Deutsch für Fremdsprachige» angeboten. Im Schuljahr 2009/10 konnten 258 (181) Kinder des 1. und 2. Kindergartenjahres von diesem Angebot profitieren.

2.3.2 Klasseneröffnungen und -schliessungen

Im Zuge der Einführung des zweiten Kindergartenjahres wurden 21,8 (4) Klassen (Zweijahreskindergarten) eröffnet: Flamatt / JLS (Jeuss, Lurtigen, Salvenach) / Bösinggen / Ueberstorf / Tafers (1), ABGRU (Ried-Agriswil, Büchslen, Gempenach, Ulmiz) (1,8), Wünnewil / St. Antoni / Düdingen / Gurmels / Rechthalten / Plaffeien (2), Schmitten (3).

Demgegenüber wurden 0,3 Klassen (1. Kindergartenjahr) geschlossen: FOS-Freiburg (0,4).

Zum Schuljahresbeginn 2009/10 gab es somit 21,5 (0) Klassen mehr als im Vorjahr.

2.3.3 Geografische Verteilung der Klassen

	2008/09		2009/10	
Stadt				
Freiburg (dt.)	6,5 Klassen	101 Schüler/innen	6,2 Klassen	104 Schüler/innen
Sense	30 Klassen	486 Schüler/innen	47 Klassen	892 Schüler/innen
Greyerz (dt.)	1 Klasse	16 Schüler/innen	1 Klasse	20 Schüler/innen
See (dt.)	23 Klassen	402 Schüler/innen	27,1 Klassen	506 Schüler/innen
		1005		1522
Total	60,5 Klassen	Schüler/innen	81,3 Klassen	Schüler/innen

*die zwei Klassen des Projekts Basisstufe mitgezählt

Durchschnittlicher Klassenbestand im Schuljahr 2009/10: 18,72 (16,61) Kinder. Alle Kindergärten werden vollzeitlich geführt.

52 (39) Kindergartenklassen werden von 2 Lehrpersonen im Teilpensum geführt. (6) Kindergartenlehrpersonen haben in der Schulleitung eine leitende Funktion inne.

2.3.4 Weiterbildung

Als Vorbereitung auf das Unterrichten im Zweijahreskindergarten wurden alle Lehrpersonen des Kindergartens in den Sommerferien während vier Tagen weitergebildet. In Zusammenarbeit mit der Weiterbildungsstelle der Pädagogischen Hochschule Freiburg stellte das Inspektorat Kindergarten ein vielfältiges Kursprogramm zusammen. In Kursen wie Lernen in altersgemischten Klassen, Rhythmisieren des Unterrichtshalbtags, Gestalten der Spiel- und Lernumgebung wurden die Lehrpersonen in Theorie und Praxis auf die neuen Aufgaben vorbereitet. An vier weiteren Halbtagen im Verlauf des Schuljahres nehmen die Lehrpersonen an verbindlichen Weiterbildungskursen teil. Zudem enthält das Programm der Weiterbildungsstelle eine Reihe von spezifischen Kursen für das Unterrichten im Zweijahreskindergarten.

2.3.5 Einschulung

Die Eltern von 71 (113) Kindern wünschten, den Eintritt in die Schule um ein Jahr aufzuschieben. Dies betrifft 7,92% (12,17%) der Kinder, die im Jahre 2009 ins Schulalter kamen. Demgegenüber nahmen die Eltern von 23 (22) Kindern die Möglichkeit einer vorzeitigen Einschulung wahr.

2.3.6 Beschäftigungssituation

Durch die Eröffnung von 22 neuen Kindergartenklassen haben alle Abgängerinnen und Abgänger der Pädagogischen Hochschule Freiburg eine Anstellung gefunden. Es mussten auch Lehrpersonen aus anderen Kantonen angestellt werden.

2009

2.4 Kindergarten, französischsprachiger Kantonsteil

2.4.1 Geografische Verteilung der Klassen

	2008/09	2009/10		
Stadt Freiburg	85 Klassen	1505 Schüler/innen	83 Klassen	1440 Schüler/innen
Saane-Land	232,5 Klassen	4489 Schüler/innen	229 Klassen	4439 Schüler/innen
Broye	104 Klassen	2029 Schüler/innen	104 Klassen	2028 Schüler/innen
Glâne	81,5 Klassen	1583 Schüler/innen	79,5 Klassen	1565 Schüler/innen
Greyerz	164 Klassen	3322 Schüler/innen	165 Klassen	3283 Schüler/innen
See	41,5 Klassen	735 Schüler/innen	43,5 Klassen	786 Schüler/innen
Vivisbach	63,5 Klassen	1303 Schüler/innen	64 Klassen	1324 Schüler/innen
Total	772 Klassen	14 966 Schüler/innen	768 Klassen	14 865 Schüler/innen

2.4.2 Klasseneröffnungen und -schliessungen zu Schuljahresbeginn 2009

9,5 Klassen wurden eröffnet: Cottens (0,5) / Fribourg (Auge-Neuveville) / Chables, Cheyres, Font / Romont (0,5) / Ursy / Bulle (Condémine) / Vuadens / Misery, Courtion, Villarepos / Courtepin, Wallenried / Semsales (0,5) und Châtel-St-Denis.

Demgegenüber wurden 13,5 Klassen geschlossen: Villars-sur-Glâne (Les Rochettes) / Matran / Autigny, Chénens / Le Glèbe / Fribourg – Vignettaz (2) / Freiburg (Jura) / Cugy, Vesin / La Folliaz / Mézières, Berlens / Siviriez / Esmonts, Montet, Vuarmarens (0,5) / Bulle (La Léchère) und Bossonnens.

Zum Schuljahresbeginn 2009/10 gab es somit 4 (+ 13,5) Klassen weniger als im Vorjahr.

2.4.3 Schwerpunkte

2.4.3a Verwaltung und Leitung von Schulprojekten

In der Einführung des Schulleitungskonzepts zu Beginn des Schuljahrs ist eine weitere wichtige Etappe realisiert worden: Inzwischen verfügen mehr als 60 Schulkreise über eine Schulleiterin bzw. einen Schulleiter. Das im April 2008 von der Direktion ver-

öffentlichte allgemeine Orientierungspapier, das aufzeigt, wie die Schule ein besseres Erscheinungsbild erhalten und für eine klarere Führung und einen besseren Betrieb der Schule gesorgt werden soll, diente als Richtschnur für diese Umsetzung. Dieses Papier befasst sich vor allem mit den pädagogischen Aspekten (Verbesserung der Lehr- und Lernqualität), der Qualität der Kommunikation innerhalb der Schule sowie nach aussen, der Hilfe bei der Bewältigung schwieriger oder besonderer Schulsituationen und den materiellen Aspekten des Schulbetriebs. Die Schulleiterinnen und Schulleiter werden vom zuständigen Kreisinspektorat regelmässig zu einem Schulleitungstreffen einberufen.

Schulprojekte: Nach einer Versuchsphase, die auf dem in den vergangenen zehn Jahren erarbeiteten Konzept basiert, konnte im Jahr 2009 die Zahl der Schulprojekte erneut erhöht werden. Bisher wurden die Projekte von über 50 Schulen (von den insgesamt 94, die das Amt für französischsprachigen obligatorischen Unterricht betreut) genehmigt. Ein Mitglied des Lehrerkollegiums, oder eventuell die Schulleiterin oder der Schulleiter selber, übernimmt die Projektleitung und nimmt an den kantonalen Koordinationssitzungen und Netzwerktreffen teil.

2.4.3b Französischunterricht

Die Einführung des Lehrmittels «S'exprimer en français – Séquences didactiques pour l'oral et pour l'écrit» ist in allen Stufen abgeschlossen. Die pädagogischen Mitarbeitenden sowie die Ansprechpersonen bereiten verschiedene Projekte zur Integration der Informations- und Kommunikationstechnologien in den Unterricht vor und sorgen für deren Durchführung. Im Schuljahr 2009/10 wird der Schwerpunkt vor allem auf die ersten Primarschuljahre gelegt. Die Vorbereitungen für den Aufbau des pädagogischen Internetportals «friportal» werden weitergeführt.

Der Referenztext für das Lesen- und Schreibenlernen wurde offiziell eingeführt. Die dazu erstellte Broschüre «L'apprentissage du lire-écrire: un défi au quotidien» präsentiert die wesentlichen Elemente der unterschiedlichen Stufen des Lesen- und Schreibenlernens. Die Information/Ausbildung der Lehrpersonen soll in vier Etappen erfolgen, verteilt auf die Schuljahre 2009 bis 2011. Die bisher in den ersten Primarklassen durchgeführte Erprobung der neuen Lehrmittel für Lesen und Schreiben «Grindelire» und «Que d'histoires!», welche die CIIP im Juni 2007 verabschiedet hat, wird nun in rund zehn zweiten Primarklassen fortgesetzt. Der Versuch wird vom SENOF in Zusammenarbeit mit der PH begleitet und beaufsichtigt. Im Herbst 2009 wurde dem SENOF ein erster Zwischenbericht vorgelegt. Der definitive Entscheid für die oder das Lehrmittel soll im Herbst 2010 fallen.

Im Juni 2009 wurde in allen zweiten Primarklassen des Kantons erneut eine kantonale Französischprüfung durchgeführt. Die Auswertung der Ergebnisse zeigt, dass die meisten Schülerinnen und Schüler über gute Grundlagenkenntnisse im Lesen und Schreiben verfügen.

—
2009

7 bis 8% der Schülerinnen und Schüler erreichen jedoch nicht die erwarteten Mindestkompetenzen. Die Lehrpersonen widmen den betreffenden Kindern ein besonderes Augenmerk; so erhalten sie eine gezielte Unterstützung in Form von Nachhilfeunterricht sowie Hilfe durch die Schuldienste, wobei sich in einigen Fällen auch eine Verlängerung der Basisstufe aufdrängte. Die Ergebnisse dieser Prüfung wurden den Lehrpersonen im Herbst präsentiert.

2.4.3c Mathematikunterricht

Im Jahr 2009 hat sich die Gruppe Mathematikunterricht vor allem mit den schriftlichen Unterlagen befasst, die den Lehrpersonen bereitgestellt werden. Nebst der Erstellung der Vergleichsprüfungen für den Übertritt in die OS und der kantonalen Prüfungen am Ende der 4. Primarklasse hat eine Autorengruppe mit der Erarbeitung der Aufgabenblätter für die Drittklässlerinnen und Drittklässler begonnen. Diese Blätter setzen die Reihe der bereits für die Schülerinnen und Schüler der 5. und der 6. Klasse veröffentlichten Unterlagen fort.

2.4.3d Deutschunterricht

Die Einführung der neuen Westschweizer Lehrmittel EOLE (Education et Ouverture aux Langues Etrangères) hat während des ganzen Jahres angedauert; somit werden sämtliche Lehrpersonen der Kindergartenklassen bis zu den 6. Primarklassen Ende des Schuljahres 2009/10 ihre Weiterbildung abgeschlossen haben. Ab Beginn des Schuljahres 2010/11 wird EOLE, das bisher positiv aufgenommen wurde, verbindlich sein.

Das bereits an der OS verwendete Lehrmittel *Geni@l* ist zu Schuljahresbeginn in allen 6. Primarklassen eingeführt worden, dies nach einer entsprechenden Weiterbildung der Lehrpersonen der 5. und 6. Klassen. Ab diesem Jahr werden die Lehrmittel *Tamburin* in den 3. bis 5. Klassen verwendet und *Geni@l* in der 6. Primarklasse bis und mit der 3. OS-Klasse, womit ein sinnvoller Übergang von dem im letzten Primarschuljahr erteilten Unterricht und dem darauffolgenden in der OS gewährleistet wird.

2.4.3e Geografieunterricht sowie Mensch und Umwelt

Die Schülerinnen und Schüler der 4. Primarklassen arbeiten ab diesem Jahr mit einem neuen Geografielehrmittel (GEO-FR). Der erste Teil ist dem Tourismus und der Freizeit gewidmet und wurde in enger Zusammenarbeit mit dem deutschsprachigen Kantonsteil erarbeitet, der das neue Lehrmittel im kommenden Schuljahr einführen wird. Somit ist der Inhalt des Unterrichts für alle Freiburger Schülerinnen und Schüler praktisch identisch. Es handelt sich um die erste Broschüre einer sechsteiligen Reihe, die den gesamten Kanton und die wichtigsten Themen dieses Fachs abdecken soll. Die Lehrpersonen der 3. und 4. Primarklassen werden zur Einführung dieses neuen Lehrmittels zwei obligatorische Weiterbildungshalbtage absolvieren.

Auf kantonalen Ebene wurden verschiedene Aufgaben erfüllt: Begleitung der Einrichtung eines Lehrpfads in Zusammenarbeit mit den Lehrpersonen des Schulkreises von Flon, der Gemeinde und verschiedenen Partnern, Weiterbildungskurse zum Thema: Die Lehrstätte der Kiesgrube Ménières (Broye) erkunden. Ziele dieses Projekts: Ein besonderes Gebiet erkunden, sich mit den vorhandenen Unterrichtsmaterialien vertraut machen und Aktivitäten entwickeln, die auf den angestrebten Kompetenzen in den Natur- und Geisteswissenschaften sowie in anderen Fächern basieren.

Auf Westschweizer Ebene hat Freiburg in einer Expertengruppe der CIIP mitgearbeitet, welche die Aufgabe hatte, neue Geografielehrmittel in den 3. bis 6. Klassen zu bewerten. Zudem wurde der Ordner «Connaissance de l'environnement» für die 1. und 2. Klassen angepasst. Erwähnenswert ist ferner der Wettbewerb «Environnement et jeunesse», mit dem die Schülerinnen und Schüler der Westschweiz angeregt werden sollen, ein Projekt oder eine Arbeit zu einem wissenschaftlichen Thema vorzubereiten.

2.4.3f Geschichte

Wie bereits in den vorangegangenen Jahren meldeten sich zahlreiche Klassen für die angebotenen geschichtskundlichen Lernaktivitäten an. Das gewählte Jahresthema «Stadt» und die dem Bezirk Greyerz gewidmete Lektion fanden sehr grossen Anklang. Eine neue Lektion für die 4. Primarklassen mit dem Titel «Die Metallzeit» war ebenfalls stark gefragt. Bei Vallon wird hingegen eine weniger starke Nachfrage verzeichnet; hier wurde eine neue Aktivität «A table avec les Romains» erprobt.

2.4.4 Kleinklassen

Der französischsprachige Kantonsteil zählt 21 Kleinklassen, die von 180 Schülerinnen und Schülern besucht werden. 13 Kleinklassen befinden sich in der Region Nord: 1 in Belfaux-Autafond, 7 in Freiburg, 2 in Estavayer-le-Lac und 3 in Villars-sur-Glâne; die Region Süd hat deren 8, nämlich 1 in Marly, 2 in Romont, 1 in Châtel-St-Denis und 4 in Bulle. Zu Beginn des Schuljahres 2009/10 wurden in den 13 Kleinklassen der Region Nord 102 und in den 8 Klassen der Region Süd 78 Schülerinnen und Schüler betreut.

Zudem stehen für den Heilpädagogischen Stützunterricht (HSU), bei dem Schülerinnen und Schüler mit erheblichen Lernschwierigkeiten betreut werden, 42 Stellen zur Verfügung, 21,4 in der Region Nord und 20,6 in der Region Süd.

2.4.5 Aufnahmeklassen und Integrationsklassen

Zum Schuljahresbeginn 2009/10 verfügte die Region Nord über 7,2 Vollzeitstellen und die Region Süd über 5,2 Vollzeitstellen. Die Unterstützung fremdsprachiger Kinder wird bedarfsgerecht angeboten: Aufnahmeklassen, in denen die Schülerinnen und

—
2009

Schüler einen Teil des Jahres verbringen, bevor sie in eine Klasse integriert werden, oder Sprachintensivkurs einzeln oder in der Gruppe. Das Angebot kann während des Jahres variieren und der Situation der Schule und den Bedürfnissen der Kinder angepasst werden.

2.4.6 Konferenz der Schulinspektorinnen und -inspektoren

Im Schuljahr 2009 hielten die französischsprachigen Inspektorinnen und Inspektoren 20 Sitzungen ab, meist im Beisein des Amtsvorstehers oder seines Stellvertreters. Dabei wurden zahlreiche Themen behandelt, die sowohl die Leitung und die Verwaltung der Schule wie auch pädagogisch-didaktische Aspekte betreffen.

Zur Leitung und Verwaltung der Schule: Die Konferenz richtete in Zusammenarbeit mit dem Projekt HarmAdminEcoles, dem SEnOF und dem RA eine neue Software zur Aktualisierung der kantonalen Datenbank der Lehrpersonen, der verschiedenen Vertragsarten und der Klassen ein. Künftig befinden sich all diese Daten in einer einzigen Datei, die allen zugänglich ist (SEnOF, Regionen Nord und Süd, RA). Die Einführung des zweiten Kindergartenjahres und das Übertrittsverfahren von der Primarschule zur OS waren regelmässig Gegenstand von Diskussionen.

Daneben war die Konferenz mit der Einführung der Schulleitungen und der Durchführung von Schulprojekten beschäftigt, wobei sie sich besonders dem Amtsantritt von 60 neuen Schulleiterinnen und Schulleitern widmete. Diese befassten sich in der ersten Zeit vor allem mit Führungs-, Organisations- und Einrichtungsfragen und wandten sich dann den Schulprojekten zu. Dabei bestehen zwischen den Schulkreisen je nach den vorhandenen Strukturen erhebliche Unterschiede in der Arbeits- und Vorgehensweise. Besonders vorteilhaft erweisen sich diese für die Kohärenz in den Lehrteams, die Fortschritte in der Projektführung und eine bessere Effizienz in den Sitzungen. Bereits nach einem Jahr stellt man fest, dass die im Jahr 2008 generell eingeführten Inspektoratstreffen ein wirksames Kommunikationsinstrument darstellen.

Auf pädagogisch-didaktischer Ebene nahm die Konferenz an den Vernehmlassungen zum Sprachenkonzept und zum Lehrplan 21 teil. Auch beteiligte sie sich mit ihren Delegierten wie auch mit eigenen Beiträgen an den in der Westschweiz geführten Debatten über verschiedene Themen (Lehrmittel, Westschweizer Lehrplan...). Sie traf sich regelmässig mit den pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verschiedener Fächer (Mathematik, Französisch, L2, Musik), um sich mit ihnen über den aktuellen Stand der kantonalen Vergleichsprüfungen und die Fortschritte in den verschiedenen Arbeiten auf Westschweizer und kantonalen Ebene zu beraten. Zudem organisierte sie zusammen mit den betreffenden pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Klassenbesuche (Musik und L2). Daneben war sie, über ihre Autoren, an der Präsentation des neuen Geogra-

fielhrmittels GEO-FR für die französischsprachigen 3. und 4. Klassen und deutschsprachigen 4. und 5. Klassen beteiligt. Die Konferenz hatte ausserdem regelmässig mit dem Gesamtkonzept für die Sonderpädagogik und die Unterstützungsmassnahmen im Zusammenhang mit dem künftigen Freiburger Konzept (NFA) zu tun, zumal Delegierte der Konferenz an der Erarbeitung dieses Konzepts mitwirken. Auch befasste sich die Konferenz mit der Beurteilung und dem Schulzeugnis für die Schülerinnen und Schüler im Kindergarten; so war sie an der Erarbeitung der neuen Broschüre «L'évaluation du travail de l'élève» beteiligt, einer Informationsbroschüre für die Eltern, die in allen Kindergarten- und Primarklassen abgegeben wird.

Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern: Die Konferenz der Schulinspektorinnen und Schulinspektoren arbeitete mit der PH-FR zusammen, um im Bereich der Grundausbildung die praktischen Abschlussprüfungen zu regeln, Praktika zu organisieren und die Einführung einer Vereinbarung zwischen Studierenden und Praxislehrpersonen zu planen, in der die Erwartungen und die Bedürfnisse beider Partner genauer festgelegt werden sollen. Für Fragen im Zusammenhang mit der Weiterbildung traf sie sich mit der Verantwortlichen für die Begleitung der angehenden Lehrpersonen. Daneben beriet sich die Konferenz mit Vertreterinnen und Vertretern des Generalsekretariats der EKSD zur Frage der Verantwortlichkeit der Lehrpersonen bei Unfällen sowie zu den Schulkreiswechslern. Angesichts der in der Schweiz grassierenden Masern-Epidemie suchte der Kantonsarzt die Konferenz auf, um diesbezügliche Fragen zu erörtern.

Ferner besprach sich die Konferenz mit Vertreterinnen und Vertretern der Fachstelle fri-tic, wobei es um das pädagogische Portal ging, sowie mit dem Leiter der Kantonalen Lehrmittelverwaltung, um über verschiedene Lehrmittel zu sprechen. Gemeinsam mit der Verantwortlichen für Kinder mit Migrationshintergrund prüfte die Konferenz das Aufnahmeverfahren für diese Kinder und brachte Änderungsvorschläge vor. Auch lud sie die Koordinatorin der Massnahmen für verhaltensauffällige Schülerinnen und Schüler zu einem Meinungsaustausch über diese Thematik ein. Schliesslich nahmen die Mitglieder der Konferenz an mehreren Sitzungen mit Anton Strittmatter und den Verantwortlichen der Begleitgruppe für Schulprojekte teil. An diesen Sitzungen wurden Vorschläge zur Organisation der Freiburger Schule erarbeitet und dann dem SEnOF unterbreitet.

2.4.7 Schulmediation

Der Schulmediationsdienst besteht aus acht Personen für den Kindergarten und die Primarschule, die eng mit dem Team für allgemeine Erziehungsfragen zusammenarbeiten.

2009

2.4.8 Zusammenkünfte mit den Berufsverbänden

Die Direktorin der EKSD und die Verantwortlichen des SENOF nahmen an der Delegiertenversammlung der «Société Pédagogique Fribourgeoise Francophone» (SPFF) teil und trafen sich zweimal mit dem Vorstand dieser Vereinigung. Dabei wurden folgende Themen behandelt: Allgemeine Ausrichtung der schulischen Entwicklung (Wie wird die Schule im Jahr 2013 aussehen?), Organisation der Weiterbildungshalbtage jeweils am Mittwochnachmittag und des Übertrittsverfahrens in die OS, die jeweilige Rolle der Schulinspektor/innen und der Schulleiter/innen, Massnahmen zugunsten der Lehrpersonen zur Kompensation der verlängerten Feriendauer des Verwaltungspersonals, der allfällige Mangel an Lehrpersonen, die Weiterbildung für den Kindergarten, die Dispensen vom Turn- und Sportunterricht, die künftigen Lehrmittel für Lesen-Schreiben.

Das Amt für obligatorischen Unterricht traf sich mehrmals mit dem Vorstand der SPFF. In diesen Unterredungen ging es insbesondere um folgende Themen und Fragen: Organisation der Weiterbildungskurse am Mittwochnachmittag; Ausbildung in technischem und bildnerischem Gestalten; Einführung des zweiten Kindergartenjahres; Ergebnisse der Treffen mit den Schulleiterinnen und Schulleitern sowie deren Ausbildung und Pflichtenheft; Stellung der Lehrpersonen von Kleinklassen; Arbeitsverträge, insbesondere bei einer Pensenteilung; neuer Ansatz für den Französischunterricht in der 1. und 2. Klasse; die von den Schulinspektorinnen und Schulinspektoren in ihrem eigenen Kreis durchgeführten Projekte; die Dispensen für den Religions- und Bibelunterricht; Stellvertretungen und verschiedene administrative Fragen.

2.5 Primarschule Deutschfreiburg

2.5.1 Allgemeines

Die schrittweise Einführung des neuen zweisprachigen Geografielehrmittels GEO/FR für die 4. und 5. Klassen wurde umgesetzt. So erschien das erste von insgesamt sechs Heften mit dem Titel «Tourismus und Freizeit» im Kanton Freiburg. In den nächsten drei Jahren werden dann die restlichen Hefte zu folgenden Themen erscheinen: Landwirtschaft; Verkehr; der Saane entlang; Arbeit; Menschen. Dieses neue Lehrmittel zeichnet sich durch verschiedene didaktische Besonderheiten aus, so zum Beispiel die Betonung des ganzheitlichen Lernens mit starker Berücksichtigung der emotionalen, kognitiven und handelnden Dimension, die Betonung des selbstständigen Lernens auf unterschiedlichen Anspruchsniveaus, die Darstellung authentischer Inhalte und Themen. Eine herausragende Besonderheit liegt natürlich in der konsequenten Umsetzung der Zweisprachigkeit.

2.5.2 Geografische Verteilung der Klassen

	2008/09	2009/10
Stadt Freiburg (dt.)	28 Klassen	529 Schüler/innen
		2648 Schüler/innen
Sense	133 Klassen	33 Klassen
Greyerz (dt.)	3 Klassen	56 Schüler/innen
		1575 Schüler/innen
See (dt.)	80 Klassen	78,4 Klassen
		4808 Schüler/innen
Total	244 Klassen	242,4 Klassen
		1568 Schüler/innen
		4742 Schüler/innen

2.5.3 Sprachkurse, Stand am 1. September 2009

Schulkreis ABGRU (Agriswil, Büchslen, Gempnach, Ried, Ulmiz) 6/28; Alterswil 3/28; Bösinggen 5/28; Courtepin 9/28; Düdingen 21/28; Flamatt: 34/28; Freiburg 26/28; Galmiz 2/28; Giffers 8/28; Gurmels 12/28; Heitenried 2/28; Schulkreis JLS (Jeuss, Lurtigen, Salvenach) 1/28; Jaun 1/28; Kerzers 34/28; Murten 30/28; Plaffeien 2/28; Plasselb 7/28; Schmitten 7/28; St. Antoni 2/28; St. Ursen 2/28; Tifers 15/28; Wünnewil 5/28.

2.5.4 Weiterbildung für die Lehrpersonen

Die Lehrpersonen und die Schulleiterinnen und Schulleiter wurden erneut zu zahlreichen verbindlichen Kursen aufgeboden: Mathematik bauen und begreifen; Impulsnachmittag «Leseförderung an unserer Schule»; Einführung in das Europäische Sprachenportfolio 2; Einführung und Follow-up-Kurse für das neue Sprachlehrmittel «Die Sprachstarken» für die 2., 4. und 5. Primarklasse; Einführung in das neue Geografielehrmittel GEO/FR für die 4. und 5. Klasse; Neue Lernmedien im Unterricht des technischen Gestaltens; Einsteige- und Weiterbildungskurse für Lehrpersonen, die Deutsch für fremdsprachige Kinder unterrichten (Leseförderung und neues Lehrmittel Hoppla); Zusammenarbeit von Klassenlehrpersonen und Heilpädagoginnen in Klassen mit integrierten behinderten Kindern (Diagnostik und Intervention bei Unterrichtsstörungen und aggressivem Verhalten); Einführung in das neue Französischlehrmittel «Mille feuilles» für die 3. Klasse (Testklassen).

2.5.5 Konferenz der Schulinspektorinnen und Schulinspektoren

Die Konferenz der Schulinspektorinnen und Schulinspektoren Kindergarten/Primarschule hielt 16 Sitzungen ab, an denen meistens der Amtsvorsteher oder sein Stellvertreter teilnahmen. Die Konferenz hat sich mit folgenden Themen befasst: Deutsch-

2009

schweizer Lehrplan; Sprachenprojekt «Passepartout»; Erprobung des neuen Lehrmittels Französisch «Milles feuilles»; Leseförderung, Leistungsbeurteilung der Schülerinnen und Schüler; Umgang mit verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schülern; Überarbeitung Übertrittsverfahren PS-OS; Weiterbildung der Lehrpersonen KG/PS; Mitarbeitergespräche für Schulleiterinnen und Schulleiter; Aus- und Weiterbildung der Schulleiterinnen und Schulleiter; Beratungsangebot für Lehrerinnen und Lehrer.

Die Konferenz der Schulinspektorinnen und Schulinspektoren traf sich unter der Leitung des Amtsvorstehers und des Sonderschulinspektors mit der Konferenz der Schuldirektoren der Orientierungsschule zu einer gemeinsamen Informationsveranstaltung über den aktuellen Stand des Projektes «Neuorganisation Sonderpädagogik». Zudem informierten der Generalsekretär und die Vertreterin und der Vertreter des juristischen Dienstes über die interkantonale Zusammenarbeit und über Aspekte zu verschiedenen juristischen Fragen. Weiter nahm die Konferenz Koordinationsaufgaben wahr mit dem Amt für deutschsprachigen obligatorischen Unterricht, dem Amt für Ressourcen, der Konferenz der Schuldirektoren der Orientierungsschule, der Konferenz der französischsprachigen Schulinspektorinnen und Schulinspektoren, der Lehrmittelverwaltung, den Schuldiensten, der Pädagogischen Mitarbeiterin für die Integration der fremdsprachigen Schülerinnen und Schülern, der Pädagogischen Mitarbeiterin für Begabtenförderung, der PH und deren Weiterbildungsstelle und der Fachstelle fri-tic, dem Dienst für Familienplanung und Sexualinformation, dem Schulheim Les Buissonnets und der Sprachheilschule, dem Lehrerinnen- und Lehrerverband und dem Vorstand der Schulleiterinnen- und Schulleitervereinigung.

Schliesslich nahm die Konferenz an folgenden Vernehmlassungen teil: Lehrplan 21, Richtlinien betreffend Sicherheit im Sportunterricht in den Schulen; Kantonales Sprachenkonzept; Schulkalender 2010/11 – 2014/15; Bericht über die Schulbibliotheken und die kombinierten Schul- und Gemeindebibliotheken.

2.5.6 Kleinklassen

Im Schuljahr 2009/10 wurden 9 (10) Kleinklassen geführt: 3 in Düringen, 2 in Schmitten und 4 in Kerzers. Die sogenannte Einführungsklasse in Düringen, die auch lernbehinderte Schüler/innen betreut, gilt administrativ als Kleinklasse. In Schmitten wurden die Kleinklassen durch heilpädagogischen Stützunterricht ersetzt.

Das Angebot des Heilpädagogischen Stützunterricht (HSU) präsentiert sich wie folgt: 21,98 (21,29) Vollzeitstellen verteilt auf folgende Schulkreisen: ABGRU, Alterswil, Bösinggen, Brünisried, Cordast-Guschelmuth, Courtepin, Freiburg, FOS Freiburg, Giffers, Gurmels, Heitenried, Jaun, JLS, Liebistorf, Murten, Plaffeien, Plasselb, Rechthalten, St. Antoni, St. Silvester, St. Ursen, Schwarzssee, Tafers, Ueberstorf, Wünnewil.

2.6 Orientierungsschule, französischsprachiger Kantonsteil

2.6.1 Allgemeines

Die 13 französischsprachigen Orientierungsschulen verzeichneten zu Schuljahresbeginn 2009 erneut einen Zuwachs der Schülerzahl, nämlich 67 (+112) Schülerinnen und Schüler mehr als im Vorjahr. Die Zahl der Klassen stieg um 8 (+4,5).

2.6.2 Bestände nach OS

	2008/09	2009/10
Belluard	33 Klassen 671 Schüler/innen	33 Klassen 660 Schüler/innen
Bulle	39 Klassen 822 Schüler/innen	39 Klassen 782 Schüler/innen
Domdidier	18 Klassen 401 Schüler/innen	18 Klassen 378 Schüler/innen
Estavayer	32 Klassen 687 Schüler/innen	32 Klassen 692 Schüler/innen
Gibloux	18 Klassen 363 Schüler/innen	18 Klassen 375 Schüler/innen
Glane	42,5 Klassen 933 Schüler/innen	42 Klassen 914 Schüler/innen
Jolimont	34 Klassen 693 Schüler/innen	35 Klassen 721 Schüler/innen
La Tour/Jaun	39,5 Klassen 840 Schüler/innen	41,5 Klassen 903 Schüler/innen
Marly	26 Klassen 572 Schüler/innen	27 Klassen 578 Schüler/innen
Murten	9 Klassen 164 Schüler/innen	9 Klassen 169 Schüler/innen
Pérolles	26,5 Klassen 531 Schüler/innen	27 Klassen 508 Schüler/innen
Saane West	25 Klassen 503 Schüler/innen	26 Klassen 526 Schüler/innen
Vivisbach	27 Klassen 615 Schüler/innen	30 Klassen 656 Schüler/innen
		7795 Schüler/innen
Total OS	369,5 Klassen	377,5 Klassen

2009

2.6.3 Verteilung der Schüler/innen nach dem Übertrittsverfahren in die OS

Am Übertrittsverfahren nahmen 2494 (2498) Schülerinnen und Schüler teil, die sich nach Abschluss des Verfahrens wie folgt auf die verschiedenen Abteilungen der OS verteilen:

	Schüler/innen		in %	
	2007/08	2008/09	2007/08	2008/09
Progymnasiale Abteilung	895	857	35,83	34,36
Allgemeine Abteilung	1105	1111	44,24	44,55
Realabteilung	468	500	18,73	20,05
Wahl einer anderen Schule	30	26	1,20	1,04

2.6.4 Sprachklassen und -kurse für ausländische Schüler/innen

Zu Beginn des ersten Semesters des Schuljahres werden 5 (5) Aufnahmeklassen mit 61 (57) Schüler/innen geführt, und zwar in der OS Belluard, Bulle, Jolimont (2) und Péroilles. In den übrigen Schulen bilden die anderssprachigen Schülerinnen und Schüler keine eigenen Klassen, erhalten aber Stützunterricht, insbesondere für Französisch.

2.6.5 Schwerpunkte

Für das Fach Französisch hat sich die kantonale Kommission voll auf die Vernehmlassung zum Westschweizer Lehrplan (PER) konzentriert. Daneben hat sie sich mit den von der CIIP empfohlenen Grammatiklehrbüchern befasst, die gleichzeitig mit dem Lehrplan eingeführt werden.

Beim Sprachenunterricht, sowohl für Deutsch wie auch für Englisch, stand vor allem die Entwicklung der Unterrichtsqualität im Vordergrund. Dazu fanden auf kantonaler Ebene wie auch in den Schulen regelmässige Treffen unter den Sprachlehrpersonen statt; so wurde der Austausch zwischen den Lehrpersonen für Deutsch und jenen für Englisch gefördert. Das derzeit in der Orientierungsschule verwendete Deutsch-Lehrmittel *Geni@l* wurde zu Beginn des Schuljahres 2009/10 in den 6. Primarklassen eingeführt. Ab Januar 2009 haben sämtliche Lehrpersonen der 5. und 6. Primarklassen an einer Ausbildung teilgenommen, bei der die Fachverantwortlichen für Deutsch an der OS eine zentrale Rolle übernahmen. Ergänzt wurde diese Ausbildung, wie bereits im vergangenen Jahr, mit einem Besuch einer OS, um dort eine Lektion in einer 1. OS-Klasse mitzuverfolgen.

Geschichte-Geografie: Für Lehrpersonen der 1. OS-Klassen wurde eine Unterrichtssequenz zur *La naissance de la Suisse* (Entstehung der Schweiz) auf dem Internetportal *friportal* aufgeschaltet

sowie in gedruckter Form bereitgestellt. In Verbindung mit dem Geschichts-Geografie-Programm der 3. OS-Klassen wurden den Schulen Lehrmaterialien zum Tourismus aus Sicht der nachhaltigen Entwicklung angeboten. Diese Materialien eignen sich für einen multidisziplinären Ansatz und betreffen somit mehrere Fächer, die auf dem Stundentafel stehen: nebst Geschichte und Geografie auch Einführung in die Wirtschaft, Staatsbürgerschaft/Politik, Ethik sowie Hauswirtschaft. Sie können auf der Website *fristoria.ch* in elektronischer Form heruntergeladen werden.

Religion/Ethik: Es wurden 10 Lernmodule erarbeitet, die als Grundlage für den Lehrplan des dritten OS-Jahres dienen; diese wurden den Lehrpersonen zunächst in elektronischer Form, dann ab Beginn des Schuljahres 2009/10 auch in Form eines Ordners zur Verfügung gestellt.

Hausaufgaben: Die Hausaufgaben wurden an den OS zum Schwerpunktthema des Schuljahres 2009/10 gewählt. Je nach den Bedürfnissen und den verfügbaren Ressourcen werden die OS den Schülerinnen und Schülern, die mit den Hausaufgaben Mühe haben, verschiedene Hilfen anbieten. Für die Lehrpersonen, die diese Hausaufgabenhilfen anbieten, wurde eine entsprechende Weiterbildung organisiert.

Fach Mathematik: Im Frühjahr 2009 führte das Institut für Forschung und Dokumentation IRDP im Auftrag der Westschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz CIIP bei den Westschweizer Lehrpersonen eine breite Umfrage über die Verwendung der neuen Lehrmittel und deren Auswirkungen auf die Praxis der Anwenderinnen und Anwender durch. Die ersten Ergebnisse dieser Untersuchung sollen im Laufe des Jahres 2010 veröffentlicht werden. Im Zuge der Entwicklung dieser Lehrmittel sind ab Schuljahresbeginn 2011 erhebliche Änderungen für die Schülerinnen und Schüler des 1. OS-Jahres geplant. Vorläufig wurde die Neuausgabe 2009 mit zusätzlichen Aktivitäten erweitert; das neugestaltete Merkblatt erleichtert die Anwendung.

Fächer Informatik und Maschinenschreiben: Um eine bessere Begleitung der Schülerinnen und Schüler in der 1. und 2. OS-Klassen zu ermöglichen, wurde das Zeugnis informatisiert, so dass die Lehrpersonen die Kompetenzen künftig leichter bescheinigen können. Für den Informatikkurs der 1. OS-Klassen wurden auf *educanet2* neue Materialien online bereitgestellt.

Für die Verwaltung der Dateien «Schüler/innen», «Klassen», «Fächer» und «Personal» an den verschiedenen OS wurde eine 3. Version entwickelt, die von Macrogram angeboten wird. Diese Software erlaubt es beispielsweise, Noten und Beurteilungen einzufügen, eine Absenz oder eine Sanktion/Strafe zu erfassen, Formulare zu verwenden, Klassen zu bilden, Optionen zu wählen, Sortier- und Speicherparameter festzulegen, womit sich die Arbeit der Lehrpersonen und der Schuldirektion erheblich verbessern lässt.

2009

Die im Zuge des Sparprogramms von 1993 gestrichene 3. Lektion Turnen und Sport ist zu Beginn des Schuljahres auch in den verbleibenden 2 Orientierungsschulen für die 2. OS-Klassen wieder eingeführt worden, die 11 übrigen OS hatten diese Umstellung bereits zu Schuljahresbeginn 2008 vollzogen. Dabei wurde in keinem Fach die Stundendotation verringert, da die 3. Lektion Turnen und Sport zur bestehenden Stundentafel hinzugefügt worden ist; diese umfasst somit in der 2. OS-Klasse 34 Wochenlektionen.

2.6.6 Direktorenkonferenz

Die Konferenz der OS-Direktorinnen und -Direktoren (OSDK) hielt im Jahr 2009 23 Sitzungen ab und behandelte in enger Zusammenarbeit mit dem Amtsvorsteher, der OS-Inspektorin und den pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern folgende Dossiers: Verbesserung des neuen Schulzeugnisses, interne Massnahmen für verhaltensauffällige Schüler/innen und Einrichtung der Mobilen Einheit, Begleitung der Praktika für die Lehrerinnen- und Lehrerbildung, Vernehmlassung zum Westschweizer Lehrplan (PER), Dossier HarmoS, Schul- und Berufsberatung, «Spitzensport-Konzept», Sonderpädagogik und NFA, Entwurf für eine Verordnung zur Änderung des StPR und des Reglements über die Arbeitszeit des Staatspersonals, kantonales Sprachenkonzept, neuer Schulkalender, Aufnahmeklassen, Sicherheitsmassnahmen im Schulsport.

Im pädagogischen Bereich wurde nebst der üblichen Arbeiten in Zusammenhang mit den verschiedenen Fächern, die an der OS unterrichtet werden (Anpassung des Deutsch-Lehrplans, neues Lehrmittel für Französisch sowie für die Hauswirtschaft, Verbesserung des Informatik-Zeugnisses, Ausbildung der Lehrpersonen für Musik, Unterricht in Ethik und Religion), das Augenmerk auf einen der Schwerpunkte des Schuljahres 2009/10 gelegt: die persönliche Arbeit der Schülerinnen und Schüler und ihre Hausaufgaben.

Die Direktorenkonferenz traf sich mehrmals mit der Konferenz der französischsprachigen Inspektorinnen und Inspektoren (CIR), dem Generalsekretär der EKSD und den beiden juristischen Beratern, der Vorsteherin des Amtes für Ressourcen, dem Kantonsarzt und seinem Stellvertreter, den Vertreterinnen und Vertretern der Fachstelle fri-tic und der Vereinigung REPER, dem Direktor der Kantonalen Lehrmittelverwaltung, den Verantwortlichen für die Lehrerinnen- und Lehrerbildung an der Universität, den pädagogischen Mitarbeitenden verschiedener Fächer, darunter auch für Turnen und Sport, der Koordinatorin der Massnahmen für die Betreuung verhaltensauffälliger Schülerinnen und Schüler sowie mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Jugendbrigade der Kantonspolizei.

2.6.7 Zusammenkünfte mit den Berufsverbänden

Die Verantwortlichen des SEnOF, insbesondere die Amtsvorsteher, trafen sich regelmässig mit dem Präsidenten der AMCOFF, um folgende Themen zu besprechen: Mathematikunterricht an

der OS, besondere Situation von Schülerinnen und Schülern in der Integration, Ausweitung der Massnahmen zur Begleitung von verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schülern, Arbeitszeit und neue diesbezügliche Bestimmungen, Modalitäten zur Regelung der Lernstunden, Aufsicht während den Mittagszeiten, Entwicklungen bei den interkantonalen Arbeiten (Westschweizer Schulvereinbarung und HarmoS-Konkordat) und ihre Auswirkungen auf die französischsprachigen Orientierungsschulen.

2.7 Orientierungsschule Deutschfreiburg

2.7.1 Allgemeines

Die neue Organisationsform der verbindlichen Weiterbildung wurde umgesetzt. So fand der zweite Teil der fünfteiligen Reihe zur Unterrichtsentwicklung statt, zu den Themen «Variabilität im Unterricht» und «selbstständiges Lernen». Ausserdem besuchten die Lehrpersonen der Werkklassen einen Spezialkurs im Bereich der Mathematik und die Informatiklehrpersonen den neuen Einführungskurs für den Informatikunterricht im 7. Schuljahr.

An jeder Orientierungsschule wurde ein Konzept zur Schülerbeurteilung entwickelt, und zwar bereits als eine der zahlreichen Massnahmen aus dem allgemeinen Qualitätskonzept (vgl. Ziffer 2.1.3).

Erstmals wurde ergänzend zu den Vergleichsarbeiten im Fach Mathematik auch eine kantonale Vergleichsarbeit im Fach Englisch durchgeführt.

Die Einführung des Europäischen Sprachenportfolios (ESP II) wurde abgeschlossen.

Mit der OS Murten wurde nach der Evaluation der OS Gurmels und der OS Düdingen eine dritte Schule extern evaluiert. Es ist geplant, künftig pro Schuljahr zwei Schulen einer externen Evaluation zu unterziehen.

2.7.2 Bestände der einzelnen Schulen

		2008/09	2009/10
Stadt Freiburg (dt)	20 Klassen	375 Schüler/innen	368 Schüler/innen
Düdingen	24 Klassen	469 Schüler/innen	457 Schüler/innen
Plaffeien	22 Klassen	396 Schüler/innen	402 Schüler/innen
Tafers	23 Klassen	436 Schüler/innen	429 Schüler/innen
Wünnewil	18 Klassen	306 Schüler/innen	306 Schüler/innen
Gurmels	11 Klassen	199 Schüler/innen	194 Schüler/innen

2009

	2008/09		2009/10	
Kerzers	17 Klassen	296 Schüler/ innen	18 Klassen	288 Schüler/ innen
Murten	23 Klassen	410 Schüler/ innen	23 Klassen	401 Schüler/ innen
Total OS	158 Klassen	2887 Schüler/ innen	159 Klassen	2845 Schüler/ innen

Das Übertrittsverfahren verlief gleich wie im Vorjahr: Der Entscheid über die Zuweisung in eine Abteilung basiert auf der Empfehlung der Klassenlehrperson der Primarschule und auf einer Vergleichsprüfung in den Fächern Deutsch und Mathematik. Beim Entscheid wird ergänzend dazu die Meinung der Eltern berücksichtigt.

2.7.3 Integration fremdsprachiger Schüler/innen

An der OS Murten wurde das Projekt «Aufnahme der neuangekommenen Schüler/innen in die OS» (GuKeMu), das von der Kantonalen Kommission für die Einschulung von Migrantenkinder (KKEMK) 2006 lanciert worden war, im dritten Jahr fortgesetzt. Alle neuankommenden fremdsprachigen Schülerinnen und Schüler besuchen einen Sprachkurs Deutsch in einer zentralen Aufnahmeklasse an der Orientierungsschule Murten. Die übrige Zeit verbringen sie in einer Regelklassen an ihrer Schule, entweder in Murten, Kerzers oder Gurmels. Dieses Modell ermöglicht den fremdsprachigen Jugendlichen von Beginn weg eine gute Integration am Schulort. Die bisherigen Erfahrungen mit dem neuen Modell fielen durchwegs positiv aus. Das Modell wurde evaluiert und seine definitive Einführung beschlossen.

2.7.4 Direktorenkonferenz Deutschfreiburg

Die Mitglieder der Direktorenkonferenz versammelten sich zu 18 ordentlichen Sitzungen. In der Regel waren der Amtsvorsteher oder sein Stellvertreter und der OS-Inspektor anwesend. Nebst vielen anderen Themen hat sich die Konferenz auch bei ihrer eigenen Arbeitsorganisation neue Ziele gesteckt und umgesetzt. Für spezifische Fragen wurden mehrere Fachleute in die Konferenz eingeladen. Beispielsweise zu den Themen Case Management, Massnahmen für verhaltensauffällige Jugendliche, Neuorganisation der Sonderschulung, Zusammenarbeit mit dem Lehrmittelverlag, Informationsfluss zwischen dem Amt für Ressourcen und der Direktorenkonferenz, Zusammenarbeit mit der Fachstelle fritic, Einblick in die Relaisklassen. Ausserdem wurde die Konferenz vom Generalsekretär und den beiden juristischen Beratern besucht. An verschiedenen ganztägigen Anlässen konnten wichtige thematische und stufenübergreifende Fragen angegangen werden. Die Konferenz war zudem in zahlreichen Arbeitsgruppen und Kommissionen vertreten und nahm an mehreren Vernehmlassungen teil.

Weitere Arbeitsschwerpunkte waren: Zusammenarbeit der SDK mit der AGU OS und den Fachgruppen; externe Evaluation; Arbeit und Weiterbildung im Qualitätsbereich «administrative und pädagogische Schulführung»; Austausch zur Unterrichtsqualität und Umgang mit Lernergebnissen; Diskussionen zum neuen Ferienplan; Projekt «Passepartout»; Schnittstellen Orientierungsschule-Schulen der Sekundarstufe II; Krisenkonzepte.

2.8 Sonderpädagogik und Schuldienste

2.8.1 Allgemeines

Das Amt für Sonderpädagogik (SoA) zählt 4 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zu den 10 bisherigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kamen eine Verwaltungssachbearbeiterin und 3 pädagogische Beraterinnen hinzu, 2 französischsprachige und 1 deutschsprachige; insgesamt ergibt dies 9,1 Vollzeitstellen.

Das Amt führte die Koordination der Arbeiten im Zuge der Reform der Sonderpädagogik weiter, die von 14 Unterarbeitsgruppen unter der Leitung der Arbeitsgruppe ausgeführt werden. Drei dieser Unterarbeitsgruppen – Koordination der Unterstützungsmassnahmen, Frühberatung und Berufsberatung – haben ihren Schlussbericht vorgelegt

Das Personal der Sonderschulen und der Schuldienste sowie deren Leitung sind weiterhin an den Arbeiten beteiligt. Dazu wurden in beiden Sprachregionen des Kantons Informationsveranstaltungen durchgeführt. Das zweisprachige Internetportal über die Reform der Sonderpädagogik (resonfr.ch) wird regelmässig auf den neuesten Stand gebracht. Die Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport hat sich mit der Freiburger Verband Dyslexie (Association Fribourgeoise des Parents d'Enfants dyslexiques) getroffen und eine Vereinbarung mit der Freiburger Sektion des Schweizerischen Verbands der Psychomotoriktherapeutinnen und -therapeuten unterzeichnet. Das SoA führte zudem seine Zusammenarbeit mit der Vereinigung der Kinderärztinnen und Kinderärzte des Kantons Freiburg fort; so fanden ein Treffen und ein Kurs zum Thema der Früherkennung von Autismus statt.

2.8.2 Statistische Angaben zur Sonderpädagogik

	franz. Kantonsteil		Deutschfreiburg		Insgesamt	
	2008/09	2009/10	2008/09	2009/10	2008/09	2009/10
Anzahl Schüler/innen	744	754	130	135	874	889
Anzahl Klassen	105	104	19	20	124	124
Durchschnitt Schüler/Klasse	7,09	7,25	6,85	6,75	7,1	7,17

—
2009

Die Sonderschulen des Kantons bieten 752 (752) Plätze in Sonderklassen. Sie sind überbelegt, da 889 Schüler/innen – also 18,2% mehr als die verfügbaren Plätze – sonderpädagogisch betreut werden

Kinder aus Freiburg, die in anderen Kantonen betreut werden:

- > Deutschfreiburg: 37 (36) davon 35 im Kanton BE, 1 in OW, 1 in BL
- > Franz. Kantonsteil: 19 (21) davon 18 im Kanton VD, 1 in NE

Kinder aus anderen Kantonen, die im Kanton Freiburg eingeschult sind:

- > Deutschfreiburg 1 (1) 1 Kind aus dem Kanton BE
- > Franz. Kantonsteil 34 (47) 24 Kinder aus dem Kanton VD; 4 aus NE; 4 aus BE; und 2 aus GE

Die Sonderschulen (einschliesslich Integrationsdienst) verfügen insgesamt über 405,23 (397,31) Vollzeitstellen, davon 335,93 für den französischsprachigen Kantonsteil und 69,30 für Deutschfreiburg. Der Frühberatungsdienst, der sich für Kinder im Vorschulalter engagiert, ist mit 23,64 Vollzeitstellen ausgestattet.

Derzeit laufen verschiedene Projekte für den gemeinsamen Regel- und Sonderschulunterricht.

2.8.3 Lehrpersonen

Der Lehrkörper der Sonderschulen umfasst insgesamt 311 Lehrpersonen, die sich 183,73 (183,6) Vollzeitstellen teilen, 256 (267) französischsprachige Lehrpersonen für 152,88 (165,27) Vollzeitstellen und 55 (32) deutschsprachige Lehrpersonen für 30,85 (22,03) Vollzeitstellen. Trotz der Komplexität der Fälle, die eine zunehmend individuellere Betreuung erfordert, ist der Personalbestand gleich geblieben. Die sprachliche Verteilung wurde im Jahr 2009 korrigiert. Die Lehrpersonen der französisch- und der deutschsprachigen Integrationsdienste sind in diesen Zahlen nicht berücksichtigt.

2.8.4 Klasseneröffnungen und -schliessungen

Der französischsprachige Kantonsteil zählt 104 Klassen. Im Rahmen der Reform der Sonderpädagogik werden ein Team-Teaching-Projekt und ein Projekt zur sprachlichen Integration durchgeführt, die beide vom Heilpädagogischen Institut der Universität evaluiert werden.

In Deutschfreiburg ist die Zahl der Klassen um 1 gestiegen.

Die Übersichtstabelle 2009/10 zeigt, dass die Zahl der sonderpädagogisch betreuten Schülerinnen und Schüler insgesamt um 15 Kinder gestiegen ist.

2.8.5 Integration in die Regelklasse

204 (195) Kinder mit einem Entwicklungsdefizit besuchen eine Regelklasse. Sie werden vom Integrationsdienst des «Centre éducatif et scolaire de la Glâne» (CesG) betreut, bei dem 55 (51) Lehrpersonen beschäftigt sind, die sich 41,18 (37,31) volle Stellen teilen. Im französischsprachigen Kantonsteil sind zudem 20 sinnesbehinderte und 8 sprachbehinderte Kinder in eine Regelklasse integriert.

Das Institut St. Joseph sorgt für die pädagogische Unterstützung der betroffenen Kinder.

Die sieben französischsprachigen sehbehinderten und blinden Kinder, die in der Regelklasse integriert sind, werden von Sonderschullehrerinnen des «Centre pour handicapés de la vue» (CPHV) in Lausanne betreut.

In den französischsprachigen OS betreut das CesG dieses Jahr 28 Schülerinnen und Schüler.

In Deutschfreiburg erhalten 58 (56) Kinder und Jugendliche im Rahmen des kantonalen Integrationskonzepts eine Betreuung durch das Schulheim Les Buissonnets: 12 (10) im Kindergarten, 35 (33) in der Primarschule und 11 (13) in der Orientierungsschule. 23 (21) Lehrpersonen, die sich 12,31 Vollzeitstellen teilen, sind für die Integrationsmassnahmen durch das Schulheim Les Buissonnets tätig.

Daneben werden auch einige Kinder mit einer anderen Behinderung oder einer Verhaltensstörung integriert unterrichtet und durch das Amt für Sonderpädagogik betreut: 11 (6) im Kindergarten, 18 (14) in der Primarschule, 11 (13) in der Kleinklasse und 7 (4) in der Orientierungsschule.

2.8.6 Schuldienste

—

2.8.6a Personal

55 (56) Psychologinnen und Psychologen auf 31,77 (31) volle Stellen. 83 (84) Logopädinnen und Logopäden auf 52,12 (51,75) volle Stellen. 25 (26) Psychomotoriktherapeutinnen und -therapeuten auf 13,16 (12,45) volle Stellen.

2.8.6b Schulpsychologischer Dienst

Die betreuten Schüler/innen verteilen sich wie folgt auf die Bezirke:

See 13,37% (12,48%), Sense: 10,32% (10,99%), Saane: 10,32% (10,42%), Broye: 10,21% (10,06%), Glâne-Vivisbach: 7,33% (6,76%), Greyerz: 6,92% (5,97%).

2009

Von den 3293 (3211) betreuten Kindern sind 1927 (1882) oder 58,5% (58,6%) Knaben und 1336 (1329) oder 41,5% (41,4%) Mädchen. Bezogen auf die Gesamtzahl der Schulkinder ergibt das bei den Knaben einen Anteil von 11,07% (10,88%) und bei den Mädchen einen solchen von 7,82% (7,91%).

Während des Jahres wurden 166 (182) Beobachtungen und 55 (95) Interventionen in der Klasse sowie 25 (35) Kriseninterventionen durchgeführt.

Abgeklärt, behandelt und/oder begleitet wurden 3293 (3211) Kinder und Jugendliche; das ergibt einen Anteil von 9,43% (9,46%) aller Schüler/innen der Kindergärten, Primarschulen, Kleinklassen und Orientierungsschulen.

Im französischsprachigen Kantonsteil wurden 2319 (2212) Schüler/innen oder 8,90% (8,79%) untersucht, in Deutschfreiburg 974 (999) Schüler/innen oder 10,99% (11,38%). Die Schüler/innen, welche die Dienste in Anspruch nahmen, verteilen sich anteilmässig wie folgt auf die einzelnen Schulstufen: Kleinklassen: 34,82% (35,16%), Kindergarten: 13,23% (12,3%), Primarschule: 10,52% (10,34%), OS: 5,31% (5%); Progymnasium: 2,34% (2,23%), allgemeine Abteilung: 4,86% (4,65%), Realabteilung: 8,68% (9,44%), Klein- und Aufnahmeklassen: 22,91% (15,92%).

67,42% (62,48%) der betreuten Schülerinnen und Schüler wurden von Lehrpersonen angemeldet, 21,93% (24,86%) durch die Eltern, 4,72% (6,96%) durch Logopädinnen oder Logopäden und die restlichen durch Ärztinnen oder Ärzte und andere Stellen. 65 (23) Schüler/innen nahmen selber mit den schulpsychologischen Diensten Kontakt auf. Die Anmeldegründe liegen in den Problemfeldern «Lernen und Leisten» 58,23% (58,05%), «Verhalten und Umfeld» 48,26% (47,18%) oder «Eigene Persönlichkeit» 34,72% (6,38%), wobei auch Kombinationen dieser Kategorien als Anmeldegrund möglich sind.

Schulische Massnahmen wurden in 20,87% (20,52%) der Fälle, pädagogische/heilpädagogische in 20,34% (19,53%) der Fälle empfohlen. Häufiger wurden jedoch andere Massnahmen angeboten wie Beratung und Begleitung 36,99% (32,54%), Beratung der Lehrperson oder der Familie (systemische Familientherapie) 28,60% (26,72%) und psychologische Unterstützung 44,53% (45,25%). In 5,68% (6,42%) der Fälle waren keine Massnahmen erforderlich.

60,40% der Anmeldungen betreffen neue Fälle, 24,50% werden seit einem Jahr betreut und in 4,10% aller Fälle dauert die Behandlung mindestens vier Jahre. 63,91% der Fälle erforderten eine Intervention von 1 bis 10 Stunden. Für 10,40% der Kinder dauerte die Betreuung länger als 20 Stunden.

2.8.6c Logopädischer Dienst

Kantonsteil	Anzahl Kinder	% der Gesamt-schülerzahl	Knaben	Mädchen
Französischer Teil	2034 (1981)	7,81	1207	827
Deutsch-freiburg	1129 (1176)	12,74	711	418
Total	3163 (3157)	9,07	1918	1245

Verteilung nach Schulstufe:

	franzö-sisch	deutsch	Total	%
Vorkindergarten	32	49	81	-
Kindergarten	366	261	627	17,29
Primarschule	1448	659	2107	10,66
Kleinklasse	59	66	125	39,94
Orientierungsschule	129	94	223	1,94
Total	2034	1129	3163	9,07

Kinder in Behandlung während des Schuljahres

Saane	1080
Saane (ohne Stadt)	753
Stadt Freiburg	327
Broye	213
Glane	201
Greyerz (davon 13 deutschsprachige Kinder)	413
See (Französisch)	121
See (Deutsch)	343
Sense	697
Vivisbach	95
Total	3163

2009

Im Rahmen der verstärkten Massnahmen übernommene Behandlungen

Franz. Kantonsteil (1163)	1132 oder 72,85%
Deutschfreiburg (432)	422 oder 27,15%
Total (1595)	1554 oder 49,13%

2.8.6d Psychomotoriktherapie

Im Schuljahr 2008/09 wurden im Kanton insgesamt 742 Kinder psychomotorisch betreut.

Franz. Kantonsteil	591 (557) Kinder, 151 Mädchen und 440 Knaben, insgesamt 2,27% der Gesamtschülerzahl
Deutschfreiburg	151 (150) Kinder, 33 Mädchen und 118 Knaben, insgesamt 1,71% der Gesamtschülerzahl
Total	742 (707) Kinder oder 2,13% (2,08%) der Gesamtschülerzahl

Verteilung nach Schulstufe

	franzö- sisch	deutsch	Total	%
Vorkindergarten	12	0	12	-
Kindergarten	143	49	192	5,29
Primarschule	418	101	519	2,62
Kleinklasse	12	0	12	3,83
Orientierungsschule	6	1	7	0,06
Total	591	151	742	2,13

Verteilung nach Bezirk

	Mädchen	Knaben	Total
Stadt Freiburg (französisch)	14	38	52
Stadt Freiburg (deutsch)	5	10	15
Saane (französisch, ohne Stadt)	38	129	167
Broye	18	61	79
Glane	38	79	117
Greyerz	13	51	64
See (französisch)	11	24	35

	Mädchen	Knaben	Total
See (deutsch)	17	52	69
Sense	11	56	67
Vivisbach	19	58	77
Total	184	558	742

Die Zahlen des Schuljahres 2008/09 zeigen, dass die Anmeldungen in Deutschfreiburg konstant sind (+1), im französischsprachigen Kantonsteil hingegen zugenommen haben (+34). Insgesamt haben in diesem Jahr 742 Schüler/innen die Psychomotorikdienste in Anspruch genommen, das sind 2,13% der Gesamtschülerzahl – 591 französischsprachige und 151 deutschsprachige Kinder. Die Verteilung nach Geschlecht ergibt 75,20% Knaben und 24,80% Mädchen.

85,85% der Anmeldungen und der Behandlungen betrafen Kinder vom Kindergarten bis zur 3. Klasse.

67,9% der Anmeldungen erfolgten durch Lehrpersonen, die übrigen durch Psychologen (10,2%), Eltern (9,3%), Logopädinnen (7,4%) und andere Fachpersonen (5,2%). Die Analyse der Situationen nach den Gesprächen, den klinischen Beobachtungen oder Psychomotoriktests führte zu einer Beratung (39,5%), einer Behandlung (53,2%) oder hatte keine speziellen Konsequenzen (7,3%). Bei den Behandlungen steht die Einzeltherapie im Vordergrund, gelegentlich werden die Kinder auch in Gruppen betreut. Die Therapiedauer ist recht unterschiedlich: in 96,3% aller Fälle beträgt sie 6 Monate bis 2 Jahre.

Im kantonalen Mittel entfällt eine Stelle auf 2651 Schulkinder. 25 Psychomotoriktherapeutinnen und -therapeuten teilen sich insgesamt 13,16 Vollzeitstellen (+0,71).

2.9 Schüleraustausch

2.9.1 Allgemeines

Prägendes Ereignis im Jahr 2009 war die Teilnahme am Forum der Berufe - START im Januar in Freiburg mit den Partnern Intermundo, dem Bundesamt für Migration und der Lehrwerkstätte. Aus dieser Aktion wurde eine sehr positive Bilanz gezogen. Daher ist bereits vorgesehen, im Jahr 2011 erneut an der Ausstellung teilzunehmen, sofern die Partner ebenfalls mitmachen.

Der Koordinator hat wiederum während des ganzen Jahres eine intensive Informationskampagne mit Konferenzen und Vorstellungen der Austauschprogramme geführt.

Im Rahmen der Einführung und Organisation des Programms EA 8–9 (Klassenaustausche) fand im September 2009 in Bern das 1. Bilanzseminar statt und erbrachte den erwarteten Erfolg.

2009

Das Internetportal www.bucoli.ch wurde 2009 von ungefähr 6000 Interessenten besucht. Die Website wird derzeit überarbeitet und soll dann in das offizielle Internetportal des Kantons Freiburg integriert werden. Sie wird vermutlich im Laufe des Jahres 2010 aufgeschaltet.

2.9.2 Zehntes partnersprachliches Schuljahr (ZPS)

Die Teilnehmerzahl für das Schuljahr 2008/09 betrug 186 Schülerinnen und Schüler; im Schuljahr 2009/10 wurden 181 Schülerinnen und Schüler platziert. Es war also eine leichte Abnahme zu verzeichnen. Das Verhältnis Deutschsprachige (55 im Jahr 2008/09 und 64 im Jahr 2009/10) gegenüber Französischsprachigen (131 im Jahr 2008/09 und 117 im Jahr 2009/10) ist immer noch nicht ausgeglichen. Die Zuteilung bereitet daher organisatorisch weiterhin gewisse Probleme. Im Jahr 2008/09 haben 26 Schüler/innen und im Jahr 28 Schüler/innen einen gegenseitigen Austausch (Variante 2) gewählt.

2.9.3 Schüler-/Klassenaustausche (SAKA)

Die der Koordination angemeldeten Klassenaustausche erreichten im Schuljahr 2008/09 praktisch den gleichen Stand wie 2007/08. Für den ganzen Kanton hat die Koordination insgesamt, alle Schulstufen zusammengenommen, 29 Klassen und 2 individuelle Austausche auf Stufe S2 registriert (1 Klassen und 2 individuelle im Schuljahr 2008/09). Die französischsprachigen Klassen waren dabei in der Mehrheit: 18 für den französischen Teil gegenüber insgesamt 11 für Deutschfreiburg.

Diesbezüglich ist aber anzumerken, dass die Zahl der Klassenaustausche sicherlich noch höher ist, da ja ein Teil der Austausche direkt von Schule zu Schule ohne Anmeldung bei der Koordination realisiert wird.

2.9.4 Ferieneinzelaustausch (FEA)

Mit 65 (77 im Jahr 2008) platzierten französischsprachigen Schülerinnen und Schülern, wovon 1 fürs Tessin, und mit 11 (30 im Jahr 2008) platzierten deutschsprachigen Schülerinnen und Schülern, wovon 2 fürs Tessin, stellte die Koordination bei der Nachfrage einen Rückgang fest. Insgesamt haben bei diesem Programm im Jahr 2009 78 deutsch- und französischsprachige Freiburgerinnen und Freiburger mitgemacht (im Jahr 2008 waren es 107). Die Französischsprachigen bilden immer noch die Mehrheit.

Die rückläufige Teilnehmerzahl ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Anmeldungen zwingend auf elektronischem Weg erfolgen mussten (nicht mehr in Papierform), was den an einer Teilnahme interessierten Schülerinnen und Schülern Probleme bereitete. Das System wies einige Schwächen auf, was zur Folge hatte, dass sich ein Teil der Schülerinnen und Schüler nicht anmelden konnte. Das elektronische System wird nun überarbeitet

und für die Ausgabe 2010 einfacher und effizienter gemacht. Das neue elektronische Anmeldesystem für Schülerinnen und Schüler via Internet wurde für das Schuljahr 2008/09 eingerichtet. Es wird von ch Jugendaustausch in Solothurn verwaltet.

2.9.5 Klassenaustausch, Stufe 8 - 9 (EA 8-9)

Im Frühjahr 2008 wurde ein neues Klassenaustauschprogramm (EA 8-9) aufgenommen, das von der NW EDK und der CIIP/SR+TI gemeinsam getragen wird. Der Koordinator für Schüleraustausch des Kantons Freiburg fungiert als Projektleiter EA 8-9 für die CIIP/SR+TI. Im ersten Jahr, 2008/09, nahmen 10 Klassen daran teil. Die betreffenden Kantone stellen 1 Klasse zur Verfügung, die zweisprachigen Kantone 2 Klassen. Im September 2009 wurden in Bern das 1. Bilanzseminar und das 2. Einführungsseminar durchgeführt; beide Aktionen liefen erfolgreich über die Bühne. Der 2. Austauschjahrgang 2009/10 umfasst 16 Klassen und funktioniert nach dem gleichen Prinzip wie im Jahr 2008/09.

IV. SEKUNDARSTUFE II

1. Aufgaben

Das Amt für Unterricht der Sekundarstufe II (S2) ist zuständig für die administrative und pädagogische Leitung der gymnasialen Maturitäts-Ausbildungsgänge, der Fachmittelschulen und der Vollzeit-Handelsschulen. Genauer gesagt beaufsichtigt es:

- > die Unterrichtsorganisation und die Pädagogik im Unterricht;
- > die allgemeine und finanzielle Verwaltung;
- > die Anstellung und die Weiterbildung der Lehrpersonen;
- > den Bau und den Unterhalt der Gebäude;
- > die kantonale und interkantonale Koordination.

Folgende Schulen bieten diese Ausbildungen an: die Kollegien St. Michael, Heilig Kreuz und Gambach in Freiburg, das Kollegium des Südens in Bulle und die Fachmittelschule Freiburg. Zudem verwaltet das S2 gemeinsam mit der Direktion der Gymnasien des Kantons Waadt das Interkantonale Gymnasium der Region Broye (GYB) in Payerne.

Amtsvorsteher: Nicolas Renevey.

—
2009**2. Tätigkeit****2.1 Schülerzahlen**

Der Bestand der Schülerinnen und Schüler der kantonalen Schulen der Sekundarstufe II präsentierte sich im Herbst 2009 wie folgt:

	Knaben		Mädchen		Total (Schüler/innen, Klassen, Mittel)					
	2008/09	2009/10	2008/09	2009/10	2008/09		2009/10			
fr.	1393 = 41,31%	1377 = 41,49%	1979 = 58,69%	1942 = 58,51%	3372	155	21,75	3319	160	20,74
dt.	496 = 38,72%	514 = 37,57%	785 = 61,28%	854 = 62,43%	1281	57	22,47	1368	57	24,00
Total	1889 = 40,60%	1891 = 40,35%	2764 = 59,40%	2796 = 59,65%	4653	212	21,95	4687	217	21,60

Dazu kommen noch die 23 Studierenden (1 Klasse), die den Vorbereitungskurs Fachrichtung Gesundheit an der FMSF besuchen und die 485 (450) Freiburger Schülerinnen und Schüler, die das GYB besuchen.

Der Schülerbestand an den Schulen der Sekundarstufe II ist im Vergleich zum Schuljahresbeginn 2008 leicht angestiegen (+1,3%), was ausschliesslich auf den Zuwachs am GYB und vor allem am Kollegium des Südens zurückzuführen ist. An den Schulen der Stadt Freiburg sind die Schülerzahlen hingegen leicht abnehmend, wobei allerdings der Anteil Deutschsprechender zugenommen hat. Diese Feststellung hat jedoch keine grosse Aussagekraft, da die Schülerinnen und Schüler der Bilingue-Klassen meistens in der deutschsprachigen Abteilung mitgezählt werden. Der Anteil der Mädchen blieb stabil: 61% gegenüber 39% Knaben.

2.2 Unterricht**2.2.1 Gymnasiale Maturität**

Dieser Bildungsgang wird in den vier kantonalen Kollegien und im GYB angeboten. Die im Juni 2007 vom Bundesrat und von der Schweizerischen Konferenz der Erziehungsdirektorinnen und Erziehungsdirektoren (EDK) eingeleitete Teilrevision der Maturität ist nun für die drei ersten Stufen abgeschlossen. Nur die Matura-Abschlussklassen beenden ihr Studium noch nach den bisherigen Vorschriften.

2.2.2 Fachmittelschule

Dieser Bildungsgang wird an der Fachmittelschule Freiburg (FMSF), am Kollegium des Südens und am GYB angeboten. Abgeschlossen wird diese Schule nach drei Jahren mit einem Fachmittelschulabschluss im Bereich Gesundheit oder im sozialerzieherischen Bereich. Die Einführung der Fachmaturität ist für den Schuljahresbeginn 2010 vorgesehen. Dann kann, nach einem

zusätzlichen Jahr, die Ausbildung mit einem Fachmaturitätsausweis im Berufsfeld Gesundheit, soziale Arbeit oder Pädagogik abgeschlossen werden.

2.2.3 Vollzeit-Handelsschule

Diese Ausbildung wird in den Kollegien Gambach und des Südens sowie im GYB angeboten und mit dem Handelsdiplom und/oder der Kaufmännischen Berufsmatura (KBM) abgeschlossen.

Das BBT hat die Reform «Zukunft der Handelsschulen» eingeleitet. Sie soll die berufliche Praxis an den Vollzeit-Handelsschulen fördern. Nach Abschluss werden die Schulen dann berechtigt sein, einen eidgenössischen Fähigkeitsausweis (EFA) als Kauffrau/Kaufmann und einen kaufmännischen Berufsmaturitätsausweis (KBM) auszustellen. Die Umsetzung in unserem Kanton ist auf den Schuljahresbeginn 2011 geplant.

2.2.4 Zweisprachige Angebote

Das Interesse am vielfältigen Immersionsangebot besteht weiterhin; insgesamt 394 (461) Schülerinnen und Schüler absolvieren ein zweisprachiges Programm. Sie verteilen sich auf 18 (19) zweisprachige Klassen, nutzen aber auch die übrigen Angebote mit totaler oder teilweiser Immersion. 2009 wurden 109 (73) eidgenössisch anerkannte Maturitätsausweise mit Vermerk «zweisprachig» ausgestellt.

2.2.5 3. Sportlektion

Seit dem Schuljahresbeginn 2009 ist die 3. Sportlektion in allen Klassen an allen Schulen der Sekundarstufe II eingeführt, ausser am Kollegium Gambach und an der FMSF. Hier wird dies erst nach der Fertigstellung der neuen Sportanlagen möglich sein. An diesen beiden Schulen können Schülerinnen und Schüler, die dies möchten, eine dritte Sportstunde als Wahlfach belegen.

—
2009

2.3 Konferenzen und Kommissionen

2.3.1 Rektorenkonferenz der kantonalen Kollegien

Diese Konferenz vereinigt die Rektorinnen und Rektoren der Kollegien sowie die Direktoren der FMSF und des GYB unter dem Präsidium des Amtsvorstehers der Sekundarstufe II. Die Rektorinnen und Rektoren der Kollegien treffen sich daneben unter der Leitung eines Rektors regelmässig zu fachlichen Sitzungen. Neben den laufenden Geschäften zur administrativen und pädagogischen Leitung der Schulen beschäftigte sich die Konferenz mit folgenden Themen: Technische Ausstattung der Klassenzimmer für den Gebrauch der IKT im Unterricht; Vernehmlassungsverfahren zur Teilrevision der Maturität; Unterrichtsstrategie für Fremdsprachen auf Stufe S2.

2.3.2 Schulkommissionen

Jede Schulkommission führt während des Schuljahres im Schnitt zwei Sitzungen durch und erörtert dabei u. a. die Voranschläge, die Aufnahmekapazitäten und die Ausstattung der Schulzimmer.

2.3.3 Informatik

Die Kantonale Kommission für Informatik an den Schulen der Sekundarstufe II (KKI) hat ihre auf zwei Unterkommissionen aufgeteilten Arbeiten weitergeführt. Die Unterkommission, die sich mit der Technik befasst, erstellt das Inventar des Materials, bereitet Budgetvorschläge vor und koordiniert die Abläufe der Netzwerkverwaltung und den Erwerb sowie den Unterhalt der Ausstattungen. Die pädagogische Unterkommission hat ihre Abklärungen über die Weiterentwicklung des Informatikunterrichts an den Schulen der Sekundarstufe II fortgesetzt. Die Kantonale Kommission für Informatik im Unterrichtswesen (KK-IU), der auch der Amtsvorsteher angehört, übermittlelt der Finanzdirektion die analysierten Budgetvorschläge.

Die Fachstelle fri-tic hat die Ausbildung der Lehrpersonen der Sekundarstufe II für den pädagogischen Einsatz der Informations- und Kommunikationstechniken fortgesetzt. Sie sorgt auch für die Ausbildung der dafür zuständigen Ansprechpersonen.

Die Sekundarstufe II ist am Projekt HarmAdminEcoles (Projet d'harmonisation des systèmes d'informations pour la gestion, l'environnement administratif des écoles) und an der Einführung eines zentralen Informatiksupports für die Schulen der S2 (CME) beteiligt und arbeitet dazu mit dem ITA zusammen.

2.3.4 Prüfungen

Die für die Maturitätsausweise, die Handelsdiplome und KBM zuständige kantonale Prüfungskommission hat die erforderlichen Voraussetzungen für einen reibungslosen Ablauf der Prüfungssession 2009 geschaffen. Der Präsident der Prüfungskommission

der FMSF und der neue Präsident der Prüfungskommission des GYB haben bei diesen Arbeiten mitgewirkt.

2.3.5 Schüleraustausch

Die Zusammenarbeit zwischen den Ämtern für obligatorischen Unterricht, dem Amt für Unterricht der Sekundarstufe II und der Koordinationsstelle für Sprachaustausch erleichtert den gegenseitigen Austausch von Informationen sowie eine allfällige Anpassung der Bedingungen für die Schülerinnen und Schüler und die Eltern, damit der Aufenthalt möglichst optimal abläuft.

2.4 Schuldienste

2.4.1 Psychologischer Beratungsdienst

Der Psychologische Beratungsdienst (CPS2) setzte seine Tätigkeit im Rahmen der gegebenen Strukturen und Modalitäten fort. Das Beratungsteam besteht aus drei Personen mit einem Beschäftigungsgrad von insgesamt 50%. Einzelne Fälle wurden wegen der langen Behandlungsdauer an private Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten weitergeleitet.

2.4.2 Mediationsdienst

Die Mediationsdienste der Schulen werden rege genutzt. Die Kommunikation unter den verschiedenen Diensten funktioniert und ist effizient, ebenso die gegenseitige Unterstützung. Der Zusammenhalt wird durch ein jährliches Treffen gestärkt, das vom zuständigen Amt organisiert wird. Zur Nachwuchssicherung hat im Herbst 2009 ein Ausbildungszyklus begonnen, der in Zusammenarbeit mit dem Amt für Berufsberatung entstanden ist und im September 2011 abgeschlossen wird.

2.5 Vereine

2.5.1 Verein der freiburgischen Mittelschullehrerinnen und -lehrer (VFM)

2009 hat die EKSD an den Sitzungen mit dem Verein folgende Themen besprochen: Die Zukunft des Gymnasiums in der Schweiz und im Kanton sowie die Organisation der Maturaarbeiten.

2.5.2 Elternvereinigungen

Die EKSD hat sich mit den französischsprachigen Elternvereinen der Kollegien und dem deutschsprachigen Elternverein der Kollegien der Stadt Freiburg getroffen.

2.6 Weiterbildung der Lehrpersonen

Für Kurse und Seminare, die mehrheitlich von der Schweizerischen Weiterbildungszentrale (WBZ) in Luzern, vom Bundes-

—

2009

amt für Berufsbildung und Technologie (BBT), von der Universität Freiburg sowie intern von jeder Schule organisiert wurden, gab es zahlreiche Anmeldungen. Der Bereich Weiterbildung der Pädagogischen Hochschule (PH) organisierte mehrere Abholkurse.

2.7 Gebäude und Bauarbeiten

Die Umbau- und Neubauten für das Kollegium Gambach haben im Sommer 2009 begonnen. Zudem hat die EKSD zusammen mit dem Hochbauamt (HBA) einen Architekturwettbewerb für die Erweiterung des Kollegiums des Südens organisiert.

2.8 Interkantonale Zusammenarbeit

Im Rahmen der allgemeinen Schulkoordination nimmt der Vorsteher des Amtes für Unterricht der Sekundarstufe II regelmässig an den interkantonalen Zusammenkünften der entsprechenden Ämter der Westschweizer Kantone und des Tessins (CIIP) teil, wohingegen Matthias Wider, Rektor des Kollegiums St. Michael, seinerseits an den Treffen der Kantone der Nordwestschweiz

(NW EDK) teilnimmt. Bei diesen Treffen geht es vor allem um die Qualitätskontrolle der Schulen, die Evaluation der Gymnasialbildung, die Sprachenpolitik sowie die Reform der Handels- und Fachmittelschulen. 2009 hat die EDK eine neue Konferenz eingeführt, die Schweizerische Mittelschulämterkonferenz (SMAK), der auch der Amtsvorsteher des S2 angehört.

3. Kollegium St. Michael

—

3.1 Die Schule in Kürze

Bildungsgänge:	gymnasiale Maturität (alle Wahlfächer), zweisprachige Schule
Schülerbestand:	Total 1311
Lehrpersonen:	151 Lehrpersonen (111,53 volle Pensen)
Rektor:	Matthias Wider
Adresse:	Petrus-Kanisius-Gasse 10, Freiburg

3.2 Schüler/innen

—

3.2.1 Schülerzahlen

	Schüler/innen		Klassen	
	2008/09	2009/2010	2008/09	2009/10
Gymnasium, fr. abteilung	735	732	34	34
Gymnasium, dt. Abteilung	570	579	24	25
Total	1305	1311	58	59

Wohnort	2008/09	2009/10
im Kanton Freiburg	1297	1304
in einem anderen Kanton	8	7

3.2.2 Aufnahmen

	2008/09	2009/10
in die 1. Klasse (fr. Abteilung: 215; dt. Abteilung: 126)	346	341
in die 2. Klasse	30	34
Total	376	375

2009

3.2.3 Ausgestellte Diplome

Insgesamt haben sich 302 Kandidatinnen und Kandidaten, 167 französisch- und 135 deutschsprachige, zu den Prüfungen angemeldet. Vor den Examen wurden 2 Rückzüge gemeldet. 10 Prüfungen wurden als nicht bestanden bewertet, 7 in der französisch-, 2 in der deutschsprachigen Abteilung und 1 in den zweisprachigen Klassen. Die 292 ausgestellten Abschlusszeugnisse verteilen sich auf folgende Schwerpunktfächer:

Schwerpunktfach	fr. Abteilung	dt. Abteilung	zweisprachig	Total
Griechisch	5	0	3	8
Latein	3	0	2	5
Italienisch	13	7	2	22
Spanisch	33	12	20	65
Physik + Anw. der Math.	6	14	0	20
Biologie + Chemie	53	13	1	67
Wirtschaft + Recht	33	17	12	62
Bildnerisches Gestalten	15	11	7	33
Musik	1	6	3	10
Total	162	80	50	292

Hinweis: Im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen den Kollegien der Stadt Freiburg wurden 41 Schülerinnen und Schüler aus den Kollegien Gambach und Heilig Kreuz in ihrem Ergänzungsfach am Kollegium St. Michael geprüft und 35 Schülerinnen und Schüler aus dem Kollegium St. Michael an den anderen beiden Kollegien.

3.3 Allgemeiner Schulbetrieb

3.3.1 Zusammenarbeit mit den Eltern und andere Kontakte

Französischsprachige Abteilung

Gut besuchte Elternabende (rund 70%) in den Monaten Februar und März 2009 nach den ersten Semesternoten in den ersten Klassen. Für das zweite, dritte und vierte Jahr wurden auf Wunsch der Eltern oder der Schüler/innen Einzeltreffen durchgeführt.

Die Eltern können sich zudem jeweils anhand des Halbsemester-, Semester- und Jahreszeugnisses regelmässig über die Schulleistungen informieren.

Anfang September 2009 fanden Informationssitzungen für die Eltern der Schüler/innen des 1. Jahres statt: Vorstellung der Ziele, Programme und Arbeitsmethoden durch die Vorsteherinnen und Vorsteher.

Der Rektor und die Vorsteherinnen und Vorsteher haben sich mit dem Vorstand des Elternvereins getroffen.

Deutschsprachige Abteilung

Die im Februar durchgeführten Elternabende für die ersten und zweiten Klassen waren rege besucht. Ende Juni wurden die Eltern der zukünftigen Gymnasiastinnen und Gymnasiasten zu einer zweiteiligen Informationsveranstaltung eingeladen. Ausserdem fanden persönliche Treffen der Vorsteherinnen und Vorsteher mit den Eltern von Schülerinnen und Schülern zur Besprechung konkreter Probleme statt.

Der Rektor und die Vorsteherinnen und Vorsteher haben an der Generalversammlung des Elternvereins teilgenommen. Sie haben ausserdem die beiden Co-Präsidentinnen des Elternvereins zur Besprechung anstehender Probleme getroffen.

Der Rektor hat an den Sitzungen der Schulkommission teilgenommen.

3.3.2 Lehrpersonen

	Frauen	Männer	Pensen (VZÄ)
151 Lehrpersonen am 1. September 2009	58	93	111,53

Es wurden 12 Lehrpersonen neu angestellt, 6 davon für weniger als 12 und 6 für über 12 Wochenstunden.

4 Lehrpersonen gingen in den Ruhestand und 2 weitere verliessen das Kollegium Ende des Schuljahres.

2009

3.3.3 Kulturelle und pädagogische Anlässe

Die kulturellen Anlässe wurden von den Vorsteherinnen und Vorstehern in Zusammenarbeit mit den beiden Kulturkommissionen, je eine pro Sprachabteilung, geplant und organisiert.

Die wichtigsten Veranstaltungen in der französischsprachigen Abteilung:

- > Opera an der Universität Freiburg; Vorstellungen im Théâtre des Osses in Givisiez; Kabarett: *Coup de théâtre* vom Schultheater St. Michael und Heilig Kreuz; *DUNANT*, von der Theatergruppe der FMSF zur 100-Jahrfeier des Roten Kreuzes Freiburg; *Le Château* von Kafka von der Theatergruppe Pasquier-Rossier; *Le Général Guisan monte en grade*.
- > Teilnahme am Internationalen Filmfestival in Freiburg; *Gran Torino* von Clint Eastwood.
- > Besuch der Ausstellung zum Thema Kolonialismus mit anschliessendem Vortrag.
- > Eine Begegnung mit dem Schweizer Autor Hansjörg Schneider (*Roman Tod einer Ärztin*).

Die wichtigsten Veranstaltungen in der deutschen Abteilung:

- > Jahresthema USA (2008/09): «Yes, we can! Yes, can we really?». Die Wahl von Barack Obama: Analyse und Konsequenzen. USA – Schlaglichter aus Politik, Kultur und Alltag. Echoes in Blues: Walter Liniger spielt und erklärt den Blues.
- > Jahresthema Weltall-Astronomie (2009/10): Film «Galileo Galilei – Der Kampf um die Sterne»
- > Lesungen von den Schweizer Schriftstellern Urs Widmer und Hansjörg Schneider; Vortrag und Gespräch mit Serkalem Fasil, Äthiopien.
- > Teilnahme am Filmfestival Freiburg: «Meninas» (Brasilien); Film «Into the Wild», «Die Welle».
- > Besuch des Theaterstücks «Ein Wintermärchen» von William Shakespeare, aufgeführt durch die Theatergruppe der drei Freiburger Kollegien; Theater «Die Leiden des jungen Werther» von Johann Wolfgang Goethe.

An ihrem Jahreskonzert stellte die Blasmusik ihre neue CD vor (Dirigent: Pierre-Etienne Sagnol). Der Chor St. Michael führte an Fastnacht sein traditionelles Musiklager durch. Unter der Leitung seines Dirigenten Philippe Savoy gab er verschiedene öffentliche Konzerte und nahm am Festival Musica Mundi in Venedig teil (Gold- und Silberdiplom). Beteiligung an «Peer Gynt» im Rahmen der Murtenclassics; Weihnachtskonzert.

3.3.4 Besondere Ereignisse

Am Samstag, 5. Dezember 2009 fand das 103. St. Niklaus-Fest statt. Am letzten Freitag im Dezember organisierte das Kollegium St. Michael den Dies Collegiarius. Nach den Überraschungslektionen trafen sich die Lehrpersonen und die Studierenden zur gemeinsamen Weihnachtsfeier.

3.3.5 Schüleraustausch

Einzel austausche: 2009/10 haben 20 Schülerinnen und Schüler der französisch- und 9 der deutschsprachigen Abteilung ein Jahr im Ausland (USA, Deutschland, Südamerika) oder in der Deutschschweiz verbracht. Das Kollegium hat seinerseits 20 ausländische Schülerinnen und Schüler aufgenommen. 4 Schüler der deutschsprachigen Abteilung verbrachten 6 Monate an der Schweizer Schule in Santiago; ihre 4 chilenischen Kameraden wurden derweil am Kollegium St. Michael aufgenommen.

Im Winter 2009 verbrachten 7 Schülerinnen und Schüler der 2. Klasse zwei Wochen in einem Zürcher Gymnasium (Stadelhofen); im Gegenzug gingen Zürcher Schülerinnen und Schüler zwei Wochen im Kollegium St. Michael zur Schule.

3.3.6 Programme, Ausbildung, Zweisprachigkeit

Die Schülerinnen und Schüler des Ergänzungsfachs «Histoire-Sciences politiques» nahmen an den SUNESCO-Tagen im Grossratssaal teil. Vom 31. März bis 4. April beteiligten sich die meisten Schülerinnen und Schüler der 3. Klassen an den Studientagen. Die 1., 2. und 3. Klassen der deutschsprachigen Abteilung führten eine Studienwoche durch und hatten dabei Gelegenheit, ein spezielles Thema vertieft und fächerübergreifend zu behandeln.

35 Schülerinnen und Schüler profitierten vom Tandem-Angebot.

Das Kollegium zählte zu Schuljahresbeginn 2009 7 zweisprachige Klassen, 3 im 2. Jahr, 2 im 3. Jahr und 2 im 4. Jahr. Der Besuch der zweisprachigen Klassen führt zur «zweisprachigen Maturität» nach MAR-Anforderungen.

3.4 Gebäude, Sanierung, Umbau

- > Lyzeum: Sanierung des Raums zur Lagerung chemischer Produkte (Ventilation, Schränke).
- > Blaues Gebäude (Neubau): Sanierung und Umbau eines Raums in ein Picknicklokal für die Schülerschaft.
- > Gymnasium und altes Hauptgebäude: Renovation von 4 Schulzimmern (altes Internat, 2. Stock); Arbeiten in verschiedenen technischen Lokalen, Zimmern und Gängen; Renovation des Direktionssekretariates.
- > Sportzentrum: Sanierung der Heizung (Energieverteiler).

—

2009

4. Kollegium Hl. Kreuz

—

4.1 Die Schule in Kürze

Bildungsgänge: gymnasiale Maturität (alle Wahlfächer),
zweisprachige Schule

Schülerbestand: Total 959

Lehrpersonen: 127 Lehrpersonen (83,78 volle Pensen)

Rektorin: Christiane Castella Schwarzen

Adresse: Antoine de St-Exupéry-Strasse 4, Freiburg

4.2 Schüler/innen

—

4.2.1 Schülerzahlen

	Schüler/innen		Klassen	
	2008/09	2009/2010	2008/09	2009/10
Gymnasium fr. Abteilung	574	570	25	25
Gymnasium dt. Abteilung	315	290	14	13
Gymnasium zweisprachige Abteilung	92	99	4	5
Total	981	959	43	43

Wohnort	2008/09	2009/10
im Kanton Freiburg	975	952
in einem anderen Kanton	6	7

4.2.2 Aufnahmen

	2008/09	2009/10
in die 1. Klasse (fr. Abteilung: 206; dt. Abteilung: 140)	249	243
in die 2. Klasse	0	0
Total	249	243

2009

4.2.3 Ausgestellte Diplome

Im Juni 2009 haben insgesamt 221 Kandidatinnen und Kandidaten am Examen teilgenommen, 212 davon haben bestanden. Die Abschlusszeugnisse verteilen sich auf folgende Schwerpunktfächer:

Schwerpunktfach	fr. Abteilung	dt. Abteilung	zweispr. Abt.	Total
Griechisch	9	0	0	9
Italienisch	9	5	2	16
Englisch	3	8	0	11
Spanisch	28	13	10	51
Physik + Anwendung der Math.	12	13	0	25
Biologie + Chemie	10	8	3	21
Wirtschaft + Recht	26	20	6	52
Bildnerisches Gestalten	12	5	6	23
Musik	3	1	0	4
Total	112	73	27	212

4.3 Allgemeiner Schulbetrieb

4.3.1 Zusammenarbeit mit den Eltern und andere Kontakte

Französischsprachige Abteilung: 20 Elternabende für 13 Klassen; die Beteiligung der Eltern lag bei 60%; ein Informationsabend für die Eltern der neuen Schülerinnen und Schüler.

Deutschsprachige Abteilung: 11 Elternabende für 7 Klassen; die Beteiligung der Eltern lag bei 50%; ein Informationsabend für die Eltern der neuen Schülerinnen und Schüler.

Zweisprachige Abteilung: 1 Elternabende für 1 Klasse; die Beteiligung der Eltern lag bei 45%.

Elternvereine und Schulkommission: Die Schulleitung hat an zwei Sitzungen teilgenommen.

4.3.2 Lehrpersonen

	Frauen	Männer	Vollzeit-pensen
127 Lehrpersonen am 1. September 2009	66	61	83,78

Es wurden 6 Lehrpersonen neu angestellt, 3 davon für weniger als 12 und 3 für über 12 Wochenstunden.

4.3.3 Kulturelle, pädagogische und sportliche Anlässe

Theateraufführungen, Oper, Konzerte, Filme: «Veronica» von Mauricio Farias; «Luftbusiness» von Dominique de Rivaz; «La Finta Giardiniera» Oper von Mozart; Forteresse» von Fernand Melgar; «Home» von Ursula Meier; Theater: «Dunant» von Michel Beretti; «Coup de théâtre» Kabarett von Jean-Paul Alègre; Konzert des Kammerchors der Universität Freiburg; «To Axion Esti» von Mikis Theodorakis; «Ein Wintermärchen» von Shakespeare; «Lekombinaqueneau» von Raymond Queneau; «Un éclat de bonheur» von Jean Winiger; «Le jeu de l'amour et du hasard» von Marivaux; Englisches Theater: «The Muse Sneezes»; «Britannicus» von Jean Racine.

Ausstellungsbesuche: «Moi fasciste»; zum Weltjahr der Astronomie präsentierte das Kollegium Hl. Kreuz vom 20. März bis zum 30. April eine Ausstellung zu diesem Thema; Besuch von «Pour tout l'or des mots»; WINS, Vorstellung der Studiermöglichkeiten und Teilnahme an den Tagen «der offenen Tür» der UNIFR.

Neugestaltung der Sporttage: 3 aufeinanderfolgende Tage; 12 Sportarten zur Auswahl; Collégiades: das ganze Jahr über klasseninterne Turniere (15 Mannschaftssport- und 5 Einzelsportarten); Teilnahme der Basketballmannschaft am Derby gegen die Mannschaft des Kollegiums St. Michael; schweizerisches Basketballturnier der Sekundarstufe II in Biel; giantXtour, Qualifikationstag und Finale in Leysin.

2009

4.3.4 Besondere Ereignisse

- > Politische Diskussionen: Verfassungsinitiative «Passivrauchen und Gesundheit» und Bundesgesetz über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe; Bundesbeschluss über die Genehmigung der Weiterführung des Freizügigkeitsabkommens zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten sowie über die Genehmigung und die Umsetzung des Protokolls über die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Bulgarien und Rumänien.
- > Französisches Jugendparlament in Paris: Teilnahme eines ausgewählten Schülers.
- > Generalversammlung der UNO (Simulation): Thema «Politische Bildung» im Grossratsaal, Zusammenarbeit der drei Kollegien der Stadt.
- > Reise nach Bamberg, Deutschland.
- > EYP (European Youth Parliament): Besuch von Vienne (Frankreich); «Europa erschaffen», Debatte vom Kollegium organisiert.
- > Amnesty International: Aktion zum internationalen Tag der Menschenrechte.
- > Konzert in Avenches: «De Bach à Sister Act» Zusammenarbeit der Klassen mit dem Kollegiumschor von Avenches.
- > SUNESCO: «Siedlungsplanung und nachhaltige Entwicklung».

4.3.5 Thementage

Zum ersten Mal haben alle Studierenden an diesen Tagen teilgenommen; diese beruhen auf einem von einer Steuergruppe ausgearbeiteten Konzept. In den Thementagen der 1. und 2. Klassen ging es um ein Rätsel, das die Schülerinnen und Schüler der 1. Klasse des letzten Jahres und die Lehrpersonen ihnen aufgegeben hatten. Die Tage der 3. Klasse erfolgten im Rahmen des Schwerpunktfachs: geschichtliches Rätsel, Erfinden eines Rätsels und Interview mit Personen, Identitätsrätsel, Schatzsuche, das Rätsel in der französischen Literatur, Wirtschaftswoche, Klimaveränderung in den bildenden Künsten, erster philosophischer Kontakt, mathematische Rätsel und Darstellung, Rätsel und Mathematik, die moderne Dichtung: eine rätselhafte Lektüre? Chemische Nachforschungen (Sherlock Holmes und die Chemie), Warum ist der Himmel nachts schwarz und andere kosmische Rätsel, das Rätsel der Droge, Schaffen von rätselhaften Werbungen, das Kunstwerk als Rätsel, kriminologisches Rätsel (Biologie und Chemie), eine Lesenacht zum Thema Rätsel organisieren, Afrika – ein rätselhafter Kontinent.

4.3.6 Schüleraustausch

2 Studierende besuchten eine Schule in der Deutschschweiz, 4 Studierende aus der Deutschschweiz waren am Kollegium zu Besuch, 21 Schülerinnen und Schüler befanden sich im Austausch in den USA, in Deutschland und in Österreich. 9 Schülerinnen und Schüler aus den USA, Deutschland und Ungarn besuchten das Kollegium Hl. Kreuz.

4.3.7 Programme, Ausbildung, Zweisprachigkeit

Zweisprachigkeit:

5 französischsprachige Schüler/innen in der deutschsprachigen Abteilung; 5 zweisprachige Klassen.

Den Maturitätsausweis mit dem Vermerk «zweisprachige Matura» haben 27 Schüler/innen erhalten, 15 deutsch- und 12 französischsprachige.

Einzeltandems (über 100) und Klassentandems (fast alle 2. Sprachklassen).

Austausche mit verschiedenen Gymnasien in der Schweiz und in Deutschland (drei- bis fünfwöchige Aufenthalte).

4.4 Gebäude, Reparaturen und Unterhalt

Renovierung des Sekretariats, von zwei Vorsteherzimmer und des Direktionsgangs. Nach einem Wasserschaden (Riss einer Wärmeleitung) Ersetzen des Fussbodens der Bibliothek-Mediathek. Umbau des Büros und des Empfangschalters der Bibliothek-Mediathek im Zusammenhang mit der Anstellung einer Fachfrau für Information, Dokumentation, Bibliothekswissenschaft und Archivwesen. Als Massnahme gegen die Raumknappheit im Kollegium musste der 1. Stock der Villa Gallia wieder besetzt werden; dazu waren Renovierungsarbeiten wie Malerarbeiten, Elektrizität und Fussbodenauffrischung nötig. Ersetzen der Stühle in den Klassen (Fortsetzung) und erste Etappe zum Ersetzen der Pulte. Ersetzen der technischen Verkleidung und Durchspülen der Bodenheizschlangen.

2009

5. Kollegium Gambach

5.1 Die Schule in Kürze

Bildungsgänge: gymnasiale Maturität (Schwerpunktfächer Moderne Sprachen, Biologie und Chemie, Wirtschaft und Recht), Vollzeit-Handelsschule; Kantonaler Kurs für Fachangestellte-r in Verwaltung (FAV); zweisprachige Schule

Schüler/innen	Total 665
Lehrpersonen:	93 Lehrpersonen (62,81 volle Pensen)
Rektor:	Jean-Pierre Bugnon
Adresse:	Weck-Reynold-Allee 9, Freiburg

5.2 Schüler/innen

5.2.1 Schülerzahlen

	Schüler/innen		Klassen	
	2008/09	2009/2010	2008/09	2009/10
Gymnasium – fr. Abteilung	290	255	14	14
Gymnasium – dt. Abteilung	213	213	9	9
Handelsschule fr. – Diplom	82	83	4	4
Handelsschule fr. – KBM	30	41	2	2
Handelsschule dt. – Diplom	47	42	2	2
Handelsschule dt. – KBM	15	20	1	1
Fachangestellte/r für Verwaltung (FAV) fr. + dt.	12	11	1	1
Total	689	665	33	33

Wohnort	2008/09	2009/10
im Kanton Freiburg	679	658
in einem anderen Kanton	3	3
im Ausland (Austausch)	7	4

5.2.2 Aufnahmen

	2008/09	2009/10
ins Gymnasium	140	109
in die Handelsschule und KBM	66	70
in die FAV-Ausbildung)	12	11
Total der neu aufgenommenen Schüler/innen	218	190

2009

5.2.3 Ausgestellte Diplome

Gymnasiale Maturität

Im Juni 2009 haben insgesamt 100 Kandidatinnen und Kandidaten am Examen teilgenommen, 97 davon haben bestanden. Verteilung:

Schwerpunktfach	fr. Abteilung	dt. Abteilung	zweisprachig	Total
Italienisch	10	5	2	17
Englisch	5	7	0	12
Spanisch	13	1	1	15
Biologie + Chemie	9	6	5	20
Wirtschaft + Recht	21	8	4	33
Total	58	27	12	97

Handelsdiplom

Von 52 Kandidatinnen und Kandidaten haben 41 das Handelsdiplom erhalten, 23 aus der französischsprachigen Abteilung und 18 aus der deutschsprachigen Abteilung.

Kaufmännische Berufsmaturität

Alle 14 Kandidatinnen und Kandidaten haben die Berufsmaturität erhalten.

Kantonale Ausbildung Fachangestellte/r für Verwaltung FAV

Alle 12 Kandidatinnen und Kandidaten haben das Diplom erhalten.

5.3 Allgemeiner Schulbetrieb

5.3.1 Zusammenarbeit mit den Eltern und andere Kontakte

Im Februar und März 2009 wurden 18 Elternabende für die Eltern von Schülerinnen und Schülern beider Abteilungen organisiert.

Im Juni 2009 fanden zwei Informationsabende für die neuen Schülerinnen und Schüler aller Abteilungen statt. Zudem gab es während des Jahres zahlreiche Kontakte zwischen Eltern und der Direktion.

Der Rektor hat an den Sitzungen der Schulkommission und an den 3 Informationssitzungen für die Eltern der OS-Schülerinnen und OS-Schüler teilgenommen.

5.3.2 Lehrpersonen

	Frauen	Männer	Vollzeit-pensen
93 Lehrpersonen am 1. September 2009	42	51	62,81

5 Lehrpersonen mit einem Teilzeitpensum wurden neu angestellt.

Am Ende des Schuljahrs 2008/09 ging 1 Lehrer in Pension und 1 weiterer trat in den Teilruhestand, 3 Lehrpersonen verliessen die Schule aus unterschiedlichen Gründen und 2 haben ein Auszeitjahr beantragt.

5.3.3 Kulturelle, pädagogische und sportliche Anlässe

Die Klassen, ganze Klassen oder Teile von ihnen, besuchten unter anderem folgende Anlässe:

- > Verschiedene Filme im Rahmen des Internationalen Filmfestivals Freiburg; für interessierte Klassen wurden dazu Thementage organisiert.
- > Verschiedene Theateraufführungen und Konzerte.
- > Besuche und Ausflüge: Sportlager, Besuche von Unternehmen, Studientage, praktische Arbeiten im Labor der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg, Teilnahme an der SUNESCO und am schweizerischen Finale von «Jugend debattiert».
- > Thematische Tage: Das neue Kollegium, die Arbeitsmethoden, interdisziplinäre Arbeiten, KBM-Bildungstage, Berufspraxis.
- > Verschiedene Informationssitzungen/Vorträge, «People with AIDS».
- > Drei aufeinanderfolgende Polysport- und Skisporttage und verschiedene Wettkämpfe und Turniere.

2009

5.3.4 Schüleraustausch

Im April erfolgte ein 10-tägiger Schüleraustausch mit dem Kollegium Harker in San José, Kalifornien. Der Gegenbesuch in Freiburg fand dann im Juni statt.

5.3.5 Programme, Ausbildung, Zweisprachigkeit

Reform der Handelsmittelschule

Die mit der Umsetzung des Projekts «Zukunft Handelsmittelschulen» im Kanton Freiburg betraute Arbeitsgruppe hat ihre Arbeit weitergeführt. Das Grundkonzept und die neue Stundentafel stehen. In Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Hochschulinstitut für Berufsbildung (EHB) wurden mehrere Ausbildungs- und Arbeitstage durchgeführt, um den neuen kantonalen Studienplan auszuarbeiten. Die Handelsschule wird in erster Linie Kandidatinnen und Kandidaten aufnehmen, welche die Berufsmatura (KBM) absolvieren wollen. Diese revidierte kaufmännische Ausbildung wird ab dem Schuljahr 2011/12 eingeführt. Die ersten entsprechenden Diplome werden dann 2014 ausgestellt.

Unterrichtsqualität

Das zu Beginn des Schuljahres 2008/09 lancierte Projekt «Verbesserung der Qualität im Unterricht» läuft weiter. Eine Auswertung der ersten Umsetzungsphase erlaubte es, nötige Anpassungen und Korrekturen vorzunehmen. Daneben wurden neue Projekte ins Leben gerufen, wobei ein gewisser «Schneeballeffekt» zu erkennen ist. Die meisten Fachgruppen waren darum bemüht, realistische Projekte aufzugreifen, die aber bedingen, dass die Lehrerschaft voll zusammenarbeitet. Ansporn für die neuen Initiativen sind die erfreulichen Resultate.

Mentoring

Der Mediationsdienst hat ein originelles Projekt zur Begleitung der neuen Schülerinnen und Schüler ins Leben gerufen: das Mentoring. Damit werden zwei Ziele verfolgt: Das schulische Umfeld der jungen Schülerinnen und Schüler verbessern und ihnen den Wechsel von der OS an das Kollegium erleichtern. Im Vordergrund steht zudem eine bessere Stressbewältigung. Beim Eintritt ins Kollegium bekommen alle neue Schülerinnen und Schüler einen Mentor zugeteilt; Mentoren sind für diese Funktion eigens ausgebildete Schülerinnen oder Schüler der 2. oder 3. Klasse. Die Aufgabe des Mentors besteht darin, seinen Schützling ins Kollegiumsleben einzuführen und ihn bei der Bewältigung der Anforderungen des gymnasialen Unterrichts zu unterstützen. Die Mentoren arbeiten mit den Mediatorinnen und Mediatoren zusammen. Die ersten Erfahrungen mit diesem Projekt sind erfreulich. Das Projekt wurde allen Mediatorinnen und Mediatoren anlässlich der Diplomverleihung im September 2009 vorgestellt.

5.4 Gebäude, Reparaturen und Unterhalt

5.4.1 Gebäude

Seit September 2009, nach dem Abriss der alten Gebäude für den Neubau des Kollegiums, steht auf dem Gelände des Kollegiums nur noch das Hauptgebäude (A). 18,5 Schulzimmer befinden sich in den FOS-Gebäuden (B). Der Musikunterricht findet am Kollegium St. Michael statt; der Sportunterricht wird in der FMS und der Sporthalle von Sainte-Agnès erteilt, die Theatergruppe «Vertige» hingegen übt in der Jolimont-Aula.

Diese Raumverteilung bringt nach wie vor schwierige Probleme mit sich, die aber mit den Neubauten und neuen Einrichtungen behoben sein werden.

5.4.2 Bauarbeiten im Jahr 2009

Gebäude A: Multimedia-Ausstattung des Zimmers 21 (altes Sprachlabor); Einrichtung provisorischer Büros für die Vorsteher im Erdgeschoss; Ausstattung des Zimmers daneben für die Beratung, Mediation und Seelsorge (34a); Multimedia-Ausstattung der Zimmer 20 und 43; Anbringen einer interaktiven Tafel im Multimediazimmer 7.

Gebäude B: (FOS): Einrichtung eines zusätzlichen Zimmers im Untergeschoss (53); Multimedia-Ausstattung der Zimmer 53 und 85, Kauf von Laptops (mobile Einheit) für das Gebäude B; Erneuerung der Verdunkelungsvorrichtung in den vier Zimmern im Erdgeschoss.

5.4.3 Neues Kollegium

Im Sommer 2009 wurden die Parzelle gerodet und die drei Gebäude abgerissen. Verschiedene provisorische Vorkehrungen mussten getroffen werden, damit der Schulbetrieb während der gesamten Bauphase aufrechterhalten werden kann (provisorische Büros, Umgebungsarbeiten und vorläufige Zufahrt). Neue Leitungen (Wasser, Gas, Elektrizität und Abwasser) wurden verlegt. Die Bauarbeiten schreiten planmässig voran. Die Aushubarbeiten werden im Februar 2010 aufgenommen, danach wird mit dem Rohbau begonnen. Wenn alles planmässig verläuft, werden die neuen Gebäude für den Schulanfang 2012 bezugsbereit und das gesamte Bauwerk wird zu Schuljahresbeginn 2013 fertiggestellt sein.

—

2009

6. Kollegium des Südens

—

6.1 Die Schule in Kürze

Bildungsgänge: gymnasiale Maturität (alle Schwerpunktfächer),
Vollzeit-Handelsschule,
Fachmittelschule

Schüler/innen Total 1057

Lehrpersonen: 124 Lehrpersonen (88,41 volle Pensen)

Rektor: François Piccand

Adresse: Rue de la Léchère 40, Bulle

6.2 Schüler/innen

—

6.2.1 Schülerzahlen

	Schüler/innen		Klassen	
	2008/09	2009/2010	2008/09	2009/10
Gymnasium	624	684	30	32
Handelsschule – Diplom	122	127	7	8
Handelsschule – KBM	33	41	0	0
Abteilung Fachmittelschule	211	205	10	11
Total	990	1057	47	51

Aufgrund der gestiegenen Schülerbestände wurden vier zusätzliche Klassen eröffnet. Die Aufnahmekapazität der Gebäude (750 Schüler/innen) wird damit deutlich überschritten. Der Stundenplan der Klassen musste erweitert werden.

Wohnort	2008/09	2009/10
im Kanton Freiburg	988	1055
in einem anderen Kanton	2	2

6.2.2 Aufnahmen

	2008/09	2009/10
ins Gymnasium	183	185
in die Handelsschule und KBM	75	57
in die FMS	72	64
Total	330	306

—

2009

6.2.3 Ausgestellte Diplome

Gymnasiale Maturität

Im Juli 2009 haben insgesamt 111 Kandidatinnen und Kandidaten an den Prüfungen teilgenommen; davon haben 103 bestanden. Verteilung:

Schwerpunktfächer	fr. Abteilung	zweisprachig	Total
Griechisch	3	1	4
Italienisch	0	2	2
Englisch	6	2	8
Spanisch	24	1	25
Physik + Anwendungen der Math.	5	3	8
Biologie + Chemie	20	6	26
Wirtschaft + Recht	15	3	18
Bildnerisches Gestalten	7	1	8
Musik	3	1	4
Total	83	20	103

Handelsdiplom

Von 35 Kandidatinnen und Kandidaten haben 31 das Handelsdiplom erhalten,

Kaufmännische Berufsmaturität

Von 10 Kandidatinnen und Kandidaten haben 9 die Berufsmaturität bestanden.

Fachmittelschule

Von 57 Kandidatinnen und Kandidaten haben 50 den Ausweis erhalten.

6.3 Allgemeiner Schulbetrieb

6.3.1 Zusammenarbeit mit den Eltern und andere Kontakte

› Dezember 2008: Elternabend für die Eltern der Schülerinnen und Schüler der 1. Klassen; im Februar 2009: Elternabend für die Eltern der Schülerinnen und Schüler der 2. und 3. Klassen.

› Es war eine gute Beteiligung der Eltern an den Treffen mit der Direktion und den Lehrpersonen zu verzeichnen.

› Daneben gab es zahlreiche persönliche Kontakte (Direktion, Lehrpersonen) mit Eltern der Schüler/innen bei Problemen jeglicher Art oder bei einer Neuorientierung.

› Anfangs Dezember 2009 fand ein Informationsabend für die Eltern künftiger Schüler/innen statt: Vorstellung der verschiedenen Bildungsmöglichkeiten (HS, FMS, Gymnasium).

6.3.2 Lehrpersonen

	Frauen	Männer	Vollzeit-pensen
124 Lehrpersonen im September 2009	46	78	88,41

Es wurden 12 Lehrpersonen neu angestellt, 7 davon für weniger als 12 und 5 für über 12 Wochenstunden.

Keine Lehrperson ist in den Ruhestand getreten.

6.3.3 Kulturelle, pädagogische und sportliche Anlässe

Hierzu sind unter anderen folgende Aktivitäten und Veranstaltungen zu erwähnen:

› Konzerte, Oper, Quartett «Sine Nomine», Kammerorchester Lausanne, Chor des Kollegiums und der FMS;

—

2009

- > Thementage: «Journées sur l’Islam»; Besuch des Konzentrationslagers Struthof (Elsass); Besuch des Bundesparlaments und des Kunstmuseums;
- > Sportliche Anlässe: Herbstwanderung im Oktober, Skitag («weisser Tag») im Januar; «grüner Tag» im Juni mit verschiedenen sportlichen und kulturellen Aktivitäten.

6.3.4 Schüleraustausch

Es fanden zahlreiche Austausche in unterschiedlicher Form statt. 23 Schüler/innen kamen in den Genuss eines Auslandsaufenthalts: 11 davon ein Jahr lang, 1 für sechs Monate und 11 für einen Kurzaufenthalt. Das Kollegium hat seinerseits 25 Schüler/innen im Austausch aufgenommen.

Die kulturelle Partnerschaft mit dem «Lycée Mahamane Alassane HAIDARA» Tumbuktu (Mali) wurde anlässlich der dem Islam gewidmeten Tage fortgesetzt. Daneben fanden regelmässige Austauschprojekte mit dem «Collège Edouard-Montpetit von Longueuil (Québec) statt. Ebenso wurde in Tilff (Belgien) das jährliche Treffen mit dem Dreikönigsgymnasium (Köln) und dem Miniemeninstitut (Löwen) organisiert. Auch wurde eine Partnerschaft mit der Schule Datong von Shanghai eingegangen.

7.2 Schüler/innen

—

7.2.1 Schülerzahlen

	Schüler/innern		Klassen	
	2008/09	2009/2010	2008/09	2009/10
Französischsprachige Abteilung 1. Jahr	203	186	10	10
2. Jahr	179	164	7	7
3. Jahr	140	176	6	7
Deutschsprachige Abteilung 1. Jahr	65	66	3	3
2. Jahr	39	55	2	2
3. Jahr	37	48	2	2
Total	663	695	30	31

Wohnort	2008/09	2009/10
im Kanton Freiburg	660	693
in einem anderen Kanton	3	2

6.3.5 Programme, Ausbildung, Zweisprachigkeit

Zu Schuljahresbeginn 2009 besuchten 194 Schüler/innen das zweisprachige Programm. Die in deutscher Sprache unterrichteten Fächer sind: Einführung in Wirtschaft und Recht, Biologie, Physik, Geschichte und Mathematik. Schüler/innen, die dieses Programm absolvieren, erhalten am Schluss die zweisprachige Maturität nach MAR-Anforderungen.

7. Fachmittelschule Freiburg - FMSF

—

7.1 Die Schule in Kürze

Bildungsgänge:	Fachmittelschule (Bereiche Gesundheit und Sozialpädagogik)
Schüler/innen	Total 695
Lehrpersonen:	82 Lehrpersonen (56,91 volle Pensen)
Direktor:	Jean-François Comment
Adresse:	Moléson-Allee 17, Freiburg

—
2009

7.2.2 Aufnahmen

	2008/09	2009/10
in die französischsprachige Abteilung	214	205
in die deutschsprachige Abteilung	68	80
Total	282	285

23 Erwachsene, eine Klasse, besuchen den Ergänzungskurs, der auf die Aufnahme in die Bereiche Gesundheit und Soziale Arbeit der Fachhochschule Westschweiz vorbereitet.

7.2.3 Ausgestellte Diplome

	Nbre de candidat-e-s aux examens	Nbre de réussites
französischsprachige Abteilung	136	132
deutschsprachige Abteilung	37	35

Bei den Erwachsenenbildungskursen haben 13 Erwachsene, darunter 3 Frauen, ein Zertifikat für die Aufnahme in die FH Westschweiz erworben.

7.3 Allgemeiner Schulbetrieb

7.3.1 Zusammenarbeit mit den Eltern und andere Kontakte

Folgende Begegnungen haben stattgefunden:

- > 12 Elternabende mit den Lehrpersonen und den Schülern/Innen;
- > 2 Informationsabende für die neuen Schüler/innen und ihre Eltern;
- > 2 Informationsabende für die Schüler/innen des 3. OS-Jahres und ihre Eltern;
- > Informationsveranstaltung über die Erwachsenenbildungskurse.

Die Schulkommission hat 3 Sitzungen abgehalten. Zudem haben sich ihr Präsident und der Direktor fünfmal getroffen.

7.3.2 Lehrpersonen

	Frauen	Männer	Vollzeit-pensen
82 Lehrpersonen im September 2009	41	41	56,91

6 Lehrperson wurde neu angestellt, davon 3 für mindestens 12 Wochenstunden.

1 Lehrperson ist nach ihrem zweijährigen unbezahlten Urlaub zurückgekommen.

5 Lehrpersonen haben die Schule am Ende des Schuljahres verlassen, 2 gingen in einen anderen Unterrichtssektor, 3 verliessen den Staat.

7.3.3 Kulturelle, pädagogische und sportliche Anlässe

Unter anderen wurden folgende Veranstaltungen organisiert, angeboten und besucht:

- > Filme: Filme: «Home» von Ursula Meier; Teilnahme am Internationalen Filmfestival Freiburg; «La Forteresse» von Fernand Melgar;
- > Theater, Musik: «Musique traditionnelle africaine» von Idrissa Ouattara und ihrer Gruppe Mirya; «Clios le Bandit»; «Hommage à Barbara»; «La Finta Giardiniera», «LéKombinaQueneau»; Teilnahme der Theatergruppe der FMSF am 100. Geburtstag des Freiburger Roten Kreuzes mit dem Stück «Dunant»; «Bluthochzeit»; «Schachnovelle»; «Antilopen»; «Oskar und die Dame in Rosa»;

—

2009

- › Besuche, Schulreisen mit Besuch von 15 Museen und historischen Schweizerorten, ökologische Exkursionen, Besuch von Ausstellungen, des Atomkraftwerks Mühleberg, des Seculab-Labors an der GIBS, des Museums der Photographie, des Salon du livre und der «Energissima» in Freiburg;
- › Konferenz: Unterhaltung mit dem Dichter Charles Juliet;
- › Seelsorge: Zusätzlich zu den mit dem liturgischen Jahr verbundenen Aktivitäten: Besuch von 15 Heimen und Institutionen während der Adventszeit, intergymnasiale Besinnungstage auf dem Simplon, Verkauf von Goldmünzen, Mimosa und Orangen;
- › Sport: traditionelle Turniere; Match zwischen Lehrerschaft und Schülern/innen; Teilnahme an den Collégiades; Winterlager; Polysporttage, Sport und Wanderung am Schuljahresende;
- › Bildung: Herstellung und Vorführung von Trickfilmen von Schülergruppen des Wahlfachs Foto; Teilnahme an «Start 2009!», dem Forum der Berufe; Diskussion der Schüler/innen mit dem Staatsratspräsidenten 2009.

7.3.4 Besondere Ereignisse

In der Studienwoche «Gesundheit, Information und Berufsorientierung» wurden 60 Veranstaltungen (Vorträge und Informationen) mit Workshops zu den anschliessenden Schulen und Ausbildungen in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Erziehung durchgeführt.

7.3.5 Schüleraustausch

Am Austauschprogramm Tandem, bei dem Schülerpaare aus beiden sprachlichen Abteilungen gebildet werden, haben 35 Schüler/innen, 21 französisch- und 14 deutschsprachige, aufgeteilt in 9 Gruppen, teilgenommen.

6 erste und 2 dritte Klassen der beiden Abteilungen hatten interne Austausche und gemeinsame zweisprachige Unterrichtsstunden.

2 französischsprachige Klassen führten einen sprachlichen Austausch in Briefform sowie in elektronischer Form und besuchten dann das deutsche Gymnasium in Biel.

Für die Schüler/innen der 3. deutschen Klasse des Wahlfachs «English Conversation» wurde ein 5-tägiger Sprachaufenthalt in Edinburgh (Schottland) organisiert.

15 Schüler/innen haben einen einjährigen Sprachaufenthalt absolviert, teils in anderen europäischen Ländern und Amerika, aber auch in Australien oder in andern Regionen der Schweiz.

Die Partnerschaft zwischen der Schule und dem «Lycée provincial de Banfora», mit Schwerpunkt Nord-Süd-Dialog, humanitäre Hilfe und pädagogischem Austausch, wurde gekrönt von der Reise nach Burkina Faso von 10 Schüler/innen in Begleitung von 2 Lehrpersonen.

7.3.6 Programme, Ausbildung

Nach einem langwierigen Verfahren konnte das Qualitätsmanagement der FMSF ISO9001:2008-zertifiziert werden. Dieses Zertifikat ist vom 29. Juni 2009 bis zum 28. Juni 2012 gültig.

Die Einführung der Fachmaturität (FM) gemäss dem EDK-Reglement über die Anerkennung der Abschlüsse von Fachmittelschulen vom 12. Juni 2003 ist in Gang. Ab dem Schuljahr 2010/11 werden die Freiburger FMS die FM in den Bereichen Gesundheit, soziale Arbeit und Pädagogik anbieten.

8. Interkantonales Gymnasium der Region Broye

—

8.1 Die Schule in Kürze

Die Besonderheit des Interkantonalen Gymnasiums der Region Broye besteht darin, dass es sowohl Schülerinnen und Schüler aus der Freiburger Broye als auch aus der Waadtländer Broye aufnimmt.

Bildungsgänge: gymnasiale Maturität (alle Schwerpunktfächer),
Vollzeit-Handelsschule,
Fachmittelschule

Schüler/innen: Total 901

Lehrpersonen: 95 Lehrpersonen (69 volle Pensen)

Direktor: Thierry Maire

Adresse: Rue du Gymnase 1, Postfach 188, Payerne

2009

8.2 Schüler/innen

8.2.1 Schülerzahlen

	2008/09		2009/10		Classes	
	FR	VD	FR	VD	2008/09	2009/10
1. Jahr Maturität	85	15	116	15	5	6
2. Jahr Maturität	89	99	81	74	8	7
3. Jahr Maturität	90	82	84	82	7	7
4. Jahr Maturität	66	58	79	77	3	7
1. Jahr FMS (*)	46	61	40	75	5	5
2. Jahr FMS (*)	35	43	38	42	3	3
3. Jahr FMS (*)	31	38	25	41	3	3
Kaufmännische Berufsmaturität	8	4	22	7	1	1
Total	450	400	485	413	35	39

3 ausserkantonale Schüler im Rahmen der Fussballschule des Schweizerischen Fussballvereins in Payerne.

(*) FMS = Fachmittelschule (Bereiche Gesundheit und Sozialpädagogik) und Handelsschule.

8.2.2 Ausgestellte Diplome

Am Ende des Schuljahrs 2008/09 wurden am GYB folgende Ausweise ausgehändigt:

	Anzahl Kandidaten	Anzahl Erfolge
Gymnasialer Maturitätsausweis	124	119
Fachmittelschulausweis (Gesundheit)	20	19
Fachmittelschulausweis (sozial-erzieherisch)	20	20
Handelsdiplom	23	20
kaufm. Berufsmaturität		14

8.3 Allgemeiner Schulbetrieb

8.3.1 Interkantonale Organe

Der Aufsichtsrat des GYB ist für die Oberaufsicht der Schule und für einen guten Schulbetrieb verantwortlich. Im Jahr 2009 hatte die Freiburger Staatsrätin Isabelle Chassot das Präsidium inne. Unter ihrer Leitung wurden 2 Sitzungen abgehalten. Der Aufsichtsrat hat sowohl die Rechnung 2008 als auch den Voranschlag 2010 des Direktors genehmigt.

Die interparlamentarische Aufsichtskommission besteht aus 7 Waadtländer und 7 Freiburger Grossrätinnen und Grossräten. Im Jahre 2009 wurde sie vom Freiburger Grossrat Elian Collaud präsiert. Sie nahm unter anderem die Rechnung 2008 und den

Voranschlag 2010 zur Kenntnis; ausserdem übte sie die Aufsicht über die Schule aus und wird dazu über die wichtigsten Ereignisse im Schulbetrieb informiert.

Die beratende Kommission setzt sich zusammen aus Vertretern der lokalen Behörden, Schülerinnen und Schülern und ihren Eltern sowie Lehrpersonen. Ihre fünfzehn Mitglieder wurden vom Aufsichtsrat bestimmt. Die Kommission versammelte sich 3 Mal.

8.3.2 Verwaltung und Lehrpersonen

Die angestellten Lehrpersonen nehmen im gleichen Masse zu wie die Schülerzahlen. Die Verwaltungsstellen blieben hingegen unverändert.

—
2009

Das GYB hat die Anerkennung für das KBM-Zeugnis erhalten. Somit sind nun alle Diplome eidgenössisch anerkannt.

8.3.3 Besondere Ereignisse, Anlässe

Die Kulturkommission, bestehend aus Lehrerinnen und Lehrern, organisiert im Espace de la Blancherie öffentliche Ausstellungen und Vorträge. Auszug aus dem Programm:

- > Vorträge: «La maison brûlée», zum Aufstand von Warschau, von Ana Szatkowska Bignon, Schriftstellerin – «Humbert le Bâtard», vom Historiker Daniel de Raemy.
- > Veranstaltungen: «La Bonne Âme du Setchuan», Theaterstück von Bertolt Brecht – Film «Citadelle humanitaire» von Frédéric Gonseth, mit anschliessender Diskussion mit dem Autor.
- > Ausstellungen: «De la terre à l'univers», zum internationalen Jahr der Astronomie, mit einer Vortrag von C. Lovis, Forscher am Observatorium in Genf; «Sur les planètes extrasolaires» – Schülerarbeiten.

8.3.4 Sprachaufenthalte und Zweisprachigkeit

Das Austauschangebot Tandem ermöglichte einigen Schüler/innen einen zwei- bis siebenwöchigen Aufenthalt in Deutschland oder in der Deutschschweiz. Drei Schüler/innen befanden in einem einjährigen Austausch in einer vergleichbaren Schule der Deutschschweiz und Deutschland.

Zum Schuljahresbeginn 2009 waren 146 Schüler/innen in der zweisprachigen Abteilung (Maturitätsschule: 126, Handels- und Fachmittelschule: 20) eingeschrieben. Auf Deutsch werden Wirtschaft und Recht, Biologie, Mathematik, Geschichte, Geografie unterrichtet.

8.4 Gebäude, Reparaturen und Unterhalt

Die Optimierung der technischen Infrastruktur des Minergie-Gebäudes trägt Früchte, wie sich an den Verbrauchszahlen im Schuljahr 2008 ablesen lässt.

V. AMT FÜR UNIVERSITÄTSFRAGEN

1. Aufgaben

—

Das Amt für Universitätsfragen (AfU) ist das Bindeglied zwischen den Hochschulen des Kantons und den politischen Behörden. Es übt im Namen der Direktion die Oberaufsicht über die Hochschulen aus, unterstützt die Schulen in der administrativen Leitung und ist Ansprechstelle für die kantonalen Behörden sowie für den Bund, für die anderen Kantone und für weitere Institutionen im Bereich der Hochschulen. Zudem fungiert das Amt als kantonale Instanz der Fachhochschule Westschweiz für Gesundheit und Soziale Arbeit (FH-GS). Es unterstützt die Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport bei der Bearbeitung der politischen Dossiers, die den Bereich der Hochschulen betreffen.

Amtsvorsteherin: Barbara Vauthey Widmer.

2. Tätigkeit

—

2.1 Ordentliche Tätigkeit

—

2.1.1 Universitätspolitik

Die Schweizerische Universitätskonferenz (SUK), der die Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport als Mitglied angehört, hielt 2009 vier Sitzungen ab und fasste einmal Beschlüsse auf dem Zirkularweg. Dabei wurden vor allem folgende Geschäfte behandelt:

- > Finanzierung von Innovations- und Kooperationsprojekten.
- > Evaluationsberichte (Quality Audits) der Universitäten.
- > Entwurf der Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten zur Strategischen Planung 2012-2015.
- > Verschiedene Fragen im Zusammenhang mit dem Organ für Akkreditierung und Qualitätssicherung der Schweizer Hochschulen (OAQ): Bericht des Finanzinspektors, Rücktritt des Direktors und Anstellung eines Nachfolgers, Neubesetzung des wissenschaftlichen Beirats für den Zeitraum 2009 – 2011, Revision des Reglements.
- > Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten der SUK für 2010/11.
- > Streichung der Universitätsvorbereitungs- und Sprachkurse und Auflösung der Stiftung der Vorbereitungskurse auf das Hochschulstudium in der Schweiz (VKHS).
- > Akkreditierungsentscheide.

—
2009

Die Jahrestagung der SUK, an der die Vertreterinnen und Vertreter aller für die Hochschulen zuständigen Bundesstellen und interkantonalen Gremien teilgenommen haben, wurde dieses Jahr vom Kanton Freiburg organisiert und fand am 25. und 26. Juni in Greyerz statt. An dieser Tagung ging es um folgende Themen:

- › Beratungen in den Eidgenössischen Räten über das HFKG; politische Begleitung durch die SUK und den Fachhochschulrat;
- › Akkreditierung und Anerkennung: Fazit und offene Fragen.

Die Vorsteherin des Amtes für Universitätsfragen ist Mitglied der Konferenz der Dienstchefs der SUK (4 Sitzungen im Jahr 2009). Sie vertritt die Konferenz im Stiftungsrat für die Vorbereitungskurse auf das Hochschulstudium in der Schweiz.

Der von der Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport präsidierte Rat der Stiftung für Forschung und Entwicklung der Mehrsprachigkeit traf sich zweimal, um die Rechnung und den Voranschlag des Instituts für Mehrsprachigkeit zu genehmigen, dessen Entwicklung mitzuverfolgen und die Finanzierung der zweiten Renovierungsetappe der Institutsräumlichkeiten sicherzustellen.

Im Rahmen der Interkantonalen Universitätsvereinbarung vom 20. Februar 1997 hat der Kanton Freiburg im Jahr 2009 52 474 902 Franken für ausserkantonale, an der Universität Freiburg immatrikulierte Studierende erhalten und 17 231 413 Franken für Freiburger Studierende an anderen Universitäten bezahlt. Unter dem Strich nahm der Kanton damit 35 243 489 Franken (2008: 37 564 637 Franken) ein.

2.1.2 Lehrerinnen- und Lehrerbildung

Für die Pädagogischen Hochschule (PH) hat der Staatsrat dieses Jahr erneut per Verordnung eine Aufnahmebeschränkung erlassen.

Die pädagogische Bildungskonferenz hielt wiederum keine Sitzung ab.

Das Verwaltungsgremium der Allgemeinen Vereinbarung zur Zusammenarbeit zwischen der PH Freiburg und der Universität Freiburg hat ebenfalls keine Sitzungen abgehalten. Diesbezüglich ist anzumerken, dass das Rektorat der Universität eine Arbeitsgruppe eingesetzt hat, welche die Leistungen des Lehr- und Forschungszentrums der französischen Abteilung der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung der Sekundarstufen I und II (CERF), die finanziellen Auswirkungen dieser Leistungen, eine Neuorganisation der deutschsprachigen Abteilung und eine Annäherung von Universität und PH abklären soll. Diese Arbeitsgruppe hat somit die Arbeit des Verwaltungsgremiums übernommen. Die stellvertretende Amtsvorsteherin gehört dieser Arbeitsgruppe ebenfalls an. Die Arbeitsgruppe hat ihre Abklärungen inzwischen abge-

schlossen. Die interfakultäre Kommission für die universitäre Lehrer- und Lehrerinnenausbildung der Sekundarstufe I und II, das Rektorat und die PH schlossen sich den Schlussfolgerungen der Arbeitsgruppe an und gaben daraufhin die Erarbeitung von Umsetzungsszenarien für die möglichen Annäherungsvarianten von Universität und PH in Auftrag.

Die von Christine Bulliard präsidierte PH-Kommission hat sich dreimal getroffen, um den Voranschlag der PH, ihre Rechnung, den Finanzplan sowie eine neue Direktionsstruktur der PH, die in den Entwurf zur Revision des Gesetzes über die PH einfließen soll, zu beraten. An der letzten Sitzung, an der auch die Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport teilnahm, befasste sich die Kommission vorwiegend mit dem Vorentwurf zur Teilrevision des Gesetzes über die PH, der 2010 in die Vernehmlassung geschickt werden soll.

Die stellvertretende Amtsvorsteherin ist Mitglied der interfakultären Lehrerbildungskommission der Universität. 2009 hat sich diese Kommission in erster Linie mit der Anstellung von Didaktikerinnen und Didaktikern, mit der Organisation des Studiums für den Unterricht auf der Sekundarstufe I und II, mit verschiedenen Reglementen sowie mit den Problemen der Zulassung zum Lehrdiplom für den Unterricht auf der Sekundarstufe II (LDS II) befasst. Gestützt auf die Evaluation des Selektionsverfahrens hat die Kommission dem Rektorat und dem Staatsrat erneut vorgeschlagen, eine Verordnung über Zulassungsbeschränkungen zum LDS II zu genehmigen. Die interfakultäre Kommission hat ferner beschlossen, zwei Arbeitsgruppen für die Evaluation des Unterrichts in Musik und bildnerisches Gestalten zu bilden. Mit der Leitung der beiden Arbeitsgruppen wurde die stellvertretende Amtsvorsteherin betraut.

2.1.3 Fachhochschule: Bildungsgänge Gesundheit-Soziales und Musik

Die Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport vertritt den Kanton Freiburg im Strategieausschuss der Fachhochschule Westschweiz (HES-SO) für die Bereiche Gesundheit, Soziales und Musik. Im Kanton gibt es zwei Ausbildungsstätten im Bereich Gesundheit-Soziales, die zum Netz der FH Westschweiz gehören: Hochschule für Gesundheit Freiburg (HfG-FR) und die Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit Freiburg (FHF-SA). Die FH-Abteilung des Konservatoriums wurde in eine dezentrale Unterrichtsstätte des Lausanner Konservatoriums unter der Bezeichnung «Conservatoire de Lausanne Haute école de musique – site de Fribourg» umgewandelt.

Der Strategische Ausschuss der HES-SO hielt 5 ordentliche Sitzungen und mehrere Klausursitzungen ab und befasste sich dabei mit dem Vorentwurf zur neuen interkantonalen Vereinbarung, welche die beiden heutigen Vereinbarungen ersetzen soll, und mit der Beurteilung des Vereinbarungsentwurfs durch eine Experten-Gruppe (siehe unten Ziffer 2.2.3). Daneben wurden folgende wei-

—
2009

tere Geschäfte behandelt: Einrichtung und Führung von Masterstudiengängen (Bewilligungen, Finanzierung, Räumlichkeiten, Rekurse), verschiedene Finanzierungsfragen, Vorbereitungsjahr (Zusatzmodule) und Fachmaturität im Gesundheitsbereich, Genehmigung von Zusammenarbeitsvereinbarungen, Mobilität, Zulassung zu den FH-Studiengängen, Anerkennung von Nachdiplomstudien, praktische Ausbildung. Die Vorbereitung dieser Sitzungen erfolgte gemeinsam mit der Volkswirtschaftsdirektion (VWD), die für die beiden anderen Freiburger Hochschulen, die der HES-SO angehören, zuständig ist.

Der Strategische Ausschuss hat Anne-Catherine Lyon, Vorsteherin des Departements für Bildung, Jugend und Kultur des Kantons Waadt als Präsidentin des Strategischen Ausschusses der Fachhochschule Westschweiz für die nächsten zwei Jahr bestätigt.

Die Freiburger Bildungsstätten für die Bereiche Gesundheit und Soziales werden durch den Generaldirektor der Freiburger Hochschule für Technik und Wirtschaft (FHF-TW) in den Leitungsausschüssen der HES-SO/FH Westschweiz vertreten. Die Direktionen (EKSD und VWD) und die Freiburger Fachhochschulen sowie der Generaldirektor der Freiburger Hochschule für Technik und Wirtschaft und die stellvertretende Vorsteherin des AfU führten ihre Zusammenarbeit fort. Verschiedene gemeinsame Projekte EKSD/VWD wurden lanciert (s. unten Ziffer 2.2.3).

Die Mitarbeiterinnen des Amtes sind zuständig für die interkantonalen Vereinbarungen über den Besuch von ausserkantonalen Schulen in den Bereichen Gesundheit und Soziales sowie auf Universitätsebene. Sie behandeln die entsprechenden Gesuche und regeln die Finanzierungsfragen. Es wurde beschlossen, dass ab 2010 allein die VWD für die Bearbeitung der Dossiers im Rahmen der Interkantonalen Fachschulvereinbarung zuständig sein soll; für diese Umstellung wurden erste Vorbereitungen getroffen. Um die Koordination und Verwaltung sämtlicher interkantonalen Vereinbarungen über die Ausbildungen in einem anderen Kanton zu verbessern, wurde zudem eine direktionsübergreifende Arbeitsgruppe (VWD, EKSD, ILFD) eingesetzt.

2.2 Besondere Ereignisse

2.2.1 Universität

Der Staatsrat überwies am 10. März dem Grossen Rat die Botschaft und den Dekretsentwurf über den Erwerb der Liegenschaft an der Rue Guillaume-Techtermann 8 in Freiburg. Dieses seit 40 Jahren von der Universität gemietete Gebäude beherbergt das Studierendenzentrum sowie die Büros der Dienststelle für Sozialberatung und der Universitätsseelsorge. Das Dekret wurde am 6. Mai angenommen.

Am 23. März fand die offizielle Eröffnung des Instituts für Mehrsprachigkeit im Beisein von zahlreichen geladenen Gästen aus der

ganzen Schweiz statt. Es wurde ein Bericht erstellt, um die Kooperationsmöglichkeiten zwischen dem Freiburger Institut und der Stiftung «Universitäre Fernstudien Schweiz (FS-CH)» in Brig abzuklären; über die Umsetzung der darin vorgeschlagenen Projekte müssen die beiden Kantone noch beraten.

Das AfU organisierte die Jahrestagung der SUK, die am 25. und 26. Juni in Greyerz stattfand. 60 Personen folgten der Einladung des Kantons Freiburg.

Die Einführung des 3. Studienjahrs in Medizin wird von einer gemeinsamen Arbeitsgruppe der EKSD und der GSD begleitet. Die Amtsvorsteherin hat als Mitglied dieser Gruppe die Vorbereitung verschiedener Vereinbarungen über die Zusammenarbeit zwischen der Universität und dem *freiburger spital* sowie mit den medizinischen Fakultäten der übrigen Schweizer Hochschulen übernommen.

Das Adolphe Merkle Institut bezog im Februar Mieträumlichkeiten (Labor- und Büroräume) in Marly. Diese wurden an das Computernetzwerk der Universität angeschlossen und den besonderen Bedürfnissen des Instituts angepasst. Dies soll dem Institut als provisorische Lösung dienen, bis der Umbau der ehemaligen Klinik Garcia abgeschlossen ist. Die Amtsvorsteherin sitzt in der dafür zuständigen Baukommission.

2.2.2 Lehrerinnen- und Lehrerbildung

Die stellvertretende Amtsvorsteherin leitete die beiden von der interfakultären Lehrerbildungskommission der Universität eingesetzten Arbeitsgruppen. Die erste Arbeitsgruppe soll die Programme und Anforderungen für den Musikunterricht auf der Sekundarstufe II beurteilen und prüfen, ob diese mit dem an der Universität erteilten Unterricht übereinstimmen. Die zweite Arbeitsgruppe ist mit einer entsprechenden Abklärung für den Bereich der bildenden Künste betraut. Beide Arbeitsgruppen haben dazu im Jahr 2009 Fachleute beigezogen; nun geht es darum, die Schlussberichte zu erstellen und im Jahr 2010 verschiedene Kooperationsprojekte zwischen der Universität und anderen Hochschulen für Musik oder Kunst zu realisieren.

Im Jahr 2009 standen für die PH zwei wichtigen Aufgaben an: Der Entwurf zur Teilrevision des Gesetzes über die PH, der 2010 in die Vernehmlassung geschickt werden soll, zusammen mit einer neuen Verordnung über das Anstellungsverhältnis der Ausbilderinnen und Ausbilder der PH, sowie die Einbindung der Fachstelle *fri-tic* in die PH. Die Fachstelle wurde zu einem kantonalen Kompetenzzentrum umgewandelt und der Rektorin der PH unterstellt. Im Zuge der Einbindung der Fachstelle sind neue Formen der internen Zusammenarbeit entstanden.

Die von der Direktion in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie über die Zusammenarbeit zwischen der HEP-BEJUNE und der

—
2009

PH-FR ist abgeschlossen und die Rektoren der beiden Einrichtungen haben ihren Bericht vorgelegt. Verschiedene Kooperationsprojekte, insbesondere mit anderen PH, kämen in Betracht.

Die französischsprachige Abteilung für die Lehrerinnen- und Lehrerbildung an der Universität Freiburg (CERF) musste erstmals das in der Verordnung über Zulassungsbeschränkungen für die Lehrerinnen- und Lehrerbildung in der französischsprachigen Abteilung der Sekundarstufe II (LDS II) vorgesehene Auswahlverfahren für die an dieser Ausbildung interessierten Kandidatinnen und Kandidaten anwenden. Das Auswahlverfahren verlief gut; dem Rektorat der Universität wurde ein entsprechender Evaluationsbericht vorgelegt.

Die stellvertretende Amtsvorsteherin arbeitete in einer vom Vorsteher des Amtes für Unterricht der Sekundarstufe II geleiteten Arbeitsgruppe zur Fachmaturität im Berufsfeld Pädagogik mit. Deren Arbeiten sind praktisch abgeschlossen.

2.2.3 Fachhochschule: Bildungsgänge Gesundheit- Soziales und Musik

Der im Jahr 2008 dem Eidg. Volkswirtschaftsdepartement (EVD) unterbreitete Vorentwurf für die neue interkantonale Vereinbarung über die Westschweizer Fachhochschule (HES-SO) ist im Auftrag des EVD von einer Expertengruppe geprüft worden, die die Aufgabe hatte, die Führungs- und Organisationsstruktur der HES-SO zu prüfen und abzuklären, ob die Fachhochschule die Voraussetzungen für die institutionelle Akkreditierung gemäss dem Entwurf für das Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz erfüllt. Die Expertengruppe beurteilte die von der HES-SO vorgelegte Führungs- und Organisationsstruktur sowie die Qualitätssicherung – trotz verbesserter Transparenz – weiterhin als ungenügend. Der Bericht schlägt eine Reihe von Massnahmen vor, die eine Stärkung der akademischen und operativen Führung durch ein Rektorat sicherstellen sollen.

Die EKSD und die VWD befassten sich an mehreren Sitzungen mit der neuen interkantonalen Vereinbarung und mit dem Expertenbericht. Der Staatsrat hat, nachdem er über diese Ergebnisse informiert wurde, die Vorschläge diskutiert. Die für dieses Dossier zuständige Bundesrätin hat sich mit dem Strategischen Ausschuss der HES-SO getroffen. Der Strategische Ausschuss hat daraufhin den Vorentwurf für die neue Vereinbarung nach den Empfehlungen der Expertengruppe überarbeitet und am 2. November 2009 dem EVD vorgelegt.

Der Entwurf für das Gesetz HES-SO//Freiburg ist praktisch fertiggestellt. Aufgrund der jüngsten Entwicklungen bei der neuen interkantonalen Vereinbarung HES-SO wird mit dieser Vorlage jedoch zugewartet. Der Entwurf soll gleichzeitig mit der neuen Vereinbarung in die Vernehmlassung geschickt werden. Dennoch wurde unter der Leitung der Stellvertretenden Amtsvorsteherin

an mehreren gemeinsamen Projekten EKSD/VWD im Hinblick auf das neue Gesetz HES-SO//FR weitergearbeitet, so unter anderem an einer Verordnung über das Personal, das an den Freiburger Hochschulen, die der HES-SO//FR angehören, in der Lehre und Forschung tätig ist. Der Verordnungsentwurf wird demnächst dem Staatsrat vorgelegt, um das Vernehmlassungsverfahren zu eröffnen.

Die Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport hat bei der HES-SO eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe mitgeleitet, die Lösungen für das Vorbereitungs-jahr im Fachbereich Gesundheit suchen soll. Die Arbeitsgruppe hat sich dreimal getroffen und ein Mandat vorbereitet, das sie einem externen Experten vergeben hat.

Der am Standort des ehemaligen Zeughauses geplante Bau für die Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit und die Hochschule für Gesundheit wird vom Kantonsarchitekten geleitet. Die Stellvertretende Amtsvorsteherin und die Direktionen der betreffenden Hochschulen sowie der Generaldirektor der HES-SO//FR begleiten das Vorhaben. Der Architekturwettbewerb ist in Gang.

Die Amtsvorsteherin wirkte in weiteren Arbeitsgruppen mit, so in der vom Vorsteher des Amtes für Unterricht der Sekundarstufe II geleiteten Arbeitsgruppe über die Fachmaturität im Gesundheitsbereich und in der gemeinsamen Arbeitsgruppe von EKSD/GSD, die sich mit der Abgeltung der Studierenden auf FH-Stufe befasst.

VI. UNIVERSITÄT

1. Aufgaben

—
Im Gesetz vom 19. November 1997 wird der Auftrag der Universität wie folgt definiert:

- a) wissenschaftliche Erkenntnisse mit Objektivität und Toleranz vermitteln und fördern;
- b) bei den Studierenden, Forschenden und Lehrenden das Verantwortungsbewusstsein gegenüber dem Menschen, der Gesellschaft und der Umwelt stärken und
- c) zur kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Gesellschaft beitragen.

Um diesen Auftrag zu erfüllen, vermittelt die Universität eine Ausbildung von hoher Qualität, die auf wissenschaftlichen Erkenntnissen aufbaut und mit einem Bachelor, Master oder Doktorat abgeschlossen wird. Sie betreibt Forschung und sorgt für die

2009

Verbreitung ihrer Resultate, fördert den wissenschaftlichen Nachwuchs und bietet universitäre Weiterbildung an.

Die Universität wird vom Rektorat geleitet, das von einem Rektor und vier Vizerektoren gebildet wird; diese werden jeweils für eine Dauer von vier Jahren gewählt. *Das Rektoratsteam besteht momentan aus Guido Vergauwen (Rektor), Astrid Epiney, Jean-Luc Gurtner, Fritz Müller und Jacques Pasquier.*

Die Tätigkeit der Universität wird jährlich im Jahresbericht zusammengefasst, der sich seit 2007 auf das Kalenderjahr bezieht. Er enthält unter anderem Informationen über die Unterrichts- und Forschungstätigkeit an den fünf Fakultäten, über die Weiterbildung sowie Zahlen- und Statistikangaben. Der Jahresbericht kann auf der Internetseite der Universität unter der Adresse www.unifr.ch/rectorat/de/documents/activites/ konsultiert werden.

2. Tätigkeit

2.1 Ordentliche Tätigkeit

2.1.1 Studierende

	Herbst 2007		Herbst 2008		Herbst 2009	
Total	9546	100,0%	9455	100,0%	9433	100,0%
a) Studierende nach Herkunft						
Freiburg	2088	21,9%	2119	22,4%	2173	23,0%
Andere Kantone	5901	61,8%	5760	60,9%	5626	59,6%
Ausland	1557	16,3%	1576	16,7%	1644	17,4%
b) Studierende nach Fakultät						
Theologie	355	3,7%	340	3,6%	342	3,6%
Rechtswissenschaft	1690	17,7%	1656	17,5%	1648	17,4%
Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	2145	22,5%	2050	21,7%	1839	19,5%
Philosophische Fakultät	3949	41,4%	3928	41,5%	3980	42,2%
Math. Naturwiss.						
a) Naturwissenschaften	1090	11,4%	1183	12,5%	1303	13,8%
b) Medizin	317	3,3%	298	3,2%	331	3,5%

Aus der Analyse der Entwicklung der Studierendenzahlen ergeben sich folgende Feststellungen:

- a) Trotz einer erheblichen Zunahme der Neueinschreibungen ist der Gesamtbestand der Studierenden praktisch unverändert geblieben, mit einem minimalen Rückgang von 0,13%. Dieser Effekt ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass Studierende der besonders zahlreichen Jahrgänge 2002 und 2003 (zwei Jahre mit doppelten Maturajahrgängen in mehreren Kantonen) ihr Studium abgeschlossen haben. Dieser Befund wird dadurch bestätigt, dass nur die Gesamtzahl der Studierenden aus anderen Kantonen zurückging.
- b) Betrachtet man die Herkunft der Studierenden, so hat die Anzahl Freiburger Studierender und solchen mit Wohnsitz im Kanton um 54 Personen oder 2,6% zugenommen, jene der Studierenden aus dem Ausland gar um 68 Personen oder 4,3%; lediglich das Total der Studierenden aus anderen Kantonen hat um 134 Personen oder 2,3% abgenommen, obwohl

die Anzahl der Neueinschreibungen auch in dieser Kategorie zunahm.

- c) Die Aufschlüsselung der Studierenden auf die Fakultäten zeigt eine Zunahme der Studierendenzahlen in allen Fakultäten mit Ausnahme der Rechtswissenschaftlichen Fakultät mit einem minimalen Rückgang von 0,5% und der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät, wo ein starker Rückgang um 10,3% zu verzeichnen ist. Dieser ist vor allem auf die Überführung der Studierenden in Soziologie in die Philosophische Fakultät sowie auf das Auslaufen gewisser Lizientatsstudiengänge zurückzuführen. In den anderen Fakultäten betragen die Zuwachsraten 0,6% in der Theologie, 1,3% in der Philosophischen Fakultät sowie 10,3% in der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät, einschliesslich Medizin.
- d) Der Zuwachs von 10,6% bei den Studienbeginnern (1999 Neueinschreibungen) ist erheblich; er gleicht die Abgänge durch

—
2009

Studienabschluss vollständig aus, schlägt sich aber noch nicht in einer Zunahme des Gesamtbestands nieder. Die Anzahl der Neueinschreibungen aus dem Kanton Freiburg nimmt am stärksten zu, nämlich um 93 Personen oder 24,3%, diejenigen aus anderen Kantonen um 87 Studierende oder 7,6% und diejenigen aus dem Ausland um 11 Personen oder 3,8%.

- e) Weiterhin stark wächst die Zahl der Neueinschreibungen vor allem in der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät mit 495 Personen (57 Neueinschreibungen mehr als 2008). Besonders gross ist die Zunahme auch in der Philosophischen Fakultät mit 779 neuen Studierenden (Zunahme um 156 bzw. 25,1%). Die Rechtswissenschaft zählt 328 Neueinschreibungen (Zunahme um 35 oder 12%), während die Neueinschreibungen in der Theologie mit 52 Personen (-1) stabil bleiben. Lediglich die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zählen mit 345 Neueinschreibungen 56 oder 14% weniger als 2008; dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Fakultät ab 2009 keine Studierenden in Soziologie mehr aufnimmt, die sich nun in der Philosophischen Fakultät einschreiben.
- f) Die Studentinnen machen 57,3% der Gesamtzahl der Studierenden und 62,6% der Neueinschreibungen aus.

Im Herbst 2009 gab es einen Anteil von über 50% Studentinnen bei den Neueinschreibungen in der Philosophischen Fakultät (78,1%), in der Medizin (64,9%), in den Rechtswissenschaften (63,1%) sowie in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät (51,3%).

- g) Von den sehr zahlreichen Personen, die Weiterbildungskurse besuchen, werden nur jene als «Weiterbildungsstudierende» bezeichnet, die für ein Programm zu mindestens 60 Kreditpunkten eingeschrieben sind. Ihre Zahl ist von 160 im Jahr 2008 auf 183 im Jahr 2009 angestiegen.

2.1.2 Zentrale Organe

Der Senat der Universität hielt 5 ordentliche Sitzungen und eine Reflexionssitzung ab. Er behandelte insbesondere die neue Struktur und die neuen Statuten der Philosophischen Fakultät und verabschiedete das Dokument «Strategie 2020» über die Entwicklung der Universität. Die Reflexionssitzung vom 15. Mai war der Qualitätsentwicklung und der Öffentlichkeitsarbeit der Universität gewidmet.

Der Hochschulrat, ein beratendes Organ des Staatsrats, versammelte sich 3 Mal. Er begleitete insbesondere die Entwicklung und den Ausbau der Zusatzprogramme in Ethik, welche er finanziell mit Mitteln unter seiner Aufsicht unterstützt.

2.1.3 Professorenschaft

In folgenden Bereichen wurden ordentliche Professuren besetzt:

› in der Philosophischen Fakultät: Philosophie der Antike, Klassische Philologie, Erziehungswissenschaften;

› in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät: Medien- und Kommunikationswissenschaft;

› in der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät: Experimentalphysik, Polymerchemie (Adolphe Merkle Institut).

In folgenden Bereichen wurden assoziierte Professuren besetzt:

› in der Theologischen Fakultät: Neues Testament, Pastoraltheologie;

› in der Rechtswissenschaftlichen Fakultät: Europarecht;

› in der Philosophischen Fakultät: Allgemeine und Schweizerische Zeitgeschichte (2 Stellen zu 50%), Deutsch als Fremdsprache;

› in der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät: Neurobiologie, Sport- und Bewegungswissenschaften, Humangeografie, Chemie (SNF Förderprofessur), Medizin (SNF Förderprofessur).

Zwei der sechs ordentlichen Professuren wurden mit Frauen besetzt; bei den 11 assoziierten Professuren sind es drei Frauen und acht Männer.

An zwei Mitglieder des Lehrkörpers wurde die Titularprofessur verliehen: an eine Lehrbeauftragte der Rechtswissenschaftlichen Fakultät und an eine Lehr- und Forschungsrätin der Philosophischen Fakultät.

Das Durchschnittsalter der Professorinnen und Professoren beträgt 51 Jahre und 4,8 Monate (im Dezember 2009), 48 Jahre und 6,5 Monate bei den assoziierten und 53 Jahre und 4,5 Monate bei den ordentlichen Professorinnen und Professoren.

2.1.4 Studienorganisation

Auf Empfehlung der Schweizerischen Universitätskonferenz (SUK) hat der Kanton Freiburg per Verordnung vom 17. März 2009 beschlossen, den Eignungstest für das Human- und Zahnmedizinstudium beizubehalten. Die Zahl der Plätze für das erste Studienjahr wurde in der Humanmedizin auf 103 und in der Zahnmedizin auf 17 beschränkt. Ebenfalls auf Empfehlung der SUK hat der Staatsrat per 9. November 2009 die Erneuerung der Verordnung über die Zulassung ausländischer Studierender zum Medizinstudium an der Universität Freiburg für das Studienjahr 2010/11 beschlossen.

Die Philosophische Fakultät hat im Auftrag des Senats und des Rektorats eine Restrukturierung ihrer Departemente durch-

—
2009

geführt und deren Anzahl von dreizehn auf sieben verringert. Diese Restrukturierung, welche Anfang 2010 durch das Inkrafttreten der neuen Fakultätsstatuten wirksam wird, soll die administrativen Abläufe und die Unterstützung der Studierenden effizienter und verständlicher gestalten. Im Laufe des Jahres 2009 wurden zudem die Kompetenzen der Universität in der Soziologie in der Philosophischen Fakultät durch den Wechsel von fünf Soziologie-Professorinnen und Professoren aus der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät zusammengeführt. Ab dem Herbstsemester 2009 bietet die Philosophische Fakultät nun ein komplettes Bachelor- und Masterstudium in Soziologie in Deutsch, Französisch sowie zweisprachig an.

Die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport ratifizierte 2009 fünf Reglemente und vier Reglementsänderungen sowie vier neue Statuten und zwei Statutenänderungen von Departementen und Instituten. Nach dem Beschluss des Staatsrates, der Universität die Mittel zur Sicherstellung des dritten Studienjahres in Medizin zur Verfügung zu stellen, konnte die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport das neue Studienreglement für das Bachelorstudium in Medizin und das vorklinische Studium in Zahnmedizin genehmigen.

2.2 Besondere Ereignisse

Im Laufe des Jahres 2009 hat das Rektorat, in enger Zusammenarbeit mit den Fakultäten, das Papier «Strategie 2020» ausgearbeitet, welches die Entwicklungslinien der Universität für die nächsten Jahre definiert. Das Dokument wurde am 9. Dezember 2009 vom Senat verabschiedet und anschliessend dem Staatsrat zur Kenntnis gebracht.

Im Herbst 2009 konnte zum ersten Mal eine Gruppe von 21 Studierenden das dritte Studienjahr in Medizin in Freiburg mit dem Ziel beginnen, im Herbst 2010 den Bachelor in Medizin zu erwerben. Für die praktische Ausbildung im dritten Jahr Medizin wurden Räumlichkeiten in einem Gebäude der Cité St. Justin gemietet und angepasst. Zudem ist die Einrichtung provisorischer Pavillons beim Kantonsspital in Gang.

Am Adolphe Merkle Institut (AMI) für Nanomaterialforschung, das 2008 dank der Schenkung von Dr. Adolphe Merkle gegründet werden konnte, konnte die zweite Forschungsgruppe ihre Tätigkeit nach der Anstellung des zweiten Professors des Instituts aufnehmen. Damit arbeiten nun zwei von der A. Merkle Stiftung und durch weitere Drittmittel finanzierte Gruppen am provisorischen Sitz des Instituts in Marly. Die Vorarbeiten für den Umbau des Gebäudes Garcia, dem künftigen Sitz des Instituts in unmittelbarer Nähe zur Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät, haben begonnen. Da der bisherige Direktor Ende Dezember seinen Rücktritt angekündigt hat, muss das Amt des Institutsdirektors neu besetzt werden.

Mit der Gründung eines neuen Forschungsinstituts für Schweizerische Zeitgeschichte an der Philosophischen Fakultät verlied die Universität einem traditionellen fachlichen Schwerpunkt eine verstärkte Struktur. Die Theologische Fakultät schuf ebenfalls zwei neue Institute, um ihre Forschungsschwerpunkte vermehrt zu profilieren: Das Institut «Dominique Barthélemy» zur Erforschung der Geschichte des Textes und der Exegese des Alten Testaments und das Institut «Thomas d'Aquin» für Theologie und Kultur.

Aus den wissenschaftlichen Kompetenzen und den internationalen Netzen der Forschenden an der Universität resultierten zahlreiche Publikationen und Vorträgen, Nominierungen und prestigeträchtige Preise sowie Projekte und wissenschaftliche Resultate mit breiter internationaler Wirkung.

VII. PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULE

1. Aufgaben

Die Pädagogische Hochschule (PH) hat folgende fünf Grundaufgaben: die Ausbildung zukünftiger Lehrpersonen auf Stufe Kindergarten und Primarschule, die Organisation und Koordination der Weiterbildung der Lehrpersonen, die Forschung und Entwicklung im Bereich Erziehung und Bildung, die Bereitstellung der für ihre Arbeit und ihre Ausbildung notwendigen Unterlagen und technischen Hilfsmittel für Lehrpersonen und Studierende sowie die Förderung und die Entwicklung der Zweisprachigkeit.

Rektorin: Pascale Marro.

2. Tätigkeit

2.1 Ordentliche Tätigkeit

2.1.1 Sektor «Grundausbildung»

Bei Studienbeginn 2009/10 zählte die PH 440 Studierende, die folgende Ausbildungsgänge besuchten: Vorbereitungskurs (51), Grundausbildung (313), Ausbildungsgänge LDS I (Lehrdiplom für Sekundarstufe I) in Hauswirtschaft und Technischem Gestalten (67), Zusatzausbildung Hauswirtschaft und Technisches Gestalten (8) oder Passerelle (mit der den Lehrpersonen des Kindergartens ermöglicht wird, die 1. und 2. Primarklasse zu unterrichten) (1):

> Vorbereitungskurs: Der achte Vorbereitungskurs schloss am 3. Juli 2009. An diesem Tag konnten 21 Zertifikate überge-

2009

ben werden (17 in der französischsprachigen und 4 in der deutschsprachigen Abteilung). Diese Zertifikate berechtigen zum Zutritt zum Aufnahmeverfahren in die Grundausbildung. 6 Studierende haben die Schlussexamen nicht bestanden. Im Schuljahr 2009/10 wird der letzte Vorbereitungskurs an der PH Freiburg angeboten. Denn ab dem Schuljahr 2010/11 wird der Kanton Freiburg in den Fachmittelschulen neu eine Fachmaturität im Berufsfeld Pädagogik (FM BP) anbieten.

- > Grundausbildung: Erstmals fand eine einzige Diplomfeier im Jahr statt und zwar am 26. November 2009 in der Aula der Universität Freiburg. Von den 84 Diplomen auf Stufe Kindergarten und Primarschule (45 französisch- und 25 deutschsprachige) erhielten 14 den Vermerk «zweisprachig».
- > Ausbildungsgang LDS 1: Eine genügende Zahl Anmeldungen erlaubte wiederum die Eröffnung des ersten Jahres der Ausbildungsgänge «Hauswirtschaft» und «Technisches Gestalten», die im Rahmen der mit der Universität Freiburg abgeschlossenen Vereinbarung durchgeführt werden. Die 2009 aufgenommenen Studierenden absolvieren ihre Fach- und Fachdidaktikausbildung im Hinblick auf die Erlangung eines Lehrdiploms für die Sekundarstufe I. Insgesamt besuchen 67 Studierende diesen Studiengang (42 in «Hauswirtschaft» und 25 in «Technischem Gestalten»).
- > 8 Studierende besuchen die Zusatzausbildung in diesen Bereichen.
- > Ausbildungsgang «Passerelle 2007-09»: 9 Personen haben den Studiengang Passerelle erfolgreich abgeschlossen (1 französisch- und 8 deutschsprachige). Die Studierenden waren in einer einzigen zweisprachigen Klasse zusammengefasst.

2.1.2 Sektor «Pädagogische Beratung, Forschung und Entwicklung»

Im Februar 2009 organisierte der Sektor PBFE das zweite Kolloquium für Forschung und Entwicklung an der PH Freiburg. Diese beiden Tage bildeten eine gute Plattform, um laufende Arbeiten zu würdigen und die Mitarbeit der Dozierenden in Forschung und Entwicklung zu stärken, namentlich durch die Anregung von Dissertationsarbeiten.

Centres de documentation pédagogique/Didaktisches Zentrum (CFDP/DZ)

Dokumentation, Ausleihe, Angebot:

	CFDP	DZ	
Stand des Katalogs	29 700 / 53 000	24 800 / 39 000	Titel / Exemplare
Katalogisierung	1700 / 3500	1600 / 1900	Titel / Exemplare (inkl. Lesereihen / im CFDP ohne, im DZ mit Erneuerung der Ausleihe)
Ausleihen	93 400	71 000	
Eingeschriebene Leser/innen	4600	4300	
Aktive Leser/innen	1660	880	
Neue Leser/innen	290	140	

Auch zahlreiche andere, nicht bezifferbare Dienstleistungen stehen den Nutzerinnen und Nutzern zur Verfügung: Zugriff zu acht wissenschaftlichen Datenbanken des Konsortiums der Schweizer Hochschulbibliotheken, pädagogische, technische und didaktische Beratung, Begleitung von audiovisuellen Projekten usw.

Die Mediathek des DZ wurde völlig neu eingerichtet, um den Leserinnen und Lesern einen übersichtlicheren Zugang zum Bestand und mehr Komfort in der Ausleihe zu gewähren: Zusammenfügen getrennter Räume und Medienaufstellung in thematischen Inseln.

Die Dokumentationszentren organisierten zudem für das interne und externe Publikum verschiedene Weiterbildungen und sonstige Aktivitäten: Besuche in den Mediatheken und im Multimedia-Atelier, thematische Ausstellungen (Astronomie, Kindergarten...), Lesezirkel in Zusammenarbeit mit den Forschungsstellen der PH, Kurse zur Medienerziehung, Bildbearbeitung und Informations- und Kommunikationstechnologie (MITIC), zu Trickfilm und Ton, zur Informationssuche in den Katalogen und Datenbanken, Tag der offenen Tür im DZ usw.

Neue Publikationen

Erstellen eines Konzepts und des Themenkoffers «BiblioFit mit der Büchermaus», um junge Schülerinnen und Schüler in die Nutzung der Schulbibliothek einzuführen.

Veröffentlichung einer Experimentierkiste und eines Internetauftritts zu den Feuchtgebieten, in Zusammenarbeit mit dem Büro für Natur- und Landschaftsschutz (BNLS).

2009

Publikation eines pädagogischen Heftes und eines Internetauftritts mit dem Titel «Lart en ville: à la découverte d'une sculpture».

Erstellen eines Internetauftritts zur St-Nikolaus-Tradition im Rahmen des pädagogischen Portals des Kantons Freiburg (friportal). Veröffentlichung von pädagogischen Ressourcen für Lehrpersonen, in Zusammenarbeit mit den pädagogischen Berater/innen der Direktion.

Realisierung zweier Werbefilme zu Werken der Kinder- und Jugendliteratur, im Rahmen des «Prix TSR Littérature Ados».

Deutsch- und französischsprachige Weiterbildungsstelle
Das Kursprogramm 2009 wurde der Lehrerschaft Freiburgs über Plakate, je eines in D und F, und übers Internet angeboten.

In der französischsprachigen Abteilung wurden keine besonderen Themen behandelt, da die Sommersession den Kursen zur Einführung des zweiten Kindergartenjahres gewidmet war. Die Weiterbildungen wurden mit mehreren Tagungen sowie mit Workshops aufgelockert. Die Nachfrage nach «A-la-carte-Kursen» bleibt mit über 108 Kursen (F) etwa auf dem Stand der vergangenen Jahre. Für die deutschsprachigen Lehrpersonen wurden zehn «A-la-carte-Kurse» organisiert. Daneben wurden etwa ein Dutzend Schulen bei der Organisation der dezentralen schulinternen Weiterbildung (SchiLw) unterstützt.

Die Erhebungen der Weiterbildungsstelle ergeben für 2009 folgende Zahlen:

- > 846 (F) | 769 (D) Einschreibungen für 84 (F) | 79 (D) Angebote
- > 822 Einschreibungen für 94 Sommerkurse (f)
- > 1696 (F) | 90 (D) Einschreibungen für 108 (F) | 6 (D) «A-la-carte-Kurse», plus 14 (D) SchiLw
- > 176 (F) Einschreibungen für 7 (F) Angebote im sonderpädagogischen Bereich
- > Sprachprogramm 2009 – Einschreibungen Englisch-Sprachkurse: 31 (F + D)
- > Intensivweiterbildung – Horizont 2009 – Sprachen: Anträge Sprachaufenthalte: 11 (F) | 15 (D)
- > Intensivweiterbildung – Horizont 2009 – «Bien-être professionnel» 55 (F) | 0 (D)
- > Unterstützte externe Weiterbildung: 80 (F) | 63 (D) Einschreibungen
- > Begleitete Berufseinführung: 136 (F) | 49 (D)

In den Jahren 2008 und 2009 ist die Zahl der berücksichtigten Einschreibungen (F) von 3097 auf 3620 gestiegen.

Forschungsstellen D und F

Die Forschungsstellen boten den Lehrpersonen Weiterbildungsmöglichkeiten in Form von Foren, Kolloquien und Konferenzen an. Die zur Diskussion gestellten Themen ermöglichten es den Dienststellen, ihre Schwerpunkte vorzustellen und ihre Projekte eingehender zu reflektieren. Zwei Mitarbeitende der deutschsprachigen Forschungsstelle haben Förderstipendien vom Nationalfonds erhalten und absolvieren Forschungsaufenthalte im Ausland.

Im Juli 2008 konnte eine wissenschaftliche Mitarbeiterin mit einem halben Pensum angestellt werden. Dank dieser neuen Fachkraft kann die Forschungsstelle die wissenschaftliche Präsenz in der Begleitung wissenschaftlicher Tätigkeiten von Dozierenden im Rahmen von Förderprojekten verstärken.

Die französischsprachige Forschungsstelle hat sich intensiv mit der Auswertung von Daten beschäftigt, die im Rahmen eines über das Förderungsinstrument DORE unterstützten Nationalfondsprojektes (2006/07) gewonnen worden sind. Dieses Projekt befasste sich mit der Integration der Medien und IKT aus Sicht der Schülerinnen und Schüler. An internationalen Konferenzen wurden entsprechende Beiträge vorgestellt. Die Forschungsstelle führte zudem die Zusammenarbeit mit den anderen PHs der Westschweiz weiter. Es ging dabei um das Projekt Inserch, das sich mit der Berufseinführung von Junglehrkräften befasst. In Rahmen dieses Projekts wurden mehrere Tagungen und Publikationen realisiert. Ein weiteres Projekt, das sich mit der Integration von Schülerinnen und Schülern befasst, die neu in den Kanton Freiburg gezogen sind, wurde mit dem Departement für Erziehungswissenschaften der Universität Freiburg durchgeführt. In einem weiteren Kooperationsprojekt – mit der Hochschule für Musik – ging es um die Problematik im Zusammenhang mit zertifizierenden Evaluationsfragen in den Fachhochschulen. Ausserdem hat die Forschungsstelle an einem Kompetenzschwerpunkt im Bereich des kreativen Denkens gearbeitet. Diese Thematik wird die Mitarbeitenden der Forschungsstelle weiterhin beschäftigen; verschiedene Projekte befinden sich in der Realisierungsphase. Die Dienststelle erbringt daneben auch Leistungen für Dritte. So hat sie für das interkantonale Gymnasium der Broye (GYB) einen Leitfaden für die Durchführung von Personalentwicklungsgesprächen entwickelt. Der Leiter der französischsprachigen Forschungsstelle hat Einsitz in wissenschaftlichen Gremien, Koordinationsgruppen und in nationalen und internationalen Kommissionen. Er war auch im Redaktionskomitee der «Revue suisse des sciences de l'éducation» tätig und ist Chefredaktor der Zeitschrift HEP «Formation et pratiques d'enseignement en questions». Er präsidiert zudem die «Association Suisse de recherche en éducation musicale (ASRREM)».

—
2009

Die deutschsprachige Forschungsstelle hat ihr Nationalfondsprojekt zur Leseförderung Ende September 2009 beendet und dazu zwei Artikel in wissenschaftlichen Zeitschriften publiziert. So organisierte die Forschungsstelle im Rahmen des EARLI-Kongresses (European Association for Research in Learning and Instruction) in Amsterdam ein Symposium zur Leseförderung in der Familie, zu dem internationale Fachpersonen eingeladen waren. Auf der Grundlage eines abgeschlossenen Forschungsprojektes zu den Hausaufgaben hat die Direktion eine Broschüre für das Erteilen von Hausaufgaben für Lehrpersonen veröffentlicht. Angelaufen ist ferner ein Projekt zum Empowerment im Mentoring. Der Leiter der deutschsprachigen Forschungsstelle organisierte zusammen mit der Universität Freiburg einen weiteren Zertifikatslehrgang für «Mentoring & Coaching». Dieser Kurs wurde vom Weiterbildungszentrum der Universität zum zweiten Mal mit Erfolg durchgeführt.

2.1.3 Fachstelle fri-tic

Nachdem die Direktion eine Richtlinie erlassen hat, wonach die Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen ebenfalls über Medien- und IKT-Kompetenzen verfügen müssen, wurden die Ausbildungsbemühungen in diesem Bereich intensiviert. So haben im Schuljahr 2008/2009 über 200 Lehrpersonen vom Kindergarten bis zur Sekundarstufe II und beider Sprachgruppen des Kantons an fri-tic-Kursen teilgenommen. Bisher sind rund 95% der Lehrpersonen ausgebildet oder befinden sich in der Ausbildung. Die Datenbank auf www.fri-tic.ch beinhaltet mehr als 2500 pädagogische Szenarien; diese beispielhaften Medien- und IKT-Einsätze wurden von den Lehrpersonen in ihren Klassen erprobt und anschliessend dokumentiert.

Im Herbst 2009 begann ein weiterer Ausbildungsgang für Medien- und IKT-Ansprechpersonen. Die teilnehmenden Lehrpersonen werden einerseits abgehende Ansprechpersonen ersetzen und andererseits bestehende Lücken schliessen. 12 französischsprachige und 11 deutschsprachige Lehrpersonen nehmen daran teil und werden die Ausbildung im ersten Halbjahr 2010 abschliessen.

Die Fachstelle fri-tic leitet mit Unterstützung des CFDP und des DZ die Entwicklung und Installation des Kantonalen Bildungsportals friportal. Dazu wurden Projekte zur Medien- und IKT-Integration in verschiedenen Fachbereichen wie Musik, bildende Künste, alte Sprachen usw. entwickelt und durchgeführt.

Daneben beteiligte sich die Fachstelle an der Präventionskampagne zur Nutzung des Internets, dies in Zusammenarbeit mit der Freiburger Kantonspolizei und der Direktion. Dazu organisierte die Fachstelle fri-tic zusammen mit anderen Westschweizer Kantonen eine Medien- und IKT-Fortbildung in Tramelan. Auch wurden zwei Informationsnachmittage zu den Einsatzmöglichkeiten von OpenSource Programmen (Open Office) und zur Aus-

stattung von Schulzimmern mit interaktiven Weisswandtafeln für die Schulleitungen organisiert.

Heute sind dank des Sponsorings von Swisscom 244 Freiburger Schulen am kantonalen Bildungsnetz angeschlossen. Weitere Schulen beziehen den Internetzugang über andere Anbieter. Insgesamt sind rund 98% der Primarschulen und 85% der Computer vor Ort am Internet angeschlossen. Im Jahr 2000 hatten erst 45% der Primarschulen und 14% der Computer eine Internetverbindung. Seit 1998 hat sich die Zahl der Schulcomputer mehr als vervierfacht. So sind heute rund 8700 Computer auf alle Schulstufen verteilt im Einsatz.

2.2 Besondere Ereignisse

Auf struktureller Ebene führte die PH die Umwandlung der verschiedenen Einheiten (Grundausbildung, Forschung und Entwicklung) in Lehr- und Forschungsbereiche weiter. Das Ziel dieser Reorganisation besteht darin, noch kohärentere Bildungsstrukturen anbieten zu können und einzelne Kompetenzbereiche auf nationaler Ebene zu fördern. Der Studiengang wird ebenfalls angepasst, damit er den neuen Anforderungen der interkantonalen Bildungspolitik entspricht (Beispiel: Einführung von Englisch oder Integration von Kindern mit besonderen Bedürfnissen).

Auf kantonaler und interkantonaler Ebene hat die PH an verschiedenen Vernehmlassungen, die sich mit der Schulentwicklung oder mit der Lehrerinnen- und Lehrerbildung befassen, teilgenommen. Sie wurde zudem für das Co-Präsidium (mit der PH Zürich) des «Consortium national pour l'éducation au développement durable» ernannt.

Im Auftrag der COHEP sorgt der Leiter des DZ für die schweizerische Koordination der pädagogischen Hochschulen für den Zugang zu den elektronischen Datenbanken und wissenschaftlichen Zeitschriften des Konsortiums der Schweizerischen Hochschulbibliotheken. Er ist auch Mitglied in der Steuergruppe der digitalen Schulbibliothek. Die Verantwortlichen des CFDP/DZ haben die Vizepräsidentschaft in der «Groupe romand et tessinois des centres de documentation pédagogique (GROCEDOP)» und in der deutschen Gruppe der «Medien- und Informationszentren der Pädagogischen Hochschulen der deutschen Schweiz (MIPHD)» inne. Beide sind zudem Mitglied der COHEP-Arbeitsgruppe PH-Bibliotheken. Rektorin Pascale Marro wurde in den Vorstand der COHEP gewählt.

—
2009

VIII. HOCHSCHULE FÜR GESUNDHEIT FREIBURG

1. Aufgaben

—

Die Hochschule für Gesundheit Freiburg (HfG-FR) hat den Auftrag, eine hochstehende berufsbefähigende Ausbildung, den Bachelor of Science HES-SO in Pflege, in zwei Sprachen anzubieten. Sie ist auch in der angewandten Forschung und im Bereich der Weiterbildung tätig und bietet zudem Dienstleistungen in mehreren Fachbereichen an (Gesundheit älterer Menschen, Psychogeriatrie, chronische Krankheiten und Langzeitpflege, Psychiatrie und psychische Gesundheit usw.). 2009 lag der Schwerpunkt auf der Entwicklung der internationalen Beziehungen und der Mobilität der Studierenden. Die Vergabe der ersten Bachelor-Diplome und die gestiegene Zahl von Studierenden haben das Berichtsjahr ebenfalls geprägt.

Direktorin: Jacqueline Gury Racine.

2. Tätigkeit

—

2.1 Ordentliche Tätigkeit

—

2.1.1 Direktionsrat

Der Direktionsrat, präsiert von der Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport, hielt zwei Sitzungen ab. Dabei hat er insbesondere die Rechnung, die Bilanz und den Geschäftsbericht 2008 geprüft und an den Staatsrat überwiesen, den Voranschlag 2010 geprüft, neues Personal angestellt und von Rücktritten Kenntnis genommen, die Weiterbildung HfG-FR und FH Westschweiz zur Kenntnis genommen, Einblick in die laufenden Geschäfte genommen (Gesetz über die Fachhochschule Westschweiz//Freiburg (LHES-SO//FR); Bachelor of Science HES-SO und Vorbereitungsjahr) sowie Informationen erhalten über die Arbeiten in Zusammenhang mit der FH Westschweiz (Entwurf des Bundesgesetzes über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG); neue interkantonale Vereinbarung der FH Westschweiz und Führungsmodell).

Neben den statutarischen Aufgaben hat er sich über alle Projekte auf Landesebene und in der Westschweiz zu den neuen FH-Studiengängen auf dem Laufenden gehalten.

2.1.2 Ausbildungsgänge

Am 31. Dezember 2009 absolvierten 300 Personen die Grundausbildung Bachelor of Science HES-SO in Pflege. An den Diplomverleihungen erhielten 41 französischsprachige und deutschsprachige Personen den ersten Bachelor in Pflege. Zum letzten Mal wurde 9 Personen nach Studienverlängerung das Fachhoch-

schuldiplom in Pflege verliehen. In Anwendung der Fachhochschulverordnung werden die Inhaberinnen und Inhaber des FH-Diploms den entsprechenden Bachelor-Titel tragen können.

2.1.3 Grundausbildung

Im September nahm die HfG-FR eine Rekordzahl an Studierenden ins erste Bachelorjahr auf: 91 französischsprachige und 18 deutschsprachige. Das Vorbereitungsjahr haben mit 58 französischsprachigen und 13 deutschsprachigen Personen etwas weniger Studierende als in früheren Jahren angefangen. Diese Unterschiede lassen sich grösstenteils damit erklären, dass vermehrt direkt in den Bachelor-Studiengang eingestiegen wird. So haben 21 Personen, die über eine Ausbildung als Fachangestellte/r Gesundheit (FaGe) mit Berufsmatura verfügten, direkt mit der Bachelor-Ausbildung (französischsprachige Abteilung) begonnen. Die geringe Anzahl deutschsprachiger Studierender an der HfG-FR ist teilweise darauf zurückzuführen, dass die Ausbildung zur FaGe im Kanton noch nicht in deutscher Sprache besucht werden kann.

Es wurden rund 550 Praktika organisiert (17 070 Tage), verteilt auf 69 Pflegeinstitutionen, 25 davon ausserhalb des Kantons. Mit dem Alternierungssystem «Schule-Praktikum» wird sichergestellt, dass die künftigen Diplomierten über ausgezeichnete berufliche Kompetenzen für die verantwortungsvolle Arbeit im Pflegebereich verfügen. Dank stetiger Förderung der Zusammenarbeit zwischen der Schule und den Pflegeinstitutionen sowie positiver Rückmeldungen nach der Vergabe der ersten FH-Diplome zeigen die Pflegeinstitutionen immer grösseres Interesse an der Betreuung von Studierenden dieses Studiengangs.

2.1.4 Weiterbildung und Nachdiplomstudium

Die HfG-FR bietet unter anderem von der FH Westschweiz anerkannte Diplom- und Zertifikatslehrgänge (DAS und CAS) für diplomierte Berufspersonen der Bereiche Gesundheit und Soziale Arbeit sowie kurze Weiterbildungen auf verschiedenen Stufen an.

2009 hat die HfG-FR in Zusammenarbeit mit anderen Fachhochschulen die folgenden Nachdiplomstudien erarbeitet und angeboten:

- > DAS HES-SO in Gesundheit von älteren Personen (in F);
- > DAS HES-SO in Psychiatrie und psychischer Gesundheit: Interventionen und Politik (in F);
- > CAS HES-SO zur Integration der wissenschaftlichen Erkenntnisse in die Praxis der Pflegenden (in F);
- > CAS HES-SO Praxisausbildner/innen (in D und F);

2009

- › CAS HES-SO Pflegequalität und Beratung (in D);
- › CAS HES-SO in Palliative Care (in D).

Im Jahr 2009 konnten folgende Studiengänge und punktuellen Weiterbildungskurse durchgeführt werden:

- › CAS HES-SO in Psychogeriatric;
- › CAS HES-SO in Chronizität und Langzeitpflege;
- › Weiterbildung für diplomierte Gesundheitsfachpersonen zum Thema «Arbeiten mit Pflegediagnosen»;
- › Weiterbildung für Pflegeassistentinnen und Pflegeassistenten;
- › punktueller Weiterbildungstag in Zusammenarbeit mit den Standorten des HFR über die Begleitung von Patientinnen und Patienten in der Rehabilitation;
- › Ausbildung zur Erste-Hilfe-Bezugsperson – Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutzmanagement am Arbeitsplatz (SGA) – Dienststellen des Staats Freiburg.

Die HfG-FR führte auch ihre Zusammenarbeit mit der Berner Fachhochschule (BFH) weiter, um gemeinsame Weiterbildungsangebote in deutscher Sprache anzubieten.

Aufgrund der Bedingung, die Weiterbildungen selbsttragend anzubieten, sind die Schulen gezwungen, Einschreibgebühren zu verlangen, die oft die Mittel der Fachleute und der interessierten Institutionen übersteigen. Dies zeigt sich unter anderem in der sehr geringen Anzahl Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den Gesundheits- und Sozialeinrichtungen des Kantons, wie sich seit drei Jahren aus den Statistiken über die Weiterbildungen an der HfG-FR ablesen lässt.

2.1.5 Dienstleistungen

2009 konnte im Bereich der Dienstleistungen zahlreichen Anfragen von Institutionen des Pflegebereichs, von Vereinen, die im Gesundheits- und Sozialwesen tätig sind, und von Bildungsinstitutionen (Hochschulen) entsprochen werden.

Die am häufigsten von der HfG-FR erbrachten Dienstleistungen sind:

- › auf die individuellen Bedürfnisse der Institutionen zugeschnittene Fortbildungen (Gesundheit, Sozialwesen, Bildung);
- › Praxisanalyse und Aneignung neuer Kompetenzen der in den verschiedenen Gesundheitseinrichtungen tätigen Fachpersonen; dabei ging es unter anderem um die Pflege von älteren Personen,

das Verhalten bei Aggressivität und Gewalt sowie die psychische Gesundheit und Psychiatrie;

- › Team- oder Einzelsupervision;
- › konzeptuelles und methodologisches Begleiten von Projekten oder neuen Aufgaben einer Gesundheitseinrichtung oder eines Dienstes, Qualitätsprüfung und Umsetzung von Forschungsprojekten, die von einzelnen Institutionen oder Verwaltungen in Auftrag gegeben werden;
- › Unterricht an anderen Bildungsstätten: Universität Freiburg, Universität Lausanne, Weiterbildungszentrum für Gesundheitsberufe, Aarau, Bildungszentrum des Schweizer Berufsverbands der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (Zürich), andere Standorte der FH Westschweiz, Berufsschulen, Vereine usw.

Die Schule bietet daneben auch folgende Dienstleistungen an:

- › Weiterführung von Aufträgen der FH Westschweiz in den Bereichen Gesundheit und Soziale Arbeit; dabei geht es insbesondere um die Erarbeitung des Rahmenplans für den Unterricht, des Kompetenzprofils, der Aufnahmebedingungen, des Bildungsreglements sowie um Fragen zur Einführung des Masterstudiengangs in Pflege an der Universität Lausanne und der FH Westschweiz;
- › Teilnahme an verschiedenen Arbeitsgruppen, insbesondere der FH Westschweiz und der Schweizerischen FH-Konferenz.

Die Anerkennung bereits erbrachter Leistungen von Praxisausbilderinnen und Praxisausbildnern HES-SO ist ein wichtiges Mandat, das die HfG-FR im Jahr 2005 von der FH Westschweiz erhielt. Dieses Mandat wurde am 31. Dezember 2009 beendet. In diesem letzten Jahr wurden 349 Dossiers in 14 Sitzungen von fünf regionalen Kommissionen bearbeitet, die von der Direktorin der HfG-FR präsiert wurden.

2.1.6 Angewandte Forschung und Entwicklung (aF&E)

Die Forschungstätigkeit, zahlreiche Publikationen und eine aktive Teilnahme der Dozierenden an Konferenzen und Kongressen trugen zum nationalen und internationalen Ruf der Schule bei. Zu erwähnen sind insbesondere die Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der medizinischen Informatik, die Arbeiten über Mechanismen zur Regulation der Arbeitskoordination, die in Zusammenarbeit mit dem Interkantonalen Spital der Broye (HIB), Standort Payerne, durchgeführt wurden, oder die in Partnerschaft mit dem Spital von Châtel-St-Denis durchgeführte Forschung zum Thema «Hoffnung, Sinn und Würde». Ebenfalls von Bedeutung sind die wissenschaftlichen Beiträge, die am vierten Weltkongress des Internationalen Sekretariats der Pflegepersonen des französischsprachigen Raums (Secrétariat international des infirmières et

2009

infirmiers de l'espace francophone, SIDIIEF) in Marrakesch (Marokko) und an den Kongressen der Oncology Nursing Society und der European Group for Public Administration präsentiert wurden.

2.1.7 Internationale Beziehungen

Mit der aktiven Teilnahme am 4. Weltkongress der französischsprachigen Pflegepersonen vom 7. bis 11. Juni 2009 in Marrakesch (Marokko) verstärkte die HfG-FR ihren wissenschaftlichen Ruf. Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie mehrere Studierende sind an zwei Plenarforen, fünf Parallelveranstaltungen und zwei Posterpräsentationen aufgetreten. Die gute Qualität dieser Beiträge zeigt sich daran, dass die Studierenden der HfG-FR mit ihrer Präsentation den zweiten Preis (von insgesamt 80 Beiträgen) erreichten.

2009 konnten die Studierenden erstmals ein ganzes Semester an einer Universität im Ausland absolvieren. Eine Studentin der HfG-FR absolvierte ein Semester an einer türkischen Universität (Hitit Üniversitesi, Çorum) und eine Studentin aus Quebec (Université du Québec à Chicoutimi) studierte ein Semester an unserer Schule (Praktikum und Theorie). Insgesamt haben im Jahr 2009 sieben Studierende der HfG-FR einen Teil ihrer Ausbildung im Ausland gemacht.

2.1.8 Zusammenarbeit mit der FH Westschweiz

Die Direktorin hat an den Sitzungen der Bereichsräte Gesundheit sowie Gesundheit-Soziales der FH Westschweiz teilgenommen. Die Direktorin und weitere Direktionsmitglieder, so die Stellvertreterin der Direktorin und der Westschweizer Studiengangverantwortliche, haben sich an den verschiedenen Aktivitäten zur Entwicklung des Studiengangs Bachelor in Pflege beteiligt. Ebenso haben sie im September 2009 zur Entwicklung des Masters in Pflegewissenschaft und zur Festlegung der Abschlusskompetenzen Bachelor-Master im Auftrag des BBT beigetragen.

2.2 Besondere Ereignisse

2.2.1 Strategie und Ziele

Zusätzlich zu den Direktionssitzungen organisierte die HfG-FR zwei Direktionsseminare zur Entwicklungsstrategie, zu den Schwerpunkten 2010 sowie zu den Zielen, die in Zusammenhang mit den Prozessen des Qualität-Managementsystems gesteckt wurden.

2.2.2 Zusammenarbeit HES-SO//Freiburg und Qualität

Die Zusammenarbeit zwischen den Schulen der HES-SO//Freiburg setzt sich mit Erfolg fort, vor allem in den Bereichen Finanzen, Informatik und Qualität. Das Qualitätsmanagementsystem wurde weiterentwickelt; für 2010 ist ein Rezertifizierungsaudit vorgesehen.

2.2.3 Veranstaltungen an der HfG-FR und Informationsarbeit

Die Information der Öffentlichkeit, der Studienanwärterinnen und -anwärter, der Partner der Schule sowie die schulinterne Information erfolgte über die Website der HfG-FR sowie durch Informationsveranstaltungen, die an der HfG-FR und an verschiedenen anderen Orten durchgeführt wurden, um die Ausbildungsgänge vorzustellen.

Am 7. und 8. Januar 2009 wurde in der Schule in Zusammenarbeit mit verschiedenen Arbeitgebern die traditionelle Ausstellung mit dem Titel «Der Ausbildungsmarkt» organisiert, um die Studierenden der Schule mit dem Arbeitsmarkt vertraut zu machen.

Vom 20. April bis 8. Mai 2009 präsentierten der Verein der Krippe Pérollino, die Gleichstellungsbeauftragte, die HES-SO//FR und die HfG-FR die Wanderausstellung lab-elle. Diese Ausstellung entschlüsselt anhand von sieben reich illustrierten Informationstafeln die Geschlechterstereotypen, die in Bilderbüchern für Kinder immer noch vorhanden sind.

Das Treffen der HfG-FR mit all ihren Partnern fand am 12. Mai 2009 in Marsens statt. Dabei kamen rund 70 Personen zusammen. Der Schwerpunkt lag auf der Funktion der Praxisausbilderinnen und Praxisausbilder, ihre Anerkennung und ihre Einbindung in die Ausbildung der Studierenden.

Am 3. Dezember 2009 erfolgte die Übergabe der ersten Bachelor of Science HES-SO in Pflege sowie die Gründung der Alumni-Vereinigung der HfG-FR.

2.2.4 Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz

Im Zuge der Umsetzung des in den Jahren 2007 und 2008 erarbeiteten Konzepts «Gesundheit-Sicherheit der Personen» wurde am 1. Januar 2009 ein Beratungsdienst für die Studierenden und das Personal der vier Fachhochschulen in Freiburg eröffnet. Für diesen Dienst wurde eine 50%-Stelle geschaffen. In Zusammenarbeit mit dem bestehenden Sozial- und Gesundheits-Netzwerk bietet er Hilfe an bei problematischen Situationen im psychologischen oder sozialen Bereich. Vom 1. Januar bis 30. November 2009 haben 47 Personen den Dienst in Anspruch genommen, die meisten davon (33 Personen) zu Beginn des akademischen Jahres (von September bis November).

Die Grippe A H1N1 hat die HfG-FR im Jahr 2009 ebenfalls beschäftigt. Neben der Teilnahme an diversen Arbeitssitzungen mit dem Kantonsarztamt und dem kantonalen Führungsorgan führte die HfG-FR am 26. November 2009 in ihren Räumlichkeiten eine Impfkampagne gegen die Grippe A H1N1 für die Studierenden und das Personal der vier Fachhochschulen in Freiburg durch.

—
2009

IX. FACHHOCHSCHULE FREIBURG FÜR SOZIALE ARBEIT (FHF-SA)

1. Aufgaben

Die Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit (FHF-SA) hat die Aufgabe, im Bereich der Sozialen Arbeit eine berufliche Grundausbildung auf Hochschulstufe anzubieten. Diese beruht auf dem Grundsatz der dualen Ausbildung sowie der Entwicklung und Förderung der beruflichen Kompetenzen. Die FHF-SA bietet somit Bachelor- und Master-Studiengänge an, die den Anforderungen des Fachhochschulgesetzes und der dazugehörigen Bundesverordnungen sowie den europäischen Richtlinien der Bologna-Erklärung entsprechen. Wie es ihrem gesetzlichen Auftrag entspricht, ist die FHF-SA ferner auch in der Weiterbildung und Nachdiplomausbildung und in der angewandten Forschung tätig, erbringt Dienstleistungen und pflegt internationale Kontakte.

Direktor der Schule: Dimitri Sudan.

2. Tätigkeit

2.1 Ordentliche Tätigkeit

2.1.1 Grundausbildung

Die FHF-SA bietet ein Bachelorstudium in Sozialer Arbeit mit Vertiefung in Sozialarbeit und Sozialpädagogik an. Die Vertiefung in soziokultureller Animation wird hingegen in Freiburg vorläufig nicht angeboten. Die FHF-SA beteiligt sich zudem am Aufbau eines konsekutiven Master-Angebots, das vom Bereich Soziale Arbeit der FH Westschweiz erarbeitet wurde. Dieser Masterstudiengang konnte im September mit 45 eingeschriebenen Studierenden (26 Frauen, 19 Männer) starten. Der Unterricht findet in den Räumlichkeiten von «HES-SO Master» in Lausanne sowie an verschiedenen kantonalen Standorten statt.

Am 15. Oktober 2009 belief sich die Gesamtzahl der Studierenden an der Fachhochschule, sämtliche Bildungsgänge zusammengefasst, auf 440, davon 325 Frauen (73,87%) und 115 Männer (26,13%). 264 Studierende absolvieren ein Vollzeitstudium (60%), 166 ein berufsbegleitendes Studium (37,7%) und 10 ein Teilzeitstudium (2,3%).

Im Herbst 2009 wurden die ersten Bachelor-Diplome in Sozialer Arbeit verliehen; Studierende mit einem alten FH-Titel können künftig auch den Bachelor-Titel tragen.

Im akademischen Jahr 2008/09 wurden 118 neue Dossiers von Studienanwärterinnen und -anwärtern eröffnet. Deren Zahl bleibt seit einigen Jahren stabil.

An der Diplomfeier vom 20. Mai 2009 erhielten 39 Absolventinnen und Absolventen ihr Diplom. Zwei der Diplomanden wurden für ihre hervorragenden Diplom-/Abschlussarbeiten ausgezeichnet. Eine weitere Feier mit der Übergabe von 58 Bachelor-Diplomen ist für Februar 2010 geplant. Die FHF-SA überreicht somit jedes Jahr rund 80 Diplome.

2.1.2 Weitere Aufgaben der Fachhochschule

Die Tätigkeiten im Rahmen der weiteren Aufgaben wurden in Übereinstimmung mit den seit mehreren Jahren geltenden Werten und Leitlinien der FHF-SA weitergeführt. Sie betrafen weiterhin Schwerpunktthemen wie die Probleme und Herausforderungen, die sich im Zusammenhang mit der Berufspraxis, mit Behinderungen sowie behinderten Personen, mit der sozialen und beruflichen Eingliederung, der Förderung der Lebensqualität und der Prävention von Gewalt und selbstzerstörerischem Verhalten stellen.

Unter den im Jahr 2009 aufgenommenen Forschungsarbeiten ist besonders auf die Studie «Qualité de vie en formation» (Lebensqualität im Studium) zu verweisen, die in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg durchgeführt wird. Ziel dieser Forschungsarbeit ist es, die Parameter, Voraussetzungen und Situationen zu erfassen, welche den Ablauf der Bildungsprozesse beeinflussen und sich als besonders günstig für den Verlauf der Studien erweisen. Bei den zahlreichen weiteren Projekten ist in dieser Krisenzeit, die sich vor allem in der Beschäftigungssituation junger Menschen zeigt, besonders eine Studie nennenswert: «Jeunes adultes entre aide sociale et dispositifs d'insertion socioprofessionnelle dans les cantons de Vaud, Neuchâtel et Fribourg: catégorisation d'un public et des interventions à son égard» (Junge Erwachsene zwischen Sozialhilfe und sozioberuflichen Integrationsmassnahmen). Im Weiterbildungsbereich ist die FHF-SA ebenfalls an den wichtigsten Angeboten im Bereich der Gesundheit und der Sozialen Arbeit beteiligt (Praxisausbilder/in, Supervision, Systemik, Gewalt in Ehe und Partnerschaft, Leitung von Sozial- und Gesundheitseinrichtungen, sozialpolitische Massnahmen und Case Management).

2.1.3 Direktionsrat

Der Direktionsrat hat sechs Sitzungen abgehalten: Er hat die Rechnung 2008 genehmigt, ist über die Entwicklung des Voranschlags 2009 informiert worden, hat den Voranschlag 2010 geprüft, Einsicht genommen in den Bericht vom 17. Juli 2009 über die Revision der Jahresrechnung 2008 der FHF-SA, das Reglement über die Ausbildung zur Tätigkeit in der ausserschulischen Kinderbetreuung geprüft und der EKSD seine positive Stellungnahme übermittelt, die Gründung des Verbands der Studierenden der FHF-SA zur Kenntnis genommen, Einsicht genommen in den Bericht der Expertengruppe zur neuen Vereinbarung HES-SO, ist über die Ergebnisse der bei den ehemaligen Studierenden der FHF-SA

—
2009

durchgeführten Befragung zu ihrer sozioberuflichen Integration informiert worden, hat Kenntnis genommen vom geplanten Neubau auf der Pérolles-Ebene für den Bereich Gesundheit und Soziale Arbeit.

2.2 Besondere Ereignisse

2.2.1 ISO-Zertifizierung der FHF-SA

Am 25. Juni 2009 hat die FHF-SA die ISO-Zertifizierung 9001:2008 erlangt. Da alle vier kantonalen Schulen nun ISO-zertifiziert sind, gilt dieses Zertifikat für den gesamten Bereich der künftigen HES-SO//Fribourg, die somit von dieser wertvollen Zertifizierung profitieren kann. So hat die Einführung und kontinuierliche Weiterentwicklung eines Qualitätsmanagementsystems eine wichtige Hürde genommen und die Fachhochschulen sind für die in der nationalen Gesetzgebung vorgesehenen Akkreditierungsverfahren gewappnet.

2.2.2 Umfrage bei ehemaligen Studierenden der FHF-SA

Im Frühjahr 2009 führte die FHF-SA bei ehemaligen Studierenden, die ihr Studium nach 2002 aufgenommen hatten (erster FH-Jahrgang), eine Fragebogen-Umfrage durch. Mit einer Antwortquote von 67% kann die Befragung als weitgehend repräsentativ bewertet werden. Die Ergebnisse der Umfrage zeigen, dass die Arbeitslosenquote wie auch die Dauer der Arbeitslosigkeit bei den diplomierten Studienabgängern der Fachhochschule sehr niedrig ist und diese somit beruflich sehr gut integriert sind. Laut einem Grossteil der Studierenden entspricht ihre berufliche Tätigkeit, die sie zum Zeitpunkt der Befragung ausübten, der absolvierten Ausbildung. Fast die Hälfte (49,5%) sind der Ansicht, die ausgeübte Tätigkeit entspreche genau ihrem Wunschberuf; 44,3% hingegen gaben an, sie entspreche teilweise ihren beruflichen Wunschvorstellungen. Die FHF-SA wird solche Befragungen künftig in regelmässigen Abständen durchführen.

2.2.3 Abgabe der ersten Ausbildungsausweise für Pflegefamilien

Am 26. September erhielten 32 französischsprachige und 15 deutschsprachige Eltern das erste Zertifikat der Ausbildung für Pflegefamilien im Kanton Freiburg. Dieser erste Ausbildungszyklus dauerte zwei Jahre und behandelte Themen wie: das Kind und seine Entwicklung; die Familienform als Erziehungsraum; die Aufnahme und die Platzierung als Formen der sozialen Intervention; die Pflegefamilien und die Umstellung in der Familie.

Darüber hinaus hat sich FHF-SA in starkem Masse am Forum der Berufe - START 2009 beteiligt, das einen grossen Erfolg verzeichnet hat.

X. AMT FÜR BERUFSBERATUNG UND ERWACHSENENBILDUNG

1. Aufgaben

Das Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung hilft Jugendlichen und Erwachsenen bei der Berufs- und Studienwahl oder bei der Planung einer beruflichen Laufbahn. Es informiert sie über bestehende Möglichkeiten, berät sie in ihrer Wahl und unterstützt sie bei ihrer Ausbildung oder Eingliederung. Es begleitet die erste Berufswahl mit einer unterstützenden und kontinuierlichen Vorgehensweise.

Amtsvorsteher: Marc Chassot.

2. Berufsberatung

2.1 Tätigkeit

2.1.1 Berufswahlvorbereitung

Die Berufswahlvorbereitung erfolgt vorwiegend im Unterricht, durch Berufsberaterinnen und Berufsberater oder dafür ausgebildete Lehrpersonen. In den Orientierungsschulen fanden insgesamt 1897 Informationssitzungen statt.

Im französischsprachigen Kantonsteil wird der Berufswahlvorbereitungsordner «Une vie, des directions» an alle Schülerinnen und Schüler des zweiten OS-Jahres abgegeben. Er dient den Berufsberaterinnen und -beratern als pädagogisches Werkzeug für die Arbeit im Unterricht.

2.1.2 Schul- und Berufsinformation

Folgende Hilfsmittel werden zur Information über Berufe und Bildungsgänge eingesetzt:

- > schriftliche Informationsunterlagen (Leihmappen, Berufsinformationsblätter);
- > mündliche Informationen (Vorträge über Berufe und Schulen);
- > audiovisuelles Material (CD-Rom, DVD);
- > kantonale und nationale Internetseiten der Berufsberatung (Lehrstellenliste und Anmeldefristen);
- > Betriebsbesichtigungen (in Zusammenarbeit mit den Berufsverbänden);
- > Schnupperlehren.

2009

15 582 Dossiers oder Dokumente wurden ausgeliehen.

Anhand der Ergebnisse der Umfrage, die jeden Herbst bei den Unternehmen und Verwaltungen durchgeführt wird, veröffentlicht das Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung jeweils eine Liste offener Lehrstellen. 2009 umfasste diese Liste 1439 (1409) Lehrstellen. Diese Zahl entspricht jedoch nicht genau der Realität, da nicht alle Lehrstellen von den Betrieben öffentlich ausgeschrieben werden.

Um die Lehrstellenliste im Internet laufend zu aktualisieren, führte das Amt im Frühjahr und Sommer 2009 bei den Ausbildungsverantwortlichen in den Betrieben zwei schriftliche Umfragen sowie telefonische Nachbefragungen durch.

Für die Schülerinnen und Schüler der französischsprachigen Orientierungsschulen und ihre Eltern wurde eine Neuauflage der Broschüre «Après le Cycle d'orientation: quelles voies de formation?» herausgegeben. Erstmals wurde parallel dazu auch eine deutschsprachige Broschüre «Schulzeit-Berufswelt» veröffentlicht.

Im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Dienstleistungszentrum Berufsbildung/Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung arbeitete der Dokumentationsdienst am Aufbau oder an der Aktualisierung mehrerer Informationsblätter-Sammlungen mit: Für den Kanton Freiburg wurden 105 UNI-INFO-Blätter, 49 ECOLINFO-Blätter über die Freiburger Schulen und 47 INFOP-Blätter über Berufe neu erstellt oder angepasst. 977 Weiterbildungsangebote wurden in die Datenbank www.berufsberatung.ch aufgenommen.

2.1.3 Berufsinformationszentren

Die Berufsinformationszentren bieten Informationsmaterial über Berufe und Ausbildungsgänge an. Im Kanton zählte man insgesamt 27 741 Besucherinnen und Besucher, von denen sich 10 648 in einem persönlichen Gespräch informierten.

2.1.4 Internetportal der kantonalen Berufsberatung

Das Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung verfügt über ein Internetportal, das u.a. ein Verzeichnis der Berufsinformationsstellen und der angebotenen Dienstleistungen umfasst. Dieses Portal informiert über die Anmeldefristen für die verschiedenen Bildungsgänge und ermöglicht den Zugang zum nationalen Portal, auf dem alle verfügbaren Lehrstellen verzeichnet sind.

2.1.5 Einzelberatung

Die nachfolgenden Zahlen beziehen sich auf die gesamte Berater-tätigkeit, also die Beratung von Jugendlichen und Erwachsenen.

Zu den Zahlen dieses Jahres lässt sich Folgendes festhalten:

- > Die Zahl der behandelten Fälle verzeichnete eine Zunahme von 8,2%. Die Zahl der Gespräche stieg gegenüber dem Vorjahr um 582, was einem Zuwachs von 5,5% entspricht.
- > Bei 1578 oder 26,6% Beratungen wurden gleichzeitig auch Tests durchgeführt.
- > Die erwachsenen Ratsuchenden (20-jährig und älter) machen mit 1316 Personen 22,2% der gesamten Beratungen aus.

Statistik der Ratsuchenden	2009			2008
	M.	F.	Total	
Anzahl beratene Personen	2387	3534	5921	5475
Anzahl Beratungsgespräche	4501	6690	11191	10609
Alter der Ratsuchenden				
bis 19-jährig	1908	2697	4605	4326
20-jährig und älter	479	837	1316	1149

2.1.6 Erwachsenenberatung

100 registrierte Arbeitsuchende kamen zu einem Beratungsgespräch, und zwar vor allem im Rahmen der Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen dem Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung und dem Amt für den Arbeitsmarkt.

2.1.7 Schul- und Berufswahl der Jugendlichen

Im Jahr 2009 beendeten 3488 (3606) 2008 Schüler/innen die Orientierungsschule; sie haben sich für folgende Schul- und Berufsrichtungen entschieden:

Gewählte Richtung in %	2009			2008
	M.	F.	Total	
Lehre, Grundausbildung	57,3	32,2	44,8	45,6
Schulen der Sekundarstufe II	26,5	43,4	34,9	35,0
Andere Schulen	2,9	2,8	2,9	2,1
Erwerbsarbeit	0,3	0,0	0,2	0,1
Partnersprachliches zehntes Schuljahr	4,5	4,4	4,4	4,8
Übergangslösung oder unbekannte Lösungen	2,3	12,1	7,2	7,2
Vorbereitungs- oder Integrationskurse	6,2	5,1	5,6	5,2

Der Anteil der Jugendlichen, die sich für eine Lehre entschieden haben, beträgt 44,8% (45,6), das sind 1563 (1646) Personen. Der Anteil Jugendlicher, die nach der Schule eine Lehre beginnen, hat um 0,8% abgenommen, bei den Knaben um 0,7% und bei den Mädchen um 0,5%.

—
2009

Mit dem höheren Lehrstellenangebot hat sich die Situation der beruflichen Eingliederung verbessert. In einigen Sektoren ist die Zahl der Stellen ausreichend, so etwa im Bau- oder im Gastgewerbe. In Berufen des Dienstleistungssektors oder im Bereich der neuen Technologien ist das Angebot an freien Lehrstellen hingegen geringer als die Zahl der interessierten Lehrstellensuchenden. Jugendliche mit guten schulischen Leistungen finden leicht eine Lehrstelle; wer schulisch schwach ist oder einen Migrationshintergrund aufweist, bekundet hingegen mehr Mühe. Der Eintritt in eine Lehre erfolgt später; die Betriebe tendieren dazu, ältere Schülerinnen und Schüler einzustellen.

2.2 Besondere Ereignisse

2.2.1 Hilfe für Jugendliche in Schwierigkeiten

Die Berufsberatung des Kantons Freiburg widmet sich besonders den Jugendlichen, denen der Einstieg ins Berufsleben am meisten Mühe bereitet. Im Rahmen eines vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie finanzierten Projekts wurde ein Unterstützungsprogramm für Jugendliche in Schwierigkeiten eingeführt, das sogenannte «Case Management». Dieses besteht in einer Frühintervention bei OS-Schülerinnen und OS-Schülern, die am Ende der obligatorischen Schulpflicht mit Eingliederungsschwierigkeiten konfrontiert sein könnten; diese werden bis zum Abschluss der Orientierungsschule intensiver betreut.

Bis Anfang September wurden zudem Jugendliche betreut, die keine Lehrstelle gefunden hatten. Mit einer Spezialaktion unter der Bezeichnung «Last Minute» wurde während des ganzen Sommers eine Anlaufstelle angeboten.

Die vom Staatsrat eingesetzte kantonale Kommission für Jugendliche mit Schwierigkeiten bei der beruflichen Eingliederung hat einen Bericht über die aktuelle Lage der betroffenen Jugendlichen vorgelegt und darin Massnahmen vorgeschlagen, um die Übergangphase am Ende der obligatorischen Schulzeit zu optimieren.

2.2.2 Forum der Berufe

Vom 20. bis 25. Januar 2009 fand im Forum Freiburg das zweite Forum der Berufe statt. Sämtliche Schülerinnen und Schüler der 8. und 9. OS-Klassen, also an die 7200 Jugendliche, haben dieses Forum während der Unterrichtszeit besucht; insgesamt verzeichnete das Forum abends und während des Wochenendes fast 18000 Besucherinnen und Besucher. An diesem Forum wurden 65 Berufe präsentiert, wobei die Berufssektoren in der Art von U-Bahn-Stationen angeordnet waren. Die Veranstaltung wurde voll zweisprachig organisiert.

3. Erwachsenenbildung

3.1 Tätigkeit

3.1.1 Kommission für Erwachsenenbildung

Die Kommission für Erwachsenenbildung hielt vier Sitzungen ab, an denen sie die Subventionsgesuche prüfte und der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport Empfehlungen abgab.

Weiter hat die Kommission:

> in Zusammenarbeit und Absprache mit dem Delegierten für die Integration der Migrantinnen und Migranten, der Koordinationsplattform für Sprachkurse an Migrantinnen und Migranten in Freiburg (COLAMIF) und dem Interprofessionellen Weiterbildungszentrum ein Weiterbildungsprogramm für die Erwachsenenbildung im Migrationskontext erarbeitet, das sich an Lehrpersonen für Französisch als Zweitsprache oder für Integrationskurse richtet, und der betreffenden Zielgruppe angeboten;

> eine Studie zur Einrichtung eines Pilotprojekts für einen Bildungsgutschein im Kanton Freiburg lanciert.

Ein Betrag von 42 250 Franken wurde für erneuerbare oder ausserordentliche Subventionen verwendet.

Der 9. Förderpreis für Erwachsenenbildung wurde dem Verein CREAHM (Kreativität und geistige Behinderung) verliehen. Im Anschluss an die Leistungsanalyse des Staates wurde beschlossen, diesen Preis künftig nicht mehr zu vergeben, da die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber stark rückläufig war.

3.1.2 Volkshochschule

Im Jahr 2008/09 haben 3340 (3004) Personen Kurse der Volkshochschule besucht, insgesamt zählte man 48 151 (44 483) «Teilnehmerstunden». 576 (592) Kurse wurden angeboten und 380 (379) durchgeführt.

Ein Leistungsvertrag zwischen dem Staat Freiburg und der Volkshochschule des Kantons Freiburg legt die Leistungen fest, die von der Volkshochschule erwartet werden, sowie die Finanzmittel, die der Staat zur Verfügung stellt. Er definiert zudem die Ziele, die über quantitative und qualitative Indikatoren erreicht werden müssen. Ein Beitrag von 51 000 Franken wird als Beteiligung an den Betriebskosten gewährt, ferner werden pro «Teilnehmerstunde» 2.10 Franken ausgerichtet. Insgesamt beläuft sich der Beitrag des Staates auf 152 171.10 Franken.

—
2009

<i>Eigenmittel</i>	
Kursgebühren, Beiträge, Schenkungen (81,73%)	83,41%
<i>Subventionen</i>	
Kanton (17,17%)	15,41%
Gemeinden (1,10%)	1,18%
Subventionen insgesamt (18,27%)	16,59%

3.1.3 Verein Lesen und Schreiben

Im Rahmen eines Leistungsvertrags wurde dem Verein Lesen und Schreiben ein Beitrag von 15000 Franken für sein Engagement gegen den Analphabetismus gewährt.

3.1.4 Diplom für Erwachsenenbildner/in DEB

Dieses unter der Ägide der Regierungen der Kantone Bern, Jura, Neuenburg und Freiburg aufgestellte Programm für Erwachsenenbildner/innen verzeichnete nicht genügend Anmeldungen für den Ausbildungszyklus 2009 – 2011.

Nach einer Bedarfsabklärung wurde beschlossen, diese Ausbildung nicht mehr weiter anzubieten.

3.1.5 Vereinbarung mit dem Abendgymnasium
Lausanne

Dank einer Vereinbarung mit dem Abendgymnasium Lausanne gelten für Freiburger Kantonsangehörige die gleichen Zulassungsbedingungen wie für Waadtländer Schülerinnen und Schüler. Der finanzielle Beitrag des Kantons Freiburg belief sich auf 16000 Franken.

Die Bildungsgänge in deutscher Sprache werden in der interkantonalen Vereinbarung der Nordwestschweiz über die gegenseitige Aufnahme von Schülerinnen und Schülern geregelt.

3.2 Besondere Ereignisse

3.2.1 Validierung von Bildungsleistungen

Das Amt fungiert als Anlaufstelle für die Validierung von Bildungsleistungen. Es informiert und berät alle an diesem Verfahren interessierten Personen.

3.2.2 Periodische Überprüfung der Subventionen

Die vom Staatsrat in seinem Beschluss vom 10. Juni 2008 beschlossenen Massnahmen wurden umgesetzt, insbesondere jene hinsichtlich der Aufteilung der Kompetenzen mit dem Delegierten für die Integration zur Subventionierung der Kurse für Migrantinnen und Migranten.

XI. AMT FÜR AUSBILDUNGSBEITRÄGE

1. Aufgaben

Die Ausbildungsbeiträge sollen dazu dienen, die Chancengleichheit im Bereich der Ausbildung zu fördern, indem Stipendien oder Ausbildungsdarlehen gewährt werden. Der Auftrag des Amtes für Ausbildungsbeiträge besteht darin, die für den Bereich der Ausbildungsbeiträge geltende Gesetzgebung umzusetzen. Weiter informiert das Amt das Zielpublikum sowie die Ausbildungsstätten über die Möglichkeit der Ausbildungsbeiträge und die Bedingungen der Gewährung. Das Amt ist zudem das ausführende Organ der Kommission für Ausbildungsbeiträge und besorgt deren Sekretariat.

Amtsvorsteher: Beat Schneuwly.

2. Tätigkeit

2.1 Ordentliche Tätigkeit

2.1.1 Kommission für Ausbildungsbeiträge

Die Kommission trat zu einer Plenarsitzung und acht Unterkommissionssitzungen zusammen. Dabei wurden die Stipendien- und Darlehensgesuche sowie 33 Einsprachen behandelt. Es wurde keine Beschwerde an das Verwaltungsgericht gerichtet.

Die Plenarsitzung diente der Vorbereitung einer Änderung des Berechnungsmodus für die Stipendienvergabe zuhanden des Staatsrates und der Vorbereitung von Vollzugsbestimmungen für besondere Bereiche zuhanden der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport. Die Kommission hat ebenfalls, unter Berücksichtigung der im Schuljahr 2008/09 gemachten Erfahrungen, die internen Richtlinien des Amtes gutgeheissen.

2009

2.1.2 Kantonale Stipendien

Ein Vergleich mit dem Ausbildungsjahr 2007/08 zeigt, dass die Anzahl Gesuche leicht zugenommen hat.

Ausbildungsjahr	Gesuche	Bezüger/innen	Abgelehnte Gesuche	
			Total	Ablehnungsquote
2007/08	3229	1872	1357	42,02%
2008/09	3253	1634	1590	48,87%

Die nachfolgend aufgeführten Beträge entsprechen den im Kalenderjahr 2009 ausbezahlten Beträgen. Sie verteilen sich wie folgt auf die vom Bundesamt für Statistik (BFS) vorgegebenen neun Ausbildungskategorien:

Ausbildungskategorien	Anzahl	Beträge in Fr.
Sekundarstufe II:		
Gymnasiale Maturitätsschulen	469	1 615 954
Andere Mittelschulen	292	1 127 538
Vollzeitberufsschulen	294	1 230 309
Berufslehren und Anlehren	529	1 973 938
Nach Berufslehre erworbene Berufsmaturitäten	31	104 725
Tertiärstufe:		
Höhere (nicht universitäre) Berufsbildung	59	408 312
Fachhochschulen	285	1 647 868
Universitäten und Eidgenössische Technische Hochschulen	410	2 567 458
Weiterbildung	2	13 342
Total	2371	10 689 444

2.1.3 Studiendarlehen

Im Kalenderjahr wurden 42 (51) Gesuche geprüft, 40 (48) wurde stattgegeben. Vom budgetierten Betrag von 500 000 (450 000) Franken wurden 401 800 Franken verwendet.

2.1.4 Bundessubventionen

Am 1. Januar 2008 trat die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) in Kraft; dies hat zur Folge, dass sich der Bund aus der Finanzierung der Stipendien zurückzieht, ausser bei den Ausbildungen auf Tertiärstufe. Der vom Bund bereitgestellte Kredit wird nach Massgabe der Bevölkerungsgrösse auf die Kantone aufgeteilt. Der für den Kanton vorgesehene Betrag wird rund 858 000 Franken betragen.

2.2 Besondere Ereignisse

Am 1. September 2008 ist das neue Gesetz über die Stipendien und Studiendarlehen und das dazugehörige Reglement in Kraft getreten. Die im Ausbildungsjahr 2008/09 gemachten Erfahrungen erlaubten eine Änderung des Artikels 17 des Reglements vom 8. Juli 2008. Demzufolge konnte auf dem massgebenden Einkommen, welches die finanzielle Beteiligung der Eltern bestimmt, ein Pauschalabzug pro Kind in Ausbildung gewährt werden, je nach den verfügbaren Mitteln des Staates und der Anzahl Begünstigter.

XII. AMT FÜR SPORT

1. Aufgaben

Die drei wichtigsten Aufgabenbereiche des Amtes für Sport sind: Sport- und Bewegungserziehung sowie Schulsport, Jugend+Sport (J+S) und Loterie-Romande-Sport (LORO-Sport).

Im Schulbereich organisiert das Amt Weiterbildungskurse für Sport und Sporterziehung unterrichtende Lehrpersonen, koordiniert die Aktivitäten des freiwilligen Schulsports und berät Spitzensportlerinnen und Spitzensportler in schulischen Fragen, organisiert für sie Stützunterricht und macht Anträge zur Übernahme des Schulgelds in ausserkantonalen Schulen.

Im Bereich Jugend+Sport organisiert das Amt Aus- und Weiterbildungskurse für Leiterinnen und Leiter und stellt die administrative Abwicklung der von den Sportvereinen, Sport- und Jugendverbänden und Schulen organisierten Kurse sicher.

Im Bereich LORO-Sport überwacht das Amt die reglementarische Verteilung der Gewinne, dies in enger Zusammenarbeit mit den für die Verteilung zuständigen Stellen (Kantonale Kommission für Sport und Sporterziehung und Freiburger Verband für Sport, FVS).

Amtsvorsteher: Elmar Schneuwly (bis 30.09), Benoît Gisler (ab 1.10).

2. Ordentliche Tätigkeit

2.1 Kommission für Sport und Sporterziehung

2009 hat die von Henri Baeriswyl präsidierte Kommission neun Sitzungen abgehalten. Sie hat:

—

2009

- > der Verteilung der ordentlichen und ausserordentlichen Beiträge zugestimmt und dem Staatsrat die Verteilung des von der Loterie Romande zugesprochenen Gewinnanteils 2008 vorgeschlagen (LORO-Sport, 2 307 987 Franken);
- > 7 Beschwerden und 1 Wiedererwägungsgesuch betreffend LORO-Sport-Subventionen behandelt und 23 ausserordentliche Beiträge von total 271 700 Franken gesprochen (davon 100 000 Franken für die Renovation der Regio Badi Sense in Laupen);
- > am 18. September zum Vorentwurf des Sportgesetzes Stellung genommen;
- > im Jahr 2009 über 50 Klassen eine geführte Wanderung mit einer Wanderleiterin/einem Wanderleiter ermöglicht;
- > dem Staatsrat Vorschläge für die Vergabe des kantonalen Sportpreises unterbreitet;
- > die Vergabe von zwei Förderpreisen beschlossen, den einen an die 16-jährige Andrea Thürler aus Jaun (Ski), den andern an den 20-jährigen Christophe Nicolet aus Le Mouret (Kayak – Bahnrennen);
- > 5 Freiburger Sportlerinnen und Sportler bei der Vorbereitung im Hinblick auf eine Selektion für die Olympischen Spiele oder die Paralympics finanziell unterstützt;
- > die laufenden Geschäfte in ihrem Zuständigkeitsbereich behandelt.

2.2 Sporterziehung

Sport und Sporterziehung werden auf allen Stufen der obligatorischen Schule und an den Schulen der Sekundarstufe II unterrichtet. Das Jahr 2009 war geprägt von folgenden Hauptaktivitäten:

2.2.1 Fortbildung der Lehrpersonen

Obligatorische Fortbildung:

Über 350 Lehrerinnen und Lehrer aller Schulstufen absolvierten einen der zahlreichen Kurse zur Erneuerung des Schwimmbrevets und haben damit die jeweils alle zwei Jahre fällige Fortbildungspflicht erfüllt.

Sämtliche Lehrpersonen für Sportunterricht auf der Sekundarstufe II nahmen an einer zweitägigen Weiterbildungsveranstaltung teil.

Die Verantwortlichen für das Fach Sport in den Schulen der Sekundarstufe I trafen sich zu einem zweitägigen Seminar, um über das Thema der Qualität zu beraten und ein entsprechendes kantonales Konzept zu erarbeiten.

Fakultative Fortbildung:

Das Interesse der Lehrkräfte an der Fortbildung zeigt sich daran, dass der Grossteil der angebotenen Kurse durchgeführt werden konnte.

Die auf Antrag organisierten Kurse verzeichneten eine starke Nachfrage; über 100 Lehrpersonen konnten von den Fachkenntnissen der Ausbilderinnen und Ausbilder in verschiedenen Fächern profitieren, wobei ein besonderer Akzent auf die Sicherheit im Schulsportunterricht gelegt wurde.

2.2.2 Sicherheit im Schulsportunterricht

Die Entwürfe der Richtlinien zur Sicherheit im Schulsportunterricht wurden anhand der Vernehmlassungsergebnisse überarbeitet. Diese Richtlinien werden voraussichtlich im Frühjahr 2010 präsentiert und sollen zum Schuljahresbeginn 2010 in Kraft treten.

2.2.3 Freiwilliger Schulsport

Die Angebote im freiwilligen Schulsport haben weiter zugenommen. Die auf allen Schulstufen angebotenen Kurse ermöglichten es knapp 4000 Schülerinnen und Schülern, eine zusätzliche Wochenstunde Sportunterricht zu besuchen.

2.2.4 Schülerturniere

Die Primarschülerinnen und Primarschüler konnten sich 2009 in folgenden Sportarten messen: Ski und Snowboard, Orientierungslauf, Basketball und Fussball.

Die Klassen der Orientierungsschulen nahmen erneut sehr zahlreich an den beliebten Turnieren teil: in Basketball, Handball, Eishockey und Unihockey, Triathlon, Orientierungslauf und Fussball.

Auf Sekundarstufe II haben fast 500 Studierende an den vom Interkantonalen Gymnasium der Broye in der ersten Juliwoche organisierten «Collégiades» teilgenommen.

2.2.5 Schweizerische Schulsporttage

Die Gewinner einiger der erwähnten Turniere haben den Kanton Freiburg erfolgreich an den schweizerischen Schulsporttagen in Schaffhausen vertreten. Der Kanton Freiburg war einer der am besten vertretenen Kantone; in allen Disziplinen waren Teams angemeldet.

2.2.6 Förderung junger Talente

Die Förderung junger Freiburger Talente besteht in Beratung, Anpassungen der Stundenpläne, finanzieller Hilfe (LORO-Sport

2009

und/oder kantonaler Fonds) sowie Koordination mit den Schulbehörden und Sportverbänden.

Dank der Tatkraft und der Professionalisierung der Sportverbände konnten die bestehenden Projekte mit neuen ergänzt werden. 2009 haben rund 250 junge Sportlerinnen und Sportler von Stundenplan-Anpassungen profitiert, die es ihnen erlauben, ihre sportliche Laufbahn mit ihrer schulischen Ausbildung zu vereinbaren.

Mit der Anwendung der derzeit geltenden gesetzlichen Bestimmungen lassen sich für eine grosse Zahl von Athletinnen und Athleten, Eltern, Sportvereinen und Sportklubs befriedigende Lösungen finden, um die Ausbildung mit dem Ausüben einer Sportart oder von Kunst zu vereinbaren. Doch sollte dieser rechtliche Rahmen im Bereich «Sport-Kunst-Ausbildung» in unserem Kanton präziser abgesteckt werden. Daher hat die EKSD zusammen mit der VWD im Jahr 2009 eine Arbeitsgruppe beauftragt, strukturelle Lösungsmöglichkeiten für unseren Kanton vorzuschlagen. Diese von Yvan Girard, dem Direktor der Orientierungsschule Saane West, geleitete Arbeitsgruppe hat im Herbst 2009 mit den entsprechenden Arbeiten begonnen und soll ihren Bericht Ende des ersten Halbjahrs 2010 abliefern.

2.3 Jugend+Sport (J+S)

Das neue Programm «J+S-Kids» für Kinder zwischen 5 und 10 Jahren wurde im Jahr 2009 definitiv eingeführt. Mit dieser Neuerung sind über 18 Ausbildungstage und 6 Weiterbildungstage in der Jahresplanung für 2010 hinzugekommen. Die Kurse für Kinder verzeichnen eine wachsende Nachfrage. Detaillierte Statistiken zur Jugend- und Kaderausbildung wird das Amt für Statistik publizieren.

2.3.1 Tätigkeit und Fortbildung der Experten

142 (137) Expertinnen und Experten waren an der Aus- und Weiterbildung der J+S-Leitenden beteiligt. 25 (29) von ihnen haben am kantonalen Ski- und Snowboard-Zentralkurs in Zermatt teilgenommen.

2.3.2 Aus- und Weiterbildung der Leiterinnen und Leiter

475 (301) Leiterinnen und Leiter wurden in 18 (14) kantonalen Leiterkursen ausgebildet. 1012 (647) Leiterinnen und Leiter nahmen an 29 (24) Fortbildungskursen teil. Ein Kurse mussten mangels Anmeldungen abgesagt werden (das Fortbildungsmodul Eishockey).

2.3.3 Von J+S Freiburg organisierte Lager

Das Kletter- und Bergsteigerlager in Finhaut ist mit 18 (17) Jugendlichen durchgeführt worden. An den zwei Schwimmsport-/

Polysport-Lagern in Tenero haben insgesamt 150 (150) Jugendliche teilgenommen; auch dieses Jahr fand leider kein Westschweizer Lager statt. Das Kanu-Lager in La Roche zählte erneut 26 (26) Teilnehmende.

2.3.4 J+S-Kurse und -Lager (10–20-Jährige) der Vereine und Schulen

An diesen Kursen und Lagern nahmen 26 063 (30 298) Jugendliche in folgenden Sportarten bzw. Aktivitäten teil: Ausdauerlager, Badminton, Basketball, Bergsteigen, Eishockey, Eislaufen, Fechten, Fussball, Turnen, Geräteturnen, Gymnastik und Tanz, Kunstturnen, Handball, Inline-Hockey, Ju-Jjitsu, Judo, Kanusport, Karate, Kids, Lagersport/Trekking, Leichtathletik, Mountainbike, Orientierungslauf, Polysport, Reiten, Rettungsschwimmen, Ringen, Rudern, Rugby, Schwimmen, Schwingen, Segeln, Skifahren, Snowboard, Skilanglauf, Skitouren, Sportklettern, Squash, Tanzsport, Tchoukball, Tennis, Tischtennis, Unihockey, Volleyball, Pferdesport, Radsport, Rollhockey, Wasserspringen, Kanusport-Regatta, polysportive Kurse.

Für diese Aktivitäten entschädigte der Bund die J+S-Leiterinnen und -Leiter, die J+S-Coaches, ihre Vereine und Gruppierungen mit 2 073 120 (2 140 055) Franken.

2.3.5 J+S-Kurse (5- bis 10-Jährige) der Vereine und Schulen

An diesen nach dem J+S-Kids-Programm organisierten Kursen, bei welchen der Schwerpunkt auf einem polysportiven Bewegungsangebot liegt, nahmen 356 Kinder teil.

Für diese Angebote entschädigte der Bund die J+S-Leiterinnen und -Leiter, die J+S-Coaches, ihre Vereine und Gruppierungen mit 19 579 Franken.

2.4 Loterie-Romande-Sport (LO RO-Sport)

Der Kantonsanteil am Gewinn von Loterie-Romande-Sport betrug 2 307 987 (2 196 369) Franken.

Dieser Betrag wurde wie folgt verteilt	Fr.
Unterstützung des ordentlichen Sportbetriebs	932 090
Bauten und Materialeinkäufe	542 319
Unterstützung von Leistungssportlern/innen und Talenten	330 000
Veranstaltungen, Kurse und Lager, Sport für alle, andere Trainingsformen	300 000

2009

Kommissionen	10 000
Verschiedene administrative Ausgaben	20 000
Werbung	10 000
Aktion LORO-Sport	25 000
Freiwilliger Schulsport (50% von 200 000)	100 000
Total	2 269 409
Zuweisung an den Reservefonds	38 578
Total	2 307 987

72 (72) Verbände, Vereine oder Institutionen erhielten einen Unterstützungsbeitrag für ihren ordentlichen Sportbetrieb, dies auf der Basis der Mitgliedererhebung 2008, die bis 2010 gültig bleibt.

2.5 Besondere Ereignisse

Ursula Schwaller und Jean-Marc Berset haben vom Staat für ihre hervorragenden Leistungen im Jahr 2009, insbesondere an den Weltmeisterschaften, ein Geschenk erhalten.

Anlässlich der Nacht des Freiburger Sportpreises vom 17. Dezember konnte Bernard Carrel, J+S-Ausbildner, J+S-Experte und Fussball-Vertreter auf verschiedenen Stufen, den Sportpreis des Kantons in Empfang nehmen. An der gleichen Veranstaltung hat die Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport zudem zwei Förderpreise an junge Sporttalente vergeben: an Andrea Thürler im Skisport und an Christophe Nicolle im Kayaksport.

XIII. AMT FÜR KULTUR

1. Kulturförderung: Aufgaben und Tätigkeit

Das Amt befasst sich innerhalb der Kantonsverwaltung mit allen Fragen in Zusammenhang mit der Kulturförderung und setzt diese um.

Amtsvorsteher: Gérald Berger.

1.1 Kommissionen

1.1.1 Kommission für die Verwaltung des kantonalen Kulturfonds

Die Kommission hat die Aufgabe, die Fonds zu überprüfen, aus denen sich der kantonale Kulturfonds zusammensetzt, und die ihr unterbreiteten Vorschläge für die Verwendung der Fondsmittel zu beurteilen. Sie hat sich zu einer Sitzung getroffen.

1.1.2 Kommission für kulturelle Angelegenheiten

Die Kommission hat sieben Sitzungen abgehalten und zu 205 (211) Beitragsgesuchen Stellung genommen, die beim Amt eingegangen sind. In Bezug auf die Unterstützung der Verbreitung kultureller Produktionen hat sie die verschiedenen Probleme im Zusammenhang mit Theaterkoproduktionen diskutiert. Sie hat die Änderungen an den Direktiven betreffend die Vergabe von Subventionen an Gesuchsstellende mit Wohnsitz ausserhalb des Kantons sowie der Voraussetzungen für die Vergabe von Subventionen an die Herausgabe von CDs oder von elektronischen Musikdateien genehmigt. Ausserdem hat die Kommission die neuen Formulare für die Eingabe von Beitragsgesuchen (Musik, Theater und Tanz) gutgeheissen, die vom Amt online zur Verfügung gestellt werden.

1.2 Kulturförderbeiträge

Zur Förderung sämtlicher kultureller Ausdrucksformen (Theater, Literatur, Musik, Film, bildende Kunst, Tanz, Kulturanimation) sowie für kulturelle Kooperationsprojekte standen dem Amt für Kultur insgesamt 3 500 000 Franken zur Verfügung.

1.2.1 Statistik

85% der gewährten Beiträge waren für die Förderung des Kulturschaffens bestimmt; die restlichen 15% gingen an kulturelle Veranstaltungen folgender Ausdrucksformen:

Theater:	43,2%
Musik:	19,6%
Festivals / kulturelle Anlässe:	11,7%
Tanz:	11,5%
Bildende Kunst:	8,6%
Film/Video:	3,3%
Literatur / Publikationen:	2,1%

—
2009

Das Internetportal des Amtes (www.fribourg-culture.ch) verzeichnete über 52 000 Besuche.

1.2.2 Mehrjahres-Schaffensbeiträge

Folgende Gruppen von Kulturschaffenden erhielten im Rahmen der Mehrjahres-Schaffensbeiträge insgesamt 1 550 000 Franken: Théâtre des Osses / Centre dramatique fribourgeois (Givisiez), Compagnie de danse Da Motus (Freiburg), Compagnie de danse Fabienne Berger (Promasens), Ensemble Orlando Freiburg, Compagnie Drift (Freiburg / Zürich).

Vier Institutionen kamen in den Genuss erneuerbarer Schaffensbeiträge in einem Gesamtbetrag von 505 000 Franken: Freiburger Oper, Kunsthalle Fri-Art, Belluard Bollwerk International und Espace Nuithonie (Konzept *RésiDanse* in Freiburg). Dank dem Beitrag an den Espace Nuithonie konnten in dessen Räumen die Produktionen zweier Freiburger Tanztruppen aufgeführt werden: Compagnie Da Motus (Freiburg) und Compagnie Drift (Freiburg / Zürich).

1.2.3 Schaffensbeiträge

Die Direktion hat folgenden Kulturschaffenden und kulturellen Institutionen einmalige Schaffensbeiträge von insgesamt 899 000 Franken gewährt:

Musik, Gesang, Rock, Jazz:

Maitrise «L'Annonciade», L'Accroche-Chœur Fribourg, Société de chant de la ville d'Estavayer-le-Lac, Chœur-Mixte de Farvagny, Chala Cubana, Divertimento vocale, Chœur symphonique de Fribourg, Concerts de la Semaine Sainte, Ensemble vocal De Musica, Collegium vocale Seeland, Konservatoriumschor Freiburg, Gustav, Canta Sense, Trio Pan, Chœur des XVI, Chœur-Mixte St-Marcel Misery-Courtion, Chœur-Mixte St-André Onnens, Claudio Rugo, Nathalie Chassot, Laure Betris, Abu d'Abus, Tasteless, Ani and the flowers, Laure Perret, Clipperton, Fiebre Latina, Eric Constantin, Dilone, Johnny Dan Visan, Groupe Spectacle, Jo, Erik Angalo, Serge Vuille, Stefan Aeby Trio.

Literatur / Publikationen:

Deutschfreiburger Heimatkundeverein, Stutz Druck AG, Verein O.S.K.A.R., Editions Faim de Siècle, Editions La Sarine, Editions de l'Hébe, Editions Cabédita, Editions de l'Aire, Société des amis du Musée gruérien, Jean Winiger.

Theater:

Kinder-Theater-Werkstatt, Le Guignol à Rouettes, Compagnie Ekinox, Compagnie «Au-de-l'Astre», Zirkusschule «Cirque-en-Ciel», L'Aire du Théâtre, Cirque Toamême, La Joli Compagnie, 2b Company, Talman Ensemble, Le Magnifique Théâtre, Theater «On M'Ladit», Le Monde en Fête, Compagnie des Tours, Compagnie Pasquier-Rossier, Fondation «Attitude», Deutschfreibur-

ger Theatergruppe DFTG, Compagnie des Barbares/Théâtre de l'Ecrou.

Film / Video:

Hugofilm GmbH, C-Films AG, Troubadours Films, Ana Films, Vincent Borcard, Sélénite Films.

Bildende Kunst / Fotografie:

Guy Oberson, Adeline Mollard, Gilles Rotzetter, Jean-Luc Cramatte, Camille von Deschwanden, Franz Brülhart, Jacques Basler, David Clerc, Dominique Gex, Olivier Zappelli, Pierre-Alain Morel, Yoki Aebischer, Georges Corpataux, David Brülhart.

Tanz:

Compagnie «Sé-Geste».

1.2.4 Ausserordentliche Beiträge und Beiträge zur Förderung der Dezentralisierung

Mit ausserordentlichen Beiträgen oder Defizitgarantien in Höhe von insgesamt 441 000 Franken hat die Direktion u.a. folgende Veranstaltungen und Organisationen unterstützt:

Association gruérienne pour le costume et les coutumes, Chœur de Jade (Freiburg), Suisse Diagonales Jazz, Ensemble vocal de Villars-sur-Glâne, Association Altitudes (Bulle), Kirchenkonzerte Murten, Fabian Marti (Murten), Gutenberg Museum (Freiburg), Maison St-Joseph (Châtel-St-Denis), Association «Une mémoire suisse romande» (Lausanne), Association Petzi (Lausanne), Association Guitare et Luth (Freiburg/Greyerz), Association ADMA (Freiburg), Musica Virtuosa (Freiburg), Association Guitare Passion (Freiburg), Storyteller Museum (Freiburg), BD Bilingue (Murten), Association «Matran Sculpte», Orgelakademie Freiburg, Eclatsconcerts Freiburg, Association Rencontres Guitares (Bulle), Stone Hill Festival (Alterswil), Vitromusée Romont, ktv-atp Association (Thun), Quatuor Marquis de Saxe (Corpataux-Magnedens), Prix interrégional des jeunes auteurs (Charmey), Chœur-Mixte de Bulle, Rencontres chorales de la Broye (Estavayer-le-Lac/Payerne), Cantorama Jaun, Fête du livre et du papier (Greyerz), The Private Space (Freiburg/Barcelona), Association des amis de l'orgue du collège St-Michel (Freiburg), Rencontres théâtrales de Bulle, Société de musique La Gérinia (Marly), Concours choral de Fribourg, Association «L'Anecdote» (Estavayer-le-Lac), Verein Kultur Pur (Düdingen), Corps de musique de la ville de Bulle, Gilbert-Michel Rolle (Freiburg/New York), New Orleans meets Bulle, Museumsnacht Freiburg, Association des concerts de Corpataux-Magnedens, Ludimania'K (Estavayer-le-Lac), Société de développement de Broc.

1.2.5 Ordentliche Beiträge

Die Direktion hat 32 im Kanton tätige Kulturvereine und kulturelle Gruppierungen sowie interkantonale Institutionen mit insgesamt 186 000 Franken unterstützt.

2009

1.2.6 Beiträge der Loterie Romande

In Absprache mit dem Staatsrat hat die kantonale Kommission der Loterie Romande folgende Veranstaltungen und Kulturstätigkeiten mit einem Gesamtbetrag von 2 390 000 Franken unterstützt: Bad Bonn (Düdingen), Belluard Bollwerk International (Freiburg), Centre culturel Ebullition (Bulle), Estivale Openair (Estavayer-le-Lac), Internationales Jazzfestival Freiburg, Internationales Filmfestival Freiburg, Festival Geistlicher Musik (Freiburg), Fri-Art (Freiburg), Fri-Son (Freiburg), La Spirale (Freiburg), Le Bilboquet (Freiburg), Les Concerts de l'Avent (Villars-sur-Glâne), Murten Classics, Freiburger Oper, Internationales Folklore-Treffen in Freiburg, Konzertgesellschaft Freiburg.

Ferner hat die Kommission, ebenfalls mit Zustimmung des Staatsrats, die Saisonprogramme folgender kultureller Einrichtungen mit insgesamt 676 400 Franken unterstützt: Espace Nuithonie (Villars-sur-Glâne), CO2 (La Tour-de-Trême), Podium (Düdingen), Univers@lle (Châtel-St-Denis), La Tuffière (Corpataux-Magnedens).

1.2.7 Stipendium zur Förderung literarischen Schaffens

Um Freiburger Schriftstellerinnen und Schriftstellern die Möglichkeit zu bieten, sich eine gewisse Zeit voll dem Schreiben zu widmen, vergibt die EKSD alle zwei Jahre ein Stipendium zur Förderung des literarischen Schaffens. Für die Vergabe dieses Preises im Jahr 2009 wurden 23 Kandidaturen (13 in Französisch und 10 in Deutsch) eingereicht. Auf Vorschlag der Expertenjury erhielt Annick Geinoz aus Semsales ein Stipendium in Höhe von 10 000 Franken, damit sie an ihren nächsten Roman realisieren kann.

1.2.8 Fotografische Ermittlung: Thema Freiburg

Die 7. Ausgabe der «Fotografischen Ermittlung» wurde im Januar lanciert. 57 Projekte aus der ganzen Schweiz und dem Ausland gingen innerhalb der Bewerbungsfrist ein. Die Jury entschied sich für das Projekt von Anne Golaz, wohnhaft in Montcherand (VD), mit dem Titel «Chasses-Jägerei». Diese Arbeit wird im Jahr 2010 an einer Ausstellung präsentiert.

1.2.9 Fonds Pierre und Renée Glasson

Der 1995 gegründete Fonds Pierre und Renée Glasson hat sich zum Ziel gesetzt, Nachdiplomstudien junger Musikerinnen und Musiker aus Freiburg an einem Konservatorium in der Schweiz oder im Ausland finanziell zu unterstützen. Nach Anhörung der Kandidatinnen und Kandidaten hat die Expertenjury Valentin Mauron, einem Tubisten aus Prez-vers-Noréaz, ein Stipendium von 10 000 Franken gewährt, damit er seine Studien in Deutschland fortsetzen kann.

1.2.10 Kulturelle Infrastruktur

Gestützt auf früher getroffene Entscheide des Staatsrates wurde für den Bau des Gastspielhauses Freiburg ein Subventionsbeitrag von 1 500 000 Franken gewährt (die 2. von 5 Tranchen).

1.2.11 Zusammenarbeit

Das Amt hat sich an den Arbeiten der CORODIS (Commission romande de diffusion des spectacles) beteiligt. Es hat die Tätigkeit der Fondation romande pour la musique actuelle, des interkantonalen Fonds «Regio-Films» und der Association romande des techniciens du spectacle (ARTOS) unterstützt. Zudem hat es bei der nationalen und der westschweizerischen Kulturkonferenz mitgewirkt.

Weiter hat sich das Amt an der Ausstellung der mehreren Freiburger Kunstschaffenden gewidmeten «Collection de l'Art Brut» in Lausanne beteiligt.

Dank der im Jahr 2008 abgeschlossenen Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen der Region Elsass und dem Kanton Freiburg hat am 12. und 13. März im Elsass eine Kontaktplattform stattgefunden, an der rund dreissig Kulturveranstalter aus den beiden Regionen teilnahmen. Vom 17. bis 19. Mai konnten rund zehn Freiburger Lehrpersonen an einer Einführung in die szenisch-theatrale Mediation durch das Théâtre Jeune Public aus Strassburg teilnehmen. Die Tanzcompagnie Act2 aus Mülhausen kam im Juli für einen Gastaufenthalt in den Espace Nuithonie in Villars-sur-Glâne. Zwei elsässischen Ensembles wurde Gelegenheit geboten, ihre Produktionen im Espace Nuithonie darzubieten. Die mit der Beurteilung der Auswirkungen dieser Vereinbarung betraute zweiseitige Begleitgruppe hat sich am 21. September in Freiburg getroffen. Dabei beschloss die Begleitgruppe, den zuständigen Behörden vorzuschlagen, die Ende 2010 auslaufende Vereinbarung weiterzuführen und die Zusammenarbeit auf den Bereich der höheren Bildung auszuweiten.

Der Amtsvorsteher vertritt den Kanton Freiburg im Stiftungsrat der Hochschule für Theater der Westschweiz, deren Vizepräsident er ist.

Die bildende Künstlerin Adeline Mollard aus Freiburg wurde ausgewählt, um ein halbes Jahr in dem vom Kanton zur Verfügung gestellten Atelier «Schönhauser» in Berlin zu verbringen.

Auf Wunsch von Präsenz Schweiz und der Chilenischen Botschaft in Bern beteiligte sich die EKSD an einem Museumsprojekt über Freiburger Emigranten in Puerto Yartou, Feuerland, anlässlich der 200-Jahrfeier der Republik Chile im Jahr 2010.

—
2009

1.2.12 Kultur und Schule

Das Amt hat das für die Schulen des Kantons bestimmte Programmangebot «Kultur und Schule», bestehend aus rund 50 Theateraufführungen, Filmen und Konzerten und produziert von Freiburger Kulturschaffenden, finanziell unterstützt.

Ausserdem hat das Amt zwölf Museen und Ausstellungsstätten des Kantons finanzielle Unterstützung für die Durchführung von Workshops und Veranstaltungen für Schulen gewährt. Dank dieser Hilfe konnten etwa vierzig Workshops angeboten werden.

Insgesamt belief sich der für das Programm «Kultur und Schule» gewährte Beitrag auf 180 819 Franken.

1.3 Besondere Ereignisse

In Zusammenarbeit mit dem MAHF führte das Amt vom 5. Juni bis 16. August die Ausstellung «zeitgenössischen Freiburger Künstler» durch, an der eine Auswahl der 280 Werke präsentiert wurde, welche in den Jahren 1984 bis 2009 vom Ankaufsfonds im Rahmen der Schaffensbeiträge erworben worden waren.

Das Freiburger Kammerorchester (FKO), dessen Gründung der Staatsrat in den Regierungsrichtlinien für die Legislaturperiode vorgesehen hatte, gab am 3. Mai im Salle CO2 in La Tour-de-Trême sein Eröffnungskonzert.

Das Amt erhielt den Auftrag, für den Kanton die Erstellung des vom Bund beschlossenen Inventars des immateriellen Kulturerbes zu beaufsichtigen. Es hat das Greyerzer Museum mit der wissenschaftlichen Durchführung betraut.

Der Amtsvorsteher wurde in mehrere Jurys berufen (geplanter Ausbau der KUB, Kunst am Bau im Zusammenhang mit dem Ausbau der Anstalten von Bellechasse, Vorsitz der Kommission für Kunst am Bau beim Ausbau des Kollegiums Gambach). Zudem wurde er eingeladen, an der Universität von Mülhausen einen Vortrag über die Kulturpolitik in der Schweiz zu halten.

2. Kulturelle Institutionen: Aufgaben und Tätigkeit

—
Das Amt übt die Aufsicht über die kulturellen Institutionen des Staates aus, legt ihr allgemeines Tätigkeitsprogramm fest und sorgt für die Koordination ihrer Tätigkeiten.

2.1 Beaufsichtigung und Koordination der kulturellen Institutionen

Der Amtsvorsteher hat mit den Verantwortlichen der kulturellen Institutionen rund dreissig Koordinationssitzungen sowie eine Plenarsitzung abgehalten. Er hat die Erstellung des Voranschlags

und der Rechnung sämtlicher Institutionen beaufsichtigt und an den jeweiligen Kommissionssitzungen (Arbeitsgruppen und Gesamtkommission) der Institutionen teilgenommen.

Zudem leitete er die Arbeitsgruppe, die Überlegungen zur örtlichen Reorganisation des Konservatoriums anstellen soll; diese hat der Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport ihren Schlussbericht vorgelegt. Daneben präsidierte er ebenfalls die Arbeitsgruppe, die sich mit der Frage einer Standortverlagerung der in der Villa Gallia erteilten Tanz- und Schauspielkurse des Konservatoriums (Freiburg) befasst; diese hat einen Vorentwurf für die Eingliederung dieser Kurse in den Sitz des Konservatoriums in Granges-Paccot vorgelegt.

Der Amtsvorsteher sitzt zudem als Vertreter des Kantons in der Stiftung des Konservatoriums Lausanne.

3. Staatsarchiv

—

3.1 Aufgaben

Hauptaufgabe des Staatsarchivs (StAF) ist es, die archivierten Dokumente des Staates und seiner Institutionen, der zentralen Verwaltung und der dezentralen Dienststellen zu bewerten, zu erschliessen, zu konservieren und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Das Staatsarchiv betreut die Vorarchivierung in den Dienststellen. Es berät die Gemeinden, Pfarreien und Privatpersonen bei der Organisation und Führung ihrer Archive und bietet der interessierten Öffentlichkeit, den Studenten und Forschern Unterstützung bei ihren Forschungen sowie Zugang zu spezifischen Informations- und Suchinstrumenten. Das Staatsarchiv trägt mit seinen Forschungen und Publikationen zum Wissen über die Freiburger Geschichte bei.

Staatsarchivar: Alexandre Dafflon.

3.2 Tätigkeit

—

3.2.1 Archivkommission

Die Archivkommission hat 2009 dreimal getagt. Sie behandelte den aktualisierten Finanzplan und den Voranschlag 2010 und nahm Kenntnis von einem Bericht über den Raumbedarf des StAF für den Zeitraum 2015-2030 sowie vom Jahresbericht 2009.

3.2.2 Analysen und allgemeine Überlegungen

Die Analyse der Dienstleistungen des StAF wurde der EKSD und anschliessend dem Staatsrat zur Beurteilung unterbreitet. Die Umsetzung des 2008 vom Staatsarchivar erstellten Aktionsplans wurde begonnen.

2009

3.2.3 Gebäude und Ausstattung

Mit dem Hochbauamt wurde eine schrittweise Einführung der 2008 verlangten Sicherheitsmassnahmen vereinbart: Automatisierte Messung und Aufzeichnung der Klimadaten in den Archivdepots und an Punkten ausserhalb des Gebäudes, regelmässige Instandhaltungs- und Säuberungsmassnahmen gewisser neuralgischer Punkte, Anpassung der Klimaanlage usw. Zwei Wassereinbrüche während des Sommers führten die Notwendigkeit von raschen und umfangreichen Sicherheitsmassnahmen vor Augen. Gleichzeitig begann man 2009 mit ersten Abklärungen zum zusätzlichen Raumbedarf des StAF. Für den Zeitraum 2015–2030 wird der Bedarf des StAF auf zusätzliche 2000 Quadratmeter geschätzt.

3.2.4 Informatik und neue Technologien

Das StAF erwarb das Modul «Bildassistent» von scopeSolutions sowie mehrere weitere Verzeichnislizenzen. Ebenfalls angeschafft wurde die Applikation File Maker Pro 10 für den Aufbau und die Erstellung spezifischer Datenbanken. Die Migration der Webseite des StAF erfolgte Ende des Jahres 2009.

Die Digitalisierung und Mikroverfilmung der Zehntpläne des Staates, der Klöster und des Bürgerspitals (rund 360 Bände) hat Ende 2009 begonnen. Ihr Ziel ist es, die Langzeitkonservierung dieser Dokumente sicherzustellen und der Öffentlichkeit die Konsultation über die Online-Datenbank im Internet zu ermöglichen. Ausserdem wurde der Schwabenspiegel von Hensli Ferwer (1410) im Rahmen des Projekts «e-codices, Virtuelle Handschriftenbibliothek der Schweiz» des Mediävistischen Instituts der Universität Freiburg vollständig digitalisiert.

3.2.5 Kontakte zu archivbildenden Stellen

22 (27) Dienste der Verwaltung wurden besucht: Staatskanzlei, Sekretariat des Grossen Rates, Betriebsamt des Saanebezirks, Generalsekretariat der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft (ILFD), Bau- und Raumplanungsamt, Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse, Tiefbauamt, Oberämter des Glanebezirks, des Seebezirks und des Sensebezirks, Rektorat der Universität, Generalsekretariat der Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD), Generalsekretariat der Sicherheits- und Justizdirektion (SJD), Amt für Vermessung und Geomatik, Kantonales Konkursamt, Jugendstrafkammer, Volkswirtschaftsdirektion (VWD), Zentralgefängnis, Amtsvormundschaft Tafers, Grundbuchamt des Greyerzbezirks, Zivilstandsamt Greyerz.

Auch andere Institutionen liessen sich beraten: Condensateurs SA, die Freiburgischen Verkehrsbetriebe (tpf), die Pfarrei Fétygny, die Gemeinschaft der Redemptoristen des Hauses St. Joseph in Matran, die Gemeinden La Brillaz und Broc, die Freiburger

Sektion von Unia, die Franziskaner in Freiburg, die Dominikaner im Albertinum in Freiburg.

3.2.6 Ablieferungen

Die folgenden Bestände wurden von den Dienststellen des Staates abgeliefert, insgesamt 270,20 Lm (453,85 Lm): Kantonspolizei: Tagesrapporte 2002–2003, Nachrichtenblatt 2008 (3 ml); Bau- und Raumplanungsamt: Baudossiers 1993 (32 ml); Jugendamt: Dossiers 1975–2006 (9,30 ml); Staatskanzlei: Tagblatt des Grossen Rates 1849–2006, Staatsratsprotokolle 1991–1992, 1998, 2006, Register der amtlichen Beglaubigungen 1954–1992, die Agenden von Kanzler Aebischer 1975–2005, die Korrespondenz des Staatsrats und der Kanzlei 1957–2001 (13,80 ml); Gericht des Seebezirks: Protokolle der Zivil- und Strafsachen, Vormundschaften, Konkurse 1896–2003 (27 ml); Amt für Kultur: Dossiers Subventionsbegehren 2001–2004 (3 ml); Generalsekretariat der Sicherheits- und Justizdirektion: verschiedene Dossiers, Gesetzgebung, schriftliche Anfragen usw. 1949–2008 (14 ml); Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse: Personendossiers 1933–2008 (13 ml); Oberamt des Seebezirks: Register der Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen 1920–1934, Bussenregister 1952–1957, Kontrollregister der Verkaufsbewilligungen für Gift 1863–1964 (1,60 ml); Amt für Vermessung und Geomatik: Katasterpläne der Gemeinden, Übersichtskarten, verschiedene Register, Korrespondenz usw. 1829–1972 (42 ml); Jugendstrafkammer: Dossiers 1999–2001 (19 ml); Gericht des Vivisbachbezirks: Dossiers Strafsachen 1973–1988 (23 ml); Oberamt des Sensebezirks: Dossiers Strafsachen 1986–2002, Baubewilligungen 1988–2004, Dossiers Verkehrsunfälle 1987–2001 (38 ml); Untersuchungsrichteramt: Dossiers 1990 und 1995 (13 ml); 3 Notare: Minuten und Repertorien 1961–2008 (18,50 ml).

Das StAF hat 77,50 (55,57) Lm an Archiven von anderen Institutionen oder Privatpersonen erhalten: Fonds Pierre-Gendre, Forstinspektor der Stadt Freiburg, historische Forschungen 1363–1926 (Schenkung, François Gendre, Freiburg); Topographische Karte des Kantons Freiburg 1843–1851 (Schenkung, Staatsarchiv Schwyz); 3 Briefe des Oberamts von Corbières 1831–1835 (Schenkung, François Blanc, Corbières); altes Archiv der Gemeinde Lurtigen 1435–1965 (Depot); 1 notarieller Akt betreffend den Berg von Nielenboden 1896 (Schenkung, Marita Haller-Dirr, Stans); Bestand der Redemptoristen von Matran 20. Jh. (Depot); Bestand der «Amicale des marcheurs de Fribourg» 1932–2009 (Schenkung, Amicale des marcheurs de Fribourg); Dokumente und Fotografien der Familie Kaeser von Zehnthaus / Wünnewil (Schenkung, Marlène Zurch, Wünnewil); 6 geografische Karten 1940–1950 (Schenkung, Gemeinschaft der Redemptoristen von Matran); 1 Manuskript von Christoph Joachim Marro (Schenkung, Felix Kolly-Bapst, Tafers); Plan der Bahnverbindung Freiburg-Bulle und andere Dokumente zu öffentlichen Bauarbeiten 1910–1950 (Schenkung, Daniel Monney, Freiburg); 1 Ordner mit Reden 1965–1986 (Schenkung, Rémi Brodard,

—
2009

Alt-Staatsrat, Villars-sur-Glâne); das Archiv des «Club des cactéophiles de Fribourg» (Schenkung); Korrespondenz, Notizen und Fotografien der Familie Michel 19–20. Jh. (Depot, Martine Michel-Blanco, Neyruz); das Archiv des Chorherrn Louis Waeber 1901–1957 (Schenkung, François Waeber, Marly); Dokumente im Zusammenhang mit den Biografien der Freiburger Ärzte 1311–1960 (Schenkung, Alain Bosson, Freiburg); Archivbestand der Demokratisch-Sozialen Partei des Kantons Freiburg (Schenkung, Bewegung Öffnung); 3 Lithografien von Karl Ludwig von Haller und ein Protokoll des «Comité de l'Archiconfrérie des mères chrétiennes de l'église Notre-Dame» 1884–1888 (Depot, Abbé Jacques de Boccard, Freiburg); Archiv der Freiburger Unia-Sektion 1860–2000 (Depot der Unia); Ergänzung zum Familienbestand de Reynold de Cressier (Schenkung, Sabine de Mural, Monnaz); Dossiers im Zusammenhang mit den Aktivitäten von Max Aebischer, Alt-Staatsrat (Schenkung, Max Aebischer, Freiburg); Schulheft mit Notizen zum besuchten Unterricht an der Landwirtschaftsschule in Grangeneuve in den 1920er Jahren (Schenkung, Staatsarchiv Nidwalden).

Die folgenden Originaldokumente wurden erworben: Verschiedene Dokumente betreffend die Vogtei und die Gemeinde Corbières 17.–19. Jh.; 6 notarielle Dokumente auf Pergament 1663–1818; verschiedene offizielle oder öffentliche Dokumente 18.–19. Jh.; verschiedene private Dokumente 18.–19. Jh.; 2 Briefe von Bernard-Emmanuel de Lenzburg, Abt von Hauterive und Bischof von Lausanne 1789.

3.2.7 Klassierungs- und Inventarisierungsarbeiten

Folgende Arbeiten wurden abgeschlossen: Inventar des Fonds Pierre-Gendre, Forstinspektor der Stadt Freiburg; historische Forschungen zu den Wäldern und Gutshöfen der Stadt 1363–1926; Inventar des Bestandes Karten und Pläne 1644–2008; summarisches Inventar des Bestandes der Pfarrei Nuvilly 1517–1906; Inventar des Bestandes des Deutschen Katholischen Männervereins Freiburg 11889–1944; Inventar des Bestandes des Instituts «Saint-Joseph-La Gouglera» 1683–2004; Inventar des Bestandes des «Club des cactéophiles de Fribourg» 1939–2007; Inventar des Bestandes des «Club des marcheurs de Fribourg» 1932–2009; Inventar des Bestandes der Abtei Hauterive, Bücher und Papiere 12.–19. Jh.; Inventar der Wirtshauskonzessionen nach Gemeinden 1896–1956.

Die folgenden Bestände wurden in die Datenbank eingegeben: Ablieferungen der Jugendstrafkammer (1474 Dossiers), des Jugendamts (1412 Dossiers), des Untersuchungsrichteramts (1643 Dossiers), des Amts für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse (1642 Dossiers), des Generalsekretariats der Sicherheits- und Justizdirektion (694 Dossiers), der Staatskanzlei (121 Dossiers), des Gerichts des Vivisbachbezirks (2957 Dossiers), des Gerichts des Seebezirks (519 Dossiers), des Oberamts des Sensebezirks (648 Dossiers), des Verwaltungsgerichts (1264 Dossiers).

Zwei bedeutende Arbeiten verdienen eine spezielle Erwähnung: Die Klassierung und das Inventar der Friedensgerichte, finanziert vom Amt für Justiz (22 Bestände seit 2008) und der Beginn der Klassierung und Inventarisierung des Archivs der KGV, finanziert von dieser Institution im Hinblick auf ihr zweihundertjähriges Jubiläum im Jahr 2012.

3.2.8 Konservierungsmassnahmen, Restaurierung, Buchbindung und Mikroverfilmung

Das StAF gab folgende Restaurationsarbeiten bei mehreren Fachleuten in Auftrag: Ein Reiseausweis von Thérèse Vicarino aus dem Jahr 1888 (Fonds Vicarino-Schaller 17), zwei Register des Oberamts des Saanebezirks (PF I.90 und 117), ein Plan der Gemeinde Ependes aus dem 18. Jh. (CP I.278) und ein Zehntplan von Lessoc von 1742 (E 73). Das Bindeatelier des Staates hat die Zeitungen *La Broye* 2005–2007, *Der Murtenbieter* 2005–2007, *La Gruyère* 2007 und *La Liberté* 2007 gebunden, zusammen 28 Bände, sowie 15 Bände des Zivilstandsregisters des Saanebezirks 1900–2003. Von der Mikrofilmzentrale wurden mikroverfilmt: 74 Pfarreiregister (Attalens, Châtel-Saint-Denis, Fétygny, Freiburg-Stadt, Léchelles, Le Pâquier, Lully, Mannens, Ménières, Montagny, Remaufens, Rossens, Saint-Martin, Seiry, Surpierre und Villars-sous-Mont), 205 Repertorien der Manuale/Protokolle des Staatsrats 1438–1997, 14 Repertorien der *Missivenbücher* 1449–1797, der *Thurnrodel* 15 1648–1652, 37 Register der Staatsratsbeschlüsse 1803–1926, 20 Register der Staatsratsprotokolle 1971–1990, ein Zinsbuch des Schlosses von Corbières 1721 (Privatbesitz), das Tagebuch von Ferdinand Macherel, erster Schreiber des Oberamts des Saanebezirks 1872–1919 (Privatbesitz).

2009 wurde ein umfangreiches Konservierungs- und Inventarisierungsprojekt der alten Bestände (Mittelalter und Ancien Regime) in Angriff genommen. In Zusammenarbeit mit Andrea Giovannini, einem anerkannten Experten auf diesem Gebiet, hat das StAF Beispiele aus den alten Beständen untersucht, um die Kosten zu evaluieren und die Arbeiten zu planen, die sich über einen Zeitraum von mehreren Jahren erstrecken sollen. Ziel dieses Projektes ist es, eine bessere Konservierung zu erreichen, aber auch den alten Beständen, die in Freiburg einzigartig sind, eine grössere kulturelle Bedeutung zukommen zu lassen.

3.2.9 Dienstleistungen: Auskünfte, Führungen, Ausstellungen

11 572 (8828) Dokumente wurden von 794 (776) Kunden in 3310 (3185) Tagesarbeitssätzen konsultiert. Das StAF übermittelte 568 (578) Dossiers an die Dienststellen der Verwaltung. Das Sekretariat des StAF beantwortete schriftlich oder telefonisch eine sehr grosse Zahl von Anfragen, zum grössten Teil betreffend genealogische Recherchen. Zudem wurden 72 (61) Vorlagen für Familienwappen verschickt.

2009

Das StAF empfing eine grosse Zahl von Gruppen für kommentierte Führungen, nämlich 12 (15) Führungen mit 154 (190) Personen. Ferner konnte das StAF anlässlich der Museumsnacht vom 16. Mai 2009 fast 1200 Besucher begrüßen, die nicht in der Benutzerstatistik erfasst sind.

Das StAF präsentiert drei kleine Ausstellungen: «Correspondances. Elisa Vicarino, Eulalie de Senancour, Etienne Eggis et les autres...» realisiert von den Studierenden der Departemente für Französisch und für zeitgenössische Geschichte der Universität Freiburg (Prof. Simone de Reyff und Francis Python) vom 2. bis 20. März 2009; «Catillon, une sorcière fribourgeoise/Catillon, eine Freiburger Hexe (1663–1731)» vom 23. bis 15. August 2009; «Le fonds et l'histoire du Chapitre Saint-Nicolas à Fribourg/Der Fonds und die Geschichte des Kapitels Sankt Nikolaus in Freiburg» vom 9. November 2009 bis 28. Februar 2010. Die letzten beiden Ausstellungen führten zur Publikation von zwei neuen Archivblättern der Reihe «Connaissez-vous? / Schon bekannt?».

Ausserdem stellte das StAF Dokumente für die Ausstellung «Sorcières imaginées et persécutées dans le canton de Fribourg», organisiert vom Museum Murten vom 29. März bis 16. August 2009, zur Verfügung.

3.2.10 Wissenschaftliche Arbeiten und Publikationen

Das StAF hat an verschiedenen Arbeiten mit historischem und wissenschaftlichem Charakter mitgearbeitet, besonders im Bereich der mittelalterlichen und neuzeitlichen Geschichte. Die Archivarinnen und Archivare nahmen an mehreren Kolloquien zu unterschiedlichen Themen in Freiburg, in den Nachbarkantonen und im Ausland teil. Sie haben namentlich publiziert: «Les archives du Musée gruérien», in: *Cahiers du Musée gruérien*, 7 (2009), S. 235–240; «Les archives communales de Bulle et La Tour-de-Trême», in: *Cahiers du Musée gruérien*, 7 (2009), S. 241–248; «Les Affry. Trois gouverneurs fribourgeois de Neuchâtel au XVII^e siècle», in: *Clio dans tous ses états*, mélanges en l'honneur de Georges Andrey, Genf, 2009, S. 93–118; «Religion et Etat. Un rescrit de Frédéric II sur la 'non-éternité des peines'», Beitrag zu *Cinq siècle d'histoire religieuse. Approches d'une tradition protestante*, Neuenburg, 2009, S. 307–322; «Neutralité et appartenance au Corps helvétique: Neuchâtel à l'épreuve de la guerre de Dix Ans», Beitrag zu *Les ressources des faibles. Neutralités, sauvegardes, accommodements en temps de guerre (XVI^e – XVIII^e siècle)*, Rennes, 2009, S. 63–82; mehrere Beiträge zu: *Duchesses, sorcières et sages femmes. Sur les traces de femmes à Fribourg III/ Von Herzoginnen, Hexen und Hebammen. Auf den Spuren von Frauen in Freiburg III, Pro Fribourg* 163 (2009); «Neuer Zugang zu alten Gesetzen», in: *Freiburger Nachrichten*, 8., 14., 22., 29. Juli, 5., 12., 19., 26. August und 2. September 2009; «Praxisgebühren sind keine neue Erfindung», in: *Freiburger Volkskalender*, 2010, S. 56–57; «Une contribution à la Bible vaudoise? Le Miroir de Souabe de Hensli Ferwer (Fribourg, 1410)», in: G. Audisio et al., *Valdesi medievali. Bilanci e prospettive di ricerca*, a cura di Marina Benedetti, Turin,

2009, S. 113–120; «Die Verehrung der hl. Katharina von Alexandria in Freiburg (15. und 16. Jahrhundert)», in: *Freiburger Geschichtsblätter*, 86 (2009), S. 51–69; «Von Itha Stucki bis Catherine Repond alias Catillon. Hexenverfolgungen im Kanton Freiburg (15. bis 18. Jahrhundert)», in: *Freiburger Geschichtsblätter*, 86 (2009), S. 70–115; «Neuerwerbungen des Staatsarchivs Freiburg: zwei Hausbücher (Rechnungsbücher) der Familie de Buman (Miszelle)», in: *Freiburger Geschichtsblätter*, 86 (2009).

3.2.11 Zusammenarbeit

Das StAF beteiligte sich an den Aktivitäten des Forums der Archivare des Kantons Freiburg: Ein Schultag zur Konservierung von Papier im StAF (25. März 2009), ein Vortrag zum Thema Mikroverfilmung (27. Mai 2009) und einer zur aktuellen Situation der Gemeinde- und Pfarreiarchive im Kanton Freiburg (5. November 2009).

Das StAF wirkte zudem aktiv an der Organisation der Museumsnacht in Freiburg (16. Mai 2009) mit; dabei arbeitete es mit den andern kulturellen Institutionen des Staates, den privaten Museen und den historischen Vereinen zusammen. Dank der Unterstützung durch zahlreiche Freiwillige war diese Veranstaltung ein grosser Erfolg für das StAF.

Das StAF nahm ausserdem eine Zusammenarbeit mit der Rechtsquellenstiftung des Schweizerischen Juristenvereins auf, um ein neues Editionsprogramm der freiburgischen Rechtsquellen auf die Beine zu stellen. Nach der Publikation der «Première Collection des lois» de Fribourg en Nuithonie im Jahr 2009 sind zwei neue Bände geplant, für die das StAF Arbeitsplatz und Beratung zur Verfügung stellen soll.

4. Kantons- und Universitätsbibliothek

4.1 Aufgaben

Hauptaufgaben der Kantons- und Universitätsbibliothek (KUB) sind der Erwerb, die Aufbewahrung und die Vermittlung von Büchern, Zeitschriften und anderen Informationsträgern, welche für den Hochschulunterricht, die wissenschaftliche Forschung sowie für die Allgemeinbildung erforderlich sind. Sie konserviert die Publikationen und Archive, welche für die Kenntnis der Geschichte des Kantons nötig sind, und schützt dazu das Kulturgut Buch. Sie sorgt für die Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen über die obligatorische Abgabe von für die Öffentlichkeit bestimmten Druckerzeugnissen und Aufnahmen. Sie ist eine Studien- und Bildungsbibliothek für die gesamte Bevölkerung. Sie erbringt bibliothekarische Dienstleistungen und übernimmt Koordinations- und Ausbildungsaufgaben für über dreissig universitäre und assoziierte Bibliotheken.

Direktor: *Martin Good*.

—
2009

4.2 Tätigkeit

4.2.1 Kommission

In den beiden jährlichen Sitzungen nahm die Kommission Kenntnis von der Rechnung 2008 und nahm zum Voranschlag 2010 zustimmend Stellung. Die Mitglieder prüften den Finanzplan 2010–2013 und hoben die Qualität und Vielfalt des kulturellen Programms hervor. Zu den wichtigsten behandelten Geschäften gehörten der Aus- und Umbau der KUB-Zentrale, die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen KUB und Universität, die Strukturreform des Westschweizer Bibliotheksverbands (RERO), das Projekt der Integration des Zettelkatalogs und die Strategie der KUB betreffend die elektronische Bibliothek und die elektronischen Ressourcen.

4.2.2a Direktion und Stabsfunktionen

Der Direktor und die Stellvertretende Direktorin nahmen an den Arbeiten folgender Organe und Vereinigungen teil:

- › Vorstand der Vereinigung der Freiburger Bibliotheken (VFB);
- › Steuerungskomitee für das Projekt E-lib.ch;
- › Kommission der KUB;
- › Kommission der Schweizerischen Nationalbibliothek (Teilnahme an zwei Reflexionstagen über die nationale Bibliothekspolitik);
- › Kommissionen der dezentralen Bibliotheken an der Universität;
- › Konferenz der Schweizer Universitätsbibliotheken «KUB» (der KUB-Direktor war als Revisor des Konsortiums tätig);
- › *Conseil des directeurs des grandes bibliothèques romandes* CDRM (präsidiert vom Direktor der KUB);
- › Erweiterter RERO-Exekutivrat;
- › Interessengruppe der Studien- und Bildungsbibliotheken;
- › Switch AAI Advisory Committee;
- › Universität Freiburg/Weiterbildungsstelle (Mitarbeit bei der Durchführung des «Certificat de formation continue en gestion de documentation et de bibliothèque»).

Erstmals beschäftigte die KUB Personen, die einen Zivildienst (3 Personen, insgesamt 329 Tage) bzw. eine gemeinnützige Arbeit im Sinne des Strafrechts (2 Personen, insgesamt 280 Stunden) leisten.

4.2.2b Gebäude, Einrichtungen

Unter Leitung des Hochbauamts und der Logistikabteilung (s. 4.2.11) wurden neben den üblichen Unterhaltsarbeiten mehrere Projekte verwirklicht, insbesondere:

- › Büros und Räume: Einrichtung oder Renovierung des Büros für die Logistikabteilung, der technischen Werkstatt, der Buchbinderei sowie der Ausleihe; Umnutzung des Dachgeschosses (Materialzentrale);
- › Infrastrukturen: Inbetriebnahme einer Videoüberwachung für bestimmte öffentliche Räume.

4.2.2c Berufsausbildung

Zwei Personen haben ihre Lehre als Assistent in Information und Dokumentation (AID) abgeschlossen, fünf weitere setzen diese fort. Zwei neue AID-Lernende wurden angestellt, davon eine in Partnerschaft mit der *Bibliothèque de la Ville* in Freiburg und eine in Partnerschaft mit der *Bibliothèque publique et scolaire* in Bulle. Im Rahmen der Fachhochschulausbildung als Spezialist für Information und Dokumentation wurden zwei Personen für ein Immersionspraktikum angestellt. Die Lehrtochter in Mediamatik setzt ihre Ausbildung fort.

Die von der Universität unter Mitarbeit der Stellvertretenden KUB-Direktorin zum vierten Mal durchgeführte Ausbildung «Certificat de formation continue en gestion de documentation et de bibliothèque» wurde im November mit der Zeugnisübergabe abgeschlossen. Ein fünfter Jahrgang ist in Vorbereitung.

Für das KUB-Personal wurden zwei Weiterbildungsveranstaltungen durchgeführt.

4.2.2d Koordination mit der Universität

Die Koordinationsgruppe behandelte laufende Geschäfte (Finanzmittel für die Anstellung von Personal, Rekatologisierungprojekt, Leistungsnormen im Bereich der Katalogisierung, Benutzerschulung und Personalausbildung, strategischer Plan 2020). Eine gemischte Arbeitsgruppe begann, die Integration der Bibliotheken für Sprachen und Literaturen in das Erweiterungsprojekt der KUB-Zentrale abzuklären. Eine weitere gemischte Arbeitsgruppe prüfte die Möglichkeit, die Zugangslizenzen zu den elektronischen Angeboten des Verlags Elsevier zu erneuern, dessen Tarifpolitik zur Kündigung aller Abonnemente geführt hatte. Die Archivierung der universitären Veröffentlichungen auf dem Dokumentenserver RERO DOC wird fortgesetzt. Die Verlinkung der Datenbank Futura mit RERO DOC wird geprüft.

—
2009

4.2.2e Koordination mit den assoziierten Bibliotheken

Die Koordination mit den assoziierten Bibliotheken wurde einer neuen Mitarbeiterin im Rahmen der Informatikabteilung übertragen. Die Koordinatorin und die Störbibliothekare behandelten hauptsächlich folgende Geschäfte: Wechsel des Modells für die Zusammenarbeit mit dem Amt für Archäologie (AAFR), Informatisierung der Bibliotheken des Amtes für Kulturgüter (KGA) und des Vitrocentre Romont (VCR), Informatisierungsprojekte für die Bibliotheken der Pädagogischen Hochschule (PH), des Stadtarchivs Freiburg (AVS), des Staatsarchivs (StAF) und des Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen (BGF).

4.2.2f Koordination mit der Vereinigung der Freiburger Bibliotheken (VFB)

Der Bericht über die Zukunft der Schulbibliotheken und der kombinierten Schul- und Gemeindebibliotheken des Kantons wurde von der EKSD in die Vernehmlassung gegeben. Einige der für das Bibliothekspersonal bestimmten Weiterbildungskurse wurden von der EKSD subventioniert. Die Loterie Romande gewährte einen Unterstützungsbeitrag von 129 005 Franken, der vollständig an die öffentlichen und die kombinierten Schul- und Gemeindebibliotheken verteilt wurde. Die «Richtlinien für Gemeindebibliotheken» wurden von der VFB an alle Gemeinden versandt, die im Kanton eine öffentliche oder eine kombinierte Schul- und Gemeindebibliothek finanzieren.

4.2.2g Veröffentlichungen

Zur Bekanntmachung ihrer Bestände und Aktivitäten oder im Rahmen von Kooperationen veröffentlichte die KUB folgende Schriften:

- > «L'Atelier typographique de Fribourg (1585–1816)» von Alain Bosson;
- > «Chronique fribourgeoise 2008»;
- > Themenblätter zur Ergänzung des KUB-Prospekts;
- > halbjährlicher elektronischer Newsletter für den Lehrkörper der Universität;
- > Prospekte Kulturprogramm 2009 und Kulturprogramm 2009/10;
- > Cinéplus-Programm Frühjahr 2009 und 2009/10;
- > «BCU Info», Nr. 61 und Nr. 62.

4.2.2h Ausbau-, Umbau- und Renovierungsprojekt

Unter Leitung der EKSD oder des HBA wurden folgende Zwischenziele erreicht:

- > Verabschiedung des Raum- und Umbauprogramms durch den Staatsrat (3. Februar);
- > Beschluss, die – derzeit auf drei Standorte verteilte – Bibliothek für Sprachen und Literaturen (BLL) der Universität zu integrieren sowie die Bestände und Dienstleistungen in diesem Bereich zu zentralisieren;
- > Vorbereitung der Unterlagen und des Modells für den Architekturwettbewerb;
- > Bildung und erste Einberufung der Jury;
- > Lancierung des Architekturwettbewerbs (9. Oktober);
- > Abriss der Gebäude Rue St-Michel 4 und 6 (in Gang).

4.2.3 Kulturelle Veranstaltungen

—

4.2.3a Ausstellungen

- > «Indien und Künstlerporträts» von Sabine Weiss;
- > «Dieu en Fête» Fotografien der Familie Mülhauser und von Jean-Claude Gadmer;
- > «Emil Zbinden und das Buch (1908–1991)»;
- > «F.S.A.: Die bitteren Jahre Amerikas während der Krise (1935–1942)».

4.2.3b Veranstaltungen, Vorträge

Abendveranstaltungen in der Rotunde: Begegnung mit Sabine Weiss im Rahmen der Ausstellungen «Indien und Künstlerporträts»; «Wider die Trägheit des Geistes: Die «Büchergilde Gutenberg Zürich Prag», die «Gilde du Livre Lausanne» und das Wirken von Emil Zbinden als Buchgestalter und Illustrator» mit Charles Linsmayer; für die 100 Jahre der NRF: «La Nouvelle Revue française, revue de la modernité?» von Alban Cerisier, Archivar des Verlags Gallimard und Autor von «Une histoire de la NRF», Gallimard, 2009; «Une Révolution française à nulle autre pareille» von Alain-Jacques Czouz-Tornare, Autor von «La Révolution française pour les Nuls», Editions First, 2009.

Welttag des Buches: Vorstellung der Veröffentlichung: von Alain Bosson und Vortrag «Henri-Jean Martin et l'invention de la 'nouvelle histoire du livre' (1958–2008)» von Frédéric Barbier,

2009

Directeur d'études an der Ecole Pratique des Hautes Etudes in Paris.

Museumsnacht: Aus dem Giftschränk der Bibliothek: Präsentation früher verbotener Bücher; «Die alten Filmrollen haben ein Gedächtnis»: Vorführungen von alten Filmen über den Brand des Bürgerspitals, 1937 und die Stauwand von Rossens, 1948; «Vor 100 Jahren..., vor 50 Jahren...» in der Freiburger Presse: Konsultation alter Zeitungen auf Mikrofilm und im Internet; Schriftstellerköpfe: Ratespiel und eine «Quiz Show» über die KUB.

Welttag des audiovisuellen Erbes: Premiere des Films «Et au milieu coule la Sarine» von Isabelle Dufour über die Entstehung des Greizersees und Präsentation von audiovisuellen Kulturgütern aus dem Besitz der KUB.

Mittagsveranstaltungen in der Rotunde: Führungen durch die Ausstellungen: «Fribourg s'affiche»; «Indien und Künstlerporträts»; «Dieu en Fête»; «Emil Zbinden und das Buch»; «F.S.A.: Die bitteren Jahre Amerikas während der Krise».

4.2.3c Cinéplus – der Filmklub

Im 32. Jahr von Cinéplus besuchten 1092 (1064) Personen die Vorführungen der 22 (20) Filme, die einmal oder mehrmals gezeigt wurden. Anlässlich des Welttags des audiovisuellen Kulturerbes in Freiburg und Bulle empfing Cinéplus-patrimoine über 500 Personen. 2397 (3130) Schüler/innen schauten sich die im Rahmen der Schulvorführungen gezeigten Filme an.

4.2.3d Zusammenarbeit

Mitarbeit an der Website «Notre Histoire.ch»; Ausleihe von Dokumenten der «Fotografischen Ermittlung: Thema Freiburg» im Rahmen der Ausstellung «Zeitgenössische Freiburger Künstler» im Museum für Kunst und Geschichte Freiburg (MAHF); Fotoausstellung Jean Mülhauer im Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst; Auswahl von Fotografien aus dem Fonds Mülhauer für die Ausstellung und Veröffentlichung «Dieu en Fête».

4.2.4 Abteilung Sondersammlungen: Handschriften, Inkunabeln und Archive

4.2.4a Schenkungen und Erwerbungen

Johannes Nider. «Praeceptorium divinae legis». – [Reutlingen, Michael Greyff, non post 1478]. – Inkunabel (Ankauf); Album mit Postkarten an René de Wuilleret. Hs. 20. Jh. (Ankauf); Gästebuch von Jean-Marie Musy. Hs. 20. Jh. (Ankauf); 3 Pergamente betreffend den «Cercle de la Grande Société». Hs. 18. Jh. (Ankauf); Josef Ineichen, «Cours de physique». Hs. 19. Jh. (Ankauf); «Le livre du sentiment...» Hs. 1778 (Ankauf); Notizen von Charles Descloux über das Retabel der Augustinerkirche und

die Brunnen von Freiburg. Hs. 20. Jh. (Ankauf); 22 Zeichnungen von Charles de Castella. Hs. 18. Jh. (Ankauf); 39 Briefe an Prof. O. Wermelinger. Hs. 20. Jh. (Schenkungen); Ergänzung zum Fonds Marie-Claire Dewarrat; Literaturfonds Gérard A. Jaeger (Schenkungen); 7 Briefe an den Kantonsbibliothekar. 1849–1872 (Schenkungen); verschiedene Dokumente von Louis Grangier. 19. Jh. (Ankauf); Ergänzung zum Familienarchiv de Castella de Delley. 18. und 20.–21. Jh. (Schenkungen); 6 Landkarten und ein Plan von Freiburg. 19. und 20. Jh.; Elie Henri Samuel Balmat, Arztrezepte und Anderes. Hs. 1778 (Schenkungen); Ergänzung zum Fonds André Ducret (Schenkungen).

4.2.4b Erschliessung

Klassierung der Neuzugänge: L 2113-2126 und der Inkunabeln Z 308-309. Klassierung der Fonds: Papiere Georges Ducotterd (2. Teil), Papiere Max de Diesbach (2. Teil), Fonds Gérard A. Jaeger (Vorklassierung), Papiere J.-J. Berthier, Fonds André Ducret (Neuerwerbungen).

4.2.4c Restaurierungen

Hs. L 52: Predigten. Anf. 15. Jh.; Hs. L 383/8: Sammlung von Dokumenten aus dem 15.-16. Jh.; Inkunabel Z 306: «Missale Lausannense». – Lausanne, Jean Belot 1 XII 1493; handschriftliches Plakat von Rodolphe de Castella de Berlens. 18. Jh.; «Comptes de dépenses pour réparations». Hs. 1743-1753; Fragment der «Vie de S. Guillaume de Neuchâtel». Hs. 14. Jh.; 5 Gebäudepläne aus dem Archiv de Castella. 18. Jh.

4.2.4d Mikroverfilmung

Hs. L 548: Statuten der *Académie du collège de Bellelay*. 1791.

4.2.4e Zusammenarbeit und weitere Tätigkeiten

> «Hexen. Hexenvorstellungen und Hexenverfolgungen im Kanton Freiburg – Sorcières imaginées et persécutées dans le canton de Fribourg». Museum Murten – Musée de Morat, 29 mars – 16 août 2009;

> Museumsnacht, Freiburg 16. Mai 2009: «Aus dem Giftschränk der Bibliothek: Präsentation früher verbotener Bücher».

4.2.5 Abteilung Sondersammlungen: Druckschriften

4.2.5a Erwerbungen

	2009	2008
Monografien (Total)	3048	2101
Pflichtabgabe	1004	540
Abschlussarbeiten UNI + FH	431	748

2009

	2009	2008
Ankäufe	387	373
Schenkungen	1226	440

341 (349) Plakate und 3 (4) geografische Karten wurden erworben.

Freiburger Zeitschriften als Pflichtabgabe	2009	2008
Eingegangene Faszikel	1365	938
Neue Zeitschriftentitel	52	27

4.2.5b Freiburger Bibliografie (FB)

Jährliche Erschliessung	2009	2008
Aufnahmen mit FB-Indexierung	933	1094
Druckschriften	653	695
Audiovisuelle Dokumente	119	107
Analytische Aufnahmen	161	292
Leitaufnahmen	1004	1 913
Total der Aufnahmen:	30 614	29 681

4.2.5c Erschliessung und Benutzung

Die Konsultation alter Bücher und seltener Drucke verzeichnete 881 (684) Benutzungen mit insgesamt 1603 (1403) Bänden. Im Rahmen der Katalogisierung alter Drucke wurden 1572 (629) Titel bzw. 2239 (1368) Bände katalogisiert, davon 157 (446) der Bibliothek de Castella de Delley.

4.2.5d Konservierung und Buchbinderei

	2009	2008
Einbände	211	202
Vergoldungen	291	203
Broschüren	380	406
Beschnitte	156	206
Reparaturen beschädigter Bände	302	279
Spezialbehälter	13	76
Passe-Partouts	168	93

Die Buchbinder arbeiteten am Auf- und Abbau der Ausstellungen sowie an der Verwaltung der Zeitungen und Zeitschriften im Lesesaal (Rotunde) mit. Zudem waren sie für die Reprografie und Verwaltung der Mikrofilme zuständig: 373 (497) Bestellungen mit insgesamt 4910 (5675) Fotokopien sowie 31 (43) Bestellungen von Kopien vollständiger Ausgaben von Freiburger Zeitungen wurden bearbeitet.

Die Mikroverfilmung der wichtigsten Freiburger Zeitungen des laufenden Jahrs wurde gemäss den Richtlinien des Fachbereichs Kulturgüterschutz im Bundesamt für Bevölkerungsschutz vorgenommen. Die Jahrgänge 1939 bis 1948 der «La Liberté» (29 046 Seiten) sowie eine Auswahl Freiburger Drucke des 16. Jh. (10 678 Seiten) wurden digitalisiert.

4.2.5e Veranstaltungen und Zusammenarbeit

- > «Pour tout l'or des mots», Ausstellung veranstaltet von der Vereinigung *Semaines de la lecture* (Lesewochen) Freiburg, Safe Gallery (Freiburger Kantonalbank), 14.1.–11.3.2009: Ausleihe von 4 Bänden: französische Wörterbücher des 17. und 18. Jh.
- > «Des Fribourgeois en Patagonie chilienne»; Greyerzer Museum, Bulle, 7.2.–26.4.2009; Ausleihe eines Freiburger Drucks.
- > «Correspondances»; Staatsarchiv Freiburg, 2.3.–15.3.2009, Ausstellung veranstaltet vom Departement für Französisch der Universität Freiburg.
- > Ausleihe von 25 alten Freiburger Drucken, darunter das erste Freiburger Buch (1585), an das Gutenberg Museum in Freiburg, 29.4.–30.9.2009.

- > Veröffentlichung von Alain Bosson, *L'Atelier typographique de Fribourg. Bibliographie raisonnée des imprimés 1585–1816*. Freiburg: KUB, 2009. Das Werk wurde der Öffentlichkeit anlässlich des Welttages des Buches vorgestellt: Am 23. April empfing die KUB den Verfasser des Vorworts, Frédéric Barbier (Paris), zu einem Vortrag in der Rotunde.

4.2.6 Abteilung Sondersammlungen: audiovisuelle Dokumente

4.2.6a Erwerbungen

Audiovisuelle Dokumente als Pflichtabgabe	2009	2008
Tondokumente	121	102
Videodokumente	76	17
CD-ROMs	4	1
Total	201	120

Audiovisuelle Kulturgüter	2009	2008
Tondokumente	52	38
Videodokumente	31	30
Total	83	68

Die Postkartensammlung nahm um 305 Stücke zu, und 1210 zusätzliche Karten wurden digitalisiert. Der Schweizer Alpen-Club (SAC), Sektion Moléson, schenkte der KUB 3516 Dokumente,

2009

darunter 1790 Diapositive, 611 Glasplatten und 1115 Stereo-Glasplatten, von denen 158 Stücke digitalisiert wurden. Zudem wurden 586 Fotografien des Fonds Joseph Bovet digitalisiert und katalogisiert. Erworben wurde der Fonds Ulrich Ackermann mit etwa 1000 Diapositiven im Panorama-Hochformat, die für die Buchprojekte *La Gruyère* und *Freiburg*, «Ein Kanton von oben betrachtet» geschaffen worden waren. Die gesamte Fotodokumentation der Veröffentlichung *La voix de St-Paul* wurde der KUB übergeben. Die Archivierung des Fonds Mülhauser wurde mit den Staumauern von Rossens und Schiffenen fortgesetzt. Die Inventarisierung der Fonds Rast, Thévoz und der Postkarten läuft weiter; jene des Fonds Andres ist abgeschlossen, jene des Fonds Semadénie (Flugaufnahmen) hat begonnen.

Die Sammlung Freiburger Plakate wurde durch 37 alte und seltene Plakate sowie durch Entwürfe ergänzt.

Das Filmarchiv wurde durch den Fonds René Sudan, 2 Filme der Landwehr und verschiedene Amateurfilme erweitert. Diese Dokumente wurden auf digitale Träger kopiert.

Aus konservatorischen Gründen wurden 1193 (1579) Dokumente übertragen oder kopiert. Die Ton- und die Videoregie wurden während 2558 (2205) Stunden genutzt.

4.2.6b Benutzung

352 (226) Bilddokumente aus den Archiven wurden von kantonalen Dienststellen, Medien, Verlagen, Gemeinden, Unternehmen, Kulturstiftungen und Privatpersonen genutzt.

4.2.7 Informatikabteilung

Wichtigste Projekte:

- > Migration von RERO zur Virtua-Consortium-Architektur;
- > Digitalisierter alter Zettelkatalog: Abschluss einer Sortieraktion, um die Zettel auszuscheiden, die sich auf Dokumente beziehen, die bereits in den allgemeinen elektronischen Katalog integriert sind; öffentliche Ausschreibung und Wahl eines Angebots, um die restlichen Zettel in den RERO-Katalog zu integrieren;
- > Vorbereitung einer Datenbank für die Bearbeitung des Fonds «de Castella»;
- > Installation eines internen Anwenderprogramms zur Adressverwaltung;
- > Installation neuer elektronischer Anzeigetafeln.

4.2.8 Erwerbungsabteilung

4.2.8a Statistiken

Erworbene Dokumente	2009	2008
Ankäufe aus dem Budget der Zentrale	11 225	10 176
Ankäufe aus dem Budget der Universität	13 956	13 649
Ankäufe aus Sonderkrediten	790	1 327
Schenkungen	3 786	3 750
Pflichtabgaben (inkl. audiovisuelle Dokumente)	1 678	1 471
Tausch	687	598
Deposita	392	675
Zeitschriften: neue Abonnemente	104	82
Zeitschriften: Sonderhefte	407	429
Total	33 025	32 157

Erworbene Zeitschriften	2009	2008
Abonnierte Printzeitschriften	5 104	5 067
Elektronische Zeitschriften (Titel)		
über das Konsortium abonnierte Titel	8 173	6 759
ausserhalb des Konsortiums abonnierte Titel	927	938
nachgewiesene unentgeltliche Titel	23 368	20 229
Datenbanken (CD-ROMs und online)	390	390

Die Verwaltung der Zeitschriften auf Papier umfasste 24 834 Faszikel.

4.2.8b Erwerb elektronischer Angebote

Die KUB setzte ihre Mitarbeit im Konsortium der Schweizer Hochschulbibliotheken fort, das sich eine koordinierte Versorgung der Hochschulen zu möglichst günstigen finanziellen Bedingungen zum Ziel gesetzt hat. In Zusammenarbeit mit den anderen Westschweizer Hochschulen wurde eine umfangreiche Ergänzung der «Eighteenth Century Collections Online (ECCO)» erworben (138 000 Titel in Englisch, erschienen zwischen 1701 und 1800); zusammen mit der Universität Bern wurde die Datenbank «Early English Books Online (EEBO)» angeschafft (125 000 Bücher, erschienen zwischen 1475 und 1700). Eine Arbeitsgruppe wurde eingesetzt, um die Möglichkeiten einer Lizenz für die Zeitschriften des Verlags Elsevier zu evaluieren.

4.2.8c Buchbinderei

Von externen Unternehmen gebundene Bände: 9 463 (8 610)

2009

4.2.9 Katalogisierungsabteilung

4.2.9a Formalkatalogisierung

Bände	2009	2008
Neuaufnahmen	31 523	31 325
Rekatalogisierung	38 761	41 886
Verschiedenes	3 861	3 420
Total KUB	74 145	76 631
Assoziierte Bibliotheken	23 913	14 620
Total	98 058	91 251

4.2.9b Sachkatalogisierung

	2009	2008
Von der KUB bearbeitete Bände	14 885	17 186
Von einer anderen Bibliothek bearbeitete Bände	27 177	25 667
Nicht erschliessbare Bände	38 633	34 605
Leitaufnahmen	6 113	4 798
Total	86 808	82 256

Die Universitätsbibliothekare leisteten 24% (26%) der Formalkatalogisierung und 40% (37%) der Sachkatalogisierung. Im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem Westschweizer Bibliotheksverbund (RERO) wurden 50% (52%) der Formalkatalogisierung bzw. 65% (60%) der Sachkatalogisierung für die Bände der KUB bereits von den anderen Partnern geleistet, wenn man nicht erschliessbare Titel und Leitaufnahmen ausser Betracht lässt.

Der lokale Katalog der KUB umfasst 1 229 910 (1 232 100) Aufnahmen. Die Abnahme gegenüber 2008 erklärt sich durch den Wechsel zu einer zentralisierten Datenbankstruktur, welche die summarischen Aufnahmen nicht mehr berücksichtigt. Die Freiburger Aufnahmen umfassen insgesamt 1 758 204 (1 651 101) Bände.

4.2.9c Rekatalogisierung

Die Bearbeitung der Bestände der Bibliothek des Interfakultären Instituts für Ost- und Ostmitteleuropa (IEO - Bereiche IEUO und SLS), der Seminare für Moralthologie (STHM) sowie für Dogma und Moral (SDM) ist abgeschlossen. Zur laufenden Rekatalogisierung und den verschiedenen Arbeitsvorgängen ergeben sich folgende Zahlen:

in der Zentrale: 27 850 Bände (29 788);

in der Universität: 10 911 Bände (12 098).

Von 1985 bis 2009 wurden 662 302 Bände rekatalogisiert, davon 38 761 (41 886) im Berichtsjahr.

4.2.10 Benutzungsabteilung

4.2.10a Statistik

Dokumente:	2009	2008
Heimausleihe inkl. Mediathek	303 651	308 659
<i>(davon Mediathek allein)</i>	<i>69 776</i>	<i>76 566</i>
Ausleihe in den Lesesaal	14 949	14 412
Ausleihe durch die Bibliotheken an der Universität	77 098	83 783
Ausleihe von auswärtigen Bibliotheken	9 000	8 629
Ausleihe an auswärtige Bibliotheken	9 751	9 163
Versand bestellter Fotokopien	1 193	1 024
Eingang bestellter Fotokopien	565	625
Total	416 207	426 295
Versand bestellter Kopien von Freiburger Zeitungen	372	422

In diesen Zahlen nicht enthalten sind Werke, die direkt in den Magazinen, in den Lesesälen der KUB-Zentrale und in den Freihandbereichen der Bibliotheken an der Universität benutzt wurden.

4.2.10b Nutzung der elektronischen Angebote

In den über das Konsortium abonnierten Zeitschriften wurden 175 000 Artikel konsultiert. Mehr als 280 000 Recherchen wurden in den 390 Online-Datenbanken vorgenommen. Die KUB-Website verzeichnete rund 500 000 Besuche.

4.2.10c Benutzerschulung

Die KUB-Zentrale veranstaltete 60 Führungen und Kurse für Bibliotheksbenutzung und Bibliografieren, an denen insgesamt 476 Personen teilnahmen. Das in das Universitätsstudium integrierte Programm wurde von mehr als 750 Studierenden genutzt.

4.2.11 Logistikabteilung

4.2.11a Organisation

Im Rahmen der Einführung des neuen Organigramms wurde eine Logistikabteilung geschaffen. Diese Abteilung übernahm von der Benutzungsabteilung die Verwaltung der Magazine und Gebäude (inkl. Beaugard) sowie einen Teil der Lieferung von Dokumenten; von der Erwerbungsabteilung übernahm sie die Ausrüstung von Dokumenten (Etikettierung).

2009

4.2.11b Verwaltung der Magazine, Lieferung und Vervielfältigung von Dokumenten

Verwirklichte Projekte:

- › Weiterführen der Gesamtinventarisierung der Bestände, Abschätzung des noch verfügbaren Raums;
- › Neuorganisation der Klassierung nach Format (1. Etappe: Zeitschriften und Sammlungen);
- › Umlagerung der im Dachgeschoss gelagerten Zeitschriften und Zeitungen (Zentrale oder KUB-Beauregard);
- › Überarbeitung der Organisation des Depots der alten Druckschriften und des Lesesaals für die Benutzung der Sondersammlungen (Lieferungszeiten usw.);
- › Verteilung der Bibliothek AHP auf verschiedene Räume, um Platz im geschlossenen Depot der KUB-Beauregard zu gewinnen;
- › Neuorganisation der Lieferung und Vervielfältigung von Dokumenten (FRED) (Migration zu Virtua Consortium), ebenso des Versands und des Einscannens.

4.2.11c Ausrüstung der Dokumente

Dokumente	2009	2008
Etikettierte Bände	72 842	58 765
Mit Magnetstreifen versehene Bände	44 074	21 938

Die Zunahme der Zahl der behandelten Dokumente ist auf die Ersetzung beschädigter Etiketten und den Austausch der CD/DVD-Boxen der Mediathek zurückzuführen.

4.2.11d Spedition, Transporte, Umzüge

3958 (4774) Pakete wurden versandt. Neben den täglichen Transporten für die Universität wurden Sondertransporte durchgeführt: Beseitigung sperriger Objekte und überzähliger Veröffentlichungen; Verschiebung von Zeitschriften, des Lagers der Veröffentlichungen der KUB, der alten Buchbindemaschinen, des Zettel-Sachkatalogs sowie des «Museums» der audiovisuellen Geräte. Die Privatisierung der Transporte wurde geprüft.

4.2.11.e Infrastrukturen und Materialzentrale

Das an verschiedenen Orten gelagerte Büromaterial und Mobiliar wurde in einem Zentrallager im Dachgeschoss zusammengeführt (1. Etappe); die Magazine wurden entrümpelt. Zudem wurde eine Studie für den Ausbau und die Rationalisierung des Fotokopierer- und Druckerparks durchgeführt

4.2.12 Dezentrale Bibliotheken an der Universität

Die Bibliotheksverantwortlichen nahmen an einem Seminar teil, um die Zusammenarbeit zu intensivieren und die Sichtbarkeit der Bibliotheken an der Universität zu erhöhen. Im Anschluss an diese Tagung bildeten sich verschiedene Gruppen zur Entwicklung gemeinsamer Projekte. Auf der Website der Universität wurde ein «Webportal für Bibliotheken» aufgeschaltet. Die Ausbildung der Studierenden im fachspezifischen Bibliografieren wurde unter Leitung eines Ausbildners und mit der aktiven Beteiligung der Bibliothekare der Universität fortgesetzt.

5. Konservatorium

5.1 Aufgaben

Die Hauptaufgabe des Konservatoriums besteht darin, Gesangs- und Instrumentalunterricht sowie Tanz- und Schauspielunterricht auf Amateurstufe und in Vorberufsklassen zu erteilen. Dieser Unterricht wird in verschiedenen, dezentralisierten Unterrichtsorten der Bezirke angeboten.

Direktor: Giancarlo Gerosa.

5.2 Tätigkeit

5.2.1 Kommission des Konservatoriums

Die Kommission des Konservatoriums tagte zweimal. Sie genehmigte die Rechnung 2008 und gab zum Voranschlag 2010 eine positive Stellungnahme ab. Daneben behandelte sie unter anderem folgende Themen: Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Examensorganisation des Konservatoriums, Verordnungsentwurf zur Festsetzung der Kurstaxen, Ernennung des neuen Abteilungsleiters für die Klassen der Blechblasinstrumente, Entwurf zur Gruppierung des Unterrichtsangebots in regionale Zentren, Schuljahresbeginn 2009/10.

5.2.2 Einteilung nach Fach

Die Angaben stammen aus der Statistik vom Juni 2009.

Schauspielunterricht

- › Abteilungsleiter: Yann Pugin; Schülerzahl 31; Aufteilung nach Stufe: Einführungskurs I, II, III 7; Amateurzertifikate I, II, III 17; Vorberufszertifikat 7; Anzahl Lehrpersonen: 9; Unterrichts-ort: Freiburg.

Klassen für Holzblasinstrumente

- › Abteilungsleiter: Christophe Rody; Anzahl Kurse 938: Blockflöte 248, Querflöte 320, Klarinette 177, Saxophon 144, Oboe

2009

30, Fagott 19; Aufteilung nach Stufe: Unterstufe 542, Mittelstufe 217, Sekundarstufe 131, Amateurzertifikate 46; Studienzertifikate 2; Anzahl Lehrpersonen: Blockflöte 15, Querflöte 12, Klarinette 5, Saxophon 4, Oboe 1, Fagott 1; Unterrichtsorte: Freiburg, Bulle und 24 Aussenstellen in 7 Bezirken.

Klassen für Gesang

- › Abteilungsleiter: Nicolas Pernet; Anzahl Kurse 218; Aufteilung nach Stufe: Unterstufe 112, Mittelstufe 51, Sekundarstufe 19, Amateurzertifikate 17; Studienzertifikate 3; Anzahl Lehrpersonen: 9; Unterrichtsorte: Freiburg, Bulle und Murten.

Klassen für Streichinstrumente

- › Abteilungsleiter: François Karth; Anzahl Kurse 457: Geige 347, Cello 97, Bratsche 6, Kontrabass 7; Aufteilung nach Stufe: Unterstufe 242, Mittelstufe 108, Sekundarstufe 64, Amateurzertifikate 31; Studienzertifikate 8; Anzahl Lehrpersonen: Geige 16, Cello 4, Bratsche 1, Kontrabass 1; Unterrichtsorte: Geige (Bulle, Châtel-St-Denis, Estavayer-le-Lac, Freiburg, Düdingen, Murten, Romont, Villars-sur-Glâne, Wünnewel); Bratsche (Freiburg); Cello (Bulle, Freiburg, Murten, Wünnewel); Kontrabass (Freiburg).

Klassen für Blechblasinstrumente

- › Abteilungsleiter: Guy Michel; Anzahl Kurse 548: Trompete 403, Euphonium 71, Tuba 10, Horn 23, Posaune 41; Aufteilung nach Stufe: Unterstufe 286, Mittelstufe 174, Sekundarstufe 54, Amateurzertifikate 30; Studienzertifikate 4; Anzahl Lehrpersonen: Trompete 16, Euphonium 3, Tuba , Horn 2, Posaune 1; Unterrichtsorte: Freiburg, Bulle und 41 Aussenstellen in 7 Bezirken.

Klassen für Ballett

- › Abteilungsleiterin: Corinne Held; Schülerzahl 58; Aufteilung nach Stufe: Unterstufe 20, Mittelstufe 18, Sekundarstufe 4, Amateurzertifikate 3; Vorberufszertifikat 12; Anzahl Lehrpersonen: 5; Unterrichtsort: Freiburg.

Klassen für Gitarre

- › Abteilungsleiterin: Jacqueline Sudan; Anzahl Kurse 428; Aufteilung nach Stufe: Unterstufe 291, Mittelstufe 94, Sekundarstufe 33, Amateurzertifikate 10; Anzahl Lehrpersonen: 13; Unterrichtsorte: Freiburg, Bulle und Murten.

Klassen für Jazz

- › Abteilungsleiter: Christophe Tiberghien; Anzahl Kurse 422: Klavier 134, Gitarre 96, Schlagzeug 94, Keyboard und Synthesizer 36, Gesang 19, Bassgitarre 18, Saxophon 9, Theorie 7,

Kontrabass 5, Blechblasinstrumente 3, Klarinette 1; Aufteilung nach Stufe: Unterstufe 286, Mittelstufe 87, Sekundarstufe 40, Amateurzertifikate 6; Anzahl Lehrpersonen: 16; Unterrichtsort: Freiburg.

Klassen für Klavier

- › Abteilungsleiter: Philippe Morard; Anzahl Kurse 1327; Aufteilung nach Stufe: Unterstufe 756, Mittelstufe 322, Sekundarstufe 162, Amateurzertifikate 55; Studienzertifikate 11; Anzahl Lehrpersonen: 52; Unterrichtsorte: Freiburg, Bulle und 33 Aussenstellen in 7 Bezirken.

Weitere Unterrichtsfächer

- › *Akkordeon*: Anzahl Kurse 39; Aufteilung nach Stufe: Unterstufe 19, Mittelstufe 11, Sekundarstufe 5; Amateurzertifikate: 4; Anzahl Lehrpersonen: 1; Unterrichtsort: Freiburg.

- › *Cembalo*: Anzahl Kurse 10; Aufteilung nach Stufe: Unterstufe 9, Mittelstufe 1; Anzahl Lehrpersonen: 1; Unterrichtsort: Freiburg.

- › *Musiklehre-Gehörbildung*: Grundausbildung und Amateurkurse: Anzahl besuchte Kurse 64; Aufteilung nach Stufe: Niveau I 3; Niveau II 17; Amateurzertifikate 44; Anzahl Lehrpersonen: 3; Unterrichtsorte: Freiburg, Bulle und Tafers; vorberufliche Ausbildung: Anzahl besuchte Kurse 40, Aufteilung nach Stufe: Studienzertifikate I: 19; Studienzertifikate II: 17; Studienzertifikate III: 4; Unterrichtsorte: Freiburg und Bulle.

- › *Chorleitung*: Amateurzertifikatsstufe, Schülerzahl 7; Anzahl Lehrpersonen: 1; Unterrichtsort: Freiburg.

- › *Blasmusikleitung*: Amateurzertifikatsstufe, Schülerzahl 7; Anzahl Lehrpersonen: 1; Unterrichtsort: Freiburg.

- › *Musikalische Früherziehung*: Schülerzahl 177; Aufteilung nach Unterrichtsfach: Musikalische Früherziehung 55, Rhythmik Jacques-Dalcroze 75, Orff-Methode 47; Anzahl Lehrpersonen: 3; Unterrichtsorte: Freiburg und Bulle.

- › *Orgelimprovisation*: Anzahl Kurse 7; Aufteilung nach Stufe: Unterstufe 5, Mittelstufe 2; Anzahl Lehrpersonen: 1; Unterrichtsort: Freiburg.

- › *Orgel*: Anzahl Kurse 13; Aufteilung nach Stufe: Unterstufe 6, Mittelstufe 2, Sekundarstufe 2, Amateurzertifikate 3; Anzahl Lehrpersonen: 3; Unterrichtsorte: Freiburg und Bulle.

- › *Klassisches Schlagzeug*: Anzahl Kurse 80; Aufteilung nach Stufe: Unterstufe 54, Mittelstufe 16, Sekundarstufe 10; Anzahl Lehrpersonen: 2; Unterrichtsorte: Freiburg und Bulle.

2009

5.2.3 Einteilung nach Stufe

Unterstufe 2678 (2591); Mittelstufe 1159 (1162); Sekundarstufe 555 (586); Amateurzertifikate 227 (205); Studienzertifikate 48 (67);

5.2.4 Einteilung nach Alter und Geschlecht

- > 2091 (2261) Lektionen wurden von Schülerinnen unter 18 Jahren besucht;
- > 1344 (1449) Lektionen wurden von Schülern unter 18 Jahren besucht;
- > 923 (915) Lektionen wurden von Schülerinnen über 18 Jahren besucht;
- > 675 (643) Lektionen wurden von Schülern über 18 Jahren besucht.

5.2.5 Abgegebene Zertifikate

- > 12 (8) *Studienzertifikate*: Schauspiel, Gesang, Klavier, Tuba, Cello.
- > 24 (19) *Amateurzertifikate*: Schauspiel, klassisches Ballett, Euphonium, Blockflöte, Querflöte, Gitarre, Klavier, Tuba, Posaune, Trompete, Geige, Cello.

5.2.6 Prüfungen

Während des Schuljahres 2008/09 wurden 1132 Prüfungen in 3 Gebieten durchgeführt (Musik, Schauspiel und Ballet).

Musik

1062 Prüfungen mit folgender Verteilung: Eintritt Mittelstufe: 508; Eintritt Sekundarstufe: 249; Eintritt in Zertifikatsklasse: 131; Zwischenprüfungen für Amateurzertifikate: 47; Zwischenprüfungen für Studienzertifikate: 35. Musiklehre und Gehörbildung (Schlussexamen für Amateurzertifikate): 40; Musiklehre und Gehörbildung (Schlussexamen für Studienzertifikate): 16. Schluss-examen (Amateurzertifikate): 28 (1 Gesang, 2 Euphonium, 2 Blockflöte, 3 Gitarre, 1 Jazzgitarre, 1 Oboe, 2 Klavier, 1 Posaune, 9 Trompete, 5 Geige, 1 Cello). Schluss-examen (Studienzertifikate): 8 (1 Gesang, 4 Klavier, 1 Trompete, 1 Tuba, 1 Cello).

Schauspiel

35 Prüfungen mit folgender Verteilung: Übertrittsprüfungen Amateurzertifikate 11; Schlussprüfungen für Amateurzertifikat: 2 (1 Kandidat, 2 Examen); Schlussprüfung für Berufsvorbereitungsstufe: 12 (6 Kandidaten, 2 Examen); Aufnahmeprüfungen in Berufsvorbereitungsstufe: 10.

Ballett

35 Prüfungen mit folgender Verteilung: Basis- und Amateurunterricht 11 (Eintritt Mittelstufe: 6; Eintritt Sekundarstufe: 4; Eintritt in Amateurklasse: 0; Schlussprüfung Amateurzertifikate: 1); Berufsvorbereitender Studiengang 24 (Aufnahmeprüfungen: 8; Eintritt Sekundarstufe: 5; Eintritt in Zertifikatsklasse: 1; Zwischenprüfungen: 11).

5.2.7 Lehrpersonen und neue Studiengänge

Im 2008/09 erteilten die 196 (206) Lehrpersonen (110 Vollzeitstellen) im Durchschnitt wöchentlich 2926 (2981) Unterrichtsstunden. Im Jahr 2009 wurde das Lehrprogramm für den Studiengang Blasmusikdirektion angepasst, dies in Hinblick auf die Anerkennung des Zertifikats durch den Schweizer Blasmusikverband (SBV). Das Konservatorium wird auch von den Studierenden der Kollegien besucht (Kollegium St. Michael, Kollegium Hl. Kreuz und Kollegium des Südens), und zwar im Rahmen des Schwerpunktfachs Musik.

5.2.8 Kulturelle Aktivitäten

Der Jahresablauf am Konservatorium ist für Eltern und Musikliebhaber durch mehrere hundert Vortragsübungen (300 im Schuljahr 2008/09; 180 Vortragsübungen in Granges-Paccot und 120 in den Aussenstellen) sowie durch öffentliche Konzerte geprägt. Besonders erwähnt seien hier folgende Veranstaltungen:

- > 21. und 22. März, Organisation des Schweizerischen Jugendmusikwettbewerbs;
- > 28. März, Tag der offenen Tür in Bulle;
- > 3. April, Lehrerkonzert mit Christophe Rody, Querflöte, Guy Michel, Tuba, Jean-François Michel, Trompete, Eugenia Rody, Klavier;
- > 29. April, Lehrerkonzert mit Michel Weber, Saxophon und Klarinette, Mike Goetz, Klavier;
- > 1. Mai, Konzert des Ensembles «Les Toubadours» mit Guy Michel, Lehrer;
- > 2. Mai, Tag der offenen Tür in Estavayer-le-Lac;
- > 10. und 17. Mai, Lehrerkonzert für Querflöte in Bulle, Domdidier und Estavayer-le-Lac;
- > 15. und 16. Mai, Vorführung des Kollektivateliers für Gesang in Freiburg und Domdidier;
- > 3. September, Lehrerkonzert mit Alain Bertschy, Gesang, Philippe Morard, Klavier;

2009

- › 2. Oktober, Lehrerkonzert mit Marzena Toczko, Geige, Julia Sadykava, Klavier;
- › 1. bis 5. Dezember, 5 Konzerte mit Lehrpersonen, ehemaligen und aktuellen Schülerinnen und Schülern im Rahmen des 30-jährigen Jubiläums des Sektion Jazz und des 10-jährigen Jubiläums des Vereins Freude des Konservatoriums.

5.2.9 Pädagogisches

Im Schuljahr fanden zahlreiche pädagogische Treffen und Weiterbildungsprogramme statt. Diese Aktivitäten gaben den Schülerinnen und Schüler sowie den Lehrpersonen Gelegenheit, ihre Ausbildung in folgenden Aktivitäten zu verbessern:

- › 17. Januar, Meisterkurs mit Thomas Grossenbacher, Cello;
- › 31. Januar, Meisterkurs mit Julien Roh, Althorn;
- › 25. April, Meisterkurs mit Mokthar Samba, Jazz-Schlagzeug;
- › 25. April, Atelier und Konzerte um das Thema «Kontakte» von Karl-Heinz Stockhausen, in Zusammenarbeit mit der «Association Jeune Musique», mit Maxime Favrod, Schlagzeug, François Margot, Klavier, Guy-Philippe Ayer, elektronisches Klavier;
- › über das Schuljahr: 2 Kurse für die Ballettklassen durch Hans Meister;
- › 25. August, Weiterbildung mit Mattia Piffaretti, Thema: «Développer le potentiel d'un artiste, parallélismes avec la pratique sportive de compétition»;
- › 26. August, Weiterbildung mit Urs Neuhaus, Thema: Technik Alexander;
- › 26. August, Weiterbildung für die Lehrpersonen für Klavier, mit Pierre-François Coen, Thema: Die Klavierlektion;
- › 27. August, Weiterbildung für die Lehrpersonen für Streichinstrumente Pierre-Bernard Sudan, Thema: Die Intonation;
- › 28. August, Weiterbildung für die Lehrpersonen für Gitarre mit Luc Fuchs, Thema: Die Improvisation;
- › 10. Oktober, Weiterbildung für die Lehrpersonen für Gesang mit Gregory Frank, Thema: Die gesprochene Stimme.

5.2.10 Gesetzliche und reglementarische Grundlagen

Nach der Integration der Berufsklassen ins Konservatorium Lausanne genehmigte der Grosse Rat die diesbezügliche Änderung

des Gesetzes über die kulturellen Institutionen; diese trat rückwirkend auf den 1. September 2008 in Kraft. Künftig bietet das Konservatorium einen instrumentalen und vokalen Unterricht, Schauspielkunst und Ballettunterricht auf Amateur- und Vorbereitungsstufe.

Aus demselben Grund wurden die Verordnung vom 7. September 2004 über das Konservatorium und die Verordnung vom 5. April 2005 über die Prüfungen am Konservatorium entsprechend angepasst. Und schliesslich passte der Staatsrat die Kursgebühren auf den 1. September an.

5.2.11 Entwurf zur Zusammenlegung des Unterrichts des Konservatoriums

Der Grosse Rat nahm in seiner Sitzung vom 4. April 2008 Kenntnis vom Bericht zum Postulat der Grossräte Françoise Morel und Patrice Morand zur Dezentralisierung des Konservatoriumsunterrichts. Aus diesem Bericht geht hervor, dass eine Reihe regionaler Zentren in Betracht bezogen werden könnten. Die EKSD beschloss daraufhin, eine Arbeitsgruppe zu bilden, die dem Staatsrat Lösungsvorschläge unterbreiten soll. Die Arbeitsgruppe, die in vier Treffen die Situation analysiert hat, erarbeitete Vorschläge für die Zusammenlegung des Unterrichts in einigen regionalen Zentren jedes Bezirks und behandelte ebenfalls die Kostenfrage. Der definitive Bericht wurde der EKSD am 14. September abgegeben.

5.2.12 Information und Kommunikation

Die Internetseite des Konservatoriums – die seit 2006 mit dem neuen Informatiksystem geführt wird – wurde von 82 000 Besuchen angewählt. Das Bulletin des Konservatoriums wird zweimal pro Jahr mit je 5000 Exemplaren herausgegeben. Im Dezember erhalten die Freiburger Gemeinden zudem ein Dokument, das die Organisation und den Betriebsablauf des Konservatoriums aufzeigt.

6. Museum für Kunst und Geschichte

6.1 Aufgaben

Hauptaufgabe des Museums für Kunst und Geschichte (MAHF) ist es, der Öffentlichkeit sowie Schülerinnen und Schülern, Studierenden und Forschenden einen Einblick in das künstlerische und historische Kulturgut des Kantons und in verschiedene frühere und zeitgenössische Gestaltungsformen im Bereich der visuellen Künste zu bieten. Zudem sorgt es für die Vervollständigung, Bestandsaufnahme und Konservierung der Kunst- und historischen Sammlung des Staates.

Direktorin: Yvonne Lehnerr (bis 28.02), Verena Villiger Steinauer (ab 01.03).

2009

6.2 Tätigkeit

6.2.1 Kommission

Die Kommission und ihr Ausschuss traten zweimal zusammen. Sie prüften die Jahresrechnung und verabschiedeten den Voranschlag 2010.

6.2.2 Personal

Temporäre Anstellung von drei Zivildienstleistenden und wissenschaftlichen Assistenten, die an der Vorbereitung von Ausstellungen und der Neuinventarisierung der Sammlung mitarbeiteten. Fünf Universitätsstudierende absolvierten je ein dreiwöchiges museologisches Praktikum.

6.2.3 Wechselausstellungen und Dauerausstellung

Bei Gott und den Gnädigen Herren zu Tisch – Die Goldschmiedekunst im Kanton Freiburg zwischen 1550 und 1850 (21.11.08–15.03.09) / Zeitgenössische Freiburger Künstler – Ankaufsfonds des Kantons Freiburg 1984–2009 (05.06–16.08.09) / Le Chant de la couleur – Meisterwerke der Sturzenegger-Stiftung (25.09.2009–31.01.2010).

Die erwähnten Ausstellungen, die Dauerausstellung und die Veranstaltungen wurden von insgesamt 14 948 (19 236) Personen besucht, darunter 221 (146) Schulklassen mit 3611 (2426) Schülerinnen und Schülern; in der Museumsnacht (16. Mai) kamen 1186 Personen ins Museum. Dies ergibt einen Tagesdurchschnitt von 48 (64) Besucherinnen und Besuchern.

6.2.4 Führungen

Insgesamt fanden 109 Führungen durch die Dauerausstellung und die Wechselausstellungen statt (inkl. «Sonntags ins Museum» und «Ma Me Mi Mo Mu»).

«Sonntags ins Museum»: Jeden ersten Sonntag des Monats zwischen 11 und 12 Uhr war das Publikum eingeladen, mit einer Führerin oder einem Führer einen besonderen Aspekt der Dauerausstellung zu entdecken. Während der Besichtigung wird den Kindern ein eigenes Programm angeboten. Diese Veranstaltung fand zehn Mal statt.

«Ma Me Mi Mo Mu» », anders gesagt: Mangeons mercredi midi un morceau au musée (mittwochs zum Picknick ins Museum, bis Ende Juni): Jeweils während der Mittagspause präsentierte das MAHF ein Werk der Sammlung (Dauer: 15 Minuten). 20 Werke wurden vorgestellt.

6.2.5 Vorträge und Konzerte

Insgesamt fanden 26 Vorträge statt (inkl. die «Entdeckungen von 6 bis 7»).

«Entdeckungen von 6 bis 7»: Monatliche Vorstellung eines Werkes der Museumssammlung am frühen Abend. Für das Publikum wurden zehn Vorträge von Fachleuten mit anschliessender Diskussion organisiert.

Im Lapidarium waren sechs Konzerte von verschiedenen Musikformationen zu hören.

6.2.6 Vollständige Neuinventarisierung der Museumssammlung

Die Inventarisierung der Sammlung des MAHF (2008–2012) ist in Gang. Im Berichtsjahr wurden 10 030 (3900) Werke/Objekte inventarisiert.

6.2.7 Wissenschaftliche Tätigkeit und Publikationen

Das MAHF beteiligte sich weiterhin am Forschungsprojekt des Schweizerischen Nationalfonds über die Freiburger Plastik zwischen 1500 und 1550 («Zwischen Gotik und Renaissance Die Freiburger Plastik aus der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts»). Zudem setzte es seine Tätigkeit in der trinationalen Arbeitsgruppe «Sculpture médiévale dans les Alpes» (Mittelalterliche Plastik im Alpenraum – Italien / Frankreich / Schweiz) fort.

Folgende Publikationen veröffentlichte das MAHF unter Leitung oder mit Beteiligung seiner Mitarbeitenden: A la table de Dieu et de Leurs Excellences – Lorfèverrie dans le canton de Fribourg entre 1550 et 1850 / DVD Zeitgenössische Freiburger Künstler – Ankaufsfonds des Kantons Freiburg 1984–2009 / Le Chant de la couleur - Meisterwerke der Sturzenegger-Stiftung.

Sechs neue «Museumsblätter» (kurze Werkmonografien) sind erschienen (79 Blätter seit 1997).

6.2.8 Website

Die Website des MAHF verzeichnete 188 679 (110 073) Besuche. Ein neuer Internet-Auftritt ist für 2010 in Vorbereitung.

6.2.9 Schenkungen und Deposita

6.2.10 Schenkungen

Malerei: Alfons Brügger: Unbekannt, Muttergottes von Mariahilf, 18.–19. Jh., Öl auf Leinwand; Redemptoristen-Kongregation, Matran: Porträt des Superiors Nicolas Mauron, 1878, Öl auf Leinwand; Unbekannt, Saint Bernard recevant le Christ dans ses bras,

2009

17. Jh., Öl auf Leinwand; Unbekannt, Porträt des hl. Alfonso de Liguori, 19. Jh., Öl auf Spanplatte; Unbekannt, Hl. Joseph mit Jesuskind, Retabel-Auszugsbild, 18. Jh., Öl auf Leinwand; Henri Ellgass: Jean-Baptiste Bonjour: Porträtpaar Jean und Rosalie Kussler, 1843, Öl auf Leinwand; Verein der Freunde des Museums: Yoki, Fin de l'hiver dans le Jura français, 2009, Öl auf Leinwand; Henri und Marguerite Pilloud-Dessiex: Unbekannt, Fondue au café de la Poste à Fribourg, 2. Drittel 20. Jh., Tempera auf Pavatex in Lünettenform.

Plastik: Ehepaar Jean-Claude Gauthier: Théo Aeby, Porträt Marie Angèle Dossenbach, geb. Collaud, 1905, Gips; Marcel Mathys: ders., 5 Bronzereliefs: La mort et la jeune fille I, 2003; La mort et la jeune fille II, 2004; La mort et le pèlerin, 2003; La mort et le philosophe, 2003; La mort et le couple, 2004.

Druck- und Grafikwerke: Doris Grauwiler: Henri Robert, Bouquet d'œillets, 1. Hälfte 20. Jh., Pastell; Henri Robert, Bouquet de dahlias, 1. Hälfte 20. Jh., Pastell. Ehepaar Louis Hayoz: Louis Lager, Jeune homme et âne au repos, 1853, Bleistift, weiss gehöht, auf Papier; J. P. Wagner, Ermitage de Ste-Vérène près de Soleure, 19. Jh., Farblithografie; Antoine Drulin, La porte de Morat, 19. Jh., Lithografie; Tirpenne und Engelmann, Fragments de paysage, 1826, Lithografie. Verein der Freunde des Museums: Carol Bailly, Betsy + Millie, 2009, Offsetdruck, 1/50.

Kunsth Handwerk: Alfons Brügger, Set von Andachtsgegenständen, 19.–20. Jh.; Redemptoristen-Kongregation, Matran: 6 Kelche und Patenen, 19.–20. Jh., Silber und Silber vergoldet; Altarkreuz, 19. Jh., Metall vergoldet; Set von 6 Leuchtern, 19. Jh., Bronze vergoldet; 11 Kaseln mit Accessoires, 19.–20. Jh., Seide. Jean Comment, Colt, 1855, Kaliber 28, ca. 7 mm. Henri Ellgass: Laurent Freschot, Deckelbecher, 17. Jh., Silber vergoldet; 2 Reliefs mit Darstellungen der Murtenschlacht und von Winkelrieds Tod, 19. Jh., Terrakotta. Hans-Peter Klemenz, ders., Rababou, 1970, Farbfotografie; Wildäpfel, 1973, Farbfotografie; 4 Abzüge der Serie «Iceland», 1973, Farbfotografie; 15 Abzüge der Serie «Seelenbäume», 1972–1976, Farbfotografie; L'inconnue de Monterey, 1977, Farbfotografie; Little pond, 1977, Farbfotografie. Benoît de Reyff, diverse Kinderkleider, Mitte 20. Jh.

6.2.11 Deposita

Das Amt für Kultur hat dem MAHF die Verwaltung seines Ankaufsfonds übertragen. Artisans de l'Etat: Möbel (Sessel und Büchergestelle) 18. und 20. Jh.; Staatskanzlei: Teddy Aeby, Souvenir de jeunesse, 1983, Radierung und Tuschätzung; H. Blanc, Vue de Romont, 2. Hälfte 20. Jh., Radierung; Unbekannt, Hôtel de ville de Berne, 2. Hälfte 20. Jh., Radierung. Direktion des Kantonsspitals: Schrank Louis XIII, 2. Hälfte 17. Jh., Nussholz; Freiburger Tischgestell, 18. Jh., Eiche; Säule, Ende 19. Jh., Kirschholz.

6.2.12 Ankäufe

Malerei: Dominico Alvarez, Porträt Nicolas Fivaz, Mitte 19. Jh., Öl auf Leinwand; Jean-Baptiste Bonjour, Porträtpaar Jean-Pierre und Marie Anne Savary, 1850, Öl auf Holztafel; Unbekannt, Porträtpaar Aloys Guillaume und Madeleine Eggendorffer, 1786, Öl auf Leinwand; Unbekannt, Porträts Louis Jacques Balthasar de Reyff und seine Ehefrau Joséphine de Reyff, geb. de Reynold, 2. Viertel 19. Jh. Öl auf Leinwand; Unbekannt, Kinderporträt Jean-Pierre Ratzé mit Pfeil und Bogen, 1717, Öl auf Leinwand; Unbekannt, Porträt Jean-Pierre Ratzé als 13-Jähriger, 1729, Öl auf Leinwand; Unbekannt, hl. Antonius der Einsiedler, 17. Jh., Öl auf Leinwand; Meinrad Keller, Porträt Marguerite de Praroman, 1745, Öl auf Leinwand. Gertrude Richard (zugeschr.), Porträt einer Frau mit unbekanntem Wappen, 1732, Öl auf Leinwand.

Druck- und Grafikwerke: Emile Angéloz, Sans titre, 16 Zeichnungen, Kugelschreiber, auf den weissen Seiten der «Vues de Fribourg» von Augustin Genoud, um 1970; André Lambert, 10 Zeichnungen, Bleistift, weiss gehöht, die zur Illustration der «Fontaines Anciennes de Fribourg» dienen, 1919; ders., La chapelle de Lorette, um 1919, Feder und Tusche; Joseph Reichlen, Intérieur de chalet, 3. Viertel 19. Jh., Bleistift auf Papier; ders., Le pont de Montbovon, 1890, Bleistift auf Papier; Henri Robert, Angebliches Porträt der Mutter des Künstlers, 1917, Pastell; ders., 2 Porträts eines toten Greises, 1916, Bleistift auf Papier; Stefano Torok, Estate, 1967, Ensemble von 18 Aquarellen auf Papier; Pierre Willeuret, Wolfgang Kilian, 5 Kupferstiche aus dem Zyklus der St. Galler Heiligen, 1630: Der hl. Gallus bestimmt den Ort für sein Kloster; Der selige Notker kämpft mit dem Teufel; Der Leichnam des hl. Othmar wird von der Insel Werd ins Kloster St. Gallen überführt; Der hl. Magnus; Das Martyrium der hl. Wiborada.

Kunsth Handwerk: Wappenscheibe Franz Niklaus Werro, 1701, Glas und Blei.

6.2.13 Kunstvermittlung

Der Kunstvermittlungsdienst (ehemals die pädagogische Abteilung) bietet Besuchergruppen die Möglichkeit, eine Ausstellung in interaktiver und ihnen angepasster Weise kennenzulernen. Er will eine Beziehung zwischen den Werken/Künstlern und der Erfahrungswelt der Besucherinnen und Besucher herstellen. Der Dienst steht allen Gruppen (Schulen, Private, Kinder, Erwachsene), die sich für das Museum interessieren, zur Verfügung und erfüllt gerne Sonderwünsche.

Die Kunstvermittlung empfing im Berichtsjahr 126 Gruppen (d.h. ca. 2200 Personen): 114 Gruppen für «Ateliers» und 12 Klassen 5.–6. Klasse für «gebrauchsfertige» Geschichtslektionen (die Lehrperson findet auf der Website ein Dossier mit Inhalten und einer didaktischen Anleitung; im Museum stehen ihr für die Schülerinnen und Schüler Spiele und Blätter zur Verfügung). Die

—
2009

114 «Ateliers» wurden von 104 Kindergruppen (davon 87 Klassen der Volksschulen des Kantons), 8 Erwachsenengruppen und 2 gemischte Gruppen besucht; 81 «Ateliers» waren der Dauer- ausstellung, 33 den Wechslausstellungen gewidmet. Behandelte Themen: 30 x «Ich und das Porträt» (wer sind die «Bewohner» des Museums?); 22 x «Von der Mücke zum Drachen» (zahlreiche Tiere sind auf den alten und modernen Werken der Sammlung zu finden); 10 x «Leben im Schloss» (Rundgang durch den Ratzéhof bis in die hintersten Winkel, um Aspekte des Freiburger Alltags kennen zu lernen); 6 x «Plastik» (verschiedene Epochen, Techniken usw., Zusammenarbeit mit dem Steinbildhauer Marc Bucher); 1 x «Plastik» (hauptsächlich Marcello); 3 x «Die Sammlung im Allgemeinen»; 6 x «Geburtstag» (Wahl des Themas je nach dem Geburtstagskind); 4 x «Goldschmiedekunst»; 2 x «Zeitgenössische Freiburger Künstler – Ankaufsfonds des Kantons Freiburg»; 26 x «Le Chant de la couleur»; 4 x «Wie geht man mit Kindern ins Museum?» (Erwachsenenbildung PH).

Die «Ateliers» wurden mit vierteljährlich erscheinenden Flyern (alt) und Postkarten (neu) beworben, die den Lehrpersonen verteilt wurden.

6.2.14 Konservierungs- und Restaurierungsabteilung

Die Konservierungs- und Restaurierungsabteilung sorgte für die regelmässige Kontrolle der klimatischen Bedingungen in den verschiedenen Depots und den Räumen der Dauer- und Sonderausstellungen. Sie hat ihre Beratungstätigkeit für interne wie externe Anfragen weitergeführt (technische Gutachten und Ratschläge). Daneben widmete sie 25% ihrer Tätigkeit dem Forschungsprojekt (FN-1047) des Nationalfonds zur Freiburger Plastik des 16. Jahrhunderts und weitere 25% der Arbeit am Inventarprojekt. Ausserdem war sie weiterhin mit der Überwachung des Reproduktionsprojekts des Ostergrabes bei der Mageren Au sowie mit der Rückführung und Konservierung der mittelalterlichen Wandmalereien, die sich im Schloss Misery befinden, beschäftigt. Sie betreute ferner zwei Studentinnen der Hochschule für Restaurierung in Bern während eines fünfwöchigen Praktikums. Die Abteilung beteiligte sich zudem an der Suche nach neuen Depoträumen für die Sammlungen des MAHF, indem sie im Laufe des Jahres die Eignung verschiedener Standorte prüfte. Zudem verfasste sie Zustandsprotokolle für Leihgaben, nahm Eingangs- und Ausgangskontrollen beim Auf- und Abbau der Sonderausstellungen vor und führte in diesem Rahmen Unterhaltsarbeiten sowie konservatorische und restauratorische Massnahmen an verschiedenen Werken der Sammlung durch.

6.2.15 Interne Organisation

Der Direktionsrat führte zehn Sitzungen durch, die Personalkonferenz deren zwei.

6.2.16 Besondere Ereignisse

Der Staatsrat und die Abtei Magerau unterzeichneten am 19. August ein Abkommen über das Ostergrab der Magerau, ein Kunstwerk von europäischer Bedeutung aus der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts. Das Original wird weiterhin ständig im MAHF ausgestellt. Eine vom Staatsrat in Auftrag gegebene detailgenaue Kopie wurde von der Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport der Gemeinschaft der Zisterzienserinnen übergeben.

7. Naturhistorisches Museum

—

7.1 Aufgaben

Hauptaufgabe des Naturhistorischen Museums ist es, dem Publikum die Natur und insbesondere das Freiburger Naturerbe näher zu bringen. Das Museum organisiert verschiedene Aktivitäten mit dem Ziel, den Besucherinnen und Besuchern sowie Schulklassen naturwissenschaftliche Erkenntnisse allgemeinverständlich zu vermitteln. Es gibt Schülerinnen und Schülern, Studierenden und Interessenten die Möglichkeit, sich zu informieren und nachzuforschen. In seine Zuständigkeit fällt die Erhaltung und Bereicherung seiner Sammlungen. Das Museum dient auch als regionale Anlaufstelle für Tier- und Naturschutz und beantwortet dazu naturbezogene Fragen.

Direktor: André Fasel.

7.2 Tätigkeit

—

7.2.1 Kommission

Die Kommission hat zweimal getagt. Sie nahm die Rechnung 2008 zur Kenntnis und prüfte den Voranschlag 2010. Zudem hat sie sich mit dem Raummangel des Museums befasst und Überlegungen über einen allfälligen Umzug angestellt.

7.2.2 Allgemeines

2009 besuchten 51 747 (51 275) Personen das Museum, davon 7881 (6313) Schülerinnen und Schüler aus 473 (445) Klassen. Die Internetseite verzeichnete 680 708 (930 357) Besuche.

Der Direktor des Museums ist Mitglied der Konsultativkommission für Natur- und Heimatschutz sowie Vorstandsmitglied von Freiburg Tourismus.

Der Vizedirektor vertrat das Museum in zwei Kommissionen (Möserkommission Düringen sowie Rechthalten – St. Ursen).

2009

7.2.3 Dienstleistungen für Schulen

Der Leihdienst des Museums stellte 71 (67) Personen 155 (159) Objekte zur Verfügung.

3 (3) pädagogische Unterlagen wurden zu den Sonderausstellungen erarbeitet («Küken», «Arctica», «Der Schildkröten-Klan»).

5 (3) neue Ateliers für Klassen wurden unter der Bezeichnung «Kultur und Schule» mit Unterstützung des Amtes für Kultur erstellt, dies zusätzlich zum bestehenden Museumsparcours.

Für Lehrpersonen wurden Führungen durch die Sonderausstellung angeboten.

Die Zusammenarbeit zwischen dem Museum und der Fachstelle fri-tic wurde fortgeführt. Unter der Leitung des Museums erarbeiteten Viert- und Fünftklässler aus Cordast eine Internetplattform zu Thema Wildschwein.

7.2.4 Verschiedene Aktivitäten

8 (8) Führungen, 21 (9) Konferenzen mit Filmvorführungen sowie 6 (2) Exkursionen fanden namentlich im Zusammenhang mit den Sonderausstellungen und der 1. Freiburger Museumsnacht statt. Das Museum wurde zudem als Endziel aller Teilnehmer der verschiedenen «Salons de Modeste» ausgewählt.

Ein Kurs zur Einführung in die heimische Vogelwelt wurde vom Museum im Rahmen der Volkshochschule (Unipop) des Kantons Freiburg angeboten.

Für die jüngeren Besucher wurden fünf Aktivitäten im Rahmen des Ferienpasses angeboten: eine Nacht im Museum, ein Atelier zu Tierspuren, ein Museumsparcours sowie je ein Atelier im Rahmen der Sonderausstellungen «Arctica» und «Der Schildkröten-Klan». Die Bastelnachmittage am Mittwoch wurden von 364 Kindern besucht.

7.2.5 Pflegestation

Das Museum betreibt eine offiziell anerkannte Pflegestation für Wildtiere. Im Laufe des Jahres wurden 251 (181) verletzte oder kranke Tiere aufgenommen; 109 (66) wurden gepflegt und wieder in Freiheit entlassen; 135 (105) starben oder mussten eingeschläfert werden. Am 31. Dezember befanden sich noch 7 (10) Tiere in Pflege.

7.2.6 Zusammenarbeit mit verschiedenen Institutionen

Das Museum ist als Institution für die Leistung von Zivildienst anerkannt. So beschäftigte es fünf Personen während insgesamt zwölf Monaten. In Zusammenarbeit mit der *Fondation Intégra-*

tion pour tous und dem *Centre d'intégration socioprofessionnelle* (CIS) absolvierten drei Personen ein Praktikum und in Zusammenarbeit mit der regionalen Arbeitsvermittlungsstelle (RAV) wurden vier Praktikanten beschäftigt.

Das Inventar der Museumsbibliothek wurde in Zusammenarbeit mit der Kantons- und Universitätsbibliothek weitergeführt.

7.2.7 Sonderausstellungen

> «Dino, Mammut & Co» (18. Oktober 2008 – 1. Februar 2009)

> «Mauswiesel und Hermelin» (15. November 2008 – 26. April 2009)

> «Küken» (14. März – 19. April) in Zusammenarbeit mit dem Botanischen Garten der Universität Freiburg

> «Arctica» (6. Juni 2009 – 31. Januar 2010)

> «Der Schildkröten-Klan» (4. Juli 2009 – 18. April 2010)

> «François Louis Ruffieux (1848 – 1909) un éminent naturaliste fribourgeois» (14. Oktober – 29. November)

7.2.8 Dauerausstellungen

Die Umbauarbeiten des Zoologiesaals I, auch «Wal-Saal» genannt, haben begonnen. Alle Sammlungstücke wurden ausgelagert, mit Ausnahme der grossen Tiere wie des Wals, der Giraffe (sowie ihrem Skelett), des Elefanten und des Schädels des Pottwals. Die neue Ausstellung soll im Laufe des Jahres 2010 geöffnet werden.

7.2.9 Ausleihe von Sonderausstellungen

Dem Naturmuseum Winterthur wurden lyophilisierte Pilze für die Sonderausstellung «Pilzgeschichten» ausgeliehen, die bis zum 1. Februar dauerte.

Die Ausstellung «Eulen und Käuze» wurde vom 10. bis 20. März im Naturhistorischen Museum in La Chaux-de-Fonds gezeigt.

Die Ausstellung «Mauswiesel und Hermelin» wurde dem Schweizer Museum Wild und Jagd in Landshut im Hinblick auf eine spätere Ausstellung ausgeliehen, während die neu aktualisierte Ausstellung «Erdbeben» in Amman, Jordanien, unter dem Titel «Promoting Awareness on Earthquake Risk in Jordanian Schools» gezeigt wurde.

7.2.10 Sammlungen

Die Inventarisierung der verschiedenen Sammlungen des Museums wurde weitergeführt.

—
2009

Die paläontologische Sammlung des Museums kann 1 (5) Neueingänge verzeichnen. Es handelt sich um das Fossil eines Seedrachs, der aus der bekannten mesozoischen Ablagerungsstätte von Solnhofen in Bayern stammt. Da es sich um einen Knorpelfisch handelt, sind derart gut erhaltene Exemplare selten. Dieses befindet sich in einem ausgezeichneten Zustand und lässt alle anatomischen Details erkennen.

Die mineralogische Sammlung des Museums wurde um 12 (43) Neueingänge bereichert, so um einen grossen Aquamarin auf Muttergestein aus Nepal und zwei Tektite aus der Gibsonwüste, Australien.

Die zoologischen Sammlungen umfassen 170 (100) neue Sammlungsstücke. 88 davon stammen aus Schenkungen. Einige Exponate sind neu für die Sammlungen des Museums: ein Pagodenstar, ein Blauara, eine Waldschildkröte, eine Braune Hyäne, ein Grünkardinal und eine Leierschwanz-Nachtschwalbe.

Die Sammlung von Meeresschnecken und Muscheln zählt 568 Neueingänge, darunter 298 Muscheln und 270 Schnecken.

Das Inventar der Pflanzen der Freiburger Voralpen wurde weitergeführt, das Hauptgewicht lag auf dem Scannen der Herbarbelege. Bis Ende Jahr konnten rund 11 000 Herbartafeln erfasst werden, das entspricht etwa 20%. Das Herbar von Jean-Joseph Chenaux, das sich im Besitz des Greyerzer Museums befand, wurde dem Naturhistorischen Museum übergeben. Diese Sammlung ist sehr wertvoll; sie umfasst ca. 3000 Pflanzen, die zwischen 1850 und 1865 gesammelt wurden und von denen 40% aus dem Kanton Freiburg stammen.

Die Pilzsammlung des Museums wurde dank der Mitarbeit der Pilzvereine von Romont und Freiburg um 63 (78) Exemplare erweitert. Ein seltener Pilz, *Neolentinus adhaerens*, wurde im Nest eines Spechtes in einer Baumhöhle gefunden.

7.2.11 Wissenschaftliche Projekte

Der Vogelzug von Weissstorch und Rotmilan wurde per Satellit weiterverfolgt. Die Ortswechsel der Vögel wurden regelmässig auf der Internetseite des Museums publiziert; 4685 (4010) Interessenten erhielten zudem jede Woche diese Meldungen per E-Mail zugeschickt.

Die Arbeiten zur Veröffentlichung eines populär wissenschaftlichen Buches über die Voralpenflora kommen gut voran. 2009 konnten die Redaktionsarbeiten mehr oder weniger abgeschlossen werden. Das Buch soll 2010 erscheinen und wird besonders Wissenschaftler und Studierende ansprechen.

Das Naturhistorische Museum arbeitet an einem Projekt über Feuchtgebiete. Ziel ist es, die Vielfalt, die Verbreitung und die Ge-

fährdung von Wasserpflanzen im Kanton Freiburg zu studieren. Die Resultate werden sowohl Wissenschaftlern wie auch der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht und in einer Sonderausstellung gezeigt. Zudem werden die Sammlungen des Museums durch neue Herbartafeln, Digitaldaten und Filme bereichert.

7.2.12 Gebäude

Im Rahmen der Planungs- und Unterhaltsarbeiten der Dauer- ausstellungen fanden mit Vertretern des Hochbauamtes mehrere Sitzungen statt.

Die baulichen Massnahmen für ein weiteres Depot in den Räumen des ehemaligen Zeughauses wurden abgeschlossen. Alle Sammlungsstücke, die sich noch in Aussendepots befanden, sowie ein Grossteil von Präparaten, die im Museum zwischengelagert waren, werden jetzt unter optimalen Bedingungen aufbewahrt.

Der Zoologiesaal I wurde ausgeräumt, damit er renoviert werden kann. Im Herbst wurden die alten Vitrinen abgerissen, anschliessend begannen die Grobarbeiten an Decke und Fussboden.

7.2.13 Schenkungen

292 (225) Personen haben dem Museum 493 (310) Tiere oder Objekte übergeben.

8. Schloss Greyerz

—

8.1 Aufgaben

Die Stiftung des Schlosses, präsiert von der Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport, hat hauptsächlich die Aufgabe, im Namen des Staates die Restaurierung, die Erhaltung, die Einrichtung, die Sicherheit und die Wertsetzung der Gebäude, des Grundbesitzes und der Möbel des Schlosses Greyerz zu gewährleisten.

Präsidentin des Stiftungsrates: Isabelle Chassot, Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport.

Konservator: Raoul Blanchard.

8.2 Tätigkeit

—

8.2.1 Stiftungsrat

Der Stiftungsrat des Schlosses versammelte sich dreimal. Das Büro des Stiftungsrates trat dreimal zusammen.

8.2.2 Ausstellungen

> Weihnachten im Schloss: Die CIRO-Krippen aus der Sammlung Hartl (22. November 2008 bis 11. Januar);

2009

- > wasser@greyerz: Fotografien und Projektionen von Michel Roggo (24. Januar bis 19. April);
- > Beat Breitenstein: Skulpturen und Reliefs (2. Mai bis 30. August);
- > Gerry Embleton: Zwischen Realität und Fantasy (12. September bis 8. November);
- > Weihnachten im Schloss: Peruanische Krippen aus der Sammlung Hartl (21. November bis 10. Januar 2010).

Das Schloss führte folgende Veranstaltungen durch:

- > «Das Johannisfest im Schloss» (Mittelalterfest mit der Compagny of Saynt George, 20. und 21. Juni);
- > Eröffnungssendung des Regionalfernsehens La Télé aus dem Schloss (1. Juli);
- > Atelier für alte Musik: Bau der Kopie eines Organistrums mit Christian Rault und Philippe Mottet-Rio. Drei Konzerte in der Pfarrkirche von Greyerz, ein Kurs in Mittelaltergesang im Institut de la Gruyère und eine Retrospektive 2008 im Calvaire von Greyerz (23. bis 30. August);
- > Stand am Greyerzer Comptoir in Bulle (23. Oktober bis 1. November).

Das Sekretariat des Schlosses organisierte 362 (429) geführte Besichtigungen des Schlosses und des Städtchens Greyerz. Insgesamt wurden das Schloss und seine Sonderausstellungen von 175 633 (167 391) Personen besucht, was einen Tagesdurchschnitt von 481 (457) Personen ergibt.

8.2.3 Sammlung

Der Faltprospekt mit der Beschreibung des Schlosses und seiner Sammlung wurde überarbeitet und ergänzt. Ein neuer Farbprospekt mit allgemeinen Informationen wurde in vier Sprachen herausgegeben. In Zusammenarbeit mit dem Verlag ARTLAB wurde die CD *Musiques du pays de Gruyère* herausgegeben.

Ausleihe von Objekten aus der Sammlung:

- > Ein Tisch und sechs Stühle im Stil Louis XIII an den Verkehrsverein zur Ausstattung des Tourismusbüros in Greyerz.

An den Wandmalereien des Rittersaals und zwei Gemälden der Sammlung phantastischer Kunst wurden konservatorische Massnahmen durchgeführt.

8.2.4 Gebäude

Die Fenster des ehemaligen Wohntraktes wurden instandgesetzt. Die Dielen der Holzgalerien und des Balkons über dem französischen Garten wurden geprüft und ausgebessert. Das schmiedeeiserne Portal des Schlossaufgangs wurde restauriert. Die technische Einrichtung der Multimediaschau wurde vollständig revidiert.

8.2.5 Informatik

Die Webseite des Schlosses wurde regelmässig aktualisiert und von 177 079 Personen konsultiert.

8.2.6 Schenkungen, Ankäufe

Schenkung von Christine Balland, Genf: Skizzenbuch von Daniel Bovy für die künstlerische Ausstattung des Schlosses Greyerz, Mitte 19. Jahrhundert.

8.2.7 Pädagogische Abteilung

Während des Jahres wurden 361 (379) «Schlossgeschichten» und «Schatzsuchen» für Schulen und Private aus der ganzen Schweiz durchgeführt. Für die Schülerinnen und Schüler der 5. und 6. Primarklassen des Kantons Freiburg wurden 45 (29) Geschichtslektionen und 3 (2) «Mittelaltertage» organisiert.

9. Vitrocentre Romont, Schweizerisches Forschungszentrum für Glasmalerei und Glaskunst

9.1 Aufgaben

Die Hauptaufgabe des Vitrocentre ist es, historische, technische und konservierungstechnische Forschungen auf dem Gebiet der Glasmalerei, der Hinterglasmalerei und der Glaskunst durchzuführen und zu unterstützen. Das Vitrocentre baut Dokumentationen und eine Studiensammlung auf und betreut insbesondere den Fonds Ruth und Frieder Ryser. Es fördert die Ausbildung auf diesem Fachgebiet und pflegt eine Zusammenarbeit mit dem Vitromusée Romont, dem Schweizerischen Museum für Glasmalerei und Glaskunst.

Präsidentin des Stiftungsrates: Isabelle Chassot, Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport.

Direktor: *Stefan Trümpler*.

—
2009

9.2 Tätigkeit

9.2.1 Stiftungsrat

Der Stiftungsrat trat zu zwei Sitzungen zusammen. Er verabschiedete die Jahresrechnung sowie das Budget und prüfte die Planung der laufenden und vorgesehenen Forschungsprojekte. Der Stiftungsrat wurde ebenfalls im Rahmen einer Evaluation des Vitrocentre durch den Bund aktiv.

9.2.2 Forschungstätigkeit

Die Forschungsarbeiten im Rahmen des *Corpus Vitrearum* über die historischen Glasmalereien des Kantons Freiburg konzentrierten sich auf die Auswertung der Archive. Das Manuskript für den Schaffhauser Band ist abgeschlossen und geht in Druck. Ein neues Projekt über den Kanton Bern ist in Vorbereitung. Die Studien über die Werkstatt Röttinger und die Glasmalerei des 19. Jahrhunderts in der Schweiz wurden fortgesetzt. Das Vitrocentre ist auch an der zweiten Phase des Nationalen Forschungsschwerpunkts «Mediality» mit einem Projekt beteiligt; ein Forschungsprojekt mit der Hochschule der Künste Bern ist genehmigt worden. Das Vitrocentre organisierte in Romont die 4. Internationale Tagung zur Hinterglaskunst. Die Mitarbeitenden des Zentrums haben ihre universitäre und FHS-Ausbildungstätigkeit sowie ihre Kooperationen auf nationaler und internationaler Ebene fortgeführt. Die Angliederung der Bibliothek an das Bibliotheksnetz RERO nähert sich dem Abschluss.

Das Vitrocentre wurde zur Konservierung vieler Glasgemälde in der Schweiz beigezogen, im Kanton Freiburg unter anderem in der Kathedrale und der Kirche Saint-Jean sowie in der Kollegiatkirche von Romont. Es ist zudem weiterhin an einem europäischen Forschungsprojekt (6th Framework Programme) über Materialien zur Konservierung und Restaurierung von Glasmalereien beteiligt.

Das Vitrocentre wurde vom Bund im Zusammenhang der Bundesbeiträgen, die es gemäss Art. 16 des Forschungsgesetzes erhält, einer Evaluation unterzogen.

Im Rahmen der Synergien mit dem Vitromusée Romont war das Vitrocentre an der Organisation des 1. Vitrofestivals und an den Vorbereitungen der Ausstellung über den Hinterglasmaler Yves Siffer beteiligt.

10. Espace Tinguely – Niki de Saint Phalle

10.1 Aufgaben

Hauptaufgabe der Stiftung Jean Tinguely – Niki de Saint Phalle ist es, eine Dauerausstellung zu schaffen und zu unterhalten, die zu

einem bedeutenden Teil dem Werk von Jean Tinguely und Niki de Saint Phalle gewidmet ist, sowie diese Werke der Öffentlichkeit gut zugänglich zu machen.

Präsidentin des Stiftungsrates: Isabelle Chassot, Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport.

Konservatorin: Caroline Schuster Cordone, Stellvertretende Direktorin des MAHF.

10.2 Tätigkeit

10.2.1 Stiftungsrat

Der Stiftungsrat hielt eine Sitzung ab, an der er die Rechnung und den Voranschlag genehmigte sowie das Ausstellungs- und Veranstaltungsprogramm festlegte.

10.2.2 Ausstellungen und Veranstaltungen

Der Espace veranstaltete folgende Wechselausstellungen: Sabine Hofkunst. Träume, Wortspiele und Gefundenes, bis 15.02.; Zeichnungen von Jean Tinguely (aus der Sammlung) (von März bis September); Carol Bailly: Les dames pizza (ab 5.11.). Eine «Entdeckung von 6 bis 7» war einem der Hauptwerke des Espace gewidmet: Remembering. Im Rahmen des Internationalen Gitarrenfestivals fand ein Konzert im Espace statt. Der Espace wurde von 13 755 (13 846) Personen besucht, darunter 120 Klassen mit 2162 Schülerinnen und Schülern; er nahm an der Museumsnacht teil (1368 Besucher) und wurde 44 (42) Mal für Anlässe aller Art gemietet. Insgesamt wurden 40 (50) Führungen und 37 (44) pädagogische Veranstaltungen durchgeführt.

11. Römisches Museum Vallon

11.1 Aufgaben

Der Hauptauftrag der Stiftung «Pro Vallon» besteht darin, die archäologische Fundstelle von Vallon zu erhalten und der Öffentlichkeit angemessen zu präsentieren. Dies geschieht in erster Linie durch eine Präsentation der freigelegten Mosaiken sowie durch Sonderausstellungen, Veranstaltungen und Veröffentlichungen.

Präsidentin des Stiftungsrates: Isabelle Chassot, Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport.

Konservator: Claus Wolf, Kantonsarchäologe.

—
2009**11.2 Tätigkeit**—
11.2.1 Stiftungsrat

Der Stiftungsrat hielt zwei Sitzungen ab und genehmigte die Rechnung und den Voranschlag. Er bemühte sich insbesondere, eine Lösung für die häufig auftretende Gefahr der Überschwemmung der Mosaiken zu finden.

11.2.2 Ausstellungen und Veranstaltungen

Das Museum wurde von 5523 (7211) Personen besucht. Insgesamt wurden 37 (86) Führungen und 36 (47) pädagogische Veranstaltungen durchgeführt. Eine erste Sonderausstellung zur «Villa Jovis. La résidence de Tibère à Capri», die ein richtiger Kaiserpalast war, wurde im Februar eröffnet. Eine zweite Sonderausstellung, «Grands dieux! Les divinités de Vallon et leurs histoires», wurde im November eröffnet und ist dem Lararium gewidmet, das im Saal mit dem Bacchus und Ariadne-Mosaik gefunden wurde.

Die frühere Sonderausstellung «Vallon: côté JARDIN, côté cour» wurde im Musée départemental de la céramique in Lezoux (F) gezeigt. Das Museum hat zwei neue pädagogische Ateliers erarbeitet; es beteiligte sich an mehreren Kulturveranstaltungen (Römertag in Vindonissa/Brugg, Internationaler Museumstag in Vallon, Ludimaniak in Estavayer-le-Lac, Römerfest in Augst, Europäische Tage des Denkmals in Vallon, Eröffnung der neuen Sammlung des Musée romain de Nyon, La Nuit du Conte in Zusammenarbeit mit Contemuse in Vallon) und organisierte zum zweiten Mal «La Foire aux ateliers». Die in Zusammenarbeit mit dem Schulkreis von Saint Aubin/Vallon und mit Olim (Université de Lausanne) erarbeiteten Projekte sind nahezu abgeschlossen und die hierfür vorgesehenen Publikationen erscheinen 2010. Zudem entwickelte das Museum eine neue Website in Zusammenarbeit mit dem Amt für Archäologie (AAFR).

Dokumentation der Bodendenkmäler (Fundstellen und Objekte) wird, sobald sie abgeschlossen ist, der Wissenschaft, öffentlichen Institutionen und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Um verschiedene Zielgruppen (Wissenschaft, Politik, Schule) und die breite Öffentlichkeit über den Reichtum und die Vielfalt des archäologischen Erbes des Kantons zu informieren und sie dafür zu sensibilisieren, organisiert das Amt Tage der offenen Tür auf Ausgrabungen und in den Werkstätten sowie Vorträge und Ausstellungen. Daneben wird der Ausbildung ein besonderer Platz eingeräumt (Veranstaltungen an Universität/Fachhochschule, Tutorate, Lehrgrabungen).

Amtsvorsteher (Kantonsarchäologe): Claus Wolf.

2. Tätigkeit—
2.1 Ausgrabungen und Bauuntersuchungen

Rettungsgrabungen wurden in folgenden Fundstellen des Kantons unternommen: Arconciel/La Souche (Fortsetzung der Lehrgrabung an einem mittelsteinzeitlichen Felsüberhang); Bossonens/St-Claude (Fortführung der Lehrgrabung in der mittelalterlichen Burganlage); Freiburg/Reichengasse 59/Untere Matte 29 (kleine Eingriffe im Untergeschoss der Gebäude vor Umbaumaßnahmen); Freiburg, Neustadtgasse 5 (durch Bau einer Tiefgarage bedrohte Fundamente mittelalterlicher Gebäude); Montagny-la-Ville/Au Parchy (römische Wasserleitung durch Anlage einer Abwasserleitung angeschnitten); Riaz/Fin de Plan (antike Wege von Gasfernleitung geschnitten); Sévaz/Condémine (beim Bau einer Strasse entdeckte vorgeschichtliche Gruben); Vallon/Sur Dompierre (Fortsetzung der Lehrgrabung im Bereich der Gärten der römischen Anlage); Villeneuve/La Baume (durch Tiergänge bedrohter Felsüberhang) und Villeneuve/Le Pommay (bei der Erschliessung eines Neubaugebiets zum Vorschein getretene Überreste eines römischen Gebäudes).

In zahlreichen mittelalterlichen Gebäuden sind im Rahmen von Restaurierungsarbeiten oder Umbauten vorausgehende und baubegleitende Analysen, Dokumentationen und Sondierungen durchgeführt worden: Châtel-St-Denis/Ruelle Thomas 21/Schloss; Estavayer-le-Lac/Impasse de la Fausse Porte 6/Impasse du Temple 9/Escaliers des Egralets 2/Rue de la Gare 10/Rue du Musée 12; Freiburg/Bürglen/Stalden 16/Metzgergasse 6/Kathedrale St. Nikolaus/Kurzweg 20/Lausannegasse 29/Neustadtgasse 48/Untere Matte 12 und 33/Kirche St. Johann/Samaritergasse 24/Lindengasse 13/Rue Pierre-Aeby 11/Obere Matte 35/Murtentor; Gruyères/Rue du Bourg 28/Rue du Château 4; Murten/Deutsche Kirchgasse 12, 21-23/Französische Kirchgasse 14/Rathausgasse 3, 5, 5-17, 26/Ryf 26/Stadtmauer (Kleinschimmelturm)/Hauptgasse 13, 49-51; Romont/Stiftskirche/Rue du Château 92; Rue/Rue du Casino 22; Tafers/Tasberg.

XIV. AMT FÜR ARCHÄOLOGIE**1. Aufgaben**

—
Die Aufgabe des Amtes für Archäologie besteht darin, archäologische Kulturgüter (Fundstellen und Objekte) nach lokaler, regionaler und nationaler Bedeutung zu identifizieren, zu inventarisieren und zu dokumentieren. Das Amt begleitet die administrativen Vorgänge, welche die in archäologischen Zonen befindlichen Bodendenkmäler betreffen, und stellt die Mittel zur Verfügung, um Ausgrabungen durchzuführen und gegebenenfalls Bodendenkmäler zu erhalten. Die beschreibende, grafische und visuelle

—
2009

2.2 Prospektion, Sondierungen und Bauüberwachungen

Mit Prospektionen (Abschreiten von Feldern und Fluren nach Funden auf der Oberfläche) und Sondierungen (maschinell angelegte Suchgräben oder Bohrungen) konnte der Charakter bedrohter Fundplätze besser erfasst werden, bevor Rettungsgrabungen vorgenommen wurden. Mittels Prospektion sind archäologische Perimeter bestimmt worden, die im Rahmen der Ortsplanung zu berücksichtigen sind. Dabei wurden neue Fundstätten erfasst und bereits bekannte präzisiert.

Im Rahmen des Programms zur Erforschung der ältesten menschlichen Besiedlung im Kanton wurden an mehreren potenziellen Fundplätzen Sondierungen durchgeführt: Alterswil/Flue, Charmey/Gros Mont (Abri des Pucelles), Illens/Abri du Chamois und Villeneuve/La Baume.

Das Amt für Archäologie führte im Vorfeld umfangreicher Baumassnahmen zudem zahlreiche Sondierungen präventiv durch. Zu erwähnen sind insbesondere: Arconciel/Pra du Not; Bösingen/Leimackerstrasse 4; Bulle/Le Dally; Cressier/Sur Foumet; Düdingen/Birch/Birch-Lüggwil; Ependes/Au Village; Fétigny/La Rappettaz; Freiburg/Poya/ Augustinerkirche (St. Moritz); Greng/Dyfeld; Haut-Vully/Champ Perbou; Meyriez/Vieux-Manoir; Murten/Deutsche Kirche; Noréaz/En Praz des Gueux; Onnens/Route de Lovens; Romont/Tour de Billens; Vuisternens-dt-Romont/RC1440 Romont-Vaulruz; Vuadens/Le Briez; Wünnewil-Flamatt/Kapelle Sensebrücke.

Die Tauchequipe des Amtes ist Anfang des Jahres in Font/Vers le Lac, Forel/La Grève 1-2, Muntelier/Schloss/Steinberg und Murten/Pantschau tätig geworden (Dokumentation von Pfahlbau-standorten).

Das Amt hat die Konservierungsarbeiten an den Türmen und Annexbauten der Ile d'Ogoz begleitet. Eine wichtige Reihe geophysikalischer Prospektionen wurde in der Ebene von Marsens beidseits der römischen Siedlung, die 1983 an der Fundstelle En Barras freigelegt wurde, durchgeführt.

Im Rahmen von Baumassnahmen wurden 220 Ortseinsichten vorgenommen. Darüber hinaus wurden folgende Baumassnahmen speziell begleitet: Bulle/Centre-Ville (Fortsetzung der Erneuerung des Ortszentrums) und Le Terraillet (Errichtung des Neubaus von Glasson SA); Estavayer-le-Lac/Vieille Ville (Verlegung der Leitung einer Fernwärmeheizung); Gletterens/Grèves du Lac (Anlage von Hafenanlagen); Vaulruz-Semsaes und Riaz-Vuippens (Verlegung von Gasleitungen) und Villeneuve/Le Pommay (Erschliessung eines Neubauviertels).

2.3 Zusammenarbeit mit dem Amt für Kulturgüter

Für zahlreiche Umbau- und Restaurierungsprojekte von Gebäuden in mittelalterlichen Ortschaften und in der Altstadt von Freiburg sowie einigen Baudenkmalern in Staatsbesitz sind die Mittelalter-Archäologen des Amtes beigezogen worden (z.B. Schloss von Châtel-St-Denis, Augustinerkloster in Freiburg, Kathedrale St. Nikolaus). Die beiden Ämter arbeiteten auch bei Anlässen wie den «Europäischen Tagen des Denkmals» oder bei Publikationen wie den «Blättern für die Denkmalpflege» eng zusammen.

2.4 Zusammenarbeit mit dem Bau- und Raumplanungsamt (BRPA)

Im Rahmen des Bewilligungsverfahrens für Neubauten wurden 585 (651 im Jahre 2008) Gutachten erstellt. 46 (97) Gutachten sind zu vorgezogenen Baubewilligungen abgegeben worden, davon 41 (84) im Greyerbezirk. 45 (39) Dossiers Ortsplanung und 16 (26) Dossiers Detailplanung wurden begutachtet.

17% (14%) der Antragsteller haben sich an die vom Amt in der Baubewilligung verlangte Mitteilung beim Baubeginn gehalten und den jeweiligen Baubeginn bekannt gegeben.

Im Rahmen der Revision der Ortsplanung konnten die archäologischen Perimeter von 27 (26) Gemeinden aktualisiert werden.

2.5 Auswertung und Publikationen

2.5.1 Monografien

D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.), *Découvertes archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre*, Fribourg 2009.

2.5.2 Artikel

C. Agustoni – C. Wolf, «Rapport d'activités 2008 au Musée Romain de Vallon», FHA 11, 2009, 208–210.

C. Andrey – R. Blumer, «La Tour-de-Trême/Les Partsis», in: D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.), *Découvertes archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre*, Fribourg 2009, 34–35.

C. Andrey – R. Blumer, «Echanges de biens de prestige», in: D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.), *Découvertes archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre*, Fribourg 2009, 42–43.

C. Andrey – R. Blumer, «La Tour-de-Trême/Les Partsis», in: D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.),

2009

Découvertes archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre, Fribourg 2009, 64–65.

A.-F. Auberson, «Morat: un mystérieux objet sauvé par les flammes», GNS 10, 2009, 3–10.

A.-F. Auberson, «La monnaie à travers les âges en Gruyère», in: D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.), *Découvertes archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre*, Fribourg 2009, 46–47.

A.-F. Auberson, «Les offrandes monétaires de Tronche-Bélon», in: D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.), *Découvertes archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre*, Fribourg 2009, 96–97.

M. Blant, «Charmey/Bärenloch», in: D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.), *Découvertes archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre*, Fribourg 2009, 20–21.

R. Blumer, «Innovations, circulation et organisation territoriale», in: D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.), *Découvertes archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre*, Fribourg 2009, 36–39.

R. Blumer, «Echanges et importations: une invitation au voyage», in: D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.), *Découvertes archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre*, Fribourg 2009, 40–41.

R. Blumer, «Les sciences historiques face à la mort», in: D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.), *Découvertes archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre*, Fribourg 2009, 62–63.

R. Blumer, «La Tour-de-Trême/A la Lèvrà», in: D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.), *Découvertes archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre*, Fribourg 2009, 82–83.

R. Blumer – C. Wolf, «La vie avant la route / Vergangenheit wird lebendig», in: Direction de l'aménagement, de l'environnement et des constructions – Service des ponts et chaussées / Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion – Tiefbauamt (éd./Hrsg.), *Regards posés sur la H189/Innen- und Aussenwelt der H189*, Fribourg/Freiburg 2009, 12–15.

G. Bourgarel, «Conclusions», in: A.-L. Napoléone – M. Scelles (éd.), *La maison au Moyen Âge dans le Midi de la France 2*, Actes du colloque de Cahors (2006), Toulouse 2009, 333–348.

G. Bourgarel, «Pont-en-Ogoz/Vers-les-Tours», in: D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.), *Découvertes*

archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre, Fribourg 2009, 50–51.

G. Bourgarel, «Bulle: origines et développement», in: D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.), *Découvertes archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre*, Fribourg 2009, 100–101.

G. Bourgarel, «Bulle/Poterne», in: D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.), *Découvertes archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre*, Fribourg 2009, 112–113.

G. Bourgarel, «Les productions de l'atelier de la Poterne à Bulle», in: D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.), *Découvertes archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre*, Fribourg 2009, 114–115.

G. Bourgarel, «La céramique de poêle en Gruyère», in: D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.), *Découvertes archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre*, Fribourg 2009, 116–117.

L. Braillard, «Origine et formation des Préalpes», in: D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.), *Découvertes archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre*, Fribourg 2009, 14–15.

L. Braillard, «Les ressources lithiques des Préalpes», in: D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.), *Découvertes archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre*, Fribourg 2009, 16–17.

C. Buchiller, «Vuadens/Le Briez», in: D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.), *Découvertes archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre*, Fribourg 2009, 66–67.

C. Buchiller, «Bulle/La Condémine», in: D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.), *Découvertes archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre*, Fribourg 2009, 68–69.

C. Buchiller, «Architecture et rites funéraires au Premier âge du Fer», in: D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.), *Découvertes archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre*, Fribourg 2009, 70–71.

C. Buchiller, «Gumefens/Pra Perrey», in: D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.), *Découvertes archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre*, Fribourg 2009, 74–75.

F. Carrard, «Organisation territoriale et espaces ruraux à La Tène finale en Suisse occidentale: un état des questions», in: I. Bertrand

2009

– A. Duval – J. Gomez de Soto – P. Maguer, *Habitats et paysages ruraux en Gaule et regards sur d'autres régions du monde celtique* (Association des Publications Chauvinoises, Mémoire 35), Actes du XXXIe colloque international de l'AFEAF (Chauvigny, Vienne F, 2007), Chauvigny 2009, 321–361.

A. Christe, «Le Bry/La Chavanne: une nécropole du Haut Moyen Age entre Sarine et Gibloux», *FHA* 11, 2009, 130–185.

J. Doutaz, «La flore, un bouquet de ressources», in: D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.), *Découvertes archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre*, Fribourg 2009, 18–19.

G. Graenert, «Les châteaux forts médiévaux», in: D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.), *Découvertes archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre*, Fribourg 2009, 48–49.

G. Graenert, «Broc/Montsalvens», in: D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.), *Découvertes archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre*, Fribourg 2009, 52–53.

G. Graenert, «Charmey/Château», in: D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.), *Découvertes archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre*, Fribourg 2009, 54–55.

G. Graenert, «Jaun/Bellegarde», in: D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.), *Découvertes archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre*, Fribourg 2009, 56–57.

G. Graenert, «Incinérations et offrandes – l'archéologie funéraire», in: D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.), *Découvertes archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre*, Fribourg 2009, 58–61.

G. Graenert – A. Christe, «Le Bry/La Chavanne», in: D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.), *Découvertes archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre*, Fribourg 2009, 80–81.

G. Graenert – J. Monnier, «Tradition et changement – la population», in: D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.), *Découvertes archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre*, Fribourg 2009, 76–77.

D. Heinzelmann, «Erste Ausgrabungen in der Pfarrkirche St-Pierre-aux-Liens in Bulle», *FHA* 11, 2009, 186–205.

D. Heinzelmann, «Bulle/St-Pierre-aux-Liens», in: D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.), *Découvertes*

archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre, Fribourg 2009, 102–103.

P. Jud, «Die latènezeitlichen Gräber von Gumefens», *FHA* 11, 2009, 56–109.

M. Mauvilly, «La vallée du Petit Mont, un joyau de la Préhistoire», in: D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.), *Découvertes archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre*, Fribourg 2009, 22–23.

M. Mauvilly, «Charmey/Petit Mont, point 5», in: D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.), *Découvertes archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre*, Fribourg 2009, 24–25.

M. Mauvilly, «Charmey/Petit Mont, point 2A», in: D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.), *Découvertes archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre*, Fribourg 2009, 26–27.

M. Mauvilly, «Charmey/Les Arolles», in: D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.), *Découvertes archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre*, Fribourg 2009, 28–29.

M. Mauvilly, «Enney/La Ronhlynetta», in: D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.), *Découvertes archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre*, Fribourg 2009, 32–33.

M. Mauvilly, «Bulle/Terraillet», in: D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.), *Découvertes archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre*, Fribourg 2009, 72–73.

M. Mauvilly, «Les habitats protohistoriques en Gruyère», in: D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.), *Découvertes archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre*, Fribourg 2009, 88–89.

M. Mauvilly, «Au début de la métallurgie», in: D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.), *Découvertes archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre*, Fribourg 2009, 108–109.

M. Mauvilly, «Le Mésolithique entre Plateau et Préalpes», *Dossiers d'Archéologie* 333, 2009, 26–31.

M. Mauvilly, «Das Mesolithikum zwischen Mittelland und Voralpen», *Dossiers d'Archéologie* 333, 2009, 26–31.

M. Mauvilly, «Les abris naturels en territoire fribourgeois, de la Préhistoire à nos jours», *AS* 32.4, 2009, 24–31.

—
2009

M. Mauvilly – R. Blumer, «A la conquête des Préalpes», in: D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.), *Découvertes archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre*, Fribourg 2009, 10–13.

M. Mauvilly – F. McCullough – M. Ruffieux – L. Braillard – L. Dafflon, «Deux nouveaux habitats de l'âge du Bronze final à La Tour-de-Trême», *FHA* 11, 2009, 30–55.

M.-F. Meylan Krause, «Marsens/En Barras», in: D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.), *Découvertes archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre*, Fribourg 2009, 92–93.

M.-F. Meylan Krause, «Riaz/Tronche-Bélon», in: D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.), *Découvertes archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre*, Fribourg 2009, 94–95.

M.-F. Meylan Krause, «Artisanats du feu», in: D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.), *Découvertes archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre*, Fribourg 2009, 104–107.

M.-F. Meylan Krause, «Marsens, un village de forgerons?», in: D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.), *Découvertes archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre*, Fribourg 2009, 110–111.

M.-F. Meylan Krause – E. Rossier, «Marsens-Riaz, une agglomération romaine au cœur de la Gruyère», *FHA* 11, 2009, 110–129.

J. Monnier, «Une statuette de Vénus en plomb à Vallon/Sur Dom-pierre», *FHA* 11, 2009, 206–208.

J. Monnier, «Bulle/La Condémine», in: D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.), *Découvertes archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre*, Fribourg 2009, 78–79.

J. Monnier, «De la cabane au château fort», in: D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.), *Découvertes archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre*, Fribourg 2009, 84–87.

J. Monnier, «Les villae rusticae: le terroir romain en Gruyère», in: D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.), *Découvertes archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre*, Fribourg 2009, 90–91.

J. Monnier, «Riaz/L'Étreay», in: D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.), *Découvertes archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre*, Fribourg 2009, 98–99.

E. Rossier – J. Monnier, «Voies de communication et échanges», in: D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.), *Découvertes archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre*, Fribourg 2009, 44–45.

M. Ruffieux, «Complexité et diversité des rites funéraires dans deux petites nécropoles LT D1 du canton de Fribourg (Suisse)», *RAP* 3/4, 2009, 179–192.

M. Ruffieux – V. Cicolani, «Au-delà des Alpes: le Plateau suisse, plaque tournante du commerce protohistorique», in: Collectif, Golasecca. *Du commerce et des hommes à l'âge du Fer (VIII^e-V^e siècle av. J.-C.)*, Catalogue d'exposition, Paris 2009, 127–129 et 151.

M. Ruffieux – M. Mauvilly, «Céramique hallstattienne: données récentes et premier essai de synthèse concernant le canton de Fribourg (Suisse)», in: B. Chaume (dir.), *La céramique hallstattienne: approches typologique et chrono-culturelle*, Actes du colloque international de Dijon (2006), Dijon 2009, 477–511.

M. Ruffieux – S. Menoud – R. Blumer, «Des trous dans la Gruyère: archéologie d'un terroir», *FHA* 11, 2009, 4–29.

C. Wolf, «Plus de 150 ans de recherches en Gruyère», in: D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.), *Découvertes archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre*, Fribourg 2009, 118–119.

C. Wolf, «L'archéologie préventive – une solution pour l'avenir?», in: D. Bugnon – G. Graenert – M.-F. Meylan Krause – J. Monnier (éd.), *Découvertes archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre*, Fribourg 2009, 120–121.

C. Wolf, «Pfahlbauerland Schweiz: 150 Jahre Forschung», *Universitas März*, 2009, 24–27.

2.5.3 Fundregister

«Archäologischer Fundbericht 2008», *FHA* 11, 2009, 212–235.

AAS 92, 2009, *passim*.

2.6 Büro der Grafiker und Zeichner

2.6.1 Präsentationen

› Erarbeitung von zwei Ausstellungen für das Musée romain de Vallon: «Villa Jovis, la résidence de Tibère à Capri» und «Grands dieux! Les divinités de Vallon et leurs histoires».

› Erstellung der Ausstellungstafeln für die Dauerausstellung und für verschiedene Anlässe im Musée romain de Vallon (z.B. «Foire aux ateliers»).

—
2009

› Aufbereitung des Materials für die Ausstellung «Découvertes archéologiques en Gruyère», die in Bulle und Charmey gezeigt wurde.

› Erstellung von Abbildungen für pädagogische Schriften.

2.6.2 Zusammenarbeit für diverse Publikationen, Vorträge und Artikel

› «Freiburger Hefte für Archäologie 11» (diverse Autoren).

› Verschiedene Abbildungen für die Erstellung von Publikationen, wissenschaftlichen Auswertungen und Stellwänden oder anderen museographischen Dokumenten, sowohl für die Schweiz wie auch für Projekte im Ausland.

2.6.3 Layout

› Ausstellungskatalog «Découvertes archéologiques en Gruyère. Quarante mille ans sous la terre» für die Ausstellung, die im Greyerzer Museum in Bulle und im Museum von Charmey gezeigt wurde.

› Freiburger Hefte für Archäologie 11.

2.7 Konservierungs- und Restaurierungslabor (LCR)

Das Labor für Konservierung und Restaurierung hat 2100 Objekteinheiten, die überwiegend aus 16 Interventionen stammen, erhalten und provisorisch archiviert.

2.7.1 Durchgeführte Massnahmen

› Die Restauratorinnen und Restauratoren haben Bronzeobjekte von der Bronzezeit bis in die Moderne gereinigt, gefestigt, restauriert und archiviert, die bei Grabungen in Bossonnens/Château, Bulle/Centre-Ville, und Condémine sowie Muntelier/Steinberg gefunden wurden. Eine wiederholte Restaurierung verschiedener Objekte aus Bussy/Pra Natey und Pré de Fond (Hallstattzeit), Gumefens/Pra Perrey und Sus Fey (Latènezeit) Gruyères/Les Adoux und Vallon Sur Dompierre (römische Zeit), Le Bry/La Chavanne (Frühmittelalter) war im Hinblick auf Studienzwecke oder Publikationen erforderlich. Die fragilen Halsringe der Frühbronzezeit aus La Tour-de-Trême/Les Partis wurden für eine Ausstellung vorbereitet; Objekte aus mittelalterlichen Häusern der Grabung Freiburg/Neustadtgasse 5 wurden gereinigt. Konservierungsmassnahmen wurden an Eisenobjekten aus Bossonnens/Château, Le Bry/La Chavanne, Bulle/Condémine, Vuadens/Le Briez, Marsens/En Barras, Meyriez/Merlachfeld, Murten/Pantschau vorgenommen. Mehrere Objektgruppen aus Vallon/Sur Dompierre, Arconciel/Es Nés II, Romont/Place de la Poste, Freiburg/Augustinerkirche

und Neustadtgasse 5, Schmitten/Schlossmatte und Bulle/Poterne wurden für eine erste Identifizierung gereinigt. Die Sandstrahlung von Objekten aus Murten/Combette wurde ebenfalls wieder aufgenommen und parallel zu ihrer Untersuchung fortgeführt.

› Objektgruppen aus Gumefens/Pra Perrey und Sus Fey, Marsens/En Barras und Riaz/Tronche-Bélon erfuhren eine Dechloruration vor ihrer Restaurierung zwecks Publikation oder Ausstellung.

› Im LCR wurden Brakteaten gereinigt, die aus alten Sammlungen stammen, ebenso wie der unter Graf Michael 1552 geprägte Écu, der von den Freunden des Schlosses Greyerz erworben wurde. Weiterhin wurden Münzen aus den Ausgrabungen in Vallon/Sur Dompierre und Villeneuve/La Baume und einige Objekte, die bei Prospektionen gefunden wurden (Villargiroud/Le Pâquier und Liamont, Orsonnens/La Quio, La Tour-de-Trême/Les Agges), konservatorisch behandelt.

› Reinigungs- und Archivierungsarbeiten wurden an Objekten aus Glas, Keramik und Ton verschiedener Fundorte vorgenommen. An Glasobjekten sind Vallon/Sur Dompierre, Freiburg/Augustinerkirche, Romont/Tour de Billens, Bossonnens/Château, Bulle/Poterne und Freiburg/Neustadtgasse 5 zu erwähnen (insbesondere die Restaurierung eines sehr schönen Krautstrunkbeckers). Betreffend Keramik und Tongefässen wurde im Hinblick auf die Ausstellung «Découvertes archéologiques en Gruyère» die beachtliche Menge von mehr als 170 Gefässen aus der Werkstatt in Bulle La Poterne aufbereitet. Eine mechanisch-chemische Reinigung war erforderlich zur Reinigung von Ofenkacheln, die durch Zufall in Grandvillard/Village gefunden wurden; ebenfalls nur mit Hilfe chemischer Behandlung konnten Stücke aus der Fundstelle Bösing/Dorf gereinigt werden. Die römischen Bronzezugussformen aus Marsens/En Barras wurden gereinigt und anschliessend restauriert. Neben üblichen Reinigungs- und Restaurierungsarbeiten von Gefässen und anderen Objekten (z.B. Ofenkacheln aus Freiburg/Neustadtgasse 5) sind noch die Freilegung und Konsolidierung von Spinnwirteln aus ungebranntem Ton zu nennen, bei denen es sich um seltene Objekte handelt, die unter dem Felsüberhang von Villeneuve/La Baume zutage getreten sind.

› Hinsichtlich Steinrestaurierung wurde die umfangreiche Massnahme einer Ent- und anschliessend Restaurierung der Statue der Laetitia von Domdidier abgeschlossen. Präventive Konservierungsmassnahmen wurden an der römischen Grabstele der Kirche Saints-Ferréol-et-Ferjeux in Morens vorgenommen, die in das Innere des Chores transferiert wurde, um weiteren Verfall zu verhindern. In Vallon/Sur Dompierre wurde im Zuge der Ausgrabungen von 2009 ein grosses Becken aus Muschel sandstein entdeckt und geborgen.

—
2009

- › Im Musée romain de Vallon hat das LCR verschiedene Kontrollmassnahmen am Bacchus und Ariadne-Mosaik weiter verfolgt (Klimamessungen, radiometrische, geostatische, hygrometrische und thermische Analysen), bevor eine behutsame Reinigung der Oberfläche und der Austausch des umgebenden Sandes und Kieses erfolgen konnte.
- › Wandmalereifragmente wurden vor allem archiviert. Reinigungs- und Festigungsarbeiten wurden an einem neuen Ensemble aus Vallon vorgenommen, während besondere Aufmerksamkeit den vorbereitenden Massnahmen an den 300 Materialkisten aus Freiburg/Franziskanerkirche (Mittelalter) zugewandt wurde, deren Untersuchung im Rahmen eines Nationalfonds-Projektes begonnen hat.
- › Das Labor erhielt zahlreiche Funde tierischer Knochenüberreste aus Freiburg/Neustadtgasse 5 und Villeneuve/La Baume zur Reinigung und Kennzeichnung.
- › Abgüsse von Objekten wurden einerseits zur Dokumentation der Originale im Fall von Verlust oder Beschädigung angefertigt, andererseits um sie Anlässen zur Verfügung zu stellen, in deren Rahmen die für Originale erforderlichen klimatischen Voraussetzungen nicht gewährleistet werden konnten: Fibeln aus Bussy/Pré de Fond und Pra Natey, Werkzeuge und Waffen aus Semsales/Clos Moyon und Saint Martin/Le Jordil, Schale aus Prez-vers-Siviriez/La Montaneire, Armreif aus Romont/Bossens, Armring aus Blessens/La Cuannaz, Gürtelschnalle aus Attalens/En Réraise, mittelalterlicher Schlüssel aus der Burganlage von Bossonnens. Für die in Bulle und Charmey gezeigte Ausstellung musste die Mehrzahl der Ausstattungsobjekte aus Grab 16 von Gumefens/Pra Perrey abgegossen werden (Fibeln, Ringe, Gürtelkette).
- › In Zusammenhang mit museographischen Interventionen erfolgte eine aktive Zusammenarbeit durch die Vorbereitung der Objekte, den Auf- und Abbau der Sonderausstellungen im Musée romain de Vallon (Villa Jovis und Grands Dieux) sowie im Greyerzer Museum in Bulle (Zusammenarbeit bei der Präsentation der eisenzeitlichen Grablegen) und im Museum in Charmey. Für das Musée romain de Vallon wurde ein hölzernes Möbelstück zur Aufnahme eines Larariums erstellt, ebenso andere Einrichtungsgegenstände zur Präsentation (Gestaltung von Vitrinen). Derzeit wird an der Anpassung der Dichtigkeit von Vitrinen gearbeitet. Mehrere Sockel zur Präsentation wurden für verschiedene Sammlungsobjekte angefertigt, unter anderem für eine Glasflasche des 18. Jahrhunderts aus Freiburg/Le Criblet, und Ausstellungsobjekte des Pavillons der H189 von La Tour-de-Trême wurden nach Abschluss des Comptoir gruérien zurückgebracht.
- › Unter Auftragsarbeiten, die das LCR für andere Institutionen durchgeführt hat, sind Konservierungs- und Restaurierungs-

arbeiten, Dokumentation und die Anfertigung von Sockeln anzuführen, die für das Bibel+Orient Museum Freiburg und das Greyerzer Museum durchgeführt wurden, für autorisierte Prospektoren (Münzen aus Broc/Praz Derrey, Vallon/Fontanelle und Riaz/La Condémine) sowie für die pädagogische Dokumentationsstelle des Kantons Freiburg (Abguss einer neolithischen Harpune aus Muntelier/Platzbünden).

2.7.2 Verschiedenes

Alle Mitarbeitenden beteiligten sich an der Aufnahme und Betreuung von Evelyne Rotzetta und Vincent Chappuis, künftigen Studierenden der HE-ARC, sowie Fanny Sallin und Claudine Miserez, derzeit im Studiengang Konservierung und Restaurierung an der Berner Fachhochschule. Wie jedes Jahr wurden auch wieder Studierende (Violetta Fontana, Barbara Schmidt, Vanessa Haussener usw.) bei der Bearbeitung Freiburger Fundmaterials betreut. Das LCR hat darüber hinaus mit Studierenden der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg (HTA-FR) im Rahmen einer Studie über die Widerstandsfähigkeit von Werkzeugen aus dem Neolithikum (Prof. Steinmann) zusammengearbeitet.

2.8 Inventar und Sammlungen

Infolge der Hagelschäden vom 23. Juli mussten Reinigungs- und Neuarchivierungsarbeiten im Depot von Villarsiviriaux vorgenommen werden. Die Eingliederung von Sammlungsbeständen aus den Depots von Estavayer-le-Lac wurde fortgesetzt (Einräumung und Etikettierung) und die Optimierung des Depots für tierische Knochenbestände wurde abgeschlossen.

Im Rahmen der Inventarisierung wurden die latènezeitlichen Objektgruppen der zwei Fundstellen von Gumefens inventarisiert und für eine definitive Archivierung aufbereitet; desgleichen die Gefässe aus Speckstein (Bearbeitung durch M. Lhemon, UNIFR, Geowissenschaften) und die Schmiedeschlacken des Vicus von Marsens/En Barras (Bearbeitung durch Sébastien Perret, UNIFR, Geowissenschaften).

Die Arbeiten zur Anpassung und Vereinheitlichung von Dateien der Datenbank FRINARC wurden fortgesetzt, soweit es die Zeit der für das Inventar zuständigen Mitarbeiterin zuließ; die Zivildienstleistenden widmeten sich besonders der Digitalisierung handgeschriebener Inventarblätter von Ausgrabungen (Arconciel/La Souche und Marsens/En Barras).

2.8.1 Ausleihe von Objekten

Objekte aus kantonalen archäologischen Sammlungen (Originale) wurden an zwei französische Museen ausgeliehen: 13 eisenzeitliche Fibeln aus Bussy an das *Musée des Antiquités nationales* in Saint-Germain-en-Laye (Ausstellung «Du commerce et des hommes à l'âge du Fer. Golasecca») und drei Fragmente

—
2009

römischer Wandmalerei mit Graffiti an das *Musée d'archéologie et d'histoire* in Le Mans (Wiederaufnahme der Ausstellung «Les murs murmurent»).

2.9 Archivierung

Abgabe eines Zweitsatzes von Diabeständen – Primärdokumentation von Ausgrabungen – an den kantonalen Economat zur Langfristarchivierung (10. Juli).

2.10 Fotolabor

- › Zahlreiche Aufnahmen für Publikationen, Ausstellungen und Vorträge sowie Anfertigung von Abzügen auf Anfrage von Wissenschaftlerinnen bzw. Wissenschaftlern und Einrichtungen sowohl aus der Schweiz wie auch aus dem Ausland.
- › Anfertigung von Aufnahmen im Rahmen der Arbeiten an den Mosaiken des Musée romain de Vallon.
- › Zusammenarbeit mit dem Grafikerteam im Rahmen verschiedener Publikationen.

3. Besondere Ereignisse

3.1 Führungen, Animationen, Tage der offenen Tür

- › Führungen im Amt für Archäologie (Werkstätten usw.) für Schulklassen und Erwachsenengruppen.
- › Führungen in der Altstadt von Freiburg.
- › Führungen im Musée romain de Vallon und im Museum für Kunst und Geschichte in Freiburg (archäologische Abteilung).
- › Führungen zur Ausgrabung in Vallon/Sur Dompierre im Rahmen verschiedener Anlässe.
- › Führungen zu den Ausgrabungen in Freiburg/Neustadtgasse 5.
- › Organisation einer spielerischen Einführung in Ausgrabungspraxis für Kinder im Rahmen der «Ludimaniak» in Estavayer-le-Lac.
- › Ferienpass der Stadt Freiburg und des Glanebezirks.
- › Tag der offenen Tür für Schulklassen auf Grabungen, insbesondere bei der mittelsteinzeitlichen Fundstelle von Arconciel/La Souche.
- › Teilnahme an der Radiosendung «Impatience» (RSR 1). Es wurden zwei Interviews gesendet (Mittelaltergrabung in Frei-

burg/Neustadtgasse 5 und Ausgrabung der römischen Villa in Vallon/Sur Dompierre).

- › Teilnahme an den Tagen des Europäischen Denkmals (12. und 13. September) an den Fundstellen von Pont-en-Ogoz/Versles-Tours, Muntelier/Dorf und Vallon/Sur Dompierre.

3.2 Kurse, Pressekonferenzen und Beiträge zu verschiedenen Kolloquien

- › Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule Freiburg mit dem Kurs «L'homme et son environnement. Etablissements humains au fil de la Sarine».
- › Kurs zur regionalen Archäologie an der Universität Freiburg durch den Kantonsarchäologen.
- › Berufsinformation (zweispachig) für künftige Studierende der Archäologie.
- › Pressekonferenzen, Interviews und Vorträge bei verschiedenen Kolloquien durch den Kantonsarchäologen sowie Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Amtes.

3.3 Veranstaltungen, Ausstellungen und Verschiedenes

- › «Découvertes archéologiques en Gruyère», Greyerzer Museum in Bulle und Museum in Charmey: Vorbereitung der Ausstellung, Erstellung der Legenden, Einrichtung der Vitrinen. Erarbeitung zweier didaktischer Unterlagen und Organisation von Vorträgen, Ortsführungen und Schaurestaurierungen.
- › Musée romain de Vallon, Sonderausstellung «Grands dieux!»: Vorbereitung der Sammlungsobjekte, Koordination und Zusammenarbeit beim Transport der externen Leihobjekte, Einrichtung der Vitrinen.
- › Freiburg, Museumsnacht «Entrez, c'est allumé!» (16.05.2009): Organisation von Führungen, Animationen und Vorführungen.
- › Zusammenarbeit bei der «Foire aux ateliers» des Musée romain de Vallon (05.07.2009).
- › Aktive Zusammenarbeit mit der «Commission de gestion de la tourbière de la Mosse d'En bas» bei der Aufstellung einer Vitrine mit archäologischen und historischen Erklärungen (Le Crêt, Einweihung 21. Juni).
- › Erstellung einer Informationstafel zu der römischen Stele der Kirche von Morens für die Zeit der Restaurierungsarbeiten.

—
2009

- › Vorträge verschiedener Mitarbeitenden des Amtes im Rahmen der monatlichen «Apéritifs archéologiques» der «Association des Amis de l'Archéologie».
- › Mitarbeit bei der Antragstellung zur Aufnahme vorgeschichtlicher Pfahlbaustandorte im Alpenraum in die Liste des Weltkulturerbes der UNESCO (mehrere Fundstellen des Kantons Freiburg betroffen).
- › Mitarbeit bei der Prüfungskampagne 2009 des VATG (Vereinigung des archäologisch-technischen Grabungspersonals der Schweiz).
- › Aufnahme der Arbeiten im Rahmen des Nationalfondsprojekts zu den Wandmalereifragmenten der Freiburger Franziskanerkirche (Projekt angenommen im September 2009).

men und bewertet. Für 7 Gebäude wurde eine erweiterte Dokumentation erstellt.

Das Verzeichnis der beweglichen Kulturgüter wurde erstellt für die Kirchen von Cottens, Murist, Dompierre, Bulle, Font und Gletterens sowie für die Kapellen von Murist, Franex, Bulle und Freiburg (St. Leonhard). Dabei wurden 565 Objekte ins Verzeichnis aufgenommen. Wiederum wurden bereits bestehende Dossiers digitalisiert und deren Inhalt in die Datenbank überführt.

2.2 Unterschutzstellung von Kulturgütern

Auf der Grundlage der Verzeichnisse schlägt das Amt den zuständigen Behörden Schutzmassnahmen für die Kulturgüter vor. Das Amt hat ferner den Auftrag, die Liste der geschützten Kulturgüter (Inventar) zu erstellen und nachzuführen.

Das Amt unterstützt die Gemeinden bei der Unterschutzstellung der ortsfesten Kulturgüter im Rahmen der Ortsplanungsrevisionen. Das Amt begutachtete im Stadium der Vorprüfung oder anlässlich der Schlussprüfung 79 Vorstudien, Teil- oder Gesamtrevisionen der Ortsplanung.

590 Objekte im Eigentum von Pfarreien und des Franziskanerklosters Freiburg wurden unter Schutz gestellt.

Nach der Genehmigung der Ortsplanung, nach Gemeindefusionen sowie nach der Einführung neuer Hausnummern werden jedes Jahr beträchtliche Mittel für die Nachführung des Inventars der geschützten Bauten aufgewendet.

2.3 Baubewilligungsgesuche

Das Amt stellt die Erhaltung der Kulturgüter sicher, indem es den für die Bewilligungen zuständigen Behörden zweckmässige Unterlagen für angemessene Entscheidungen bereitstellt und den Eigentümern fachliche Begleitung zukommen lässt.

Gegenüber dem Vorjahr hat die Anzahl der Gesuche beträchtlich zugenommen. Das Amt behandelte gesamthaft 1360 Gesuche in unterschiedlichen Stadien des Bewilligungsverfahrens und damit fast 10% mehr als 2008. Die behandelten Gesuche verteilen sich wie folgt: geschützte oder im Verzeichnis eingetragene Gebäude 47%, Bauvorhaben innerhalb geschützter oder schützenswerter Ortsbilder 48%, Detailbebauungspläne und Verkehrsplanungen 5%.

2.4 Subventionen

Der Staat beteiligt sich durch Finanzhilfen an Erhaltungs- und Restaurierungskosten geschützter Kulturgüter im Eigentum von Privatpersonen. Er kann sich an den Kosten beteiligen, wenn es sich um juristische Personen handelt. Zwei Rückstellungen von

XV. AMT FÜR KULTURGÜTER

1. Auftrag

Das Amt für Kulturgüter hat den Auftrag, Kulturgüter zu schützen und zu erhalten. Es lässt den zuständigen Behörden und den Eigentümern zweckmässige Informationen sowie Beratung und Unterstützung zukommen. Es fördert die Kenntnis und die Wertschätzung der Kulturgüter mit Publikationen, mit Öffentlichkeitsarbeit und mit dem Aufbau einer Dokumentation.

Amtsvorsteher: Claude Castella

2. Tätigkeiten

2.1 Verzeichnis der Kulturgüter

Die Verzeichnisse bezeichnen Objekte, die es wert sind, als Kulturgüter betrachtet zu werden, und vermitteln den Eigentümern und den mit ihrem Schutz betrauten Behörden die nötigen Informationen über den kulturgeschichtlichen Wert dieser Objekte.

Das Verzeichnis der unbeweglichen Kulturgüter bildet eine der Grundlagen, die von den Gemeinden zu berücksichtigen sind, um bei Revisionen der Ortsplanung Schutzmassnahmen zu ergreifen. Bei jeder Revision des Zonenplans ist das Verzeichnis der betroffenen Gemeinden auf den neuesten Stand zu bringen. Das Verzeichnis wurde in 9 Gemeinden mit gesamthaft 14 Ortschaften überarbeitet: Bulle, Cottens, Dompierre, Font, Gletterens, Marsens, Muntelier, Murist und Murten. Von annähernd 9110 aufgesuchten Gebäuden wurden 1517 ins Verzeichnis aufgenom-

—
2009

je 1 000 000 Franken wurden in den Rechnungen 2005 und 2006 verbucht, einerseits für die gewährte, bedeutende Beihilfe an die Konsolidierung der Kartause Valsainte und andererseits, um die eingegangenen Verpflichtungen und die Zahlungen wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Wegen dieser Rückstellungen konnte der entsprechende Betrag im Voranschlag 2009 auf 1 700 000 Franken verringert werden; das Verhältnis zwischen Gutsprachen und Zahlungen ist wieder ausgeglichen.

Einige umfangreiche Restaurierungsvorhaben sind weniger schnell vorangekommen als vorgesehen. Der im Voranschlag bereitgestellte Betrag ist nicht vollständig ausgeschöpft worden. Ein Betrag von 100 000 Franken wurde auf die Rechnung 2010 übertragen, um zu vermeiden, dass erneut ein Ungleichgewicht zwischen den eingegangenen Verpflichtungen und den dazu nötigen Mitteln entsteht. Die ausbezahlten Subventionen betragen 1 590 148 Franken. Zu 81% waren sie für Privatpersonen bestimmt und zu 19% für juristische Personen des öffentlichen Rechts (Gemeinden und Pfarreien).

Die zugesprochenen Subventionen erreichen einen Gesamtbetrag von 1 606 000 Franken. Die von privaten Eigentümern beantragten Subventionen entsprechen 84% des Gesamtbetrags, die von juristischen Personen des öffentlichen Rechts (Gemeinden, Pfarreien) beantragten Beiträge 16%.

Im Rahmen der Vorbereitung und der Begleitung von Konservierungsmassnahmen und Restaurierungen hat das Amt Experten, Analysen und Sondierungen in Höhe von 65 583 Franken übernommen.

Es sind Bundessubventionen in Höhe von 1 129 259 Franken ausbezahlt worden.

2.5 Dokumentation der Kulturgüter

Das Amt hat die Aufgabe, eine Dokumentation über die Freiburger Kulturgüter aufzubauen und nachzuführen und diese der Forschung und der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Die Archivierung von Berichten und ganzen Dossiers über Restaurierungen wird fortgesetzt. Alte Photographien wurden gesichtet und geordnet. Gegen 9500 Abzüge wurden identifiziert und bereichern nunmehr die Sammlung des Amtes. Für die Handbibliothek wurden 165 Titel angeschafft.

2.6 Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit

Weil für ungeplante Aktionen zur Öffentlichkeitsarbeit und für die nicht vorgesehene Mitarbeit an Publikationen Mittel bereitgestellt werden mussten (vgl. unten «Besondere Ereignisse»), konnte keine neue Ausgabe der Zeitschrift «Freiburger Kulturgüter» und

keine neue Serie der Blätter zur Architektur in der Stadt Freiburg veröffentlicht werden. Hingegen wurden fünf illustrierte Merkblätter mit Empfehlungen zum Umgang mit Baudenkmälern im Internetportal des Amtes aufgeschaltet.

Wie jedes Jahr war das Amt an Anlässen und Aktionen beteiligt, mit denen die Öffentlichkeit auf den Reichtum des kulturellen Erbes im Kanton aufmerksam gemacht wurde. Es hat namentlich die Europäischen Tage des Denkmals im Kanton organisiert. In Zusammenarbeit mit der «Société d'histoire du canton de Fribourg» wurde zum vierten Mal der «Printemps du patrimoine» organisiert, ein Anlass, der Einblick in die laufende Restaurierungsarbeiten bietet. Das Amt hat sich an der ersten Museumsnacht in Freiburg beteiligt. Verschiedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben mit Besichtigungen, Vorträgen und Mitarbeit bei der Aus- und Weiterbildung zur vertieften Kenntnis der Kulturgüter beigetragen.

2.7 Kulturgüterschutz bei bewaffneten Konflikten und im Krisenfall

Verschiedene Sicherheitsdokumentationen wurden vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz mit einem Bundesbeitrag von 20% unterstützt: Verzeichnis der beweglichen Kulturgüter, Mikroverfilmung von Freiburger Zeitungen, Dokumentation der Sammlungen des Greyerzer Museums in Bulle, Inventar des Pfarreiarchivs Romont.

2.8 Kunstdenkmäler der Schweiz

Das Amt beteiligt sich an der Veröffentlichung der Freiburger Bände der Reihe «Die Kunstdenkmäler der Schweiz», die von der Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte GSK herausgegeben werden.

Die Forschungen sind weitgehend abgeschlossen. Die 2008 aufgenommene Redaktionsarbeit wurde vorangetrieben. Sie wurde ergänzt mit zusätzlichen Beobachtungen an den Objekten und zahlreichen Altersbestimmungen von Gebäuden mittels der Dendrochronologie (Jahring-Methode).

2.9 Kommissionen

Die Kulturgüterkommission ist zu 8 Sitzungen zusammengetreten; das Büro der Kulturgüterkommission hat 48 Sitzungen abgehalten, und die Unterkommission für bewegliche Kulturgüter traf sich zu 2 Sitzungen. 2 Sitzung durchgeführt hat ebenfalls die wissenschaftliche Kommission für die Begleitung der Forschungsarbeiten zu den «Kunstdenkmäler der Schweiz».

—

2009

3. Besondere Ereignisse

—

Die Hochschule für Technik und Architektur Freiburg ersuchte das Amt, ein Lehrmodul «Conservation du patrimoine architectural bâti» zu übernehmen. Der Veranstalter der ersten RENO-VA-Messe lud das Amt ein, als Ehrengast teilzunehmen.

Aus Anlass der Eröffnung einer Niederlassung in Freiburg machte die Bank Lombard-Odier den Vorschlag, eine Publikation zu Freiburger Baudenkmälern zu finanzieren. Es sind sechs Monografien erschienen.

Im Zusammenhang mit der Neuausgabe des «Kunstführer durch die Schweiz» (im Auftrag der Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte GSK) arbeitete das Amt seit 2008 an der Erstellung eines Kurz-Verzeichnisses der Gebäude mit Wert A im Kanton. Die Aufnahme und die Textredaktion werden 2010 abgeschlossen sein.

Das Amt wurde aufgefordert, sich an der Nachführung des Bundesinventars der Kulturdenkmäler von nationaler Bedeutung zu beteiligen.

Die 2008 aufgenommenen Arbeiten für die Überführung der Bibliothek des Amtes in den Verbund der Freiburger Bibliotheken und das Netz der Westschweizer Bibliotheken wurden weitergeführt und werden Anfangs 2010 abgeschlossen sein.

2009

XVI. PERSONALBESTAND

BEHÖRDEN – DIREKTIONEN Finanzstellen		Rechnung 2009 VZÄ	Rechnung 2008 VZÄ	Differenz VZÄ
ERZIEHUNG, KULTUR UND SPORT		4293.02	4204.52	88.50
ZENTRALVERWALTUNG		220.99	216.98	40.1
3200 / IPCS	Generalsekretariat	19.93	19.45	0.48
3202 / ENOB	Obligatorische Schule	38.86	43.21	-4.35
3208 / ENSA	Amt für Sonderpädagogik	6.98	0.00	6.98
3225 / OSPR	Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung	24.81	24.83	-0.02
3229 / ESSU	Amt für Unterricht der Sekundarstufe 2	2.48	2.51	-0.03
3265 / CULT	Amt für Kultur	3.00	3.00	
3270 / ARCH	Staatsarchiv	5.00	5.00	
3271 / BCUN	Kantons- und Universitätsbibliothek	47.90	47.44	0.46
3273 / MAHF	Museum für Kunst und Geschichte	15.33	15.36	-0.03
3274 / MHNA	Naturhistorisches Museum	10.06	10.36	-0.30
3280 / SACF	Amt für Archäologie	27.86	27.47	0.39
3281 / BIEN	Amt für Kulturgüter	13.44	13.51	-0.07
3291 / JSPO	Jugend und Sport	2.50	2.44	0.06
3292 / SPOR	Amt für Sport	2.84	2.40	0.44
UNTERRICHTSWESEN		4072.03	3987.54	84.49
3203 / EPRE	Vorschulunterricht	244.74	232.24	12.50
3205 / EPRI	Primarschulunterricht	1'293.94	1'275.44	18.50
3210 / CORI	Orientierungsschule – Entlastungen	14.62	12.00	2.62
3210 / CORI	Orientierungsschule	875.95	860.91	15.04
3229 / ESSU	Amt für Unterricht der Sekundarstufe 2	1.82	1.91	-0.09
3230 / ECDD	Diplommittelschule	60.31	59.75	0.56
3235 / CGAM	Kollegium Gambach	66.22	65.49	0.73
3240 / CSCR	Kollegium Hl. Kreuz	89.13	87.78	1.35
3245 / CSMI	Kollegium St. Michael	118.48	114.71	3.77
3249 / CSUD	Kollegium des Südens	93.69	86.37	7.32
3256 / HEPF	Pädagogische Hochschule	95.34	93.42	1.92
3258 / HESS	Hochschule für Gesundheit	57.44	55.12	2.32
3259 / HETS	Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit	42.35	40.72	1.63
3260 / UNIV	Universität	895.56	872.83	22.73
3272 / CONS	Konservatorium	122.44	128.85	-6.41



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Direction de la sécurité et de la justice DSJ
Sicherheits- und Justizdirektion SJD

WWW.FR.CH/DSJ

Sicherheits- und Justizdirektion SJD

—
2009

I. DIREKTION UND GENERALSEKRETARIAT	1	VII. AMT FÜR BEWÄHRUNGSHILFE	31
1. Aufgaben	1	1. Auftrag	31
2. Tätigkeiten	1	2. Aktivitäten	31
3. Interkantonale Konferenzen	2	3. Besondere Ereignisse	34
4. Streitigkeiten und Beschwerden	3		
5. Gesetzgebung	4	VIII. AMT FÜR JUSTIZ	34
		1. Auftrag	34
II. KANTONSPOLIZEI	4	2. Aktivitäten	34
1. Auftrag	4		
2. Gendarmerie	4	IX. AMT FÜR DIE AUFSICHT ÜBER DIE STIFTUNGEN UND DIE BERUFLICHE VORSORGE	36
3. Kriminalpolizei	8	1. Auftrag	36
4. Stabsdienste	10	2. Tätigkeiten	36
5. Personalbereich	12		
6. Pressedienst	13	X. AMT FÜR GESETZGEBUNG	37
7. Büro für Waffen und Sprengstoffe	13	1. Aufgaben	37
		2. Tätigkeit	37
III. AMT FÜR MILITÄR UND BEVÖLKERUNGSSCHUTZ (MBSA)	15		
1. Auftrag	15	XI. AMT FÜR STRASSENVERKEHR UND SCHIFFFAHRT	39
2. Militärwesen	15	1. Auftrag	39
3. Verwaltung der Militärgebäude	17	2. Tätigkeiten	39
4. Bevölkerungsschutz	18		
5. Zivilschutz	19	XII. KANTONALE GEBÄUDEVERSICHERUNG	40
		1. Auftrag	40
IV. AMT FÜR BEVÖLKERUNG UND MIGRATION	22	2. Tätigkeiten	40
1. Aufgaben	22		
2. Fremdenpolizei	22	XIII. ANSTALTEN VON BELLECHASSE	40
3. Bereich Asyl	23	1. Aufgabe	40
4. Ausländische Arbeitskräfte	23	2. Tätigkeiten	40
5. Schweizerpässe und Identitätskarten	24		
		XIV. KANTONALE AUFSICHTSBEHÖRDE FÜR DATENSCHUTZ	40
V. AMT FÜR GEWERBEPOLIZEI (GePoa)	24	1. Aufgabe	40
1. Aufgabe	24	2. Besonderer Bericht	40
VI. AMT FÜR STRAF- UND MASSNAHMENVOLLZUG UND GEFÄNGNISSE	26	XV. PERSONALBESTAND	41
1. Auftrag	26		
2. Straf- und Massnahmenvollzug	26		

—
2009

I. DIREKTION UND GENERALSEKRETARIAT

Staatsrat – Direktor: *Erwin Jutzet*
Generalsekretär: *Thierry Steiert*

1. Aufgaben

—

Zu den Hauptaufgaben der Sicherheits- und Justizdirektion gehören die Wahrung der öffentlichen Ordnung und der Sicherheit der Bevölkerung, die Kontrolle und die Integration der Migranten, die Gewerbepolizei und die Stiftungsaufsicht, die Justizverwaltung, der Strafvollzug und die Wiedereingliederung der verurteilten Personen sowie die Militärverwaltung. Das Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt sowie die Kantonale Gebäudeversicherung sind der Direktion angegliedert. Insgesamt zählt die Direktion 14 Verwaltungseinheiten.

Im Jahre 2009 ist der Generalsekretär der Direktion, Herr Beat Renz, nach Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand getreten. Beat Renz hat während mehr als 30 Jahren im Dienste des Staates zahlreiche wichtige Projekte geleitet, darunter das Gesetz über die Kantonspolizei, die Umwandlung des Amtes für Strassenverkehr und Schifffahrt (ASS) in eine autonome öffentlich-rechtliche Anstalt sowie das Gesetz über den Bevölkerungsschutz. Er hat auch mehrere grosse Projekte im Auftrag des Staatsrates geleitet, darunter das Projekt FRIFIRE, das die Anpassung der Feuerwehrkorps an die neuen Anforderungen bezweckt. Seit dem 1. April 2009 wird das Generalsekretariat von Herrn Thierry Steiert geleitet.

2. Tätigkeiten

—

Die Tätigkeiten der Direktion waren im Jahr 2009 durch folgende Schwerpunkte geprägt:

2.1 Erarbeitung des Justizgesetzes

Die Erarbeitung des neuen Justizgesetzes hat die SJD das ganze Jahr über in Anspruch genommen. Eine aus Experten zusammengesetzte und vom Sicherheits- und Justizdirektor geleitete Arbeitsgruppe hat einen Vorentwurf verfasst, der in einem breit angelegten Vernehmlassungsverfahren allen interessierten Kreisen zur Stellungnahme unterbreitet wurde. Der Gesetzesentwurf enthält alle notwendigen Anpassungen der kantonalen Gesetzgebung an die künftigen Prozessordnungen des Bundes. Gleichzeitig wird die Gerichtsorganisation neu geregelt. Das neue Justizgesetz muss gleichzeitig wie die neuen Bundesgesetze über den Strafprozess, den Zivilprozess und das Jugendstrafverfahren in Kraft treten, mithin am 1. Januar 2011.

In formeller Hinsicht stellt das neue Justizgesetz (JG) einen grundlegenden Wandel dar. Rund zwanzig Gesetze, darunter das Gesetz von 1949 über die Gerichtsorganisation, werden aufgehoben und im neuen Gesetz integriert. In materieller Hinsicht

handelt es sich hingegen hauptsächlich um eine Aktualisierung des geltenden Rechts, mit den zwingenden Anpassungen an die neuen Prozessordnungen des Bundes. Die wichtigste Änderung stellt ohne Zweifel die Fusion des Untersuchungsrichteramtes mit der Staatsanwaltschaft dar. Diese Fusion wird vom Bundesrecht vorgeschrieben. Der Gesetzesentwurf wurde vom Staatsrat am 14. Dezember 2009 angenommen und Anfang 2010 dem Grossen Rat überwiesen.

2.2 Einführung der bürgernahen Polizei im ganzen Kanton

Die probeweise Einführung der bürgernahen Polizei im Raume Grossfreiburg ab 2004 hat sehr positive Ergebnisse gezeigt. Dank der verstärkten Präsenz der Polizei in den Wohngebieten konnte eine starke Verminderung mancher Delikte wie Belästigungen, Diebstähle und Sachbeschädigungen verzeichnet werden. Im Juni 2008 hat der Grosse Rat neue Bestimmungen zur bürgernahen Polizei im Gesetz über die Kantonspolizei integriert, wodurch das Konzept «Bürgernahe Polizei» ab Sommer 2009 auf dem ganzen Kantonsgebiet eingeführt werden konnte. Die bürgernahe Polizei ist in erster Linie präventiv tätig und zeichnet sich durch eine verstärkte Polizeipräsenz an Orten mit erhöhtem Risiko, durch regelmässige Kontakte mit der Bevölkerung und durch partnerschaftliche Lösungsansätze in Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern aus. Mittelfristig werden im Kanton Freiburg rund hundert Polizeibeamte im Rahmen der bürgernahen Polizei tätig sein. Gleichzeitig mit der Einführung der bürgernahen Polizei hat der Staatsrat im Jahre 2009 einen kantonalen Rat für Prävention und Sicherheit ins Leben gerufen mit dem Auftrag, Strategien zur Verstärkung der bürgernahen Sicherheit im Kanton festzulegen.

2.3 Entwurf des Gesetzes über die Prostitution

Der Vorentwurf des Gesetzes über die Prostitution wurde im Frühjahr 2009 in Vernehmlassung gegeben. Mit dem neuen Gesetz sollen die Personen, die sich der Prostitution hingeben und die dadurch dem Risiko von Gewalt und Missbrauch in erhöhtem Masse ausgesetzt sind, besser betreut und geschützt werden. Die Kantonspolizei schätzt, dass mindestens 150 Personen im Kanton Freiburg betroffen sind. Das Gesetz über die Prostitution wird die Bekämpfung der Zwangsprostitution verstärken, die Information verbessern und die Organisationen unterstützen, die im Milieu der Prostitution präventiv tätig sind. Es setzt zudem einen allgemeinen Rahmen fest für Gemeindereglemente, die die Strassenprostitution einschränken. Der Staatsrat hat den Gesetzesentwurf dem Grossen Rat im Herbst 2009 überwiesen.

—
2009

2.4 Weiterführung der Politik zur Integration der Migrantinnen und Migranten

Nachdem der Staatsrat im Jahr 2008 das Leitbild und den Aktionsplan für die Integration der Migrantinnen und Migranten verabschiedet hat, wurden im Jahr 2009 mehrere grössere Projekte umgesetzt. So wurde z.B. das Projekt zur Förderung des Erlernens der kantonalen Amtssprachen weiterentwickelt und intensiviert, so dass insgesamt 17 Sprachkurse unterstützt werden konnten. Des weitern wurde eine Broschüre für Neuankömmlinge im Kanton erarbeitet, und die Vorarbeiten für ein kantonales Rahmengesetz über die Integration wurden in Angriff genommen. Die Zusammenarbeit mit den Gemeinden, von denen bereits mehr als die Hälfte eine Kontaktperson für Integrationsfragen bezeichnet hat, wurde verstärkt. Der Informationstag, der im Frühjahr für die Gemeindevertreter durchgeführt wurde, stiess auf reges Interesse. Bei der Arbeit in den Gemeinden ist besonders das Projekt Marly-Sympa hervorzuheben, das die Verbesserung der Lebensqualität in Marly bezweckt und das den Schweizer Integrationspreis 2009 erhalten hat.

2.5 Sitz des Kantonsgerichts

Die Kantonsverfassung sieht vor, dass das Kantonsgericht und das Verwaltungsgericht zusammengelegt werden. Nachdem die Fusion dieser Gerichte in formeller Hinsicht seit dem 1. Januar 2008 realisiert wurde, hat die SJD einen geeigneten Standort für das vereinigte Kantonsgericht gesucht. Aufgrund einer Machbarkeitsstudie und eines Architekturwettbewerbs hat der Staatsrat im Herbst 2009 dem Grossen Rat vorgeschlagen, das ehemalige Augustinerkloster in Freiburg umzubauen, um das Kantonsgericht darin unterzubringen. Mit dem Umbau (geschätzte Kosten: 13 Millionen Franken) wird das imposante historische Gebäude in der Altstadt aufgewertet und den Bedürfnissen des Kantonsgerichts angepasst. Der Grosse Rat hat das Dekret über den Verpflichtungskredit für den Umbau des ehemaligen Augustinerklosters im Dezember 2009 verabschiedet.

2.6 Leitung von Projekten

Die Direktion hat verschiedene Gesetzgebungsprojekte zu den unter Ziffer 5 aufgeführten Gesetzen und Verordnungen geleitet.

Sie hat zudem verschiedene weitere Projekte geleitet, namentlich zu folgenden Themen:

- › Weiterführung der Arbeiten im Rahmen des mehrere Direktionen umfassenden Projekts zur Harmonisierung der Personenregister (Projekt HarmPers): Harmonisierung der Einwohnerregister der Gemeinden, Schaffung einer kantonalen Informatikplattform und Revision des Gesetzes über die Einwohnerkontrolle.
- › Massnahmen gegen Gewalt bei Sportveranstaltungen: der Grosse Rat hat den Gesetzesentwurf zum Beitritt zum Hooligan-Konkordat verabschiedet.
- › Gesetz über die Videoüberwachung: Erarbeitung eines Vorentwurfs (Umsetzung der Motion Weber-Gobet/Steiert) und Vernehmlassungsverfahren. Der Gesetzesentwurf wird im Verlauf des ersten Semesters 2010 vorliegen.
- › Polizeidaten: Die Direktion hat neue Richtlinien über die Aufbewahrung dieser Informationen erlassen. Die Richtlinien legen die Modalitäten für die Aufbewahrung und die Vernichtung der Daten fest, die die Polizei bei ihren Ermittlungen erfasst.
- › Amt für Straf- und Massnahmenvollzug: Umbau eines Gebäudetrakts im Zentralgefängnis, um zusätzliche Plätze für den erleichterten Strafvollzug zu schaffen; gleichzeitig wird dieser Sektor nunmehr räumlich klar getrennt von den Sektoren für die Untersuchungshaft und für den Normalvollzug.
- › Reorganisation der Brandbekämpfung: Projekt «Feuerwehr 2010 – FRIFIRE». Der Schlussbericht der Projektgruppe wird im Frühjahr 2010 vorgelegt.
- › Ökosteuer für Fahrzeuge: die Direktion schlägt vor, ein Bonus/Malus-System einzuführen, um den Kauf von umweltfreundlichen Autos zu fördern. Ein Vorentwurf zur Änderung des Gesetzes über die Motorfahrzeugsteuer wurde Ende 2009 in die Vernehmlassung gegeben.

3. Interkantonale Konferenzen

—

3.1 Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD)

Die KKJPD hat unter der Leitung von Regierungsrat Markus Notter (ZH) zwei Plenarsitzungen abgehalten.

Sie hat insbesondere folgende Fragen behandelt:

- › Schaffung eines Entführungsalarms auf Bundesebene, in Zusammenarbeit mit den Bundesbehörden.
- › Definierung einer neuen Politik zur Gewaltprävention im Sport, zwecks besserer Identifizierung der Verursacher und zur besseren Absicherung der Stadien.
- › Überarbeitung des Entwurfs zum schweizerischen Konkordat über die Sicherheitsunternehmen, gestützt auf die Ergebnisse der Vernehmlassung unter den Kantonen.
- › Verabschiedung von Weisungen über die Verwendung von Taser-Geräten (Minimalstandards zuhanden der Kantone).

—
2009

- › Verabschiedung und Vernehmlassung eines Konventionsentwurfs über eine nationale Film- und Jugendschutzkommission.
- › Verabschiedung des VICLAS-Konkordats über die computergestützte Zusammenarbeit der Kantone bei der Aufklärung von Gewaltdelikten.

Der Sicherheits- und Justizdirektor präsidiert die Kommission für organisierte Kriminalität und Wirtschaftskriminalität (OKWK), die zu den ständigen Kommissionen der KKJPD gehört. Die Kommission OKWK setzt sich zusammen aus Vertretern der kantonalen politischen Behörden und der Strafverfolgungsbehörden. Sie befasst sich mit Fragen von interkantonalen Bedeutung, namentlich im Bereich der interkantonalen Zusammenarbeit, der Erarbeitung und Umsetzung von Konkordaten (z.B. über die interkantonale Rechtshilfe) und zu Gesetzgebungsprojekten des Bundes.

3.2 Konferenz der kantonalen Militär- und Zivilschutzdirektorinnen und -direktoren (MZDK)

Die MZKD hat ihre Jahresversammlung im Frühjahr in Heiden (AR) abgehalten. An dieser Versammlung wurde Regierungsrat Josef Dittli (UR) zum Präsidenten der MZKD gewählt. Er tritt die Nachfolge von alt Regierungsrat Ernst Hasler (AG) an. Im Verlauf des Jahres hat die MZKD unter anderem eine Stellungnahme zum neuen Bericht des Bundes über die Sicherheitspolitik verfasst. Sie hat sich im Übrigen mit der künftigen Ausgestaltung ihrer Strukturen befasst.

3.3 Weitere Konferenzen

Die Konferenz der Justiz- und Polizeidirektoren der lateinischen Schweiz (LKJPD) hat im Jahr 2009 zwei Plenarversammlungen abgehalten. Sie hat sich unter anderem mit dem Konkordat über die Sicherheitsunternehmen, mit dem Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt bei Sportveranstaltungen sowie mit dem Konkordat über den Hanf befasst.

Der Sicherheits- und Justizdirektor ist zudem Mitglied der Fachdirektorenkonferenz Lotteriemarkt und Lotteriegesez (FDKL). Diese Konferenz hat im Jahr 2009 ebenfalls zwei Plenarversammlungen abgehalten. Sie hat sich hauptsächlich mit der Revision des Bundesgesetzes über die Lotterien und mit dem Problem der Spiele und Wetten im Internet befasst.

4. Streitigkeiten und Beschwerden

4.1 Erstinstanzliche Entscheide

Die Direktion trifft die Verfügungen, für die sie von Gesetzes wegen zuständig ist (Personalfragen, Rechtshilfe und unentgeltliche Rechtspflege, Beschwerden gemäss Art. 38 PolG, Erlass von Ge-

bühren, Massnahmen im Bereich der Sicherheitsunternehmen, Widerruf von bedingten Entlassungen usw.). Im Jahre 2009 präsentierte sich die Situation wie folgt

Behandelte Fälle (eröffnete Verfahren)	20
Gefällte Entscheide	6
Verzicht auf Ergreifung einer Massnahme	2
Beschwerden an den Staatrat	1
Am 31. Dezember 2009 hängige Verfahren	11

4.2. Instruktion von Beschwerden

Die Direktion behandelt gestützt auf Artikel 116 Abs. 1 VRG Beschwerden gegen Verfügungen ihrer Verwaltungseinheiten, sofern das Gesetz nicht den direkten Beschwerdeweg an das Kantonsgericht vorsieht. Diese Beschwerdeverfahren betreffen folgende Ämter: Kantonspolizei, Amt für Militär und Bevölkerungsschutz, Amt für Gewerbepolizei, Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse, Anstalten von Bellechasse. Die Situation im Jahre 2009 präsentierte sich wie folgt:

Eingegangene Beschwerden	67
davon	
gutgeheissen	1
abgewiesen	16
nach Aufhebung des Entscheids oder Rückzug der Beschwerde gegenstandslos	35
unzulässig (Nichteintretensentscheide)	2
Am 31. Dezember 2009 hängige Fälle	13

4.3 Haftungsfragen

Die Direktion instruiert Streitigkeiten im Bereich der Staatshaftung (Gesetz vom 16. September 1986 über Haftung der Gemeinwesen und ihrer Amtsträger sowie Haftungsfälle, die auf Bundesrecht beruhen). Die Stellungnahmen werden vom Staatsrat oder in bestimmten Fällen (verjährte Forderungen, Forderungen über Beträge von weniger als 3000 Franken) von der Direktion verfasst. Die Situation präsentiert sich für das Jahr 2008 wie folgt:

—
2009

Eingereichte Forderungen im 2009	8
Erledigte Fälle im 2009	5
Am 31. Dezember 2008 hängige Fälle	3

5. Gesetzgebung

5.1 Gesetze und Dekrete

Gesetz vom 16. November 2009 zur Änderung des Gesetzes über die Einwohnerkontrolle.

Gesetz vom 11. September 2009 über den Beitritt des Kantons Freiburg zum Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen.

Gesetz vom 24. März 2009 zur Änderung des Gesetzes über die Wahl der Richterinnen und Richter und die Aufsicht über sie (kollektive Wiederwahl).

Gesetz vom 16. Dezember 2009 zur Änderung des Gesetzes über die Versicherung der Gebäude gegen Brand und andere Schäden.

Dekret vom 10. Februar 2009 über einen Verpflichtungskredit für die Umsetzung der Bundesgesetzgebung über die Registerharmonisierung.

Dekret vom 13. Februar 2009 über den Erwerb der Liegenschaft Liebfrauenplatz 2 in Freiburg.

Dekret vom 15. Dezember 2009 über einen Verpflichtungskredit für den Umbau des ehemaligen Augustinerklosters in Freiburg für das Kantonsgericht.

5.2 Verordnungen und Tarife

Verordnung vom 27. Januar 2009 über den Zugriff der Gerichtsbehörden auf Daten der Kantonalen Steuerverwaltung über ein Abrufverfahren.

Verordnung vom 27. Januar 2009 zur Festsetzung des Preises pro Hafttag in den Gefängnissen.

Verordnung vom 4. Mai 2009 zur Änderung der Verordnung über die Gebühren im Bereich der Fremdenpolizei.

Verordnung vom 4. Mai 2009 über den kantonalen Rat für Prävention und Sicherheit.

Verordnung vom 19. Mai 2009 zur Änderung des Beschlusses betreffend die Festsetzung der Entschädigungen der Mitglieder der Gerichtsbehörden.

Verordnung vom 3. Juni 2009 über den Schutz vor dem Passivrauchen.

Verordnung vom 23. Juni 2009 zur Änderung der Verordnung betreffend die Feuerpolizei und den Schutz gegen Elementarschäden.

Verordnung vom 23. Juni 2009 über eine befristete Änderung gewisser Beitragsansätze (Blitzableiter und Brandmauern).

Verordnung vom 18. August 2009 zur Änderung der Verordnung über die Gebühren im Bereich der Fremdenpolizei.

Verordnung vom 24. November 2009 über den mittleren Baukostenindex der Gebäudeversicherung für 2010.

Verordnung vom 24. November 2009 über den Ansatz der Prämien, der Zuschlagsprämien und der Beiträge der Gebäudeversicherung für 2010.

Tarif vom 1. Dezember 2009 der Beiträge für den Ersatz und den Einkauf von Schutzplätzen für 2010.

Verordnung vom 1. Dezember 2009 zur Änderung der Verordnung über den Schutz vor dem Passivrauchen.

Verordnung vom 22. Dezember 2009 zur Änderung der Verordnung über die Entschädigungen für den Kauf und den Unterhalt von Polizeihunden.

Verordnung vom 22. Dezember 2009 über die Gebühren der Kantonspolizei.

II. KANTONSPOLIZEI

Kommandant: Pierre Nidegger

1. Auftrag

Die Kantonspolizei hat den allgemeinen Auftrag, für die öffentliche Sicherheit, die Aufrechterhaltung der Ordnung und die Einhaltung der Gesetze zu sorgen. Sie besteht aus der Gendarmerie, der Kriminalpolizei, den Stabsdiensten und dem Personalbereich.

2. Gendarmerie

2.1 Auftrag

Die Gendarmerie ist territorial in drei Regionen eingeteilt, wobei jede ein Regionalzentrum umfasst, das den Bereitschaftsdienst si-

2009

herstellt, sowie dezentralisierte Posten der Bürgernahen Polizei, die seit Juli 2009 insbesondere den permanenten Kontakt mit der Bevölkerung und den verschiedenen öffentlichen Institutionen unterhält. Sie umfasst ebenfalls eine Verkehrs- und Schifffahrtspolizei. Sie ist mit den Aufgaben des allgemeinen Polizeidienstes, der Verkehrspolizei und der Schifffahrtspolizei beauftragt. Die Gendarmerie erfüllt auch gerichtspolizeiliche Aufgaben in Fällen, wo der Einsatz der Kriminalpolizei nicht notwendig ist und nimmt verwaltungspolizeiliche Aufgaben wahr, die der Kantonspolizei durch die besondere Gesetzgebung übertragen werden.

2.2 Laufende Geschäfte

2.2.1 Behandelte Geschäfte

	2008	2009
Erstellte Polizeirapporte	12 252	13 272
Aufgenommene Strafklagen	8 618	9 273
Behandelte Aufträge	26 091	26 083
Transporte Gefangene und Angeschuldigte	3 661	3 614
– davon kantonal	3 104	3 025
– davon ausserkantonal	557	589

2.2.2 Verhaftungen

	CH	Ausl.	Total
2008	76	134	210
2009	64	134	198

2.2.3 Strassenverkehr und Schifffahrt

Im Jahre 2009 lautete das Moto für den Strassenverkehr «Präsenz – Sicherheit», ein Schwerpunktthema, das durch eine erhöhte sichtbare Präsenz der Polizeipatrouillen auf den verschiedenen Verkehrsachsen und eine Intensivierung der Geschwindigkeitskontrollen an sensiblen und gefährlichen Stellen verwirklicht wurde.

Bezirke	Anzahl Unfälle		Anzahl Verletzte		Anzahl Tote	
	2008	2009	2008	2009	2008	2009
Saane	682	711	268	262	6	4
Sense	223	232	120	136	2	1
Greyerz	293	295	135	131	2	3
See	201	218	114	114	1	2
Glane	95	106	50	53	2	0
Broye	114	130	55	57	1	2
Vivisbach	83	99	39	55	0	1
Insgesamt	1 691	1 791	781	808	14	13

Die Zahl der polizeilich festgestellten Unfälle ist auf 1 791 Fälle (1 691 im Jahr 2008), bzw. um 5,90 % angestiegen. Die Zahl der

verletzten Personen, insgesamt 808 (781 im Jahr 2008), sowie die Zahl der tödlich verletzten Personen, insgesamt 13 (14 im Jahr 2008), sind verhältnismässig beständig geblieben.

Im Rahmen der Vorbeugung des Alkoholmissbrauchs am Steuer wurde das Konzept fortgeführt, das anlässlich der Einführung der 0,5 %-Grenze ins Leben gerufen wurde. Die Alkoholkontrollen werden in systematischer (Kontrolle aller Fahrzeuglenker) oder in punktueller Form (aufgrund von Trunkenheitsindizien) durchgeführt. Im Jahre 2009 hat die Gendarmerie folgende Anzahl Kontrollen durchgeführt:

	Anzahl Kontrollen		Angetrunkene Fahrzeuglenker	
	2008	2009	2008	2009
Total	21 714	24 231	4.8 %	4.2 %

Zusätzlich zu diesen Zahlen sind noch folgende hervorzuheben:

	2008	2009
Führerausweisenzug	1 047	1 082
Geschwindigkeitskontrollen	3 522	3 545
Führerflucht nach Unfall	640	815
Ermittelte Lenker nach Führerflucht	220	233
Betrag einkassierte Ordnungsbussen	Fr. 5 192 443	Fr. 5 993 290
Kontrollierte Transportunternehmen (seit 2008 und gemäss den Richtlinien des ASTRA, die erhobenen Zahlen betreffen nur die Anzahl der Kontrollstunden)	43 (818)	45
Begleitung Ausnahmetransporte	220	192
Schifffahrtsunfallmeldungen	1	0
Hilfe an in Schwierigkeiten geratene Schwimmer/Schiffsführer	7	10
Einsätze Tauchergruppe	5	8

2.2.4 Verkehrserziehung

Der Sektor der Verkehrserziehung erledigte im Verlaufe des Jahres 2009 folgende Aufgaben:

	2008	2009
Verkehrsunterrichtsstunden in Schulen und Institutionen	1 087	1 073
Ausbildungsstunden Schülerpatrouilleure	1 426	1 295
Ausbildungsstunden Erwachsenen-Patrouilleure	437	398
Prüfung für die Erlangung des Führerausweises (Anzahl Personen)	1 384	1 478
Erziehungskurse für angezeigte Minderjährige (SVG-Widerhandlungen)	4	4

—
2009

2.2.5 Polizeihunde

	2008	2009
Anzahl Hunde	18	16
Anzahl Einsätze, davon:	476	679
- Verhaftungen und/oder Auffinden	46	47
- Beschlagnahmungen durch Drogenspezialisten	56	62
- Personensuche	57	60
- Sicherheitsdurchsuchungen durch Sprengstoffspezialisten	12	2

Bei diesen Einsätzen entdeckten die Hunde verschiedene Betäubungsmittel, die dank dem Spürsinn der Tiere beschlagnahmt werden konnten.

2.2.6 Fahrende

Im Verlaufe des Jahres 2009 wurde der Einsatz der Gendarmerie in 12 Fällen wegen der Ankunft von Fahrenden auf Freiburger Gebiet angefordert (50 Einsätze im Jahre 2008). Diese Personen verbrachten insgesamt 45 Tage in unserem Kanton (147 Tage im Jahre 2008). Da kein Rastplatz für die Fahrenden zur Verfügung steht, wird in jedem Falle mit den betroffenen Personen und den Behörden (Gemeinde und/oder Oberamt), gegebenenfalls auch mit dem Grundstückbesitzer, über Ort und Dauer ihres Aufenthalts verhandelt. Die Verhandlungen werden grundsätzlich durch einen Polizeioffizier geführt. Zu einem allfälligen Rastplatz für Fahrende ist anzuführen, dass die Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion beim Bundesamt für Strassen für die Einrichtung eines offiziellen Rastplatzes ein Gesuch eingereicht hat und der Entscheid noch aussteht.

Im Juni 2009 fand in Romont ein zweitägiges Gerichtsverfahren gegen zwei Fahrende statt. Sie waren wegen Raub und Betrug angeklagt und wurden vom Gericht zu einer unbedingten Gefängnisstrafe von 40 beziehungsweise 48 Monaten verurteilt. Die erfolgreiche Strafuntersuchung der Freiburger Kantonspolizei, die Festnahme und die Verurteilung der Täter hatten einen Rückgang des Aufenthalts der Fahrenden in unserem Kanton zur Folge.

2.2.7 Personenschutz

Die Interventionsgruppe GRIF hat im Jahr 2009 in 28 Fällen Personenschutz gewährleistet (16 Einsätze im Jahr 2008), davon in 11 Fällen für Vertreter der Bundesbehörden oder ausländische Persönlichkeiten, die auf Besuch in der Schweiz verweilten.

2.2.8 Ausschaffungen

Im Jahre 2009 hat die Kantonspolizei in 7 Fällen (6 im Jahre 2008) aus der Schweiz ausgewiesene Ausländer in ihr Herkunftsland

zurückbegleitet. Gegenwärtig sind 14 Beamte und 3 Beamtinnen für die Ausführung solcher Aufträge ausgebildet, die, wie der Fall einer Ausweisung nach Nigeria zeigte, nicht ganz ungefährlich sind.

2.2.9 Ordnungsdienst

Zusätzlich zum täglichen Polizeidienst sind die Gendarmen bis zum 40. Lebensjahr in eine Ordnungsdienstkompanie eingeteilt. Diese Altersgrenze kann sich je nach Bestand verändern. Sie wird im Allgemeinen für Kaderleute nicht angewendet.

Um in der Lage zu sein, bei Grossveranstaltungen eine einheitliche Einsatz- und Ausbildungsdoktrin zu gewährleisten, haben die Westschweizer Polizeikorps die Gruppe Ordnungsdienst geschaffen, die unter der Abkürzung GMO (Westschweizer Gruppe für Ordnungsdienst) bekannt ist.

Im Verlaufe des Jahres wurden 1414 Beamte in 35 Fällen für Ordnungsdienstseinsätze aufgeboden, für Ereignisse, die in unserem Kanton stattgefunden haben, davon 20 Eishockeyspiele (18 für den HC Gottéron und 2 für die Eishockeyclubs Düdingen und Martigny), 3 Fussballspiele, 9 verschiedene Veranstaltungen, 2 Gerichtsverfahren und 1 Einsatz für Personenschutz. Für die Sicherheit dieser Veranstaltungen haben die Beamten insgesamt 8773,50 Einsatzstunden geleistet.

Unter der Leitung des GMO sind 15 Mitarbeiter in Davos und 16 Beamte in Genf für die Vorbeugung gegen Demonstrationen im Vorfeld des World Economic Forum (WEF) aufgeboden worden. Anlässlich des Finals der Schweizer Fussballmeisterschaft sind 11 Beamte nach Bellinzona delegiert worden. 18 Beamte kamen ebenfalls während des Gipfels der Welthandelsorganisation WTO in Genf als Verstärkung der GMO-Gruppe zum Einsatz. Dafür haben die 60 Beamten insgesamt 2402 Einsatzstunden geleistet.

2.3 Besondere Ereignisse

—

2.3.1 Präventionskampagnen

—

2.3.1.1 Sicherheit und öffentliche Ordnung

In jeder der drei Regionen der Gendarmerie wurden permanente und punktuelle Aktionen durchgeführt. Diese Aktionen, die den geographischen, touristischen und kulturellen Besonderheiten jeder Region angepasst werden, dienen in erster Linie der Prävention, können aber auch zur Aufdeckung und Verfolgung von Widerhandlungen oder Straftaten führen. Die langfristig angelegten Aktionen erfolgen konkret durch eine verstärkte Präsenz der uniformierten Polizisten an heiklen Örtlichkeiten wie öffentliche Parkanlagen, Fussgängerzonen, Bahnhöfe, Strände, Orte mit starkem Menschenandrang und Gaststätten. Neben der Signalwirkung dieser Aktionen auf die Bevölkerung gestatten sie,

2009

Vandalismen zuvorzukommen, die öffentliche Ordnung zu gewährleisten und gleichzeitig auch gegen den illegalen Handel in jeder Form vorzugehen, vor allem gegen den Drogenhandel.

KANTONALE AKTIONEN

«BÜRGER-KONTAKT»	Diese permanente Schwerpunktaktion besteht darin, die Sicherheit im Nahbereich zu verstärken, indem der Bevölkerung durch eine gut sichtbare Präsenz und die Aufnahme eines Dialogs mit den Bürgern Sicherheit vermittelt wird, um das subjektive Unsicherheitsgefühl zu reduzieren. Die gut sichtbare Präsenz und die ständige offene Kontaktaufnahme mit der Bevölkerung durch Beamte der uniformierten Polizei, die zu Fuss unterwegs, bei öffentlichen Veranstaltungen und während der Stosszeiten in aller Öffentlichkeit präsent sind, stellen ein effizientes Mittel dar, um den Kontakt zwischen den Ordnungshütern und der Bevölkerung zu verstärken. Diese Aktionen verfolgen auch das Ziel, die Präsenz der uniformierten Beamten der Gendarmerie im Strassenverkehr zu erhöhen, indem sie gut sichtbare Überwachungen auf den Hauptachsen des kantonalen Strassennetzes sowie innerhalb der Agglomerationen durchführen. Neben der Aktivität der Bürgernahen Polizei, sind 2676 Stunden mit einer Beteiligung von 5396 Beamten für diese Aktion aufgebracht worden.
«TABARRO»	Am Wochenende und abends (vor allem am Freitag- und Samstagabend), sichtbare Präsenz an stark besuchten Orten (Stadtzentrum), in Gaststätten mit starkem Andrang sowie an wichtigen Anlässen. Es wurden insgesamt 91 Einsätze mit einer durchschnittlichen Dauer von 4,8 Stunden durchgeführt. Dabei kamen 422 Beamte zum Einsatz.
«AURORE»	Am Wochenende, frühmorgens auf der Autobahn: Kontrolle der Automobilisten mit Verdacht auf Fahren nach Betäubungsmittel- und/oder Alkoholkonsum (Rückkehr nach Fest). So haben 512 Beamte 140 Schwerpunktkontrollen auf den Autobahnen A1 und A12 durchgeführt. 73 Personen wurden wegen verschiedener Vergehen angezeigt, darunter 21 Personen wegen Vergehen gegen das Betäubungsmittelgesetz. 37 Fahrzeuglenker wurden wegen SVG-Vergehen und 15 Fahrzeuglenker wegen anderen Vergehen angezeigt.

REGIONALE AKTIONEN

Region Zentrum:

«CELSIUS»	Im Winter sichtbare und regelmässige Präsenz der Polizeikräfte (erhöhte öffentliche Sicherheit) im Stadtzentrum Freiburg und koordinierte Strafverfolgungsaktionen mit folgenden Zielen: <ul style="list-style-type: none"> - Vorbeugung gegen Betäubungsmittelhandel in Gaststätten, auf der Strasse, in öffentlichen Parkanlagen und an Stellen, die für Versammlungen günstig sind; - Kontrolle der gegen Dealer ausgesprochenen Rayonverbote; - Vorbeugung gegen das Überhandnehmen von Bettelerei; - Vorbeugung gegen Vandalismen und Widerhandlungen, vor allem gegen Taschendiebstähle;
-----------	--

- Verhindern, dass Bettler oder Obdachlose die Nacht bei grosser Kälte im Freien verbringen müssen;
 - Sorgen für öffentliche Ruhe und Ordnung der Bürger;
 - Erhöhen des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung.
- 1270 Beamte kamen im Rahmen von 618 durchgeführten Aktionen zum Einsatz. Dabei wurden 11 Personen für verschiedene Vergehen angezeigt, wovon 32 wegen Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz.

«HIRONDELLE»	Gleiche Aktion wie «CELSIUS», aber während der Sommerzeit. 28 Beamte kamen bei 14 Aktionen zum Einsatz. Es erfolgte jedoch keine Anzeige.
«ANGEL»	Gut sichtbare und vorbeugende Präsenz auf Strassen und Plätzen im Zentrum der Stadt Freiburg während der Festtage am Jahresende, um verschiedenen Vergehen vorzubeugen (Taschendiebstahl, Entreisssdiebstahl, Ladendiebstahl) und um die Bevölkerung zu beruhigen. 251 Beamte kamen bei diesen Schwerpunktaktionen zum Einsatz, wobei 358 Präsenzstunden geleistet wurden.

Region Nord:

«BERMUDA»	Während der Sommerzeit: Verfolgung von Straftaten und Aktionen gegen Belästigungen, Vandalismus, Schlägereien und jegliche Form von Handel, vor allem in touristischen Gebieten, an Stränden, auf Campingplätzen und an Treffpunkten. 612 Beamte führten in diesem Bereich 285 Aktionen durch. 96 Personen wurden aufgrund verschiedener Delikte angezeigt.
«STAND BY»	Während der Festtage am Jahresende: sichtbare Präsenz in der Nähe sicherheitsrelevanter Orte wie Poststellen, Geldautomaten, Banken und Einkaufsstrassen. Im Rahmen dieser Aktion haben 246 Beamte 127 Schwerpunkteinsätze durchgeführt.

Region Süd:

«SCHWER-PUNKT 1.7»	Fortlaufender Einsatz gegen den Handel und den Konsum von Betäubungsmitteln. 106 Beamte führten 25 Aktionen durch, und 16 Personen wurden wegen Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz zur Anzeige gebracht.
«GEZIELTE SCHWER-PUNKTE	Punktuelle und gezielte Aktionen an Stellen, wo Vandalismus und Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung immer wieder vorkommen. 1531 Beamte haben in diesem Bereich 1273 Schwerpunktaktionen durchgeführt. 45 Personen wurden dabei wegen Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz angezeigt.

2.3.1.2 Strassenverkehr

01.01–31.12	Gurten als Lebensretter	Kontrolle des Tragens der Sicherheitsgurte auf dem gesamten kantonalen Strassennetz. 5516 Ordnungsbussen- und Bedenkfristformulare wurden dabei ausgestellt. Permanente Aktion.
01.01–31.12	TECO	Kontrollen in Bezug auf die Verwendung der Mobiltelefongeräte am Steuer. 2010 Fahrzeuglenker wurden dabei angezeigt. Permanente Aktion.

—
2009

01.01–31.12	Aktion Zweirad	Gezielte Geschwindigkeitskontrollen mit Anhalteposten auf Strassen, die regelmässig von Motorradfahrern benützt werden. 162 Motorradfahrer wurden angezeigt. Permanente Aktion.	
		Eine in zwei Phasen durchgeführte Aktion (präventiv und repressiv), mit dem Ziel, die Strassenbenützer auf die in der Nähe von Fussgängerstreifen vorhandenen Gefahren aufmerksam zu machen. In der ersten Phase erfolgte die Sensibilisierung der Strassenbenützer durch die Verteilung einer Faltbroschüre (900). In der zweiten Phase wurden 17 Fussgänger und 35 Fahrzeuglenker angezeigt.	
14.09–27.09	Aktion «ZEBRA»	Geschwindigkeitskontrollen und Überwachung der Fussgängerstreifen in unmittelbarer Nähe von Schulen und Schulwegen. Zusätzliche Kontrollen zum Tragen der Sicherheitsgurte ergänzten diese Aktion. Dabei wurden 67 Ordnungsbussen- und Bedienkristformulare ausgestellt und 15 Fahrzeuglenker wegen Missachtung des Vortrittsrechts an Fussgängerstreifen angezeigt.	
24.08–12.09	Schul- anfang	Die Aktion hatte zum Ziel, den Fahrzeuglenkern für ihr korrektes Verhalten im Strassenverkehr ein «Dankeschön» zu sagen. Dabei wurde ihnen eine Tafel Schokolade mit einem besonderen Logo überreicht. Lenker mit ordnungswidrigem Verhalten wurden angezeigt. 1 085 Fahrzeuglenker wurden kontrolliert, 1 005 Tafeln Schokolade wurden verteilt und 80 Fahrzeuglenker mussten bei dieser Aktion angezeigt werden.	
15.07	Aktion «Danke»	Die Beratungsstelle für Unfallverhütung (BFU) hat in Zusammenarbeit mit den Kantons- und Gemeindepolizeien, dem Fonds für Verkehrssicherheit und der Arbeitsgruppe «Sicherheit durch Sichtbarkeit» eine Sensibilisierungskampagne durchgeführt, um auf die Bedeutung der Sichtbarkeit im Strassenverkehr aufmerksam zu machen. Diese Präventionskampagne fand am 26. November 2009 in der ganzen Schweiz statt. Dabei wurden 803 Faltbroschüren und 204 Armbinden an 535 Automobilisten und 472 Fussgänger verteilt. Weiter sind 93 technische Mängelkarten ausgestellt worden.	
26.11	Tag des Lichts	Kontrolle von Fahrzeugbeleuchtung und Einschaltung der Nebellampen. Bei diesen Einsätzen sind 121 Fahrzeuglenker angezeigt und 268 technische Mängelkarten ausgestellt worden.	
27.11–05.12	Beleuch- tung		Präventive Aktion mit dem Ziel, die Halter von Fahrrädern auf den Velodiebstahl aufmerksam zu machen, um die Zahl der Diebstähle auf öffentlichem Grund und Boden zu reduzieren. Dabei wurden 2661 Faltbroschüren verteilt: 1780 an die Velofahrer bei Kontrollen und 881 wurden an die öffentlich abgestellten Velos angeheftet (373 wegen fehlender Vignette oder Adresse des Velobesitzers und 508 wegen nicht abgeschlossener Fahrräder).
27.04–11.05	Aktion «Previo Velo»		Diese nationale Präventionskampagne wurde vom BFU in Zusammenarbeit mit den Kantons- und Gemeindepolizeikörpern durchgeführt. Jeder Fahrzeuglenker mit einem Alkoholgehalt von 0‰ wurde mit einem kleinen Geschenk belohnt. Im Verlaufe dieser Kampagne hat die Kantonspolizei 2294 Fahrzeuglenker kontrolliert, wovon 98 einen Alkoholgehalt von mehr als 0,5‰ aufwiesen. Alle dem Test unterzogenen Berufsfahrer konnten eine einwandfreie Fahrtüchtigkeit vorweisen.
18.05–14.06	«Fit für die Strasse?»		

2.3.2 Bürgernahe Polizei

Am 1. Juli 2009 wurde die Bürgernahe Polizei auf das ganze Kantonsgebiet ausgeweitet. In dieser Periode wurden auch die drei Ermittlungsgruppen in den Gendarmerieregionen eingeführt und ihrer Bestimmung, der Strafverfolgung im Nahbereich (Strassenhandel, Tags, damit verbundene Delikte usw.), zugeführt. Während dieser permanenten Tätigkeit haben die Beamten 276 verdächtige Personen angehalten. 47 Straftäter wurden in Polizeigewahrsam genommen oder sind für den weiteren Verlauf der Untersuchung inhaftiert worden. Gegen 250 Personen wurde wegen Vergehen gegen das Betäubungsmittelgesetz Anzeige eingereicht. Zudem wurden 30 Verzeigungen aufgrund von Vermögensdelikten und deren 17 wegen Sachbeschädigungen erstellt. Im Verlauf dieser Tätigkeiten wurden 142 Gramm Heroin, 170 Gramm Kokain, 358 Gramm Haschisch, 6 Kilogramm Marihuana, 421 Hanfpflanzen und verschiedene andere Betäubungsmittelprodukte (Thaipillen, Ecstasy, LSD, Speed usw.) beschlagnahmt.

3. Kriminalpolizei

3.1 Auftrag

Die Kriminalpolizei amtiert als Gerichtspolizei in allen Fällen, die wegen ihrer Bedeutung, Komplexität oder besonderen Natur ihren Einsatz erfordern. Sie besorgt den kriminaltechnischen Dienst. Ihre allgemeinen Aufträge sind die Feststellungen vor Ort, die Indizien- und Spurensicherung, die Nutzung der Spuren, das Verhör der betroffenen Personen, die Wahrnehmung der Aufgaben

2009

im Rahmen der Opferhilfe, die Ermittlung der Sachverhalte, die Identifizierung und Festnahme der mutmasslichen Täter und deren Anzeige beim Richter.

3.2 Laufende Geschäfte

3.2.1 Behandelte Geschäfte

	2008	2009
Erstellte Polizeirapporte	1 563	1 865
Aufgenommene Strafanzeigen	1 121	908
Behandelte Aufträge	2 534	2 895
Identifikationen durch den Erkennungsdienst	324	340
- davon Fingerabdrücke	101	86
- davon DNA-Profile	109	131
- davon Schuhsohlenprofile	114	123
Verbindungen zwischen DNA-Profilen	201	133
- interne	4	29
- mit anderen Kantonen	197	104
DNA-Probenahme bei Personen	894	955
Löschung der DNA-Profile	0	145

3.2.2 Verhaftungen

	CH	Ausl.	Total
2008	77	124	201
2009	68	161	229

3.2.3 Betäubungsmittel

	2008	2009
Beschlagnahmte Betäubungsmittel		
- Haschisch (in Gramm)	7 242	4 672
- Marihuana (in Gramm)	173 529	202 379
- Heroin (in Gramm)	2 295	320
- Kokain (in Gramm)	352	124
- Pillen: Thai, LSD, Ecstasy	1 330	135
- Amphetamin (in Gramm)	0	61
Todesfälle infolge Überdosis	3	3
Einbruchdiebstähle in Apotheken und Spitäler	15	17

Zu den Hanfkulturen ist Folgendes zu bemerken:

	2008	2009
Felder	3 (Gesamtfläche von ungefähr 21 000 m ²)	3 (Gesamtfläche von ungefähr 21 000 m ²)
- davon im Saanebezirk	0	0

	2008	2009
- davon im Sensebezirk	3	2
- davon im Glanebezirk	0	0
- davon im Greyerzbezirk	0	0
- davon im Seebezirk	0	1
- davon im Broyebezirk	0	0
- davon im Vivisbachbezirk	0	0
Beschlagnahmte Hanfmenge	4 000 m ² Vernichtung vor Ort	10 000 m ² Vernichtung vor Ort
Strafuntersuchungen	(11 000 Setzlinge)	1

3.3 Besondere Ereignisse

Im Verlaufe des Jahres 2009 hat die Kriminalpolizei vor allem Ermittlungen im Zusammenhang mit folgenden bedeutenden Ereignissen durchgeführt:

Todesfälle/ Leichenhebungen Kanton Intervention in mehreren ausserordentlichen Todesfällen. Im Rahmen der Ermittlungen können die Todesursachen geklärt werden (natürlicher Tod, infolge Unfall oder Suizid).

Raubüberfälle Kanton 20.07.09: auf den Direktor des Cap' Ciné in Freiburg. Die Ermittlungen und Kontrollen lassen bald den Verdacht einer Veruntreuung aufkommen. Im Verlauf der Untersuchung gibt der Direktor zu, allein für den Diebstahl von 125 000 Franken verantwortlich zu sein. Davon können 90 397.40 Franken beschlagnahmt werden.

10.06.09 und 14.08.09: Raiffeisen-Bank in Marly: der gleiche Täter überfällt zweimal die Bank und erbeutet total 150 000 Franken. Derselbe Täter ist ebenfalls für einen Raubüberfall auf die Raiffeisen-Bank in Alpnach/OW verantwortlich. Er kann in Spanien verhaftet werden.

31.07.09: Raiffeisen-Bank in Freiburg, Beaumont. Kurz vor Schalterschluss lässt sich ein Unbekannter unter Bedrohung mit einer Faustfeuerwaffe 21 000 Franken aushändigen. Der Täter ist mittels DNA identifiziert und zur Verhaftung ausgeschrieben.

21.11.09 und 24.11.09: Tankstelle BP – A1, in Lully. Beim ersten Überfall sind 2 Täter beteiligt, beim zweiten nur einer. Die Beute beträgt einige tausend Franken. Am 02.12.2009 werden die Täter eines Einbruchdiebstahls in ein Restaurant in flagranti verhaftet. Einer der Täter kann anhand der Spurenauswertung und der Einvernahmen für den ersten Raubüberfall identifiziert werden.

—
2009

Skimming	Kanton	08.06.09: Strafanzeige der Raiffeisen-Bank infolge betrügerischen Missbrauchs einer Datenverarbeitungsanlage und versuchten Betrugs, nachdem drei Unbekannte dabei gefilmt wurden, als sie einen Datenkopierapparat sowie eine Kamera bei den Bankautomaten in Pérolles und Beaumont installierten. Später werden Geldbezüge in Italien, Peru und Panama registriert. Ein Trio aus Bulgarien kann überführt werden für nahezu hundert Geldbezüge zum Nachteil von Personen, die im Kanton Freiburg wohnhaft sind.	Strafbare Handlungen gegen die sexuelle Integrität	Kanton	Zahlreiche Ermittlungsverfahren infolge von Anzeigen durch Opfer sexueller Handlungen oder Vergewaltigung. Anzumerken ist, dass oftmals Situationen mit sehr abweichenden Aussagen von Opfer und Täter vorliegen. Zudem ist festzustellen, dass der Alkohol in einigen Fällen sowohl beim Opfer als auch beim Täter ein ausschlaggebender Faktor ist.
Serien von Einbruchdiebstählen	Kanton und ausserkantonale	Nach mehreren Einbruchserien werden Vorermittlungen betreffend einen georgischen Staatsangehörigen getätigt und es kann eine georgische Einbruchbande verhaftet und angezeigt werden. Diese Bande ist für zirka 40 Delikte in unserem Kanton verantwortlich. In einem anderen Ermittlungsverfahren kann eine Serie von Einbrüchen im Kanton Freiburg und in den Nachbarkantonen aufgeklärt werden. Dies aufgrund der Information, dass ein Nordafrikaner in der Stadt Freiburg gestohlene Waren von Georgiern abkaufe.	Vorermittlungen durch die Polizei	Kanton	Mehrere polizeiliche Vorermittlungen auf dem Gebiet der Wirtschaftskriminalität und der Geldwäscherei. Präventionskampagne «t-ki» - «wer bisch» - Weiterführung der 2007 begonnenen Kampagne. Die Phase II, wiederum in Zusammenarbeit mit der DEKS und GRIMABU wird an der Eröffnung des «Comptoir gruérien», am Freitag, 23. Oktober 2009 lanciert.
Einbruchdiebstähle in Autos	Düdingen	Januar: nach einer Serie von Einbruchdiebstählen in Autos und zahlreichen Sachbeschädigungen, können in der Nacht vom 15. auf den 16. Januar vier Jugendliche nach mehreren Sachbeschädigungen in flagrante ertappt und verhaftet werden. 70 eingereichte Strafanzeigen	Prävention	Kanton	Unter dem Slogan «être au net» - «klick clever», schlagen die drei Partner in einer Broschüre Lösungsansätze für Erwachsene vor. Diese sind sehr oft machtlos gegenüber den Gefahren, die mit der Nutzung der neuen Kommunikationstechnologien durch ihre Kinder oder ganz allgemein durch Jugendliche verbunden sind.
Sachbeschädigungen	Freiburg	Vorkommnisse vom 11.10.08 im Café ELVIS & MOI, Murtengasse 13. Aufgrund der Ermittlungen in Zusammenarbeit mit anderen Kantonspolizeien sowie aufgrund der Spurenauswertung können mehrere Personen angehalten und 20 Personen verzeigt werden.			Prävention durch den Präventionsbeauftragten der Jugendbrigade: 434 Klassen besucht. Teilnahme an 71 Elternabenden und anderen Veranstaltungen.
Schwere Körperverletzungen	Kanton	Zahlreiche Fälle von schwerer Körperverletzung anlässlich von Schlägereien, Messerstechereien, Schusswaffengebrauch und häuslicher Gewalt, haben die Ermittler beschäftigt.			
Betäubungsmittel	Kanton	Mehrere Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit Hanfhandel. So konnten in zwei Fällen insgesamt 175 Kilos Marihuana und 250 000 Franken sichergestellt werden. Im Untergeschoss eines Hauses und in einer alten Festung der Armee werden Indoor-Kulturen entdeckt.			
Sittlichkeit Pornographie	Kanton	Regelmässige Kontrollen in Massagesalons und Cabarets durch die Sittengruppe. 09.10.09: «FONTANETTE 3»: Intervention in den Gebäuden der Grand-Fontaine 5, 20, 22 und 24, in Freiburg, mit dem Ziel, die anwesenden Prostituierten zu kontrollieren und zu identifizieren. Es sind 31 Personen anwesend. Ermittlung wegen Verdachts von Menschenhandel und Förderung der Prostitution. Bearbeitung von 10 Fällen von Pornographie für KOBİK und BKP.			

4. Stabsdienste

4.1 Auftrag

Die Stabsdienste bestehen aus Diensten, die die Kantonspolizei unterstützen, indem sie die Zusammenhänge und die Einheit auf logistischer, administrativer und technischer Ebene garantieren. Sie bestehen aus folgenden Sektoren:

- > die Einsatz- und Alarmzentrale (operationaler Einsatz);
- > die Informatik und Telekommunikation (Systemverwaltung, Datenbank);
- > das Info-Center (Verwaltung des zentralen Informationssystems, Konservierung und Archivierung der Daten, kantonale und nationale Ausschreibungen, Filtrierstelle Ripol kantonale);
- > die Buchhaltung;

—
2009

- > die Bekleidung, Ausrüstung und Bewaffnung;
- > die Gebäudeverwaltung;
- > die Garage.

4.2 Laufende Geschäfte

4.2.1 Behandelte Geschäfte

	2008	2009
Erstellte Polizeirapporte	9 022	9 188
Aufgenommene Strafklagen	236	3
Behandelte Aufträge	1 478	1 522
Eingegangene Anrufe	198 456	215 958
- davon Anrufe über die Notfallnummer	92 545	90 450
Behandelte Alarme	861	1 251
- davon wegen Feuer	225	303
- davon wegen Einbruch/Überfall	636	948

Am 1. Januar 2009 ist die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) für alle Polizeikorps der Schweiz in die Produktionsphase eingetreten. Dieses Projekt beruht auf der Verordnung vom 30. Juni 1993 betreffend die Ausführung der eidgenössischen statistischen Erhebungen (RS 431.012.1). Die Ziele dieser nationalen Statistik sind es, die kantonalen und eidgenössischen Statistiken zusammenzuführen, einen Mittelwert auf nationaler Ebene zu erhalten, die Eingabecodes und die Prinzipien der Benutzung zu harmonisieren (vergleichbare statistische Zahlen zwischen den Kantonen). Wöchentlich werden die Daten aus der Zephyr-Anwendung an das Bundesamt für Statistik (BFS) weitergeleitet.

Der zusätzliche Arbeitsaufwand für den Polizisten ist minim. Die eigentliche Herausforderung liegt beim Personal des Info-Centers. Jeder Polizeirapport muss minutiös analysiert werden, um die geforderte Kodifizierung erstellen zu können. Für jede erwähnte Straftat muss die gesetzliche Grundlage überprüft werden, bevor sie an das BFS geleitet werden kann. Diese Änderung hat vom Personal eine grosse Anpassung und während des ganzen Jahres Fortbildungskurse verlangt.

4.2.2 Informatik und Telekommunikation

Betreiben und Wartung der Informatiksysteme der Kantonspolizei und des ACC.

Betreiben und Wartung des analogen Funknetzes (Funkausrüstung in den Einsatzfahrzeugen, tragbare Funkgeräte, 10 Standorte/Antennen).

EAZ «H189 – Telefonposten»: Integration der Infrastruktur zur Übermittlung der Alarm- und Verkehrsüberwachungsdaten der

Umfahrungsstrasse von Bulle (H189), Inbetriebnahme einer Bildwand zur Überwachung des Strassenverkehrs und der Polizeigebäude, Erweiterung der Einsatz- und Alarmzentrale (EAZ) um zwei zusätzliche Arbeitsposten.

4.2.3 Fahrzeuge

Der Fahrzeugpark der Kantonspolizei setzt sich wie folgt zusammen:

	2008	2009
Autos	176	194
Motorräder	9	9
Schiffe	5	5

4.2.4 Gebäudeverwaltung

Im Rahmen des Unterhaltendienstes der 46 Gebäude, die von den verschiedenen Diensten benutzt werden, wurden 1000 Eingriffe vorgenommen (Auffrischungen, Unterhalt usw.). 71 Umzüge und interne Mutationen, 57 mittlere und grössere Projekte sowie 41 Mobiliarbestellungen wurden ausgeführt. Für die Ausführung all dieser Projekte waren 600 Ortsbesichtigungen und/oder Sitzungen nötig.

4.2.5 Bekleidung, Ausrüstung und Bewaffnung

Die Abteilung Bekleidung, Ausrüstung und Bewaffnung ist verantwortlich für die Verwaltung der persönlichen und kollektiven Ausrüstung, sowie die Bewaffnung der gesamten Kantonspolizei. Sie ist auch zuständig für die Grundausrüstung der Polizeiaspiranten.

4.2.6 Buchhaltung

Für das Jahr 2009 erstellte die Buchhaltung gestützt auf den Beschluss vom 22. Dezember 1987 über die Gebühren der Kantonspolizei 18 664 Rechnungen (17 304 im Jahre 2008). Ein Totalbetrag von 3 540 984 Franken (im Jahr 2008: 3 512 682 Franken) wurde in Rechnung gestellt.

4.3 Besondere Ereignisse

4.3.1 Informatik und Telekommunikation

- > Anpassung des zentralen Informationssystems Zephyr hinsichtlich der neuen Reportsystematik und Anpassung und Übernahme aller Anwendungen in Powerbuilder;
- > Inbetriebnahme des Postens Freiburg: 45 Arbeitsplätze;
- > Ersetzen des Informatikparks: 240 feste und 50 tragbare Computer;

—
2009

- › POLYCOM: Reaktualisierung des Pflichtenhefts, der Kosten und des Rapports zu Betrieb und Unterhalt.

4.3.2 Gebäudeverwaltung

Wichtigste Projekte

- › Totalerneuerung des Sicherheitssystems in den Interventionscentren und im Polizeiposten Bulle;
- › Umzug der Einheiten der bürgernahen Polizei im ganzen Kantonsgebiet, einschliesslich Bereitstellung der neuen Arbeitsplätze;
- › Fertigstellung und Inbetriebnahme des neuen Polizeipostens Freiburg an der rue des Pilettes.

4.3.3 Bekleidung, Ausrüstung und Bewaffnung

- › Mitarbeit bei der interkantonalen Gruppe UNIMATOS, mit dem Hauptziel, eine gemeinsame Repräsentationsuniform zu entwickeln;
- › Entwicklung der neuen Arbeitsmütze UNIMATOS;
- › Erneuerung der persönlichen und kollektiven kugelsicheren Westen;
- › Mitarbeit bei der technischen Kommission der schweizerischen Polizeikorps zur Entwicklung einer neuen Triebablagepatrone für den Ordnungsdienst.

5. Personalbereich

5.1 Auftrag

Der Personalbereich umfasst die speziellen Sektoren der Personalverwaltung, der Ausbildung und der psychologischen Unterstützung. Er stellt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kantonspolizei sowie die Aspiranten der Polizeischule an. Er sichert die administrative Verwaltung des Personals und deren Daten. Er ist für die Grund- und Weiterbildung sowie für die individuelle berufliche Entwicklung der Kader und Mitarbeiter verantwortlich. Er bietet den um Hilfe suchenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Unterstützung und der Hierarchie Beratung an.

5.2 Laufende Geschäfte

5.2.1 Ausbildung und Weiterbildung

Am 5. Januar 2009 begannen 31 Personen die Polizei-Aspirantenschule (PAS), davon 26 Aspiranten für die Gendarmerie (7 Frau-

en) und 5 Aspiranten für die Kriminalpolizei (2 Frauen). Im Verlaufe des Jahres verliess 1 Aspirantin der Gendarmerie die Schule. Am Schluss ihrer einjährigen Ausbildung haben 28 Aspiranten die Examen mit Erfolg bestanden und den eidgenössischen Fachausweis als Polizist/Polizistin erhalten.

24 Aspiranten wurden für die PAS 2010 engagiert, 18 Aspiranten für die Gendarmerie und 6 Aspiranten für die Kriminalpolizei.

Verschiedene Weiterbildungskurse wurden während dem Jahr 2009 dem Kader und den Beamtinnen und Beamten der Kantonspolizei erteilt. Jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter besuchte im Durchschnitt 5,5 Tage Weiterbildungskurse.

Ausserdem hat das Ausbildungszentrum der Kantonspolizei verschiedene Kurse für externe Partner organisiert, besonders für Aufseher, Beamtinnen und Beamten der Gemeindepolizeien und der Feuerwehr und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes für Justiz und des Amt für Bevölkerung und Migration.

5.3 Besondere Ereignisse

5.3.1 Einheit «zwischenmenschliche Beziehungen»

Der Verantwortliche der Einheit «zwischenmenschliche Beziehungen» wurde bei der Kantonspolizei engagiert, um das Personal der Polizei zu unterstützen. Er wird für die Grund- und Weiterbildung eingesetzt. Im Rahmen der Grundausbildung nahm er als Experte an den Eidg. Berufsprüfungen als Polizist in Freiburg und Neuenburg teil.

Als Co-Präsident der Kommission gegen Gewalt in Paarbeziehungen nahm der Verantwortliche der Einheit «zwischenmenschliche Beziehungen» namentlich an einer Westschweizer interkantonalen Präventionskampagne teil.

Weiter arbeitete er mit, unter der Führung des FNPG (Freiburger Netzwerks für psychische Gesundheit) auf den 1. März 2010 eine Mobile Einsatzgruppe für psychosoziale Notfälle im Kanton Freiburg aufzustellen.

5.3.2 Arbeitspsychologe

Im Rahmen der Einführung eines Systems für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz wurde in Zusammenarbeit mit Sicherheitsdelegierten eine umfassende Liste der Gefahren am Arbeitsplatz in der Kantonspolizei erarbeitet. In einer zweiten Phase wird eine Kommission für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz entsprechende Massnahmen beschliessen.

Der Arbeitspsychologe nahm an der Arbeitsgruppe zum Stand am «Comptoir gruérien» teil. Ein Teil des Standes und verschiedene Werbeträger wurden erarbeitet.

—
2009**6. Pressedienst****6.1 Auftrag**

Der Presse- und Präventionsdienst sichert die Information an die Bevölkerung durch die Medien, fördert das Image der Kantonspolizei und ist verantwortlich für den Inhalt der Internetseite der Kantonspolizei. Er informiert und berät das Publikum über die Kriminalitätsprävention. Ausserdem ist er zuständig für die interne Kommunikation.

6.2 Laufende Geschäfte**6.2.1 Aktivitäten im Zusammenhang mit den Medien**

Folgenden Aktivitäten im Zusammenhang mit den Medien wurden im Jahre 2009 durch den Pressedienst behandelt:

- > 873 Pressemitteilungen von verschiedenen Ereignissen, wovon 119 Zeugenaufrufe (+ 13 % gegenüber 2008);
- > 1044 E-Mails (+ 35 % gegenüber 2008);
- > 779 telephonische Anfragen von verschiedenen Medienstellen (+ 41 % gegenüber 2008);
- > 25 Alarmmeldungen wurden bei aussergewöhnlichen Ereignissen weitergeleitet;
- > 5 Pressekonferenzen.

Unter anderem besuchten 141 068 Personen die Website, dies gibt einen Tagesdurchschnitt von 387 pro Tag (+ 14,35 % gegenüber 2008).

6.2.2 Öffentlichkeitsarbeit

Im Verlaufe des Jahres wurden 11 Medientage und 3 Ausstellungen ausgeführt:

20.01	Ausstellung Start! Berufsauswahl-Forum;
18.03	Jährliche Pressekonferenz;
19.05	Tag der neuen GI;
23.03	Internationales Seminar für Spürhunde;
08.06	Vorstellung der Bürgernahen Polizei;
08.07	Durchhaltewoche der Polizeiaspiranten;
17.07	Murtenseeüberquerung;

20.07	Le Tour de France;
06.09	Ausstellung in Grolley;
09.09	Eröffnung des Polizeipostens Freiburg;
24.09	Einweihung der neuen Statue für Polizeitaucher im Neuenburgersee;
23.10–01.11	«Comptoir gruérien»;
18.11	Vorführung der neuen elektronischen Schiessanlage;
19.12	Vereidigung der Polizei-Aspirantenschule 2009.

Vom 1. Juli bis zum 31. August wurden total 30 Ferienpassprogramme in den drei Einsatzzentren durchgeführt.

6.2.3 Präventive Aktivitäten

Die Informations- und Präventionsstelle hat folgende Präventionsaktionen unterstützt:

- > 5 öffentliche Präventionsaktionen:
 - + 15.07 Aktion «Merci» auf den Freiburger-Strassen;
 - + 24.08 Aktion «Schulanfang»;
 - + 26.09 Aktion «Denk an die Kinder»;
 - + 01.12 Aktion «Sehen und gesehen werden»;
 - + 14.09 Aktion «Zebra»;
 - + 15.12 Aktion «Angel».

- > 37 Hausberatungen durch einen spezialisierten Beamten.

6.3 Besondere Ereignisse

Die Kantonspolizei war am «Comptoir gruérien» vom 23. Oktober bis 1. November 2009, als Ehrengast mit einem 200 m² grossen Stand präsent. Aus dem ausgestellten Material konnten dauerhafte Ausstellungsmodelle für zukünftige Öffentlichkeitsarbeiten realisiert werden.

7. Büro für Waffen und Sprengstoffe**7.1 Auftrag**

Die Kantonspolizei ist die zuständige Behörde für die Anwendung und Kontrolle des Waffengesetzes, aber auch für die Anwendung des Sprengstoffgesetzes. Das Büro für Waffen und Sprengstoffe stellt die Waffenerwerbsbewilligungen und Waffentragscheine, die Bewilligungen zum Verkauf von Feuerwerksartikeln, die Zuverlässigkeitsbescheinigungen für Sprengausweiswärter, die Ausgabe von Europäischen Feuerwaffenpässen für Jäger und Sportschützen, die im Schengenraum an Jagd- oder Schiesssport-

—
2009

anlässen teilnehmen, sowie die Waffenhändlerpatente aus. Der Dienst organisiert die Prüfungen zum Erhalt des Waffentrag-scheins für Sicherheitsbeamte, den kontrollierten Verkauf von Waffen, die Vernichtung von beschlagnahmten Waffen, Sprengstoffen und Feuerwerksartikeln sowie von beschlagnahmter Munition. Das Büro für Waffen und Sprengstoffe verwaltet auch den Beschlagnahmeraum für Waffen und Sprengstoffe. Es kontrolliert die Waffengeschäfte, Waffensammler, Verkaufsstellen von Feuerwerksartikeln sowie die Lager von Sprengstoffen der zivilen Anwender. Es wirkt bei den Voruntersuchungen im Rahmen von Administrativverfahren mit.

7.2 Laufende Geschäfte

Aktivität im Jahre 2009:

	2008	2009
Waffenerwerbsbewilligungen	258	326
Ausnahmebewilligungen zum Kauf von Waffen	32	43
Sonderbewilligungen für die Jagd oder das Schiessen im Ausland	17	0
Feuerwaffenpässe	44	300
Bescheinigungen für die Verwendung von Sprengmitteln	0	4
Bewilligungen zum Verkauf von Feuerwerksartikeln (Silvesterfeiern)	91	78 (8)
Erwerbsscheine für Sprengstoffe	14	14
Waffentragsscheine	63	40
Abgewiesene Gesuche (Kauf und Tragen von Waffen)	10	18
Beschlagnahme von Waffen	314	274
Administrativverfahren	47	43
Erste Stellungnahme bei Administrativverfahren	62	15
Freiwilliger Verzicht auf Waffen bei Administrativverfahren	19	28
Rückgabe von Waffen an die Besitzer	35	15
Rückgabe von Ordonnanzwaffen an Zeughaus	13	8
Vernichtung von Waffen	206	344
Einvernahmen von Personen im Zusammenhang mit dem Antrag zum Erhalt einer Waffenerwerbsbewilligung	31	50
Waffenabgabeaktion (nachträgliche Abgabe)		363 (30)
Abgabe von Munition anlässlich der Waffenabgabeaktion (in Kilogramm)		ca. 450
Abgabe von Sprengstoff anlässlich der Waffenabgabeaktion (in Kilogramm)		30
Abgabe von Zündern anlässlich der Waffenabgabeaktion (in Stück)		60
Meldung von bereits bestehendem Besitz von Waffen n. Art. 10 WG		2 517

Als Folge der Revision des Waffenrechts hat die Anzahl der aus-gestellten Waffenerwerbsscheine zugenommen. Seit dem 12. De-zember 2008 sind alle halbautomatischen Gewehre und Faustfeu-erwaffen bei einem Handwechsel unter Privatpersonen oder bei Erbschaft erwerbsscheinpflichtig.

Neu verlangt das revidierte Waffengesetz von Jägern und Sport-schützen, die im Schengenraum mit der eigenen Schusswaffe ihrem Hobby nachgehen, dass sie im Besitz eines Europäischen Feuerwaffenpasses sind. Dieses Dokument wurde in grosser An-zahl vom Waffenbüro an die Interessenten ausgestellt.

Ab dem 12. Dezember 2008 wurde den Freiburger Bürgern eine Frist von einem Jahr zur Nachmeldung von bereits im Besitz ste-henden Feuerwaffen gewährt. Während diesem Zeitraum wurde vom Waffenbüro eine grosse Anzahl von Meldungen entgegen genommen. Die Schusswaffen wurden auf einer internen Da-tenbank registriert. Diese Arbeiten sind zurzeit immer noch im Gange.

7.3 Besondere Ereignisse

7.3.1 Waffensammelaktionen und Informationskampagnen

Drei Waffensammelaktionen wurden in verschiedenen Regionen des Kantons organisiert. Den Bürgern wurde Gelegenheit gege-ben, freiwillig Schusswaffen zur Vernichtung abzugeben. An diesen Abgabestellen wurde zugleich über das neue Waffengesetz informiert. Auch bestand die Möglichkeit der Nachmeldung von bereits im Besitz stehenden Feuerwaffen. Während diesen Aktio-nen wurde auch eine grosse Menge von Munition und Sprengstoff eingesammelt.

Unter anderem wurden diverse Informationskampagnen via WEB, Presse und Informationsabenden bei Interessengruppen organisiert.

7.3.2 Kontrollen im Bereich von Feuerwerk

Ein Schwerpunkt wurde auf den Handel mit Feuerwerk gelegt. Sämtliche Verkäufer wurden, dieses Jahr in Begleitung eines Feuerinspektors der kantonalen Gebäudeversicherung (KGV), besucht. Dabei wurden den Händlern Rechte und Pflichten im Zusammenhang mit dem Sprengstoffgesetz in Erinnerung ge-rufen.

—
2009

III. AMT FÜR MILITÄR UND BEVÖLKERUNGSSCHUTZ (MBSA)

Amtsvorsteher: Daniel Papaux

1. Auftrag

Das Amt hat den Auftrag, die Militärangelegenheiten und die dem Kanton gehörenden Militärgebäude zu verwalten, die Aktivitäten des Bevölkerungsschutzes in ausserordentlichen Lagen zu koordinieren und den Zivilschutz zu verwalten.

2. Militärwesen

2.1 Laufende Geschäfte

2.1.1 Offiziersbeförderung

Der Bundesrat bzw. das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) haben im freiburgischen Offizierskorps oder unter den im Kanton wohnhaften Personen folgende 96 Beförderungen vorgenommen: 5 Oberste, 8 Oberstleutnants, 11 Majore, 13 Hauptleute, 29 Oberleutnants und 30 Leutnants.

2.1.2 Ausbildungsdienst der Formationen

Im Jahr 2009 wurden von 1130 eingereichten Gesuchen 978 Dienstverschiebungen angenommen (86 %) und 152 abgelehnt (14 %).

Die Gründe der angenommenen Dienstverschiebungsgesuche sind folgende:

Lehre	3,9 %
Studium	38,2 %
Beruflich	28,8 %
Berufliche Weiterbildung	6,9 %
Auslandaufenthalt	6,6 %
Zivildienst	0 %
Ärztliche Gründe	11,6 %
Andere Gründe	4,0 %

2.1.3 Schiesswesen ausser Dienst

Mutationen im Bereich der kantonalen Schiesskommission

Schiesssubkommissionen	Rücktritte 31.12.2009	Ernennung 01.01.2010
4 FR See	Oberst Heinz Thalmann	
5 FR Broye	Oblt Christian Bourqui	Oblt David Girod

Teilnahme an den eidgenössischen Übungen

	Gewehrschiessen 300 m		Pistolenschiessen	
	Oblig. Schiesspflicht Schützen	Eidg. Feldschiessen Schützen	Bundes-Programm Schützen	Eidg. Feldschiessen Schützen
2009	8 321	5 636	854	1 767
2008	8 766	5 813	804	1 775
2007	9 103	5 975	831	1 674

Total Jungschützen

2009	701
2008	787
2007	775

Dispensationen von der obligatorischen Schiesspflicht

2009	91
2008	103

2.1.4 Disziplinar- und Strafwesen

996 Untersuchungen wurden wegen Versäumnis der Schiesspflicht eingeleitet. Sie führten zu 644 Strafverfügungen.

8 (3) Beschwerden gegen diese Verfügungen wurden durch die Sicherheits- und Justizdirektion behandelt. 6 wurden abgewiesen und 2 als unannehmbar beurteilt.

9 Stellungspflichtige wurden für das Versäumnis des Orientierungstages disziplinarisch bestraft.

—
2009

44 Stellungspflichtige wurden für ein erstes Versäumnis, 15 für ein zweites Versäumnis, 5 für ein drittes Versäumnis und 4 für ein viertes Versäumnis an der Rekrutierung disziplinarisch bestraft. Zusätzlich wurden 2 Stellungspflichtige für ein fünftes Versäumnis an die Militärjustiz überwiesen.

2.1.5 Rekrutierung

Orientierungstage

30 Orientierungstage wurden durch die Kreiskommandantin für die Stellungspflichtigen des Jahrganges 1991 auf dem Waffenplatz Freiburg durchgeführt.

Die Planung der Rekrutenschulen für die 1 102 Stellungspflichtigen französischer Muttersprache hat folgendes Resultat ergeben:

Stellungspflichtige des Jahrganges 1991

Jahr	Frühjahr	Sommer	Herbst
2010	3.0 %	5.1 %	8.7 %
2011	7.5 %	17.3 %	32.7 %

Für die 430 deutschsprachigen Stellungspflichtigen sieht die Planung wie folgt aus:

Stellungspflichtige des Jahrganges 1991

Jahr	Frühjahr	Sommer	Herbst
2010	2.1 %	6.5 %	5.8 %
2011	10.0 %	21.9 %	34.7 %
2012	8.1 %	4.7 %	5.8 %
2013	0.0 %	0.2 %	0.2 %

Organisation der Rekrutierung

Im Jahr 2009 wurden anlässlich der Rekrutierung in den Rekrutierungszentren von Lausanne und Sumiswald BE folgende Entschiede gefällt:

	Lausanne	Sumiswald
Anzahl	1 025	448
	644 (62.8 %)	284 (63.4 %)
Diensttaugliche	davon	davon
	78 Durchdiener	17 Durchdiener
SD-taugliche	153 (15.0 %)	78 (17.4 %)
SD-untaugliche	110 (10.7 %)	64 (14.2 %)
SD-untaugliche in abs	86 (8.4 %)	7 (1.6 %)

	Lausanne	Sumiswald
Zurückgestellt zur Nachrekrutierung	28 (2.7 %)	12 (2.7 %)
Zurückgestellte auf 1 Jahr	2 (0.2 %)	3 (0.7 %)
Zurückgestellte auf 2 Jahre	2 (0.2 %)	0 (0 %)

Waffenloser Militärdienst

Zwei Gesuche um waffenlosen Militärdienst wurden eingereicht. Davon wurde ein Gesuch angenommen und eines abgelehnt.

2.1.6 Entlassungen aus der Wehrpflicht

749 Armeeeingehörige der Jahrgänge 1975 (Rest) 1976, 1977, 1978 und 1979, welche die obligatorische Dienstpflicht erfüllt haben, wurden auf den 31.12.2009 aus der Wehrpflicht entlassen. Die Entlassungsinspektionen wurden gruppenweise (vier pro Tag) während 2 Tagen auf dem Waffenplatz Freiburg durchgeführt.

In Anwendung der Artikel 11 und 12 der Verordnung vom 5. Dezember 2003 über die persönliche Ausrüstung der Armeeeingehörigen (VPAA), mussten die Armeeeingehörigen, welche die persönliche Waffe (Sturmgewehr 90, 57 oder Pistole) behalten wollten, eine Selbstdeklaration vorlegen. Bei den 717 bewaffneten Armeeeingehörigen, haben 230 (32 %) den Antrag gestellt, die Waffe als Eigentum zu behalten. Anlässlich der Abgabe der Waffe wurde eine durch das VBS auferlegte Entschädigung erhoben, 30 Franken für die Pistole, 60 Franken für das Sturmgewehr 57 und 100 Franken für das Sturmgewehr 90.

Die Stabsoffiziere des Jahrganges 1959, die Hauptleute des Jahrganges 1967 und die Subalternoffiziere des Jahrganges 1973, im Gesamten 45 Offiziere, wurden anlässlich einer offiziellen Feier, die vom Sicherheits- und Justizdirektor präsiert wurde, aus der Wehrpflicht entlassen.

2.1.7 Wehrpflichtersatz

Die Anzahl der Ersatzpflichtigen (nicht in einer Formation der Armee eingeteilt und nicht der Zivildienstpflicht unterstellte Ersatzpflichtige) hat in diesem Jahr noch zugenommen. Sie beträgt nun 9025 Personen, d.h. eine Zunahme von 309 Personen gegenüber dem Vorjahr.

Die Erhebung der Ersatzabgabe aufgrund von Dienstverschiebungen wurde in 3 690 Fällen geprüft.

513 Rückerstattungsgesuche für eine Gesamtsumme von Fr. 253 256.– wurden eingegeben. Das sind 43 mehr als im Vorjahr.

—
2009

Ende November waren bei 549 Ersatzpflichtigen die Steuerdaten zur Berechnung der Ersatzabgabe noch nicht bekannt. Für diese wurde per 30. November eine provisorische Veranlagungsverfügung eröffnet. Allen im Jahr 2008 Ersatzpflichtigen wurde somit während dem Veranlagungsjahr 2009 eine Veranlagungsverfügung zugestellt (Art. 25 Abs.2 WPEG).

Gegen einen Einspracheentscheid (2008: drei) wurde beim Verwaltungsgericht Beschwerde eingereicht.

Die kantonale Verordnung über die Wehrpflichtersatzabgabe, gestützt auf die Bundesgesetzgebung über den Militärflichtersatz, ist per 1. Januar 2009 in Kraft getreten.

— Bezug des Wehrpflichtersatzes in unserem Kanton

	2009	2008
Ersatzabgaben von Ersatzpflichtigen (Schweiz)	4 921 525.69	5 103 615.16
Ersatzabgaben von Ersatzpflichtigen im Ausland	0.00	550.00
Bruttoertrag	4 921 525.70	5 104 165.15
Rückerstattungen (Dienstnachholungen)	253 256.90	219 430.55
Reinertrag	4 668 268.80	4 884 734.60
Anteil des Bundes (80%)	3 734 615.05	3 907 787.70
Anteil des Kantons (20%)	933 653.75	976 946.90
In Rechnung gestellte Verzugszinsen	50 096.10	44 539.93
Verrechnete Rückzahlungszinsen	761.15	242.85
Rückstände	3 220 145.01	2 591 620.00
Betrag der Verlustscheine	133 001.00	108 449.95

— Statistiken

	2009	2008
Provisorische Veranlagungsverfügungen	549	761
Definitive Veranlagungsverfügungen	7 484	7 217
Entscheide minimale Ersatzabgabe (Fr. 200.-)	1 755	1 791
Ersatzbefreiung Art. 4 WPEG	539	541
Annullierte Ersatzabgaben	9 743.25	22 556.75
Erlassene Ersatzabgaben	32 459.85	31 202.30
Verjährte Ersatzabgaben	0.00	0.00
Rückerstattungsentscheide (Dienstnachholungen)	513	466
Rückzahlungsentscheide (Revisionen, Überschüsse)	174	134

2.2 Besonderes

Die Kreiskommandantin wurde zur Vizepräsidentin der Vereinigung Schweizerischer Kreiskommandanten ernannt.

Alle 85 Schiessanlagen 300 m in unserem Kanton sind saniert und entsprechen der Lärmschutzverordnung.

Herr Oberst Heinz Thalmann aus Murten ist zum neuen Eidgenössischen Schiessoffizier ernannt worden. Er tritt die Nachfolge von Oberst i GSt Hans Tschirren aus Courgevaux an.

Ein Retablierungsposten ist im Logistikzentrum Grolley eingerichtet worden. In diesem Retablierungsposten werden die Ordonnanzwaffen eingelagert, die die Angehörigen der Armee nicht bei sich zuhause aufbewahren wollen.

Bei der im Dezember 2009 durch das kantonale Finanzinspektorat durchgeführten Kontenrevision des MBSA wurden keinerlei Unregelmässigkeiten festgestellt.

Die Anpassungen infolge der Revision des Gesetzes über den Wehrpflichtersatz per 1. Januar 2010 wurden umgesetzt und können ab Januar 2010 angewendet werden.

Das Büro für Wehrpflichtersatz hat im Frühling 2009 für alle Ersatzpflichtigen von der alten 11-stelligen AHV-Nummer auf die neue 13-stellige Versichertennummer umgestellt.

3. Verwaltung der Militärbäude

3.1 Laufende Geschäfte

3.1.1 Kaserne La Poya

Folgende Arbeiten wurden durchgeführt:

- › Komplette Sanierung der Südfassade Gebäude 4.
- › Umbau der ehemaligen Küche des Gebäudes 4 in einen Aufenthaltsraum für die Truppe (Böden, Malerarbeiten, neue elektrische Installationen, Informatiknetz des Bundes). Dieser Aufenthaltsraum wird auch für die Orientierungstage für zukünftige Stellungspflichtige zur Verfügung gestellt.
- › Erfassung der Gebäudegrundrisse/Pläne auf Informatik. Die existierenden Pläne stammen aus der Zeit des Baus der Kaserne.
- › Aussenarbeiten um das Gebäude 0 beim Haupteingang der Kaserne (Büro des Waffenplatzkommandanten).
- › Letzte Etappe der Erneuerung des Zaunes entlang der Murtenstrasse.

—
2009

3.1.2 Lager Schwarzsee

Folgende Arbeiten wurden durchgeführt:

- › Sanierung der Fassaden Gebäude B (1. Etappe).
- › Einbau einer Kompensationsbatterie im Starkstromnetz.

Anschaffung Maschinen

- › Eine neue Putzmaschine der Marke WETROK wurde angeschafft.

Anschaffung Bettwäsche

- › Laufender Ersatz der nordischen Bettwäsche.

Belegungstage

2008	2009
37 332	41 522

Von den 41 522 Tagen wurden 24 669 zivile Tage durch die belgischen Ferienlager (Intersoc), 8342 durch Schulen, Sportvereine, verschiedene kulturelle Zusammenkünfte und private Treffen realisiert. Die militärischen Belegungen ergaben 8511 Tage (8313 Tage im Jahr 2008).

Die leichte Zunahme gegenüber 2008 ist ausschliesslich auf eine gute Belegung der Ferienlager Intersoc im Sommer zurückzuführen.

3.2 Besonderes

Gebäude des ehemaligen Zeughauses Freiburg

Folgende Arbeiten wurden am Standort des ehemaligen Zeughauses Freiburg unter der Leitung des Hochbauamtes durchgeführt:

- › Umbau und Schaffung eines zusätzlichen Büros im Sektor Bevölkerungsschutz.
- › Renovierung der Dienstwohnung des Hauswartes.

Dezentralisiertes Materialdepot des Waffenplatzes Freiburg:

Per 1. November wurde ein dritter Mitarbeiter zu Gunsten des dezentralisierten Materialdepots des Waffenplatzes Freiburg angestellt. Zur Erinnerung: die gesamten Kosten im Zusammenhang mit diesem Depot werden durch die Eidgenossenschaft übernommen.

Lager Schwarzsee:

Die vom Sicherheits- und Justizdirektor ins Leben gerufene Arbeitsgruppe, die Lösungen für die zukünftigen Belegungen des

Lagers Schwarzsee finden sollte, hat ihren Schlussrapport übergeben. Das Ziel ist es, den definitiven Ausfall per Ende 2010 der belgischen Ferienlager Intersoc aufzufangen.

4. Bevölkerungsschutz

4.1 Laufende Geschäfte

Das Mobilisationssystem GAFRI (Gestion des alarmes Fribourg) wurde durch die Änderung der Menüs und durch die Neuaufnahme der Empfangsmeldungen optimiert. Änderungen mussten am System zudem angebracht werden, um den Übergang von 11 auf 13 Ziffern der AHV-Nummern zu ertragen.

Im Rahmen der Zusammenarbeit mit den Bundesinstanzen hat der Chef Bevölkerungsschutz an Sitzungen des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz (BABS), der MeteoSchweiz, der nationalen Alarmzentrale (NAZ) und der Territorialregion 1 teilgenommen. Insbesondere hat er an den Änderungsarbeiten der Alarmierungsverordnung (Projekt «Single Official Voice») teilgenommen.

Die laufende Beobachtung der Temperaturen wurde mit dem AfU weitergeführt. Sie hat dem Kantonsarztamt erlaubt, Hitze-welle-Warnungen zu versenden.

Unter der Leitung der Staatskanzlerin hat der Chef Bevölkerungsschutz das vom Staatsrat eingeleitete Projekt «Krisenmanagement» geführt. Die Arbeiten wurden bis 2010 verlängert.

Im Rahmen von Ausbildungstagen hat das kantonale Führungsorgan (KFO) Grundlagen des Führungsrythmus zur Stabsarbeit erhalten. Diese Ausbildung wurde durch Instruktoren des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz (BABS) durchgeführt.

Das KFO wurde am 16. Oktober 2009 vom BABS im Rahmen der Übung MEDEA angeboten. Diese wurde für die Instanzen organisiert, die durch einen Zwischenfall im Kernkraftwerk Mühleberg betroffen wären.

Der Bevölkerungsschutz hat ebenfalls das KFO im Rahmen der für den kantonalen territorialen Verbindungsstab durch die Territorialregion organisierten Übung FORMATIO TRE geprägt. Er wurde ebenfalls in der strategischen Führungsübung des Bundes integriert.

Am 15. Juni 2009 hat im Landwirtschaftlichen Institut des Kantons Freiburg der erste Rapport für die KFO-Spezialisten stattgefunden. Auf Wunsch der Teilnehmer wird dieser Rapport jährlich stattfinden.

Gemeinden, die bis Ende 2009 Zeit hatten, um ein Gemeinde-führungsorgan (GFO) einzuführen, wurden durch den Bevölkerungsschutz bei ihren Schritten begleitet.

—
2009

Der Bevölkerungsschutz hat an den 4 durch das Bundesamt für Umwelt (BAFU) organisierten Workshops teilgenommen. Diese hatten zum Ziel, Aufgaben des Bundes, der Kantone und Gemeinden im Falle von Überschwemmungen zu identifizieren und zu verteilen.

Die Verantwortung des Betriebs der auf Freiburgischem Gebiet stehenden atomaren Alarmposten wurde von der Kantonspolizei zur Feuerwehr übertragen.

Der Führungsraum des KFO von Granges-Paccot wurde umgebaut und mit drahtlosem Internet (WIFI) ausgestattet.

4.2 Besonderes

Der Bevölkerungsschutz wurde verstärkt, indem Herr Gérard Menoud am 1. Juli 2009 vom Zivilschutz zum Bevölkerungsschutz übertragen wurde. Als Stellvertreter des Chefs Bevölkerungsschutz hat er als Hauptaufgabe die Ausbildung der GFO.

Die Planung der im Falle einer Pandemie zu treffenden Massnahmen wurde fortgesetzt. Sie betraf besonders die Führungsorganisation, die pre-pandemische Impfung, die Organisation der medizinischen Hilfsstellen, die «Social distancing» Massnahmen sowie das Aufrechterhalten der Staatsleistungen. Dabei hat der Chef Bevölkerungsschutz die Funktion des Projektleiters übernommen, um die Erstellung dieses Einsatzplanes «Pandemie» zu Ende zu führen.

Das kantonale Führungsorgan ist seit August 2009 im Einsatz, um die Pandemie A/H1N1 zu bewältigen, insbesondere durch das Organisieren der Impfung der Bevölkerung.

5. Zivilschutz

5.1 Laufende Geschäfte

5.1.1 Verwaltung

Verwaltung und Informatik

Die Verwaltungsabläufe betreffend das Aufgebot zu den verschiedenen Diensten, die Verwaltung der geleisteten Dienstage und deren Mitteilung an den Sektor Wehrpflichtersatz mittels des Informatiksystems OM verliefen reibungslos.

Dispensationsgesuche

Trotz der kurzen Dienstperioden sind weiterhin zahlreiche Dienstverschiebungsgesuche eingegangen. Der Verwaltungsaufwand ist entsprechend gross. Die interne Neuorganisation des Sektors Zivilschutz und die Anpassung der Pflichtenhefte hat jedoch eine rasche Erledigung aller Gesuche ermöglicht.

Verwaltung der Schutzbauten und Sirenen

Die im Jahre 2008 in Zusammenarbeit mit dem Amt für Informatik und Telekommunikation realisierte Informatikapplikation für die Kontrolle des Beschallungsplans der fixen Sirenen wurde erstmals für den Ersatz von 65 Sirenen für den Wasser- und allgemeinen Alarm sowie die Aufhebung von weiteren 24 Sirenen angewendet. Die ganze Austauschoperation wurde von der Eidgenossenschaft finanziert.

Nach einem Evaluationsverfahren und in Einverständnis mit dem Amt für Informatik und Telekommunikation wurde die Firma OM Computer-Support AG in Cham mit der Realisierung der Applikation für die Verwaltung der Schutzbauten beauftragt. Ende 2010 sollte die neue Software in die Anwendungsphase gelangen und die seit 1989 Informatikapplikation ablösen. Sie wird zusätzliche Funktionalitäten beinhalten und über Schnittstellen zu anderen kantonalen Informatikapplikationen verfügen.

Disziplinarwesen

Dienstversäumer Zivilschutzkurse:	49	(2008: 107)
Einstellung des Verfahrens nach vorgängiger Strafuntersuchung:	12	(2008: 41)
Verwarnungen (leichte Fälle):	2	(2008: 11)
Überweisungen wegen Widerhandlung gegen das Bundesgesetz	30	(2008: 52)
Strafmass/Entscheide		
– Busse und/oder Haftstrafe	26	(2008: 37)
– Einstellung des Verfahrens	1	(2008: 0)
– Überweisung an den Polizeirichter	0	(2008: 0)
– Hängige Verfahren	3	(2008: 15)
– Hängige vorgängige Strafuntersuchungen	5	(2008: 3)

Gegen die von den Untersuchungsrichtern erlassenen Strafbefehle wurden keine Einsprachen eingereicht.

5.1.2 Ausbildung

2009 haben im Ausbildungszentrum in Sugiez wichtige Personalmutationen stattgefunden. Der Chef des Ausbildungszentrums kam in den Genuss einer frühzeitigen Pensionierung, während der Ausbildungschef in den Sektor Bevölkerungsschutz transferiert wurde. Ein neuer Ausbildungschef und Leiter des Zivilschutzentrums wurde per 1.8.2009 angestellt.

Grundausbildungsschulen

Fünfzehn (2008: 14) Grundausbildungsschulen (GAS) von je 2 Wochen wurden für die drei Grundfunktionen (Stabsmitarbeiter, Betreuer und Pionier) durchgeführt.

—
2009

Ausgebildete Grundfunktion	Teilnehmer
Betreuer	72
Pionier	178
Stabsmitarbeiter	19
TOTAL	269 (2008: 286)

Interkantonale Kurse für Kaderleute und Spezialisten und eidgenössische Kurse

In Anwendung der interkantonalen Vereinbarung zwischen den Westschweizer Kantonen sowie dem Kanton Bern wurden Kader- und Spezialistenkurse in den Ausbildungszentren Sugiez, Grône (VS), Spiez (BE), Schlieren bei Köniz (BE), Couvet (NE) und Genf durchgeführt.

Schulen / Kurse	Teilnehmer aus dem Kanton Freiburg
Sugiez, Zugführer Unterstützung	9
Sugiez, Gruppenchef Unterstützung	27
Sugiez, Gruppenchef Betreuung	7
Sugiez, Anlagewart	12
Spiez (BE), Materialwart	4
Grône (VS) und Spiez (BE), Gruppenchef Betreuung	11
Grône (VS) und Spiez (BE), Zugführer Betreuung	3
Couvet (NE) und Spiez (BE), Zugführer Unterstützung	3
Bernex (GE) und Schlieren bei Köniz (BE), Kurs für Spezialisten KGS	7
Couvet (NE) und Spiez (BE), Rechnungsführer	2
Schwarzenburg, Kurse für Kaderleute und Spezialisten (Bund)	16
Schwarzenburg, Kurse für Instruktor (Bund)	2

Die Besetzung des Ausbildungszentrums in Sugiez belief sich im Jahre 2009 auf 5652 Manntage (2008: 5907 Manntage).

5.1.3 Organisation

Die Regionalkommissionen wurden entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen einberufen. Sie haben zum Dienstleistungsplan 2010 und zu den Gesuchen für Einsätze des Zivilschutzes zu Gunsten der Gemeinschaft oder der Organisatoren von Grossanlässen Stellung genommen. Um den lokalen Zivilschutzkorps die Möglichkeit zu geben, Wiederholungskurse im Bereich Ausbildung zu betreiben aber auch um den vorgeschriebenen Rhythmus der Schutzraumkontrollen einhalten zu können, mussten bestimmte Anträge für Einsätze zugunsten der Gemeinschaft, insbesondere Bau und Abbau von Festzelten, abgewiesen werden.

Eine erste Tranche von 14-plätzig Transportfahrzeugen wurde gegen 9-plätzig Fahrzeuge, die von jungen Fahrzeugkernern mit dem Fahrzeugausweis B gefahren werden können, ausgetauscht. Weitere 4 solcher Fahrzeuge werden 2010 eingeführt. Der Zivilschutz verfügt dann über zehn 9-plätzig Transportfahrzeuge und über weitere 5 geländetaugliche Fahrzeuge.

Rekrutierung 2009

	Stabsmitarbeiter	Betreuer	Pionier	Total
Rekrutierungszentrum Lausanne (f)	25	57	128	210
Rekrutierungszentrum Sumiswald (d)	20	21	49	90
Total	45	78	177	300 (330 im 2008)

Wegen der grossen Tauglichkeitsrate für den Zivilschutz wurde die Anzahl der Grundaussbildungsschulen sukzessive von 8 (2004) auf 15 im Jahre 2009 erhöht.

Wiederholungskurse

Während des Jahres 2009 wurden 392 (2008: 416) Wiederholungskurse durchgeführt. Dabei wurden 7206 Manntage geleistet (2008: 9264). Schwergewichtig dienten sie dem Unterhalt der Schutzbauten, den Einsätzen zugunsten der Gemeinschaft und den Unterstützungsleistungen im Rahmen von ORKAF-Einsätzen.

Trotz der kurzen Dienstperioden wurden zahlreiche Dienstverschiebungsgesuche eingereicht. Diese Gesuche werden analog zum Verfahren, das im MBSA für Gesuche von Militärdienstpflichtigen angewendet wird, behandelt. Von den 4 217 (2008: 5093) erstellten Aufgebots wurden 868 (2008: 1000) Dispensen gewährt, deren 75 wurden abgelehnt. 82 Pflchtige legten Ihren Dienst auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses nicht ab, während 80 unentschuldigt nicht eingerückt sind.

—
2009

Ende 2009 zählte der Kanton Freiburg 37 lokale Zivilschutzkorps. Nach der Fusion der zwei Zivilschutzkorps des Glanebezirks werden es am 1.1.2010 noch 36 sein

5.1.4 Bauten und Material

Kontrollen und Inspektion des Materials

Die Zivilschutzorganisationen Basse-Gruyère (Marsens), HES-ASCH (Schmitten), Bulle, Haut-Veveyse (Semsales), GIRESTE (Giffers), Romont, TAST (Tafers) und Jaun wurden inspiziert. Diese Kontrollen haben ergeben, dass das Material dieser Organisationen fachgerecht gewartet und eingelagert und somit einsatzbereit ist.

Unterhalt des Materials und der Anlagen

Gestützt auf die Arbeitsrapporte wurde bestimmten Zivilschutzorganisationen die Bewilligung erteilt, mit den Ersatzbeiträgen Kosten im Bereich Unterhalt des Materials und der Schutzanlagen zu decken.

Periodische Kontrolle der Schutzanlagen

Die Schutzanlagen der Organisationen Gibloux und La Roche wurden kontrolliert. Diese Anlagen entsprechen den gesetzlichen Bestimmungen. Die festgestellten Mängel beeinträchtigen die Einsatzbereitschaft dieser Anlagen nicht.

Sirenen

Anlässlich des jährlichen Probealarms der Sirenen im Februar zeigten 12 fest installierte und 33 mobile Sirenen Mängel auf. Diese wurden sofort behoben.

Bauten

- Private Schutzräume

Angemeldete Schutzräume im Jahre 2009:	88
Schutzplätze	4 583
Schutzplätze in 43 Sammelschutzräumen	2 400
Erledigte Bauten im Jahre 2009:	93
Schutzplätze	4 864
Schutzplätze in 44 Sammelschutzräumen	1 972
Laufende Projekte:	290
Eingekaufte Schutzplätze für den Bau von Sammelschutzräumen	1 885
Ersatzbeiträge für den Bau von öffentlichen Schutzräumen	1 503

- Öffentliche Schutzräume

Genehmigte Gesuche im Jahre 2009:	0
Erledigte Projekte im Jahre 2009:	3
Schutzplätze	572
Fertigerstellt und bezahlt (Ort, Anzahl Plätze):	
Montagny	174
Montagny	198
La Sonnaz	200

Im Bau:

> Estavayer-le-Lac, Siviriez, Courtepin.

Vorprojekte und Projekte in Planung oder im Genehmigungsverfahren:

> Montet GL, Marly, Estavannens, Vuadens.

Bauten der Schutzorganisationen und des Sanitätsdienstes

Ausbezahlte Subventionen:

Bund: 274 584.55 Franken.

Kanton: 0 Franken.

5.2 Besondere Ereignisse

Gemäss Auftrag des kantonalen Führungsorgans (KFO) hat der Zivilschutz die Planung von Einsätzen im Rahmen der Impfung der Bevölkerung im Falle einer Pandemie und der Betreuung von medizinischen Unterstützungszentren vorgenommen. Der Zivilschutz wurde für die Betreuung von drei Impfzentren (Freiburg, Düdingen und Bulle) aufgeboden, die der Bevölkerung während 4 Tagen (26.11.2009, 27.11.2009, 30.11.2009 und 3.12.2009) zur Verfügung standen.

Zwei Vorführungsübungen wurden im Rahmen der Wiederholungskurse der Einsatzkompanien Nord (Broye- und Seebezirk) und Mitte (Saane und Sensebezirk) durchgeführt. Die anwesenden Gemeindebehörden konnten anlässlich dieses Truppenbesuches die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten des Zivilschutzes feststellen.

Laut Vertrag zwischen der Direktion für Gesundheit und Soziales und der Sicherheits- und Justizdirektion wurden Räumlichkei-

—
2009

ten im Ausbildungszentrum in Sugiez der ORS Service AG zur Verfügung gestellt, um Asylbewerber empfangen zu können. Das Zusammenleben zwischen den ordentlichen Benützern des Ausbildungszentrums und den gegen 40 Asylbewerbern verlief reibungslos. Der Vertrag endet am 14. Februar 2010.

Anlässlich der Delegiertenversammlung des Freiburger Verbandes des Zivilschutzes stellte der Chef des kantonalen Zivilschutzes die Möglichkeiten des Zivilschutzes im Bereich der Einsätze zu Gunsten der Gemeinschaft vor. Er erläuterte ebenfalls das diesbezügliche Antragsverfahren.

IV. AMT FÜR BEVÖLKERUNG UND MIGRATION

Vorsteher: *Patrick Pochon*

1. Aufgaben

Das Amt für Bevölkerung und Migration (BMA) setzt die Vorschriften der Gesetzgebung über die Ausländerinnen und Ausländer und im Asylwesen um. In Zusammenarbeit mit den Gemeinden stellt es Schweizerpässe und Identitätskarten aus. Das Amt nimmt auch Aufgaben der Oberaufsicht über die Einwohnerkontrolle wahr.

2. Fremdenpolizei

2.1 Ordentliche Tätigkeit

2.1.1 Erteilte Bewilligungen

	2008	2009
Niederlassungsbewilligungen	2 074	1 874
Aufenthaltsbewilligungen	4 620	3 769
Kurzaufenthaltsbewilligungen	2 505	437
Grenzgängerbewilligungen EG/EFTA	188	138
Verlängerungen von Aufenthaltsbewilligungen oder der Kontrollfrist von Niederlassungsbewilligungen	14 514	14 227

2.1.2 Sonstige Leistung

Rückreisevisa	154	231
---------------	-----	-----

2.1.3 Bestand der am 31. Dezember im Kanton anwesenden Ausländer (ohne Asylbewerber und vorläufige aufgenommene Personen)

	2008	2009
Niederlassungsbewilligungen	29 868	30 841
Aufenthaltsbewilligungen	15 443	16 775
Kurzaufenthaltsbewilligungen > = 12 Monate	571	549
Total	45 882	48 165

2.1.4 Administrativmassnahmen

	2008	2009
Vom Amt durchgeführte Befragungen	249	249
Abgelehnte Einreise- und Aufenthaltsbewilligungen	71	78
Ausschaffungsverfügungen	224	300
Verweigerung von Aufenthaltsbewilligungen, Nichtverlängerungen oder Widerrufe	71	73
Verweigerung von Aufenthaltsbewilligungen als Zwischenverfügungen		7
Widerruf von Niederlassungsbewilligungen	22	23
Androhung der Verweigerung oder des Widerrufs	21	24
Ausschaffungshaft (ausgesprochene Verfügungen)	177	175
Ausschaffungshaft (vollzogene Verfügungen)	99	144
Ausschaffungen nach Haft unter der Zuständigkeit einer anderen Behörde	24	14
Überprüfungen durch das Kantonsgericht	66	59
Verzicht auf das mündliche Verfahren durch das Kantonsgericht	20	35
Gebietszuweisungen (Ein- oder Ausgrenzungen)	22	31
Abgewiesene Gesuche um Härtefallbewilligungen	27	43
Beim Kantonsgericht eingereichte Beschwerden gegen Administrativmassnahmen	70	92
Gutgeheissene Beschwerden, vollständig oder teilweise	5	5
Eingestellte Verfahren	7	21

2.2 Besondere Ereignisse

Seit Ende 2008 gehört die Schweiz zum Schengenraum, deshalb müssen die Visa für einen Aufenthalt bis zu drei Monaten künftig den Anforderungen von Schengen entsprechen, da sie die Inhaber im Allgemeinen zur freien Ein- und Ausreise in allen Ländern des Schengenraums berechtigen. Gleichzeitig hat das Freizügigkeitsabkommen für Personen aus der Europäischen Union, dessen Fortsetzung und Erweiterung das Schweizer Stimmvolk am 8. Februar 2009 zugestimmt hat, wie in den letzten Jahren dazu beigetragen, dass auch 2009 der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung weiter stark zugenommen hat (+ 5 %).

—
2009

Die Zahl der Wegweisungsverfügungen, die das Amt gegen illegale Ausländerinnen und Ausländer erlassen hat, hat übrigens 2009 mit 300 Fällen einen neuen Höchststand erreicht, wie auch die Zahl der Fälle, in denen die Ausschaffungshaft angeordnet werden musste (+ 45 %). Die Wegweisungen im Asylbereich haben ebenfalls zugenommen, begünstigt durch die Rückübernahmen in anderen europäischen Staaten in Anwendung der Dublin-Assoziierungsabkommen ab Ende 2008 (44 Rückübernahmen). Nach diesen Abkommen wird bestimmt, welcher Staat schlussendlich für die Durchführung des Asylverfahrens und die Wegweisung zuständig ist.

3. Bereich Asyl

3.1 Ordentliche Tätigkeit

3.1.1 Statistiken betreffend den Kanton

	2008	2009
Personen, die in eine Empfangsstelle geschickt wurden	16	13
Asylbewerber, die dem Kanton Freiburg zugewiesen wurden	481	434
Aufenthaltsbewilligungen aufgrund eines schwerwiegenden persönlichen Härtefalls	183	91
Vorläufig aufgenommene Personen	110	124
Positive Entscheide des BFM	88	75
Negative Entscheide des BFM (Ablehnung oder Nichteintreten)	230	346
Beim BFM hängige Asylgesuche	415	415
Total der am 31. Dezember im Kanton weilenden Asylbewerber	729	576
Total der am 31. Dezember im Kanton vorläufig aufgenommenen Ausländer	607	614

3.1.2 Übersicht über die provisorischen Arbeitsbewilligungen für Asylbewerber und vorläufig aufgenommene Personen

	2008	2009
Agenturen für Temporärarbeit	188	110
Industrie	13	5
Gastgewerbe	27	42
Handel	4	7
Baugewerbe	10	3
Spitäler	10	6
Reinigungsinstitute	37	19
Übrige	51	59
Total	340	251

3.2 Besondere Ereignisse

Nach der Zunahme im Jahr 2008 hat sich die Zahl der in der Schweiz 2009 neu gestellten Asylgesuche auf einem tieferen Niveau als im Vorjahr eingependelt. 434 Asylsuchende sind dem Kanton Freiburg zugewiesen worden, das sind 9 % weniger als 2008. Ende 2009 zählte der Kanton noch 233 abgewiesene Asylbewerber, die auf den Vollzug ihrer Wegweisung warteten. Im Fall 14 weiterer abgewiesener Asylbewerber wurde eine Aufenthaltsbewilligung aus humanitären Gründen erteilt, da sie sich nach vielen Jahren Aufenthalt im Kanton gut integriert haben. Die Zahl der Regelungen im Asylbereich für persönliche Härtefälle ist jedoch 2009 signifikant zurückgegangen, da den meisten dieser Fälle bereits in den letzten beiden Jahren nach Einführung der neuen Gesetzesbestimmungen Rechnung getragen wurde.

4. Ausländische Arbeitskräfte

4.1 Ordentliche Tätigkeit

4.1.1 Anmeldungen von EU/EFTA-Staatsangehörigen

	2008	2009
für eine Tätigkeit von max. 3 Monaten bei einem Schweizer Arbeitgeber	1 472	1 309
für entsandte Arbeitnehmer	1 150	1 117
für grenzüberschreitende, selbstständige Leistungserbringer	108	375

4.1.2 Vorgängige Bewilligungen für Angehörige der EG-8-Staaten

	2008	2009
Aufenthaltsbewilligungen	19	22
Kurzaufenthaltsbewilligungen	336	366
Bewilligungen für eine Höchstdauer von 4 Monaten	167	211

4.1.3 Vorgängige Bewilligungen für Angehörige von Drittstaaten

	2008	2009
Jahresaufenthaltsbewilligungen	35	32
Kurzaufenthaltsbewilligungen	62	59
Bewilligungen für eine Höchstdauer von 4 Monaten	37	92
Bewilligungen für Künstler/Cabaret-Tänzerinnen	772	619

—
2009

4.1.4 Sonstige Entscheide

	2008	2009
Einspracheentscheide	23	29

4.1.5 Administrativmassnahmen

Nach Artikel 122 AuG kann die zuständige Behörde die Gesuche um Zulassung ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eines Arbeitgebers, der wiederholt gegen Vorschriften dieses Gesetzes verstossen hat, abweisen oder nur teilweise bewilligen. Sie kann diese Sanktion auch androhen.

	2008	2009
Verweise	16	11
Androhungen	81	77
Suspendierungen/Verweigerungen	31	51

4.2 Besondere Ereignisse

Am 1. Juni 2009 ist das Freizügigkeitsabkommen auf bulgarische und rumänische Staatsangehörige ausgedehnt worden. Allerdings war keine besonders starke Zunahme von Arbeitssuchenden aus diesen Staaten auf dem Arbeitsmarkt des Kantons Freiburg festzustellen. In diesem Fall gelten für Arbeitnehmer und Leistungserbringer aus diesen beiden Staaten immer noch der Inländervorrang, die vorgängige Kontrolle der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie die zahlenmässige Begrenzung.

5. Schweizerpässe und Identitätskarten

5.1 Ordentliche Tätigkeit

5.1.1 Ausgestellte Ausweise

	2008	2009
Normale Pässe	10 315	8 596
Identitätskarten	22 853	22 282
Provisorische Pässe	768	587
Biometrische Pässe	1 324	1 667

5.2 Besondere Ereignisse

Am 17. Mai 2009 hat das Schweizer Stimmvolk die Gesetzesänderungen zur Einführung des biometrischen Passes angenommen, der ab 1. März 2010 die bisherigen Pässe ersetzen wird. 2009 wie schon in den Vorjahren sind die bereits ausgestellten biometrischen Pässe in einem Pilotprojekt als Reaktion auf die Einreisebedingungen in die USA ausgefertigt worden.

V. AMT FÜR GEWERBEPOLIZEI (GePoa)

Amtsvorsteher: Alain Maeder

1. Aufgabe

Das Amt erteilt die Bewilligungen und kontrolliert die geschäftlichen Tätigkeiten, die nicht über eine volle Handelsfreiheit verfügen. Es ist vor allem im Bereich der öffentlichen Gaststätten, des Verkaufs von Alkohol, der Spielapparate, der Lotterien, des Kinos, der Handelspatente, der Kollekten und der Sicherheitsunternehmen tätig. Es überwacht ausserdem die Angabe der Preise, die Metrologie und die Öffnungszeiten der Geschäfte.

1.1 Öffentliche Gaststätten

Das Amt hat aktiv an der Ausarbeitung und an der Mitteilung der Verordnung über den Schutz vor dem Passivrauchen an die Betriebsführer öffentlicher Gaststätten mitgewirkt. Es hat zahlreiche Fragen von Gastwirten beantwortet und die Anmeldungen von provisorischen Raucherräumen registriert.

Im Jahr 2009 wurden ausgestellt:

Neue Patente B für Betriebe mit Alkohol	13
Neue Patente D für ein Dancing oder ein Kabarett	2
Neue Patente G für Betriebe, die einem Lebensmittelgeschäft angegliedert sind	10
Neue Sonderpatente H	9
Neue Patente I für hotelähnliche Betriebe	4
Neue Patente T für Traiteurs	4
Patente für die Übernahme eines laufenden Betriebes	240

Zudem wurden 491 Patente erneuert, 24 erweitert und 35 Namensänderungen bewilligt.

Ausserdem wurden 2 Patente entzogen und 5 Patentgesuche abgelehnt. In 8 Fällen wurde die Schliessung eines Betriebes angeordnet.

Am 31. Dezember 2009 betrug die Zahl der öffentlichen Gaststätten:

Hotelbetriebe	164
Betriebe mit Alkohol	602

—
2009

Betriebe ohne Alkohol	14
Dancings, Kabarett	31
Hotelbars	16
Nachrestaurants	3
Betriebe, die einem Lebensmittelgeschäft angegliedert sind	105
Buветten, Cafeterias, Ausländerkolonien	462
Hotelähnliche Betriebe	99
Traiteur	45
Total	1 542

Der Arbeitgeberverband für Restauration und Hotellerie (Gastro-Freiburg) hat unter Aufsicht des Amtes 5 Ausbildungskurse für Betriebsführer von öffentlichen Gaststätten organisiert. Insgesamt haben 110 Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Kurs in französischer Sprache und 19 Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Kurs in deutscher Sprache besucht. 103 Fähigkeitsausweise wurden ausgestellt.

Im Weiteren haben 26 Inhaber eines von einem anderen Kanton ausgestellten Fähigkeitsausweises oder eines Diploms einer anerkannten Hotelfachschule die entsprechende Zusatzprüfung abgelegt.

Schliesslich wurden zwei Ausbildungskurse für Inhaber eines Patents G oder T organisiert. Von den insgesamt 17 Teilnehmerinnen und Teilnehmern haben 14 den Kurs in französischer und 3 den Kurs in deutscher Sprache besucht.

1.2 Handel mit alkoholhaltigen Getränken

Am 31. Dezember 2009 bestanden 447 Patente für den Handel mit alkoholhaltigen Getränken.

1.3 Lotterien und Kollekten

Im Jahr 2009 wurden 118 Bewilligungen für die Durchführung einer Lotterie erteilt, gegenüber deren 139 im Jahr 2008. In diesen Zahlen sind die Loterie Romande, das Sport-Toto und das Schweizer Zahlenlotto nicht inbegriffen.

Weiter wurden 95 Kollekten für wohltätige Zwecke bewilligt, wovon 85 im Kalender der Stiftung ZEWO (Fachstelle für gemeinnützige Spenden sammelnde Organisationen) aufgeführt waren.

1.4 Kinokontrollen

Die Betriebsführer von Kinos haben 403 Filme angemeldet und für alle eine Aufführungsbewilligung erhalten.

Die Aufsichtskommission für Filmwesen und Theater hielt keine Sitzung ab.

1.5 Sicherheitsunternehmen

Im Jahr 2009 wurden ausgestellt:

- 101 Bewilligungen für die Anstellung von Sicherheitspersonal,
- 132 Ausübungsbewilligungen.

Das Amt hat zudem 15 Bewilligungen für die Anstellung von Sicherheitspersonal, die für die Aufrechterhaltung der Ordnung in öffentlichen Gaststätten zuständig sind, erteilt.

Ausserdem wurde einem Sicherheitsunternehmen mit Sitz im Kanton Freiburg eine Betriebsbewilligung erteilt.

Zurzeit haben 11 Sicherheitsunternehmen eine Betriebsbewilligung für den Kanton Freiburg

1.6 Spielapparate und Spielsalons

Im Jahr 2009 hat das Amt 317 Betriebsbewilligungen für Geldspielautomaten erteilt. Ausserdem wurde der Betrieb von 332 Unterhaltungsapparaten bewilligt.

Im Kanton Freiburg werden zurzeit 3 Spielsalons betrieben.

1.7 Gewerbe der Reisenden

Im Jahr 2009 wurden 10 Ausweise für Reisende und 3 Ausweise für Schausteller und Zirkusbetreiber ausgestellt.

1.8 Masse und Gewichte

Entsprechend den eidgenössischen Gesetzesbestimmungen wurden geprüft:

Waagen für offene Verkaufsstellen	702
Waagen für nicht offene Verkaufsstellen	1 184
Fahrzeug- und Geleisewagen	23
Spezialwaagen	44
selbsttätige Waagen	18

—
2009

Preisauszeichnungswaagen	254
Volumenmessanlagen (Mineralöle)	1 052
Hochdruck-Erdgastanksäulen und Flüssiggastanksäulen	1
Volumenmessanlagen für Lebensmittel (Milch, Wein)	33
Messgeräte für Gasgemischanteile und für Dieselrauch	425

Ausserdem wurden 290 Kontrollen von Fertigpackungen gleicher Nennfüllmenge und 450 Kontrollen von Zufallspackungen in Betrieben durchgeführt.

Schliesslich wurden 141 Verkaufsstellen im Rahmen der Marktüberwachung kontrolliert.

VI. AMT FÜR STRAF- UND MASSNAHMENVOLLZUG UND GEFÄNGNISSE

Amtvorsteher: Thomas Freytag

1. Auftrag

Das Amt ist beauftragt, die durch die Gerichte, Polizeirichter und Untersuchungsrichter ausgesprochenen Strafen und Massnahmen zu vollziehen. Es weist die zu einer Freiheitsstrafe oder zu einer stationären Massnahme oder Verwahrung verurteilten Personen in die zuständigen Anstalten ein. Es vollzieht die anderen strafrechtlichen Sanktionen (oder lässt diese vollziehen), wie umgewandelte Geldstrafen, umgewandelte Bussen, die gemeinnützige Arbeit und die ambulanten Behandlungen. Es führt im Weiteren die Gefängnisse (das Zentralgefängnis, die Gefängnisse Bulle und Romont) und das Strafregister.

2. Straf- und Massnahmenvollzug

Die Tätigkeiten des Amts stützen sich überwiegend auf die nachstehenden rechtlichen Bestimmungen:

- › Verordnung vom 12. Dezember 2006 über den Vollzug der strafrechtlichen Sanktionen
- › Einführungsgesetz vom 6. Oktober 2006 zum Strafgesetzbuch (EGStGB)
- › Verordnung vom 12. Dezember 2006 über die Vollstreckung der gemeinnützigen Arbeit (GAV)

› Verordnung vom 12. Dezember 2006 betreffend den tageweisen Strafvollzug

› Konkordat vom 10. April 2006 über den Vollzug der Freiheitsstrafen und Massnahmen an Erwachsenen und jungen Erwachsenen in den Kantonen der lateinischen Schweiz (Konkordat über den strafrechtlichen Freiheitsentzug an Erwachsenen)

› Entscheide vom 25. September 2008 der Westschweizer Konferenz der in Straf- und Massnahmenvollzugsfragen zuständigen kantonalen Behörden

Das ASMVG plant den Vollzug der unbedingten Freiheitsstrafen und der strafrechtlichen Massnahmen, bestimmt die Vollzugsanstalt, den Beginn und die Stufen des Vollzuges. Im Verlaufe des Vollzuges bestimmt das Amt über die Ausgangserlaubnis (Urlaub, Ausgang), über den Übertritt in eine andere Anstalt und über den Unterbruch des Vollzuges. Es verfügt unter anderem über die in den Konkordatstexten vorgesehenen Entscheide, die gesetzlich vorgesehenen Entscheide in Bezug auf die Halbgefängenschaft und den tageweisen Vollzug. Es befindet im Übrigen über die bedingte Entlassung oder die Aufhebung der therapeutischen Massnahmen und ordnet die damit verbundenen Massnahmen an (Bewährungshilfe, Weisungen bezüglich der Lebensführung usw.).

Das ASMVG erlässt im Weiteren Entscheide über die gemeinnützige Arbeit (GA) und überweist die Fälle zwecks Durchführung der GA an das Amt für Bewährungshilfe. Es kassiert auch die durch die zuständigen Justizbehörden ausgesprochenen Bussen und Geldstrafen ein. In dieser Angelegenheit interveniert das Amt nur bei Nichtbezahlung der ausgesprochenen Bussen und Geldstrafen, nämlich in den Fällen, wo anstelle der Busse bzw. der Geldstrafe eine Ersatzfreiheitsstrafe ausgesprochen wurde. Im Weiteren stellt das Amt die kantonale Koordination für die Eintragungen in das Strafregister sicher.

2.1 Freiheitsstrafen und Massnahmen

- 2.1.1 Anzahl eingegangener Urteile (mit Ausnahme der Ersatzfreiheitsstrafen wegen nicht bezahlter Bussen und Geldstrafen)

Im Jahr 2009 wurden dem ASMVG durch die Freiburger Gerichtsbehörden 285 Urteile betreffend den Vollzug von Freiheitsstrafen zugestellt, wovon:

216 Urteile für Freiheitsstrafen unter 6 Monaten

40 Urteile für Freiheitsstrafen zwischen 6 Monaten und einem Jahr

29 Urteile für Freiheitsstrafen über einem Jahr.

2009

2.1.2 Vollzugsmodalitäten (mit Ausnahme der Ersatzfreiheitsstrafen wegen nicht bezahlter Bussen und Geldstrafen)

a) Es wurden 210 Vorladungen zum ordentlichen Strafvollzug ausgestellt.

b) 86 Personen haben die Bewilligung erhalten, ihre Freiheitsstrafe im Regime der Halbgefängenschaft zu vollziehen; dieses Regime bietet dem Insassen die Möglichkeit, weiterhin seinen beruflichen Aktivitäten nachzugehen und sich nur nachts und am Sonntag im Gefängnis einzufinden.

c) 2 Personen haben beantragt, die Freiheitsstrafe im Regime des tageweisen Vollzugs an den Wochenenden zu vollziehen.

60 durch Freiburger Justizbehörden ausgesprochene Freiheitsstrafen wurden in anderen Kantonen vollzogen, da die betroffenen Personen nicht im Kanton Freiburg Wohnsitz hatten oder wohnhaft waren. Darüber hinaus hat das ASMVG 23 Urteile von anderen Kantonen zwecks Vollzugs einer Freiheitsstrafe erhalten, da die verurteilten Personen im Kanton Freiburg Wohnsitz hatten oder wohnhaft waren.

> Anzahl behandelter Urteile (Freiheitsstrafen, Gemeinnützige Arbeit, Ersatzfreiheitsstrafen)	998
> Unterbruch des Vollzugs	9
> Anzahl RIPOL Verhaftungsausschreibungen	158
> Vollzugsmandate an die Polizei	39
> Transportaufträge	99
> Anfragen um Einweisung (zwecks Vollzug oder vorzeitigem Vollzug der Freiheitsstrafe)	55

2.1.3 Anzahl Vollzugstage bzw. Anzahl Insassen pro Vollzugsanstalt oder Vollzugsinstitution

	Vollzugs- tage	Insassen
Anstalten von Bellechasse	17 113	132
Etablissements de la plaine de l'Orbe	3 549	14
Etablissement de Bellevue à Gorgier/NE	2 419	17
Prison de La Tuilière à Lonay/VD	546	2
Anstalten von Witzwil/BE	932	4
Strafanstalt Bostadel, Menzingen/ZG	342	3
Strafanstalt Hindelbank/BE	625	4
Strafanstalt La Stampa, Lugano/ TI	569	2
Strafanstalt Thorberg/BE	894	3
Strafanstalt Lenzburg /AG	631	2

	Vollzugs- tage	Insassen
Strafanstalt Pöschwies /ZH	228	1
Massnahmenzentrum St. Johannsen/BE	1 306	5
Maison d'éducation au travail Pramont/VS	669	2
Fondation Bartimée, Grandson/VD	469	4
Centre de sociothérapie La Pâquerette/GE	336	1
Le Tremplin «Foyer Horizon», Fribourg	62	1
Foyer St Louis, Fribourg	699	2
Foyer Eden Hilterfingen /BE	243	1
Foyer André La Côte-aux-Fées	1 081	3
Le Radeau, Orsonnens	365	1
Foyers Les Rives du Rhône Sion /VS	334	1
EMS Sylvabelle SA,	256	1
Ritec	49	3
Le VAM	13	2
Le Torry	45	1
Inselspital Bern (Bewachungsstation)	29	3
Übrige ausserkantonale Platzierungen	1 24	118
Total	35 028	333

2.1.4 Anzahl strafrechtliche Massnahmen

79 Personen haben eine strafrechtliche Massnahme vollzogen, beziehungsweise befinden sich nach wie vor in deren Vollzug, davon sind:

- > 15 Personen in stationärer Behandlung einer psychischen Störung in Anwendung von Art. 59 StGB oder Art. 59 und Art. 60 StGB, davon 3 Umwandlungen der Sanktion (Freiheitsstrafe in Art. 59 StGB oder 64 StGB; 64 StGB in 59 StGB),
- > 13 Personen in einer stationären Suchtbehandlung in Anwendung von Art. 60 StGB,
- > 4 Personen in stationärer Behandlung einer Massnahme für junge Erwachsene in Anwendung von Art. 61 StGB,
- > 10 Personen in einer ambulanten Behandlung in Anwendung von Art. 63 StGB während des Strafvollzugs,
- > 32 Personen in einer ambulanten Behandlung in Anwendung von Art. 63 StGB in Freiheit,
- > 5 Personen im Vollzug einer Verwahrungsmassnahme in Anwendung von Art. 64 StGB.

Das ASMVG hat 33 Behandlungsverfügungen erlassen. Diese Personen wurden in folgenden Institutionen eingewiesen:

Siehe Tabelle 34

—
2009

2.1.5 Etappen des Vollzugs von Strafen und Massnahmen (Arbeitsexternat, Wohn- und Arbeitsexternat, bedingte Entlassung)

a) Arbeitsexternat

26 Personen wurde das Vollzugsregime des Arbeitsexternates bewilligt. Vollzugsanstalten:

	Vollzugstage	Insassen
Zentralgefängnis	1 162	11
Maison Montfleury/GE	679	4
Maison Le Vallon/GE	804	9
Wohnheim Bethlehem Olten/SO	31	1
Klosterfiechten Basel	126	1
Total	2 802	26

b) Arbeits- und Wohnexternat

12 Personen wurde das Vollzugsregime Arbeits- und Wohnexternat bewilligt.

c) Bedingte Entlassung

Seit dem 1. Januar 2007, mit dem Inkrafttreten der Verordnung vom 12. Dezember 2006 über den Vollzug der strafrechtlichen Sanktionen, ist das ASMVG alleine kompetent, eine bedingte Entlassung auszusprechen (bei einer Freiheitsstrafe von mehr als 2 Jahren holt es die Stellungnahme der beratenden Kommission für die bedingte Straftentlassung und die Abklärung der Gemeingefährlichkeit ein).

Folgende Entscheide wurden erlassen:

> Bewilligung der bedingten Entlassung nach Vollzug der Mindeststrafdauer	34
> Bewilligung der bedingten Entlassung zu einem späteren Zeitpunkt	12
> Verweigerung der bedingten Entlassung	15
> Aufhebung einer stationären Massnahme bewilligt	11
> Aufhebung einer stationären Massnahme abgelehnt	3
> Bedingte Entlassung einer Massnahme bewilligt	5
> Bedingte Entlassung einer Massnahme abgelehnt	11
> Verlängerung der Massnahme	1
> Total	92

2.2 Umgewandelte Bussen und Geldstrafen (Ersatzfreiheitsstrafen)

Die unbezahlten Bussen und Geldstrafen werden in Freiheitsstrafen umgewandelt (100 Franken Busse = 1 Tag Freiheitsstrafe; die Höhe des Tagessatzes bei der Geldstrafe wird von der Strafbehörde festgelegt).

Den untenstehenden Ziffern kann die Anzahl umgewandelter Bussen und Geldstrafen sowie die Höhe der einkassierten Beträge für die verschiedenen Strafbehörden entnommen werden:

	Erhaltene Umwandlungsentscheide	Einkassierter Betrag
Untersuchungsrichteramt	2 327	662 104.15
Oberämter	1 971	339 259.95
Andere Kantone	117	7 153.05
Gerichte	59	210.00

Insgesamt hat das ASMVG 4 474 Umwandlungsentscheide (Bussen und Geldstrafen) erhalten und einen Gesamtbetrag von CHF 1 008 727.15 einkassiert.

146 Umwandlungsentscheide betreffend 51 Personen wurden zwecks Strafvollzugs im geschlossenen Regime an den Bereich Freiheitsstrafen überwiesen. Zusätzlich wurden 10 Umwandlungsentscheide betreffend 4 Personen an den Sektor GA zwecks Vollzugs in Form der GA überwiesen.

Weitere Kennzahlen im Bereich umgewandelte Bussen und Geldstrafen (Untersuchungsrichteramt, Oberämter, andere Kantone und Gerichte):

> Anzahl Mandate an die Polizei:	3 098
> Anzahl RIPOL Verhaftungsausschreibungen:	791
> Anzahl Delegationen an andere Kantone:	1 223
> Anzahl bewilligter Teil- oder Akontozahlungen:	392
> Anzahl bewilligter GA-Anfragen:	4

2.3 Gemeinnützige Arbeit (GA)

Mit dem Inkrafttreten des neuen Strafgesetzbuches am 1. Januar 2007 sind das ASMVG sowie das Amt für Bewährungshilfe beauftragt, die von den Justizbehörden ausgesprochenen Urteile zur gemeinnützigen Arbeit zu vollziehen. Das ASMVG trifft die Entscheide in Anwendung der Artikel 11 & 12 der Eidgenössischen Verordnung vom 19. September 2006 zum Schweizerischen Strafgesetzbuch und Schweizerischen Militärstrafgesetzbuch sowie die

—
2009

Administrativmassnahmen in Anwendung des Artikels 13 der Verordnung vom 12. Dezember 2006 über die Vollstreckung der gemeinnützigen Arbeit.

2009 wurden vom Untersuchungsrichteramt 425 Verurteilungen zu GA an das ASMVG überwiesen. Zusätzlich hat das ASMVG von anderen Kantonen 48 Verurteilungen zu GA erhalten, welche es zu vollziehen gilt, da die betroffenen Personen Wohnsitz im Kanton Freiburg hatten oder hier wohnhaft waren.

Das ASMVG hat 2009 insgesamt 451 GA-Dossiers an das Amt für Bewährungshilfe überwiesen. In 120 Fällen wurde, bedingt durch ungenügendes Verhalten, unbegründetes Fernbleiben oder weil die Person schlussendlich doch den gewöhnlichen Strafvollzug gewählt hat, das rechtliche Gehör gewährt, und in 31 Fällen musste der Widerruf der gemeinnützigen Arbeit angeordnet werden. Im Hinblick auf eine allfällige Aufhebung der GA wurden im Übrigen 90 Vollzugsberichte an die Strafbehörde adressiert.

51 Freiburger Verurteilungen zu GA (ohne umgewandelte Bussen) wurden in anderen Kantonen vollzogen, da die betroffenen Personen ausserhalb des Kantons Wohnsitz hatten oder wohnhaft waren.

2.4 Begnadigungsgesuche

Der Grosse Rat hatte im Jahre 2009 keine Begnadigungsgesuche zu behandeln.

2.5 Strafregister

Im Jahr 2009 hat das Amt 4770 Urteile registriert und 3304 Auszüge zuhanden der kantonalen Justizbehörden ausgehändigt.

3. Gefängnisse

Seit dem 1. Juli 2007 hat das ASMVG die Aufgaben des ehemaligen Amtes für Gefängnisse übernommen. Seit dem 1. Januar 2009 ist das Gefängnis von Bulle provisorisch geschlossen (2 Personen in Halbgefängenschaft haben 2009 noch eine Reststrafe verbüsst). Das Gefängnis von Romont wurde im Jahr 2009 während eines Monats geöffnet. In der ehemaligen Amtswohnung des Zentralgefängnisses wurden bedeutende Umbauarbeiten durchgeführt; sie dient nun als Konkordatsanstalt für den offenen Vollzug.

In den Gefängnissen werden folgende Personen aufgenommen (beide Geschlechter, Voll- und Minderjährige):

- > Verurteilte bis zu ihrem Transfer in eine Strafanstalt;
- > Insassen, die von einer Strafanstalt in eine Andere überführt werden;
- > Insassen, die umgewandelte Bussen und Geldstrafen verbüsen;
- > Verurteilte, die Strafen bis vier Wochen im tageweisen Vollzug verbüsen;
- > Verurteilte, die Strafen bis zu maximal zwölf Monaten im Regime der Halbgefängenschaft verbüsen;
- > Verurteilte, die Strafen von mehreren Monaten im Regime des Arbeitsexternates (am Ende einer langen Strafe) verbüsen;
- > Verurteilte, die Strafen bis zu maximal sechs Monaten im ordentlichen Vollzug verbüsen;
- > Personen die auf Grund der Jugendstrafgerichtsbarkeit zurückbehalten werden;
- > Insassen, die auf Grund der Bundesgesetzgebung über die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht platziert sind;
- > Personen in Militärarrest.

3.1 Eintritte im Jahr 2009

	Schweizer	Ausländer
Männer – Zentralgefängnis	198	431
Männer – Gefängnis Bulle	0	0
Männer – Gefängnis Romont	4	1
Frauen – Zentralgefängnis	19	33
Total	221	465

3.2 Vollzugstage

	Schweizer		Ausländer		Total
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	
Untersuchungshaft					
- Zentralgefängnis					
- Gefängnis von Romont	1 817	1	7 248	172	9 238
	88	0	1	0	89
Inhaftierung von Minderjährigen					
- Zentralgefängnis	16	0	68	0	84
Geschlossener Strafvollzug					
- Zentralgefängnis	1 192	191	2 048	78	3 509

—
2009

	Schweizer		Ausländer		Total
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	
Tageweiser Strafvollzug - Zentralgefängnis	1	0	10	0	11
Halbgefangenschaft - Zentralgefängnis	1 766	340	297	109	2 512
- Gefängnis Bulle	322	0	0	0	322
Arbeitsexternat - Zentralgefängnis	419	0	743	0	1 162
Zwangsmassnahmen (Ausländerrecht)	0	0	2 619	32	2 651
Militärhaft – Zentralgefängnis	1	0	0	0	1
Total	5 622	532	13 034	391	19 579

3.3 Verpflegung

Der Menüplan erstreckt sich jeweils über mehrere Wochen. Im Zentralgefängnis werden die Mahlzeiten durch einen professionellen Koch-Aufseher, unterstützt durch zwei Insassen, zubereitet. Im Jahre 2009 sind bezüglich der Qualität und der Quantität der Mahlzeiten keine Beschwerden eingegangen.

3.4 Räumlichkeiten

Das Gebäude des Zentralgefängnisses umfasst 8 verschiedene Sektoren, nämlich:

> Untersuchungshaft Männer	33 Plätze
> Minderjährige	2 Plätze
> Strafvollzug Männer	11 Plätze
> Frauen	4 Plätze
> Arbeitsexternat	4 Plätze
> Tageweiser Vollzug und Halbgefangenschaft	7 Plätze
> Vollzug von Zwangsmassnahmen	9 Plätze
> Total verfügbare Plätze	70 Plätze

Das Gefängnis Romont ist in zwei Sektoren eingeteilt nämlich:

> Untersuchungshaft Männer	5 Plätze
> Strafvollzug Männer	2 Plätze
> Total verfügbare Plätze	7 Plätze

3.5 Beschäftigung der Insassen

Personen, die sich in Untersuchungshaft befinden, sind nicht zur Arbeit verpflichtet. Die Bestimmungen des Strafgesetzbuches sehen hingegen vor, dass Verurteilte oder sich in Haft befindende Personen zur Arbeit angehalten werden können.

Im Zentralgefängnis konnte durch eine interne Restrukturierung die Beschäftigung der Insassen markant angehoben werden (insgesamt 15495 Stunden geleistete Arbeit im Jahr 2009, in der Küche, im Gebäudeunterhalt, in der Reinigung, im Atelier und in der Wäscherei).

3.6 Insassenbetreuung

Der Oberaufseher oder seine Stellvertreter haben die neu eingetretenen Insassinnen und Insassen, insbesondere die Untersuchungshäftlinge, die Insassen im Strafvollzug und diejenigen, die aufgrund von Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht inhaftiert worden sind, innerhalb von 48 Stunden anzuhören (2009: 471 Unterredungen). Der Dienstchef steht den Insassen jeden Donnerstagnachmittag für eine beantragte Sprechstunde zur Verfügung. Die medizinische Betreuung im Zentralgefängnis wird von zwei Ärzten, einem Psychiater, einer Psychologin und einer Krankenschwester sichergestellt. Während des Jahres 2009 haben die Ärzte 373 Insassen und die Spezialärzte 188 Insassen empfangen. Mehrere Insassen mussten für Abklärungen und/oder ambulante Eingriffe ins Spital überführt werden.

Seit Anfang 2009 wurde die Frequenz der Konsultationen des Psychosozialen Dienstes im Zentralgefängnis von einem auf zwei Nachmittage pro Woche erhöht. Des Weiteren werden die Gefängnisärzte bei der Behandlung von Alkohol- und /oder Rauschgiftsüchtigen von entsprechenden Spezialisten unterstützt.

Die moralische und geistliche Betreuung der Insassen wird von zwei Priestern sichergestellt. Zudem wird den Insassen, bei Bedarf, eine beschränkte materielle Hilfe zugeordnet.

Die Mitarbeiter des Amtes für Bewährungshilfe stellen den Sozialdienst in den Gefängnissen des Kantons sicher. Sie sind während drei Nachmittagen pro Woche im Zentralgefängnis, wo sie die neu eingetretenen Insassen in ihren speziell eingerichteten Räumlichkeiten empfangen. In den Bezirksgefängnissen intervenieren die Mitarbeiter des Amtes für Bewährungshilfe zweimal pro Monat oder auf Anfrage. Diese Kontakte mildern den Schock, den die Inhaftierung auslösen kann und begünstigen die Rückkehr der Insassen ins Zivilleben. Sie ermöglichen zudem die Beziehungen der Insassen mit ihren Familien und den Arbeitgebern.

Einige freiwillige Besucher haben sich in die Gefängnisse des Kantons begeben, um die Insassen, die keine Familie mehr haben oder keinen Kontakt mit dieser pflegen, zu unterstützen.

—
2009

Jeden Samstag können die Insassen im ordentlichen Strafvollzug von ihren Angehörigen besucht werden. Insassen, die sich in Untersuchungshaft befinden, dürfen mit einer Bewilligung des zuständigen Untersuchungsrichters ebenfalls Besuch empfangen.

VII. AMT FÜR BEWÄHRUNGSHILFE

Amtsvorsteher: Philippe Pillonel

1. Auftrag

Das Amt für Bewährungshilfe handelt gemäss den Artikeln 93 bis 96 des Schweizerischen Strafgesetzbuches (StGB). Auf kantonaler Ebene wird seine Tätigkeit mit der Verordnung vom 6. Oktober 2008 geregelt. Die Abteilung Sozialarbeit übernimmt die Begleitung von Personen in Untersuchungshaft. Sie gewährleistet ebenfalls die soziale Betreuung und die Kontrolle von Personen im Arbeits- und Wohnexternat sowie derjenigen mit einem Mandat der Bewährungshilfe. Die Abteilung Alternative Strafvollzugsformen garantiert in Anwendung des Artikels 37ff des StGB sowie der kantonalen Verordnung vom 12. Dezember 2006 über die Ausführung von gemeinnütziger Arbeit die Planung und Ausführung aller unter dieser Kategorie fallenden Strafen.

2. Aktivitäten

2.1 Laufende Aktivitäten

2.1.1 Abteilung Verwaltung

Die Abteilung Verwaltung hat die Weiterentwicklung des Informatiksystems für die Abteilungen Sozialarbeit und Alternative Strafvollzugsformen fortgeführt. Sie hat 507 Dossiers der Abteilung Sozialarbeit und 780 Dossiers der Abteilung Alternative Strafvollzugsformen administrativ verwaltet. Zum ersten Mal ist die Verwaltung in der Lage, in Echtzeit, sämtliche Statistiken des Amtes zu präsentieren.

Im vergangenen Jahr hat das Amt 93 200 Franken an materieller Unterstützung ausbezahlt. Die Hilfe an Personen erfolgte in Form von kleineren Barbeträgen, Kleidern, Transportgutscheinen und Beiträgen an Kurs- und Weiterbildungskosten (Führerausweis, usw.). Die Beiträge an die Kosten für Psychotherapien betragen 21 723 Franken. Die Kosten für Blut- und Urinproben stiegen von 10 202 Franken im Vorjahr auf 14 723 Franken per 31. Dezember 2009. Dies zeigt deutlich die starke Zunahme der Mandate mit Kontrollen und Weisungen.

Verteilung der Beträge	Fr.
Untersuchungsgefängnisse	11 264.15
Psychotherapeutische Behandlungen	21 723.35
Urin- und Blutproben	14 723.30
Andere Ausgaben	446.85
Unterstützung an Straftlassene	45 042.50
Total Ausgaben	93 200.15

Das Möbellager in Belfaux entspricht weiterhin einem Bedürfnis. Es lagern dort die Effekten von mehr als 25 inhaftierten Personen. Die vom Amt gemieteten und an aus dem Freiheitsentzug entlassene Personen untervermieteten Wohnungen waren 2009 zu 87% belegt.

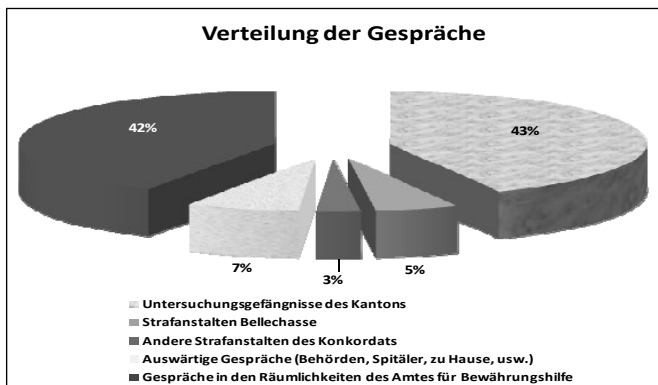
2.1.2 Abteilung Sozialarbeit

In Anwendung der durchgehenden Begleitung begegnen die BewährungshelferInnen den straffälligen Personen während der gesamten Dauer des Strafverfahrens und des Strafvollzugs. An dieser Stelle muss daran erinnert werden, dass das StGB ein neues Kontrollkonzept für die Bewährungshilfe vorsieht. Der «Commentaire romand» des neuen Sanktionenrechts erwähnt mit Nachdruck, dass «Überwachung nicht Ermittlung» heisst. Überwachung bedeutet evaluieren, feststellen und informieren. Dieses Zitat bekommt seinen Sinn, wenn man weiss, dass das Amt mit Personen zu tun hat, die sich im offenen Strafvollzug befinden und dass mehr als die Hälfte, der von den Gerichten an unser Amt übertragenen Mandate, Personen betreffen, die zu bedingten oder teilbedingten Freiheitsstrafen, teilweise mit Weisungen verbunden, verurteilt wurden. Die BewährungshelferInnen erstellen regelmässig Berichte über den Verlauf der Begleitung an richterliche Instanzen oder Verwaltungsbehörden (z.B. Untersuchungsrichteramt, Bezirksgerichte, Kantonsgericht, Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse, Friedensgericht usw.). Dies ermöglicht ihnen, Entscheide oder Urteile zu fällen.

Dossiers mit oder ohne Mandat	2008	2009
Bewährungshilfe	251	215
Untersuchungshaft	182	189
Vorzeitiger Straf- oder Massnahmenvollzug	51	46
Massnahmenvollzug	35	46
Strafvollzug	155	123
Zwangsmassnahmen	9	9
Arbeitsexternat und Arbeits- und Wohnexternat	48	45
Anzahl der behandelten Dossiers	731	673

2009

Ein Teil der Mandate betreffen Personen im Arbeits- und Wohnexternat. Die unten stehende Abbildung zeigt die Verteilung der Interventionen in den verschiedenen Bereichen auf. Die wichtigsten Tätigkeitsfelder sind die Interventionen im Untersuchungsgefängnis sowie die Begleitung und Kontrolle von Personen ausserhalb der Gefängnisse und Strafanstalten, welche gemäss Art. 93 StGB unter einem Mandat der Bewährungshilfe stehen. Diese beiden Bereiche repräsentieren alleine schon 85% der insgesamt über 2 100 Gespräche.



Die nachfolgende Tabelle beschreibt die Aufteilung der Mandate der Personen ausserhalb von Gefängnissen und Strafanstalten.

Aufteilung der Mandate	2008	Beendet	Neu	2009
Art. 44.2 StGB bedingte oder teilbedingte Strafe mit oder ohne Bewährungshilfe und/oder Weisungen	80	21	21	80
Art. 63.2 StGB ambulante Behandlung mit oder ohne Bewährungshilfe und/oder Weisungen	17	10	2	9
Art. 87.2 StGB bedingte Entlassung mit Bewährungshilfe und/oder Weisungen	53	35	21	39

Aufteilung der Mandate	2008	Beendet	Neu	2009
Art. 113.1 CPP Mise en liberté et mandat de suivi	19	11	8	16
Art. 77a StGB Arbeitsexternat, Arbeits- und Wohnexternat	11	33	34	12

Es kann eine starke Zunahme der Mandate mit Weisungen (Art. 94 StGB) festgestellt werden, insbesondere Blut- und Urinkontrollen. Im Laufe des Jahres wurden für 44 betroffene Personen 347 Tests organisiert. Seit der 2007 in Kraft getretenen Vereinbarung mit einem spezialisierten Labor beträgt die Zunahme der Tests in den letzten zwei Jahren 380 %. Die BewährungshelferInnen haben auch 10 Besuche von Kindern in Strafanstalten und Untersuchungsgefängnissen organisiert. Die GefangenenbesucherInnen haben 26 Inhaftierte besucht und mit ihnen 104 Gespräche geführt. In diesem Zusammenhang ist feststellbar, dass die BesucherInnen viel weniger in Anspruch genommen werden. Die Gründe für die Abnahme der Besuche sind vielfältig. Deshalb ist eine grundlegende Diskussion, zusammen mit den Anstalten von Bellechasse, notwendig, um die verschiedenen Aufgaben neu zu definieren sowie zu versuchen, die Einsätze der GefangenenbesucherInnen vielseitiger zu gestalten.

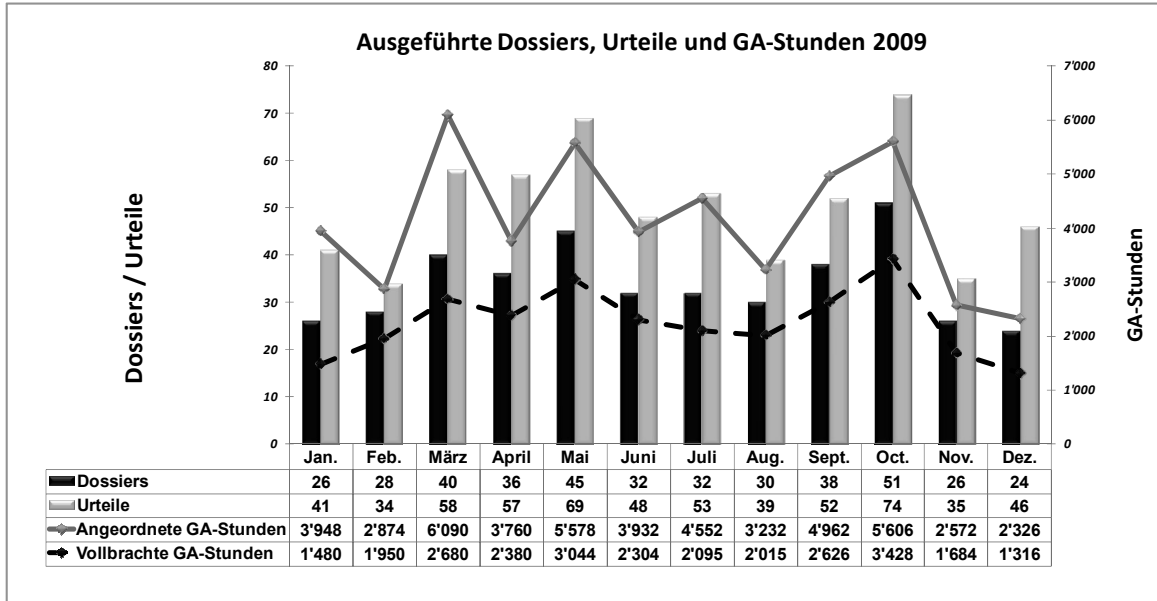
2.1.3 Abteilung Alternative Strafvollzugsformen

Seit dem 1. Januar 2007 ist die gemeinnützige Arbeit (GA) eine eigenständige Strafe. Der Richter kann mit Einverständnis der verurteilten Person eine GA von höchstens 720 Stunden anordnen. Eine gemeinnützige Arbeit von vier Stunden entspricht einem Tag Freiheitsentzug. Die GA wird zu Gunsten einer privaten sozialen Institution, der öffentlichen Verwaltung oder einer privaten Person, welche Hilfe benötigt, geleistet (nachfolgend Begünstigter).

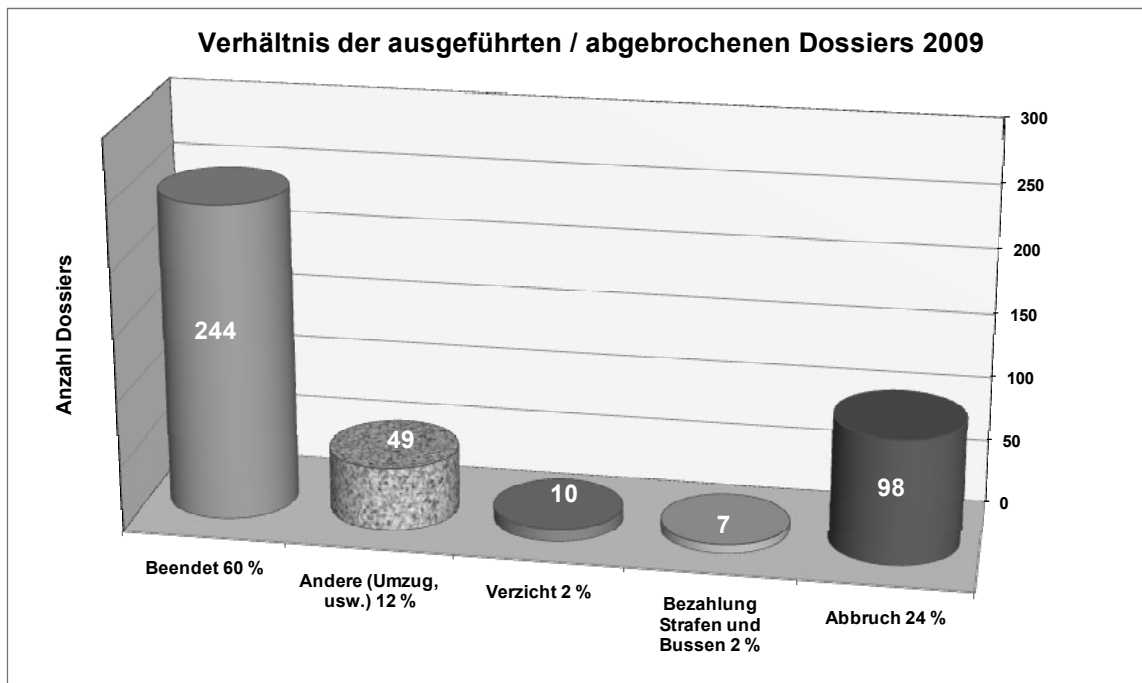
Status	Jan.	Feb.	März	Apr.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Auf Warteliste	257	214	241	233	229	222	192	199	197	187	189	184
In Bearbeitung	170	198	188	186	190	187	220	207	192	185	168	171
Verwarnung	1	5	5	11	7	14	8	10	16	10	17	14
Beginn verschoben	2	2	2	2	1	2	4	4	4	3	3	2
Unterbruch	24	24	17	16	14	15	19	15	14	16	14	12
Total	454	443	453	448	441	440	443	435	423	401	391	383

Von den 383 offenen Dossiers am 31. Dezember 2009 waren 171 in Bearbeitung und 184 auf der Warteliste. Idealerweise sollte die Abteilung Alternative Strafvollzugsformen die eingehenden Dossiers laufend bearbeiten können, was jedoch nicht der Fall ist, und die Wartezeit variiert je nach Bezirk zwischen 6 und 9 Monaten. Die Zahl der abgeschlossenen Dossiers (408) übersteigt zum ersten Mal diejenigen der neu eingegangenen (336). 2009 wurden 27 000 Stunden gemeinnützige Arbeit geleistet, was 6750 Hafttagen entspricht.

—
2009



Die in den letzten beiden Jahren gemachten Beobachtungen bezüglich der bestimmten Zielgruppe, die von einer gemeinnützigen Arbeit betroffen ist, bestätigen sich. Die zunehmende Anzahl der begleiteten Personen mit psychischen Problemen, sozialen Schwierigkeiten und Suchtproblemen erfordert eine immer intensivere Betreuung durch die BewährungshelferInnen. Die Abteilung muss aus diesen Gründen ungefähr einen Viertel der begonnenen gemeinnützigen Arbeiten abbrechen.



Diese Feststellung veranlasste das Amt, Überlegungen anzustellen, wie und wo Personen mit den erwähnten Problemen ihre GA leisten können. In diesem Zusammenhang stellte man sich die Frage, ob eine Zusammenarbeit mit einer geeigneten Institution sinnvoll wäre. Im Laufe des Jahres haben die MitarbeiterInnen das Netz der Begünstigten erneut erweitert. Heute sind bereits über 150 Institutionen, Gemeinden, Ämter der kantonalen Verwaltung, Vereinigungen für die Hilfe an behinderten Personen, usw. bereit, GA-Leistende zu beschäftigen.

—
2009**3. Besondere Ereignisse****3.1 Umzug des Amtes**

Im April 2009 bezog das Amt für Bewährungshilfe neue Räumlichkeiten. Der Umzug erfolgte im geplanten Zeitrahmen, ohne die Dienstleistungen zu unterbrechen.

3.2 Weiterbildung «Umgang mit Gewalt»

Während des Jahres hat das gesamte Personal die obgenannte Weiterbildung besucht. Dieses Wissen wird keine Gewalttaten verhindern können, trägt aber, in Anwendung der im Jahre 2004 verabschiedeten Bestimmungen des Staatsrates, zur Stärkung der Sicherheitsmassnahmen für das Staatspersonal bei.

3.3 «Begleitendes» Dossier

In Zusammenarbeit mit den Anstalten von Bellechasse und dem Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse wurde ein begleitendes Dossier für Straffällige geschaffen. Dabei handelt es sich um ein Dossier, das die wichtigsten Angaben über die betroffene Person während der gesamten Dauer des Strafverfahrens und Strafvollzugs beinhaltet. Das Ziel des begleitenden Dossiers ist, den Austausch von Informationen zwischen den beteiligten institutionellen Partnern zu verbessern und zu vereinfachen.

3.4 Rückfallgefahr und Risikoanalyse

Die Überlegungen und die Annäherung an diese Themen beanspruchen einen grossen Teil unserer beruflichen Praxis. Die MitarbeiterInnen der Abteilung Sozialarbeit besuchten, gemeinsam mit der Bewährungshilfe des Kantons Bern, einen ersten Einführungskurs, bei dem das vom Kanton Zürich bereits angewendete Modell präsentiert wurde.

VIII. AMT FÜR JUSTIZ

Amtsvorsteherin: Maryline Boson Sulmoni

1. Auftrag

Das Amt für Justiz (AJ) unterhält die Verwaltungsbeziehungen zu den Gerichtsbehörden und dem Konkursamt sowie den Betriebsämtern. Es wirkt bei der Verwaltung dieser Organe mit, namentlich in Bezug auf das Personal, das Budget, die Rechnung und die Logistik.

Darüber hinaus sorgt es für die Anwendung der Gesetzgebung über den Anwaltsberuf, das Notariat, die unentgeltliche Rechts-

pflge und die Rechtshilfe. Es erfüllt die Aufgaben, die der Verwaltung in den Bereichen der Gerichtsorganisation und des Gerichtsverfahrens, des Privat- und Strafrechts sowie der Zwangsvollstreckung obliegen.

2. Aktivitäten**2.1 Advokatur**

Die Prüfungskommission für die Anwaltskandidaten hat folgenden Personen einen Befähigungsausweis ausgestellt: Véronique Aeby, Sandrine Chatelain, Sarah Devaud, Nadine Durot, Sibylle Furlenmeier, Céline Gaillard Zinaoui, Joëlle Küng, Regula Kurzbein, Mélanie Maillard, Catherine Morf, Nathanaëlle Petrig, Réjane Plancherel, Sandra Pochon, Michaela Pulfer, Catherine Python, Sophie Roud, Diana Tettü, Séverine Zehnder, Lucie Zufferey, Laurent Bosson, Benoît Chassot, Simon Chatagny, Stève Kalbermatten, Blaise-Emmanuel Praz, Cédric Remund, Thomas Stulz, Grégoire Ventura.

Die Anwaltskommission hat ihrerseits folgende Geschäfte behandelt:

Eintragungen in das kantonale Register der Anwältinnen und Anwälte	14
Streichung von Einträgen im Anwaltsregister	3
Beschwerden und Anzeigen	11
Befreiung vom Berufsgeheimnis	--
Praktikumsbewilligungen	34
Herabsetzung der Praktikumsdauer	8
Streichung von Einträgen im kantonalen Register der Anwaltspraktikanten	--

Es waren am 31. Dezember 2009 tätig:

Im kantonalen Register der Anwälte und Anwältinnen eingetragene Anwälte	157
In der Liste der zur Ausübung zugelassenen Anwältinnen und Anwälte aus Mitgliedstaaten der EU und der EFTA eingetragene Anwälte	2
Anwaltspraktikanten	107

2009

2.2 Notariat

Am 31. Dezember 2009 gab es 42 praktizierende Notare, wovon 2 das 70. Altersjahr überschritten haben und für die Berechnung der im Gesetz über das Notariat vorgesehen Höchstzahl nicht mitzählen. Somit ist die vom Gesetz festgesetzte Höchstzahl von 42 Notaren nicht erreicht.

2.3 Unentgeltliche Rechtspflege in Zivilsachen

Vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2009 hat das Amt für Justiz 1 199 Entscheide betreffend unentgeltliche Rechtspflege erhalten, die sich wie folgt verteilen:

	Unentgeltliche Rechtspflege mit Rücker- stattung	Unentgeltliche Rechtspflege ohne Rücker- stattung	Rückzug	Abweisung	Total
Kantonsgericht	-	17	-	9	26
Bezirksgericht Saane	10	386	5	62	463
Bezirksgericht Sense	3	72	8	9	92
Bezirksgericht Greyerz	5	157	2	21	185
Bezirksgericht See	3	48	2	22	75
Bezirksgericht Glane	1	61	3	15	80
Bezirksgericht Broye	3	72	6	28	109
Bezirksgericht Vivisbach	3	33	-	6	42
Friedensgerichte	-	127	-	-	127
Insgesamt	28	973	26	172	1 199

698 Kostenlisten von Anwälten und Friedengerichtsschreibe-
reien im Gesamtbetrag von 1 813 143 Franken (im Jahre 2008:
1 937 875 für 814 Kostenlisten), wurden 2009 für folgende Streit-
fälle zur Bezahlung angewiesen:

	Fr.
Ehescheidungsprozesse	1 003 200
Ehetrennungsprozesse	567 686
Vaterschafts- und Anfechtungsprozesse	43 090
Vormundschaftssachen	72 534
Obligationenrechtsprozesse	52 980
Verschiedenes	73 653
Total	1 813 143

Gemäss Art. 3 des Gesetzes über die unentgeltliche Rechtspflege kann das Amt innert einer Frist von 10 Jahren die teilweise oder vollständige Rückerstattung der unentgeltlichen Rechtspflege verfügen, wenn sich die Finanzlage der betroffenen Person ge-
bessert hat.

Im Jahre 2009 wurden dadurch Einnahmen in der Höhe von 320 159 Franken erzielt.

2.4 Unentgeltliche Rechtspflege in Strafsachen

Vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2009 hat das Amt für Justiz 414 Entscheide betreffend unentgeltliche Rechtspflege erhalten, wovon 42 Abweisungsentscheide.

354 Entscheide betrafen die amtliche Verteidigung von Beschul-
digten und 60 Entscheide betrafen die amtliche Verteidigung von
Geschädigten.

Es wurden 254 Kostenlisten von Anwälten im Gesamtbetrag von 1 497 456 Fr. bezahlt.

2.5 Unentgeltliche Rechtspflege in Verwaltungssachen

Vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2009 hat das Amt für Justiz 111 Entscheide betreffend unentgeltliche Rechtspflege erhalten, wovon 20 Abweisungsentscheide.

Es wurden 66 Kostenlisten von Anwälten im Gesamtbetrag von 85 734 Fr. bezahlt.

2.6 Internationale Rechtshilfe

Das Amt besorgt die für die internationale Rechtshilfe erforder-
lichen Übermittlungen. Im Jahre 2009 wurden 7 Rechtshilfebe-
gehren von ausländischen Gerichtsbehörden und 22 Gesuche von
Justizbehörden des Kantons behandelt.

2.7 Büro für Mediation in Jugendstrafsachen

Statistiken (2008) 2009

2.7.1 Anzahl Fälle, die von den Richtern delegiert
wurden (Mediationsprozess):

(84) 92

Anzahl Minderjährige: Täter und Opfer (145) 149

In 53 Fällen war nur ein einziger Jugendlicher Täter

In 24 Fällen waren zwei Jugendliche Täter

—
2009

In 15 Fällen waren 3 oder mehr Jugendliche Täter

2.7.2 Aufteilung nach Geschlecht

Jungen	(120)	128
Mädchen	(25)	21

2.7.3 Aufteilung nach Sprache

Französisch	(118)	124
Deutsch	(27)	25

2.7.4 Herkunft

Stadt Freiburg	(21)	23
Saane-Land	(23)	28
Greyerz	(38)	37
Broye	(20)	20
Glane	(14)	12
Vivisbach	(4)	3
Sense	(15)	12
See	(9)	13
Andere Kantone	(1)	1

2.7.5 Ausgang der Verfahren

Abschluss einer Mediationsvereinbarung	(66)	56
Erfolgreiche Mediationsverfahren	(20)	14
Am 31. Dezember 2009 hängige Verfahren	(26)	40

IX. AMT FÜR DIE AUFSICHT ÜBER DIE STIFTUNGEN UND DIE BERUFLICHE VORSORGE

Amtsvorsteherin: Sylvie Pétremand-Besancenet

1. Auftrag

Das Amt für die Aufsicht über die Stiftungen und die berufliche Vorsorge (ASVA) beaufsichtigt die sogenannten klassischen Stiftungen (Art. 84 ZGB) sowie die Einrichtungen der beruflichen Vorsorge (Art. 61 ff BVG).

Allgemein sorgt es dafür, dass das Vermögen der Stiftungen und der Einrichtungen seinem Zweck entsprechend verwendet wird. Es stellt sicher, dass die unter seiner Aufsicht stehenden Einrichtungen die gesetzlichen Vorschriften einhalten.

2. Tätigkeiten

2.1 Klassische Stiftungen

Als klassische Stiftungen werden alle Stiftungen bezeichnet, die nicht die berufliche Vorsorge zum Zweck haben und keine Familienstiftungen oder kirchliche Stiftungen sind.

Die Aufsichtstätigkeiten umfassen hauptsächlich die Aufsichtsunterstellung der Stiftungen, die Prüfung der Tätigkeitsberichte und Jahresrechnungen, die statutarischen Änderungen, die Prüfung der Reglemente sowie die Aufhebung und Löschung von Stiftungen.

Das Amt hat 6 Verfügungen betreffend Änderung der Statuten klassischer Stiftungen erlassen, um sie an ihre aktuelle Situation anzupassen.

Im Jahre 2009 sind 7 Stiftungen neu der Aufsicht unterstellt worden und 5 Stiftungen wurden gelöscht.

Am 31. Dezember 2009 standen 276 klassische Stiftungen unter der Aufsicht des Amtes. Die gesamte Bilanzsumme der aktiven klassischen Stiftungen betrug zu diesem Zeitpunkt rund 889 Millionen Franken.

Im Frühjahr 2009 wurde ein externer Experte beauftragt, eine Analyse über die Aufsicht der klassischen Stiftungen im Kanton Freiburg durchzuführen. Er hat seinen Schlussbericht am 27. August 2009 abgegeben. Zusammenfassend stellt er fest, dass die Dossiers der klassischen Stiftungen gut geführt sind und dass es keinen Verzug beim Empfang der jährlichen Dokumente gibt. Hingegen besteht ein beträchtlicher Rückstand bei der Kontrolle dieser Dokumente, so dass das Amt seine Aufsichtsaufgabe nicht mehr zufriedenstellend erfüllen kann. Aufgrund dieses Berichts

—
2009

hat das SJD erste Massnahmen ergriffen, um die festgestellten Mängel zu beheben, namentlich durch die temporäre Anstellung eines Buchhalters mit eidg. Fachausweis.

2.2 Vorsorgeeinrichtungen

Die Vorsorgeeinrichtungen schützen ihre Mitglieder gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Invalidität und Tod. Falls sie die obligatorische berufliche Vorsorge gemäss BVG durchführen, müssen sie im kantonalen Register für die berufliche Vorsorge, das vom Amt geführt wird, eingetragen werden. Die nicht registrierten Vorsorgeeinrichtungen und -stiftungen (Zusatzeinrichtungen, patronale Stiftungen, Wohlfahrtsfonds) unterstehen ebenfalls der Aufsicht des Amtes.

Im Rahmen seiner Aufsichtstätigkeit prüft das Amt insbesondere die Übereinstimmung der reglementarischen Bestimmungen mit den gesetzlichen Vorschriften, fordert von den Vorsorgeeinrichtungen und -stiftungen (nachstehend: «Vorsorgeeinrichtungen») jährlich Berichterstattung, nimmt Einsicht in die Berichte der Kontrollstelle und des Experten für berufliche Vorsorge, trifft Massnahmen zur Behebung von Mängeln und beurteilt Streitigkeiten betreffend die Informationsrechte der versicherten Person.

Bei den aktiven Vorsorgeeinrichtungen hat das Amt hauptsächlich Verfügungen über Statutenänderungen erlassen und hat die Dokumente ihrer jährlichen Berichterstattung analysiert.

Die oft komplexen Gesamtliquidationen von Vorsorgeeinrichtungen haben das Amt weiterhin erheblich in Anspruch genommen. Das Amt hat insbesondere 13 Aufhebungsverfügungen und 18 Lösungsverfügungen erlassen.

In verschiedenen Dossiers der aktiven oder in Liquidation stehenden Vorsorgeeinrichtungen mussten Aufsichtsmaßnahmen getroffen werden, um die Interessen der Versicherten zu wahren.

Am 31. Dezember 2009 beaufsichtigte das Amt insgesamt 113 Vorsorgeeinrichtungen. Die gesamte Bilanzsumme der aktiven Vorsorgeeinrichtungen belief sich auf rund 4,9 Milliarden Franken, wovon 2,7 Milliarden Franken auf die öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen entfielen.

Die Folgen der Finanzkrise haben sich auf den Deckungsgrad der Vorsorgeeinrichtungen ausgewirkt. So befanden sich 27 Vorsorgeeinrichtungen per 31. Dezember 2008 in Unterdeckung. Diese Einrichtungen wurden im Jahre 2009 vom Amt mit besonderem Augenmerk beaufsichtigt.

Die Vorlage zur Strukturreform in der beruflichen Vorsorge, die zurzeit im Parlament diskutiert wird und insbesondere die Stärkung der Aufsicht durch Kantonalisierung und Regionalisierung der direkten Aufsicht zum Gegenstand hat, dürfte nicht ohne

Folgen für das Amt bleiben. In diesem Zusammenhang könnten Annäherungen oder eine interkantonale Zusammenarbeit in Erwägung gezogen werden.

X. AMT FÜR GESETZGEBUNG

Vorsteher: *Denis Loertscher*

1. Aufgaben

Die Aufgaben des GeGA bestehen darin, auf die Einheitlichkeit und die Qualität der freiburgischen Gesetzgebung zu achten, den Zugang der Öffentlichkeit und der Verwaltung zur Gesetzgebung auf dem neuesten Stand zu fördern, die Texte der allgemeinen Gesetzgebung zu erarbeiten und die Funktion eines Rechtsdienstes des Grossen Rates und des Staatsrates wahrzunehmen. Ausserdem verwaltet das GeGA die Systematische Gesetzessammlung des Kantons Freiburg (SGF) und betreibt es die Datenbank der freiburgischen Gesetzgebung (BDLF).

2. Tätigkeit

2.1 Ordentliche Tätigkeit

2.1.1 Unterstützung bei der Ausarbeitung der Spezialgesetzgebung

Das GeGA unterstützte die Direktionen und Dienststellen auf verschiedene Arten bei der Ausarbeitung der Spezialgesetzgebung.

Es prüfte rund vierzig Erlassentwürfe und teilte das Ergebnis seiner Prüfung der zuständigen Direktion mit. Zu erwähnen sind insbesondere die Gesetzes- bzw. Reglementsentwürfe über den Sport, die Organisation der Justiz, das Einwohnerregister, die Ausübung der Prostitution, die Videoüberwachung, die Gemeindefusionen, die Wirtschaftsförderung, die Mutterschaftszulagen sowie die Raumplanung und das Bauwesen.

Das GeGA war in mehreren Ausschüssen und Arbeitsgruppen vertreten.

Es gab den Direktionen und Dienststellen regelmässige Auskünfte zu gesetzestechnischen Aspekten ihrer Entwürfe.

Schliesslich hat es verschiedene Entwürfe im Auftrag der betreffenden Direktion ausgearbeitet (vgl. unten, Punkt 2.2.3).

—
2009

2.1.2 Verbreitung der Gesetzgebung

Das GeGA besorgte die Nachführungen Nrn. 41 und 42 der SGF (mit 110 bzw. 67 berührten Texten), die den Stand der Gesetzgebung am 1. Januar und am 1. Juli 2009 wiedergaben. Es gab ausserdem das Register 2009 der SGF heraus. Ferner führte es wöchentlich eine aktualisierte Ergänzung zu den halbjährlichen SGF-Inhaltsverzeichnissen nach.

Es führte die BDLF in beiden Amtssprachen zwölfmal nach. Ende Jahr war die BDLF auf dem Stand vom 1. Dezember 2009; zudem waren die früheren Fassungen bis zurück zum 1. Juli 1996 abrufbar. Die französische Version der BDLF ist viermal auf einer DVD der Genfer Staatskanzlei erschienen, die insbesondere das Bundesrecht auf Französisch und die Gesetzgebungen der französischsprachigen Kantone und des Tessins enthält.

Es kontrollierte die Neuauflage von 4 Einzelausgaben nachgeführter Erlasse.

Das GeGA betreibt Internet- und Intranet-Sites, die zahlreiche Informationen über die freiburgische Gesetzgebung und Gesetzestexte bieten. Die Internet-Sites sind nahezu 700-mal pro Arbeitstag besucht worden.

2.1.3 Ausarbeitung von Entwürfen der allgemeinen Gesetzgebung

Neben dem Gesetzesentwurf über die Information und den Zugang zu Dokumenten (vgl. unten, Ziff. 2.2.2) hat das GeGA die Arbeiten im Hinblick auf eine allgemeine Revision des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch weitergeführt. Es hat insbesondere eine Vernehmlassung bei den Direktionen des Staatsrats durchgeführt und verschiedene Vorstudien erstellt.

2.1.4 Rechtsdienst und Verschiedenes

Das GeGA verfasste mehrere Studien und Gutachten zuhanden des Sekretariats des Grossen Rates, des Staatsrats und der Kantonsverwaltung. Zudem hat es die Entwürfe zu Antworten auf mehrere Vernehmlassungen des Bundes erarbeitet.

Es erteilte regelmässig Auskünfte über die freiburgische Gesetzgebung.

Es besorgte die deutsche Übersetzung der Entwürfe, die es ausgearbeitet hat.

Das GeGA ist im Redaktionsausschuss der Freiburger Zeitschrift für Rechtsprechung (FZR) vertreten. Es leistet fachliche Unterstützung bei der Herausgabe der einzelnen Hefte der Zeitschrift und erstellt deren Jahresverzeichnis. Ausserdem stellt es auf sei-

ner Website verschiedene Dokumente im Zusammenhang mit der Zeitschrift, insbesondere regelmässig nachgeführte Mehrjahresregister, zur Verfügung.

Im Rahmen der Weiterbildung des Staatspersonals leitete der Amtsvorsteher ein Seminar zur allgemeinen Einführung ins Recht, und der stellvertretende Amtsvorsteher erteilte den neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Staates einen Kurs über den Begriff des Staates und die drei Staatsgewalten.

Der Vorsteher des GeGA nahm weiterhin regelmässig als Gast an den Sitzungen der Konferenz der Generalsekretäre teil.

Das GeGA führt zahlreiche Aufgaben im Zusammenhang mit dem Einsatz der Informatik innerhalb des Amtes selbst durch, so die Installierung von Programmen, die Weiterbildung des Personals sowie die Entwicklung von Makrobefehlen und Dokumentvorlagen für die Textverarbeitung.

Mehrere Angehörige des GeGA nahmen an Fachtagungen oder Weiterbildungskursen teil.

Schliesslich hat der stellvertretende Amtsvorsteher für die FZR eine Abhandlung mit dem Titel «L'abolition de la torture et de la peine de mort dans le canton de Fribourg – Chronique législative d'une histoire mouvementée» verfasst.

2.2 Besondere Ereignisse

—

2.2.1 Allgemeine Umsetzung der neuen Verfassung

Das GeGA ist massgeblich an der Umsetzung der neuen Verfassung beteiligt. Der Amtsvorsteher und ein dafür eingestellter Mitarbeiter sind Mitglieder des Leitungsausschusses. Sie nehmen die Projektleitung und das Sekretariat des Ausschusses wahr. In dieser Eigenschaft bereiten sie die Dossiers vor und begleiten die Arbeiten, sind sie Bindeglieder zwischen dem Leitungsausschuss und den Direktionen, betreiben sie eine Internetseite und eine Intranetsite und kontrollieren sie die Haushaltsführung.

Im Frühjahr ist die Planung der Umsetzungsarbeiten angepasst worden. Diese Anpassung bot zudem die Gelegenheit, den Realisierungsstand der Rechtsetzungsvorhaben zu ermitteln.

Wegen des Rückstands verschiedener Projekte ist die Organisation, die zur Sicherstellung der Umsetzung der Verfassung geschaffen wurde, vom Staatsrat bis Ende 2011 verlängert worden.

2.2.2 Projekte zur Umsetzung der Verfassung

Das GeGA hat den Gesetzesentwurf über die Information und den Zugang zu Dokumenten (InfoG) während der parlamentarischen Phase begleitet, die am 9. September 2009 zur Verabschiedung

—
2009

des Gesetzes führte. Es erarbeitete eine Studie über die Umsetzung des InfoG und wirkte an den Massnahmen zur Information über dieses Gesetz mit.

2.2.3 Ausarbeitung von Entwürfen im Auftrag

Das GeGA war in verschiedenen Eigenschaften an der Ausarbeitung des Justizgesetzes beteiligt, das die Gerichtsorganisation und die Anwendung der neuen schweizerischen Verfahrensgesetze für Zivil- und Strafprozess regeln wird. So war es in der Expertenkommission vertreten, erstellte die Synthese der Vernehmlassungsergebnisse und wirkte an der Fertigstellung des endgültigen Entwurfs und der Botschaft mit. Ausserdem führte es die Arbeiten zur Anpassung der ganzen kantonalen Gesetzgebung an das neue Gesetz durch.

Es wirkte an den Arbeiten der parlamentarischen Kommission mit, die zur Verabschiedung des Gesetzes vom 11. September 2009 über die interkantonalen Verträge (VertragsG) führten, insbesondere durch die Abfassung des Gesetzesentwurfs und des Kommentars dazu.

Es erarbeitete den Gesetzesentwurf über die Ausübung der Prostitution. Es erstellte den Vorentwurf und den Bericht, der in die Vernehmlassung gegeben wurde, erstellte die Synthese der Vernehmlassungsergebnisse und verfasste den endgültigen Entwurf und die Botschaft. Es begleitete den Entwurf vor der parlamentarischen Kommission. Ausserdem erstellte es den Jahresbericht über die Bekämpfung des Menschenhandels.

Nach der Erstellung der Synthese der Vernehmlassungsergebnisse wirkte es an der Ausarbeitung des Gesetzesentwurfs über die Einwohnerkontrolle mit, die zur Gesetzesnovelle vom 16. November 2009 geführt hat.

Es wirkte am Erlass der Richtlinien vom 27. April 2009 über die Dauer der Aufbewahrung und die Beseitigung der Polizeidaten mit.

Es setzte die Arbeiten an einem Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutz fort. Zusammen mit dem gleichnamigen Büro stellte es den Gesetzesentwurf und den erläuternden Bericht fertig, die Anfang 2010 in die Vernehmlassung gehen sollen.

2.2.4 Leistungsorientierte Führung (LoF)

Der Vorsteher des GeGA wirkte intensiv an der Vorstudie mit, aufgrund der das GeGA als zentraler Dienst der leistungsorientierten Führung unterstellt werden soll. Der Entscheid des Staatsrats ist für das Jahr 2010 vorgesehen.

2.2.5 Planung der Rechtsetzungsvorhaben 2007–2011

Das GeGA hat zusammen mit den Direktionen die Projektfichen der rund 75 Rechtsetzungsvorhaben nachgeführt, die das Regierungsprogramm der Legislaturperiode 2007–2011 aufführt oder die später dazu gekommen sind. Es hat für den jährlichen Tätigkeitsbericht des Staatsrats den Stand der Realisierung dieser Vorhaben Ende 2008 zusammengestellt.

XI. AMT FÜR STRASSENVERKEHR UND SCHIFFFAHRT

Direktor: Marc Rossier

1. Auftrag

Das ASS ist verantwortlich für die Zulassung von Personen und Fahrzeugen zum Strassenverkehr. Es werden zurzeit ungefähr 210'000 Fahrer und ebenso viele Fahrzeuge gezählt. Auch die Schifffahrt (Zulassung der Schiffsführer und der Schiffe) gehört zu seinem Tätigkeitsgebiet. Zudem erhebt das ASS die Fahrzeug- und Schiffsteuer im Auftrag des Kantons Freiburg. Das ASS ahndet Widerhandlungen gegen das Strassenverkehrsgesetz; die Massnahmen werden durch die Kommission für Administrativmassnahmen ausgesprochen.

Früher war das «Automobil-Büro» eine Dienststelle der Kantonsverwaltung Freiburg. Seit 1997 tritt das ASS als selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt auf. Es erwirtschaftet einen Jahresumsatz von 18 Millionen Franken und zählt 80 Mitarbeitende. Der Hauptsitz ist in Freiburg; je eine Zweigstelle befindet sich in Bulle und Domdidier.

2. Tätigkeiten

Die Tätigkeit des ASS bildet Gegenstand eines besonderen Berichtes. Dieser Bericht kann beim ASS, Postfach 192, 1707 Freiburg, bezogen oder unter www.ocn.ch heruntergeladen werden.

—
2009**XII. KANTONALE GEBÄUDEVERSICHERUNG**

*Direktor: Pierre Ecoffey***1. Auftrag**
—

Die Kantonale Gebäudeversicherung (KGV) ist als selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt des Staates beauftragt, alle auf dem Gebiet des Kantons Freiburg stehenden Gebäude zu versichern und die geeigneten Massnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von Brand- und Elementarschäden zu treffen.

Basierend auf dem Prinzip der Versicherung auf Gegenseitigkeit versichert die KGV über 111 000 Gebäude mit einem gesamten Versicherungswert von rund 71,2 Milliarden Franken.

Der Auftrag der Prävention und Bekämpfung erfordert eine jährliche Investition von über 12 Millionen Franken, was fast einem Drittel der bezogenen Prämien entspricht. Im Jahre 2009 musste die KGV für Schäden von über 130 Millionen Franken aufkommen, insbesondere nach dem verheerenden Hagel vom 23. Juli 2009.

2. Tätigkeiten
—

Die Tätigkeiten der KGV bilden Gegenstand eines besonderen Berichts. Dieser Bericht kann bei der KGV, Maison-de-Montenach 1, Postfach 486, 1701 Freiburg, bezogen oder unter www.ecab.ch heruntergeladen werden.

XIII. ANSTALTEN VON BELLECHASSE

*Direktor: Philippe Tharin***1. Aufgabe**
—

Die Anstalten von Bellechasse (AB) sind beauftragt, Freiheitsstrafen und Massnahmen in Anwendung des Strafgesetzbuches zu vollziehen. Im Rahmen des Konkordats über den Straf- und Massnahmenvollzug an Erwachsenen empfangen die AB Insassen für den Vollzug von Urteilen, in offenem oder halboffenem Regime, die von den Justizbehörden der Westschweiz und des Tessins ausgesprochen wurden. Sie beherbergen im Heim Tannenhof auch Personen im fürsorgerischen Freiheitsentzug. Insgesamt verfügen die AB über eine Kapazität von 159 Plätzen.

2. Tätigkeiten
—

Die Tätigkeiten der AB sind Gegenstand eines eigenen Berichts, der bei den Anstalten von Bellechasse, Postfach 1, 1786 Sugiez bestellt werden kann.

XIV. KANTONALE AUFSICHTSBEHÖRDE FÜR DATENSCHUTZ

*Präsident der Kommission: Johannes Froelicher**Datenschutzbeauftragte: Dominique Nouveau Stoffel***1. Aufgabe**
—

Das freiburgische Gesetz über den Datenschutz (DSchG) bezweckt den Schutz der Grundrechte von Personen, über die öffentliche Organe Daten bearbeiten. Die kantonale Aufsichtsbehörde überwacht die Anwendung dieses Gesetzes, berät die öffentlichen Organe und informiert die betroffenen Personen über ihre Rechte.

2. Besonderer Bericht
—

Die Tätigkeit der Kantonalen Aufsichtsbehörde für Datenschutz ist Gegenstand eines besonderen Berichts. Dieser Bericht kann bezogen werden bei der Kantonalen Aufsichtsbehörde für Datenschutz, Liebfrauenplatz 8, Postfach, 1701 Freiburg. Tel. 026 305 50 08. E-Mail: secretariatprd@fr.ch.

—
2009

XV. PERSONALBESTAND

BEHÖRDEN – DIREKTIONEN Finanzstellen		Rechnung 2009 VZÄ	Rechnung 2008 VZÄ	Differenz VZÄ
SICHERHEIT UND JUSTIZ		797.96	776.97	20.99
ZENTRALVERWALTUNG		696.28	677.35	18.93
300 / JPMS	Generalsekretariat	7.93	7.19	0.74
3301 / SPRD	Kantonale Aufsichtsbehörde für Datenschutz	1.59	1.22	0.37
3302 / SFPP	Amt für die Aufsicht über die Stiftungen und die berufliche Vorsorge	2.64	2.45	0.19
3303 / OLEG	Amt für Gesetzgebung	5.57	5.83	-0.26
3305 / JUST	Amt für Justiz	4.72	4.72	
3315 / MIPU	Staatsanwaltschaft	8.60	8.45	0.15
3330 / POCO	Amt für Gewerbepolizei	3.50	3.41	0.09
3335 / PETR	Amt für Bevölkerung und Migration	34.61	33.76	0.85
3345 / POLI	Kantonspolizei	561.83	546.68	15.15
3355 / SPEN	Amt für Straf- und Massnahmenvollzug und Gefängnisse	28.92	27.37	1.55
3370 / PATR	Amt für Bewährungshilfe	6.89	5.73	1.16
3375 / MILI	Amt für Militär und Bevölkerungsschutz	13.38	12.94	0.44
3385 / PROT	Zivilschutz	16.10	17.60	-1.50
BESONDERE SEKTOREN, SONSTIGE ANSTALTEN		101.68	99.62	2.06
3365 / EBEL	Anstalten von Bellechasse	99.70	97.62	2.08
3382 / LACN	Lager in Schwarzsee	1.98	2.00	-0.02



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Direction des institutions, de l'agriculture et des forêts DIAF
Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft ILFD

WWW.FR.CH/DIAF

Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft ILFD

—
2009

I. DIREKTION UND GENERALSEKRETARIAT	1	X. NUTZTIERVERSICHERUNGSANSTALT, SANIMA	53
1. Aufgaben	1	1. Aufgaben	53
2. Tätigkeit	1	2. Tätigkeit	54
3. Aussenbeziehungen	5		
4. Streitsachen	7	XI. PERSONALBESTAND	54
5. Gesetzgebung	7		
II. AMT FÜR ZIVILSTANDSWESEN UND EINBÜRGERUNGEN (ZEA)	8		
1. Aufgabe	8		
2. Tätigkeit	8		
III. AMT FÜR GEMEINDEN (GemA)	11		
1. Aufgaben	11		
2. Tätigkeit	11		
IV. AMT FÜR LANDWIRTSCHAFT (LWA)	13		
1. Aufgaben	13		
2. Tätigkeit	13		
V. AMT FÜR LEBENSMITTELSICHERHEIT UND VETERINÄRWESEN (LSVW)	20		
1. Aufgabe	20		
2. Tätigkeit	20		
VI. AMT FÜR WALD, WILD UND FISCHEREI (WALDA)	32		
1. Aufgaben	32		
2. Wald	32		
3. Jagd, Wild und Fischerei	37		
VII. OBERÄMTER	40		
1. Aufgaben	40		
2. Tätigkeit	40		
VIII. BÜRO FÜR DIE GLEICHSTELLUNG VON FRAU UND MANN UND FÜR FAMILIENFRAGEN (GFB)	50		
1. Aufgaben	50		
2. Tätigkeit	50		
IX. LANDWIRTSCHAFTLICHES INSTITUT DES KANTONS FREIBURG (LIG)	51		
1. Aufgaben	51		
2. Tätigkeit	52		

—
2009

I. DIREKTION UND GENERALSEKRETARIAT¹

Direktionsvorsteher: Pascal Corminbœuf
Generalsekretär: Claude Yerly

1. Aufgaben

Im Rahmen ihrer in Artikel 45 des Gesetzes vom 16. Oktober 2001 über die Organisation des Staatsrates und der Verwaltung (SVOG) definierten allgemeinen Funktionen ist die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft (ILFD) in den Bereichen Institutionen (Verfassung, Beziehungen zwischen Kirchen und Staat, Sprachen, Oberämter, Gemeinden, Zivilstandswesen, Einbürgerungen, Gleichstellung von Frau und Mann), Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen, Nutztierversicherung sowie Wald, Wild und Fischerei tätig. Sie hat so die Tätigkeiten der folgenden 5 ihr unterstellten Verwaltungseinheiten geleitet, begleitet und kontrolliert:

- > des Amtes für Zivilstandswesen und Einbürgerungen (ZEA)
- > des Amtes für Gemeinden (Gema)
- > des Amtes für Landwirtschaft (LwA)
- > des Amtes für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (LSVW)
- > des Amtes für Wald, Wild und Fischerei (WaldA)

wie auch der folgenden ihr administrativ zugewiesenen Einheiten, nämlich

- > des Landwirtschaftlichen Instituts des Kantons Freiburg in Grangeneuve (LIG)
- > der Oberämter
- > des Büros und der kantonalen Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen (GFB)
- > der Behörde für Grundstückverkehr (BGV)
- > der Verwaltung der Staatsreben (VSR)
- > der Nutztierversicherungsanstalt (SANIMA)

2. Tätigkeit

2.1 Ordentliche Tätigkeit

2.1.1 Entscheidungs- und Unterstützungsaufgaben

Im Rahmen der Gesetzgebung, mit deren Umsetzung sie beauftragt ist, hat die ILFD die Entscheide in ihrem Zuständigkeitsbereich gefällt, insbesondere in den Bereichen Zivilstandswesen, Aufsicht über die Gemeinden, Förderung der Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen Produkte, Tätigkeiten zur Erhaltung der Waldfläche, zur Förderung von Holz und Holzbau sowie der Aufsicht über Fauna und Flora.

Das Generalsekretariat hat seinerseits gemäss Artikel 50 des Gesetzes über die Organisation des Staatsrates in seiner Funktion als Stabstelle Unterstützungsaufgaben bei der Leitung und der Geschäftsführung der Direktion wahrgenommen, vor allem indem es an der Entscheidungsfindung und der Umsetzung verschiedener Projekte mitwirkte. Es untersuchte und prüfte für den Direktionsvorsteher zahlreiche Geschäfte, die dem Staatsrat unterbreitet wurden, vor allem Geschäfte aus Zuständigkeitsbereichen anderer Direktionen.

2.2 Besondere Tätigkeit

2.2.1 Umsetzung der Kantonsverfassung

Der Leitungsausschuss unter dem Präsidium des Vorstehers der ILFD hat wie in den Vorjahren die Entwicklung der Anpassung an die Gesetzgebung verfolgt. Gemäss dem Staatsratsbeschluss vom 23. März 2009, der es als notwendig erachtet, die Organisationsmassnahmen von 2005 weiterzuführen, setzt der Leitungsausschuss seine Arbeit bis spätestens Ende 2011 fort. Im Jahr 2009 hat der Grosse Rat folgende Erlasse verabschiedet: das Gesetz über eine Teilrevision des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte und des Gesetzes über die Gemeinden, das Gesetz über die Information und den Zugang zu Dokumenten, das Gesetz über die interkantonalen Verträge und das Gesetz über den interkommunalen Finanzausgleich, das dem obligatorischen Finanzreferendum untersteht und über das in der Volksabstimmung vom 7. März 2010 abgestimmt wird. Im Dezember 2009 hat der Staatsrat dem Grossen Rat ausserdem einen Gesetzesentwurf über die Justiz überwiesen und hat während dem Berichtsjahr bewilligt, dass ein Vorentwurf des Gesetzes über die Förderung von Gemeindezusammenschlüssen und ein Vorentwurf des Gesetzes über den Natur- und Landschaftsschutz in die Vernehmlassung gegeben werden. Von den 76 Projekten, die in der definitiven Arbeitsplanung für die Umsetzung der Kantonsverfassung vorgesehen sind, konnten bis Ende 2009 49 (64%) abgeschlossen werden.

¹ Die Zahlen des Tätigkeitsberichts 2008 stehen in ().

—
2009

2.2.2 Umfassende Familienpolitik

Von den Tätigkeiten des Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen (GFB) ist insbesondere die Weiterarbeit an der verstärkten Information durch Computernetzwerke zu erwähnen. Das GFB hat ausserdem an den Sitzungen des Lenkungsausschusses und der Arbeitsgruppe «Betreuung der Kinder im Vorschulalter» teilgenommen. Es hat insbesondere ein «Porträt der Freiburger Familien – eine statistische Annäherung» herausgegeben.

Schliesslich hat der Staatsrat im Rahmen der Umsetzung der Reorganisation der Funktionen beim Staat Freiburg beschlossen, das GFB der Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD) zuzuweisen, damit die Synergien mit den Ämtern dieser Direktion, in deren allgemeine Zuständigkeit der Bereich Familie fällt, besser genutzt werden können.

2.2.3 Territoriale Strukturen und Wahlkreise

Die Projektorganisation in diesem Bereich, für die die Direktion zuständig ist, hat die Arbeiten im Rahmen des ihr vom Staatsrat übertragenen Auftrags fortgeführt.

In der zweiten Studienphase hat die Projektkommission die Machbarkeit einer Bildung von 3 Bezirken untersucht, das Gesetz über die Oberamtswahlkreise insbesondere unter dem Aspekt ihrer Zuständigkeiten revidiert und die Wahlkreise neu eingeteilt. Die Projektkommission hat 5 Sitzungen abgehalten. Sie hat dem Lenkungsausschuss einen Bericht unterbreitet. Der Lenkungsausschuss hat dem Staatsrat seine Stellungnahme zukommen lassen.

2.2.4 Zivilstandswesen und Einbürgerungen

Die elektronische Erfassung der Zivilstandsdaten in der Datenbank «Infostar» wurde weitergeführt, konnte jedoch nicht abgeschlossen werden.

Gemäss aktuellen Diskussionen beabsichtigt der Bund, das Informatiksystem «Infostar», das von den Kantonen entwickelt und finanziert wurde, zu übernehmen.

Die Arbeiten zur Digitalisierung der Register haben begonnen. Damit können allgemeine Zivilstandsdaten auf einem Datenträger abgerufen werden.

Was die Einbürgerungen betrifft, so fanden die ersten Empfänge der neuen Bürgerinnen und Bürger im Sinne des Gesetzes vom 15. November 1996 über das freiburgische Bürgerrecht statt.

2.2.5 Gemeinden

Das Gesetz über den interkommunalen Finanzausgleich wurde vom Grossen Rat in der Novembersession angenommen. Es ist Gegenstand der Volksabstimmung vom März 2010.

Um eine neue Etappe von Gemeindezusammenschlüssen zu lancieren, wurde ein Gesetzesvorentwurf ausgearbeitet und in die Vernehmlassung gegeben. Die Antworten wurden in einem Synthesebericht zusammengefasst. Die Überprüfung des Vorentwurfs anhand der Bemerkungen und neuen Vorschläge, die insbesondere vom Freiburger Gemeindeverband gemacht wurden, ist im Gang.

2.2.6 Landwirtschaft

Der im Jahr 2008 gemäss dem Landwirtschaftsgesetz vom 3. Oktober 2006 erstellte vierjährige Bericht wurde dem Grossen Rat unterbreitet, der davon Kenntnis genommen hat. Der Bericht Landwirtschaft und Umwelt, der in Zusammenarbeit mit der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion (RUBD) erstellt wurde, ist veröffentlicht worden. Diese wichtige Studie beurteilt die getroffenen Massnahmen und ihre Umsetzung. Sie zeigt ausserdem die Ziele der verschiedenen betroffenen Bereiche und die Massnahmen, die es dabei zu treffen gilt, an.

2.2.7 Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen

Die Umsetzung des Gesetzes vom 13. Juni 2007 über die Lebensmittelsicherheit, das namentlich den Zusammenschluss des Veterinäramts und des Kantonalen Laboratoriums vorsieht, wird fortgeführt. Es wurde ein Organigramm des neuen Amtes mit der Verteilung der Aufgaben auf die Abteilungen erstellt.

2.2.8 Wald und Wild

Die Bildung von Revierkörperschaften ist abgeschlossen. In einer allgemeinen Beurteilung erhielt diese Organisation zufriedenstellende Noten für die Waldbewirtschaftung, die ökonomischen Gesichtspunkte und für die Umsetzung von Massnahmen von öffentlichem Interesse. Die Ausführung der Programmvereinbarungen, die beschränkte finanzielle Unterstützung durch den Bund, die verstärkte Zusammenarbeit bei der Ausführung von Aufgaben oder die Anpassung der Ziele der Waldpolitik sind jedoch Elemente, die es rechtfertigen, dass über die Einführung von Statuten für die Forstorganisation nachgedacht wird. Es wurde daher eine Studie in dieser Richtung initiiert.

2.2.9 Analyse der staatlichen Leistungen (ASL)

Mit Ausnahme des Amtes für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (LSVW) haben alle Ämter ihre Leistungen analysiert und die ersten Vorschläge gemäss dem vom Staatsrat verabschiedeten Katalog umgesetzt.

—
2009

Beim Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (LSVW) ist die Leistungsanalyse im Rahmen des Zusammenschlusses des Veterinärwesens und des Kantonalen Laboratoriums im Gang.

2.2.10 Deponie La Pila

Zusammen mit dem Amt für Wald, Wild und Fischerei war die Direktion stark in die Arbeiten im Hinblick auf die Sanierung der Deponie und die Beseitigung der PCB-Verschmutzung der Saane miteinbezogen, vor allem was die fischereiliche Bewirtschaftung und die Verhängung eines Fischereiverbots im betroffenen Abschnitt der Saane angeht.

Die Deponie La Pila war 2009 Gegenstand der folgenden Detailuntersuchungen: einer geostatistischen Studie, einer Modellierung der Hydrogeologie und der Schadstoffflüsse sowie einer Beurteilung der vorherigen Sanierungsmassnahmen, insbesondere im Sektor 3 der Deponie. Die Deponie wurde ausserdem überwacht. Die Gewässer, Sedimente und Fische der Saane (bei Invua), des Perolles-Sees und des Schiffensees wurden weiterhin untersucht.

Was die Bauarbeiten auf dem Gelände betrifft, so ist zu erwähnen, dass gewisse Sofortmassnahmen zur Sanierung ergriffen wurden. Dabei handelt es sich um den Bau von Stützwänden und den Materialaushub an den am meisten gefährdeten Stellen.

Schliesslich wurde die Projektstruktur angepasst und es sind Gespräche im Gange mit den Fahrenen in Châtillon, um ihre nächste Umsiedlung sicherzustellen.

2.3 Politische Rechte

Auf Antrag der ILFD erliess der Staatsrat im Hinblick auf die Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg für die für 2009 vorgesehenen Urnengänge die folgenden Beschlüsse.

2.3.1 Kantonale Abstimmungen

- › Beschluss vom 1. Dezember 2008 zur Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zur kantonalen Volksabstimmung vom Sonntag, 8. Februar 2009, über folgende Vorlagen:
 - + Gesetzesinitiative «Gerechte Steuerrückerstattung für alle»;
 - + Beitrag des Staats an die Gemeinden für die Einführung des zweiten Kindergartenjahres.
- › Beschluss vom 30. Juni 2009 zur Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zur kantonalen Volksabstimmung vom Sonntag, 27. September 2009, über das Gesetz vom 9. Oktober 2008 zur Änderung des Gesetzes über die Ausübung des Handels.

2.3.2 Eidgenössische Abstimmungen

- › Beschluss vom 1. Dezember 2008 zur Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zur eidgenössischen Volksabstimmung vom Sonntag, 8. Februar 2009, über folgende Vorlage:
 - + Bundesbeschluss vom 13. Juni 2008 über die Genehmigung der Weiterführung des Freizügigkeitsabkommens zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten sowie über die Genehmigung und die Umsetzung des Protokolls über die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Bulgarien und Rumänien.
 - › Beschluss vom 31. März 2009 über die Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zur eidgenössischen Volksabstimmung vom Sonntag, 17. Mai 2009, über folgende Vorlagen:
 - + Verfassungsartikel vom 3. Oktober 2008 «Zukunft mit Komplementärmedizin»;
 - + Bundesbeschluss vom 13. Juni 2008 über die Genehmigung und Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EG) Nr. 2252/2004 über biometrische Pässe und Reisedokumente (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands).
 - › Beschluss vom 30. Juni 2009 zur Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zur eidgenössischen Volksabstimmung vom Sonntag, 27. September 2009, über folgende Vorlagen:
 - + Bundesbeschluss vom 13. Juni 2008 über eine befristete Zusatzfinanzierung der Invalidenversicherung durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze, geändert durch den Bundesbeschluss vom 12. Juni 2009 über die Änderung dieses Beschlusses;
 - + Bundesbeschluss vom 19. Dezember 2008 über den Verzicht auf die Einführung der allgemeinen Volksinitiative.
 - › Beschluss vom 22. September 2009 über die Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zur eidgenössischen Volksabstimmung vom Sonntag, 29. November 2009, über folgende Vorlagen:
 - + Beschluss vom 3. Oktober 2008 zur Schaffung einer Spezialfinanzierung für Aufgaben im Luftverkehr;
 - + Volksinitiative vom 21. September 2007 «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten»;
 - + Volksinitiative vom 8. Juli 2008 «Gegen den Bau von Minaretten».
- Die Ergebnisse dieser Abstimmungen befinden sich im Kapitel über die Tätigkeit der Staatskanzlei.

—
2009

2.4 Dem Generalsekretariat zugewiesene Einheiten

2.4.1 Jugendrat

- Auftrag

Gemäss dem Jugendgesetz vom 12. Mai 2006 ist der Jugendrat (JR) der ILFD administrativ zugewiesen. Diese erteilt ihm die für seine Arbeit nötigen Mittel. Der JR hat namentlich den Auftrag, die Jugendlichen bei den politischen und Verwaltungsbehörden des Kantons Freiburg zu vertreten.

- Tätigkeit

Im Frühling 2009 haben die Mitglieder des JR bei der Ausarbeitung der Verordnung über die Arbeitsweise des JR mitgewirkt. Die Verordnung vom 13. Mai 2009, die die Arbeitsweise des JR sowie seine Organisation und Zusammensetzung grundlegend festlegt, hat zum Ziel, dieses Organ wieder zu beleben, da es seit einigen Jahren an Nachfolgern gefehlt hatte. Nach Inkrafttreten der Verordnung wurde eine Kampagne gestartet, mit dem Ziel, den Jugendrat bei den Jugendlichen bekannt zu machen. In der Stadt Freiburg und an strategischen Orten im Kanton wurden Plakate angebracht, so etwa an Bahnhöfen und Bushaltestellen. Die Rekrutierungskampagne war erfolgreich: Am 31. Juli hat die ILFD 27 Mitglieder gewählt, 3 Personen (die das 16. Lebensjahr noch nicht erreicht haben) wurden zu Stellvertretern ernannt. Anlässlich der Sitzung des Rates am 19. September, an der zwei Staatsräte anwesend waren, wurden die Mitglieder des Büros für ein Jahr gewählt.

Im Herbst hat der JR eine neue Website aufgeschaltet sowie den Voranschlag 2010 vorbereitet und darüber abgestimmt. Im Hinblick auf die eidgenössischen Abstimmungen vom 29. November hat sich der JR gegen die Antiminarett-Initiative ausgesprochen. Das Büro hat mehrere Arbeitsgruppen gebildet (die Gruppe Veranstaltung, die für die Organisation von Debatten an den Schulen verantwortlich ist; die Gruppe Raumplanung; die Gruppe Zweisprachigkeit mit der Aufgabe, die Zweisprachigkeit an den Schulen des Kantons zu fördern, und die Gruppe Informatik und Marketing). Die ersten Projekte der Arbeitsgruppen wurden an der Sitzung vom 12. Dezember gutgeheissen. Am selben Tag wurde das neue Reglement des JR angenommen, das die Verordnung vom 13. Mai ergänzt. Ausserdem hat der Rat sein Versammlungslokal an der Rue du Pont-Muré 24 in Freiburg möbliert und eingerichtet.

2.4.2 Behörde für Grundstückverkehr (BGV)

Präsident: Henri Nuoffer

- Aufgaben

Die Behörde für Grundstückverkehr (BGV) ist in ihrer Eigenschaft als erstinstanzliche Verwaltungsbehörde mit der Anwendung des Bundesgesetzes vom 4. Oktober 1991 über

das bürgerliche Bodenrecht (BGBB) beauftragt. Zudem ist sie gemäss dem Ausführungsgesetz vom 24. Februar 1987 zum Bundesgesetz über die landwirtschaftliche Pacht (AGLPG) für Gesuche betreffend die Pachtdauer, die Festlegung des höchstzulässigen Pachtzinses, die Bewilligung einer parzellenweisen Verpachtung des landwirtschaftlichen Gewerbes sowie Einsprachen gegen landwirtschaftliche Pachtzinse zuständig.

- Tätigkeit

Die der BGV unterbreiteten Dossiers wurden in 17 (17) Plenarsitzungen (249 (267) Entscheide) und jeweils einer Sitzung pro Woche mit reduziertem Mitgliederbestand (465 (425) Präsidialentscheide) behandelt.

Bürgerliches Bodenrecht (BGBB)

Die BGV hat 517 (508) Gesuche erfasst, davon betrafen:

- > 319 (299) die Bewilligung von Realteilungen (Art. 58 Abs. 1 BGBB), Zerstückelungen (Art. 58 Abs. 2 BGBB) und den Erwerb von landwirtschaftlichen Gewerben oder Grundstücken (Art. 60 BGBB);
- > 117 (126) die Unterstellung von Grundstücken in der Landwirtschaftszone unter das bürgerliche Bodenrecht;
- > 54 (58) die Festsetzung des höchstzulässigen Preises (Art. 66 BGBB);
- > 5 (3) eine Bewilligung zur Überschreitung der Belastungsgrenze (Art. 76 Abs. 2 BGBB).

Landwirtschaftliche Pacht (LPG)

Die BGV hat 65 (66) Gesuche erfasst, davon betrafen:

- > 16 (24) eine Verkürzung der Pachtdauer;
- > 14 (9) die Festsetzung des höchstzulässigen Pachtzinses;
- > 8 (9) die parzellenweise Verpachtung von landwirtschaftlichen Gewerben;
- > 21 (18) Genehmigungen des Pachtzinses von landwirtschaftlichen Gewerben;
- > 6 (6) Einsprachen des Amtes für Landwirtschaft gegen den Pachtzins.

In 4 (7) Fällen wurde beim Verwaltungsgericht Beschwerde eingelegt.

2009

2.4.3 Verwaltung der Staatsreben

Verwalter: *Jacques Clément*, seit 1. April 2009, als Nachfolger für *Pascal Krayenbuhl*.

- Aufgaben

Die Verwaltung der freiburgischen Staatsreben (VSR) ist für die Verwaltung der Rebgrüter des Staates in technischer, gewerblicher und administrativer Hinsicht zuständig. Sie ist der ILFD zugewiesen.

- Tätigkeit

Die VSR verwaltet die Rebgrüter des Staates und übernimmt den Absatz und den Verkauf der weinbaulichen Erzeugnisse. Sie sorgt für die Erhaltung des Weinbauerbes des Kantons Freiburg und kontrolliert die Arbeiten an den Reben und in den Weinkellern. Aufgabe der VSR ist vor allem die Verwaltung des Lagerbestandes und der Verkäufe sowie die Buchhaltung und die Betreuung der Debitoren.

Die Weinlese in den beiden Gebieten ergab folgende Mengen:

Lavaux

Geerntete Menge:

> Faverges weiss	85 060 l junger Wein (90 200)
> Ogoz (nur weisse Trauben)	13 250 l junger Wein (10 060)
> Faverges rot	43 700 l junger Wein (41 000)

Verkauf der letzten Ernte:

> Faverges weiss 2008	68 870 l Wein (82 310)
> Ogoz 2008	8 660 l Wein (9 360)
> Faverges rot 2007	35 090 l Wein (29 330)

Bestand am 31.12.2009:

> Faverges weiss 2008	13 180 Flaschen (7 610)
> Ogoz 2008	2 000 Flaschen (6 510)
> Faverges rot 2007	7 880 Flaschen (2 770)
> Faverges rot 2008	36 620 l (28 840)

Der gesamte Rotwein des Rebgruts Faverges 2008 wird im Frühling 2010 in Flaschen abgefüllt und im Laufe des Jahres verkauft.

Der gesamte Rotwein des Rebgruts Faverges 2009 wird im Frühling 2011 in Flaschen abgefüllt und im Laufe des Jahres verkauft.

Vully

Geerntete Menge:

> Etat de Fribourg weiss	12 900 l junger Wein (12 700)
> Château de Mur weiss	14 520 l junger Wein (14 850)
> Etat de Fribourg rot	5 800 l junger Wein (4 900)
> Château de Mur rot	11 400 l junger Wein (11 700)

Verkauf der letzten Ernte:

> Etat de Fribourg weiss 2008	9 490 l Wein (9 210)
> Château de Mur weiss 2008	14 520 l Wein (7 180)
> Etat de Fribourg rot 2008	2 050 l Wein (1 900)
> Château de Mur rot 2008	6 550 l Wein (4 730)

Bestand am 31.12.2009:

> Etat de Fribourg weiss 2008	4 590 Flaschen (1 995)
> Château de Mur weiss 2008	470 Flaschen (2 530)
> Etat de Fribourg rot 2008	4 070 Flaschen (1 930)
> Château de Mur rot 2008	7 360 Flaschen (3 530)

3. Aussenbeziehungen

3.1 Konferenz der kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandswesen (KAZ)

Diese Konferenz trat im Laufe des Jahres einmal zusammen, nämlich an ihrer Jahresversammlung am 23. und 24. August 2009 in Zug. Es wurden vor allem die folgenden Themen behandelt:

- > die Überlegungen zum Status der Datenbank «Infostar» wurden fortgeführt; es konnte keine definitive Entscheidung getroffen werden, es bleibt somit weiterhin offen, ob es zu einem Transfer dieser Datenbank oder zur Bildung einer interkantonalen Organisation kommt;
- > die Einrichtung eines Sekretariats der Konferenz der kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandswesen wurde verschoben;
- > die Harmonisierung der Register in Zusammenhang mit der Einführung der neuen AHV-Nummern.

—
2009

3.2 Konferenz Kantonaler Landwirtschaftsdirektoren

Die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft (ILFD) war durch ihren Vorsteher nicht nur an den Sitzungen, sondern auch im Vorstand dieser Konferenz vertreten. Es wurden die folgenden Kernthemen behandelt:

- > die Revision des eidgenössischen Raumplanungsgesetzes;
- > die Statusänderung der Hochschule für Landwirtschaft in Zollikofen (Auflösung des interkantonalen Konkordats und Übernahme der Schule durch den Kanton Bern);
- > die Entwicklung des Direktzahlungssystems;
- > die Weiterführung der Subventionen für den Viehexport;
- > die Situation und die Entwicklung des Milchmarkts;
- > das Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union in den Bereichen Landwirtschaft und Ernährung.

3.3 Schweizerische Vereinigung für die Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums (AGRIDEA)

Die Schweizerische Vereinigung für die Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums, deren Präsidium der Vorsteher der ILFD innehat, koordiniert auf nationaler Ebene die beiden Zentralen für landwirtschaftliche Beratung in Lindau und Lausanne. Es wurden die folgenden Kernthemen behandelt:

- > die Diskussionen über das landwirtschaftliche Wissenssystem wurden fortgeführt;
- > der Reorganisationsprozess der AGRIDEA mit dem Ziel, für beide Zentralen eine gemeinsame Geschäftspolitik und eine Organisationsstruktur zu erarbeiten;
- > die Ausarbeitung der Strategie AGRIDEA 2012–2015;
- > die Leistungsvereinbarung zwischen AGRIDEA und dem Bundesamt für Landwirtschaft (BLW);
- > die Zusammenarbeit zwischen AGRIDEA und Agroscope im Rahmen der neuen Zeitschrift über die Schweizer Landwirtschaft.

3.4 Schweizerische Hochschule für Landwirtschaft (SHL)

Die Schweizerische Hochschule für Landwirtschaft, deren Präsidium der Vorsteher der ILFD innehat, hat sich insbesondere mit den folgenden Fragen befasst:

- > der Auflösung des Hochschulkonkordats und die juristische Unterstützung der neuen Schule;
- > dem Erweiterungsbau auf dem Campus;
- > der Organisation der FH;
- > der Bachelor-Reform 2010.

3.5 Zuckerfabriken Aarberg+Frauenfeld AG

Der Vorsteher der ILFD ist Mitglied des Verwaltungsrats des Unternehmens. Der Verwaltungsrat hat die laufenden Angelegenheiten behandelt und sich auch intensiv mit der Zuckerkrise in der Schweiz beschäftigt.

3.6 Konferenz der kantonalen Forstdirektoren

Auf der Tagesordnung der Sitzungen dieser Konferenz, deren Mitglied der Vorsteher der ILFD ist, standen die folgenden Schwerpunkte:

- > die Revision des eidgenössischen Waldgesetzes;
- > die Revision des eidgenössischen Raumentwicklungsgesetzes;
- > die Biodiversität in der Schweiz, insbesondere im Waldsektor;
- > die parlamentarische Initiative über die Flexibilisierung der Waldflächenpolitik;
- > Struktur und Inhalt der Datenbank über die Waldreservate.

3.7 Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK)

Der Vorsteher der ILFD ist als Beauftragter der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) Mitglied der tripartiten Agglomerationskonferenz (TAK). 2009 hat die Konferenz folgende wichtige Angelegenheiten behandelt:

- > die Entwicklung der Ausländerintegrationspolitik;
- > den Beitrag der Agglomerationspolitik zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz;
- > die Entwicklung von Modellvorhaben Agglomerationspolitik.

—
2009

4. Streitsachen

Die Direktion beurteilt Beschwerden gegen Entscheide der ihr unterstellten Dienststellen, d.h. vor allem Entscheide des Amts für Zivilstandswesen und Einbürgerungen, des Amts für Landwirtschaft, des Amts für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen und des Amts für Wald, Wild und Fischerei. Sie beurteilt auch andere Beschwerden, für die sie gemäss Gesetz zuständig ist.

> Beschwerdeentscheide:	22
> Einspracheentscheide:	1
> Haftpflichtfälle:	2
> Aufsichtsbeschwerden:	1
> Verschiedene:	8

Ein Beschwerdeentscheid ist bei einer höheren Instanz hängig, 7 Beschwerden bei der Direktion.

5. Gesetzgebung

Die Gesetze, Dekrete, Verordnungen und Reglemente in den Bereichen, die in die Zuständigkeit der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft fallen, sind in der Reihenfolge ihrer Veröffentlichung in der Amtlichen Sammlung des Kantons Freiburg (ASF) geordnet:

5.1 Gesetze und Dekrete

- > Gesetz vom 11. Februar 2009 über eine Teilrevision des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte und des Gesetzes über die Gemeinden
- > Dekret vom 11. Februar 2009 über einen Verpflichtungskredit für Daueranlagen in Staatswäldern
- > Dekret vom 24. März 2009 über die Einbürgerungen
- > Dekret vom 16. Juni 2009 über die Einreichung einer Standesinitiative bei der Bundesversammlung (Verlängerung des Moratorium für den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen)
- > Dekret vom 18. Juni 2009 über die Einbürgerungen
- > Dekret vom 9. September 2009 über die Einbürgerungen
- > Gesetz vom 9. September 2009 über die Information und den Zugang zu Dokumenten (InfoG)
- > Gesetz vom 16. November 2009 über den interkommunalen Finanzausgleich (IFAG)
- > Dekret vom 18. Dezember 2009 über die Einbürgerungen

5.2 Verordnungen und Reglemente

- > Verordnung vom 9. Februar 2009 über die Schulgelder, die Gebühren und die übrigen Kosten im Bereich Bildungsleistungen des Landwirtschaftlichen Instituts des Kantons Freiburg (LIG-GebV)
- > Verordnung der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft vom 26. März 2009 über die Aufsichtsregionen für die Tier- und Pflanzenwelt, die Jagd und die Fischerei
- > Verordnung vom 31. März 2009 zur Änderung der Verordnung über die Prämien und Gebühren für die Entsorgung tierischer Abfälle
- > Verordnung vom 31. März 2009 zur Änderung der Ausführungsverordnung zum Gesetz über die Nutztiersversicherung
- > Verordnung vom 31. März 2009 über die Prämien der Sanima und die Höchstbeträge des Schätzwerts der versicherten Tiergattungen für die jährliche Versicherungsperiode
- > Verordnung vom 7. April 2009 über die Sömmerungsbedingungen
- > Reglement vom 19. Mai 2009 über das freiburgische Bürgerrecht (BRR)
- > Verordnung vom 19. Mai 2009 über die Verwaltungsgebühren für Einbürgerungen
- > Verordnung der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft vom 13. Mai 2009 über die Organisation und die Arbeitsweise des Jugendrates
- > Verordnung vom 15. Juni 2009 zur Änderung des Reglements über die Ausübung der Jagd
- > Verordnung vom 15. Juni 2009 über die Ausübung der Jagd in den Jahren 2009, 2010 und 2011
- > Verordnung vom 15. Juni 2009 zur Änderung der Verordnung über die Wildschutzgebiete
- > Rahmenvereinbarung vom 24. März 2009 zwischen der Israelitischen Kultusgemeinde des Kantons Freiburg und dem Staat

—
2009

Freiburg über die Ausübung der israelitischen Seelsorge in den staatlichen Anstalten

- › Verordnung vom 30. Juni 2009 über die Regulierung des Steinwildbestands im Jahr 2009
- › Ausführungsreglement der Interkantonalen Kommission für die Fischerei im Neuenburgersee vom 24. April 2009 zum Konkordat über die Fischerei im Neuenburgersee
- › Reglement der Interkantonalen Kommission für die Fischerei im Neuenburgersee vom 24. April 2009 über die Ausübung der Fischerei im Neuenburgersee in den Jahren 2010, 2011 und 2012
- › Vereinbarung vom 2. Juni 2009 und vom 18. Juni 2009 zwischen den Kantonen Bern und Freiburg über die Fischerei in den Grenzgewässern der Sense und Saane
- › Ausführungsverordnung vom 7. Juli 2009 zum kantonalen Plan zur Stützung der Wirtschaft und zur Krisenbewältigung im Kanton Freiburg betreffend die Revitalisierung der Alpwirtschaft
- › Verordnung vom 5. Oktober 2009 zur Änderung des Landwirtschaftsreglements
- › Verordnung der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft vom 1. Oktober 2009 über die Reben und den Wein
- › Verordnung der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft vom 1. Oktober 2009 über die Organisation und die Arbeitsweise der Kommission für die Degustation von Weinen mit kontrollierter Ursprungsbezeichnung
- › Reglement vom 24. November 2009 über die Ausübung der Patentfischerei in den Jahren 2010, 2011 und 2012
- › Verordnung vom 24. November 2009 über die Versteigerung und die Verpachtung der Fischereilosse für die Jahre 2010–2015
- › Verordnung vom 14. Dezember 2009 über das Pilzreservat La Chanéaz, Gemeinde Montagny, Staatswald La Chanéaz

II. AMT FÜR ZIVILSTANDSWESEN UND EINBÜRGERUNGEN (ZEA)

Amtsvorsteher: Jean-Pierre Coussa

1. Aufgabe

—
Im Bereich des Zivilstandswesens besteht die Hauptaufgabe des ZEA im Vollzug der diesbezüglichen gesetzlichen Bestimmungen. In dieser Funktion muss das Amt alle Zivilstandsereignisse, die sich im Kanton Freiburg ereignen oder die im Ausland wohnhafte Freiburgerinnen und Freiburger betreffen, erfassen. Die Erfassung der Zivilstandsereignisse erfolgt über das Betriebssystem Infostar, das Eigentum der Kantone ist und dessen Wartung und Betrieb durch den Bund im Auftrag der Kantone gewährleistet werden.

Im Bereich der Einbürgerungen besteht die Hauptaufgabe des Amtes in der Prüfung und administrativen Betreuung der Einbürgerungsgesuche zu Händen der Bundes-, Kantons- und Gemeindebehörden. In diesem Rahmen ist das Amt in alle ordentlichen und erleichterten Einbürgerungsverfahren einbezogen, die den Kanton Freiburg als Wohnsitzkanton und/oder Heimatkanton der Gesuchstellenden betreffen. Wie üblich hat das Amt im Berichtsjahr eng mit den Gemeinden des Kantons zusammengearbeitet. Ansonsten blieben die wichtigsten Partner des Amtes dieselben, d.h. einerseits die Migrationsbehörden und andererseits die verschiedenen Dienststellen, die insbesondere im Rahmen von Einbürgerungen Informationen an das Amt weitergeben.

2. Tätigkeit

—
Im Verlauf des Jahres 2009 hat sich das Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen (ZEA) mit folgenden Geschäften befasst:

2.1 Bereiche im Zivilstandswesen

2.1.1 Zivilstandsurkunden mit Auslandbezug

Es wurden folgende Geschäfte vorgenommen:

› Einschreibungen von Zivilstandsurkunden aus dem Ausland (Art. 23 der eidgenössischen Zivilstandsverordnung vom 28. April 2006, ZStV)	1 245 (1 153)
› verweigerte Einschreibungen	7 (9)
› Mitteilungen von Zivilstandsfällen, die sich im Kanton ereigneten und Ausländer betreffen, an das Ausland (Art. 54 ZStV)	111 (177)
› Mitteilungen von Zivilstandsfällen, die sich im Kanton ereigneten und Ausländer betreffen, an das Amt für	

2009

Bevölkerung und Migration
(Art. 28 des Ausführungsreglements über
den Zivilstandsdienst) 1 598 (1 734)

> Überweisung von Zivilstandsdokumenten von
im Ausland wohnhaften Schweizerinnen und
Schweizern an das Eidgenössische Amt für
das Zivilstandswesen 62 (97)

2.1.2 Eheschliessungen

Es wurden folgende Tätigkeiten ausgeführt:

> Ehefähigkeitszeugnisse, ausgestellt an Kantonsbürger
im Ausland (Art. 75 ZStV) 26 (26)

> Prüfung der Akten für Eheschliessungsverfahren
bei ausländischen Verlobten (Art. 16 ZStV) 451 (453)

> zurückgezogene Eheschliessungsverfahren 14 (28)

2.1.3 Eingetragene Partnerschaften

> Prüfung der Akten im Hinblick auf eine eingetragene
Partnerschaft 7 (16)

> zurückgezogene eingetragene Partnerschaft 1 (0)

2.1.4 Anerkennungen

Folgende Aktivitäten sind betroffen:

> Prüfung der Dokumente bei Anerkennung von
Kindern (Art. 11 und 16 ZStV) 70 (72)

> Annullierung der Anerkennung 0 (1)

2.1.5 Zivilstandsänderungen

Es wurden folgende Tätigkeiten ausgeführt:

> Berichtigungen, Streichungen und Ergänzungen in
den Einzel- und den Familienregistern
(Art. 43 ZGB und 29 ZStV) 55 (69)

> Entscheide und Berichtigungen durch das Gericht
(Art. 42 ZGB und 30 ZStV) 9 (4)

> verweigte Berichtigungen 1 (2)

> verschiedene Weisungen betreffend den
Zivilstandsdienst 136 (188)

> Bearbeitung und Vorbereitung von Adoptionsakten
(Art. 264 ff. ZGB):
a) bewilligt durch die ILFD 23 (27)
b) zurückgezogene Gesuche 1 (0)

> Familien- und Vornamensänderungen (Art. 30 ZGB) :
a) bewilligt durch das ZEA 150 (124)
b) zurückgezogene Gesuche 15 (12)
c) abgelehnte Gesuche 3 (0)

> Erklärungen über die Unterstellung des Namens
unter das Heimatrecht (Art. 37 Abs. 2 IPRG) 305 (328)

> Namenserklärungen 4 (2)

> Geschlechtsumwandlungen 0 (1)

2.1.6 Bürgerrecht

In Anwendung des Bundesgesetzes vom 29. September 1952 über
Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts (BüG) und des
Gesetzes vom 15. November 1996 über das freiburgische Bürger-
recht (BRG) wurden folgende Tätigkeiten ausgeführt:

> Prüfung der Zivilstandsdaten für die Wiederaufnahme in das
Schweizer- und Kantonsbürgerrecht
a) nach Art. 21, 23 und 58 BüG 12 (16)
b) nach Art. 21 BRG 7 (7)

> Prüfung der Zivilstandsdaten bei Einbürgerungs-
und Wiedereinbürgerungsgesuchen 345 (575)

> ordentliche Einbürgerungen (Art. 13 BüG) 261 (377)

> Einbürgerungen von Freiburgern in anderen Kantonen 1 (21)

> erleichterte Einbürgerungen
(Art. 27, 28 und 29 BüG) 300 (312)

> erleichterte Einbürgerungen (Art. 31a und 31b BüG) 14 (17)

> erleichterte Einbürgerungen (Art. 58a und 58c BüG) 90 (70)

> Einbürgerungen von Freiburgern in anderen
freiburgischen Gemeinden (Art. 36 BRG) 7 (6)

> Erklärungen über die Beibehaltung des freiburgischen
Bürgerrechts bei Einbürgerung in einen andern Kanton
(Art. 27 BRG) 1 (12)

> Ehrenbürgerrecht (Art. 42 und 43 BRG) 1 (1)

> Verlust des freiburgischen Bürgerrechts (Art. 27 BRG) 12 (21)

—
2009

› Verlust des Schweizer Bürgerrechts (Art. 9 und 10 BüG)	4 (0)
› Entlassung aus dem freiburgischen Bürgerrecht (Art. 28 und 29 BRG)	7 (12)
› Entlassung aus dem Bürgerrecht freiburgischer Gemeinden (Art. 39 BRG)	3 (4)
› Nichtigerklärungen der Einbürgerung (Art. 41 BüG)	7 (10)

2.1.7 Verschiedenes

› Bewilligungen zum Einholen von Zivilstandsangaben zu genealogischen Zwecken (Art. 59 ZStV)	33 (36)
› Suche nach einem Familienmitglied	4 (17)

2.1.8 Dezentralisierte Zivilstandsämter

2009 haben die dezentralisierten Zivilstandsämter folgende Ereignisse erfasst:

› Geburten	2 458 (2 435)
› Anerkennungen	650 (608)
› Eheschliessungen	1 437 (1 457)
› Todesfälle	1 924 (1 850)
› Ehescheidungen	601
› Eingetragene Partnerschaften	14 (35)

2.2 Bereich Einbürgerungen

2009 registrierte das Amt insgesamt 985 (1189) neue Dossiers (50 Gesuche sind noch nicht registriert).

2.2.1 Ordentliche Einbürgerungen

Der Grosse Rat entschied über 252 (377) Gesuche um ordentliche Einbürgerung, die sich folgendermassen verteilen:

Ausländische Staatsangehörige

1 Albanien	2 Kolumbien
2 Algerien	3 Kosovo
9 Angola	8 Kroatien
8 Äthiopien	1 Lettland
3 Belgien	1 Madagaskar
33 Bosnien-Herzegowina	16 Mazedonien

2 Brasilien	5 Niederlande
1 Burundi	6 Peru
4 Chile	7 Polen
1 China	48 Portugal
6 Demokratische Republik Kongo	1 Ruanda
24 Deutschland	2 Rumänien
2 Ecuador	3 Schweden
4 Eritrea	81 Serbien
27 Frankreich	7 Somalia
1 Griechenland	9 Spanien
1 Grossbritannien	3 Tunesien
1 Guatemala	24 Türkei
1 Iran	1 Ukraine
25 Italien	8 Vereinigte Staaten von Amerika
4 Kanada	3 Vietnam
5 Kapverden	

Schweizer Staatsangehörige aus dem Kanton

5 Bern	1 Sankt Gallen
2 Schaffhausen	

88 (156) dieser 252 (377) Gesuche wurden von Ausländer/innen der zweiten Generation gestellt.

Mit den Familienangehörigen, die in die Einbürgerungen einbezogen wurden, erwarben somit 412 (734) Personen das freiburgische Bürgerrecht, d.h. 252 (377) Ausländer/innen mit 57 (112) ausländischen Ehegatten und 103 (245) ausländischen Kindern.

Insgesamt wurden 80 Gesuche abgelehnt.

2.2.2 Kantonsbürgerrecht

Neben der Erteilung des freiburgischen Bürgerrechts an 8 (5) Schweizer Staatsangehörige durch den Grossen Rat hat der Staatsrat 7 (2) Schweizer Staatsangehörige wieder in das freiburgische Bürgerrecht aufgenommen und 7 (3) Personen aus dem freiburgischen Bürgerrecht entlassen.

2.2.3 Erleichterte Einbürgerungen

Gestützt auf die Stellungnahme der ILFD und in Anwendung des Bürgerrechtsgesetzes (BüG) hat das Bundesamt für Migration 404 (638) Gesuche um erleichterte Einbürgerungen behandelt. Die erleichterten Einbürgerungsverfahren verteilen sich auf:

300 (567) Gesuche um erleichterte Einbürgerungen ausländischer Ehegatten einer Schweizerin oder ausländischer Ehegattinnen eines Schweizlers (Art. 27 und 28 BüG);

—
2009

104 (107) Gesuche um erleichterte Einbürgerungen von vor 1985 geborenen ausländischen Kindern von mit einem ausländischen Staatsangehörigen verheirateten Schweizerinnen durch Abstammung (Art. 58a und 58c BüG) oder die nicht in die Einbürgerung eines Elternteils einbezogen werden konnten (Art. 31a und 31b BüG).

2.2.4 Wiedereinbürgerungen

12 (13) ehemalige Schweizer und Freiburger Staatsangehörige wurden auf den Entscheid des Bundesamts für Migration hin wieder in das Schweizer und Freiburger Bürgerrecht aufgenommen.

2.2.5 Nichtigerklärungen

7 (10) erleichterte Einbürgerungen wurden nach Anzeige durch den Kanton vom Bundesamt für Migration für nichtig erklärt.

33 (19) Fälle von Gesetzesmissbrauch und missbräuchlicher Eheschliessung wurden dem Bundesamt für Migration gemeldet.

III. AMT FÜR GEMEINDEN (GemA)

Amtsvorsteher: Gérald Mutrux

1. Aufgaben

Die Tätigkeit des Amts für Gemeinden (das Amt) liegt hauptsächlich in den Bereichen der Finanz- und Verwaltungsaufsicht über die Gemeinden und Gemeindeverbände, dies in Zusammenarbeit mit den Oberämtern. In diesem Rahmen berät das Amt die öffentlichen Gemeinwesen und erteilt Empfehlungen und Weisungen.

2. Tätigkeit

2.1 Gesetzgebungsarbeiten

Das Amt hat mehrere Gesetzgebungsarbeiten durchgeführt, namentlich:

- › eine Teilrevision des Gesetzes vom 25. September 1980 über die Gemeinden, die vom Grossen Rat am 11. Februar 2009 erlassen wurde und am 1. Juli 2009 in Kraft getreten ist;
- › die Ausarbeitung eines Vorentwurfs des Gesetzes über die Förderung der Gemeindezusammenschlüsse und das dazu

gehörende Vernehmlassungsverfahren, das vom 13. Juli 2009 bis am 15. Oktober 2009 dauerte;

- › die Totalrevision des Gesetzes vom 23. November 1989 über die Berechnung der Finanzkraft und die Klassifikation der Gemeinden; daraus ergab sich das Gesetz über den interkommunalen Finanzausgleich, das vom Grossen Rat am 16. November 2009 erlassen wurde und dem obligatorischen Finanzreferendum unterstellt ist.

Das Amt hat auf informeller Basis auch bei der Ausarbeitung mehrerer Gesetzesentwürfe anderer Einheiten mitgearbeitet, was gelegentlich mit beträchtlichem zeitlichem und personellem Aufwand verbunden war.

2.2 Prüfung der Rechnungen/Voranschläge und Verschuldungskontrolle

Das Amt kontrolliert für alle Gemeinden, Gemeindeverbände und öffentlich-rechtlichen Gemeindeanstalten die formelle Richtigkeit der Voranschläge und Rechnungen und ihr finanzielles Gleichgewicht. Es stellt für alle Gemeinden, Gemeindeverbände und öffentlich-rechtlichen Gemeindeanstalten die gesetzlich festgelegte Verschuldungsgrenze fest. Diese Grenze basiert auf der Summe der Finanzierungsermächtigungen, wobei die im Gemeindegesetz vorgeschriebenen Schuldentilgungsverpflichtungen berücksichtigt werden. Die Kontrolle der rechtlichen Verschuldungsgrenze wurde anhand der auf den 31. Dezember 2008 erstellten Bilanzen auf den neuesten Stand gebracht.

2.3 Berechnung der Finanzkraft

Das Amt berechnet für alle Gemeinderechnungen den durchschnittlichen Reingewinn, die Investitionskapazität und die Finanzindikatoren. Das Amt wurde häufig von den Gemeinden für Beratungen zu den Ergebnissen von Finanzanalysen, zu Indikatoren, zur gesetzlichen Verschuldungskontrolle, zu Budgetanalysen und zur Rechnungsprüfung angefragt.

2.4 Finanzierungsbewilligungen

Das Amt hat 148 Finanzierungsbewilligungen für durch Darlehen finanzierte Ausgaben, die eine Erhöhung der Kreditlimite bewirken, Bürgschaften und Nutzungsänderungen von Spezialfonds erteilt.

2.5 Kontrolle der Gemeindesteuerfüsse

Das Amt hat die Mitteilungen zu Änderungen der Gemeindesteuerfüsse registriert und an die Betroffenen weitergeleitet. Es hat auch Entwürfe für Staatsratsbeschlüsse zur Genehmigung von Steuerfüssen über 100 % der einfachen Kantonssteuer vorbereitet.

—
2009

2.6 Statistiken

Alle statistischen Tabellen werden im Statistischen Jahrbuch des Kantons Freiburg publiziert. Weitere Statistiken werden nach Bedarf und auf Anfrage der Dienststellen der kantonalen Verwaltung und des Bundes erstellt. Gewisse statistische Daten stehen im Übrigen auf der Website des Amtes für Gemeinden zur Verfügung.

2.7 Prüfung von Gemeindeverbandsstatuten

Das Amt kontrollierte bei 9 Statuten von Gemeindeverbänden, ob diese dem kantonalen und eidgenössischen Recht entsprechen. Es bereitet in diesem Zusammenhang die Genehmigungsgesuche zuhanden der zuständigen Behörden vor.

2.8 Prüfung von und Stellungnahmen zu Gemeindereglementen

Das Amt hat 159 Stellungnahmen zu Gemeindereglementen zuhanden der zuständigen Direktionen abgegeben. Es hat eine Vorprüfung sowie eine Schlussprüfung der besagten Reglemente vorgenommen. Für Reglemente, für die die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft zuständig ist, hat es zudem die Genehmigungsentscheide vorbereitet.

2.9 Ausarbeitung von Revisionsformularen

Das Amt stellt die folgenden Formulare zur Verfügung: «Periodische Kontrolle der Bilanzwerte» und «Rechnungsprüfung durch externe Stellen». Diese Formulare werden regelmässig auf den neuesten Stand gebracht.

2.10 Rechtliche Auskünfte

Das Amt wurde sowohl von den Gemeinden als auch von den Oberämtern und Dienststellen der Kantonsverwaltung wiederholt um Stellungnahmen zur Auslegung gewisser gesetzlicher Bestimmungen der Gesetzgebung über die Gemeinden gebeten.

2.11 Ausbildungskurse

Das Amt beteiligte sich an der Entwicklung und der Erteilung der Ausbildung für das Personal der Gemeindeverwaltungen auf Deutsch, einer Ausbildung, die von der Hochschule für Wirtschaft im Auftrag der Personalverbände im Sense- und im Seebezirk organisiert wurde. Es hat verschiedene Kursunterlagen entwickelt und in Ausbildungseinheiten unterrichtet, namentlich in Fachkursen für Gemeindeschreiber und Basiskursen für Kassiere, die 2009 stattfanden. Alle Kurse wurden mit einer mündlichen und schriftlichen Prüfung abgeschlossen. Die Arbeiten im Rahmen der interkantonalen Ausbildung für Gemeindeschreiber

(BE-FR-JU-NE-VD) wurden auch 2009 fortgesetzt. 2009 fand das zweite Modul des dritten Ausbildungsganges statt, das ebenfalls mit einer Prüfung abgeschlossen wurde; eine Mitarbeiterin des Amtes wirkte sowohl bei den Ausbildungseinheiten als auch bei den Prüfungen mit.

2.12 Informations- und Ausbildungsveranstaltungen

Das Amt wurde mehrmals gebeten, an Informationsveranstaltungen für die Gemeinden zu verschiedenen Themen teilzunehmen (Gemeindezusammenschlüsse, Finanzausgleich, Verfügungsverfügung).

2.13 Kommissionen und Arbeitsgruppen

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Amt für Gemeinden wirkten in den folgenden Vorständen, Kommissionen und Arbeitsgruppen mit:

- > Vorstand und Sekretariat der Konferenz der kantonalen Aufsichtsbehörden über die Gemeindefinanzen;
- > Begleitgruppe der Abteilung «Kommunalpolitik» des Institut de Hautes Etudes en administration publique;
- > Koordinationskommission für die periodische Überprüfung der Subventionen;
- > Kommission für Schulbauten;
- > Lenkungsausschuss «Reform der Freiburger Gesundheitsstrukturen»;
- > Lenkungsausschuss des Projekts «Analysen der staatlichen Leistungen»;
- > Lenkungsausschuss «Betreuung der Kinder im Vorschulalter»;
- > Lenkungsausschuss NFA (Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen);
- > Arbeitsgruppe «Territoriale Strukturen»;
- > Arbeitsgruppe «Website der Oberämter und Gemeindeverzeichnisse»;
- > Arbeitsgruppe «Gewässergesetz»;
- > Arbeitsgruppe «Kantonales Konzept der präklinischen Notfallversorgung»;
- > Direktionsübergreifende Arbeitsgruppe – Agglomerationsprogramme;

—
2009

- > Kommission für die Aus- und Weiterbildung des Verwaltungspersonals der Gemeinden des Sense- und des Seebezirks;
- > Arbeitsgruppe «Umfassende Politik zugunsten Betagter – Senior+»;
- > Arbeitsgruppe «Investitions- und Finanzierungskosten der Pflegeheime»;
- > interkantonale Koordinationsgruppe HRM2.

2.14 Beziehungen zwischen den Kirchen und dem Staat

2009 ist die kantonale Kommission für Fragen der Anstaltsseelsorge zweimal zusammengetreten. Sie war weiterhin im Wesentlichen damit beschäftigt, Leistungsvereinbarungen für jede staatliche Anstalt, für die sich die Frage der Seelsorge stellt, auszuarbeiten. Am 31. Dezember 2009 waren alle Leistungsvereinbarungen unterzeichnet.

Das Projekt für eine Rahmenvereinbarung über die Ausübung der israelitischen Seelsorge in den staatlichen Anstalten konnte ebenfalls abgeschlossen werden. Diese Vereinbarung wurde am 24. März 2009 vom Staatsrat verabschiedet und ist am 1. Juni 2009 in Kraft getreten.

Die Arbeitsgruppe INFRI ist 2009 dreimal zusammengetreten. Das Ziel dieser Sitzungen bestand darin, eine einheitliche Regelung für die römisch-katholische und die evangelisch-reformierte Anstaltsseelsorge zu finden. Es wurde ein Vorentwurf einer Rahmenvereinbarung ausgearbeitet, der gegenwärtig diskutiert wird.

IV. AMT FÜR LANDWIRTSCHAFT (LWA)

Amtsvorsteher: Jean-Paul Meyer (bis 31.03.09), Pascal Krayenbuhl (ab 01.04.09)

1. Aufgaben

Das Amt für Landwirtschaft unterstützt die freiburgische Landwirtschaft durch Finanzhilfen und Beratung in den Bereichen:

- > Strukturverbesserungen, landwirtschaftliche Gebäude inbegriffen,
- > soziale Begleitmassnahmen,
- > Förderung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, der Zucht und des Weinbaus,

- > Massnahmen zum Schutz von Boden, Wasser und zur Luftreinhaltung.

Es verwaltet die Direktzahlungen und die Sömmerungsbeiträge. Es kontrolliert und anerkennt die Landwirtschaftsbetriebe. Es sorgt für den Schutz landwirtschaftlicher Böden im Rahmen von Bau und Raumplanung und arbeitet beim Vollzug des landwirtschaftlichen Pachtrechts mit.

2. Tätigkeit

2.1 Örtliche Landwirtschaftsverantwortliche

Gemäss dem Landwirtschaftsgesetz vom 3. Oktober 2006 (LandwG) werden örtliche Landwirtschaftsverantwortliche eingesetzt, die den Auftrag haben, auf lokaler Ebene bei der Ausführung der Verwaltungsaufgaben in den verschiedenen Bereichen der Landwirtschaft mitzuarbeiten.

Am 31. Dezember 2009 waren im ganzen Kanton 161 Personen zu örtlichen Landwirtschaftsverantwortlichen ernannt.

2.2 Landwirtschaftliche Pacht

Das Amt für Landwirtschaft ist gemäss Ausführungsgesetz vom 24. Februar 1987 zum Bundesgesetz über die landwirtschaftliche Pacht zur Einsprache gegen den Pachtzins für landwirtschaftliche Grundstücke befugt. Es hat im Jahr 2009 70 landwirtschaftliche Pachtverträge behandelt, davon 50 Pachtverträge für Grundstücke von Gemeinden. Gegen 23 Pachtverträge, oder 33% der behandelten Verträge, erhob es Einsprache.

2.3 Beitragswesen

Die folgenden Beiträge wurden gewährt:

• Bundesbeiträge:				
Beitragsart	Anzahl Betriebe		Beiträge in tausend Franken	
Flächenbeiträge	2 929	(2 992)	91 092	(88 866)
Beiträge für die Haltung Raufutter verzehrender Nutztiere	2 630	(2 673)	39 381	(27 178)
Beiträge für die Haltung Raufutter verzehrender Nutztiere unter erschwerten Produktionsbedingungen	1 660	(1 689)	20 557	(11 967)
Allgemeine Hangbeiträge	1 387	(1 406)	2 771	(2 788)
Hangbeiträge für Rebflächen	17	(18)	27	(26)

2009

Total der allgemeinen Direktzahlungen	2009	2008	153 828	130 825
Beiträge für den ökologischen Ausgleich	2 929	(2 969)	6 772	(6 876)
Beiträge für die extensive Produktion von Getreide und Raps	1 090	(1 143)	2 237	(2 323)
Beiträge für den biologischen Landbau	109	(113)	820	(861)
Beiträge für besonders tierfreundliche Stallhaltungssysteme	1 451	(1 407)	5 537	(5 284)
Beiträge für den regelmässigen Auslauf von Nutztieren im Freien	2 363	(2 398)	14 080	(13 978)
Beiträge für Sömmerungs- und Hirtenbetriebe	587	(610)	7 649	(7 207)
Beitrag Gewässerschutz	56	(54)	490	(301)
Beiträge für die ökologische Qualität, biologische Qualität	287	(254)	273	(246)
Beiträge für die ökologische Qualität, Vernetzung	577	(567)	905	(820)
Beiträge für die ökologische Qualität, biologische Qualität/ Vernetzung	175	(158)	332	(298)
Beitrag für die Luftreinhaltung	5	(0)	77	(0)
	2009		39 172	
Total der Ökobeiträge	2008		38 194	
	2009	1 217	4 931	
Ackerbaubeiträge	2008	1 111	4 169	
Total Bundesbeiträge		197 931	(173 188)	

• Kantonsbeiträge:

Sömmerungsbeiträge	49	(48)	200	(190)
Beiträge Gewässerschutz	56	(54)	106	(81)
Beiträge für die ökologische Qualität, biologische Qualität	287	(254)	68	(61)
Beiträge für die ökologische Qualität, Vernetzung	577	(567)	226	(205)
Beiträge für die ökologische Qualität, biologische Qualität/Vernetzung	175	(158)	83	(75)
Beiträge für die Ackerbaumethoden zum Schutz landwirtschaftlicher Böden	69	(47)	164	(176)

Total Kantonsbeiträge	2009	2008	847	788
-----------------------	------	------	-----	-----

• Bemerkungen

Bei der Höhe der Beiträge gab es zwischen 2008 und 2009 beachtliche Änderungen. Allgemein lässt sich ein deutlicher Anstieg der allgemeinen Direktzahlungen und der Ackerbaubeiträge beobachten, die die Preissenkungen bei landwirtschaftlichen Produkten teilweise kompensieren sollen. Die Ökobeiträge blieben stabil.

Das Projekt zur Aktualisierung der Bodenbedeckung, beziehungsweise der landwirtschaftlichen Nutzfläche, geht in die Endphase. Die Gemeinden Wünnewil-Flamatt, Bösinggen, Romont, Rue, Farvagny und Sorens wurden kontrolliert und es wurde eine Konsultation durchgeführt.

2.4 Anerkennung von Betrieben

2009 sind 84 Entscheide über die Anerkennung von Betrieben, bzw. die Widerrufung der Ankerkennung gefällt worden. 24 Betriebsgemeinschaften wurden gebildet und 23 aufgelöst, 11 Betriebszweiggemeinschaften wurden gebildet und 13 aufgelöst und 13 neue einfache Betriebe wurden anerkannt.

2.5 Rindviehzucht

2009 hat der Kanton 416 500 Franken für spezifische Massnahmen zur Förderung der freiburgischen Rindviehzucht gewährt. Hinzu kommen 610 780 Franken für den Absatz von Schlachtvieh über die Nutztierversicherungsanstalt (Sanima).

Die Bezirksklubs und -vereine erhielten vom Kanton eine bedeutende Unterstützung für die Ausbildung der Züchter und die Organisation von Veranstaltungen, wie die regionalen Ausstellungen, sowie für die Förderung von Hochleistungskühen. Die Unterstützung für die Analysen der Milchqualität wurde beibehalten, um die Qualität der freiburgischen Produkte zu fördern.

Drei Grossanlässe im Kanton Freiburg erhielten ebenfalls Finanzhilfe vom Kanton, nämlich:

- > Expo Bulle. An der nationalen Milchviehausstellung der Rassen Holstein und Red Holstein wurden am 28. und 29. März 2009 rund 358 Qualitäts-Milchkühe ausgestellt.
- > Zuchtstiermarkt. Am kantonalen Zuchtstiermarkt vom 22. September 2009 wurden 381 Stiere ausgestellt. 176 Stiere wurden bei dieser Gelegenheit verkauft, davon 132 für die Zucht und 44 als Schlachtstiere.
- > JUNIOR-EXPO Bulle. An dieser von den Freiburger Jungzuchtern organisierten nationalen Ausstellung wurden vom 4. bis

2009

5. Dezember 2009 rund 700 Holstein und Red Holstein Qualitätsrinder und -kühe vorgeführt.

2.6 Pferdezucht

2009 hat der Kanton 35 000 Franken für spezifische Massnahmen zur Förderung der freiburgischen Pferdezucht gewährt.

2.7 Schweine-, Schaf- und Ziegenzucht

2009 hat der Kanton 84 000 Franken für spezifische Massnahmen zur Förderung der freiburgischen Kleinviehzucht gewährt.

Die kantonale Unterstützung für das Jahr 2009 belief sich auf 66 000 Franken für die Schaf- und Ziegenzucht und auf 18 000 Franken für die Schweinezucht. Die Hilfe für die Schweinezucht beschränkt sich ausschliesslich auf den Beitrag für den Gesundheitsdienst.

2.8 Weinbau

Die Rebfläche des Kantons Freiburg beläuft sich auf 116,9 ha (116,9 ha). Im Rahmen der Umsetzung der Bundesverordnung vom 14. November 2007 über den Rebbau und die Einfuhr von Wein wurden 5 (14) Gesuche um Umstellung von Rebflächen (Rodung der Rebsorten Chasselas und Müller-Thurgau und Ersatz durch andere Rebsorten) für eine Fläche von 5501 m² eingereicht.

Für die Weinlese 2009 wurden die Qualitätsnormen (Mindestzuckergehalt) und die Produktionsbeschränkung mit Entscheid der ILFD vom 30. Juni 2009 wie folgt festgesetzt:

	Produktionsbeschränkung	Mindestzuckergehalt (Öchslegrad)
Vully		
Chasselas:	1,200 kg/m ²	62°
andere weisse Rebsorten:	1,000 kg/m ²	62°
Pinot noir:	1,000 kg/m ²	70°
andere rote Rebsorten:	1,100 kg/m ²	70°
Cheyres		
weisse Rebsorten:	1,250 kg/m ²	62°
rote Rebsorten:	1,100 kg/m ²	70°

Nur die Trauben, die diese Kriterien erfüllen, erlauben die Herstellung von Weinen mit kontrollierter Ursprungsbezeichnung (AOC). Die gesamte Weinlese 2009 der Weinberge Vully und Cheyres erfüllte die Anforderungen für die kontrollierte Ursprungsbezeichnung.

Die Erträge der Weinlese 2009 fielen leicht höher aus als im Vorjahr. Der Gesamtertrag aller kantonalen Rebflächen beträgt für alle Rebsorten zusammen 1 133 368 kg. Was die Qualität betrifft, so war der in Öchslegrad gemessene Zuckergehalt aussergewöhn-

lich hoch und der Gesundheitszustand der Traubenernte hervorragend.

Die Ergebnisse der Weinlese sind wie folgt:

Vully	in kg	mittlerer Grad
Chasselas	571 934	77.36
Pinot noir	213 531	98.40
Gamay	10 830	91.69
Spezialitäten weiss	109 943	94.12
Spezialitäten rot	91 435	95.19
Cheyres		
Chasselas	46 185	76.20
Pinot noir	64 079	96.88
Spezialitäten weiss	8 264	90.22
Spezialitäten rot	17 167	94.66

2.9 Viehhandelspatente

Gestützt auf die interkantonale Übereinkunft vom 13. September 1943 über den Viehhandel wurden 54 Viehhandelspatente und 15 Vermittlerpatente abgegeben.

1 Kandidat hat am Einführungskurs für neue Händler teilgenommen.

Die Konsultativkommission für Taxation, bestehend aus einem Vertreter pro Bezirk und zwei Vertretern der Nutztiersicherungsanstalt (Sanima), hielt eine eintägige Sitzung ab. Sie setzte die Umsatzgebühren für die Viehhändler gestützt auf die Verordnung vom 31. März 2009 über die Prämien der Sanima für die jährliche Versicherungsperiode fest.

2.10 Absatzförderung und wirtschaftliche Entwicklung

Der Kanton trägt zur Entwicklung der Konkurrenzfähigkeit der freiburgischen Landwirtschaft bei durch:

- > Finanzhilfen für die Absatzförderung landwirtschaftlicher Erzeugnisse
- > Unterstützungsbeiträge
- > Veranstaltungen
- > Studien und vorbereitende Arbeiten.

In diesem Rahmen hat der Kanton für 34 Projekte Hilfen eingerichtet und insbesondere 300 000 Franken an die Association des produits du terroir, die wichtigste Koordinationsstelle für die Absatzförderung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, ausbezahlt.

—
2009

2.11 Raumplanung

Gemäss Artikel 11 des Ausführungsreglements vom 18. Dezember 1984 zum Raumplanungs- und Baugesetz vom 9. Mai 1983 wurden im Jahr 2009 zu folgenden Gesuchen Stellungnahmen abgegeben:

- › 115 (131) Baubewilligungsgesuche für Neubauten oder Umbauten von Wohnteilen in der Landwirtschaftszone und 104 (93) Gesuche in der Bauzone, dazu 32 (39) direkt von Landwirten oder Gemeinden gestellte Gesuche, die die Berechnung der Raumeinheiten oder verschiedene landwirtschaftliche Anlagen betreffen.
- › 276 (239) Baubewilligungsgesuche für Neubauten oder Umbauten von Ökonomiegebäuden, Schuppen, Hühnerställen, Plastiktunnels, Siedlungsgehöften, Alphütten, Biogasanlagen und Bauten im Zusammenhang mit nichtlandwirtschaftlichen Nebenbetrieben.
- › 91 (96) Dossiers über Ortsplanungen wurden geprüft. Es handelte sich entweder um Vorprüfungen, um Schlussprüfungen oder um Vorstudien im Hinblick auf die nächste Revision der Ortsplanung.

2.12 Umwelt- und Naturschutz

2.12.1 Bodenschutz

Baubewilligungen. Gemäss der Verordnung vom 20. August 2002 über den Bodenschutz hat das Amt für Landwirtschaft 114 (86) Baubewilligungsgesuche für die Landwirtschaftszone betreffend Arbeiten mit qualitativem oder quantitativem Einfluss auf den Boden begutachtet.

Pflugloser Anbau. In Anwendung des Landwirtschaftsgesetzes vom 3. Oktober 2006 hat das Amt für Landwirtschaft Beiträge an 69 (58) Landwirte für insgesamt 164 030 (176 800) Franken ausgerichtet.

Die Gesamtfläche der 83 unter Vertrag stehenden Flächen beträgt 487 (476) Hektaren. Die Vertragsarten sind wie folgt verteilt:

- › 29 laufende Verträge (gültig bis 2011) für eine Fläche von 224 Hektaren,
- › 26 verlängerte Verträge (gültig bis 2014) für eine Fläche von 158 Hektaren,
- › 28 neue Verträge (gültig bis 2014) für eine Fläche von 98 Hektaren.

Erosion. Die Arbeitsgruppe Erosion, die Ende 2006 um 4 Vertreter aus der Landwirtschaft erweitert wurde, ist 2009 dreimal

zusammengetreten. Für die Erosionserhebung sind die örtlichen Landwirtschaftsverantwortlichen zuständig. Dank relativ guter Wetterverhältnisse wurden nur wenige Fälle von Erosion gemeldet. In einem Fall wurde ein Mehrjahresplan und in drei Fällen das Anlegen von Säumen vorgeschrieben.

2.12.2 Naturschutz: Öko-Qualitätsverordnung (ÖQV)

In Anwendung der eidgenössischen Öko-Qualitätsverordnung (ÖQV) haben 287 (254) Betriebe für die biologische Qualität einen Betrag von insgesamt 341 690 (307 000) Franken erhalten. 577 (567) Betrieben wurde ein Bonus von 1 130 787 (1 025 000) Franken für die Vernetzung von kombinierten ökologischen Ausgleichsflächen (ÖAF) ausgerichtet. 175 (158) Betriebe beteiligten sich an beiden Massnahmen für einen Gesamtbetrag von 415 313 (373 000) Franken. 2009 wurden zwei neue ÖQV-Vernetzungsprojekte anerkannt. Es handelt sich um die Projekte La Jogne und Lully. Die Öko-Qualitätsverordnung sieht eine Finanzierung vor, die zu 80% vom Bund und zu 20% vom Kanton übernommen wird.

2.12.3 Gewässerschutz

In Anwendung des Beschlusses vom 28. November 2000 über die Verringerung der Nitratbelastung aus der landwirtschaftlichen Bodenbewirtschaftung hat das Amt für Landwirtschaft 58 Landwirten, die Böden der Projekte in Avry, Middel, Courgevaux, Fétingny, Domdidier und Lurtigen bewirtschaften, Flächenabgeltungen ausgerichtet. 2009 wurden keine neuen Projekte durch den Kanton finanziert. Für die Nitratprojekte wurden Beiträge von insgesamt 593 834 Franken ausgerichtet. Der Anteil des Kantons an den Abgeltungen (~20% des Gesamtbetrags), die zu gleichen Teilen zwischen dem Kanton und den Fassungsbesitzern aufgeteilt werden, beläuft sich auf 105 219 (81 225) Franken; der restliche Betrag wird vom Bund übernommen.

2.12.4 Luftreinhaltung

Es wurde ein Ressourcenprojekt Ammoniak nach den Artikeln 77a und b des Bundesgesetzes über die Landwirtschaft mit dem Titel «Verbesserung der Stickstoffeffizienz durch Verringerung der landwirtschaftlichen Ammoniakemissionen» ausgearbeitet und am 2. Juni 2009 unterzeichnet. Bis Ende 2009 waren 15 Gesuche für Schleppschlauchverteiler, 3 Gesuche für Abdeckungen offener Jauchebehälter und ein Gesuch für einen Biofilter für einen Schweinestall eingegangen. Fünf Projekte für einen Betrag von 77 000 Franken zu Lasten des Bundes sind bereits abgerechnet worden.

2.13 Subventionierung landwirtschaftlicher Strukturen

Vom Kanton subventionierte Arbeiten. Die folgende Aufstellung umfasst die im Jahre 2009 zugesicherten Beiträge und deren

—
2009

Verteilung auf die verschiedenen Meliorationsarten, ausgenommen die eingegangenen Verpflichtungen unter der Rubrik des Fonds für Bodenverbesserungen.

	Anrechenbarer Kosten- voranschlag Fr.	Kantonale Beiträge Fr.
Güterzusammenlegungen	905 879	331 963
Alpwege und Hofzufahrten	8 138 478	2 696 113
Wasserversorgungen	3 159 728	554 909
Andere Bodenverbesserungen (Entwässerungen, Stromversorgung, Bewässerungen, Ausdolung von Bächen, Instandstellung von Grundstücken)	2 642 122	657 174
Landw. Bauten und Sennereien	34 201 500	3 679 800
Total 2009	49 047 707	7 919 959
Total 2008	58 661 855	9 555 763

Die kantonalen Beiträge für landwirtschaftliche Bauten in der Talzone belaufen sich auf 657 000 Franken für 15 Fälle.

Die Gesamtsumme der Beiträge, die im Jahr 2009 unter der Rubrik des Fonds für Bodenverbesserungen zugesichert wurden, beläuft sich auf 696 850 Franken bei einem anrechenbaren Kostenvoranschlag von 3 164 985 Franken, was 38 Projekten oder Etappen entspricht.

Vom Bund subventionierte Arbeiten. Die folgende Tabelle ist eine Zusammenstellung der im Jahr 2009 zugesicherten Bundesbeiträge:

	Fr.
Güterzusammenlegungen	1 209 849
Alpwege und Hofzufahrten	2 398 477
Wasserversorgungen	1 812 260
Andere Bodenverbesserungen	473 644
Landw. Bauten und Sennereien	2 531 800
Total der Bundesbeiträge an den Kanton im Jahr 2009: 8 426 030	
2008	7 780 974

Im Jahr 2009 ausbezahlte Beiträge (ohne Beiträge des Fonds für Bodenverbesserungen)

	Beiträge Kanton Fr.	Beiträge Bund Fr.
Güterzusammenlegungen	1 228 877	1 360 135
Alpwege und Hofzufahrten	2 008 302	2 151 257
Wasserversorgungen	869 848	1 810 425
Andere Bodenverbesserungen	662 651	703 910
Landw. Bauten und Sennereien	3 266 700	2 014 600
Hofdüngeranlagen	-	-
Total 2009	8 036 378	8 040 327
Total 2008	7 620 453	8 070 129

Am 31. Dezember 2009 befanden sich 5 Abrechnungen zur Genehmigung und Bezahlung bei der Abteilung Strukturverbesserungen des Bundesamtes für Landwirtschaft.

Am 31.12.2008: keine Abrechnung

Die pro Rubrik ausbezahlten Kantons- und Bundesbeiträge stehen nicht immer im Verhältnis zu den entsprechenden Ansätzen dieser Rubriken, da einige Auszahlungen je nach den zur Verfügung stehenden Krediten von einem Jahr zum nächsten unterschiedlich ausfallen können.

Im Jahr 2009 durch den Fonds für Bodenverbesserungen ausbezahlte Beiträge

	Fr.
Total 2009	576 816
Total 2008	538 791

Stand der Verpflichtungen nach Meliorationsart. Der Saldo der zugesicherten, aber noch nicht ausbezahlten Kantonsbeiträge setzte sich am 31. Dezember 2009 wie folgt zusammen:

	Fr.
Güterzusammenlegungen	2 616 215
Alpwege und Hofzufahrten	1 652 900
Entwässerungen	500 000
Wasserversorgungen	1 000 394
Andere Bodenverbesserungen	127 750
Landw. Bauten und Sennereien	3 177 100

—
2009

Hofdüngeranlagen	477 790
Total der Verpflichtungen am 31. Dezember 2009	9 552 149
Am 31. Dezember 2008	9 726 906

Die eingegangenen Verpflichtungen des Fonds für Bodenverbesserungen belaufen sich am 31. Dezember 2009 auf 1 343 943 Franken.

Allgemeine Bemerkungen zu einigen Meliorationsarten
Güterzusammenlegungen. 2009 wurde eine Flurgenossenschaft gegründet. Infolge der Studie über die wirtschaftlichen Folgen für landwirtschaftliche Betriebe, die an einer Güterzusammenlegung beteiligt sind, wurde eine Broschüre ausgearbeitet, mit der vereinfachte Güterzusammenlegungen gefördert werden sollen. Die Broschüre wurde einem breiten Publikum verteilt und es fand ein Diskussionsabend statt.

Die Arbeiten der in den letzten Jahren neu gegründeten Flurgenossenschaften nehmen ihren normalen Verlauf, wobei die Kostenvoranschläge eingehalten werden.

Alpwege und Hofzufahrten. Die Beiträge, die für den Bau oder die Wiederinstandstellung von Alpwegen zur Verfügung gestellt wurden, sind 2009 im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.

Wasserversorgungen. Unter dieser Rubrik werden nach wie vor zahlreiche Beitragsgesuche gestellt. 2009 wurden fünf Projekte unterstützt.

Andere Bodenverbesserungen. 2009 wurden vier Bewässerungsprojekte und vier Projekte zur Wiederinstandsetzung von Entwässerungen subventioniert. Die Erhaltung bestehender Projekte und die Unterstützung von Landwirten, die verpflichtet sind, qualitativ gute Lebensmittel zu produzieren, sind für die Aufrechterhaltung einer dynamischen Landwirtschaft unabdingbar.

Landw. Bauten und Sennereien. Aufgrund der am 1. Januar 1999 in Kraft getretenen neuen Bundesbestimmungen können einzelne bauliche Elemente subventioniert werden (z.B. Ställe, Schuppen). Seither konnten daher gemeinsam mit dem Bund und dem Fonds für Bodenverbesserungen mehr Fälle behandelt werden.

Der Kanton hat 2009 15 landwirtschaftliche Hochbauten in der Talzone subventioniert (22 im Jahr 2008).

2.14 Investitionskredite

Darlehen zugunsten von natürlichen Personen im Jahr 2009

Zweck	Beträge Fr.
Starthilfen	4 660 000
Betriebskäufe durch Pächter	357 000
Bau von Wohnhäusern	739 000
Umbau von Wohnhäusern	3 846 000
Bau von Hühnerställen	1 257 000
Bau von Gewächshäusern	415 000
Bau von Ökonomiegebäuden	5 882 000
Umbau von Ökonomiegebäuden	5 780 000
Bau von Einstellräumen/Speichern	237 000
Wohn- und Ökonomiegebäude	450 000
Jauchegruben und Misthaufen	64 000
Diversifizierung	470 000
	24 157 000

Durchschnittliche Dauer für die Tilgung der Darlehen: 13,1 Jahre

Durchschnittlicher Betrag pro Darlehen:	176 328 Franken.
Total 2009	24 157 000
Total 2008	26 183 500

Darlehen zugunsten von juristischen Personen im Jahr 2009

Zweck	Beträge Fr.
Gemeinsamer Kauf landwirtschaftlicher Maschinen	496 000
Für die Milchwirtschaft bestimmte Gebäude	641 000
Wasserversorgungen	581 000
Drainagearbeiten	139 000
Wege und Strassen	487 000
	2 344 000

—
2009

Durchschnittliche Dauer für die Tilgung der Darlehen: 5,7 Jahre

Durchschnittlicher Betrag pro Darlehen: 101 913 Franken.

Total 2009	2 344 000
Total 2008	8 077 000

2.15 Betriebshilfen

Darlehen 2009

Zweck	Beträge Fr.
Umschuldung bestehender Schulden	1 530 000
Hilfen zur Überbrückung einer ausserordentlichen finanziellen Bedrängnis	934 000
	2 464 000

Durchschnittliche Dauer für die Tilgung der Darlehen: 9,5 Jahre

Durchschnittlicher Betrag pro Darlehen: 164 267 Franken.

Total 2009	2 464 000
Total 2008	1 062 000

2.16 Kantonaler Landwirtschaftsfonds

Darlehen zugunsten von natürlichen Personen im Jahr 2009

Zweck	Beträge Fr.
Verschiedene Bau- und Renovierungsarbeiten (Wohn- und Ökonomiegebäude, landw. Anlagen)	1 136 000
Kauf von Land und landw. Heimwesen	2 459 000
Verwertungsbetriebe	1 025 000
Total 2009	4 620 000
Total 2008	4 379 000

2.17 Tätigkeiten der Kommissionen

Landwirtschaftskommission. Die Landwirtschaftskommission ist 2009 einmal zusammengetreten. Sie hat insbesondere den vierjährigen Landwirtschaftsbericht behandelt.

Kommission für Strukturverbesserungen in der Landwirtschaft. Die Kommission hat 2009 9 Plenarsitzungen abgehalten.

Rekurskommission für Bodenverbesserungen.

Zu behandelnde Angelegenheiten	am 31. Dezember 2008	2
Eingereichte Rekurse	im Jahr 2009	7
Gefällte Entscheide	im Jahr 2009	9
Aufgehobene Angelegenheiten	am 31. Dezember 2009	-
Zu behandelnde Angelegenheiten	am 31. Dezember 2009	-

Kommission für Grundstückerwerb. Die Kommission für Grundstückerwerb trat 2009 insgesamt 24-mal zusammen, 6-mal im Plenum und 18-mal in kleinerer Zusammensetzung.

Sie befasste sich mit verschiedenen Dossiers, davon betrafen:

- > 6 das Hochbauamt (HBA)
- > 4 das Tiefbauamt (TBA)
- > 2 das Amt für Wald, Wild und Fischerei (WaldA)
- > 1 die Behörde für Grundstückverkehr
- > 5 die Gemeinden
- > 3 die Pfarreien
- > 1 den Bund (Armee)

Pflanzenschutzkommission. Die Kommission hat eine Sitzung abgehalten. Sie wurde vom Pflanzenschutzdienst der kantonalen Station für Tierproduktion und Pflanzenbau in Grangeneuve über den Stand der Pflanzengesundheit im Berichtsjahr informiert.

2.18 Schweizerischer Hilfsfonds für nicht versicherbare Elementarschäden

Dieser Fonds hat verschiedenen Geschädigten im Kanton insgesamt 132 744 Franken ausbezahlt (2008: 119 530 Franken, 2007: 90 306 Franken und 2006: 137 466 Franken). Davon wurden 55 560 Franken für die Wiederinstandstellung von Werken der Bodenverbesserungskörperschaften ausgerichtet. Eine gewisse Zahl von Schadenfällen wird zurzeit von den Verantwortlichen des schweizerischen Hilfsfonds in Bern überprüft. Der Betrag schwankt von Jahr zu Jahr gemäss der Zahl und dem Ausmass der Schäden.

—
2009

2.19 Fonds für Bodenverbesserungen

Geldverkehr. Einnahmen:

	Fr.
> Zahlungen an den Fonds unter der Rubrik 3425/380.002	200 000.—
> jährliche Zinsen von 2.125 %	51 721.90
> Zahlungen der Grundbuchämter	3 321 307.75
Total der Einnahmen	3 573 029.65

Ausgaben:

> Zahlungen an die Budget-Rubrik 3425/402.001	3 321 307.75
> Zahlungen an die Budget-Rubrik 3425/480.002	700 000.—
> Vermögensrückgang	- 448 278.10
Total der Ausgaben	3 573 029.65

2.20 Besondere Ereignisse

Im Laufe des Jahres 2009 wurden die neuen Strukturen des Amtes für Landwirtschaft weiter gefestigt. Am 1. Juli 2009 wurden die Abteilungen «Landwirtschaftliche Gebäude» und «Landwirtschaftskredite» zur neuen Abteilung «Landwirtschaftliche Gebäude und Betriebshilfen» zusammengeschlossen. Das Amt hat vom Generalsekretariat der Direktion die Aufgaben in Zusammenhang mit der Führung des Rebbaukatasters und der Produktionsquoten wieder übernommen. Dieser Auftrag wurde der Abteilung übertragen, die mit der Absatzförderung landwirtschaftlicher Erzeugnisse betraut ist, d.h. der Abteilung «Produktförderung, Viehzucht und Weinbau».

Im Rahmen der vom Grossen Rat genehmigten Massnahmen zur Wiederankurbelung der Wirtschaft hat sich das Amt für Landwirtschaft an den Massnahmen Nr. 23 «Strukturhilfe an die Landwirtschaft» und Nr. 24 «Revitalisierung der Alpwirtschaft» stark beteiligt.

V. AMT FÜR LEBENSMITTELSICHERHEIT UND VETERINÄRWESEN (LSVW)

Amtsvorsteher: Fabien Loup

1. Aufgabe

Der Auftrag des LSVW besteht darin, durch Kontrollen und Massnahmen zu überprüfen, ob Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände sicher sind und die Konsumentinnen und Konsumenten nicht getäuscht werden. Es gewährleistet das Wohlbefinden und die Gesundheit der Tiere um der Tiere willen und zum Nutzen des Menschen.

2. Tätigkeit

Da die Kontrollen gezielt erfolgen, können ihre Ergebnisse nicht als repräsentativ für die allgemeine Situation betrachtet werden. Die folgenden Informationen geben einen Überblick über die durchgeführten Analysen und Inspektionen und gewisse Probleme, die im Laufe des Jahres angetroffen wurden.

2.1 Untersuchte Proben – Kampagnen

Bezeichnung	Anzahl untersuchter Proben	Anzahl beanstandeter Proben
Trinkwasser / Mineralwasser	1790	103
Quell-, Brunnen-, Seewasser	1184	-
Wasser von Schwimmbädern	92	15 *
Brauchwasser / Abwasser	104	-
Andere Lebensmittel	618	106
Kosmetika und andere Gebrauchsgegenstände	131	26
Verschiedene Gegenstände	64	-
Insgesamt	3983	235 + 15 *

* im Bereich der kantonalen Gesetzgebung

12 Personen, die für Unternehmen oder Handel im Lebensmittelbereich verantwortlich sind, wurden aus verschiedenen Gründen gerichtlich verzeigt.

2.2 Trinkwasser, öffentliche Schwimm- und Strandbäder

- Wasser der öffentlichen Schwimm- und Strandbäder

Aufgrund der Verordnung über die Hygiene in den öffentlichen Schwimm- und Strandbädern inspiziert das Amt die Schwimmbäder in der Regel 2- bis 4-mal jährlich und entnimmt Wasserproben. Von den 70 untersuchten Wasserproben von Schwimmbädern entsprachen 53 (= 76%) den Anforderungen. Der am häufigsten beanstandete Parameter betrifft Harnstoff (in 10% der Fälle).

2009

Mit dem im Jahr 2008 angeschafften Gas-Chromatographen mit Massendetektor konnte zum ersten Mal der Trihalomethan-Gehalt (THM) in den Schwimmbädern gemessen werden. Dieses Produkt bildet sich bei der Chlordesinfektion. In 7 der 24 analysierten Proben lag der THM-Gehalt über dem in der SIA-Norm 385/1 vorgeschriebenen Höchstgehalt. Dieses Wasser wurde beanstandet; die betroffenen Anstalten müssen die Gründe für diese Überschreitung suchen und Massnahmen dagegen ergreifen. Der Entwurf für die neue SIA-Norm 385 sieht einen noch tieferen Höchstgehalt an THM vor. Ausgehend von diesem neuen Höchstwert wären 16 der Wasserproben nicht normenkonform.

Das Wasser der 9 öffentlichen Strandbäder des Kantons wird zu Saisonbeginn einer mikrobiologischen Kontrolle unterzogen. 2009 wurde das Wasser von 8 Strandbädern in die Qualitätsklasse A eingestuft, das Wasser eines Strandbades lag in der Klasse B. Diese Ergebnisse bedeuten, dass keine gesundheitliche Gefährdung durch Badewasser zu erwarten ist.

- Einige Fälle von Verschmutzung des Wassers öffentlicher Netze durch Fäkalbakterien
Bei Analysen im Rahmen der Selbstkontrolle der Verteiler wurden in mehreren öffentlichen Wassernetzen Fäkalbakterien entdeckt (rund 20 Fälle im Jahr 2009). Je nach Fall wurden verschiedene Massnahmen angeordnet: vorgeschriebenes Abkochen vor jedem Gebrauch im Ernährungszusammenhang, Schock-Chlorierung oder Ausserbetriebnahme kontaminierter Quellen. In jedem Fall muss der Verteiler nach der Verschmutzungsursache suchen und alle erforderlichen Massnahmen ergreifen, um eine erneute Verschmutzung zu verhindern. Verschiedentlich wurde festgestellt, dass Leitungen von privaten Quellen direkt mit dem öffentlichen Netz verbunden waren. Ein einfacher Schieber «trennte» diese «Netze». Solche Lösungen entsprechen nicht den technischen Standards und stellen eine Gefahr für die Wasserqualität der öffentlichen Netze dar. Die Erfahrung hat gezeigt, dass in den Leitungen Unterdruck entstehen kann; in diesem Fall kann sich privates Wasser mit jenem des öffentlichen Netzes vermischen. Die Verteiler des Kantons wurden erneut auf dieses Problem aufmerksam gemacht. Sie wurden darauf hingewiesen, dass sie überprüfen müssen, ob die Anlagen den anerkannten Vorschriften entsprechen.

2.3 Chemikalien

In Erwartung eines Entscheids über die Kantonsorgane, die mit der Umsetzung der Chemikaliengesetzgebung beauftragt sind, wurden punktuelle Arbeiten (Aktualisierung der Dateien und Datenbank, Korrespondenz, Einholen von Informationen ...) in diesem Bereich durchgeführt. Dazu engagierte das LSVW eine Person im Rahmen einer beruflichen Wiedereingliederung.

2.4 Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände

- Sicherheit der Freiburger Betriebe 2009
Nach dem Konzept, das die Kantonschemiker im Jahr 2000 erstellt haben, wird jeder inspizierte Betrieb einer der vier folgenden Sicherheitsstufen zugeordnet:

Stufe 1: Sicherheit gewährleistet:	keine Mängel;
Stufe 2: verminderte Sicherheit:	Mängel ohne direkte Auswirkungen auf die Lebensmittelqualität;
Stufe 3: gefährdete Sicherheit:	erhebliche Mängel und Fehler;
Stufe 4: Sicherheit nicht gewährleistet:	schwere Mängel.

2009 führte die Inspektion von 783 Einrichtungen des Lebensmittelsektors zur Erstellung der folgenden Bilanz:

Art der Einrichtung	Anzahl der insgesamt inspizierten Einrichtungen	Sicherheitsstufe			
		1	2	3	4
Industrie	8	5	2	1	0
Heimwerk	127	24	90	13	0
Detailhandel	157	110	42	4	1
Gastgewerbe	491	264	195	31	1

Zusätzlich zu diesen Inspektionen wurden auch Teilinspektionen durchgeführt, bei denen die Inspektoren/Kontrolleure kontrollieren, ob die auferlegten Massnahmen eingehalten werden. Bei diesen Inspektionen wird keine Beurteilung der Sicherheit vorgenommen.

- Händehygiene
Wie bereits 2008 kommt der Händehygiene bei den Inspektionen in Lebensmittelbetrieben besondere Aufmerksamkeit zu. Die Handwascheinrichtungen wurden in 698 Fällen kontrolliert und gaben Anlass zu 69 Beanstandungen (9,9%) (2008: 9,9%). Die Praktiken im Bereich Händehygiene wurden in 103 Fällen kontrolliert und gaben zu 7 Beanstandungen Anlass (6,8%) (2008: 5,1%). Mit den systematischen Kontrollen bei Inspektionen tragen die Kontrollorgane dazu bei, dass das Bewusstsein für die Bedeutung der Händehygiene im Lebensmittelbereich gestärkt wird.
- Inspektion von Sömmerungs- und Milchverarbeitungsbetrieben
Mit der Übernahme des «Hygienepakets» der EU hat die Schweiz Ende Dezember 2006 die Verordnung über die Qualitätssicherung bei der gewerblichen Milchverarbeitung aufgehoben. In dieser Verordnung waren namentlich die Anforderungen für die Milchverarbeitung in Sömmerungsbetrieben festgelegt. Da die Bestim-

—
2009

mungen der geltenden Hygieneverordnung (HyV), die für den gesamten Lebensmittelsektor gilt, in Sömmerungsbetrieben nicht vollständig umgesetzt werden können, hat das Departement des Innern beschlossen, eine spezielle Verordnung für Sömmerungsbetriebe auszuarbeiten. Am 25. Mai 2009 ist diese neue Verordnung, die sich inhaltlich an die 2006 aufgehobene Verordnung anlehnt, in Kraft getreten. Mit dieser Verordnung soll die schweizerische Vollzugspraxis für Sömmerungsbetriebe harmonisiert werden. Die Verordnung stützt sich auf Artikel 48 Abs. 2 Bst. a der Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung, der vorsieht, dass für die Herstellung von Lebensmitteln in schwierigen geografischen Lagen spezielle Bestimmungen erlassen werden können.

Inhaltlich ist diese Verordnung der 2006 aufgehobenen sehr ähnlich. Vor den Inspektionen im Sommer 2009 wurden für die betroffenen Kreise verschiedene Informationsveranstaltungen durchgeführt. Seit 2008 wurden die Anforderungen dieser Verordnung in Kursen in Grangeneuve vorgestellt. Im Februar 2009 wurde der in die Vernehmlassung gegebene Entwurf den betreffenden Betrieben vorgestellt. An 2009 durchgeführten Kurstagen wurde das Thema erneut erläutert.

Bis 2006 hat das Bundesamt für Landwirtschaft rund 30 Betrieben eine Betriebszulassung (= Betriebsbewilligung) erteilt. Diese Betriebszulassung berechtigt zum Export von Käse (z.B. des Gruyère d'alpage AOC) von diesen Betrieben nach Europa. Insgesamt sind etwa 60 Gebäude betroffen, da die Zulassungen pro Bewirtschafter gelten, auch wenn sein Betrieb mehrere Gebäude umfasst.

Im Rahmen der Bestätigung ihrer Betriebsbewilligungen (ehemals Betriebszulassungen) wurden 2009 alle Sömmerungsbetriebe mit einer Bewilligungsnummer inspiziert. Ab Ende Mai führte das Amt Inspektionen der Räumlichkeiten, Anlagen und Wasserinfrastrukturen durch. Zudem wurden die Dokumente kontrolliert. In einigen Fällen wurden Räumlichkeiten von Gebäuden inspiziert, die während des Jahres leer standen.

Die Bilanz dieser Inspektionen präsentiert sich wie folgt:

- › in 41 Gebäuden muss der Boden des Fabrikationsraums saniert werden;
- › in 43 Gebäuden müssen die Wände des Fabrikationsraums saniert werden;
- › in 34 Gebäuden müssen die Türen/Fenster des Fabrikationsraums saniert werden;
- › in 17 Gebäuden muss der Presstisch saniert oder ersetzt werden;
- › in 34 Gebäuden muss die Milchammer saniert werden (Boden und/oder Wand und/oder Türen);

› in 10 Gebäude muss der Keller saniert werden (Boden und/oder Regale und/oder Salzbad);

› 40 inspizierte Wasserinfrastrukturen, die zur Versorgung der Gebäude dienen, müssen saniert werden.

Aus dieser Bilanz geht hervor, dass die Räumlichkeiten und Infrastrukturen von zahlreichen Sömmerungsbetrieben nicht regelmässig gewartet wurden. Im Rahmen des Wiederankurbelungsplans und der Begleitmassnahmen investiert der Staat einen finanziellen Beitrag, mit dem namentlich die Produktionsstätten optimiert und saniert werden können. 2010 wird eine erste Kontrolle der geforderten Sanierungsarbeiten durchgeführt.

- Kontrolle der Kühlkette

Diese Kampagne erfolgte schon 2008 und hatte zum Ziel, den Situationsstand im Bereich der lückenlosen Kühlkette von der Entgegennahme der Lebensmittel bis zu ihrer Abgabe an die Konsumenten zu überprüfen. Sie betraf sämtliche Betriebe, die Lebensmittel lagern, für die eine Temperaturregelung besteht. Von insgesamt 745 kontrollierten Betrieben wurde die Temperatur bei 35 Betrieben (4.7%) beanstandet (2008: 4.2%). Wie der Händehygiene kommt auch der Kühlkette im Bereich der Lebensmittelsicherheit eine besondere Aufmerksamkeit zu.

Statistik einiger bei diesen Kontrollen kontrollierter Punkte

› *Fritieröl*: 274 Betriebe wurden kontrolliert; in 19 Fällen (= 6,9%) entsprach das Fritieröl nicht den Anforderungen.

› *Hinweis auf das gesetzliche Alter für die Abgabe von Alkohol*: Diese Kontrolle wurde in 502 Betrieben durchgeführt. In 72 Fällen (= 14,3%) musste dieser Punkt beanstandet werden.

› *Irreführende Verwendung der Bezeichnung «Schinken»*: 76 Betriebe wurden kontrolliert, 10 (= 13,2%) gaben Anlass zu Beanstandungen.

› *Deklaration der Herkunft von Obst und Gemüse*: 30 Betriebe wurden kontrolliert, 2 (= 6,7%) gaben Anlass zu Beanstandungen.

› *Deklaration der Herkunft von Fleisch*: 343 Betriebe wurden kontrolliert, 73 (= 21,3%) gaben Anlass zu Beanstandungen.

2.5 Lebensmittel

- Fische und Krebstiere

Die Proteine bestimmter Fischarten weisen besonders viel Histidin auf. Histidin ist eine Aminosäure, die unter dem Einfluss von Bakterien in Histamin umgewandelt wird, das für Lebensmittelvergiftungen verantwortlich ist. Dazu kann es kommen, wenn die Kühlkette nicht respektiert wird. Der flüchtige Basenstickstoff

—
2009

(TVB-N) ist ein Kriterium, mit dem der Verderb von Meeresfrüchten kontrolliert werden kann. Er entsteht grösstenteils aus der Proteinspaltung durch die Bakterien- oder Enzymtätigkeit im Fisch. 36 Proben wurden entnommen, davon 18 von Fischen und 18 von Krebs- oder Weichtieren. Die Histaminwerte gaben keinen Grund zur Beanstandung. Der TVB-N-Wert war bei 1 Fisch zu hoch. Damit jedoch ein unbehandeltes Fischereierzeugnis als ungeniessbar eingestuft wird, muss die organoleptische Kontrolle Zweifel an seiner Frische erheben und der TVB-N-Gehalt muss überschritten sein. Im Fall des oben genannten Fisches ergab die organoleptische Kontrolle keine Probleme mit der Frische. Diese Probe wurde daher nicht beanstandet. Der Kadmiumgehalt einer Tintenfischprobe lag nahe am Grenzwert. Solche Kampagnen werden punktuell wiederholt.

- Feigen, Gewürze und Ölpflanzen

Mykotoxine sind sekundäre Stoffwechselprodukte aus Schimmelpilzen und gehören hauptsächlich zur Gruppe der Aspergillus, Penicillium oder Fusarium. Diese Substanzen können neurotoxische, mutagene, teratogene und kanzerogene Wirkungen hervorrufen. 2009 wurden 33 Proben untersucht, davon 11 von getrockneten Feigen, 12 Gewürzproben (6 Paprika, 6 Curry) und 10 Ölpflanzenproben (3 Haselnuss-, 3 Mandel- und 4 Erdnussproben). Insgesamt 5 der 33 Proben enthielten Aflatoxine, aber keine überschritt den zugelassenen Grenzwert. 8 Proben enthielten Ochratoxin A. Der Ochratoxinwert einer Paprikaprobe war doppelt so hoch wie der Grenzwert. Das restliche Gewürz dieser Probe von einem Marktstand wurde vernichtet.

- Apfelsaft, Apfelwein von lokalen Produzenten – vorschriftsmässige Zusammensetzung, Etikettierung jedoch oft beanstandet

2009 fand eine Kampagne zur Kontrolle der Zusammensetzung von im Kanton hergestelltem Apfelsaft und Apfelwein statt. 11 Proben von Apfelsaft und 3 von Apfelwein wurden bei lokalen Produzenten entnommen. Sowohl die Zusammensetzung [Alkohol, Schwefeldioxid, Patulin (Mykotoxine)] als auch die Etikettierung wurden analysiert. Eine der Apfelweinproben enthielt einen anderen Alkoholgehalt, als auf der Etiketle angegeben war. Keine der Proben gab für die analysierten chemischen Parameter Anlass zur Beanstandung. Hingegen gaben 5 Apfelsaft- und 2 Apfelweinproben Anlass zur Beanstandung im Hinblick auf ihre nicht vorschriftsgemässe Etikettierung.

- Getreide

Das Jahr 2008 war besonders günstig für die Entwicklung von Schimmelbefall und somit auch von toxinogenen Schimmelpilzen. 11 Getreideproben (Roggen, Weizen, Hafer, Gerste, Weichweizen) der Ernte 2008 aus 5 Mühlen des Kantons Freiburg wurden untersucht. Keine der Proben gab für die analysierten Parameter Anlass zur Beanstandung (Mykotoxine, Blei, Kadmium). Zusätzlich nahm das kantonale Laboratorium von Bern eine Multianalyse zur gaschromatographischen Bestimmung von Rückständen

vor. Die Resultate aller im Kanton entnommenen Getreideproben waren für die analysierten Parameter vorschriftsgemäss.

- Zuckerwaren

10 Proben von Zuckerwaren (Marzipan, Bonbons) mit 22 verschiedenen Farben wurden in verschiedenen Betrieben des Kantons entnommen. Von diesen 10 Proben überschritt 1 den höchstzulässigen Wert an Ponceau 4R (roter Farbstoff). Die Farbstoffangaben auf der Verpackung von 2 Proben waren falsch. Solche Kontrollen werden in Zukunft punktuell durchgeführt.

- Speiseeis, Sorbets

22 Proben von Ständen mit gewerblich hergestelltem Speiseeis wurden analysiert. In 4 Proben wurden künstliche wasserlösliche Farbstoffe festgestellt, jedoch in einer viel geringeren Menge als der höchstzulässigen. Keine der Proben gab für die analysierten chemischen Parameter Anlass zur Beanstandung. Hingegen gaben 2 Proben Anlass zur Beanstandung aufgrund von falschen Angaben auf der Verpackung (nicht deklarierte Tartrazine; fehlende Angabe der Kategorie von Zusatzstoffen, falsche Übersetzungen).

- Sojasauce

11 Proben von Sojasauce wurden auf ihren Trockensubstanz- und Stickstoffgehalt untersucht, deren Werte normiert sind. Bei allen Proben lag der Trockensubstanzgehalt über dem Minimalgehalt von 25%. Hingegen lag bei 3 Proben der Stickstoffgehalt unter dem Minimum von 1%. Diese 3 Proben wurden beanstandet. Mit einer Beanstandungsquote von 27% ist die Bilanz dieser Kampagne nicht befriedigend. In den nächsten Jahren werden erneute Kontrollen dieser Produkte durchgeführt.

- Gaststätten

Die Lebensmittelinspektoren entnehmen im Verlauf des Jahres in öffentlichen Gaststätten, Kollektivküchen und Kantinen Proben verschiedener verderblicher Produkte, um sie auf ihre mikrobiologische Qualität hin zu untersuchen. Mit den Kontrollen soll überprüft werden, ob die Guten Praktiken in Sachen Hygiene eingehalten werden. Besonderes Augenmerk wird dabei auf heikle Produkte wie Reis, Teigwaren und gekochtes Gemüse gerichtet. Dank der Analysen konnten zahlreiche Hygienemängel aufgedeckt werden. In einigen Gaststätten handelt es sich um bedeutende Mängel, da die Mehrheit der untersuchten Proben beanstandet werden mussten. In solchen Fällen kommt es zu einer Inspektion und je nach der festgestellten Überschreitung der Normwerte wird ein Verbot für den Gebrauch von vorbereiteten Lebensmitteln ausgesprochen. Von 219 Proben wurden 53 beanstandet, d.h. 24 %. Dieses Resultat kann nicht akzeptiert werden. Die Kontrollen und Massnahmen werden 2010 verstärkt.

—
2009

2.6 Gebrauchsgegenstände

• Textilien

Azofarbstoffe werden zum Färben von Textilien verwendet. Einige dieser Farbstoffe können bei Kontakt mit der Haut durch eine Abspaltung aromatische Amine freigegeben, die als kanzerogen gelten. 13 Proben, davon 4 Schals/Foulards, 2 Socken, 6 T-shirts/Tops und 1 Pullover wurden in verschiedenen Betrieben des Kantons entnommen. Von den 13 analysierten Proben enthielten nur 2 Textilien aromatische Amine. Bei allen analysierten Proben war der Wert an aromatischen Aminen vorschriftsgemäss.

• Schmuck

Mit dieser Kampagne wurde die Migration von Nickel aus Schmuckstücken kontrolliert, die an gelegentlichen Verkäufen, bei nicht fixen Ständen und in kleinen Boutiquen entnommen wurden. Diese Kontrolle wurde aufgrund der hohen Zahl an Beanstandungen während der letzten Jahre durchgeführt. Der Schmuck wurde monatlich entnommen. Insgesamt wurden 80 Schmuckproben analysiert. 7 Proben, d.h. 9% der kontrollierten Proben waren nicht vorschriftsgemäss. Sie wurden beanstandet und vom Markt zurückgezogen. In den nächsten Jahren werden weiterhin Kontrollen durchgeführt.

• Sauger («Schnuller»)

Zink wird als Katalysator in der Vulkanisierung von Kautschuk verwendet. 4 Sauger («Schnuller») wurden analysiert. Die 4 Proben enthielten Zink. Bei 2 Proben lag der Zinkgehalt über dem in der Verordnung über Gegenstände für den Humankontakt festgelegten Grenzwert von 0.5%. Die beiden nicht vorschriftsgemässen Proben stammten von der gleichen Marke. Sie wurden beanstandet und der Fall wurde an den Kanton übergeben, in dem sich das Unternehmen befindet, das die Produkte importiert. Es ist zu erwähnen, dass Sauger und Flaschen aus Kautschuk nicht einfach zu finden waren, da sie grösstenteils durch Silikonprodukte ersetzt worden sind.

• Nagellack

Seit Januar 2006 ist die Verwendung von Phtalaten in Kosmetika verboten. 6 Nagellackproben wurden entnommen. Diese Proben wurden auf 8 Phtalate getestet. Keine der Proben gab Anlass zur Beanstandung.

• Kosmetika

In Hautaufhellungsmitteln ist die Verwendung von Hydrochinin und Kojisäure verboten. Die höchstzulässige Konzentration von Arbutin liegt bei 0.04% im Endprodukt. Insgesamt wurden 13 Proben entnommen:

› 1 Probe enthielt Hydrochinin; diese Substanz war in der Produktezusammensetzung nicht angegeben;

› 4 Proben enthielten Kojisäure. Diese Substanz war in der Zusammensetzung erwähnt;

› Die Zusammensetzung von 3 Proben nannte Arbutin als Inhaltsstoff. Die gefundenen Gehaltswerte waren vorschriftsgemäss.

Insgesamt gaben 5 Proben Anlass zur Beanstandung. Dies entspricht einer Beanstandungsrate von 38%. Die Rate blieb also gleich hoch wie bei der Kampagne im Jahr 2008. Die geltenden Bestimmungen der EU und der Schweiz werden in diesen hautaufhellenden Produkten ganz offensichtlich immer noch nicht respektiert. Es wurde festgestellt, dass die Personen, die solche Produkte auf den Markt bringen, generell weder über die Gesetzgebung noch über die Selbstkontrolle ausreichend Bescheid wissen. 2010 werden erneut Proben entnommen und analysiert.

• Tätowierungen und Farben für Permanent-Make-up
Seit dem 1. Januar 2006 enthält die Verordnung über Gegenstände für den Humankontakt Bestimmungen über das bei Tätowierungen, Permanent-Make-up und Piercing verwendete Material. Die Übergangsfrist für die Abgabe von Tätowierfarben und Farben für Permanent-Make-up nach altem Recht lief am 31. Dezember 2007 ab. Im Jahr 2009 führte das BAG eine nationale Kontrollkampagne durch. 16 kantonale Laboratorien, darunter dasjenige von Freiburg, nahmen an dieser Kampagne teil. 10 Proben (8 Tätowierfarben und 2 Farben für Permanent-Make-up) wurden im Kanton entnommen. 8 der 10 Proben gaben Anlass zur Beanstandung im Hinblick auf ihre nicht vorschriftsgemässe Zusammensetzung (verbotene Substanzen, zu hohe Konzentration anderer Substanzen) und/oder auf ihre nicht vorschriftsgemässe Etikettierung. Das ist unannehmbar. In einer Medienmitteilung hat das BAG mitgeteilt, dass von 152 Proben nur gerade 32 (= 21%) vorschriftsgemäss waren. Ausserdem veröffentlichte es ein Faktenblatt sowie Empfehlungen an die Konsumentinnen und Konsumenten.

2.7 Fleischverarbeitung und Schlachtbetriebe

• Tätigkeit auf der Ebene der Schlachtbetriebe
2009 war durch eine Konsolidierung der für die Fleischkontrolle zuständigen Teams in den Schlachthanlagen an den Standorten Courtepin und Estavayer gekennzeichnet. Die Zusammenarbeitsstruktur zwischen der leitenden Tierärztin und den für die Fleischkontrolle zuständigen Personen hat sich ebenfalls als effizient erwiesen.

Auch mit anderen Tätigkeitsbereichen des Amts wurde die Zusammenarbeit verstärkt: So hat das Amt von der Fleischkontrolle zahlreiche Anzeigen wegen Verstössen gegen das Tierschutz- und das Tierseuchengesetz erhalten und bearbeitet. Betrafen diese Anzeigen aus anderen Kantonen stammende Tiere, so wurde der zuständige Veterinärdienst informiert. Die Fleischkontrolle

—
2009

hat erneut Proben genommen für verschiedene nationale Monitoring-Programme zur Überwachung von Tierseuchen und zur Lebensmittelsicherheit.

Was die Weiterbildung amtlicher Tierärztinnen und -ärzte anbelangt (Professionalisierung im Veterinärdienst), haben zwei Mitarbeiter einen Bildungsgang abgeschlossen und einer hat einen Bildungsgang begonnen.

Die Kantonalisierung der Fleischkontrolle in den kleinen Schlachthöfen konnte nicht abgeschlossen werden, da die notwendigen Stellen für amtliche Tierärztinnen oder -ärzte noch nicht genehmigt worden sind.

Im Rahmen eines in der Schweiz durchgeführten amerikanischen Audits über die Umsetzung der Tierseuchengesetzgebung und der Tierverkehrskontrolle wurden zwei Betriebe, für die das Amt zuständig ist, kontrolliert, nämlich ein Landwirtschafts- und ein Schlachtbetrieb. Die amerikanische Delegation wollte die Arbeit des Amts kontrollieren. Die Inspektion der besagten Betriebe wurde von Mitarbeitern des Amts vorgenommen, die von den Auditoren aus Amerika und einer Delegation von Vertretern des Bundesamts für Veterinärwesen begleitet wurden.

- Schlachtung von Schlachttieren (Rinder, Ziegen, Schweine, Pferde, Laufvögel, Zuchtwild)

Bei den Schlachtungen, die alle im nationalen Informatikprogramm «Fleco» eingetragen sind, wurden folgende Daten erfasst:

Ordentliche Schlachtungen. 496 080 (489 814) Tiere wurden geschlachtet. Das Fleisch von 495 187 (489 113) Tieren wurde für geniessbar erklärt, und das Fleisch von 893 (701) Tieren wurde nicht zum Verzehr freigegeben.

Schlachtungen von kranken oder verunfallten Tieren. 682 (1071) Tiere wurden geschlachtet. Das Fleisch von 471 (856) Tieren wurde für geniessbar erklärt, und das Fleisch von 211 (215) Tieren wurde nicht zum Verzehr freigegeben.

Schlachtungen von Tieren aus dem Ausland. 2170 (2186) Tiere wurden geschlachtet. Das Fleisch von 2166 (2185) Tieren wurde für geniessbar erklärt, und das Fleisch von 4 (1) Tieren wurde nicht zum Verzehr freigegeben.

- Schlachtungen von Hausgeflügel

Ordentliche Schlachtungen. 21 795 698 (22 438 365) Tiere wurden geschlachtet. Das Fleisch von 21 566 528 (22 025 481) Tieren wurde für geniessbar erklärt, und das Fleisch von 229 170 (412 884) Tieren wurde nicht zum Verzehr freigegeben.

Schlachtungen von kranken oder verunfallten Tieren. Es wurden keine kranken oder verunfallten Herden geschlachtet.

2.8 Tierseuchenüberwachung in Freiburger Schlachthöfen

Sarkosporidiose/Zystizerkose 6 (2) Fälle von Sarkosporidiose, die aus dem Kanton stammen, wurden nachgewiesen. 6 (2) Schlachttierkörper wurden daher nicht zum Verzehr freigegeben.

146 (118) Fälle von Zystizerkose wurden bei aus dem Kanton stammenden Tieren in den Schlachthöfen nachgewiesen, 2 Schlachttierkörper wurden für ungeniessbar erklärt.

Trichinen. Es wurde kein Trichinenfall nachgewiesen.

Hemmstoffe In 57 (57) Fällen wurden in den Schlachthöfen Hemmstoffe in den Nieren von Tieren festgestellt, was zu 11 (17) Verwarnungen führte.

- Begleitdokument für Klautiere
Die Tierhalterin oder der Tierhalter ist verpflichtet, das Begleitdokument – ein amtliches Dokument wie der Pass für die Menschen – korrekt auszufüllen. Tiere, die innerhalb der letzten 10 Tage krank waren oder verunfallt sind, müssen zur Fleischuntersuchung angemeldet werden. Es kam zu 28 (12) Verwarnungen wegen mangelhaft ausgefüllter Dokumente sowie 73 (68) Verwarnungen und 2 Anzeigen wegen kranker oder verunfallter Tiere, die nicht gemeldet wurden.

- Geflügelfleisch und Fleischzubereitungen aus Geflügelfleisch – nationale Kampagne zur Feststellung von *Campylobacter*

Der Kanton Freiburg hat sich an einer nationalen Kampagne zur Feststellung von *Campylobacter* in Geflügelfleisch (mit oder ohne Haut) und Fleischzubereitungen aus Geflügelfleisch beteiligt. Diese Kampagne wird vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) organisiert. Eine Zwischenbilanz (die Kampagne dauert bis Ende März 2010) hat folgende Resultate ergeben:

63 Proben wurden untersucht:

- > 8 von 23 untersuchten Proben von Geflügelfleisch mit Haut enthielten *Campylobacter*;
- > 4 von 25 untersuchten Proben von Geflügelfleisch ohne Haut enthielten *Campylobacter*;
- > 5 von 15 Fleischzubereitungen aus Geflügelfleisch (paniertes, gewürztes Fleisch) enthielten *Campylobacter*.

Campylobacter werden durch Hitze zerstört. Wenn die Konsumentinnen und Konsumenten die Hygieneregeln (Händewaschen, Fleisch durchgaren, Bekämpfung von Übertragungen) beachten, können sie die Unannehmlichkeiten von Durchfallerkrankungen

—
2009

aufgrund dieser Bakterien vermeiden. Das BAG hat verschiedene Informationsdokumente zu diesem Thema veröffentlicht.

2.9 Fleischprodukte – Bestimmung von Fleischarten

Mit der Bestimmung der Tierarten durch eine genetische Analyse lassen sich allfällige Betrügereien oder Täuschungen bei der Bezeichnung oder bei der Deklaration der Zusammensetzung von Fleischprodukten feststellen und bekämpfen. Bei 20 im Kanton Freiburg hergestellten Würsten wurden Proben entnommen und an den Service de la consommation et des affaires vétérinaires des Kantons Neuenburg zur Analyse weitergeleitet. Die 20 Proben entstammten Würsten aus Schweine-, Geflügel-, Pferde-, Kalb-, Rind-, Hirsch- und Lammfleisch. Bei 4 Proben musste die Bezeichnung oder die Deklaration der Zusammensetzung beanstandet werden. In Anbetracht der verhältnismässig grossen Zahl an Beanstandungen werden 2010 erneut Kontrollen durchgeführt werden.

2.10 Primärproduktion

- Überwachung der Qualitätssicherung (QS) Milch
2009 wurden 445 Milchproduktionsbetriebe des Kantons (ungefähr ein Viertel) aufgrund der Verordnung über die Hygiene bei der Milchproduktion untersucht, erneute Kontrollen und ausserordentliche Inspektionen inbegriffen.

Die Ergebnisse der Untersuchungen werden im Informationssystem ISVet erfasst, das immer leistungsfähiger wird. Die Methode zur statistischen Erfassung der Ergebnisse zu Händen des Bundesamts für Veterinärwesen (BVET) muss allerdings noch verbessert werden.

Es wurde nur eine Milchlieferperre aufgrund von Problemen mit der Zellzahl verfügt. Dieses Ergebnis bedeutet jedoch nicht, dass sich die Qualität der Milch verbessert hat. In diesem Bereich sind noch grosse Anstrengungen nötig.

Es wurde keine Milchlieferperre aufgrund einer Keimbelastung verhängt.

Es wurden 6 Fälle von Hemmstoffen gemeldet, das sind 9 weniger als 2007 und 5 weniger als 2008. Hier ist also eine deutliche Verbesserung festzustellen.

Zusätzlich zu diesen Untersuchungen fällt auch die Einführung von Kontrollen gemäss der Verordnung über die Primärproduktion in die Zuständigkeit des LSVW. Dieses Projekt ist zeitaufwändig und erfordert zusätzliches Personal. Die Aussichten sind gut.

- Amtstierärztliche Kontrollen («Blaue Kontrollen»)
2009 wurden insgesamt 164 Blaue Kontrollen durchgeführt, davon 81 auf Milchproduktionsbetrieben und 83 auf Betrieben

ohne Milchproduktion. Die Anzahl der 2009 durchgeführten amtstierärztlichen Kontrollen liegt jedoch unter dem offiziell verlangten Prozentsatz. Dies lässt sich teilweise mit dem grossen Zeitaufwand erklären, den die Weiterbildung der amtlichen Tierärzte in Anspruch nimmt. Hinzu kommen 3 Blaue Kontrollen zur Überprüfung und ein paar Nachkontrollen, die 2010 durchgeführt werden.

- Datenverwaltung

Die Dossiers der Kontrollen wurden 2009 mehrheitlich mit dem System ISVET bewältigt und auch die Ergebnisse der Kontrollen wurden mit ISVET erfasst. Dank den Verbesserungen, die von den Mitarbeitern des Bundesamts für Veterinärwesen verlangt wurden, wurden 2009 erneut Fortschritte gemacht und es werden in Zukunft auch noch weitere Fortschritte erzielt werden.

- AOC-Kontrollen

Die AOC-Kontrollen bei der Primärproduktion wurden auch dieses Jahr gleichzeitig mit den Kontrollen vorgenommen, die in Anwendung der Verordnung über die Hygiene in der Milchproduktion durchgeführt wurden. Anfang 2010 wird ein Sachbearbeiter für die Aufgaben im Zusammenhang mit der kontrollierten Ursprungsbezeichnung eingestellt werden. Eine Vereinbarung mit der interkantonalen Zertifizierungsstelle ist in Arbeit.

- Überprüfung der automatisierten Probenahmesysteme (AP) für die Entnahme von QK-Proben

Das LSVW arbeitet für die Überprüfung der AP weiterhin mit der Suiselab AG zusammen. Ein Sachbearbeiter hat 57 Kontrollen durchgeführt. Es wurde eine geringe Ausfallrate festgestellt. Diese Tätigkeit entspricht rund 20 Arbeitstagen.

- Monitoring des Bundesamts für Veterinärwesen
Wie bereits 2008 führte das Milchinspektorat die Probenahmen im Rahmen der nationalen Kampagne zur Rückstanduntersuchung in der Milch durch.

2.11 Milch und Milchprodukte

- Käse

Im Rahmen des nationalen Programms für die Untersuchung von Milchprodukten wurden 39 Käseproben (33 Hartkäse- und 6 Weichkäseproben) entnommen und untersucht. Keine dieser Proben gab Anlass zu Beanstandungen, was die untersuchten Kriterien im Bereich Lebensmittelsicherheit (Salmonellen, Listeria monocytogenes) betrifft.

- Butter aus industrieller und gewerblicher Produktion
Laut Gesetz muss Butter einen Milchfettgehalt von mindestens 820 g/kg aufweisen. Es wurden 13 Proben von industriell hergestellter Butter und 5 Proben von gewerblich hergestellter Butter

—
2009

untersucht. Eine Probe von Gewerbebutter wies einen Milchfettgehalt auf, der deutlich unter dem Mindestgehalt lag, nämlich bei 765 g/kg. Die restlichen 17 Proben gaben zu keinen Beanstandungen Anlass.

2.12 Bekämpfung von Tierseuchen

- Hochansteckende Seuchen

Es wurden keine Fälle oder Verdachtsfälle gemeldet.

- Auszurottende Tierseuchen

Kein Fall (0) von Boviner Spongiformer Enzephalopathie (BSE).

Kein Fall (0) von Transmissibler Spongiformer Enzephalopathie (TSE) bei Schafen und Ziegen.

Die Überwachung der Bovinen Infektiösen Rhinotracheitis und der Infektiösen Pustulösen Vulvovaginitis (IBR/ IPV), der Enzootischen Leukose der Rinder (EBL) und der Brucellose der Schafe und Ziegen erfolgte wie in der ganzen Schweiz mittels Befragungen von Betrieben, die das Bundesamt für Veterinärwesen zufällig auswählte. Die Proben für die Überwachung der Aujeszky'schen Krankheit wurden wie in den Vorjahren direkt im Schlachthof der Micarna in Courtepin entnommen.

Im Kanton wurden 203 (186) Betriebe kontrolliert, darunter 108 (91) auf IBR/IPV und EBL, 50 (68) auf Brucellose der Schafe, 45 (27) auf Brucellose der Ziegen. Alle Untersuchungen fielen negativ aus. Ausserdem wurde gleichzeitig mit der Probenahme für die Brucellose der Ziegen die vom IVI betriebene Serumbank für Ziegen neu bestückt.

Im Bereich Caprine Arthritis-Encephalitis (CAE) wurden die Ziegen von 158 (113) Betrieben kontrolliert. In 5 Betrieben wurden 11 Ziegen positiv auf CAE getestet, was Sperrmassnahmen und die Ausmerzung der kranken Tiere erforderlich machte.

Bei der BVD sind die positiven Fälle beträchtlich zurückgegangen, wie zu Beginn des Programms zur BVD-Ausrottung prognostiziert worden war:

- > 0,84% aller getesteten Tiere waren positiv (Durchschnitt CH: 0,77%)
- > 0,76% aller nach dem 1. Oktober geborenen und getesteten Kälber waren positiv (Durchschnitt CH: 0,70%), gemäss Stand vom 15. Dezember 2009.

Leider ist die Zahl der von den Haltern entnommenen leeren Proben trotz zahlreichen Informationen und Unterstützung noch sehr hoch. Dieses Problem sollte im Laufe des Jahres 2010 erneut angesprochen werden, da leere Proben einen zusätzlichen Kostenfaktor darstellen.

Am 1. Oktober 2009 hat die Überwachungsphase begonnen. Nebst der Entfernung neuer positiver Fälle geht es während dieser Phase darum, allfällige Quellen erneuter Infektionen möglichst genau zu bestimmen, um eine erneute Ausbreitung der Krankheit bestmöglich aufhalten zu können. Diese Arbeit erfolgt mittels aufwändiger epidemiologischer Abklärungen, die auf den betreffenden Betrieben durchgeführt werden. Es handelt sich um eine entscheidende Phase für den Erfolg und die Dauer dieses ehrgeizigen Ausrottungsprogramms.

- Zu bekämpfende Seuchen

Die Bekämpfungsmassnahmen und die entsprechenden Resultate sehen wie folgt aus:

Seit dem 1. Januar 2009 müssen Mastpouletherden ab 5000 Plätzen auf Salmonella-Infektionen (*S. Enteritidis* und *S. Typhimurium*) untersucht werden. Die Schweizer Geflügelindustrie überwacht ihre Herden im Rahmen der Selbstkontrolle in eigener Verantwortung. Im Kanton Freiburg wurde kein Fall von *Salmonella* diagnostiziert; ein Verdachtsfall in einem Betrieb hat sich letztendlich als negativ erwiesen.

2 Schafherden waren mit Salmonellen befallen (*S. enterica* subsp. *diarizonae*).

1 Fall von Salmonellen (*S. enterica* subsp. *houtenae*) bei einer Schlange.

Im Rahmen der Bekämpfung der Lungenentzündung der Schweine wurde kein (0) Betrieb positiv auf Enzootische Pneumonie getestet. Über 1 (1) Betrieb, der positiv auf Actinobacillose der Schweine getestet worden war, musste eine Sperre verhängt werden; der betroffene Schweinestall wurde saniert.

0 (1) Fälle von Chlamydiose der Vögel.

1 (1) Fall von Infektiöser Laryngotracheitis der Hühner.

In 7 (3) Bienenhäusern wurde bösartige Faulbrut festgestellt, und es mussten 19 (6) Bienenvölker vernichtet werden.

In 9 (3) Bienenhäusern wurde Sauerbrut der Bienen festgestellt, und es mussten 17 (5) Bienenvölker vernichtet werden.

Blauzungenkrankheit: Die Impfung der Herden war auch 2009 obligatorisch und die Kampagne konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Umfangreiche Studien, die die veterinärmedizinischen Fakultäten von Bern und Zürich in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Veterinärwesen durchgeführt haben, haben klar gezeigt, dass kein ursächlicher Zusammenhang zwischen der Impfung gegen die Blauzungenkrankheit und den Aborten sowie dem Anstieg der Zellzahl in der Milch während einem Jahr nach der Impfung besteht.

—
2009

- Zu überwachende Seuchen
Folgende Fälle wurden festgestellt:

21 (15) Betriebe waren von Coxiellose betroffen. Diese zuvor als zu bekämpfende Tierseuche eingestufte Krankheit ist gemäss der Tierseuchenverordnung nun neu eine zu überwachende Seuche.

10 (4) bestätigte Fälle von Paratuberkulose bei Rindern und 1 Fall bei einem Schaf.

17 (9) Fälle von Cryptosporidiose.

3 (5) Fälle von Neosporose der Rinder.

0 (4) Fälle von bösartigem Katharrhalfieber bei Rindern.

1 Fall von Echinococose bei einem Hund.

1 Fall von Toxoplasmose bei einem Hund.

Auf den Alpen einiger Gemeinden des Greyerz-, des Sense- und des Vivisbachbezirks war die Impfung gegen den Rauschbrand sehr empfohlen. 784 (624) Rinder von 40 (45) Betrieben wurden geimpft. Ein Fall von symptomatischem Rauschbrand bei 1 nicht geimpftem Rind wurde auf einer Alp im Greyerzbezirk diagnostiziert.

2.13 Bewilligung für die Verwertung von Küchenabfällen

Gegenwärtig verfügt nur ein Betrieb über eine Bewilligung für die Verarbeitung von Küchenabfällen zur Verfütterung an Schweine. Diese Bewilligung läuft Ende 2010 aus. Ab diesem Datum ist das Sammeln und Verwerten von Abfällen und Essensresten aus Gaststätten und anderen kollektiven Haushaltungen zur Verfütterung an Schweine auf Bundesebene endgültig verboten. Diese Abfälle werden immer öfter auf andere Weise entsorgt. Sie werden zu Betrieben gebracht, in denen Biogas hergestellt wird.

2.14 Betriebsbewilligung für eine Biogasanlage

1 provisorische Bewilligung zum Betrieb einer neuen Biogasanlage im Kanton wurde erteilt. Ein zweiter Betrieb wird demnächst eine Bewilligung erhalten.

2.15 Bewilligung zur Besamung auf dem eigenen Betrieb

18 (23) Rindvieh- und Schweinehalter haben einen Kurs besucht und eine Bewilligung erhalten.

2.16 Wanderschafherden

Der Kanton zählt 5 (5) Wanderherden, für die das Amt eine Bewilligung erteilt hat.

2.17 Kontrolle des Tierverkehrs, der Betriebsregister und der TVD

Im Zusammenhang mit fehlerhaften Tiergeschichten, mit beim Transport oder bei der Schlachtung fehlenden Ohrmarken oder nicht übereinstimmenden Identifikationsnummern (7 Verwarungen und 2 Anzeigen beim Untersuchungsrichteramt) und mit anderen speziellen Fällen musste oft eingeschritten und mussten Ratschläge erteilt werden. Im Rahmen des Ausrottungsprogramms der BVD mussten 14 Tierhalter beim Untersuchungsrichter angezeigt werden, weil sie die Sperrmassnahmen während der Initialphase der Sanierung missachtet hatten.

2.18 Importe

Im Bereich Importe aus EU-Staaten wurden folgende Mengen (pro Tier oder kg) registriert. Die Tiere unterstehen einer amtlichen Überwachung, die Kontrolle und Aufhebung der Massnahmen beinhaltet:

> Rinder: 8 (29) aus Deutschland

> Rinder, Sömmerung in Frankreich: 506 (400)

> Geflügel, Elterntiere vom Masttyp: 52 971 (41 060)

> Bienen: 190 Kolonien

> Schafe: 5 aus Frankreich.

Ohne Sondermassnahmen:

> Eintagsküken: 251 834 (420 371) Stück. 124 (90) Betriebe wurden auf ihre räumliche Eignung für den Import von Eintagsküken geprüft.

> Perlhühner: 28 287 (28 106)

> Pferde: 65 (45) aus verschiedenen EU-Staaten

> Forellen: 365 280 (9 741) kg

Andere, ohne Sondermassnahmen:

> 49 (47) Hunde

> 104 (5) kg Blut

—
2009

- > 20 (16) Nagetiere
- > 1 (1) Pferdesperma
- > 84 (33) Rinderembryonen
- > 17 126 (8 175) Dosen Rindersperma
- > 1 039 (39 862) kg getrocknete Fische
- > 2 920 Landtiere
- > 124 andere Säugetiere
- > 1 Katze
- > 307 kg Fisch
- > 686 kg Pferdefleisch
- > 1030 kg Hundenahrung
- > 61 kg Mammalia

2.19 Exporte

214 (318) Zertifikate für den Export von Milchprodukten sowie für den Export von Frischfleisch und Fleischerzeugnissen wurden ausgestellt.

Das Amt hat mit dem System der Europäischen Union zur Meldung des Tierverkehrs «Traces» 142 (40) Exportzeugnisse ausgestellt.

- > 35 (125) Vögel
- > 3 (2) Katzen
- > 1 (6) Hunde
- > 125 (87) Pferde
- > 15 809 (3600) Küken
- > 48 (103) Rinderembryonen oder -eizellen
- > 3 (60) Rinder
- > 26 (4) Schafe/Ziegen
- > 37 (34) Nagetiere
- > 6 Reptilien

- > 7 t Rindfleisch
- > 1 t K3-Material
- > 1 anderes Säugetier

2.20 Tierarzneimittel

Die Inspektionen der tierärztlichen Apotheken wurden in Zusammenarbeit mit dem Kantonstierarzt des Kantons Jura und dem Kantonsapotheker fortgeführt. Bei einer von ihnen wurden dabei relativ grosse Mängel festgestellt. Eine regelmässige Nachkontrolle der von den Tierärzten ausgestellten Rezepte verbessert die Anwendung von Antibiotika in der Primärproduktion.

2.21 Tierschutz

Die 2008 in Kraft getretene Änderung der Tierschutzverordnung des Bundes erforderte eine Aktualisierung der gesamten damit zusammenhängenden Dokumentation sowie eine vertiefte Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Es fanden zahlreiche Beratungen und Weiterbildungen für die verschiedenen von diesen Änderungen betroffenen Kreise statt.

Im Berichtsjahr sind signifikant mehr Klagen beim Amt eingegangen. Der genaue Grund für diesen Anstieg konnte jedoch nicht ausfindig gemacht werden. Bei den Nutztieren könnte ein Grund dafür sein, dass die Anzahl Tiere auf den Betrieben steigt, während die Anzahl Personen, die sich um sie kümmern, sinkt. Auch die Klagen aus Geflügelschlachthöfen haben zugenommen. Was die Pferdehaltung betrifft, so hat eine auf diesem Gebiet spezialisierte Mitarbeiterin damit begonnen, die Stallungen im Kanton zu kontrollieren, um die Halterinnen und Halter auf die neuen Anforderungen aufmerksam zu machen. Sie werden insbesondere über allfällige festgestellte Mängel und die Fristen für die Anpassung der Infrastruktur informiert.

2.22 Nutztiere

—

2.22.1 Kontrollen, die durch eine vom Amt beauftragte Organisation durchgeführt wurden

1093 (955) landwirtschaftliche Betriebe wurden von der Freiburgerischen Vereinigung umwelt- und tiergerecht produzierender Landwirte (FIPO), dem in Grangeneuve ansässigen Kontrollorgan, in Bezug auf den Tierschutz kontrolliert. 90,9% (91,4%) der Betriebe erfüllten die Kriterien der Tierschutzgesetzgebung. Bei 9,1% (8,6%), das heisst bei 99 (82) der kontrollierten Betriebe, wurden Verstösse festgestellt. Es wurde auch in diesem Jahr, wie seit 2007, eine Zunahme der qualitativen Verstösse verzeichnet, wobei diese qualitativen Verstösse den grössten Teil der 2009 festgestellten Verstösse ausmachten.

—
2009

2.22.2 Klagen

Beim Amt gingen 826 (177) Klagen wegen schlechter Haltung von Nutztieren ein. Davon betrafen 601 Klagen Geflügel, das beim Schlachthof ankam, und 225 betrafen andere Nutztiere. Die 601 oben genannten Beanstandungen von Fleischkontrolleuren nicht mitgezählt, wurden die anderen Klagen (225) von Privatpersonen 36% (31%), davon 11% (8%) anonym, von Fleischkontrolleuren 29% (48%), von den Veterinärämtern 11% (1%), von der Polizei 7% (5%), vom TSV Freiburg 4% (4%), von Tierärzten 3% (2%) eingereicht und die übrigen, das heisst 22 (16) Klagen, von den Kontrollstellen, den kantonalen Dienststellen, den Oberämtern, den Gemeinden und von weiteren privaten Gesellschaften und Verbänden. Was die Klagen betrifft, die von freiburgischen Fleischkontrolleuren eingereicht wurden, muss präzisiert werden, dass ein grosser Teil dieser Klagen Tiere betrafen, die in anderen Kantonen gehalten werden, und dass das Amt umgekehrt auch Klagen von Fleischkontrolleuren ausserhalb des Kantons Freiburg erhält, die Tieren gelten, die im Kanton Freiburg gehalten werden.

Abgesehen von den 601 Klagen, die Geflügel bei der Ankunft im Schlachthof betrafen, betrafen die Klagen vor allem Rinder: 108 (70), gefolgt von Schweinen: 40 (22), Pferden: 28 (23), Schafen: 19 (21), Kaninchen: 14 (5) Ziegen: 11 (3), Geflügel: 8 (38) und Lamas: 2.

22 (11) Beschwerden für Nutztiere wurden an den Untersuchungsrichter überwiesen (19 für Rinder, 1 für Schweine, 1 für Pferde und 1 für Kaninchen). Von den 22 überwiesenen Beschwerden musste bei 8 Dossiers eine Strafe verhängt werden (die 14 weiteren sind zurzeit in Bearbeitung). In 3 (1) Fällen musste ein Halteverbot für Nutztiere ausgesprochen werden.

2.22.3 Intervention bei lebenden Tieren

Folgende Bescheinigungen über die Teilnahme von Landwirten an einem Kurs und die praktische Ausbildung am Tier wurden dem Amt zugestellt: Enthornung von Rindern: 40 (81), Kastration von Kälbern: 4 (5), Kastration von Lämmern: 1 (2) und Kastration von Ferkeln: 33.

2.23 Stellungnahme zu Baudossiers

Das Bau- und Raumplanungsamt (BRPA) hat dem Amt 172 (173) Baudossiers zur Stellungnahme unterbreitet. 52% (52,5%) betrafen Gesuche für Rinder, 29% (23,8%) für Equiden, 9% (6%) für Geflügel, und die übrigen Gesuche, das heisst 10% (23,7%) betrafen Schweine, Ziegen, Bienen und andere Tierarten (Hunde, Vögel, Fische usw.). Das Amt hat 14 (9) negative Stellungnahmen abgegeben.

2.24 Haustiere (Hunde und Katzen)

84 (58) Klagen wegen schlechter Haltung von Haustieren gingen beim Amt ein.

Die Klagen betrafen vor allem Hunde (71 (44) Klagen allein wegen der Hundehaltung und nicht wegen der Gefährlichkeit der Hunde) und Katzen (13 (17), wovon 3 Wildkatzen betrafen).

Die Klagen für Katzen wurden von Privatpersonen (11), von der Polizei (1) und vom TSV Freiburg (1) eingereicht. 1 Beschwerde wurde an den Untersuchungsrichter überwiesen.

Die Klagen für Hunde wurden von Privatpersonen (55, wovon 12 anonym), vom TSV Freiburg (8), und anderen kantonalen Dienststellen (10) eingereicht.

5 (6) Beschwerden wurden an den Untersuchungsrichter und 3 (1) Beschwerden an die eidgenössische Zollverwaltung überwiesen. In 5 Fällen musste ein Tierhalteverbot ausgesprochen werden.

2009 wurden 33 (43) Hunde und 158 (187) Katzen als verloren gemeldet. 77 (114) Hunde, 126 (153) Katzen und 5 (10) weitere Tiere wurden aufgefunden und in die offizielle Datenbank eingetragen. 43 Tiere, davon 37 Hunde und 4 Katzen, konnten daraufhin ihren Besitzerinnen und Besitzern zurückgegeben werden.

2.25 Wildtiere

• Gesuche für Wildtierhaltung

13 (24) neue Gesuche für Wildtierhaltung wurden an das Veterinäramt gerichtet. Die meisten Gesuche betrafen Hirsche (5) und Frettchen (4). Die übrigen neuen Bewilligungsgesuche betrafen Giftschlangen, Papageienvögel und Rochen. Nebst den neuen Gesuchen wurden 31 (25) Gesuche um Erneuerung der Haltebewilligung eingereicht, davon betrafen die meisten Hirsche (15), Frettchen (7) und Leguane (3). Die übrigen Gesuche um Erneuerung betrafen Chamäleone, Bisons, Käuze, Mufflons, Affen und Wallabys.

• Klagen

13 (5) Klagen (1,5% aller Klagen) gingen wegen schlechter Haltung von Wildtieren beim Amt ein.

1 Beschwerde wurde an den Untersuchungsrichter überwiesen.

2.26 Tierversuche

Das Amt beschäftigt eine Tierärztin zu 50%. Neben den Aufgaben in Zusammenhang mit der Aufsichtskommission für Tierversuche wurden vor allem die folgenden Aufgaben wahrgenommen:

2009

- > Die Definition des Genehmigungsverfahrens der Bedingungen für die Haltung von Tieren für Tierversuche. Diese Verfahren werden im Laufe des Jahres 2010 eingeführt.
- > Die Einführung eines neuen elektronischen Informationssystems für die Verwaltung der Tierversuche wurde vom Bund eingeleitet. Der Kanton Freiburg nimmt als Pilotkanton an diesem Projekt teil.
- > Die Überwachung der Arbeiten für die Anpassung der Infrastruktur zur Haltung von Affen und Spitzhörnchen (Tupaia) an der Universität Freiburg.

Die Aufsichtskommission für Tierversuche ist 2009 fünfmal zusammengetreten. Sie hat folgende Aufgaben wahrgenommen:

- > 54 (57) Bewilligungsgesuche für Tierversuche wurden geprüft.
- > 48 (53) Bewilligungen wurden erteilt.
- > 6 (3) positive Stellungnahmen wurden für interkantonale Gesuche abgegeben.
- > 7 (4) Unternehmen wurden besichtigt.

2.27 Hunde

2009 setzte die Abteilung den Schwerpunkt auf die Identifikation von Hunden (Einsetzen des Microchips). Ausserdem hat sie ihre Tätigkeit im Zusammenhang mit bewilligungspflichtigen Hunden weitergeführt. Höchste Priorität hat aber nach wie vor die Behandlung von Anzeigen gegen Bissverletzungen und/oder aggressives Verhalten. Der Personalbestand der Abteilung wurde um eine unbefristete 100%-Stelle und zwei bis 31.12.2010 befristete 100%-Stellen erhöht. Dies ermöglichte eine bessere Umsetzung des Gesetzes über die Hundehaltung.

Die Phase der spontanen Gesuche zur Haltung von bewilligungspflichtigen Hunden ist beendet. Die Abteilung musste die Abklärungen durchführen und die Hundehalterinnen und Hundehalter ermutigen, ihre Gesuche zu stellen; gleichzeitig hat sie die periodischen Kontrollen der Beurteilungen von 2007–2008 durchgeführt und bearbeitet. Die Abteilung konnte alle Dossiers in Zusammenhang mit gefährlichen Hunden behandeln.

2.27.1 Verschiedene Arbeiten

- > 3356 Schreiben und 3200 Telefonanrufe sind bei der Abteilung eingegangen.

Gefährlichkeit
Es wurden behandelt:

- > 64 Anzeigen gegen Hundebisse am Menschen
 - > 37 Anzeigen gegen Hundebisse an Tieren
 - > 7 Anzeigen wegen aggressiven Verhaltens (formell angezeigt)
- Ortsbesichtigungen und Gutachten

- > 59 Ortsbesichtigungen im Zusammenhang mit Anzeigen gegen Hundebisse und aggressives Verhalten wurden durchgeführt.
- > 81 Hunde, die gebissen haben oder aggressiv waren, wurden vom Amt begutachtet.

Hunde, die auf der Rassenliste stehen

- > 281 von 496 (identifizierbaren) Hunden wurden bisher beurteilt, was 56% entspricht.
- > 86 Hunde leben nicht mehr auf freiburgischem Gebiet oder sind gestorben.

Halten von mehr als 2 erwachsenen Hunden

- > 51 von 570 Haltern (ANIS-Erhebung) wurden kontrolliert.

- > 61 Bewilligungen wurden erteilt, 570 Gesuche waren eingereicht worden.

- > 509 offene Fälle; entweder wurde noch kein Bewilligungsgesuch eingereicht oder dieses wurde vom Amt noch nicht behandelt.

Anhörungen

- > 30 Halterinnen und Halter wurden angehört.

Provisorische Anerkennung von Hundeausbildnerinnen und -ausbildnern

- > 156 provisorische Anerkennungen wurden bisher ausgestellt, wovon 46 im Jahr 2009.

Ausbildungen und Vorträge

- > 7 Tage/Abende wurden durchgeführt.

Gemeindereglemente

- > 50 erste Stellungnahmen und 47 abschliessende Gutachten wurden behandelt.

—
2009

2.27.2 Kennzeichnung

Bis heute sind 21 428 Hunde in der Datenbank ANIS im Kanton Freiburg eingetragen. Die Abteilung hat in Zusammenarbeit mit dem Finanzamt eine Identifikationskampagne durchgeführt. Dabei wurden 2 354 Fälle behandelt, die in der Datenbank ANIS nicht oder falsch registriert waren. 708 Fälle sind noch in Bearbeitung.

VI. AMT FÜR WALD, WILD UND FISCHEREI (WALDA)

Amtsvorsteher: Walter Schwab

1. Aufgaben

Der Auftrag des Amtes für Wald, Wild und Fischerei (WaldA) ist die Umsetzung, Beratung, Information, Überwachung und Kontrolle im Rahmen der verschiedenen Gesetze über unsere natürliche Umwelt. Es handelt sich um die Bereiche des Gesetzes über den Wald und den Schutz vor Naturereignissen (WSG), des Gesetzes über die Jagd sowie den Schutz wild lebender Säugetiere und Vögel und ihrer Lebensräume (JaG), des Gesetzes über die Fischerei sowie die verschiedenen Vollzugsbestimmungen in diesem Bereich.

Das Amt wird mit einem Leistungsauftrag geführt; die wichtigsten Leistungen sind nach Bereichen gegliedert:

- > Bereich Schutz vor Naturgefahren: Schutz durch biologische Massnahmen (zum Beispiel durch Schutzwälder) sowie technische Massnahmen (z.B. Schutzbauten) und planerische Massnahmen.
- > Bereich Wald: Produktion und Verwendung der Holzressourcen, Schutz und Entwicklung der biologischen Vielfalt im Wald, qualitative und quantitative Erhaltung der Wälder und ihrer Ressourcen, Erholungsfunktion des Waldes, Bewirtschaftung der Staatswälder.
- > Bereich Fauna: Schutz und Entwicklung der wild lebenden Land- und Wassertiere; deren dauerhafte Nutzung durch Jagd und Fischerei.

Aufgrund seiner territorialen Organisation (Forstkreise und -reviere; Aufsichtsregionen) fördert das Amt eine optimale Waldbewirtschaftung sowie ein nachhaltiges Management von terrestrischer und aquatischer Fauna.

2. Wald

2.1 Rodungen

Die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft erteilte 11 Rodungsbewilligungen.

Die Rodungen dienten folgenden Zwecken:

> Wasserfassungen	1 500 m ²
> Abwasserleitung	13 040 m ²
> Hochwasserschutz/Auffangbecken	11 790 m ²
> Brücke	190 m ²
> Gasleitung	1 500 m ²
> Steinbruch	41 800 m ²
> Sammelstelle	888 m ²
> Total	70 708 m ²

2.2 Nachteilige Waldnutzung

Das Amt erteilte 27 Bewilligungen für nachteilige Nutzung für Bauten und Anlagen im Wald.

2.3 Waldfeststellungen

Die Direktion erliess auf Antrag des Amtes 14 Waldfeststellungsverfügungen.

2.4 Waldnahe Bauten

Das Amt nahm Stellung zu 274 Gesuchen um Baubewilligungen für waldnahe Bauten sowie zu Ortsplanungen und Quartierplänen im waldnahen Bereich.

2.5 Befahren des Waldes

Das Amt hat 79 Beschwerden wegen Verstössen gegen die Strassen-signalisation eingereicht (Beschränkung des Verkehrs im Wald).

2.6 Biologische Vielfalt im Wald

2009 wurden zwei Waldreservate unter Schutz gestellt (Unterzeichnung von Dienstbarkeitsverträgen). Dabei handelt es sich um den «Forêt du Lapé» (87,38 ha) auf dem Gebiet der Gemeinde Charmey und den Wald der «Iles de Villeneuve» (38,61 ha) auf dem Gemeindegebiet von Villeneuve.

2009

Der Restbetrag der Abgeltungen für das Reservat «Galm Süd» (25.8 ha) wurde an die Eigentümer ausgezahlt.

Eine Altholzinsel von 2.13 ha wurde für eine Dauer von 20 Jahren unter Schutz gestellt.

Auf einer Fläche von 22.56 ha wurden Eingriffe zur Verbesserung der Waldrandstruktur vorgenommen.

Auf einer Fläche von 114.99 ha wurden Massnahmen zugunsten besonderer Waldarten (Eiche, seltene Bäume, Vogelwelt usw.) ergriffen.

Die Subventionen beliefen sich auf gerundete 1 398 000 Franken.

2.7 Schutz vor Naturgefahren

- Kartierung der Naturgefahren

Die Gefahrenhinweiskarte für Rutschungen und Blockschläge für den Teil Mittelland des Kantons Freiburg wurde 2007 fertig gestellt; somit ist das gesamte Kantonsgebiet für die im WSG vorgesehenen Prozesse abgedeckt. Die für das Mittelland noch notwendigen zusätzlichen Detailanalysen wurden aus verschiedenen Gründen verschoben. Die Pflichtenhefte sind in Vorbereitung und mit den Arbeiten kann 2010 begonnen werden. Der Bund plant, die Programme zur Kartierung 2011 abzuschliessen. Diese Frist wird eingehalten werden.

- Ereigniskataster StorMe

Das Jahr 2009 war, was das Ereigniskataster in Zusammenhang mit Naturgefahren angeht, ein «normales» Jahr. 17 Ereignisse wurden verzeichnet, bei denen es sich mehrheitlich um Blockschläge handelte. Heikle Situationen entstanden in Jaun, wo zahlreiche Lawinen die Strasseninfrastruktur einschränkten (17.02.2009), sowie in Charmey und in Allières, wo eine Alphütte und die MOB-Linie durch Blockschläge bedroht waren. Glücklicherweise entstand kein grosser Schaden. Einige dieser Ereignisse machen zusätzliche Schutzmassnahmen erforderlich und müssen weiterverfolgt werden.

Das einschneidendste Ereignis des Jahres, der Hagelsturm vom 23. Juli 2009, der den Kanton vom Genferseebecken her durchquerte, hat Schäden von mehreren hundert Millionen Franken verursacht (Gebäude, Fahrzeuge, Landwirtschaft). Dieses Naturphänomen wird jedoch nicht im Ereigniskataster aufgenommen.

Die folgende Tabelle gibt keine Auskunft über das Ausmass der Schäden.

Anzahl der in StorMe erfassten Ereignisse mit Schadenfolge

Jahr	Total	Rutschungen	Wasser	Sturzprozesse	Lawinen
1998	5	0	0	4	1
1999	19	7	4	2	6
2000	10	2	5	3	0
2001	17	15	0	2	0
2002	7	6	1	0	0
2003	5	1	2	2	0
2004	10	3	2	5	0
2005	75	51	21	3	0
2006	21	16	0	4	1
2007	43	31	6	5	1
2008	4	2	0	2	0
2009	17	3	3	8	3
Total	233	137	44	40	12

- Projekte für Schutzmassnahmen

Gemäss den neuen Bestimmungen der NFA wurden 4 Projekte für Massnahmen zum Schutz vor Naturgefahren genehmigt, die den Kanton während der Jahre 2008–2011 zu Subventionen in der Höhe von insgesamt 491 000 Franken (2008: 563 000 Franken) verpflichten. Weitere zuvor beschlossene Projekte wurden abgeschlossen und ein einziges Projekt nach altem System bleibt noch offen. Ein kleines Projekt wurde im Rahmen der kantonalen Produkte genehmigt.

> Betrag der abgerechneten Arbeiten (gerundet): 1 330 000 Fr.

> Gewährte Beiträge (gerundet): 933 000 Fr.

- Stellungnahmen in Sachen Naturgefahren

Die Gefahrenkarten werden unter anderem für die Behandlung von Baubewilligungsgesuchen (386 Gesuche) und für die Ausarbeitung von Stellungnahmen im Rahmen von Änderungen der OP, DBP, RegRP und GEP (64 Gesuche) verwendet. Letztere werden grösstenteils von der Naturgefahrenkommission (NGK) bzw. ihrem Sekretär angefertigt. Angesichts des Rücktritts des Sekretärs (Stelle als Geologe beim BRPA) im Juni konnten dank der verstärkten Hilfe des Amts allzu grosse Verzögerungen bei der Behandlung der Gesuche verhindert werden.

- Schutzwälder

Die Vorbereitung einer neuen Schutzwaldausscheidung ist im Gang. Sie erfolgt im Rahmen des bedeutenden nationalen Projekts «SilvaProtect». Nach Abschluss der Vorbereitungsarbeiten ist die Umsetzung für den Zeitraum 2012–2015 vorgesehen. Bedeutend verbessert wird die Identifizierung der Schutzwirkung des Waldes bei Ereignissen im Zusammenhang mit Wildbächen. Durch diese Entwicklung kann die Waldbewirtschaftung besser an die Naturgefahren im entsprechenden Gebiet angepasst werden.

2009

Die in den verschiedenen Projekten des Waldbaus B/C geplanten Arbeiten konnten gemäss dem in der Programmvereinbarung für dieses Produkt vorgesehenen Zeitplan fortgesetzt werden. Die Projekte nach alter Gesetzgebung sind allmählich abgeschlossen und die Tätigkeiten werden nun durch die neuen Bestimmungen geregelt (vgl. Weisung 8.2/1 des WaldA). So wurden 5 neue Projekte des Typs «Interventionsprogramm» genehmigt, die mit einem Beitrag von insgesamt 1 482 000 Franken für die Periode 2008–2011 verbunden sind (einschl. 2 «Infrastruktur»-Projekte). Die von diesen Verträgen betroffene Fläche beträgt 162 ha.

Die Mehrheit der Beiträge betrifft hingegen immer noch Projekte des Waldbaus B/C nach alter Gesetzgebung.

> Gewährte Beiträge (gerundet): 3 504 000 Fr.

Wie in der Programmvereinbarung für dieses Produkt vorgesehen, fand Ende Jahr ein Austausch- und Kontrolltag mit dem Vertreter des Bundes statt; dieser ist erfolgreich verlaufen.

2.8 Holzproduktion und -verwendung

- Jungwaldpflege
2009 betrug die Fläche der Jungwaldpflege 1173,10 ha, davon 537,77 ha im Rahmen der Programmvereinbarung «Waldwirtschaft».

Die Subventionen beliefen sich auf gerundete 1 813 000 Franken.

- Holznutzung
In den letzten 3 Jahren entwickelte sich die Holznutzung in den öffentlichen und privaten Wäldern wie folgt:

Jahr	öffentliche Wälder		private Wälder		Total m ³
	m ³	%	m ³	%	
2006	214 000	68	99 000	32	313 000
2007	185 000	67	92 000	33	277 000
2008	171 000	63	99 000	37	270 000
2009	Die Zahlen stehen ab Juni 2010 zur Verfügung.				

Das Brennholz macht heute in den Privatwäldern rund 30% und in den staatlichen Wäldern über 26% der Holznutzung aus.

Das Volumen des Energieholzes ist um rund 8000 m³ gestiegen und macht 28% der Betriebe aus.

Gemäss einer Studie aus dem Jahr 2008 setzt sich das kantonale Potenzial zur jährlichen Holzbewirtschaftung wie folgt zusammen:

Jährliches Bewirtschaftungsziel	öffentliche Wälder		Privatwälder		Total m ³
	m ³	%	m ³	%	
	185 000	57	140 000	43	325 000

Eine Steigerung der Bewirtschaftung ist vor allem in Privatwäldern und beim Laubholz möglich.

- Waldschäden
Das Schadenholzvolumen beträgt 22 658 m³ (9767 m³ im Jahr 2008), davon sind 6791 m³ (7205 m³ im Jahr 2008) der Programmvereinbarung «Schutzwälder» zuzurechnen.

Die Subventionen beliefen sich auf gerundete 538 000 Franken.

- Revierkörperschaften
Die letzte Revierkörperschaft des Kantons wurde am 4. März 2009 gegründet, womit ein zehnjähriger Vorgang abgeschlossen wurde. Ende 2009 sieht die Situation der Reviere und Betriebseinheiten wie folgt aus:

Es gibt 31 Reviere mit einer Betriebseinheit für die öffentlichen Wälder, aus denen sie bestehen. Diese Betriebseinheiten haben folgende Rechtsformen:

- > 22 Körperschaften verfügen über Statuten und eine eigene Rechtspersönlichkeit;
- > 4 Einheiten sind durch eine schriftliche Vereinbarung zwischen zwei Partnern geregelt;
- > 4 Einheiten wurden durch einen einzigen Eigentümer gebildet;
- > 1 Sonderfall ist eine Mehrzweckgenossenschaft.

4 Reviere haben keine Betriebseinheit. Sie bestehen vor allem aus Privatwäldern und einigen kleinen öffentlichen Wäldern. Die Eigentümer sind nicht in einer Betriebseinheit zusammengeschlossen.

Zwei Körperschaften sind interkantonal und gehören zum Kanton Freiburg und zum Kanton Waadt.

Der Vorentwurf Nr. 421.2-FR-2012/001 vom 26. November 2002 über die Schaffung von Revieren und Betriebseinheiten des Waldes konnte 2009 abgeschlossen werden. Die zwischen 2002 und 2009 ausbezahlten Beiträge belaufen sich auf 930 310 Franken.

- Infrastrukturen und Strukturverbesserungen
Im Rahmen der kantonalen Produkte wurden 18 Projekte von geringem Umfang genehmigt, im Wesentlichen zur Instandstellung von Waldwegen, dies für Beiträge von insgesamt 534 000 Franken (rund 10.8 km Wege wurden instand gestellt und 62 ha Wald besser erreichbar gemacht).

Verschiedene Projekte im Bereich der Erschliessung und der Bewirtschaftungsgebäude wurden abgerechnet.

2009

> Betrag der abgerechneten Arbeiten (gerundet): 1 025 000 Fr.

> Gewährte Beiträge (gerundet): 461 000 Fr.

Der ausgezahlte Betrag beträgt 36 Franken pro Wegmeter oder 2964 Franken pro ha zugänglich gemachten Wald.

Ein Kantonsbeitrag von 60 750 Franken wurde für ein Waldzusammenlegungsprojekt ausgezahlt.

• **Holzförderung**
Das Amt beteiligte sich an den Studienarbeiten für die Schaffung eines Laubholzsägewerks mit grosser Kapazität im Kanton Waadt (Projekt AvantiBois).

In Zusammenarbeit mit Lignum Freiburg und dem Amt für Verkehr und Energie wurden Aktionen durchgeführt, um die Bauleiter für die Verwendung von Holz zu sensibilisieren, hauptsächlich in den Bereichen Bau und Energie.

2.9 Erholungsfunktion des Waldes

Der Wald ist ein von der Bevölkerung sehr geschätzter Erholungsraum. Gewisse Wälder werden von der Öffentlichkeit so stark genutzt, dass die Erholungsfunktion des Waldes eines der wichtigsten Bewirtschaftungsziele wird. Bestimmte Zusatzkosten für Leistungen im Interesse der Allgemeinheit, die von den Eigentümern für die Erholungsfunktion des Waldes erbracht werden, werden durch den Kanton pauschal entschädigt. Entsprechend der Bedeutung der Wohlfahrtsfunktion des Waldes unterscheidet der Kanton 4 Waldkategorien. Die Zielsetzung und die Leistungen, zu denen sich die Waldeigentümer verpflichten, sind festgelegt (z.B. keine für die Besucher gefährlichen Bäume).

2009 belief sich die kantonale Unterstützung auf 1 123 000 Franken. Das entspricht rund 4.10 Franken pro Einwohner des Kantons (Wohnbevölkerung am 31.12.2008 = 273 189 Einwohner).

2.10 Ausbildung

• **Lehrabschlussprüfungen**
17 Kandidaten, davon 14 französisch- und 3 deutschsprachige, legten die Lehrabschlussprüfung ab.

17 Kandidaten, davon 2 Repetenten, standen vor dem Lehrabschluss.

16 Kandidaten bestanden die Prüfung, einer fiel durch.

2 Kandidaten bestanden die Prüfungen der Anlehre.

Seit der Einführung der Lehre im Jahre 1963 haben im Kanton Freiburg 598 Forstware ihren Fähigkeitsausweis erlangt.

• **Zwischenprüfungen**
18 Lernende im 1. Lehrjahr (16 französisch- und 2 deutschsprachige) haben die Zwischenprüfungen in den berufskundlichen und allgemeinbildenden Fächern absolviert. Die 18 Lernenden haben sich für das zweite Lehrjahr qualifiziert.

18 Lernende im 2. Lehrjahr (15 französisch- und 3 deutschsprachige) haben die praktischen Prüfungen im Wald der Bürgergemeinde Freiburg abgelegt. Eine Person ist durchgefallen. Ihre Situation wurde in einer Sitzung mit ihr, den Eltern und dem Ausbilder diskutiert. Im 2. Lehrjahr finden keine Prüfungen in den allgemeinbildenden und berufskundlichen Fächern statt.

• **Rekrutierung neuer Lernender**
Anfang Herbst 2009 haben 13 neue Lernende ihre Lehre begonnen. Davon sind 10 französischer und 3 deutscher Muttersprache.

• Anzahl Lernende pro Lehrjahr am 1. Oktober 2009

1. Jahr:	13 (10 F und 3 D)
2. Jahr:	18 (16 F und 2 D)
3. Jahr:	17 (14 F und 3 D)
Total:	48 (41 F und 8 D)

• **Überbetriebliche Kurse für die Lernenden**
Die Lernenden besuchten Kurse über Holzerei- und Rückarbeiten, Waldbau und Nothilfe sowie einen Gebirgs- und Baukurs.

• **Weiterbildung**
Zahlreiche Motorsäge- und Holzerkurse wurden als Grundausbildung oder Weiterbildung angeboten.

Im Mai 2009 wurden für das Forstpersonal Nothelfer-Wiederholungskurse angeboten.

Mehrere Personen absolvierten im November 2009 in Lyss ein Modul H2 zur Schulung von Lehrmeistern; ein Kurs für Deutschsprachige fand im September 2009 in Riedholz statt.

Im September 2009 fand in Riedholz ein Modul H3 über die Grundlagen der Personalführung statt.

In Mont-sur-Lausanne fand am 12. November 2009 ein Weiterbildungskurs «Einsatz von Forstmaschinen und Bodenschutz» statt.

Ein Kurs «Wartung von Forstmaschinen» fand im Juni 2009 in Hohenrain statt.

Das freiburgische Forstpersonal besuchte diverse Weiterbildungskurse.

2009

- Weitere Ausbildungen Eidgenössischer Fachausweis:

2 Personen schlossen die Ausbildung als Forstwart-Vorarbeiter ab.

2 Personen schlossen die Ausbildung als Wildhüter-Fischereiaufseher ab.

8 Personen befinden sich in der Ausbildung zum Fischereiaufseher mit eidg. Fachausweis.

- Praktikanten

1 Schüler der Försterschule Lyss hat in einem Forstkreis ein Praktikum absolviert.

1 Absolvent der Ingenieurschule für Landwirtschaft FH in Zollikofen hat ein Praktikum in der Zentrale des Amts für Wald, Wild und Fischerei absolviert.

1 Forstingenieurstudent der ETHZ hat in einem Forstkreis ein Praktikum absolviert.

5 Universitätsstudenten haben ein Praktikum in der Zentrale des Amts für Wald, Wild und Fischerei absolviert.

1 Student hat ein Praktikum in einem Forstkreis absolviert.

- Kurse für Landwirte

Die französisch- und deutschsprachigen Schüler der Landwirtschaftsschule Grangeneuve haben Kurse in Holzen und Waldbau absolviert.

2.11 Public Relations

Ziel ist es, über den Wald, das Wild und die Naturgefahren zu informieren. Die Zentrale, die Forstingenieure der 6 Forstkreise, die Revierförster und die Wildhüter-Fischereiaufseher sind dafür verantwortlich, die Information zu verbreiten. Dazu stehen verschiedene Mittel zur Verfügung (z.B. Themenführungen für Schulen, Broschüren, Lehrpfade mit Informationstafeln, Mitteilungen, Website).

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des WaldA wendeten rund 1500 Stunden für die Public Relations auf.

Die Website des WaldA wurde um eine neue Rubrik ergänzt, die sich der Freizeit und Erholung in den Wäldern widmet. Diese wurde im Sommer von einem Studenten eingerichtet; dabei wurden die Waldhütten, Pfade und Parcours sowie die Picknickplätze auf dem gesamten Gebiet des 1. Forstkreises erfasst. Die Navigation in dieser Rubrik ist einfach und spielerisch, die Besucher gelangen anhand von Karten und Listen zu den benötigten Informationen. Dieses Inventar wird zu einem späteren Zeitpunkt auf

die anderen Forstkreise ausgedehnt und ebenfalls auf der Website publiziert.

2.12 Standortkartierung

Im Jahr 2009 wurden in 5 Forstkreisen 5 Lose mit einer Fläche von insgesamt 2355 ha Wald kartiert. Ende 2009 waren 35 152 ha Wald kartiert. Dies entspricht 83 % des Waldareals des Kantons (Gesamtfläche 42 400 ha).

2.13 Betriebspläne

Folgende Planungsgrundlagen werden zurzeit ausgearbeitet und revidiert:

Kreis 1: Der Waldbetriebsplan der Kleinen Saane (Rossens–Perrolles-See) ist in Arbeit. Der Betriebsplan der Waldkörperschaft La Sonnaz (Revier 1.2) wurde genehmigt.

Kreis 2: Die Betriebspläne für die öffentlichen Wälder der Reviere 2.1 (Staatwälder) und 2.5 (Gemeindewald von Oberschrot, Plasselb und Plaffeien) sind in Arbeit.

Kreis 3: Die Kartierung der Waldbestände wurde aktualisiert, und die Betriebspläne der Körperschaften Vallée de la Jogne und Rive droite du Lac de la Gruyère sind in Arbeit.

Kreis 4: Die neue Kartierung der Waldbestände konnte fertig gestellt werden und die Ausarbeitung der Betriebspläne wurde aufgrund fehlender Mittel teilweise verschoben.

Kreis 5: Der revidierte Betriebsplan für den Staatswald Galm wurde genehmigt. Die Betriebspläne für die öffentlichen Wälder der Reviere 5.2 (Region Murten–Kerzers) und 5.4 (Basse-Broye) sind in Arbeit. Die anderen Betriebspläne werden erwartet.

Kreis 6: Die Kartierung der Waldbestände und die Anpassungen stehen kurz vor Abschluss. Die neuen Betriebspläne sind in der Schlussphase.

2.14 Statistik der Waldfläche, der Unternehmen (per Ende 2008) und Eigentümer

	Öffentliche Wälder	Privatwälder	Total
Wald gemäss schweizerischer Forststatistik	24 000 ha (57 %)	18 400 ha (43 %)	42 400 ha
Anzahl Unternehmen / Eigentümer	102	ca. 12 000	ca. 12 100

Von den 102 öffentlichen Forstunternehmen haben 47 eine Fläche von weniger als 50 ha, 18 haben eine Fläche zwischen 500 und 1000 ha und 2 Unternehmen sind grösser als 1000 ha.

—
2009

2.15 ForestMap

Die Entwicklung des Informationssystems für die Verwaltung forstwirtschaftlicher Geodaten «ForestMap» ist fast abgeschlossen. Anfang 2010 kann voraussichtlich mit der Installation des Systems begonnen werden, mehr als ein Jahr später als ursprünglich geplant.

2.16 Investitionskredite

Insgesamt werden gegenwärtig 50 Verträge bearbeitet. Es wurden 2 Investitionskredite über einen Gesamtbetrag von 102 000 Franken gewährt (2 Infrastrukturen). 14 Kreditverträge konnten aufgelöst werden. Im Laufe des Jahres wurden 61 Rückzahlungen mit einem Gesamtbetrag von 1 390 730 Franken getätigt. 6 Zahlungen auf Vertragsbasis über einen Gesamtbetrag von 189 000 Franken wurden ausgerichtet.

Diese finanziellen Mittel werden dem Kanton vom Bund zur Verfügung gestellt. Die Rückzahlungen der laufenden Kredite fliessen bis zur Fälligkeit der Bundeskredite in den Fonds zurück. Gegenüber dem Vorjahr hat die Verschuldung dieses Programms aufgrund einer Rückzahlung an den Bund um rund 1 850 000 Franken abgenommen; Ende 2009 betrug sie noch 4 066 000 Franken.

2.17 Besondere Ereignisse

- Deponie La Pila

Da die Parzelle, auf der die ehemalige Deponie La Pila liegt, nach ihrer Aufschüttung und Bepflanzung dem WaldA übertragen wurde, ist dieses Inhaber des Standorts. Aus diesem Grund hat das Amt mit der Stadt Freiburg ein Konsortium für die Untersuchungs- und Sanierungsarbeiten gebildet.

- Friholz SA – La Forestière

Aufgrund seiner Staatswälder ist das WaldA Aktionärin der Friholz SA, eines Holzvermarktungsunternehmens. Der Erwerb der Aktien von 20 850 Franken wurde über den Reservefonds der Staatswälder finanziert. Um die Organisation des Holzverkaufs für die Waldeigentümer zu konsolidieren, hat der Verwaltungsrat der Friholz SA mit der Genossenschaft La Forestière vereinbart, dass sie die Verkaufstätigkeit der Friholz SA ab dem 1. November 2009 übernimmt. La Forestière ist eine Organisation von Waldeigentümern und -bewirtschaftern, die auf den Holzverkauf in der Westschweiz spezialisiert ist; sie ist als Genossenschaft organisiert. Das Aktienkapital der Staatswälder wird in Anteilscheine von La Forestière umgewandelt.

- Anpassungen an die NFA

Seit der Einführung der NFA sind verschiedene verwaltungstechnische und organisatorische Änderungen im Gang:

› Die fortlaufende Definition von Produkten vereinfacht und klärt die verschiedenen Verantwortlichkeiten innerhalb des Amtes.

› Für die Förderungsmassnahmen wurde ein gemeinsames Vorgehen für alle Produkte definiert. Die Beziehungen mit verschiedenen Partnern (Gemeinden und Dritte) sind in Subventionsverträgen festgelegt. Mit dem Erbringen einer Leistung wird die Auszahlung einer Subvention ausgelöst.

- Gesub 2010

Zur Verbesserung der Subventionspolitik im Forstbereich (insbesondere der Verpflichtungen und der Mengen/Programmeingaben), wird zurzeit eine Informatikanwendung entwickelt (GESUB2010).

- Investitionen in den Staatswäldern

Der Grosse Rat hat einen Verpflichtungskredit über 5 350 000 Franken für die Investitionen in den Staatswäldern gewährt (Dekret vom 11. Februar 2009).

3. Jagd, Wild und Fischerei

3.1 Gesetzgebung

Unter Berücksichtigung der Stellungnahmen verschiedener betroffener Kreise wurde ein Verordnungsentwurf für drei Jahre ausgearbeitet. Die Verordnung über die Ausübung der Jagd in den Jahren 2009, 2010 und 2011 wurde am 15. Juni 2009 vom Staatsrat gutgeheissen.

Am 24. November 2009 genehmigte der Staatsrat das Reglement über die Patentfischerei in den Jahren 2010, 2011 und 2012 und die Verordnung über die Versteigerung und die Verpachtung der Fischereilose für die Jahre 2010–2015.

3.2 Ausbildung

Das Bundesamt für Umwelt (BAFU) hat verschiedene Fortbildungskurse für Wildhüter organisiert. Im März fand ein Kurs über die neuen Wasser- und Zugvogelreservate von internationaler und nationaler Bedeutung statt; im Mai waren die Ruhezone Thema des Kurses. Die Kantonspolizei führte für die Wildhüter-Fischereiaufseher einen sehr interessanten Selbstverteidigungskurs durch.

Die Schweizerische Vereinigung der Fischereiaufseher (SVFA) hat einen Fortbildungskurs für Fischereiaufseher in Baden/AG organisiert; 6 Wildhüter-Fischereiaufseher aus dem Kanton Freiburg haben daran teilgenommen.

—
2009

3.3 Anzeigen

2009 haben die ständigen Wildhüter-Fischereiaufseher und die Hilfsaufseher folgende Anzeigen erstattet:

Jagd und Schutz der Fauna:	21 Anzeigen
Fischerei:	16 Anzeigen
Gewässerschutz:	130 Anzeigen
Naturschutz und Pilzsammeln:	4 Anzeigen

Ausserdem wurden 31 schriftliche Verwarnungen an Personen erteilt, die die Vorschriften über die Jagd oder die Hunde nicht einhielten.

3.4 Jagsaison 2009/10

Im Gebirge (Patent A) war der Abschuss einer Gämse und von Haarraubwild vom 21. September bis 3. Oktober gestattet. Die Inhaber eines Patents B konnten vom 21. September bis 17. Oktober im Flachland jagen. Die Inhaber eines Patents B durften ein bis drei Rehe erlegen. Mindestens eines der drei Rehe musste in einem Wildsektor erlegt werden, für den ein Abschussplan bestand; in diesen Wildsektoren war die Jagd auf das Reh bis zum 24. Oktober gestattet. Die Wildschweinjagd im Flachland begann vor den übrigen Jagden, nämlich am 1. September. Auch war die Wildschweinjagd in gewissen Wildsektoren im Berggebiet im November und Dezember gestattet. Der Abschuss von Hasen war verboten (eine Massnahme, die 1990 eingeführt wurde).

Die Inhaber eines Zusatzpatentes für die Jagd auf den Hirsch konnten vom 21. September bis 17. Oktober im Gebirge oder im Flachland einen Hirsch erlegen, also eine Woche länger als in den vorangehenden Jahren. Der Abschussplan für den Hirsch wurde von 20 auf 25 Tiere erhöht, weil der Bestand in den Winterstandsgebieten ansteigt. Vom 5. bis 10. Oktober fand eine Spezialjagd auf die Gämse statt, um Gämse in den beiden Eidgenössischen Jagdbannbezirken und den kantonalen Jagdbannbezirken zu erlegen. Im Eidgenössischen Jagdbanngebiet Hochmatt-Motélon und in seiner unmittelbaren Umgebung wurde eine Regulierungsjagd auf den Steinwildbestand durchgeführt.

Das Patent C für die Jagd auf Federwild mit Vorstehhund im Flachland berechnete zur Jagd auf Tauben, Enten und Raben bis am 30. November und von Waldschnepfen von Mitte Oktober bis Mitte Dezember.

An der Herbstjagd 2009 beteiligten sich 735 Jäger. Es wurden 1397 Rehe (davon 457 Junge), 345 Gämse (davon 67 Junge), 21 Hirsche (davon 5 Junge) und 4 Steinböcke erlegt.

3.5 Statistik der 2009 ausgestellten Jagdpatente

- 365 Patente A (Jagd im Gebirge)
 - 685 Patente B (allgemeine Jagd im Flachland)
 - 94 Patente C (Jagd auf Federwild mit Vorstehhund im Herbst)
 - 123 Patente für die Hirschjagd
 - 530 Patente D (Jagd auf Haarraubwild und Wildschweine im Winter)
 - 35 Patente E (Jagd auf Wasserwild im Winter)
 - 5 Patente E Kormoran (Jagd nur auf den Kormoran)
 - 1 Patent F (Jagd auf Wasserwild im Neuenburgersee)
 - 5 Patente G (Jagd auf Wasserwild im Murtensee)
 - 12 Patente H (Jagd auf Wasserwild auf dem Greyerzer-, dem Montsalvens- und dem Schiffensee)
- Anzahl Jäger 736.

3.6 Statistik der ausgestellten Jagdpatente und des im Herbst 2008 und im Winter 2008/09 erlegten Wildes

- 380 Patente A (Jagd im Gebirge)
 - 699 Patente B (allgemeine Jagd im Flachland)
 - 84 Patente C (Jagd auf Federwild mit Vorstehhund im Herbst)
 - 97 Patente für die Hirschjagd
 - 538 Patente D (Jagd auf Haarraubwild und Wildschweine im Winter)
 - 40 Patente E (Jagd auf Wasserwild im Winter)
 - 0 Patente E Kormoran (Jagd nur auf den Kormoran)
 - 1 Patent F (Jagd auf Wasserwild im Neuenburgersee)
 - 6 Patente G (Jagd auf Wasserwild im Murtensee)
 - 13 Patente H (Jagd auf Wasserwild auf dem Greyerzer-, dem Montsalvens- und dem Schiffensee)
- Anzahl Jäger 742.

2009

Auf dem ganzen Kantonsgebiet haben die Jäger während der Saison 2008/09 folgendes Wild erlegt:

Gämsen	338	Dachse	18
Rehe	1368	Steinmarder	26
Steinwild	7	Baummarder	3
Hirsche	17	Verwilderte Hauskatzen	10
Hasen	0	Waldschnepfen	78
Wildschweine	69	Tauben	95
Murmeltiere	9	Raben, Hähler, Elstern	317
Füchse	1866	Wasserwild	633

3.7 Verendete Tiere

Zwischen April 2008 und März 2009 wurden tot aufgefunden:

49 Gämsen (71 % infolge Schwäche, Sturz oder Lawinen)

582 Rehe (69 % durch den Autoverkehr)

7 Steinwild

13 Hirsche

28 Feldhasen (71 % durch den Autoverkehr)

10 Wildschweine (60 % durch den Autoverkehr)

775 Füchse (65 % durch den Autoverkehr)

188 Dachse (87 % durch den Autoverkehr)

3.8 Statistik der für die Wasserläufe und kantonalen Seen ausgestellten Fischereipatente

Im Jahr 2009 wurden folgende Patente ausgestellt:

> Flüsse und kantonale Seen (Patent A):

- + 1416 Jahrespatente
- + 257 Halbjahrespatente
- + 85 Wochenpatente
- + 1584 Tagespatente

> Nur Flüsse (Patent B):

- + 242 Jahrespatente
- + 35 Halbjahrespatente

> Nur kantonale Seen (Patent C):

- + 485 Jahrespatente
- + 248 Halbjahrespatente

> Zusätzliche Patente für die Fischerei vom Schiff aus auf den kantonalen Seen (Patent D und E):

- + 879 Jahrespatente
- + 247 Halbjahrespatente
- + 446 Tagespatente

> Patente für den Broyekanal und die untere Bibera (Patent F):

- + 166 Jahrespatente
- + 70 Halbjahrespatente
- + 1206 Tagespatente

> 17 Kollektivfischereipatente in verschiedenen Wasserläufen und Seen

3.9 Pachtfischerei

2004 begann eine neue Pachtfischereiperiode. Sie dauerte bis Ende 2009.

Von 77 Fischereilosens sind 70 verpachtet.

3.10 Fischerei im Neuenburgersee

Im Jahr 2009 stellte der Kanton Freiburg folgende Patente aus:

9 Berufspatente (Patent A), 2 Spezialberufspatente (Patent B), 184 Sportfischereipatente mit Schleppangel (Patent C), 153 Sportfischereipatente (Patent D), 87 Zusatzpatente für Gastfischer, 2 Tagespatente C und 34 Tagespatente D.

Ergebnisse der Berufsfischerei für den ganzen See (in Tonnen):

	2009	2008	2007	2006	2005	2004	2003	2002
Felchen, Balchen	85,7	57,8	58,9	81,9	96,0	61,3	79,0	82,1
Felchen, Bondellen	121,7	156,0	118,9	86,9	87,9	121,7	118,6	123,4
Forellen	5,2	2,7	3,1	3,9	2,8	2,6	3,4	3,4
Seesaiblinge	1,1	0,5	0,7	0,7	0,7	2,6	1,8	1,3
Egli	30,9	35,4	31,1	30,2	21,7	52,7	64,5	38,1
Hechte	7,2	8,8	8,3	5,3	8,2	6,9	9,3	6,1
Rotaugen	30,6	23,5	37,6	34,4	26,8	29,0	30,1	29,4
Brachsmen	1,1	1,0	2,5	1,4	1,1	0,9	1,2	1,7
Andere	4,0	13,8	4,4	3,9	3,9	7,1	7,2	3,4

3.11 Fischerei im Murtensee

Im Jahr 2009 stellte der Kanton Freiburg folgende Patente aus:

1 Berufspatent (Patent A), kein Spezialberufspatent (Patent B), 444 Sportfischereipatente mit Schleppangel (Patent C), 573 Sportfischereipatente (Patent D) und 285 Zusatzpatente für Gastfischer.

—
2009

Ergebnisse der Berufsfischerei (in Tonnen); die waadtländischen Berufsfischer sind inbegriffen:

	2009	2008	2007	2006	2005	2004	2003	2002
Felchen, Balchen	1,5	0,1	0,3	0,7	0,8	0,6	0,6	0,5
Forellen	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1
Hechte	1,0	1,2	1,2	0,9	0,7	1,1	0,8	0,9
Egli	7,6	16,1	8,3	4,2	4,5	5,2	5,4	8,1
Brachsmen	2,2	1,3	2,8	1,9	1,2	1,0	1,2	0,2
Rotaugen	2,6	3,5	5,6	5,0	3,5	3,5	1,9	4,6
Welse	0,3	0,3	0,4	0,4	0,2	3,3	0,5	0,4
Zänder	4,9	5,1	4,2	4,3	4,9	7,7	7,8	
Andere	0,1	0,1	0,4	0,5	0,2	0,3	0,2	3,1

3.12 Besondere Ereignisse

- Fischereiverbot

In Fischen, die dem Verlauf der Saane zwischen der Staumauer von Rossens und der Kantonsgrenze in Bösingens sowie der Glâne und der unteren Ärgera entnommen worden sind, wurden 2007 über den Grenzwerten liegende PCB (dioxinähnliche Polychlorierte Biphenyle) festgestellt. Da bei regelmässigem Konsum vergifteter Fische über längere Zeit ein potenzielles Gesundheitsrisiko für den Menschen besteht, hat der Staatsrat das Fischereiverbot in der Saane im Abschnitt zwischen der Brücke bei La Souche (Abtei Altenryf) und der Staumauer von Schiffenen sowie in der Glâne und der unteren Ärgera 2009 bestätigt.

VII. OBERÄMTER

1. Aufgaben

Die Oberämter nehmen zahlreiche Aufgaben wahr, die ihnen durch das Gesetz über die Oberamtämter und zahlreiche weitere Gesetze in den verschiedensten Bereichen übertragen werden. Es handelt sich um Aufgaben sowohl aus dem Bereich der administrativen Gewalt als auch der richterlichen Gewalt, die eine Zusammenarbeit mit allen Direktionen und mehreren Dienststellen des Staates erforderlich machen.

2. Tätigkeit

2.1 Oberamtämterkonferenz

Die Oberamtämterkonferenz, das informelle Koordinationsorgan und die Austauschplattform der Oberamtämter, hat 2009

monatlich getagt. Hinzu kommt die Teilnahme an zahlreichen ständigen Kommissionen des Staates, Arbeitssitzungen und verschiedenen Veranstaltungen.

Die Konferenz bot verschiedenen Staatsräten und Amtsvorstehern die Möglichkeit, neue Projekte vorzustellen oder besondere Punkte, die alle Oberämter betreffen, zu diskutieren.

Die Oberamtämterkonferenz hat ausserdem zu Vernehmlassungen, die ihr unterbreitet wurden, Stellung genommen. Sie ermöglichte die Koordination von Verfahren oder die Beantwortung von Fragen, für die ein einheitlicher Ansatz für das ganze Kantonsgebiet erforderlich war. Als wichtige Themen können erwähnt werden:

- > der Gesetzesentwurf über die Gemeindezusammenschlüsse;
- > die neue bürgernahe Polizei;
- > die Pflegefinanzierung;
- > die regionale Wirtschaftspolitik;
- > die Investitions- und Finanzierungskosten der Pflegeheime.

2.2 Oberamt des Saanebezirks

Oberamtman: Carl-Alex Ridoré

2.2.1 Bereiche der EKSD

Association du Cycle d'orientation de la Sarine-Campagne et du Haut-Lac français. Am 26. März 2009 hat die Hochschule für Wirtschaft Freiburg (HSW) ihren Auditbericht zur Verbesserung der Organisation und der Finanzen der Association eingereicht. Die Delegiertenversammlung sprach sich am 1. Oktober 2009 für die von der HSW vorgeschlagene Variante «Zentralisierung» aus. Ein Statutenreformentwurf ist in Vorbereitung und auf den 1. März 2010 wurde ein Verwalter eingestellt.

Coriolis Infrastruktur. Zur Benennung des neuen Gastspielhauses in Freiburg wurde ein öffentlicher Wettbewerb durchgeführt. Dieser Wettbewerb ist in der Bevölkerung auf grosses Echo gestossen. Der Vorschlag EQUILIBRE hat das Rennen gemacht. Der Name wird als Relief in die Fassade des Theaters eingraviert. Die Bauarbeiten gehen weiter; die Eröffnung ist für den Herbst 2011 geplant.

Coriolis Promotion. Nach der Genehmigung der Statuten der Agglomeration wurde der Gemeindeverband zur Förderung der kulturellen Aktivitäten (Coriolis Promotion) auf den 31. Dezember 2009 aufgelöst. Am Rande der Auflösung wurde eine Eva-

—
2009

luation der regionalen Kulturpolitik und des Coriolis-Konzepts durchgeführt und den verschiedenen regionalen kulturellen Kreisen vorgelegt.

2.2.2 Bereiche der SJD

Überwachung der öffentlichen Gaststätten. Die Arbeitsgruppe für den Abschnitt der Route de la Fonderie in Freiburg hat ihre Arbeiten fortgeführt. Diese sollen zur Verbesserung der Situation beitragen, was die Lärmbelastung, die Sicherheit, die Abfallentsorgung und den Konsum von Betäubungsmitteln betrifft. In Anbetracht der positiven Ergebnisse in diesem Bereich, wurde im Herbst auch für den äusserst belebten Abschnitt der Grand-Places ein koordiniertes Vorgehen eingeleitet. Das Oberamt hat im Übrigen die Anforderungen an die nächtlichen Öffnungszeiten angepasst. Die öffentlichen Gaststätten, die von einer späten Schliessungszeit profitieren möchten, sind nunmehr verpflichtet, vorher bei den Behörden das Programm der besonderen Anlässe, die sie organisieren, einzureichen.

Zeitlich begrenzte Grossveranstaltungen. (Jugendfeste, Freiburger Messe, Fasnacht, Botellón usw.). Das Oberamt organisierte Koordinationssitzungen, an denen die verschiedenen Akteure teilnahmen, um die Lasten und Bedingungen im Zusammenhang mit der Organisation einer Veranstaltung klar und gemäss den Richtlinien der Oberamt männerkonferenz zu definieren. Es konnten zwei neue Vorhaben für «Botellones» bemerkt und abgesagt werden.

Sportveranstaltungen. Die eingeleiteten Schritte zur Verbesserung der Betreuung und der Sicherheit von Grossveranstaltungen im Bereich Sport wurden fortgeführt. Dank Präventionsmassnahmen und einer engen Zusammenarbeit mit anderen Partnern (Kantonspolizei, Heim- und Gastklubs, öffentlicher Verkehr, ...) konnten die Spannungen und Schwierigkeiten rund um die Eishockeymeisterschaft stark eingeschränkt werden. Die betroffenen Kreise sehen vor, ihren Einsatz in diesem Bereich langfristig fortzuführen.

2.2.3 Bereiche der ILFD

Politische Rechte. Ein Teil des Personals des Oberamts wurde durch die kantonalen und die eidgenössischen Wahlen in Anspruch genommen.

Agglomeration. Die Mitglieder der Agglomerationsorgane haben weiterhin an der Schaffung der Agglomerationsstrukturen gearbeitet. Der Verkehrsverbund der Agglomeration Freiburg (CUTAF), das Wirtschaftsnetz Freiburg und Region (REFER) und der Gemeindeverband zur Förderung der kulturellen Aktivitäten (Coriolis Promotion) wurden aufgelöst. Mit Freiburg Tourismus und Region sowie mit den Gemeinden St. Ursen, Tafers und Grolley wurden Leistungsvereinbarungen abgeschlossen.

Am 24. August 2009 hat der Oberamtmann des Saanebezirks die Beschwerde von Marie-Thérèse Maradan-Ledergerber, Gemeinderätin von Freiburg, gegen ihre Wahl in den Agglomerationsrat gutgeheissen; dieser Entscheid wird wahrscheinlich eine Revision von Artikel 13 Abs. 2 der Statuten der Agglomeration zur Folge haben.

Association pour le développement de la Haute-Sarine ADHS. Dieser Verband wird am 4. Februar 2010 aufgelöst werden.

Regionale Plattform. Gemeinsam mit den Gemeinden und den existierenden regionalen Strukturen wurden Überlegungen zur Bildung einer Bezirksplattform und eines regionalen Investitionsfonds angestellt (Ammännerkonferenz des Saanebezirks; ADHS; Agglomeration; Ammännerkonferenz der Saane-West). Im Juni führte die Ammännerkonferenz eine Umfrage zur Gründung eines Mehrzweckverbandes durch. Eine Arbeitsgruppe hat sich im Übrigen näher mit der Frage der Finanzierung von Infrastrukturen von regionalem Interesse beschäftigt. Im Oktober hat der Oberamtmann eine Regionalkonferenz (Artikel 107^{bis} GG) mit den 36 Gemeinden des Bezirks einberufen. Die erste Sitzung der Regionalkonferenz fand am 18. November 2009 in Chénens statt.

Gemeindebesuche. Im Herbst 2009 hat das Oberamt die 36 Gemeinden des Bezirks systematisch besucht. Neben der Inspektion der Gemeindeverwaltung wurden an diesen Treffen die Exekutivorgane auf die Frage der Gemeindefusionen und je nach Gemeinde auf andere Themen angesprochen.

2.2.4 Bereiche der VWD

Verkehrsverbund der Agglomeration Freiburg (CUTAF). Am 30. April 2009 haben die Delegierten des CUTAF beschlossen, den Verbund auf den 30. Juni 2009 aufzulösen.

Neue Regionalpolitik (NRP). Das Oberamt, das Wirtschaftsnetz Freiburg und Region (REFER) und die Association pour le développement de la Haute-Sarine (ADHS) haben ihre Kontakte im Hinblick auf das Inkrafttreten der Neuen Regionalpolitik fortgeführt. In Erwartung der Schaffung einer formellen Regionalstruktur vertritt der Oberamtmann den Saanebezirk im Verein der Freiburger Regionen für die Neue Regionalpolitik (INNO-REG FR). Des Weiteren beteiligt sich das Oberamt stark an den Arbeiten zur Aufwertung des Gewerbeparks Bertigny-West (Task Force Bertigny-West).

Konsortium der neuen Industriezone von Gross-Freiburg (CIG). Das Konsortium feierte dieses Jahr sein vierzigjähriges Bestehen. Das CIG hat eine Nettolandfläche von 750 000 m² verbaut und so über 120 Firmen auf seiner Zone, die sich auf dem Gebiet der Gemeinden Givisiez und Corminbœuf befindet, vereint. Etwas weniger als 116 768 m² erschlossenes Land stehen noch zur Verfügung.

—
2009

2.2.5 Bereiche der GSD

CODEMS. Auf Anfrage des Sozialvorgesamtes hat die CODEMS eine Stellungnahme zur Pflegeheimplanung 2010–2015 abgegeben. Auf Initiative der CODEMS kamen die Vertreter der verschiedenen regionalen Dienste für die Betagtenpflege mehrmals zusammen, um untereinander die Synergien der Pflege von Betagten zu nutzen.

Association des Communes pour les Services Médico-Sociaux (ACSMS). Nach der Vergrößerung des Pflegeheims des Saanebezirks fand im Juni 2009 ein Tag der offenen Tür statt. Im Sommer wurde eine neue Direktorin des Pflegeheims ernannt. Im Mai 2009 erhielt der Ambulanzdienst des Saanebezirks seine Rezertifizierung durch den IVR. Er ist der erste Ambulanzdienst in der Westschweiz, der diese Anerkennung erhält. Das Komitee der ACSMS hat mit der Fondation pour l'aide et les soins à domicile de la Sarine Gespräche geführt im Hinblick auf die Ausarbeitung eines Leistungsauftrags.

2.2.6 Bereiche der RUBD

Ehemalige Deponie La Pila. Am 1. Mai 2009 hat das Oberamt das Konsortium für die Sanierung der Deponie La Pila angewiesen, die Sofortmassnahmen unterhalb des Hotspots durchzuführen. Das Oberamt half der Projektoberleitung des Konsortiums ausserdem bei der Festlegung der Schritte, die es einerseits für die Sanierung der Deponie La Pila und andererseits für die Umsiedlung der Fahrenden zu unternehmen gilt.

Ehemalige Boxal-Gebäude. Am 9. Juli 2009 hat der Oberamtmann die Schliessung aller Lokalitäten der ehemaligen Boxal-Gebäude in Freiburg bis zum 30. September 2010 angeordnet. Überdies hat er die Besitzerin angewiesen, alle Massnahmen zu ergreifen, um den Zugang zu den Lokalitäten zu verhindern.

2.3 Oberamt des Sensebezirks

Oberamtmann: Nicolas Bürgisser

2.3.1 Bereiche der EKSD

OS Sense. Der Vorstand der OS Sense erarbeitete alle notwendigen Grundlagen für die Meinungsbildung und die Vorbereitung der Bezirksabstimmung für den Um- und Neubau der OS Plafleien. Das Oberamt des Sensebezirks wird zum ersten Mal eine reine Bezirksabstimmung zu organisieren haben. Die Vorbereitungsarbeiten mit dem OS-Vorstand und den Gemeinden sind abgeschlossen.

Zweimal musste das Oberamt und die OS-Direktoren eingreifen, weil Amoktaten an OS-Zentren angekündigt wurden.

Bei den OS-Abschlussfesten hat der Oberamtmann Massnahmen ergriffen, um einen exzessiven Alkoholkonsum zu verhindern. Zusammen mit den Gemeinden und dem OS-Vorstand kontrollierte der Oberamtmann die jeweiligen Anlässe.

Die Region Sense übernimmt das Sekretariat und die Buchhaltung der OS Sense. Der Oberamtmann als Vorstandsmitglied der OS Sense nahm während des ganzen Jahres an dessen Arbeit teil und unterstützte den Vorstand und die Gemeinden in allen Bereichen.

2.3.2 Bereiche der SJD

Hochwasser. Das im letzten Jahr installierte SMS-Warnsystem für das Hochwasser in der Saane (unterhalb des Schiffenensees) hat sich bewährt und wurde regelmässig kontrolliert.

Alkohol bei Jugendlichen. Auch 2009 beschäftigte der zunehmende Alkoholkonsum von Jugendlichen und Kindern im obligatorischen Schulalter das Oberamt und die Polizei (Jugendbrigade). Mit unangemeldeten Kontrollen in Bars, Restaurants und, in Zusammenarbeit mit den Organisatoren, bei grossen Festanlässen wurde die Repression verstärkt.

Öffentliche Sicherheit. Die Videoüberwachung auf öffentlichem Boden wurde mit der Annahme des von der Region Sense ausgearbeiteten Videoreglements in drei Sensler Gemeinden eingeführt.

Der Oberamtmann des Sensebezirks wurde von der Oberamtmännerkonferenz zu deren Vertreter im neuen Sicherheitsrat gewählt.

Während dem ganzen Jahr bestand eine intensive Zusammenarbeit des Oberamtes mit den lokalen Feuerwehrkorps, dem Stützpunkt Düdingen und der KGV.

2.3.3 Bereiche der ILFD

Jagd. Auch die Jagdsaison 2009 verlief mehrheitlich reibungslos. Die gute Zusammenarbeit zwischen dem Amt für Wald, Wild und Fischerei, den Wildhütern sowie dem Oberamt hat sich bewährt.

Alpstrassen. Gegen das Fahrverbot auf verschiedenen Alp- und Waldstrassen wurde eine Petition gestartet. Auch 2009 löste der unverstandene Entscheid grosse Unzufriedenheit aus. Der Gemeinderat Plasselb hat gegen das Verbot einen Rekurs vor dem Bundesgericht eingereicht.

Hunde. Die Probleme im Bereich der Registrierung der Hunde in Zusammenhang mit der Koordination der Datenbanken konnten gelöst werden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Oberamtes haben viel dazu beigetragen.

—
2009

Naturpark. Die beiden Sensler Gemeinden Oberschrot und Plaffeien machen definitiv beim Naturpark Gantrisch mit. Die Region Sense unterstützt das Projekt finanziell.

2.3.4 Bereiche der VWD

Neue Regionalpolitik des Bundes. Im Bereich der Neuen Regionalpolitik arbeitete die Region Sense eng mit der Wirtschaftsförderung zusammen. Die Handhabung der NRP wird immer klarer.

Die Region Sense beginnt mit der Überarbeitung der Regionalplanung (aus dem Jahre 1991). Diese neue Regionalplanung hat einen wesentlichen Einfluss auf die Volkswirtschaft des Sensebezirks.

Die Region Sense brachte ihre Erfahrungen im Bereich des öffentlichen Verkehrs in eine vom Grossen Rat beschlossene Studie über die Region des «unteren Sensebezirks» ein. Die Studienarbeit wird von den Erfahrungen profitieren.

Energie. Zwei Kleinwasserkraftwerke wurden in die Planung integriert, ein Vorgesuch wurde bei den zuständigen Direktionen eingereicht.

Für das Windkraftwerk Schwyberg wurde ein Baugesuch eingereicht.

Tourismus. Die Region Sense hat an ihrer Delegiertenversammlung einen Beitrag von Fr. 1,88 Mio. an das Um- und Ausbauprojekt Skilift Kaiseregg beschlossen. Sie hat aktiv mit den neuen Verantwortlichen aller Ski- und Sesselbahnen des Kantons zusammengearbeitet.

2.3.5 Bereiche der GSD

Spitalexterne Krankenpflege. Die neue Spitex Sense, mit dem Oberamtmann als Gründungspräsident, hat ihre Arbeit aufgenommen.

Die Kommission für die Entrichtung der Pauschalentschädigungen hat begonnen, die neuen Fälle zu evaluieren und gemäss den von der Oberamt männerkonferenz erarbeiteten Richtlinien zu bewerten.

Pflegeheime. Der Sensebezirk hat eine Bedarfsanalyse im Hinblick auf die Ausbauprojekte der fünf Pflegeheime vorgenommen und bei der Direktion eingereicht.

Der Gemeindeverband Pflegeheim Maggenberg und spitalexterne Dienste (ab 2010: «Gesundheitsnetz Sense») hat seine Perspektivstudie über die Verwendung des Schlosses, die Anzahl Pflegebetten und die Entwicklung der psychiatrischen Pflege

abgeschlossen. Die Gründung des «Gesundheitsnetzes Sense» steht bevor.

Die Zusammenarbeit der beiden Pflegeheime Maggenberg und St. Martin wurde intensiviert. Unter der Leitung des Oberamtmannes erarbeitete die Kommission mehrere Zusammenarbeitsverträge.

Asyl. Im Einverständnis mit der Gemeinde Giffers musste das Institut Guglera schliesslich keine Asylsuchenden aufnehmen.

2.3.6 Bereiche der RUBD

Agglomeration. Die Gemeinde Düringen arbeitet aktiv an der Agglo FR mit.

Überschwemmungen in Tentlingen, Plasselb und Plaffeien wegen Hochwasser der Ärgera und der Sense erfordern Schutzmassnahmen, von denen einige bereits Gegenstand von Diskussionen mit der Sektion Gewässer sind.

Regionalplanung. Die Region Sense hat mit der Überarbeitung der Regionalplanung aus dem Jahre 1991 begonnen.

Strassen. Die Verkehrsstudie «unterer Sensebezirk» wurde abgeschlossen und den Gemeinden präsentiert.

Die Neuerungen des Kantonalen Richtplans wurden den Gemeinden an einer Informationsveranstaltung präsentiert.

2.3.7 Bereiche der FIND

Keine Bemerkungen.

2.4 Oberamt des Greyerzbezirks

Oberamtmann: Maurice Ropraz

2.4.1 Bereiche der EKSD

Orientierungsschulverband Greyerz. Infolge eines öffentlichen Vergabeverfahrens hat der Schulvorstand den Architektur- und Ingenieurauftrag für das Projekt zur Sanierung des Hauptgebäudes in Bulle vergeben. Bei der Suche nach einem Gelände für ein drittes Gebäude, das mittelfristig nötig sein wird, sind die Verhandlungen noch im Gang.

Kollegium des Südens. Nach einer Ausschreibung wurde ein Büro bestimmt, das bei der Erweiterung des Standorts Bulle federführend ist. Die Erweiterung ist nötig, um die steigende Anzahl Schülerinnen und Schüler aufnehmen zu können. Der Grosse Rat wird sich zu einem späteren Zeitpunkt über einen Baukredit äussern müssen.

—
2009

Stiftung Schloss Greyerz. Nach Abschluss der Renovation des Abwärtsgebäudes und der Einführung der Multimediaschau kann sich die Stiftung Schloss Greyerz wieder den Herausforderungen des Betriebs und der Aufnahme zahlreicher Besucherinnen und Besucher widmen.

Stiftung Pro Gruyères. Die Baubewilligung für die Pflasterungsarbeiten des oberen Teils wurde erteilt. Die Studie für die Intramuros-Beleuchtung wird weitergeführt.

Sonderschulklassen des Greyerzbezirks. Aufgrund des zusätzlichen Platzbedarfs der Primarschule Bulle mussten drei Sonderschulklassen von der Rue de la Léchère ins Setam-Gebäude umziehen. Eine Arbeitsgruppe wurde gebildet, die das 50-Jahr-Jubiläum im Jahr 2011 vorbereiten soll.

Regionales Sportzentrum. Die Sportkommission des Regionalverbands Greyerz hat die technische und finanzielle Studie im Hinblick auf die eventuelle Schaffung eines regionalen Sportzentrums abgeschlossen. Den Gemeinden des Greyerzbezirks wurde ein Fragebogen zugestellt, um herauszufinden, ob ein Interesse für ein solches Projekt vorhanden ist. Es wurde ausserdem Kontakt mit der EKSD aufgenommen, um die Finanzierungsmöglichkeiten für eine Umsetzung einzuschätzen.

HES les Roches – Gruyère. Die Studentinnen und Studenten dieser Fachhochschule stammen aus 80 verschiedenen Ländern und werden im Bereich der Spitzenhotellerie ausgebildet. Gegenwärtig wird geprüft, wie die Aufnahmebedingungen und -kapazitäten in der Stadt Bulle erweitert werden können.

2.4.2 Bereiche der SJD

Gaststätten. Das Oberamt nimmt seinen Überwachungsauftrag der öffentlichen Gaststätten in bester Zusammenarbeit mit dem Amt für Gewerbepolizei, den Gemeinden und der Kantonspolizei wahr. Der Oberamtmann hat in der Arbeitsgruppe «öffentliche Veranstaltungen» mitgewirkt, die namentlich ein neues Bewilligungsverfahren für Patente K ausgearbeitet hat. Im Bezirk werden in Zusammenarbeit mit REPER, der Stiftung «Passage» und dem Verband «Association Stop violence en Gruyère» regelmässig Präventionsaktionen durchgeführt.

Feuerpolizei. Der Oberamtmann und sein Stellvertreter arbeiten aktiv mit den betroffenen Partnern im Bereich Vorbeugung von Bränden und Elementarschäden zusammen. Sie statteten den kantonalen Kursen für Neueingeteilte und den Weiterbildungen für Einsatzleiter Besuche ab. Bei den Feuerwehren von La Roche – Pont-la-Ville, Haut-Intyamou, Pont-en-Ogoz und Sorens wurden im Berichtsjahr Inspektionen durchgeführt. Major Albert Frossard, Chef des Feuerwehrstützpunktes, hat sein Mandat nach 37-jähriger Tätigkeit bei der Feuerwehr beendet.

2.4.3 Bereiche der ILFD

Gemeindezusammenschlüsse. Bei den Gemeindeexekutiven von La Jogne (Fusion der 4C) und der Gemeinden Corbières/Villarvolard wird gegenwärtig ein Fusionsprojekt geprüft.

Koordinationsgruppe Wolf. Die Arbeitsgruppe hat ihre Präventions- und Informationstätigkeit bei den betroffenen Partnern, insbesondere in Züchter- und Jägerkreisen weitergeführt. Während Ende Winter ein Wolf im Greyerzbezirk mehrere Hirsche gerissen hat, verursachte eine Wölfin im Sensebezirk während der Sömmerungsperiode einen Verlust von rund 60 Schafen. Auf die Anfrage eines Grossrats hin bestätigte der Staatsrat die gesetzliche Notwendigkeit, dieses Grossraubtier zu schützen; er räumte jedoch ein, dass die Prävention und die koordinierte Führung der Herden während der Sömmerungsperiode unbedingt verstärkt werden muss.

2.4.4 Bereiche der VWD

Bergbahnen. Nachdem sich der Kanton Freiburg und der Regionalverband Greyerz bereit erklärt haben, sich an den geplanten Investitionen der Bergbahnunternehmen des Bezirks zu beteiligen, wurden Schritte unternommen, um das für die Finanzierung der Erneuerung der Anlagen notwendige restliche Kapital zu beschaffen.

Neue Regionalpolitik (NRP). Der Regionalverband Greyerz bietet interessierten Partnern an, bei der Entwicklung von Projekten, die den gesetzlichen Anforderungen entsprechen, mitzuwirken. Die Arbeiten im Rahmen der Renovation des Greyerzer Museums und die Sanierung des «Quartiers» Bourg d'Enhaut in Greyerz konnten vom Unterstützungsplan des Bundes profitieren.

2.4.5 Bereiche der GSD

Gemeindeverband Gesundheitsnetz Greyerz. Das Spitexpersonal ist Ende Jahr von den Räumlichkeiten am Bahnhof Bulle ins Stadtzentrum gezogen; es handelt sich um ein Immobilienprojekt, das von der Pensionskasse des Kantons Freiburg initiiert worden war. Der Sozialdienst sollte demnächst folgen.

COSAF und CODEMS. Der Oberamtmann präsidiert die Bezirkskommission für Spitalexterne Krankenpflege und Familienhilfe (COSAF) und die Bezirkskommission für Pflegeheime (CODEMS) und unterstützt in dieser Funktion eine positive Zusammenarbeit zwischen den Partnern im Bereich Gesundheit. Die Gemeinden des Bezirks haben sich sehr dafür eingesetzt, dass die Synergien in den Pflegeheimen des Bezirks gefördert und ihre Komplementaritäten intensiviert werden.

2.4.6 Bereiche der FIND

Nichts Besonderes zu vermelden.

—
2009

2.4.7 Bereiche der RUBD

Kantonale Naturgefahrenkommission (KND). Der Oberamtmann ist Präsident der Kommission, die sich vor allem mit der Umsetzung von Präventionsmassnahmen gegen Naturgefahren befasst. Die Arbeiten zur Kartierung der Naturgefahren werden im Flachland fortgesetzt.

Ortsverkehr. Durch die Eröffnung der H189, die Umsetzung des MOBUL-Netzes und die Arbeiten im Stadtzentrum von Bulle hat sich die Mobilität in der Agglomeration stark verändert. Die Lebensqualität und die Attraktivität der Region haben sich deutlich verbessert.

2.5 Oberamt des Seebezirks

Oberamtmann: Daniel Lehmann

2.5.1 Bereiche der EKSD

Schulen. Der Oberamtmann präsidierte die Delegiertenversammlung der Orientierungsschule (OS) Region Murten und war für die Vorstände und Schulleitungen der OS des Bezirks beratend tätig. Er hat an der Delegiertenversammlung und an Vorstandssitzungen der Orientierungsschule Sarine-Campagne und Haut-Lac français teilgenommen. Vermehrt musste das Oberamt Strafverfahren gegen Eltern eröffnen, deren Kinder der Schule unentschuldig fernblieben.

Berufsberatung. Die vom Oberamtmann präsidierte Kommission des Seebezirks für Berufs- und Laufbahnberatung überwachte den Betrieb der Berufsberatung an den Orientierungsschulen von Murten, Kerzers und Gurmels sowie das Berufsinformationszentrum (BIZ) des Seebezirks in Murten.

Kultur. Das Oberamt unterstützte verschiedene kulturelle Aktivitäten im Bezirk sowie Organisationen zur Erhaltung oder Wiederbelebung von Kulturgütern. Einen Schwerpunkt bildete das Festival Murten Classics mit seinen Konzerten im Schlosshof, das im Jahr 2009 erneut von Erfolg gekrönt war und dessen Besucherzahl mit 7500 den Vorjahresrekord wiederum erreichte.

2.5.2 Bereiche der SJD

Strafsachen. Im Bereich Strassenverkehr ist ein Rückgang der ausgestellten Strafbefehle zu verzeichnen. Die Anzahl Einsprachen gegen die ausgestellten Strafbefehle ist gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen.

Gaststätten und Veranstaltungen. Es gibt nach wie vor Beanstandungen im Zusammenhang mit Lärmemissionen von Gaststätten und Veranstaltungen. Zu Klagen Anlass geben namentlich auch Party-Veranstaltungen auf Schiffen.

Schiesswesen. Die vom Oberamtmann präsidierte kantonale Kommission für die Schiessstände hat in Zusammenarbeit mit dem Amt für Umwelt zahlreiche Beratungstätigkeiten durchgeführt und Entscheide der Direktion vorbereitet.

Feuerwehr. Der Oberamtmann und der Vizeoberamtmann haben mehrere Regionalübungen und Inspektionen durchgeführt und kantonale und Bezirks-Kurse besucht. Ausserdem erfolgte eine rege Tätigkeit zur Beratung der Gemeinden bzw. der Feuerwehren betreffend Kooperationen oder Fusionen.

2.5.3 Bereiche der ILFD

Territoriale Strukturen. Zusammen mit seinen Kollegen des Saane- und des Glanebezirks hat der Oberamtmann die Oberamtmännerkonferenz in der Projektkommission für die Überprüfung der Territorialstrukturen vertreten.

Abstimmungen. Das Oberamt hat die reibungslose Durchführung der Abstimmungen im Bezirk gewährleistet.

Gemeinderäte. Wie bereits in den Vorjahren waren auch im Berichtsjahr zahlreiche Wechsel in den Gemeinderäten zu verzeichnen, wobei es verschiedentlich auch zu Ersatzwahlen ohne Listen (d.h. ohne Kandidaten) gekommen ist.

Ausbildung der Gemeinderäte. Der Oberamtmann hat an einem Kurs des Kantonalen Gemeindeverbandes zur Ausbildung der Gemeinderäte mitgewirkt.

Verband der Gemeinden des Seebezirks. Der Verband hat zu zahlreichen bedeutenden Vorlagen Stellungnahmen verfasst, unter anderem zur Revision des regionalen Richtplans und zu Verkehrs- und Strassenfragen.

Hunde. Im Zusammenhang mit den Rechnungen für die Hundesteuer stellen die Probleme der Abstimmung mit der zentralen Datenbank nach wie vor eine grosse Belastung für das Personal des Oberamtes dar.

2.5.4 Bereiche der VWD

Neue Regionalpolitik. Als erstes touristisches Projekt der Neuen Regionalpolitik im Kanton Freiburg ist das Projekt zur Schaffung einer einheitlichen Marketingorganisation für das 3-Seen-Land gutgeheissen worden. Es handelt sich um ein überkantonales Projekt der Kantone Bern, Freiburg, Neuenburg und Jura. Der Regionalverband See ist an diesem Projekt ebenfalls beteiligt. Der Oberamtmann wirkt zusammen mit der Stadtpräsidentin von Murten im Vorstand der Projektorganisation mit. Im Rahmen der Massnahmen zur Wirtschaftsanhebung sind ausserdem mehrere Projekte aus dem Seebezirk gutgeheissen worden.

—
2009

Der Oberamtmann hat sich aktiv an den Arbeiten zur Gründung von Innoreg FR (Verband der Freiburger Regionen zur Umsetzung der Neuen Regionalpolitik) beteiligt. Nach der Gründung dieser Plattform der Regionen und der Einsetzung des NRP-Koordinators ist die Vereinbarung zur Erteilung des kantonalen Leistungsauftrages abgeschlossen worden.

Wirtschaftsförderung. Im Rahmen des Regionalverbandes See ist eine vom Oberamtmann geleitete Arbeitsgruppe gebildet worden, die Vorschläge für die regionale Wirtschaftsförderungsstrategie und deren Umsetzung erarbeitet.

Tourismus. Der Regionalverband See beteiligt sich aktiv am koordinierten Tourismusmarketing des Kantons Freiburg und führt erfolgreich eigene Marketingaktionen durch. Hervorzuheben ist auch die Zusammenarbeit über die Kantonsgrenzen, so namentlich im Projekt 3-Seen-Land. Auf kantonaler Ebene ist der Oberamtmann als Mitglied des Vorstandes des Freiburger Tourismusverbandes tätig.

Arbeitsmarkt. Der Oberamtmann präsidiert die Tripartite Kommission des Regionalen Arbeitsvermittlungszentrums (RAV) des Seebezirks und des Sensebezirks. Zusammen mit seinem Kollegen aus dem Sensebezirk ist er zudem Mitglied des Stiftungsrates der Stiftung «deStarts» zur Unterstützung arbeitsloser Jugendlicher.

Öffentlicher Verkehr. Im Rahmen des Verbandes der Gemeinden hat sich der Oberamtmann an der Vernehmlassung zum neuen Fahrplan beteiligt.

2.5.5 Bereiche der GSD

Spitalplanung. In hohem Rhythmus ist an der Umsetzung der Spitalplanung 2008 gearbeitet worden. Die vom Gesundheitsnetz See mit der Aufgabe betraute Umbau-Planungskommission hat unter intensiver Mitarbeit der Direktion des Freiburger Spitals und der Ärzte und Pflegedienstleitung des Standortes Meyriez ein Nutzungskonzept erarbeitet und der Gesundheitsdirektion eingereicht. Die Permanence konnte erfolgreich aufgebaut und eingeweiht werden. Dank einer grosszügigen Spende konnte, unter Mitfinanzierung durch die Stiftung des Gesundheitsnetzes, ein CT angeschafft werden. Dieser ist für die Erfüllung der dem Standort Meyriez durch die Spitalplanung zugewiesenen Mission von grosser Wichtigkeit.

Gesundheitsnetz See, Heime. Per Anfang 2009 hat das Gesundheitsnetz von den bisherigen Heimverbänden die Heime Courtepin, Kerzers, Jeuss, Murten und Sugiez übernommen, und die bisherigen Heimverbände sind nach Genehmigung ihrer Abschlüsse aufgelöst worden. Das Gesundheitsnetz See ist daran, seine Organisations- und Führungsstruktur zu optimieren. Dazu sind 2 Klausurtagungen durchgeführt worden. Der Oberamtmann wirkt in der kantonalen Arbeitsgruppe zur

Regelung der Finanzierungs- und Investitionskosten der Pflegeheime mit.

Résidence Beaulieu. Der Bau der «Résidence Beaulieu» in Murten, die ein betreutes Wohnen in Kombination mit einer Pflegeabteilung vorsieht, schreitet zügig voran. Die Trägerschaft des Projektes ist von der Kantonalen Gebäudeversicherung übernommen worden.

Spitalexterne Krankenpflege. Das Oberamt führt das Präsidium und das Sekretariat der Bezirkskommission für die spitalexterne Krankenpflege, welche insbesondere die Entscheide betreffend die Gewährung einer Pauschalentschädigung zu fällen hat.

2.5.6 Bereiche der RUBD

Regionalplanung. Die vom Verband der Gemeinden erarbeiteten Grundlagen für die Revision des Regionalen Richtplanes sind beim Kanton für eine erste informelle Vorprüfung eingereicht worden. Zuvor schon sind mit der Direktion mögliche Varianten für die Festlegung einer «Bezirks-Arbeitszone» besprochen worden.

Strassen. Im Rahmen der Vernehmlassung zur Strassenplanung des Bundes hat sich gezeigt, dass die Position des Kantons in der Frage der Linienführung der T10 offenbar geändert worden ist, was im Seebezirk zahlreiche Diskussionen ausgelöst hat. Die Frage dieser Linienführung ist nicht nur für die betroffenen Gemeinden und ihre Bevölkerung von grosser Bedeutung, sondern wird auch einen massgeblichen Einfluss auf die Regionalplanung (Strassen, Arbeitszonen) haben. Die offenen Fragen bedürfen deshalb dringend der Klärung.

Bauwesen. Trotz zahlreicher Baugesuche für Solaranlagen hat die Bautätigkeit im Seebezirk im Berichtsjahr offensichtlich abgenommen, sind doch deutlich weniger Baubewilligungen als im Vorjahr erteilt worden.

Der Oberamtmann hat im Steuerungsausschuss für das Ausführungsreglement zum neuen Raumplanungs- und Baugesetz mitgewirkt. In Zusammenarbeit mit der Direktion ist für die Gemeinden eine Informationsveranstaltung zu dieser neuen Gesetzgebung durchgeführt worden.

2.6 Oberamt des Broyebezirks

Oberamtmann: Christophe Chardonens

2.6.1 Bereiche der EKSD

Gemeindeverband für die Orientierungsschule des Broyebezirks und der Gemeinde Villarepos. Für die Schülerinnen und Schüler der OS Domdidier standen zu Beginn des Schuljahres

—
2009

2009 zwei neue Gebäude zur Verfügung, deren Baukosten bedeutend tiefer ausfielen als budgetiert. Nun werden am alten Gebäude noch Umbauarbeiten vorgenommen. Die gesamten geplanten Arbeiten sollten bis zum Beginn des Schuljahres 2010 abgeschlossen sein. In Estavayer-le-Lac sollte das neue Gebäude für die OS im Frühling 2010 bereitstehen. Auch hier werden anschliessend die alten Gebäude umgebaut.

Interkantonales Gymnasium der Region Broye. Der Schulbetrieb ist eingespielt. Es sei auf den Platz hingewiesen, den die Institution nicht nur in der Ausbildung von Jugendlichen, sondern auch im soziokulturellen Leben des Broyebezirks einnimmt.

Stiftung Pro Vallon. Die Situation des Musée romain de Vallon ist nach wie vor prekär und der Stiftungsrat bemüht sich darum, Lösungen zu finden, um das finanzielle Gleichgewicht des Museums zu gewährleisten.

Aufsichtskommission für die Schuldienste des Schulkreises Broye. Die Kommission hat sich dafür eingesetzt, Lösungen zu finden, um den Bedarf der Bevölkerung im Bezirk an logopädischen, psychologischen und psychomotorischen Diensten zu decken.

Schulmigration. Die Konsultation des Zwischenberichts über die Möglichkeiten einer verstärkten interkantonalen Zusammenarbeit im Bereich des obligatorischen Unterrichts hat trotz gewisser Vorbehalte vor allem von freiburgischer Seite das Interesse am Vorgehen aufgezeigt. Der Direktion bzw. dem Departement, die in den Kantonen Freiburg und Waadt für den obligatorischen Unterricht zuständig sind, wurde daher ein ergänzender Bericht unterbreitet mit der Bitte, die Überlegungen weiterzuführen.

2.6.2 Bereiche der SJD

Gaststätten und Veranstaltungen. Das Oberamt hat seinen Überwachungsauftrag in Zusammenarbeit mit dem Amt für Gebirgspolizei und der Kantonspolizei wahrgenommen.

Feuerwehr. Die ersten Projekte zur Neuorganisation der Feuerwehr des Broyebezirks (Zusammenschluss der Feuerwehren von Cheiry, Surpierre und Villeneuve und jener von Gletterens, Delley-Portalban, St-Aubin und Vallon) sind zustande gekommen. In der Enklave Estavayer-le-Lac und auf der Seite von Domdidier-Dompierre-Russy und Montagny-Léchelles werden die entsprechenden Überlegungen weitergeführt.

Migrantinnen und Migranten. Nachdem die Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen EKM im April 2008 das Projekt «Zusammenleben im ländlichen Raum» ausgeschrieben hat, hat die interkantonale Broye mit vereinten Kräften das Projekt «Des ponts sur la Broye» lanciert. Dieses Projekt hat zum Ziel, mit Initiativen von Bürgerinnen und Bürgern eine bessere Integri-

on der Migrantinnen und Migranten und der Jugendlichen und damit eine bessere Lebensqualität in den Gemeinden der Broye zu erreichen; der Oberamtmann des Broyebezirks präsidiert den Lenkungsausschuss dieses Projekts. Es wird von den Kantonen Waadt und Freiburg unterstützt und dauert bis 2011.

2.6.3 Bereiche der ILFD

Abstimmungen. Das Personal des Oberamts hat die Durchführung der eidgenössischen und kantonalen Abstimmungen des Jahres 2009 vorbereitet.

Gemeindezusammenschlüsse. Es wurden zwei Grossprojekte lanciert, zu denen der Oberamtmann den Anstoss gegeben hatte, nämlich die Fusionen von Châbles, Cheyres, Murist, Nuvilly und Vuissens (2600 Einwohner) und Delley-Portalban, Domdidier, Dompierre, Gletterens, Léchelles, Montagny, Russy, St-Aubin und Vallon (9000 Einwohner). Ausserdem prüfen die Gemeinden Estavayer-le-Lac und Font die Möglichkeit eines Zusammenschlusses und die Gemeinden Bussy, Rueyres-les-Prés und Morens setzen die 2008 initiierte Studie fort.

Verband der Gemeinden des Broyebezirks (Ascobroye). Der Oberamtmann nahm an verschiedenen Vorstandssitzungen und Generalversammlungen teil und wirkte bei der Führung verschiedener Dossiers mit.

Verband CommuNet. Das Jahr 2009 war der Inbetriebnahme der Dienstleistungen und dem Anschluss von Gemeinden gewidmet; es bestehen bereits gewisse neue Entwicklungsperspektiven.

2.6.4 Bereiche der VWD

Regionale Gemeinschaft der Broye (COREB). Die COREB, die vom Oberamtmann des Broyebezirks präsidiert wird, entwickelt sich weiter und hat die feste Absicht, ihre Tätigkeit zu verstärken und die Mittel zu beschaffen, die nötig sind, um tatkräftig zur regionalen Entwicklung beizutragen. Ein neuer Direktor hat am 1. Januar 2009 seine Tätigkeit aufgenommen, was viel zu diesem neuen Auftrieb und zur Entwicklung zahlreicher Projekte beigetragen hat.

Aeropole. Eine neue Version des Betriebsreglements für Zivilluftfahrt wurde dem Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) Ende Jahr zusammen mit einer Reihe technischer Unterlagen unterbreitet. Die Regionale Gemeinschaft der Broye (COREB) hofft sehr, dass dieses grossartige Projekt 2010 mit der Unterstützung der Staatsräte der Kantone Freiburg und Waadt umgesetzt werden kann. Dies ist umso wichtiger, als Bertrand Piccard Anfang 2010 mit seinem Solarflugzeug in Payerne mit Probeflügen starten sollte.

Neue Regionalpolitik (NRP). Der Oberamtmann hat an den Überlegungen, die zur Bildung des Verbands der Freiburger Regi-

—
2009

onen zur Umsetzung der neuen Regionalpolitik (INNOREG FR) führten, mit Interesse mitgewirkt. Er hat im Broyebezirk zahlreiche Diskussionen angeregt, um Projekte anzustossen, die eine Unterstützung des Bundes oder des Kantons erhalten könnten.

2.6.5 Bereiche der GSD

Gemeindeverband für die sozialmedizinische Organisation des Broyebezirks. Verschiedene Ideen wurden lanciert, um die sozialmedizinische Organisation der ganzen Region Broye (interkantonal) zu verbessern (Leistungskatalog, Organisation der Leitung, Zusammenlegung von Pflegeheimen, interkantonale Zusammenarbeit usw.).

Interkantonales Spital der Broyeregion (HIB). Die Diskussionen über den zukünftigen Status des interkantonalen Spitals der Broye haben sich als sehr positiv erwiesen, so dass nun der Entstehung einer autonomen öffentlich-rechtlichen Anstalt am 1. Januar 2011 nichts mehr im Wege stehen sollte. Im Übrigen wird die Entwicklung der Tätigkeiten der Anstalt weiterverfolgt, namentlich mit wichtigen Überlegungen zu den Räumlichkeiten.

COSAF und CODEMS. Der Bezirk arbeitet gemeinsam mit dem Nachbarbezirk Broye-Vully (Kanton Waadt) an der Planung von Betreuungsstrukturen für betagte Personen.

2.6.6 Bereiche der FIND

Informatik. Das Oberamt verfolgt aufmerksam die Entwicklung von Informatik-Tools und -dienstleistungen, die den Verwaltungen und Privatpersonen zur Verfügung stehen.

2.6.7 Bereiche der RUBD

Verwaltungskommission der Grande Cariçaie. Der Oberamtmann hat sich an den verschiedenen Überlegungen zum Südufer des Neuenburgersees beteiligt, namentlich an denjenigen, die im Zusammenhang stehen mit der Schaffung einer neuen Struktur (Verband) für die Verwaltung der Reservate am Südufer des Neuenburgersees.

Paritätische Konsultativkommission für die Naturschutzgebiete am Südufer des Neuenburgersees. Die paritätische Konsultativkommission hat eine «*Vision du tourisme durable de la Rive sud du lac de Neuchâtel*» (Vision des nachhaltigen Tourismus am Süd-Ufer des Neuenburgersees) ausgearbeitet.

Interkantonale Kommission für den Unterhalt der Kleinen Glane und des Fossé Neuf. Die Problematik der Ufersanierung der Kleinen Glane und des Fossé Neuf bereitet den Kommissionsmitgliedern Sorge. Sie prüften die Lancierung einer Studie über die Optimierung des Unterhalts der Ufer.

Interkantonaler Richtplan. Die Vorkonsultation hat gezeigt, dass die Arbeiten im Zusammenhang mit den Industrie- und Gewerbezonon, den interkommunalen Zentren und der Landschaft (natürlich und bebaut) vervollständigt werden müssen. Eine neue Version sollte den Kantonen Waadt und Freiburg vor Ende 2010 unterbreitet werden. Im Rahmen weiterer Überlegungen zum Richtplan wird auch zur Frage der grossen Verkehrserzeuger eine separate Studie durchgeführt werden, namentlich im Zusammenhang mit einer möglichen Niederlassung von IKEA in der Broye.

Militärflugplatz Payerne. Die Kontaktgruppe Militärflugplatz, deren Vorsitz der Oberamtmann des Broyebezirks innehat, hat ihre Überlegungen und den Austausch weitergeführt, namentlich zum militärischen Betriebsreglement und zur Umzäunung des Flugplatzes.

2.7 Oberamt des Vivisbachbezirks

Oberamtmann: Michel Chevalley

2.7.1 Bereiche der EKSD

Primarschulen. Der Oberamtmann fungierte als Mediator bei der Ausarbeitung des Schulabkommens, das die Gemeinden Atalens und Granges verlängern mussten.

Gemeindeverband Orientierungsschule des Vivisbachbezirks. Zu erwähnen ist insbesondere die Einweihung der **Sporthalle von Lussy**, in Zusammenarbeit mit den Gemeinden des Bezirks und dem Hauptort.

Die Delegiertenversammlung hat einen Betrag von etwas mehr als 2.4 Millionen für die Renovierung des alten Gebäudes und die Einrichtung neuer Klassenzimmer gutgeheissen.

Die **öffentliche Bibliothek des Vivisbachbezirks** hat ihr 30-jähriges Bestehen gefeiert. Während dem Jubiläumsjahr konnte eine Zunahme der Nutzung festgestellt werden.

Institut St-François de Sales. Ein Kapitel geht zu Ende, da dieses Institut keine Schülerinnen mehr aufnimmt, die die Orientierungsschule mit einem Diplom abschliessen möchten.

Tous unis contre la violence. Der Verband, dem der Oberamtmann vorsteht, hat Zuwachs bekommen, unter anderem von den ehemaligen Mitgliedern des Verbandes «Prév'ation», der in Châtel-Saint-Denis ansässig war und sich aufgelöst hat. Während dem Berichtsjahr befasste sich der Verband vor allem mit den Gefahren des Internets, der Bekämpfung der Gewalt in all ihren Formen, der Bekämpfung des Alkoholismus und des Rauchens usw.

—
2009

2.7.2 Bereiche der SJD

Öffentliche Sicherheit und Ordnung. Die Anwesenheit der bürgernahen Polizei im Oberamt ermöglicht einen ständigen und sofortigen Austausch und ein rasches Eingreifen bei Problemen und in Notfällen.

Feuerwehr. 2009 hat der Oberamtmann an 14 Sitzungen des Leitungsausschusses «Frifire - Feuerwehr 2010» teilgenommen. Zwei Fusionen von Feuerwehrkorps sollten schon bald zustande kommen. Es handelt sich um den Zusammenschluss der Feuerwehren von St-Martin und Le Flon sowie der Feuerwehren von Remaufens und Châtel-St-Denis.

Bevölkerungsschutz. Auf Anraten des Oberamtmanns hin haben sich die Gemeinden des Bezirks zusammengeschlossen, um ein interkommunales Führungsorgan (GFO) zu bilden und seine Mitglieder zu bestimmen.

2.7.3 Bereiche der ILFD

Gemeinden. Der Oberamtmann wird immer häufiger für Gespräche mit Gemeinderatsmitgliedern herangezogen und von Ammännern um Hilfe gebeten, deren Zuständigkeiten zunehmen; es geht dabei vor allem darum, bei allfälligen Konflikten im Zusammenhang mit dem reibungslosen Ratsbetrieb zu schlichten.

Interkommunale Zusammenarbeit. Mehrere Projekte, die alle Gemeinden betreffen, sind in Arbeit. Sie betreffen die folgenden Bereiche: Regionalfonds, neuer finanzieller Verteilschlüssel für gemeinsame Investitionen und den Betrieb, Zwischenstrukturen/Wohnungen für Betagte.

2.7.4 Bereiche der VWD

Neue Regionalpolitik. Es sei auf die wichtige Funktion der «Region Glane-Vivisbach» als Partner der Wirtschaftsförderung hingewiesen.

Wirtschaftsförderung. Dank mehrerer Besuche und regelmässiger Kontakte mit den Unternehmen konnte der Oberamtmann enge Kontakte mit den Verantwortlichen der Unternehmerkreise aufrechterhalten.

Bergbahnen und «Loisirs pour tous». Der Oberamtmann ist Vorstandsmitglied des Tourismusförderungsfonds (TFF). Angesichts der Situation des Vivisbachbezirks, der von der kantonalen Hilfe ausgeschlossen blieb, befasste man sich 2009 mit neuen Projekten, um ebenfalls in den Genuss der öffentlichen Unterstützung zu kommen. Eines dieser Projekte, das von der Jungen Wirtschaftskammer ins Leben gerufen wurde, besteht darin, Freizeitaktivitäten anzubieten, unter anderem auch für gehbehinderte Personen.

2.7.5 Bereiche der GSD

Pflegeheime. Die Bezirkskommission hat sich besonders dafür eingesetzt, dass sich die Gemeinden ihrer Pflichten und der hohen Kosten bewusst werden, die für die Renovationsarbeiten an den beiden Heimen des Bezirks budgetiert werden müssen (rund 20 Millionen Franken).

Zwischenstrukturen für Betagte. Eine Arbeitsgruppe ist im Einsatz mit dem Ziel, den betagten Personen im Bezirk eine Wohnmöglichkeit zu bieten, die eine Zwischenlösung zwischen ihrem Zuhause und dem Pflegeheim darstellt.

Gesundheitsnetz Vivisbach. Es wird abgeklärt, ob eine Alternative zu den gegenwärtigen Räumlichkeiten gefunden werden kann.

Freiburger Spital, Standort Châtel-St-Denis. Zusammen mit dem Vorstand des Gesundheitsnetzes hat sich der Oberamtmann dafür eingesetzt, dass die Struktur in Châtel-Saint-Denis ihre Attraktivität beibehält.

2.7.6 Bereiche der FIND

Neuer Finanzausgleich. Mit der letzten Version wurde ein Schlusstrich unter die lebhaften Diskussionen, die in den Vivisbacher Gemeinden abgehalten wurden, gesetzt.

2.7.7 Bereiche der RUBD

Bauwesen. Die Dossiers werden immer komplexer. Die Anzahl der ausgestellten Baubewilligungen ist in etwa gleich wie 2008 (271 im Jahr 2008/250 im Jahr 2009), es werden jedoch immer mehr Einsprachen erhoben.

Neues Raumplanungs- und Baugesetz (RPBG). Mit der Unterstützung der Direktion wurde im Vivisbachbezirk ein Informationsabend für die drei Bezirke im südlichen Kantonsteil organisiert.

Regionaler Richtplan. Mit Hilfe des BRPA haben wir den Weg für die Ausarbeitung eines solchen Plans für den Bezirk geebnet.

2009

2.8 Gerichtliche und administrative Tätigkeiten (Statistik)

	Saane	Sense	Greyerz	See	Glane	Broye	Vivisbach
Strafklagen und Strafanzeigen	9386 (8071)	1353 (1082)	2259 (1993)	1808 (1977)	452 (405)	1'059 (826)	595 (485)
Versöhnungsversuche:	468 (426)	71 (63)	157 (146)	45 (55)	71 (65)	75 (91)	54 (49)
- davon erfolgreich	263 (250)	43 (48)	62 (70)	18 (24)	35 (31)	30 (38)	31 (31)
- davon gescheitert	199 (171)	21 (15)	47 (40)	22 (31)	22 (22)	24 (45)	14 (14)
- davon hängig	6 (5)	7 (15)	48 (36)	5	14 (12)	21 (8)	9 (4)
Strafbefehle	8796 (7552)	1255 (992)	2102 (1847)	1752 (1907)	381 (340)	964 (718)	541 (436)
- davon definitiv	8670 (7414)	1240 (976)	2041 (1774)	1723 (1888)	363 (330)	940 (699)	527 (425)
- davon mit Einsprache angefochten	126 (138)	15 (16)	61 (73)	29 (19)	18 (10)	24 (19)	14 (11)
Verwaltungsbeschwerden (2008 erfasst)	90 (80)	24 (27)	20 (14)	18 (17)	12 (14)	22 (24)	16 (11)
Baubewilligungen (Heizungsanlagen inbegriffen)	802 (857)	547 (510)	591 (647)	477 (531)	258 (281)	529 (489)	250 (271)
Jagdpatente	383 (394)	337 (328)	571 (572)	124 (126)	177 (178)	154 (142)	183 (178)
Fischereipatente	1581 (1247)	1176 (846)	2050 (1930)		264 (238)	577 (515)	200 (193)
Einsargungen	24 (14)	0 (3)	3 (2)		0 (1)	1 (1)	2 (0)
Verschiedene Bewilligungen	2412 (2505)	1447 (1478)	3252 (2776)		998 (1067)	1'505 (1'616)	647 (685)
Freiheitsentzug (Vorfürhungen)	23 (32)	3 (2)	23 (19)		6 (5)	2 (3)	2 (0)

VIII. BÜRO FÜR DIE GLEICHSTELLUNG VON FRAU UND MANN UND FÜR FAMILIENFRAGEN (GFB)

Leiterin: *Geneviève Beaud Spang* (bis Juli 2009 in Co-Leitung mit *Regula Kuhn Hammer*)

1. Aufgaben

Das Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen (GFB) ist ein Organ für Beratung, Auskunft, Information, Förderung, Vollzug und Kontrolle der Anwendung des Grundsatzes der Gleichstellung von Frau und Mann und der Familienpolitik. Es setzt sich ausserdem für die Beseitigung jeglicher rechtlicher und tatsächlicher geschlechtlicher Diskriminierung ein.

2. Tätigkeit

2.1 Ordentliche Tätigkeit

Im Rahmen der Wahrnehmung seines Auftrags ist das GFB in verschiedenen Bereichen tätig. Es berät Personen, die sich im Rahmen des Bundesgesetzes über die Gleichstellung von Frau und Mann (GlG) geschädigt fühlen und erteilt diesen rechtliche Auskünfte. Es bietet Beratungen an, betreut Privatpersonen und erteilt Auskünfte zu Fragen im Zusammenhang mit der Diskriminierung im Berufsleben (vor allem in der Kantonsverwaltung). Es berät und informiert Privatpersonen und Berufsleute zu Fragen zu Gleichstellung und Familie.

Das Büro verfasst Stellungnahmen und beantwortet verwaltungsinterne Vernehmlassungen oder Vernehmlassungen zu Gesetzesentwürfen sowohl auf kantonaler als auch auf Bundesebene (20 Vernehmlassungen oder Stellungnahmen im Jahr 2009).

Es wirkt in der Schweizerischen Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten (SKG) und bei *egalite.ch* (der Westschweizer Gleichstellungskonferenz) mit, und hat namentlich das Freiburger Heft zur Broschüre *Wenn die Arbeit mehr kostet als sie einbringt* herausgegeben; es handelt sich um eine Studie der Universität St. Gallen über die Auswirkungen der Steuern und Krippenkosten auf das Zweiteinkommen der Familie. Es ist im Co-Präsidium des Vereins «nationaler Tochtterttag – Projekttag für Buben» auf nationaler Ebene vertreten. Es beteiligt sich an der Gruppe für Rechtsfragen der SKG. Es arbeitet mit der EKFF (Eidg. Kommission für Familienfragen) zusammen und hat – in Freiburg – die jährliche Sitzung der Kontaktpersonen für Familienfragen in den Kantonen organisiert.

Das GFB führt das Sekretariat der kantonalen Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen. Diese hat während dem Berichtsjahr 2 Plenarsitzungen abgehalten. Das Büro leitet auch das Sekretariat der Schlichtungskommission für die Gleichstellung der Geschlechter im Erwerbsleben, die aus dem Gleichstellungsgesetz des Bundes (GlG) hervorgeht. 2009 sind bei der Schlichtungskommission mehrere Fälle angezeigt worden, keiner dieser Fälle führte jedoch zu einer Schlichtungssitzung. Das GFB hat an einem nationalen Bildungstag für Schlichtungsstellen in diesem Bereich teilgenommen.

—
2009

Das GBF hatte das Co-Präsidium der Kantonalen Kommission gegen Gewalt in Paarbeziehungen inne. Es organisiert die Sitzungen, leitet Projekte und führt das Sekretariat. 2009 wurden 2 Plenarsitzungen, 1 Arbeitstag und 1 Sitzung einer Arbeitsgruppe abgehalten. Es beteiligte sich auch an einer Arbeitsgruppe, der der Staatsrat die Ausarbeitung eines Gesetzes über die Prostitution übertragen hat.

Das GBF ist Mitglied des Lenkungsausschusses im Bereich Betreuung von Kindern im Vorschulalter und wirkt in folgenden 3 Arbeitsgruppen dieses Ausschusses mit: Aufgabenanalyse – Aufgabenteilung – Finanzen.

Das GBF führt das Sekretariat des Klubs für Familienfragen des Grossen Rats. Es bereitet die Einladungen vor, organisiert die Sitzungen und führt die Protokolle. Der Klub trat an einer Generalversammlung zusammen sowie an einer Sitzung, an der 3 Klubs des Grossen Rates teilnahmen. Zudem hielt er zwei Vorstandssitzungen ab.

Das Büro hatte zahlreiche Kontakte mit den Medien und verfasste mehrere Medienmitteilungen, namentlich zum «nationalen Tochtertag – Projekttag für Buben».

2.2 Besondere Tätigkeit

Gleichstellung von Frau und Mann. Das Büro hat eine Untersuchung der gegenwärtigen Situation im Bereich Lohngleichheit beim Staat Freiburg organisiert. Es stützte sich dabei auf das vom eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann ausgearbeitete Programm, das für Unternehmen und die Verwaltung bestimmt ist. Das GBF hat in den verschiedenen Einheiten der Staatsverwaltung eine Plakatkampagne zur Bekämpfung der sexuellen Belästigung durchgeführt (es handelt sich um die dritte Etappe einer Informationskampagne des Staates zu dieser Problematik). Das GBF engagiert sich in der freiburgischen Gruppe, die sich mit der Problematik von Zwangsheiraten befasst.

Ausbildung von Mädchen. Das GBF hat auf kantonaler Ebene die 9. Ausgabe des «Tochtertags – Projekttag für Buben» organisiert mit folgenden ergänzenden Angeboten für die Knaben: «Rollenteilende Väter erzählen aus ihrem Alltag» und «Ein Tag als Profibetreuer». Auch für die Mädchen des zweiten OS-Jahres gab es neue Projekte zu entdecken: «Mädchen – Technik – los!» und «Mädchen – Informatik – los!»: Tage in privaten Unternehmen, an der HTA oder an der Universität. All diese Projekte werden in Partnerschaft mit verschiedenen Dachorganisationen, der EKSD und den Berufsberaterinnen und Berufsberatern organisiert. Das GBF wirkt in der Projektleitung des nationalen «Tochtertags – Projekttag für Buben» mit und stellt dem Westschweizerbüro, das die Veranstaltung koordiniert, seine Infrastruktur zur Verfügung. Das GBF hat an der Ausstellung «Start – Forum der Berufe» einen Informationsstand organisiert und war während der ganzen Dau-

er der Ausstellung anwesend. Es hat eine Diashow und Veranstaltungen zum Thema «Mädchen oder Junge: ich traue mir alles zu!» vorbereitet. Das GBF hat an einer Ausbildung für Expertinnen und Experten des nationalen Projekts «Profil+» teilgenommen.

Familienpolitik. Im Rahmen der Informationstätigkeit wurden unter der Adresse www.familles-fribourg.ch 4 überarbeitete Kapitel des Familienordners auf Deutsch und Französisch ins Netz gestellt. Das GBF hat mittels einer Karte, auf der die Adresse der Website angegeben ist, breit informiert. Es hat ausserdem ein «Porträt der Freiburger Familien – Statistische Skizzen» erstellt und in Umlauf gebracht. Es wirkt im Projektausschuss und in den Arbeitsgruppen für die Betreuung von Kindern im Vorschulalter mit. Es hat sich am *Kick Off* und an einer 1. Sitzung der Plattform «gesellschaftliche Integration und Infrastrukturen» im Rahmen des kantonalen Projekts «Senior +» beteiligt.

Gewalt in Paarbeziehungen. Das GBF hat sich an der Koordination von Westschweizer und schweizweiten Interventionsprojekten beteiligt. Es hat an einer Plakatkampagne in der Westschweiz teilgenommen, die die Bevölkerung für diese Problematik sensibilisieren und über mögliche Anlaufstellen informieren soll. Es hat an zwei Informationstagen in diesem Bereich mitgewirkt, einem für die Westschweiz und einem für die ganze Schweiz.

IX. LANDWIRTSCHAFTLICHES INSTITUT DES KANTONS FREIBURG (LIG)

Direktor: Francis Egger

1. Aufgaben

—
Das Landwirtschaftliche Institut des Kantons Freiburg in Grangeneuve (LIG) ist seinem Bildungs-, Dienstleistungs- und Produktionsauftrag gemäss den gesetzlichen Bestimmungen von Bund und Kanton nachgekommen. In seinen Berufsschulen und Fachschulen gewährleistete das Institut die Ausbildung im Bereich Landwirtschaft, Agrokaufmannswesen, Agrotechnik, Forstwirtschaft, Gartenbau, Milchwirtschaft, Lebensmitteltechnologie und Hauswirtschaft. Bei den Dienstleistungsaufträgen handelt es sich mehrheitlich um öffentliche Aufträge in den Bereichen Weiterbildung, um Beratungs- und Kontrollaufträge und um die Bereitstellung von Ressourcen. Die Produktionstätigkeit spielt eine entscheidende Rolle sowohl im pädagogischen Bereich als auch für Versuchs- und Demonstrationszwecke.

—
2009

2. Tätigkeit

2.1 Berufsbildung

Die Berufsbildungszentren des LIG, die von der Konsultativkommission und den Bildungskommissionen unterstützt werden, arbeiten ordnungsgemäss im Dienste der 1074 (975) Schülerinnen und Schüler.

2.2 Ausbildung Naturberufe

	Anzahl Schüler/Kandidaten
Landwirtlehre	175 (153)
Fachschule Landwirtschaft (Wintersemester)	133 (144)
Forstwartlehre	51 (51)
Gärtnerlehre	142 (112)
Vorbereitungskurs für den eidg. landwirtschaftlichen Fachausweis	64 (53)
Vorbereitungskurs für die landwirtschaftliche Meisterprüfung	49 (46)
HF Agrokaufmann/-frau und Agrotechniker/-in	30 (23)

Die Neuorganisation der landwirtschaftlichen Ausbildung ist 2009 für das erste Lehrjahr in Kraft getreten. Diese Neugestaltung ist mit bedeutenden Änderungen verbunden, namentlich werden die Unterrichtsblöcke neu auf drei anstatt vier Jahre aufgeteilt, der Unterricht ist kompetenzen- anstatt fächerorientiert und es werden überbetriebliche Kurse eingeführt. Nach den ersten Monaten mit diesem neuen System stellen wir fest, dass der Kanton Freiburg schweizweit die zweithöchste Zahl von Absolventinnen und Absolventen einer Landwirtschaftslehre aufweist. Dieses äusserst erfreuliche Ergebnis zeigt die kantonsübergreifende Bedeutung, die den landwirtschaftlichen Bildungsgängen zukommt.

Die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt nach Agrokaufleuten und Agrotechniker/innen ist so gross, dass das LIG nun nicht mehr nur alle zwei Jahre, sondern jährlich Ausbildungsgänge anbietet, um mehr Kaderleute in diesen Bereichen ausbilden zu können.

Nach zwei Jahren ist die Ausbildung für Gärtnerinnen und Gärtner nun gut etabliert in Grangeneuve und wurde um einen deutschsprachigen Ausbildungsgang erweitert.

Seit diesem Jahr ist das Bildungszentrum für Naturberufe zusammen mit den Organisationen der Arbeitswelt für die Organisation der überbetrieblichen Kurse für Gärtnerinnen und Gärtner,

Landwirtinnen und Landwirte und Forstwartinnen und Forstwarte zuständig.

2.3 Hauswirtschaftliche, milchwirtschaftliche und lebensmitteltechnologische Ausbildungen

	Anzahl Schüler/Kandidaten
Hauswirtschaftlerin, modulare Ausbildung	31 (33)
Vorbereitungskurs für die eidg. Fachausweis- und Diplomprüfung Bäuerin	9 (5)
Lehre Fachfrau/Fachmann Hauswirtschaft	42 (42)
Lehre Hauswirtschaftspraktiker/in	45 (23)
Lehre für Hauspfleger/in	20 (31)
Einführungskurs Milchtechnologin/Milchtechnologe	77 (67)
Lehre Milchtechnologin/Milchtechnologe	120 (123)
Lehre Lebensmitteltechnologin/Lebensmitteltechnologe	44 (44)
Vorbereitungskurs zur eidg. Berufsprüfung der Milchtechnologen	13 (6)
Vorbereitungskurs zur höheren Fachprüfung für Milchtechnologen	11 (--)
Höhere Fachschule für Lebensmitteltechnologie	18 (19)

Seit Beginn des Schuljahrs besuchen die Lernenden des Instituts Les Peupliers die Berufsbildungskurse für Hauswirtschaftspraktiker/in im Bildungszentrum für Hauswirtschaft, Milch- und Lebensmitteltechnologie, weshalb die Klassen verdreifacht werden mussten. Es wurden 26 Lehrverträge zwischen dem Verein Freiburgerischer Lehrbetriebsverbund Fachfrau/Fachmann Hauswirtschaft und Hauswirtschaftspraktikerin/Hauswirtschaftspraktiker und den Lernenden unterzeichnet. Mit der Unterstützung des LIG wurde die Oda Hauswirtschaft Freiburg gegründet.

Die Schülerzahl des Bildungszentrums ist im Vergleich zu den Vorjahren angestiegen. Der zweite Jahrgang von Lebensmittelpraktikerinnen und -praktikern hat im Sommer 2009 mit der Ausbildung begonnen.

—
2009

2.4 Milchwirtschaft

Der milchwirtschaftliche Beratungsdienst (CASEi) hat seine Tätigkeit bei rund 270 Käsereien und 4000 Milchproduzenten wie bisher wahrgenommen.

Das Freiburgerische Agro-Lebensmittellabor hat für die gleichen Kunden zahlreiche Analysen vorgenommen. Für seinen Partner Suisselab in Zollikofen hat es die Milchproben aus den Kantonen Freiburg, Neuenburg, Waadt und Jura gesammelt.

2.5 Beratung und Dienstleistungen

Der landwirtschaftlichen Beratung sind 2102 Personen und der bäuerlich-hauswirtschaftlichen Beratung 781 Personen angeschlossen.

Die Buchhaltungsabteilung hat 1129 Buchhaltungen abgeschlossen. 65% davon wurden von den Landwirten auf dem Computer geführt.

2009 waren die Stationen unter anderem in folgenden Bereichen tätig:

- › Bereitstellung von Ressourcen für die kantonalen Zuchtverbände und die Organisation der Milchvieh-, Zuchtstier- und Kleinviehmärkte in Bulle
- › Organisation von Alpinspektionen und Verfassung eines entsprechenden Berichts
- › Individualberatung für Landwirtinnen und Landwirte des Kantons in allen Bereichen der Produktion und Betriebsverwaltung
- › Koordination mehrerer Projekte zur ökologischen Vernetzung und Mitwirkung bei der Veröffentlichung des Dossiers «Landwirtschaft und Umwelt»
- › Mitarbeit bei den Fachtagungen (Futterbau) im Rahmen des 75-jährigen Bestehens der AGFF
- › Berechnung der Düngerbilanzen für 2400 Betriebe und der Düngepläne für 250 Betriebe des Kantons
- › Durchführung von Anbauversuchen in Zusammenarbeit mit den landwirtschaftlichen Forschungsanstalten des Bundes und Swissgranum
- › Organisation der Bekämpfung des Feuerbrands, der vor allem *Cotoneasters salicifolius* im Vivisbach- und Broyebezirk sowie in der Agglomeration Freiburg angegriffen hat

› Technische Beratung von Obstbauern und Gemüsegärtnern und ihren Organisationen

› Mitwirkung an den Projekten «Parc naturel régional Gruyère/Pays d'En-haut» und Agrotourismus Senseland

› Betreuung der Dossiers von Landwirten in Schwierigkeiten in Zusammenarbeit mit den Sozialdiensten

› Weiterbildung für Landwirtinnen und Landwirte.

2.6 Betriebe

Über die Betriebe gibt es für das Jahr 2009 insbesondere Folgendes zu berichten:

- › Es wurde ein Verantwortlicher der Betriebe des LIG, der Mitglied des Direktionsrats ist, eingesetzt, was eine verbesserte Aufsicht der Betriebe ermöglicht.
- › Das heftige Hagelgewitter am 23. Juli 2009 hatte grosse Verluste bei den Kulturen zur Folge.
- › Beim Umsatz und der pädagogischen Nutzung des Ladens «Le Magasin» sind gute Fortschritte zu verzeichnen.
- › Der Schweinehaltungsbetrieb des Instituts wurde für die Produktion von Zuchtremonen von hohem genetischem Niveau als Spitzenbetrieb anerkannt.

Es sei darauf hingewiesen, dass im von der Direktion des LIG verfassten Jahresbericht die Tätigkeiten des Instituts während des Berichtsjahrs ausführlicher geschildert werden.

X. NUTZTIERVERSICHERUNGSANSTALT, SANIMA

1. Aufgaben

Verwalter: *Hubert Jungo*

SANIMA ist eine öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit. Sie ist administrativ der ILFD zugewiesen. SANIMA ist beauftragt:

- › die Nutztiere entsprechend dem Grundsatz der Gegenseitigkeit und gemäss den Bestimmungen des Gesetzes vom 13. Februar 2003 über die Nutztiersversicherung zu versichern;

—
2009

› die Aufgaben wahrzunehmen, die ihr durch das Ausführungsge-
setz vom 22. Mai 1997 zur Bundesgesetzgebung über die Ent-
sorgung tierischer Abfälle übertragen werden.

2. Tätigkeit

Gemäss dem Gesetz vom 13. Februar 2003 über die Nutztierver-
sicherung (NTVG) sind die Tätigkeit und die Jahresrechnung
Gegenstand eines separaten Berichts der Verwaltungskommissi-
on der SANIMA.

XI. PERSONALBESTAND

BEHÖRDEN – DIREKTIONEN Finanzstellen	Rechnung 2009 VZÄ	Rechnung 2008 VZÄ	Differenz VZÄ
INSTITUTIONEN, LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT	398.33	359.86	38.47
ZENTRALVERWALTUNG	221.96	190.96	31.00
3400 / ICAS Generalsekretariat	9.55	8.58	0.97
3405 / ETCI Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen	26.23	22.41	3.82
3410 / PREF Oberämter	38.42	38.60	-0.18
3415 / DECO Amt für Gemeinden	8.00	8.09	-0.09
3425 / AGRI Amt für Landwirtschaft	22.04	22.38	-0.34
3430 / OVET Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen	60.90	35.14	25.76
3445 / SFOR Amt für Wald, Wild und Fischerei	56.07	55.00	1.07
3460 / VILA Weinberge Lavaux	0.75	0.76	-0.01
BESONDERE SEKTOREN, SONSTIGE ANSTALTEN	176.37	168.90	7.47
3440 / IAGR Landwirtschaftliches Institut des Kantons Freiburg	151.11	142.59	8.52
3445 / SFOR Amt für Wald	24.02	25.07	-1.05
3461 / VIVU Weinberge Wistenlach	1.24	1.24	



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Direction de l'économie et de l'emploi DEE
Volkswirtschaftsdirektion VWD

WWW.FR.CH/DEE

Volkswirtschaftsdirektion VWD

—

2009

I. Direktion und Generalsekretariat	1	X. Fachhochschule Freiburg für Technik und Wirtschaft (FHF-TW)	24
1. Aufgaben	1	1. Aufgaben	24
2. Tätigkeit	1	2. Tätigkeit	24
3. Interkantonale Zusammenarbeit	3	3. Gesetzgebung	29
4. Streitigkeiten	3		
5. Gesetzgebung	4		
II. Wirtschaftsförderung Kanton Freiburg	4	XI. Personalbestand	29
1. Aufgaben	4		
2. Tätigkeit	4		
3. Neue Regionalpolitik	6		
4. Wirtschaftsförderungsmaßnahmen	7		
III. Amt für den Arbeitsmarkt	7		
1. Aufgaben	7		
2. Ordentliche Tätigkeit	8		
IV. Öffentliche Arbeitslosenkasse	12		
1. Aufgaben	12		
2. Tätigkeit	12		
V. Handelsregisteramt	13		
1. Aufgaben	13		
2. Tätigkeit	13		
3. Interkantonale Zusammenarbeit	14		
4. Gesetzgebung	14		
VI. Amt für Verkehr und Energie	14		
1. Aufgaben	14		
2. Tätigkeit	15		
VII. Amt für Statistik	17		
1. Aufgaben	17		
2. Tätigkeit	17		
VIII. Wohnungsamt	19		
1. Aufgaben	19		
2. Tätigkeit	19		
IX. Amt für Berufsbildung	21		
1. Aufgaben	21		
2. Tätigkeit	21		
3. Bildung	23		

—
2009

I. Direktion und Generalsekretariat

1. Aufgaben

Die Volkswirtschaftsdirektion (VWD) ist für die Förderung der Wirtschaft des Kantons einschliesslich des Tourismus zuständig. Sie beschäftigt sich ferner mit dem Verkehr, der Energie, dem Wohnen und der Statistik. Sie gewährleistet über das Handelsregister die Transparenz und die Sicherheit des Geschäftsverkehrs. Sie beschäftigt sich zudem mit allen Fragen der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit, sowie der Berufsbildung, der höheren Bildung und der Nachdiplombildung in Technik und Wirtschaft.

Die Direktion wird von Beat Vonlanthen, Staatsrat, geleitet.

Das Generalsekretariat steht unter der Verantwortung von Christophe Aegerter, Generalsekretär. Er unterstützt die Leitung und Verwaltung der Direktion und führt die ihm übertragenen Aufgaben hauptsächlich auf planerischer, logistischer und repräsentativer Ebene aus. Er übt Stabsaufgaben aus und unterstützt die Verwaltungseinheiten der Direktion.

2. Tätigkeit

2.1 Ordentliche Tätigkeit

Das Berichtsjahr war der Erarbeitung des kantonalen Plans zur Stützung der Wirtschaft und zur Krisenbewältigung im Kanton Freiburg gewidmet. Im Rahmen dieses Plans wurden 24 Massnahmen umgesetzt, die sich auf sechs Interventionsbereiche konzentrierten (Arbeitsmarkt, Weiterbildung, Unterstützung der Jugendlichen; Innovation; Infrastrukturen; Energie; öffentlicher Verkehr; Umwelt, Land- und Alpwirtschaft). Für mehrere dieser Massnahmen mussten gesetzliche Ausführungsbestimmungen verabschiedet werden. In diesem Rahmen stellte die VWD auch eine «Task Force» auf, die den Auftrag hatte, die Auswirkungen der Krise auf den Kanton zu prüfen und Massnahmen zur Bewältigung der aktuellen konjunkturellen Schwierigkeiten vorzuschlagen. Im Berichtsjahr stellte die VWD ferner eine neue Energieplanung für den Kanton auf (neue Energiestrategie). Der Grosse Rat nahm den Bericht zu diesem Gegenstand an der Novembersession 2009 zur Kenntnis. Gleichzeitig verabschiedete er eine Änderung des Energiegesetzes vom 9. Juni 2000 hinsichtlich der Wärmeerzeugung in neuen Gebäuden des Staats und der Gemeinden sowie ihrer Versorgung mit Strom, der mit einem Label als grüner Strom ausgezeichnet ist. Weiter beteiligte sich die VWD an der Organisation einer Sitzung des Vorstands der Versammlung der Regionen Europas (VRE), die am 14. und 15. Mai 2009 stattfand. Neben der VWD nahmen rund achtzig politische Vertreter von europäischen Regionen und die Sekretariatsmitglieder der VRE von Strassburg teil.

Die VWD war ausserdem Teil einer Freiburger Delegation, die im Oktober 2009 nach China reiste und die Gelegenheit nutzte, um mit der Provinz Zhejiang ein Kooperationsabkommen abzuschliessen.

2.2 Besondere Ereignisse

2.2.1 Kommission für den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland

Die Kommission fällte 2009 insgesamt 26 Entscheide:

- > 18 Bewilligungen
- > 1 Entscheid über die Nichtunterstellung unter die Bewilligungspflicht
- > 5 Aufhebungen von Auflagen
- > 1 Kenntnisnahme vom Rückzug eines Gesuchs
- > 1 Zusatzerwerbung

Die **18 Bewilligungen** betrafen:

- > 6 Bewilligungen für den Verkauf von Sozialwohnungen;
- > 12 Ferienwohnungen:

+ Sektor Jauntal und Berra	7
+ Sektor Vivisbach	1
+ Sektor Oberer Greyerzbezirk	2
+ Sektor Sense	0
+ Sektor Bulle	2

2.2.2 Tourismus

Gemäss den jüngsten Daten des Bundesamts für Statistik (BFS) verzeichnete die Schweizer Hotellerie, die den wichtigsten Zweig der Branche darstellt, 2009 eine Abnahme der Übernachtungen um etwa - 4,7% – ganz nach den Erwartungen der Tourismusfachpersonen. Diese Bilanz bestätigt die Konjunkturabhängigkeit dieses Wirtschaftszweigs. Ausgehend von den verfügbaren Informationen hat das BFS nämlich für die Hotellerie ein Jahresergebnis von 35,6 Millionen Übernachtungen errechnet, was einer Abnahme um knapp zwei Millionen Übernachtungen entspricht. Das Ergebnis fällt damit deutlich schlechter aus als in den Jahren 2007 und 2008, liegt aber immer noch um knapp 2% über den Zahlen von 2006. Dieser Rückgang in der Hotellerie ist auf eine Abnahme der inländischen Gäste (- 401 000 Übernachtungen oder - 2,5%) und der ausländischen Gäste

—
2009

(- 1 340 000 oder - 6,2%) zurückzuführen. Grossbritannien (- 425 000 bzw. - 18,6%), Deutschland (- 282 000 bzw. - 4,5%) und die Vereinigten Staaten (- 130 000 bzw. - 8,9%) sind die Herkunftsländer mit der stärksten Abnahme der Übernachtungen.

Angesichts der Weltwirtschaftskrise verzeichnet auch die Freiburger Hotellerie einen Rückgang der Übernachtungen: Es wurden insgesamt 11000 Übernachtungen weniger (- 2,7%) registriert. Die Zunahme um etwa 200 Übernachtungen bei den Schweizer Gästen (0,1%) ist ein Hinweis darauf, dass der Bekanntheitsgrad und die Vertrauenswürdigkeit des Freiburger Tourismusangebots bei diesem Kundensegment zunehmen. Bei den Gästen aus dem Ausland hat einzig die Zahl der Gäste aus Frankreich um 3,4% zugenommen, während bei allen anderen Herkunftsländern die Zahl abnahm und zwar insbesondere bei den Gästen aus den Niederlanden (- 28% als Folge der Fussballeuropameisterschaften vom vergangenen Jahr), Grossbritannien (- 19,6%), den Vereinigten Staaten (- 19,4%) und Deutschland (- 10%). Die Zahl der Ankünfte/Gäste nahm um etwa 2,4% ab, was den Abwärtstrend bestätigt. Auch in der Parahotellerie scheinen die ersten Analysen für 2009 auf einen Rückgang gegenüber den Vorjahren zu weisen.

Hinsichtlich der Übernachtungen kann die Gesamtbilanz 2009 für den Freiburger Tourismus trotz der schlechteren Resultate als positiv betrachtet werden. Das Vergleichsjahr 2008 war für den Freiburger Tourismus ein Rekordjahr. Im Vergleich zu 2007 bedeuten die 391 000 Übernachtungen für 2009 eine Zunahme um 1,4%; das Jahr 2009 erreicht damit das zweitbeste Resultat aller Zeiten. Diese Feststellung wird durch die erfreulichen Resultate beim Tagestourismus bestätigt, der von einem schneereichen Winter profitierte. Auch mit den Resultaten des Sommers 2009 haben sich die meisten Regionen des Kantons trotz des manchmal unbeständigen Wetters zufrieden erklärt.

Unter den Ereignissen, die das Freiburger Tourismusjahr 2009 besonders – und positiv – prägen, sind zu erwähnen:

- > die Präsentation einer prospektiven Studie durch den Freiburger Tourismusverband (FTV), die unter dem Titel «VISION 2030» die Entwicklungsstrategie des Freiburger Tourismus festhält, sowie die Erlangung einer Finanzhilfe im Rahmen von Innotour (Bundesbeiträge zur Verbesserung von Struktur und Qualität des Schweizer Tourismus-Angebots), dank der die prioritären Massnahmen dieser Strategie umgesetzt werden können.
- > der Beginn oder die Vollendung mehrerer grösserer Bau-, Umbau- oder Renovationsvorhaben touristischer Art an verschiedenen Orten (Broc, Bulle, Charmey, Freiburg, Givisiez, Glette-rens, Gruyères, Murten, Rathvel, Schwarzsee);
- > die Durchführung zahlreicher Werbekampagnen in der Schweiz, in Deutschland, Spanien, Frankreich, Grossbritannien, Italien und den Vereinigten Staaten durch den FTV in Umsetzung der Strategie, die insbesondere Verkaufsförderungsaktionen für Tourismuspartner einschloss;
- > die Realisierung eines Werbevideos durch den FTV, das in knapp fünf Minuten das gesamte touristische Freiburgerland präsentiert;
- > der Empfang von über 80 Tourismusmedien und Partnern aus zahlreichen Ländern durch den FTV in Zusammenarbeit mit Schweiz Tourismus und den wichtigsten Freiburger Tourismusregionen und -orten;
- > die Weiterführung der Aktivitäten des kantonalen Fonds für koordiniertes Tourismusmarketing, der durch das Gesetz vom 13. Oktober 2005 über den Tourismus errichtet wurde, um die Werbeprojekte der Tourismusregionen des Kantons zu unterstützen (Estavayer-le-Lac und Region, Freiburg und Region, Châtel-St-Denis/Vivisbach, Greyerz, See, Romont/Glane sowie Schwarzsee-Senseland);
- > die Durchführung verschiedener Tourismusveranstaltungen von nationaler und internationaler Bedeutung, insbesondere die österreichische Fernsehsendung «Musikantenstadl», die als Eurovision ausgestrahlt wurde, sowie die beiden «Slow Up» vom Murtensee und vom Greyerzersee;
- > die Herausgabe mehrerer Drucksachen und Materialien des FTV für die Freiburger Tourismuswerbung, insbesondere die Broschüre «FRIBOURG REGION – Emotionen» (Basisdokument mit dem touristischen Ganzjahresangebot im Kanton), der *Hotelführer*, die Broschüre «Meeting», die Broschüre «Top-Angebote» sowie das *Wanderprogramm*;
- > der Betrieb der Websites www.fribourgregion.ch und www.ski-deal.ch durch den FTV sowie die Koordination der Websites der wichtigsten Tourismusregionen des Kantons zum Freiburger Tourismusangebot;
- > der Betrieb der beiden kantonalen Tourismusinformationsstellen an den Raststätten Greyerz und Lully;
- > die Herausgabe – mittlerweile über das Internet – des Mitteilungsorgans des FTV «Tourismus-Info»;
- > die Dienstleistungen der vom FTV betriebenen Zentralkasse für die Aufenthaltstaxe zu Gunsten von dreizehn (der insgesamt achtzehn) lokalen Tourismusorganisationen im Jahr 2009;

—
2009

- > die touristische Nutzung der Freizeitwegnetze des Freiburgerlands, die durch den neuen Zusammenarbeitsvertrag zwischen dem FTV und dem Freiburger Wanderverein verbessert wird;
- > die Durchführung und der Abschluss der Bestandesaufnahme des kantonalen Wanderwegnetzes;
- > die Übernahme der Leitung der kantonalen Dachorganisation durch Nicolas Zapf, nach der Pensionierung von Jacques Dumoulin.

Mit dem ordentlichen Staatsbeitrag für die Tätigkeit des FTV und dem Fonds für koordiniertes Tourismusmarketing der Region, zu dem etwa 1 300 000 Franken kantonale Aufenthaltstaxen zur Finanzierung der Dienstleistungen für Gäste kamen, wurden im Wesentlichen die touristischen Attraktionen des Kantons bekannt gemacht und die Qualität von Information und Empfang verbessert.

Der kantonale Tourismusförderungsfonds, der am 31. Dezember 2009 einen Saldo von 1 441 000 Franken aufwies, führte seine Aktivitäten fort, mit denen er die Verbesserung der touristischen Infrastruktur fördert und unterstützt.

In diesem Zusammenhang bestätigte der Verwaltungsausschuss früher eingegangene mehrjährige Verpflichtungen in der Höhe von etwa 1 130 000 Franken und gewährte folgenden Unternehmen ordentliche Finanzhilfen (teilweise Übernahme der Zinskosten):

- > Kaisereggbahnen Schwarzsee, in Schwarzsee: Bau einer Sommerrodelbahn;
- > Gondelbahn Charmey/Les Dents Vertes, in Charmey: Renovation des Bergrestaurants;
- > Skilift Rathvel, in Remaufens: Verschiebung und Renovation des Skilifts vom Gros Niremont;
- > Hôtel Ibis, in Bulle: Bau eines neuen Hotels;
- > Hôtel du Musée, in Freiburg: Renovation der Ausstattung;
- > Hôtel Le Rallye, Bulle: Vergrößerung des Hotels;
- > Restaurant Hacienda, in Givisiez: Einbau einer neuen Ausstattung.

3. Interkantonale Zusammenarbeit

—
Der Volkswirtschaftsdirektor ist Mitglied von vier interkantonalen Konferenzen.

Konferenz kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren (VDK)
Die VDK traf sich 2009 zu zwei Sitzungen und am 22. Oktober zur Generalversammlung. Sie befasste sich insbesondere mit:

- > den Konjunkturprognosen;
- > der Exportförderung;
- > der Wirtschaftsförderung der Schweiz;
- > der Stärkung der VDK;
- > der Entwicklung und der Prognosen im Bereich des Arbeitsmarkts.

Konferenz kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren der Westschweiz (VDK-Westschweiz)
Die VDK-Westschweiz traf sich 2009 viermal und behandelte insbesondere folgende Themen:

- > die Erstellung der Partnerschaftvereinbarung Greater Geneva Berne area (GGBa);
- > eine prospektive Studie zur Clean-Tech-Plattform.

Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs (KöV)
Die KöV hielt am 17. und 18. September 2009 ihre Generalversammlung ab. Sie behandelte namentlich die Auswirkungen der Aufgabenüberprüfung des Bundes auf den öffentlichen Verkehr, die Bahnreform 2, die Strategie der SBB sowie ihre aktuelle Lage und ihre Herausforderungen.

Konferenz kantonalen Energiedirektoren (EnDK)
Diese Konferenz hielt 2009 zwei Sitzungen ab, jene in Freiburg war die Jahresversammlung vom 20. und 21. August 2009. Sie befasste sich insbesondere mit:

- > dem nationalen Gebäudesanierungsprogramm;
- > der Revision der CO2-Verordnung;
- > der dynamischen Energiepolitik (Nutzung der Globalbeiträge und der Mittel des Bundes, Umsetzung der MuKE, Minergie usw...).

4. Streitigkeiten

—
Die Direktion behandelt gestützt auf den Artikel 116 Abs. 1 VRG Beschwerden gegen Entscheide ihrer Dienststellen, sofern das Gesetz keine direkte Beschwerde an das Kantonsgericht vorsieht. Der Stand der Beschwerden aus dem Jahr 2009 sieht wie folgt aus:

—
2009

Eingereichte Beschwerden:	16
Bearbeitete Beschwerden:	16
davon	
Gutgeheissen:	0
Teilweise gutgeheissen:	0
Abgewiesen:	8
Gegenstandslos oder zurückgezogen:	5
Unzulässig:	3
Am 1. Januar 2010 bei der VWD noch hängig:	9

Die Beschwerden betreffen die folgenden Dienststellen: Wohnungsamt, Amt für den Arbeitsmarkt, Hochschule für Technik und Architektur, Amt für Verkehr und Energie, Amt für Berufsbildung. Das Kantonsgericht und das Bundesgericht haben je zwei Beschwerden gegen Entscheide der VWD abgewiesen.

5. Gesetzgebung

5.1 Gesetze und Dekrete

Gesetz vom 13. November 2009 zur Änderung des Energiegesetzes.

Dekret vom 11. Februar 2009 über die Einreichung einer Standesinitiative bei der Bundesversammlung (Energiegesetz vom 26. Juni 1998/Kostendeckende Einspeisevergütung).

Dekret vom 18. Juni 2009 über den kantonalen Plan zur Stützung der Wirtschaft und zur Krisenbewältigung im Kanton Freiburg.

5.2 Verordnungen und Reglemente

Verordnung vom 4. Mai 2009 zur Änderung des Beschlusses über die Festsetzung eines Normalarbeitsvertrages für die Mitarbeiter im Hausdienst;

Ausführungsreglement vom 18. August 2009 zum kantonalen Plan zur Stützung der Wirtschaft und zur Krisenbewältigung im Kanton Freiburg (Erwerbsausfallversicherung für Stellensuchende).

Ausführungsreglement vom 18. August 2009 zum kantonalen Plan zur Stützung der Wirtschaft und zur Krisenbewältigung im Kanton Freiburg (Weiterbildung in Betrieben mit Kurzarbeitsentschädigung).

Ausführungsreglement vom 18. August 2009 zum kantonalen Plan zur Stützung der Wirtschaft und zur Krisenbewältigung im Kanton Freiburg (berufliche Eingliederung von Jugendlichen nach der Ausbildung).

Verordnung vom 15. September 2009 über den Bestand der zivilrechtlichen Bevölkerung und der Wohnbevölkerung der Gemeinden im Kanton Freiburg am 31. Dezember 2008.

Reglement vom 1. Dezember 2009 über die Wirtschaftsförderung.

II. Wirtschaftsförderung Kanton Freiburg

1. Aufgaben

Die Wirtschaftsförderung Kanton Freiburg ist beauftragt, das Freiburger Wirtschaftsnetz auszubauen und die Schaffung von Arbeitsplätzen mit hoher Wertschöpfung zu begünstigen, indem sie die Ansiedlung neuer Unternehmen und die Erweiterung der Aktivität bestehender Unternehmen fördert. Sie ist ferner für die Umsetzung der Neuen Regionalpolitik auf Kantonsebene zuständig. *Die Wirtschaftsförderung wird von Thierry Mauron, Dienstchef, geleitet.*

2. Tätigkeit

2.1 Aktivitäten im Ausland

Fünfundzwanzig ausländische Unternehmen haben 2009 den Kanton Freiburg besucht, um die Ansiedlungsbedingungen und die Möglichkeiten einer Entwicklung ihrer Tätigkeiten genauer zu prüfen. Die Wirtschaftsförderung hat im Berichtsjahr die Ansiedlung von rund zehn Unternehmen aus den Vereinigten Staaten und Frankreich, aber auch aus Kanada, der Europäischen Union und Lateinamerika unterstützt.

Die meisten der neu angesiedelten Unternehmen aus dem Ausland sind im Dienstleistungssektor tätig und werden insgesamt etwa 200 Arbeitsstellen schaffen.

2.1.1 Direkte Kontaktaufnahme

Die Akquisitionstätigkeit im Ausland konzentrierte sich auf den französischen und den nordamerikanischen Markt. Die wichtigsten Ansiedlungen konnten im Laufe des Jahres dann auch aus diesen Ländern verzeichnet werden. Die Aktivitäten der Wirtschaftsförderung ermöglichten so die Ansiedlung des europäischen Sitzes der Life-Sciences Division, eines multinationalen Unternehmens von der amerikanischen Ostküste, die Nieder-

—
2009

lassung des internationalen Sitzes eines multinationalen Unternehmens aus den Vereinigten Staaten, das auf den Handel mit Düngemitteln spezialisiert ist, und die Errichtung des Produktionszentrums eines französischen Industrieunternehmens. Trotz des allgemein ungünstigen Konjunkturverlaufs und der Schwierigkeiten, mit denen die Schweiz konfrontiert war – was sich auch auf die Wirtschaftsförderung im Ausland auswirkte – unterstützte der Kanton Freiburg 2009 die Ansiedlung von rund zehn ausländischen Firmen.

Die Besuchserien vor Ort ermöglichten Kontaktaufnahmen mit Vertretern von knapp dreissig multinationalen Unternehmen und von KMU, die im technologischen Bereich tätig sind, sowie mit zahlreichen Unternehmensberatern, Mitgliedern von Verbänden und anderen Partnern und Multiplikatoren. Die Wirtschaftsförderung nahm ferner an mehreren Fachtagungen auf verschiedenen Gebieten teil, an denen sie mit weiteren Unternehmen und Partnern Kontakt knüpfen konnte.

2.1.2 Gemeinsame Aktivitäten mit anderen Partnern

Die enge Zusammenarbeit mit der Genfer Wirtschaftsförderung ermöglichte zahlreiche Kontakte mit multinationalen Unternehmen, die sich für die jeweiligen oder kombinierten Stärken der beiden Kantone interessierten, wodurch mehrere Besuche im einen oder anderen Kanton zustande kamen.

Durch das ganze Jahr 2009 hindurch arbeitete die Wirtschaftsförderung mit den fünf anderen Kantonen der Westschweiz (BE, GE, NE, VD und VS) zusammen, um die Greater Geneva Berne area (GGBa) zu gründen. Diese neue Organisation, die am 2. Juli 2009 angekündigt und am 8. Oktober in Form eines Vereins errichtet wurde, hat zum Ziel, Wirtschaftsförderung im Ausland für alle beteiligten Kantone zu betreiben. Der Kanton Freiburg erwartet von seiner Teilnahme an der GGBa, die am 1. Januar 2010 ihre Tätigkeit aufgenommen hat, eine grössere Zahl von Ansiedlungsprojekten aus dem Ausland dank der stärkeren Präsenz des Vereins in einer grösseren Zahl von Zielmärkten. Die vom Kanton zusätzlich bereitgestellten finanziellen Mittel sollen es erlauben, nicht nur die Fähigkeit des Kantons aufrechtzuerhalten, internationale Hauptsitze und Technologieunternehmen anzuziehen, sondern auch die Zahl der Länder zu vergrössern, aus denen die anvisierten Unternehmen stammen.

Im Rahmen von Werbeseminaren der OSEC in Indien und Geschäftsbesuchen in China und den Vereinigten Arabischen Emiraten führte die Wirtschaftsförderung im Berichtsjahr Akquisitionstätigkeiten in Asien durch. Der Kanton Freiburg hat am 20. Oktober 2009 mit der Provinz Zhejiang (China) ein Kooperationsabkommen abgeschlossen.

Dank den Unternehmensberatern und anderen Fachpersonen, mit denen die Wirtschaftsförderung enge Kontakte pflegt, konnten zahlreiche weitere Kontakte geknüpft werden.

Die Wirtschaftsförderung hat rund hundert Informationsanfragen bearbeitet, die bei ihr im Laufe des Jahres aus dem Ausland eingegangen sind.

2.2 Aktivitäten im Kanton

2.2.1 Unterstützung und Begleitung von angesiedelten Unternehmen

Besondere Anstrengungen machte die Wirtschaftsförderung für die Unterstützung und Begleitung von Unternehmen, die im Begriff sind, sich niederzulassen oder bereits im Kanton angesiedelt sind. Ein derartiger Service ist unerlässlich, um den Erfolg einer Niederlassung sowohl für das Unternehmen als auch für seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu sichern und um die weitere Entwicklung des Unternehmens zu fördern. Die enge Kontaktpflege und die Partnerschaft mit den Unternehmen stellen einen wichtigen Trumpf für Neuansiedlungen dar, die oft durch die Unterstützung des bestehenden Wirtschaftsnetzes begünstigt werden.

Der Kanton Freiburg muss seine Anstrengungen fortsetzen, um die Rahmenbedingungen zu erhalten und zu verbessern, dank denen die Entscheidungszentren überzeugt werden können, sich in der Region niederzulassen und so Arbeitsplätze mit sehr hoher Wertschöpfung zu schaffen. In Regionen ausserhalb der grossen Metropolen, die aber eine gute Position auf den wichtigsten Verkehrsachsen einnehmen, gehört die Möglichkeit von gezielten Erleichterungen bei den Bundessteuern für Tätigkeiten mit hoher Wertschöpfung und für Arbeitsplätze mit hohem Einkommen weiterhin zu den Prioritäten der kantonalen Behörden.

2.2.2 Wirtschaftsförderung im Kanton

Im Jahr 2009 unterstützte die Wirtschaftsförderung im Kanton Freiburg insgesamt 25 inländische Niederlassungs- und Erweiterungsprojekte (Niederlassung von Schweizer Unternehmen im Kanton und Erweiterung von Freiburger Unternehmen). Diese Projekte stellen etwa drei Viertel der Dossiers dar, die von der Wirtschaftsförderung 2009 begleitet und zum Abschluss gebracht wurden.

Ausserdem wurden 55 Unternehmen bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten oder nach Bauland unterstützt.

2.2.3 Task Force der VWD

Die Wirtschaftsförderung ist an der «Task Force» beteiligt, die von der Volkswirtschaftsdirektion (VWD) errichtet wurde, um die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Kanton abzuklären.

—
2009

In diesem Zusammenhang und im Rahmen des Wiederankurbelungsplans, den der Grosse Rat im Juni 2009 genehmigt hat, ist die Wirtschaftsförderung für verschiedene Aufgaben zuständig:

- › Errichtung einer Struktur für Seed Capital;
- › Zusammenarbeit mit der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport bei der Schaffung eines Innovationsfonds;
- › Vertretung des Staats zusammen mit dem ITA in der Projektoberleitung, die von der Groupe E angeführt wird und zum Ziel hat, ein Glasfasernetz bis in alle Haushalte zu realisieren (FTTH).

2.2.4 Kontaktstelle für Unternehmen

Die Kontaktstelle für Unternehmen hat 190 Unternehmen und Projektträger beraten und auf verschiedene Partner der Wirtschaftsförderung aufmerksam gemacht. Besonders der Verein Fri Up und die Zweigstelle Freiburg der Bürgerschaftsgenossenschaft West-Schweiz tragen dazu bei, dass den interessierten Unternehmen bedürfnisgerechte Lösungen angeboten werden können.

2.2.5 Bürgerschaftsgenossenschaft West-Schweiz – KMU (CRC-PME) – Zweigstelle Freiburg

Um der Freiburger Zweigstelle der Bürgerschaftsgenossenschaft West-Schweiz – KMU (CRC-PME) eine eigenständige Identität und eine erhöhte Sichtbarkeit zu verleihen und um die Bearbeitung der Anfragen zu vereinfachen, gründeten der Staat, der Freiburger Arbeitgeberverband und die Handelskammer Freiburg im August 2009 den Verein CRC-PME Freiburg. Die Wirtschaftsförderung sitzt dem Verein CRC-PME Freiburg vor und vertritt im Verwaltungsrat der Bürgerschaftsgenossenschaft die Interessen des Kantons Freiburg.

2009 wurden 15 Freiburger Unternehmen mit Bürgschaften der CRC-PME unterstützt. Zudem wurden zahlreiche Unternehmen über die Bürgerschaftsgenossenschaft informiert und mit den entsprechenden Unterlagen bedient.

2.2.6 Frühstücks-Treffen der Wirtschaftsförderung

Die 2008 ins Leben gerufenen «Frühstücks-Treffen» der Wirtschaftsförderung wurden 2009 fortgeführt. Mit dieser Vortragsreihe wird ein ausgewähltes Publikum bestehend aus Vertretern von Banken, Anwaltskanzleien, Beratungs- und Treuhandgesellschaften aus dem Kanton Freiburg sowie den lokalen Medien über aktuelle Wirtschaftsförderungsthemen informiert.

Das erste «Frühstücks-Treffen» 2009 hatte die Frage «Wie kann die Wirtschaftsförderung die Unternehmen unterstützen?» zum Thema und bot Gelegenheit, die Tätigkeitsfelder der Wirtschafts-

förderung aufzuzeigen. Zwei weitere Veranstaltungen zum Thema der «Nachfolgeregelung bei kleinen und mittleren Unternehmen» wurden in Zusammenarbeit mit dem Verein kmuNext/Relève PME organisiert.

2.2.7 Innovationspreis 2009 des Kantons Freiburg

ACL Instruments AG aus Kerzers und Asyryl SA aus Villaz-St-Pierre sind die Gewinner des Innovationspreises 2009 des Kantons Freiburg. Damit hat die Jury erstmals gleich zwei Unternehmen mit dem Innovationspreis ausgezeichnet. Die beiden Jungunternehmen, die 2008 bzw. 2007 gegründet wurden, stehen bereits vor dem internationalen Durchbruch. Die Verleihung des Innovationspreises fand vor über 200 geladenen Gästen in der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg statt.

2.3 Andere Aktivitäten

Die Wirtschaftsförderung arbeitete 2009 an der Stärkung des Freiburger Wirtschaftsstandorts, indem sie sich für die Verbesserung der Rahmenbedingungen des Kantons Freiburg einsetzte. Sie befasste sich namentlich mit vier Postulaten und zwei Anfragen, die beim Grossen Rat eingereicht wurden. Diese Vorstösse bewirkten die Einführung einer Seed-Capital-Stiftung (siehe Punkt 2.2.3 weiter oben) und die Vergabe eines Auftrags für eine Studie, die zurzeit im Gange ist und klären soll, ob die Errichtung eines Technologieparks im Kanton Freiburg zweckmässig ist.

Die Seed-Capital-Stiftung wird ihre Tätigkeit im ersten Quartal 2010 aufnehmen. Die erforderlichen Verwaltungsstrukturen wurden im November 2009 aufgestellt und die Stiftung ist in Gründung begriffen. Sie hat zum Ziel, kurz vor der Gründung stehende Unternehmen, insbesondere Spin-offs der Fachhochschulen und der Universität Freiburg, finanziell zu unterstützen.

Die Wirtschaftsförderung hat ausserdem zu 26 Vernehmlassungen im Bereich der Raumplanung und der nachhaltigen Entwicklung Stellung genommen.

Im Auftrag des Staatsrats wurde ferner unter der Leitung der Wirtschaftsförderung und in enger Zusammenarbeit mit dem Amt für Verkehr und Energie und den Freiburger Verkehrsunternehmen (TPF) ein Bericht über die künftige Ausrichtung der Freiburger S-Bahn (S-Bahn FR) aufgestellt.

3. Neue Regionalpolitik

Die Ausführung des kantonalen Umsetzungsprogramms zur neuen Regionalpolitik (NRP) für die Jahre 2008-2011 stützt sich auf das Gesetz vom 3. Oktober 1996 über die Wirtschaftsförderung. Das Ausführungsreglement zu diesem Gesetz wurde vom Staatsrat am 1. Dezember 2009 verabschiedet. Es präzisiert die Modalitäten für die Gewährung der Finanzhilfen im Rahmen der NRP.

—
2009

Die NRP unterscheidet drei Interventionsebenen: die kantonale, die interkantonale und die grenzüberschreitende Ebene. Im Rahmen der kantonalen Strategie wurden die ersten beiden Tourismusprojekte genehmigt, darunter das Projekt «Drei-Seen-Land». Im Rahmen dieses Projekts wird die Tourismusregion um den Murtensee eng mit den anderen betroffenen Kantonen zusammenarbeiten, um eine gemeinsame Marketinggesellschaft zur Stärkung der Destinationen «Jura und Drei-Seen-Land» zu errichten.

Im Bereich der Innovationsförderung wird mit der Einführung einer Clean-Tech-Plattform die Wirtschaftsentwicklung des Kantons Freiburg im Bereich der sauberen Technologien gefördert, indem Technologie- und Bildungsprojekte zugunsten von Unternehmen unterstützt werden, die im Kanton ansässig sind. Das Projekt sieht namentlich vor, Unternehmen bei der Durchführung von Machbarkeitsstudien im Bereich der sauberen Technologien zu unterstützen und eine Technologiefördererkennung einzuführen.

Mit der Gründung eines Vereins der Regionen unter dem Namen INNOREG FR gab es grössere Umwälzungen in der Zusammenarbeit zwischen dem Kanton und den Regionen im Bereich der NRP. Dieser Verein hat einen Koordinator angestellt, der hauptsächlich damit beauftragt ist, NRP-Projekte zu identifizieren und die interessierten Personen bei der Zusammenstellung des Gesuchsdossiers zu beraten. Eine zwischen der VWD und dem Verein INNOREG FR abgeschlossene Vereinbarung definiert die Leistungen der Regionen und des Koordinators von INNOREG FR bei der Umsetzung der NRP und legt die Modalitäten fest, nach denen die budgetierten Beträge ausgezahlt werden.

Die interkantonale Strategie gliedert sich in die Aktivitäten der Konferenz kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren der Westschweiz (CDEP-SO) ein. Dank dieser Zusammenarbeit konnten die Unternehmen und höheren Bildungsinstitute des Kantons Freiburg von drei Fachplattformen (Bioalps, Micronarc und Al-pict) und von zwei Plattformen für die Innovationsförderung und den Technologietransfer (Platinn und Alliance) profitieren. Gestützt auf eine Zweckmässigkeitsstudie beschloss die CDEP-SO Ende 2009, eine Fachplattform für die Clean Tech zu lancieren. Diese neue Plattform wird von den Kantonen Freiburg und Wallis gemeinsam geleitet.

Im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wurden vier Projekte gewählt, an denen der Kanton Freiburg aktiv beteiligt ist und die ein breites Themenspektrum abdecken, darunter insbesondere die Analyse der Wertschöpfung durch AOC-Produkte und der Schutzfunktion des Waldes für die Erhaltung der natürlichen Ressourcen.

Der Kanton Freiburg kam ferner in den Genuss einer ausserordentlichen Hilfe im Rahmen der konjunkturellen Stabilisierungs-

massnahmen des Bundes zugunsten der Regionalpolitik. Die beiden ersten Projekte, die davon profitieren werden, sind genehmigt worden. Es handelt sich um die Verbesserung der Empfangsinfrastrukturen des Papiliorama-Nocturama und um einen Beitrag zur Gebäudesanierung des Sensler Museums.

4. Wirtschaftsförderungsmassnahmen

Im Jahre 2009 zahlte der Kanton im Rahmen der NRP A-Fonds-Perdu-Beiträge in der Höhe von 2 754 906 Franken für die kantonale Strategie, von 343 439 Franken für die interkantonale Strategie und von 42 370 Franken für die grenzüberschreitende Strategie.

4.1 Verfügungen

Im Laufe des Berichtsjahres prüfte die Kommission für Wirtschaftsförderungsmassnahmen neun Gesuche. Sieben Gesuche wurden genehmigt und zwei Gesuche wurden abgelehnt. Fünf weitere Gesuche wurden dem Staatsrat vorgelegt, sie wurden ebenfalls angenommen.

4.2 Stand der Bürgschaften

Bürgschaften gemäss Bonny-Beschluss	Anzahl	Betrag Fr.
Stand am 31.12.2009	6	7 751 750

4.3 Zinskostenbeiträge an Unternehmen

	Betrag der Zinskostenbeiträge Fr.
Ab dem Jahr 1987 bis Ende 2008 ausbezahlte Zinskostenbeiträge:	19 309 820
Bis Ende 2009 ausbezahlte Zinskostenbeiträge:	2 400 978
Total	21 710 798

III. Amt für den Arbeitsmarkt

1. Aufgaben

Das Amt für den Arbeitsmarkt ist die kantonale Behörde, die sich mit dem Arbeitsmarkt befasst. Diese ist beauftragt, zu einem möglichst ausgeglichenen Markt beizutragen. Das Amt ist an zwei verschiedenen Fronten aktiv: die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Beobachtung und Einflussnahme auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere in den Bereichen des Arbeitnehmerschutzes, der Anwendung des Freizügigkeitsabkommens und bei der Bekämpfung der Schwarzarbeit.

—
2009

Das Amt wird von Marc Genilloud, Dienstchef, geleitet.

2. Ordentliche Tätigkeit

2.1 Abteilung Arbeitslosigkeit

2.1.1 Arbeitslosenversicherung

Die Arbeitslosenquote im Kanton ist im Jahr 2009 gestiegen und zwar von 3,4% im Januar auf 3,8% im Dezember. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote lag 2009 bei 3,3% (2008 bei 2,5% und 2007 bei 2,7%). Folgende Tabelle gibt Aufschluss über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Kanton verglichen mit dem gesamtschweizerischen Durchschnitt. 2009 schöpften 742 Personen ihren Anspruch auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung aus (667 im 2008).

	Kanton Freiburg			Schweiz	
	2008	2009	%	2009	%
Januar	3648	4312	3,4	128 430	3,3
Februar	3465	4520	3,6	132 402	3,4
März	3253	4030	3,2	134 713	3,4
April	3022	3820	3	136 709	3,5
Mai	2781	3682	2,9	135 128	3,4
Juni	2706	3811	3	140 253	3,6
Juli	2824	4036	3,2	145 364	3,7
August	3063	4345	3,4	150 831	3,8
September	3117	4514	3,5	154 409	3,9
Oktober	3217	4564	3,6	158 138	4
November	3393	4584	3,6	163 950	4,2
Dezember	3847	4792	3,8	172 740	4,4

2.1.2 Die regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV)

Der Kanton zählt insgesamt drei RAV: das RAV Zentrum für den Saanebezirk, das RAV Süd mit seinen drei Anlaufstellen in den Bezirken Glane, Greyerz und Vivisbach und das RAV Nord mit seinen drei Anlaufstellen in den Bezirken Broye, See und Sense.

2.1.3 Arbeitsmarktliche Massnahmen (AMM)

Der Sektor Arbeitsmarktliche Massnahmen (AMM) stellt den RAV Instrumente zur Verfügung, die ihnen ermöglichen, die Vermittlungsfähigkeit der Stellensuchenden zu verbessern. Er sorgt für ein ausreichendes Angebot an Wiedereingliederungsmassnahmen, welches den unterschiedlichen Bedürfnissen entspricht: Kurse, Praktika, Programme zur vorübergehenden Beschäftigung (PvB), Qualifizierungsprogramme (QP) usw. Im Jahr 2009 wurden zusätzliche Beschäftigungsplätze und Kurse geschaffen. Um den stark gestiegenen Arbeitslosenzahlen entgegenzuwirken, wurde die Bereitstellung neuer Massnahmen ins Auge gefasst.

2.1.3.a Beschäftigungs- und Weiterbildungsmaßnahmen

Bei den Programmen zur vorübergehenden Beschäftigung (PvB) handelt es sich um berufsnahe Aktivitäten mit einem Bildungsanteil. 2009 haben 2137 Personen während mehr als einer Woche an einem oder mehreren PvB teilgenommen. Die durchschnittliche Teilnahmedauer belief sich auf etwas mehr als zwei Monate. 59% der Versicherten nahmen an einem PvB bei einem subventionierten Anbieter teil, 24% bei einer nicht gewinnorientierten Institution und 17% bei einer Gemeinde, einer Dienststelle des Staates oder einem ausserkantonalen Anbieter. Diese Programme werden von den RAV auch weiterhin bevorzugt eingesetzt, damit die Versicherten den Kontakt zur Arbeitswelt nicht verlieren.

Die Motivationssemester (SeMo) kombinieren Beschäftigung und Ausbildung. Sie sollen die arbeitslosen Jugendlichen bei ihrer Berufswahl unterstützen. Im Programmjahr 2008–2009 haben 231 Jugendliche an einem SeMo teilgenommen, welches durchschnittlich 6 Monate dauerte. Diese Altersgruppe wird auch in Zukunft besonders unterstützt werden, einerseits mit den für sie bestimmten AMM und andererseits mit weiteren Massnahmen, die von der kantonalen Kommission für Jugendliche mit Schwierigkeiten vorgeschlagen werden.

Bildungsmassnahmen sollen mittels Plattformen, Kursen, Ausbildungspraktika und Schnupperlehren die Kenntnisse der Stellensuchenden einschätzen, steigern und zertifizieren. Den Stellensuchenden wurden im Berichtsjahr 2004 dieser Massnahmen bewilligt, vorwiegend in Form von Kursen (Bewerbungstechnik: 40%; Sprachen: 29%; Informatik: 10%; andere: 10%). Der Rest verteilt sich auf Ausbildungspraktika (6%) und Schnupperlehren (5%).

2.1.3.b Spezielle Massnahmen

Die 1744 bewilligten speziellen Massnahmen bestanden zu 65% aus Einarbeitungszuschüssen, zu 23% aus Ausbildungszuschüssen, zu 9% aus Beiträgen an Reisekosten und zu 3% aus der Förderung selbständiger Erwerbstätigkeit.

2.1.3.c Budgetverteilung AMM

36% des Budgets wurde für Programme zur vorübergehenden Beschäftigung (PvB) bereitgestellt, 40% für Kurse und Plattformen und 24% für Motivationssemester (SeMo). Ab 2009 werden die Kosten für die speziellen Massnahmen (Einarbeitungszuschüsse, Ausbildungszuschüsse, Beiträge an Reisekosten) direkt vom Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) übernommen und sind somit nicht mehr im Budget der kantonalen AMM aufgeführt.

—
2009

2.1.3.d Qualifizierungsprogramme (QP-BAHG)

Ausgesteuerte Arbeitslose, die die gesetzlichen Bedingungen erfüllten, nahmen an Qualifizierungsprogrammen (QP-BAHG) teil und erhielten dadurch eine neue Chance, in den Arbeitsmarkt zurückzufinden. 2009 konnten 81 Personen von einem befristeten Arbeitsvertrag bei einer nicht gewinnorientierten Institution, bei einer Gemeinde oder bei einer Behörde profitieren und 23 Personen nahmen an einem QP bei einem Privatunternehmen teil. Die Programme dauerten pro Person durchschnittlich 3,2 respektive 3,8 Monate.

2.1.4 Frima 1606 und FRee Trading

Zwei der Massnahmen werden vom Amt selbst verwaltet: Frima 1606 und Free Trading. Im Rahmen des Qualifizierungsprogramms Frima 1606 wurde ein historisches Modell der Stadt Freiburg erstellt. Im Jahr 2009 konnten 75 Versicherte an diesem Programm teilnehmen. Zum ersten Mal seit Beginn des Projektes im Jahr 1996 konnte das komplette Modell im Dezember 2009 der Öffentlichkeit präsentiert werden.

Die kaufmännische Praxisfirma FRee Trading, deren Organisation und Bestellungsverwaltung derjenigen einer privaten Firma entspricht, beschäftigte 127 Versicherte.

2.1.5 Ombudsstelle

Vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2009 wurden 181 Einsätze gezählt. Sie betrafen insbesondere Probleme zwischen den Versicherten und den RAV, den Arbeitslosenkassen und dem Rechtsdienst. Fast alle Versicherten waren mit der Dienstleistung des Ombudsmanns zufrieden.

2.1.6 Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ)

Die Interinstitutionelle Zusammenarbeit ist eine gemeinsame Strategie der RAV, der Invalidenversicherungs-Stelle des Kantons (IV-Stelle) und der regionalen Sozialdienste (RDS). Ziel der IIZ ist es, die soziale und berufliche Wiedereingliederung der betroffenen Personen zu fördern.

Im Laufe des Jahres 2009 wurden die Mitarbeitenden der RAV in die Verwendung des neuen Informatikprogramms zur Verwaltung der Fälle 'CaseNet' eingeführt. Die IIZ wurde von den RAV häufig genutzt: 146 Fälle einfacher Zusammenarbeit sowie 17 komplexe Fälle wurden angemeldet und via CaseNet behandelt.

Die kantonale Kommission für die IIZ wurde in ihren Arbeiten durch vier Vertreter des Amtes unterstützt. Diese konnten auch im Rahmen verschiedener Arbeitsgruppen zur Fortsetzung der Arbeiten der Kommission beitragen.

2.2 Abteilung Arbeitsmarkt

2.2.1 Arbeitsinspektorat

Durch seine Tätigkeiten (Kontrollen, Audits, Beratung, Information, Ausbildung, Sensibilisierung) sorgt das Arbeitsinspektorat für eine korrekte Umsetzung der Vorschriften in den Bereichen Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz sowie im Bereich der Arbeits- und Ruhezeiten der 117 354 Vollzeitstellen-einheiten im Kanton (Quelle: Statistisches Jahrbuch des Kantons Freiburg, Ausgabe 2010).

Zur Kontrolle des Arbeitnehmerschutzes besuchten die Arbeitsinspektoren im Berichtsjahr 184 Betriebe (254 im 2008), dies zum Teil in Zusammenarbeit mit dem SECO (dem Eidgenössischen Arbeitsinspektorat) und der Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt (SUVA). Diese Kontrollen wurden ganz oder teilweise von der Eidgenössischen Koordinationskommission zur Arbeitssicherheit (EKAS) vergütet. Für die geringere Anzahl von Kontrollen gibt es zwei Gründe: einerseits gab es Wechsel im Personalbestand des Arbeitsinspektorats (Einstellung und Ausbildung eines neuen Inspektors, Weiterbildung von zwei Inspektoren) und andererseits stellte sich heraus, dass die Kontrollen, insbesondere in den Bereichen Arbeitszeit und Persönlichkeitsschutz, mehr Zeit in Anspruch nahmen als vorgesehen. Grundsätzlich hat das Arbeitsinspektorat festgestellt, dass die Beschwerden betreffend Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen wieder angestiegen sind, dies vor allem aufgrund von Verletzungen der persönlichen Integrität am Arbeitsplatz.

Im Bereich der Gesundheit am Arbeitsplatz hat das Interkantonale Labor für Gesundheit am Arbeitsplatz 27 Materialproben auf Asbestvorkommen geprüft. In zehn Proben wurde Asbest nachgewiesen. Die betroffenen Eigentümer wurden über die zu treffenden Massnahmen informiert und das Arbeitsinspektorat hat die Fälle registriert, um die Kontrolle sicherzustellen. Das Arbeitsinspektorat hat darüber hinaus in den Bereichen Staub, Formaldehyd, flüchtige organische Verbindungen (VOC), Asbestvorkommen und Raumklima insgesamt 11 Untersuchungen zur Hygiene am Arbeitsplatz durchgeführt.

Das Arbeitsinspektorat erteilt kurzfristige Bewilligungen (unter sechs Monaten) für Abweichungen von der wöchentlichen Normalarbeitszeit, während das SECO über Bewilligungen für Abweichungen während mehr als sechs Monaten entscheidet. Am meisten betroffen sind das Baugewerbe und der Vertriebssektor. Im Rahmen seiner Zuständigkeit hat das Arbeitsinspektorat im Betriebsjahr 21 Gesuche abgelehnt, die hauptsächlich eine Bewilligung für Sonntagsarbeit und Arbeit an Feiertagen betrafen.

—
2009

	Bewilligungen erteilt durch das Amt		Bewilligungen erteilt durch das SECO	
	2008	2009	2008	2009
Nachtarbeit	87	52	45	93
Sonntagsarbeit	107	118	44	83
Durchgehender Betrieb	2	1	9	5
Dreischichtige Arbeit	-	-	-	-
Total	196	171	98	181

Alle Vergrößerungs- und Umbauarbeiten, die von Industriebetrieben im Kanton durchgeführt werden, müssen vom Arbeitsinspektorat, welches anschliessend die Betriebsbewilligung erteilt, genehmigt werden. Bei den nichtindustriellen Betrieben nimmt das Inspektorat eine Planbegutachtung im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens vor.

	2008	2009
Vergrößerungen (Umbau) von Industriebetrieben	26	20
Betriebsbewilligungen	21	23
Nichtindustrielle Betriebe	583	518
Total	630	561

Das Arbeitsinspektorat arbeitete in verschiedenen kantonalen und eidgenössischen Kommissionen und Arbeitsgruppen mit.

2.2.2 Beobachtung des Arbeitsmarkts

Der Kanton Freiburg nahm an verschiedenen Erhebungen des Westschweizer und Tessiner Organs zur Beobachtung des Arbeitsmarkts (ORTE) teil:

- › Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Wirtschaftszweig in der Westschweiz, Vergleich zwischen dem zweiten Halbjahr 2007 und dem zweiten Halbjahr 2008 (März 2009).
- › Neue Konzeption der Indikatoren zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit in der Westschweiz nach Wirtschaftszweig, basierend auf einer vierteljährlichen Auswertung. Das Projekt wurde realisiert und von der CRT genehmigt (September-Oktober 2009).
- › Entwicklung der Temporärarbeit in der Westschweiz (Dezember 2009).
- › Vierteljährliches Bulletin des Freiburger Organs zur Beobachtung des Arbeitsmarkts (April-Juli-Oktober 2009).
- › Halbjährliches Bulletin des Freiburger Organs zur Beobachtung des Arbeitsmarkts (Juli 2009).

Während des gesamten Jahres war das Freiburger Organ zur Beobachtung des Arbeitsmarkts Mitglied der Gruppe RA Viador romand, die einen Katalog neuer Datenbankabfragen im Rahmen der Einführung des neuen Datenverwaltungssystems der Arbeitslosenversicherung NK AVAM ausgearbeitet hat.

2.2.3 Wirtschaftliche Landesversorgung

Die kantonale Zentralstelle für wirtschaftliche Landesversorgung nahm an den Arbeiten am Heizöl- und Treibstoffrationierungsplan teil. Sie nahm ferner an zwei Sitzungen des Bundesamts für wirtschaftliche Landesversorgung zu diesen Themen teil.

Die kantonale Zentralstelle hat einen Bildungsgang für alle Gemeinden im Kanton und insbesondere für alle Gemeindestellen für wirtschaftliche Landesversorgung (GWL) vorbereitet und ausgearbeitet. Diese Schulungen fanden am 26., 27. und 28. Januar 2009 statt. Sie beschäftigten sich mit den Bestimmungen über Heizöl und mit der Rationierung von Brenn- und Treibstoffen.

2.2.4 Abkommen über den freien Personenverkehr (FZA)

Das Amt sorgt aktiv für die Umsetzung der flankierenden Massnahmen des FZA. Die Arbeitsmarktinspektion kontrolliert auf Freiburger Kantonsgebiet die Arbeitnehmenden, die von ausländischen Unternehmen in die Schweiz entsandt werden, die selbständigen Dienstleistungserbringer sowie die EU-Bürger, die bei Schweizer Arbeitgebern eine Erwerbstätigkeit aufnehmen. Insgesamt wurden 350 Kontrollen durchgeführt, bei denen 964 Arbeitnehmende überprüft wurden.

Das Amt ist die kantonale Behörde im Sinne der Bundesgesetzgebung über die in die Schweiz entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. 2009 wurden 35 Entscheide gefällt, darunter 20 Verwarnungen und 9 Einreiseverbote in die Schweiz. In 83% der durchgeführten Kontrollen wurde keine Zuwiderhandlung festgestellt. Die meisten Verstösse betrafen die Meldepflicht vor der Aufnahme einer Tätigkeit in der Schweiz.

Das vom Amt geführte Sekretariat der Aufsichtskommission über den Arbeitsmarkt bearbeitete 2801 Meldungen für 3888 Arbeitnehmenden, darunter 2087 Meldungen für entsandte Arbeitnehmende, 1429 für Arbeitsaufnahmen in der Schweiz und 372 Meldungen für selbständige Dienstleistungserbringer.

2.2.5 Bekämpfung der Schwarzarbeit

Das Amt ist die kantonale Vollzugsbehörde des Bundesgesetzes gegen die Schwarzarbeit (BGSA).

Das Inspektorat besteht im Bereich Kampf gegen die Schwarzarbeit aus 2 Inspektoren des Amts und weiteren Inspektoren für das Baugewerbe, welche der paritätischen Kommission für das Bau-

—
2009

gewerbe angehören. Im Jahr 2009 hat das Amt dieser Kommission mittels eines Leistungsauftrags die Kontrolle der Schwarzarbeit in den Bereichen Bauhaupt- und Baunebengewerbe sowie in der Gebäudereinigung übertragen.

Das Inspektorat hat 557 Kontrollen durchgeführt, welche insgesamt 1735 Arbeitnehmende betrafen. Dabei wurden 107 Unternehmen und 205 Arbeitnehmende angezeigt. Die strafbaren Handlungen betrafen hauptsächlich Verstösse im Bereich des Ausländerrechts.

Zwischen den verschiedenen Behörden, die für die Bekämpfung der Schwarzarbeit zuständig sind, wurde ein Treffen organisiert. Bei dieser Gelegenheit wurden verschiedene Aspekte für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen dem Amt, der Polizei, dem Untersuchungsrichteramt, dem Amt für Bevölkerung und Migration, der SUVA, der Kantonalen Sozialversicherungsanstalt und der Kantonalen Steuerverwaltung erörtert.

Für die Kandidaten von Patenten für öffentliche Gaststätten wurden fünf Kurse zum Thema Schwarzarbeit abgehalten.

2.2.6 Private Arbeitsvermittlung und Personalverleih

Das Amt hat im Berichtsjahr 20 Bewilligungen erteilt: 11 für die private Arbeitsvermittlung und 9 für den Personalverleih. 12 Bewilligungen wurden aufgehoben, entweder weil der Betrieb aufgegeben wurde, oder aufgrund von Unternehmensfusionen. Das Amt gab ferner zu 6 Gesuchen für den grenzüberschreitenden Personalverleih und zu 9 Gesuchen für die grenzüberschreitende Arbeitsvermittlung, die beim SECO eingereicht wurden, eine positive Stellungnahme ab. Ausserdem hat es 8 Untersuchungen durchgeführt, um die rechtswidrige Ausübung der privaten Arbeitsvermittlung und des Personalverleihs zu bekämpfen und zu verhindern. Zwei Arbeitsvermittlungsunternehmen haben ihren Betrieb eingestellt. An einen Betrieb wurde eine formelle Unterstellungsverfügung erlassen.

Die bei den Kontrollen aufgedeckten Verstösse betreffen hauptsächlich fehlerhafte Lohnabrechnungen, gesetzwidrige Abzüge der Kosten für Schutzausrüstungen oder für Mieten, Verstösse gegen das Ausländergesetz sowie formale und inhaltliche Unrechtmässigkeiten in den Verträgen. Die Regelung der Arbeitszeit im Einsatzvertrag gab ebenfalls häufig Anlass zu Vermerken. Die Arbeitszeit wurde zum Teil nicht ordnungsgemäss geregelt oder aber die Arbeitenden wurden nicht der Arbeitszeitregelung entsprechend ausbezahlt. Das Amt hat allen Personalverleihbetrieben ein Rundschreiben zu diesem Thema zukommen lassen.

Darüber hinaus wickelte das Amt den Konkurs eines Personalverleihbetriebs ab. Nach Prüfung der verschiedenen Lohnforderungen haben alle ehemaligen Mitarbeitenden des Betriebes die ausstehenden Löhne vollumfänglich erhalten. Dies geschah ge-

stützt auf die zwingende Sicherheitsleistung, die der Schuldner beim Staat hinterlegen musste, bevor ihm eine Bewilligung erteilt wurde.

Des Weiteren gingen beim Amt drei Anzeigen von Behörden aus anderen Kantonen ein, welche Handlungen von Freiburger Unternehmen betrafen. In zwei Fälle lagen die Handlungen nicht im Geltungsbereich des Bundesgesetzes über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih. Im letzten Fall wird 2010 eine Untersuchung eingeleitet.

2008 vermittelten die privaten Arbeitsvermittler des Kantons 1088 Personen; beim Personalverleih wurden mit 6240 Personen Verträge über insgesamt 2 771 590 Arbeitsstunden abgeschlossen.

2.3 Rechtsdienst

—
2.3.1 Entscheide und Rechtsgutachten

In seiner Funktion als kantonale Behörde erstellte der Rechtsdienst 4484 Entscheide und Rechtsgutachten im Bereich der Arbeitslosenversicherung und des Arbeitsrechts:

› Einstellungen der Anspruchsberechtigung:	3337
› Vermittlungsfähigkeit und andere Entscheide:	218
› Erlass der Rückerstattungspflicht:	2
› Rechtsgutachten zu Arbeitslosenversicherung und Arbeitsrecht:	927

Der Rechtsdienst registrierte im 2009 insgesamt 372 Einsprachen gegen Entscheide des Amts. Er hat Entscheide zu 309 Einsprachen gefällt. 69,25% der Einsprachen wurden abgewiesen oder als unzulässig erklärt, 20,71% wurden gutgeheissen, 8,1% wurden teilweise gutgeheissen und 1,94% als erledigt abgeschrieben. Im 2009 wurden beim Kantonsgericht 25 Beschwerden gegen die Entscheide des SPE eingereicht. Der Rechtsdienst reichte in 36 Fällen Bemerkungen zur Begründung ein. Das Kantonsgericht fällte 17 Entscheide. 58,83% der Beschwerden wurden vom Verwaltungsgericht abgewiesen oder es wurde nicht auf sie eingetreten, 11,76% wurden gutgeheissen, 5,88% wurden teilweise gutgeheissen und 23,53% als erledigt abgeschrieben.

—
2009

2.3.2 Kurzarbeits- und Schlechtwetterentschädigungen

	Betroffene Arbeitnehmer/innen			Ausfallstunden		
	2008	2009	Schweiz	2008	2009	Schweiz
Januar	4	1304	25 414	398	66 212	1 528 240
Februar	4	2117	45 537	391	130 942	2 598 166
März	7	2412	64 642	441	169 856	4 111 434
April	1	2612	79 955	107	177 220	4 459 519
Mai	0	2966	91 924	0	173 985	4 777 867
Juni	0	2718	90 306	0	146 981	4 696 100
Juli	0	2152	61 355	0	125 369	3 088 953
August	2	1574	63 691	824	70 878	3 139 488
September	26	1797	68 220	1 068	91 912	3 484 652
Oktober	0	1559	54 072	0	77 176	2 961 161
November	134	1532	58 547	6 464	77 691	2 973 293
Dezember	418	897	39 646	18 686	44 096	1 899 218

2.4 Stabsdienste

2.4.1 Kommunikation

Die Website des Amtes ist eine Informationsquelle, die von Stellensuchenden, Arbeitnehmenden und Unternehmen rege genutzt wird. Monatlich werden über 20 000 Zugriffe registriert. Das Amt beantwortete über 500 Fragen von Besuchern der Website.

2.4.2 Informatik

Das Amt setzte die Erneuerung der Informatikrüstung fort. Darüber hinaus hat es sich im Juni 2009 um die Inbetriebnahme des Systems zur elektronischen Dokumentenverwaltung sowie des neuen Datenverwaltungssystems des Bundes im Bereich der Arbeitslosenversicherung (AVAM) gekümmert.

2.4.3 Buchhaltung

Die Stabsdienste verwalten die gesamte eidgenössische Buchhaltung sowie die Buchhaltung des kantonalen Beschäftigungsfonds. Die Hauptaufgaben liegen in der Auszahlung der Löhne von Stellensuchenden, die an einem QP im Sinne des BAHG teilnehmen und in der Erstellung von Arbeitgeberbescheinigungen, Lohnausweisen und AHV-, SUVA- oder Quellensteuerabrechnungen.

Die Betriebskosten des Amtes beliefen sich, unter Berücksichtigung der kantonalen und der eidgenössischen Buchhaltungen, auf 21,5 Millionen Franken. Aus dem kantonalen Beschäftigungsfonds wurden 1 299 636 Franken zur Finanzierung von Massnahmen für Arbeitslose aufgewendet, die ihren Anspruch auf Leistungen des Bundes ausgeschöpft haben. Die QP bei Unternehmen kosteten 439 643 Franken, die QP bei

Institutionen 504 024 Franken und die QP bei Kanton und Gemeinden 355 968 Franken. Am 31. Dezember 2009 verfügte der Fonds über Mittel in der Höhe von 12 Millionen Franken.

IV. Öffentliche Arbeitslosenkasse

1. Aufgaben

Die Öffentliche Arbeitslosenkasse ist eine Einheit, die der Volkswirtschaftsdirektion administrativ zugewiesen ist. Sie wird durch *Dominique Schmutz*, Verwalter der Kasse, geleitet. Sie steht allen im Kanton wohnhaften Versicherten offen für den Bezug von Leistungen gemäss der Bundesgesetzgebung über die Arbeitslosenversicherung. Zudem kann sie allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern von im Kanton ansässigen Unternehmen ungeachtet ihres Wohnsitzes Kurzarbeits- und Schlechtwetterentschädigungen ausrichten. Sie ist allein berechtigt, Insolvenzenschädigungen auszus zahlen.

2. Tätigkeit

2.1 Ordentliche Tätigkeit

Das Jahr 2009 war aufgrund der ständigen Zunahme der Arbeitslosigkeit und der steigenden Zahl von Betrieben mit Kurzarbeit (KA) besonders bewegt. Die von der Kasse ausbezahlten Leistungen belaufen sich auf über 119 Millionen Franken, davon knapp 31 Millionen allein für die Kurzarbeit. Entschädigungen für Kurzarbeit wurden im Lauf des Jahres 2009 insgesamt an 88 Betriebe im Kanton für 1 269 606 Ausfallstunden ausgezahlt.

—
2009

Aufgrund dieser Situation hat die Kasse ihr Personal um sechs Personen auf insgesamt 31 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgestockt. Sie musste sich ausserdem zahlreichen weiteren Herausforderungen stellen. Nebst der Herausforderung, die Arbeit so zu organisieren, dass zuverlässige Leistungen erbracht werden können, arbeitet die Kasse bei der Datenerhebung für das zentrale Familienzulagenregister (FamZG) mit und ist für verschiedene Leistungen des Plans zur Stützung der Wirtschaft zuständig (Zuschüsse für die berufliche Eingliederung von Jugendlichen, Entschädigung für Weiterbildung während der Kurzarbeit und Beiträge an die Erwerbsausfallversicherung bei Krankheit zugunsten von stellensuchenden Personen). Die Kasse ist ausserdem auf die Buchhaltungssoftware SAP umgestiegen, mit der sie sehr zufrieden ist.

2009 gab das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) dem Institut LINK eine Studie in Auftrag, um den Zufriedenheitsgrad der Taggeldempfängerinnen und -empfänger mit ihrer Arbeitslosenkasse abzuklären. Die grosse Mehrheit der Versicherten erklärte sich zufrieden oder sehr zufrieden. 83% der befragten Versicherten bei der Öffentlichen Arbeitslosenkasse des Kantons Freiburg waren mit der Geschwindigkeit der Taggeldzahlungen zufrieden. Dieses Resultat liegt über dem Durchschnitt aller Schweizer Arbeitslosenkassen.

Die Kasse stellte 2707 Verfügungen aus. Sie legte dem Amt für den Arbeitsmarkt 90 Fälle zum Entscheid vor. Es folgen einige statistische Angaben über die Tätigkeit der Kasse.

2.2 Ausbezahlte Leistungen

Arten von Leistungen und deren Anzahl	2008	2009	Variation %
<i>Anträge auf Arbeitslosenentschädigung (ALE)</i>			
Anzahl Versicherte	4293	4968	15.72%
Anzahl Anmeldungen und Wiederanmeldungen	4786	5483	14.56%
Anzahl ausbezahlter Taggelder	333 844	446 141.4	33.64%
<i>Anträge auf Schlechtwetterentschädigung</i>			
Anzahl angemeldeter Unternehmen	16	118	637.50%
<i>Anträge auf Kurzarbeitsentschädigung</i>			
Anzahl angemeldeter Unternehmen	8	84	950%
<i>Anträge auf Insolvenzenschädigung</i>			
Anzahl Versicherte	186	88	-52.69%

Ausbezahlte Taggelder	2008 Fr.	2009 Fr.	
Ganzarbeitslosigkeit (ALE)	45 774 865.75	63 830 173.95	39.44%
Familienzulagen	1 420 930.70	1 580 251.10	11.21%
Arbeitsmarktliche Massnahmen (AMM)	3 374 197.05	3 313 738.40	-1.79%
Projektkosten (Anbieter)	13 854 937.50	14 854 070.80	7.21%
Schlechtwetter und Kurzarbeit	361 394.55	35 117 488.90	9617.22%
Insolvenz	729 841.55	145 968.50	-43.01%
Entschädigungen im Rahmen des Leistungsexports (Vorschüsse gemäss bilateralen Verträgen)	22 237.60	59 197.70	166.21%
Total	65 538 404.70	119 170 889.35	81.83%

V. Handelsregisteramt

1. Aufgaben

Die Handelsregisterverordnung des Bundes vom 17. Oktober 2007 überträgt dem Handelsregisteramt die Aufgabe, Rechtseinheiten zu konstituieren und zu identifizieren. Das Handelsregister bezweckt die Erfassung und Offenlegung rechtlich relevanter Tatsachen und gewährleistet die Rechtssicherheit sowie den Schutz Dritter im Rahmen zwingender Vorschriften des Zivilrechts.

Das Handelsregisteramt wird von der Beauftragten Urška Kozomara Yao geleitet.

2. Tätigkeit

2.1 Ordentliche Tätigkeit

Das Handelsregisteramt hat 2009 insgesamt 7139 Einträge im Handelsregister aufgenommen. Diese Zahl setzt sich aus 1227 Neueinträgen, 1038 Löschungen und 4874 Änderungen bestehender Einträge zusammen. Die gesamte Zahl der Einträge nahm somit gegenüber dem Vorjahr um 1802 Einträge zu. Jedes Jahr wird eine gewisse Zahl von Anmeldungen bearbeitet, die nicht sofort zu einem Eintrag führen, da sie die gesetzlichen Bedingungen nicht erfüllen oder weil das Amt zuerst die Bewilligung einer anderen Behörde abwarten muss (hängige Dossiers).

—
2009

2.2 Besondere Ereignisse

Die Änderung des Obligationenrechts und des Revisionsrechts hat viele Gesellschaften mit beschränkter Haftung gezwungen, sich festzulegen, ob sie eine Revisionsstelle bezeichnen wollen oder nicht. In allen Fällen schreibt das Gesetz eine Eintragung im Handelsregister vor. Dieser Umstand erklärt die starke Zunahme der Einträge im Jahr 2009.

Im Dezember 2009 nahm das Handelsregisteramt seine neue Website in Betrieb.

2.3 Statistik

2.3.1 Stand der aktiven Gesellschaften

Am 31. Dezember 2009 umfasste das Handelsregister des Kantons Freiburg folgende aktive Eintragungen:

Vereine	181
Genossenschaften	626
Unternehmen des öffentlichen Rechts	22
Einzelunternehmen (EF)	5386
Stiftungen	510
Aktiengesellschaften (AG)	6720
Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH)	3585
Kommanditgesellschaften (KG)	25
Kommanditaktiengesellschaften	1
Ausländische Zweigniederlassungen	168
Schweizer Zweigniederlassungen	328
Unternehmen ohne Eintragungspflicht	8
Kollektivgesellschaften (KollG)	380
Total	17 940

2.3.2 Sprache der Registrierungen

Auf Französisch sind 14 031 Gesellschaften und auf Deutsch 3909 Gesellschaften registriert.

2.3.3 Übersicht der neuen Gesellschaften

Vergleich der neu eingetragenen Gesellschaften von 2004 bis 2009:

	Verein	Gen.	EF	Stiftung	AG	GmbH	Zweign.	KollG/KG	Total
2004	7	2	348	17	256	309	80	31	1050
2005	7	3	351	24	292	350	60	49	1136
2006	7	5	359	14	298	372	46	54	1155
2007	8	5	374	17	291	415	57	43	1210
2008	18	0	379	19	334	398	42	32	1222
2009	15	6	376	15	293	448	38	36	1227

3. Interkantonale Zusammenarbeit

Das Handelsregisteramt hat an den gemeinsamen Arbeitssitzungen mehrerer deutschsprachiger Kantone teilgenommen, an denen hauptsächlich rechtliche Fragen diskutiert wurden.

4. Gesetzgebung

Das Handelsregisteramt nahm Stellung zum Entwurf des Bundesgesetzes über die Unternehmens-Identifikationsnummer (UIDG), der bei der Volkswirtschaftsdirektion in die Vernehmlassung gegeben wurde.

VI. Amt für Verkehr und Energie

1. Aufgaben

Das Amt für Verkehr und Energie ist für alle Aspekte im Bereich des öffentlichen Verkehrs zuständig und sorgt für die Koordination der verschiedenen Verkehrsmittel. Es ist ausserdem für die Förderung erneuerbarer Energien und kantonseigener Energiequellen sowie für die Förderung einer rationellen Energienutzung zuständig.

Das Amt wird von *Martin Tinguely*, Dienstchef, geleitet.

—
2009**2. Tätigkeit****2.1 Tätigkeit im Bereich des Verkehrs**

2.1.1 Verkehrsplanung

Die beratende Kommission für Verkehrsfragen hielt drei Sitzungen ab, an denen die Freiburger Regio-S-Bahn (S-Bahn FR), die Vernehmlassungsergebnisse zum Fahrplanentwurf 2010 und die neue Organisation der Agglomeration Freiburg präsentiert und besprochen wurden.

Die Arbeiten an der Errichtung einer S-Bahn FR wurden fortgesetzt. Im Rahmen der Umsetzung dieses Projekts haben die Schweizerischen Bundesbahnen und die Freiburgischen Verkehrsbetriebe eine Zusammenarbeitsvereinbarung abgeschlossen.

Auf regionaler Ebene setzte das Amt für Verkehr und Energie seine Planung der künftigen Regionalfahrpläne der öffentlichen Verkehrsmittel fort. Es verfolgte ferner die Arbeiten der Agglomeration Freiburg (Agglo-FR) und des regionalen Verkehrsverbands der Agglomeration Bulle (MOBUL).

Bezüglich der Tarife ist ausserdem die Einführung des neuen Abonnements «InterAbo» zwischen den Tarifverbänden Frimobil und Libero zu erwähnen.

2.1.2 Kantonaler Plan zur Stützung der Wirtschaft

Gestützt auf die Massnahme Nr. 18 des kantonalen Plans zur Stützung der Wirtschaft sprach das Amt einen Betrag von 258 240 Franken für die Studien zu, die in Verbindung mit dem Vorentwurf über die Verbesserung des Zugangs zu den Zügen und der Modernisierung der Kreuzungsstelle in Grolley stehen. Gestützt auf die Massnahme Nr. 20 zahlte das Amt einen Betrag von 254 654 Franken an die Studien zur künftigen Bahnhofstabelle von St-Léonard.

2.1.3 Fahrpläne

Im Anschluss an das Vernehmlassungsverfahren zum Fahrplanentwurf 2010 untersuchte das Amt die 135 eingereichten Gesuche. Ein Teil der Gesuche betraf prioritäre Änderungen für den Fahrplan 2010, der andere Teil wird als Planungsgrundlage für die folgenden Fahrplanperioden dienen.

Gestützt auf die Offerten der Transportunternehmen verteilte das Amt nach Absprache mit dem Bundesamt für Verkehr die für den öffentlichen Verkehr bereitgestellten Mittel für die Fahrplanperioden 2009 und 2010.

2.1.4 Bahn 2030

Das Amt verfolgte die Planungsarbeiten zur Bahn 2030.

2.1.5 Technische Verbesserungen bei den Unternehmen des öffentlichen Verkehrs

Gemäss dem eisenbahnrechtlichen Plangenehmigungsverfahren bat das Bundesamt für Verkehr das kantonale Amt um Stellungnahme zu folgenden Vorhaben:

- › Bau der Infrastrukturen für das Bahnfunksystem auf dem Abschnitt Freiburg – Lausanne;
- › Lärmsanierung (Lärmschutzwände und/oder Schallschutzfenster) auf der Strecke Puidoux – Matran;
- › Erneuerung des Gleises 850/851 auf der Strecke Düdingen – Schmitten;
- › Installation von automatischen Barrieren beim Bahnübergang «Le Rosez» in der Gemeinde Vuadens.

2.1.6 Konzessionen und Bewilligungen zur Personenbeförderung

Das Bundesamt für Verkehr holte die Stellungnahme des Amtes zu einem Gesuch um Erneuerung und Erweiterung einer Eisenbahnkonzession, zu zwei Gesuchen um eine Automobilkonzession und zu zwei Gesuchen um Erneuerung einer Automobilkonzession ein. Das Amt nahm ausserdem Stellung zu acht Gesuchen um Bewilligung für grenzüberschreitende Fahrten.

Gestützt auf das Reglement vom 3. November 1999 über die kantonalen Bewilligungen für die Personenbeförderung erteilte das Amt sieben Bewilligungen für die Personenbeförderung.

2.1.7 Seilbahnen und Skilifte

Das Amt erteilte zwei Bewilligungen für den Bau und den Betrieb von Seilbahnen und Skiliften ohne Bundeskonzession. Es erneuerte ausserdem elf Bewilligungen zum Betrieb eines Skilifts und zwei Bewilligungen zum Betrieb eines Kleinskilifts. Es leitete 25 Inspektionsrapporte des Kontrollorgans des Interkantonalen Konkordats über Seilbahnen und Skilifte weiter.

2.1.8 Luftfahrthindernisse

Das Amt übermittelte dem Bundesamt für Zivilluftfahrt dreizehn Meldungen über Anlagen, die die Luftfahrt behindern, und eine Meldung über die Entfernung eines Luftfahrthindernisses.

—
2009

2.1.9 Luftfahrt

Das Bundesamt für Zivilluftfahrt holte die Stellungnahme des Amtes zum Bau eines Platzes für die Kalibrierung der Kompassse am Regionalflugplatz von Freiburg-Ecuvillens ein.

2.2 Aktivitäten der Energiefachstelle—
2.2.1 Allgemeines

Die kantonale Energiewirtschaftskommission hielt eine Sitzung ab, die hauptsächlich dem Programm zur Stützung der Wirtschaft und der Revision der kantonalen Energiepolitik gewidmet war.

Das Amt hat einen Entwurf zur Änderung des Energiereglements vom 5. März 2001 (EnR) aufgestellt. Diese Änderung wurde im Rahmen der Revision der kantonalen Energieplanung angekündigt. Sie beinhaltet namentlich die Umsetzung der Muster Vorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKEN) für alle Bestimmungen, die keiner Änderung des Energiegesetzes vom 9. Juni 2000 bedürfen, sowie die Einführung von Fördermassnahmen in Verbindung mit der neuen Energiestrategie und dem Finanzplan 2010-2013.

Gemäss den energiepolitischen Grundsätzen des Kantons setzte das Amt seine Informationstätigkeit in den Gemeinden im Rahmen der Aktionen «EnergieSchweiz in Gemeinden» und «Energho» fort.

Es organisierte mehrere Kurse und Seminare für Bauspezialisten über den «Gebäudestandard 2008», den Gebäudeenergieausweis der Kantone (GEAK), die Hilfsmittel für die Minergie-Konzeption und die Gebäuderenovation.

Zusammen mit anderen Dienststellen des Staats betreute es einen Informationsstand an der Energissima-Messe, die vom 23. bis am 26. Juni 2009 in Bulle stattfand.

Ausserdem führte es seine Informationskampagne in den Schulen mit Hilfe des Informationskonzepts für die französischsprachigen Primarklassen des Kantons fort.

Das Amt beteiligte sich u.a. an Pilot- und Demonstrationsprojekten in den Bereichen Biogas, Sonnenenergie, Holz und Windenergie.

Es nahm ferner an verschiedenen interkantonalen Arbeits- und Begleitgruppen teil, die vom Bundesamt für Energie und von der Konferenz der kantonalen Energiefachstellen aufgestellt wurden.

2.2.2 Kantonaler Plan zur Stützung der Wirtschaft

Gestützt auf die Massnahme Nr. 14 sicherte das Amt 1 162 880 Franken für 80 Gebäudesanierungen (fossile Energie) und 440 600 Franken für 25 Gebäudesanierungen (nicht fossile Energie) zu. Es setzte 84 800 Franken für eine Informations- und Sensibilisierungskampagne zum Thema Gebäudeenergieausweis ein, um die Hauseigentümer zu einer Kontrolle ihrer Gebäude anzuregen (Massnahme Nr. 15). Gestützt auf die Massnahme Nr. 16 gewährte es 8 610 235 Franken für 282 Projekte von photovoltaischen Solaranlagen. Und schliesslich gewährte es gestützt auf die Massnahme Nr. 17 einen Betrag von 64 279 Franken für das Konzept des Vereins «Energistadt», um die Gemeinden zu begleiten und sie anzuregen, sich um Erlangung des «Energistadt»-Labels zu bemühen.

2.2.3 Kühl- und/oder Befeuchtungsanlagen

Das Amt erteilte in Anwendung des Energiegesetzes vom 9. Juni 2000 fünf Bewilligungen.

2.2.4 Holzheizungen mit einer Nennleistung von über 70 kW

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an fünfzehn Projekte zu, was einem Betrag von 463 062 Franken für eine Leistung von 4085 kW entspricht.

2.2.5 Thermische Solaranlagen

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 424 Projekte zu, was einem Betrag von 627 504 Franken für eine Fläche von 5140 m² entspricht.

2.2.6 Gebäude, die den Minergie-Standard erfüllen

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 4 Projekte zu, was einem Betrag von 31 400 Franken für eine Energiebezugsfläche von 1226 m² entspricht.

2.2.7 Erdgas

Das Amt bewilligte den Bau und den Betrieb folgender Erweiterungen des Netzes der Frigaz AG:

> Sektoren Cewag, Aldi, Industriezone, Gemeinde Düringen;

> Sektoren Chemin de la Croix-Blanche, Farchim, Gemeinde Bulle.

—
2009

Das Amt bewilligte ausserdem den Bau und den Betrieb folgender Erweiterungen des Netzes der Cosvegaz AG:

- > Gemeinden Ménières, Chapelle und Cheiry;
- > Gemeinde Châtonnaye;
- > Sektor III, Gemeinde Cheyres.

2.2.8 Hochspannungsleitungen

Gestützt auf das Plangenehmigungsverfahren des Bundes holte das Eidgenössische Starkstrominspektorat die Stellungnahme des Amtes zu folgenden Vorhaben ein:

- > 60 kV-Freileitung L-160129.3 Monteynan – Farvagny – Romont, Gemeinden Corpataux-Magnedens und Farvagny;
- > 60 kV-Freileitung L-160130.3 Monteynan – Farvagny – Botterens, Gemeinden Corpataux-Magnedens und Farvagny;
- > 18 kV-Leitung zwischen den Stationen Steffelbletz – Le Mouret (S-118994) und Village – St. Silvester (S-122006), Abschnitt am Rüdigraben, Gemeinden Le Mouret und St. Silvester.

VII. Amt für Statistik

1. Aufgaben

Das Amt für Statistik ist das Zentralorgan für die kantonale Statistik. Seine Aufgabe besteht darin, den kantonalen Dienststellen und Körperschaften, den Gemeinden und der Öffentlichkeit statistische Dienstleistungen zu erbringen. Es koordiniert die kantonale Statistik sowie die Aufgaben, die der Kanton im Rahmen der Bundesstatistik zu erfüllen hat und stellt die nötigen Fachkenntnisse zur Erstellung und Analyse von Statistiken zur Verfügung. Es führt Erhebungen und Analysen durch, soweit es die zur Verfügung stehenden Mittel erlauben, oder berät Verwaltungsstellen und wissenschaftliche Kreise bei ihrer Arbeit.

In seinen Publikationen und der Öffentlichkeit gegenüber tritt das Amt unter dem Namen «Statistik Freiburg» bzw. STAT-FR auf.

Das Amt für Statistik wird von Pierre Caille, Dienstchef, geleitet.

2. Tätigkeit

2.1 Ordentliche Tätigkeit

2.1.1 Eidgenössische Statistik des jährlichen Bevölkerungsstandes (ESPOP)

Jedes Jahr erstellt das Bundesamt für Statistik (BFS) seine Statistik des Bevölkerungsstandes, indem es zum Ausgangsbestand die Wanderungsbewegung (Zu- und Wegzüge) und die natürliche Bewegung (Geburten und Todesfälle) hinzuzählt. Dabei bedient es sich verschiedener Register, die auf Landesebene zentralisiert sind, wie etwa des Zentralen Migrationsinformationssystems (ZEMIS) und des Zivilstandsregisters (INFOSTAR). Für die Wanderungsbewegung der Schweizerinnen und Schweizer muss es jedoch die einzelnen Kantone mit einer Erhebung beauftragen. Anhand dieser Informationen errechnet das BFS die ständige Wohnbevölkerung der Gemeinden, die dem Amt für Statistik des Kantons Freiburg als Grundlage zur Berechnung des Bestands der «zivilrechtlichen» Bevölkerung und der Wohnbevölkerung der Gemeinden dient. Mit Verordnung vom 15. September 2009 hat der Staatsrat die Bevölkerungsbestände vom 31. Dezember 2008 verabschiedet.

2.1.2 Schulstatistik

Die detaillierten Resultate der Schulstatistik 2008/2009 hat das Amt im Statistischen Jahrbuch 2010 und auf seiner Website veröffentlicht. Wie in den vergangenen Jahren sind dem BFS die gemäss Bundesgesetz nötigen Daten übermittelt worden. Die Zählung für das Schuljahr 2009/2010 ist im November 2009 in sämtlichen Schulen des Kantons durchgeführt worden, mit Ausnahme der Fachhochschulen und der Universität.

Das Amt ist am Projekt für ein harmonisiertes Schulverwaltungssystem beteiligt, dem Projekt «HarmAdminEcoles». Dieses System, das voraussichtlich 2013 eingeführt wird, sollten fast alle Informationen zur Verfügung stellen, die die Bundesstatistik im Bereich des Bildungswesens benötigt.

2.1.3 Baustatistik und Statistik der Immobilien-transaktionen (Handänderungsstatistik)

Die Ergebnisse der kantonalen Baustatistik (Baubewilligungen, begonnene und beendete Bauten) und jene der Handänderungsstatistik sind regelmässig im *Freiburger Konjunkturspiegel* und auf der Website *Statistik Freiburg* veröffentlicht worden.

Im Auftrag des BFS nimmt das Amt für Statistik die Quartalerhebung der Wohnungsproduktion vor. Diese Umfrage wird in den Gemeinden per Stichprobe durchgeführt.

—
2009

Ebenfalls für das BFS hat das Amt für Statistik die jährliche Bauerhebung durchgeführt.

Seit März 2005 ist das freiburgische Gebäude- und Wohnungsregister, das vom Kanton selbständig verwaltet wird, offiziell als Bestandteil des eidgenössischen Registers anerkannt. Der Kanton erhält somit eine Entschädigung für jede Aktualisierung des kantonalen Registers, die der Bund in sein Register übernimmt. Anfang 2009 musste das Amt für Statistik seine gesamte Produktion auf dem Sektor der Baustatistik und seinen gesamten Gebäude- und Wohnungsbestand auf Informatikinfrastrukturen umsiedeln, die der Bund ihm zur Verfügung gestellt hat, und somit auf die eigenen Anwendungen zur Verwaltung des Gebäude- und Wohnungsregisters verzichten. Dies war nötig geworden, weil die kantonalen Anwendungen den Anforderungen nicht mehr genügten, die sich aus den verschiedenen Projekten zur Registerharmonisierungen auf Bundesebene ergaben.

2.1.4 Konjunkturtest

Seit 1988 wird im Kanton Freiburg der Konjunkturtest in der Industrie durchgeführt. Dieser erfolgt in enger Zusammenarbeit mit der Konjunkturforschungsstelle der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich (KOF) und der Handelskammer Freiburg.

Die wichtigsten Resultate werden vierteljährlich im *Freiburger Konjunkturspiegel* in Form von Kommentaren, Grafiken und Tabellen präsentiert.

2.1.5 Perspektiven der Freiburger Wirtschaft

Am 1. Dezember 2009 haben die Freiburger Kantonalkbank und das Amt für Statistik der Öffentlichkeit das Ergebnis der für die Freiburger Wirtschaft erstellten Prognosen vorgestellt, die sie in Zusammenarbeit mit dem Institut BAK Basel Economics namentlich mittels Schätzungen des Bruttoinlandprodukts erstellt hatten. 570 Personen haben an dieser Veranstaltung teilgenommen, die im Forum Freiburg stattgefunden hat.

2.1.6 Beschäftigungsstatistik und Betriebszählung

In Zusammenarbeit mit dem Amt für Personal und Organisation und dem Amt für Informatik und Telekommunikation sammelt das Amt für Statistik die Angaben zur Kantonsverwaltung, die es jedes Quartal überprüft und dem BFS übermittelt. Im Rahmen der eidgenössischen Betriebszählung 2008, deren Ergebnisse im November 2009 veröffentlicht worden sind, hat das Amt darüber hinaus die Aufgaben koordiniert, für die der Kanton verantwortlich ist (Geokodierung der Arbeitsstätten, Plausibilisierung der Ergebnisse für den Kanton Freiburg). Drei solche Vollerhebungen werden pro Jahrzehnt durchgeführt, also eine alle drei bis vier Jahre (d. h. 1995, 1998, 2001, 2005 und 2008).

2.1.7 Veröffentlichungen

Die vier Ausgaben des *Freiburger Konjunkturspiegels* sind im Februar, Mai, August und November erschienen. Ende 2009 zählte diese Publikation rund 500 Abonnenten.

Die von nun an jährliche Veröffentlichung *Perspektiven der Freiburger Wirtschaft* wurde im Dezember 2009 herausgegeben (siehe 2.1.5).

Die Ausgabe 2010 des *Statistischen Jahrbuchs des Kantons Freiburg* ist fristgerecht Ende Dezember 2009 erschienen.

Die kostenlose Taschenstatistik *Der Kanton Freiburg in Zahlen* erschien ebenfalls im Dezember 2009 und wurde zusammen mit dem Jahrbuch versandt. Diese von der Freiburger Kantonalkbank und der Kantonalen Gebäudeversicherung herausgegebene Broschüre wird vom Amt für Statistik realisiert.

2.1.8 Website

Die Website *Statistik Freiburg* (www.stat-fr.ch) wird fortlaufend aktualisiert, sobald neue Informationen zur Verfügung stehen. 2009 sind auch ein paar Neuheiten eingeführt worden, so etwa die Veröffentlichung von interaktiven Grafiken und animierten Karten sowie der statistischen Porträts der Gemeinden auf Google Earth.

2.1.9 Auskunft

Im Jahr 2009 hat das Amt für Statistik rund tausend Anfragen um statistische Informationen unterschiedlicher Komplexität bearbeitet. Der damit verbundene Zeitaufwand beträgt je nach Fall zwischen 5 Minuten und zwei Wochen. Grösstenteils kommen die Anfragen von anderen Stellen der Kantonsverwaltung, von Gemeinden, Forschern, Studenten, Journalisten, politischen und wirtschaftlichen Führungskräften.

2.2 Besondere Ereignisse

2.2.1 Eidgenössische Volkszählung

Das Amt für Statistik nimmt am Projekt zur Harmonisierung und Zentralisierung der Daten aus den Einwohnerregistern der Gemeinden teil (Projekt «HarmPers»). Dieses neue System wird den kantonalen Verwaltungsstellen und anderen berechtigten Instanzen die benötigten Personenangaben in harmonisierter Form zur Verfügung stellen. Was die Statistik angeht, wird dieses System die vom Bund geforderten Informationen für die eidgenössische Volkszählung 2010 liefern können. Das Amt für Statistik ist mit einem Teilprojekt beauftragt worden, in dem es darum geht, die Gemeinden bei der Aktualisierung des Einwohnerregisters sowie der Vergabe der neuen AHV-Nummern und Gebäude- und

—
2009

Wohnungsidentifikatoren zu unterstützen. Das Gesamtprojekt steht unter der Schirmherrschaft der Sicherheits- und Justizdirektion, wird jedoch von einer direktionsübergreifenden Struktur getragen.

Im Jahr 2009 haben die Mitarbeiter des Amtes, die diesem Projekt unterstellt sind, die Gemeinden bei den Arbeiten zur Bereinigung und Harmonisierung ihrer Register tatkräftig unterstützt, insbesondere bei der Zuweisung der neuen AHV-Nummern. So hat der Kanton Freiburg die Qualitätsanforderungen des Bundes erfüllen können.

2.2.2 Statistiken im Bildungsbereich

In aller Eile musste das Amt Ende 2009 ein Projekt für die Erarbeitung einer Übergangslösung für die Statistiken im Bildungsbereich auf die Beine stellen. Dies war aus zwei Gründen notwendig: einerseits wird der Betrieb der Grossrechner, die für die Schulstatistik gebraucht wurden, auf Ende 2010 eingestellt, andererseits wird das eidgenössische Projekt zur Modernisierung der Erhebungen im Bildungsbereich (MEB) bereits ab Herbst 2010 neue Anforderungen stellen, während das Projekt zur Harmonisierung der elektronischen Schulverwaltungssysteme, das die Schulstatistik ablösen und den Anforderungen des Bundes genügen sollte, nicht vor 2013 verwirklicht sein wird.

2.2.3 Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen und dem Bund

Im November 2009 ist der Dienstchef des Amtes für Statistik zum Präsidenten der Konferenz der regionalen statistischen Ämter der Schweiz (KORSTAT) für die Jahre 2010 und 2011 gewählt worden. In dieser Rolle ist er vom Bundesrat beauftragt, die Kantone in der eidgenössischen Statistikkommission zu vertreten. Das Amt ist auch als Mitglied der Conférence des offices statistiques romands et tessinois (CORT) aktiv und ist im REGIOSTAT-Ausschuss vertreten, dem Organ zur Förderung der Zusammenarbeit und Koordination zwischen den regionalen statistischen Ämtern und dem Bund. Als Vertreter der Kantone nimmt es an verschiedenen Arbeitsgruppen teil, die sich mit neuen Projekten oder Reformen auf dem Gebiet der Bundesstatistik befassen.

2.2.4 Andere Aktivitäten

Das Amt beteiligt sich an zahlreichen Arbeitsgruppen auf kantonaler Ebene, namentlich am Ausschuss zum Projekt «Territoriale Gliederung», an der Projektleitung und der Arbeitsgruppe zur Harmonisierung der Personenregister, an der Projektleitung für das Schulverwaltungssystem, an der tripartiten Aufsichtskommission über den Arbeitsmarkt und an der Task Force für die Wirtschafts- und Konjunkturlage im Kanton. Im Rahmen dieser Projekte besteht seine Aufgabe in der Beschaffung und Analyse von statistischem Zahlenmaterial. Im Jahr 2009 hat das Amt

ausserdem methodologischen Beistand bei verschiedenen Umfragen und sonstigen Tätigkeiten anderer Amtsstellen geleistet (Umfrage über den Besuch von Museen, Umfrage zum Bedarf an ausser-schulischer Betreuung, Umfrage zum Besuch dezentraler Dienststellen, Umfrage zur Arbeitszeit der Lehrkräfte an den Berufsschulen, Vororientierungsverfahren für die französischsprachigen Primarschüler).

VIII. Wohnungsamt

1. Aufgaben

Das Wohnungsamt ist für die Verwaltung der Finanzhilfen für subventionierte Wohnungen zuständig. Es befasst sich ausserdem mit allen anderen Aspekten der Wohnungspolitik und mit der Verwaltung der Schlichtungskommissionen im Mietwesen.

Das Amt wird von Martin Tinguely, Dienstchef, geleitet.

2. Tätigkeit

2.1 Wohnungsmarkt

Am 1. Juni 2009 zählte der Kanton Freiburg 1030 Leerwohnungen, das sind 243 weniger als im Vorjahr. Damit nahm die Leerwohnungsziffer geringfügig von 1,08% im Jahr 2008 auf 0,85% des ungefähren kantonalen Gesamtwohnungsbestandes ab. Der Bau neuer Wohnungen erlaubte es, die zunehmende Nachfrage aufgrund des starken Bevölkerungswachstums im Kanton Freiburg zu decken.

Je nach Bezirk fällt die Leerwohnungsziffer sehr unterschiedlich aus, sie liegt aber überall ausser im Saanebezirk unter 1%.

Saane	1,13%
Glane	0,62%
Greyerz	0,96%
Broye	0,59%
Vivisbach	0,15%
Sense	0,86%
See	0,54%

—
2009

Aufteilung der Leerwohnungen nach Kategorie:

1- und 2-Zimmer	16%
3-Zimmer	28%
4-Zimmer	36%
5-Zimmer und mehr	20%

Zudem sind 74% aller leer stehenden Wohnungen zu vermieten und 26% zu verkaufen.

Auf dem Freiburger Wohnungsmarkt ist das Angebot an Leerwohnungen von Ort zu Ort verschieden.

2.2 Wohnbauförderung

Der Bund kann gestützt auf das Wohnraumförderungsgesetz vom 21. März 2003 (WFG) zinslose oder zinsgünstige Darlehen gewähren, um das Angebot an preisgünstigen Mietwohnungen und den Zugang zu Wohneigentum zu fördern. Da aber das Bundesparlament dem Entlastungsprogramm 2003 zugestimmt hat, können die Artikel 12 und 24 WFG, die die gesetzliche Grundlage für diese direkten Darlehen darstellen, nicht mehr angewendet werden. Im Februar 2007 hat der Bund endgültig darauf verzichtet.

Das Entlastungsprogramm 2003 hat keinen Einfluss auf die anderen Massnahmen des WFG: indirekte Hilfe für Bauherren, die nicht über ausreichend Eigenkapital verfügen (Bürgschaften, Rückbürgschaften, Unterstützung für Träger und Dachorganisationen des gemeinnützigen Wohnbaus sowie Fortsetzung der Forschungstätigkeit). Die Träger des gemeinnützigen Wohnbaus, die preisgünstigen Wohnraum bauen oder erneuern, können bei Dachorganisationen (Schweizerischer Verband für Wohnungswesen, SVW, dessen Sekretariat sich in Lausanne befindet) zinsgünstige Darlehen beantragen. Bundeshilfen gemäss WFG werden seit 2009 nur gewährt, wenn beim Bau oder bei der Renovation bestimmte Kriterien im Energiebereich erfüllt werden (Minergie-Standard, MuKE).

2.3 Mietzinsverbilligung durch die öffentliche Hand

In Ausführung des Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetzes vom 4. Oktober 1974 (WEG) und des Gesetzes vom 26. September 1985 über die Sozialwohnbauförderung erfüllt das Amt besonders zwei Aufgaben:

a) Mieterwechsel (etwa 1000 pro Jahr) und Auszahlung der Beiträge des Kantons und der Gemeinden an die Anspruchsberechtigten. Die kantonalen Beiträge zur Senkung

der Mietzinse beliefen sich auf 4 682 938 Franken und die der Gemeinden auf 2 096 028 Franken;

b) Kontrolle der persönlichen und finanziellen Lage der Bezügerinnen und Bezüger von Bundesleistungen (etwa 8000 Wohnungen). Aufgrund dieser Kontrollen wurde eine Zahl von Beiträgen gekürzt oder gestrichen.

2.4 Kontrolle der gewährten Beiträge

Bei Gebäuden, die aufgrund des Bundesratsbeschlusses vom 30. Juni 1942 betreffend Massnahmen zur Milderung der Wohnungsnot und zur Förderung des Wohnungsbaus, des Bundesbeschlusses vom 8. Oktober 1947 über Massnahmen zur Förderung der Wohnbautätigkeit und der verschiedenen Gesetze zur Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten erstellt wurden, sind die Eigentümer verpflichtet, die staatlichen Beiträge zurückzuzahlen, falls sie beim Verkauf ihrer Liegenschaft einen Gewinn erzielen. 2009 gab ein Liegenschaftsverkauf Anlass zur Rückerstattung von Subventionen. Der Gesamtbetrag dieser Rückerstattung belief sich auf 1500 Franken. Die Anteile des Bundes und der betroffenen Gemeinde wurden zurückbezahlt. Ausserdem wurden verschiedene Verkäufe bewilligt, bei denen keine Subventionsrückzahlung notwendig war, da die Eigentümer ihre Liegenschaft zu den Gestehungskosten verkauften.

2.5 Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten

Das Bundesgesetz vom 20. März 1970 über die Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten ermöglicht es dem Amt, Eigentümern, die ihre Wohnung renovieren wollen, nichtrückzahlbare Darlehen zu gewähren. Eine Finanzhilfe wird gewährt, wenn die renovierungsbedürftige Wohnung in einem Berggebiet gemäss eidgenössischem landwirtschaftlichem Produktionskataster liegt, von einer Familie in bescheidenen Verhältnissen bewohnt wird und es sich um wertvermehrnde Arbeiten handelt.

Im Rahmen des neuen Finanzausgleichs zwischen dem Bund und den Kantonen wird diese Aufgabe ab 2008 vollständig den Kantonen übertragen. Der Staatsrat hat beschlossen, keinen Erlass in der Sache aufzustellen und folglich die gesamten Subventionen auf dem Gebiet aufzuheben.

Eine letzte Finanzhilfe wurde 2007 im Greyerzbezirk zugesprochen. Die Bauabrechnung wurde 2009 noch nicht genehmigt. Die noch ausstehenden Beiträge belaufen sich auf 40 000 Franken.

2.6 Massnahmen gegen Missbräuche im Mietwesen

Die drei Schlichtungsstellen behandelten im Berichtsjahr 1279 Anfechtungen. Diese Beschwerden, welche hauptsächlich den

—
2009

Mietzins, die Nebenkosten und den Kündigungsschutz betrafen, wurden wie folgt geregelt:

Einigung	871 (68%)
Keine Einigung	154 (12%)
Entscheide über Kündigungsschutz und Mietzinshinterlegung	79 (6%)
Nichteintreten, Rückzug	131 (10%)
An das Schiedsgericht weitergeleitete Fälle	44 (4%)
Total Gesuche 2009	1279 (100%)

2.7 Baulandreserven

Im Jahr 2009 wurden keine Gesuche um Staatsgarantien für Baulandreserven gemäss Dekret vom 11. Mai 1977 betreffend Baulandreserven gestellt.

2.8 Verkauf von Grundstücken an Ausländer

Gemäss Artikel 25 des Gesetzes vom 26. September 1985 über die Sozialwohnbauförderung werden die Mietzinse der Liegenschaften, die Personen im Ausland gehören, durch das Wohnungsamt festgelegt. 2009 wurde dem Amt kein Gesuch um Erwerb einer Liegenschaft in diesem Bereich gestellt.

2.9 Kantonale Wohnungskommission

Die kantonale Wohnungskommission wurde mit Beschluss des Staatsrats vom 20. April 1993 gebildet. Ihre Aufgaben sind vor allem die Analyse von Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt, die Überwachung der Mietzinse und die Förderung von Initiativen, mit denen Wohnraum zu günstigen Mietzinsen oder Kaufpreisen angeboten werden kann. Die Kommission hielt im Berichtsjahr keine Sitzung ab.

IX. Amt für Berufsbildung

1. Aufgaben

Das Amt für Berufsbildung, das von *Fritz Winkelmann*, Dienstchef, geleitet wird, ist mit der Ausführung der Gesetzgebung des Bundes und des Kantons über die Berufsbildung und der interkantonalen Vereinbarungen auf dem Gebiet beauftragt.

Es sorgt ferner für die Umsetzung der Massnahmen zur Förderung der Berufsbildung, mit denen insbesondere die Partner in der Berufsbildung angespornt werden, Ausbildungsplätze zu schaffen. Es informiert, berät und begleitet alle Partner auf dem Gebiet der Berufsbildung und alle lernenden Personen. Es sorgt ausserdem für das reibungslose Funktionieren der 61 Lehraufsichtskommissionen, der 87 Qualifikationskommissionen, der 30 Kommissionen für überbetriebliche Kurse und des Sekretariats der Vereinigung des Kantonalen Berufsbildungszentrums (VKBZ).

2. Tätigkeit

2.1 Ordentliche Tätigkeit

2009 registrierte das BBA eine neue Zunahme der Lernenden um 382 Personen, so dass die gesamte Zahl der Lernenden im Kanton auf 8402 Personen angestiegen ist. Gegenüber 2008 nahm die Zahl der neuen Bildungsverträge um über 10% zu. Die folgende Aufstellung bietet einen Überblick über die Resultate der Lehrstellenförderung, die erteilten Bildungsbewilligungen und die Lehrbetriebe, die zurzeit Lernende ausbilden:

	2006	2007	2008	2009
Kontaktierte Unternehmen für die Schaffung neuer Lehrstellen			364	1137
Gewährte Bildungsbewilligungen			148	351
Bewilligte Unternehmen	3400	3520	3605	3664
Lehrbetriebe	2252	2341	2396	2409

Der Kanton hat drei Lehrbetriebsverbände anerkannt und mit ihnen einen Leistungsvertrag abgeschlossen. Es handelt sich um die folgenden Verbände: Ref-flex, den Lehrbetriebsverbund Fachfrau/Fachmann Hauswirtschaft und Fribap. Dank diesem vom BBA eingeführten Projekt, das grösstenteils durch eine Finanzhilfe des Bundes finanziert wurde, haben diese Lehrbetriebsverbände den Abschluss von 104 Lehrverträgen ermöglicht, die zu einem eidgenössischen Berufsattest oder einem eidgenössischen Fähigkeitszeugnis führen.

Das Berufsbildungsreglement wurde 2009 fertig gestellt und wird Anfang des Jahres 2010 verabschiedet werden. Es wird voraussichtlich Anfang 2011 in Kraft treten. Die Verordnungen über die berufliche Grundbildung von 24 Berufen sind in Kraft getreten. Das BBA, das auf nationaler Ebene stark in die Erarbeitung dieser Verordnungen eingebunden ist, hat zu allen Vernehmlassungen Stellung genommen.

Die kantonale Kommission für Jugendliche mit Schwierigkeiten bei der beruflichen Eingliederung hat 2009 die Resultate ihrer Arbeiten vorgelegt. Der Schlussbericht, den der Staatsrat

—
2009

am 15. September genehmigt hat, schlägt eine Reihe von Massnahmen vor, die darauf abzielen, einerseits die Erfolgsquote bei den Lehrabschlussprüfungen zu verbessern und andererseits die Zahl der Lehrabbrüche zu reduzieren.

Was die Kommunikation des Amtes betrifft, werden seit 2007 regelmässig Newsletter veröffentlicht. Dieses Jahr wurden sieben Newsletter herausgegeben, drei davon standen in Verbindung mit besonderen Aktionen der Lehrstellenförderung. Jeder Newsletter wird an rund 4500 Akteure der Berufsbildung auf kantonaler und nationaler Ebene versandt. Den Statistiken zufolge registriert die Website des BBA im Monatsdurchschnitt über 10 000 Zugriffe.

Die Bauarbeiten am Projekt «Boucle» der VKBZ kommen termingerecht voran. Am 21. September wurde der traditionelle Tannenbaum aufgestellt, um das Ende des Rohbaus zu feiern. Bis jetzt entsprechen die Kosten der Bauarbeiten dem Voranschlag. Die Inbesitznahme der Räumlichkeiten ist auf den Schulbeginn 2010 geplant. Bei den neuen Lehrwerkstätten verlaufen die Arbeiten ebenfalls plangemäss. Die Inbesitznahme der Räumlichkeiten ist auf den Schulbeginn 2011 geplant.

2.2 Besondere Ereignisse

2.2.1 Lehrwerkstätten – Übernahme von neuen Ausbildungsgängen

Am 14. September wurde eine Veranstaltung organisiert, um die Übernahme der Ausbildungen im Bereich Gestaltung und visuelle Kommunikation durch die Lehrwerkstätten zu feiern. Der Anlass wurde genutzt, um die neuen Bezeichnungen der Bildungsabteilungen der Lehrwerkstätten zu enthüllen, nämlich:

- > eikon^{EMF} – Gestaltung und visuelle Kommunikation
- > ergon^{EMF} – Industrietechnologien
- > logus^{EMF} – Informatik und Informationstechnologien
- > scola^{EMF} – Berufsmaturität

Mit der Übernahme der Ausbildungen im Bereich Gestaltung und visuelle Kommunikation bilden die Lehrwerkstätten 125 Lernende mehr aus. Von den 31 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ehemaligen «émaf» konnte der Staat 28 Personen einstellen. Im September 2009 haben 56 neue Lernende eine Ausbildung begonnen, das heisst, genau gleich viele wie im Vorjahr.

2.2.2 Jugendaustausch

Mit der Unterzeichnung der offiziellen Beitrittserklärung zum Programm EURODYSEE ist die Region Freiburg nach einem

Jahr der Schirmherrschaft mit der Region Rhône-Alpes dem Jugendaustauschprogramm beigetreten, das von der Versammlung der Regionen Europas geleitet wird.

2.2.3 Bericht über die Arbeitszeitanalyse

Das Amt für Berufsbildung und seine Berufsfachschulen haben in enger Zusammenarbeit mit dem Amt für Personal und Organisation und dem Amt für Statistik eine Umfrage über die Arbeitszeit der Lehrpersonen in der Berufsbildung durchgeführt, um ein Reglement über das Lehrpersonal der Volkswirtschaftsdirektion nach dem Beispiel jenes der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport aufzustellen.

2.2.4 Kantonaler Plan zur Stützung der Wirtschaft

Gestützt auf die Massnahme Nr. 1 des Plans zur Stützung der Wirtschaft wurden die kantonalen Beiträge an die überbetrieblichen Kurse für die Schuljahre 2009-10 und 2010-11 verdoppelt (von 20 auf 40%). Ziel dieser Massnahme ist es, Lehrstellen zu erhalten oder neue zu schaffen und ein starkes politisches Zeichen zugunsten der Berufsbildung zu setzen.

Eine Massnahme, die nachträglich zur Verabschiedung des kantonalen Plans zur Stützung der Wirtschaft durch den Staatsrat beschlossen wurde (Aktion «Win-Win»), hat es im September 2009 noch erlaubt, 17 von den 51 Jugendlichen, die ein Angebot erhalten haben, in die berufliche Grundbildung einzugliedern. Von den 281 aufgebotenen Jugendlichen, die hauptsächlich aus Motivationssemestern (SEMO) stammen, sind nur 50% beim BBA vorstellig geworden. Durch die Aktion «Win-Win» wurde ein Mechanismus eingeführt, der die Kontakte zwischen den Jugendlichen und den Unternehmen erleichtert.

2.2.5 Hilfe für Jugendliche mit Schwierigkeiten

Die Hilfe für Jugendliche mit Schwierigkeiten stellt einen Teilbereich des «Case Management»-Konzepts dar. Dank dem finanziellen Beitrag des Bundesamts für Berufsbildung und Technologie (BBT) konnten Massnahmen und Instrumente entwickelt werden, um die Betreuung der Jugendlichen mit Schwierigkeiten und der betroffenen Unternehmen zu verbessern.

2.3 Berufsbildungskommission

Die Berufsbildungskommission hielt zwei Sitzungen ab. Sie behandelte namentlich Themen, die die berufliche Grundbildung, die Berufsmaturität, die höhere Berufsbildung und die berufsorientierte Weiterbildung betrafen. Sie erliess ausserdem nach Anhörung der Organisationen der Arbeitswelt Lohnempfehlungen für Lernende mit einem Lehrvertrag und ernannte neue

2009

Mitglieder von Lehraufsichtskommissionen, die an die Stelle von zurücktretenden Mitgliedern traten, und bemühte sich dabei um eine ausgeglichene Vertretung.

3. Bildung

3.1 Berufliche Grundbildung

Die folgende Tabelle bietet einen Überblick über die Bestände der Lernenden und die Zahl der Fähigkeitszeugnisse und Ausweise, die im Kanton ausgestellt wurden:

	Personen in Ausbildung		Fähigkeitszeugnisse und Ausweise			
	2008	2009	2008		2009	
Berufsmaturität BMS 2	207	237	1766	349	1839	357
Lehre (einschl. lehrbegleitende Berufsmaturität)	7352	7667				
Hörer	98	70	130		82	
Praktische Ausbildung	18	18	12		14	
Anlehre	37	53	60		54	
Vorlehre	45	38				
Vorkurs (SeMo)	194	217				
Integrationskurs	69	102				
Total	8020	8402	2317		2346	

Das BBA und die Berufsbildungszentren bilden 17 Lernende aus.

3.2 Beruflicher Unterricht

Der berufliche Unterricht der Auszubildenden im Kanton wird von fünf Berufsfachschulen sichergestellt. Sie bilden auch 281 Lernende mit einem Lehrvertrag in einem anderen Kanton aus. Die folgende Tabelle gibt Aufschluss über die Schülerbestände dieser Schulen.

Berufsfachschule	Personen in Ausbildung		Total
	Französisch	Deutsch	
Gewerbliche und Industrielle Berufsfachschule (GIBS), Freiburg	2497	742	3239
Kaufmännische Berufsfachschule (KBS), Freiburg	710	405	1115
Lehrwerkstätten Freiburg (LWF)	476	60	536
Gewerbliche und Kaufmännische Berufsfachschule (GKBS), Bulle	988		988
Berufsfachschule Soziales-Gesundheit (ESSG), Posieux	332	23	355
Total	5003	1230	6233

Die kaufmännische Berufsfachschule (KBS) bietet den Lernenden, die in Freiburg eine Ausbildung als Detailhandelsfachleute absolvieren, seit dem Schulbeginn 2009-2010 eine Zusatzausbildung für die integrierte kaufmännische Berufsmaturität an.

Nachdem die Ausbildung als Fachangestellte Gesundheit (Verordnung des Schweizerischen Roten Kreuzes) 2002 in der Berufsfachschule Soziales – Gesundheit (ESSG) eingeführt worden war, galt es 2009 den Übergang zur neuen Bildungsverordnung sicherzustellen und gleichzeitig der Ausbildung als Fachperson Betreuung in beiden Sprachen eine dauerhafte Basis zu geben. Die Einführung dieser Ausbildungen wurde mit Hilfe eines Projekts realisiert, das durch das BBT finanziert und Ende 2008 abgeschlossen wurde. Ein erster Jahrgang von Auszubildenden als Pflegefachperson begann im Januar 2009 nach der Verlegung dieses Ausbildungsangebots von der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport (EKSD) in die Volkswirtschaftsdirektion (VWD), beziehungsweise von der HfG-FR in die ESSG. Diese Ausbildung wird bis 2012 angeboten werden. Die ESSG kam ausserdem in den Genuss einer einmaligen Finanzhilfe durch die Stiftung Hirschmann, dank der ein Einführungstag für alle Personen organisiert werden konnte, die eine Lehre antraten.

Die Gewerbliche und Industrielle Berufsschule (GIBS) hat eine gemischte Klasse (Deutsch und Französisch) für das erste Lehrjahr in Elektronik eröffnet. Dieses Angebot entspricht einer Nachfrage der betroffenen Lehrbetriebe.

Ausserdem konnte dank gemeinsamer Fächer mit der gewerblichen Berufsmatura eine erste deutschsprachige Berufsmaturitätsklasse nach Abschluss des EFZ im Bereich Gesundheit und Betreuung eröffnet werden.

Die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Lösung ist weiter angestiegen. Ihre Begleitung wird durch Integrationsklassen und Vorbereitungskurse (SeMo) sichergestellt. In den SeMo wurden drei zusätzliche Klassen eröffnet.

Das Couture-Lehratelier, eine Abteilung der GIBS, zog im Laufe des Sommers von der Ruelle des Liguoriens in der Freiburger Unterstadt in das Gebäude der GIBS, Hinter-den-Ringmauern 5. Es organisierte seine alle drei Jahre stattfindende Modenschau in der Aula der Universität. Die Lernenden in Bekleidungs-gestaltung haben ihre eigenen Kreationen vor einem grossen Publikum zur Schau getragen.

1557 Lernende besuchen die Berufsschule in einem anderen Kanton.

—
2009

3.3 Überbetriebliche Kurse

Im Schuljahr 2008-2009 besuchten 7 667 Lernende die überbetrieblichen Kurse im Kanton. Von diesen besuchten 114 Lernende die überbetrieblichen Kurse direkt in ihrem Lehrbetrieb.

3.4 Höhere Berufsbildung und berufsorientierte Weiterbildung

Das interprofessionelle Weiterbildungszentrum (IWZ) registrierte 2861 Anmeldungen für die folgenden Ausbildungen: 763 für Informatikkurse, 784 für Managementkurse, 344 für Kurse im Bereich Industrie und Gewerbe, 409 für Kurse in Personalverwaltung, 278 für Sprachkurse, 80 für Kurse in Verkauf und Marketing sowie 203 für Pädagogikkurse. Dies entspricht einer Zunahme um 26% gegenüber dem Vorjahr.

3.5 Gewerbebibliotheken

Die Gewerbebibliothek Freiburg ist seit dem 1. Januar 2009 den Berufsfachschulen von Freiburg (KBS und GIBS) angeschlossen und steht unter der Verantwortung der GIBS. Seit dem Einzug des Couture-Lehrateliers in ihre Räumlichkeiten und solange die neuen Räumlichkeiten im Neubau noch nicht bezugsbereit sind, ist die Bibliothek vorübergehend nicht in der Lage, den vollen Umfang ihrer Dienstleistungen zu erbringen. Ein Minimalbetrieb wird für die persönlichen Arbeiten im Rahmen der Qualifikationsverfahren gewährleistet.

Die Bibliothek der Gewerblichen und Kaufmännischen Berufsfachschule in Bulle (EPAC) erwarb 491 neue Titel und liess 2392 Werke aus. 5913 Personen besuchten die Bibliothek (persönliche Arbeiten, Lesen, Internet, Schulmaterial, Klassenbesuche). 1494 Leserinnen und Leser sind heute registriert, im Jahre 2009 haben sich damit 143 Personen neu angemeldet. Dies entspricht einer Zunahme um 10.5% gegenüber dem Vorjahr.

X. Fachhochschule Freiburg für Technik und Wirtschaft (FHF-TW)

1. Aufgaben

Die FHF-TW, unter der Leitung von *Jean-Etienne Berset*, Generaldirektor, und die ihr angegliederten Schulen, nämlich die Hochschule für Technik und Architektur Freiburg (HTA-FR) und die Hochschule für Wirtschaft Freiburg (HSW-FR), führen die ihnen durch die Bundesgesetzgebung übertragene Aufgaben als Fachhochschulen aus. Diese umfassen den Unterricht, die berufliche Weiterbildung, die Forschung und

Entwicklung, die Dienstleistungen für Dritte und die Zusammenarbeit auf nationaler und internationaler Ebene.

2. Tätigkeit

2.1. Tätigkeit der FHF-TW

Seit Januar 2006 ist die Generaldirektion der FHF-TW neben der HTA-FR und der HSW-FR auch für die beiden anderen Schulen der HES-SO Freiburg zuständig, nämlich die Hochschule für Gesundheit Freiburg (HfG-FR) und die Hochschule Freiburg für Soziale Arbeit (FHF-SA), die der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport angegliedert sind.

Die HES-SO Freiburg hat ihre Entwicklung im ab 2005 definierten Rahmen weiterverfolgt. Ganz im Sinne der Leitlinie «Synergien» wurde eine Gruppe «Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz» gebildet. Diese befasst sich mit vier Bereichen: finanzielle Sicherheit, Informatik, Gebäude und Infrastrukturen sowie Sicherheit der Personen. Diese Gruppe entspricht den Anforderungen der Verordnung vom 24. April 2007 über die Sicherheit und den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz in der Kantonsverwaltung (SGA-Verordnung). Sie wird auf der Ebene der HES-SO Freiburg eingesetzt und arbeitet seit Januar 2009 unter der Verantwortung des Generaldirektors.

Bezüglich der Leitlinie «Qualität» ist die ISO-9001-Zertifizierung der letzten der vier Schulen, nämlich der Fachhochschule Freiburg für soziale Arbeit (FHF-SA) am 25. Juni 2009 zu erwähnen. Damit ist die gesamte HES-SO Freiburg zertifiziert. Zur Feier dieses Ereignisses wurde am 24. November 2009 ein Fest organisiert, an der die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der vier Schulen sowie eine grosse Zahl auserlesener Gäste teilnahmen. Dieses Jahr wurde die dritte Vereinigung ehemaliger Studentinnen und Studenten gegründet. Nach der Hochschule für Wirtschaft (HSW-FR) und der Hochschule für Technik und Architektur Freiburg (HTA-FR) hat nun auch die Hochschule für Gesundheit (HfG-FR) seit dem 3. Dezember 2009 eine derartige Vereinigung.

Die HES-SO Freiburg erhielt zweimal Besuch von externen Organisationen, unter anderem am 2. Juni 2009 von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des HES-SO-Sitzes in Delsberg. Ausserdem stattete der neue Generaldirektor der Waadtländer Hochschule (HE VD) am 6. November 2009 der HES-SO Freiburg einen Besuch ab.

Bezüglich der Studierendenbestände bleibt die Entwicklung positiv. Die HTA-FR ist sogar die einzige Ingenieurschule der HES-SO, deren Studierendenzahl ständig zunimmt. So zählte sie zu Beginn des Studienjahres 2009/2010 insgesamt 695 Studierende. Auch die HSW-FR zählt wieder mehr Studierende, nachdem deren Zahl zwischen 2005 und 2007 vorübergehend

—
2009

zurückgegangen war. Zu Beginn des Studienjahres 2009/2010 zählte sie 354 Studierende. In diesen Zahlen sind die Studierenden, die in den beiden Schulen eine Weiterbildung absolvieren, nicht berücksichtigt.

Verschiedene Master ergänzen heute die an diesen Schulen angebotenen Ausbildungen auf Bachelor-Ebene. In Bezug auf die angewandte Forschung und Entwicklung (aF&E) bleibt die Situation insbesondere aufgrund der schwachen Konjunktur schwierig. Die Unternehmen und die KMU investieren weniger in die Forschung, da sie oft mit Liquiditätsproblemen konfrontiert sind und um ihr Überleben kämpfen müssen.

2.2 Tätigkeit der HTA-FR

In Bezug auf die interne Organisation machte sich die HTA-FR im Herbst erste Gedanken über die Möglichkeit, ihre Organisation und Funktionsweise an die im Qualitätsmanagementsystem identifizierten Prozesse anzupassen. Das Ziel ist es, die Organisation bestmöglich an die Bedürfnisse ihrer Kernaufträge – Bildung, aF&E und Weiterbildung – anzupassen. Die Resultate dieser Arbeiten sollten 2010 umgesetzt werden.

2.2.1 Ausbildung

Wie in den vergangenen Jahren nahm die Zahl der Studierenden in den Bachelor-Studiengängen zu, so dass sowohl für den theoretischen Unterricht wie für die Laborarbeit gewisse Klassen verdoppelt werden mussten. 2009 wurden die ersten Bachelor-Diplome in Technik und Architektur verliehen. Gemäss den gesetzlichen Bestimmungen konnten die Studierenden, die ihren Ausbildungsgang nach den Regeln des FH-Diploms antraten, eine zusätzliche Arbeit verfassen, um neben dem Bachelor-Diplom noch ein FH-Diplom zu erhalten. 22 Studierende haben sich schliesslich für diese Option entschieden.

2009 wurden die ersten Bildungsgänge zum Master of Science in Engineering (MSE) und zum Master of Science in Life Sciences (MSLS) gestartet. Diese Bildungsgänge, die unter der Leitung der HES-SO organisiert werden, sind das Resultat einer schweizweiten Zusammenarbeit, an der die fünf Bildungsstandorte für Ingenieure der Westschweiz beteiligt sind, darunter die HTA-FR. Die HTA-FR arbeitet am Aufbau der Fachrichtungen Industrielle Technologien und Informations- und Kommunikationstechnologien des MSE mit sowie am Aufbau der Fachrichtung industrielle Chemie des MSLS.

Der dritte Jahrgang von Absolventinnen und Absolventen des Masterstudiengangs in Architektur, der in Zusammenarbeit mit der HES-SO Genf und der Berner Fachhochschule angeboten wird, wurde mit dem Diplom ausgezeichnet. Nach Burgdorf und Freiburg fand dieses Jahr die Diplomverleihung in Genf statt.

2.2.2 Berufliche Weiterbildung

In Zusammenarbeit mit der Eidgenössischen technischen Hochschule in Lausanne und der Universität Freiburg sowie mit weiteren akademischen Partnern bot die Abteilung für Bau und Umwelt dieses Jahr eine breite Palette von Kursen an. Besonders erwähnenswert ist der Master of Advanced Studies (MAS) im Bereich Immobilienbegutachtung, der MAS in Energie und nachhaltiger Entwicklung im Hochbau (mit anderen Schulen der HES-SO) und das Certificate of Advanced Studies (CAS) im Bereich des erdbebensicheren Bauens (mit der Hochschule Luzern, HSLU).

Ein MAS in Baumanagement und ein CAS im Bereich des Gebäudeschutzes gegen Naturgefahren sind zurzeit in Vorbereitung. Diese Bildungsangebote, die in Zusammenarbeit mit der HSLU und der Berner Fachhochschule (BFH) organisiert werden, stehen den Studierenden ab dem Studienjahr 2010 zur Verfügung.

Die Abteilung für Informations- und Kommunikationstechnologien organisiert zusammen mit anderen Schulen der HES-SO einen MAS in Informations- und Kommunikationstechnologien sowie weitere Kurse im Rahmen der CISCO-Akademy (CCNA- und CCNP-zertifizierte Kurse) und der Security Academy (OPST-zertifizierter Kurs).

2.2.3 Angewandte Forschung und Entwicklung sowie Dienstleistungen für Dritte

Die 300 Dienstleistungsprojekte wurden alle durch die drei Institute der HTA-FR und ihren Informatikdienst durchgeführt. Im Jahr 2009 erzielte dieser Bereich einen Umsatz von 6,61 Millionen Franken. 80% dieses Umsatzes wurde mit Forschungsprojekten und 20% mit Dienstleistungen für Dritte erwirtschaftet. Die Finanzierung wird zu 47% durch Fremdkapital, zu 30% durch die HES-SO und zu 23% durch andere Mittel (KTI, Stiftungen usw.) sichergestellt. Insgesamt 70 Dozierende (16 VZÄ) leiteten diese Aktivitäten und 129 wissenschaftliche und technische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (32 VZÄ) arbeiteten voll- oder teilzeit an den Projekten mit.

Das Institut für Informations- und Kommunikationstechnologien (iTIC) hat seine Aktivitäten im Bereich Sicherheit verstärkt. Neben den Dienstleistungen auf dem Gebiet der Netzwerke, die vor drei Jahren eingeführt wurde, hat das Institut im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft und mit Unterstützung des Wissenschafts- und Technologiezentrums des Kantons Freiburg (WTZ-FR) ein Kompetenzzentrum für Sicherheit von Webapplikationen aufgebaut. Im Netzwerkbereich ist das Institut das erste innerhalb der Fachhochschulen der Schweiz, das Projekte für IP-Netzwerke der nächsten Generation durchführt und die Studierenden in Bachelor- und Masterstudiengängen

—
2009

sowie berufstätige Ingenieure in diesen neuen Technologien ausgebildet. Das Institut hat Ende Jahr ausserdem ein Kompetenzzentrum eingerichtet, das sich den technologischen Aspekten des E-Governments widmet.

2009 konzentrierte das Institut für Industrielle Technologien (iTIN) seine Aktivitäten auf die folgenden drei prioritären Forschungsrichtungen: Industrielle und angewandte Chemie, Energie und Manufacturing sowie Kunststofftechnologie. Die Anstrengungen des Instituts tragen Früchte, denn die Zahl der aF&E-Projekte, die mit Unterstützung der Förderagentur für Innovation KTI und dem Bundesamt für Energie durchgeführt werden, hat stark zugenommen. Zusammen mit drei Netzwerken des WTZ-FR und dessen Abteilung für Technologietransfer hat das Institut mehrere Forschungsarbeiten durchgeführt. Diese Projekte sind in der Vorwettbewerbphase angesiedelt und gehen auf Bedürfnisse ein, die von der Industrie gemeldet wurden.

Das Institut für Bauwesen und Umwelt (iCEN) entwickelt seine Kompetenzen in den Bereichen Tiefbau und Architektur weiter, damit die Studiengänge den Anforderungen der Masterstufe entsprechen.

2.2.4 Nationale und internationale Zusammenarbeit

Neben dem traditionellen Austausch von Studierenden (Empfang von 45 Studierenden, Entsendung von 27 Studierenden) fand 2009 auch ein Austausch von mehreren Dozierenden statt. 43 Dozierende der HTA-FR reisten ins Ausland, um Kontakte in Lehre und Forschung zu knüpfen, und 54 Dozierende kamen aus verschiedenen Universitäten nach Freiburg.

Eine rund zehnköpfige Delegation der Abteilungen TIC und TIN fuhr nach Nantes, um die Grundlagen für eine Zusammenarbeit mit Polytech'Nantes zu schaffen.

Sechs Zusammenarbeitsvereinbarungen wurden 2009 abgeschlossen.

Anlässlich einer im Herbst organisierten Reise wurden ein Rahmenvertrag für die Zusammenarbeit zwischen der HES-SO und der Universität Libanon sowie eine spezifische Vereinbarung zwischen der HTA-FR und dem IUT von Saida im Libanon unterzeichnet. Diese Reise erlaubte es ausserdem, die Grundlagen einer Vereinbarung zwischen der HES-SO, der HTA-FR und der AUF (Agence Universitaire de la Francophonie) zu schaffen, um den Austausch von Studierenden zwischen der HES-SO und den Universitäten anderer französischsprachiger Länder zu begünstigen. Diese Vereinbarung sollte bis Anfang 2010 fertig ausgearbeitet sein. Eine Zusammenarbeitsvereinbarung wurde ausserdem abgeschlossen, um Doktoranden der Universität Bedfordshire zu empfangen. Die bestehende Vereinbarung mit dem Instituto Tec-

nologico von Monterrey in Mexiko wurde für drei weitere Jahre erneuert. Zwei neue Vereinbarungen wurden mit der Universität von Chongqing in China und mit der Università degli Studi di Firenze in Italien abgeschlossen.

2.2.5 Andere Ereignisse

Die Institute der HTA-FR waren stark am Aufbau und an der Realisierung der ersten Netzwerk- und Cluster-Projekte beteiligt, die vom WTZ-FR unterstützt werden. Die Dozierenden der Schule hielten über zwanzig Vorträge an nationalen oder internationalen Konferenzen. Rund dreissig Artikel wurden in Fachzeitschriften publiziert. 2009 wurden rund dreissig wichtige Konferenzen über verschiedene Themen an der HTA-FR organisiert. Neben den zahlreichen Seminaren und Workshops mit einer Dauer von bis zu einem Tag wurden 2009 vier Grossanlässe organisiert:

- › Zum 50-jährigen Jubiläum des Bauingenieurwesens in der HTA-FR wurde ein 11-teiliger Konferenzzyklus aufgestellt, der sich auf 10 Tage verteilte.
- › Im Januar empfing die HTA-FR den European Workshop and 5th International TESCT Meeting on Advanced Clinical Methodologies and Engineering Technologies for Stem Cell Application, der zusammen mit dem Studiengang Elektrotechnik organisiert wurde.
- › Im September veranstaltete der Studiengang Chemie zusammen mit der Schweizerischen Chemischen Gesellschaft das traditionelle Symposium für industrielle Chemie. Dies war die 9. derartige Veranstaltung, die an der HTA-FR organisiert wurde.
- › Der Studiengang Architektur organisierte im Oktober den vierten EAAE-EHNSA Sub-Network Workshop, ein internationales Kolloquium, das der Forschung in Architektur gewidmet ist. An diesem Workshop wurde die Verbindung zwischen den Architekturtheorien und den praktischen Anwendungen behandelt.

Am 13. Oktober 2009 genehmigte der Staatsrat des Kantons Freiburg die Finanzierung der Plattform Clean Tech, ein Projekt, das von der HTA-FR und der UNI-FR gemeinsam im Rahmen der neuen Regionalpolitik (NRP) aufgestellt wird. Dieses Projekt steht für die Bereitschaft der beiden Hochschulen, auf dem Gebiet der angewandten Forschung zusammenzuarbeiten, um ihre gemeinsamen Strategien in Verbindung mit der nachhaltigen Entwicklung umzusetzen.

2009

2.3 Tätigkeit der HSW-FR

Die Tätigkeit der HSW-FR war 2009 geprägt von der Diplomverleihung des 2. Bachelorjahrgangs, vom weiteren Anstieg der Zahl der Studierenden, von der Konsolidierung des 2008 gestarteten Masters in Entrepreneurship sowie von der Weiterentwicklung der Tätigkeit im Bereich der angewandten Forschung und der Aufträge. Ausserdem hat die Schule ihren Auftrag, ihre Strategie und ihre Stärken neu definiert.

2.3.1 Ausbildung

In den Bachelor- und Masterstudiengängen sowie im Weiterbildungsangebot ist die Zahl der Studierenden gestiegen, so dass der Studierendenbestand der Schule im Vergleich zum Vorjahr um über 10% angestiegen ist. Diese erfreuliche Entwicklung gründet auf einem starken Interesse für die verschiedenen Ausbildungsmöglichkeiten an der Schule und für das berufsbegleitende Bildungsangebot, das im aktuellen Konjunkturmilieu sehr gefragt ist.

Seit der Einführung des «Bologna-Systems» hat die HSW-FR zum zweiten Mal Bachelordiplome verliehen. Dieses Jahr wurden 84 Studierende mit dem Titel ausgezeichnet. 45 von ihnen haben eine berufsbegleitende Ausbildung genossen, die sie in vier Jahren neben einer Berufstätigkeit absolviert haben. 39 besuchten den dreijährigen Vollzeitstudiengang. 14 Studierende besuchten einen komplett zweisprachigen Studiengang auf Französisch und Deutsch und erhielten ein «zweisprachiges» Diplom, eine schweizweit einzigartige Besonderheit für diesen Ausbildungstyp. 13 Studierende haben die Prüfungen oder die Bachelor-Arbeit nicht bestanden.

Der Master of Science in Business Administration, der in der Westschweiz gemeinsam organisiert wird, findet starken Zuspruch in Freiburg, wo die Richtung Entrepreneurship (Innovation und Wachstum) angeboten wird. Der Masterstudiengang, der an den Bachelorstudiengang anschliesst, erlaubt es, neben dem Studium einer Teilzeitarbeit nachzugehen, denn er bietet ein sehr ausgewogenes Programm, was die Aufteilung zwischen Theorie und Praxis angeht. Der Studiengang dauert zwei Jahre und bereitet die Absolventinnen und Absolventen auf ihre künftige Rolle als führende Angestellte im Management vor. Sie lernen, Verantwortung im Änderungsmanagement zu tragen und zwar in privaten Unternehmen wie in öffentlichen Organisationen.

2.3.2 Angewandte Forschung und Entwicklung sowie Dienstleistungen für Dritte

Trotz eines ungünstigen wirtschaftlichen Umfelds nahm 2009 die Zahl der Aufträge neben der Ausbildung (Bachelor und Master Bologna) gegenüber 2008 zu. Neue Dienstleistungen und der zunehmende Bekanntheitsgrad der HSW-FR sind für diese guten Resultate verantwortlich.

2.3.3 Personalstatistik FHF-TW (HTA-FR + HSW-FR)

	FHF-TW		HSW-FR		HTA-FR ¹	
	2008/09	2009/10	2008/09	2009/10	2008/09	2009/10
Lehrpersonal						
Vollzeit	61	73	8	9	53	64
Teilzeit	120	114	33	26	87	88
Total	181	187	41	35	140	152
Wissenschaftliche und technische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter						
Vollzeit	67	74	3	1	64	73
Teilzeit	33	56	6	11	27	45
Total	100	130	9	12	91	118
Verwaltung und Direktion						
Vollzeit	12	16	3	4	9	12
Teilzeit	15	18	5	8	10	10
Total	27	34	8	12	19	22
Lernende						
	28	24	-	-	28	24
Gesamttotal						
Vollzeit	168	187	14	14	154	173
Teilzeit	168	188	44	45	124	143
Total	336	375	58	59	278	316

¹ einschl. Bautechnische Schule (BTS)

—
2009

2.3.4 Statistik der Studierenden FHF-TW + BTS

	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	Master	Total	Bachelor 2009 (+ FH-Diplome)	Master 2009
HTA-FR								
Architektur	59	47	30	7	15	158	22 (+8)	8
Chemie	30	25	15	-	-	70	13	-
Bauingenieurwesen	25	19	13	-	-	57	11	-
Informatik	29	30	20	-	-	79	18 (+2)	-
Telekommunikation	30	13	18	-	-	61	16 (+1)	-
Elektrobau	39	33	-	-	-	112	-	-
Elektronik	-	-	15	-	-	-	12	-
Elektrotechnik	-	-	25	-	-	-	21 (+3)	-
Maschinenbau	51	31	29	-	-	111	28	-
Total HTA-FR	263	198	165	7	15	648	141 (+14)	8
HSW-FR								
Betriebswirtschaft (Vollzeitstudium)	68	24	49	-	-	141	39	-
Betriebswirtschaft (berufsbegleitendes Studium)	46	74	29	51	21	221	44 (+1)	-
Total HSW-FR	114	98	78	51	21	362	83 (+1)	-
BTS								
Bauführung	28	20	8	-	-	56	8	-
Total FHF-TW	405	316	251	58	36	1066	232 (+15)	8
Davon auf FH-Stufe	377	296	243	58	36	1010	224 (+15)	8

2.3.5 Statistik der Studierenden nach Herkunft
(Kanton, Ausland)

	FHF-TW	HSW-FR	HTA-FR	BTS
Freiburg	582	259	323	25
Bern	87	50	37	-
Genf	22	2	20	-
Jura	20	2	18	4
Neuenburg	21	2	19	4
Tessin	71	1	70	-
Waadt	103	25	78	10
Wallis	55	9	46	13
Andere Kantone	26	10	16	-
Ausland	23	2	21	-

2.4 Bautechnische Schule (BTS)

Die BTS ist eine höhere Fachschule (HFS) auf nichtuniversitärer Tertiärstufe.

Die HFS spielen eine wichtige Rolle bei der Ausbildung von Spezialisten, die aus der Praxis kommen. Neben dem Angebot an Berufsprüfungen und höheren Fachprüfungen bieten die HFS die Möglichkeit, sich die nötigen Kompetenzen anzueignen, um technische und administrative Verantwortung zu übernehmen. Der Rahmenlehrplan Technik, der aus einem allgemeinen Teil und acht Fachrichtungsteilen besteht, wurde 2008 in die Vernehmlassung gegeben und ist jetzt anerkannt. Sieben weitere Fachrichtungen, darunter die Bauführung, die zur BTS gehört, wurden am 16. Dezember 2009 in die Vernehmlassung gegeben.

Das Angebot an Praktikumsplätzen in Unternehmen im Bausektor war deutlich grösser als die Zahl der Absolventinnen und Absolventen der BTS. So hatten die meisten Diplomandinnen und Diplomanden noch vor Prüfungsabschluss einen Vertrag in der Hand und alle haben eine Stelle gefunden.

Die Statistik der Studierenden der BTS befindet sich in den oben stehenden Tabellen unter 2.3.3 und 2.3.4.

—
2009**2.5 Stand der Stipendienfonds**

Fonds/Stiftung	Stand am in Fr.	
	31.12.2008	31.12.2009
Stiftung Habricht del Soto	37 877.20	38 634.75
Fonds James Daler	73 929.70	72 400.85
Fonds Frédéric Broillet, Kunstmaler	55 806.50	56 922.65
Fonds Ampelio Regazzoni, Bildhauer	20 536.10	20 946.80
Fonds Placide Perroset	8 671.50	8 844.95
Fonds J.-B. Zbinden	4 595.10	4 687.00
Stiftung Krankenkasse der Ingenieurschule	91 773.16	93 608.61

Schon lange werden diese Stiftungen fast nicht mehr genutzt, da sie bedürftigen Studierenden kaum noch eine effiziente Unterstützung bieten können. Auf Anstoss des Finanzinspektorats

des Kantons Freiburg beabsichtigt die HTA-FR deshalb, diese verschiedenen Fonds zu einem einzigen Fonds zusammenzuschliessen. Das Amt für die Aufsicht über die Stiftungen und die berufliche Vorsorge wurde zu Rate gezogen. Es kam zum Schluss, dass unter diesen Umständen einer Auflösung dieser Stiftungen, zugunsten einer einzigen Stiftung, nichts entgegensteht, insbesondere da die Stiftungen schon lange bestehen und die verfügbaren Mittel kaum genutzt werden. Dieses Vorhaben wird 2010 fortgesetzt werden.

3. Gesetzgebung

Aufgrund neuer Blockierungen bei der «HES-SO-Vereinbarung» mussten im August 2009 die Arbeiten zum Gesetz über die Fachhochschule Westschweiz//Freiburg auf Eis gelegt werden. Das LHES-SO//FR kann folglich nicht 2010, sondern frühestens 2011 in Kraft gesetzt werden.

XI. Personalbestand

BEHÖRDEN – DIREKTIONEN Finanzstellen	Rechnung 2009 VZÄ	Rechnung 2008 VZÄ	Differenz VZÄ
VOLKSWIRTSCHAFT	589.03	557.40	31.63
ZENTRALVERWALTUNG	74.18	70.86	3.32
3500 / ETES GENERALSEKRETARIAT	6.36	6.18	0.18
3505 / PECO Wirtschaftsförderung Kanton Freiburg	8.30	7.74	0.56
3510 / OPEM Amt für den Arbeitsmarkt	13.35	11.74	1.61
3525 / RCOM Handelsregisteramt	5.75	5.95	-0.20
3535 / LOGE Wohnungsamt	2.59	2.93	-0.34
3542.1 / SFPR Amt für Berufsbildung	23.98	23.38	0.60
3560 / STAT Amt für Statistik	8.01	7.94	0.07
3570 / TRCE Amt für Verkehr und Energie	5.84	5.00	0.84
UNTERRICHTSWESEN	514.85	486.54	28.31
3542.2 / EPAI Gewerbliche und industrielle Berufsschule	146.11	144.44	1.67
3542.3 / EPCO Kaufmännische Berufsschule	47.09	45.78	1.31
3542.4 / EPAC Gewerbliche und kaufmännische Berufsschule	38.78	37.39	1.39
3542.5 / EPSS Berufsschule Gesundheit - Soziales	26.56	26.06	0.50
3542.6 / EMEF Lehrwerkstätten Freiburg	62.66	53.67	8.99
3557 / ETEC Technische Schulen	5.73	5.89	-0.16
3558 / HESF Fachhochschule Freiburg für Technik und Wirtschaft	187.92	173.31	14.61



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Direction de la santé et des affaires sociales DSAS
Direktion für Gesundheit und Soziales GSD

WWW.FR.CH/DSAS

Direktion für Gesundheit und Soziales GSD

—
2009

I. DIREKTION UND GENERALSEKRETARIAT	1	VII. KANTONALES SOZIALAMT	38
1. Aufgaben	1	1. Aufgaben	38
2. Tätigkeiten.....	1	2. Hilfe an bedürftige Personen	38
3. Interkantonale Zusammenarbeit	3	3. Hilfe an die Opfer von Straftaten	43
4. Streitfälle.....	3	4. Hilfe an Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene, abgewiesene Asylsuchende, Personen mit einem rechtskräftigen Nichtein- tretensentscheid, Flüchtlinge.....	44
5. Gesetzgebung.....	4	5. Unterhaltsbeiträge	47
II. AMT FÜR GESUNDHEIT	5	VIII. JUGENDAMT	48
1. Aufgaben	5	1. Aufgaben	48
2. Tätigkeiten.....	5	2. Allgemeine Tätigkeiten.....	48
3. Gesundheitsberufe	6		
4. Spitäler	8	IX. PERSONALBESTAND	54
5. Ausserkantonale Spitalaufenthalte	9		
6. Spitalplanung	11		
7. Hilfe und Pflege zu Hause	11		
8. Gesundheitsförderung und Prävention.....	12		
9. Tätigkeit des Kantonsapothekers	13		
10. Krankenversicherung.....	14		
11. Schülerunfallversicherung	15		
III. KANTONSARZTAMT	17		
1. Aufgaben	17		
2. Hauptaufgaben und Leistungen	17		
3. Prävention und Gesundheitsförderung.....	17		
4. Überwachung und Planung des Gesundheitssystems	25		
5. Information und Koordination	27		
6. Austausch und Zusammenarbeit	28		
IV. SCHULZAHNPFLEGEDIENST	28		
1. Aufgaben	28		
2. Tätigkeiten.....	28		
V. DIENST FÜR FAMILIENPLANUNG UND SEXUALINFORMATION	30		
1. Aufgaben	30		
2. Tätigkeiten.....	30		
3. Statistik	31		
VI. SOZIALVORSORGEAMT	32		
1. Aufgaben	32		
2. Tätigkeiten.....	33		
3. Statistik	35		

—
2009

I. DIREKTION UND GENERALSEKRETARIAT

1. Aufgaben

Die Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD) gewährleistet der Freiburger Bevölkerung eine gute Versorgung im Gesundheits- und Sozialbereich. Ihre sieben Dienste und Ämter stellen eine Vielzahl an Leistungen im Gesundheits- und Sozialbereich sicher und subventionieren zahlreiche Institutionen, die in diesen Bereichen tätig sind. Ausserdem sind der GSD drei öffentlich-rechtliche Anstalten administrativ zugeteilt: das freiburger spital (HFR), das Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit (FNPG) und die Kantonale Sozialversicherungsanstalt (KSVA). Diese verfassen ihren eigenen Tätigkeitsbericht. Am 15. September 2009 hat der Staatsrat beschlossen, das Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen (GFB) von der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft (ILFD) an die GSD zu übertragen. Die neue administrative Zuweisung ist ab dem 1. Januar 2010 wirksam.

*Direktorin für Gesundheit und Soziales ist Staatsrätin
Anne-Claude Demierre,
Generalsekretär ist Antoine Geinoz.*

2. Tätigkeiten

2.1 Gesundheitsplanung

Die Umsetzung der Gesundheitsplanung, die der Staatsrat 2008 beschlossen hatte, wurde fortgesetzt. In Zusammenhang mit der Aufteilung der Spezialgebiete unter den Privatkliniken ist immer noch eine Beschwerde vor dem Bundesverwaltungsgericht (BV-Ge) hängig; diese hat jedoch keine Auswirkungen auf die Organisation des öffentlichen Spitalbereichs.

Die Kommission für Gesundheitsplanung hat sich im Verlaufe des Jahres zu drei Sitzungen getroffen. Dabei wurde regelmässig die Frage der Notfallerversorgung aufgeworfen, die im Übrigen Gegenstand eines Berichts sowie eines Gesetzesvorentwurfs ist, der bald in Vernehmlassung gegeben wird. Des Weiteren hat sich die Kommission mit dem kantonalen Plan für Gesundheitsförderung und Prävention und mit dem Projekt für eine Tagesklinik des Freiburger Netzwerks für psychische Gesundheit in Freiburg befasst.

Mit der Revision des Gesundheitsgesetzes, das am 8. Mai 2009 verabschiedet wurde, wird die Bedeutung der Kommission für Gesundheitsplanung noch gestärkt.

2.2 freiburger spital

Auch im dritten Jahr seines Bestehens konnte das HFR die Umsetzung der Gesundheitsplanung weiter fortführen. Durch die Anstellung von Fachpersonal und die Ausrüstung des HFR Billens, das Anfang 2009 nach zwei Jahren Umbauarbeiten wieder eröffnet wurde, kann nun die Eröffnung der kardiovaskulären Rehabilitation ins Auge gefasst werden. Diese kantonale Aufgabe ergänzt die allgemeine und die respiratorische Rehabilitation, die dem HFR Billens zugeteilt wurden. Im HFR Meyriez-Murten wurde zwar die Chirurgie geschlossen, im Gegenzug wurde jedoch eine ärztliche Permanence eröffnet; dieses neuartige Konzept soll – wie das Projekt der Notfallerversorgung – zur Bekämpfung des Mangels an Hausärzten beitragen. Im HFR Freiburg-Kantonsspital wurde die Sicherheit in der Notaufnahme während der Nacht erhöht. Was das HFR-Riaz anbelangt, so hat der Grosse Rat den Entwurf für die medizinische Bildgebung verabschiedet.

Im neuen akademischen Jahr konnten an der Universität Freiburg 20 Medizinstudierende neu ins dritte Studienjahr starten, eine Neuerung, die dank der aktiven Zusammenarbeit mit dem HFR zustande gekommen ist.

2.3 Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit

Im Verlaufe seines zweiten Betriebsjahres hat das FNPG weiterhin stark an seiner Umsetzung und Weiterentwicklung gearbeitet. An die Stelle der drei «Firmen» Kantonales Psychiatrisches Spital, Psychosozialer Dienst und Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst sind nun endgültig die drei Sektoren – Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie, Erwachsenenpsychiatrie und -psychotherapie und Alterspsychiatrie- und -psychotherapie – sowie die Behandlungsketten getreten. Die Präsenz von interdisziplinären Teams in den Regionen wurde ausgebaut: Zum psychosozialen Zentrum in Freiburg und den regionalen Sprechstunden in Bulle, Estavayer-le-Lac und Meyriez kamen zwei Zweigstellen in Romont und Tafers hinzu. Im Hinblick auf die Verlegung der Tagesklinik von Marsens nach Freiburg im Jahr 2010 sowie deren Ausbau hat der Staatsrat ein gut gelegenes, geeignetes Gebäude zur Miete gefunden. Für die Kinder und Jugendlichen hat das FNPG ein mobiles Team auf die Beine gestellt, das im Umfeld der Patientinnen und Patienten – zu Hause, im Heim, in der Schule, am Arbeitsplatz, in der Arztpraxis – agieren soll und aus einer Psychologin/einem Psychologen, einer Sozialarbeiterin/einem Sozialarbeiter, einer Pflegerin/einem Pfleger und einer Psychiatrin/einem Psychiater besteht. Im Allgemeinen arbeitet das FNPG mit vollstem Einsatz daran, die Leistungen im Bereich der psychischen Gesundheit so zu gestalten, dass diese den Bedürfnissen

—
2009

der Patientinnen und Patienten entsprechen und nicht mehr so stigmatisierend sind wie anno dazumal.

2.4 A(H1N1)-Pandemie

Die verschiedenen Dienste und Ämter der Sicherheits- und Justizdirektion (SJD) sowie der GSD, die für die Arbeiten zur Vorbereitung auf eine Pandemie zuständig sind, mussten diese 2009 in die Tat umsetzen. Im April 2009 ist in Mexiko erstmals der Influenza-Subtyp A(H1N1) aufgetreten und hat sich dann rasch in der ganzen Welt ausgebreitet. Als die WHO die Pandemie-Phase 6 ausrief, ernannte der Staatsrat eine Delegation, die sich um die Steuerung der notwendigen Präventionsmassnahmen kümmern sollte. Empfehlungen bzgl. Hygiene und Kontakt mit anderen Personen, Impfkampagne, Fallbestimmung – zahlreiche Kräfte mussten mobilisiert werden, und zwar je länger je mehr, denn einige Angaben, wie z. B. die Zulassung der Impfstoffe, waren anfänglich noch nicht bekannt. Schlussendlich war die Pandemie weniger virulent als befürchtet und breitete sich auch nicht so stark aus. Im Kanton Freiburg mussten einige Personen hospitalisiert werden, gestorben ist an der Grippe A(H1N1) aber glücklicherweise niemand.

2.5 Passivrauchen

Der Schutz vor dem Passivrauchen war eines der komplexesten Dossiers im 2009. Im Anschluss an die Volksabstimmung vom 30. November 2008 galt es, eine Verordnung zur Anwendung der Bestimmungen des Rauchverbots in den öffentlich zugänglichen Räumen auszuarbeiten. Diese Verordnung wurde am 3. Juni 2009 vom Staatsrat verabschiedet, das neue Gesetz trat am 1. Juli 2009 in Kraft. Für die öffentlichen Gaststätten gab es indes eine Ausnahmebestimmung. Für sie sollte das Rauchverbot erst ab dem 1. Januar 2010 gelten. Ausserdem erhielten sie die Möglichkeit, einen Raucherraum (Fumoir) einzurichten. Eigentlich hatte der Kanton Freiburg vor, sich in Bezug auf die Belüftungsnormen der Fumoirs den Richtlinien des Bundes anzuschliessen. Im Herbst hat dieser jedoch verkündet, auf den Erlass von Normen zu verzichten, weshalb sich der Kanton Freiburg gezwungen sah, in einer neuen Verordnung eigene Normen aufzustellen, die schliesslich am 1. Dezember 2009 verabschiedet worden sind. Cafés und Restaurants, die Ende 2009 bereits ein Fumoir eingerichtet hatten, haben bis Ende 2010 Zeit, dieses den Normen anzupassen. Das Thema Passivrauchen forderte der GSD sowohl auf juristischer Ebene als auch auf der Ebene der Kommunikation viel Einsatz ab. Es wurde u. a. eine Hotline aufgeschaltet.

2.6 Alterspolitik

Im September 2009 wurde das Projekt «Senior+» lanciert, nachdem die vorbereitenden Arbeiten abgeschlossen und vom Staatsrat gutgeheissen worden waren. Das Projekt behandelt die Themen Gesundheit, soziale Integration, Infrastruktur und Über-

gang ins Rentenalter. Daran beteiligt sind sowohl die politischen Verantwortlichen als auch die betroffenen Kreise. Ziel ist es, eine Gesamtpolitik zugunsten älterer Menschen auszuarbeiten, die in einem Gesetz verankert werden soll, dessen Inkrafttreten für 2013 vorgesehen ist. Das Projekt ist doppelt wichtig, denn es ist einerseits eine Vorbereitung auf den starken Anstieg des Anteils an Betagten in der Bevölkerung und erfüllt gleichzeitig einen Verfassungsauftrag, wonach ältere Menschen namentlich Anspruch auf Mitwirkung, Autonomie und Lebensqualität haben.

2.7 NFA-Umsetzung

Die Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) setzt ein kantonales IFEG-Konzept voraus (IFEG = Bundesgesetz vom 6. Oktober 2006 über die Institutionen zur Förderung der Eingliederung von invaliden Personen). Der Vorentwurf des Konzeptes wurde in der Vernehmlassung allgemein gut aufgenommen. 2010 soll das Konzept dem Bundesrat unterbreitet werden, zeitgleich mit den anderen Konzepten der lateinischen Kantone, mit denen Freiburg eng zusammenarbeitet. Die lateinischen Kantone haben ferner im Hinblick auf die Verabschiedung eines gemeinsamen Instrumentes zur Betreuungsbedarfsabklärung von Erwachsenen mit Behinderungen verschiedene Tests durchgeführt.

2.8 Familienpolitik

Die Projekte im Rahmen der Umsetzung der Verfassung im Bereich der Familienpolitik nehmen langsam Gestalt an. Der Entwurf des Gesetzes über die Mutterschaftsbeiträge wurde dem Staatsrat unterbreitet. Er sieht eine Ergänzung des eidgenössischen Mutterschaftsversicherungssystems mit Zulagen für nicht-erwerbstätige Mütter vor.

Die Kommission, die mit der Ausarbeitung eines Gesetzesvorentwurfs über die familienexternen Betreuungsstätten betraut ist, hat ihre Arbeiten weitergeführt und intensiviert. Dabei liess sie insbesondere die Deckung und den Bedarf im Bereich Betreuungsstrukturen sowie die durchschnittlichen Kosten der einzelnen Betreuungsleistungen eingehend von externen Fachpersonen untersuchen. Mit den Ergebnissen dieser Analysen konnte sie Ende Jahr die vorletzte Lesung des Entwurfs durchführen. In Bezug auf das Projekt «Ein Kind – eine Zulage» sowie die Ergänzungsleistungen für Familien mit geringem Einkommen konnten die nötigen Studien durchgeführt werden; die Vorentwürfe werden im Verlaufe des Jahres 2010 vorliegen.

2.9 Asylwesen

Die ORS Service AG hat 2009 zum zweiten Mal den Unterbringungs- und Betreuungsauftrag für asylsuchende Personen übernommen. Im Februar 2009 wurde in den Räumlichkeiten des Zivilschutzausbildungszentrums in Sugiez eine Asylunterkunft

—
2009

eröffnet, um dem Anstieg des Flüchtlingszustroms gerecht zu werden. Trotz der anfänglichen Gegenwehr war die Unterkunft schliesslich gut akzeptiert worden. Die Zusammenarbeit zwischen den Kantons- und den Gemeindebehörden, der Informationsabend, die Ausstrahlung des Filmes «La Forteresse» und der Tag der offenen Tür konnten die Ängste schliesslich etwas abbauen. Entscheidend war dabei auch die Kontaktgruppe, die ein paar Bewohnerinnen und Bewohner aus der Region ins Leben gerufen haben. Sugiez stellte jedoch nur eine provisorische Lösung für die Dauer eines Jahres dar, weshalb die GSD weiterhin nach einem Ort für eine Asylunterkunft sucht. Ende 2009 belief sich die Gesamtzahl Asylsuchender und vorläufig Aufgenommener im Kanton auf 1295 Personen, was im Vergleich zu 2008 ziemlich stabil ist.

3. Interkantonale Zusammenarbeit

3.1 Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und direktoren (GDK)

Die Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK) hat sich auf Bundesebene bei mehreren laufenden Reformen eingeschaltet. Sie übte einerseits Kritik am voreiligen Verfahren der dringlichen Revision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG), das der Bundesrat in Frühling vorgeschlagen hatte, und arbeitete gleichzeitig an der Suche nach Lösungen zur langfristigen Kosteneindämmung im Gesundheitswesen mit. Dabei hat sie namentlich beantragt, dass ihre Vorschläge zur integrierten Versorgung rasch umgesetzt werden und der Jagd der Versicherer nach «guten Risiken» anhand von wirksamen Massnahmen ein Ende gesetzt wird. Ausserdem hat sich die GDK dafür eingesetzt, dass die neue Finanzierung der Langzeitpflege nicht vor dem 1. Januar 2011 in Kraft tritt, um so die Kantone vor grossen juristischen und finanziellen Schwierigkeiten zu bewahren. Der Bundesrat hat sich ihr angeschlossen. Die GDK war ferner weiterhin an der Suche nach einem neuen System beteiligt, mit dem eine Sistierung der Leistungen der Krankenversicherung bei Nichtzahlung verhindert werden könnte.

Im Ausbildungsbereich will die GDK die Aktivität ankurbeln, um den Personalbedürfnissen besser entsprechen zu können. Eine von der GDK in Auftrag gegebene Studie hat nämlich ergeben, dass gegenwärtig nur zwei Drittel des benötigten Spitalpersonals in der Schweiz ausgebildet werden, ein Drittel stammt aus dem Ausland. Der neue Beruf der Fachangestellten Gesundheit (FaGe) soll einem Teil der festgestellten Bedürfnisse entsprechen.

3.2 Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK)

2009 stand die Familienpolitik im Zentrum der Anliegen der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren

(SODK). Bei ihrer Jahresversammlung haben die Mitglieder die strukturellen Probleme der Familien analysiert, die bei einer Vielzahl zu Armut führen, die jedoch nicht über die Sozialhilfe geregelt werden sollten, da diese rückzahlbar ist. Fachpersonen raten vielmehr dazu, im Bereich der Familienzulagen, der Steuerabzüge und der Einführung von Ergänzungsleistungen für Familien mit schwachem Einkommen tätig zu werden. Solche Leistungen werden bereits in 12 Kantonen angeboten, im Kanton Freiburg ist gerade ein entsprechendes Projekt in Ausarbeitung. Auf Bundesebene hingegen wird die Umsetzung zweier parlamentarischer Initiativen schon seit mehreren Jahren hinausgeschoben. Die Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren haben sich des Weiteren mit der familienexternen Betreuung von Kindern befasst, die vor allem in der Vorschulphase wichtig ist, um sozialen Ungleichheiten vorzubeugen.

Schliesslich hat die SODK mit Erfolg gegen das für 2010 vorgesehene Inkrafttreten der Neuordnung der Pflegefinanzierung gekämpft.

3.3 Conférence latine des affaires sanitaires et sociales (CLASS)

Die «Conférence latine des affaires sanitaires et sociales» (CLASS) vereint alle Staatsrätinnen und Staatsräte der Kantone der Westschweiz sowie der Kantone Bern und Tessin, die im Bereich des Gesundheits- und Sozialwesens tätig sind. Den Vorsitz führt seit Anfang 2009 die Direktorin für Gesundheit und Soziales des Kantons Freiburg, Staatsrätin Anne-Claude Demierre. Die CLASS unterhält eine regelmässige Zusammenarbeit mit den Fachgruppen der kantonalen Dienstchefinnen und Dienstchefs, wie der GDK und der SODK, aber auch mit dem Bund. 2009 hat sie zahlreiche Dossiers bearbeitet, namentlich die KVG-Revision, die Finanzierung der Langzeitpflege, das Projekt «Gesundes Körpergewicht» oder das Programm zur Bekämpfung von Spielsucht. Die CLASS hat sich insbesondere um die Situation der ärztlichen Grundversorgerinnen und Grundversorger gekümmert und sich diesbezüglich in einer Medienmitteilung am Vortag des Streiks vom 1. April 2009 geäussert. Dabei hat sie daran erinnert, dass die Hausärztinnen und Hausärzte die Grundpfeiler eines Gesundheitssystems sind, in dem alle Menschen einen Zugang zur Pflege haben, und ihre Zweifel an der Senkung der Labortarife geäussert, welche das Bundesamt für Gesundheit (BAG) beabsichtigte. Schliesslich hat die CLASS noch beschlossen, die Bedingungen für die Praxisassistenten zu harmonisieren, um so den Hausarztberuf zu fördern.

4. Streitfälle

Auf der Grundlage von Art. 116 Abs. 1 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege (VRG) behandelt die GSD die Beschwerden gegen Entscheide ihrer Dienststellen und Ämter, sofern das Gesetz keine Beschwerde beim Kantonsgericht vorsieht. Beschwerden 2009:

—
2009

Eingereichte Beschwerden	12
Bearbeitete Beschwerden	14
wovon	
gutgeheissen	1
teilweise gutgeheissen	1
abgelehnt	8
unzulässig	1
gegenstandslos	2
Eingestellte Verfahren	1
Hängige Verfahren am 31. Dezember 2009	1

Von den zwölf Beschwerden waren elf auf Französisch und eine auf Deutsch eingereicht worden. Sie betrafen: Kantonales Sozialamt, ORS, Amt für Gesundheit, Kantonspolizei (Ausstand des Sicherheits- und Justizdirektors). Zwei Einspracheentscheide von 2009 wurden vor das Kantonsgericht gebracht. Einer davon wurde im Register gestrichen, der andere ist noch immer hängig. Ferner hat das Kantonsgericht 2009 eine Beschwerde gegen einen Einspracheentscheid der GSD aus dem Jahr 2008 für unzulässig erklärt.

5. Gesetzgebung

Folgende Gesetze, Dekrete und Verordnungen wurden 2009 im Zuständigkeitsbereich der GSD erlassen (in chronologischer Reihenfolge je Erlassstufe):

Gesetz vom 8. Mai 2009 zur Änderung des Gesundheitsgesetzes (Teilrevision)

Dekret vom 11. September über einen Verpflichtungskredit für den Bau und die Ausrüstung eines Gebäudes für medizinische Bildung im HFR Riaz

Dekret vom 13. November 2009 über einen Beitrag an die zusätzlichen Umbau- und Renovationsarbeiten am Dach des Gebäudes des freiburger Spitals, Standort Billens

Verordnung vom 13. Januar 2009 zur Änderung des Reglements über die Pflegeleistungserbringer und die Aufsichtskommission

Verordnung vom 13. Januar 2009 zur Änderung der Verordnung über die Liste der Pflegeheime des Kantons Freiburg

Verordnung vom 13. Januar 2009 über die Informations- und Beratungsstellen für pränatale Untersuchungen

Verordnung vom 13. Januar 2009 zur Änderung der Ausführungsverordnung zum Gesetz über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung

Verordnung vom 27. Januar 2009 zur Genehmigung der Tarifvereinbarungen zwischen santésuisse und den öffentlichen Spitalern des Kantons Freiburg sowie der Anhänge zu diesen Vereinbarungen (Spitalpauschalen 2008)

Verordnung vom 3. März 2009 zur Aufhebung des Beschlusses über die Verrechnung der Hospitalisierung von hilflosen Personen im Kantonalen Psychiatrischen Spital

Verordnung vom 10. März 2009 zur Änderung der Verordnung über den Preis des Staates Freiburg für Sozial- und Jugendarbeit

Verordnung vom 10. März 2009 zur Änderung der Verordnung über den Beitragsansatz der Kantonalen Ausgleichskasse für Familienzulagen für das Jahr 2009

Verordnung vom 17. März 2009 über den kantonalen Fonds für die Prävention und Bekämpfung der Spielsucht

Jugendreglement vom 17. März 2009

Verordnung vom 31. März 2009 zur Genehmigung des Anhangs I zur Vereinbarung zwischen santésuisse Freiburg und dem Daler Spital über die Spitalbehandlung in der allgemeinen Abteilung (Spitalpauschalen 2009 der allgemeinen Abteilung)

Verordnung vom 21. April 2009 zur Genehmigung des Reglements über die allgemeinen Anstellungsbedingungen der Kaderärztinnen und Kaderärzte des freiburger Spitals und zur Aufhebung des Reglements über die Anstellung der Chefärzte und stellvertretenden Chefärzte des Kantonsspitals

Verordnung vom 28. April 2009 über den provisorischen Taxpunktwert TARMED für die frei praktizierenden Ärztinnen und Ärzte im Rahmen des Verfahrens zur Festsetzung des Taxpunktwertes TARMED 2009

Verordnung vom 28. April 2009 zur Genehmigung des Tarifanhangs 2009 der interkantonalen Vereinbarung zwischen den Kantonen Freiburg, Genf, Jura, Neuenburg, Tessin, Wallis und Waadt über ausserkantonale Spitalaufenthalte

Verordnung vom 12. Mai 2009 zur Genehmigung der Vereinbarung über das Management der Ambulances Sud Fribourgeois

Verordnung vom 19. Mai 2009 zur Änderung der Verordnung

—
2009

zur Bezeichnung der Verwaltungseinheiten der Direktionen des Staatsrates und der Staatskanzlei

Verordnung vom 19. Mai 2009 zur Genehmigung der Anhänge der Tarifvereinbarungen zwischen santésuisse und den öffentlichen Spitälern des Kantons Freiburg (Spitalpauschalen 2009)

Verordnung vom 19. Mai 2009 zur Genehmigung des Taxpunkt-werts TARMED 2009 für die Freiburger öffentlichen Spitäl für somatische Pflege und das Freiburger Netz für die Pflege im Bereich psychische Gesundheit

Verordnung vom 3. Juni 2009 über den Schutz vor dem Passiv-rauchen

Verordnung vom 30. Juni 2009 zur Änderung der Verordnung über die Impfung gegen den Gebärmutterhalskrebs (Humanes Papillomavirus)

Verordnung vom 7. Juli 2009 über den Taxpunkt-wert des Tarifs der Leistungen des Schulzahn-pflegedienstes

Verordnung vom 25. August 2009 zur Genehmigung der Verein-barung zwischen der Freiburger Diabetes-Gesellschaft und santésuisse über den Taxpunkt-wert der Leistungen in der Ernährungs- und Diabetikerberatung

Verordnung vom 15. September 2009 über die Zuweisung des Bereiches der Gleichstellung von Frau und Mann und der Famili-enfragen an die Direktion für Gesundheit und Soziales

Verordnung vom 1. Oktober 2009 zur Änderung der Verordnung über das Verfahren für die finanzielle Beteiligung des Kantons Freiburg an den Behandlungskosten bei einem ausserkantonalen Spitalaufenthalt

Verordnung vom 13. Oktober 2009 zur Genehmigung der Ver-einbarungen zwischen der Freiburger Krebsliga und santésuisse betreffend die Übernahme des Brustkrebs-Screenings

Verordnung vom 17. November 2009 zur Änderung der Verord-nung über die Versicherten mit Anspruch auf Verbilligung der Krankenkassenprämien

Verordnung vom 1. Dezember 2009 zur Änderung der Verord-nung über den Schutz vor dem Passivrauchen

Verordnung vom 14. Dezember 2009 über den Beitragsansatz der Kantonalen Ausgleichskasse für Familienzulagen für das Jahr 2010

Verordnung vom 22. Dezember 2009 zur Änderung der Ausfüh-rungsverordnung zum Gesetz über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung

II. AMT FÜR GESUNDHEIT

1. Aufgaben

—
Der Auftrag des Amtes für Gesundheit (GesA) besteht in der Aus-führung der Planungs-, Verwaltungs- und Kontrollaufgaben im Gesundheitsbereich. Ziel ist es, Gesundheitsförderung, Gesund-heitsschutz, Wahrung und Wiederherstellung der Gesundheit Einzelner sowie der Bevölkerung allgemein zu gewährleisten, und zwar zu Kosten, die sowohl für den Einzelnen als auch für die Gemeinschaft tragbar sind.

Geleitet wird das GesA vom Vorsteher Patrice Zurich.

2. Tätigkeiten

—
Das GesA befasst sich hauptsächlich mit der Planung und dem Management des Gesundheitsbereichs, um für die Bevölkerung den Zugang zu den Pflegeleistungen und eine gute Gesundheits-versorgung sicherzustellen. Ausserdem kümmert es sich um die Umsetzung der Gesundheitsförderungs- und Präventionspolitik. In diesem Rahmen betreffen die Tätigkeiten des GesA im We-sentlichen die Planung, die Subventionierung bzw. Finanzierung, die Kontrolle und die Gesundheitspolizei.

Haupttätigkeiten des GesA:

- › Betreuung des Dossiers Spitalplanung;
- › Erstellung der kantonalen Statistiken im Gesundheitsbereich;
- › Subventionierung bzw. Finanzierung der öffentlichen Spi-täler, der Dienste für Hilfe und Pflege zu Hause sowie der Institutionen und Projekte für Gesundheitsförderung und Prävention;
- › Verwaltung der Finanzierung ausserkantonaler Spitalaufent-halte;
- › Verwaltung der Berufsausübungsbewilligungen für Gesund-heitsfachleute, einschliesslich Stellungnahmen zu Gesuchen um Aufenthaltsbewilligungen für ausländische Gesundheits-fachleute;
- › Verwaltung der Bewilligungen zur Berufsausübung zu Lasten der obligatorischen Krankenversicherung;
- › Verwaltung der Bewilligungen zum Betrieb von Institutionen des Gesundheitswesens;
- › Verwaltung der Freistellungen vom Beitritt zur obligatorischen Krankenversicherung;

—
2009

- › Kontrolle der Heilmittel und ihres Inverkehrbringens, Aufsicht über die Apotheken und Drogerien des Kantons, Betäubungsmittelkontrolle;
- › Verwaltung des Spezialfonds für verunfallte Kinder (frühere Schülerunfallversicherung; s. unter Punkt 11).

Über diese regelmässigen Tätigkeiten hinaus befassten sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des GesA 2009 auch mit der weiteren Umsetzung und Finanzierung des Freiburger Spitalnetzes gemäss dem Gesetz vom 27. Juni 2006 über das Freiburger Spitalnetz (s. auch unter Punkt 4).

Das gleiche gilt für das Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit, das mit dem Gesetz vom 5. Oktober 2006 über die Organisation der Pflege im Bereich psychische Gesundheit geschaffen wurde und das am 1. Januar 2008 in Kraft getreten ist.

Zwecks Untersuchung der präklinischen Notfallversorgung und zur Formulierung von Vorschlägen für effiziente, realistische und zukunftsfähige Führung, Organisation und Finanzierung in Berücksichtigung des Bedarfs der ganzen Kantonsbevölkerung, setzte der Staatsrat eine Steuerungsgruppe ein. In dieser sind die verschiedenen vom Problem betroffenen Pflegeleistungserbringer sowie die betroffenen Vertreterinnen und Vertreter der Gemeinden und des Staates vertreten. Das GesA beteiligte sich intensiv an den im Rahmen dieses Projektes anfallenden Arbeiten, die im zweiten Halbjahr 2008 einsetzten und im ersten Halbjahr 2010 mit der Unterbreitung eines Berichts zuhanden des Staatsrats abgeschlossen werden dürften.

Weiter erarbeitete das GesA einen Entwurf zur Teilrevision des Gesundheitsgesetzes vom 16. November 1999, der sich vom 29. April bis zum 25. Juli 2008 in der Vernehmlassung befand. Der Grosse Rat hat diesen am 8. Mai 2009 verabschiedet. Das Gesetz und die Ausführungsbestimmungen, die 2009 in Vernehmlassung gegeben wurden, sollten am 1. April 2010 in Kraft treten.

Das GesA war ferner aktiv an der Ausarbeitung der Vollzugsbestimmungen der kantonalen Gesetzgebung im Bereich Schutz vor dem Passivrauchen beteiligt. Diese Bestimmungen sind am 1. Juli 2009, bzw. am 1. Januar 2010 für die öffentlichen Gaststätten, in Kraft getreten, nachdem sie vom Staatsrat verabschiedet worden waren.

Das GesA ist dabei, die finanziellen und gesetzlichen Auswirkungen der Neuordnung der Pflegefinanzierung zu analysieren; diese Neuordnung ist auf eine Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) zurückzuführen, die am 1. Januar 2011 in Kraft treten soll. Zur Durchführung dieser Analyse hat das GesA im September 2009 für die Dauer eines Jahres eine Verwaltungssachbearbeiterin eingestellt.

Das GesA befasste sich weiterhin mit der Prüfung der Betriebsbewilligungsgesuche für Institutionen des Gesundheitswesens.

Darüber hinaus leitete das GesA Friedhofreglemente von 19 Gemeinden sowie drei Gemeindereglemente über die Beteiligung der Gemeinde an den Kosten schulzahnärztlicher Behandlungen zur Genehmigung an die GSD weiter.

Das GesA bearbeitete nach wie vor Fragen in Bezug auf die Anwendung des Freizügigkeitsabkommens (FZA) mit der Europäischen Union (EU) und der Vereinbarung über die europäische Freihandelsassoziation (EFTA) auf dem Gebiet der Krankenversicherung. Am 1. Juni 2009 wurde das FZA, das insbesondere die Koordination der sozialen Sicherheit regelt, auf Rumänien und Bulgarien ausgedehnt

Das GesA informiert die Öffentlichkeit über seine Website (<http://admin.fr.ch/gesa>), die 2009 von 42 506 Personen besucht wurde.

3. Gesundheitsberufe

—

3.1 Berufsausübungsbewilligungen

Entsprechend den Bestimmungen der Gesundheitsgesetzgebung erteilte die GSD die nachfolgenden Bewilligungen zur Ausübung eines Gesundheitsberufes:

- › Ergotherapeut/in: 9
- › Dentalhygieniker/in: 1
- › Ernährungsberater/in: 1
- › Pflegefachfrau/Pflegefachmann: 30
- › Logopädin/Logopäde: 2
- › Medizinische Masseurin/Medizinischer Masseur: 1
- › Ärztin/Arzt: 35
- › Oberärztin/Oberarzt: 30
- › Stv. Oberärztin/Oberarzt: 4
- › Assistenzärztin/Assistenzarzt: 95
- › Unselbstständige Ärztin/unselbstständiger Arzt: 20
- › Zahnärztin/Zahnarzt: 17
- › Unselbstständige Zahnärztin/unselbstständiger Zahnarzt: 4

—
2009

- > Assistenz Zahnärztin/Assistenz Zahnarzt: 6
- > Tierärztin/Tierarzt: 8
- > Augenoptiker/in: 3
- > dipl. Augenoptiker/in: 3
- > Osteopath/in: 7
- > Apotheker/in: 15
- > Unselbstständige Apothekerin/Unselbstständiger Apotheker: 1
- > Apotheker-Assistent/in: 3
- > Physiotherapeut/in: 8
- > Podologin/Podologe: 2
- > Psychologin-Psychotherapeutin/Psychologe-Psychotherapeut: 10
- > Hebamme: 4

Das GesA fällt ausserdem zwei Entscheide über den Entzug der Berufsausübungsbewilligung, die einen Arzt und einen Zahnarzt betrafen.

Im Rahmen des Bundesgesetzes vom 23. Juni 2006 über die universitären Medizinalberufe (Medizinalberufegesetz, MedBG) hat das Bundesamt für Gesundheit (BAG) auf der Grundlage der Artikel 51 bis 54 MedBG ein öffentlich zugängliches Register der universitären Medizinalberufe angefertigt. Das BAG sammelt diese Daten und stellt sie den zuständigen kantonalen Behörden zur Verfügung, wenn diese danach fragen. Die Daten in diesem Register sind standardisiert und vertrauenswürdig und werden u. a. von den Berufsverbänden und den kantonalen Gesundheitsbehörden geliefert. Sie betreffen alle Personen, die einen Medizinalberuf ausüben (Ärztin/Arzt, Zahnärztin/Zahnarzt, Tierärztin/Tierarzt, Chiropraktiker/in und Apotheker/in) sowie ihre beruflichen Qualifikationen, aber auch Angaben über die Berufsausübungsbewilligungen, die ihnen von den Kantonsbehörden ausgestellt worden sind. Um die vom BAG vorgegebene Frist einhalten und der Öffentlichkeit den Zugriff zum Register per 1. Januar 2010 ermöglichen zu können, hat das GesA mit der Unterstützung des ITA ein System entwickelt, mit dem das GesA nach einer eingehenden Prüfung aller Berufsausübungsbewilligungen für die betroffenen Berufe die eigenen Daten in die Datenbank des BAG einspeisen kann.

Ferner hat das GesA zu 139 Gesuchen um Arbeitsbewilligung für ausländisches Personal, das in einem Gesundheitsberuf tätig ist, Stellung genommen.

3.2 Aufsicht über die Gesundheitsberufe

Im Laufe ihres neunten Tätigkeitsjahres hatte sich die Kommission für die Aufsicht über die Berufe des Gesundheitswesens und die Wahrung der Patientenrechte (die Kommission) mit 22 Klagen, Anzeigen oder anderen Anträgen zu befassen.

2009 erledigte die Kommission insgesamt 24 Fälle:

- > 3 durch Mediation
- > 10 durch Stellungnahme zuhanden der GSD
- > 3 durch Entscheid zur Aufhebung von Zwangsmassnahmen
- > 7 durch Rückzug der Klage
- > 1 durch einen anderen Entscheid (Einstellung des Verfahrens)

Die Kommission trat zu 11 ordentlichen Sitzungen zusammen.

Eine Arbeitsgruppe, die den Auftrag erhalten hatte, Überlegungen zur Mediation innerhalb der Aufsichtskommission anzustellen, hat Dokumente zur Mediation verabschiedet und soll nun ein Mediationsreglement erstellen.

Die Kommission hat sich ausserdem zum Entwurf der Richtlinien über ein Beschwerdemanagement für das Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit (FNPG) sowie zum Entwurf der Verordnung über die Pflegeleistungserbringer, die das Reglement vom 21. November 2000 über die Pflegeleistungserbringer und die Aufsichtskommission ersetzen soll, geäußert.

Des Weiteren fand ein Gedankenaustausch mit dem Sozialvorsteheramt über eine allfällige Zuteilung des Beschwerdemanagements im Rahmen der Umsetzung des neuen Bundesgesetzes über die Institutionen zur Förderung der Eingliederung von invaliden Personen (IFEG) an die Kommission und deren Mediatoren statt.

Das Sekretariat der Kommission wird vom GesA geführt. Für das juristische Sekretariat verfügt die Kommission über die Unterstützung eines französischsprachigen und eines deutschsprachigen Juristen.

3.3 Ausbildung

Ende 2003 ging der ganze Sektor Ausbildung im Gesundheitsbereich an die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport über. Dennoch hat das GesA noch immer Stellung zu nehmen, wenn es um Ausbildungskonzepte und die Anerkennung von Diplomen geht.

—
2009

4. Spitäler

4.1 Allgemeine Tätigkeiten

Während des Jahres 2009 arbeitete das GesA eng mit dem Freiburger Spital (HFR) zusammen, damit die Einsetzung dieser neuen Struktur voranschreiten konnte. In diesem Sinne hat das GesA zur Ausarbeitung eines vom Staatsrat am 21. April 2009 verabschiedeten Leistungsmandates beigetragen. Es beteiligte sich ausserdem an den Diskussionen im Rahmen der Arbeiten für die Übernahme der Spitalgüter durch das FR und an der Ausarbeitung von Vereinbarungen über die gemeinsame Nutzung der Güter durch das FR und weitere Institutionen. Für die Koordinierung der verschiedenen Etappen hin zu einem Globalbudget 2010 für das FR waren enge Kontakte zwischen dem FR, dem GesA und der Finanzverwaltung erforderlich.

Die Diskussionen mit dem Kanton Waadt zwecks Festlegung einer neuen Rechtsstellung für das Interkantonale Spital der Broye (HIB) und der Harmonisierung der Finanzierungsverfahren wurden fortgesetzt. Das GesA untersuchte auch die Investitionsanträge 2009 des HIB. Dazu nahm es an den Sitzungen der Kommissionen teil, die im Kanton Waadt eingesetzt worden sind, um die Anträge der Spitäler zu prüfen.

Im Übrigen beantwortete das GesA verschiedene Fragen im Zusammenhang mit dem Spitalbereich und wirkte in verschiedenen interkantonalen und eidgenössischen Kommissionen mit.

4.2 Globalbudget

Die Änderung des KVG vom 21. Dezember 2007 über die Spitalfinanzierung, deren Inkrafttreten für den 1. Januar 2012 geplant ist, sieht Anpassungen vor, deren Konsequenzen und Auswirkungen noch nicht ganz klar sind und deshalb einer Auslegung bedürfen. Im Verlaufe des Jahres 2009 hat sich das GesA auf diese Änderung konzentriert und den Staatsrat über den Stand der Dinge, die vorhersehbaren Konsequenzen und die durchzuführenden Arbeiten informiert.

Mit der Änderung des KVG wird sich die Spitalfinanzierung grundlegend verändern. Neu wird die Vergütung der Spitalbehandlung, einschliesslich des Aufenthalts in einem Spital oder einem Geburtshaus, auf Pauschalen basieren müssen, die zwischen den Tarifpartnern ausgehandelt werden und leistungsgebunden sind; für die Berechnung dieser Pauschalen muss schweizweit eine einheitliche Methode angewandt werden und der Tarif je nach Art und Intensität der Leistung angepasst werden. Die Pauschalen für stationäre Leistungen der Akutpflege bspw. werden diagnosebezogen sein (DRG: *Diagnosis Related Group*). Investitionen, die gegenwärtig von der öffentlichen Hand getätigt werden, sollen künftig von der öffentlichen Hand und den Versicherern gemeinsam finanziert werden. Im Allgemeinen beabsichtigt die

neue Spitalfinanzierung eine bessere Eindämmung der Kostenentwicklung dank Leistungsfinanzierung. Diese Finanzierung soll im Übrigen die Einrichtungen dazu veranlassen, die Patientenbetreuung noch besser zu organisieren.

2009 belief sich das Globalbudget, das der Staatsrat dem HFR zugeteilt hat, auf 162 299 470 Franken, einschliesslich Investitionsabschreibungen, jedoch ohne Einnahmen für Investitionen und Investitionsausgaben. Schlussendlich schloss das HFR seine Rechnung mit 165 806 406 Franken, was einem Malus von 3 506 936 Franken entspricht. Nach Zuweisung eines Betrags von 996 273 Franken an den Ausgleichsfonds als Bonus 2008 beläuft sich der Betriebskostenüberschuss nun auf 166 802 679 Franken. Die Finanzierung des Malus 2009 im Vergleich zu dem vom Staatsrat festgelegten Gesamtbudget soll im Verlaufe 2010 geprüft werden; auch soll diesbezüglich ein Entscheid gefällt werden. Der Staatsrat hat dem HFR ausserdem einen mehrjährigen Leistungsauftrag zugeteilt. Ziel dieses Leistungsauftrages ist es, die Leistungen und die strategischen Lösungen für den Zeitraum von 2009 bis 2011 festzulegen. Die spezifischen Ziele sowie das für 2009 zugeteilte Gesamtbudget waren Gegenstand eines einjährigen Leistungsauftrages.

Im Voranschlag 2009 des GesA war eine Summe von 1 742 000 Franken für die Subventionierung der Arbeiten für Renovation, Vergrösserung und Umbau des HFR Billens und die Arbeiten für den Umbau des HFR Meyriez-Murten im Hinblick auf dessen neuen Auftrag vorgesehen. Dank einer Kreditübertragung aus den Vorjahren konnte für die Arbeiten am Standort Billens ein Betrag von 1 222 017.15 Franken entrichtet werden. Die endgültige Abrechnung wird im Verlaufe des Jahres 2010 erwartet. Eine Planungskommission für den Umbau am HFR Meyriez-Murten ist mehrmals zusammengekommen, um ein bedarfsgerechtes Verwendungsprogramm für die Räumlichkeiten auszuarbeiten. Zu diesem Zweck wurden auch die Nutzerinnen und Nutzer hinzugezogen. Das GesA hat zuhanden der GSD eine Stellungnahme zu diesem Programm ausgearbeitet.

2009 haben sich die Gesundheitsdienste des Kantons Freiburg im Hinblick auf die Harmonisierung der Finanzierung des HIB mehrmals mit den Gesundheitsdiensten des Kantons Waadt getroffen, um für die Spitäler eine Leistungsfinanzierung einzuführen, wie diese im Kanton Waadt bereits für die Finanzierung der Waadtländer Spitäler angewandt wird. Für 2009 sprach der Staatsrat dem HIB ein Globalbudget von 11 325 086 Franken zu.

Dem FNPG sprach der Staatsrat ein Gesamtbudget von 29 586 780 Franken zu. Schliesslich schloss das FNPG seine Rechnung mit 28 637 929 Franken, was einem Bonus von 948 851 Franken entspricht. Nach der Zuweisung eines Betrags von 585 849 Franken an den Ausgleichsfonds als Bonus 2008 beträgt der Betriebskostenüberschuss 29 223 778 Franken.

—
2009

4.3 Statistik

Das GesA ist mit der Erstellung der kantonalen Statistik über die Spitäler beauftragt.

Es beteiligte sich auch an der Erhebung der Bundesstatistik der Spitäler, deren Ergebnisse vom Bundesamt für Statistik (BFS) veröffentlicht werden. Die gesammelten Daten betreffen administrative Informationen zu den Spitälern für das Jahr 2008. Die Daten für die medizinische Bundesstatistik werden vom Kantonsarztamt erhoben.

Allgemeine Betriebsstatistik 2009
der Spitäler des Kantons für somatische und psychiatrische Krankenpflege

SPITÄLER	Betten im Jahres-durchschnitt	Anzahl Austritte (von jedem Standort)	Anzahl Krankentage (von jedem Standort)	Mittlerer Belegungs-grad (von je-dem Standort)	Mittlere Aufenthalts-dauer (von je-dem Standort)	Durch-schnittliche Anzahl Patienten
HFR freiburger spital						
HFR Freiburg - Kantonsspital	345	11 240	107 122	85%	9.5	293
HFR Tafers	67	2 733	20 565	84%	7.5	56
HFR Riaz	94	4 789	27 616	80%	5.8	76
HFR Billens (1)	28	429	9 010	88%	21.0	25
HFR Châtel-St-Denis	45	504	14 659	89%	29.1	40
HFR Meyriez-Murten	40	1 301	14 000	96%	10.8	38
Interkantonales Spital der Broye						
Standort Estavayer-le-Lac (2)	46	740	16 587	99%	22.4	45
Standort Payerne (2)	105	4 062	31 644	83%	7.8	87
FNPG Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit						
Stationäres Behandlungszentrum Marsens	190	1 870	66 556	96%	35.6	182
Privatkliniken Freiburg						
	104	8 042	36 739	97%	4.6	101
Total für somatische und psychiatrische Krankenpflege						
	1 064	35 710	344 498	89%	9.6	944

(1) Geriatrie Medizin in Riaz (bis Ende 2008) und Behandlung und Rehabilitation in Châtel-St-Denis (bis 19.01.2009)

(2) Die Angaben beziehen sich auf das Interkantonale Spital der Broye als Ganzes (inkl. Waadtländer Patienten)

5. Ausserkantonale Spitalaufenthalte

Nach Artikel 41 Abs. 2 und 3 KVG und den kantonalen Ausführungsbestimmungen beteiligt sich der Kanton an den Kosten ausserkantonaler Spitalaufenthalte, vorausgesetzt, die Patientin oder der Patient ist im Kanton Freiburg wohnhaft und der ausserkantonale Spitalaufenthalt kann medizinisch begründet werden. Ein solcher Grund liegt nur dann vor, wenn ein Notfall ausserhalb des Wohnkantons eingetreten ist oder bei Fällen, in denen die nötige Behandlung – entsprechend der vom Kantonsarztamt erstellten Negativliste der Leistungen – nicht in einem Freiburger Spital erteilt werden kann. Das GesA verwaltet die finanzielle Beteiligung und die Zahlungen der Rechnungen für Spitalaufenthalte, deren medizinische Begründung formell anerkannt worden ist und für die das Kantonsarztamt im Namen der GSD eine Kostengutspra-

che erteilt hat. Das Amt handelt auch die Tarifvereinbarungen mit den Westschweizer Kantonen, dem Kanton Tessin und dem Insspital Bern aus.

Im Übrigen erstellt und aktualisiert das GesA das vom Staatsrat festgesetzte Verzeichnis der ausserhalb des Kantons Freiburg befindlichen Spitäler, die zur Deckung des Bedarfs der Freiburger Bevölkerung nötig sind, soweit das interne Spitalangebot diesem nicht entspricht.

Es ist ferner zu betonen, dass die Verordnung vom 13. Dezember 2004 über das Verfahren für die finanzielle Beteiligung des Kantons Freiburg an den Behandlungskosten bei einem ausserkantonalen Spitalaufenthalt einer Änderung unterzogen wurde. Im Anhang dieser Verordnung legt eine Liste («Negativliste der

2009

Leistungen») diejenigen Leistungen fest, die im Kanton nicht erbracht werden können. Diese Liste wird regelmässig Änderungen unterzogen, weil sich die medizinische Praxis im Kanton weiterentwickelt und verschiedene Leistungen aus dem stationären Bereich in den ambulanten Bereich übertragen werden. Für eine flexiblere Gestaltung des Systems wurde das Kantonsarztamt mit der Veröffentlichung der Liste betraut; dieses ist bereits zuständig für ihre Erstellung und Anpassung. Ferner wurde im Vorfeld der Beschwerde die Möglichkeit der Einsprache eingeführt, von der man sich ein effizienteres Verfahren bei gleichzeitiger Gewährleistung des rechtlichen Gehörs erhofft. Die von der GSD verabschiedete Änderung ist am 1. September 2009 in Kraft getreten.

Was die Aufenthalte 2009 angeht, so wurden an die 4400 Gesuche um finanzielle Beteiligung geprüft. Rund 54,7% dieser Gesuche wurden angenommen, der Rest hingegen wurde abgelehnt, da die Voraussetzungen nach KVG nicht erfüllt waren. Die Entscheide des Kantonsarztes werden den Zielspitälern, den behandelnden Ärztinnen und Ärzten, den Krankenversicherern und im Ablehnungsfall auch den Patientinnen und Patienten mitgeteilt. 2009 wurden beim Kantonsgericht 14 Beschwerden gegen diese Entscheide eingereicht. Im Rahmen dieser Verfahren wurde schliesslich acht Gesuchen aufgrund zusätzlicher medizinischer Informationen stattgegeben. Drei Beschwerden wurden zurückgezogen, drei Fälle sind noch hängig.

	Finanzierung gewährt durch			Finanzierung abgelehnt durch		Zurückgezogene Beschwerden	Laufende Fälle	Total
	GSD	Kantons- gericht	Bundes- gericht	Kantons- gericht	Bundes- gericht			
Beschwerden 2007	4	-	-	5	-	2	4	15
Beschwerden 2008	9	-	-	-	-	6	2	17
Beschwerden 2009	8	-	-	-	-	3	3	14

2009 belief sich die Rechnung des Staates Freiburg für die Finanzierung ausserkantonaler Spitalaufenthalte auf 20 893 296 Franken. Rund 18,8 Millionen Franken betrafen Aufenthalte des laufenden Jahres, wohingegen nahezu 2 Millionen Franken für die Bezahlung von Rechnungen für Aufenthalte vor 2008 aufgewendet werden mussten.

	Aufent- halte vor 2008 Fr.	Aufent- halte 2008 Fr.	Aufent- halte 2009 Fr.	Total Fr.
Rechnung 2008	1 490 063	18 022 581	-	19 512 644
Rechnung 2009	-40 747	2 147 368	18 786 675	20 893 296

Patientinnen und Patienten mit einer Zusatzversicherung können aus rein persönlichen Gründen (d. h. ohne nachgewiesenen medizinischen Grund) frei die Dienste eines ausserhalb des Kantons befindlichen Spitals beanspruchen, ohne dass sich der Wohnkanton finanziell beteiligt.

Da die Verrechnung der Aufenthalte 2009 Ende 2009 noch nicht abgeschlossen war, beziehen sich die letzten verfügbaren Daten für einen abgeschlossenen Zeitraum auf das Jahr 2008.

Spitalkategorie	Aufenthalte 2008	Tage 2008	Betrag 2008 Fr.
Centre hospitalier universitaire vaudois CHUV (VD)	621	5788	6 721 692
Inselspital (BE)	888	8075	10 084 280
Hôpitaux universitaires de Genève HUG (GE)	101	848	989 055
Universitätsspital Zürich (ZH)	7	52	74 613
Andere Universitätsspitäler	9	65	69 228
Universitätsspitäler	1626	14 828	17 938 868
Hôpital de l'Enfance (VD)	10	85	52 706
Hôpital ophtalmique Jules Gonin (VD)	36	101	132 652
Hôpital orthopédique de la Suisse romande HOSR (VD)	0	0	0
Andere spezialisierte Spitäler	11	212	95 979
Spezialisierte Spitäler	57	398	281 337
Spitäler für allgemeine Krankenpflege	299	1214	985 033
Berner Klinik Montana (VS)	71	1473	484 030
Berner REHA Zentrum (BE)	43	807	247 930
Bethesda Klinik Tschugg (BE)	23	624	246 372
Institution de Lavigny (VD)	4	73	22 265
Clinique Le Noirmont, Klinik für kardiale Rehabilitation (JU)	0	0	0

—
2009

Spitalkategorie	Aufenthalte 2008	Tage 2008	Betrag 2008 Fr.
Schweizer Paraplegiker-Zentrum (LU)	0	0	0
Andere Rehabilitationsspitäler	4	97	36 276
Rehabilitationsspitäler	145	3074	1 036 873
Universitäre Psychiatrische Dienste Bern (BE)	36	1081	330 281
Andere psychiatrische Spitäler	31	731	253 057
Psychiatrische Spitäler	67	1812	583 338
Total	2194	21 326	20 825 449

6. Spitalplanung

Die Spitalplanung befindet sich zurzeit in der Umsetzungsphase. 2009 konnten die Umbauarbeiten am HFR Billens abgeschlossen werden und die allgemeine sowie die respiratorische Rehabilitation eingeweiht werden.

Im Januar 2009 hat die Permanence im HFR Meyriez-Murten ihre Türen geöffnet; hier werden Patientinnen und Patienten von 7 Uhr bis 23 Uhr für dringliche medizinische Behandlungen empfangen, da die Notaufnahme Meyriez ja geschlossen wurde.

7. Hilfe und Pflege zu Hause

Das GesA ist mit der Subventionierung der Dienste für Hilfe und Pflege zu Hause beauftragt. In Wahrnehmung dieser Aufgabe schickt es den Diensten Weisungen für die Erstellung der Voranschläge und Jahresrechnungen und prüft im Einzelnen die personenbezogenen Lohndaten des von ihm subventionierten Personals. Für die GSD prüft das GesA die Gesuche um Änderungen der Personaldotation von Diensten sowie die Gesuche um Betriebsbewilligungen. Es beantwortet verschiedene Fragen im Zusammenhang mit der Hilfe und Pflege zu Hause und beteiligt sich im Rahmen seiner Verfügbarkeit an interkantonalen und eidgenössischen Arbeiten.

Zehn Dienste haben 2009 Leistungen der Hilfe und Pflege zu Hause angeboten. Überdies wurden Leistungen der Ergotherapie zu Hause erbracht, und zwar entweder durch die Dienste selber oder auf der Basis eines Vertrags – durch einen privaten Ergotherapeuten. Die gesamte Freiburger Bevölkerung wird durch alle diese Dienste, die einen Kantonsbeitrag beziehen, abgedeckt. Die Beiträge werden auf der Grundlage der Kosten für Pflegepersonal, Familienhilfen und Haushilfen gewährt, wobei vorgängig die von den Diensten für den kantonalen Beitrag bezogenen Bundesbeiträge (wurden 2008 abgeschafft) sowie der Ertrag aus der Verrechnung der Leistungen zu Lasten der obligatorischen Krankenversicherung abgezogen werden. Der kantonale Beitragsansatz für die Hilfe und Pflege zu Hause beträgt 35%. Nach Gesetz kann die GSD dem Dachverband der Spitex-Dienste, d. h. dem Spitex-Verband Freiburg (SVF), einen Auftrag erteilen. In diesem

Sinne hat die GSD 2009 für die Aufstellung und Weiterführung der Jahresstatistiken über die Hilfe und Pflege zu Hause, für die Einführung des *RAI-Home-Care* sowie für eine Analyse der Leistungen der Hilfe und Pflege zu Hause einen Vertrag mit dem SVF abgeschlossen.

Die kantonalen Beiträge an die anderen Dienste für den Verbleib zu Hause verteilen sich wie folgt:

Unterstützte Einrichtung	Kantonsbeitrag Fr.
SVF	135 000
Pro Senectute, Reinigungsdienst	100 000
Freiburgisches Rotes Kreuz, Entlastungsdienst für Angehörige	30 000
Schweizerische Alzheimervereinigung, Entlastung zu Hause	10 000
Total	275 000

Die GSD hat mit diesen Institutionen eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen. Was die Umsetzung der NFA betrifft, so wird die finanzielle Beteiligung für 2010 gleich hoch ausfallen.

Um die Abrechnungen in Zusammenhang mit der Einführung des Bedarfsabklärungsinstrumentes *RAI-Home-Care* bezahlen zu können, wurde ein Betrag von 103 000 Franken auf 2010 übertragen.

Die kantonalen Beiträge an die Dienste für Hilfe und Pflege zu Hause erreichten 4 749 641.85 Franken.

Sie verteilen sich wie folgt:

Kantonsbeiträge 2009	Hilfe und Pflege zu Hause Fr.
Kreditübertrag 2008–2009	-1 000 000.00
Saane	1 313 541.60
Sense	958 707.30
Greyerz	1 050 363.20
See	347 277.60
Glane	856 801.15

—
2009

Kantonsbeiträge 2009	Hilfe und Pflege zu Hause Fr.
Broye	613 985.05
Vivisbach	499 118.15
Ergotherapie SRK (ausschliesslich Saldo 2008 – Dienst abgeschafft, Leistungen von den Bezirken übernommen)	13 647.80
Kreditübertrag 2009–2010	96 200
Total	4 749 641.85

In diesem Betrag sind 692 104.80 Franken für die Berichtigung der Vorjahre sowie 1 237 769.05 Franken als Saldo 2008 enthalten.

2010 soll ebenfalls eine Korrektur vorgenommen werden, und zwar aufgrund der neuen Einreihung der Leiterinnen und Leiter einer Organisation für Hilfe und Pflege zu Hause in Zusammenhang mit dem EVALFRI-Verfahren. Zu diesem Zweck wurde ein Betrag von 96 200 Franken auf 2010 übertragen.

8. Gesundheitsförderung und Prävention

8.1 Allgemeine Tätigkeiten

In Zusammenarbeit mit dem Kantonsarztamt, und zwar hauptsächlich durch die Arbeit der Beauftragten für Suchtprävention und Gesundheitsförderung sowie mit der Unterstützung einer höheren Verwaltungssachbearbeiterin und einer Praktikantin (befristete Anstellung von acht Monaten im 2009), stellt das GesA die Zweckmässigkeit der Präventionsaktionen, die Nachkontrolle und die Koordination zwischen den verschiedenen Gesundheitsförderungs- und Präventionsprojekten sicher, die in Zusammenhang mit den kantonalen Prioritäten in diesem Bereich stehen.

8.2 Planung

Auch 2009 befasste sich das GesA mit der Ausarbeitung eines Aktionsplans, der auf dem im Mai 2007 vom Staatsrat verabschiedeten kantonalen Plan für Gesundheitsförderung und Prävention 2007–2011 beruht. Bei diesem Prozess waren auch die Kantonale Kommission für Gesundheitsförderung und Prävention, das Kantonsarztamt, die Direktionen des Staates Freiburg und die kantonalen Partner für Gesundheitsförderung und Prävention miteinbezogen. Der Aktionsplan enthält notwendige Ziele, Massnahmen, Indikatoren und Mittel. Er wurde in der Kantonalen Kommission für Gesundheitsförderung und Prävention fertiggestellt und danach der Kommission für Gesundheitsplanung zur Validierung unterbreitet. Der Aktionsplan wird voraussichtlich 2010 in die Vernehmlassung gegeben. Im Laufe des Jahres 2009 wurde er bereits der Generalversammlung des Sozialdienstes der Freiburger Unternehmen (SSIEF) unterbreitet.

Das GesA kümmert sich auch um die Vorbereitung und die Betreuung der Dossiers der Kommission für Gesundheitsförderung und Prävention, die in diesem Jahr vier Mal im Plenum zusammengekommen ist. Weil die Kommission ebenfalls beratendes Organ für die Anträge beim Fonds für die Bekämpfung der Drogenabhängigkeit ist, hat sie zu den Richtlinien zu diesem Fonds sowie zu einem Antragsformular für entsprechende Projekte Stellung genommen (die Dokumente wurden in Zusammenarbeit mit dem GesA ausgearbeitet). 2009 hat die Kommission 5 Projekte begutachtet.

8.3 Subventionierung

Im Voranschlag des GesA befinden sich zum einen die Subventionen für die Leistungen von Institutionen für Gesundheitsförderung und Prävention und zum anderen die Subventionen für spezifische Projekte. 2009 wurden den Leistungen von Institutionen 2 318 640 Franken und den einzelnen spezifischen Projekten insgesamt 314 490 Franken zugesprochen. In diesen Beträgen ist auch der Anteil am Alkoholzehntel enthalten, den die Eidgenössische Alkoholverwaltung dem Kanton entrichtet.

Leistungen, die von Institutionen für Gesundheitsförderung und Prävention erbracht werden, können subventioniert werden. Die diesen Institutionen zugeteilten Aufgaben und deren Ziele sowie die damit verbundenen Leistungen sind in einem Leistungsauftrag der GSD definiert. Mit diesen Mandaten kann die Beziehung zwischen dem Staat und den Institutionen sowie deren Rolle in der Deckung des Bedarfs der Freiburger Bevölkerung genauer bestimmt werden. Ausserdem ermöglichen sie es, anhand von Zielen die Tätigkeiten dieser Institutionen an die im kantonalen Plan für Gesundheitsförderung und Prävention vorgesehenen Prioritäten zu binden.

Demgemäss hat das GesA 2009 zum zweiten Mal acht einjährige Leistungsaufträge mit den wichtigsten Institutionen für Gesundheitsförderung und Prävention abgeschlossen. Diese Arbeit mündete in der Ausarbeitung von 19 Jahreszielen in Zusammenhang mit den strategischen Zielen des kantonalen Plans.

Die spezifischen Projekte wiederum sind gezielte Aktionen zur Gesundheitsförderung und Prävention, die einem bestimmten Thema gewidmet sind. Sie sind befristet und müssen systematisch nach der Übereinstimmung zwischen Zielsetzung und eingesetzten Mitteln (Vorgehen, Methoden) evaluiert werden. Durch die neuen, vom GesA ausgearbeiteten Antragsformulare für Projekte konnte die Arbeitsqualität gesteigert werden.

Die verschiedenen Projekte in Zusammenhang mit der Gesundheitsförderung und Prävention, die 2009 Unterstützung erhielten, stammten aus unterschiedlichen Themenbereichen, z. B. «Bewegung» mit den Projekten Purzelbaum (Projekt zur Förderung der Bewegung im Kindergarten) und Pedibus (Kinder werden zu Fuss

—
2009

zur Schule begleitet), oder aber «Erziehung als Schutzfaktor» mit dem Projekt Gesundheitsförderung durch Familienbegleitung.

Das GesA hat noch weitere Projekte unterstützt, namentlich die Erstellung der Broschüre und des Berichts der Freiburger Analyse der Ergebnisse der Schweizerischen Gesundheitsbefragung 2007 (SGB 07).

Das GesA hat ausserdem zwei grosse Projekte gesteuert: das Freiburger Aktionsprogramm «Gesundes Körpergewicht» 2010–2013 (Zustandsanalyse, Organisation einer Netzwerktagung und Verfassen des Dokuments zum Programm) und die Organisation einer ersten kantonalen Netzwerkveranstaltung zur Ausarbeitung eines kantonalen Alkoholaktionsplanes. An dieser Tagung waren rund 80 Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Gesundheit, Polizei, Justiz, Vereinswesen und Veranstaltungsbranche zugegen.

Im Bereich Gesundheit in der Schule schloss das GesA gemeinsam mit dem Kantonsarztamt, dem Amt für französischsprachigen obligatorischen Unterricht sowie dem Amt für deutschsprachigen obligatorischen Unterricht und mit den Partnern aus dem Bereich der Gesundheitsförderung und Prävention das Projekt «Gesundheit in der Schule» ab. Ein provisorisches Büro, das das Projekt betreuen soll, wurde geschaffen; Mitglieder des Büros sind Vertreterinnen und Vertreter der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport sowie der GSD. 2009 waren sechs Sitzungen des Steuerungsausschusses und rund zehn Treffen des Büros nötig. Ausserdem wurden Hearings mit den Partnern aus Schule und Gesundheit veranstaltet. Das Konzept soll 2010 in die Vernehmlassung gegeben werden. Zu bemerken ist ferner, dass das GesA in der SPECTRA-Ausgabe Nr. 75 (Newsletter für den Bereich Gesundheitsförderung und Prävention) einen Artikel zum Projekt geschrieben hat. Schliesslich war das GesA noch in einer Gruppe vertreten, die geschaffen wurde, um ein Konzept über die schulärztlichen Dienste auszuarbeiten. Hierfür fand 2009 eine Sitzung statt.

Zur besseren Steuerung der staatlichen Ressourcen und zur Einhaltung der Gesetzgebung über die Subventionen hat das GesA Leistungsaufträge für die Mütter- und Väterberatungsdienste ausgearbeitet. Diese Aufträge, sortiert nach den jährlichen Budgets für die einzelnen Ziele, wurden von der GSD unterzeichnet und treten per 1. Januar 2010 in Kraft.

Zwischen Juni und November 2009 wurde im GesA eine periodische Überprüfung der Subventionen im Bereich Gesundheitsförderung und Prävention durchgeführt. Ein entsprechender Untersuchungsbericht wurde erstellt.

8.4 Zusammenarbeit

Kantonale Kommissionen: Das GesA ist Mitglied der Kommission für die Verwendung des kantonalen Fonds für die Prävention

und Bekämpfung der Spielsucht, die 2009 einmal zusammengekommen ist; ausserdem ist es Mitglied im Steuerungsausschuss des Projektes «Nachhaltige Entwicklung: Strategie und Aktionsplan», der 2009 ebenfalls einmal zusammengekommen ist.

Passivrauchen: Im Hinblick auf die Ausarbeitung der Verordnung vom 3. Juni 2009 über den Schutz vor dem Passivrauchen hat das GesA an mehreren Koordinationssitzungen in der Westschweiz, aber auch in der übrigen Schweiz teilgenommen.

Das GesA nahm ausserdem an der Jahresversammlung der Vereinigung der kantonalen Beauftragten für Gesundheitsförderung (VBGF) sowie an anderen Sitzungen der VBGF teil, bei denen es um die Vorlage für das neue Gesetz über Prävention und Gesundheitsförderung ging.

Auf interkantonaler Ebene, im Rahmen der Kommission für die Prävention und die Gesundheitsförderung («Commission de prévention et de promotion de la santé», CPPS, ehemals: DiPPS), die 2009 fünf Mal zusammenkam, war das GesA ebenfalls tätig; zu nennen sind namentlich die interkantonale Auswertung der Daten aus der Schweizerischen Gesundheitsbefragung 2007 und die Entwicklung einer gemeinsamen Methode für die Ausarbeitung der kantonalen Pläne für Gesundheitsförderung und Prävention sowie für die Entwicklung eines thematischen Argumentariums zugunsten der Gesundheitsförderung.

Des Weiteren war das GesA im Rahmen der Konferenz der Kantonalen Beauftragten für Suchtfragen (KKBS) aktiv, die im Laufe des Jahres 2009 vier Mal zusammentrat. Ferner nahm das GesA an den folgenden Konferenzen teil: Jahreskonferenz Gesundheitsförderung Schweiz, Kongress zur Kampagne «Stark durch Erziehung», zweite Netzwerktagung der Aktionsprogramme «Gesundes Körpergewicht», Jahreskonferenz Gesundheitsförderung Schweiz zum Thema Gesundheit am Arbeitsplatz «Gesund und leistungsfähig in der 24-Stunden-Gesellschaft», Kolloquium «50 ans et plus: la santé, ça se travaille», Tagung des «Collège romand de médecine de l'addiction» zum Thema «La médecine aux frontières de l'addiction», halbtägige Veranstaltung in Form eines Fachaustausches unter dem Titel «Evaluation Modulprojekte Kantonale Aktionsprogramme Gesundes Körpergewicht», erste Konferenz von «Action santé», Tagung zur Prävention von Kindsmisshandlung.

Weiterbildung: Das GesA hielt im Rahmen eines Kurses über die Gesundheitsförderung und Prävention einen Vortrag an der Hochschule für Gesundheit Freiburg für Studierende im dritten Jahr (Bachelorjahr).

9. Tätigkeit des Kantonsapothekers

—
2009 war der Kantonsapotheker in erster Linie in vier Bereichen tätig:

—
2009

- › pharmazeutische Aspekte in Zusammenhang mit der Grippepandemie A(H1N1),
- › gesetzgeberische Aspekte in Zusammenhang mit der Ausarbeitung einer neuen kantonalen Heilmittelverordnung (HMV),
- › Gewährung der Herstellungs- und Zulassungsbewilligungen für Hausspezialitäten von Drogistinnen bzw. Drogisten und Apothekerinnen bzw. Apothekern des Kantons,
- › Bekämpfung des Missbrauchs von psychotropen Arzneimitteln.

A(H1N1)-Grippepandemie: Der Kanton hat sich einerseits um die Verfügbarkeit der antiviralen Arzneimittel für die Bevölkerung (Beschaffung von 5000 Packungen für Erwachsene und Kinder) und andererseits um die Impfstofflogistik (Lieferung von 55 000 Impfdosen) gekümmert. Dank der Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnerinnen und Partnern, namentlich Ärztinnen und Ärzten sowie Apothekerinnen und Apothekern, war die Logistik schnell, effizient und wirtschaftlich. Natürlich benötigte diese Informations- und Koordinationsarbeit besonders grossen Einsatz, der mit zahlreichen Überstunden verbunden war. Auch mussten die üblichen Verrichtungen hinten angestellt werden.

HMV: Das GesA hat sich ferner stark für die Ausarbeitung der HMV eingesetzt, dank der die kantonale Gesetzgebung den neuen Bestimmungen der Bundesgesetzgebung angepasst werden kann. Dabei wurden die Zuständigkeiten des Bundes und der Kantone neu festgelegt, sodass namentlich eine Harmonisierung der Überwachung der Heilmittelkontrolle auf nationaler Ebene möglich sein wird. Übrigens wurde das Anforderungslevel zur Garantie der Sicherheit bei der Verwendung der Heilmittel angehoben. Die HMV soll am 1. April 2010 in Kraft treten.

Hausspezialitäten: Die Kantone sind zuständig für die Kontrolle der Hausspezialitäten, die von den Drogistinnen und Drogisten sowie von den Apothekerinnen und Apothekern hergestellt und vertrieben werden. Nach Prüfung der jeweiligen Dokumente hat das GesA Bewilligungen für 210 Hausspezialitäten erteilt. Die Anforderungen an diese Mittel kann zwar nicht mit denjenigen der Arzneimittel, für die Swissmedic eine Zulassung erteilt, verglichen werden, trotzdem muss sichergestellt werden, dass diese Mittel keine Risiken für die Patientinnen und Patienten bergen.

Missbrauch psychotroper Stoffe: In enger Zusammenarbeit mit dem Kantonsarztamt wurde eine Strategie zur Bekämpfung des Missbrauchs psychotroper Stoffe durch Süchtige entworfen. Diese will natürlich nicht die Durchführung legitimer Behandlungen beeinträchtigen, sondern in erster Linie zu einer vernünftigen Verwendung solcher Medikamente beitragen. Durch Anreize und wenn nötig auch durch Einschränkungen kann zur Verbesserung der Situation beigetragen werden. Die Problematik des Missbrauchs war Gegenstand einer interkantonalen Verständi-

gung; sowohl der Kantonsarzt als auch der Kantonsapotheker haben dabei einen entscheidenden Beitrag geleistet.

Im Kanton Freiburg gibt es derzeit 70 Apotheken (gleich viele wie im letzten Jahr). Dies entspricht einem Durchschnitt von einer Apotheke auf 3800 Bewohnerinnen und Bewohner, genug um die gesamte Bevölkerung mit Heilmitteln zu versorgen. In Orten, die weit von den öffentlichen Apotheken entfernt liegen, sind ausserdem 12 Ärztinnen und Ärzte dazu berechtigt, ebenfalls Pharmazeutika abzugeben. 13 Drogerien ergänzen das Angebot an Arzneimitteln zur Selbstmedikation. 47 Pflegeeinrichtungen kümmern sich ferner um die Abgabe von Medikamenten an ihre Patientinnen und Patienten. Unternehmen, die im Bereich der Herstellung, des Vertriebs oder der Abgabe von Medikamenten tätig sind, sind im Kanton Freiburg relativ zahlreich vertreten (30 Standorte). Die Kontrolle wird durch das Heilmittelinspektorat der Westschweiz («Inspectorat de Suisse occidentale des produits thérapeutiques», ISOPTh) durchgeführt. In diesem Sinne erstellt ISOPTh gemeinsam mit seinen sechs kantonalen Partnern Inspektionsberichte, die auf internationaler Ebene im Rahmen der gegenseitigen Anerkennung von Zulassungen gültig sind. Insgesamt muss der Kantonsapotheker in regelmässigen Abständen 171 Standorte kontrollieren oder inspizieren.

Ferner ist der Kantonsapotheker namentlich zuständig für Inspektionen der Inhaberinnen und Inhaber einer kantonalen Betriebsbewilligung für eine öffentliche Apotheke, eine Institutions- oder Spitalapotheke, eine Privatapotheke (selbstdispensierende Ärztinnen und Ärzte) oder eine Drogerie. 2009 wurden 26 Inspektionen durchgeführt. Die meisten Inspektionen haben bestätigt, dass die gesetzlichen Bestimmungen eingehalten werden; nur bei einzelnen Fällen waren für die Weiterführung des Betriebs tiefgreifende Korrekturmassnahmen nötig.

10. Krankenversicherung

—
2009 bearbeitete das GesA 873 Gesuche im Zusammenhang mit der Befreiung von der Versicherungspflicht. Auf Antrag der Gemeinden hat es ausserdem 17 Stellungnahmen in Sachen Mitgliedschaftskontrolle erteilt.

Rund 90% der Freistellungsgesuche betreffen Personen in Aus- oder Weiterbildung sowie in Lehre und Forschung tätige Personen an Ausbildungsstätten. Knapp 9% der Gesuche wurden von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eingereicht und ca. 1% betreffen Rentnerinnen und Rentner.

	Angenommen	Abgelehnt	Hängig	Total
Ausbildung	646	101	35	782
Arbeitnehmer/ innen	26	48	7	81
Rentner/innen	5	4	1	10
Total	677	153	43	873

—
2009

In der ersten Personenkategorie beträgt der Prozentsatz für die Annahme des Befreiungsgesuches ca. 83%. Bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erreicht er knapp 32%, bei den Rentnerinnen und Rentnern waren es insgesamt 5 Freistellungen. Die Abweichungen zwischen diesen Prozentsätzen erklären sich durch eine unterschiedliche gesetzliche Reglementierung. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen in der Regel eine Krankenversicherung am Arbeitsort abschliessen, wohingegen Personen, die Ausbildungsstätten angeschlossen sind, in der Regel auf Vorweisen einer europäischen Versicherungskarte oder der Bescheinigung über eine Krankenversicherungsdeckung, die der Deckung durch einen KVG-Versicherer gleichwertig ist, eine Befreiung verlangen können.

Die Daten in Zusammenhang mit der Prämiensenkung zugunsten von Personen, die in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen leben, sind dem Bericht der Kantonalen Sozialversicherungsanstalt (KSVA) zu entnehmen.

11. Schülerunfallversicherung

11.1 Tätigkeiten

Seit der Auflösung der Schülerunfallversicherung ist das GesA mit der Abwicklung der hängigen Fälle betraut; diese betrafen Unfälle, die vor dem 1. September 2006 eingetreten sind. Hinzu kommt die Gewährung von finanziellen Beiträgen in Härtefällen, die nach diesem Datum eintreten bzw. eingetreten sind.

Bislang benutzte die Schülerunfallversicherung eine eigene Datenbank auf einem IBM-Zentralcomputer. Dieser Computer soll 2010 abgeschaltet werden. Daten, die für die Schülerunfallversicherung unerlässlich sind, hat das ITA in Form von Excel-Dateien exportiert.

11.2 Leistungen

Die Leistungen des Fonds aus der Auflösung der Schülerunfallversicherung betreffen:

- › Behandlungskosten für Unfälle, die vor der Aufhebung der Versicherung im 2006 eingetreten sind, und
- › finanzielle Beiträge zugunsten von Familien verunfallter Kinder.

Auch nach der Aufhebung der Schülerunfallversicherung ist die Kostenübernahme für die weitere Behandlung nach den vorher geltenden Regeln gewährleistet, d. h. die komplementäre und subsidiäre Finanzierung aller Behandlungskosten bis fünf Jahre nach dem Ende der obligatorischen Mitgliedschaft. Konkret bedeutet dies: Für Kinder, die der Schülerunfallversicherung bei deren Abschaffung am 1. September 2006 schon nicht mehr angeschlossen waren, werden die Kosten bis fünf Jahre nach Ende der effektiven Mitgliedschaft übernommen. Für Kinder, die zum Zeitpunkt der Abschaffung der Schülerunfallversicherung, also am 31. August 2006, noch versichert waren, werden die Kosten ebenfalls noch übernommen, aber nur während maximal fünf Jahren nach Beendigung des Besuchs der Schule, wo sie vorher versicherungspflichtig gewesen wären (z. B. Kindergarten, Primarschule, Sekundarschule, Schule für technische und landwirtschaftliche Berufe, jedoch mit Ausnahme der Universität und der Berufslehre).

Verteilung der im Jahr 2009 ausgerichteten Leistungen, nach Unfalljahr und Kostenarten:

Unfall	Fälle	Kosten Zahnarzt Fr.	Kosten Arzt Fr.	Kosten Transport Fr.	Kosten Apparate Fr.	Total Fr.	Total %
1981 – 1985	0	0.00	0.00	0.00	0.00	0.00	0.0%
1986 – 1990	2	8104.15	0.00	0.00	0.00	8104.15	17.8%
1991 – 1995	14	17 414.45	0.00	0.00	0.00	17 414.45	38.2%
1996 – 2000	8	1 431.40	3006.40	0.00	0.00	4437.80	9.7%
2001	2	571.90	0.00	0.00	0.00	571.90	1.3%
2002	17	1598.35	2711.95	1744.55	0.00	6054.85	13.3%
2003	3	1153.45	3020.45	0.00	0.00	4173.90	9.1%
2004	6	197.95	259.00	60.00	303.00	819.95	1.8%
2005	17	99.20	1788.30	0.00	0.00	1887.50	4.1%
2006	5	2143.45	14.70	0.00	0.00	2158.15	4.7%
Total	74	32 714.30	10 800.80	1 804.55	303.00	45 622.65	100.0%
		71.7%	23.7%	4.0%	0.7%		

—
2009

Verteilung der Leistungen nach Altersklasse:

Alterskategorie	Anzahl Fälle	%
0 – 5 Jahre	0	
6 – 10 Jahre	1	1.4%
11 – 15 Jahre	6	8.1%
16 – 20 Jahre	38	51.3%
21 – 25 Jahre	27	36.5%
> 26 Jahre	2	2.7%
Total	74	100.0%

Was die Möglichkeit eines finanziellen Beitrags aus dem Fonds anbelangt, der dazu bestimmt ist, die Lebensbedingungen eines nach dem 1. September 2006 verunfallten, von Invalidität oder langfristiger Hilflosigkeit betroffenen Kindes zu verbessern, so ist im Jahr 2009 keine Leistung ausgerichtet worden. Dies ist teilweise darauf zurückzuführen, dass es sich hierbei um einen subsidiären Beitrag handelt, der nur dann in Erwägung gezogen werden kann, wenn keine andere Einrichtung (Krankenkasse, andere Versicherungen, IV usw.) einschreitet.

11.3 Rückversicherung

Entschädigungen bei Tod oder Invalidität infolge eines vor dem 1. September 2006 eingetroffenen Unfalls sind bei der «Nationale Suisse Assurances» rückversichert. Derzeit sind vier Fälle hängig, die noch daraufhin beurteilt werden müssen, ob eine Invalidität vorliegt. Solche Beurteilungen sind jedoch erst möglich, wenn sich der Gesundheitszustand stabilisiert hat und die Entwicklung der Situation definitiv bekannt ist. Insgesamt sieht die «Nationale Suisse Assurances» für die Regelung dieser Fälle eine Summe von rund 450 000 Franken vor.

11.4 Buchführung

Der Fonds aus der Auflösung der Schülerunfallversicherung wird selbstständig verwaltet und verfügt über eine eigene Buchhaltung. Die Transaktionen berühren daher die Betriebsrechnung und das Rechnungsergebnis des Staates nicht.

2009 hat die «Nationale Suisse Assurances» keine Akontozahlung auf die Gewinnbeteiligung an der Rückversicherung vorgenommen; für Anfang 2010 ist indes eine Anzahlung von 100 000 Franken vorgesehen.

Durch die Übernahme der Behandlungskosten (Zahnarzt-, Arzt- und Transportkosten) ist die Rückstellung für garantierte Behandlungen um 45 622.65 Franken gesunken; die Rückstellung für Restrukturationskosten wurde 2009 um 62 522.10 Franken gekürzt. Der Verlust aus dem Rechnungsjahr 2009 konnte durch laufendes Fremdkapital gedeckt werden, das somit um 77 000.45 Franken auf 945 887.10 Franken gesunken ist.

Weil keine Versicherungsprämien einkassiert wurden, schliesst das Rechnungsjahr 2009 mit einem negativen Betriebsergebnis.

Die Betriebsrechnung 2009 und die Bilanz am 31. Dezember 2009 präsentieren sich wie folgt:

Betriebsrechnung	2009	2008
Ertrag		
Kapitalzinsen	401.45	661.35
Gewinnbeteiligung - La Nationale	--.--	--.--
Verschiedene Einnahmen	260.35	--.--
Ausgabenüberschuss	59 781.80	77 000.45
Total	60 443.60	77 661.80
Aufwand		
Differenzen auf Prämien	--.--	19 285.45
Verwaltungskosten	60 443.60	58 376.35
Finanzielle Beiträge in Härtefällen	--.--	--.--
Ertragsüberschuss	--.--	--.--
Total	60 443.60	77 661.80

Bilanz	2009	2008
Aktiven		
Konto Postfinance	224 112.30	391 947.90
Staatschatzamt	5 923 102.05	5 923 102.05
Transitorische Aktiven	140.50	231.45
Mobilien	1.00	1.00
Total	6 147 355.85	6 315 282.40
Passiven		
Transitorische Passiven	--.--	--.--
Laufendes Fremdkapital	945 887.10	1 022 887.55
Rückstellungen für garantierte Behandlungen	3 288 634.75	3 334 257.40
Rückstellungen für Härtefälle	1 234 606.60	1 234 606.60
Rückstellungen für Restrukturation	338 009.20	400 531.30
Sicherheitsreserve	400 000.00	400 000.00
Gewinn/Verlust	-59 781.80	-77 000.45
Total	6 147 355.85	6 315 282.40

Am 31. Dezember 2009 verfügte der Fonds aus der Auflösung der Schülerunfallversicherung über einen Betrag von 6 147 355.85 Franken.

—
2009

III. KANTONSARZTAMT

1. Aufgaben

Das Kantonsarztamt (KAA) ist für medizinische Fragen der öffentlichen Gesundheit zuständig. Es berät die Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD) in Belangen der Gesundheitsversorgung, der Gesundheitsförderung, der Prävention und des Gesundheitsschutzes. Es nimmt die Aufgaben wahr, die ihm aufgrund der eidgenössischen und kantonalen Gesetzgebung zukommen.

Das KAA ist das Referenzzentrum für alle Fragen im Zusammenhang mit der öffentlichen Gesundheit und trägt zur Erhaltung und Verbesserung des Gesundheitszustandes der Freiburger Bevölkerung bei. Zu diesem Zweck arbeitet es eng mit den übrigen eidgenössischen, kantonalen und kommunalen öffentlichen Diensten zusammen und koordiniert seine Tätigkeiten, um dem Staatsrat und der GSD die nötigen Informationen und Ratschläge erteilen zu können.

Im Rahmen seiner Zuständigkeiten stellt das KAA die Information der Bevölkerung, der Medien, der Fachleute, der öffentlichen oder privaten Institutionen und Anstalten sowie den Dialog mit diesen sicher. Dabei achtet es nicht nur auf den heutigen, sondern auch auf den künftigen Bedarf im Bereich der öffentlichen Gesundheit.

Geleitet wird das KAA vom Kantonsarzt Dr. Chung-Yol Lee.

2. Hauptaufgaben und Leistungen

2.1 Prävention und Gesundheitsförderung

- › Betreuung suchtmittelabhängiger Personen (Bewilligung der Substitutionsbehandlung, Koordination der berufsübergreifenden Betreuung, Koordination zwischen Kantonen und mit dem Bund)
- › Prävention und Kontrolle übertragbarer Krankheiten (Verwaltung der obligatorischen Meldungen übertragbarer Krankheiten, Pandemievorbereitung und -management, epidemiologische Abklärungen, Impfungen und medikamentöse Prophylaxe, Informationen)
- › Prävention nicht übertragbarer Krankheiten (Krebsregister, Programm zur Brustkrebs-Früherkennung, kantonaler Plan und kantonaler Aktionsplan für Gesundheitsförderung und Prävention, Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, Gesundheit in der Schule)
- › Organisation der schulärztlichen Betreuung, einschliesslich Impfungen in den Schulen

- › Gesundheitsschutz der Bevölkerung in Notsituationen und bei Katastrophen (in Zusammenarbeit mit weiteren Partnern im Rahmen des kantonalen Führungsorgans und mit dem koordinierten Sanitätsdienst des Bundes)

- › Management der Gesundheitsförderung (in Zusammenarbeit mit dem Amt für Gesundheit)

2.2 Überwachung und Planung des Gesundheitssystems

- › Kontrolle der Institutionen des Gesundheitswesens (Überwachung der Pflege, Pflegeheimunterbringung vor dem AHV-Alter, Gutsprache für ausserkantonale Spitalaufenthalte)

- › Medizinische Gutachten und Leistungsbeurteilungen (Betrieb eines Heims, Aufhebung des Arztgeheimnisses, Bestattungswesen)

- › Mitwirkung in der Gesundheitsplanung des Kantons (Spitalplanung, präklinische Notfälle, ärztliche Grundversorgung, Bettenzuteilung für Pflegeheime und Gerontopsychiatrie)

2.3 Information und Koordination

- › Verschiedene, die öffentliche Gesundheit betreffende Auskünfte und Informationen zu Fragen von Seiten der Kantonsverwaltung, der Öffentlichkeit und der Medien

- › Bearbeitung und Lieferung von Statistiken (Substitutionsbehandlung für Betäubungsmittel, freiwilliger Schwangerschaftsabbruch, Ambulanzdienste, Spitalstatistik, Krebserkrankungen)

2.4 Austausch und Zusammenarbeit

- › Mitwirkung in zahlreichen Arbeitsgruppen und Kommissionen auf kantonaler, interkantonaler und Bundesebene

- › Stellungnahmen im Rahmen kantonalen und eidgenössischer Vernehmlassungen im Gesundheitsbereich

3. Prävention und Gesundheitsförderung

3.1 Sucht

- 3.1.1 Substitutionsbehandlung drogenabhängiger Personen

Im Jahr 2009 erhielten 439 Personen eine bewilligte Substitutionsbehandlung: 343 Männer und 96 Frauen im Alter zwischen 20 und 68 Jahren. Von diesen Personen wurden 113 mit Buprenorphin und 336 mit Methadon behandelt. 174 Fälle werden vom

2009

Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit (FNPG) – in den psychosozialen Zentren von Freiburg und Bulle – betreut, die restlichen 265 von den 88 Ärztinnen und Ärzten, die zu deren Behandlung bewilligt sind und in Einrichtungen, Spitälern und Gefängnissen bzw. in deren Auftrag arbeiten.

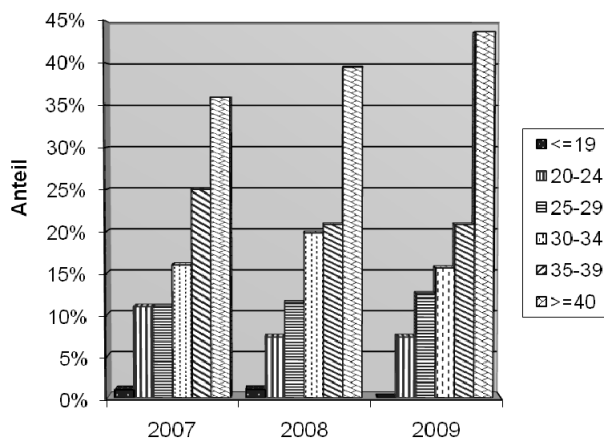
2008 wurden bei den neuen Behandlungsgesuchen veränderte Konsumgewohnheiten festgestellt. Die Tendenz geht eher in Richtung Rauchen oder «Sniffen» von Heroin. 2009 hat der Konsum bei den jungen Patientinnen und Patienten zwischen 18 und 25 Jahren leicht zugenommen. Der Altersanstieg bei den Personen in Substitutionsbehandlung wird durch den Rückgang bei den <30–34-Jährigen und einen Anstieg bei den >35-Jährigen deutlich. Der Anteil Männer (78,1%) im Vergleich zu den Frauen (21,9%) ist ebenfalls schon seit Jahren auffallend. Die Mehrheit der Betroffenen ist ledig, geschieden oder getrennt.

Dem ist beizufügen, dass die Einkommen der drogenabhängigen Personen in Substitutionsbehandlung mehrheitlich einer Vollzeitbeschäftigung (103 Personen), Teilzeitbeschäftigung (41) oder aber einer IV-Rente (127) entstammen. 92 Personen leben teilweise (Teilzeitbeschäftigung + Sozialhilfe) oder gänzlich von der Sozialhilfe, die restlichen Personen verteilen sich auf andere Kategorien.

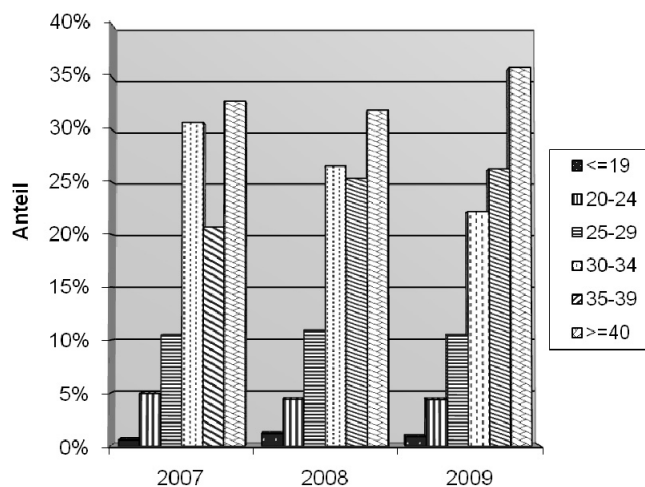
Nachdem die Schweizerische Gesellschaft für Suchtmedizin (SSAM) und das Bundesamt für Gesundheit (BAG) Empfehlungen für die substitutionsgestützte Behandlung Opioidabhängiger veröffentlicht haben, hat der Kantonsarzt im Namen des Vorstands der Vereinigung der Kantonsärztinnen und Kantonsärzte der Schweiz (VKS) in Vertretung verschiedener Kantone eine Arbeitsgruppe mit der Ausarbeitung gemeinsamer Standards für die Betreuung von Personen in Substitutionsbehandlung beauftragt. Diese Empfehlungen basieren einerseits auf Arbeiten vom «Collège romand de médecine de l'addiction» (CoRoMA) sowie vom Forum Suchtmedizin Ostschweiz (FOSUMOS) und andererseits auf den Empfehlungen der SSAM. Die Vorschläge dieser Arbeitsgruppe werden ausserdem zur Auffrischung der Bewilligungs- und Kontrollpraxis im Bereich der Substitutionsbehandlung in den Kantonen verwendet.

Nachfolgend die Entwicklung der Personengruppen in Substitutionsbehandlung von 2007 bis 2009:

Alter (Frauen)

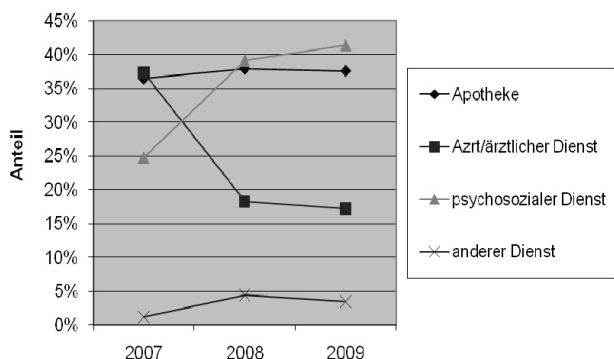


Alter (Männer)

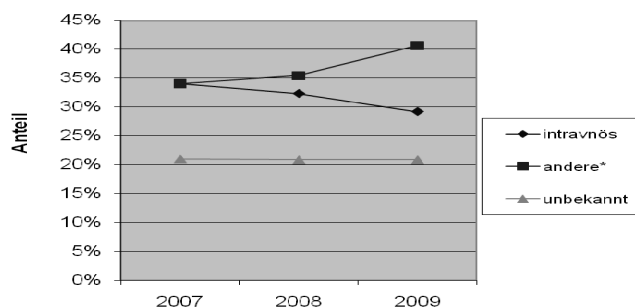


2009

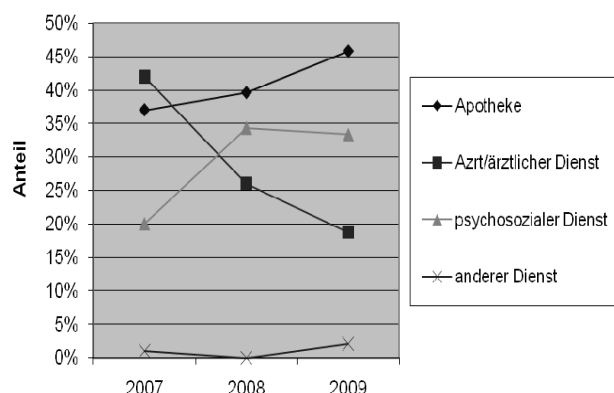
Abgabeform (Männer)



Konsumformen (Frauen)



Abgabeform (Frauen)

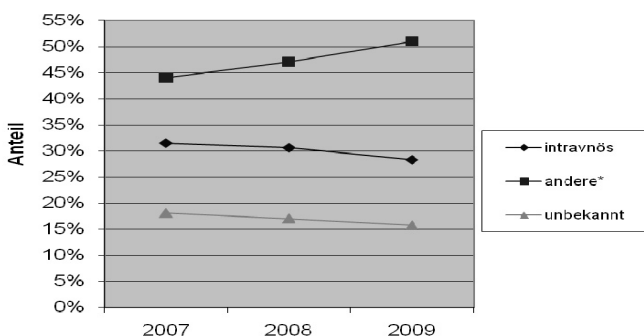


3.1.2 Projekt für die koordinierte Betreuung abhängiger Personen

Der Zweck dieses 2008 gestarteten Projekts besteht in der Einsetzung eines kantonalen Systems der Betreuung abhängiger Personen (illegale Drogen und Alkohol). Es beinhaltet:

- > ein Qualitätsangebot, das den heutigen, nachgewiesenen Bedürfnissen und Problemstellungen gerecht wird;
- > Interinstitutionalität und Interdisziplinarität;
- > eine personenzentrierte Behandlungskette;
- > eine optimale Nutzung der verfügbaren Ressourcen (wirksam und rationell);
- > eine laufende Verbesserung (Verhältnis Bedarf/Angebot, Arbeitsweise, Ergebnisse).

Konsumformen (Männer)



Geführt wird es von einem Steuerungsausschuss, dem die Amtsvorsteherinnen und Amtsvorsteher der GSD und eine Vertreterin der Sicherheits- und Justizdirektion angehören. Eine Projektgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern der auf die Betreuung drogen- und alkoholabhängiger Personen spezialisierten Institutionen (Stiftungen «Le Tremplin» und «Le Torrey», Verein «Le Radeau»), des Vereins «REPER», des Freiburger Netzwerks für psychische Gesundheit (Behandlungsketten für Suchtkrankheiten und Jugendliche sowie Behandlungskette Krisenintervention und Konsultation-Liaison im somatischen Spital), des freiburger Spitals und der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte befasst sich ausserdem mit den praktischen Aspekten. Ein dem Kantonsarztamt angeschlossener Projektleiter ist mit der Führung des Gesamtprozesses betraut. Die Koordination zwischen diesem Projekt und demjenigen für die Umsetzung der NFA wird durch Zusammenarbeit in verschiedenen Arbeitsgruppen sichergestellt.

Die Arbeiten waren hauptsächlich auf die Studie über eine kantonale Bedarfsabklärungsstelle im Suchtbereich ausgerichtet. Die

2009

Umsetzung des Verfahrens ist für Anfang 2010 in Form eines Pilotprojektes geplant.

Parallel zum Bedarfsabklärungsverfahren hat man sich Überlegungen zu den Leistungen gemacht. Im Bereich der niedrigschwelligen Betreuung/Schadensminderung sollen im Verlaufe 2010 eingehende Überlegungen angestellt werden. Dabei sollen – parallel zum Pilotprojekt für das Bedarfsabklärungsverfahren sowie zu Zusammenarbeiten mit anderen Netzwerken – die Betreuungsleistungen analysiert und verbessert werden.

2009 war ein Jahr der Überlegungen zum Thema strukturelle Synergien zwischen den auf die Betreuung drogen- und alkoholabhängiger Personen spezialisierten Einrichtungen (Stiftungen «Le Tremplin» und «Le Torry», Verein «Le Radeau»). Diese sollen 2010 weitergeführt werden.

Die Finanzierung des Projektes durch den Fonds für die Bekämpfung der Drogenabhängigkeit wurde für mindestens ein Jahr verlängert. Neben den bereits erwähnten Themen soll auch die Einführung einer Struktur für den Fortbestand des Dispositivs besprochen werden.

3.2 Übertragbare Krankheiten

3.2.1 Jährliche Aufstellung der Meldungen übertragbarer Krankheiten

JAHRE	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	Total
Akute Hepatitis B	4	2	1	2		2	1	12
Hepatitis B insgesamt ¹	70	49	21	31	50	44	33	298
Akute Hepatitis C	2	3		1	1		1	8
Hepatitis C insgesamt ¹	72	50	43	34	43	43	38	323
Chlamydiose	68	81	87	99	116	106	150	707
Gonorrhoe	16	20	9	8	11	13	24	101
Syphilis				18	6	19	18	61
HIV	0	18	19	16	6	17	12	88
AIDS	7	8	3	3	2	2	4	29
Campylobacteriose	139	138	134	172	183	173	195	1134
Hepatitis A	8	4	9	3	5	8	8	45
Escherischia coli	3	1	6	2		2		14
Salmonellose	57	46	43	35	42	67	26	316
Shigellose	8	4	5	5	3	4	9	38
Listeriosen				2	1	3	1	7
Saisonale Grippe	17	5	6	16	6	7	11	68
Influenza A(H1N1)	0	0	0	0	0	0	416	416
Haemophilus Influenzae		4	2	3	1	1	3	14
Legionellosen	3	2	3	2	3	6	5	24
Pneumokokken	41	35	32	39	45	34	40	266
Meningokokken	4	3	2		2	2	1	14
Tuberkulose	21	12	11	13	14	8	17	96
Masern	62	2	5	9	5	22	12	117
Zeckenenzephalitis	2	3	3	9	3	1	3	24
Malaria	1	3	5	9	6	3	7	34
Insgesamt	602	487	441	513	545	583	1025	4196

¹ akute und chronische Fälle

Quellen:

- > BAG-Statistik (Jahresaufstellungen 2003–2009)
- > Kantonale Daten HIV und Aids 2003–2009

3.2.2 Masern

Nach einem «Peak» von sechs Masern-Meldungen im Februar 2009 hat sich die Situation wieder normalisiert. Insgesamt wurden im Kanton Freiburg 16 Masernverdachtsfälle verzeichnet, von denen 12 vom BAG registriert wurden. Um eine Verbrei-

—
2009

tung bestmöglich zu verhindern, wurden drei Schulausschlüsse und ein Berufsausschluss ausgesprochen. Es wurde besonders viel Wert auf die Kommunikation und die Information gelegt. Zu diesem Zweck wurden die Schulen schriftlich informiert und die Masern-Informationen auf der Website des KAA ergänzt. Seit Anfang Juli 2009 wurden dem KAA keine Masernfälle mehr gemeldet.

3.2.3 Impfkampagne für junge Mädchen gegen Humane Papillomaviren (HPV)

Im ersten Bestehensjahr des kantonalen Impfprogramms gegen HPV (Gebärmutterhalskrebs) wurden rund 5000 Mädchen geimpft (~3640 im Rahmen der Schulgesundheitspflege, ~1370 in den Arztpraxen), was einer Durchimpfung von etwa 30% entspricht. Die Impfkampagne geht in unserem Kanton auch im Schuljahr 2009/10 weiter.

Wie schon 2008 wurden die Ärzte des KAA ersucht, in einer Orientierungsschule des Kantons eine Informationssitzung zu erteilen, um den für diese Schule verantwortlichen Schularzt zu entlasten. Auf diese Weise war es möglich, bei den 180 Mädchen im Alter von 11 bis 15 Jahren direkt «den Puls zu fühlen». Dabei wurde festgestellt, dass sich die betroffenen Mädchen sehr für diese Impfung interessieren und die Mehrheit am Programm teilnimmt. Es zeigte sich auch, dass die verteilte Broschüre als einziges Informationsmittel nicht ausreicht. Die Mädchen müssen die Möglichkeit haben, einer Ärztin oder einem Arzt Fragen zu stellen. Diese Aufgabe übernehmen die Schularztinnen und Schularzte der verschiedenen Schulkreise; zu diesem Zweck steht ihnen eine PowerPoint-Präsentation und eine DVD des BAG zur Verfügung. Für die Informationssitzungen werden die Ärztinnen und Ärzte mit einem Pauschalbetrag entlohnt.

3.2.4 Vorbereitung auf eine Grippe-Pandemie

Das KAA befasste sich in enger Zusammenarbeit mit dem Amt für Militär und Bevölkerungsschutz (MBSA) weiterhin mit der Vorbereitung auf eine Grippe-Pandemie. Die Projektorganisation für den kantonalen Pandemie-Einsatzplan wurde überarbeitet. Die Planung der Arbeiten wurde ebenfalls angepasst, da das Ziel die Ausarbeitung des Pandemie-Einsatzplanes war. Die nach Themen unterteilten Projektgruppen, in denen verschiedene Dienststellen des Staates sowie Dachverbände und Berufspersonen aus der Praxis vertreten sind, haben ihre Arbeiten fortgesetzt. Es wurden vier sogenannte Pilotkonzepte erstellt, die alle die gleiche Struktur aufweisen, darunter auch das Kontaktmanagement, das gegenwärtig in der Verantwortung des KAA liegt. Diese Pilotkonzepte sollen dem Steuerungsausschuss Anfang 2010 zur Validierung unterbreitet werden.

Für Themen, die eine Koordination auf nationaler Ebene verlangen (z. B. pädiatrische Intensivpflege) präsiidierte der Kantonsarzt

gesamtschweizerische und interkantonale Arbeitsgruppen oder schlug die Einsetzung solcher Gruppen vor.

Für die Vorbereitung des Kantons auf eine Pandemie stehen noch grosse Herausforderungen bevor, namentlich die Koordination der Akteure im ambulanten Bereich, einem Sektor, der sehr unterschiedliche Berufe und Tätigkeiten, aber auch die Koordination mit dem Kanton Waadt in der Broyeregion vereinigt.

Infolge der Grippe A(H1N1) war die Pandemie Vorbereitung in diesem Jahr besonders ausgeprägt. Glücklicherweise war das Virus schlussendlich weniger virulent als das der Vogelgrippe, auf dem die Pandemie-Vorbereitungsarbeiten bisher hauptsächlich beruhten. Durch das Management der Grippe A(H1N1) wurde 2009 klar, wie wichtig diese Vorbereitungsarbeiten sind, damit eine Pandemie wirksam bewältigt werden kann, und zwar unabhängig von der Virulenz des Virus.

Die Vorbereitung auf eine Pandemie ist somit vorrangig für das KAA; deshalb wird es seine Arbeiten auf diesem Gebiet auch 2010 fortsetzen, in enger Zusammenarbeit mit seinen zahlreichen Partnern innerhalb und ausserhalb der Kantonsverwaltung sowie auf Bundes- und interkantonaler Ebene.

3.2.5 Pandemie-Einsatz Grippe A(H1N1) 2009

Am 12. April 2009, als die saisonale Grippeepidemie langsam ausklang, meldeten die mexikanischen Behörden eine Grippeepidemie mit einem neuen Influenza-Subtyp A (H1N1), auch «Schweinegrippe» genannt. Innert kurzer Zeit hatte sich das Virus in der ganzen Welt ausgedehnt, weshalb die WHO am 11. Juni 2009 die Pandemie-Phase 6 ausrief. Das pandemische Grippevirus wurde in der Schweiz erstmals am 29. April 2009 festgestellt. Im Kanton Freiburg datiert der erste bestätigte Fall vom 25. Juni 2009; es handelte sich um eine Frau, die aus den Ferien in Spanien zurückgekommen war.

Von Anfang Mai an hat sich das KAA um die Information an die Bevölkerung gekümmert. Es wurden mehrere Medienmitteilungen veröffentlicht und die KAA-Website wurde entsprechend den neuesten Entwicklungen regelmässig aktualisiert. Im Einvernehmen mit dem BAG wurde die Bevölkerung auf die Wichtigkeit der persönlichen Hygienemassnahmen hingewiesen, um das Ausbreitungsrisiko zu vermindern. Ausserdem wurden den Institutionen des Gesundheitswesens und den Ärztinnen und Ärzten des Kantons verschiedene Mitteilungen zugestellt. Gemeinsam mit der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport (EKSD) wurden Richtlinien für den Schulbeginn ausgearbeitet; diese richteten sich an die Einrichtungen zur Betreuung von Kindern im Vorschulalter sowie an die verschiedenen Schulstufen. Des Weiteren wurde das Kantonale Impfprogramm gegen A(H1N1) umgesetzt.

2009

Bei den ersten aufgezeichneten Fällen hat das KAA das Kontaktmanagement-Konzept eingesetzt, das im Rahmen der Vorbereitungen auf eine Vogelgrippepandemie oder eine unbekannte Hx-Ny-Grippe ausgearbeitet worden war. Personen, die näheren Kontakt zu Erkrankten gehabt hatten, wurden vom KAA persönlich kontaktiert und aufgefordert, zu Hause zu bleiben und jeglichen Kontakt mit der Aussenwelt zu vermeiden. Bis Ende Juli waren fünf Fälle bestätigt worden. In der Folge und aufgrund von strategischen Änderungen, die vom BAG vorgeschrieben worden waren, hat sich das KAA nur noch mit dem Erfassen von bestätigten Fällen befasst.

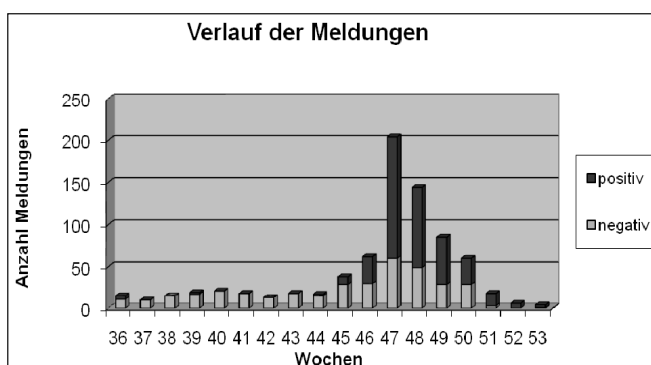
Die Melde- und Beprobungskriterien sind seit Ende April ebenfalls mehrfach geändert worden und auch die einzelnen Fälle wurden vom KAA unterschiedlich behandelt. Vom 28. April bis 30. Juni 2009 mussten bei Erfüllung der entsprechenden Kriterien alle Verdachtsfälle innerhalb von zwei Stunden gemeldet und Laboruntersuchungen durchgeführt werden. Seit dem 10. Juli 2009 mussten alle Verdachtsfälle innerhalb eines Tages gemeldet werden; allerdings wurde nur für diejenigen Fälle eine Laboruntersuchung verlangt, die schwere Symptome aufwiesen, bei denen ein erhöhtes Komplikationsrisiko oder Kontakt zu Personen mit einem erhöhten Komplikationsrisiko bestand. Von diesem Tag an wurden – gemäss Weisungen des BAG – gesunde Personen, die Kontakt zu erkrankten Personen hatten, vom KAA nicht mehr isoliert. Ab dem 10. August 2009 waren nur noch jene Verdachtsfälle zu melden, bei denen eine Hospitalisation notwendig war oder bereits hospitalisierte Personen betroffen waren. Verdachtsfälle mit schwerwiegenden Symptomen, einem erhöhten Komplikationsrisiko oder aber in Kontakt mit solchen Personen mussten immer noch getestet werden. Seit dem 1. Mai 2009 mussten die Ärztinnen und Ärzte ebenfalls jede (angesichts der Jahreszeit) unerwartete Häufung von Fällen mit erfüllten klinischen Kriterien mit dem Formular «Häufung von Beobachtungen oder besonderes Ereignis» innerhalb eines Tages melden. Diese Entwicklung macht deutlich, dass die kantonalen Statistiken mit Vorsicht zu interpretieren sind und nicht die tatsächliche Anzahl Fälle widerspiegeln.

Angesichts der Komplexität der Aufgaben und der Entwicklung der Pandemie wurde Anfang August 2009 das kantonale Führungsorgan (KFO) eingeschaltet und eine *Ad-hoc*-Delegation des Staatsrates bezeichnet.

Anfang November konnten die Vorbereitungsarbeiten für die Impfung der Freiburger Bevölkerung langsam aber sicher in die Tat umgesetzt werden, sodass die Impfkampagne sofort gestartet werden konnte, als die Kantone die Impfdosen erhalten hatten. Weil die Impfdosen etappenweise geliefert wurden und den Risikogruppen bei der Impfung der Vorzug gegeben werden musste, hat der Staatsrat – auf Anraten des KAA und des KFO – beschlossen, die Hausärztinnen und Hausärzte mit der Impfung zu betrauen und sich die Option offenzuhalten, bei Bedarf allenfalls Impfzentren zu eröffnen.

Ab Woche 44 hatte die Zahl der positiv getesteten Fälle stark zugenommen; in der Woche 47 hatte die Pandemiewelle ihren Höhepunkt erreicht. Weil zu dieser Zeit gerade auch die Impfdosen ankamen, war das KAA extrem gefordert. Aufgrund der Nachfrage der Bevölkerung und der Überlastung der Hausärztinnen und Hausärzte hat das KAA in Zusammenarbeit mit dem MBSA und auf Antrag der Delegation des Staatsrates hin in Bulle, Dürnten und Freiburg je ein Impfzentrum eröffnet. Ausserdem wurde eine kantonale Hotline eingerichtet, mit der Informationen über die Impfkampagne erteilt und die Einschreibungen verwaltet werden konnten. Dank der wertvollen Zusammenarbeit mit dem Kantonsapotheker, mit unabhängigen Pflegefachpersonen, mit den verfügbaren oder pensionierten Ärztinnen und Ärzten und mit dem Zivilschutz liefen die vier Impfstage ohne Zwischenfälle ab. Insgesamt konnten 1200 Personen geimpft werden.

Ende 2009 zählte der Kanton Freiburg 416 bestätigte Fälle, 8 Personen mussten hospitalisiert werden.



3.2.6 Europäische Impfwoche

Die Schweiz hat beschlossen, vom 20. bis zum 26. April 2009 erstmals an der von der WHO organisierten europäischen Impfwoche teilzunehmen. Jeder Staat wählt ein seinen Bedürfnissen entsprechendes Thema. Die Schweiz hat sich für das Nachholen fehlender Impfungen entschieden. Dazu hat das BAG die Hotline «Impf-Info» mit persönlicher Beratung eingerichtet, seine Website www.sichimpfen.ch auf den neusten Stand gebracht und Poster und Flyer angefertigt, mit denen man seinen Impf-Status überprüfen konnte. Das KAA wiederum hat die Freiburger Bevölkerung über eine Medienmitteilung informiert. Darüber hinaus wurde auf der KAA-Website ein Frage-Antwort-Dokument in Zusammenhang mit der Impfung aufgeschaltet, das auch die Informationen des BAG enthielt.

2009

3.3 Gesundheitsförderung und Prävention nicht übertragbarer Krankheiten

3.3.1 Krebsprävention

3.3.1.1 Kantonales Programm für die systematische Früherkennung von Brustkrebs

2009 hat die Krebsliga Freiburg die dritte Serie der systematischen Brustkrebs-Vorsorgeuntersuchung per Mammographie weitergeführt, die von März 2008 bis März 2010 andauert.

2009 hat das Brustkrebszentrum 13 582 reguläre und 1019 Einladungen auf Anfrage verschickt.

Schliesslich waren 13 264 Frauen zur Früherkennung zugelassen. 2009 haben insgesamt 8743 Frauen eine Mammographie zur Früherkennung im Rahmen des Freiburger Programms durchführen lassen, was einer Beteiligung von 65,9% entspricht. Dieser Prozentsatz ist ein wenig zu hoch eingestuft, weil sich einige Frauen abgemeldet haben und keine Einladung mehr wünschen. Nichtsdestotrotz wären diese Personen immer noch zugelassen. Ohne diese Frauen beträgt der tatsächliche Anteil im 2009 für den Kanton Freiburg 61,2%.

2001 Frauen haben zum ersten Mal eine Mammographie durchführen lassen, 1046 von diesen wiederum sind über 50 Jahre alt. Auf eine Betriebszeit von 44 Wochen führte das Screening-Zentrum wöchentlich durchschnittlich 199 Mammographien durch.

Bei 511 Teilnehmerinnen war der Befund positiv; für 182 war es die erste Untersuchung. Der Anteil positiver Befunde, der zu einer Aufforderung für weitere Untersuchungen führt, beträgt in dieser Gruppe 9,1% und liegt über dem Referenzwert der europäischen Guidelines ($\leq 7\%$).

Für die 329 anderen Teilnehmerinnen beträgt der Anteil zu einer erneuten Aufforderung 4,8% und entspricht der Norm des europäischen Referenzanteils ($EU \leq 5\%$).

All diese Frauen wurden aufgefordert, zusätzliche Untersuchungen durchführen zu lassen und bis zum heutigen Tage wurden 33 Krebsfälle bestätigt (provisorische Zahl, da die Untersuchungen für die Ergebnisse aus den letzten Wochen 2009 noch am Laufen sind).

Der Evaluationsbericht der zweiten Phase (März 2006–März 2008) wurde im Februar 2009 veröffentlicht und an alle Partner verteilt. Der Kanton Freiburg ist im Vergleich zur internationalen Klassifikation für die Anzahl Krebserkrankungen, die mittels Früherkennung erkannt werden konnten, gut positioniert; der Anteil frühzeitig erkannter Krebserkrankungen und auch der Anteil Erkrankungen ohne Metastasen in den Lymphknoten ist höher. Dies sind zwei wichtige Indikatoren für die Effizienz eines Programms.

2009 hat Freiburg ein Pilotprojekt lanciert, mit dem die Arbeitsabläufe im Bereich Mammographie digitalisiert werden sollen. Mit Unterstützung der Schweizerischen Krebsliga und der «Loterie romande» wurde ein Internet-basierter Workflow Manager entwickelt. Als Grundlage wurde eine in Belgien entwickelte Transportsoftware verwendet. Die Vorbereitung dieses Technologietransfers hin zur Digitalisierung hat viel zusätzliche Zeit und Energie abverlangt. Die neue Lösung sollte im März 2010 betriebsfähig sein, rechtzeitig zum Start der 4. Phase.

3.3.1.2 Freiburger Krebsregister

Die Erfassung und die Kodierung der Fälle 2008 konnte im Oktober 2009 abgeschlossen werden. Die Analysen der Daten 2006 bis 2008 haben ergeben, dass sich die Häufigkeitsrate im Kanton Freiburg – alle Lokalisationen zusammengenommen – auf dem gleichen Niveau befindet wie in den anderen Schweizer Kantonen, d. h. 1146 neue verzeichnete Fälle am 1. November 2009 für das Jahr 2008.

		Altersgruppe						FR
		0-19	20-49	50-59	60-69	70-79	80+	Total
Männer	2006	4	69	113	186	162	77	611
	2007	6	65	107	197	192	93	660
	2008	2	50	96	205	179	92	624
Frauen	2006	3	97	124	119	107	56	506
	2007	7	111	104	118	108	81	529
	2008	2	100	113	110	113	84	522
Total	2006	7	166	237	305	269	133	1117
	2007	13	176	211	315	300	174	1189
	2008	4	150	209	315	292	176	1146
	Total	24	492	657	935	861	483	3452
Jahresdurchschnitt		8,0	164	219	312	287	161	1151
Prozent		0,70	14,25	19,0	27,1	24,9	14,0	100

—
2009

Die genauen Ergebnisse der Datenanalyse 2006 bis 2008 sowie die Häufigkeitsraten nach Alterskategorien für alle Lokalisationen können auf der Website der Krebsliga Freiburg unter http://www.liguecancer-fr.ch/de/krebsregister/resultat/resultats_2008_d/ eingesehen werden.

Aufgrund der tiefgreifenden Neugestaltung des Informatik-Programms des Registers – die im Übrigen für die Anpassung an die NICER-Daten (NICER = «National Institute of Cancer Epidemiology and Registration») obligatorisch war – konnten die Daten zur Mortalität nicht verwendet werden. Diese Daten sollten aber im Verlaufe des ersten Vierteljahrs 2010 integriert werden. Dank des Abkommens mit der Gesundheits- und Fürsorgedirektion Bern über die Weitergabe der Daten der medizinischen Statistik der Krankenhäuser zu den Freiburger Patientinnen und Patienten konnten mehr als 80 Fälle registriert werden, die ansonsten unbemerkt geblieben wären.

Weil das NICER die Qualität der Daten von 2006 und 2007 als ausgezeichnet eingestuft hatte, wurde Anfang 2009 das Akkreditierungsverfahren eingeleitet. Das Freiburger Krebsregister hat die Akkreditierung erhalten und konnte seinen Vertrag mit NICER im Juni 2009 unterzeichnen.

3.4 Hitzewelle

Unter der Leitung des KAA und in Zusammenarbeit mit dem MBSA, dem Amt für Gesundheit und dem Kantonsapotheker wurde das kantonale Informationsdispositiv für den Fall einer Hitzewelle neu überarbeitet. Die Empfängerliste für die Informationen, die das KAA alljährlich verschickt, wurde erweitert. Anfang Sommer veröffentlicht das KAA jeweils gezielte Informationen bzgl. Prävention an die zahlreichen Partnerinnen und Partner, die sich um Personen kümmern, die bei einer Hitzewelle gefährdet wären, also Pflegeeinrichtungen, Dienste für Hilfe und Pflege zu Hause, Ärztinnen und Ärzte mit einer eigenen Praxis (über ihre jeweiligen Dachverbände), an die Institutionen und Heime für Personen mit Behinderungen, an die Mütter- und Väterberatungsdienste und die Einrichtungen zur Betreuung von Kindern im Vorschulalter sowie das Freiburgische Rote Kreuz, Gesundheitsligen, Apotheken, Drogerien und Gemeinden.

Bei einer Hitzewellenwarnung von MeteoSchweiz weist das KAA per E-Mail an die oben genannten Partner erneut auf die zu treffenden Präventionsmassnahmen hin. Die Bevölkerung wird über die Website, gegebenenfalls über eine Medienmitteilung informiert. Am Ende des Tages vom 18. August 2009 hat MeteoSchweiz eine Hitzewellenwarnung herausgegeben, die bis zum Abend des 20. Augusts 2009 gültig war; dadurch wurden alle für diesen Fall vorgesehenen Informationsmassnahmen mit Ausnahme der Medienmitteilung ausgelöst.

3.5 Schulärztliche Betreuung

Die Schulärztinnen und Schulärzte führten im ganzen Kanton Vorsorgekontrollen in den Kindergarten- und 5. Primarschulklassen sowie in einigen Orientierungsschulklassen durch. Sie impften ausserdem 1347 Schülerinnen und Schüler gegen Masern, Mumps und Röteln, 1420 gegen Diphtherie und Tetanus, 543 gegen Diphtherie-Tetanus-Keuchhusten-Kinderlähmung und 406 gegen Diphtherie-Tetanus-Kinderlähmung. Wie in den letzten Jahren stiess die Impfung gegen Hepatitis B der Jugendlichen in den Orientierungsschulen auf gutes Echo, liessen sich doch 2350 Jugendliche impfen, was einer Impfquote von rund 65% entspricht.

Die schulärztliche Betreuung in ihrer heutigen Form war im Rahmen des Versuchsprojekts für Gesundheit in der Schule (PESS) Gegenstand einer SWOT-Analyse (SWOT steht für: Stärken, Schwächen, Chancen, Gefahren). Angesichts der guten medizinischen Versorgung der Schülerinnen und Schüler auf privater Ebene, aber auch aufgrund der guten körperlichen Gesundheit der Kinder wurde festgestellt, dass das gegenwärtige System, das mit seinen zwei Untersuchungen im Kindergarten und in der Primarschule (ohne OS) hauptsächlich der Erkennung dient, nicht mehr den Bedürfnissen von heute entspricht, wo vielmehr psychosoziale Probleme im Vordergrund stehen. Darüber hinaus ist das gegenwärtige System mehr und mehr gefährdet, weil sich nicht genügend Hausärzte für diesen Bereich zur Verfügung stellen. Im Verlaufe des Jahres 2010 sollen in diesem Zusammenhang Überlegungen angestellt werden, die sich vermehrt auf die Umsetzung des Versuchsprojekts für Gesundheit in der Schule ausrichten.

3.6 Tätigkeiten in Verbindung mit dem Gesundheitsschutz der Bevölkerung

Das neue Gesetz vom 13. Dezember 2007 über den Bevölkerungsschutz ist am 1. Januar 2008 in Kraft getreten; am Gesundheitsgesetz vom 16. November 1999 wurden entsprechende Änderungen vorgenommen. Eingeführt wurde namentlich ein sanitätsdienstliches Führungsorgan für die bessere Bewältigung ausserordentlicher Situationen im Gesundheitsbereich. Seit Ende 2009 wurden dessen Kompetenzen, Zusammensetzung und Arbeitsweise festgelegt, parallel dazu wurde ein detailliertes sanitätsdienstliches Konzept ausgearbeitet.

Der Kantonsarzt und der Stellvertretende Kantonsarzt waren ferner an den verschiedenen Tätigkeiten des KFO beteiligt, so auch an den halbmonatlichen Sitzungen und an zwei Übungstagen, darunter eine Übung, die vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz organisiert worden war und bei der ein Unfall im Kernkraftwerk Mühleberg simuliert wurde.

Im Rahmen des KFO ist das KAA gegenwärtig in drei Arbeitsgruppen vertreten:

—
2009

- > Zusammenarbeit KFO und kommunale Führungsorgane (GFO)
- > Übungsleitung HERMES (Verkehrsunfall im Tunnel H189)
- > Übungsleitung KFO-PCE (geplant für 2010)

Als die Grippepandemie «auf Hochtouren lief» wurde das KFO eingeschaltet und mit der Planung und Führung der Aktionen in Zusammenhang mit der Pandemie betraut. Die beiden Ärzte des KAA haben von Anfang August bis Ende Dezember an 9 KFO-Rapporten teilgenommen.

Bei der Anschaffung eines Fahrzeugs für den Sanitäts-Support («véhicule de soutien sanitaire», VSS), das beim interkantonalen Spital der Broye stationiert ist und von den Kantonen Waadt und Freiburg gemeinsam finanziert wird, wurden Diskussionen über die Rolle, die Intervention und die Arbeitsweise des «Groupement d'intervention sanitaire professionnel» (GISP) geführt. Aus diesen Überlegungen entstand das interkantonale VSS-Reglement, das sich zurzeit bei den zuständigen Diensten der beiden Kantone im Genehmigungsprozess befindet.

Am 3. Dezember 2009 wurde unter der Leitung des Vorstehers des MBSA im Tunnel der H189 in Bulle eine Übung durchgeführt. Als Mitglied der Übungsleitung war das KAA sowohl an der Planung als auch an der Führung dieser Übung beteiligt. Die Übung, bei der alle sanitären Formationen und Mittel (Ambulanzen, ORKAF-Ärztinnen/-Ärzte (ORKAF = Organisation für den Katastrophenfall), Sanitätsdienstliche Einsatzgruppe GISP) erprobt wurden, war erfolgreich und hat Verbesserungsmöglichkeiten insbesondere in Zusammenhang mit der Abstimmung der verschiedenen Interventionsformationen (Sanität, Polizei, Feuerwehr) zum Vorschein gebracht.

3.7 Management der Gesundheitsförderung

Das KAA trug zum Management und zur Steuerung verschiedener Projekte bei. Zu nennen sind etwa:

- > der Aktionsplan für Gesundheitsförderung und Prävention (in Zusammenarbeit mit der Kommission für Gesundheitsförderung und Prävention und dem Amt für Gesundheit)
- > das Versuchsprojekt für «Gesundheit in der Schule», gefolgt vom Projekt Gesundheit in der Schule (in Zusammenarbeit mit den Ämtern für den deutschsprachigen und den französischsprachigen obligatorischen Unterricht und dem Amt für Gesundheit);
- > die Mitbeurteilung der Präventionsprojekte, die der GSD im Hinblick auf eine Subventionierung unterbreitet werden (in Zusammenarbeit mit dem Amt für Gesundheit);

- > der Schutz vor Passivrauchen (in Zusammenarbeit mit dem Amt für Gesundheit);
- > das Fischereiverbot und Verzehrsempfehlungen für cPCB belastete Fische (Gutachten zuhanden des Steuerungsausschusses, Treffen im Rahmen der Neuorganisation des Projektes).

4. Überwachung und Planung des Gesundheitssystems

—

4.1 Bewilligung zum Betrieb von Institutionen des Gesundheitswesens

Aufgrund des Gesundheitsgesetzes und dessen Ausführungsgebung begutachtet das KAA in Zusammenarbeit mit dem Amt für Gesundheit nach feststehenden Anforderungskriterien die Dossiers zu Bewilligungsgesuchen zum Betrieb von Institutionen des Gesundheitswesens.

4.2 Stellungnahmen zur Aufhebung des Berufsheimnisses

Das KAA sprach sich bei der GSD in 18 Fällen dafür aus, einem Gesuch um Aufhebung des Berufsheimnisses stattzugeben (auf 3 Gesuche konnte die GSD nicht eingehen).

4.3 Aufsicht über die Pflegeheime

Im Rahmen des Gesundheitsgesetzes und seiner Ausführungsgebung sowie der Gesetzgebung über die Pflegeheime (Gesetz über Pflegeheime für Betagte, PflHG, und Reglement über die Pflegeheime für Betagte, PflHR) ist das Kantonsarztamt mit der Aufsicht über die Pflegeheime betraut. Diese Kontrollbesuche, die nach interkantonalen Anforderungsnormen durchgeführt werden, sind massgebend für die Erteilung und die Beibehaltung der Bewilligung zum Betrieb der Institution.

4.3.1 Pflegeheim-Unterbringung vor dem AHV-Alter

Nach Artikel 10 Abs. 2 PflHR kann der Kantonsarzt Personen, die noch nicht im AHV-Alter sind, aber wegen Krankheit oder schwerer Behinderung eines definitiven Heimaufenthalts bedürfen, ausnahmsweise gestatten, dass sie in ein Pflegeheim für Betagte eintreten können.

4.3.2 Anerkennung neuer Pflegeheimbetten

Seit 2009 beteiligt sich das KAA nicht mehr an der Anerkennung neuer Pflegeheimbetten. Die Übereinstimmung zwischen der Dotation mit Pflegepersonal und der erforderlichen Pflegestufe wird neu vom Sozialvorsorgeamt geprüft.

—
2009

4.3.3 Anfechtung des Pflegebedarfsgrades

Der Pflege- und Betreuungsbedarf der Pflegeheimbewohnerinnen und -bewohner wird anhand eines Rasters ermittelt. Dieses führt 14 Bereiche auf, die entsprechend der Interventionszeit der Pflegenden nach einem Punktesystem von 1–6 beurteilt werden. Je nach der Anzahl erzielter Punkte wird die Person einem Pflegebedarfsgrad zugeordnet: A, B, C oder D. In Verbindung mit der Dotation, die für die Versorgung der Person erforderlich ist, bestimmt der Pflegebedarfsgrad die Pflege- und Betreuungskosten.

Pflegeheimbewohnerinnen und -bewohner können gegen den vom Heim zugeteilten Pflegebedarfsgrad Beschwerde einlegen. Die Pflegefachfrauen des KAA nehmen dann ihrerseits eine Beurteilung vor, die den vom Heim zugeteilten Pflegebedarfsgrad bestätigt oder aber entkräftet. Aufgrund ihres Berichts wird die Beschwerde von der Expertenkommission für Pflegeheime für Betagte (die Expertenkommission) behandelt; diese wird vom Kantonsarzt präsiert und setzt sich ferner aus einem Vertreter der Krankenversicherer und einem Vertreter der Pflegeheime zusammen.

4.4 Beurteilungen für die Erteilung von Sozialleistungen

In dieser sporadischen Tätigkeit interveniert das KAA im Auftrag der kantonalen AHV-/IV-/EO-Ausgleichskasse und gemäss der Verordnung vom 26. Oktober 2004, mit der das KAA als zuständige Stelle für die Festlegung der bei den Ergänzungsleistungen vergüteten Pflege und Betreuung bezeichnet wurde. Als solche legt es den Teil der Pflege und Betreuung fest, der bei den Ergänzungsleistungen vergütet werden kann.

Diese Leistungen ermöglichen die Vergütung von Pflegekosten, die direkt für die Bezügerin oder den Bezüger einer Hilflosenentschädigung (mittlere oder schwere Hilflosigkeit) anfallen. Sie fügen sich in eine Förderung des Verbleibs behinderter Personen zu Hause ein.

Institutionen des Gesundheitswesens: Zusammenfassung der Anzahl Leistungen

Leistungsart	Anzahl
Gutachten Betriebsbewilligungen für Institutionen des Gesundheitswesens	3
Besuche im Rahmen der Überwachung der Pflegeheime	5
Bewilligungen für Pflegeheim-Unterbringungen vor dem AHV-Alter	21

Leistungsart	Anzahl
Anfechtung des Pflegebedarfsgrades für Pflegeheimbewohner/innen	0
Beurteilungen für die Erteilung von Sozialleistungen	2

4.5 Pilotprojekt einer gesicherten alterspsychiatrischen Abteilung in der «Résidence des Chênes»

Das Konzept, das die «Résidence des Chênes» präsentiert hat, wurde am 12. Juli 2005 von der GSD genehmigt. 2006 wurde es in die Tat umgesetzt und am 1. Mai 2007 hat die Einheit ihre Türen geöffnet.

Die Abteilung beherbergt 12 Personen, die an einer schweren Demenz leiden. Diese wohnen in Einzelzimmern. Die bauliche Gestaltung wird ihrer Pathologie gerecht. Der Innenraum und der gesicherte Garten erlauben genügend Bewegungsfreiheit. Das Personal ist für die Begleitung Demenzkranker ausgebildet und sowohl die therapeutischen Aktivitäten als auch die Freizeitaktivitäten entsprechen den Bedürfnissen dieser Patientinnen und Patienten.

Das Pilotprojekt ist Gegenstand einer Evaluation im Auftrag der GSD, die im Juni 2009 angefangen hat und im Laufe des ersten Vierteljahres 2010 u. a. die nötigen Antworten für die Entwicklung solcher Einheiten liefern soll.

4.6 Projekt für ein neues Instrument zur Evaluation des Pflegebedarfs und des Pflegeaufwands in den Freiburger Pflegeheimen

In der Neuordnung der Pflegefinanzierung, im entsprechenden Bundesgesetz und dessen Ausführungsbestimmungen, insbesondere in der Änderung der Verordnung des EDI über Leistungen in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (KLV), ist eine gesamtschweizerisch harmonisierte Bewertungsskala des Pflegebedarfs der Pflegeheimbewohner vorgesehen. Diese Skala ist in 12 Stufen und Zeiteinheiten von 20 Minuten eingeteilt. Der Bundesrat hat das Inkrafttreten auf den 1. Januar 2011 festgesetzt.

Um den neuen Anforderungen entsprechen zu können wurde eine Projektgruppe geschaffen, die ein neues Instrument zur Beurteilung des Pflegebedarfs in den Freiburger Pflegeheimen aussuchen soll. Die Arbeiten dieser Gruppe, die im Juli 2009 aufgenommen wurden, sollen auch im 2010 weitergeführt werden; die Gruppe ist auch für die Implementierung des Instrumentes zuständig.

4.7 Weitere Tätigkeiten im Altersbereich

> Das KAA ist Teil des Projektausschusses und der Arbeitsgruppe von «Senior+». Dieses Projekt wurde im September 2009 offi-

2009

ziell lanciert. Ziel ist es, eine kantonale Politik zugunsten älterer Menschen auszuarbeiten und anschliessend durch den Staatsrat genehmigen zu lassen. Diese Politik soll den besonderen Bedürfnissen der Seniorinnen und Senioren, aber auch den neuen demografischen Gegebenheiten der Freiburger Gesellschaft entsprechen. Das Projekt befindet sich zurzeit in der Phase der Bedarfsanalyse.

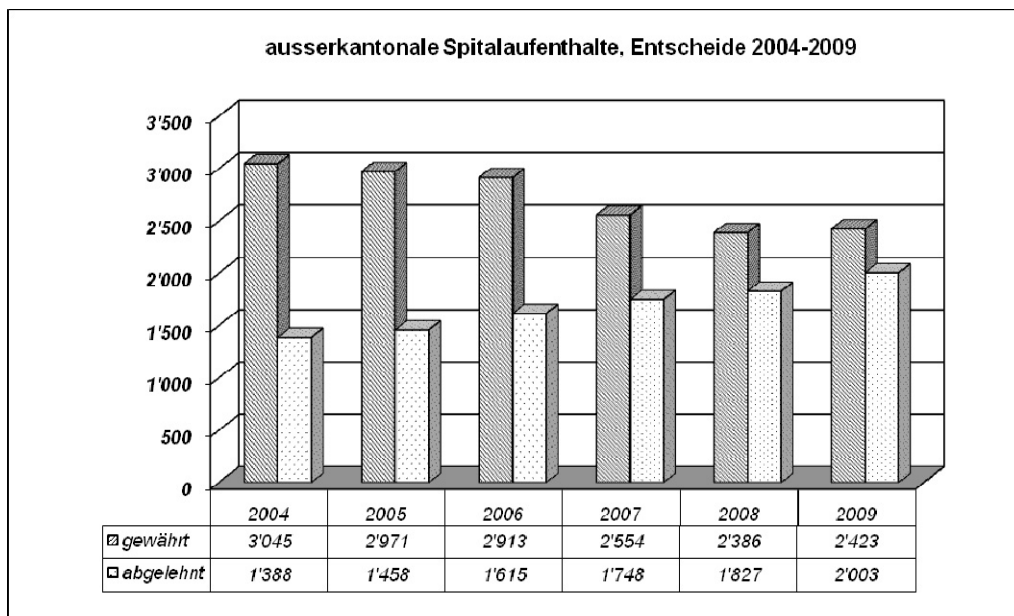
- Das KAA beteiligte sich aktiv an einem Kongress über Medikamentenfehler, der von der Vereinigung Freiburgischer Alters- einrichtungen (VFA) organisiert worden war, sowie an einem Informationstag zum Thema Betagte (Westschweizer Treffen

von CURAVIVA): «Institutions et démence – quel accompagnement des personnes âgées souffrant de démence?»

4.8 Ausserkantonale Spitalaufenthalte

2009 bearbeitete das Kantonsarztamt insgesamt 4426 Kostengutsprache gesuche für ausserkantonale Spitalaufenthalte; davon wurden 2423 (55%) bewilligt und 2003 (45%) abgelehnt.

Im Vergleich zu den Vorjahren ist die Gesamtzahl der Fälle relativ konstant (s. Grafik 1). Die Zahl der abgelehnten Gesuche nimmt jedoch stetig zu. Das KAA führt diesen Anstieg auf die Ausdehnung der Leistungen des HFR zurück.



Die Bearbeitung der ausserkantonalen Spitalaufenthalte bedeutet für das KAA einen erheblichen Verwaltungsaufwand.

- Gesundheit am Arbeitsplatz (Projekt 50+)

- PCB-La Pila

5. Information und Koordination

Die zahlreichen Informationstätigkeiten im Rahmen der im Bericht aufgeführten Projekte und die erteilten Auskünfte betrafen unter anderem die folgenden, sehr unterschiedlichen Themen:

- A(H1N1)-Pandemie
- Impfprogramm gegen HPV
- Masernepidemie
- Passivrauchen
- Kopfläuse

5.1 Statistik

Das KAA sammelte und überprüfte die Daten der jährlichen medizinischen Statistik der Spitäler des Kantons und leitete sie an das Bundesamt für Statistik weiter.

Die auf den Fichen für präklinische IVR-Einsätze (IVR= Interverband für Rettungswesen) basierende Statistik über die Einsätze der Ambulanzdienste befindet sich zurzeit in einer Übergangsphase. In diesem Bereich werden dank der neuen Software, die 2009 in den Ambulanzdiensten eingeführt worden ist, jedoch noch angepasst werden muss, bald schon zentralisierte elektronische Daten verfügbar sein.

—
2009**6. Austausch und Zusammenarbeit****6.1 Kommissionen und Arbeitsgruppen**

Die Mitarbeitenden des KAA waren ausserdem in zahlreichen Kommissionen und Arbeitsgruppen tätig, darunter:

- › Kantonale Kommission für Gesundheitsplanung
- › Ständige Kommission für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz in der Kantonsverwaltung
- › Beratende Kommission für Pflegeheime für Betagte (COMEMS)
- › Expertenkommission für Pflegeheime für Betagte
- › Kommission des GRSP («groupement romand des services de santé publique») für präklinische Gesundheitsversorgung
- › Eidgenössische Kommission für Tabakprävention
- › Wissenschaftlicher Ausschuss des Krebsregisters
- › Vorstand IVR (Vertretung der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren)
- › Arbeitsgruppe «Strategie zur Eliminierung der Masern»
- › Arbeitsgruppe für die Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfes über die Ausübung der Prostitution

IV. SCHULZAHNPFLEGEDIENST**1. Aufgaben**

Der Schulzahnplegedienst (SZPD) wendet sich in erster Linie an Kinder im schulpflichtigen Alter. Seine Aufgabe besteht in der Förderung der Mund- und Zahnhygiene, der Bekämpfung von Karies und Parodontitis und der Korrektur von Missbildungen des Gebisses.

Geleitet wird der SZPD vom Dienstchef Jean-Claude Meylan.

2. Tätigkeiten

Für die Wahrnehmung seiner Aufgaben unterteilt sich der Dienst in drei Sektionen:

2.1 Prophylaxe

Die Schulzahnplegerinnen unterweisen die Kinder des Kantons im Kindergarten- und Primarschulalter praktisch und theoretisch in Zahnhygiene. Vom Kindergarten bis zur 6. Primarschulklasse wird in der Regel jede Klasse einmal jährlich besucht. Im September 2009 wurden im Kanton 47 neue Kindergartenklassen eröffnet. Wegen des stetigen Anstiegs der Anzahl Klassen und Schüler brauchen die beiden Schulzahnplegerinnen derzeit rund 20 Monate, um alle Kinder des Kantons einmal zu besuchen. Damit die Schülerinnen und Schüler das Gelernte in die Praxis umsetzen können, gibt der Dienst in präventiver Absicht und unentgeltlich jedem Kind eine Zahnbürste und didaktisches Material. Ab 2009 besuchten die Schulzahnplegerinnen 808 Klassen und unterwiesen 14 466 Kinder.

Dank der Prophylaxetätigkeit des Dienstes und der regelmässigen Kontrolle durch den Schulzahnarzt tritt Karies bei Kindern im Schulalter immer seltener auf. Hingegen ist Jahr für Jahr eine sehr beunruhigende Zunahme von Karies bei Kleinkindern festzustellen. Künftig wäre es deshalb wünschenswert, dass auch die Eltern von Kindern im Vorschulalter für die Bedeutung einer guten Zahnhygiene sensibilisiert werden. Die Einführung eines zweiten Kindergartenjahres wird einer Verbesserung der Situation dienlich sein.

Dieses Jahr hat der SZPD an der «Journée romande de prophylaxie» in Sitten teilgenommen, an der rund vierzig Fachpersonen aus der ganzen Westschweiz zugegen waren. Diese Veranstaltung war eine gute Gelegenheit, um einerseits die grundlegenden Werte einer wirksamen Zahnprophylaxe in Erinnerung zu rufen und andererseits eine Bilanz der Mund- und Zahnhygiene in der Westschweiz zu ziehen.

2.2 Zahnkontrolle und -behandlungen

Der Dienst stellt den Kindern im schulpflichtigen Alter eine Infrastruktur für die Kontrolle und, wenn nötig, für die Behandlung des Gebisses bereit. Er verfügt nach wie vor über 4 mobile Zahnkliniken, von denen 2 ausschliesslich für Kontrolluntersuchungen benützt werden, sowie über 8 ortsfeste Kliniken.

Die verschiedenen Kliniken des Dienstes sind während der Schulzeiten in Betrieb, das heisst, sie schliessen während der Ferien. Die mobilen Kliniken suchen alle Gemeinden des Kantons auf, die keinen Schulzahnarzt haben.

Wie schon 2008 war auch 2009 für den SZPD ein Jahr grosser Veränderungen: Im Anschluss an eine Analyse durch einen externen Sachverständigen im Jahr 2008 und auf der Grundlage seiner Empfehlungen hat der SZPD neue Strukturen geschaffen. Dabei erhielt er Unterstützung von zwei Sachverständigen des Amtes für Personal und Organisation. Es wurden Arbeitsgruppen ins Leben

2009

gerufen, die der GSD neuartige Strukturen vorschlagen sollten. Die Mehrheit der gutgeheissenen Vorschläge waren bereits 2009 einsatzbereit. 2007 hatte sich der SZPD zum Ziel gesetzt, alle Kinder des Kantons innerhalb von 12 bis 18 Monaten zu kontrollieren und zu behandeln. Dank der neuen Strukturen konnten diese Ziele im ganzen Kanton erreicht werden.

Es sei daran erinnert, dass sich der SZPD noch immer in einer Umstrukturierungsphase befindet, die auch in den kommenden Jahren noch anhalten wird. Ziel der Neuorganisation ist eine Verbesserung der Pflegeleistungen und eine Steigerung der Wirtschaftlichkeit. Die verschiedenen Restrukturierungen haben Jahr für Jahr zu einem erfreulichen Anstieg der Patientenzahl geführt, der jedoch den Rückgang der Kariespatienten und damit der Einnahmen nicht kompensieren konnte. Trotzdem hat der SZPD damit natürlich seine Ziele erreicht.

Die Anzahl Fahrten der mobilen Kliniken blieb stabil. Sie ist von 54 im 2008 auf 58 im 2009 angestiegen.

2009 kontrollierte der Schulzahnpflegedienst 11 474 Kinder, von denen 10 065 eine fachgerechte Behandlung erhielten.

2.3 Kieferorthopädische Behandlungen

Die kieferorthopädischen Kliniken im Péroles 23 in Freiburg und im Kollegium des Südens in Bulle sind auf die Behandlung dentofazialer Missbildungen spezialisiert.

Wie schon im Vorjahr lief der Betrieb der kieferorthopädischen Kliniken auch dieses Jahr mehr oder weniger reibungslos ab. Beim Personal sind nur wenige Wechsel zu verzeichnen, weshalb auch die Ergebnisse mit den Budgetvorhersagen übereinstimmen.

2009 stieg die Zahl der Patientinnen und Patienten, die eine kieferorthopädische Behandlung wünschten, leicht an. Der Dienst hat keine Warteliste mehr und jeder neuen Nachfrage kann innert vernünftiger Frist entsprochen werden. 2009 nahmen die kieferorthopädischen Kliniken 462 neue Patientinnen und Patienten auf. Ihr Umsatz beläuft sich auf 2 113 509 Franken. Bei 10 964 Kontrollen wurden 2086 Kinder behandelt.

Kliniken	Beschäftigungsgrad	1 Kinder, die die Möglichkeit hatten, einen Termin in der Schulzahnklinik zu vereinbaren	2 In der Schulzahnklinik kontrollierte Kinder	3 In der Schulzahnklinik behandelte Kinder	4 In der Schulzahnklinik kontrollierte und privat behandelte Kinder	5 Privat kontrollierte und behandelte Kinder (mit Bestätigung)	Total der Rechnungen	In der Schulzahnklinik behandelte Kinder in %	Zur Durchführung des Programms benötigte Zeit
Les Buissonnets	85%	2035	1303	1142	142	732	236 263.65	64.03%	11 Monate
Freiburg	95%	2491	1665	1543	115	826	317 138.65	66.84%	12 Monate
Nr. 2/Vivisbach (bis Ende Juni)	85%	1665	711	594	117	954	112 313.55	42.70%	
Romont / Glane	85%	2252	1518	1345	87	734	228 523.75	67.41%	12 Monate
Nr. 3 Saane	85%	2936	767	620	146	2169	108 987.85	26.12%	12 Monate
Nr. 4 Vudalla Bulle/Greyerz	85%	1582	1007	849	153	575	216 873.00	63.65%	12 Monate
Nr. 5 Broye	85%	2464	1173	988	183	1291	167 444.70	47.61%	13 Monate
Nr. 8 Marly, Do/Fr	34%	2313	1096	1092	4	1217	119 070.10	47.38%	12 Monate
Nr. 9 Villars-sur-Glâne, Mo/Di	34%	1065	597	493	104	468	134 456.85	56.06%	12 Monate
Nr. 10 Collège du Sud Bulle/Greyerz	85%	3313	917	871	46	2396	219 022.05	27.68%	12 Monate
Nr. 11 Düdingen, Mi/Do/Fr	51%	3009	720	528	192	2289	110 856.50	23.93%	12 Monate
Total		25 125	11 474	10 065	1289	13 651	1 970 950.65	45.67%	

—
2009

V. DIENST FÜR FAMILIENPLANUNG UND SEXUALINFORMATION

1. Aufgaben

Der Dienst für Familienplanung und Sexualinformation (FSD) hat zur Aufgabe, präventiv und fördernd auf die sexuelle, affektive und reproduktive Gesundheit im Kanton einzuwirken. Er bietet jeder Person auf Verlangen Information und Beratung, Unterstützung und Begleitung sowie Orientierung in Fragen der sexuellen und reproduktiven Gesundheit an. Der FSD umfasst zwei Sektoren: die Familienplanung und Schwangerschaftsberatung und die Sexualinformation. Er befindet sich in Freiburg und verfügt ausserdem über Informations- und Beratungszweigstellen in den Räumen des «Réseau santé Gruyère» in Bulle, im HFR Meyriez-Murten und seit dem 1. September 2009 auch im «Planning Familial» in Payerne.

Geleitet wird das Amt von der Vorsteherin Marie Perriard.

2. Tätigkeiten

Der Dienst nimmt die Aufgaben wahr, die in Verbindung mit der Sexualerziehung, der Verhütung ungewollter Schwangerschaften, der Prävention von sexuell übertragbaren Krankheiten und HIV/Aids sowie der Prävention von sexueller Ausbeutung und Misshandlung stehen. Die ärztlichen Sprechstunden werden an zwei Tagen pro Woche von einem Assistenzarzt der gynäkologischen Abteilung des HFR Freiburg-Kantonsspital unter der Verantwortung von Professor David Stucki wahrgenommen. Die FSD-Website bietet Informationen über den Dienst und seine Leistungen sowie zu verschiedenen Themen der sexuellen und reproduktiven Gesundheit. Dank einer E-Mail-Adresse können Klientinnen und Klienten sich ausserdem individuell informieren und beraten lassen.

2.1 Familienplanung und Schwangerschaftsberatung

Der FSD hat der Nachfrage von Einzelpersonen, Paaren und Gruppen in Bezug auf Fragen der sexuellen Gesundheit, des Gefühlslebens und der Schwangerschaft entsprochen. 2009 führte der Dienst 1868 Gespräche, von denen 38% die Empfängnisverhütung, 25% sexuell übertragbare Krankheiten und HIV/Aids, 18% die Schwangerschaft, 7% die Sexualerziehung und Probleme in Zusammenhang mit der Sexualität und 12% andere Aspekte der sexuellen Gesundheit betrafen. Die Kundschaft des FSD ist jung: 55% der Kundinnen und Kunden sind unter 20 Jahre alt, 16% von diesen wiederum unter 16 Jahre.

Gemäss seinem Auftrag als Schwangerschaftsberatungsstelle bietet der FSD auf Wunsch Gespräche an. Diese gelten unter ande-

rem der Information, der Abklärung und der Unterstützung und informieren ferner über die private und öffentliche Hilfe, auf die schwangere Frauen bei Fortsetzung der Schwangerschaft zählen können. 2009 führte der Dienst 327 Gespräche; davon betrafen 114 ein Gesuch um Betreuung in Zusammenhang mit einem Schwangerschaftsabbruch.

Zur Förderung der freiwilligen HIV-Beratung und -Testung bietet der Dienst in Freiburg und Bulle anonyme Aids-Tests an, denen ein Beratungsgespräch folgt. Seit Ende November 2009 führt der FSD einen neuen HIV-Schnelltest durch, mit dem sowohl die Antikörper als auch die Antigene des Virus nachgewiesen werden können. 2009 wurden 420 Aids-Tests durchgeführt, 68 davon in Bulle. 45% der Klientel sind Männer.

2.2 Kurse, Einsätze und Formen der Zusammenarbeit

Der FSD wird das ganze Jahr hindurch für verschiedene Kurse und Einsätze zum Thema Prävention und sexuelle und reproduktive Gesundheit herangezogen (2009: 85). Diese Kurse sind in erster Linie für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II und der Hochschule für Gesundheit Freiburg (HedS-FR), Jugendliche in Heimen sowie Lernende bestimmt. Auf Anfrage der Lehrpersonen der deutschsprachigen Orientierungsschulen Freiburgs und des Sensebezirks hat eine Beraterin in den Räumlichkeiten des FSD zehn Workshops zum Thema Sexualität durchgeführt. Die «Ecole des parents de la Gruyère» hat den FSD für die Organisation eines Kurses in Bulle herangezogen; das Thema lautete «Fille aujourd'hui, femme demain» (heute Mädchen, morgen Frau), Zielpublikum waren Mütter und deren Töchter im Alter von 10 bis 12 Jahren. An zwei Abenden informierte und beriet eine Beraterin Sexarbeiterinnen im Bus des Vereins «Grisélidis». Am 30. April 2009 hat der FSD ausserdem an einem Präventionsmarkt im Sensebezirk teilgenommen, der von der OS Tafers organisiert worden war. Im Rahmen der Tätigkeiten der «Coordination Sida Fribourg», zu der sich verschiedene in der Aids-Prävention tätige Akteurinnen und Akteure zusammengeschlossen haben, hat sich der FSD an der Organisation einer Veranstaltung anlässlich des Weltaidstages vom 28. November 2009 beteiligt. Diese Veranstaltung lief unter dem Motto: «Gegen Aids – für die Betroffenen».

Der FSD arbeitet eng mit Fachleuten aus dem medizinischen, sozialen und pädagogischen Bereich zusammen, mit dem Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit, Gynäkologinnen und Gynäkologen, Apothekerinnen und Apothekern, der ORS Service AG für Asylsuchende, Fri-Santé und Grisélidis für Personen aus ärmlichen Verhältnissen, mit Heimen und Einrichtungen für Jugendliche, dem Jugendamt, dem frauenraum und dem «Centre Empreinte». Er wirkt in verschiedenen Gruppierungen von Fachleuten im Bereich Gesundheitsprävention und -förderung mit, z. B. im «Groupement de promotion, de prévention et d'éducation à la santé du canton de Fribourg» (GES), in der Koordinations-

—
2009

gruppe des «Réseau Santé et social de la Gruyère», der «Coordination Sida Fribourg» und im Verein Soziantätige Deutschfreiburg (VSD). Die Sexualpädagoginnen und die Sexualberaterinnen nahmen an der von ARTANES («Association romande et tessinoise des formateurs et formatrices en santé sexuelle et reproductive») organisierten Fortbildung teil. Am 10. November 2009 feierten die Schwangerschafts- und Sexualberaterinnen in Lausanne das 30-jährige Bestehen ihres Berufsverbandes. Thema des Tages war die Entwicklung der Ansichten in Sachen sexuelle Gesundheit, aber auch des Berufs der Beraterin für Familienplanung, die man heute Schwangerschafts- und Sexualberaterin nennt.

2.3 Sexualinformation

Der FSD veranstaltet in den Schulen des Kantons Kurse zur Prävention von sexueller Ausbeutung (2. Kindergartenjahr) sowie zur Sexualinformation (2., 4. und 6. Primar- und 2. Sekundarschulklassen). 2009 haben die Kontakte mit den deutschsprachigen Orientierungsschulen des Kantons zugenommen. Es fanden Einsätze zur Sexualerziehung in den Orientierungsschulen Jaun und Kerzers sowie ein Treffen mit der Lehrerschaft für die Planung der Einsätze in einer dritten OS im 2010 statt.

In Zusammenhang mit der Betreuung infolge sexueller Ausbeutung oder Misshandlung durch Erwachsene an Kindern oder unter Minderjährigen gingen beim FSD deutlich mehr Gesuche ein (88 Gespräche für 47 Fälle.) Diese Gesuche stammten von Institutionen, Schulkommissionen, Schulinspektorinnen oder -inspektoren, Lehrpersonen oder Eltern. Oftmals konnten diese Probleme durch gemeinsame Überlegungen mit der Erziehungsgruppe, die Zusammenarbeit mit dem Netzwerk der Psychologinnen und Psychologen, die Arbeit in der Klasse oder durch Gespräche mit den Eltern oder den betroffenen Kindern gelöst werden. In fünf Fällen musste die Justiz eingeschaltet werden. Ausserdem hat der Friedensrichter die Nachbetreuung eines Falls beantragt.

2.4 Gewaltprävention

In Zusammenarbeit mit der Polizei, der Jugendstrafkammer, dem Jugendamt und GRIMABU («groupe interprofessionnel fribourgeois de prévention contre la maltraitance et les abus sexuels sur les enfants», Freiburgerische berufsübergreifende Gruppe zur Prävention von Kindesmisshandlung und sexuellem Missbrauch von Kindern) hielt die Verantwortliche an vier Abenden einen Vortrag zur Sensibilisierung für den Einfluss der neuen Technologien (Internet u. ä.) auf die Ausdehnung der sexuellen Gewalt. Im Rahmen der Präventionskampagne der Kantonspolizei und der Präsentation des Projektes «Wer bisch?» hat der FSD am «Comptoir Gruérien» in Bulle teilgenommen.

2.5 Besondere Ereignisse

—
2.5.1 Psychosoziale Beratung zum Thema vorgeburtliche Untersuchungen

Der Staatsrat hat den FSD mit der Rolle der Informations- und Beratungsstelle für pränatale Untersuchungen betraut (Verordnung vom 13.01.2009). Dieser Auftrag beruht auf Artikel 17 des Bundesgesetzes über genetische Untersuchungen beim Menschen, wonach die Kantone unabhängige Informations- und Beratungsstellen für pränatale Untersuchungen zu errichten haben. Diese neue Aufgabe, die unter die Leistungen des FSD als Schwangerschaftsberatungsstelle fällt, bietet Eltern, die dies wünschen, die Möglichkeit für psychosoziale Beratungsgespräche in den einzelnen Phasen der pränatalen Voruntersuchung an.

2.5.2 Ein interkantonaler Dienst für Familienplanung im Broyebezirk

Im Anschluss an die Eröffnung des Interkantonalen Gymnasiums der Broye im 2005 hat sich eine Arbeitsgruppe zusammengesetzt, um ein Projekt für einen Dienst für Familienplanung für diese Region auszuarbeiten. Das Projekt wurde schliesslich im Herbst 2008 Wirklichkeit, als der Dienst für Familienplanung in Payerne seine Türen öffnete, der vorerst aber nur den Waadtländerinnen und Waadtländern zugänglich war. Nach weiteren Überlegungen schlossen die Kantone Waadt und Freiburg schliesslich ein Übereinkommen ab. So können seit dem 1. September 2009 nun auch die Freiburgerinnen und Freiburger von den Informations- und Beratungsleistungen des interkantonalen Dienstes profitieren.

3. Statistik

—
3.1 Konsultationen der Beraterinnen für Familienplanung

Einzel- und Paargespräche	1868
Gruppengespräche	85
	Französisch 81%
	Deutsch 16%
	Englisch 2%
	Andere 1%
Telefongespräche	4441
Ärztliche Konsultationen	1177

—
2009

Nationalität	
Schweiz	66%
Ausland	34%
Wohnort	
Stadt Freiburg	34%
Saane-Land	24%
Sensebezirk	13%
Greyerzbezirk	10%
Seebezirk	3%
Glanebezirk	2%
Broyebezirk	5%
Vivisbachbezirk	1%
Andere Kantone	4%
Unbekannt	4%

3.2 Einsätze der Sexualpädagoginnen

Einsatzart	
Einsätze in Schulklassen	2930 Stunden
Elternabende	104 Abende
Nachbetreuungen: 47 Personen	88 Gespräche
Schulstufe der Teilnehmenden	
OS-Schüler/innen und Lernende	23%
Kindergarten und Primarschule	71%
Sonderschulklassen	6%
Anzahl besuchter Klassen	
Kindergärten, 1. und 2. Primarschulklassen (Prävention von sexuellem Missbrauch)	254 Klassen
Französisch	213 Klassen
Deutsch	41 Klassen

3. bis 6. Primarschulklassen (Sexualinformation)		288 Klassen
Französisch		225 Klassen
Deutsch		63 Klassen
Orientierungsschulen (Sexualinformation)		154 Klassen
Französisch		147 Klassen
Deutsch		7 Klassen
Berufsschulklassen (HIV/AIDS-Prävention)		26 Klassen
Französisch		24 Klassen
Deutsch		2 Klassen
Andere Einrichtungen		35 Klassen
Französisch		31 Klassen
Deutsch		4 Klassen

VI. SOZIALVORSORGEAMT

1. Aufgaben

Das Sozialvorsorgeamt (SVA) setzt die kantonale Politik zugunsten Erwachsener mit Behinderungen um und finanziert die Einrichtungen für Minderjährige und junge Erwachsene. In Zusammenarbeit mit dem Amt für Gesundheit und dem Kantonsarztamt erfüllt es auch die Aufgaben des Staates im Bereich der Pflegeheime für Betagte.

Geleitet wird das Amt von der Vorsteherin Maryse Aebischer.

1.1 Sektor Sondereinrichtungen

Der Sektor Sondereinrichtungen befasst sich hauptsächlich mit der Subventionierung der Wohn- und Beschäftigungsstätten für Personen mit einer geistigen, körperlichen, psychischen oder sensorischen Behinderung. Diese Tätigkeit erstreckt sich auch auf Einrichtungen für die Aufnahme von Personen mit Suchtproblemen, auf die Erziehungsheime für Minderjährige und junge Erwachsene sowie auf die professionellen Pflegefamilien. Der Sektor plant ausserdem den Platzbedarf in diesen Einrichtungen und kontrolliert ihre Tätigkeit. Als Verbindungsstelle im Sinne der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE) befasst er sich schliesslich mit der Finanzierung ausserkantonaler Unterbringungen.

1.2 Sektor Pflegeheime

Der Sektor Pflegeheime befasst sich mit der Bettenplanung in den Pflegeheimen und der Finanzierung der Betreuungskosten

—
2009

von Pflegeheimbewohnerinnen und -bewohnern sowie mit der Kontrolle der Dotationen mit Pflege- und Betreuungspersonal. Ausserdem hat der Staatsrat ihn mit der Umsetzung der neuen Freiburger Verfassungsartikel über ältere Menschen beauftragt.

2. Tätigkeiten

2.1 Sektor Sondereinrichtungen

2.1.1 Tätigkeiten

Die Aufgaben in Zusammenhang mit der Finanzierung der Sondereinrichtungen und der professionellen Pflegefamilien beinhalten hauptsächlich die Prüfung und Besprechung der Voranschläge mit den Verantwortlichen der Einrichtungen (Voranschlag für die laufende Rechnung und Investitionsvoranschlag). Die Subventionen, die aufgrund der von der GSD genehmigten Budgets berechnet werden, werden den Institutionen in Form von drei Akontozahlungen ausgerichtet, die 80% der Budgets entsprechen. Die Endabrechnungen und die Berechnung des endgültigen Beitrags zu Lasten der öffentlichen Hand erfolgen aufgrund der Geschäftsrechnungen, die von den Revisionsorganen der Institutionen geprüft worden sind. 2009 ist es dem SVA gelungen, einen Teil des Rückstandes bei der Erstellung der Schlussabrechnungen wieder aufzuholen. Diese «Aufholjagd» wird auch im ersten Halbjahr 2010 noch andauern, sodass das SVA im Herbst 2010 bei der Erstellung der Schlussabrechnungen 2009 wieder auf dem aktuellen Stand sein wird.

Die Planung der nötigen Plätze in den Heimen und Werkstätten bezweckt die Deckung des Bedarfs der Personen mit Behinderungen und stützt sich hauptsächlich auf die Erfassung Erwachsener, die in einem Heim leben und/oder in einer geschützten Werkstätte arbeiten. Die Erfassung erfolgt aufgrund von Daten, die bei den Institutionen eingeholt werden. Auf der Grundlage der gesammelten Daten hat das SVA 2009 einen Bericht erstellt, der einen Überblick über die Gesamtheit aller in den Freiburger Einrichtungen angebotenen Leistungen und über die Eigenschaften der Erwachsenen mit Behinderungen, die dort wohnen und/oder arbeiten, gibt. Dieser Bericht dient als Grundlage für Diskussionen über die zukünftige Entwicklung des Leistungsangebots zugunsten von Menschen mit Behinderungen.

Als Verbindungsstelle des Kantons Freiburg befasst sich das SVA mit dem Vollzug der Bestimmungen der IVSE. Alle Gesuche um Kostengutsprachen für ausserkantonale Unterbringungen sind an das SVA zu richten; bevor dieses dann in die Finanzierung des Aufenthalts einwilligt, kontrolliert es, ob die einschlägigen gesetzlichen Anforderungen erfüllt sind, und prüft den Tagespreis und die Eigenbeteiligung der Person. Sie verwaltet ausserdem die Dossiers der ausserkantonale untergebrachten Personen und behandelt auch die Streitfälle, die zwischen Kantonen, Institutionen und unterbringenden Diensten auftreten können. 2009 ist die

Zahl der Kostengutsprachen angestiegen. Insgesamt wurden für den Aufenthalt von Freiburgerinnen und Freiburgern in ausserkantonalen Einrichtungen für Personen mit Behinderungen 97 Kostenübernahmegarantien erteilt (2008: 88). Für die Unterbringung Minderjähriger in ausserkantonalen Erziehungseinrichtungen wurden 81 Garantien erteilt (2008: 67). Die Dauer dieser Unterbringungen kann sich je nach Art der erteilten Leistung stark unterscheiden (Probeaufenthalt für ein paar Tage oder Heimunterbringung für das ganze Jahr).

2.1.2 Projekte und besondere Ereignisse

Die Arbeiten für die Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) im Bereich der Erwachsenen mit Behinderungen führten dazu, dass im zweiten Quartal 2009 ein Vorentwurf des Kantonalen NFA-Konzeptes bei den betroffenen Kreisen in Vernehmlassung gegeben werden konnte. Dieses Konzept ist eine Anforderung des Bundesgesetzes vom 6. Oktober 2006 über die Institutionen zur Förderung der Eingliederung von invaliden Personen (IFEG) und enthält die Grundsätze und die Verfahren, die namentlich für die Bedarfsanalyse und Bedarfsplanung sowie für die Finanzierung der Einrichtungen massgebend sein werden.

Die Auswertung der Ergebnisse der Vernehmlassung hat gezeigt, dass der Vorentwurf des kantonalen Konzeptes insgesamt von der Mehrheit der befragten Stellen und Organisationen gut aufgenommen worden ist. Ein paar Punkte haben jedoch in den am stärksten betroffenen Kreisen zu sehr unterschiedlichen Reaktionen geführt. An drei Sitzungen mit einer Delegation der Freiburgerischen Vereinigung der spezialisierten Institutionen (INFRI) konnten schliesslich einige Punkte geklärt und zufriedenstellende Lösungen gefunden werden. Diese Lösungen wurden dann den nachfolgenden Organisationen präsentiert: Insieme, Cerebral, AFAAP, Pro Infirmis, Forum Handicap Fribourg und Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit. Am 30. November 2009 hat der Steuerungsausschuss den Projektverantwortlichen die Genehmigung erteilt, entsprechende Änderungen und Ergänzungen am kantonalen Konzept vorzunehmen. Anfang zweites Quartal 2010 wird der Steuerungsausschuss den Entwurf des kantonalen Konzeptes dem Staatsrat unterbreiten, sodass die von der «Conférence latine des affaires sanitaires et sociales» (CLASS) vorgegebene Frist für das gleichzeitige Einreichen aller lateinischen Konzepte beim Bundesrat im zweiten Quartal 2010 eingehalten werden kann. Gemäss IFEG werden die kantonalen Konzepte vorab einer eidgenössischen Kommission zur Stellungnahme unterbreitet. Diese hat ihre Arbeit im Oktober 2009 aufgenommen. Innerhalb dieser Kommission werden die lateinischen Kantone durch die Vorsteherin des SVA vertreten.

Die Umsetzung der NFA im Behindertenbereich erfordert ausserdem neue Steuerungsinstrumente. Deshalb haben das SVA und das Amt für Sonderpädagogik (SoA), in Zusammenarbeit

—
2009

mit dem Amt für Informatik und Telekommunikation (ITA), ein Pflichtenheft ausgearbeitet, um später von einer EDV-Lösung profitieren zu können, die einen Austausch der Finanz- und Statistikdaten zwischen den Einrichtungen und dem Staat erlaubt und dadurch die Berechnung und die Kontrolle der Subventionen zugunsten der Sondereinrichtungen und Sonderschulen des Kantons erleichtert (Projekt «EDISES»).

Parallel zu diesen kantonsinternen Arbeiten hat sich die Arbeitsgruppe der lateinischen Kantone, die von der CLASS zur Umsetzung der NFA ins Leben gerufen wurde, 2009 sieben Mal getroffen, um die Arbeiten zur Ausarbeitung der kantonalen Konzepte zu koordinieren und sich mit den im Bericht vom 17. November 2008 «Gemeinsame Grundsätze für die Konzepte der lateinischen Kantone» festgelegten Bereiche auseinanderzusetzen. Die Arbeiten betrafen namentlich das Verfahren zur Bedarfsplanung, die Qualitätsanforderungen und die Details bzgl. Übernahme der wichtigsten vom Bund erlassenen Normen.

Bei dieser interkantonalen Zusammenarbeit haben die lateinischen Kantone beschlossen, ein gemeinsames Instrument zu schaffen, das es gestattet, den Betreuungsbedarf von den in einer Einrichtung lebenden bzw. arbeitenden Erwachsenen mit Behinderungen zu beurteilen. Zu diesem Zweck wurde beschlossen, gleichzeitig in allen lateinischen Kantonen die Instrumente EFEBA (Freiburger Evaluation des Betreuungsbedarfs) und ARBA («Analyse des Ressources et Besoins d'Aide») zu testen, um herauszufinden, welches dieser beiden Instrumente sich am besten zur Bestimmung des Betreuungsbedarfs einer Person entsprechend ihrer Behinderung und ihrem Umfeld eignet. Die Tests wurden im zweiten und dritten Quartal 2009 in einer Stichprobe von Einrichtungen durchgeführt, die bezeichnend sind für die einzelnen Behinderungskategorien. Ein externer Sachverständiger erhielt den Auftrag, die Ergebnisse der Tests auszuwerten. Sein Bericht wird für Ende Januar 2010 erwartet.

2.2 Sektor Pflegeheime

—
2.2.1 Tätigkeiten

Für die 46 Pflegeheime des Kantons berechnet der Sektor jeweils den Betreuungspreis; dabei berücksichtigt er namentlich die Dotationen mit Pflege- und Betreuungspersonal, die für jedes Heim je nach Pflegebedarfsgrad der beherbergten Personen verlangt werden, sowie die von den Krankenversicherern bezahlten Pauschalen. Ein System der Preisberichtigung aufgrund der Jahresrechnung gewährleistet die Finanzierung der effektiven Kosten. Die Rechnungskontrolle besteht in der Überprüfung der Pflege- und Betreuungspersonaldotation im Verhältnis zu den verrechneten und (im Fall von Spitalaufenthalten) reservierten Tagen sowie der Löhne und Lohnnebenkosten in Zusammenhang mit den vom SVA begutachteten Stellungnahmen zu den Anstellungen (jährlich durchschnittlich 500 Stellungnahmen). Das Perso-

nal besteht aus mehr als 3000 Personen, die sich auf rund 1700 Vollzeitstellen aufteilen. Die Beteiligung der öffentlichen Hand an den Betreuungskosten wird seit 2001 von der kantonalen Ausgleichskasse berechnet.

Im Voranschlagsverfahren 2010 beschloss der Staatsrat, 45 neue Pflegeheimbetten für Langzeitaufenthalte und 5 weitere Betten für Kurzaufenthalte anzuerkennen. Diese Betten wurden den folgenden Heimen zugeteilt:

Betten für Langzeitaufenthalte	
Résidence St-Martin, Cottens	+ 9 Betten
Villa Beausite, Freiburg	+ 5 Betten
Maison Sainte Jeanne-Antide, Givisiez	+ 3 Betten
Alters- und Pflegeheim St. Martin, Tafers	+ 8 Betten
Foyer Saint-Germain, Gruyères	+ 1 Bett
Foyer Saint-Joseph, Sorens	+ 2 Betten
Altersheim Ulmiz, Ulmiz	+ 3 Betten
Résidence Beaulieu, Murten	+ 10 Betten
Les Grèves du Lac, Gletterens	+ 4 Betten
Betten für Kurzaufenthalte:	
Foyer La Rose d'Automne, Villars-sur-Glâne	+ 1 Bett
Pflegeheim Wolfacker, Dürigen	+ 1 Bett
Pflegeheim Auried, Flamatt	+ 1 Bett
Les Fauvettes, Montagny-la-Ville	+ 2 Betten

Die Zuteilung der neuen Betten wurde von der beratenden Kommission für Pflegeheime für Betagte («Commission consultative en matière d'établissements médico-sociaux», COMEMS) begutachtet; diese trat 2009 zu einer Sitzung zusammen.

Ende 2009 gab es in den Tagesstätten 43 Plätze.

2.2.2 Projekte und besondere Ereignisse

In seinem Bericht Nr. 89 vom 19. August 2008 zum Postulat Nr. 295.05 Marie-Thérèse Weber-Gobet/René Thomet über eine umfassende Politik zugunsten Betagter kündigte der Staatsrat ein breit angelegtes Projekt an, das alle öffentlichen und privaten Ak-

—
2009

teure, die zur Verbesserung der Lage der älteren Personen beitragen könnten, mit einschliesst. Am 18. September 2009 fiel der offizielle Startschuss für das Projekt «Senior+». An diesem Tag trafen mehr als 130 Vertreterinnen und Vertreter aus Gesundheit, Sozialwesen, Wirtschaft und Politik zusammen. Für Felix Bohn, dipl. Arch. ETH, dipl. Ergotherapeut und Gerontologe, war dies eine Gelegenheit, der Zuhörerschaft eine konkrete Einsicht in die Probleme zu geben, mit denen die älteren Personen in ihrem Wohn- und Lebensumfeld konfrontiert sind. Professor Yves Flückiger, ordentlicher Professor am Departement für Wirtschaftspolitik der Universität Genf, hat seinerseits die Herausforderungen der demografischen Entwicklung für den Schweizer Markt dargestellt. Professor Bernard Vermeulen, medizinischer Direktor des freiburger Spitals, hat schliesslich noch die Verantwortung des Spitalnetzes gegenüber den Betagten zur Sprache gebracht. Diese drei Vorträge haben die ersten Überlegungen und Diskussionen der Anwesenden zur Frage einer Gesamtpolitik zugunsten älterer Menschen stark angeregt. Im Anschluss an diese Tagung haben die in der Projektorganisation von «Senior+» vorgesehenen Arbeitsgruppen ihre Arbeit aufgenommen.

Ende September 2009 hat das Schweizerische Gesundheitsobservatorium (Obsan) – das SVA hatte ihm diesen Auftrag erteilt – seinen Schlussbericht über die statistischen Grundlagen für die Planung der Langzeitpflege im Kanton Freiburg für den Zeitraum 2010–2025 eingereicht. In diesem Bericht werden im Hinblick auf eine Planung der Langzeitpflege drei Szenarien vorgeschlagen. Im Dezember 2009 wurde der Bericht an die kantonale Kommission für Gesundheitsplanung weitergeleitet. Ausserdem hat er als Grundlagendokument für die Ausarbeitung eines Berichts über die Planung der Langzeitpflege gedient, der Ende Januar 2010 der Kommission und danach dem Staatsrat unterbreitet werden soll.

Am 24. Juni 2009 hat der Bundesrat die Ausführungsbestimmungen zur Umsetzung der neuen Pflegefinanzierung verabschiedet. In Zusammenarbeit mit den anderen Stellen und Diensten der GSD hat das SVA die Arbeiten zur Anpassung der kantonalen Gesetzgebung aufgenommen. Was die Pflegeheime im Speziellen betrifft, so steht in Artikel 7a der Verordnung des EDI über Leistungen in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (KLV), dass die Versicherung die Leistungskosten neu entsprechend einem zwölfstufigen Abgeltungssystem übernehmen muss. Diese neue Bestimmung, die auf den 1. Januar 2011 in Kraft treten soll, verlangt vom Kanton Freiburg die Einführung eines neuen Werkzeuges zur Evaluierung des Pflegebedarfsgrads in den Pflegeheimen, das neu 12 statt der gegenwärtigen vier Pflegebedarfsstufen aufzuführen soll. Eine Arbeitsgruppe wurde beauftragt, die derzeitigen Werkzeuge zu testen, einen Vorschlag für den Erwerb eines neuen Werkzeuges auszuarbeiten und die Einzelheiten für dessen Umsetzung in den Freiburger Pflegeheimen vorzusehen.

Zur Förderung der Weiterbildung des Pflege- und Betreuungspersonals, namentlich in den Bereichen Psychogeriatric und Palliativpflege, hat sich der Staatsrat bereit erklärt, in den Pflegeheimen einen Beitrag von max. 0,5% der Lohnmasse des betreffenden Personals an den Weiterbildungskosten zu berücksichtigen.

3. Statistik

3.1 Sektor Sondereinrichtungen

Ende 2009 gibt es im Kanton Freiburg für Personen mit Behinderungen 787 Plätze in den Wohnstätten (Heim ohne und mit Beschäftigung, geschützte Wohnungen) und 1102 Plätze in den Werk- und Tagesstätten. Für Minderjährige und junge Erwachsene zählt der Kanton 211 Plätze, wovon 178 in Erziehungsheimen.

Wohnstätte – Geistige Behinderung	Ort	2008		Betreutes Wohnen	2009
		Heim ohne Beschäftigung	Heim mit Beschäftigung		Entwicklung Anzahl Plätze
Wohn- und Werkgenossenschaft Sonnegg	Zumholz	8			
Home-Atelier Linde	Tentlingen	47			-5
Home-Atelier La Colombière	Misery	27			8
Foyer La Rosière	Estavayer-le-Lac		17	6	
Home Clos Fleuri	Bulle	39	35		
Fondation glânoise en faveur des personnes handicapées mentales et IMC	Ursy	32		16	
Homato, Les Buissonnets	Freiburg	32			
Sensler Stiftung für Behinderte SSB	Tafers		32	22	-2
Communauté de La Grotte et Béthanie	Freiburg		15		
Stiftung des Seebezirks für Erwachsene Behinderte SSEB	Murten		22		2
La Farandole	Freiburg		16	20	4
La Belle Etoile	Châtel-St-Denis		17	4	-1
Total Anzahl Plätze		185	154	68	6

—
2009

Wohnstätte – Psychische Behinderung	Ort	2008			2009	
		Heim ohne Beschäftigung	Heim mit Beschäftigung	Betreutes Wohnen	Entwicklung Anzahl Plätze	
Fondation HorizonSud		75	46	15	-2	
La Traversée 3	Seiry	12				
Foyer St-Louis	Freiburg		37			
Applico	Schmitten					
La Traversée 1	Freiburg			13		
La Traversée 4	Freiburg			11	3	
Total Anzahl Plätze		87	83	51	1	

Wohnstätte – Körperliche Behinderung	Ort	2008			2009	
		Heim ohne Beschäftigung	Heim mit Beschäftigung	Betreutes Wohnen	Entwicklung Anzahl Plätze	
Association St-Camille	Marly / Villars-sur-Glâne	57		12	9	
Linde, deutschsprachige Abteilung	Tinterin	7				
SSEB Holzgasse	Kerzers	10			5	
Total Anzahl Plätze		74	0	12	14	

Wohnstätte – Sucht	Ort	2008			2009	
		Heim ohne Beschäftigung	Heim mit Beschäftigung	Betreutes Wohnen	Entwicklung Anzahl Plätze	
Le Torry	Freiburg	20				
Centre Le Radeau	Orsonnens	12				
Fondation Le Tremplin	Freiburg	14		6		
Total Anzahl Plätze		46	0	6	0	

Beschäftigungsstätte – Geistige Behinderung	Ort	2008		2009	
		Werkstätte	Tagesstätte	Entwicklung Anzahl Plätze	
Home-Atelier Linde	Tentlingen		6		
Home-Atelier La Colombière	Misery		6		
Foyer La Rosière	Estavayer-le-lac	60	6		
Home Clos Fleuri	Bulle	110			
Homato, Les Buissonnets	Freiburg		8	1	
Sensler Stiftung für Behinderte SSB	Tafers	135			
Stiftung des Seebezirks für Erwachsene Behinderte SSEB	Murten	50		20	
La Farandole	Freiburg	88			
Fondation glânoise en faveur des personnes handicapées mentales et IMC	Romont	50			
La Belle Etoile	Châtel-St-Denis	40			
Total Anzahl Plätze		533	26	21	

2009

Beschäftigungsstätte – Psychische Behinderung	Ort	2008 Werkstätte	Tagesstätte	2009 Entwicklung Anzahl Plätze
Fondation HorizonSud	Marsens	137		
Fondation St-Louis	Freiburg	35		
Centre d'intégration socio-professionnelle CIS (AOPH)	Freiburg	85		6
Fondation L'Estampille	Freiburg	40		
Applico	Murten	36		
Total Anzahl Plätze		333	0	6

Beschäftigungsstätte – Körperliche Behinderung	Ort	2008 Werkstätte	Tagesstätte	2009 Entwicklung Anzahl Plätze
Association St-Camille	Marly, Villars-sur-Glâne	163		
Total Anzahl Plätze		163	0	0

Beschäftigungsstätte – Sucht	Ort	2008 Werkstätte	Tagesstätte	2009 Entwicklung Anzahl Plätze
Fondation Le Tremplin	Freiburg	20		
Total Anzahl Plätze		20	0	0

Erziehungsheim	Ort	2009	Progres- sionsplätze
Le Bosquet *	Givisiez	20	
Foyer St-Etienne	Freiburg	39	6
Foyer St-Etienne, Time Out	Villars-sur-Glâne	10	
Foyer Bonnesfontaines	Freiburg	27	1
Nid Clairval	Givisiez	15	2
Wohnheim für Lehrlinge	Freiburg	15	2
La Traversée II	Corminboeuf	9	2
Kinderheim Heimelig	Kerzers	12	
Transit accueil d'urgence	Villars-sur-Glâne	10	
Aux Etangs **	Freiburg	8	
Total Anzahl Plätze		165	13

Andere Einrichtungen für Minderjährige	Ort	2009
Therapeutische Tagesstätte	Givisiez	15
Tagesklinik	Freiburg	10
Le Bosquet (IV-Sektor)	Givisiez	8
Total Anzahl Plätze		33

3.2 Sektor Pflegeheime

Anfang 2009 zählte das Pflegeheimnetz 2357 Betten, davon 2313 Betten für Langzeit- und 44 für Kurzaufenthalte. 2010 werden es 2358 Betten für Langzeit- und 49 für Kurzaufenthalte sein; dadurch wird der Deckungsgrad an Pflegeheimbetten für 100 Personen ab 65 Jahren auf 6,02% sinken (2008: 6,21%). Dieser Prozentsatz ist nur ein Richtwert, da die Zahlen über die Bevölkerung 2009 aus der Bundesstatistik, die auf der Entwicklung der Population dieser Altersklasse gegenüber der Gesamtbevölkerung des Kantons basiert, extrapoliert wurden. Für Personen im Alter ab 80 Jahren beträgt der Deckungsgrad 22,58% (2008: 22,81%).

* Gemischte Institutionen

** Die Institution «Aux Etangs» nimmt junge Frauen und ihr/e Kind/er für erzieherische Massnahmen auf. Acht Plätze sind für die Aufnahme dieser jungen Frauen anerkannt. Die Einrichtung kann ausserdem vier Kinder aufnehmen.

2009

Anzahl Betten für Langzeit- und Kurzaufenthalte nach Bezirk

	2009		2010	
	Pflegeheimbetten für Langzeitaufenthalte	Pflegeheimbetten für Kurzaufenthalte:	Pflegeheimbetten für Langzeitaufenthalte	Pflegeheimbetten für Kurzaufenthalte
Saane	747	11	764	12
Sense	326	10	334	12
Greyerz	472	3	475	3
See	246	4	259	4
Glane	186	3	186	3
Broye	187	9	191	11
Vivisbach	149	4	149	4
KANTON	2313	44	2358	49

* Die Bevölkerung ab 80 Jahren hat zwischen 2007 und 2008 um 239 Personen zugenommen, diejenige ab 65 Jahren um 1275 Personen. Diese Tendenzen wurden für die Simulation der Bevölkerungsentwicklung 2009 und 2010 verwendet.

Anzahl Plätze in Tagesstätten nach Bezirk

	Einrichtung	Anzahl Plätze	Anzahl Öffnungstage pro Woche
Saane	Foyer du Gibloux, Farvagny	5	4
Sense	Tagesheim St. Wolfgang, Düdingen	8	5
	Die Familie im Garten, St. Ursen	10	4
See	Tagesstätte Les Platanes, Jeuss	5	4
Broye	Foyer les Mouettes, Estavayer-le-Lac	7	4
Vivisbach	Foyer Maison St-Joseph, Châtel-St-Denis	8	2

VII. KANTONALES SOZIALAMT

1. Aufgaben

Der Auftrag des Kantonalen Sozialamtes (KSA) besteht darin, sozialpolitische Massnahmen vorzuschlagen und das kantonale System der Sozialhilfe, der Hilfe an Asylsuchende und Flüchtlinge, der Hilfe an Opfer von Straftaten sowie der Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen laufend zu verbessern. Seine Aufgabe besteht ferner darin, in diesem System für Impulse sowie für sein gutes Funktionieren zu sorgen und sich um eine Harmonisierung der Praxis zu kümmern. Zu diesem Zweck lädt es die öffentlichen, privaten und freiwillig tätigen Akteure zur Zusammenarbeit ein.

Geleitet wird das KSA vom Amtsvorsteher François Mollard.

Im Rahmen der vom Staatsrat angeordneten Analyse der staatlichen Leistungen wurden im zweiten Halbjahr 2009 alle Leistungen des KSA auf den neuesten Stand gebracht.

2. Hilfe an bedürftige Personen

2.1 Aufgaben

Gemäss Sozialhilfegesetz (SHG) ist das KSA zuständig für Entscheide über die materielle Hilfe an Personen, die sich im Kanton aufhalten oder vorübergehend hier sind, sowie an Personen ohne festen Wohnsitz (Art. 8 und 21). Es unterhält ausserdem die interkantonalen Beziehungen nach dem Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger, was die in anderen Kantonen wohnhaften Freiburgerinnen und Freiburger sowie die seit weniger als zwei Jahren im Kanton wohnhaften Schweizer Bürgerinnen und Bürger angeht. Es verteilt die Lasten der materiellen Hilfe auf die Gemeinden, den Kanton Freiburg und die übrigen Kantone. Das KSA hat auch zur Aufgabe, sozialpolitische Massnahmen vorzuschlagen, das kantonale Sozialhilfesystem zu evaluieren und zu verbessern, über sein gutes Funktionieren zu wachen und für die Harmonisierung der Praxis zu sorgen, sodass eine Gleichbehandlung der begünstigten Personen gewährleistet ist. Ausserdem sorgt das KSA für die Förderung des Dialogs und der Zusammenarbeit unter den öffentlichen, privaten und ehrenamtlichen Akteuren. Die vom SHG vorgeschriebenen Aufgaben

Jahr	Anzahl anerkannter Betten	Bevölkerung über 80 Jahre, Angaben des BFS bis zum 31. Dezember 2008 *	Anteil	Bevölkerung über 65 Jahre, Angaben des BFS bis zum 31. Dezember 2008 *	Anteil
2000	1784	8344	21.38%	31 170	5.72%
2001	1836	8526	21.53%	31 432	5.84%
2002	1933	8694	22.23%	31 774	6.08%
2003	1993	8849	22.52%	32 207	6.19%
2004	2063	9047	22.80%	32 727	6.30%
2005	2133	9220	23.13%	33 252	6.41%
2006	2183	9474	23.04%	34 212	6.38%
2007	2233	9725	22.96%	35 326	6.32%
2008	2273	9964	22.81%	36 601	6.21%
2009 *	2313	10 203	22.67%	37 876	6.11%
2010 *	2358	10 442	22.58%	39 151	6.02%

—
2009

der Koordination, Information und Prävention (Art. 21) nehmen daher einen wichtigen Platz unter den Tätigkeiten des KSA ein.

2.2 Beitrag zu den sozialpolitischen Massnahmen

Das KSA leistete seinen Beitrag zur Entwicklung verschiedener sozialpolitischer Massnahmen und beteiligte sich an mehreren Vernehmlassungen auf Kantons- und Bundesebene. Die Neuausrichtung des Projektes zur Umsetzung des einheitlichen massgebenden Einkommens (EME) für einkommensabhängige kantonale Leistungen, zu denen die Sozialhilfe zählt, war ein wichtiger Faktor in der diesjährigen Tätigkeit des KSA. Die ergänzenden Studien, die das KSA durchgeführt hat, haben ergeben, dass ein solches Dispositiv nicht angebracht und zudem unverhältnismässig wäre. Das KSA hat namentlich die Universität Neuenburg mit der Durchführung einer eingehenden Studie der Auswirkungen des EME beauftragt, die zum Ergebnis kam, dass ein einheitliches Berechnungssystem aufgrund des geringen Überschneidungsanteils bei den Leistungen nicht gerechtfertigt ist. Des Weiteren hat das KSA die Kantone, die zurzeit vergleichbare Projekte am Laufen haben (Neuenburg, Genf, Tessin, Waadt und Basel-Stadt), zu einer Konferenz zusammengerufen, um einen Vergleich durchzuführen, der wiederum die Ergebnisse der ergänzenden Studie bestätigt hat. Das KSA hat in diesem Zusammenhang den Bericht Nr. 148 des Staatsrates an den Grossen Rat ausgearbeitet, in dem die Ergebnisse im Detail festgehalten sind.

Als Antwort auf diesen Bericht wurde das KSA beauftragt, eine Modernisierung des Sozialhilfedispositivs und der Koordination des Datenaustauschs zwischen den für die im Kanton verfügbaren Sozialleistungen zuständigen Diensten vorzunehmen. Die Arbeiten in Zusammenhang mit dem EME haben nämlich eines der Ziele, die im Rahmen dieses Projektes verfolgt werden, bestätigt: Die Koordination und die Harmonisierung innerhalb des Freiburger Sozialhilfenetzwerkes müssen ausgebaut werden. Das KSA will nun auf drei Handlungsebenen agieren: Vereinheitlichung der Sozialhilfeprozesse und Koordination der Einzelheiten der administrativen Bearbeitung, Harmonisierung der Sozialhilfedaten, Revision des SHG zur Verankerung der organisatorischen und strukturellen Änderungen. Darüber hinaus soll das KSA auch weiterhin im Ausschuss, der im Rahmen des EME-Projektes geschaffen wurde und die wichtigsten der von den kantonalen Sozialleistungen betroffenen Ämter und Dienste vereint, den Vorsitz führen. Ziel ist die Vereinfachung und Automatisierung der Koordination und des Austauschs der Daten, die von diesen Ämtern und Diensten verwendet werden.

Parallel dazu hat das KSA die im 2008 eingeleiteten Schritte für vermehrte Prävention und Bekämpfung des Sozialhilfemissbrauchs weitergeführt. Auch hat das KSA dem Beschluss des Staatsrates, die Anwendung der Sozialhilfenormen in den regionalen Sozialdiensten verstärkt zu überprüfen, Folge geleistet. Bemüht darum, synergetisch zu wirken, hat das KSA ein Projekt für

ein kantonales Kontroll- und Überarbeitungskonzept entwickelt, das die beiden Ziele erfüllt. Um diese neuen Kontroll- und Überarbeitungsmodalitäten gesetzlich verankern zu können, hat das KSA schliesslich die notwendigen Änderungen im SHG ausgearbeitet und diese in Form eines Entwurfs einer Teilrevision im Hinblick auf eine Genehmigung durch den Staatsrat der Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD) unterbreitet. Ebenfalls in diesem Bereich musste das KSA die Antworten des Staatsrates auf die Postulate Eric Collomb über Subsidiarität, Missbrauch und Betrug in der Sozialhilfe (P2033.08) und Josef Fasel und Claudia Cotting über Sozialhilfeerschleichung und Betrüger (P2053.09) vorbereiten. Ausserdem erstellte es eine Antwort auf die Motion Stéphane Peiry (M1055.08); diese bezweckt eine Änderung des SHG, mit der die Sozialdienste ermächtigt würden, jede zweckmässige Auskunft direkt an der Quelle einzuholen.

Die kantonale Politik der sozialen und beruflichen Eingliederung hat das KSA 2009 gleich mehrfach gefordert. Es war für den Vorsitz der neuen Kommission zur prospektiven Untersuchung der Politik im Bereich Langzeitarbeitslosigkeit ausgewählt worden; der Staatsrat hat diese Kommission infolge einer Prüfung der Massnahmen für die soziale und berufliche Eingliederung im Kanton im 2008 geschaffen, die im Bericht Nr. 96 dem Grossen Rat unterbreitet worden war. Das KSA beteiligte sich ferner an den Arbeiten der Kommission, die der Staatsrat mit der Koordination der kantonalen Politik angesichts des Problems Jugendlicher mit Schwierigkeiten bei der beruflichen Eingliederung betraut hat. Das KSA hat im Rahmen der Sozialhilfe eine Bestandsaufnahme zu dieser Problematik gemacht und an der Ausarbeitung des Berichts an den Staatsrat mitgeholfen.

Des Weiteren war das KSA an den Arbeiten der kantonalen Koordinationskommission für die interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ) beteiligt, wo es das Vizepräsidium innehat. Diese Kommission kümmert sich um das Dispositiv zur Verstärkung der sozialen und beruflichen Eingliederung, entsprechend dem 2006 vom Staatsrat verabschiedeten Bericht. 2009 war das erste Betriebsjahr dieses Dispositivs. Es setzt eine neue Art der Zusammenarbeit zwischen den in den Bereichen Sozialhilfe, Arbeitslosigkeit und Invalidenversicherung tätigen Stellen und Ämtern um. Das KSA stellt in diesem Zusammenhang insbesondere die Finanzierung der drei auf den Kanton verteilten Koordinationsplattformen (Nord – Zentrum – Süd) sicher und achtet auf die gute Koordination zwischen dem Dispositiv und den regionalen Sozialdiensten (RSD).

Durch seine Teilnahme an den drei zuvor erwähnten Kommissionen sowie an der Kantonalen Arbeitsmarktkommission erhält das KSA eine gute Übersicht über die Problematik im Zusammenhang mit der beruflichen Eingliederung und den dazu eingesetzten Massnahmen. Die Sozialhilfe, das «letzte soziale Auffangnetz», wird aufgrund ihres Auftrages Zeuge einer Vielzahl von Situationen, bei denen die Betroffenen trotz Massnahmen dauerhaft vom Arbeits-

—
2009

markt ausgeschlossen bleiben. Aus diesem Grund hat das KSA für eine bessere Einschätzung dieser Massnahmen ein Mandat zur Beurteilung dieser Situationen vorbereitet, mit dem die Universität Freiburg betraut worden ist. Dieses Mandat erfüllt eines der Ziele der neuen Kantonsverfassung, die in Artikel 63 den verletzlichen und abhängigen Personen Unterstützung garantiert. Die Umsetzung dieses Auftrags soll nun vom KSA abgeklärt werden.

Abschliessend sollte im Bereich der sozialberuflichen Integration noch die Teilnahme des KSA an den Arbeiten der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) erwähnt werden. Die Mitarbeit des KSA betrifft hier insbesondere die Ausarbeitung eines kantonalen Konzeptes und des dazugehörigen Gesetzes zur Förderung der Integration von Menschen mit Behinderungen gemäss Bundesgesetz über die Institutionen zur Förderung der Eingliederung von invaliden Personen (IFEG). Schliesslich hat das KSA an der Ausarbeitung einer Bestandsaufnahme der Politiken im Bereich der sozialberuflichen Eingliederung in der Westschweiz teilgenommen, die auf Antrag des «Groupement romand des chefs de services des affaires sociales» (GRAS) zuhanden der «Conférence latine des affaires sanitaires et sociales» (CLASS) durchgeführt wurde.

Im Bereich der Familienpolitik wirkt das KSA in einem Steuerungs- sowie in einem Projektausschuss mit, die vom Staatsrat eingesetzt worden sind, die Umsetzung und Ausführung der unter diese Politik fallenden Leistungen zu koordinieren. Es führt auch die Sekretariate dieser beiden Ausschüsse. Hier trägt das KSA in Zusammenarbeit mit der kantonalen Sozialversicherungsanstalt (KSAVA) zur Ausarbeitung eines Projektes für Ergänzungsleistungen zugunsten der Familien bei, das ebenfalls einem Ziel der neuen Kantonsverfassung entspricht. Gemäss Beschluss des Staatsrats wurde dem Postulat von Grossrätin Anne-Claude Demierre und Grossrat Yves Menoud Nr. 248.04 über die Schaffung eines Informationsdienstes für Familien und Kinder Folge geleistet und das KSA hat ein Pflichtenheft für eine evaluative und projektive Studie erstellt. Der dazugehörige Bericht war auf Grundlage der Ergebnisse einer von der Universität Lausanne durchgeführten Studie erstellt worden. Weil der Staatsrat die Schlussfolgerungen dieser Studie teilte, hat er die Schaffung einer sozialen Anlaufstelle beschlossen, für deren Aufbau im 2010 das KSA zuständig ist.

Zur Förderung von sozialen Projekten zugunsten der Freiburger Bevölkerung verleiht der Staatsrat alljährlich den Preis für Sozialarbeit. Das KSA hat 2009 bereits zum zweiten Mal die Verleihung dieses Preises organisiert, der in diesem Jahr an den Verein «Le Square» aus Marly ging. Des Weiteren hat das KSA zwei vom Staatsrat eingesetzte Fonds verwaltet. Zum einen handelt es sich um den Sozialfonds, der Beiträge an private, als gemeinnützig anerkannte nicht gewinnorientierte Sozialeinrichtungen leistet, die in der Regel vom Staat nicht subventioniert werden, dies für Sozialprojekte zugunsten von Personen, die in unsicheren Verhältnissen oder in Armut leben. 2009 erhielten 14 Vereine eine

finanzielle Hilfe, die sich insgesamt auf 109 700 Franken belief. Dieser Fonds wird durch den Ertrag der Abgaben nach Lotteriegesetz gespeist. Zum anderen verwaltet es den Fonds für die Prävention und Bekämpfung der Spielsucht, der gespeist wird durch die Erträge der Spielsuchtabgabe, die die Lotterie- und Wettunternehmen den Kantonen überweisen müssen. 2009 wurden keine finanziellen Beiträge geleistet, da zurzeit eine Bestandsaufnahme über die Bedürfnisse im Kanton ausgearbeitet wird. Auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen den Kantonen der Romandie wurde dem Interkantonalen Programm zur Bekämpfung der Glücksspielsucht ein Betrag von 44 600 Franken zugesprochen. Dieses Programm wird vom «Groupement Romand d'Etudes des Addictions» (GREA) gesteuert.

Das KSA hat ferner in verschiedenen Vernehmlassungen Stellung genommen, insbesondere zum Vorentwurf des Gesetzes über die Einwohnerregister (RHG), zum Gesetzesvorentwurf über den interkommunalen Finanzausgleich, zum Bericht des Staatsrates an den Grossen Rat zum Postulat Nr. 2013.07 Jacques Bourgeois/Fritz Glauser über die Verminderung der administrativen Belastung und Vereinfachung der Verfahren, um die Konkurrenzfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zu verbessern, und zur 6. IV-Revision.

2.3 Koordination

Eine wesentliche Tätigkeit des KSA für das gute Funktionieren des kantonalen Sozialhilfesystems besteht in der Koordination. In diesem Sinne trug es zur Entwicklung von Synergien unter den Akteuren dieses Systems und den öffentlichen und privaten Partnern bei. Das KSA bemühte sich nach wie vor um die Koordination unter den regionalen Sozialdiensten und den Organisationen, die Eingliederungsmassnahmen anbieten. Es aktualisierte regelmässig den Katalog der sozialen Eingliederungsmassnahmen (MIS), der auf der Website des KSA abrufbar ist. Dieser Katalog umfasste Ende 2009 nahezu 150 Tätigkeiten, die sich auf sechs verschiedene Kategorien aufteilen (Ausbildung, persönliche Entwicklung, Aufbau des persönlichen Wohlbefindens, gemeinschaftliche Tätigkeiten, Tätigkeiten sozialer Beteiligung und Tätigkeiten von gesellschaftlichem Nutzen). Das KSA sorgt jeweils dafür, dass diese Tätigkeiten unverzüglich für die Durchführung sozialer Eingliederungsverträge verfügbar sind. Die Vielfalt dieser in französischer und deutscher Sprache und mit Hilfe von rund 50 Organisationen bereitgestellten Massnahmen erlaubt es, den unterschiedlichen Eingliederungsbedürfnissen individuell zu entsprechen.

Um über ein leistungsstarkes Steuerungsinstrument zu verfügen, mit dem interkantonale Vergleiche im Sozialhilfebereich ange stellt werden können, stellt das KSA die Koordination zwischen den RSD und dem Bundesamt für Statistik (BFS) bei der Sammlung der nötigen Daten für die schweizerische Sozialhilfestatistik (SOSTAT) sicher. Diese Statistiken sind seit 2005 verfügbar; soeben wurden auch diejenigen aus dem Jahr 2008 publiziert. Das

—
2009

KSA koordiniert die Veröffentlichung dieser Statistik, gemeinsam mit dem kantonalen Amt für Statistik. Das KSA kümmert sich des Weiteren gemeinsam mit dem BFS und allen kantonalen Dienststellen, die für einkommensabhängige Leistungen zuständig sind, um die Koordination der Einführung der Finanzstatistik über die Sozialhilfe in Ergänzung zur SOSTAT. Auf Vorschlag des «Groupement romand des chefs de services des affaires sociales» (GRAS) vertritt das KSA schliesslich die Westschweizer Kantone in der nationalen Begleitgruppe für die Umsetzung der SOSTAT.

2.4 Information und Ausbildung

Über seine stetig aktualisierte Website (www.admin.fr.ch/ksa) stellt das KSA einen regelmässigen Informationsaustausch sicher. Das KSA unterhält auch eine enge Beziehung mit den RSD, indem es regelmässig an den Sitzungen der französischsprachigen und deutschsprachigen Gruppierung der RSD des Kantons teilnimmt. Dabei will es die Sozialdienste und Sozialkommissionen und die Organisatoren der sozialen Eingliederungsmassnahmen ansprechen. Ferner hat das KSA die Fortbildung von Fachpersonen der im Rahmen der IIZ tätigen Dienste oder auch der spezialisierten Stellen wie «La Tuile» in Freiburg sichergestellt.

2009 hat sich das KSA ausserdem um die Vorbereitung der 6. Konferenz für Sozialfragen gekümmert, die am 16. April 2010 in Grangeneuve stattfinden wird. Thema der Konferenz: «Partizipation: Eine Voraussetzung für den sozialen Zusammenhalt». Das kantonale Treffen, das seit dem Jahr 2000 in Zusammenarbeit mit dem französischsprachigen Lehrstuhl der Universität Freiburg für Sozialarbeit und Sozialpolitik organisiert wird, soll ein Raum für Meinungs Ausdruck und Diskussionen sein und schliesslich zum Handeln anregen, namentlich im Bereich der Sozialpolitik.

Schliesslich hat das KSA auf Anfrage des Kantons Neuenburg hin an einer Vergleichsstudie (Benchmarking) teilgenommen, welche das Hochschulinstitut für öffentliche Verwaltung (IDHEAP) durchgeführt hat; diese betraf die Organisation zweier kantonalen Sozialhilfesysteme.

2.5 Prävention

Im Bereich der Prävention stellt das KSA insbesondere den Vorsitz der Kommission für die Verwendung des kantonalen Entschuldungsfonds sicher; dieser hat zum Zweck, der ernsthaften Verschlechterung der sozialen Situation verschuldeter Personen vorzubeugen. In Zusammenarbeit mit Caritas Freiburg und den öffentlichen und privaten Sozialdiensten befasst sich das KSA mit der Handhabung und der Verwaltung dieses neuen Instrumentes für die Sanierung heikler sozialer Situationen. Im Übrigen wirkte es nach wie vor in der vom Staatsrat eingesetzten Arbeitsgruppe «Sicherheit der Behörden und des Staatspersonals» mit, deren Arbeiten im 2009 abgeschlossen werden konnten, und hat regelmässig zur Schulung der neuen Staatsangestellten beigetragen, damit

diese in der Lage sind, Risiken vorzubeugen und mit Situationen von Gewalt im öffentlichen Dienst umzugehen.

Um sich zu informieren und der Entwicklung sozialer Phänomene zu folgen, nahm das KSA an verschiedenen Seminaren teil, die namentlich den folgenden Themen gewidmet waren: Armut nach Scheidung, Jugendliche in Schwierigkeiten, Familie im Wandel, Arbeitslosigkeit und Eingliederung, IIZ, neue soziale Risiken, Ausbildung in den Sozialberufen, Kinder in Armut, Ursachen und Folgen der Wirtschaftskrise, Fortbildung und Umschulung von Langzeitarbeitslosen.

2.6 Sozialhilfesystem

Das KSA sorgte gleichzeitig dafür, dass die RSD und die Sozialkommissionen ihre Sozialhilfesaufgaben erfüllen. Hierfür übermittelte es ihnen regelmässig Rechtsgutachten, Informationen über die einschlägige Rechtsprechung sowie Synthesen der Antworten auf Fragen von Seiten der RSD zur Anwendung der Sozialhilferrichtsätze. Gemäss SHG (Art. 34) stellte das KSA ausserdem die Aufteilung der Kosten für die materielle Hilfe unter allen Gemeinden des Bezirks sicher. Überdies nahm das KSA an fünf Sitzungen von Sozialausschüssen teil, wie dies im SHG vorgesehen ist.

Das KSA unterhält enge Beziehungen mit mehreren spezialisierten Sozialdiensten (Art. 14 SHG), die im Rahmen von Vereinbarungen vom Staat und von den Gemeinden subventioniert werden und auf ihrem jeweiligen Spezialgebiet die RSD unterstützen sollen. Es handelt sich dabei um: «Le Tremplin» (Hilfe an drogenabhängige Personen), «La Tuile» (Hilfe an Obdachlose und/oder Personen in Not), Pro Infirmis (Hilfe an geistig und/oder körperlich behinderte Personen), Pro Senectute (Hilfe an Betagte), die Freiburger Krebsliga (Hilfe an Krebskranke und ihre Angehörigen), SOS werdende Mütter (Unterstützung werdender Mütter in Schwierigkeiten), Caritas (Schuldenberatungsdienst) und den Verein «Banc Publique» in Freiburg (Aufnahme Bedürftiger tagsüber).

2.7 Vertretungen

Aufgrund seiner Aufgaben nach SHG ist das KSA ferner in den folgenden Kommissionen vertreten: Kantonale Arbeitsmarktkommission, Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen, kantonale Kommission der «Loterie Romande», Aufsichtskommission über den Arbeitsmarkt, Kommission für interinstitutionelle Zusammenarbeit, Kommission für die Prävention und Bekämpfung der Spielsucht, Kommission gegen Gewalt in Paarbeziehungen, Plattform «Landwirtschaftsbetriebe in Schwierigkeiten». Seit 2009 ist das KSA auch in der Kommission für Ausbildungsbeiträge vertreten und hat ausserdem den Vorsitz in der neuen Kommission zur prospektiven Untersuchung der Politik im Bereich Langzeitarbeitslosigkeit. Auf interkantonaler Ebene hat das KSA zur Ausarbeitung des «Guide social romand» (www.guidesocial.ch) beigetragen, wobei

2009

er mit der Vereinigung der Freiburger Sozialinstitutionen (Vfsi) und der «Association romande et tessinoise des institutions d'action sociale» (ARTIAS), wo er seit 2009 das Vizepräsidium innehat, zusammengearbeitet hat. Schliesslich ist das KSA auch im Vorstand der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) und im «Groupement des affaires sociales des cantons romands, de Berne et du Tessin» (GRAS) vertreten. Daneben beteiligte sich das KSA wie alljährlich an dem von ARTIAS organisierten Seminar, das darauf hinzielt, die Anwendung der Sozialhilferichtsätze unter den Kantonen zu harmonisieren.

2.8 Statistik und Ausgaben 2009

2.8.1 Materielle Hilfe SHG

Wie jedes Jahr erarbeitete das KSA eine Sammlung statistischer Daten über die materielle Hilfe. Diese Sammlung gibt Auskunft

über die Übernahme der Kosten materieller Hilfe, über die Anwendung der sozialen Eingliederungsmassnahmen, über die finanzielle Belastung der Gemeinden gemäss der Aufteilung nach Bezirk sowie Informationen aus den Tätigkeitsberichten der regionalen SHG-Sozialdienste.

Der Aufwand für die im 2009 erteilte materielle Hilfe an Bedürftige, die im Kanton wohnen oder sich hier aufhalten, belief sich (vor der Aufteilung Kanton/Gemeinden und unter Berücksichtigung persönlicher Rückerstattungen) auf 25 797 086.60 Franken (6,52% weniger als 2008) und verteilte sich auf 4695 Dossiers (1,97% mehr als 2008), die insgesamt 8675 Personen betrafen (3,08% mehr als 2008). Der Kanton übernahm zudem die materiellen Hilfeleistungen an Freiburgerinnen und Freiburger mit Wohnsitz in anderen Kantonen (2 416 536.40 Franken) und an Freiburgerinnen und Freiburger mit Wohnsitz im Ausland (110 000 Franken). Nähere Angaben dazu in den nachfolgenden Tabellen.

Materielle Hilfe netto 2009 (vom 1. Oktober 2008 bis zum 30. September 2009)
(einschliesslich persönliche Rückerstattungen)

AUFTEILUNG GEMEINDEN/STAAT Art. 32 und 33 SHG							
Personenkategorie	Zu Lasten des Staates Fr.	% Total	Zu Lasten der anderen Kantone Fr.	% Total	Zu Lasten der Gemeinden Fr.	% Total	Total Fr.
Schweizer	7 137 187.60	47.19	1 083 000.85	7.16	6 904 877.20	45.65	15 125 065.65
Ausländer	5 280 915.80	49.48	400 874.55	3.76	4 990 230.60	46.76	10 672 020.95
Total	12 418 103.40	48.14	1 483 875.40	5.75	11 895 107.80	46.11	25 797 086.60

Materielle Hilfe 2009

im Kanton wohnhafte, sich aufhaltende oder vorübergehend anwesende Personen

AUFTEILUNG DER DOSSIERS NACH SOZIALHILFEURSACHE		
Sozialhilfeursache	Anzahl Dossiers	% Total
Arbeitslosigkeit/Vorschüsse		
Arbeitslosenentschädigung	666	14.20
Einelternfamilie/getrenntes Paar	594	12.65
Krankheit/Unfall/Spital	350	7.45
Hilfe an Kinder	52	1.10
Schutzaufsicht	33	0.70
AHV/IV/EL Vorschüsse/ungenügende Leistungen	634	13.51
Ungenügende Einkommen	1487	31.68
Unterbringung im Pflegeheim/Heim für Betagte	41	0.87
Drogen/Alkohol	175	3.72
Spital/Unfall/Krankheit: vorübergehend anwesende Personen	32	0.68
Heimschaffung: vorübergehend anwesende Personen	71	1.51
Arbeitslosigkeit: Aussteuerung	560	11.93
Total Dossiers	4695	100

2.8.2 Kantonaler Entschuldungsfonds

Die Kommission für die Verwendung des Entschuldungsfonds besteht aus Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Tätigkeitsbereiche wie Bank, Sozialdienst, Steuerverwaltung, Amt für Personal und Organisation, Finanzverwaltung, KSA, Schuldenberatungsdienst und Vormundschaftsamt. Die Kommission trat zu vier Sitzungen zusammen und entschied über neun Entschuldungsanträge, die im Lauf des Jahres eingereicht wurden. Sie fällte ausserdem sechs positive Entscheide über einen Gesamtbetrag von 79 736.80 Franken und zwei negative Entscheide. Bei einem Antrag ist das Verfahren noch im Gang, da zusätzliche Informationen eingeholt werden müssen.

Fr.

Für Darlehen verfügbare Summe am 1. Januar 2009	1 187 196.70
Vom Fonds geliehene Summe	./.
Dem Fonds rückerstattete Summe	+ 129 118.90
Verschiedene Verwaltungskosten	./.

—
2009

Zinsen für die Deckung des Fonds bis zum Höchstbetrag	+ 3 288.75
Für Darlehen verfügbare Summe am 31. Dezember 2009	1 208 845.65

3. Hilfe an die Opfer von Straftaten

Das KSA ist mit der Anwendung des Bundesgesetzes vom 23. März 2007 über die Hilfe an Opfer von Straftaten (Opferhilfegesetz, OHG; s. SR 312.5, betraut. Die Opferhilfe umfasst drei verschiedene Bereiche: *Soforthilfe und längerfristige Hilfe* durch zwei Opferberatungsstellen des Kantons (die Opfer werden innert sehr kurzer Frist aufgenommen, angehört und unterstützt, vielleicht sogar notfallmässig untergebracht, und wenn nötig erhalten sie psychologische, medizinische oder juristische Hilfe von Dritten wie z. B. Psychotherapeutinnen/Psychotherapeuten oder Anwältinnen/Anwälten); *Garantie besonderer Rechte des Opfers im Strafverfahren*; *Anspruch des Opfers auf Entschädigung und Genugtuung durch den Kanton, in dem die Straftat stattgefunden hat*, wenn weder der Straftäter noch die Versicherungen diese zahlen können oder müssen. In diesem Sinne ist die Opferhilfe an jede Person gewährleistet, die durch eine Straftat in ihrer körperlichen, psychischen oder sexuellen Integrität unmittelbar beeinträchtigt worden ist. Die verschiedenen Befugnisse des KSA in diesem Bereich werden in Artikel 3 des Ausführungsgesetzes zur Bundesgesetzgebung über die Hilfe an Opfer von Straftaten aufgeführt. Der Staat hat im Übrigen Richtlinien zur Beschränkung der Leistungen der Soforthilfe und der längerfristigen Hilfe erlassen. Diese wurden am 1. Juli 2009 vollständig überarbeitet und sind, ebenso wie die gesamte geltende Gesetzgebung, auf der Website des KSA abrufbar (www.admin.fr.ch/ksa).

3.1 Haupttätigkeiten

Das Amt überwacht einerseits den reibungslosen Ablauf der Verfahren, die nötig sind, um den Opfern eine effiziente und bedürfnisgerechte Hilfe zu gewährleisten; andererseits wacht es über den guten Betrieb des kantonalen Opferhilfe-Systems, der durch zwei kantonale Beratungsstellen sichergestellt wird (Frauenhaus Freiburg für Frauen und ihre Kinder; Opferhilfe-Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche, Männer und Opfer von Unfällen im Strassenverkehr). 2009 musste das KSA eine neue Vereinbarung zwischen dem Staat und dem Frauenhaus Freiburg vorbereiten und aushandeln, zur Verlängerung des Mandates, unter dem der Verein seine Funktion als Opferberatungsstelle im Kanton ausübt. Die neue Vereinbarung wurde für eine verlängerbare Dauer von zwei Jahren unterzeichnet und tritt am 1. Januar 2010 in Kraft. Der Verein wird fortan durch eine jährliche Pauschalsubvention finanziert. Bei den Opferhilfeleistungen bleiben die Opferberatungsstellen entsprechend den kantonalen Richtlinien auch weiterhin alleine zuständig für

Beschlüsse in Zusammenhang mit der Soforthilfe. Das KSA erhält jeweils die Rechnungen und überprüft die Rechtmässigkeit der zugesprochenen Leistungen. Das KSA ist hingegen allein zuständig für alle Beschlüsse in Zusammenhang mit Leistungen, die über die Soforthilfe hinausgehen, unter Vorbehalt der Einsprache und Beschwerde bei der GSD. Das KSA hat ausserdem die exklusive Zuständigkeit, um über Entschädigungs- und Genugtuungsgesuche der Opfer zu befinden; Beschwerden beim Kantonsgericht bleiben vorbehalten. Ebenso ist das KSA für die Verbreitung von Informationen über die OHG-Beratungsstellen und den möglichen Leistungen an Opfer in der Öffentlichkeit und bei den Partnerstellen zuständig. Aus diesem Grund hat es am 5. November 2009 einen neuen OHG-Thementag in Grangeneuve organisiert. Themen waren die körperliche Beeinträchtigung, die Genugtuung und die Rolle der Polizei in der Opferhilfe. An der Tagung waren rund 100 Teilnehmende zugegen. Darüber hinaus erfüllte das KSA seine Aufgabe in Zusammenhang mit der Fortbildung des Personals der Opferberatungsstellen, der Entrichtung der kantonalen Subvention an das Frauenhaus Freiburg, die Verteilung der Kosten der Soforthilfe und der längerfristigen Hilfe zwischen dem Staat und den Gemeinden (Art. 9 Abs. 2 des Ausführungsgesetzes über die Opferhilfe, AGOHG), wobei daran erinnert wird, dass die Ausgaben in Sachen Entschädigung und Genugtuung vollständig vom Kanton getragen werden, abgesehen von den Beträgen der Straftäter.

3.2 Statistik

Auch 2009 hat das KSA bei den Straftätern seine Bemühungen um Rückzahlung der geleisteten Beiträge fortgesetzt. Dank der Unterstützung des Amtes für Straf- und Massnahmenvollzug und des Amtes für Bewährungshilfe konnte das KSA 2009 insgesamt 47 166 Franken wieder einbringen (nach Abzug der Inkassokosten). Zum Vergleich: 2008 waren es 52 396 Franken und 2007 waren es 25 426 Franken. Darüber hinaus hat das KSA den Grundsatz der Subsidiarität der Opferhilfeleistungen von Beginn an geltend gemacht, namentlich indem er die Opfer an die Sozial- und Privatversicherer weitergeleitet hat, die grundsätzlich zuerst für den Schaden aufkommen müssen. Insgesamt hat das KSA 320 Dossiers behandelt (2008: 286 und 2007: 278) und 662 Buchungseinträge gemacht (2008: 548 und 2007: 498). Das KSA hat ferner 66 formelle Entscheide gefällt (2008: 68 und 2007: 48), davon 34 Entscheide über sofortige oder längerfristige Hilfe (einschliesslich Anwaltskosten) und 32 Entscheide über Entschädigungen und Genugtuungen. In Anbetracht der besonderen Beschaffenheit der OHG-Leistungen, die vom Bundesgericht den Unterstützungsleistungen gleichgestellt werden, fallen die Entschädigungen, die den Opfern zugesprochen werden, oftmals tiefer aus, als von den Opfern und ihren Anwältinnen und Anwälten ursprünglich gefordert. 2009 wurden weder Beschwerden noch Einsprachen eingereicht.

2009

3.3 Koordination

Auf der Ebene der kantonalen Koordination, die 18 Mitglieder in Vertretung der wichtigsten Akteure des kantonalen OHG-Dispositivs vereint (Beratungsstellen, Polizei, Justiz, Ärztinnen/Ärzte, Psychologinnen/Psychologen, Anwältinnen/Anwälte, Schulen und Sozialdienste), hat das KSA am 8. Oktober 2009 eine Sitzung geleitet. Des Weiteren wurde das KSA für die Umsetzung des Kooperationsmechanismus gegen Menschenhandel hinzugezogen, wobei es namentlich die gute Aufteilung der Rollen der einzelnen Akteure in diesem heiklen Bereich überwacht und für eine gerechte Verteilung der Kosten für die Opferbetreuung zwischen den Kantonen gesorgt hat. Auf nationaler Ebene hat das KSA in den Räumlichkeiten der Bundespolizei in Bern an fünf Koordinationssitzungen über die Bekämpfung von Menschenhandel teilgenommen. Diese Tagung stand im Zeichen der Schaffung einer Empfangsstruktur für Opfer in der Westschweiz. Das KSA hat auch an drei Sitzungen der Kantonalen Kommission gegen Gewalt in Paarbeziehungen teilgenommen. Im Rahmen der Regionalkonferenz der kantonalen OHG-Verbindungsstellen der Westschweiz und des Tessins (Region 1) hat das KSA an drei Sitzungen teilgenommen, um die Praxis der Kantone infolge des Inkrafttretens am 1. Januar 2009 des revidierten OHG zu harmonisieren. Darüber hinaus hat das KSA am 10. November 2009 an einer Sitzung des Bundesamtes für Justiz teilgenommen, deren Ziel die Förderung des Austausches zwischen den kantonalen OHG-Instanzen in Sachen Entschädigung und Genugtuung war.

2009 beliefen sich die OHG-Ausgaben auf insgesamt 1 208 243 Franken (2008: 1 168 858 Franken und 2007: 1 160 008 Franken). Einzelheiten dazu können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

OHG		
Tätigkeit und Aufwand im Rechnungsjahr 2009		Fr.
Beiträge des Staates an die Beratungsstelle Frauenhaus		775 000.00
Kosten für sofortige Hilfe	*	162 316.60
Kosten für längerfristige Hilfe	*	63 271.45
Anwaltskosten	*	44 821.95
* Unter Staat und Gemeinden aufzuteilender Gesamtbetrag (45%/55%):		270 410.00
Entschädigung (materieller Schaden)	**	24 931.10
Genugtuung	**	136 679.35
OHG-Streitfälle für Genugtuung und Entschädigung	**	1 222.60
** Aufwand 100% zu Lasten des Staates		162 833.05
Total		1 208 243.05

4. Hilfe an Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene, abgewiesene Asylsuchende, Personen mit einem rechtskräftigen Nichteintretensentscheid, Flüchtlinge

4.1 Rechtlicher Rahmen

Das KSA ist mit der Anwendung des Asylgesetzes vom 26. Juni 1998 (AsylG) betraut, namentlich mit der Aufnahme, Beherbergung, Betreuung von sowie der materiellen Hilfe oder der Nothilfe an Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene, abgewiesene Asylsuchende sowie Personen mit einem rechtskräftigen Nichteintretensentscheid (NEE-Personen), die dem Kanton vom Bundesamt für Migration (BFM) zugeteilt worden sind. Darüber hinaus obliegt nach Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer vom 16. Dezember 2005 (AuG) und der Verordnung vom 24. Oktober 2007 über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern (VIntA) die Förderung der Integration vorläufig aufgenommener Personen ebenfalls dem KSA. Das KSA trägt ferner aufgrund derselben Gesetzgebung ebenfalls die Verantwortung für Personen mit Flüchtlingsstatus, die seit weniger als fünf Jahren im Kanton wohnhaft sind.

Die Bestimmungen des revidierten Asylgesetzes (Änderung vom 16. Dezember 2005) und des neuen Gesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer, die am 1. Januar 2008 in Kraft getreten sind, sehen eine spezifische Betreuung nach Personenkategorie und ein neues Finanzierungssystem mit Einführung einer Gesamtpauschale vor. Letztere wird den Kantonen während des laufenden Asylverfahrens und der ersten sieben Jahre der vorläufigen Aufnahme entrichtet.

Seit dem 1. Januar 2008 kümmert sich die ORS Service AG (Organisation für Regie- und Spezialaufträge, ORS) um die Aufnahme, die Betreuung und die Beherbergung von Asylsuchenden, vorläufig Aufgenommenen, abgewiesenen Asylsuchenden und NEE-Personen, Auftrag, den ihr der Staatsrat erteilt hat. Caritas Schweiz in Freiburg wird sich indes weiterhin um die soziale und finanzielle Begleitung und die Integration von Personen mit einer Aufenthaltsbewilligung von weniger als fünf Jahren (Ausweis B) kümmern.

4.2 Abgewiesene Asylsuchende

Asylbewerber, gegen die ein rechtskräftiger negativer Asyl- und Wegweisungsentscheid vorliegt, werden seit dem 1. Januar 2008 von der ordentlichen Sozialhilfe ausgeschlossen. Diese können somit, genau wie NEE-Personen, nicht mehr von den Asylstrukturen profitieren und haben grundsätzlich nur noch Anspruch auf Nothilfe. Die neuen Regeln und Verfahren in Bezug auf den Umgang mit diesen Personen wurden vom Staatsrat festgelegt. Mit Ausnahme von Personen, die eine Härtefallbewilligung bekommen können, sowie von vulnerablen Personen (Familien mit

—
2009

minderjährigen Kindern, betagte oder schwerkranke Personen, unbegleitete Minderjährige usw.), haben die abgewiesenen Asylbewerber in Zukunft keinen Anspruch mehr auf eine Beherbergung in einer von der ORS geleiteten Asylunterkunft. Sollten sie die Schweiz nicht verlassen, können sie lediglich in der Notunterkunft Poya in Freiburg untergebracht werden. Auf Gesuch hin wird ihnen höchstens eine Nothilfe von 10 Franken pro Tag im Sinne von Artikel 12 der Bundesverfassung gewährt. Die anwendbaren Normen für die Nothilfe gelten indessen weder für vulnerable Personen noch für Härtefälle; diese unterliegen auch weiterhin den Normen der Sozialhilfe im Asylbereich. Im Übrigen bleiben alle abgewiesenen Asylbewerber und NEE-Personen auch weiterhin einer Krankenversicherung angeschlossen. Zusammen mit dem Amt für Bevölkerung und Migration überwacht das KSA die Anwendung dieses Verfahrens. Es fällt ausserdem die Entscheide in Bezug auf das Ende des Anspruchs auf Unterbringung, die den betroffenen Personen vom Amt für Bevölkerung und Migration mitgeteilt werden, sowie Ausweisungsentscheide, für deren Meldung und Vollzug die Kantonspolizei zuständig ist. 2009 hat das KSA 139 Entscheide bzgl. Ende des Anspruchs auf Unterbringung sowie einen Ausweisungsentscheid gefällt. Anfang Januar 2009 zählte der Kanton Freiburg 198 abgewiesene Asylsuchende. Ende Dezember waren es 233, von denen 71 Personen in der Notunterkunft Poya untergebracht wurden. Die Kosten in Zusammenhang mit dem weiteren Aufenthalt in der Schweiz von abgewiesenen Asylsuchenden und NEE-Personen trägt der Kanton. Zum Ausgleich entrichtet der Bund dem Kanton für jeden neuen abgewiesenen Asylsuchenden und jeden neuen NEE-Fall, der ihm zugeteilt wird, eine Gesamtpauschale. Zudem hat der Bund einen einmaligen Beitrag von 15 000 Franken pro Person für alle am 31. Dezember 2007 im Kanton wohnhaften abgewiesenen Asylbewerber überwiesen und einen Spezialfonds in Zusammenhang mit der Anwendung des Asylgesetzes geschaffen. Am 31. Dezember 2009 beliefen sich die Reserven für die Finanzierung der materiellen Hilfe an diese Personenkategorie auf 1 063 000 Franken.

4.3 Integrationsmassnahmen für vorläufig Aufgenommene

Vorläufig Aufgenommene, die Sozialhilfe beziehen, müssen seit dem 1. Januar 2008 an Integrationsmassnahmen teilnehmen. In diesem Zusammenhang hat das KSA speziell auf vorläufig aufgenommene Personen zugeschnittene Integrationsmassnahmen bereitgestellt. Das KSA ist verantwortlich für die Ausarbeitung, Einführung und Evaluation spezifischer sozialer und beruflicher Eingliederungsmassnahmen für diese Personenkategorie. Ausserdem muss es diese Massnahmen validieren und in einen Katalog aufnehmen. In diesem Sinne arbeitet das KSA mit der ORS zusammen, um die Umsetzung dieser Massnahmen zu koordinieren, aber auch mit den übrigen an der Integration beteiligten Akteuren, um diese Massnahmen zu validieren. Weiter informiert das KSA den Integrationsbeauftragten regelmässig über

seine Projekte und seine Strategie, welche im Übrigen sowohl mit den Schwerpunkten im Integrationsbereich des Bundes als auch mit dem kantonalen Leitbild zur Integration der Migrantinnen und Migranten im Einklang sind. Ziel dieser Strategie ist es, die Integration von Personengruppen, die oftmals von der Gesellschaft ausgeschlossen sind, intensiv zu fördern. Bei der wirksamen Einführung dieses spezifischen Integrationssystems geht es auch um finanzielle Aspekte, insofern als die Investition für die Integrationsmassnahmen durch den Kostenrückgang in der Sozialhilfe ausgeglichen wird, namentlich für vorläufig Aufgenommene, die seit mehr als sieben Jahren in der Schweiz sind und für die der Kanton alleine aufkommt. 2009 belief sich die Hilfe an diese Personenkategorie insgesamt auf 2 577 648 Franken (2008: 3 259 271 Franken). Die Ausgaben zugunsten der Integration dieser Personenkategorie beliefen sich auf 757 148 Franken.

Seit dem 1. Januar 2008 entrichtet der Bund eine einmalige Integrationspauschale für alle neuen vorläufig Aufgenommenen. Für die vorläufig Aufgenommenen, die vor dem 31. Dezember 2007 im Kanton wohnhaft waren, hat der Bund einen einmaligen Beitrag von 3500 Franken zugunsten der Integration entrichtet. Am 31. Dezember 2009 beliefen sich die Reserven für die Finanzierung der Integrationsmassnahmen auf 2 146 940 Franken.

4.4 Statistik

2009 betrug die Gesamtzahl der in der Schweiz verzeichneten Asylanträge 16 005 (2008: 16 606). Die Zahl der dem Kanton zugewiesenen Asylsuchenden belief sich auf 434 (2008: 481). Die Gesamtzahl der im Kanton wohnhaften Asylsuchenden blieb 2009 relativ stabil und erreichte am 31. Dezember 2009 1190 Asylbewerberinnen und Asylbewerber und vorläufig Aufgenommene (ohne abgewiesene Asylsuchende) gegen 1246 am 31. Dezember 2008.

4.5 Beherbergung

Anfang 2009 informierte der Direktor des BFM die Kantonsbehörden, dass die im Verlaufe des Jahres 2008 angetroffenen Schwierigkeiten infolge des Anstiegs des Flüchtlingszustroms in der Schweiz zwar bewältigt worden waren, die Situation jedoch auch weiterhin angespannt sei. Er ersuchte die für die Beherbergung der Asylbewerberinnen und Asylbewerber zuständigen Behörden, ihre Bemühungen noch zu verstärken, um auch die Situation 2009 bewältigen zu können.

Um den starken Zustrom im zweiten Halbjahr 2008 und die Ankündigung ebenso zahlreicher Ankünfte für 2009 in den Griff zu bekommen, hat die GSD den Staatsrat über die Notwendigkeit, eine neue Asylunterkunft zu eröffnen, informiert. Der Staatsrat unterstützte die sofortige Eröffnung einer Asylunterkunft in der Zivilschutzanlage Sugiez (in Staatsbesitz) für eine Dauer von einem Jahr. Diese Eröffnung kam nur zustande, weil sich die GSD

—
2009

und das KSA bei den Oberamtännern und verschiedenen Gemeinden, die über passende Räumlichkeiten verfügten, stark dafür eingesetzt hatten, namentlich im See-, im Vivisbach- und im Sensebezirk. Am 19. Januar 2009 traf die GSD, gemeinsam mit dem Oberamtman des Seebezirks, den Verantwortlichen der ORS und Vertreterinnen und Vertretern des KSA, den Gemeinderat von Bas-Vully. Am 3. Februar 2009 fand eine Informationssitzung für die Bevölkerung statt, an der auch der Staatsratspräsident, die Direktorin für Gesundheit und Soziales, der Oberamtman des Seebezirks, die Verantwortlichen der ORS und Vertreterinnen und Vertretern des KSA zugegen waren. Das Asylbewerberzentrum in Sugiez hat seine Türen am 16. Februar 2009 geöffnet. Die GSD bzw. das KSA hat verschiedene Projekte in Zusammenhang mit Integration und der Prävention von Rassismus in die Wege geleitet, mit denen die einzelnen Widerstände aus der Bevölkerung gegen die Eröffnung der Unterkunft aus der Welt geschaffen werden konnten. Schliesslich ist zwischen den verschiedenen Gemeinde- und Kantonsinstanzen eine gute Zusammenarbeit entstanden. Zwischen der Bevölkerung und den Unterkunftsbewohnern sind zahlreiche Austausche zustande gekommen. Im Verlaufe des Jahres wurden, in Anwesenheit des Gemeindeammanns sowie Vertreterinnen und Vertreter der ORS, der Zivilschutzanlage und des KSA, fünf Zwischenbilanzen gezogen.

Die Asylsuchenden wurden ferner in vier anderen Aufnahmestrukturen des Kantons untergebracht, namentlich im «Foyer des Remparts» und im «Foyer du Bourg», welche sich beide in der Stadt Freiburg befinden, im «Foyer du Lac» in Estavayer-le-Lac und im «Foyer des Passereaux» in Broc sowie in zwei Gemeinschaftshäusern in Bulle. Am 31. Dezember 2009 lebten 266 Personen in den Asylunterkünften. Darüber hinaus waren in den anderen durch die ORS verwalteten Beherbergungsstrukturen (ohne Notunterkunft Poya) 1042 Personen aus dem Asylbereich (Asylbewerber/innen, vorläufig Aufgenommene, NEE-Personen und abgewiesene Asylbewerber/innen) untergebracht worden (Stand 31. Dezember 2009).

4.6 Strukturelle Massnahmen

Im Verlaufe des Jahres 2009 wurde die Umsetzung neuer Praktiken und Verfahren für die Zusammenarbeit zwischen dem KSA und der ORS fortgesetzt. Dank ihrer engen Zusammenarbeit konnten das neue Dispositiv und die Kontrollmassnahmen gefestigt und strukturelle Massnahmen getroffen werden. Der Rahmen des Asylmandates ist in der Vereinbarung mit ORS festgelegt. Die finanziellen Aspekte sind indes in einem Zusatzvertrag geregelt, der jedes Jahr erneuert wird. Die Sozialhilferichtsätze für Personen aus dem Asylbereich wurden vollständig überarbeitet und sind am 1. April 2009 in Kraft getreten.

Von den Kontrollverfahren, die das BFM bzw. das KSA umgesetzt hat, sind namentlich zu erwähnen: Sozialhilfestatistik im

Asylbereich (eAsyl), Sozialhilfestatistik im Flüchtlingsbereich (Flüstat), Sozialhilfestatistik in Zusammenhang mit der materiellen Hilfe an vorläufig Aufgenommene, die seit mehr als sieben Jahren in der Schweiz sind (SOSTAT), Umsetzung des Monitorings über den Sozialhilfestopp (Monitoring 2), Reporting der Integrationsmassnahmen, Prüfung der Finasi-Listen, die das BFM für die Berechnung der Gesamtpauschale des Bundes an den Kanton erfasst, sowie der verschiedenen Führungstabellen, die das KSA erstellt hat und die eine regelmässige Budgetführung und einen jährlichen Vergleich der Einnahmen des Bundes und der Ausgaben nach Budgetrubriken ermöglichen.

4.7 Weitere Aufgaben

Das KSA hat auf Bundesebene die Entwürfe für Antworten auf mehrere Vernehmlassungen erstellt: den Entwurf für die Änderung am Asyl- und Ausländergesetz, die am 1. Januar 2008 in Kraft getreten sind, die Änderung der Richtlinie über die Verteilung von asylsuchenden Personen im Kanton sowie die Schengener Weiterentwicklung. Ausserdem hat das KSA die Antwort auf die Anfrage Michel Losey: «Neues Asylbewerberzentrum in Sugiez, Gemeinde Bas-Vully» vom 13. Februar 2009 vorbereitet und Anmerkungen zum Postulat Christian Ducotterd/André Schoenenweid über die Massnahmen zur Integration der Ausländer gemacht.

Weiter nahm das KSA aktiv teil an den Sitzungen der Kommission für die Integration der Migrantinnen und Migranten und gegen Rassismus, der kantonalen Koordinationsgruppe für die Massnahmen, die speziell für abgewiesene Asylbewerber eingesetzt werden, und am runden Tisch der Sicherheits- und Justizdirektion für die Analyse von Härtefällen. Es nahm ausserdem an Sitzungen der Koordinatorinnen und Koordinatoren der lateinischen Schweiz teil und, auf Bundesebene, an verschiedenen vom BFM organisierten Seminaren der Schweizer Koordinatoren. Unter den zahlreichen aktuellen Themen, die debattiert wurden, sind namentlich zu nennen: die Umsetzung von Massnahmen gegen abgewiesene Asylbewerber und NEE-Personen und die Weiterverfolgung des «Monitoring Sozialhilfestopp» in Bezug auf Nothilfekosten, finanzielle Auswirkungen, Berechnung der Gesamtpauschale, Integrationsmassnahmen für Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene. Das KSA hat ebenfalls am Fachausschuss «Asylverfahren und Unterbringung» sowie an der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen (EKM) teilgenommen.

4.8 Ausgaben 2009

Die materielle Hilfe an Asylsuchende und vorläufig aufgenommene Personen, die Kosten für das Betreuungs- und Verwaltungspersonal sowie die Betriebskosten der Beherbergungszentren beliefen sich 2009 auf 18 924 538 Franken, wovon 2 809 139 Franken zu Lasten des Staates bleiben.

—
2009

Die Kosten für die Integration von vorläufig Aufgenommenen beliefen sich 2009 auf 757 148 Franken, wovon 285 481 Franken aus dem Spezialfonds nach Anwendung des Asylgesetzes stammten. Diese Kosten werden vom Bund vollständig rückerstattet.

In Bezug auf die Sozialhilfe an Flüchtlinge mit anerkanntem Flüchtlingsstatus, vorläufig Aufgenommene und Schutzbedürftige mit Aufenthaltsbewilligung hat sich das KSA mehrmals mit der Caritas Schweiz in Freiburg getroffen um Fragen zu regeln wie: Anwendung der Verfahren für die Sozialbegleitung und Validierung der Integrationsmassnahmen, Unterbreitung der vierteljährlichen Abrechnungen und Kontrolle der Anwendung der Sozialhilferichtsätze für diese Personen.

Die Kosten für materielle Hilfe und Betreuung zugunsten von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen beliefen sich 2009 auf 2 724 988 Franken, wovon 18 743 Franken zu Lasten des Kantons waren. Die Kosten für die Integration von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen beliefen sich 2009 auf 228 596 Franken. Diese Kosten werden vom Bund vollständig rückerstattet.

5. Unterhaltsbeiträge

—

Das KSA hat den Auftrag, beim Inkasso von Alimenten zugunsten von Kindern, Ehegatten oder Ex-Ehegatten, die durch ein vollstreckbares Urteil oder eine anerkannte Vereinbarung geregelt wurden, die entsprechende Hilfe zu leisten. Gleichzeitig kann das KSA eine Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen leisten, wenn die finanzielle Situation der Bezügerinnen und Bezüger dies rechtfertigt und die Unterhaltsbeiträge nicht bezahlt werden; diese belaufen sich auf höchstens 400 Franken pro Monat und Kind bzw. auf höchstens 250 Franken pro Monat für die Ehegattin bzw. den Ehegatten oder die Ex-Ehegattin bzw. den Ex-Ehegatten (s. Art. 46, 79 und 81 EGZGB; Beschluss vom 14. Dezember 1993 über die Eintreibung von Unterhaltsforderungen und die Ausrichtung von Vorschüssen). Hier muss das KSA einerseits seine Aufgabe in Zusammenhang mit der Eintreibung von Unterhaltsforderungen bewältigen und sich andererseits auch um Information, Beratung und Anhörung der Leistungsempfänger, aber auch der Personen, die die Unterhaltsbeiträge entrichten müssen, kümmern. Dazu kommen Verwaltung und Betreuung im administrativen, finanziellen und juristischen Bereich sowie in Kostenrechnungs- und Buchungsbelangen. Die Rechte, Aufgaben und Pflichten der Begünstigten und der Schuldner sowie des KSA sind in den Bestimmungen des Zivilgesetzbuches sowie dessen Ausführungsgesetz, im bereits erwähnten Beschluss vom 14. Dezember 1993 und in den entsprechenden kantonalen Richtlinien festgehalten.

5.1 Haupttätigkeiten

Bestimmung des Anspruchs auf Inkassohilfe und Unterhaltsvorschüsse, Vorbereitung und Begründung der damit verbun-

denen Entscheide, periodische Überprüfung der Dossiers und Leistungsansprüche zugunsten der Bezügerinnen und Bezüger, Information und Empfang dieser Personen sowie der Schuldner, monatliche Verrechnung der Unterhaltsbeiträge, Auszahlung der Vorschüsse und Verwaltung des Debitorenwesens im Falle von unrechtmässig bezogenen Vorschüssen, Inkasso der Unterhaltsbeiträge, Bearbeitung von juristischen Fragen in diesem Zusammenhang, Geltendmachung von Unterhaltsbeiträgen (Betreibungen, Lohnpfändungen, Anforderung von Sicherheitsleistungen, Strafanzeigen) Vertretung des Amtes vor den Oberämtern und den Zivil- und Strafgerichten. 2009 nahm das KSA in den verschiedenen Bezirken des Kantons an 32 Sitzungen vor dem Präsidenten des Bezirkszivilgerichts (2008: 33) und an 100 Sitzungen vor den Strafbehörden (2008: 88) teil. Es wurden 348 Betreuungsgesuche (2008: 336), 249 Verlustscheine (2008: 241), 39 Gesuche um Lohnpfändungen (2008: 32), 170 Strafanzeigen (2008: 121) eingereicht und die Strafbehörden haben 132 Verordnungen und Urteile gefällt (2008: 109), von denen 41% eine Verurteilung betrafen, 44% die Einstellung des Verfahrens aufgrund fehlenden Adressangaben zum Beschuldigten und 14% ein Nichteintreten aufgrund fehlender Ressourcen beim Beschuldigten.

5.2 Statistik

Am 31. Dezember 2009 betrug die Gesamtsumme der vom Staat entrichteten Unterhaltsvorschüsse 5 482 230 Franken (2008: 5 488 953 Fr.). Dank der Inkasso-Schritte des KSA konnte von dieser Summe ein Betrag von 2 731 632 Franken wieder eingebracht werden, 31 077 Franken davon über die vom Staat mit der Bearbeitung der abgeschlossenen Dossiers beauftragte Inkassostelle; dies entspricht einem Inkassoanteil von 48,93% auf die Vorschüsse und Inkassokosten (2008: 48,48%). Der nicht eingebrachte Teil wird zu gleichen Teilen zwischen dem Staat und den Gemeinden aufgeteilt (Art. 81 Abs. 2 EGZGB). Was den Teil der Unterhaltsbeiträge betrifft, die durch die vom Staat ausgerichteten Vorschüsse nicht gedeckt werden konnten und die ausschliesslich die Unterhaltsschuldner betreffen, so konnte das KSA 2 548 235 Franken davon zugunsten der Anspruchsberechtigten entrichten (2008: 2 477 869 Fr.).

2009 hat das KSA 219 neue Anträge verzeichnet (2008: 231), 188 davon konnten positiv beantwortet werden (2008: 181). Die Anzahl «aktiver» Dossiers belief sich am 31. Dezember 2009 auf 1476 (2008: 1508). Unter diesen «aktiven» Dossiers betreffen 102 die Anwendung des sog. New Yorker Übereinkommens, bei dem es um die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen bei Fällen geht, in denen der Gläubiger oder der Schuldner der Unterhaltspflicht im Ausland wohnt, wobei eine der betroffenen Personen logischerweise im Kanton Freiburg wohnen muss. Im Rahmen der Bearbeitung von Dossiers, bei denen den Begünstigten eine Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen gewährt wird, wurden 722 Revisionen durchgeführt. Bei den Dossiers, die sich auf die

—
2009

Inkassohilfe der Unterhaltsbeiträge beschränken, wurden 171 Revisionen durchgeführt. Zusätzlich zu den Eröffnungs- und den Nichteröffnungsentscheiden hat das KSA im 2009 somit insgesamt 893 formelle Revisionsentscheide gefällt. Ferner wurden 28 Einsprachen verzeichnet (2008: 21), drei davon haben zu einer Beschwerde an die GSD geführt.

5.3 Koordination

Im Bereich der interkantonalen Koordination ist das KSA Mitglied der Westschweizer Konferenz der kantonalen Ämter für Inkasso und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen. Diesbezüglich hat es am 8. Mai 2009 in Freiburg an einer Sitzung teilgenommen. Des Weiteren wurde das KSA 2009 besonders stark in die Vollendung der Arbeiten in Zusammenhang mit der Installation eines neuen EDV-Programms für den Bereich Inkassohilfe und Ansprüche auf Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen miteinbezogen. Gleichzeitig arbeitete das KSA weiter an den Arbeiten in Hinblick auf eine Revision des entsprechenden kantonalen Gesetzes, wobei ihm vor allem die Erfahrungen zu Gute kamen, die es seit der Übernahme dieses Tätigkeitsbereiches im Herbst 2003 machen konnte.

VIII. JUGENDAMT

1. Aufgaben

Das Jugendamt (JA) ist die Fachstelle für den Jugendschutz. Das Jugendgesetz vom 12. Mai 2006 setzt die nachfolgenden Aufgaben fest:

- › Umsetzung der nötigen sozialpädagogischen Massnahmen – in Absprache mit den Eltern oder der gesetzlichen Vertretung – für Kinder, die in ihrer Entwicklung gefährdet sind, oder für junge Erwachsene;
- › Vollzug der von Vormundschafts- oder Gerichtsbehörden angeordneten zivil- oder strafrechtlichen Kinderschutzmassnahmen, vorläufige Vertretung von Kindern, die sich im Kanton aufhalten, sowie kantonale Koordination in Fällen internationaler Kindesentführung;
- › Beurteilung, Bewilligung und Beaufsichtigung familienexterner Betreuungsstätten sowie Verantwortung als kantonale Zentralbehörde im Adoptionsbereich;
- › Befassung mit Opferberatung nach der Gesetzgebung über die Hilfe an Opfer von Straftaten;

› Information der Bevölkerung über die Mittel der Hilfe an Kinder und Jugendliche, in Koordination mit den Jugendbeauftragten;

› Umsetzung der Jugendpolitik.

Zur Durchführung seiner Aufgaben ist der Dienst in fünf Tätigkeitssektoren unterteilt.

Geleitet wird das JA von Stéphane Quéru.

2. Allgemeine Tätigkeiten

2.1 Personal

Mit dem Einverständnis der Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD) hat das JA die Bezeichnung «Fachperson für Kinderschutz» für alle Mitarbeitenden eingeführt, die operative Aktionen im Bereich Kinderschutz entwickeln.

Seit mehreren Jahren ist das JA zusätzlich zu seinen zahlreichen Aufgaben stark in der Ausbildung engagiert. 2009 hat das JA Praktikumsstellen für Praktikantinnen und Praktikanten von einer Fachhochschule oder Universität sowie postuniversitäre Praktika angeboten.

Schliesslich arbeitet das JA im Bereich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit intensiv mit den regionalen Arbeitsvermittlungszentren zusammen und bietet innerhalb des JA Temporärstellen sowie Stellen für Personen, die erstmals eine Erwerbstätigkeit aufnehmen wollen, an.

2.2 Allgemeine Tätigkeiten des JA

2009 war das JA intern auf drei Hauptachsen tätig: Festigung der Jugendpolitik, Organisation des Amtes und Ausbau der Informationsarbeit.

Extern hat sich das JA bei der Zusammenarbeit mit zahlreichen privaten und öffentlichen Partnern engagiert, und zwar sowohl innerhalb als auch ausserhalb des Kantons.

2.2.1 Jugendpolitik

Das Jugendreglement wurde am 17. März 2009 vom Staatsrat verabschiedet. Darin wird folgendes umgesetzt und ausgeführt:

- › die Grundsätze der Jugendpolitik;
- › die Bereiche der Jugendförderung;
- › die Berücksichtigung der ausserschulischen Betreuung;

—
2009

- > die Schaffung und die Organisation der Kommission für Jugendfragen;
- > die Kriterien für die Gewährung finanzieller Mittel des Staates zugunsten von Jugendprojekten;
- > genauere Angaben zu den Interventionen im Bereich Kinderschutz.

Die elf Mitglieder der Kommission für Jugendfragen haben ihre Arbeit im September 2009 aufgenommen und sind zu vier Sitzungen zusammengekommen.

2.2.2 Organisation des JA

Das JA hat die Arbeiten in Zusammenhang mit dem Verfahren zur Leistungsanalyse fortgesetzt; dazu hat es mehrere interne Arbeitsgruppen geschaffen, die jeweils für das Informationsmanagement, die Organisation des Telefondienstes, die Sozialuntersuchungen und die Gewichtung der Dossiers zuständig waren.

2.2.3 Informationsarbeit

Anfang 2009 wurde die JA-Website ins Netz gestellt. Gleich im Anschluss wurde eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die ein Konzept für eine Broschüre zuhanden der Benutzerinnen und Benutzer sowie der Partnerinstitutionen im Bereich Kinderschutz ausarbeiten sollte. Eine andere Gruppe hat sich ab Oktober 2009 mit der Neugestaltung des internen Informatiksystems zur Datenübermittlung befasst.

2.2.4 Kommissionen und Arbeitsgruppen

Neben den Arbeitsgruppen, die in Zusammenhang mit den Tätigkeitssektoren des JA stehen, teilen sich der Dienstchef und der stellvertretende Dienstchef die Teilnahme an verschiedenen Arbeitsgruppen unter sich auf, dies sowohl innerhalb der GSD als auch in den anderen Direktionen und ausserhalb des Kantons:

- > Arbeitsgruppe «Erziehungsheim» und beratende Kommission für die Unterstützung und Begleitung behinderter und gefährdeter Personen, unter der Leitung des Sozialvorgesamtes;
- > Steuerungsausschuss der «Plattform Jugendliche» und der Kommission für Jugendliche mit Schwierigkeiten bei der beruflichen Eingliederung, unter der Leitung der Volkswirtschaftsdirektion (VWD).
- > Steuerungsausschuss «HarmadminEcole» und Arbeitsgruppe speziell für die Unterstützungsmassnahmen;

- > Unterarbeitsgruppe Nr. 8 im Rahmen der von der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport (EKSD) bereitgestellten NFA-Massnahmen: Koordination GSD/EKSD Früherziehung;
- > Vorstand der «Conférence suisse des responsables cantonaux de la protection de l'enfance et de l'aide à la jeunesse» und Vorsitz der «Conférence romande des responsables cantonaux de la protection et de l'aide à l'enfance et de la jeunesse».

2.2.5 Supervision

Das JA hat sein Supervisions-Angebot, das allen Fachpersonen für Kinderschutz offen steht, weitergeführt. Im Juni fanden in Grangeneuve zwei Schulungstage zum Thema «aide contrainte» statt, die vom Supervisor gegeben wurden.

Ausserdem konnte das JA zwei Fachpersonen für Kinderschutz zur Ausbildung für das Diplom in Kinderschutz einschreiben, das am «Institut Universitaire Kurt Bösch» in Bramois (VS) absolviert werden kann.

2.3 Sektor Direkte Sozialarbeit (SASD)

Verschiedene Fachpersonen für Kinderschutz kümmern sich in diesem Sektor um die sozialpädagogische Betreuung, den Vollzug der von Vormundschafts- oder Gerichtsbehörden angeordneten zivil- oder strafrechtlichen Kinderschutzmassnahmen, die vorläufige Vertretung von Kindern, die sich im Kanton aufhalten, sowie die kantonale Koordination in Fällen internationaler Kindesentführung.

2.3.1 Statistik

Im 2009 bearbeitete der SASD, bestehend aus einem Bereitschaftsteam (Intake) und drei regionalen Teams, 200 Fälle mehr bzw. intervenierte 166 mal mehr als im noch 2008. Dieser Anstieg ist in erster Linie auf Mandate der Friedensgerichte (+72) und auf Situationen «ohne amtlichen Auftrag» (+84) zurückzuführen, die grösstenteils vom Bereitschaftsteam (Intake) betreut wurden.

Art	2008	2009	Differenz
Anzahl betreuter Kinder	2707	2907	+ 200
Anzahl neuer Interventionen	1038	1204	+ 166

Unterteilung der neuen Interventionen:

Art	2008	2009	Differenz
Situationen ohne amtlichen Auftrag	450	534	+ 84
Mandate Friedensgerichte	493	565	+ 72
Mandate Jugendstrafkammer	45	48	+ 3
Mandate Bezirkszivilgerichte	46	48	+ 2
Andere Mandate	4	8	+ 4

2009

Von den 565 neuen Mandaten der Friedensgerichte für 2009, betrafen 191 (33%) die Beistandschaft für die Planung des persönlichen Verkehrs (Art. 308 Abs. 2 ZGB) und in erster Linie die Überwachung des Besuchsrechts in Streitsituationen bei Trennungen und Scheidungen.

Auch die Anfragen von Kindern, Eltern und Dritten für eine Betreuung ohne offiziellen Auftrag und die Auskunftsgesuche beim Intake nehmen stetig zu.

Der Anstieg der neuen Interventionen im 2009 (+166) entspricht der Besetzung von 2 Vollzeitstellen einer Fachperson für Kinderschutz.

2.3.2 Unterbringung von Kindern

Die Fachpersonen vom SASD leiten die Unterbringung von Kindern in die Wege. Diese Tätigkeit ist stets mit komplizierten und schwierigen Verfahren verbunden. 2009 hat der SASD die nachfolgenden Unterbringungen organisiert:

	Kantonale Einrichtungen	Ausserkantonale Einrichtungen	professionelle Pflegefamilien	Pflegefamilien	Total
Total Unterbringungen	319	109	12	71	511
Total Austritte** 2009	118	40	2	12	172
Total Unterbringungen am 31.12.2009	201	69	10	59	339

Die Unterbringungen dauern immer weniger lang. Die Rückkehr in die Herkunftsfamilie ist ein wichtiges Ziel, das stets gut vorbereitet und geprüft wird; die Rückkehr des Kindes muss stets gewährleistet sein.

Ein wichtiger Bestandteil dieses Verfahrens ist die Meinung des Kindes, das bei allen Verfahren, von denen es betroffen ist, ein Mitspracherecht hat. Besonderer Wert wurde auf die Bestimmung des Übereinkommens vom 20. November 1989 über die Rechte des Kindes gelegt, damit dieses stets Anwendung fand, so wie dies auch vom Jugendgesetz vom 12. Mai 2006 vorgeschrieben wird.

2.4 Sektor Familienexterne Kinderbetreuung (SMA)

Dieser Sektor kümmert sich um Untersuchungen im Hinblick auf die Bewilligung und Beaufsichtigung familienexterner Kinderbetreuungsstätten und trägt die Verantwortung als kantonale Zentralbehörde im Adoptionsbereich. Er beteiligt sich an der Information an die Bevölkerung über die Mittel der Hilfe an Kinder

und an der Umsetzung der Jugendpolitik, namentlich im Bereich der familienexternen Kinderbetreuung.

2.4.1 Tätigkeiten des Sektors

2009 hat der SMA die GSD bei den Verhandlungen über neue kantonale Normen und Empfehlungen begleitet, bei denen es u. a. auch darum ging, dass Inhaberinnen und Inhaber des eidgenössischen Fähigkeitszeugnisses «Fachperson Betreuung» als ausgebildetes Personal anerkannt wurden.

Der SMA hat zudem an der Vorbereitung der Antwort des Staatsrates auf den Vorentwurf der Bundesverordnung vom 19. Oktober 1977 über die Unterbringung von Kindern zur Pflege und zur Adoption (PAVO) teilgenommen.

Im Bereich Pflegefamilien konnte der zweite Ausbildungszyklus für die ersten Absolventinnen und Absolventen mit der Verleihung einer Ausbildungsbestätigung an über 30 Freiburger Pflegefamilien abgeschlossen werden. Das Mandat für die Ausbildung hat die Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit.

Aufgrund der langen Wartezeiten und der Anhebung des Alters der Kinder, die adoptiert werden können, wird die Situation im Bereich der internationalen Adoption schwieriger.

Eine Arbeitsgruppe des SMA kümmert sich um die regelmässige Aktualisierung der Informationen über die Herkunftsländer der Kinder, die adoptiert werden können.

Der Sektor hat einen Sitz in der «Conférence latine des autorités centrales en matière d'adoption» (CLACA), deren Vorsitz das Bundesamt für Justiz hat.

Im Bereich der nationalen Adoptionen kümmert sich eine Arbeitsgruppe um die Präsentation der Arbeits- und Protokollrichtlinien bei den einzelnen Partnern. Weil sich die Arbeitsgruppe neu organisierte, fand 2009 keine solche Präsentation statt.

Im Bereich der Einrichtungen für Kinder im Vorschulalter hat der SMA aktiv im Ausschuss «Freiburger Tagung Kleinkinderbetreuung» mitgemacht. Die Tagung selber fand im Mai 2009 statt. Eine Arbeitsgruppe untersucht die Umsetzung eines Grundkonzeptes und -dokuments über die Qualität der Einrichtungen für Kinder im Vorschulalter (vom Typ Kinderkrippe und Spielgruppe).

Eine Arbeitsgruppe legt ferner ein Verzeichnis aller Ausbildungsarten an, die eine Person zur Arbeit in einer Einrichtung zur Betreuung von Kindern im Vorschulalter befähigen.

Ausserdem nimmt der SMA an den Westschweizer Treffen der Erziehungsberaterinnen teil.

—
2009

Im Bereich der Tagesbetreuung fand ein Treffen mit dem Präsidenten des Verbands Freiburger Tagesfamilien statt. Eine Arbeitsgruppe wurde damit beauftragt, die Leitlinien des SMA in Sachen Tagesbetreuung umzusetzen, sodass sie mit den Anforderungen der Tagesfamilienverbände übereinstimmen.

Der Bereich der ausserschulischen Betreuung entstand 2009 im Anschluss an die Einführung des zweiten Kindergartenjahres. Das Thema kam in zahlreichen Gemeinden zur Sprache und der SMA unterstützte dabei die Arbeit der wissenschaftlichen Mitarbeiterin, die den Auftrag hat, den Freiburger Gemeinden bei der Bereitstellung von ausserschulischen Betreuungseinrichtungen zu helfen. Um die Gemeinden bei der Bedarfsabklärung im Bereich ausserschulische Betreuung zu unterstützen, hat das JA ausserdem zwei Instrumente entwickelt:

- › Instrument für eine Umfrage bei der Bevölkerung: Fragebogenmodell, Instrument zur Dateneingabe und Infoblatt mit praktischen Angaben. Die Instrumente können von den Gemeinden entsprechend ihren jeweiligen Bedürfnissen und Fragen angepasst werden.
- › Ein Modell zur statistischen Simulation, mit dem die Nachfragepotentiale einer Gemeinde im Bereich ausserschulische Betreuung für zwei Modulkategorien veranschlagt werden können: Betreuungsmodule über die Mittagszeit und Betreuungsmodule am Nachmittag. Mit diesem Statistik-Modell, das in Zusammenarbeit mit dem Institut INFRAS entwickelt wurde, können die Wahlwahrscheinlichkeiten der Haushalte für jede Freiburger Gemeinde entsprechend den strukturellen Charakteristiken der befragten Bevölkerung berechnet werden. Berücksichtigt wird die Nachfrage aller Freiburger Haushalte, in denen mindestens ein Kind im Alter zwischen 5 und 12 Jahren lebt.

Der SMA hat ausserdem einen Entwurf von Normen und Empfehlungen für diese Art von Betreuungseinrichtungen angefertigt; dieser soll gemäss Jugendreglement vom 17. März 2009 der GSD zur Genehmigung unterbreitet werden.

2.4.2 Statistik

Die Tätigkeit des SMA hat 2009 stark zugenommen: 2008 waren noch 559 Dossiers behandelt worden, 2009 waren es bereits 608 (+8,7%).

Sektor Familienexterne Kinderbetreuung (SMA) - Allgemeine Lage	2009
Aufnahme bei Pflegeeltern zwecks Adoption (PNADO): Anzahl offener Situationen	105
Pflegefamilien (PF): Anzahl offener Situationen	137

Professionelle Pflegefamilien (PPF): Anzahl offener Situationen	4
Aufnahme tagsüber: Anzahl offener Situationen	28
Anzahl aktiver Tageselternverbände (AAFJ)	9
Einrichtungen für Kinder im Vorschulalter: Anzahl betreuter Situationen	175
Ausserschulische Betreuung: Anzahl betreuter Situationen	56
Sondereinrichtungen: Anzahl betreuter Situationen	3
Bewilligung und Aufsicht: Total eröffnete Dossiers	517
Andere, vom SMA bearbeitete Anfragen	2009
Gemeinschaftliche Adoption: Anzahl Gesuche	8
Adoption des Kindes des Ehegatten: Anzahl Gesuche	13
Adoption Volljähriger: Anzahl Gesuche	3
Änderung des Familiennamens: Anzahl Gesuche	2
Freigabe zur Adoption/nationale Adoption zustande gekommen: Anzahl Gesuche	0
Freigabe zur Adoption/nationale Adoption nicht zustande gekommen: Anzahl Gesuche	0
Aufnahme von ausländischen Kindern ohne Adoptionsabsicht: Anzahl Gesuche Amt für Bevölkerung und Migration (BMA)	1
Betreuungseinrichtungen für Kinder im Vorschulalter: Anzahl Stellungnahmen Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV)	5
Andere: Anzahl bearbeiteter Fälle	32
Behandelte Fälle 2009 insgesamt	608

Der erkennbare Anstieg ist hauptsächlich auf die Berücksichtigung der Dossiers aus dem Bereich ausserschulische Betreuung zurückzuführen.

Ausserschulische Betreuung: Anzahl Situationen	2009
Geplante Situationen	10
Zurzeit untersuchte Situationen (eingetragene Gesuche)	0
Betreute Situationen (Überwachung)	46

—
2009

Situationen in Zusammenhang mit Unterstützung bei der Bedarfsabklärung und der Beratung für die Umsetzung des Projektes für die ausserschulische Betreuung (erste Überlegungen)	11
Neue Bewilligungen	0
Stellungnahmen BSV	2
Abgeschlossene Situationen	5

2.5 OHG-Beratungsstelle

Nach dem Bundesgesetz über die Hilfe an Opfer von Straftaten (OHG) muss die OHG-Beratungsstelle den Opfern und ihren Angehörigen Hilfe erteilen. Sie besteht aus einem Sektor, der sich spezifisch um Kinder und Jugendliche kümmert, und aus einem Sektor für Männer und Opfer von Unfällen im Strassenverkehr. Die Unterstützung durch die OHG-Beratungsstelle soll eine rasche Hilfe ermöglichen; der Zweck besteht darin, das Opfer rasch wieder in die Gesellschaft einzugliedern und die negativen Auswirkungen der Straftat wieder gutzumachen.

2.5.1 Tätigkeiten der OHG-Beratungsstelle

Mit Inkrafttreten des revidierten SHG am 1. Januar 2009 wurden die Leistungen, welche die Beratungsstellen zu liefern haben, ein paar Änderungen unterzogen. Die Beraterinnen und Berater der Stelle mussten sich mit den neuen Gesetzesbestimmungen vertraut machen und diese in die Praxis umsetzen.

Des Weiteren hat die Beratungsstelle zwei besondere Situationen der Opferbetreuung behandelt, die einer ausgeprägteren Nachbetreuung bedurften.

Die Beratungsstelle hat sich ferner im Rahmen ihrer Zuständigkeiten erstmals um eine Situation von Menschenhandel gekümmert, in Anwendung des Kooperationsmechanismus gegen Menschenhandel, der am 1. Januar 2008 in Kraft getreten ist.

Das Team der OHG-Beratungsstelle hat sich ausserdem mit der Qualität der Leistungen beschäftigt, die es in Form einer Supervision des Teams und von regelmässigen Interventionen bei den Betroffenen anbietet. Es wurden Fortbildungen in den Bereichen Psychotraumatologie, Begleitung von Trauernden, Sozialversicherungen und Gefahren neuer Technologien absolviert.

Die Therapiegruppen für missbrauchte Kinder haben sich im Verlaufe des Jahres 2009 neu organisiert und die Zusammenarbeit mit der OHG-Beratungsstelle wurde verstärkt.

Zwei Mitarbeitende der Beratungsstelle haben in Zusammenarbeit mit dem Lehrstuhl für Sozialarbeit und Sozialpolitik eine

Weiterbildungstagung für die Vereinigung der Westschweizer OHG-Akteure («Coordination romande des praticiens LAVI, COROLA) organisiert.

2.5.2 Statistik

Die Opferberatungsstelle muss die Angaben zu ihrer Tätigkeit gemäss den eidgenössischen Richtlinien erfassen. Interventionen der OHG-Beratungsstelle für Kinder und Jugendliche:

	2008	2009
Neue Gesuche während des Jahres: Total	147	156
OHG-Fälle	140	153
Nicht-OHG-Fälle	7	3
Aus dem Vorjahr übernommene Fälle	108	117
Behandelte Fälle insgesamt	255	273

Entwicklung dieser Angaben:

Interventionen der OHG-Beratungsstelle für Männer und Opfer von Verkehrsunfällen:

	2008	2009
Neue Gesuche während des Jahres: Total	109	109
OHG-Fälle	105	101
Nicht-OHG-Fälle	4	8
Aus dem Vorjahr übernommene Fälle	69	54
Behandelte Fälle insgesamt	178	163

Verstoss (Mehrfachantworten möglich; SVG = Strassenverkehrsgesetz)

Tötung	0
Tötung SVG	6
Versuchte Tötung	1
Körperverletzung	52
Körperverletzung SVG	28
Raub	4
Erpressung, Drohung, Nötigung	17
Delikte gegen die Freiheit	3
Verbreiten menschlicher Krankheiten	1
Andere Straftaten nach StGB	2
Nicht klar	3

—
2009

Sexualdelikte an Kindern	4
Sexualdelikte an abhängigen Personen	2
Sexuelle Nötigung, Vergewaltigung	4
<hr/>	
Häusliche Gewalt	6
<hr/>	
Mit Strafverfahren	73

Die Beratungsstelle hat insgesamt 574 Gespräche und 624 Telefonberatungen (>15 Min.), 44 Betreuungen (Polizei, Gericht usw.) und 666 Gespräche mit den Akteuren des Netzwerkes durchgeführt. Auskunftsgesuche, E-Mail-Anfragen und Triage sind stark angestiegen: 133 (2008: 85). Die Stelle hat 14 Vorträge (Fortbildungen, Einzelgesuche) gehalten und Anfragen von sechs Journalistinnen oder Journalisten beantwortet.

2.6 Fachstelle für Kinder- und Jugendförderung (friJ)

Die friJ ist mit der Umsetzung der Jugendpolitik betraut. Diese ist sektoriell und umfasst individuelle und kollektive Massnahmen, welche der Förderung der Kompetenzen und Ressourcen von Kindern und Jugendlichen dienen, sodass diesen eine harmonische Entwicklung ermöglicht wird und sie zu verantwortlichen Erwachsenen heranwachsen können.

2009 spielten sich die Aktivitäten der Jugendbeauftragten des friJ in vier Hauptbereichen ab:

2.6.1 Organisation der Kommission für Jugendfragen (JuK) und Unterstützungsanträge

Durch die Verabschiedung des Jugendreglementes vom 17. März 2009 durch den Staatsrat und sein Inkrafttreten vom 1. April 2009 konnten die Mitglieder der JuK, die im Juli bezeichnet worden waren, zu Sitzungen einberufen werden. Zwischen September und Dezember 2009 fanden vier Kommissionssitzungen statt, darunter zwei ordentliche Sitzungen und zwei weitere zur Stellungnahme in Zusammenhang mit Unterstützungsanträgen an den Jugendfonds, der im Voranschlag des JA vorgesehen ist. Insgesamt wurden 36 Unterstützungsanträge behandelt. Von diesen wurden 21 von der GSD positiv beurteilt und gutgeheissen, für einen Gesamtbetrag von 99 485 Franken.

2.6.2 Wissensmanagement

Für die Durchführung eines Freiburger Monitorings wurden verschiedene Arbeiten in die Wege geleitet. Es wurde eine In-

ventur darüber gemacht, an welchen Orten die Gemeinden auf ihren Websites welche Informationen anbieten sowie eine erste Bestandsaufnahme der Strukturen und Projekte, welche die Kantonsverwaltung im Kinder- und Jugendbereich führt.

2.6.3 Informations- und Beratungsdienst

Im April 2009 fand eine Medienkonferenz statt. Die Rubrik «Jugendförderung» der JA-Website wird regelmässig aktualisiert, unter «Aktualitäten» sind die jeweiligen News zu finden. Die JuK versendet ausserdem E-Mails an ihre kantonalen Partner, um diese über die nationalen und kantonalen Projekte auf dem Laufenden zu halten, an denen sie interessiert sein könnten.

Sie hat sich mit drei Gemeinden getroffen, die eine Jugendkommission auf die Beine gestellt haben. Es wurden zahlreiche Kontakte geknüpft, entweder bei Sitzungen oder per Telefon, insbesondere mit den Organisationen und den Gemeinden, die ein Unterstützungsgesuch eingereicht hatten.

Die friJ hat zwei Stellungnahmen verfasst: Die erste betraf die Standards der Kinder- und Jugendförderung in der Schweiz und der Konferenz der kantonalen Beauftragten für Kinder- und Jugendförderung (KKJF), die zweite betraf die Stellungnahme der JuK zur Gesamtrevision des Bundesgesetzes über die Förderung der ausserschulischen Jugendarbeit (Jugendförderungsgesetz, JFG) – neues Kinder- und Jugendförderungsgesetz (KJFG).

2.6.4 Public Relations und Koordination

Die beiden Beauftragten der friJ haben an 146 Sitzungen teilgenommen bzw. diese geführt:

- > 71 Koordinationssitzungen
- > 52 Sitzungen mit kantonalen Partnern (Präsentation der friJ, Koordination)
- > 6 Sitzungen auf Gemeindeebene (davon drei Präsentationen der Kinder- und Jugendpolitik vor einer Jugendkommission)
- > 7 Sitzungen auf interkantonaler Ebene als Vertretung des Kantons Freiburg in den Organisationen für Zusammenarbeit, wie z. B. der Westschweizer Konferenz der Kinder- und Jugendbeauftragten und der Konferenz der kantonalen Beauftragten für Kinder- und Jugendförderung (KKJF).
- > 10 Sitzungen auf gesamtschweizerischer Ebene als Vertretung des Kantons Freiburg bei wichtigen nationalen Ereignissen in Zusammenhang mit der Kinder- und Jugendpolitik.

Die friJ hat ferner an der Vorbereitung der nachfolgenden Projekte mitgearbeitet:

—
2009

- › Förderung des Jugendurlaubes im Kanton Freiburg;
- › Information für den Kanton Freiburg auf www.ciao.ch und
- › «Wer bisch?», Abfassen der Broschüre und Einholen der Meinung der Jugendlichen;
- › Redaktion der JA-Broschüre.

IX. PERSONALBESTAND

BEHÖRDEN – DIREKTIONEN Finanzstellen	Rechnung 2009 VZÄ	Rechnung 2008 VZÄ	Differenz VZÄ
GESUNDHEIT UND SOZIALES	2'446.49	2'420.84	25.65
ZENTRALVERWALTUNG	119.42	183.91	-64.49
3600 / SASS Generalsekretariat	5.34	4.93	0.41
3605 / SANT Amt für Gesundheit	18.75	18.15	0.60
3606 / DENT Schulzahnpflegedienst	26.55	26.66	-0.11
3625 / CPSY Psychosozialer Dienst		34.16	-34.16
3626 / PPSY Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst		13.62	-13.62
3630 / PFIS Familienplanung und Sexualinformation	6.62	6.62	
3635 / LABC Kantonales Laboratorium		19.29	-19.29
3645 / SOCI Sozialvorsorgeamt	10.55	10.20	0.35
3650 / AISO Kantonales Sozialamt	13.00	12.40	0.60
3665 / OCMF Jugendamt	38.61	37.88	0.73
SPITALWESEN	2'312.11	2'221.47	90.64
3611 / RHFR Freiburger Spitalnetz	1'965.35	1'925.80	39.55
3618 / RFSM Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit	346.76		346.76
3620 / MAHP Kantonales Psychiatrisches Spital		295.67	-295.67
BESONDERE SEKTOREN, SONSTIGE ANSTALTEN	14.96	15.46	-0.50
3624 / MABU Wäscherei Marsens	14.96	15.46	-0.50



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Direction des finances DFIN
Finanzdirektion FIND

WWW.FR.CH/DFIN

Finanzdirektion FIND

—

2009

I. Direktion und Generalsekretariat	1	IX. Finanzinspektorat	35
1. Aufgaben	1	1. Aufgaben	35
2. Tätigkeit	1	2. Tätigkeit	35
3. Interkantonale Zusammenarbeit	1		
4. Rechtsdienst	2	X. Personalbestand	37
5. Gesetzgebung	3		
II. Finanzverwaltung	4		
1. Aufgaben	4		
2. Tätigkeit	4		
III. Kantonale Steuerverwaltung	10		
1. Aufgaben	10		
2. Tätigkeit	10		
IV. Amt für Erbschafts- und Schenkungssteuern	15		
1. Aufgaben	15		
2. Tätigkeit	15		
V. Amt für Personal und Organisation des Staates Freiburg	15		
1. Aufgaben	15		
2. Tätigkeit	16		
VI. Amt für Informatik und Telekommunikation	22		
1. Auftrag	22		
2. Tätigkeit	22		
VII. Amtliche Vermessung	28		
1. Aufgaben	28		
2. Tätigkeit	29		
VIII. Grundbuch	32		
1. Aufgaben	32		
2. Grundbuchämter	32		
3. Die Grundbuchämter als Steuerbehörde	34		
4. Aufsichtsbehörde über das Grundbuch	34		

—
2009

I. Direktion und Generalsekretariat

1. Aufgaben

—
Die Finanzdirektion (FIND) sorgt über ihre Dienststellen für einen effizienten Umgang mit den staatlichen Mitteln, namentlich den Finanz-, Personal-, Steuer- und Informatikressourcen. Zu ihren Aufgaben gehören auch die amtliche Vermessung, das heisst die Katasterpläne des Kantonsgebiets, und die korrekte Grundbuchführung. Das Finanzinspektorat und die Pensionskasse des Staatspersonals sind der FIND administrativ zugewiesen.

Finanzdirektor war im Jahr 2009 Staatsrat Claude Lässer, das Amt des Generalsekretärs hatte Jean-Paul Monney inne.

2. Tätigkeit

2.1 Ordentliche Tätigkeit

Das Generalsekretariat der Finanzdirektion (GS-FIND) bereitet die Geschäfte vor, die dem Staatsrat von der Finanzdirektion unterbreitet werden, und betreut die Dossiers anderer Direktionen zuhanden des Staatsrates, namentlich solche, bei denen es um wichtige finanzielle, personelle oder EDV-Belange geht, für die Fachstellen zuständig sind, die zur Finanzdirektion gehören. Das GS-FIND besorgt auch die Vorbereitung der Geschäfte, die an den Grossen Rat überwiesen werden, und die Nachbetreuung der Erlasse und die Verwaltung mancher Dossiers, für die die Direktion zuständig ist, insbesondere in internen oder externen Vernehmlassungsverfahren. Es verwaltet das Versicherungsportfolio der Vermögenswerte des Staates und ist für die Beziehungen zur Gesellschaft und zur kantonalen Kommission der Loterie Romande zuständig.

Die Sekretariatsverwaltung umfasst das Bearbeiten der Korrespondenz, Telefon-, Schalter- und Empfangsdienst, Terminverwaltung und Reservationen, den logistischen Support (namentlich Materialbestellungen) sowie Ablage und Archivierung.

Das GS-FIND kümmert sich mit seinen beiden in Teilzeit beschäftigten Übersetzerinnen um die deutsche Übersetzung der französischen Texte, vor allem der amtlichen Texte zuhanden des Staatsrates, der Texte der Direktion (Korrespondenz, Entscheide), aber auch von Texten der Dienststellen. Die Übersetzerinnen erteilen ausserdem intern Auskünfte zu sprachlichen Fragen, kontrollieren auf Anfrage deutsche Texte, stellen fachspezifische Dokumentationen zusammen und wirken bei den Terminologearbeiten in den Bereichen mit, die in die Zuständigkeit der FIND fallen.

Der Rechtsdienst befasst sich mit den Streitverfahren (s. Punkt 4 weiter unten), der Ausarbeitung und Revision von Erlassen und Reglementen, der Vorbereitung von Antworten auf Vernehmlassungen

sowie der internen oder externen juristischen Beratung, vor allem in den Bereichen, in denen die Dienststellen der Direktion über keine Juristen verfügen. Die juristische Tätigkeit konzentrierte sich 2009 vor allem auf die Umsetzung des neuen Gesetzes über die Erbschafts- und Schenkungssteuer (ESchG), das am 1. Januar 2008 in Kraft getreten ist.

2.2 Weitere Tätigkeitsbereiche

Der Betrag der beiden Gewinnfonds der Loterie Romande bei der Finanzverwaltung beläuft sich per Ende 2009 auf 1 787 307 Franken (1 283 673 Franken Ende 2008).

Im Versicherungswesen ist der Sachversicherungsvertrag, der die Risiken Feuerschäden am Mobiliar und Wasserschäden an den Gebäuden und am Mobiliar deckt, im offenen Verfahren nach der Gesetzgebung über das öffentliche Beschaffungswesen ausgeschrieben worden. Das Ergebnis dieser Ausschreibung war positiv, da die Jahresprämie nun nicht mehr 480 000 Franken, sondern nur noch 355 000 Franken beträgt.

3. Interkantonale Zusammenarbeit

3.1 Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren

Die Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren hat sich im Jahr 2009 zu drei Sitzungen getroffen, nämlich am 30. Januar, am 28./29. Mai und am 18. September. Die Finanzdirektorenkonferenz ist der Zusammenschluss aller kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren. Zu ihren Plenarversammlungen sind in der Regel der Vorsteher des eidgenössischen Finanzdepartements, Vertreterinnen und Vertreter der eidgenössischen Finanzverwaltung und der eidgenössischen Steuerverwaltung sowie Vorsteherinnen und Vorsteher der kantonalen Finanz- und Steuerverwaltungen eingeladen. Staatsrat Claude Lässer ist seit Anfang 2007 im Vorstand der Finanzdirektorenkonferenz.

Im Berichtsjahr standen hauptsächlich folgende Traktanden auf dem Programm:

- › Fortsetzung der Unternehmenssteuerreform nach der Teilbesteuerung der Dividenden für qualifizierte Beteiligungen, die vom Schweizer Stimmvolk am 24. Februar 2008 mit knappem Mehr angenommen worden war.
- › Die Reform der Besteuerung der Familien mit Kindern wird nach der Ablehnung des Steuerpakets durch das Schweizer Stimmvolk am 16. Mai 2004 weiter geprüft.

—
2009

- › Das umfassende Projekt der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) ist am 1. Januar 2008 in Kraft getreten, nach vielen Anpassungsarbeiten in den Kantonen. Die Fachgruppe, die mit der Ausarbeitung eines ersten Ergebnisauswertungsberichts beauftragt war, hat ihre Arbeit der periodischen Wirksamkeitsprüfung der NFA aufgenommen. Die Finanzdirektorenkonferenz hat 2009 insbesondere auch die Zahlen und Indizes für 2010 geprüft.
- › Der interkantonale und internationale Steuerwettbewerb, insbesondere auch die Kontroverse mit der Europäischen Union, die Holdingbesteuerung, das Bankgeheimnis, die Amtshilfe, die Doppelbesteuerungsabkommen.
- › Die Pauschalbesteuerung nach dem Aufwand.
- › Die Volksinitiative der Sozialdemokratischen Partei für eine materielle Steuerharmonisierung.
- › Die Gewinnverteilung der Schweizerischen Nationalbank.
- › Ein Entwurf eines neuen Rechnungslegungsmodells für die öffentlichen Haushalte, das mit den internationalen Standards übereinstimmt.
- › Die Finanzdirektorenkonferenz wurde angehört und debattiert mit Vertretern des Bundes über die Einführung eines Steuerausschöpfungsindex anstelle des bisherigen Gesamtindex der Steuerbelastung, über die Nationalbankpolitik und über die Umgestaltung oder Abschaffung der Eigenmietwertbesteuerung.
- › Die Antworten auf mehrere Vernehmlassungen des Bundes mit erheblichen finanziellen Auswirkungen auf die Kantone: Mehrwertsteuerrevision und namentlich Behandlung der von den Kantonen und Gemeinden ausgerichteten Subventionen, Spitalfinanzierung durch die Kantone, Handlungsprogramm des Bundes für mehr Sicherheit im Strassenverkehr, Revision des CO₂-Gesetzes, Steuerbefreiung des Feuerwehrosoldes, rascherer Ausgleich der kalten Progression, Sicherung der Bankeinlagen, Teilrevision des Zivilgesetzbuchs und des Obligationenrechts bezüglich nachrichtenloser Vermögenswerte.
- › Die Prüfung der Berichte und der Jahresrechnung der Konferenz und ihrer Organe (Vorstand, Koordinations- und Beratungsstelle für Fragen der Steuerpolitik, Schweizerische Informatikkonferenz, Arbeitsgruppe Finanzausgleich).

3.2 Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren der Westschweizer Kantone und der Kantone Bern und Tessin

Die Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren der Westschweizer Kantone und der Kantone Bern und Tessin hat sich 2009 zu fünf Sitzungen getroffen, nämlich am 23. Januar im Wallis, am 3. April in Freiburg, am 26. Juni in Bern, am 11. September in Neuenburg und am 26. November in Genf. Diese Konferenz ist der Zusammenschluss der Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren der sechs Westschweizer Kantone und der Kantone Bern und Tessin. Zu ihren Sitzungen sind in der Regel Vertreterinnen und Vertreter der kantonalen Finanzverwaltungen sowie der eidgenössischen Finanzverwaltung eingeladen.

Im Berichtsjahr standen hauptsächlich folgende Traktanden auf dem Programm:

- › Die Finanzierung der Fachhochschulen (FH Westschweiz und FH-GS), insbesondere Prüfung und Integration des Finanzierungsbedarfs im Rahmen der Verfahren zur Aufstellung der Voranschläge der einzelnen Kantone.
- › Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen, insbesondere eine Korrektur für Aargau und eine Anfrage von Neuenburg in Bezug auf die Modalitäten für den Wechsel von einem Empfängeranton zu einem Geberkanton.
- › Die Finanzierungssysteme und Deckungsgrade der Pensionskassen des Personals der öffentlichen Körperschaften der Westschweizer Kantone sowie der Entwurf entsprechender bundesrechtlicher Bestimmungen.
- › Die finanziellen Auswirkungen auf die Westschweizer Kantone insbesondere einiger Geschäfte des Bundes wie Steuerreformen, Ausschüttung des Nationalbankgewinns, Evaluierung der Subventionen, geplante Finanzsanierungsmassnahmen.
- › Austausch von Informationen über die Jahresrechnungen und Voranschläge der vertretenen Kantone, insbesondere über die Steuereinnahmen und die Gefahren einer Verschlechterung der Kantonsfinanzen infolge der schweren internationalen Finanzkrise.
- › Die Einsetzung einer Arbeitsgruppe im Hinblick auf ein koordiniertes Vorgehen zur Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkrise.

4. Rechtsdienst

—
Der Rechtsdienst befasst sich mit der Bearbeitung von Einsprachen, Steuerbefreiungs- und Steuererlassgesuchen sowie der Aus-

—
2009

arbeitung von Stellungnahmen zu internen und externen Fragen bezüglich Erbschafts- und Schenkungssteuern sowie Handänderungssteuern. Die Zahl der Dossiers ist 2009 in etwa gleich geblieben. Der 2006 und 2007 mit der Ausarbeitung des neuen Gesetzes über die Erbschafts- und Schenkungssteuer (ESchG) entstandene Rückstand ist vollständig wettgemacht.

5. Gesetzgebung

—
Im Folgenden sind die Gesetze und Dekrete sowie die Verordnungen und Beschlüsse, die im Jahr 2009 in den der Finanzdirektion unterstehenden Bereichen erlassen wurden, in chronologischer Reihenfolge aufgeführt.

5.1 Gesetze und Dekrete

Dekret vom 10. Februar 2009 über die kompensierten Nachtragskredite zum Voranschlag des Staates Freiburg für das Jahr 2008;

Dekret vom 6. Mai 2009 zur Staatsrechnung des Kantons Freiburg für das Jahr 2008 und zur Schaffung eines Konjunkturfonds;

Gesetz vom 9. September 2009 zur Änderung des Gesetzes über das Staatspersonal (Vaterschaftsurlaub);

Gesetz vom 6. Oktober 2009 zur Änderung des Gesetzes über die direkten Kantonssteuern;

Dekret vom 11. November 2009 zum Voranschlag des Staates Freiburg für das Jahr 2010;

Gesetz vom 11. November 2009 über den Steuerfuss der direkten Kantonssteuern für die Steuerperiode 2010;

Dekret vom 11. November 2009 über die Erhöhung der finanziellen Beteiligung des Staates Freiburg am Aktienkapital der Immobiliengesellschaft Agy Expo SA;

5.2 Verordnungen und Beschlüsse

Verordnung der Sicherheits- und Justizdirektion und der Finanzdirektion vom 27. Januar 2009 über den Zugriff der Gerichtsbehörden auf Daten der Kantonalen Steuerverwaltung über ein Abrufverfahren;

Verordnung vom 3. Februar 2009 zur Änderung des Beschlusses über die Einreihung der Funktionen des Staatspersonals (Schul- und Berufsberater/in);

Beschluss vom 3. Februar 2009 über das Inkrafttreten des eidgenössischen Grundbuches der Gemeinde Vuissens (Waldperimeter);

Beschluss vom 3. März 2009 über das Inkrafttreten des eidgenössischen Grundbuches der Gemeinde Gurmels (Sektoren Guschelmuth und Cordast, Los I);

Verordnung der Finanzdirektion vom 4. März 2009 zur Änderung der Verordnung über den Abzug der Kosten bei Privatliegenschaften und der Investitionen, die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen, sowie der Kosten für die Restaurationsarbeiten an unbeweglichen Kulturgütern;

Verordnung vom 10. März 2009 zur Änderung des Reglements über den Sozialfonds;

Beschluss vom 10. März 2009 über die Gewinnverteilung der Loterie Romande für das 1. Quartal 2009 (160. Gewinnverteilung);

Beschluss vom 10. März 2009 über das Inkrafttreten des Übergangsregisters (Perimeter Güterzusammenlegung: A12) und des eidgenössischen Grundbuches (Perimeter Neuvermessung) der Gemeinde Châtel-St-Denis;

Verordnung vom 31. März 2009 über die Verwaltungseinheiten mit leistungsorientierter Führung;

Verordnung vom 7. April 2009 zur Änderung des Beschlusses über die Einreihung der Funktionen des Staatspersonals (Röntgentechniker/in);

Beschluss vom 28. April 2009 über das Inkrafttreten des eidgenössischen Grundbuches der Gemeinde Murten, Los VIII a;

Beschluss vom 19. Mai 2009 über das Inkrafttreten des eidgenössischen Grundbuches der Gemeinde Botterens;

Verordnung vom 26. Mai 2009 über die massgebenden Beträge gemäss der letzten Staatsrechnung;

Verordnung vom 9. Juni 2009 über die Nachführung und die Veröffentlichung der Leistungskataloge;

Reglement vom 15. Juni 2009 über die Arbeitszeit des Staatspersonals;

Beschluss vom 15. Juni 2009 über die Gewinnverteilung der Loterie Romande für das 2. Quartal 2009 (161. Gewinnverteilung);

Beschluss vom 7. Juli 2009 über das Inkrafttreten des eidgenössischen Grundbuches der Gemeinde Kerzers, Los VII;

Verordnung vom 1. September 2009 zur Änderung der Verordnung über Massnahmen für mehr Praktikumsplätze in der Kantonsverwaltung und für die Integration von jungen Stellensuchenden in die Arbeitswelt;

—
2009

Verordnung vom 15. September 2009 zur Änderung des Beschlusses über die Einreihung der Funktionen des Staatspersonals (12 Funktionen);

Beschluss vom 22. September 2009 über die Gewinnverteilung der Loterie Romande für das 3. Quartal 2009 (162. Gewinnverteilung);

Beschluss vom 29. September 2009 über das Inkrafttreten des eidgenössischen Grundbuches der Gemeinde Tafers, Lose 1, 2 und 3;

Verordnung vom 27. Oktober 2009 über die abziehbaren Prämien der Kranken- und Unfallversicherung für die Steuerperiode 2010;

Verordnung der Finanzdirektion vom 4. Dezember 2009 über den Bezug der Steuerforderungen für das Jahr 2010;

Verordnung vom 9. Dezember 2009 über die Quellensteuer;

Beschluss vom 9. Dezember 2009 über die Gewinnverteilung der Loterie Romande für das 4. Quartal 2009 (163. Gewinnverteilung);

Verordnung vom 14. Dezember 2009 zur Änderung des Reglements über das Staatspersonal (Vaterschaftsurlaub);

Beschluss vom 14. Dezember 2009 über das Inkrafttreten des eidgenössischen Grundbuches der Gemeinde Cressier, Lose III und IV;

Verordnung vom 22. Dezember 2009 über die Kompensation und Entlohnung des Nachtdienstes des Staatspersonals;

Verordnung vom 22. Dezember 2009 zur Änderung des Beschlusses über die Einreihung der Funktionen des Staatspersonals (Ernährungsberater/in);

Verordnung vom 22. Dezember 2009 über die Festsetzung der Gehaltsskalen des Staatspersonals für das Jahr 2010.

II. Finanzverwaltung

1. Aufgaben

—
Die Finanzverwaltung des Staates Freiburg (FinV) ist ein zentraler Dienst, der mit der Verwaltung der Kantonsfinanzen und der

Erarbeitung aller für die kantonale Finanzpolitik erforderlichen Grundlagen beauftragt ist.

Die Finanzverwaltung wird von Staatsschatzverwalter Daniel Berset geleitet.

2. Tätigkeit

—
Die Arbeiten der Finanzverwaltung betrafen im Jahr 2009 hauptsächlich folgende Aufgabenbereiche: Aktualisierung des Finanzplans, Aufstellung des Staatsvoranschlags 2010, neues Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell, Analyse der Entlassentwürfe der Direktionen und Finanzbeziehungen mit dem Bund, Vorbereitung der Umsetzung der leistungsorientierten Führung bei der FinV sowie Weiterführung der Einsetzung der Neuen Instrumente für das Finanz- und Verwaltungsmanagement. Die Finanzverwaltung war auch in den Bereichen Führung der Staatsbuchhaltung, Abwicklung des Zahlungsverkehrs mit den Kreditoren, Inkasso und Debitorenverwaltung, Finanzdienst und Tresorerieverwaltung, Überprüfung der Subventionen und Budgetkontrolle aktiv.

2.1 Aktualisierung des Finanzplans

Nach der Hälfte der Legislaturperiode hat der Staatsrat die mittelfristigen Finanzperspektiven überprüft. Diese Aktualisierung und Verlängerung der Schätzungen bis ins Jahr 2013 mussten in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld und für einen mit zahlreichen Unsicherheitsfaktoren behafteten Zeitraum durchgeführt werden. Die ersten Schätzungen der Dienststellen und Anstalten sind stark korrigiert worden.

Der schliesslich verabschiedete Finanzplan weist folgende Hauptergebnisse aus:

	2011	2012	2013
Defizit Laufende Rechnung (Mio.)	60,1	105,6	132,8
Nettoinvestitionen (Mio.)	147,0	175,8	157,6
Finanzierungsbedarf (Mio.)	87,0	146,4	151,4
Selbstfinanzierung in %	40,8	16,7	3,9
Anteil der kantonalen Subventionen in %	40,8	42,7	43,5

Die markante und rapide Verschlechterung der Finanzlage, die sich nach der Finanzplanung abzeichnet, ist die Folge der grundlegenden Bedarfssteigerung, der Auswirkungen der Lastenübertragung an den Kanton und der steigenden Ansprüche der Gesellschaft. Für das strukturelle Ungleichgewicht braucht es nachhaltige Lösungen, namentlich um die neue Spitalfinanzierung zu bewältigen und die Finanzierung zahlreicher neuer Projekte im Sozial-, Energie- und Verkehrswesen sowie im Tourismus zu gewährleisten. Gegenwärtig ist die Finanzierung dieser neuen Vorhaben nicht gesichert.

—
2009

2.2 Voranschlagsentwurf 2010

Die Aufstellung des Voranschlagsentwurfs 2010 war eng an die Aktualisierung des Finanzplans gekoppelt. Die Entscheide aus dieser mittelfristigen Planung konnten auf die Budgetierung 2010 übertragen werden und haben diese vereinfacht und beschleunigt. Am 7. September 2009 verabschiedete der Staatsrat einen Voranschlagsentwurf 2010 mit den folgenden Hauptergebnissen: 0,9 Millionen Franken Gewinn in der Laufenden Rechnung, Nettoinvestitionen von 128,7 Millionen Franken, Finanzierungsfehlbetrag von 19,6 Millionen Franken, kantonale Netto-Subventionsquote von 39,04 % gemessen am kantonalen Steueraufkommen (Obergrenze bei 41 %). Alle finanzrechtlichen Vorschriften sind damit eingehalten. Mit diesem Voranschlag werden überdies die Entwicklung und der Ausbau der Leistungen des Staates entsprechend den Bedürfnissen in den verschiedenen staatlichen Interventionsbereichen und den finanziellen Möglichkeiten des Kantons gewährleistet. Er enthält den 2010 zur Umsetzung kommenden Teil des kantonalen Plans zur Stützung der Wirtschaft und zur Krisenbewältigung sowie eine weitere Steuersenkung. Am 11. November 2009 verabschiedete der Grosse Rat diesen Voranschlagsentwurf 2010 ohne die geringste Änderung.

2.3 Neues Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell (HRM2)

Die Finanzverwaltung hat im Hinblick auf die Einführung des am 25. Januar 2008 von der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren verabschiedeten neuen Harmonisierten Rechnungslegungsmodells (HRM2) eine Projektorganisation eingesetzt. Der Projektausschuss hat sich 2009 mehrmals getroffen, und die Projektoberleitung hielt zwei Sitzungen ab. Die Arbeiten betreffen insbesondere die Anpassung des Kontenplans, die Analyse der Fachempfehlungen und die Statistik nach Aufgabengebieten (funktionale Statistik). Für den Wechsel zum neuen Rechnungsmodell muss das Gesetz vom 25. November 1994 über den Finanzhaushalt des Staates geändert werden, und es ist ein entsprechender Vorentwurf ausgearbeitet worden, der Anfang 2010 in die Vernehmlassung geschickt wird. Die Einführung des neuen Rechnungslegungsmodells wird sich auch stark auf das SAP-System auswirken; die praktischen Auswirkungen und möglichen Lösungen wurden abgeklärt. Einen grossen Einfluss wird das neue Rechnungslegungsmodell auch auf verschiedene Dokumente (die Sonderdrucke des Staatsvoranschlags und der Staatsrechnung), die Statistiken sowie die Finanzplanungssoftware haben.

2.4 Analyse der Erlassentwürfe der Direktionen und der dem Staatsrat unterbreiteten Geschäfte

Im Jahr 2009 hat die FinV zuhanden der Direktionen, Dienststellen und Anstalten ihre Stellungnahme zu über 40 finanzwirksamen Geschäften abgegeben. Sie hat dabei namentlich zu folgen-

den Themen Stellung genommen: die Gesetzesentwürfe bzw. Gesetzesvorentwürfe über das Einwohnerregister, über den Sport, über die Mutterschaftsbeiträge, über die Förderung der Gemeindegemeinschaften, über den Finanzausgleich, über die Universität, über die Ausübung der Prostitution sowie die Entwürfe des Energiegesetzes, des Strassengesetzes und des Gewässergesetzes. Die Finanzverwaltung hat auch Stellungnahmen zu Dekreten abgegeben, insbesondere für die Förderung der Gemeindegemeinschaften, die Anschaffung eines MRI-Geräts für Riaz und die St.-Leonhard-Kreuzung mit unterirdischer Verkehrsführung (Poyaprojekt). Stellungnahmen wurden ferner auch zu verschiedenen Verordnungsentwürfen, namentlich betreffend die Wirtschaftsförderung, Richtlinien, Konzepten, Vereinbarungen und Berichten abgegeben. Diese wichtige Arbeit im «Vorfeld» trägt dazu bei, dass die Entwürfe effizienter vorbereitet und präsentiert und auch den finanziellen Aspekten zum Vornherein mehr Rechnung getragen werden kann. Die Finanzverwaltung gibt ausserdem zuhanden des Finanzdirektors ihre Stellungnahme ab zu allen finanzwirksamen Geschäften (Botschaften, Gesetze, Dekrete, Beschlüsse, Verordnungen, Berichte), die dem Staatsrat im Laufe des Jahres unterbreitet werden.

2.5 Umsetzung der NFA

Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) ist am 1. Januar 2008 in Kraft getreten. 2009 war also das zweite Jahr, in dem das neue System zur Anwendung gekommen ist, und die weiteren Reflexionen, die in gewissen Bereichen noch nötig sind, haben Anlass zu verschiedenen Arbeiten auf kantonaler und eidgenössischer Stufe gegeben. Die Finanzverwaltung war daran wie folgt beteiligt:

- › Analyse der finanziellen Auswirkungen der NFA für den Staat: In Zusammenarbeit mit der Kantonalen Steuerverwaltung Überprüfung der vom Bund in die Vernehmlassung geschickten Zahlen 2010, Vorbereitung der Stellungnahme des Staatsrates, Schätzung der Gesamtauswirkungen der NFA auf die Staatsrechnung 2008 und Entwicklung einer Strategie im Hinblick auf die politischen Diskussionen auf Bundesebene über die Dotierung der Ausgleichsgefässe für die Jahre 2012–2015, die 2010 anlaufen werden.
- › Analyse der finanziellen Auswirkungen der NFA für die Gemeinden: Verfeinerung der Analysemethode, Beschaffung zusätzlicher Informationen in den Jahresrechnungen 2008 der Gemeinden, Schätzungen der Auswirkungen 2008 für die Gemeinden insgesamt, Detailberechnungen für eine Auswahl von Gemeinden, Präsentation der ersten Ergebnisse zuhanden des Vorstands des Freiburger Gemeindeverbands.
- › Koordinationsarbeiten in Zusammenhang mit den Programmvereinbarungen im Umweltbereich: Zusammenstellung der Jahresberichte 2008 und der Subventionsgesuche 2009 und

—
2009

Übermittlung ans Bundesamt für Umwelt, Vorbereitung der Dossiers zuhanden des Staatsrates im Hinblick auf die Verabschiedung von zwei Nachträgen und einer Ergänzung zu den Programmvereinbarungen 2008–2011.

- › Pflege administrativer Kontakte mit der Konferenz der Kantonsregierungen, der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren sowie dem Eidgenössischen Finanzdepartement. Beantwortung zahlreicher Anfragen und Umfragen zur NFA und zu ihrer Umsetzung im Kanton Freiburg.
- › Mitwirkung an der Herausgabe eines Berichts der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) über den mit der NFA eingeführten Lastenausgleichsmechanismus.

Ferner gilt für die Bereiche Sonderschulung und Einrichtungen für erwachsene Behinderte bezüglich NFA seit dem 1. Januar 2008 eine mindestens dreijährige Übergangsregelung. Es sind umfangreiche Arbeiten zur Erarbeitung kantonaler Strategien im Gange, die in diesen Bereichen später umgesetzt werden sollen. Sie werden von der EKSD und der GSD in Zusammenarbeit mit den betroffenen Kreisen und der Finanzverwaltung durchgeführt. Mehrere Vertreter der Finanzverwaltung sind in den gegenwärtig tätigen Arbeitsgruppen und deren Untergruppen vertreten.

2.6 Neue Instrumente für das Finanz- und Verwaltungsmanagement (NIGEFI)

Im Jahr 2009 hat die Abteilung Nigefi die Anstrengungen zur Implementierung von SAP in den Dienststellen der Kantonsverwaltung weitergeführt, allerdings leicht gedrosselt, da sie gleichzeitig verschiedene Studien durchführte in Zusammenhang mit

- › der Einführung des neuen Kontenplans (HRM2),
- › der «Business Intelligence» und
- › der Implementierung des SAP-Fakturierungsmoduls in verschiedenen Dienststellen der Verwaltung.

2.6.1 Implementierung des SAP-Softwarepakets

Die Implementierung des SAP-Softwarepakets ging weiter und betraf insbesondere die Einführung der Module Finanzbuchhaltung und Controlling in den Lehrwerkstätten sowie des Fakturierungsmoduls

- › im Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen,
- › in den Lehrwerkstätten und
- › in der Pädagogischen Hochschule.

Verschiedene Vorhaben sind noch im Gang und dürften im Laufe des ersten Quartals 2010 abgeschlossen werden. Es handelt sich dabei namentlich um die Implementierung des Fakturierungsmoduls

- › bei der Abteilung Gewässer des Tiefbauamts,
- › beim Amt für Bevölkerung und Migration und
- › beim Amt für Vermessung und Geomatik.

Die Abteilung Nigefi ist auch ins Projekt des Kantonalen Sozialamts zur Neugestaltung der Software für die Alimentenverwaltung eingebunden. Die SAP-Software wird im Rahmen dieser neuen Anwendung nämlich auch die Buchhaltungsaspekte für die Einforderung dieser Alimenten abdecken müssen.

2.6.2 Softwareunterhalt

Nebst den üblichen Unterhaltsarbeiten hat die Abteilung die Arbeiten ausgeführt, die für die Anfang 2010 geplante Implementierung der von SAP gelieferten «Support Packages» notwendig waren.

2.6.3 Entwicklungen und Integrationsarbeiten

Bei den Entwicklungen und Integrationsarbeiten lag der Schwerpunkt auf der Zurverfügungstellung von «Web Services» zur besseren Interoperabilität zwischen den Informationssystemen und der Entwicklung eines Moduls «Forderungsverrechnung» in Zusammenarbeit mit dem ITA und der Kantonalen Steuerverwaltung.

2.7 Periodische Überprüfung der Subventionen

Die Gesamtplanung der Subventionsüberprüfungen im Zeitraum 2007–2012 wurde vom Staatsrat im April 2007 genehmigt, unter Berücksichtigung des aktuellen Verzeichnisses der kantonalen Subventionen. In diesem Zeitraum sollen entsprechend dem SubG alle Subventionsbereiche überprüft werden.

– Überprüfung der Subventionen 2009

Entsprechend der Gesamtplanung wurden im Berichtsjahr zehn Subventionsbereiche anhand des vom Staatsrat genehmigten Konzepts überprüft. Drei Prüfungen waren jedoch bis Ende 2009 noch nicht abgeschlossen und werden bis Anfang 2010 zu Ende geführt.

Nachdem die mit der Überprüfung beauftragten Personen von der Finanzverwaltung individuell geschult worden waren, haben sie die Überprüfungen von April bis Dezember durchgeführt. Die ersten Ergebnisse wurden im November an die Koordinationskommission für die periodische Überprüfung der Subven-

2009

tionen (die Kommission) weitergeleitet, die sie in ihrer Sitzung vom 7. Dezember 2009 behandelt hat. Die letzten Berichte werden Anfang 2010 besprochen, und entsprechend dem geltenden Verfahren wird die Kommission dem Staatsrat anschliessend ihre Vorschläge zu dieser neunten Prüfungsserie unterbreiten.

- Nachkontrolle der im Rahmen von Subventionsüberprüfungen beschlossenen Massnahmen

Die Finanzverwaltung führt eine laufend aktualisierte Datei der im Rahmen der Subventionsüberprüfungen beschlossenen Massnahmen, die als Grundlage für die Nachkontrollen dient. Die Nachkontrollen erfolgen in regelmässigen Abständen in Zusammenarbeit mit den betroffenen Direktionen und sollen eine adäquate Umsetzung der beschlossenen Massnahmen gewährleisten.

- Regelmässige Kontrolle der SubG-Vorschriften

Das SubG sieht in Artikel 21 Abs. 2 vor, dass das Gesamtvolumen der Subventionen für Funktionsausgaben einen gewissen Anteil am gesamten kantonalen Steueraufkommen nicht übersteigen darf. Während des ganzen Voranschlagsverfahrens wird mit Berechnungen sichergestellt, dass diese Vorschrift eingehalten wird. Die Obergrenze dieser Subventionsquote liegt gegenwärtig bei 41 %.

Im Staatsvoranschlag 2009 betrug die Quote der Nettosubventionen für Funktionsausgaben im Verhältnis zum Steueraufkommen 38,42 % und im Staatsvoranschlag 2010 39,04 %, womit die gesetzliche Obergrenze eingehalten wurde.

Ausserdem prüfte die Finanzverwaltung wie im SubG vorgesehen auch im Detail mehrere Textentwürfe unter dem Aspekt der Spezialgesetzgebung über die Subventionen. Überprüft wurde insbesondere die Übereinstimmung der vorgeschlagenen Texte mit den Vorschriften und Grundsätzen des SubG.

- Weitere Aufgaben im Subventionswesen

Die Finanzverwaltung war auch in verschiedenen Arbeitsgruppen, Kommissionen und Projektoberleitungen, die Subventionsfragen betrafen, aktiv.

2.8 Staatsrechnung 2009

Die Staatsbuchhaltung erfasste sämtliche Vorgänge, die zur Erstellung der Staatsrechnung notwendig sind. Der grösste Arbeitsaufwand besteht in der Erfassung der Lieferantenrechnungen, die zu 2/3 von der Staatsbuchhaltung und zu 1/3 von den Dienststellen erledigt wird, bei denen aufgrund der Menge der zu bearbeitenden Rechnungen eine dezentrale Erfassung sinnvoll ist. Die Buchhaltung ist für die Kontokorrente Staat-Gemeinden zuständig und kümmert sich um die Nachführung dieser Konten. Die Finanzbeziehungen mit dem Bund werden über ein Kontokorrent geregelt, über das die meisten Finanzvorgänge laufen. Die

Buchhaltung ist an den Arbeiten zur Einführung der Neuen Instrumente für das Finanz- und Verwaltungsmanagement beteiligt. Sie hat viel Zeit in die Vorbereitungsarbeiten zur Einführung des neuen Harmonisierten Rechnungslegungsmodells, insbesondere in die Anpassung des Kontenplans investiert, und sie unterstützt die Dienststellen bei der Reorganisation ihrer Buchhaltung. Sie ist ebenfalls sehr aktiv in der Führung des Finanzdienstes.

Die Staatsrechnung für das Jahr 2009 wird in einem Sonderdruck herausgegeben, der eine erläuternde Botschaft sowie die detaillierte Rechnung und Bilanz enthält. Im vorliegenden Tätigkeitsbericht sind daher nur die Bilanzergebnisse von 1999-2009 und die Gesamtergebnisse von 2003-2009 aufgeführt.

Bilanz

Jahr	Aktiven	Passiven	Überschuss Passiven (-) Überschuss Aktiven (+)
1999	1 265 488 680.33	1 209 536 997.63	+ 55 951 682.70
2000	1 366 008 196.88	1 316 114 087.06	+ 49 894 109.82
2001	1 465 029 537.96	1 420 005 433.54	+ 45 024 104.42
2002	1 394 452 926.11	1 346 014 049.99	+ 48 438 876.12
2003	1 379 603 003.23	1 267 862 379.15	+ 111 740 624.08
2004	1 342 637 275.24	1 185 169 023.44	+ 157 468 251.88
2005	2 098 675 653.75	1 092 068 811.08	+ 1 006 606 842.67
2006	2 201 131 411.37	1 110 122 346.42	+ 1 091 009 064.95
2007	2 527 832 965.43	1 225 264 539.82	+ 1 302 568 425.61
2008	2 896 071 805.99	1 565 162 137.40	+ 1 330 909 668.59
2009	2 959 038 758.59	1 622 302 319.21	+ 1 336 736 439.38

—
2009

Gesamtrechnung des Staates in Millionen Franken

Jahr	Laufende Rechnung			Investitionsrechnung			Verwaltungsrechnung	Finanzierungsfehlbetrag/ -überschuss
	Aufwand	Ertrag	Saldo	Ausgaben	Einnahmen	Saldo	Saldo	
2003	2 258,8	2 322,1	+ 63,3	188,0	85,9	- 102,1	- 38,8	+ 51,2
2004	2 409,8	2 455,5	+ 45,7	164,4	70,4	- 94,0	- 48,3	+ 47,6
2005	2 497,8	3 346,9	+ 859,1	173,5	85,5	- 88,0	+ 761,1	+ 908,9
2006	2 501,7	2 586,1	+ 84,4	162,7	89,1	- 73,6	+ 10,8	+ 107,8
2007	2 624,9	2 698,5	+ 73,6	199,4	89,5	- 109,9	- 36,3	+ 55,6
2008	2 955,2	2 984,8	+ 29,6	219,7	83,4	- 136,3	- 106,7	+ 3,0
2009	3 104,0	3 109,8	+ 5,8	209,5	69,7	- 139,8	- 134,0	- 28,2

2.9 Finanzdienst und Tresorerieverwaltung

Die wichtigsten in diesem Bereich ausgeführten Arbeiten können wie folgt zusammengefasst werden:

- > Ausführung der Zahlungen für die gesamten Budgetausgaben des Staates, mit Ausnahme der Ausgaben einiger Anstalten;
- > Erfassung der Erhebung sämtlicher budgetierter kantonaler Einnahmen;
- > Verwaltung und Führung der Buchhaltung der allgemeinen Bankkonten des Staates und Nachkontrolle des Tresoreriebudgets.

Der Umfang der vom Finanzdienst der Finanzverwaltung erledigten Geschäfte hat sich zwischen 2008 und 2009 wie folgt verändert:

	2008	2009
Bankverkehr DTA (in Millionen Franken)	1404.41	1442.23

Bank- und Postkonten:

> erfasste Buchungen	8023	8027
----------------------	------	------

Weitere Tätigkeiten dieser Dienststelle sind:

- Verwaltung der flüssigen Mittel sowie der Fonds und Stiftungen:

Im Jahr 2009 betrug das Volumen der kurzfristigen Darlehen 945 Millionen Franken (2008: 1,76 Mia. Franken). Die Zahl der Darlehen lag bei 16 gegenüber 36 im Jahr 2008.

Die Finanzverwaltung verwaltet und führt die Buchhaltung von 52 Fonds und Stiftungen.

- Verwaltung der öffentlichen Schuld des Staates:
Im Jahr 2009 sind die mittel- und langfristigen Schulden des Staates infolge der Rückzahlung von drei fälligen Anleihen um 55 Millionen Franken zurückgegangen und belaufen sich nun auf 560 Millionen Franken.

- Verwaltung der Darlehen:
Die Finanzverwaltung ist für die Rechnungsführung und die Verwaltung der Darlehen für die Investitionshilfe in Berggebieten (21,6 Millionen Franken, 214 Darlehen) zuständig.

- weitere Aufgaben:
Weitere Aufgaben der Finanzverwaltung sind die Verwaltung des Wertschriftenportefeuilles des Staates, die Rechnungsführung für die den öffentlichen Institutionen gewährten Darlehen und Vorschüsse, die Rechnungsführung und Auszahlung der vom Tourismusfonds gewährten Finanzhilfen sowie die Rückforderung der Verrechnungssteuer bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung.

2.10 Kantonaler Finanzdienst

Der kantonale Finanzdienst kümmert sich insbesondere um das Inkasso, die Debitorenverwaltung und die Zahlungsausstände aller Dienststellen des Staates, die über keine entsprechende Infrastruktur verfügen und die Debitoren nicht selber verwalten. Dank der Einrichtung dieses Dienstes und der Verwendung der SAP-Anwendungssoftware konnte das Inkasso- und Mahnverfahren erheblich verbessert und rationalisiert werden, und die Arbeitsaktivität des Finanzdienstes hat stark zugenommen.

—
2009

Im Jahr 2009 belief sich der Gesamtbetrag der bearbeiteten Rechnungen auf nahezu 144 Millionen Franken (2008: 140 Millionen Franken), für annähernd 139 000 Rechnungen (2008: 134 000). Ende 2009 waren Betreibungsverfahren im Betrag von 570 000 Franken (2008: 650 000 Franken) eingeleitet. Übrigens nutzen immer mehr Sektoren des Staates die Zahlungsmöglichkeit mit Debitkarte. So wurden auf diesem Weg insgesamt 268 000 Franken eingenommen, das sind 28 % mehr als 2008.

2.11 Periodische Berichte über den Stand der Rechnung und Budgetkontrolle

Auf der Grundlage der Zwischenrechnungsberichte der Dienststellen und Anstalten, die bei Bedarf von den Direktionen ergänzt werden, verfasst die Finanzverwaltung dreimal pro Jahr eine zusammenfassende Mitteilung an den Staatsrat. Dieses Dokument zeigt den Stand der Budgetumsetzung auf: Es lokalisiert die grössten Abweichungen zwischen Ausgaben und Einnahmen per 30. April, 31. Juli und 30. September und gibt an, welche Korrekturmassnahmen geplant sind. Mit diesem Vorgehen ist eine bessere Steuerung der Kantonsfinanzen möglich, und es ist eine sinnvolle Ergänzung zur Budgetkontrollarbeit.

Die ordentliche Budgetkontrolle wird erst einmal von der Staatsbuchhaltung vorgenommen, die insbesondere darauf achtet, dass die zur Zahlung vorgelegten Rechnungen mit den in den Voranschlagsnachweisen detailliert ausgewiesenen Krediten übereinstimmen, bevor sie verbucht werden. Die Budgetkontrolle befasst sich auch mit den Kreditüberschreitungen. Die Abteilung Finanzplanung und Budgetkontrolle bearbeitet sämtliche Nachtragskreditbegehren. Sie nimmt zu diesen Begehren Stellung und unterbreitet sie anschliessend dem Staatsrat. 2009 hat der Staatsrat 28 Begehren (31 im Jahr 2008) in einem Gesamtbetrag von 14,4 Millionen Franken (9,6 Millionen im Jahr 2008) gutgeheissen, was 0,48 % (0,33 % im Jahr 2008) der für das Jahr 2009 budgetierten effektiven Gesamtausgaben entspricht. Dieses Nachtragskreditvolumen liegt um mehr als ein Drittel unter dem Durchschnitt von 0,76 % für den Zeitraum 1990–2008. Dem Grossen Rat wird in der Februarsession 2010 dazu eine ausführliche Botschaft unterbreitet.

2.12 Leistungsorientierte Führung (LoF)

Seit April 2008 ist die Abteilung Leistungsorientierte Führung (LoF), deren Aufgaben in der Planung, Organisation und schrittweisen Einführung der leistungsorientierten Führung in den Verwaltungseinheiten des Staates bestehen, der FinV unterstellt.

Hauptaktivitäten 2009

- Jahresrechnungen 2008 der Verwaltungseinheiten mit LoF

In Anwendung der geltenden Gesetzgebung wiesen die Jahresrechnungen der Verwaltungseinheiten mit LoF Ergebnisse be-

züglich Aufwand, Ertrag sowie Saldo der einzelnen Leistungsgruppen aus und lieferten auch Kennzahlen und Kommentare zu ihren Tätigkeiten. Die Abteilung LoF hat das Verfahren zu Aufstellung und Abschluss der Rechnung 2008 koordiniert und die betreffenden Einheiten dabei unterstützt.

- Controlling der Einheiten mit LoF per 31.12.2008 und 31.08.2009

Die Verwaltungseinheiten mit LoF haben dem Staatsrat ihre Controllingberichte per 31. Dezember 2008 und per 31. August 2009 übermittelt. Diese von den betreffenden Direktionen genehmigten Berichte wurden von der Finanzverwaltung analysiert, die zuhanden des Staatsrates einen Bericht als Entscheidungsgrundlage für die vorzunehmenden Verbesserungen verfasste. Die Abteilung LoF hat die Erstellung dieser Controllingberichte koordiniert und die Piloteinheiten unterstützt.

- Budgets 2010 der Verwaltungseinheiten mit LoF

Die Verwaltungseinheiten mit LoF haben im Rahmen des ordentlichen Voranschlagsverfahrens ihre Budgets 2010 nach Leistungen und Leistungsgruppen aufgestellt. Die Abteilung LoF hat die Erstellung dieser Budgets koordiniert und die Piloteinheiten unterstützt.

- Berichte zur Beurteilung, ob eine Verwaltungseinheit die Voraussetzungen für die LoF erfüllt

Entsprechend der vom Staatsrat genehmigten allgemeinen Strategie zur Einführung der leistungsorientierten Führung und gemäss Verordnung vom 20. Mai 2008 über die leistungsorientierte Führung wurden unter der Leitung der Abteilung LoF vier Verwaltungseinheiten im Hinblick auf die LoF evaluiert. Es handelte sich dabei um das Amt für Personal und Organisation (POA), die Anstalten von Bellechasse (AB), das Amt für Gesetzgebung (GeGA) und das Hochbauamt (HBA). Für das POA und die AB hat der Staatsrat bereits eine positive Stellungnahme zur Einführung der leistungsorientierten Führung abgegeben, für das GeGA und das HBA sind die entsprechenden Arbeiten noch im Gang.

- Einführung der LoF

Die Abteilung LoF hat die Arbeiten zur Umsetzung der LoF in vier Verwaltungseinheiten gestartet. Es handelt sich um die Finanzverwaltung (Budget LoF voraussichtlich für 2011), das Amt für Informatik und Telekommunikation (Budget LoF voraussichtlich für 2012), die Anstalten von Bellechasse (Budget LoF voraussichtlich für 2012) und das Amt für Archäologie (Budget LoF voraussichtlich für 2012).

Die Abteilung LoF hat verschiedene Schulungen organisiert (Budgetlesung, Kosten- und Leistungsrechnung, Zeiterfassung), die den verschiedenen Beteiligten die Einführung und das Verständnis der LoF erleichtern sollen.

—
2009

– Entwicklung der LoF
Parallel zu ihren Haupttätigkeiten hat die Abteilung LoF verschiedenste Analyse- und Entwicklungsarbeiten zur Verbesserung bestimmter LoF-Verfahren, -Konzepte und -Instrumente eingeleitet. So war sie namentlich an der vom Amt für Informatik und Telekommunikation entwickelten Zeiterfassungssoftware beteiligt, die für die leistungsorientierte Führung unerlässlich ist. Die Erfahrungen mit dieser «hauseigenen», auf die Bedürfnisse der leistungsorientierten Führung zugeschnittenen Anwendung sind sehr positiv.

2.13 Weitere Tätigkeiten

- › Antworten auf eidgenössische, interkantonale und kantonale Vernehmlassungen,
- › Einschätzung der Konjunkturlage im Hinblick auf die Aktualisierung des Finanzplans und den Staatsvoranschlag 2010,
- › Erfolgskontrolle der im Rahmen des Legislaturfinanzplans 2007-2011 beschlossenen strukturellen oder organisatorischen Massnahmen,
- › Erstellen der Statistik der Arbeitsstellen für die Staatsrechnung 2008 und den Voranschlag 2010,
- › Vorbereiten der Unterlagen für die Pressekonferenzen zur Staatsrechnung 2008, zum Voranschlag 2010 und zur Aktualisierung des Finanzplans 2010–2013,
- › Ausarbeitung eines Berichts über die finanziellen und personellen Auswirkungen der vom Grossen Rat im Jahr 2009 gefassten Beschlüsse,
- › Erstellen des Faltprospekts zu den statistischen Finanzkennzahlen des Staates, Ausgabe 2009,
- › Nachführung und Unterhalt der Website der Finanzverwaltung,
- › monatliche Fakturierung der Ausgaben für Posttaxen und private Telefongespräche an die Dienststellen,
- › Unterstützung bei der Reorganisation des Finanzwesens der Erziehungsdirektorenkonferenz der Westschweiz und des Tessins,
- › Vertretung des Staates im Verwaltungsrat der Agy Expo SA, der Grenette SA und der Remontées mécaniques fribourgeoises SA,
- › Mitwirkung in verschiedenen Arbeitsgruppen und Kommissionen (namentlich Gebietsreform, Betreuung von Kindern im Vorschulalter, Task Force Wiederankurbelungsplan, Touris-

musförderungsfonds, Senior+, Agglomerationsprojekte, Betreuung von Menschen mit Behinderungen oder Verhaltensstörungen, Leistungs- und Arbeitszeiterfassungssoftware, Bau des Kollegiums Gambach, H189, Poyabrücke, Strassenverbindung Romont–Vaulruz sowie Lehrwerkstätten).

III. Kantonale Steuerverwaltung

1. Aufgaben

– Die Kantonale Steuerverwaltung (KSTV) hat die Aufgabe, die verschiedenen im Gesetz vom 6. Juni 2000 über die direkten Kantonssteuern (DStG) und im Bundesgesetz vom 14. Dezember 1990 über die direkte Bundessteuer (DBG) vorgesehenen Steuern zu veranlagern und die Rückerstattungsanträge für die Verrechnungssteuer zu bearbeiten. Dazu führt sie in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und auf der Grundlage der Veröffentlichungen im Schweizerischen Handelsamtsblatt (SHAB) sowie der Informationen des Zentralen Ausländerregisters das Register der Steuerpflichtigen nach.

Die KSTV bezieht die Kantonssteuern, die direkte Bundessteuer und die Kirchensteuer der juristischen Personen und nimmt auf der Grundlage einer entsprechenden Vereinbarung auch die Steuern zahlreicher Gemeinden und Pfarreien ein.

Sie stellt den Gemeinden eine Kopie der Veranlagungsverfügungen zu und übermittelt den AHV-Behörden diejenigen Informationen, die für den Bezug der AHV-Beiträge bei den Selbstständigerwerbenden und den Nichterwerbstätigen erforderlich sind, sowie dem Wehrpflichtersatzbüro die für die Erhebung dieser Ersatzabgabe nötigen Informationen.

Vorsteher der KSTV ist Raphaël Chassot.

2. Tätigkeit

2.1 Steuerveranlagungen

2.1.1 Veranlagung der natürlichen Personen

Zu Beginn des Jahres 2009 standen mehrere Mitarbeitende der KSTV den Steuerpflichtigen in allen Bezirken (8 Treffpunkte) für Fragen zur Steuererklärung für die Steuerperiode 2008 zur Verfügung.

Seit der Steuerperiode 2003 steht den Steuerpflichtigen eine Software zur Verfügung, damit sie ihre Steuererklärung ganz einfach

—
2009

zu Hause am PC ausfüllen können. Diese Software namens FRI-tax muss von der Website der KSTV heruntergeladen werden. Sie bietet zwei verschiedene Möglichkeiten für die Erfassung der Steuerdaten: Es steht eine mit einem Assistenten geführte Eingabe zur Verfügung, oder die Daten können direkt auf den Formularen am Bildschirm eingegeben werden. Die ausgedruckten Formulare und das dazugehörige Barcode-Blatt müssen anschliessend per Post der KSTV zugestellt werden. Die in den Barcodes enthaltenen Daten erlauben ein rascheres Erfassen der Steuererklärungen. Mehr als 69 000 Steuererklärungen konnten mit optischen Lesern erfasst werden, was 45 % der eingegangenen Steuererklärungen entspricht, während im Vorjahr 51 000 Steuererklärungen auf diese Weise erfasst wurden.

Bis Ende Dezember 2009 haben über 94 % der Steuerpflichtigen ihre Steuerveranlagung und die Schlussabrechnung 2008 erhalten. Die noch nicht veranlagten Steuereinstreicher betreffen hauptsächlich Selbstständigerwerbende, die ihre Steuererklärung häufig etwas später einreichen. Die KSTV behandelte parallel zu den Veranlagungen auch die eingegangenen Einsprachen und Beschwerden.

2.1.2 Veranlagung der juristischen Personen

Im ersten Teil des Jahres wurden die Veranlagungen des Steuerjahres 2007 fertig gestellt. Die im Jahr 2009 geleistete Arbeit bestand jedoch hauptsächlich darin, die Veranlagungen des Steuerjahres 2008 zu überprüfen. So erhielten Ende Dezember 2009 70 % der juristischen Personen ihre Veranlagungsanzeige für das Steuerjahr 2008, und es wurden 150 Expertisen durchgeführt.

Mit der Software «e-tax JP» können die juristischen Personen sowie ihre Treuhänder nicht nur die Steuererklärung online einreichen, sondern auch Fristen abfragen, die früheren Veranlagungen einsehen, auf die Wegleitung und spezifische Online-Hilfe zugreifen sowie Dateien und Beilagen beifügen und das Veranlagungsergebnis simulieren. Diese Software ist seit dem Frühjahr 2007 produktiv und wird von 18 % der Steuerpflichtigen genutzt.

2.1.3 Grundstückgewinnsteuern

Als Grundstückgewinne besteuert werden nur Gewinne, die sich bei Veräusserung eines Grundstückes des Privatvermögens ergeben. Gewinne aus der Veräusserung eines Grundstückes aus dem Geschäftsvermögen oder dem, was steuerrechtlich als Geschäftsvermögen gilt, unterliegen der ordentlichen Steuer. Wie aus der Staatsrechnung hervorgeht, ist bei der Grundstückgewinnsteuer eine Zunahme zu verzeichnen.

Die Besteuerung wird aufgeschoben bei Veräusserung einer dauernd und ausschliesslich selbstgenutzten Wohnliegenschaft (Einfamilienhaus oder Eigentumswohnung), soweit der dabei erzielte Erlös innert zwei Jahren vor oder nach der Veräusserung zum

Erwerb oder zum Bau einer gleichgenutzten Ersatzliegenschaft in der Schweiz verwendet wird. 2009 ist in 87 Fällen die Besteuerung so aufgeschoben worden, die betragsmässig 14 873 000 Franken ausmachten. Der entsprechende Steuerausfall beläuft sich auf 1 138 000 Franken.

In einem Bericht vom 5. März 2007 hatte das Finanzinspektorat nach einer Kontrolle der Jahresrechnung der Abteilung Liegenschaftsgewinne empfohlen, das Informatiksystem aufzurüsten. Im Informatikleitschema der KSTV wurde daraufhin vorgesehen, eine integrierte Software zur Verwaltung der Grundstückgewinnveranlagungen zu entwickeln. 2009 ist in Zusammenarbeit mit dem ITA eine Vorstudie durchgeführt worden, und es ist beschlossen worden, diese Softwareentwicklung Anfang 2010 in Angriff zu nehmen.

2.1.4 Steuerhinterziehungsverfahren und Nachsteuern

2009 sind 290 Steuerhinterziehungs- und/oder Nachsteuerbefreiungen für die Kantons- und Bundessteuern erlassen worden:

187	Fälle von Steuerhinterziehung und Steuerbussen
20	Fälle von versuchter Hinterziehung und Gehilfenschaft
40	Fälle von Nachsteuern (insbesondere Erbschaften)
43	Fälle, in denen das Verfahren eingestellt worden ist.

Die Nachsteuern oder hinterzogenen Steuern beliefen sich auf 2 093 000 Franken und die Steuerbussen auf 761 000 Franken. Der Gesamtbetrag der Nachsteuern und Steuerbussen bei der direkten Bundessteuer beläuft sich auf 1 385 000 Franken.

Steuervergehen: Den Strafverfolgungsbehörden wurden 7 Steuerhinterziehungsfälle übergeben, die den Tatbestand der Urkundenfälschung im Sinne der Artikel 231 DStG und 186 DBG erfüllen.

2.2 Steuerbezug

2.2.1 Bezug der Kantonssteuern

Die KSTV fakturierte die Steuer 2009 in der Regel in 9 Raten, die zwischen Mai 2009 und Januar 2010 jeweils am Monatsende bezahlt werden mussten, wobei der Betrag der einzelnen Akontozahlungen aber nicht weniger als 20 Franken betragen darf. Die Steuerpflichtigen konnten aber auch den gesamten Steuerbetrag bis zur Fälligkeit der ersten Rate bezahlen, und 40 000 Steuerpflichtige haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht.

Gleichzeitig mit der Eröffnung der Veranlagungsanzeigen, die vorwiegend das Jahr 2008 betrafen, wurde eine Schlussabrech-

—
2009

nung erstellt. Ein Saldo zu Gunsten der Steuerpflichtigen wird diesen auf ihr Post- oder Bankkonto überwiesen, und die KSTV verwaltet so rund 130 000 Konten.

Was das Inkassoverfahren betrifft, so hat die KSTV 21 950 verbindliche Zahlungsvereinbarungen erlassen und Betreibungsbegehren gestellt, auf die hin 10 132 Zahlungsbefehle ergangen sind. Die Zahl der Zahlungsbefehle entspricht in etwa derjenigen der letzten Jahre. Sie hat auch 189 Strafklagen für veruntreute gepfändete Gegenstände eingereicht. Die im Rahmen der Übernahme von Verlustscheinen eingenommenen Beträge belaufen sich für die Kantonssteuer auf rund 616 000 Franken.

2.2.2 Bezug der Gemeinde- und Kirchensteuern durch die KSTV

Im Jahr 2009 nahmen 56 Gemeinden diese Dienstleistung des Staates für den Bezug ihrer ordentlichen Steuern in Anspruch.

Mit der Informatikanwendung, die 1995 eingerichtet wurde, kann diese Dienstleistung auch den Pfarreien des Kantons angeboten werden, sofern die Steuern bei allen Pfarreimitgliedern einer bestimmten Gemeinde erhoben werden. Seit dem 1. Januar 2003 nimmt die KSTV die Steuern der natürlichen Personen für zahlreiche Pfarreien in 131 Gemeinden des Kantons ein. Diese Steuern werden auf der Grundlage einer Vereinbarung bezogen. Die von den juristischen Personen geschuldete Kirchensteuer wird gemäss dem Artikel 17a des Gesetzes über die Beziehungen zwischen den Kirchen und dem Staat seit dem Steuerjahr 2001 von der Kantonalen Steuerverwaltung bezogen.

2.2.3 Steuererlasse

Gestützt auf Artikel 212 DStG entscheidet die Finanzdirektion nach Anhören der Gemeindebehörde über Steuererlassgesuche. Zu diesem Zweck stellt die KSTV die notwendigen Ermittlungen an, fasst eine Stellungnahme und bereitet die von der Finanzdirektion getroffenen Entscheide vor.

2009 wurden 443 Steuererlassgesuche bearbeitet. 126 Steuerpflichtige erhielten einen abschlägigen Entscheid, während 172 Steuerpflichtigen ein Steuererlass gewährt wurde. In 163 Fällen wurden die Steuern eines Jahres erlassen und in 9 Fällen die Steuern zweier Jahre. 86 Gesuche wurden schlussendlich nicht als Steuererlassfälle erledigt. Die Zahl der Dossiers berücksichtigt auch die laufenden Gesuche, und zwar 51 zu Beginn des Jahres und 59 am Ende des Jahres.

Der Betrag der erlassenen Kantonssteuern beläuft sich auf 208 000 Franken.

2.3 Personalschulung

Im Laufe des Berichtsjahres haben mehrere Mitarbeitende an den Kursen teilgenommen, die im Rahmen des von der Schweizerischen Steuerkonferenz (SSK) für alle Steuerverwaltungen bereitgestellten Aus- und Weiterbildungskonzeptes organisiert werden. Drei Mitarbeitende besuchen gegenwärtig den Ausbildungskurs I (Basiskurs). Mit bestandener schriftlicher Prüfung haben ausserdem zwei Mitarbeiterinnen und zwei Mitarbeiter das SSK-Zertifikat für den Ausbildungskurs I erworben. Das SSK-Zertifikat für den Ausbildungskurs II (Selbstständigerwerbende und juristische Personen) haben eine Mitarbeiterin und zwei Mitarbeiter erworben und das SSK-Zertifikat für den Ausbildungskurs III (komplexe Fälle) eine Mitarbeiterin. Das Unternehmenssteuerreformgesetz II war Thema eines internen Seminars mit den Revisoren der Revisionsabteilung (Dossiers der Selbstständigerwerbenden).

2.4 Vorarbeiten und Sonstiges

Ausser der Veranlagung und dem Bezug der verschiedenen Steuern, mit denen sich das Personal grösstenteils beschäftigt, erfüllt die KSTV auch andere Aufgaben, insbesondere im Rechtswesen, im Bereich der Statistik und bei der Aufstellung von Rechnung und Voranschlag. Den verschiedenen Instanzen im Kanton und beim Bund wurden zahlreiche Stellungnahmen, Bemerkungen, Berechnungen von finanziellen Auswirkungen und Antworten auf Vernehmlassungen abgegeben. Die KSTV hat auch die Antworten auf parlamentarische Vorstösse zum Steuerwesen vorbereitet, und es fiel auch im Vorfeld der Steuererklärung 2009 viel Arbeit an, vor allem mit der inhaltlichen Überarbeitung der zahlreichen Steuerformulare und der Wegleitung für das Ausfüllen der Steuererklärung, aber auch mit der Aufstellung der neuen Steuertarife für die Quellensteuer.

2.5 Statistik

2.5.1 Entwicklung der Zahl der Steuerpflichtigen

Die Höhe der Steuereinnahmen ist auch von der Zahl der Steuerpflichtigen abhängig. Sie ist auch ein Indikator für die Mehrarbeit bei der KSTV, obwohl der Faktor «Komplexität der Dossiers» in einer solchen Statistik nicht zum Tragen kommt.

In den letzten Steuerperioden haben sich die Steuerdossiers zahlenmässig wie folgt entwickelt:

Natürliche Personen					
Bezirke	Anzahl Steuerpflichtige per 31. Dezember				
	1985	1995	2000	2008	2009
Freiburg-Stadt	18 809	19 458	19 016	20 114	20 761
Saane Land	18 169	24 639	26 185	31 621	32 604
Sensebezirk	17 673	21 216	22 172	24 584	25 178

—
2009

Bezirke	Anzahl Steuerpflichtige per 31. Dezember				
	1985	1995	2000	2008	2009
Greyerzbezirk	18 462	21 454	22 884	26 220	27 166
Seebezirk	12 172	15 223	16 441	19 334	19 893
Glanebezirk	8 165	9 711	9 878	11 205	11 535
Broyebezirk	11 847	13 915	14 497	16 742	17 404
Vivisbachbezirk	5 898	7 492	7 869	9 206	9 515
	111 195	133 108	138 942	159 026	164 056

— Juristische Personen

Bezirke	Anzahl Steuerpflichtige per 31. Dezember				
	1985	1995	2000	2008	2009
Freiburg-Stadt	3 934	4 056	3 749	4 161	4 166
Saane Land	657	1 366	1 572	2 281	2 354
Sensebezirk	773	1 074	1 107	1 393	1 441
Greyerzbezirk	611	964	1 042	1 484	1 581
Seebezirk	477	782	913	1 271	1 317
Glanebezirk	306	386	442	567	585
Broyebezirk	427	582	666	985	1 050
Vivisbachbezirk	242	337	433	642	679
	7 427	9 547	9 924	12 784	13 173

2.5.2 Steuerstatistiken 2007

Die Steuerstatistiken 2007 sind im November 2009 veröffentlicht worden. Sie liefern auf 40 Seiten mit Kommentaren, Tabellen und Grafiken die Daten über den Ertrag der Kantonssteuern auf dem Einkommen und dem Vermögen der natürlichen Personen und über den Ertrag der kantonalen Gewinn- und Kapitalsteuer der juristischen Personen. Diese Statistiken, wie auch die der Vorjahre, sind auf der Website der KSTV unter folgender Adresse zu finden: www.admin.fr.ch/kstv.

2.6 Zusammenarbeit

2.6.1 Innerkantonal

Dadurch, dass die KSTV im Besitz von umfangreichem Zahlenmaterial ist, das für gewisse Untersuchungen sehr wertvoll ist, wird sie unter Wahrung des Datenschutzes von anderen Dienststellen des Staates, wie beispielsweise der Kantonalen Sozialversicherungsanstalt, dem Amt für Gemeinden oder dem Amt für Statistik um Statistiken angefragt. Im Bereich Verwaltung hat sie im Jahr 2009 für sich und auch für andere Dienststellen des Staates (Amt für Personal und Organisation, kantonale Ausgleichskasse, Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt) mit mehr als 1 466 000 Postsendungen rund 3 300 000 Unterlagen versandt. Diese Postsendungen wurden zur Hälfte für andere Dienststellen

ausgeführt. Ferner beantwortete die KSTV zahlreiche Fragen von Gemeinde- und Kirchenbehörden im Zusammenhang mit der Aufstellung ihres Budgets.

2.6.2 Steuerwesen

Mit der Steuerharmonisierung hat die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen stark zugenommen. Man spricht von vertikaler Harmonisierung beim Vergleich des Gesetzes über die direkten Bundessteuern mit den kantonalen Steuergesetzgebungen und von horizontaler Harmonisierung beim Vergleich der kantonalen Steuergesetzgebungen untereinander.

Die Eidgenössische Steuerverwaltung und die kantonalen Steuerverwaltungen sind in der Schweizerischen Steuerkonferenz (SSK) zusammengeschlossen. Die Mitglieder des KSTV-Führungstabs sowie gewisse Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in diesem Gremium eingebunden. So ist der Kanton Freiburg in den Kommissionen «Selbständigerwerbende und juristische Personen», «Einkommens- und Vermögenssteuern», «Verfahren, Bezug und Strafen» sowie in verschiedenen Arbeitsgruppen, namentlich in derjenigen zur beruflichen Vorsorge und der WVK (Software zur Übermittlung der Wertschriftenverzeichnisse) vertreten.

2.6.3 Auskunft an die Strafverfolgungsbehörden

Mit dem revidierten Allgemeinen Teil des Schweizerischen Strafgesetzbuchs (StGB), der am 1. Januar 2007 in Kraft getreten ist, ist unter anderem eine Geldstrafe in Tagessätzen eingeführt worden, deren Höhe sich nach den persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen der Täter bestimmt. Da die Strafverfolgungsbehörden die finanziellen Verhältnisse der Angeklagten genau abklären müssen, sieht Artikel 34 Abs. 3 StGB ausdrücklich vor, dass sie sich für die erforderlichen Auskünfte an die kantonalen und kommunalen Steuerbehörden wenden können.

Die Freiburger Gesetzgebung sieht vor, dass die KSTV den zuständigen Strafverfolgungsbehörden die Veranlagungsanzeigen der einer Straftat verdächtigten Steuerpflichtigen durch ein elektronisches Abrufverfahren zugänglich macht. Die Produktivsetzung dieses Abrufverfahrens ist Ende des ersten Quartals 2009 erfolgt, worauf die Zahl der schriftlichen Anfragen stark zurückgegangen ist; so sind 2009 nur noch 229 Auskunftsbegehren gestellt worden (648 im Jahr 2008).

2.7 Informatik bei der KSTV

2.7.1 Entwicklungen der Veranlagungssoftware für die natürlichen Personen

Nach der Produktivsetzung der neuen Veranlagungssoftware am 1. Januar 2008 sind zwei neue komplett in die Hauptsoftware integrierte Erweiterungen in Betrieb genommen worden. Es

—
2009

handelt sich um die Veranlagung der Kapitaleistungen und die Veranlagung der Liquidationsgewinne (Steuerminderung bei der Aufgabe einer selbständigen Erwerbstätigkeit). Wie bei den anderen Anwendungen werden diese Steuern automatisch fakturiert und im Inkassosystem verbucht, und auch die Zahlungseingänge werden automatisch überprüft. Ausserdem wird neu auch automatisch berechnet, wie sich die Vermögensverhältnisse einer steuerpflichtigen Person entwickeln, indem die Veranlagungen zweier Steuerperioden verglichen werden, um allfällige Unstimmigkeiten in den Steuererklärungsangaben der steuerpflichtigen Person festzustellen. Ein weiteres Tool für die Verwaltung der Einsprachen, Beschwerden und Erlassgesuche sorgt seit 2009 dafür, dass sich alle Verfahrensphasen bis zum Schlussscheid nachverfolgen lassen. Es ermöglicht auch die vorübergehende Einstellung des Steuerbezugsverfahrens.

2.7.2 Entwicklungen der Veranlagungssoftware für die juristischen Personen

Das System für die Abgabe der Steuererklärung über das Internet ist technisch verbessert worden. Die Übertragung von Elementen aus der Internet-Umgebung in die Arbeitsumgebung des Revisors ist vereinfacht worden. Die Treuhänder können jetzt direkt über Internet Fristerstreckungen beantragen. Die Steuerpflichtigen oder ihre Vertreter können auch überprüfen, ob die Steuererklärung wirklich eingereicht und die Veranlagung erfolgt ist. Die Datenübertragung für die Fakturierung der Bussen und ihre Verbuchung im Inkassosystem ist vollständig automatisiert worden.

2.7.3 Entwicklungen der Software für den Steuerbezug

Im Rahmen der Steuerauscheidungen der direkten Bundessteuer unter den Kantonen ist ein neues Tool in Betrieb genommen worden, mit dem die Berechnungen angestellt und die Listen für die Abrechnungen der Aufteilung der NP- und JP-Veranlagungen vorbereitet werden können.

Es ist auch eine Studie im Hinblick auf die Einbindung des Teils der Inkassosoftware, der die Steuerausstände betrifft, in THEMIS im Gange. Diese Software wird gegenwärtig von den Betriebsämtern der Kantone Freiburg und Waadt verwendet. Die Betriebsbegehren werden direkt über THEMIS eingereicht und von dort an die betroffenen Betriebsämter weitergeleitet. Die Inbetriebnahme dieser Anwendung ist für 2010 geplant.

Die Finanzverwaltung (FinV) führt die Zahlung der von den Firmen, Lieferanten und sonstigen Dienstleistern ausgestellten Rechnungen für die für den Staat ausgeführten Arbeiten oder erbrachten Dienstleistungen oder für die Anschaffung von Materialien aus. Mit der Forderungsverrechnung soll vermieden werden, dass einem Schuldner eine Rechnung automatisch bezahlt wird, wenn dieser seinerseits ausstehende Steuerbeträge schuldet. Zwischen der KSTV und der FinV ist 2009 eine Informatikver-

bindung aufgebaut und getestet worden. Darüber lassen sich auf Anfrage der FinV automatisch alle Fälle feststellen, die für eine Forderungsverrechnung in Frage kämen. Diese Anwendung ist am 1. Januar 2010 in Betrieb genommen worden.

2.7.4 Datenplattform sedex

Im Jahr 2007 haben sich die schweizerischen Steuerbehörden im Rahmen der E-Government Strategie Schweiz (Projekt CH-Meldewesen Steuern) den elektronischen Austausch von gesetzlich vorgeschriebenen Informationen im Steuerbereich zum Ziel gesetzt. Die Steuermeldungen auf Papier, die sich Bund und Kantone bisher per Post zugestellt haben, können in einem Pilotbetrieb seit November 2009 elektronisch ausgetauscht werden (z.B. interkantonale Steuerauscheidungen). Die Meldungen werden elektronisch über die Datenplattform sedex ausgetauscht, die vom Bundesamt für Statistik zur Verfügung gestellt wird. Der Kanton Freiburg, der an diesem Projekt beteiligt ist, kann die Meldungsinhalte demnächst direkt in der Veranlagungsanwendung verarbeiten. Der elektronische Austausch der Meldungen und deren integrierte Verarbeitung bringen eine wesentliche administrative Erleichterung für die Steuerverwaltung.

2.8 Einrichtung eines Call Centers

Bei der KSTV gehen sehr viele Anrufe ein. Um alle diese Anrufe bewältigen und die Fragen der Steuerpflichtigen beantworten zu können, ist bei der KSTV in Zusammenarbeit mit dem ITA ein Call Center eingerichtet worden. Die Anrufer werden über diese telefonische Schaltzentrale je nach Frage automatisch mit der betreffenden Abteilung verbunden.

2.9 Interne Kontrolle

Bei der Aufstellung des Voranschlags 2009 gab der Staatsrat dem Antrag der KSTV zur Schaffung einer Stelle für die interne Kontrolle statt. Mit der Schaffung dieser Stelle soll sichergestellt werden, dass nach den für die Erfüllung des Auftrags der Steuerverwaltung geeigneten Verfahren vorgegangen wird, und zwar von allen Abteilungen der Steuerverwaltung einheitlich und weisungsgemäss. Diese Stelle ist auf Empfehlung des Finanzinspektors in dessen Bericht vom 28. Februar 2006 geschaffen worden. Es ist wichtig, dass ein Amt von der Grösse der KSTV mit Einnahmen, die mehr als einen Drittel des Budgets ausmachen, mit einem formalisierten Internen Kontrollsystem (IKS) ausgestattet ist und regelmässige Kontrollen durchgeführt werden.

Nach der Anstellung des Stelleninhabers, der sein Amt am 1. Mai angetreten hat, sind die Kadermitarbeitenden über den Sinn und Zweck der geeigneten Kontrollmassnahmen im Kontrollumfeld informiert worden. Sie wurden daran erinnert, dass die interne Kontrolle als Prozess definiert wird, der von den Führungskräften aller Ebenen der Steuerverwaltung eingeführt wird, um für

—
2009

die Erreichung folgender drei Ziele eine angemessene Sicherheit zu bieten: Abwicklung und Optimierung der Amtsprozesse und -tätigkeiten – Zuverlässigkeit der Finanzinformationen – Einhaltung von Gesetzen, Verordnungen und Reglementen.

Im nächsten Tätigkeitsbericht wird dann ausführlicher über die geleistete Arbeit und die erreichten Ergebnisse informiert. Dies entspricht auch der Stellungnahme des Staatsrats in seiner Antwort vom 17. Februar 2009 auf das Postulat P2046.08 Stéphane Peiry/Pierre Mauron zum Internen Kontrollsystem beim Staat. Der Staatsrat hatte nämlich beantragt, das Postulat anzunehmen, mit der Bitte um eine Fristverlängerung für den entsprechenden Bericht bis Ende 2010, damit die ersten Erfahrungen des IKS-Verantwortlichen der KSTV berücksichtigt werden können.

IV. Amt für Erbschafts- und Schenkungssteuern

1. Aufgaben

Aufgabe des Amtes für Erbschafts- und Schenkungssteuern (ESSA) ist die Erhebung der Erbschafts- und Schenkungssteuern für den Staat Freiburg und die Gemeinden des Kantons.

Vorsteher des ESSA ist Kurt Aebischer.

2. Tätigkeit

2.1 Ordentliche Tätigkeit

Im Jahr 2009 bearbeitete das Amt 1779 Steuerinventare bei Todesfall und Erklärungen für Nichtvorhandensein von Vermögen (1569 im Jahr 2008). Die Differenz bei der Zahl der Todesfallinventare ist auf den Rückstand nach der Reorganisation der Friedensgerichte zurückzuführen, von denen es statt wie bisher 29 jetzt nur noch 7 gibt. Das Amt stellte 323 Erbschafts- und Schenkungssteuerrechnungen aus (228 im Jahr 2008), die dem Kanton insgesamt 3 839 245 Franken an Steuereinnahmen einbrachten.

Die Erbschafts- und Schenkungssteuern teilen sich wie folgt auf:

- > Erbschaftssteuern: 276 Rechnungen in einem Gesamtbetrag von 3 364 309 Franken
- > Schenkungssteuern: 47 Rechnungen in einem Gesamtbetrag von 474 936 Franken

Der Ertrag aus den Erbschafts- und Schenkungssteuern hat sich seit 2002 wie folgt entwickelt:

2002	2003	2004	2005
4 553 051	5 165 721	8 939 871	4 192 536
2006	2007	2008	2009
2 745 312	4 438 309	2 086 927	3 839 245

Das Amt kontrolliert die von den Friedensgerichten aufgenommenen Erklärungen für Nichtvorhandensein von Vermögen und die Steuerinventare. Es ist auch Bindeglied zur Kantonalen Steuerverwaltung, indem es jeweils dem betroffenen Sektor ein Exemplar des Steuerinventars übermittelt.

Es beantwortet sehr viele Anfragen zur Erbschafts- und Schenkungssteuer von Treuhandbüros, Notariaten, Banken, Versicherungsgesellschaften und Privaten.

Es ist beschlossen worden, das Amt juristisch zu verstärken.

2.2 Besondere Ereignisse

Nach entsprechenden Beschlüssen des Staatsrats wird das Vorhaben, die Todesfalllisten nicht mehr für die Veröffentlichung im Amtsblatt zu übermitteln, im Rahmen des Projekts HarmPers bei der Sicherheits- und Justizdirektion behandelt (Ersatz durch Informatikplattform, die in einigen Jahren betriebsbereit sein sollte).

Im Oktober 2009 hat das Amt seinen Leistungskatalog (ASL) nachgeführt.

Im Dezember 2009 ist die neue Website des Amtes aufgeschaltet worden. Eine bessere grafische Darstellung und ein neues Erscheinungsbild machen die Website übersichtlicher. Sie ist auch viel benutzerfreundlicher und wird den Anforderungen an eine kundenfreundliche Verwaltung im Dienst der Bürgerinnen und Bürger besser gerecht.

V. Amt für Personal und Organisation des Staates Freiburg

1. Aufgaben

Das Amt für Personal und Organisation (POA) unterstützt den Staatsrat und/oder die Direktionen und Anstalten bei der Festlegung der Personalpolitik. Es schlägt Umsetzungsstrategien vor, kontrolliert den richtigen Vollzug der beschlossenen Massnahmen und formuliert Verbesserungsvorschläge, wo dies nötig ist. In diesem Zusammenhang hat die Leitung des POA an den Sit-

—
2009

zungen der Delegation des Staatsrats für das Personalwesen, der FEDE und den Personalverbänden teilgenommen. Das POA hat diese Sitzungen und die entsprechenden Dossiers vorbereitet. Als zentraler Dienst des Staatsrates und seiner Direktionen hat das POA namentlich die folgenden Aufgaben:

- › Gegenüber dem Staatsrat, den Direktionen und Anstalten übt es in allen Personalfragen die Funktion eines Beratungs- und Kontrollorgans aus und verfasst Berichte und Stellungnahmen.
- › Es sorgt für die einheitliche Anwendung der Gesetzgebung für das Personal des Staates und seiner Anstalten.
- › Es entwickelt die zentral bewirtschafteten Führungsinstrumente.
- › Es verwaltet die Gehälter des Staatspersonals sowie die Software für die Personalbewirtschaftung und die Gehaltszahlungen.
- › Es erbringt Dienstleistungen und Beratungen im Umfeld der Organisationsentwicklung.
- › Es ist Koordinationsorgan für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz.
- › Es erstellt und verwaltet das allgemeine Weiterbildungsprogramm.
- › Es führt das Sekretariat verschiedener Kommissionen, namentlich der Kommission für die Bewertung und Einreihung der Funktionen sowie für den Sozialfonds, und ist als Arbeitgebervertreter im Vorstand der Pensionskasse des Staatspersonals vertreten.
- › Es bereitet zuhänden des Staatsrats die Geschäfte vor, die die Sozialpartner betreffen.

Vorsteher des POA ist Markus Hayoz.

2. Tätigkeit

2.1 Ordentliche Tätigkeit

2.1.1 Allgemeines

Bei der Erfüllung seiner Aufgaben erbringt das POA sehr viele Leistungen für die politischen Organe, die Exekutive, die verantwortlichen Vorgesetzten, das Personal und Dritte, die sich folgendermassen nach Leistungsarten gliedern lassen:

- › Klassische Leistungen in Zusammenhang mit der allgemeinen Personalverwaltung: Personalrekrutierung, Verträge, Gehälter, Personal- und Stellenvoranschlag, Informatik;
- › Leistungen in seiner Funktion als Kontroll- und Beratungsorgan des Arbeitgebers Staat: Controlling und Berichtswesen zuhänden des Staatsrates, Entwürfe der Antworten auf parlamentarische Vorstösse, die den Tätigkeitsbereich des POA betreffen, Abgabe von Stellungnahmen, Beratung von Verwaltungseinheiten und Vorgesetzten, juristische Verfahrensbetreuung sowie Unterstützung in Informatik- und Organisationsfragen;
- › Leistungen in Zusammenhang mit der Unterstützung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: Soziale und juristische Betreuung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich in Schwierigkeiten befinden (Arbeitsunfähigkeit, Konflikte am Arbeitsplatz, finanzielle Probleme), Begleitung bei Kontakten mit den Sozialversicherungen, Förderung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz;
- › Leistungen in Zusammenhang mit der Personal- und Organisationsentwicklung, hauptsächlich bei der Umsetzung von HR-Projekten, bei Funktionsbewertungen, bei der Personalweiterbildung, bei der Entwicklung und Begleitung von Organisationsprojekten.

Obwohl keine eigentliche Rangordnung aufgestellt werden kann, gibt es doch einige Leistungen, die Vorrang haben, insbesondere die Arbeiten in Zusammenhang mit der Gehaltsabwicklung. Das POA muss dafür sorgen, dass die Gehälter der rund 15 600 Staatsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter jeden Monat in Einhaltung der geltenden eidgenössischen und kantonalen Vorschriften richtig berechnet und ausbezahlt werden.

2.1.2 Personaladministration

Der Staat Freiburg veröffentlicht seine Stellenangebote im Amtsblatt, in den Printmedien und auf der Website des Staates. Neben der Verbesserung der Verfahrensabläufe bei der Stellenausschreibung wirkte die Abteilung «Personaladministration» im Jahr 2009 in einer Arbeitsgruppe mit, die auf ein rascheres, elektronisch unterstütztes Standardverfahren zur Personalrekrutierung für alle Dienststellen des Staates hinarbeitet.

Die ungünstige Wirtschaftslage im Jahr 2009 hatte zur Folge, dass es weniger Personalfuktuation und weniger Stellenausschreibungen gab. So wurden im Laufe des Berichtsjahres 499 Arbeitsstellen ausgeschrieben, was einer Abnahme um 13 % gegenüber dem Vorjahr und einer Zunahme um 32 % gegenüber dem Jahr 2007 entspricht.

Mit Verordnung vom 1. Juli 2008 hatte der Staatsrat beschlossen, die Massnahme zur Förderung der freiwilligen Pensionierung

2009

des Staatspersonals vom 1. Januar 2009 bis zum Inkrafttreten des revidierten Gesetzes über die Pensionskasse des Staatspersonals, längstens aber bis zum 31. Dezember 2010 zu verlängern. Die Massnahme besteht in der Gewährung einer AHV-Überbrückungsrente im Betrag der jährlichen einfachen AHV-Höchstrente; insgesamt 132 Personen aus allen Abteilungen konnten 2009 von dieser vorzeitigen Pensionierung profitieren.

Wie der folgenden Tabelle zu entnehmen ist, hat das POA im Jahr 2009 mehr Verträge und Vertragsänderungen ausgestellt bzw. vorgenommen, nämlich 764 (571 im Jahr 2005, 640 im Jahr 2006, 632 im Jahr 2007 und 735 im Jahr 2008):

Darin nicht inbegriffen sind die Verträge der Anstalten des Staates und die Verträge im Unterrichtswesen.

Direktionen	Anstellungsverträge		Vertragsänderungen	
	2008	2009	2008	2009
Staatskanzlei, Sekretariat des Grossen Rates	18	13	13	8
Erziehung, Kultur und Sport	29	24	7	15
Sicherheit und Justiz	165	210	77	83
Institutionen und Land- und Forstwirtschaft	95	80	14	38
Volkswirtschaft	56	82	22	22
Gesundheit und Soziales	68	48	22	17
Finanzen	75	69	14	10
Raumplanung, Umwelt und Bauwesen	50	36	10	9
Total	556	562	179	202

2.1.3 Gehaltsadministration

Hauptaufgabe des POA in diesem Bereich ist die ordnungsgemässe Verwaltung der in seine Zuständigkeit fallenden Gehälter (Zentralverwaltung und Unterrichtswesen). Die Gehaltsadministration sieht sich mit einem weiter steigenden Arbeitsvolumen konfrontiert. So zahlte die Abteilung 2009 über 9000 Personen ihr Gehalt aus und übernahm auch die Gehaltsadministration des Personals der «EMAF SA», also von rund 30 Mitarbeitenden.

2009 war die Verwaltung der kantonalen Familienzulagen sowie der Arbeitgeberzulagen sehr aufwändig, es wurden für über 3500 Kinder die Anspruchsberechtigung überprüft und die Studienbescheinigungen nachgeführt und kontrolliert. Dazu kam die Prüfung der neuen Anspruchsberechtigungen im Anschluss an die Anpassungen der Freiburger Gesetzgebung an die neue Bundesgesetzgebung über die Familienzulagen. Mit dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes musste das POA einige Anpassungen insbesondere technischer Art vornehmen (Aufhebung der Aufteilung der Familienzulagen für Personen mit Teilzeitbeschäftigung, Gewährung der Zulage bis zum 16. Altersjahr, Prüfung des vorrangigen Anspruchs,

wenn die beiden Elternteile nicht im selben Kanton arbeiten). Diese verschiedenen technischen Besonderheiten hatten zahlreiche Anpassungen bei den Grundsätzen für die Gewährung im Anschluss an die Änderungen der Aufteilung des Anspruchs zur Folge.

Daneben erfüllt die Abteilung auch die üblichen Aufgaben, die zur Gehaltsadministration gehören: Bestätigungen für die Arbeitslosenversicherung, die Mutterschaftsentschädigung, den Erwerbsersatz, Auszahlung der Entschädigungen und Rückerstattung von Auslagen, Auszahlung der Sitzungsgelder an die Kommissionsmitglieder sowie sämtliche Bestätigungen für die Krippen, Versicherungen, Steuerbehörden usw. Hauptaufgabe der Abteilung «Personal und Gehaltsadministration» des POA ist die Verwaltung der in ihre Zuständigkeit fallenden Gehälter (Zentralverwaltung und Unterrichtswesen) von über 9000 Personen. Das heisst, ihr obliegt die Sicherstellung der Gehaltszahlungen gemäss Dienstverhältnis, den gesetzlichen Bestimmungen, den Gehaltsskalen und den für gewisse Personalkategorien geltenden ausserordentlichen Gehaltsskalen.

2.1.4 Informatik

Das POA gewährleistet mit seiner Abteilung «Informatik und Budget» die Planung aller Operationen im Zusammenhang mit der technischen Verwaltung des Personals, den Gehaltszahlungen und der Verwaltung der Module für die Personalbewirtschaftung. Diese Abteilung ist zuständig für die Weiterentwicklung der Personalbewirtschaftungssoftware in Zusammenarbeit mit den Benutzerinnen und Benutzern und den Informatikerinnen und Informatikern, bildet die Benutzerinnen und Benutzer der Software aus und berät sie. Sie ist für die Stellenbewirtschaftung verantwortlich und erstellt Voranschlag, Rechnung und Kontrolle des Personalbestandes.

2.1.5 Juristische Tätigkeiten

Das POA sorgt für die für Personalentwicklung und Personalmanagement erforderliche rechtliche Unterstützung. So hat es auch im Jahr 2009 seine allgemeinen Aufgaben in der Abgabe von Stellungnahmen, in der Beratung und der Unterstützung für die Direktionen, die Anstalten des Staates mit eigener Rechtspersönlichkeit sowie gewisse subventionierte Institutionen wahrgenommen. Es hat insbesondere die neuen rechtlichen Bestimmungen über den Vaterschaftsurlaub, die Flexibilisierung der Arbeitszeit und die Kompensation des Nachtdienstes ausgearbeitet (s. 2.2). Das POA hat sein Projekt zur Schaffung der Personalfachstellen bei den Direktionen und Anstalten entsprechend den Vorschriften von Artikel 13 StPG weitergeführt und mit der Kantonalen Sozialversicherungsanstalt (KSVA) eine Vereinbarung über die Schaffung einer Personalfachstelle abgeschlossen. Das POA hat bei Anfechtungen der Funktionsbewertung und bei Kündigungsverfahren im Jahr 2009 auch mehrmals den Arbeitgeber Staat juristisch unterstützt.

2009

2.1.6 Sozialversicherungen

Das POA sorgt für einen Teil der sozialen und juristischen Betreuung der wegen Krankheit oder Unfall arbeitsunfähigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der zentralen Verwaltung. Es informiert die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Verwaltungseinheiten über die anwendbaren Verfahren wie Beendigung des Dienstverhältnisses, allfällige Wiederanstellung und Senkung des Beschäftigungsgrads und unterstützt sie bei den Kontakten mit den Sozialversicherungen, insbesondere der Pensionskasse des Staatspersonals und den IV-Stellen. Die Abteilung musste im Berichtsjahr 55 IV-Rentengesuche behandeln, gegenüber 57 Gesuchen im Vorjahr. Das POA ist auch für die Belange der Anstellung invalider Personen zuständig, und es prüft und bearbeitet zahlreiche Anfragen, kontaktiert die Verwaltungseinheiten, die in Frage kommen, und wickelt das Anstellungsverfahren ab. Gegenwärtig sind 45 Personen gemäss dem Staatsratsbeschluss über die Anstellung invalider Personen angestellt.

Was die obligatorische Unfallversicherung betrifft, so ist das gesamte Personal des Staates und seiner Anstalten (das vollzeitlich, teilzeitlich und vorübergehend angestellte Personal) gemäss UVG versichert. Im Jahr 2009 betrug der versicherte Lohn 80 % von maximal 126 000 Franken, bei einer UVG-Lohnsumme von über 1,1 Milliarden Franken. Die Prämien für Nichtberufsunfallrisiken gehen ganz zu Lasten des Personals.

Am 1. Juli 2009 ist beim durch die National Versicherung vertretenen Pool von Privatversicherern ein neues elektronisches Unfallmeldesystem eingeführt worden. Damit können die Unfälle rascher bearbeitet und ausserdem differenziertere Statistiken für eine bessere Prävention von Berufs- und Nichtberufsunfällen erstellt werden.

Die Prämienzahlungen gehen zu einem Viertel an die SUVA und zu drei Viertel an einen Pool von Privatversicherern, der durch die National Versicherung vertreten wird. Ein Siebtel der Lohnsumme ist bei der SUVA und sechs Siebtel sind beim Pool der Privatversicherer versichert. Für die Nichtberufsunfallversicherung betrug der Prämienatz des Pools im Jahr 2009 8,69 ‰ für Männer und Frauen, derjenige der SUVA 13,8 ‰. Für die Berufsunfallversicherung betrug der Prämienatz des Pools 2009 1,54 ‰ und derjenige der SUVA 6,225 ‰ bzw. 32,665 ‰ für die Bereiche mit erhöhtem Risiko (Forsten, Jagd und Fischerei).

Die Dienste des dem POA angegliederten UVG-Büros als Verbindungs-, Koordinations- und Informationsorgan für die bei der SUVA und der National Versicherten werden das ganze Jahr hindurch in Anspruch genommen. Im Berichtsjahr hat es über 2300 Unfälle von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aufgenommen, kontrolliert und ergänzt, wobei 18 % davon auf die SUVA und 82 % auf die National Versicherung entfielen. Die Unfallmeldun-

gen betrafen zu 21 % Berufs- und zu 79 % Nichtberufsunfälle. Ungefähr 50 % der Unfallmeldungen sind auf Stürze oder Sportverletzungen zurückzuführen, und etwa 34 % der Unfälle führten zu Arbeitsunfähigkeit.

	2007	2008	2009
Anzahl Versicherungsfälle UVG	1850	2251	2322
– Berufsunfälle	278	427	476
– Rückvergütete Taggeldentschädigungen (in tausend Fr.)	1853	3149	3780
Anzahl Taggelder (30 Tage pro Monat)	12 666	20 245	19 681

Rückvergütungen Dritter:

> Invalidenversicherung	Fr.	112 664.60
> Militärversicherung	Fr.	23 449.60
> Haftpflichtversicherung haftbarer Dritter	Fr.	–.–

Im Rahmen des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) hat das UVG-Büro im Jahr 2009 fast 400 Unfallversicherungsbestätigungen ausgestellt.

Schliesslich war das POA auch das ganze Jahr über an den Arbeiten zur Revision der Gesetzgebung über die Pensionskasse des Staatspersonals beteiligt.

2.1.7 Sozialfonds

Das POA verwaltet die Dossiers und führt das Sekretariat des Sozialfonds für das Staatspersonal. Der Fonds bezweckt, Mitarbeitenden, die sich vorübergehend in finanziellen Schwierigkeiten befinden, materielle Hilfe für den Lebensunterhalt der Antragstellenden Person und/oder ihrer Familie zu gewähren.

Im Jahr 2009 sind beim Sekretariat des Sozialfonds 18 Gesuche eingegangen. Vierzehn Gesuchen wurde stattgegeben, ein Gesuch wurde abgelehnt, zwei Gesuche wurden zurückgezogen, und ein Gesuch ist noch hängig. Per 31. Dezember 2009 liefen noch 29 Darlehen im Gesamtbetrag von 129 200.75 Franken.

Die Gesuche stehen meist in Zusammenhang mit unvorhergesehenen Ausgaben, schlechter Haushaltsführung oder dem Auseinanderbrechen der Familie. Gesuche um Darlehen für Konsumkredite werden immer abgelehnt. Die Finanzverwaltung zahlt die Darlehen direkt den Gläubigern aus, und die Rückerstattung erfolgt über einen Lohnrückbehalt auf dem Monatsgehalt der betreffenden Person.

Entsprechend der am 1. Januar 2009 in Kraft getretenen Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen dem Schuldenberatungsdienst der CARITAS Freiburg und dem Sozialfonds leitet der Sozial-

—
2009

fonds komplexe Fälle zur eingehenden Prüfung und umfassenden Betreuung an die CARITAS Freiburg (Unterstützung bei der Entschuldung) weiter. Auf der Grundlage der Empfehlungen der CARITAS Freiburg (Bericht über die finanzielle Lage der Gesuchstellerin/des Gesuchstellers) kann der Sozialfonds mit der Gewährung eines Darlehens eine punktuelle Finanzhilfe leisten.

Mit Verordnung vom 10. März 2009 wurde das Reglement über den Sozialfonds geändert. Seit dem 1. Januar 1989 waren nämlich die Höchstbeträge der dem Personal gewährten Darlehen unverändert. Nun sind sie an die gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten angepasst worden. So ist der Höchstbetrag für die zinslosen Darlehen von 6000 Franken auf 10 000 Franken heraufgesetzt worden. Ausnahmsweise kann die Stiftung Darlehen bis zu 25 000 Franken (statt bisher 15 000 Franken) gewähren, wobei in diesem Fall der Betrag, der 10 000 Franken (statt bisher 6000 Franken) übersteigt, mit 3 % Zins zurückzahlen ist.

2.1.8 Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (SGA)

Aufgabe der Abteilung für Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz ist die Umsetzung des Systems für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (SGA-System), sowie die Beratung und Überwachung der Anwendung der Gesetzgebung über die Sicherheit und den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz.

Das Jahr 2009 war von der Pilotphase des Projektes «Care Management» sowie vom weiteren Aufbau und der Kontrolle des SGA-Systems geprägt.

So wurde das SGA-System im Berichtsjahr bei der Kantonspolizei, beim Amt für Archäologie sowie beim Kunsthistorischen Museum Freiburg eingeführt. Diejenigen Verwaltungseinheiten, die das SGA-System bereits anwenden, wurden von der Abteilung beraten und unterstützt.

Im Auftrag des Staatsrates wurden die Fluchtwege von zehn staatseigenen Gebäuden geprüft. Der von der ständigen Kommission zur Förderung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz in der kantonalen Verwaltung genehmigte Zwischenbericht wird dem Staatsrat überwiesen. Die Prüfung der Fluchtwege wird 2010 in Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt weitergeführt werden.

In der fortschreitenden Entwicklung des «Care Management»-Projekts kommt der Wille des Staatsrates zum Ausdruck, die Gesundheit und das Wohlbefinden der Mitarbeitenden zu fördern. Ziele des Projektes sind die Vorbeugung von Absentismus sowie die Unterstützung und individuelle Betreuung von Personen, die wegen Krankheit oder Unfall arbeitsunfähig sind oder Schwierig-

keiten an ihrem Arbeitsplatz haben. Finanziert wird das Projekt gemeinsam vom Staat Freiburg und der Pensionskasse des Staatspersonals.

Das Landwirtschaftliche Institut des Kantons Freiburg in Grange-neuve, die Anstalten von Bellechasse, das HFR Riaz, die Kantonale Steuerverwaltung sowie das Amt für Informatik und Telekommunikation waren an der Pilotphase des «Care Management» beteiligt. Die Bilanz nach Abschluss der Pilotphase fiel erfreulich aus, und die eingeschlagene Richtung erwies sich als richtig. Sie kann weiterverfolgt und das Personal in diesem Bereich um zwei Personen aufgestockt werden. Die Abteilung hat auch eng mit verschiedenen Partnern wie der Pensionskasse des Staatspersonals, der Invalidenversicherungsstelle des Kantons Freiburg und der Ärzteschaft sowie mit anderen von den «Care Management»-Prozessen betroffenen Akteuren zusammengearbeitet.

2.1.9 Bewertung der Funktionen

Die Abteilung «Funktionsbewertung» verwaltet und entwickelt das Funktionsbewertungssystem EVALFRI für alle Funktionen beim Staat. Sie ist für die praktische Umsetzung und Kontrolle der diesbezüglichen Entscheide des Staatsrates zuständig.

Im Jahr 2009 hat es für die Kommission für die Bewertung und Einreihung der Funktionen (KBF), die vom POA präsiert wird, das auch das Kommissionssekretariat führt, einige Änderungen gegeben. So haben zwei Mitarbeitende des Sekretariats gekündigt und sie wurden ersetzt. Zudem haben zwei Kommissionsmitglieder ihren Rücktritt bekanntgegeben. Dadurch wurden die laufenden Bewertungsarbeiten der Kommission vorübergehend etwas gebremst, die KBF traf sich aber dennoch zu 9 Kommissions-sitzungen.

Die dritte Etappe des dritten Mandats, das der Staatsrat der Kommission erteilt hatte, konnte in der zweiten Jahreshälfte mit der Verordnung vom 15. September 2009 zur Änderung des Beschlusses über die Einreihung der Funktionen des Staatspersonals abgeschlossen werden. Diese dritte Etappe betraf unter anderem die Bewertung von Funktionen aus den Bereichen «Justiz – Polizei» und «Handwerk und Betrieb», deren Einreihung bestätigt oder geändert wurde. Die vierte Etappe des dritten Mandats konnte Ende Jahr in Angriff genommen werden und betrifft verschiedene Funktionen der Bereiche Verwaltung und Gesundheit sowie gewisse Kaderfunktionen. Diese Etappe wird die KBF das ganze Jahr 2010 über beschäftigen.

In Zusammenhang mit der Publikation der Funktionsbeschreibungen hat sich die KBF an die Ausarbeitung eines entsprechenden Leitfadens gemacht. Bevor die Funktionsbeschreibungen der bereits bewerteten Funktionen veröffentlicht werden können, muss der Staatsrat diese Beschreibungen im Jahr 2010 im Rahmen von Richtlinien genehmigen.

—
2009

2.1.10 Ausbildung und Entwicklung

Ab dem 1. Januar 2009 hat sich die Abteilung «Ausbildung und Entwicklung» (POA-F) reorganisiert, um sich auf ihre Hauptaufgaben der Beratung, Unterstützung sowie Analyse und Bestimmung des Weiterbildungsbedarfs bei den Verwaltungseinheiten konzentrieren zu können. Die HSW Freiburg ihrerseits kümmert sich auf Auftragsbasis um die administrativen Belange des Weiterbildungsprogramms des POA. Eine ähnliche Zusammenarbeit wurde auch mit dem Interprofessionellen Weiterbildungszentrum (IWZ) für die Weiterbildung der Lernenden des Staates vereinbart.

Im Rahmen der Weiterbildung wurden 2009 59 Seminare zur Allgemeinbildung, 31 Weiterbildungsseminare für die Kader, 38 Informatikkurse und 15 Sprachateliers durchgeführt. Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht über die Kursbesuche in den letzten zwei Jahren:

	2008	2009
Weiterbildung der Mitarbeitenden	768	638
Weiterbildung der Kadermitglieder	138	142
Weiterbildung der Lernenden	395	195
Sprachausbildung	181	120
Informatikausbildung	249	236

Bei der Weiterbildung der Lernenden ist die Zahl 2008 deshalb viel höher als 2009, weil die überbetrieblichen Kurse noch mit einbezogen waren, was nun nicht mehr der Fall ist.

Es ist wichtig, dass sich das Staatspersonal weiterbildet, damit es sich entwickeln und mit den laufenden Änderungen Schritt halten kann. 2009 hat eine vollständige Neugestaltung des Weiterbildungsprogramms begonnen. Sie zielt auch darauf ab, den Verwaltungseinheiten einen echten Beratungs- und Unterstützungsprozess bieten zu können. Es wurden auch Weiterbildungen nach Mass organisiert, namentlich zu den Themen «Personalbeurteilung», «Projektleitung», «Gewaltprävention» und «Teamgeist» sowie verschiedene allgemeine oder auf spezifische Bedürfnisse zugeschnittene Sprach- und Informatikweiterbildungen.

Was die Berufsbildung beim Staat betrifft, so hat die Rekrutierung der Lernenden am 15. September 2009 mit einer Umfrage bei den Verwaltungseinheiten begonnen, anhand derer bis im Herbst 2010 der Bedarf an Lernenden ermittelt wird. Bis Ende Dezember 2009 sind rund 200 Bewerbungen eingegangen (nicht endgültige Zahl). Für die Weiterbildung der Lernenden arbeitet das POA-F für die Kursverwaltung mit dem Interprofessionellen Weiterbildungszentrum (IWZ) zusammen. Das POA-F bietet zwei Kurstage pro Lehrjahr an zu Themen wie «Wie lerne ich effizienter? Selbstmotivation, Notizen machen» für das erste Lehrjahr, «Sensibilisierung für eine geglückte Kommunikation, Kundenempfang» für das zweite Lehrjahr und «Effiziente Proto-

kollführung und Bewerbung und Vorstellungsgespräch» für das letzte Lehrjahr. Ausserdem hat das POA-F im August 2009 für die neuen Lernenden ein selbstentwickeltes Unterrichtsmodul «den Staat kennenlernen» angeboten. Es wurden verschiedene Richtlinien verfasst, so etwa zum Anspruch auf mehr Ferien der über 20-jährigen Lernenden im Zuge der Erhöhung der Feriendauer für das Staatspersonal, sowie zu den Vorschriften in Zusammenhang mit der Unterstützung, die der Staat denjenigen Lernenden gewährt, die im 3. Lehrjahr eine Sprachreise absolvieren.

2.1.11 Organisation

Die Abteilung «Organisation» hat eine beratende und unterstützende Funktion bei der Ausarbeitung, Umsetzung und Anpassung der Organisations- und Führungsvorschriften. Sie stellt moderne Instrumente und Methoden im Bereich der Organisation zur Verfügung, die die Verwaltungseinheiten beim Aufbau rationeller, wirksamer und transparenter Organisationsstrukturen unterstützen.

Das POA begleitete und unterstützte mehrere Verwaltungseinheiten bei ihren Anstrengungen bezüglich Organisation, Optimierung oder Reorganisation, der Auswahl eines Beraters oder der Nachverfolgung von an Dritte übertragenen Arbeiten. Dabei war es für das Coaching mehrerer Dienstchefs zuständig und betreute rund dreissig Aufträge in verschiedenen Dienststellen, sowohl zu deren Zufriedenheit als auch zur Zufriedenheit der zuständigen Direktionen.

Im Rahmen des Voranschlagsverfahrens hat die Abteilung rund 500 Anträge für die Schaffung neuer Stellen aufgenommen und den entsprechenden Bericht zuhanden der Direktionen und des Staatsrates vorbereitet.

Was den Fortgang des Projekts Analyse der staatlichen Leistungen (ASL) betrifft, so wurden in allen Verwaltungseinheiten des Staates die Nachführung der Leistungskataloge sowie die Arbeiten zur Kontrolle der Umsetzung der vom Staatsrat genehmigten Vorschläge eingeleitet.

2.2 Besondere Ereignisse

2009 wurden verschiedene das Personal betreffende Vorschriften, für die das POA Studien und Arbeiten durchführen musste, vom Grosse Rat beziehungsweise vom Staatsrat verabschiedet.

So hat der Grosse Rat am 9. September 2009 die Einführung eines fünftägigen Vaterschaftsurlaubs genehmigt. Der Staatsrat hat die diesbezüglichen reglementarischen Bestimmungen am 14. Dezember 2009 verabschiedet. Der Vaterschaftsurlaub kann aufgeteilt oder auf einmal bezogen werden, und zwar innert einem Jahr nach der Geburt des Kindes.

—
2009

Am 15. Juni 2009 hat der Staatsrat das Reglement über die Arbeitszeit des Staatspersonals verabschiedet. Dieses neue Reglement enthält die grundsätzlichen Vorschriften zur Bestimmung der Arbeitszeit sowie die verschiedenen Arten von Arbeitszeit: Flexible Arbeitszeit, teilweise vorgeschriebene Arbeitszeit, vollumfänglich vorgeschriebene Arbeitszeit und Arbeitszeit bei Teilzeitbeschäftigung. Es legt die Befugnisse der Vollzugsorgane fest und weist dabei den Dienstchefinnen und Dienstchefs sowie den direkten Vorgesetzten die Hauptrolle zu. Die wichtigste Neuerung gegenüber der bisherigen Regelung betrifft die Einführung einer echten Arbeitszeitflexibilisierung, bei der sowohl die Wünsche der Mitarbeitenden als auch die dienstlichen Bedürfnisse berücksichtigt werden. Zu diesem Zweck wird zwischen der flexiblen Arbeitszeit nach dem Basismodell und der flexiblen Arbeitszeit nach Arbeitszeitvereinbarung, die mit der oder dem direkten Vorgesetzten abgeschlossen wird, unterschieden. Das POA hat Vorlagen für die konkrete Umsetzung dieser Arbeitszeitvereinbarungen, deren Inkrafttreten auf den 1. Januar 2010 festgesetzt worden ist, entwickelt und auf seiner Website aufgeschaltet.

Der Staatsrat hat am 22. Dezember 2009 auch neue Vorschriften über die Kompensation des Nachtdienstes genehmigt. Diese neuen Bestimmungen stehen in Zusammenhang mit der Anwendung des eidgenössischen Arbeitsgesetzes für das Personal der Anstalten des Staates mit eigener Rechtspersönlichkeit, insbesondere der Spitäler. Der Staatsrat hat diese neuen Vorschriften auf der Grundlage der Diskussionen, die die Delegation des Staatsrates für Personalfragen mit den Personalverbänden führte, sowie der vom POA ausgearbeiteten Entwürfe verabschiedet. Nach diesen Bestimmungen, die am 1. Januar 2010 in Kraft treten, wird der Nachtdienst zwischen 23 Uhr und 6 Uhr zu 110 % kompensiert. Ab 2013 wird der Nachtdienst zwischen 20 Uhr und 6 Uhr zu 110 % kompensiert, und für das über 50-jährige Personal beträgt die Kompensation 115 %. Ab dem 1. Januar 2010 gibt der zwischen 20 Uhr und 6 Uhr geleistete Nachtdienst ausserdem Anspruch auf Entschädigungen. Zudem gilt der Präsenzdienst künftig voll als Arbeitszeit. Diese Bestimmungen gelten für das gesamte Staatspersonal.

Die SUVA hat 2009 geprüft, ob die von den verschiedenen Lohnberechnungsstellen ausbezahlten Personallöhne für die AHV und die Unfallversicherung richtig deklariert werden. Sie kam zum Schluss, dass die bei der AHV, dem Pool der Privatversicherer und der SUVA deklarierten Löhne der Realität entsprechen. Die gesetzlichen Grundlagen werden richtig angewendet. Nach den Empfehlungen der Revisoren müssen die Kontrolllisten 2010 angepasst werden, damit sie ganz und gar den «swissdec»-Standards entsprechen.

Die Abteilung für Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz hat Massnahmen durchgeführt, die ihr vom Kantonalen Führungsorgan im Rahmen des Pandemieplans des Staates Freiburg über-

tragen worden waren. Es handelte sich insbesondere um die Bedarfsermittlung, Planung, Organisation und Koordination der Verteilung der Schutzmasken. Die Erfahrungen, die dabei gemacht wurden, werden sicher hilfreich sein, falls ein solcher Fall nochmals eintreten sollte.

Die Abteilung «Ausbildung und Entwicklung» hat ihre vor Kurzem begonnene Zusammenarbeit mit der HSW (Hochschule für Wirtschaft Freiburg) fortgesetzt, und es wurden ein neues elektronisches Informationsblatt sowie ein elektronisches Anmeldeformular entwickelt. Seit Herbst 2009 ist das Weiterbildungsprogramm über Internet verfügbar (<http://admin.fr.ch/form/de/pub/index.cfm>), und auch die Kursanmeldung erfolgt über das Formular auf dem Internet.

Der Staatsrat hat in seiner Sitzung vom 22. Dezember 2009 beschlossen, das POA sowie gewisse andere zentrale Dienste den Grundsätzen der leistungsorientierten Führung zu unterstellen.

2009 hat das POA bei der Umsetzung gewisser Massnahmen des Wiederankurbelungsplans mitgewirkt. Es handelt sich dabei in erster Linie um die Schaffung von 50 neuen Lehrstellen (Massnahme 3 des Wiederankurbelungsplans). Das POA hat dem Staatsrat Ende 2009 einen Aktionsplan unterbreitet, der darauf abzielt, dass alle Verwaltungseinheiten mehr Lernende anstellen sollen. 2010 wird die erste Etappe dieses Aktionsplans umgesetzt werden. In zweiter Linie hat sich das POA auch für die Integration von jungen Stellensuchenden in die Arbeitswelt eingesetzt (Massnahme 4 des Wiederankurbelungsplans). In diesem Zusammenhang hat es das Konzept und die Richtlinien für Praktika und die Anstellung junger Stellensuchender überarbeitet. Seit September 2009 steht den Verwaltungseinheiten auf der Website des POA eine Seite zur Verfügung, auf der sie freie Praktikumsplätze ausschreiben können. Nach den Informationen, die die Abteilung «Ausbildung und Entwicklung» des POA von den Verwaltungseinheiten erhalten hat, konnten 2009 rund 45 Jugendliche ein bezahltes oder unbezahltes Praktikum absolvieren. Ausserdem konnten in Zusammenarbeit mit dem Amt für den Arbeitsmarkt über zwanzig jugendliche Stellensuchende (im Vorjahr waren es weniger als 10) erste Berufserfahrungen in der kantonalen Verwaltung sammeln. Es handelt sich dabei um ein von der Arbeitslosenversicherung finanziertes Berufspraktikum, an das eine auf maximal ein Jahr beschränkte Anstellung beim Staat folgt, die dem Ausbildungsniveau entsprechend entlohnt wird.

—
2009

VI. Amt für Informatik und Telekommunikation

1. Auftrag

Das Amt für Informatik und Telekommunikation (ITA) ist der IT-Fachdienst des Staates im Bereich der Informatik. Seine Hauptaufgabe besteht in der rationellen Planung und Anwendung der Informatik, einschliesslich der Telekommunikationsbelange (Netz, Telefonie) der Kantonsverwaltung und der staatlichen Anstalten.

Direktor des ITA ist Roland Marro.

2. Tätigkeit

Die Betriebsbereitschaft und -fähigkeit des Informatiksystems wurde mit sehr raschen Anpassungen und Erweiterungen gewährleistet. In diesem Zusammenhang nahm das ITA folgende Hauptaufgaben wahr:

- › Governance des Informationssystems des Staates Freiburg (Architektur, Normen und Standards, Sicherheit, Steuerung und Koordination, kantonales Informatikbudget und Informatik-Legislaturfinanzplan);
- › Leistungserbringung entsprechend den definierten Standards (Einrichtung von Informatiklösungen – Anwendungen und Infrastrukturen –, Betrieb und Support);

Die Tätigkeiten zielten auf eine nachhaltige Optimierung der Informatikressourcen sowie auf die Gewährleistung der Betriebsbereitschaft und -fähigkeit der Informatiksysteme des Staates.

Die interkantonale Zusammenarbeit zwischen den IT-Einheiten wird fortgesetzt und konkret vertieft.

2.1 Ordentliche Tätigkeit

2.1.1 GIS-Kompetenzzentrum (Geografisches Informationssystem)

2.1.1a Rechtsgrundlagen und Organisation

Die neue Geoinformationsgesetzgebung setzt sich aus dem Bundesgesetz über Geoinformation (GeoIG) und dreizehn neuen oder revidierten Ausführungsverordnungen zusammen, die mit Ausnahme von zwei Gebührenverordnungen in Kraft getreten sind. Bei der Vorbereitung der Umsetzung dieser Bestimmungen auf kantonaler Ebene hat sich das GIS-Kompetenzzentrum 2009 hauptsächlich mit Folgendem befasst:

- › den grundlegenden Geoinformationsbestimmungen, insbesondere in Bezug auf die Harmonisierung der Geodaten und der Geodienste. Das GIS-Kompetenzzentrum hat so die Stellungnahme des Kantons Freiburg zum Einführungsplan für die «Minimalen Geodatenmodelle der Geobasisdaten des Bundesrechts» koordiniert;
- › dem Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (Verordnung am 1. Oktober 2009 in Kraft getreten);
- › den Gebühren: Das GIS-Kompetenzzentrum hat Kenntnis von der neuen Gebührenverordnung des Bundesamts für Landestopografie genommen, die am 1. Januar 2010 in Kraft getreten ist, und auf die Vernehmlassung zur Verordnung über die Gebühren der amtlichen Vermessung geantwortet, die für alle Basis-Geodaten zur Anwendung kommen könnte.

Im Rahmen eines Auftrags, der dem POA vom SYSIF-Leitungsausschuss erteilt wurde, ist eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe gebildet worden, die in zahlreichen Sitzungen von Februar bis September 2009 die leistungsfähigste Organisationsstruktur für das GIS unter Berücksichtigung der gegenwärtigen und künftigen Bedürfnisse definiert hat. Der Bericht über die GIS-Reorganisation, in dem über diese Arbeiten berichtet wird, ist im Dezember 2009 den drei hauptsächlich betroffenen Staatsräten vorgestellt worden.

2.1.1b Koordination

Die GIS-Koordination erfolgt:

- › in Zusammenhang mit den Aufgaben der IT-Governance: Zentralisierung und Update der Infrastrukturen, Lizenznutzungspolitik, Prüfung, ob das Angebot bedürfnisgerecht ist, und entsprechende Anpassungen, Einhaltung der Informatikrichtlinien und enge Zusammenarbeit mit den Fachleuten des ITA, insbesondere hinsichtlich der Verwaltung der Hardware und der Sicherheit;
- › in Zusammenhang mit der Geodatenverwaltung: Richtlinien für die Strukturierung, Edition, Aktualisierung und Aufbewahrung der Daten, Verwaltung der Metadaten, Harmonisierung der Softwarelösungen, Beratung bezüglich Verbreitung und Tarifierung der Geodaten;
- › im Rahmen von gemeinsamen Zielen dienenden Vorhaben wie Geodatenkatalog und Geoportal des Kantons Freiburg;
- › im Rahmen von Projekten (z.B. Entwicklung von Informatiklösungen, Implementierung von Informationssystemen, Beschaffung oder Vermarktung von Daten) zur Abdeckung der Bedürfnisse der Dienststellen, zu deren Aufgaben das Landmanagement gehört, sowie der Nutzer von Geodaten.

—
2009

Auf nationaler Ebene erfolgt diese Koordination im Rahmen der Aktivitäten von Vereinigungen wie der SOGI oder geosuisse, im Rahmen von Programmen (e-geo.ch) und Projekten des Bundes (z.B. geocat.ch, nationales Geodatenportal) sowie im Rahmen der Zusammenarbeit mit den Bundesämtern.

Über die Konferenz der kantonalen Geodaten-Koordinationsstellen und GIS-Fachstellen (KKGEO) können die Kantone ihre Ansichten zur GIS-Politik in der Schweiz am besten äussern. 2009 ist die interkantonale Koordination mit der IKGEO (interkantonale Koordination im Bereich Geoinformation) weiter ausgebaut worden, einer Struktur, die von den Kantonsregierungen unterstützt wird und es den Kantonen ermöglicht, mit dem Bund effizient zum Aufbau der nationalen Geodateninfrastruktur beizutragen.

Schliesslich hat das GIS-Kompetenzzentrum in der konkreten Umsetzung der Zusammenarbeit des GIS-Labors der ETH Lausanne und den Westschweizer GIS einen Technologietag mitorganisiert, die «Géoperspectives '09», der am 4. Juni 2009 an der ETHL stattfand. Diese auf das Potenzial der GIS als Zusammenarbeitsplattformen ausgerichtete Veranstaltung wurde von 150 Personen besucht.

2.1.1c Projekte und realisierte Vorhaben

Das Geoportal des Kantons Freiburg (<http://www.geo.fr.ch/>) ist im Jahr 2009 mit der Veröffentlichung neuer Themenkarten («Amtliche Vermessung» und «Raumplanung») und der Hinzufügung der Baugrundklassen in der Themenkarte «Naturgefahren» weiter ausgebaut worden. Mit der Aktualisierung von CartoWeb wurden auch neue Funktionalitäten implementiert, die einem breiten Bedürfnis entsprechen. So kann neu nach Parzellen gesucht und die URL der Karten gespeichert werden. Ausserdem sind die Arbeiten zur Veröffentlichung der Themenkarten «Kulturelles Erbe» und «Wild» und der Baubewilligungsgesuche sowie der Bekanntmachungen im Gang.

Die wichtigsten Projekte des GIS-Kompetenzzentrums waren 2009: SI-Eaux – Gewässerinformationssystem (TBA), ForestMap – Informationssystem für die Verwaltung der forstwirtschaftlichen Geodaten (WaldA), DATEC – Dossiers für Baubewilligungen im Bereich Raumplanung, Umwelt und Bauwesen (BRPA), SIG'Alp – Einführung eines GIS der Alpweiden (LwA in Zusammenarbeit mit dem Kanton Waadt), GELAN – Agrarinformationssystem (LwA), SIPO – Führung des Katasters der belasteten Standorte (AfU), HarmBat – Harmonisierung der Gebäude und Wohnungen, JEF – Ereignistagebuch Freiburg (MBSA) und Zivilschutzeinrichtungen – Ersatz der Software für die Verwaltung der Schutzeinrichtungen, für die die Abteilung Bauten des Zivilschutzes (MBSA) zuständig ist.

Das GIS-Kompetenzzentrum war auch in einige technischere Projekte involviert:

- › MigraSIT: Dieses inzwischen abgeschlossene Projekt bestand darin, die Server des GIS zu ersetzen und sie in die Netzwerkknoten des ITA zu integrieren und der Abteilung «Data Center» die Verwaltung dafür zu übertragen.
- › ArcGIS Server: Bei diesem Projekt geht es um die Aktualisierung der Software ArcSDE für das Management der raumbezogenen Datenbanken, die Einrichtung eines an einen Web-Server gekoppelten GIS-Servers mit neuen Möglichkeiten entsprechend den Bedürfnissen der Dienststellen und die Ersetzung der Oracle-Datenbanken durch SQL-Server-Datenbanken.
- › Geocat.ch II: Das GIS-Kompetenzzentrum hat am Projekt des Bundes (swisstopo) zur Ersetzung der Anwendung geocat.ch, des Metadatenkatalogs der gesamten Geodaten der Schweiz, mitgewirkt.

2.1.1d Geografische Daten

Das GIS-Kompetenzzentrum verwaltet zahlreiche Geodatenätze (mehr als 400 vektorielle und fast 150 Rasterdatensätze) sowie die dazugehörigen Metadaten (350 in geocat.ch, dem geografischen Datenkatalog erfasste Metadatenblätter) auf einer immer komplexer werdenden Architektur.

Im Laufe des Jahres 2009 konnte das kantonale GIS um einige interessante Datenpakete angereichert werden: Daten der amtlichen Vermessung nach der Struktur des vereinfachten Datenmodells der AV (rund zwanzig nach sieben Themen geordnete Datenpakete), Orthophoto 2008-2009, Hangneigung (in Prozent und Grad) und Ausrichtung, berechnet anhand des digitalen Terrainmodells der Amtlichen Vermessung (DTM-AV), geotechnische Karte der Schweizerischen Geotechnischen Kommission (SGTK), Baugrundkarte (seismische Mikrozonierung), erdbebengefährdete Zonen, Lärmbelastungszonen der Schiessstände und Autobahnen, CP100 mit Relief, RIMINI (DTM der Schweiz in schwacher Auflösung), Orthophoto und DTM-DOM LiDAR in hoher Auflösung der Ärgera, Stand der Zonenpläne und Baureglemente der Gemeinde, genehmigte Detailbebauungspläne usw.

Das GIS-Kompetenzzentrum hat überdies die vom BFS gelieferten GEOSTAT-Daten sowie die Daten des Inventars der historischen Verkehrswege der Schweiz IVS des ASTRA vollständig nachgeführt. In Zusammenarbeit mit dem VGA hat es ferner die Nummern und Namen der Bezirke und Gemeinden vereinheitlicht und ihre künftige Verwaltung in Einhaltung der Verordnung über die geografischen Namen festgelegt. Das GIS-Kompetenzzentrum hat das LIG bei der Korrektur von Fehlern in der Topologie im Datenpaket «Produktionspotenzial der Weiden» unterstützt. Es hat die Daten der Gefahrenhinweiskarten Hochwasser für das Mittelland bereinigt und den Freiburger Tourismusverband bei der Revision des Inventars des kantonalen Wanderwegnetzes beraten. Mit dem Büro für Natur- und Landschaftsschutz

—
2009

und dem LwA hat es im Hinblick auf die Organisation der Informationsverwaltung der Schafalpen zusammengearbeitet. Bei der Zusammenarbeit mit mehreren Dienststellen der EKSD ging es um die Erstellung eines Datenpakets betreffend die Schulkreise, und schliesslich hat das GIS-Kompetenzzentrum auch die Erteilung eines Mandats zur Digitalisierung der Freiburger Objekte im Inventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz vorbereitet, und mit dem AfU zusammen ein Datenpaket über die Mobilfunkantennen erstellt.

2.1.2 Informatiksicherheit

Die Informatiksicherheit besteht allgemein darin, sicherzustellen, dass die materiellen und Software-Ressourcen des Staates nur im vorgesehenen Rahmen verwendet werden. Dabei geht es darum, mögliche Gefahren zu verhindern, eventuelle Schäden zu begrenzen oder durch Fehler, Unfälle oder Unachtsamkeit verursachte Pannen zu beheben und die Wiederaufnahme des normalen Betriebs zu annehmbaren Kosten und in akzeptablen Fristen zu ermöglichen.

2.1.2a Auftrag der Informatiksicherheit

Der Auftrag der Informatiksicherheit lässt sich stichwortartig wie folgt zusammenfassen:

- › Definition möglicher Verwundbarkeiten und Bedrohungen im Zusammenhang mit der Verwendung der Informations- und Kommunikationstechnologien,
- › Bereitstellung eines den Risiken, denen der Staat Freiburg ausgesetzt ist, angemessenen Schutzniveaus,
- › Umsetzung und Validierung der Sicherheitsorganisation, -massnahmen, -werkzeuge und -verfahren,
- › Optimierung der Leistungsfähigkeit der Informationssysteme entsprechend dem erforderlichen Sicherheitsniveau,
- › Gewährleistung der Voraussetzungen für die Entwicklung des Informationssystems und seiner Sicherheit.

2.1.2b Informatiksicherheitskonzept

Die Informatiksicherheitspolitik legt die Standardanforderungen für die Informatiksicherheit fest, definiert die Verantwortlichkeiten in Bezug auf die Sicherheit der Systeme, der Anwendungen und der Informatiknetzwerke und legt einen allgemeinen Massnahmenkatalog an, basierend auf der internationalen Norm ISO/IEC 27002. Diese Politik soll 2010 von den betroffenen Instanzen validiert werden.

Das Informatiksicherheitskonzept legt die Standardanforderungen, die Verantwortlichkeiten, die Massnahmen und die Weisun-

gen zur Einleitung, Implementierung, Erhaltung und Verbesserung der Informatiksicherheit beim Staat Freiburg fest.

2.1.3 Sektion «Zentrale Dienste»

Die Sektion «Zentrale Dienste» erbringt folgende Leistungen:

- › Unterstützung der Direktion in den finanziellen (Finanzplanung, Budgetierung, Finanzbuchhaltung sowie Kosten- und Leistungsrechnung) und vertraglichen Bereichen,
- › Verwaltung des Personals des ITA,
- › Logistik,
- › Kundenbeziehungen (Direktionen und Dienststellen/Anstalten des Staates, Gemeinden, Kantone und Bund),
- › Führung des Sekretariats des Amtes.

2009 war ein arbeitsintensives Jahr, insbesondere in Bezug auf die Planung, Koordination, Erstellung und Kontrolle des Betriebs- und Investitionsbudgets des ITA sowie die Informatikbudgets der Dienststellen des Staates, das Personalmanagement und die Logistik. Zudem wurden fristgerecht und ohne Beeinträchtigung der Arbeitsabläufe und der Sicherheit grössere interne Umzugsarbeiten (Büros und Personal) durchgeführt, die im Hinblick auf die von der KSVA (Bauherrin) im Gebäude durchgeführten Renovierungsarbeiten notwendig waren. Im Herbst 2009 wurde die Umsetzung der leistungsorientierten Führung LoF in die Wege geleitet, die diese Sektion in den kommenden Jahren stark in Anspruch nehmen wird.

2.1.4 Sektion «Computing Service & Network» CS

Hauptaufgabe dieser Sektion ist es, den Informatikbenutzerinnen und -benutzern der Kantonsverwaltung und des freiburger spitals die Informatikwerkzeuge zur Verfügung zu stellen, die sie für ihre Arbeit benötigen. Zu ihrer Aufgabe gehören auch sämtliche Telefonieleistungen für die Dienststellen der Kantonsverwaltung. In diesem Zusammenhang betreibt und wartet die Sektion alle zentral geführten Informatikinfrastrukturen und das kantonale Informatiknetzwerk.

2.1.4a Sektor «User Services»

Die Leistungen dieses Sektors sind im Wesentlichen direkt auf die Endbenutzerinnen und -benutzer ausgerichtet, mit Schwerpunkt auf den Arbeitsplatzsystemen (PCs und Drucker) sowie auf dem Benutzersupport.

Im Bereich Arbeitsplatzsysteme richtete der Sektor neue PCs ein und ersetzte daneben rund 300 PCs in den Dienststellen der Kan-

—
2009

tonsverwaltung sowie für das freiburger spital. Mit dieser Erneuerung des PC-Bestands kann ein homogener und leistungsstarker Computerpark erhalten werden, wodurch auch der Unterhalt erleichtert wird, und die Computer können auf das künftige Betriebssystem vorbereitet werden. Der Sektor hat auch 75 PCs vorbereitet um für allfällige Anfragen der Dienststellen im Rahmen des Pandemieplans gerüstet zu sein.

Die Zahl der Anfragen und Pannenmeldungen an den User Support ist 2009 gestiegen. So wurden 2009 mehr als 27 000 «Tickets» (Anfragen und Problemmeldungen) aufgeteilt auf die Dienststellen der Verwaltung (65 %) und das freiburger spital (35 %) bearbeitet, was einer Zunahme um rund 5 % gegenüber dem Vorjahr entspricht. Von allen bearbeiteten «Tickets» wurden mehr als zwei Drittel zwischen 2 und 4 Stunden nach Meldungseingang erledigt. Um den gesteigerten Supportbedarf der Benutzerinnen und Benutzer abzudecken, ist im letzten Quartal 2009 ein Prozessverantwortlicher angestellt worden, der sich von Beginn an auf die Implementierung eines neuen Tools zur Verwaltung der Pannen, Probleme und Anfragen konzentrierte.

2.1.4b Sektor «Telekommunikation»

Ein Schwerpunkt war 2009 die Prüfung eines neuen Designs der Sicherheitsarchitektur für das Rechenzentrum (Datacenter). Mit dieser neuen Architektur, die im Laufe des ersten Halbjahres 2010 in Betrieb genommen wird, kann ein hohes Sicherheitsniveau im eigentlichen Zentrum der IT-Infrastrukturen des Staates garantiert werden, und gleichzeitig wird die Steuerung dieser Infrastrukturen flexibler und ihre Leistungen werden ausgebaut.

Ein weiterer wichtiger Punkt war die Implementierung einer neuen Authentifizierung für die Benutzerinnen und Benutzer mit einer Fernverbindung. Hier wurde allen Personen, die neu einen Antrag für eine Fernverbindung einreichten, sowie den meisten Personen, die bereits über eine solche Verbindung verfügten, die entsprechende Matrixkarte (Strichcodeliste) abgegeben. Mit der Matrixkarte können die Kosten dieser Leistung, für die die Nachfrage ständig steigt, gesenkt und gleichzeitig eine äusserst flexible Verwaltung gewährleistet werden.

Im Berichtsjahr wurden im Rahmen des Projektes CommuNet rund 50 Gemeinden über einen gesicherten Zugriff ans Telekommunikationsnetzwerk des Staates Freiburg angeschlossen.

Die Modernisierung der Telefonieinfrastrukturen wurde fortgesetzt, und es wurden zahlreiche Abteilungen der Kantonalen Steuerverwaltung sowie die Zentrale der Informations-, Abklärungs- und Triagestelle des FNPG auf eine neue Contact-Center-Lösung migriert. Damit können die eingehenden Anrufe automatisch und nach einsichtigen Kriterien weitergeleitet werden. Die Telefonieinfrastrukturen des Amtes für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen, des BAPOL-Gebäudes sowie des Kunsthis-

torischen Museums wurden auf die VoIP-Technologie (Telefonie über Internetprotokoll) migriert.

2.1.4c Sektor «Data Center»

Dieser Sektor ist für den Unterhalt und den Betrieb der Server für die Dienststellen der Verwaltung und das freiburger spital (Standorte Freiburg, Riaz, Châtel-St-Denis, Billens sowie seit November Tafers und Meyriez), die Infrastruktur für die Datensicherung sowie die Einrichtungen für das Backup der entsprechenden Daten zuständig. Der gegenwärtige Bestand an Zentralservern umfasst 550 vom ITA verwaltete Server im Rechenzentrum (und 619, wenn man die dezentralen Server mitzählt).

2009 lag der Schwerpunkt auf der Konsolidierung des Datensicherungssystems, der Einrichtung virtueller Server und der Grundinfrastruktur für das Projekt zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Informatikdienstleistungen, der für die Implementierung des Projekts notwendigen Infrastruktur und der Realisierung der Infrastruktur für die Einbindung der Gemeinden im Rahmen des Projektes CommuNet. Gegenwärtig werden für die Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Informatikdienstleistungen im Katastrophenfall über 300 virtuelle Server eingesetzt, und 24 Terabyte gespiegelte Daten erfüllen die entsprechenden Sicherheitsanforderungen.

Dieser Sektor hat im Rahmen der Erneuerung des Serverparks oder für neue Informatiklösungen im Rahmen von Projekten 180 neue Server eingerichtet (hauptsächlich virtuelle Server).

Besondere Aufmerksamkeit galt den Archivierungskapazitäten und der Stabilisierung der Leistungen der Plattform. Die Benutzerinnen und Benutzer konnten hier bereits von den positiven Auswirkungen profitieren, was im Frühjahr 2010 aber noch verstärkt der Fall sein wird. Beim Terminalserver-Modus wurden die Arbeitsinfrastrukturen stark ausgebaut, so dass heute dank der neuen Kapazität 600 Nutzer gleichzeitig auf den verschiedenen Systemen unterstützt werden können (RZGD und Gemeinden = 200 + Extranet = 100 + Gerichte = 200 + TribunaV3 = 50 + HFR = 50). Dieser Sektor hat auch die Erweiterung der Terminal-Serverbasierten Infrastruktur im Hinblick auf allfällige Anfragen der Dienststellen für Telearbeit in Zusammenhang mit dem Pandemieplan (Ausweitung auf 250 zusätzliche Personen, die glücklicherweise nicht nötig war) vorbereitet.

2.1.4d Sektor «Middleware»

Dieser Sektor sorgte 2009 hauptsächlich für den reibungslosen Betrieb der Infrastrukturen, für die er zuständig ist, unterstützte die branchenspezifischen Projekte, die sich auf seine eigene Tätigkeit auswirken, und entwickelte entsprechende Infrastrukturen. Die Plattform für die elektronische Dokumentenverwaltung des Kantons Freiburg ist mit dem ersten branchenspezifischen Pro-

—
2009

jekt (Baubewilligungen) produktiv gesetzt worden, welches Anfang 2010 auch für die Gemeinden und Architekten zugänglich sein wird. Der Sektor war auch sehr aktiv bei der Implementierung eines neuen Instruments zur Verwaltung der Pannen und Probleme, die die Benutzerinnen und Benutzer der vom ITA zur Verfügung gestellten Infrastruktur melden. Der Sektor ist gegenwärtig daran, die automatische Überwachung der Infrastrukturen, für die er zuständig ist, zu verstärken. Er arbeitet auch an der Implementierung einer neuen Datenaustauschplattform für Anwendungen des freiburger spitals. Diese Plattform wird in den kommenden Jahren eine zentrale Rolle bei allen Formen von Datenaustausch spielen.

2.1.5 Sektion «Solution Engineering» SE (Entwicklung, Projektplanung, Integration)

Die Sektion Solution Engineering erbringt folgende Leistungen:

- › Leistungen im Bereich der IT-Governance, namentlich Ausarbeitung der Informatikarchitektur des Staates, Verwaltung des Projektportfolios, Vorstudien und Leitbilder für die Leistungserbringung;
- › Informatikprojekte in Zusammenhang mit der Anschaffung, Entwicklung und Implementierung von sektorspezifischen oder sektorübergreifenden branchenspezifischen Software-Lösungen sowie mit den generischen Informatikplattformen;
- › Support und Wartung der Softwareplattformen.

Die Mitarbeitenden leisteten im Jahr 2009 rund 64 000 Arbeitsstunden, wovon 54 % für Informatikprojekte, 41 % für den Support und die Softwarewartung und 5 % für die IT-Governance.

Die Mitarbeitenden waren an 54 Projekten und 24 Vorstudien beteiligt und haben rund hundert Anwendungen gewartet und technisch unterstützt.

Wichtigste Projekte im Jahr 2009

2.1.5a ARPA – Bevorschussung und Einforderung von Alimenten – Avances & recouvrement des pensions alimentaires

Die Haupttätigkeiten beim Projekt ARPA bestanden in der Ausarbeitung der Spezifikationen für die Implementierung der Anwendung, sowohl was die über SAP laufenden finanziellen Aspekte als auch den administrativen Teil der Dossiers betrifft. Der administrative Teil umfasst verschiedene Tätigkeitsbereiche wie die Verwaltung der Grundelemente eines Dossiers (Empfänger, Schuldner, Finanzlage), die Umsetzung der branchenspezifischen Prozesse in Zusammenhang mit den Alimenten, Steuerung der Finanzdaten für SAP und Zurverfügungstellung eines Moduls

zur Generierung von vorausgefüllten Dokumenten anhand von frei definierbaren Vorlagen. Parallel zum Projekt ARPA konnten auch das interne Framework des ITA für die elektronische Dokumentenverwaltung konsolidiert und die Interaktion von FileNet mit anderen Technologien standardisiert werden. Das Projekt befindet sich gegenwärtig in der Realisierungsphase, die Ende des ersten Quartals 2010 abgeschlossen sein sollte.

2.1.5b HarmPers – Harmonisierung der Personenregister

Am 23. November 2005 verabschiedete der Bundesrat einen Gesetzesentwurf über die Harmonisierung der Einwohnerregister und anderer amtlicher Personenregister (RHG) und die entsprechende Botschaft. Mit diesem Gesetz, dem die Bundesversammlung am 23. Juni 2006 zustimmte, sollen die Datenerhebung zu statistischen Zwecken durch die Harmonisierung der amtlichen Personenregister und der Datenaustausch zwischen den Registern vereinfacht werden. In den Geltungsbereich des RHG fallen verschiedene eidgenössische Personenregister sowie die kantonalen und kommunalen Einwohner- und Wählerregister.

Nach dem Willen des Bundesrates ist für die Volkszählung 2010 ausserdem eine vollumfänglich registergestützte Erhebung vorgesehen.

Das von der Sicherheits- und Justizdirektion (SJD) geleitete Umsetzungsprojekt auf kantonaler Ebene ist in drei Teilprojekte gegliedert, nämlich die Anpassung des kantonalen Gesetzes über die Einwohnerkontrolle unter der Leitung der SJD, die Harmonisierung der kommunalen Register unter der Verantwortung des Amtes für Statistik und die Einrichtung der kantonalen Informatikplattform, für die das ITA zuständig ist.

2009 ging das Informatikprojekt in die Realisierungsphase. Die Zusammenarbeit mit der BEDAG Informatik AG, der Lieferantin der vom Kanton Freiburg gewählten Anwendung GERES, hat im Januar begonnen, und Ende Jahr erfolgte eine erste Produktivsetzung. Obwohl der Anschluss der Gemeinden an die Plattform Fri-Pers später als geplant startete, sind die Ergebnisse sehr ermutigend.

Die zehn Kantone, die GERES einsetzen, haben eine Nutzer-Community gebildet, und der Kanton Freiburg hat das Vizepräsidium inne.

2.1.5c DATEC (Dossiers für Baubewilligungen im Bereich Raumplanung, Umwelt und Bauwesen)

DATEC ist eine Informatiklösung, mit der der Verlauf der Baugesuche und der Pläne sowie der Stand der Bauarbeiten verfolgt und die dazugehörigen Unterlagen abgelegt werden können.

Die wichtigsten 2009 abgeschlossenen Etappen waren:

—
2009

- › April 2009: Produktivsetzung des ordentlichen Baubewilligungsverfahrens mit dem Oberamt des Saanebezirks als Pilot-einheit,
- › September 2009: Integration aller Oberämter,
- › Dezember 2009: Produktivsetzung aller Arten von Baubewilligungen (mit oder ohne Ausnahmen, Vorprüfungsgesuch, Standortbewilligung, Abbruchbewilligung, Abbaubewilligung).

Ende 2009 wurde die Informatiklösung DATEC in den 28 betroffenen Dienststellen des Staates Freiburg implementiert, wo sie von 250 Personen genutzt wird. 2010 sollen unter anderem auch die Gemeinden und Architekten Zugriff auf DATEC erhalten.

2.1.5d HarmAdminEcoles (Harmonisierung der Informationssysteme für die Verwaltung des administrativen Umfelds der Schulen)

Das Projekt HarmAdminEcoles, das die Harmonisierung und Verbesserung der Informationssysteme für die Verwaltung des administrativen Umfelds der Schulen bezweckt, wurde Anfang 2009 gestartet, nachdem der Staatsrat die Mitglieder des Steueraussschusses ernannt hatte.

Die hauptsächlichsten Arbeiten, die bis jetzt, also etwa bis zur Hälfte der wichtigen Studienphase geleistet wurden, betreffen:

- › die Organisation (Steueraussschuss, Projektleitung, 7 Fachgruppen, Fachgruppenausschuss, Informatikleitung) des Projektes, an dem rund 100 Personen mehr oder weniger stark beteiligt sind;
- › die Lancierung der Arbeiten der branchenspezifischen Fachgruppen (mittels der Methode der Wertanalyse, die bereits im Rahmen der Vorstudien eingesetzt wurde): eingehende Analyse «sensibler» Bereiche des Perimeters, in denen grosse Einsparungen zu erwarten sind;
- › Zusammenstellung der Anwendungen, die in den Schweizer Kantonen für die verschiedenen Schulstufen eingesetzt werden, die der Reichweite unserer Studie entsprechen;
- › Wahl eines urbanen Ansatzes, der insbesondere auf Informatikprojekte zugeschnitten ist, die einen weiten Bereich abdecken, und bei denen neue Werkzeuge schrittweise eingerichtet werden;
- › ausführlichere branchenspezifische Analyse in den prioritären Bereichen, namentlich für die Sekundarstufe 2 (Freiburger Kollégien);

- › Prüfung oder Realisierung von ad-hoc-Massnahmen (dringende Massnahmen, mit denen nicht bis zur Realisierung des eigentlichen Projekts gewartet werden kann), namentlich:
 - + Lancierung des Projekts zur Implementierung der Anwendung Musica (vom ITA für die Konservatorien Freiburg und Neuenburg entwickelt), für die Bedürfnisse bei der PH umbenannt in Cursus;
 - + Implementierung eines Planungstools im LIG;
 - + Projektstudie zur Ersetzung der gegenwärtigen Software für die Schulstatistik (die noch auf dem Host läuft) und zur Einhaltung der neuen Richtlinien des BFS für die Modernisierung der Erhebungen im Bildungsbereich. Dieses Projekt wird 2010 vom StatA mit der Unterstützung des ITA durchgeführt und mit dem Projekt HarmAdminEcoles koordiniert
 - + Vorstudie für die Einrichtung einer Anwendung für die Organisation der Weiterbildung an der PH;
 - + diverse weitere kleinere ad-hoc-Massnahmen.

2.1.5e CICLOP VD

Die Implementierung von THEMIS, der vom ITA für die Freiburger Betreibungsämter entwickelten Anwendung zur Verwaltung der Betreibungen, erfolgte wie vorgesehen bei allen Betreibungsämtern des Kantons Waadt im ersten Halbjahr 2009. Sie wurde am 29. Juni 2009 mit der Implementierung im letzten der 13 Betreibungsämter abgeschlossen, und es arbeiten nun 290 Personen mit diesem System.

Im zweiten Halbjahr lag der Schwerpunkt der Arbeiten des ITA bei der Betreuung nach der Produktivsetzung (Datenkorrektur, Anpassungen usw.) und dem Abschluss der Entwicklungsarbeiten von neuen Funktionalitäten in THEMIS für den Zusammenschluss oder die Aufspaltung von Betreibungsämtern im Rahmen der territorialen Reorganisation der Waadtländer Betreibungsämter (Zusammenschluss/Schliessung von Ämtern).

2.1.5f CICLOP VS

Ende 2008 hat sich auch der Kanton Wallis für THEMIS als einheitliche Lösung für seine 12 Betreibungsämter entschieden. Das Projekt, das die Ersetzung der vier gegenwärtigen Lösungen und die Übernahme der entsprechenden Daten ins neue System beinhaltet, ist im Sommer 2009 angelaufen und wird bis Ende 2010 dauern.

2.1.6 Informatikkommission des Staates

Die Informatikkommission des Staates (die Informatikkommission) ist das beratende Organ des Staatsrates in Informatikbelangen. Ihre Aufgaben sind im Beschluss vom 22. Dezember 1987 über die Planung und die Anwendung der Informatik in der

—
2009

Kantonsverwaltung, im Unterrichtswesen und in den kantonalen Anstalten (SGF 122.96.11) festgehalten.

Die Informatikkommission des Staates tagte im Jahr 2009 unter dem Vorsitz des Finanzdirektors zweimal. Gemäss ihren Befugnissen nahm die Kommission zu folgenden Tätigkeiten und Projekten Stellung oder wurde darüber informiert:

- › Informatiksicherheit beim Staat Freiburg (Sicherheitspolitik und Informatiksicherheitskonzept),
- › Ausweitung des Wartungsfensters auf alle Dienststellen und Anstalten des Staates, die vom ITA beherbergt werden,
- › Controlling der Informatikprojekte mit Präsentation der entsprechenden Steuerungswerkzeuge,
- › Portfolio der Informatikprojekte des Staates Freiburg, namentlich:
 - + «CommuNet» (Informatik von Gemeinden des Glane-, Greyerz-, Broye- und Vivisbachbezirks);
 - + TaxPP/Enc (Veranlagung der natürlichen Personen und Steuerbezug);
 - + PlatCom (verschiedenen Partnern werden nach einem standardisierten Verfahren und nach strengsten Sicherheitsstandards vertrauliche Informationen und Funktionalitäten über Web-Applikationen zugänglich gemacht);
 - + Elektronische Dokumentenverwaltung;
 - + «CICLOP» (Interkantonale Zusammenarbeit für eine Software für die Betriebsämter – Collaboration Inter-Cantonale pour un Logiciel pour les Offices de Poursuites);
 - + DATEC (Dossiers für Baubewilligungen im Bereich Raumplanung, Umwelt und Bauwesen – Dossiers d'Autorisations en aménagement du Territoire, Environnement et Constructions);
 - + HarmPers (Harmonisierung der Personenregister);
 - + HarmBat (Vorstudie zur Harmonisierung des Gebäude- und Wohnungsregisters);
 - + ARPA (Bevorschussung und Einforderung von Aliments – Avances et Recouvrements des Pensions Alimentaires);
 - + HarmAdminEcoles (Harmonisierung der Informationssysteme für die Verwaltung des administrativen Umfelds der Schulen).

2.1.7 Kantonale Kommission für Informatik im Unterrichtswesen (KK-IU)

Die KK-IU ist das beratende Organ des Staatsrates für Fragen der Informatik im Unterrichtswesen. Ihre Aufgaben sind im Beschluss vom 22. Dezember 1987 über die Planung und die Anwendung der Informatik in der Kantonsverwaltung, im Unterrichtswesen und in den kantonalen Anstalten (SGF 122.96.11) festgehalten.

Die KK-IU fand sich im Jahr 2009 zu drei Sitzungen ein und befasste sich dabei mit folgenden Aufgaben:

- › Sie prüfte den Informatikbedarf bei den post-obligatorischen Schulen sowie die Informatikstrategien und Budgets mit Ausnahme des Budgets der Universität und der FH, die einen Sonderstatus innehaben.
- › Sie gab ihre Stellungnahme ab zu den Arbeiten für eine künftige Organisation der Wartungsarbeiten der Informatik in den post-obligatorischen Schulen.
- › Sie nahm Stellung zum Projekt für die Harmonisierung der Informationssysteme für die Verwaltung des administrativen Umfelds der Schulen.
- › Sie nahm Stellung zu den Websites der Schulen der Sekundarstufe 2 und die Möglichkeit, sie in die Website des Staates Freiburg zu integrieren.
- › Sie nahm Kenntnis von der Vereinbarung zwischen dem ITA und der PH – fri-tic.
- › Sie nahm Stellung zur Jahresrechnung 2009 der postobligatorischen Schulen.
- › Sie gab ihre Stellungnahme ab zum Projekt für ein pädagogisches Portal.

VII. Amtliche Vermessung

1. Aufgaben

Die amtliche Vermessung dient zur Anlage und Führung des Grundbuchs und trägt wesentlich zur Garantie des Grundeigentums bei. Die von ihr erstellten Geodaten dienen als Grundlage in verschiedenen Bereichen der Wirtschaft und der Verwaltung. Sie werden von Behörden, Wirtschaft, wissenschaftlichen Kreisen und Privaten für den Aufbau und den Betrieb von Landinformationssystemen benutzt. Der Staatsrat übt die kantonale Oberaufsicht über die amtliche Vermessung aus und verfügt zu diesem Zweck über das Amt für Vermessung und Geomatik (das Amt). Das Amt leitet, kontrolliert und koordiniert die Vermessungsarbeiten, die Nachführung und die Abgabe der Informationen der amtlichen Vermessung. Es verwaltet die Datenbank und gewährleistet die Qualität der raumbezogenen Informationen des kantonalen Landinformationssystems. Dies sind die Daten des Grundbesitzes und seine Einschränkungen, der Bodenbe-

—
2009

deckung, der Einzelobjekte, der Nomenklatur, der Adressen, der Höhen, der Fixpunkte, der Übersichtspläne und der Luftaufnahmen. Das Amt achtet auf die Koordination zwischen der amtlichen Vermessung und anderen Vermessungsprojekten und Landinformationssystemen. Es gewährleistet die Zuverlässigkeit, die Genauigkeit, die Aktualisierung und die Vollständigkeit dieser Daten unter Berücksichtigung der vom Bund erlassenen Standards und in Übereinstimmung mit den Erwartungen des Gemeinwesens und der Allgemeinheit betreffend die Fristen und die Kosten. Das Amt hat ein ISO9001- und PM9001-zertifiziertes Qualitäts- und Sicherheitssystem eingeführt. Für die Ausführung der Arbeiten stützt sich das Amt im Wesentlichen auf den Privatsektor, und zwar auf die Ingenieur-Geometer und andere Vermessungsfachleute.

Dienstchef ist Kantonsgeometer Gérald Faoro.

2. Tätigkeit

2.1 Ordentliche Tätigkeit

2.1.1 Fixpunkte

Bedingt durch die Rationalisierung der Methoden und durch die quantitative Abnahme der Referenzfixpunkte hat das Amt nur eine minimale Leistung sichergestellt und nur auf Verlangen interveniert, wenn ihm ein bedrohter Bezugspunkt signalisiert wurde. Auch beim Höhenfixpunktnetz wurden keine besonderen Arbeiten ausgeführt. Die Tätigkeit des Amtes konzentrierte sich auf die Begleitung der Geometerbüros bei der Einsetzung des neuen Referenzsystems der Landesvermessung (LV95) in den neuen Vermessungsoperaten. Dieser Erfahrungsaustausch erweist sich als sehr wertvoll für die Ausarbeitung eines kantonalen Konzeptes für den Wechsel des Referenzrahmens LV03 in LV95 (s. Punkt 2.2.3).

2.1.2 Übersichtspläne

Die in «Raster»-Form gespeicherten Übersichtspläne sind für die Dienststellen auf dem Netzwerk des Staates jederzeit verfügbar. Die Abgabe an Dritte erfolgt hauptsächlich über die Informatiknetze.

Das Kantonsgebiet wird flächendeckend von 175 Plankarten im Massstab 1:5000 abgedeckt. 140 (129) dieser Pläne oder 80 % des Kantonsgebietes wurden entsprechend dem Verlauf des Vermessungsprogramms nach dem Jahr 2000 numerisch nachgeführt. 19 Pläne oder 11 % des Gebiets wurden zwischen 1997 und 2000 nachgeführt. Für 16 Pläne oder 9 % des Gebiets wurde die Nachführung zwischen 1992 und 1996 noch grafisch durchgeführt, bei diesen wird die Priorität der Nachführungsarbeiten für 2010 liegen.

2009 wurden 13 (18) Planblätter mit den ältesten Nachführungen nachgeführt und zwar die Blätter 1185.14, 22, 31, 33, 1205.14, 23, 33, 34, 1206.11, 12, 1224.43, 1244.13 und 42

2.1.3 Parzellarvermessung

2.1.3a Organisation

Die Vermessung ist eine Verbundaufgabe zwischen dem Bund, der die strategische Leitung innehat, und den Kantonen, die die operationelle Verantwortung haben. Der Umsetzungsplan der neuen Parzellarvermessungen ist eng an die zwischen Bund und Kanton abgeschlossenen Programmvereinbarungen gebunden.

Die Programmvereinbarung 2008 2011 sieht die Integrierung von 50 000 Hektaren in die Datenbank und den Abschluss von Verträgen über 24 000 weitere Hektaren vor. Demgegenüber verpflichtet sich der Bund zur Zahlung eines Anteils über einen Gesamtbetrag von etwa 3,4 Millionen Franken. Zu Beginn eines jeden Jahres wird zwischen swisstopo und dem Amt eine für das Jahr gültige Rahmenvereinbarung getroffen. Die Vereinbarung 2009 sah eine Leistung über 6000 Hektaren vor; das Ziel wurde erreicht (s. Punkte 2.1.3 b - d).

2.1.3b 2009 beschlossene Operate

In Anwendung der Bestimmungen über das öffentliche Beschaffungswesen wurden die Arbeiten für die neue Parzellarvermessung von Haut-Intyamon, Plaffeien und Chapelle (Glâne) vergeben. Die Vorbereitungsarbeiten für Jaun und Charmey haben begonnen, und die Vorprojekte für Chénens, Cottens und Neyruz wurden abgeschlossen.

2.1.3c Operate in Bearbeitung

Die gegenwärtig in Bearbeitung stehenden Operate betreffen 51 860 ha, was 31,03 % (25,46 %) des Kantonsgebietes (ohne Gewässer) entspricht, während bereits 93 675 ha oder 56,05 % (53,69 %) des Kantons definitiv in der Datenbank verwaltet werden. Vorprojekte für Neuvermessungen wurden für 1882 ha vergeben.

2.1.3d 2009 beendete Operate

Die Neuvermessungen von Brünisried, Bussy Los 5, Cressier Lose 3 und 4, Estavayer-le-Lac Los 6, Lurtigen, Lully Los 2, Murten Los 8d, Sévaz Los 2 und Sorens Los 3 und die Numerisierungen von Delley-Portalban, Montet (Glâne), Surpierre (Sektor Praratoud) und Vuarmarens wurden verifiziert und auf dem kantonalen Server zur Verfügung gestellt. Die Arbeiten zur Kontrolle der landwirtschaftlichen Nutzflächen mittels Vermessungen führten zu periodischen Nachführungen auf 4330 ha der Gemeinden Bösingens, Broc, Granges, Gruyères, Rue, Semsales und Wünnewil-Flamatt und auf 2110 ha der Gemeinden Marsens, Montet (Glâne), Sorens und Vuarmarens im Rahmen obgenannter Operate. Nach Abzug der Kostenbeteiligungen des Bundes und des Kantons wurden die Restkosten der Neuvermessungen von Bot-

—
2009

terens Los 1 (Dorf), Botterens Los 2 (Berg), Cordast Los 2 (Dorf), Cordast-Guschelmuth (Bauzone), Courgevoux Los 1 (Dorf), Dündingen Los 9 (Sektoren 1 und 2), Bas-Intyamou Los 3 (Estavanens, Berg), Grandvillard Los 3 (Berg) und Gurmels Los 3 (Dorf) verteilt und den Gemeinden und den betroffenen Eigentümern in Rechnung gestellt. Schliesslich konnten die Kosten der Güterzusammenlegung von Lurtigen im Einvernehmen mit der Bodenverbesserungskörperschaft in Rechnung gestellt werden.

2.1.3e Unterhalt und Nachführung

Im Kanton Freiburg wird die amtliche Vermessung von den privaten Geometerbüros auf folgende Art nachgeführt:

- › Bei Gebieten, die noch immer nur über grafische Dokumente verfügen, werden die Mutationsvorschläge (Verbale) vom Amt technisch geprüft. Die Geometer führen dann einmal im Jahr die Grundbuchpläne nach.
- › Bei Gemeinden und Teilen von Gemeinden mit numerischen Daten gilt die Originaldatenbank als amtlich beglaubigt. Aufgrund von Auszügen aus dieser Datenbank erstellen die Geometer ihre Mutationsvorschläge der vermessenen Objekte. Diese werden vom Amt geprüft und dann im Rahmen eines Nachführungsprozesses, mit dem die etappenweise Gültigerklärung gehandhabt werden kann (Koordination mit dem Grundbuch), in die Datenbank integriert. Dieses System gemischter Mutationen optimiert die Zusammenarbeit mit dem privaten Sektor und liefert dem Staat raumbezogene Daten, die er für seine Anwendungen und Projekte mit raumbezogenen Informationen benötigt. Der Datenaustausch erfolgt in einem Standardformat, das den Unternehmern die Freiheit der Methoden und der Wahl der Werkzeuge gewährt.

2009 haben die amtlichen Geometer dem Amt 3858 (3135) Mutationsverbale zugestellt. 1030 (994) dieser Verbale sind Grenzänderungs- oder Teilungsverbale, 1117 (1048) wurden nach der Kontrolle durch das Amt visiert. Betreffend die Katasteraufnahme der neuen oder abgeänderten Gebäude hat das Amt 2742 (3062) Mandate, die 3338 (4208) Gebäude betreffen, und 3355 (1868) Kontrollvisen erteilt. Durchschnittlich betreffen 4 von 5 Mutationen die Datenbank.

Die Nachführung 2009 der Pläne der Grundbuchämter und der Gemeinden wurde anhand der im Jahre 2008 erstellten Mutationsverbale ausgeführt. Für die 2719 (2627) bereits in der Datenbank abgespeicherten Pläne wurde diese Verifikation vom Amt auf der Grundlage von Daten der offiziellen Pläne direkt bei den Grundbuchämtern durchgeführt. Ein neuer Ausdruck sämtlicher Pläne wird anlässlich der Nachführung 2010 mit Stand vom 31. Dezember 2009 veranlasst. Parallel dazu gehen die Kontrollen und die eventuellen Korrekturen der durch die Migration verfälschten grafischen Parameter weiter. 2387 (1166)

Pläne wurden bereits korrigiert und 332 müssen noch kontrolliert werden.

Die Sicherheitskopien der 2008 und 2009 von den Geometern durchgeführten Feldaufnahmen wurden fortlaufend durch Einscannen mit Canofile for Windows erstellt. Die gelieferten Messungen werden jedoch noch immer als von Vermessungsgeräten stammende Dateien abgespeichert. Eine Offerte ist in Prüfung, um auf eine modernere Anwendung zu migrieren, die mehr als vierhundert verschiedene Dateiarten lesen könnte und an die sich die Geometerbüros direkt anschliessen könnten.

2.1.4 Geomatik

—

2.1.4a Geometrische Datenbank der amtlichen Vermessung

Die Datenbank ist seit Anfang 2007 in Betrieb. Die Migration und die Anpassung der Daten an das neue Modell haben damals 6 365 182 Objekte generiert, die in 17 verschiedene Informationsthemen (oder Kategorien) aufgefächert sind.

Die Objekte werden in der Datenbank durch ausschliesslich von den privaten Geometern vorbereitete Dossiers erzeugt, abgeändert oder gelöscht. Vor der definitiven Validation durchläuft ein Dossier vier Stadien: reserviert, offen, in Erwartung der Validation und dann definitiv erledigt. Aus Gründen der Klarheit und der Lesbarkeit werden in diesem Bericht nur die Anzahl der definitiv erledigten (validierten) Objekte erwähnt.

Die Version 2009 dieser Statistiken ist folgende:

Objekte in der Datenbank Anfang 2009	7 448 718	(6 633 901)
erzeugte Objekte (10,68 %)	795 743	(814 817)
abgeänderte Objekte (4,16%)	309 663	(174 427)
beseitigte Objekte (4,43%)	330 212	(98 074)
Objekte in der Datenbank Anfang 2010	7 914 249	

Ende Dezember waren in den reservierten, offenen und in Erwartung der Validation stehenden Dossiers insgesamt 76 730 (64 439) Objekte in Bearbeitung, was einer Zunahme von rund 20 % der Bewegungen im Vergleich zum Vorjahr entspricht.

2.1.4b Nomenklatur und Adressen

Die neue Verordnung über die geografischen Namen (GeoNV), die seit dem 1. Juli 2008 in Kraft ist, sieht vor, dass alle Strassen von Ortschaften und anderen bewohnten Agglomerationen einen Namen haben müssen. Die Verordnung bestimmt auch, dass einzig und allein die Schreibweise der Strassennamen der amtlichen Vermessung in den amtlichen Dokumenten des Bundes (Die Post), der Kantone und der Gemeinden verwendet werden darf.

—
2009

Der Kanton Freiburg hat glücklicherweise nicht auf die neuen Bestimmungen gewartet, um die Gemeinden zu ermutigen, namentlich im Rahmen von Neuvermessungen oder Numerisierungen die Strassennamen festzulegen. Die Originaldatenbank umfasst bereits 87 055 (80 829) Punkte von Gebäudeeingängen, wovon 35 828 ebenfalls eine zugeteilte Gebäudenummer (EGID) für die Koordination mit dem Gebäude- und Wohnungsregister (GWR) des Statistikamtes haben.

In Zusammenarbeit mit den kantonalen Nomenklaturkommissionen hat das Amt über dreissig Dossiers geprüft und dazu Stellung bezogen. Sechzehn Dossiers bezogen sich auf Totalrevisionen der Lokalnamen und die Zuteilung von Strassennamen im Rahmen von Neuvermessungen. Das Amt wurde noch für die Beurteilung von fünfzehn Einzelfällen angefragt.

2.1.4c Abgabe

Der mit swisstopo geschlossenen Vereinbarung entsprechend hat das Amt die numerischen Höhen- und Flächenmodelle an zahlreiche Kunden abgegeben. Dies gilt auch für das Orthofoto und den Übersichtsplan. Zu bemerken ist, dass der neue Satz von Orthofotos nun für das ganze Kantonsgebiet verfügbar ist. Er wurde nach 3 Flügen in den Jahren 2008 und 2009 realisiert. Dank einer von Autodesk und dem ITA entwickelten Anwendung können die Dauerbenutzer seit Dezember 2007 die Datenauszüge über einen Auszugsserver, der eine täglich ab der Originaldatenbank replizierte Geodatenbank benutzt, selbständig erstellen. Swisstopo benutzt dieses System, um die Originalvermessungsdaten nach Bundesmodell zu erhalten und sie in sein Geoportal <http://www.geodata.cadastre.ch> mit Zugriffskontrolle zu integrieren.

Das Freiburger Modell der Vermessungsdaten basiert auf demjenigen des Bundes. Es ist sehr komplex und für die Kunden, die nicht dem Kreis der Vermessungsfachleute angehören, schwierig zu gebrauchen. Um diese Schwierigkeiten auszuräumen, hat der Bund ein vereinfachtes Modell (AV-public) entwickelt, und das Amt war in der Arbeitsgruppe vertreten, die es entwickeln hat. Aufgrund des vereinfachten Modells hat das Amt die Implementierungsarbeiten in die kantonale Datenbank ausgeführt. Das Originalmodell wird automatisch in das vereinfachte Modell umgesetzt, die daraus resultierenden Daten werden entnommen und auf die Abgabeserver der kantonalen Verwaltung kopiert, um sie so den Nichtfachleuten zur Verfügung zu stellen.

2.1.4d Koordination mit dem Grundbuch

Das Grundbuch und das Amt verwalten beide an die Liegenschaften gebundene Informationen, und eine Koordination ist unverzichtbar, um die Verbindungen zwischen den Internet-Plattformen des Grundbuches und der amtlichen Vermessung zu garantieren. Über kurz oder lang sollen die Datenbanken des

Grundbuches und der amtlichen Vermessung zusammengeschaltet werden, um eine echte Rationalisierung der Hinterlegungsverfahren der Dokumente beim Grundbuch zu ermöglichen. Diese Arbeit hat im Rahmen des Projekts DSK2 begonnen (s. Punkt 2.2.2) zur Ersetzung und Verbesserung der Programme «Mutationsregister der AV» und «Verwaltung der Liegenschaftsbeschreibungen».

Das Grundbuch und das Amt arbeiten auch zusammen, um dem Amt für Landwirtschaft (LwA) die Daten zur Verfügung zu stellen, die zur Berechnung der an die landwirtschaftlichen Nutzflächen gebundenen Direktzahlungen notwendig sind. Ein ganzer Satz von Abfragen wurde geschaffen, um die landwirtschaftliche Nutzfläche pro Liegenschaft in den numerischen Vermessungszonen zu berechnen. Das Grundbuch ergänzt diese Resultate mit der Gesamtfläche der noch nicht numerisierten Liegenschaften und den Eigentümern. Diese Daten werden dann in das System des LwA (Gélan) eingegeben, mit dem die Angaben der Landwirte geprüft werden können.

2.1.4e Intranet und Internet

Das Amt nutzt sein Internetportal regelmässig als Informationsträger für das Publikum und die Vermessungsfachleute. Die Originaldaten werden für Intranet (täglich) und Internet (wöchentlich) automatisch repliziert, was so den Zugriff auf den gesamten Originalkatalog der Daten der amtlichen Vermessung ermöglicht. 2009 wurden auf der Anwendung «Amtliche Vermessung online» mehr als 900 000 Anfragen gezählt.

Ein Synchronisationswerkzeug zwischen der Anwendung des öffentlichen Grundbuchs (durch Intercapi) und den online-Vermessungsdaten im Internet ermöglicht es, an einem bestimmten Ort in beide Richtungen von einer Anwendung zur anderen zu springen. Vom Liegenschaftsblatt gelangt man zum Plan und vom Plan durch Doppelklick in der Liegenschaft zu ihrem Blatt.

2.2 Besondere Ereignisse

—

2.2.1 Gesetzgebung

Die amtliche Vermessung ist Gegenstand neuer Gesetzesbestimmungen des Bundes, die vor allem im Bundesgesetz vom 5. Oktober 2007 über Geoinformation (GeoIG) und in spezifischen Bundesverordnungen enthalten sind. Diese Bestimmungen erfordern bis spätestens am 1. Juli 2011 einige Änderungen des kantonalen Gesetzes vom 7. November 2003 über die amtliche Vermessung (AVG). Diese Änderungen sind in Bearbeitung. Sie benötigen jedoch weitergehende Überlegungen als vorgesehen, gilt es doch, die Katasteraufnahme der Bauprojekte zu integrieren und einige kleinere Verbesserungen vorzuschlagen, die sich aufgrund der seit Inkrafttreten des aktuellen AVG gemachten Erfahrungen aufdrängen.

—
2009

2.2.2 Migration der Anwendung DESCAs

Die Anwendung zur Erstellung der Liegenschaftsbeschreibung und der Verwaltung der Mutationen (DESCA) ist über 20 Jahre alt und muss migriert werden, weil 2010 der Betrieb des Rechners, auf dem die Anwendung läuft, eingestellt wird. Die Verfahren zur Datenübernahme des ITA haben gezeigt, dass diese Anwendung mit einer Umgestaltung beibehalten werden muss, um sie der gegenwärtigen Informatikumgebung anzupassen. In Zusammenarbeit mit dem ITA, dem Grundbuch und den privaten Geometern wurden in mehr als zehn Arbeitssitzungen das definitive Pflichtenheft und die Spezifikationen erstellt, die für die konkrete Realisierung der DSK2-Anwendung notwendig sind. Die Arbeiten sollen Anfang 2010 vergeben werden. Parallel dazu wurde im Hinblick auf ihre Übernahme die Konsistenz der bestehenden Daten überprüft. Von den 376 in DESCAs geschaffenen Katastersektoren (Lose) wurden 111 gelöscht (nichtig); 61 Sektoren wurden vollständig mit CAPITASTRA verglichen und von 10 871 überflüssigen Eintragungen bereinigt.

2.2.3 Referenzrahmen

Wegen des zunehmenden Gebrauchs von Positionierungsgeräten, z.B. GPS-Navigatoren, und um von diesen technologischen Vorteilen voll profitieren zu können, wurde der mehr als hundertjährige schweizerische Referenzrahmen erneuert und an den europäischen Referenzrahmen angebunden. Der neue, LV95 genannte Referenzrahmen basiert auf der Landesvermessung von 1995 und sollte ab 2016 den gegenwärtigen Referenzrahmen LV03 ersetzen. Der Begriff «LV03 ⇔ LV95 Transformation» tauchte erstmals in einem Rundschreiben der eidgenössischen Vermessungsdirektion im Juni 2000 auf. Seither hat swisstopo in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen die Vernetzung der für diese Transformation notwendigen Dreiecke für die ganze Schweiz und die Grenzländer finalisiert. Dieser CHENyx06 genannte Datensatz ist jetzt für alle Produzenten von Geodaten verfügbar.

In Zusammenarbeit mit dem GIS-Koordinator hat das Amt 2009 die ersten Grundzüge des Transformationskonzepts definiert, das nicht nur die Daten der amtlichen Vermessung betrifft, sondern auch alle anderen georeferenzierten Daten.

2.2.4 Analyse der staatlichen Leistungen (ASL)

2009 hat das Amt die jährliche Nachführung des Leistungskatalogs des Amtes durchgeführt, der 2008 Gegenstand einer Studie war. Die vorgeschlagenen Vereinfachungsmaßnahmen betreffen vor allem die Aufteilung der Aufgaben in der öffentlich-privaten Partnerschaft, die in der Nachführung der Mutationen besteht.

2.2.5 Archivierung

Die Archive des Amtes wurden im Verlauf des Sommers 2009 reorganisiert. Zahlreiche veraltete Dokumente wurden inventarisiert und dem Staatsarchiv übergeben. Es handelt sich dabei namentlich um Karten, Feldprotokolle, Handrisse, Originalpläne, statistische Tabellen, verschiedene Verzeichnisse und Korrespondenz aus dem 19. Jahrhundert, Verifikationsdossiers, Polygon- und Flächenberechnungen, Flächenverzeichnisse von Vermessungen von Anfang des 20. Jahrhunderts, Originalmessungen (Winkel- und Nivellementshefte) und Berechnungen der ersten Triangulation und der gegenwärtigen Triangulation des Kantons.

VIII. Grundbuch

1. Aufgaben

—

Das Grundbuch hat die Aufgabe, in Anwendung des fünfundzwanzigsten Titels des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs den immobiliarsachenrechtlichen Grundsatz der Öffentlichkeit des Grundbuchs umzusetzen, wonach dingliche Rechte für Dritte einsehbar sein müssen.

Die Führung des Grundbuchs ist im Kanton Freiburg durch die Grundbuchämter gewährleistet.

Die Grundbuchämter sind auch Steuerbehörde. Sie veranlassen die Handänderungssteuer bei Grundstückübertragungen, die Grundpfandrechtssteuer sowie die Steuer zum Ausgleich der Verminderung des Kulturlandes.

Die Grundbuchverwalterinnen und Grundbuchverwalter sind (in alphabetischer Reihenfolge): *René Aeby* (Sensebezirk), *Zoltan Barsi* (Greyerzbezirk), *Anita Bulliard* (Vivisbachbezirk), *Jean-Jacques Gumy* (Broyebezirk), *Josef Haag* (Seebezirk), *Denise Jan* (Glanebezirk) und *Bertrand Renevey* (Saanebezirk).

2. Grundbuchämter

—

2.1 Ordentliche Tätigkeit

Die wichtigsten ordentlichen Tätigkeiten der Grundbuchämter sind die Bearbeitung der Eintragungsbegehren, die Ausstellung von Grundbuchauszügen sowie die Beantwortung von Auskunftsbefragen.

Im Jahr 2009 wurden 32 473 Eintragungsbegehren gestellt, die rund 110 286 Grundstücke betrafen (2008: 30 458 Eintragungsbegehren für 104 424 Grundstücke).

—
2009

Die elektronische Ersterfassung des eidgenössischen Grundbuchs wurde fortgesetzt. Am 31. Dezember 2009 waren 138 096 Grundstücke vollständig informatisiert, das heisst 69,11 % aller Grundstücke im Kanton (31.12.2008: 125 805 Grundstücke, 61,36 % aller Grundstücke). Im Jahr 2009 wurden also 12 291 Grundstücke informatisiert, was 7,75 % entspricht.

Bei den Informationen über die Rechte an Grundstücken unterscheidet man die von der Grundbuchverwalterin oder vom Grundbuchverwalter unterzeichneten, mit öffentlichem Glauben ausgestatteten offiziellen Grundbuchauszüge, die Einsicht in Grundbuchdaten via Internet (Intercapi und RFPublic) sowie die elektronische Übermittlung von Grundbuchdaten. Die Konsultation von Intercapi hat 2009 um 9,6 % und diejenige von RFPublic um 28,4 % zugenommen.

Es wurden 12 450 offizielle Grundbuchauszüge ausgestellt, die sich auf 27 780 Grundstücke bezogen (27 621 im Jahr 2008).

Ausserdem wurden 253 709 Grundstücke auf Intercapi konsultiert und 270 316 Abfragen auf RFPublic getätigt.

Nebst der täglichen elektronischen Datenübertragung an die Kantonale Steuerverwaltung und ans GIS-Kompetenzzentrum gingen ausserdem insgesamt 131 Datenlieferungen an das Amt für Vermessung und Geomatik, die Gemeinden und die Geometerbüros.

Die Auskunftsbegehren betreffen alle Fragen in Zusammenhang mit den Grundstücken. Es handelt sich dabei beispielsweise um Fragen in Zusammenhang mit den eingetragenen Rechten, steuerlichen Aspekten, Vorschriften zum Nachbarrecht, dem bäuerlichen Bodenrecht sowie um Fragen zu anderen im Grundstückenwesen geltenden Gesetzgebungen.

In allen Grundbuchämtern ist das Einscannen der Dokumente fortgesetzt worden, zum Zweck der Archivierung, der internen Konsultation der Dokumente mit Capitastra und der teilweisen Ersetzung der Mikrofilme. 2009 sind 86 073 Belege und Verbale sowie 9512 eidgenössische Grundbuchblätter eingescannt worden.

2.1.1 Arbeiten zur Anlegung des eidgenössischen Grundbuchs

Die Einführung des eidgenössischen Grundbuchs umfasst die Bereinigung der Rechte mit einer Anerkennung durch die Eigentümer, die Bearbeitung der Pfandrechte sowie die Begründung neuer Rechte.

Im Jahr 2009 wurde das eidgenössische Grundbuch der folgenden Gemeinden oder Teilen von Gemeinden in Kraft gesetzt: Botterens Los I; Châtel-St-Denis; Cordast-Guschelmuth; Ecublens;

Kerzers Los VII; Murten Los VIIIa; Tafers Lose 1,2,3 (ganze Gemeinde); Ulmiz.

2.1.2 Informatik

Um die Informatikbelange kümmert sich als Pilotorganisation ein «Comité informatique», bestehend aus drei Grundbuchverwaltern und dem Informatikverantwortlichen für das Grundbuch. Dieses Komitee hielt drei Sitzungen ab. Der Informatikverantwortliche hat seine Aufgabe, die in der Planung, Konzeption und Verwaltung des Grundbuch-Informationssystems besteht, weitergeführt. Die Garantie der Nachhaltigkeit, Qualität und Sicherheit der Daten war auch weiter eine der wichtigsten Aufgaben.

Er wirkte ausserdem am Projekt DSK2 des Amtes für Vermessung und Geomatik mit, das in der Neuentwicklung der Anwendung Desca und in der Herstellung einer Verbindung zwischen den Systemen der Grundbuchämter und der amtlichen Vermessung besteht.

2.1.3 Vereinigung der Freiburger Grundbuchverwalterinnen und Grundbuchverwalter

Die Vereinigung hielt im Jahr 2009 drei Arbeitssitzungen ab mit dem Ziel, allgemeine oder juristische Fragen zu beantworten, die Praxis der Grundbuchämter zu vereinheitlichen, kantonale und eidgenössische Projekte zu prüfen (eGris, Revision des EGZGB) und sich über die Entwicklungen im Bereich der Informatik zu informieren.

Der Vorstand der Vereinigung trifft sich jedes Jahr mit einer Delegation der Freiburger Notariatskammer.

2.1.4 Austausch mit Instanzen anderer Kantone und des Bundes

Eine Delegation der Grundbuchverwalter/innen nimmt zweimal jährlich am «Colloque romand des inspecteurs des Registres fonciers de la Suisse romande et du Tessin» teil, an dem jeweils Fragen allgemeiner Art zur Grundbuchführung erörtert werden, sowie an der Tagung des Verbandes Schweizerischer Grundbuchverwalter, an der die statutarische Generalversammlung stattfindet, Informationen des für das Grundbuch- und Bodenrecht zuständigen Bundesamtes weitergegeben und Vorträge gehalten werden.

Mitglieder des «Comité informatique» nahmen mehrfach an Treffen mit Vertretern von Kantonen mit der gleichen Grundbuch-Informatiklösung (Capitastra und Intercapi) teil, um Erfahrungen auszutauschen, nach Synergien zur Qualitätssteigerung und Kostensenkung bei der Entwicklung und beim Unterhalt der Softwarepakete für die Grundbuchverwaltung zu suchen.

—
2009

Mitglieder des «Comité informatique» wirkten auch am Projekt eGRIS mit, ein e-geo.ch- und eGovernment-Projekt des Bundes, das sich mit der Weiterentwicklung und Standardisierung des heute dezentral organisierten und mit heterogenen Systemen geführten Grundbuchs befasst, im Hinblick auf die Abfrage von Grundbuchdaten über ein zentrales Portal und die Informatisierung des Geschäftsverkehrs mit den Grundbuchämtern.

2.1.5 Grundbuchgebühren

Im Jahr 2009 beliefen sich die erhobenen Grundbuchgebühren auf 7 288 321 Franken (7 696 456 Franken im Jahr 2008). Die Grundbuchverwalter/innen sind auch für die Einsprachen gegen die Gebührenerhebung zuständig.

Die Gebühren für die Datenabfrage via Internet mit Intercapi beliefen sich auf 215 754 Franken (+11 %) und für die Zustellung von Daten auf 32 952 Franken (+13,35 %).

2.2 Besondere Ereignisse

Im Rahmen der Analyse der staatlichen Leistungen (ASL) wurden von den Grundbuchämtern einige Vorschläge gemacht, die vom Staatsrat angenommen und bei den betroffenen Stellen in die Vernehmlassung geschickt worden sind. Die Umsetzung dieser Vorschläge ist an die Hand genommen worden und geht weiter.

Zur Revision des Einführungsgesetzes vom 22. November 1911 zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch für den Kanton Freiburg (EGZGB) wurden von der Finanzdirektion Vorschläge gemacht, die nach Stellungnahme der Vereinigung der Freiburger Grundbuchverwalterinnen und Grundbuchverwalter sowie nach Stellungnahme des Amtes für Vermessung und Geomatik formuliert worden waren.

Der Vollzug der Artikel 2 Abs. 2 Bst. b und 5 Abs. 1 Bst. a des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland vom 16. Dezember 1983 (BewG), die die Ausnahmen von der Bewilligungspflicht bei rechtmässigem und tatsächlichem Wohnsitz in der Schweiz regeln, machte den Erlass neuer Richtlinien des Bundesamts für Justiz an die Grundbuchämter in ihrer Fassung vom 1. Juli 2009 erforderlich. Die Vereinigung der Freiburger Grundbuchverwalterinnen und Grundbuchverwalter beschloss, die Notarinnen und Notare in einem Rundschreiben davon in Kenntnis zu setzen.

3. Die Grundbuchämter als Steuerbehörde

3.1 Ordentliche Tätigkeit

3.1.1 Steuer zum Ausgleich der Verminderung des Kulturlandes

Diese Steuer wird gemäss Gesetz vom 28. September 1993 bei der Veräusserung von produktivem Boden erhoben, die eine Verminderung des Kulturlandes zur Folge hat. Der Gesamtbetrag dieser Steuer belief sich 2009 auf 3 321 307 Franken (4 383 305 Franken im Jahr 2008).

3.1.2 Handänderungs- und Grundpfandrechtssteuern

Diese Steuern werden in Anwendung des Gesetzes vom 1. Mai 1996 über die Handänderungs- und Grundpfandrechtssteuern erhoben. 2009 belief sich der Gesamtbetrag der Handänderungssteuern auf 19 432 428 Franken (2008: 21 362 372 Franken) und der Gesamtbetrag der Grundpfandrechtssteuern auf 10 064 194 Franken (2008: 10 777 095 Franken).

3.1.3 Schätzungskommission für die Steuer zum Ausgleich der Verminderung des Kulturlandes und die Handänderungssteuer

Die Schätzungskommission für die Steuer zum Ausgleich der Verminderung des Kulturlandes und die Handänderungssteuer wurde im Jahr 2009 nur viermal beigezogen. Die hängige Einsprache aus dem Jahr 2008 ist erledigt worden. Die Zusammensetzung der Kommission ist unverändert geblieben.

4. Aufsichtsbehörde über das Grundbuch

4.1 Organisation

2009 wurde die Aufsichtsbehörde über das Grundbuch von Frau Bettina Hürlimann-Kaup, Professorin an der Universität Freiburg, präsidiert. Als Mitglieder gehörten der Behörde an Herr Pierre-Henri Gapany, Anwalt und Vizepräsident der Aufsichtsbehörde, sowie Frau Catherine Overney, Gerichtsschreiberin am Kantonsgericht, welche gleichzeitig auch Sekretärin der Behörde ist. Frau Alexandra Rumo-Jungo, Professorin an der Universität Freiburg, Herr Jérôme Delabays, Präsident des Zivilgerichts des Saane-Bezirks, sowie Herr Ludovic-Jean Egger, Notariatspraktikant, gehörten der Behörde als Ersatzmitglieder an.

4.2 Ordentliche Tätigkeit

Die Aufsichtsbehörde hielt sechs Sitzungen ab, in denen sie die laufenden Geschäfte erledigte und juristische Fragen behandelte. Sie besuchte sämtliche Grundbuchämter und nahm stichprobenweise Kontrollen vor. Das Einscannen der in Capitastra refe-

—
2009

renzierten Dokumente hatte zur Folge, dass die Weisungen der Aufsichtsbehörde über das Grundbuch zur Sicherheit und Aufbewahrung der Grundbuchdaten am 1. Juli 2009 in Zusammenarbeit mit den Grundbuchverwalterinnen und Grundbuchverwaltern überarbeitet werden musste. Dies geschah im Einvernehmen mit der Finanzdirektion, der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport und dem Kantonsarchivar.

4.3 Beschwerden

Bei der Aufsichtsbehörde wurden vier Beschwerden (2 im Jahr 2008) eingereicht. Sie fällte drei Entscheide. Ein Verfahren ist ins Jahr 2010 übernommen worden. Beim Appellationshof des Kantonsgerichts ist keine Beschwerde hängig.

IX. Finanzinspektorat

1. Aufgaben

Die Aufgabe des Finanzinspektorats (FI) ist im Gesetz über den Finanzhaushalt des Staates (FHG) definiert. Dem Finanzinspektorat obliegt die Kontrolle der Kantonsfinanzen. Mit seiner Tätigkeit sollen die korrekte Rechtsanwendung, der wirtschaftliche und haushälterische Einsatz der finanziellen Mittel sowie die Richtigkeit und Rechtmässigkeit der Buchungen gewährleistet werden. Es ist ein selbstständiger, administrativ der Finanzdirektion zugewiesener Dienst, und übt als solcher seine Aufgaben unabhängig und selbstständig aus. Das Finanzinspektorat kann jederzeit und unangemeldet Kontrollen vornehmen, sei es auf eigene Initiative oder im Auftrag des Staatsrates oder der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates. Auf Ersuchen eines Mitglieds des Staatsrates kann es auch eine der Direktion dieses Mitglieds untergeordnete Verwaltungseinheit kontrollieren.

Das am 1. Januar 2008 in Kraft getretene neue Revisionsrecht bringt neue Vorschriften über die Revisionspflicht, die Revisionsarten und die Revisionsstellen. Die von der Eidgenössischen Revisionsaufsichtsbehörde erteilte Zulassung ermöglicht es, sämtliche Revisionsdienstleistungen nach neuem Recht zu erbringen. Das Finanzinspektorat hat seine Zulassung im Oktober 2008 erhalten. Diese Anerkennung auf eidgenössischer Ebene und der Eintrag im öffentlichen Register bestätigen, dass das Finanzinspektorat seine Dienstleistungen in Einhaltung der hohen Anforderungen des Bundesrechts erbringt.

Vorsteherin des Finanzinspektorats ist Irène Moullet.

2. Tätigkeit

2.1 Ordentliche Tätigkeit

Die ordentliche Tätigkeit des Finanzinspektorats ist die rechtliche, technische und wirtschaftliche Kontrolle der Kassen und Buchhaltungen des Staates, der Anstalten und Betriebe mit eigener Rechtspersönlichkeit sowie gewisser privater, vom Staat subventionierter Institutionen.

Bei der Planung seiner Kontrollen der Dienststellen und Anstalten legt das Finanzinspektorat die Häufigkeit seiner Kontrollen fest und stützt sich dafür auf die Grösse der Dienststellen und die Einschätzung des finanziellen Risikos. So werden gewisse Dienststellen und Anstalten alljährlich kontrolliert, während andere, mit weniger finanziellen Risiken behaftete Dienststellen weniger häufig kontrolliert werden. Es müssen jedoch alle Dienststellen in vernünftigen Abständen kontrolliert werden.

Zur Steigerung der Wirksamkeit seiner Kontrollen hat das Finanzinspektorat eine neue Nachkontrolle der Empfehlungen vorgesehen. So soll eine Datenbank aufgebaut werden, in die alle Empfehlungen eingegeben werden, und ein einheitliches Verfahren festgelegt werden, mit dem sichergestellt werden kann, dass die abgegebenen Empfehlungen umgesetzt werden oder dass eine Nichtumsetzung begründet ist.

Das Finanzinspektorat hat im Jahr 2009 74 Berichte zu ordentlichen Revisionen abgegeben. 14 Kontrollen gaben Anlass zu 43 Empfehlungen. Die Empfehlungen werden nach Wichtigkeit (gross, mittel, gering) klassiert und immer mit den betroffenen Dienststellen besprochen. Das Finanzinspektorat hat seinen Bericht zum Poya-Projekt vorgelegt (siehe Punkt 2.2 Besondere Ereignisse) und die Bauabrechnung der Umgestaltung und Erweiterung der Fachmittelschule Freiburg kontrolliert. 2009 hat das Finanzinspektorat die Jahresrechnung 2008 der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) in Bern geprüft.

Die Revisionsberichte 2009 teilen sich wie folgt auf:

Vollziehende Behörde - Verwaltung:	49
Fonds und Stiftungen:	12
Diverse Aufträge:	17

Die 74 Berichte der ordentlichen Revisionen verteilen sich wie folgt auf die verschiedenen Direktionen:

Staatskanzlei	4
Erziehung, Kultur und Sport	20

—
2009

Sicherheit und Justiz	10
Institutionen und Land- und Forstwirtschaft	8
Volkswirtschaft	10
Gesundheit und Soziales	12
Finanzen	6
Raumplanung, Umwelt und Bauwesen	4

Das genaue Verzeichnis der Kontrollarbeiten ist dem Staatsrat sowie der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates zugestellt worden.

2009 hat das Finanzinspektorat 22 Kassakontrollen in Dienststellen mit eigener Kasse durchgeführt.

Bei solchen Kontrollen stellt das FI sehr oft fest, dass die Dienststellen oder Anstalten in ihren Rechnungen geringfügige Beträge für Auslagen verschiedenster Art verbuchen (Apéros, Geschenke, Arbeitsessen unter Kollegen, kleine Weihnachtessen, Ausflüge usw.), ohne dass es dafür eine Rechtsgrundlage oder genaue Rahmenrichtlinien gibt. 2009 ist das Finanzinspektorat alle in der Staatsrechnung 2008 unter den Positionen «Verschiedene Verwaltungsausgaben» und «Verschiedene Betriebsausgaben» verbuchten Beträge über 500 Franken durchgegangen. Es sind keinerlei Missbräuche festgestellt worden, die besondere Massnahmen erfordert hätten.

Ein Finanzinspektor vertritt den Staat im Verwaltungsrat der Bergbahnen La Berra SA.

Die Dienstchefin ist Mitglied des Steuerungsausschusses, der mit der Supervision der Einführung des von der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren entwickelten neuen harmonisierten Rechnungslegungsmodells für die Kantone und Gemeinden (HRM2) im Kanton Freiburg beauftragt ist.

Die Amtsvorsteherin und mehrere Mitarbeitende haben entsprechend ihrem Bedarf Weiterbildungskurse des Amtes für Personal und Organisation besucht. Ausserdem haben im November 2009 vier Mitarbeitende des Finanzinspektorats an einem zweitägigen Seminar zum Thema Informatik im Dienst des Controlling teilgenommen, das von der «Conférence des Chefs des contrôles financiers des cantons latins» organisiert wurde. Ein Mitarbeiter hat einen Kurs des Bundesamtes für Strassen zur Verrechnung von Preisänderungen besucht. Das Finanzinspektorat nimmt an der «Conférence des Chefs des contrôles financiers des cantons latins» teil. In Anbetracht des Umfangs und Ausmasses des interkantonalen Finanzausgleichs und weil die vom Bund zur Verfügung ge-

stellten Steuerdaten überprüft werden müssen, hat diese Konferenz eine Fachgruppe «NFA» eingesetzt. Ein Mitarbeiter des Finanzinspektorats des Kantons Freiburg war in dieser Fachgruppe vertreten, die im März 2009 eine Empfehlung zum Controlling des Ressourcenausgleichs mit einer Aufstellung der Hauptrisiken in diesem Bereich sowie Beispielen geeigneter Kontrollen herausgegeben hat.

2.2 Besondere Ereignisse

Am 3. April 2008 beauftragte der Direktor der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion (RUBD) das Finanzinspektorat mit einem Controlling des Poyaprojekts. Überprüft wurden dabei die allgemeine Projektorganisation, der Stand der Arbeiten bei der Erstellung des Kostenvoranschlags, die finanziellen Aspekte in der Botschaft an den Grossen Rat und die Honoraraufstellung. Das Finanzinspektorat zog für diese Arbeit ein ausserkantonales Ingenieurbüro bei. Der Bericht wurde am 16. Januar 2009 vorgelegt, und der Vorsteher der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion stellte die Ergebnisse dieses Controllings anlässlich einer Pressekonferenz am 6. Februar 2009 vor.

Am 4. Dezember 2009 empfing das Finanzinspektorat eine Delegation des Controlling Offices der chinesischen Provinz Zhejiang. Diese Delegation wollte etwas über die Organisation und die Arbeitsmethoden des Finanzinspektorats erfahren. Im Anschluss an die Präsentation des Finanzinspektorats konnten in einer Diskussion gegenseitig Erfahrungen ausgetauscht werden.

Der Finanzinspektorat hat im 2009 seine Website aufgeschaltet. Sie gibt interessierten Personen Auskunft über die Finanzkontrolle beim Staat und die Tätigkeiten und Arbeitsmethoden des Finanzinspektorats.

—
2009

X. Personalbestand

BEHÖRDEN – DIREKTIONEN Finanzstellen	Rechnung 2009 VZÄ	Rechnung 2008 VZÄ	Differenz VZÄ
FINANZEN	362.69	355.28	7.41
ZENTRALVERWALTUNG	362.69	355.28	7.41
3700 / FINS Generalsekretariat	5.80	5.64	0.16
3705 / TRES Finanzverwaltung	25.58	24.74	0.84
3710 / IFEF Finanzinspektorat	6.20	6.32	-0.12
3725 / CIEF Amt für Informatik und Telekommunikation	73.72	68.96	4.76
3730 / OPER Amt für Personal und Organisation	27.69	26.19	1.50
3740 / SCCF Kantonale Steuerverwaltung	176.26	176.53	-0.27
3745 / ENRE Amt für Erbschafts- und Schenkungssteuer	2.30	2.30	
3760 / SCAD Amt für Vermessung und Geomatik	14.00	14.00	
3765 / RFON Grundbuchämter	31.14	30.60	0.54



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Direction de l'aménagement, de l'environnement et des constructions DAEC
Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion RUBD

WWW.FR.CH/DAEC

Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion RUBD

—
2009

I. RAUMPLANUNGS-, UMWELT- UND BAUDIREKTION (RUBD)	1	VI. HOCHBAUAMT	50
1. Aufgaben	1	1. Aufgaben	50
2. Tätigkeit	1	2. Tätigkeit	50
3. Interkantonale Zusammenarbeit	3	3. Zusammenfassung der Ausgaben	56
4. Streitsachen	4	VII. PERSONALBESTAND	57
5. Gesetzgebung	4		
II. BAU- UND RAUMPLANUNGSAMT	4		
1. Aufgaben	4		
2. Tätigkeit	4		
3. Koordination, Verwaltung und Studien	5		
4. Kantonalplanung	5		
5. Ortsplanung (OP)	6		
6. Bauten	6		
7. Beschwerden	6		
8. Kommissionen	7		
III. AMT FÜR UMWELT	7		
1. Aufgaben	7		
2. Tätigkeit	8		
3. Gewässerschutz	12		
4. Labor und Stoffe	16		
5. Luftreinhaltung	16		
6. Lärm und nichtionisierende Strahlung	17		
7. UVP, Bodenschutz und Anlagensicherheit	19		
8. Abfälle und belastete Standorte	20		
IV. TIEFBAUAMT	22		
1. Aufgaben	22		
2. Tätigkeit	22		
3. Sektion Verwaltung	25		
4. Sektion Strassenprojekte (StrP)	26		
5. Sektion Strassennetzmanagement	32		
6. Sektion Strassenunterhalt	36		
7. Sektion Gewässer	38		
V. AUTOBAHNAMT	44		
1. Aufgaben	44		
2. Tätigkeit	44		
3. Staff	45		
4. Ressourcen	45		
5. Ausarbeitung – Bau, Unterhalt, Erneuerung (UPlaNS)	46		

—
2009

I. RAUMPLANUNGS-, UMWELT- UND BAUDIREKTION (RUBD)

1. Aufgaben

Über ihre Ämter sorgt die Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion (RUBD) für eine verantwortungsvolle Raumentwicklung, einen angemessenen Umweltschutz, leistungsstarke, sichere und bedürfnisgerechte Verkehrsinfrastrukturen sowie für eine effiziente Bewirtschaftung der staatlichen Immobilien. 2008 hat der Staatsrat der RUBD darüber hinaus die nachhaltige Entwicklung und im August 2009 die Verantwortung für die Agglomerationspolitik des Bundes zugeteilt.

Um die ihr übertragenen Aufgaben zu erfüllen, verfügt die RUBD über fünf ihr unterstellte Verwaltungseinheiten: das Bau- und Raumplanungsamt, das Amt für Umwelt, das Tiefbauamt, das Autobahnamt sowie das Hochbauamt.

Vorsteher der RUBD ist Staatsrat Georges Godel.

Als Direktionsstab unterstützt das Generalsekretariat die Leitung und Verwaltung der Direktion. Auch das Büro für Natur- und Landschaftsschutz ist dem Generalsekretariat angegliedert.

Generalsekretär ist seit Juli 2009 Pascal Aeby, nachdem Bernard Pochon in das Amt für Umwelt gewechselt hat.

2. Tätigkeit

2.1 Ordentliche Tätigkeit

2.1.1 Funktionsweise

Die Direktion erlässt zahlreiche Verfügungen, namentlich in den Bereichen Raumplanung (Genehmigung von Plänen und Baureglementen, Sonderbewilligung für Bauten ausserhalb der Bauzone, Ausnahmbewilligung für Projekte in der Bauzone), Strasseninfrastruktur (Kantons- und Gemeindestrassenpläne) Umweltschutz (Lärmsanierungen, Bewilligungen im Bereich der Abfallbewirtschaftung), öffentliches Beschaffungswesen (Zuschlag von Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträgen), Immobilien (Kauf, Verkauf, Miete).

2.1.2 Vertretung des Staats

Die Direktion vertritt den Staat in den Verwaltungsräten verschiedener Transportunternehmungen. Es sind dies die Freiburgischen Verkehrsbetriebe (tpf), die Montreux-Berner Oberland-Bahn (MOB) und die Schifffahrtsgesellschaft des Neuenburger- und Murtensees (LNM).

Ferner vertritt sie den Staat in den Verwaltungsräten der Aktiengesellschaft, die für die Abfallverbrennung der Abfälle aus dem Kanton Freiburg und der Waadtländer Broye zuständig ist (SAIDEF), und der Aktiengesellschaft für die Fernbeheizung der Pérolles-Ebene (PLACAD SA).

2.1.3 Mitarbeit in Arbeitsgruppen

Das Generalsekretariat vertritt die Direktion in mehreren Arbeitsgruppen, namentlich «Territoriale Gliederung» (Projekt Nr. 35 für die Umsetzung der neuen Kantonsverfassung), «Krisenmanagement» und «Neues Amtsblatt», die von der Staatskanzlei geleitet werden, sowie in verschiedenen Kommissionen des Staats.

2.1.4 Schürfung von Kohlenwasserstoffen

Die Gesellschaft FREAG Erdöl AG besitzt eine Schürfbewilligung für das nordöstliche Kantonsgebiet, die bis zum 15. Juni 2011 verlängert wurde. Die Gesellschaft Schuepbach Energy LLC aus Dallas besitzt eine Schürfbewilligung für den südwestlichen Teil des Kantons, die bis zum 30. November 2011 gültig ist.

2.1.5 Natur- und Landschaftsschutz

Das Büro für Natur- und Landschaftsschutz (BNLS) ist dem Generalsekretariat der RUBD angegliedert und hat das Ziel, die einheimische Fauna und Flora sowie deren natürlichen Lebensräume zu schützen. Zu seinen Aufgaben zählen der Schutz, die Verwaltung, der Unterhalt, die Revitalisierung und die Wiederherstellung von Biotopen und somit die Förderung der Biodiversität im Kanton.

2009 hat das BNLS zu 433 Dossiers ein Gutachten erstellt oder Stellung bezogen (2008: 482):

- > 175 Bauvorhaben innerhalb von Landschaftsschutzgebieten. 2008: 193
- > 84 Ortspläne, Detailbebauungspläne, Quartierpläne und generelle Entwässerungspläne. 2008: 105
- > 45 Projekte für Gewässerverbauungen. 2008: 56
- > 26 touristische Anlagen wie Häfen, Skilifte oder Drahtseilbahnen. 2008: 23
- > 18 Boden- und Waldverbesserungsprojekte. 2008: 18

—
2009

- › 16 Gesuche für den Betrieb von Kiesgruben oder Deponien. 2008: 17
- › 16 Strassenprojekte. 2008: 13
- › 14 Gasnetze. 2008: 8
- › 9 Projekte im Zusammenhang mit der Produktion und dem Transport von Strom. 2008: 7
- › 6 Vernehmlassungsdossiers im Rahmen von Gesetzesänderungen und Geschäften der Rechtspflege. 2008: 7
- › 24 anderweitige Dossiers. 2008: 26

Für die Prüfung dieser Dossiers wurden zahlreiche Ortsbesichtigungen sowie Arbeits- und Koordinationssitzungen mit den Gesuchstellern, den Projektverfassern und den betroffenen kantonalen Dienststellen abgehalten.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BNLS wirkten zudem in mehreren kantonalen und interkantonalen Arbeitsgruppen mit – vor allem im Bereich der Umsetzung der einzelnen Bundesinventare, im Bereich ökologischer Ausgleich und bei der Ausarbeitung von Richtlinien für den Bau von Anlagen zur Gewinnung von Windenergie und Wasserkraft.

Die Feldequipe der Personen, die im Rahmen von Beschäftigungsprogrammen angestellt wurden bzw. Zivildienst oder gemeinnützige Arbeit leisteten, sowie die eigens dazu beauftragten Försterteams und die zahlreichen freiwilligen Helfer erbrachten wie jedes Jahr mehrere tausend Arbeitsstunden für den Schutz, den Unterhalt und die Revitalisierung von Biotopen sowie für die Rettung von Amphibien während der Laichzeit im Frühling.

Die Zusammenarbeit mit den Gemeinden wurde fortgeführt. Dies gilt namentlich für die Umsetzung der Pflegepläne für Auen und Moore sowie die Aktion «Freiburger Schulen pflanzen Hecken».

Zahlreiche Freiburger Landwirtinnen und Landwirte wurden auch dieses Jahr für die angemessene Nutzung von Magerwiesen und Streueflächen, für Nutzungseinschränkungen in den Pufferzonen am Rand der geschützten Lebensräume, für besonders sinnvoll angelegte ökologische Ausgleichsflächen sowie für weitere Leistungen zu Gunsten des Natur- und Landschaftsschutzes entschädigt.

Ausserdem wurden 2009 der Vorentwurf des Gesetzes über den Natur- und Landschaftsschutz fertiggestellt, der Regionale Naturpark Gruyère Pays-d'Enhaut vom Bund genehmigt und mehrere bedeutende Projekte im Rahmen des Konjunkturstützungsprogramm des Bundes beziehungsweise des Plans zur Stützung der Wirtschaft des Kantons Freiburg in Angriff genommen.

2.1.6 Nachhaltige Entwicklung

Die nachhaltige Entwicklung, die im Staatsratsbeschluss vom 3. Juni 2008 der RUBD zugeteilt wurde, ist administrativ dem Generalsekretariat zugewiesen. Die Verantwortliche für die nachhaltige Entwicklung des Kantons ist seit Juni 2009 im Amt. Sie soll sicherstellen, dass in der Kantonsverwaltung die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung umgesetzt werden. Eine weitere Aufgabe ist die proaktive Unterstützung der staatlichen Dienststellen bei der Berücksichtigung der nachhaltigen Entwicklung (unter dem wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekt) in ihren Sachpolitiken – namentlich in den Bereichen Raumplanung, Transport, Gebäude, Büromaterialverwaltung, öffentliches Beschaffungswesen, Energie, sozialer Zusammenhalt, Gesundheit, Familie und Beruf, Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen, Bildung und Forschung, Wirtschaft, Unternehmen sowie Tourismus.

Die Haupttätigkeiten sind:

- › eine kantonale Strategie für die nachhaltige Entwicklung sowie in Zusammenarbeit mit den betroffenen Dienststellen einen Aktionsplan für die oben erwähnten Sachpolitiken ausarbeiten;
- › die Entscheide anwenden oder bei deren Umsetzung mitarbeiten;
- › eine bereichsübergreifende Organisationsstruktur innerhalb der Kantonsverwaltung schaffen und deren Funktionsfähigkeit sicherstellen;
- › anlässlich von Vernehmlassungen Stellung beziehen, soweit die nachhaltige Entwicklung betroffen ist;
- › das Sekretariat der kantonalen Konsultativkommission «Nachhaltige Entwicklung» sicherstellen;
- › die Gemeinden in Fragen der nachhaltigen Entwicklung beraten.

Das Projekt «Nachhaltige Entwicklung beim Kanton Freiburg: Strategie und Aktionsplan» hat einen in Bezug auf die nachhaltige Entwicklung vorbildlichen Kanton Freiburg zum Ziel: Die öffentliche Politik soll in allen Bereichen und in allen Etappen (Planung, Beschluss, Ausführung, Beurteilung) der wirtschaftlichen Effizienz, dem sozialen Zusammenhalt und der ökologischen Verantwortung verpflichtet sein. Priorität haben die Massnahmen, die im Kompetenzbereich des Kantons liegen. Die Betreuung der Gemeinden wird aufgrund der limitierten personellen Ressourcen zu einem späteren Zeitpunkt in Angriff genommen.

Der Staatsrat hat Ende September 2009 die Arbeitsstruktur für die Ausarbeitung der Strategie «Nachhaltige Entwicklung» ge-

—
2009

nehmt. Diese Querschnittsstruktur besteht aus einem strategischen Steuerungsausschuss und sechs verwaltungsinternen themenspezifischen Arbeitsgruppen. Im Steuerungsausschuss sind folgende Direktionen vertreten: RUBD (Vorsitz), VWD (Vizepräsidentium), FIND, ILFD und GSD. In den Arbeitsgruppen sind neben den bereits erwähnten Direktionen auch die EKSD sowie die Kanzlei vertreten. Die Arbeiten wurden im November 2009 begonnen. Die kantonale Konsultativkommission «Nachhaltige Entwicklung» wird 2010 geschaffen und mit Vertretern aus Umwelt, Sozialbereich, Wirtschaft, Politik und Gemeinden breit abgestützt sein.

Es wurde ein Ablauf in mehreren Etappen definiert: Zustandsanalyse, Festlegung der Ziele und der zu treffenden Massnahmen, Ausarbeitung eines Berichts, Vernehmlassung, Genehmigung des Berichts durch den Staatsrat, Umsetzung und Erfolgskontrolle. Ziel ist, bis 2011 rund zwanzig Massnahmen zu definieren. Dabei sollen für jede Massnahme ihr Beitrag für die nachhaltige Entwicklung, ihre Wirksamkeit, die allfälligen Kosten, die Finanzierung sowie die erforderlichen personellen Ressourcen bestimmt werden.

2.2 Aussergewöhnliche Ereignisse

2.2.1 Wichtige Bauprojekte

Bei folgenden Projekten, die wichtig für die Zukunft des Kantons sind, war die Direktion in hohem Mass beteiligt:

- › Die Umfahrung von Bulle (H189). Während die Bauarbeiten planmässig und ohne grössere Zwischenfälle durchgeführt werden konnten, haben die Kosten für dieses Bauwerk auch 2009 für Schlagzeilen gesorgt. Der Grosse Rat verabschiedete im Februar einen Zusatzkredit von 26 Millionen Franken und die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission legte im September ihren Bericht über die politischen Verantwortlichkeiten vor. Die Umfahrungsstrasse wurde am 11. Dezember feierlich eingeweiht und fristgerecht am 13. Dezember dem Verkehr übergeben.
- › Poyaprojekt (Bau der Poyabrücke und des Poyatunnels sowie Erweiterung der Murtenstrasse auf vier Spuren): Der RUB-Direktor unterbreitete dem Staatsrat eine neue Variante für die St.-Leonhard-Kreuzung. Der Staatsrat genehmigte sie im November, sodass dem Grossen Rat ein Gesuch um einen Zusatzkredit von 28 Millionen Franken für ihre Verwirklichung unterbreitet werden konnte.

2.2.2 Fahrende

Seit mehreren Jahren sucht der Kanton einen Standort, der als Durchgangsort für Fahrende geeignet ist. Die Oberamtännerkonferenz hat in ihrem Bericht mehrere Grundstücke, die dem

Staat gehören, für einen solchen Standort vorgeschlagen. Infolge des Auftrags des Grossen Rats, mit dem der Staat 2008 verpflichtet wurde, rasch Durchgangsorte zu schaffen, intensivierte die RUBD ihre Suche nach möglichen Standorten. Im Anschluss daran und im Anschluss an die Debatten zum Auftrag, entschied der Grosse Rat, dass die Verhandlungen im Hinblick auf die Verwirklichung eines Durchgangsortes in Sâles – auf einem Grundstück, das an den Rastplatz «Joux des Ponts» auf der Juraseite der A12 angrenzt – fortzuführen seien. Da dieser Rastplatz in der Nacht häufig vollständig mit Lastwagen besetzt ist und da es insbesondere für den Winter von Vorteil wäre, wenn zusätzliche Stellplätze geschaffen würden, hat die RUBD dem Bundesamt für Strassen beantragt, den Rastplatz zu vergrössern. Der Bund hat sich grundsätzlich positiv zu diesem Vorschlag geäussert, doch steht der definitive Entscheid noch aus.

2.2.3 Öffentliches Beschaffungswesen

Über das Kompetenzzentrum für das öffentliche Beschaffungswesen war die RUBD in folgenden Bereichen tätig:

Neue Plattform für das Informationssystem über das öffentliche Beschaffungswesen in der Schweiz (SIMAP): Nachdem das Projekt SIMAP 2 gestoppt werden musste, wurde die neue Plattform SIMAP 1+, die gemeinsam vom Bund und den Kantonen genutzt wird, im März für den Bund und im Mai für den Kanton Freiburg in Betrieb genommen. Seit vergangenen Herbst nutzen alle Kantone, die beim Verein SIMAP Mitglied sind, diese neue Plattform, die einen Überblick über das gesamte öffentliche Beschaffungswesen der Schweiz (bis anhin publizierte der Bund seine Ausschreibungen nur im SHAB) bietet.

Mit der neuen Plattform musste auch eine neue Schnittstelle für die Veröffentlichung im Amtsblatt entwickelt werden. Diese ist seit Mittel Dezember in Betrieb.

Nach sechs Jahren Betrieb hat sich die Zahl der geschulten SIMAP-Benutzer stabilisiert. Mit insgesamt 274 Veröffentlichungen auf simap.ch ist auch diese Zahl stabil. Die staatlichen Dienststellen sind für 41% aller Veröffentlichungen im Kanton verantwortlich.

3. Interkantonale Zusammenarbeit

3.1 Schweizerische Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK)

Diese Konferenz ist ein Verbindungsorgan zwischen den Vorsteherinnen und Vorstehern (Regierungs- und Staatsräte) sämtlicher schweizerischer Kantone, die sich mit Aufgaben in den Bereichen Bau, Raumplanung und Umweltschutz befassen.

Sie trat im März und September zusammen und behandelte folgende Hauptthemen: interkantonale Koordination in der Geoin-

2009

formation, Leistungsabgeltung im Bereich der Nationalstrassen, Revision des Raumplanungsgesetzes, behindertengerechtes Bauen, Verkehrsmanagement und Umweltschutz.

3.2 Conférence des directeurs des travaux publics, de l'aménagement du territoire et de la protection de l'environnement de la Suisse occidentale et latine (CDTAPSOL)

Die Konferenz kam einmal am 23. Januar zusammen. Hauptdiskussionspunkte waren die Bilanz des Aktionsplans «Feinstaub», Asbest in Gebäuden sowie Lagerung von Abfällen in Reaktordepotien auf der Ebene der Westschweiz.

3.3 Conférence romande des travaux publics (CRTP)

Am 25. und 26. Juni 2009 fand in Bern die Generalversammlung der CRTP statt, in der sich die Westschweizer Kanton sowie die Kantone Bern und Tessin zusammengeschlossen haben. Professor Joos von der Universität Bern hielt bei dieser Gelegenheit einen Vortrag über die Klimaerwärmung. Ein Besuch im Zentrum Paul Klee und eine Präsentation an der Aare des Projekts «Aarewasser – Nachhaltiger Hochwasserschutz Aare Thun-Bern» rundeten das Programm ab.

4. Streitsachen

Die RUBD hat über 35 Beschwerden im Zusammenhang mit Ortsplänen und über 6 Beschwerden bei Gemeindestrassenplänen befunden.

Sie fällte 666 Entscheide für Bauten ausserhalb der Bauzone.

5. Gesetzgebung

Dekret vom 13. Februar 2009 über einen Zusatzkredit für die Umfahrungsstrasse von Bulle (H189)

Dekret vom 13. Februar 2009 über den Erwerb der Liegenschaft Liebfrauenplatz 2 in Freiburg

Ausführungsverordnung vom 17. März 2009 zur Lärmschutz-Verordnung des Bundes (AVLSV)

Dekret vom 19. Juni 2009 über einen Verpflichtungskredit für die Studien und den Landerwerb für die Umfahrungsstrasse von Düdingen

Gesetz vom 8. Oktober 2009 zur Änderung des Strassengesetzes (Radstreifen und Radwege)

Ausführungsreglement vom 1. Dezember 2009 zum Raumplanungs- und Baugesetz (ARRPBG)

Dekret vom 18. Dezember 2009 über einen Beitrag an das Ausbauprojekt für die Taverna sowie über einen Verpflichtungskredit für den Kantonsanteil am Bau einer Brücke auf der Kantonsstrasse Flamatt–Freiburg–Plaffeien

Gewässergesetz vom 18. Dezember 2009 (GewG)

II. BAU- UND RAUMPLANUNGSAMT

1. Aufgaben

Das Bau- und Raumplanungsamt (BRPA) hat die Aufgabe, eine haushälterische und sinnvolle Bodennutzung mit qualitativ hochstehenden Bauten sicherzustellen. Hierzu geht das Amt wie folgt vor:

- > Es legt im Namen der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion (RUBD), des Staatsrats und des Bundesrats die Raumplanung fest und achtet dabei auf eine rationelle Nutzung dank der Prüfung und Koordination der raumwirksamen Tätigkeiten sowie dank der Erstellung von Gutachten.
- > Es kontrolliert die Einhaltung der Architektur- und städtebaulichen Vorgaben für die Oberämter, indem es die Baubewilligungsgesuche prüft und die betreffenden Gutachten koordiniert.

2. Tätigkeit

Unter der Leitung seines Vorstehers Hubert Dafflon befasste sich das Bau- und Raumplanungsamt (BRPA) mit der Koordination der kantonalen, regionalen und kommunalen Planung. Im Kapitel der aussergewöhnlichen Tätigkeiten ist im Jahr 2009 die Fortführung der Arbeiten für die Totalrevision der Raumplanungs- und Baugesetzgebung hervorzuheben. Das neue Ausführungsreglement vom 1. Dezember 2009 zum Raumplanungs- und Baugesetz (RPBR) konnte so vom Staatsrat erlassen werden.

Das BRPA hat verschiedene Ortspläne (OP) und Detailbebauungspläne (DBP) sowie deren Reglemente geprüft und zahlreiche Baugesuche bearbeitet. Ferner hat es die Reglemente über Verwaltungsgebühren und Ersatzabgaben sowie die Materialausbeutungsgesuche geprüft und sämtliche juristischen Probleme in diesem Zusammenhang und die Probleme in Bezug auf die Naturgefahren behandelt. Im Namen der RUBD hat das

—
2009

BRPA zudem die Beschwerden instruiert, die sich gegen Gemeindeentscheide zu OP und DBP richteten.

Es hat zu parlamentarischen Vorstössen in Sachen Raumplanung und Bauwesen Stellung genommen und in verschiedenen Kommissionen für die Raumplanung und das Bauwesen mitgewirkt. Weiter hat das BRPA verschiedene Gesetzesentwürfe und Sachpläne geprüft, die ihm vom Bund oder von den Nachbarkantonen zur Vernehmlassung unterbreitet wurden.

3. Koordination, Verwaltung und Studien

3.1 Allgemeines

Die Zusammenarbeit mit den Raumplanungsämtern der Kantone Waadt und Bern sowie mit dem Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) wurde weiterverfolgt. Das Amt stand über die Conférence des offices romands d'aménagement du territoire et d'urbanisme (CORAT) regelmässig in Kontakt mit den übrigen Westschweizer Raumplanungsämtern.

3.2 Tätigkeiten innerhalb von Verbänden und Kommissionen

Das BRPA hat sich an den Arbeiten der in seinem Tätigkeitsbereich aktiven kantonalen, interkantonalen und nationalen Instanzen, Konferenzen und Kommissionen beteiligt.

3.3 Informatik

Die Zusammenarbeit mit dem Amt für Informatik und Telekommunikation (ITA) für die Umsetzung des Informatikkonzepts des BRPA wurde fortgesetzt.

Die Informatisierung des Amtes betraf namentlich folgende Bereiche:

- > Fortführung des Projekts DATEC, mit dem die derzeit benutzte Anwendung für die Bearbeitung und Verwaltung der Baubewilligungsgesuche sowie mittelfristig der Dossiers für Ortspläne und Detailbebauungspläne ersetzt werden soll.
- > Eingabe der Zonennutzungspläne (ZNP). Inzwischen sind alle ZNP elektronisch erfasst worden. Diese Daten werden nun laufend (bei jeder Genehmigung durch die RUBD) nachgeführt.
- > Ergänzung des Geoportals des Staats Freiburg mit dem Thema «Raumplanung».

Die Website des BRPA (admin.fr.ch/brpa) wird regelmässig und von Fall zu Fall (z.B. Revision des RPBG) nachgeführt. Auf den

Internetseiten zum kantonalen Richtplan wird die Öffentlichkeit über den Stand der Arbeiten in diesem Bereich informiert.

4. Kantonalplanung

4.1 Richtplanung

Der Staatsrat hat eine Änderung des Richtplans im Bereich der Abfallbewirtschaftung genehmigt, die demnächst dem Bundesrat zur Genehmigung unterbreitet werden wird.

Eine weitere Änderung, diesmal im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des Sachplans Materialabbau (SaM), ging in die öffentliche Vernehmlassung.

4.2 Regionalplanung

Das Amt nahm an verschiedenen vom Bundesamt für Raumplanung organisierten Anlässen teil, die die Begleitung und Nachführung der Agglomerationsprogramme (Planungsinstrument, das für den Bezug von Bundesbeiträgen aus dem Infrastrukturfonds verlangt wird) zum Gegenstand hatten.

Es hat auch dieses Jahr an den technischen Sitzungen von MOBUL zur Ausarbeitung des Agglomerationsprogramms Bulle und an den Arbeiten für einen kantonsübergreifenden regionalen Richtplan für die Broye mitgewirkt, die im Rahmen des Regionalplanungsverbands Broye (COREB) ausgeführt wurden. Der regionale Richtplan Broye war Gegenstand einer Vorprüfung.

Ausserdem nahm das BRPA an den Sitzungen für die Revision der regionalen Richtpläne des Seebezirks und des Sensebezirks teil. Und die Ziele des regionalen Richtplans des Seebezirks wurden den kantonalen Dienststellen für eine erste Vernehmlassung unterbreitet.

4.3 Naturgefahren

Das BRPA hat in Zusammenarbeit mit der Naturgefahrenkommission (KNG) die Umsetzung der im kantonalen Richtplan festgelegten vorsorglichen Massnahmen in den Bereichen Raumplanung und Bauwesen weitergeführt. Dazu gehören insbesondere:

- > die Berücksichtigung der Grundlagenstudien (namentlich der Gefahrenkarten) in der Gemeindeplanung (OP, DBP) und bei baupolizeilichen Arbeiten;
- > die systematische Prüfung aller Dossiers für OP, DBP oder Baugesuche unter dem Gesichtspunkt der Naturgefahren;
- > die Prüfung der von den Gesuchstellern eingereichten geologischen und geotechnischen Expertisen.

—
2009

Das Amt hat wiederholt Gemeinden, Privatpersonen und kantonalen Dienststellen Auskünfte erteilt über den Grad der Gefährdung und die Art der Naturgefahren, die für ein einzelnes Projekt oder eine bestimmte Region bestehen. Die Zahl der Beratungen und Interventionen in diesem Bereich haben sich nach dem Rekordjahr 2006 stabilisiert.

Das Amt hat sich aktiv an der Koordination der Grundlagestudien für die Naturgefahren beteiligt. Es hat namentlich die administrative Leitung des kantonalen Kartografierungsprogramms (2000–2011) inne.

4.4 Kiesgruben und Materialausbeutungen

2009 waren im Kanton Freiburg 82 Kiesgruben und 19 Steinbrüche in Betrieb.

5. Ortsplanung (OP)

Die RUBD hat die Generalrevision von fünf OP genehmigt. Es handelt sich um die OP der Gemeinden Vuisternens-dt-Romont, Villorsonnens, Le Flon, Heitenried und Sâles. Zudem wurden der RUBD 44 Änderungen von OP und GBR zur Genehmigung unterbreitet. Die RUBD hat Änderungen von 2 ZNP für die Gemeinden Marly und Ependes abgelehnt.

Das BRPA hat 12 Generalrevisionen und Revisionsergänzungen von OP sowie Änderungen an 47 OP (ZNP und GBR) und an 3 kommunalen Energieplänen vorgeprüft. Dazu kommen 10 Vorstudienberichte für OP-Revisionen.

6. Bauten

6.1 Baubewilligungen

2009 wurden 3968 Bewilligungen für Neubauten, Umbauten, Vergrößerungen, Renovierungen und Abbrüche erteilt – so viele wie nie zuvor.

Auf Antrag des BRPA hat die RUBD 659 Sonderbewilligungen für Bauten oder Umbauten ausserhalb der Bauzone (Projekte in Verbindung mit der Landwirtschaft sowie andere Projekte) und für Deponien erteilt.

Im gleichen Zeitraum wurden 7 Sonderbewilligungen für nicht zonenkonforme Neubauten, Ausbauten, Umbauten oder Anlagen verweigert.

400 Dossiers wurden in Bezug auf bauliche Hindernisse geprüft.

Ferner behandelte das BRPA 78 Abweichungen von Gemeindebaureglementen und wies deren 2 zurück.

6.2 Detailbebauungspläne (DBP)

Das BRPA hat der RUBD 26 DBP und Änderungen zur Genehmigung unterbreitet. Ausserdem waren 28 DBP Gegenstand einer Vorprüfung.

9 DBP wurden aufgehoben; 8 Reglemente über den Tarif der Verwaltungsgebühren und Ersatzabgaben im Raumplanungs- und Bauwesen wurden von der RUBD genehmigt.

6.3 Architekten- und Ingenieurregister

2009 wurden 100 neue Eintragungen in die verschiedenen Kategorien gemäss den Artikeln 187, 188 und 189 des Raumplanungs- und Baugesetzes vom 9. Mai 1983 vorgenommen.

7. Beschwerden

7.1 Entscheide der RUBD über Beschwerden gegen Gemeindeentscheide zu Einsprachen betreffend die Raumplanung

Am 31. Dezember 2009 waren 53 Beschwerden bei der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion hängig.

2009 wurden 28 Beschwerden gegen Gemeindeentscheide eingereicht, wobei eine zurückgezogen wurde.

2009 hat die RUBD 35 Entscheide zu Beschwerden getroffen. Dagegen wurde 1 Beschwerde beim Kantonsgericht eingereicht.

7.2 Beschwerden an das Kantonsgericht gegen Entscheide der RUBD über Bauten ausserhalb der Bauzone

Beim Kantonsgericht wurden 5 Beschwerden gegen die Erteilung oder Verweigerung von Sonderbewilligungen durch die RUBD eingereicht.

7.3 Entscheide des Kantonsgerichts

2009 hat das Kantonsgericht 13 Beschwerden gegen Entscheide der RUBD über die Raumplanung oder über Bauten ausserhalb der Bauzone behandelt: 2 Beschwerden wurden gutgeheissen und deren 11 abgewiesen oder für unzulässig erklärt.

Darin nicht enthalten sind die Beschwerden, die nachträglich beigefügt wurden und im selben Entscheid wie die ursprüngliche Beschwerde behandelt wurden.

—
2009**7.4 Beschwerden an das Kantonsgericht gegen Entscheide der RUBD zu Genehmigungen von OP**

Beim Kantonsgericht wurde 2009 von den Gemeinden keine Beschwerde gegen Entscheide der RUBD eingereicht.

8. Kommissionen**8.1 Beratende Raumplanungskommission**

2009 hielt die Kommission 4 Sitzung ab. Sie nahm insbesondere detailliert zum Bundesgesetzentwurf über die Raumentwicklung Stellung. Weiter äusserte sie sich zum Entwurf für das Ausführungsreglement zum Raumplanungs- und Baugesetz vom 2. Dezember 2008 (RPBR), zum Entwurf für den Sachplan Materialabbau (SaM) sowie zu den damit verbundenen Änderungen im kantonalen Richtplan.

8.2 Kommission für Architektur und Siedlungsgestaltung

2009 hat die Kommission 2 Sitzungen abgehalten.

8.3 Naturgefahrenkommission

2009 hielt die Kommission 4 Plenarsitzungen ab. Folgende Themen wurden dabei behandelt:

- > Der Fall «La Frasse» in Châtel-St-Denis. In einer Sitzung kamen die Kommission, Vertreter der Gemeinde Châtel-St-Denis und die Grundeigentümer der betroffenen Parzellen zusammen.
- > Das Voranschreiten der Arbeiten in der Galterntal.
- > Der Fall der «BatGliss»-Quartiere in Schwarzsee.
- > Die Koordination und das Verteilen der Grundlagen im Bereich der Naturgefahren; namentlich die Regeln für die Übermittlung der elektronischen Daten wurden behandelt.
- > Prüfung von Dossiers für die Änderung von OP und DBP sowie Prüfung von Baugesuchen. Das ämterübergreifende Verfahren für die Behandlung der OP wurde genehmigt.

Die Kommission hat durch ihr Sekretariat gesamthaft 64 OP, DBP, regionale Richtpläne und Generelle Entwässerungspläne (GEP) sowie 386 Baubewilligungsgesuche begutachtet; In 18 Fällen wurden Teile der elektronischen Daten für private Büros, die in der Mehrheit mit der OP-Revision beauftragt worden waren, aufbereitet.

8.4 Verwaltungskommission für das Südufer des Neuenburgersees

2009 hielt die Kommission 5 Plenarsitzungen ab.

III. AMT FÜR UMWELT**1. Aufgaben**

Das Amt für Umwelt (AfU) hat die Aufgabe, zur Wahrung des Gleichgewichts zwischen Mensch und Umwelt beizutragen. Dabei stützt es sich auf das Bundesgesetz über den Umweltschutz und das Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer. Das AfU ist insbesondere für folgende Bereiche zuständig:

- > Bewahrung der Qualität der unter- und oberirdischen Gewässer, Vermeidung von nachteiligen Einwirkungen auf die Gewässer und Instandsetzung nach solchen Einwirkungen;
- > Abfallbewirtschaftung und Sanierung der belasteten Standorte;
- > Luftreinhaltung (Kontrolle und Begrenzung der Emissionen, Überwachung der Immissionen sowie Sanierung);
- > Lärmschutz und Schutz vor nichtionisierender Strahlung;
- > Bodenschutz (allgemeine Koordination und Schutz des Bodens in Siedlungsgebieten);
- > Umweltverträglichkeitsprüfungen und Vorbeugung von nachteiligen Einwirkungen bei Anlagen einer gewissen Bedeutung und Grösse; Planung und Koordination der Vorschriften;
- > Schutz vor Störfällen, Senkung des Risikos bei der Nutzung gefährlicher Substanzen, biologische Sicherheit; Unterstützungsdienst bei Verschmutzungen;
- > Analyse der Gewässer (verschmutzt, oberirdisch und unterirdisch), des Bodens und des Klärschlammes.

Zur Erfüllung seiner Aufgaben hat sich das Amt vier Hauptziele gesetzt:

- > nachteilige oder lästige Einwirkungen verhindern und reduzieren;
- > zum verantwortungsvollen Gebrauch der natürlichen Ressourcen anregen;

—
2009

- › jede und jeden dazu ermuntern, die Umwelt im Alltag zu achten;
- › dem Kanton als Kompetenzzentrum im Bereich der Umwelt zur Verfügung stehen.

Vorsteher des Amtes für Umwelt ist Marc Chardonnens.

2. Tätigkeit

2.1 Aussenbeziehungen

Das AfU arbeitete in folgenden Kommissionen, Verbänden und Arbeitsgruppen aktiv mit:

2.1.1 Auf nationaler Ebene

- › Konferenz der Vorsteher der Umweltschutzämter der Schweiz (KVU), in deren Vorstand das Amt mitwirkt;
- › Verband Schweizerischer Abwasserfachleute (VSA), insbesondere Arbeitsgruppe «GEP-Musterpflichtenheft»;
- › Vereinigung kantonaler Gewässerschutzchemiker und -limnologen (Cercleau), in deren Vorstand das Amt mitwirkt;
- › Schweizerischer Verband der kantonalen Verantwortlichen für geologische und hydrologische Fragen;
- › Arbeitsgruppe für Tankanlagen (CITA);
- › Eidgenössische Kommission für Lufthygiene;
- › Schweizerische Gesellschaft der Lufthygienefachleute (CercleAir), in deren Vorstand das AfU mitwirkt;
- › Vereinigung der kantonalen Lärmschutzfachleute (Cercle Bruit);
- › Kontaktgruppe des Bundesamts für Umwelt (BAFU) für den Vollzug der Störfallverordnung (StFV);
- › Arbeitsgruppe Ammoniumnitrat des BAFU (StFV);
- › interkantonale Gruppe für den Bereich der biologischen Sicherheit (ERFA BIO);
- › interkantonale Gruppe für die Beförderung gefährlicher Güter (ERFA Strasse);
- › interkantonale Gruppe «ErfA-Austausch Fachstellen Bodenschutz»;

- › Arbeitsgruppe Boden des Netzwerks Umweltbeobachtung Schweiz (NUS FG Boden);
- › Arbeitsgruppe Netzwerk Umweltbeobachtung Schweiz (NUS), die vom BAFU und der KVU initiiert wurde;
- › Arbeitsgruppe des Bundes «PCB in Gewässern und Fischen».

2.1.2 Auf interkantonaler Ebene

- › Konferenz der Westschweizer Umwelt- und Gewässerschutzvorsteher (CREPE), deren Vorsitz das Amt innehat und in der es aktiv bei der Plattform «énergie-environnement» mitwirkt;
- › interkantonale Kommission für die Abfallbehandlung (CIRTD);
- › Verwaltungsrat des Zentrums für Sammlung und Identifizierung von Sonderabfällen (CRIDEC) in Eclépens;
- › Westschweizer Vereinigung für Gewässerschutz und Luftreinhaltung (ARPEA), in der sich das Amt an der Ausarbeitung von Ausbildungskursen beteiligt;
- › Gruppe der Verantwortlichen der Westschweiz und des Kantons Bern für den Grundwasserschutz;
- › interkantonale Gruppe Bern-Neuenburg-Freiburg für die Kontrolle der Seen des Mittellands (Neuenburger-, Bieler- und Murtensee);
- › Westschweizer Arbeitsgruppe für die Überwachung von Anlagen zur Lagerung von wassergefährdenden Flüssigkeiten (SIL);
- › interkantonale Planungs- und Einsatzgruppe für die Bekämpfung von Kohlenwasserstoffverschmutzungen im Neuenburger-, Bieler- und Murtensee sowie in den Kanälen (GIPESI);
- › Westschweizer Arbeitsgruppe für die Automobilbranche (AGC);
- › interkantonale Arbeitsgruppen, die mit der Umsetzung des neuen Bundesrechts im Bereich der Lagerung wassergefährdender Flüssigkeiten betraut ist;
- › Westschweizer Gruppe der Betreiber von Kläranlagen (GRESE);
- › Westschweizer technische Gruppe für die Kontrolle der Kläranlagen (GRTCS);
- › interkantonale technische Kommission für den Gewässerschutz innerhalb des GELAN-Programms (GELAN-GS);

—
2009

- › Westschweizer Arbeitsgruppe von Makrozoobenthos-Spezialisten;
 - › Gruppe der Verantwortlichen der Westschweiz und des Tessins für die Umweltverträglichkeitsprüfungen (grEIE), deren Vorsitz zurzeit das AfU innehat;
 - › Westschweizer Gruppierung der Lufthygieneverantwortlichen (GREMMI);
 - › Westschweizer Gruppierung der kantonalen Heizungsinspektoren (GRICCH);
 - › Westschweizer Arbeitsgruppe der Verantwortlichen für die Luft/Emissionen in Industrie und Gewerbe;
 - › Westschweizer Koordinationsgruppe für den Boden (ROSOL);
 - › interkantonale technische Gruppe für die Integration des Moduls Bodenerosion in die Informatiklösung GELAN (PROSOL-GELAN), deren Vorsitz zurzeit das AfU innehat;
 - › interkantonale Gruppe der Westschweiz für die Umweltinformation (Info-Environnement);
 - › Deutschschweizer Sachbearbeitertagungen für Industrie und Gewerbe;
 - › Westschweizer Gruppe für Industriesanierung (GRAIN);
 - › Westschweizer/Tessiner Gruppe für die Sanierung belasteter Standorte (GLASP);
 - › interkantonale Konferenz der Verantwortlichen bei Umweltverschmutzungen;
 - › Westschweizer Gruppierung der Gewässer- und Umweltschutzlaboratorien der Kantone (Lab'Eaux);
 - › Arbeitsgruppe Analysen und Methoden der internationalen Kommission zum Schutz des Genfersees (CIPEL);
 - › Interkantonale Gruppe «Transporte gefährlicher Güter», Untergruppe Strassen (TGgCH, UG2);
 - › Kontaktgruppe für den Militärflugplatz Payerne.
- 2.1.3 Auf Kantonsebene
- › Kantonale Kommission für Umwelt-, Natur- und Landschaft, für die das AfU das Sekretariat führt;
 - › Kantonale Kommission für Schiessstände, deren Sekretariat das Amt führt;
 - › beratende kantonale Raumplanungskommission (CCCAT);
 - › Gruppe für die Koordination der Verkehrsfragen;
 - › Konsultativkommission für die Fischerei;
 - › Kantontonale Kommission für Pflanzenschutz;
 - › Kantonale Kommission für Gesundheitsförderung und Prävention;
 - › Kommission für den ORKAF-Plan;
 - › Verwaltungsrat der SAIDEF;
 - › Verwaltungsrat der Kompostieranlage Seeland AG;
 - › Kommission für die Abfallbewirtschaftung der kantonalen Bauwirtschaftskonferenz (KBWK);
 - › «Umweltklub» des Grossen Rates, dessen Sekretariat das AfU führt;
 - › Steuerungsausschuss und technische Gruppe für die Einführung des Informatiksystems DATEC zur Verwaltung der OP- und DBP-Dossiers sowie der Baubewilligungen;
 - › Kommission für die Verwaltung des Fonds der Groupe E zur Vermarktung des Labels «Nature Made Star».
 - › Gruppe für die ämterübergreifende Koordination in den Bereichen der Raumplanung und Gewässerrevitalisierung;
 - › kantonale Koordinationsgruppe zum Schutz gegen Störfälle (GROPAM), deren Vorsitz und Sekretariat das Amt innehat;
 - › Koordinationsgruppe für den ORKAF-Plan;
 - › technische Gruppe für den Unterhalt und die Begleitung der Ausgleichsmassnahmen für die A1, deren Vorsitz das AfU innehat;
 - › Arbeitsgruppe für den Sachplan Arbeitszonen;
 - › Arbeitsgruppe Erosion FR;
 - › Arbeitsgruppe mit Vertretern mehrerer Dienste für die Anwendung der Gesetzgebung über den Bodenschutz, deren Vorsitz und Sekretariat das Amt innehat;

—
2009

- › kantonale Konferenz der Stützpunktkommandanten;
- › Arbeitsgruppe der KGV «Feuerwehr und Umweltschutz»;
- › Arbeitsgruppe für die Strassenlärmsanierung;
- › Projektoberleitung für die Sanierung der Deponie La Pila;
- › Interdisziplinäre Koordinationszelle für die Sanierung der Deponie La Pila, deren Vorsitz und Sekretariat das Amt innehat.
- › Steuerungsausschuss und Arbeitsgruppen für die nachhaltige Entwicklung.

2.2 Gesetzgebung

Der Entwurf zum Gewässergesetz, der am 7. Juli 2009 vom Staatsrat verabschiedet worden war, wurde am 18. Dezember 2009 einstimmig vom Grossen Rat verabschiedet.

Das Amt beteiligte sich an der Ausarbeitung des Entwurfs für das Gesetz über das Trinkwasser, indem es ab Mitte Juli mit Vertretern der ILFD, des BRPA und der KGV in einer Arbeitsgruppe mitarbeitete.

Die Aufgabenteilung zwischen den verschiedenen Dienststellen, namentlich TBA und AfU, wurde in einer kantonalen Ausführungsverordnung (AVLSV) geregelt, die der Staatsrat am 17. März 2009 erlassen hat. Mit diesem neuen Rechtsinstrument wird für die kommenden Jahre eine koordinierte Vorgehensweise bei den Strassenlärmsanierungen sichergestellt.

Das Kapitel zur Abfallbewirtschaftung des kantonalen Richtplans sowie die kantonale Abfallplanung wurden in den Bereichen Ablagerung von Inertstoffen, Bewirtschaftung von Aushub- und Abraummateriale und Wiederverwertung von Biomasse revidiert. Die Änderungen wurden am 14. Dezember 2009 vom Staatsrat angenommen.

Gegenwärtig ist der Entwurf des kantonalen Ausführungsgesetzes zur Bundesgesetzgebung über belastete Standorte in Ausarbeitung. Es besteht unter anderem die Absicht, einen Fonds einzurichten, der insbesondere mit den Abgaben für abgelagerte Abfälle gespeist und zur Finanzierung bestimmter Sanierungskosten dienen würde.

Die kantonale Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfungen und die massgeblichen Verfahren müssen infolge der Änderungen in der einschlägigen Bundesverordnung angepasst werden. Der Entwurf wurde bei den betroffenen Direktionen und Instanzen in Vernehmlassung gegeben und soll 2010 dem Staatsrat vorgelegt zu werden.

2.3 Information

Die Information ist eine Aufgabe, die sich aus dem Bundesgesetz über den Umweltschutz (USG) und dem Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer herleitet. So besagt Artikel 6 USG: «Die Behörden informieren die Öffentlichkeit sachgerecht über den Umweltschutz und den Stand der Umweltbelastung. Die Umweltschutzfachstellen beraten Behörden und Private. Sie empfehlen Massnahmen zur Verminderung der Umweltbelastung.»

Die Kommunikation ist für den Umweltschutz von grösster Bedeutung, da die Bevölkerung auf diese Weise über die Situation aufgeklärt werden kann. Die Kommunikation fördert somit umweltgerechte Verhaltensweisen.

2.3.1 Besondere Ereignisse und Tätigkeiten

Die wichtigsten Tätigkeiten 2009 im Bereich der Kommunikation lauteten:

- › Vertretung der Westschweizer Konferenz der Dienstchefs im Bereich Umwelt im Steuerungsausschuss von energie-environnement.ch: Das Informationsportal der Energie- und Umweltschutzdienststellen der Kantone Bern, Freiburg, Genf, Jura, Neuenburg, Wallis und Waadt wurde 2009 im Hinblick auf einen modernen Internetauftritt komplett überarbeitet. Die Website wurde Anfang Jahr mit dem Prix Roberval in der Kategorie Multimedia ausgezeichnet und gibt konkrete Ratschläge für ein energie- und umweltschonendes Verhalten im Alltag.
- › Am 7. Mai 2009 fand in Freiburg ein vom Bundesamt für Umwelt und vom AfU organisierter Kommunikationstag statt.
- › Am 13. Mai 2009 hat das Amt unter den Ärzten und Ärztinnen (FMH, allgemeine Medizin, innere Medizin, Pädiatrie, Allergologie, Otorhinolaryngologie, Ophthalmologie), die im Kanton arbeiten, die Broschüre «Ozon Schadet! Informieren Sie sich und handeln Sie!» zukommen lassen. Diese Broschüre erklärt, wie man sich bei hohen Ozonwerten verhalten soll und was man tun kann, um die Ozonbelastung zu reduzieren. Herausgeberin ist die Schweizerische Gesellschaft der Lufthygiene-Fachleute (Cercl'Air).
- › Der Kanton Freiburg beteiligt sich zum fünften Mal an der Aktion Frühjahrsputz, die zum Ziel hat, die Bevölkerung bei den Bemühungen für einen sauberen öffentlichen Raum aktiv mitwirken zu lassen und sie für einen besonnenen Umgang mit Abfällen zu sensibilisieren. 35 Freiburger Gemeinden organisierten eine oder mehrere Aktionen am 15. und 16. Mai 2009 oder an einem anderen Tag. Der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektor nahm an der Frühjahrsputzete in Bossonnens teil, die am Samstag, 16. Mai 2009 stattfand.

—
2009

- › 2006 beauftragten die beiden Staatsräte, die der RUBD bzw. der ILFD vorstehen, ihre jeweiligen Ämter damit, eine Standortanalyse der Interaktionen zwischen Landwirtschaft und Umwelt im Kanton Freiburg zu erstellen, die Ziele und Handlungsprioritäten im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung zu definieren sowie realisierbare Massnahmen vorzuschlagen. Anlässlich der Veröffentlichung des Berichts «Landwirtschaft und Umwelt» wurde am 5. Juni 2009 eine Medienkonferenz organisiert.
- › Der vom Staatsrat verabschiedete Entwurf zum Gewässergesetz wurde am 4. September 2009 den Medien vorgestellt,
- › Der Kanton hat eine Vollzugshilfe für die Entsorgung natürlicher Wald-, Feld- und Gartenabfälle ausgearbeitet und den Freiburger Gemeinden zukommen lassen. Am 21. Oktober 2009 wurde dazu eine Medienmitteilung veröffentlicht.
- › Das AfU hat im Oktober 2009 ein Informationsbulletin über den Lärmschutz an Strassen im Kanton Freiburg veröffentlicht.
- › Das Amt hat an der ersten Ausgabe in Freiburg der Fachmesse für Abfallwirtschaft, Ressourcen und Umwelttechnik (Greentech) teilgenommen, die vom 21. bis 24. Oktober 2009 im Forum Fribourg stattfand. Bei dieser Gelegenheit wurde gemeinsam mit der kantonalen Bauwirtschaftskonferenz ein Seminar über die Baustellenabfallbewirtschaftung organisiert.
- › Am 16. Februar 2009 wurde in einer Medienkonferenz der Bericht zur Detailuntersuchung der ehemaligen Deponie La Pila vorgestellt (siehe weiter unten Punkt 8, Abfälle und belastete Standorte). Weiter wurden drei Medienmitteilungen publiziert und vier Nachrichten auf der Website der Deponie La Pila (admin.fr.ch/pila) veröffentlicht. Es fanden drei Sitzungen mit Umweltschutzvereinen und dem Freiburgerischen Verband der Fischervereine statt.
- › Den Gemeinden und Verbänden wird vierteljährlich ein Informationsschreiben mit Beurteilungsbericht zum Zustand ihrer Kläranlagen geschickt.
- › Veröffentlichungen: Bericht über die Stickstoffdioxidbelastung im Jahr 2008, Vollzugshilfe für die Entsorgung natürlicher Wald-, Feld- und Gartenabfälle, Vollzugshilfe für die Entsorgung und Behandlung der Abwässer von Grossküchen, Wegleitung über das Ausbringen von Hofdünger im Winter.
- › Informationsveranstaltungen zuhanden der freiburgischen Schützengesellschaften über die Sanierung von Kugelfängen und die neuen Fristen für den Erhalt von Bundessubventionen gemäss Änderung des USG vom 20. März 2009.
- › Informationsveranstaltungen zuhanden der Gemeinden über die Veröffentlichung des Katasters der belasteten Standorte.

2.3.2 Website

Auf seiner Website (admin.fr.ch/afu) informiert das AfU kontinuierlich über die Luftqualität, die in den verschiedenen über das ganze Kantonsgebiet verteilten Messstationen gemessen wurde. Auf der Website findet man zudem allgemeine Informationen über sämtliche Tätigkeitsgebiete des AfU und auch Informationsbroschüren, Merkblätter und Formulare über die Abfallentsorgung sowie über den Gewässerschutz, die heruntergeladen werden können. Nicht zuletzt wartet die Website mit nützlichen Internet-Adressen und dem Umweltbericht im pdf-Format auf. Die Website wurde des Weiteren durch einen gemeinsam mit dem Autobahnamt (ABA) ausgearbeiteten Internetauftritt über die ökologischen Ausgleichsmassnahmen für die A1 ergänzt. 2009 wurden 17 Nachrichten veröffentlicht.

Eine weitere Website (www.les3lacs.ch), die von den drei Kantonen Bern, Freiburg und Neuenburg gemeinsam verwaltet wird und direkt über die Site des AfU angeklickt werden kann, liefert monatlich aktualisierte Informationen über die Entwicklung der Wasserqualität in den drei Seen des Mittellands (Bieler-, Murten- und Neuenburgersee). Das Amt hat ausserdem an der Aktualisierung der Datenbank mitgearbeitet, in der alle Schweizer Unternehmen, die im Bereich der Abfallbearbeitung tätig sind, aufgeführt sind. Die Datenbank kann über die Startseite des AfU abgerufen werden. Abschliessend sei noch die Internetplattform «energie-environnement.ch» erwähnt, die aus der Zusammenarbeit der kantonalen Energie- und Umweltämtern der Westschweiz entstanden ist und die zahlreiche Informationen bereitstellt, die praxisrelevant und von allgemeinem Interesse sind.

2.3.3 Geoportal

Das Amt hat verschiedene Informationen über das Geoportal des Kantons Freiburg veröffentlicht:

- › belastete Standorte (Kataster der belasteten Standorte mit den Betriebs- und Ablagerungsstandorten);
- › Gewässerschutz (mit den Gewässerschutzbereichen, Abwasserreinigungsanlagen, ihren Einzugsgebieten sowie den Erdsonden).

2.3.4 Schulung

Auf Ersuchen des Freiburgerischen Baumeisterverbands (FBV) hat das Amt 7 Kurse über die Sicherheit beim Lagern von Kohlenwasserstoffen und den Umgang mit ihnen, über den Gewässerschutz sowie über die Abfallbewirtschaftung durchgeführt.

—
2009

Diese Kurse richteten sich an Geräte-, Autokran- und Bauführer und fanden in Düringen im Ausbildungshaus Chiemi statt.

Ausserdem führte das Amt am LIG 2 Kurse über die Abwasserbehandlung für Milchtechnologen und für die Studentinnen und Studenten der Landwirtschaftlichen Fachschule (eidgenössischer Fachausweis) durch.

Das Amt beteiligte sich ferner aktiv an der Ausbildung der Polizeiassistentinnen und -assistenten des Jahrgangs 2009. In den Kursen werden den Ordnungshütern im Hinblick auf ihre künftigen Einsätze praktische Kenntnisse über den Umweltschutz vermittelt. Bei dieser Gelegenheit wurden zweisprachige Faktenblätter über die Berücksichtigung des Umweltschutzes bei der Polizeiarbeit verteilt.

Das AfU hat zudem in der Pädagogischen Hochschule zwei Kurse für die angehenden Lehrerinnen und Lehrer zum Thema Umweltschutz gegeben.

Des Weiteren hat das Amt eine Ausbildung im Rahmen des überbetrieblichen Kurses für Lehrlinge des POA angeboten.

2.3.5 Vorsorgliche Analyse der Dossiers

Die Zahl der Raumplanungs- und Baudossiers, die das AfU im laufenden Jahr bearbeitet hat, ist im Vergleich zu 2008 leicht zurückgegangen. Rein mengenmässig fallen die Baubewilligungsgesuche am stärksten ins Gewicht:

- > 3028 Baubewilligungsgesuchsdossiers (2008 waren es deren 3464 gewesen); entsprechend war der Arbeitsaufwand auch dieses Jahr sehr hoch;
- > 320 Gesuche unterschiedlicher Art der Gemeinden (beschränkte Auflagen) und anderer Gesuchsteller (Strassen usw.);
- > 117 Ortspläne (OP) und Detailbebauungspläne (DBP).

2.3.6 Unterstützungsdienst bei Verschmutzungen (UDV)

Seit mehr als zehn Jahren unterstützt und berät der Unterstützungsdienst bei Umweltverschmutzungen die Einsatzdienste sowohl im Ereignisfall als auch bei drohenden bzw. sich abzeichnenden Gewässer- und Bodenverschmutzungen. Der Dienst wird rund um die Uhr und während des ganzen Jahres von insgesamt 19 Mitarbeitenden des Amts sichergestellt. In diesem Rahmen ist der UDV 82-mal interveniert: bei 17 Ölverschmutzungen, 18 landwirtschaftlichen Verschmutzungen, 6 Grossbränden und 24 Chemieunfällen; weitere 17 Einsätze betrafen die unterschiedlichsten Ereignisse (Abwässer, Schlamm, Abfälle usw.).

2.3.7 Verschiedenes

Das Amt hat gemeinsam mit dem LIG den Bericht «Landwirtschaft und Umwelt» erarbeitet und fertig gestellt. In diesem Bericht wird eine Bilanz der Jahre 1996 bis 2006 gezogen für die verschiedenen Umweltaspekte, die die Landwirtschaft betreffen (namentlich der Bodenschutz und die Erosion). Ausserdem ging es in diesem Bericht darum, die Ziele und Prioritäten für die nächsten zehn Jahre unter dem Gesichtspunkt der nachhaltigen Entwicklung festzulegen. Der Bericht wurde am 6. Juni 2009 den Medien vorgestellt und veröffentlicht.

3. Gewässerschutz

3.1 Ordentliche Tätigkeit

3.1.1 Sektor Siedlungsentwässerung

3.1.1a Subventionierung

2009 betragen die überwiesenen Kantonsbeiträge rund 125 000 Franken (für etwa dreissig GEP). Ausserdem erhielten gewisse Bauwerke für die Abwasserbeseitigung und -behandlung Kantonsbeiträge von knapp 330 000 Franken. Die Gesuche um Bundessubventionen beliefen sich 2008 auf zirka 1 500 000 Franken.

3.1.1b Gemeindeplanungen und Baudossiers

Der Sektor hat 21 Gesuche für die Änderung von Reglementen über die Abwasserreinigung geprüft. Derzeit verfügen 58 Gemeinden über Reglemente und Gebühren, die dem Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer entsprechen (insbesondere Art. 60a GSchG).

2009 hat der Sektor 10 Generelle Entwässerungspläne (Gemeinde-, Verbände- und globale GEP) zur Begutachtung erhalten. Da die meisten Studien zur selben Zeit in Angriff genommen wurden (zwischen 2000 und 2002) ist die Zahl der Dossiers, die dem AfU zu Begutachtung vorgelegt werden, schon seit einiger Zeit auf einem sehr hohen Niveau. So hat das Amt im Jahr 2009 14 GEP geprüft. Um den Rückstand bei der Behandlung dieser Dossiers abzubauen, wurde auf externe Ressourcen zurückgegriffen.

3.1.1c ARA

Auch 2009 ist das Amt den Betreibern der 29 Abwasserreinigungsanlagen (ARA) im Kanton mit Rat und Tat zur Seite gestanden, damit die in der Gewässerschutzverordnung (GSchV) definierten Wirkungsgrade und Normen für die abgeleiteten Mengen und Konzentrationen von Stoffen eingehalten werden.

Im Rahmen der Überwachung der Kläranlagen gemäss GSchV hat das Amt die Qualität des Wassers (knapp 400 Proben) und

—
2009

des Klärschlamm (rund 100 Proben) untersucht. Mit dem Bevölkerungswachstum und der wirtschaftlichen Entwicklung stiegen auch die Anforderungen an die Klärleistung der Anlagen. Den Betreibern und übergeordneten Instanzen wurden die Analyseergebnisse übermittelt; zusammenfassend kann Folgendes festgehalten werden:

- › 17 ARA funktionieren gut bis ausgezeichnet.
- › 10 ARA funktionieren zufriedenstellend; über kurz oder lang werden die Anlagen ausgebaut werden müssen oder es werden Massnahmen zur Verringerung der zugeführten Last getroffen werden müssen.
- › In 2 ARA ist die Behandlung der Abwässer ungenügend. Bei einer dieser beiden ARA wurde das Problem gelöst, indem sie entfernt wurde und das Abwasser, das bis anhin hier behandelt worden war, neu einer grösseren ARA zugeführt wird; im Fall der zweiten ARA ist für 2010 ebenfalls geplant, das Abwasser in eine grössere ARA umzuleiten.

Der Sektor hat zudem die Arbeiten zur Vergrösserung und Anpassung der ARA in Marly begleitet, die Anfang 2010 abgeschlossen sein sollten. Die Umbauarbeiten (Nitrifikation, Entstickung) werden vom Bund (2 000 000 Franken) und vom Kanton (1 500 000 Franken) subventioniert.

3.1.2 Sektoren Industrielle Abwässer und Wassergefährdende Flüssigkeiten

3.1.2a Industrie und Gewerbe inklusive Automobilbranche

Der Sektor hat 165 Baubewilligungsgesuche, 22 Umbaugesuche, 20 Sanierungsdossiers und 4 Gesuche für Chemietanks geprüft und begutachtet.

Er hat des Weiteren 31 neue private Anlagen aus Sicht des Gewässerschutzes abgenommen und von Auge eine gewisse Anzahl Anlagen für die Vorbehandlung der industriellen Abwässer überprüft. Er hat zudem die Sanierung von 10 Anlagen infolge einer Gewässerverschmutzung in die Wege geleitet.

Im Rahmen der Erstellung und Nachführung des Industrieabwaserkatasters hat das Amt in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und überkommunalen Abwasserverbänden 220 Unternehmen besucht und kontrolliert. In mehr als der Hälfte der Fälle wurden von den Besitzern Sanierungsmassnahmen verlangt, weil die Anlage nicht konform war. Zur Erledigung dieser administrativen Aufgaben waren rund dreissig Ortsbegehungen und mehrere Sitzungen erforderlich.

Das Amt hat ausserdem für 6 neue Chemietanks Prüfberichte verlangt, um sicherzustellen, dass die Anlagen den zugelassenen Techniken entsprechen.

Im Zusammenhang mit der Überwachung der industriellen Abwässer hat das AfU die Analyseergebnisse überprüft und die Berichte über die für die ARA massgeblichen Schadstoffbelastung von 26 Unternehmen, die einen Einfluss auf die ARA haben, evaluiert.

Auf Grund des vom Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt verlangten Konformitätsberichts wurden im Hinblick auf den Erhalt von Berufsschildern 20 Betriebe der Automobilbranche durch das Amt inspiziert. 5 Betriebe mussten ihre Anlagen gemäss Umweltschutzanforderungen sanieren.

Die Sanierungsarbeiten erforderten insgesamt 37 Ortsbegehungen.

Es wurden bereits 786 der 2274 betroffenen Betriebe in die Datenbank eingegeben, mit der sämtliche Tätigkeiten in den Bereichen Industrie, Gewerbe und Autobranche erfasst und verfolgt werden können, die spezifischer Massnahmen für den Gewässerschutz bedürfen.

3.1.2b Tankanlagen

Das AfU hat 55 Bewilligungsgesuche für 112 Tanks geprüft und begutachtet. Im Zusammenhang mit der Abnahme von 22 Installationen mussten 15 Besitzer schriftlich benachrichtigt werden, dass ihre Tankanlagen nachgebessert werden müssten.

Am 31. Dezember 2009 waren 48 218 Tankanlagen im Register eingetragen. Es wurden 2088 Tankanlagen revidiert und registriert. 302 Tanks wurden ausser Betrieb gesetzt, weil sie undicht waren, weil ein neues Heizsystem eingebaut wurde oder weil die Anlagen andere Mängel besaßen. Zudem konnten 250 Mahnungen bearbeitet und die Anlagen saniert werden. Derzeit sind 162 Mahnungen in Bearbeitung. Insgesamt waren 88 Ortsbegehungen nötig.

Es wurden 2700 Kontrollberichte über Leckerkennungsgeräte behandelt. Derzeit werden 404 Geräte revidiert (Revision 1+2).

2009 ordnete das AfU den Besitzern in 85 Fällen eine Revision von Tankanlagen in einer Grundwasserschutzzone S3 an.

Es wurden 5 Tankrevisionsunternehmen geprüft. Dazu waren 12 Ortsbegehungen nötig. 4 Treibstofflieferanten wurden kontrolliert und über die Bemerkungen des Amtes informiert.

219 der 1316 einwandigen erdverlegten Tanks, die bis zum 31. Dezember 2014 saniert werden müssen, wurden bereits

—
2009

saniert (Ausserbetriebnahme oder Einbau einer zweiten Wand). Hierfür waren 21 Ortsbegehungen nötig.

Das Amt hat infolge einer Anfechtung der Sanierungsmassnahmen, die von den Revisionsunternehmen vorgeschlagen worden waren, 28 Anlagen begutachtet.

Die Sanierung der belasteten Standorte erforderte insgesamt 23 Ortsbegehungen.

Die technischen rechtlichen Grundlagen für Anlagen zur Lagerung von wassergefährdenden Flüssigkeiten in überflutbaren Zonen wurden verwirklicht. Dadurch haben die betroffenen Besitzer die nötigen Informationen für die Sanierung ihrer Tankanlagen (Selbstverantwortung).

3.1.2c Unfälle und Verschmutzungen durch Kohlenwasserstoffe

Das Amt hat 51 Dossiers zu Verschmutzungen durch Kohlenwasserstoffe behandelt. In diesem Zusammenhang wurden 68 Rechnungen ausgestellt, deren 3 Gegenstand eines Verwaltungsverfahrens waren.

3.1.3 Sektor Landwirtschaft

Der Sektor hat 85 Baubewilligungsgesuche und 10 Gesuche für Biogasanlagen begutachtet, für die eine Umweltverträglichkeitsprüfung ausgearbeitet werden musste.

In 21 Kontrollen hat der Sektor die Dichtigkeit von Jauchegruben für ein Gesamtvolumen von 15 000 m³ geprüft. Die Dichtigkeit wurde ausserdem in rund 10 Tests von einem vom Besitzer der Anlage beauftragten Ingenieur geprüft.

Die schwierigen Bedingungen während des Winters 2008/2009 (gefrorener Boden und lange Schneebedeckung) haben verschiedene Probleme im Zusammenhang mit der Lagerkapazität der Güllegruben und den Bedingungen, unter denen der Dünger ausgetragen wurde, zutage treten lassen. In Absprache mit der ILFD und dem LwA haben die RUBD und das AfU als Notmassnahme beschlossen, ausnahmsweise und provisorisch das Ausbringen von Hofdünger unter strengen Auflagen zuzulassen, wobei die Landwirte die volle Verantwortung für allfällige Verschmutzungen zu tragen hatten. Beim Amt wurden in diesem Zusammenhang 161 Erklärungen eingereicht. Anfang Herbst 2009 haben die ILFD und RUBD den Landwirten zudem einen Leitfaden über das Ausbringen von Hofdünger im Winter zugestellt.

3.1.4 Sektor Grundwasser

—

3.1.4a Karten über Gewässerschutzbereiche 1:25 000

Die Generalaktualisierung der Karten wird fortgeführt. Dank der heutigen Informatikmittel und dank dem, dass die Informationen seit 2009 auf dem Geoportal des Kantons zur Verfügung gestellt werden, wird immer weniger auf Papier publiziert.

3.1.4b Grundwasserschutzzonen (definitive und provisorische Zonen S)

Auf der Grundlage der Datenbank mit den Quellen und Wasserfassungen von öffentlichem Interesse kann die Lage in diesem Bereich wie folgt zusammengefasst werden:

> 2009 wurden 7 Zonen genehmigt;

> 15 Zonen S können demnächst genehmigt werden;

> für 50 Dossiers konnte das Verfahren bis anhin wegen Interessenkonflikten nicht abgeschlossen werden, sodass sie neu aufgerollt werden müssen; in mehreren Fällen ist eine neue öffentliche Auflage nötig; die entsprechenden Konzessionen werden parallel behandelt werden;

> bei 15 Dossiers sind zusätzliche Abklärungen erforderlich; so muss bei der Inhaberschaft in Erfahrung gebracht werden, ob die Fassung noch in Gebrauch ist oder nicht;

> mindestens 50 Zonen sind provisorisch und müssen definitiv festgelegt werden.

3.1.4c Zuströmbereiche (Sektoren Zu)

Ein Geologiebüro wurde mit einer Studie für die Abgrenzung des Zuströmbereichs einer Quelle in Belfaux beauftragt.

Die Wasserqualität in den Einzugsgebieten von Avry, Courgevaux, Domdidier, Fétigny, Lurtigen, Middles und Salvenach wurde wie bis anhin jeden Monat analysiert. Es wurden 5 weitere Standorte in das Überwachungsprogramm aufgenommen.

3.1.4d Kiesgruben, Materialausbeutungen und geothermische Sonden

2009 wurden 2 Gesuche zur Ausbeutung von sandig-kiesigem Material geprüft.

Ausserdem wurden 651 Baubewilligungsgesuche für geothermische Sonden bearbeitet.

—
2009

Um das Baubewilligungsverfahren für geothermische Sonden zu vereinfachen, wird derzeit eine Karte ausgearbeitet, in der angegeben ist, in welchen Zonen solche Sonden grundsätzlich erlaubt oder verboten sind bzw. speziellen Bedingungen unterstehen.

3.1.4e NAQUA, Beobachtung der Grundwasserqualität

Das in Zusammenarbeit mit dem BAFU ausgearbeitete Projekt für ein Netz zur Überwachung der Grundwasserqualität konkretisierte sich 2002 und wurde weitergeführt, indem insbesondere gezielte Studien über bestimmte Mikroverschmutzer in das Projekt aufgenommen wurden. Es handelt sich dabei um ein Projekt auf nationaler Ebene namens NAQUA, für das jährlich vier Messkampagnen in 14 Freiburger Messstationen durchgeführt werden, die auf dem Kantonsgebiet gemäss hydrogeologischer Besonderheit der Trinkwasserreserven verteilt sind. Die Arbeiten werden vom Bund subventioniert.

Die Überwachung der Grundwasserqualität ist eine Aufgabe des Kantons. Dafür wurde im Jahr 2005 ein Konzept für ein Netz zur Überwachung der Grundwasserqualität auf regionaler Ebene mit 49 Standorten definiert. 2009 wurden zwei Messkampagnen durchgeführt.

Mit der Anstellung einer neuen Mitarbeiterin (50%) konnten die Befunde dieser Überwachung analysiert und ausgewertet werden. Sämtliche betroffenen Gemeinden wurden über die Qualität der unterirdischen Gewässer in Kenntnis gesetzt, die auf ihrem Gebiet analysiert wurden.

Die Vorstudie für die Erstellung eines Sachplans für die Fassung von öffentlichen Gewässern steht kurz vor dem Abschluss. Da die Ergebnisse der Studie ein grosses Informationsdefizit zu Tage treteten lassen, wurde 2008 ein Auftrag vergeben, um die Bestandsaufnahme der Ressourcen fortzuführen. Dieser Auftrag wurde 2009 weiterverfolgt.

Das Amt wirkt beim französisch-schweizerischen Programm interreg (Alpeau) mit, das den Fortbestand der Schutzwälder und dadurch den Schutz der Trinkwasserquellen in den voralpinen Gebieten zum Ziel hat. In diesem Zusammenhang wurde der Gibriloux zum Untersuchungsgebiet deklariert.

3.1.4f Bewirtschaftung der Grundwasser

2009 wurden zwei Konzessionsgesuche eingereicht; diese konnten noch nicht behandelt werden.

Seit 1972 wurden 22 Konzessionen für die Nutzung öffentlicher Gewässer zwecks Trinkwassergewinnung und weitere 5 für eine andere Nutzung (Kühlung, Fischzucht usw.) ausgestellt.

Zahlreiche Wasserentnahmen aus öffentlichen Gewässern im Kanton Freiburg erfolgen ohne Konzession, was eine grosse Lücke in der Bewirtschaftung der öffentlichen Gewässer darstellt.

3.1.4g Gutachten

2008 hat das Amt 1025 Dossiers (Baubewilligungen, DBP, OP, GEP, Kiesgruben) unter dem Gesichtspunkt des Grundwasserschutzes bearbeitet.

3.1.5 Sektor Oberflächengewässer

Im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen den Kantonen Bern, Neuenburg und Freiburg hat das AfU für die Studie und Analyse der Wasserqualität in den Seen des Mittellands 12 Proben (1 pro Monat) aus dem Murtensee entnommen. Das AfU hat sich auch an den Probeentnahmen aus dem Neuenburgersee beteiligt. Ferner hat das Amt die Kontrolle der Wasserqualität im Greyerzer-, Schiffenen- und Lesocsee durch eine jährliche Probeentnahme weitergeführt.

Die jährliche Analyse der Wasserqualität in den Zuflüssen des Murtensees (Arbogne, Broye, Chandon, Kleine Glane) und des Neuenburgersees (Broyekanal) wurde mit 4 Probeentnahmen weitergeführt. Dabei wurden auch die Ableitungen der ARA von Murten, die sich im betroffenen Einzugsgebiet befindet, einer Qualitätskontrolle unterzogen.

Das Amt hat die physikalisch-chemischen Untersuchungen der Einzugsgebiete im Kanton fortgesetzt und verstärkt. So hat es 4 Messkampagnen in der Sionge, deren 8 in der Serbache und der Veveyse sowie 5 in der Oberen Saane durchgeführt. Diese Erhebungen reichen leider noch nicht aus für ein zuverlässiges Gesamtbild der Wasserqualität im Kanton.

Das AfU hat auch die 2004 begonnene Kampagne für die Untersuchung des Gesundheitszustands der Gewässer im Kanton Freiburg fortgeführt. Dabei verwendete das Amt die sogenannte IBGN-Methode (Genormte Biologische Gesamtzahl), die auf der Beobachtung der Gemeinschaften der Wirbellosenlarven (Makro-Invertebraten) basiert. 2009 wurden die Einzugsgebiete der Oberen Sense und der Veveyse untersucht.

Parallel dazu führte das Amt zwei Untersuchungen zur Bestimmung des phytosanitären Status von einigen Fliessgewässern durch. Hierfür mass es den Pestizidgehalt und analysierte die Belastung der Fliessgewässer durch die Abwasserreinigungsanlagen. Die Berichte zu diesen Studien sind für Anfang 2010 vorgesehen.

Mit dem Inkrafttreten des neuen kantonalen Gewässergesetzes werden die Anstrengungen im Bereich der Überwachung intensiviert werden müssen.

—
2009**4. Labor und Stoffe****4.1 Ordentliche Tätigkeit**

4.1.1 Akkreditierung nach ISO 17025

Im Rahmen des Qualitätsmanagement-Systems führte das AfU verschiedene Ringanalyse-Serien durch, die von der Arbeitsgruppe «Analysen und Methoden» der CIPEL, von den WEPAL (Wageningen Evaluating Programmes for Analytical Laboratories) aus den Niederlanden und vom Gewässer- und Bodenschutzlabor des Kantons Bern organisiert worden waren. Insgesamt erfolgten 306 Analysen, mit denen die Qualität der vom Laboratorium des AfU erbrachten Leistungen sichergestellt werden konnte.

4.1.2 Kläranlagen

Gestützt auf die gesetzlichen Bestimmungen – namentlich auf die Gewässerschutzverordnung und die kantonale Weisung vom 21. Juli 1991 über die Ausstattung und die Kontrolle von ARA-Betrieben – hat das AfU die 28 in Betrieb stehenden ARA der Gemeinden und Gemeindeverbände kontrolliert. Im Rahmen dieser Kontrollen wurden 3371 Analysen durchgeführt.

Das AfU hat die regelmässige Qualitätskontrolle der von den ARA produzierten Klärschlämme mit vier Probeentnahmen für die grossen und mittleren Anlagen und zwei Probeentnahmen für die kleinen Anlagen weitergeführt, was insgesamt 1261 Analysen erforderte. Das AfU hat ferner seine Mitarbeit am MARSEP-Programm fortgesetzt, das von der Eidgenössischen Forschungsanstalt Agroscope Reckenholz Tänikon (ART) zur Qualifizierung der Laboratorien eingeführt wurde. Das AfU-Labor ist dadurch offiziell für die Kontrolle der Klärschlämme und des Kompostes zugelassen.

4.1.3 Industrieabwasser / Deponien

Es wurden 32 Analysen von Industrieabwässern vorgenommen. Zudem setzte das Amt seine Untersuchungen der Qualität des Abwassers und des Grundwassers unter der Deponie von En Craux in Châtel-St-Denis sowie die Studien zur Qualität des Grundwassers unter der Deponie von Châtillon in Hauterive fort. Dafür wurden insgesamt 980 Proben analysiert.

Im Bereich der Inertstoffdeponien (ID) hat das Laboratorium in Ergänzung zum Programm, mit welchem ein privates Labor beauftragt wurde, 29 Analysen durchgeführt.

4.1.4 Grundwasser und Oberflächengewässer

Das AfU hat im Rahmen der Wasserbewirtschaftung 9171 Untersuchungen in ober- und unterirdischen Gewässern des Kantons

vorgenommen, was im Vergleich zu 2008 einer Zunahme von 28% entspricht.

4.1.5 Verschmutzungen

Das Amt wurde bei 29 Fliessgewässerverschmutzungen gebeten, Analysen vorzunehmen. Diese Verschmutzungen gaben Anlass zu 140 Untersuchungen.

4.1.6 Interkantonale Zusammenarbeit

Das AfU nimmt am Netzwerk der Gruppierung der Gewässer- und Umweltschutzlaboratorien (Lab'Eaux Sektion Westschweiz) teil. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit hat das Amt 44 Proben bearbeitet, wofür 71 Analysen nötig waren. Das AfU hat den Partnerlaboratorien 116 Proben für spezifische Analysen gegeben, für die es nicht über die notwendigen Instrumente verfügte.

4.1.7 Stoffe

Noch fehlen die kantonalen Bestimmungen über den Vollzug des neuen Chemikalienrechts. Das Amt hat innerhalb seiner Kompetenzen an den Aktivitäten der Chemsuisse (Zusammenschluss von Vertretern der kantonalen Fachstellen für Chemikalien, die für die kantonalen Vollzugsaufgaben des Chemikalienrechts zuständig sind) teilgenommen.

Es hat über die Internetplattform zur Bewilligung von Kältemittelanlagen PEBKA 51 Bewilligungen für die Benutzung von Kältemitteln registriert. Ausserdem wurden im Rahmen von öffentlichen Auflageverfahren 23 Gutachten für die Einrichtung von Kältemittelanlagen mit einem Kältemittelvolumen von über 3 kg erstellt.

5. Luftreinhaltung**5.1 Ordentliche Tätigkeit**

5.1.1 Sektor Emissionskontrolle

Im Rahmen der Überprüfung der Emissionen von industriellen und gewerblichen Heizungsanlagen wurden 26 Holzfeuerungsanlagen sowie ein Wärmeerzeuger (Erdgas) kontrolliert. Im Übrigen wurden die Emissionen von 4 industriellen Produktionsstätten untersucht. Auf Grund dieser Untersuchungen wurden 17 Installationen saniert und reguliert. Dem ist anzufügen, dass bei den meisten Messungen auch die Partikelemission gemessen wurde, weil diese beim Kampf gegen übermässige Feinstaubbelastung eine grosse Rolle spielt. Des Weiteren wurden 8 Anlagen zur chemischen Kleiderreinigung mit Perchlorethylen kontrolliert.

Die Kaminfeger haben 15 200 Hausfeuerungen kontrolliert. Mit der Änderung 2004 der Luftreinhalte-Verordnung traten

—
2009

schärfere Bestimmungen für die vor 1991 in Verkehr gebrachten Anlagen in Kraft. Dies erklärt, wieso in so vielen Fällen (1016 an der Zahl) eine Frist zur Sanierung der Feuerung angeordnet werden musste. Heute (Stand Ende 2009) gelten insgesamt 8856 Anlagen als sanierungsbedürftig.

Das AfU hat unter dem Gesichtspunkt der Luftreinhaltung 153 Dossiers für Baubewilligungsgesuche behandelt, darunter 23 für Industrie- und Gewerbebetriebe, 43 im Rahmen landwirtschaftlicher Tierhaltung, 13 für den Bau von Parkierungsanlagen, 10 für den Betrieb von Gasthöfen und 5 für den Bau von Tankstellen oder mechanischen Werkstätten. Die landwirtschaftlichen Dossiers betrafen zwei Bereiche: einerseits die Einhaltung des Mindestabstands zwischen einer landwirtschaftlichen Tierhaltung und der nächsten Wohnzone, andererseits die Begrenzung der Ammoniakemissionen, die namentlich von Jauchegruben stammen.

Es wurden zudem 50 Gesuche für die Installation von neuen Heizkesseln begutachtet. Das AfU hat ferner 11 Dossiers von OP oder DBP sowie verschiedene weitere Dossiers bezüglich Luftreinhaltung geprüft und 8 Klagen über Geruchsemissionen entgegengenommen, wovon einige noch in Behandlung sind. Es handelt sich dabei um Fälle, die von den Gemeindebehörden nicht geregelt werden konnten.

Das AfU beriet die von der Verordnung über die Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen (VOCV) betroffenen Unternehmen des Kantons. Die Bilanz der flüchtigen organischen Verbindungen von 20 Unternehmen wurde überprüft und nach Ausführung der nötigen Anpassungen und Korrekturen der Eidgenössischen Oberzolldirektion zwecks Entschädigung zugestellt.

5.1.2 Sektor Immissionsüberwachung

Ein Teil der Messresultate für die Luftqualität von 2008 wurde wie jedes Jahr im statistischen Jahrbuch des Kantons Freiburg «STAT-FR 2009» sowie auf der Website des Bundesamts für Umwelt (http://www.bafu.admin.ch/luft/luftbelastung/blick_zurueck) veröffentlicht. Auf der Website des AfU (<http://admin.fr.ch/afu>) werden die aktuellen Stickstoffdioxid- und Feinstaubwerte täglich und die Ozonwerte stündlich veröffentlicht. Während des Sommers werden nicht nur die aktuellen Ozonwerte veröffentlicht, sondern auch eine Vorhersage der Maximalwerte für die nächsten drei Tage.

Die kritischen Schadstoffe sind weiterhin Stickstoffdioxid, Ozon und der Feinstaub. Diese Substanzen überschreiten regelmässig die in der Bundesverordnung für die Luftreinhaltung festgelegten Grenzwerte. Zur Ammoniakkonzentration, die seit 2006 gemessen wird, ist zu sagen, dass der für den Schutz der empfindlichen Flechten und Moose empfohlene Höchstwert von 1 µg/m³ ebenfalls überschritten wird.

Das AfU betreibt weiterhin eine ständige Station für Immissionsmessungen an der Route de la Fonderie 2 in Freiburg. Zudem wurden zwei Messwagen wie folgt eingesetzt:

- › Messung der Schadstoffbelastung im Chamblioux-Quartier von Freiburg, in der unmittelbaren Nähe der A12, der Route du Jura und der Route de Chantemerle;
- › Messung der Schadstoffbelastung im Burgquartier von Freiburg, hinter der Post.

Das Netz der Stickstoffdioxid-Passivsammler umfasste im Jahr 2009 folgende Gemeinden: Bulle (3 Standorte), Châtel-St-Denis (1), Misery Courtion, Sektor Cormérod (1), Düdingen (1), Estavayer-le-Lac (1), Freiburg (6 Standorte, davon 3 bei der Messstation, um Vergleiche anstellen zu können), Givisiez (2), Granges-Paccot (1), Kerzers (1), Murten (1), Romont (1), Villars-sur-Glâne (3) und Vuisternens-en-Ogoz (1), was ein Total von 23 Messstandorten ergibt. Die Ammoniakmessungen (NH₃) erfolgten an den beiden oben erwähnten Standorten. Die Messresultate stehen auf der Website des AfU zur Verfügung.

5.2 Aussergewöhnliche Ereignisse

Im Rahmen des «Ressourcenprogramms» zur Förderung der nachhaltigen Ressourcennutzung und gemäss der Massnahme M16 des Massnahmenplans haben die betroffenen kantonalen Dienststellen (Amt für Landwirtschaft, Landwirtschaftliches Institut in Grangeneuve, Amt für Umwelt) in Zusammenarbeit mit dem Freiburgerischen Bauernverband das Projekt «Verbesserung der Stickstoffeffizienz durch Verringerung der landwirtschaftlichen Ammoniakemissionen» ausgearbeitet. Der Bericht ist vom Bundesamt für Landwirtschaft genehmigt worden. Im Sommer 2009 wurde mit der Umsetzung des Projekts begonnen, mit welchem freiwillige Massnahmen in der Landwirtschaft zur Reduktion der Ammoniakemissionen finanziell entschädigen werden können.

6. Lärm und nichtionisierende Strahlung

6.1 Ordentliche Tätigkeit

6.1.1 Lärmschutz

Die Arbeit des AfU konzentrierte sich im Bereich Lärmschutz auch dieses Jahr vor allem auf die Umsetzung des Vorsorgeprinzips. In diesem Rahmen wurden 69 Dossiers für OP und DBP, 815 Baubewilligungsgesuche und 18 Patentgesuche oder Gesuche um Verlängerung der Öffnungszeiten von öffentlichen Anstalten begutachtet.

Die Bevölkerung reagiert empfindlicher auf die Lärmimmissionen. Die Zahl der Klagen wegen übermässiger Lärmbelastung

—
2009

bleibt weiterhin hoch: 2009 wurden 35 neue Dossiers eröffnet. In rund der Hälfte der Fälle stellen die Privatschwimmbäder – insbesondere wegen der Wärmepumpen zum Heizen des Wassers sowie, in geringerem Mass wegen des Reinigungssystems – die Lärmquelle dar.

Während die Umsetzung des Vorsorgeprinzips Priorität genießt, ist die akustische Sanierung bestehender Anlagen (Strassen, Industrieanlagen, öffentliche Einrichtungen, 25-/50-m-Schiessanlagen) nach wie vor von den zur Verfügung stehenden Mitteln abhängig.

Im vordringlichen Bereich des Strassenlärms kann die Situation wie folgt zusammengefasst werden: Die Lärmsanierung der Nationalstrassen, für die direkt der Bund (ASTRA) zuständig ist, muss bis 31. März 2015 erfolgen. Die Haupt- und Kantonsstrassen, für die das Tiefbauamt zuständig ist, sowie die Gemeindestrassen, die in der Verantwortung der Gemeinden liegen, müssen bis 31. März 2018 saniert werden. 2006 wurde geschätzt, dass etwa 14 000 Personen im Kanton Lärmbelastungen ausgesetzt sind, die – zum Teil massiv – über den zulässigen Höchstwerten liegen. Die neun Jahre bis zum Ablauf der Sanierungsfrist, bis zu der der Bund Beiträge gewährt, müssen unbedingt genutzt werden, um die notwendigen Sanierungsmassnahmen zu ergreifen. In diesen Zusammenhang hat der Staatsrat mit der Ausführungsverordnung vom 17. März 2009 die Verteilung der Kompetenzen und Aufgaben zwischen Tiefbauamt (erstellt den Lärmbelastungskataster für die Kantonsstrassen, plant und verwirklicht die Lärmsanierung der Kantonsstrassen) und AfU (beurteilt die Lärmimmissionen und koordiniert die Massnahmen im Bereich des Lärmschutzes) genauer bestimmt.

Mit der Einführung der NFA am 1. Januar 2008 wurde der Abschluss einer Programmvereinbarung zwischen Bund und Kanton nötig, in der alle Projekte aufgelistet sind, die in einer ersten Phase (2008–2011) verwirklicht werden sollen. Die Höhe des Beitragssatzes richtet sich nun ausserdem nach der Wirksamkeit jedes einzelnen Projekts und beträgt zwischen 15 und 32%. Dank des vom TBA und AfU erstellten ehrgeizigen Programms, das als Grundlage für die Programmvereinbarung diente, wird der Kanton Freiburg in den Genuss von beträchtlichen Bundesbeiträgen kommen (1 895 700 Franken). Für die Verwirklichung des Kantonsstrassenprogramms wurde ein Verpflichtungskredit von 6 Millionen Franken gutgeheissen, wovon 5 Millionen Franken für die Lärmsanierung reserviert sind.

6.1.2 Nichtionisierende Strahlung (NIS)

Der Grossteil der Arbeit in diesem Bereich betraf die Mobiltelefonie (Antennen und Basisstationen). Durch das Aufkommen neuer Kommunikationstechnologien (namentlich UMTS) und wegen der Notwendigkeit, die bestehenden Installationen an die ständig steigende Nachfrage anzupassen, bleibt die Zahl der ein-

gereichten Baubewilligungsgesuche, die für jede Änderung eines Parameters der Basisstation (Sendeleistung, Zahl, Senderichtung) nötig sind, auf konstant hohem Niveau: Dieses Jahr wurden 40 Dossiers behandelt, wobei die Mehrheit die Erweiterung einer bestehenden Anlage für den UMTS-Standard betraf.

Die Bevölkerung macht sich nach wie vor grosse Sorgen wegen der NIS. So wurde praktisch gegen alle Baubewilligungsgesuche Einsprache erhoben. Und die Zahl der Beschwerden steigt beständig. Im Lauf des Jahres 2009 wurden 10 Einsprachen oder Beschwerden behandelt.

Das Vereinbarungsprotokoll von November 2006 zwischen den Mobilfunkanbietern und dem Staat hat sich bewährt. Die regelmässigen Sitzungen, an denen die Betreiber und die zuständigen Dienststellen des Kantons teilnehmen, ermöglichen es, die Koordination zu verbessern.

Das neue Messsystem, das 2006 erworben wurde, wurde genutzt, um die erforderlichen Kontrollen durchzuführen. Einerseits wird jeweils unmittelbar nach der Inbetriebnahme einer neuen Mobilfunkanlage geprüft, ob diese der Baubewilligung entspricht. Andererseits werden bestehende Anlagen stichprobenweise überprüft, um die Veränderungen der Betriebswerte über die Jahre zu verfolgen. Mit diesen Kontrollen wird eine der Erwartungen der Bevölkerung erfüllt. Ausserdem kann die Bevölkerung so bei Bedarf informiert werden. Das Amt hat mehr als 10 Messungen bei Einwohnern vorgenommen, die wegen der von den Antennen der Basisstation ausgehenden nichtionisierenden Strahlung besorgt waren. In allen Fällen lagen die gemessenen Werte deutlich unter den geltenden Grenzwerten.

Sämtliche Mobilfunkanlagen, die im Kanton Freiburg in Betrieb sind, können nun über ein geografisches Informationssystem (GIS) abgefragt werden.

Auch wurde ein Konzept zur Überwachung der NIS-Belastung auf den Pausenplätzen der Schulen und auf den öffentlichen Plätzen initiiert.

6.2 Aussergewöhnliche Ereignisse

Die Öffnung des Militärflugplatzes Payerne für den zivilen Flugbetrieb sowie die Entwicklung bei den militärischen Flugbewegungen haben 2009 viele Ressourcen des Amtes mobilisiert. Die vom AfU geleistete Arbeit – in Zusammenarbeit mit dem Kanton Waadt – trug dazu bei, dass für Probleme im Zusammenhang mit den vom Flugplatz verursachten Lärmimmissionen adäquate Lösungen gefunden werden konnten. So war es insbesondere möglich, die Richtlinien für die Raumplanung in der Umgebung des Flugplatzes fertigzustellen. Vor allem der militärische Flugbetrieb hat einen negativen Einfluss auf die

—
2009

Raumplanungsmöglichkeiten der anliegenden Gemeinden und die Lebensqualität der Einwohnerinnen und Einwohner.

7. UVP, Bodenschutz und Anlagensicherheit

7.1 Ordentliche Tätigkeit

7.1.1 Allgemeine Koordination

Das AfU hat sich in folgenden Bereichen engagiert:

- › Koordination, Verteilung, Prüfung und Zusammenfassung der OP, DBP und wichtigen Baubewilligungsdossiers;
- › Vertretung des AfU in der ämterübergreifenden Arbeitsgruppe für die Einführung des Informatiksystems DATEC zur Verwaltung der OP- und DBP-Dossiers sowie der Baubewilligungen;
- › Integration des DATEC in das Baubewilligungsverfahren: allgemeine Supervision, Ausbildung der Mitarbeitenden, Verwaltung der Dossiers;
- › verschiedene Stellungnahmen zu Erlassentwürfen auf Kantons- und Bundesebene;
- › Stellungnahmen zu richtungweisenden Berichten des Bundes;
- › Verwaltung des schweizerischen Umweltdatenkatalogs envirocat;
- › Mitarbeit bei der Erfassung und Nachkontrolle der Freiburger Unternehmen, die der Verordnung zum Register über die Freisetzung von Schadstoffen sowie den Transfer von Abfällen und von Schadstoffen in Abwasser (PRTR-V) unterstehen, durch das BAFU;
- › Ausarbeitung des Konzepts für die Ergänzung des Geoportals des Staats durch Daten zur Umwelt und für die allgemeine Koordination aller Aspekte, die das GIS betreffen, innerhalb des Amts;
- › Überprüfung der Konformitätsbescheinigungsgesuche von Unternehmen, die sich nach ISO 14001 zertifizieren lassen wollen.

7.1.2 Umweltverträglichkeitsprüfungen

Das AfU hat sich in folgenden Bereichen engagiert:

- › Begleitung bei der Ausarbeitung von Berichten zur Umweltverträglichkeit (Teilnahme an Sitzungen, Ausarbeitung von Richtlinien, Auswertung von Zwischenberichten usw.);

- › Auswertung und Stellungnahme des Amts im Zusammenhang mit Voruntersuchungen, Berichten und Kurzberichten zur Umweltverträglichkeit, einschliesslich Koordinationsmassnahmen mit anderen Behörden auf Kantons- und Bundesebene: 11 Umweltverträglichkeitsberichte (UVB), 9 Berichte zu Voruntersuchungen mit Pflichtenheft für die Hauptstudie und 1 Kurzbericht zur Umweltverträglichkeit;

- › Koordination der Baustellenbegleitung: Umfahrung von Bulle (H189); Lehmgrube Wallenried, Poyabrücke; Steinbruch Tattüren, Cerniat;

- › Vorsitz der technischen Gruppe für den Unterhalt und die Begleitung der Ausgleichsmassnahmen für die A1: Verwaltung der Ausgleichsmassnahmen.

7.1.3 Bodenschutz

Das AfU hat sich in folgenden Bereichen engagiert:

- › Aktualisierung und Verwaltung des kantonalen Bodenschutzkonzepts, allgemeine Koordination und Leitung der Bodenschutzmassnahmen im Kanton;
- › Umsetzung des Informationskonzepts im Bereich des Bodenschutzes;
- › Begleitung der Analysen von städtischen Böden;
- › Begutachtung von Baubewilligungsgesuchen in städtischen Gebieten;
- › Mitwirkung bei der bodenkundlichen Begleitung der bedeutenden Kiesgruben und Baustellen;
- › Einführung des Projekts Bodeninformation Schweiz (BI-CH), das den Aufbau einer digitalen Bodendatenbank zum Ziel hat.

7.1.4 Biologische Sicherheit

Das AfU hat sich in folgenden Bereichen engagiert:

- › Bearbeitung von Zustellungs- und Genehmigungsgesuchen: Das Amt hat sich zu 5 Projekten mit Verwendung von Organismen in geschlossenen Systemen geäussert;
- › Wahrnehmung der kantonalen Aufgaben im Bereich der biologischen Sicherheit in geschlossenen Systemen, Mitarbeit bei der Ausarbeitung der technischen Richtlinien über die biologische Sicherheit und interkantonale Harmonisierung der Umsetzung der entsprechenden Bundesverordnung.

—
2009

7.1.5 Schutz vor Störfällen

Im Rahmen der Störfallverordnung hat das AfU die Bewertung von 7 Objekten im Bereich der stationären Anlagen vorgenommen. Ende 2008 waren rund 85% der festen Anlagen und etwa 80% der Verkehrsachsen (Kantonsstrassen) in Kurzberichten oder anderen Studien bewertet worden. Für die Autobahnen, für die das Bundesamt für Strassen Vollzugsbehörde ist, sind die Verfahren im Gang. Das AfU wurde von Fall zu Fall hinzugezogen. Die Gesamtbewertung der Eisenbahnlinien konnte abgeschlossen werden: das Amt wurde im Rahmen der Nachführung dieses Verfahrens angehört. Derzeit werden zudem Studien zur Problematik der Kantonsstrassen, die durch Grundwasserschutzzonen S führen, ausgearbeitet. Ferner muss die Vorbereitung des Dossiers Poyabrücke erwähnt werden.

Das Amt hat rund 45 OP und DBP, 110 Baubewilligungsgesuche, 15 GEP, UVP und Konformitätsbescheinigungsgesuche ISO 14001 unter dem Gesichtspunkt der StFV geprüft. Ausserdem wurden 4 Unternehmen inspiziert. Es wurden zudem 3 Risikoberichte im Zusammenhang mit der Raumplanung erstellt und bewertet.

Die Risikoabklärung im Zusammenhang mit einer Hochdruck-Gasleitung konnten 2008 in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Energie (BFE) erfolgreich abgeschlossen werden. Nach dem Bundesgerichtsentscheid vom 1. Mai 2009 konnten die Untersuchungen und Sanierungsarbeiten fortgeführt werden. Die Behandlung von Baubewilligungsgesuchen und Gesuchen zur Änderung der Zonennutzung ist eine komplexe Angelegenheit, weil auch das Bundesamt für Energie als Aufsichtsbehörde auf Bundesebene involviert ist.

Die erste Etappe des Verfahrens zur Risikobehandlung der 52 Unternehmen, die Pflanzenschutzmittel und Dünger verkaufen, ist beendet. Der Bund wird 2010 die Grundkriterien (quantitative Schwellenwerte) ändern. Die zweite und dritte Etappe wurden deshalb auf 2010 und 2011 verschoben. Auch werden Branchenlösungen, die nur für Teilbereiche gelten könnten, in Betracht gezogen.

Der Risikokataster wird regelmässig in Form von Tabellen nachgeführt. Eine grafische Aufbereitung der Daten wird 2010 im Internet publiziert.

7.1.6 Register über die Freisetzung von Schadstoffen sowie den Transfer von Abfällen und von Schadstoffen in Abwasser

Das Amt arbeitet bei der Erfassung und Nachkontrolle der Freiburger Unternehmen mit, die der Verordnung zum Register über die Freisetzung von Schadstoffen sowie den Transfer von Abfällen und von Schadstoffen in Abwasser (PRTR-V) unterstehen; das

Projekt wird vom Bundesamt für Umwelt geleitet. Derzeit hat der Bund 6 Freiburger Unternehmen registriert.

8. Abfälle und belastete Standorte

—

8.1 Ordentliche Tätigkeit

—

8.1.1 Abfälle

—

8.1.1a Abfallstatistik

Für 2009 sind keine Arbeiten im Bereich der Abfallstatistik zu vermelden. Eine neue Erhebung ist für 2010 geplant.

8.1.1b Kehrichtverbrennungsanlage (KVA) und Schlammverbrennungsanlage (SVA)

Die Anlagen wurden einer allgemeinen Betriebskontrolle unterzogen. Daneben fanden für spezifische Fragen (Lagerung von Abfallballen, Sicherheit, Bauprojekte usw.) Ortsbegehungen statt. Das AfU hat mehrere Ausbauprojekte begutachtet. Das bedeutendste darunter war der Bau einer von der KVA unabhängigen Rauchgaswaschanlage für die SVA, um die Qualität der Sickerwässer zu verbessern.

8.1.1c Abfallreglemente der Gemeinden

Die Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion hat neue und revidierte Abfallbewirtschaftungsreglemente von 11 Gemeinden gutgeheissen.

8.1.1d Reaktordeponien

Das AfU kontrollierte den Betrieb der Reaktordeponie in Haute-rive. Des Weiteren wurde eine Errichtungsbewilligung für zwei zusätzliche Kammern (eine für die Ablagerung von Rostasche und verwandte Abfälle, eine für gemischte Abfälle) erteilt. Die Betriebsbewilligung für diese beiden neuen Kammern sollte Anfang 2010 ausgestellt werden können.

8.1.1e Inertstoffdeponien (ID)

Von den aktiven 8 Inertstoffdeponien wurde diejenige von Sem-sales nach ihrer Auffüllung rekultiviert. In gewissen Regionen (Sense-, Vivisbach- und, für eine Übergangszeit, Saanebezirk) gibt es Schwierigkeiten, weil die kurzfristig verfügbaren Volumen für die Ablagerung von Inertstoffen gering sind. Um dem abzuhelfen, wurden der kantonale Richtplan und die Abfallplanung überarbeitet.

Zusätzlich zum Eluat wurde auch das Grundwasser unter den ID kontrolliert. Diese Analysen haben gezeigt, dass die Vorgaben der TVA eingehalten werden.

—
2009

Im kantonalen Richtplan und in der Abfallplanung wurden Bestimmungen zum Aushubmaterial eingeführt und namentlich die Inertstoffdeponien für ausschliesslich unverschmutztes Aushubmaterial (ID-AM) in die Planung integriert.

8.1.1f Kontrolle der Wiederinstandsetzung von ehemaligen Kiesgruben

Das Amt hat mehrere stillgelegte Kiesgruben kontrolliert, die mit unverschmutztem Aushubmaterial aufgefüllt worden sind.

8.1.1g Bauabfälle

Die Inspektoren der kantonalen Bauwirtschaftskonferenz (KBWK) haben ihre Kontrollen der Abfallbewirtschaftung auf den Baustellen weitergeführt. In diesem Jahr haben sie 462 Baustelleninspektionen durchgeführt.

8.1.1h Sonderabfälle

Infolge des Inkrafttretens im Jahr 2006 der neuen Bundesverordnung über den Verkehr mit Abfällen (VeVA) begann das Amt mit der Nachführung der Datenbanken. Die Statistiken über die von den Freiburger Entsorgungsunternehmen akzeptierten Sonderabfälle und anderen kontrollpflichtigen Abfälle konnte nachgeführt werden.

8.1.1i Prüfung von Baubewilligungsgesuchen

912 Baubewilligungsgesuche aus Gewerbe, Industrie und Gemeinden wurden hinsichtlich der Abfallbewirtschaftung geprüft. Darin enthalten sind auch die Abbruch- und Aufschüttungsgesuche sowie die Gesuche für die Errichtung oder den Betrieb von Deponien. Es wurden zudem 32 Revisionen und Vorprüfungen von OP und DBP, UVP sowie Quartierpläne unter dem Gesichtspunkt der Abfallbewirtschaftung begutachtet. In den Gutachten zu Abbruch- und Renovationsvorhaben wurde bei gewissen Gebäuden verlangt, dass die gefährlichen Substanzen (Asbest, Schwermetalle in den Farben usw.) erhoben werden. Dadurch soll sichergestellt werden, dass diese Sonderabfälle fachgerecht entsorgt werden.

8.1.1j Ecosor

Das Unternehmen Ecosor in Châtel-Saint-Denis, das in der Behandlung von belastetem Erd- und Aushubmaterial spezialisiert ist, hat ein Gesuch für eine Erweiterung eingereicht. Nach Prüfung dieses Gesuchs wurden eine neue Betriebsbewilligung und eine neue Bewilligung für die Entsorgung von Sonderabfällen und anderen kontrollpflichtigen Abfällen ausgestellt.

8.1.1k Organische Abfälle

Eine Kompostierungsanlage war Gegenstand spezifischer Sanierungsmassnahmen. Die beiden anderen regionalen Anlagen wurden kontrolliert und konnten den Betrieb normal fortführen.

Der kantonale Richtplan und die Abfallplanung wurden angepasst, um den neuen Systemen zur Behandlung von organischen Abfällen (landwirtschaftliche und industrielle Biogasgewinnung, Pyrolyse usw.) Rechnung zu tragen.

8.1.2 Belastete Standorte

2009 wurden in erster Linie die als vordringlich eingestuften Standorte untersucht. 2009 hat das Amt für 11 der 40 vordringlichen Ablagerungsstandorte einen Bericht über die historische Untersuchung erhalten und bearbeitet. Für 2010 werden deren 17 erwartet. Bei einem Standort waren unter der Leitung einer Bundesbehörde bereits sämtliche Etappen des Verfahrens nach AltIV durchgeführt worden.

Für 4 der 15 als vordringlich eingestuften Betriebsstandorte wurde 2009 eine Untersuchung beantragt.

Die bereits in Angriff genommenen Untersuchungen, Überwachungen oder Sanierungen für die zahlreichen anderen belasteten Standorte wurden fortgeführt.

Zusammen mit dem ITA wurde 2009 die Erstellung einer neuen Software für die Verwaltung der belasteten Standorte in Angriff genommen. Ziel ist, diese Anwendung ab 2010 einsetzen zu können.

Bei 28 Fassungen ohne Grundwasserschutzzone S wurde die Wasserqualität kontrolliert. Es handelt sich im Wesentlichen um private Fassungen, die von einem belasteten Standort berührt sein könnten. Die Ergebnisse liegen seit Ende 2009 vor. Das Amt wird sie Anfang 2010 analysieren und die Ergebnisse dann den Eigentümern kommunizieren.

Die Methode, nach der die Prioritäten und Fristen für die Durchführung der Voruntersuchungen bei belasteten Standorten bestimmt werden sollen, wurde in einer Richtlinie festgelegt, die noch von der RUBD genehmigt werden muss.

Die Bestrebungen auf Bundesebene zur Verlängerung der Frist, ab der bei Schiessanlagen keine Abfälle mehr ins Erdreich gelangen dürfen, um bei der späteren Sanierung Bundesbeiträge zu erhalten, waren erfolgreich und mündete in eine entsprechende Änderung des USG, die am 1. Oktober 2009 in Kraft trat. In diesem Zusammenhang wurden zahlreiche Untersuchungen und Sanierungen von Schiessanlagen in die Wege geleitet oder durchgeführt. Die Frist für die Einrichtung künstlicher Kugelfänge oder

—
2009

die Einstellung des Betriebs wurde für Standorte in Grundwasserschutz-zonen auf 2012 und für die übrigen Standorte auf 2020 erstreckt.

Nachdem die Voruntersuchungen der alten Deponie La Pila abgeschlossen waren und 2007 festgestellt worden war, dass die Freisetzung von polychlorierten Biphenylen (PCB) zu einer Kontamination der Fische in der Saane geführt hat, wurden 2009 zahlreiche Massnahmen getroffen und Analysen durchgeführt. Die wichtigsten waren:

- › Anpassung der Projektorganisation (Staatsratsbeschluss vom 17. November 2009);
- › zusätzliche Abklärungen (geostatistische Studie, Modellierung der Ströme, Pflichtenheft für das Sanierungsprojekt, Analyse der Massnahmen zur Vorbereitung der Sanierung usw.) sowie Überwachung der ehemaligen Deponie;
- › Ausführung der Sofortmassnahmen (Errichtung von zwei Stützwänden, Auskoffnung der instabilen Zone, Zwischenlagerung des Aushubmaterials usw.);
- › Entnahme und Analyse von Wasser-, Sediments- und Fischproben in der betroffenen Zone der Saane, inkl. Pérolles- und Schiffensee;
- › Untersuchung anderer ehemaliger Deponien, die einen direkten Einfluss auf die Wasserqualität der betroffenen Fließgewässer haben könnten.

Die Koordination wird vom AfU sichergestellt, was ein grosses Engagement seitens des Amtes und zusätzliche Ressourcen erforderte (Gegenstand des Staatsratsbeschlusses vom 17. November 2009).

Das Amt hat 59 Bescheinigungen ausgestellt, aus denen hervorgeht, ob eine Parzelle im Einflussbereich eines belasteten Standorts liegt oder nicht.

IV. TIEFBAUAMT

1. Aufgaben

Das Tiefbauamt (TBA) hat als öffentliche Dienststelle folgende Aufgaben:

- › Unterhalt und Betrieb der Nationalstrassen N1 und N12 (unter der Verantwortung der Gebietseinheit II);

- › Ausbau, betrieblicher Unterhalt, baulicher Unterhalt und Bewirtschaftung der Kantonsstrassen;

- › Überwachung des kommunalen Strassennetzes und Wahrnehmung einzelner Verwaltungsaufgaben;

- › Verwaltung der Fließgewässer und Seen.

2. Tätigkeit

2.1 Ordentliche Tätigkeit

Die Tätigkeiten TBA waren im Jahr 2009 hauptsächlich von folgenden Ereignissen geprägt:

- › Am 1. Januar 2009 wurde die neue Organisation des Amtes mit den 5 Sektionen Verwaltung (Verw), Strassenprojekte (StrP), Strassennetzmanagement (StrNM), Strassenunterhalt (StrU) und Gewässer (Gew) wirksam.
- › Die neuen Sektionschefs, Denis Wéry (StrP), Claudéric Egger (StrU) und Jürg Blattner (StrNM), traten ihre Stelle am 1. April 2009 beziehungsweise am 1. Mai 2009 an.
- › Das Tiefbauamt erhielt erneut das Zertifikat ISO 9001.
- › Am 31. Oktober 2009 wurde der neue Werkhof Löwenberg eingeweiht.
- › Der Strassenaustausch mit der Gemeinde Villars-sur-Glâne erfolgte rückwirkend auf den 1. Januar 2009.
- › Am 11. Dezember 2009 wurde die Umfahrungsstrasse Bulle-La Tour-de-Trême (H189) nach dem Abschluss der Bauarbeiten feierlich eingeweiht.

Im Zusammenhang mit dem Poyaprojekt (H182) ist die Veröffentlichung des Auditberichts des Finanzinspektorats zu erwähnen. Die Arbeiten konnten planmässig weitergeführt werden (Abschluss der Arbeiten bei der Bellevue-Kreuzung, Abschluss der Arbeiten für den Reinabwassersammelkanal in Granges-Paccot, Vergabe der Arbeiten für die Brücke, Beginn der Erweiterung der Murtenstrasse auf vier Spuren, Abschluss der Arbeiten für die Zufahrt auf der Palatinat-Seite). Die Variante «St.-Leonhard-Unterführung» wurde verfeinert und das Dekret für einen zusätzlichen Verpflichtungskredit mit der Botschaft vom Staatsrat gutgeheissen.

Der strenge Winter 2008/2009 erforderte einen grossen Einsatz beim Winterdienst und hatte grosse Schäden auf den Kantonsstrassen zur Folge (es mussten knapp 3 Millionen Franken für aussergewöhnliche Arbeiten aufgewendet werden).

—
2009

In Ergänzung zum gewöhnlichen baulichen Unterhalt konnten dank des vom Grossen Rat beschlossenen kantonalen Plans zur Stützung der Wirtschaft weitere 2,9 Millionen Franken in den Unterhalt des Kantonsstrassennetzes investiert werden.

2.1.1 Gesetze:

- › neues Gewässergesetz, das der Grosse Rat in der Dezember-session (2009) verabschiedet hat; nun muss das Ausführungsreglement ausgearbeitet werden;
- › Änderung des Strassengesetzes infolge der Erheblicherklärung vom 8. Oktober 2009 durch den Grossen Rat der Motion M1053.08 der Grossräte Edgar Schorderet / René Thomet, mit der der systematische Bau von Radwegen und -streifen verlangt wurde.

2.1.2 Beschlüsse / Verordnungen:

- › Ausführungsverordnung vom 17. März 2009 zur Lärmschutz-Verordnung des Bundes (AVLSV).

2.1.3 Redaktion von Botschaften zu Dekretsentwürfen:

- › Botschaft Nr. 119 vom 13. Januar 2009 zum Dekretsentwurf über einen Zusatzkredit für die Umfahrungsstrasse von Bulle (H189), am 13. Februar 2009 vom Grossen Rat angenommen.
- › Botschaft Nr. 129 vom 28. April 2009 zum Dekretsentwurf über einen Verpflichtungskredit für die Studien und den Land-erwerb im Hinblick auf die Verwirklichung der Umfahrungsstrasse von Düdingen, am 19. Juni 2009 vom Grossen Rat angenommen.
- › Botschaft Nr. 155 vom 22. September 2009 zum Dekretsentwurf über einen Beitrag an das Ausbauprojekt für die Taverna sowie über einen Verpflichtungskredit für den Kantonsanteil am Bau einer Brücke auf der Kantonsstrasse Flamatt-Freiburg-Plaffeien, im Dezember 2009 vom Grossen Rat angenommen.
- › Botschaft Nr. 170 vom 17. November 2009 zum Dekretsentwurf über einen zusätzlichen Verpflichtungskredit für den Bau der St.-Leonhard-Unterführung (Poya-Projekt), wird 2010 dem Grossen Rat unterbreitet.

2.1.4 Redaktion von Berichten zu Postulaten:

- › Bericht Nr. 135 vom 26. Mai 2009 zum Postulat P2022.07 Heinz Etter über den Hochwasserschutz Grosses Moos.
- › Bericht Nr. 165 vom 13. Oktober 2009 zum Postulat P2010.07 Josef Fasel / Elian Collaud über die Einnahmen und Ausgaben

im Bereich des Strassenverkehrs (inklusive des öffentlichen Verkehrs) auf der Grundlage der nachhaltigen Entwicklung.

- › Bericht zu den Postulaten Nr. 316.06 Ueli Johner-Etter/Ernst Maeder (Verkehrs- und Strassenplanung im Seebezirk, insbesondere der Umfahrung Kerzers), Nr. 321.06 Solange Berset/Elian Collaud (Kantonsstrasse Broye-Freiburg, Ortsdurch-fahrt von Belfaux) sowie P2014.07 Joe Genoud/Denis Grand-jean (Verwirklichung einer Umfahrung von Châtel-St-Denis), in Bearbeitung.

2.1.5 Vorbereitung von Antworten auf parlamentarische Vorstösse (4 Motionen, 3 Postulate, 11 Anfragen):

- › Motion M1068.09 Daniel Gander/Elian Collaud: Änderung der Artikel 20 des Strassengesetzes und 24 des Ausführungs-reglements zum Strassengesetz, am 9. September 2009 vom Grossen Rat angenommen.
- › Motion M1073.09 Edgar Schorderet/Gilles Schorderet: Ver-bindung Marly-Matran und Ausbau der bestehenden Achse Marly-Freiburg zur Verbesserung des öffentlichen Verkehrs, von den Verfassern im Rahmen der Debatte vom 8. Oktober 2009 zurückgezogen.
- › Motion M1075.09 Claude Chassot: Gesetz vom 6. November 1986 über die Reklamen, von den Verfassern im Rahmen der Debatte vom 13. Oktober 2009 zurückgezogen.
- › Motion M1085.09 Nicolas Rime/Valérie Piller-Carrard: Standes-initiative: Keine Gigaliner in der Schweiz, in Bearbeitung.
- › Postulat P2030.08 Christa Mutter/André Ackermann: Moder-nisierung und Anwendung des Valtraloc-Konzepts (Verkehrs-beruhigung innerorts), am 13. Februar 2009 vom Grossen Rat erheblich erklärt und die Antwort als Bericht zum Postulat zur Kenntnis genommen.
- › Postulat P2036.08 Josef Fasel/Jean-Claude Schuwey: Bewirt-schaftung der Fliessgewässer durch Kiesabbau, am 16. Februar 2009 vom Grossen Rat erheblich erklärt und die Antwort als Bericht zum Postulat zur Kenntnis genommen.
- › Postulat P2055.08 Daniel Gander/Elian Collaud: Machbar-keitsstudie und Bau eines Tunnels oder einer gedeckten Ga-lerie zwischen St. Leonhard und der Route de la Fonderie, von den Verfassern im Rahmen der Debatte vom 8. Oktober 2009 zurückgezogen.
- › Anfrage QA 3178.08 Moritz Boschung: Strassenkreisel, Ant-wort des Staatsrats vom 17. März 2009.

—
2009

- › Anfrage QA 3212.09 Heinz Etter: Lärmschutzmassnahmen Sugiez, Péage (Bas-Vully), Antwort des Staatsrats vom 3. Juni 2009.
- › Anfrage QA 3215.09 Bernadette Hänni: Kreisel in Sugiez; unverantwortbare Lärmimmissionen wegen eines Provisoriums seit der Expo 02, Antwort des Staatsrats vom 3. Juni 2009.
- › Anfrage QA 3214.09 Nicolas Rime/Raoul Girard: Sättigung des Wassernetzes, Antwort des Staatsrats vom 7. Juli 2009.
- › Anfrage QA 3224.09 Charles Brönnimann: Feldwerbung, Antwort des Staatsrats vom 7. Juli 2009.
- › Anfrage QA 3229.09 Christine Bulliard/Markus Bapst: Verkehrsstudie Unterer Sensebezirk, Antwort des Staatsrats vom 15. September 2009.
- › Anfrage QA 3246.09 Ueli Johner-Etter: Verbot von Wasserentnahme aus Oberflächengewässer im Kanton Freiburg, Antwort des Staatsrats vom 24. November 2009.
- › Anfrage QA 3257.09 Christiane Feldmann: Linienführung T10, Antwort des Staatsrats vom 1. Dezember 2009.
- › Anfrage QA 3265.09 Moritz Boschung: Strassenmarkierung, in Bearbeitung.
- › Anfrage QA 3274.09 Dominique Corminboeuf: Fortbestand der Eisenbahnanschlagplätze, namentlich in Domdidier, für das Streusalz, das für den Unterhalt des Strassennetzes auf Freiburger Boden benutzt wird, in Bearbeitung.
- › Anfrage QA 3281.09 Bernadette Hänni: Baurechtliche Begleitung von öffentlichen Bauten von erheblichem Ausmass, in Bearbeitung.

2.2 Ausserordentliche Tätigkeit

2.2.1 Kommissionen und Arbeitsgruppen

Das TBA wirkte in folgenden Kommissionen und Arbeitsgruppen mit:

- › Schweizerischer Verband der Strassen- und Verkehrsfachleute (VSS), technische Kommission 7, Bewirtschaftung der Unterhaltsarbeiten
- › Technische Kommission des Verkehrsverbands der Agglomeration Freiburg (CUTAF)
- › Direktionsübergreifende technische Gruppe Agglomerationen (GTI Agglomération)

- › Vorstand des Verbands MOBUL (Verfolgung des Agglomerationsprogramms von Bulle)
- › Kommission Organisation für den Katastrophenfall im Kanton Freiburg (ORKAF)
- › Kommission Kantonaler Führungsstab der Gesamtverteidigung (KFS)
- › Kommission für den Verkehr auf Meliorations- und Forststrassen
- › Kommission für Verkehrserziehung
- › Kommission Schweizer Sicherheitsfunknetz (Polycom)
- › Unterkommission Fussgänger in der Stadt Freiburg
- › Unterkommission Fahrräder in der Stadt Freiburg
- › Koordinationsgruppe für Verkehr (KGV)
- › Arbeitsgruppe für die Unterstützung und Koordination der Arbeitszonen von kantonaler Bedeutung
- › Büro und Arbeitsgruppe für die Aufwertung des Strassenraums Valtralog
- › Arbeitsgruppe Strassenverkehrssicherheit
- › Bundesamt für Strassen, Projekt MISTRA, Strategischer Ausschuss
- › Arbeitsgruppe für die Migration der Zeiterfassungssoftware
- › TASK FORCE Bertigny-ouest.

2.2.2 Vernehmlassungen

Das TBA hat bei verschiedenen Vernehmlassungen auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene Stellung genommen.

2.2.3 Informatik

Bei den laufenden Projekten hielt sich das TBA an die im Richtschema Informatik (SDI) von 2003 definierten Prioritäten.

2.2.3a GIS-Projekte

Strassendatenbank STRADA-DB: Die Version 4.0 von STRADA ist seit Ende Oktober 2006 installiert. Im Sommer 2009 wurde der Patch 3 installiert, der eine Verbindung zwischen STRADA und ArcGIS 9.x ermöglicht. STRADA-DB wird erst dann ersetzt werden, wenn MISTRA die gesamte Funktionspalette anbietet.

—
2009

Bis dahin werden lediglich Updates aufgespielt und die Daten nachgeführt.

MISTRA ist der designierte Nachfolger von STRADA: Diese EDV-Lösung wird vom Bundesamt für Strassen (ASTRA) entwickelt und wird nicht wie vorgesehen Anfang 2009, sondern später in Betrieb genommen werden. MISTRA ist ein GIS-basiertes Werkzeug (geografisches Informationssystem), mit dem Daten im Zusammenhang mit den Strassen abgefragt, weiterverwendet und ausgedruckt werden können. Es besteht aus mehreren Modulen, die die Kantone auch einzeln einsetzen können. Im Moment arbeitet der Kanton Freiburg mit folgenden Anwendungen: Basissystem, Data Warehouse, Trasse, Kunstbauten und Tunnel (KUBA) sowie Langsamverkehr (wird vom FTV verfolgt). Das Vorschreiten dieses Projekts ist von den Fortschritten beim Bund abhängig. MISTRA ist im Hinblick auf die Umsetzung der NFA ein strategisches Projekt. Mehr dazu unter www.mistra.ch.

Verwaltungssystem für Gewässer SI-Eaux: Das Projekt wurde 2008 wieder aufgenommen, nachdem es wegen eines Personalmangels auf Eis gelegt werden musste. 2009 wurde das Konzept fertiggestellt und die Aufträge für die Verwirklichung vergeben. Das Gewässernetz und die topologischen Einzugsgebiete stehen kurz vor dem Abschluss. SI-Eaux soll 2010 in Betrieb genommen werden.

Das Verwaltungssystem für die Kanalisationen SI-Canalisations ist seit Januar 2007 in Betrieb. Die Datenerfassung wurde fortgeführt. Derzeit werden Untersuchungen für eine Migration auf ArcGIS 9.3 durchgeführt.

Verwaltung der Strassensignalisation: Die Datenerfassung wurde fortgeführt; ausserdem wurden kleinere Verbesserungen angebracht. Die Daten wurden dem WaldA und LwA zur Verfügung gestellt. Auch für diese Applikation werden derzeit Untersuchungen für eine Migration auf ArcGIS 9.3 durchgeführt.

Lärmbelastungskataster: Der Kataster ist seit 2008 in Betrieb. Gegenwärtig wird die Migration auf ArcGIS 9.3 für 2010 im Hinblick auf den Plattformwechsel von ArcSDE 8.3 auf ArcGIS Server vorbereitet.

2.2.3b Weitere Projekte

GedXML: Dieses Programm, das der Digitalisierung und Strukturierung der TBA-Archive dient, wurde im zweiten Halbjahr 2009 getestet und in Betrieb genommen. Die Erfassung der Archive ist im Gang und wird mehrere Jahre dauern. Diese Lösung wurde gewählt, weil das TBA nicht mehr länger zu warten konnte. Sobald die Lösung des ITA vorliegt, wird das TBA das Programm wechseln. Der Lieferant garantiert die Kompatibilität der Daten.

3. Sektion Verwaltung

3.1 Ordentliche Tätigkeit

3.1.1 Statistik über die Verwendung der Strassenkredite

Die Verwendung der Strassenkredite erfolgte auf der Grundlage verschiedener Dekrete des Grossen Rats.

Die Bruttogesamtausgaben betragen 44 778 289 Franken. Die am 31. Dezember 2009 verfügbaren Verpflichtungskredite betragen einschliesslich Beiträge des Bundes und Dritter 242 726 119 Franken.

3.1.2 Statistik über die erteilten Bewilligungen

› 192 Gesuche zur Benützung der öffentlichen Strassen und Gewässer geprüft und bewilligt;

› 29 Vereinbarungen zwischen dem TBA und verschiedenen Gemeinden, gemeinnützigen Verbänden und Privaten ausgearbeitet und unterzeichnet;

› 6 Gesuche für einen Anschluss von Reinabwasserleitungen an die Kanalisation entlang der Kantonsstrassen geprüft und provisorisch bewilligt;

› 7 Dienstbarkeitsverträge abgeschlossen.

3.2 Sektor Grundstückerwerb

› Für 22 Ausbau- und 11 Unterhaltsbaustellen wurden Verhandlungen mit den betroffenen Grundeigentümern geführt.

Ausserdem sind Mutationsverbale für 33 Ausbau- und Unterhaltsbaustellen im Zusammenhang mit Gemeindearbeiten auf den Kantonsstrassen (Kreisel, Vorsortierungen, Trottoirs usw.) entweder erledigt worden oder in Bearbeitung.

Die Verwaltung der Privatgrundstücke des Staats (gesamthaft rund 2 071 868 m²) und die Fakturierung der Pachtzinse für an Dritte vermietete Grundstücke wurde fortgeführt. Die Mieterträge betragen insgesamt 138 488.55 Franken.

—
2009

4. Sektion Strassenprojekte (StrP)

4.1 Ordentliche Tätigkeit

- 4.1.1 Zuschlag von Aufträgen gemäss Reglement über das öffentliche Beschaffungswesen

Vor der Genehmigung und nach Berücksichtigung des Ergebnisses der Vorprüfung sowie der öffentlichen Auflage wurden die Pläne den zuständigen Dienststellen und Organen zur Schlussprüfung vorgelegt. 67 Dossiers wurden in die Vernehmlassung geschickt; die durchschnittliche Dauer betrug 4 bis 6 Wochen.

Die RUBD bzw. das TBA haben 22 Dienstleistungsaufträge für weniger als 100 000 Franken vergeben. Des Weiteren wurde 1 Ausschreibung auf SIMAP veröffentlicht.

4.2 Studien und Projekte

- 4.2.1 Gutachten zu Baubewilligungsgesuchen, Bebauungsplänen, GEP, Güterzusammenlegungen

> 105 Vorprüfungs- und Baubewilligungsgesuche für Arbeiten entlang der Kantonsstrassen sowie Detailbebauungs- und Ortspläne;

> 7 Dossiers zu generellen Entwässerungsplänen (GEP);

> 4 Dossiers zu Güterzusammenlegungen und Bestandsaufnahmen der öffentlichen Sachen.

4.2.2 Öffentliche Auflage

Vor der öffentlichen Auflage werden die Strassenpläne den betroffenen Dienststellen und Organen zur Vorprüfung und Begutachtung vorgelegt. 8 Dossiers wurden in die Vernehmlassung gegeben; die Gutachten wurden im Durchschnitt 4 bis 6 Wochen nach Eingang der Dossiers ausgestellt.

Achse	Sektor Nr.	Gemeinden
1300	24	Riaz; Kreisel im Dorfzentrum
1530	4	Ursy; Verbindung Ursy – Vauderens

4.2.3 Genehmigung von Plänen für Strassen und Kunstbauten

Nach Abschluss der öffentlichen Auflagen für die weiter unten genannten Projekte sowie für frühere Projekte wurden 8 Einsprachen eingereicht. 7 Einsprachen konnten in Einigungsverhandlungen erledigt werden. 1 Einsprache war Gegenstand eines Entscheids der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion.

—
2009

Folgende Projekte wurden geprüft und der zuständigen Behörde zum Entscheid vorgelegt:

4.2.3a Kantonale Objekte

Achse	Sektor Nr.	Gemeinden
1200	20	Corbières; Vanel-Kreisel
1300	24	Riaz; Kreisel im Dorfzentrum
H189		Projektänderungen und Notausgang tpf Planchy

4.2.3b Städtebauliche Objekte

Achse	Sektor Nr.	Gemeinden
1210	4	Ferpicloz; Trottoir entlang der Route d'Épendes
1300	12	Posieux; Ortsdurchfahrt
1310	1	Corserey; Trottoir entlang der Route de Lentigny
1340	1	Massonnens; Trottoir im Dorf
1500	3	Attalens; Torelement auf der Seite Bossonnens, Fussgängerverbindung, Trottoir
1540	1	Attalens; Trottoir entlang der Route de Granges
2000	26	Matran; Fussgängerverbindung Route du Madelain – Coop-Center
2010	5	Siviriez; Ausbau des Trottoirs En Jogne
2110	2	Matran; Kreisel La Pâla
2200	4	Belfaux; Kreisel La Forge
2510	4	Domdidier; Kreisel Industriezone
3220	1	Düdingen; Fussgängerverbindung entlang der Strasse Bundtels
3300	10	Courtepin und Wallenried; Einrichtung des Zugangsknotens mit Vorsortierstreifen für die Arbeitszone Wallenried

3410 2 Haut-Vully; Ortsdurchfahrt von Môtier,
Sektor Sportplatz

4.2.4 Ausführungsprojekte für Kantonsstrassen

Aus der nachfolgenden Tabelle ist der Stand der Kantonsstrassen-Ausführungsprojekte per Ende 2009 ersichtlich:

—
2009

Achse	Sektor	Bezeichnung	Länge m	Breite m	Durchm. m	Vorprojekt	Ausführungs- projekt	erledigt in %
		Umfahrungsstrasse Düdingen; Ausarbeitung der Botschaft und des Dekrets						
		Düdingen; Ausarbeitung der Botschaft und des Dekrets für den Studienkredit						
		Verkehrsstudie Unterer Sensebezirk						
		Zweckmässigkeitsstudie für die Strassenverbindung Marly-Matran						
1000	36	Montbovon; La Tine: Bau Steinschlagschutz	100	100			x	100
1100	19-20	Jaun; Ortsdurchfahrt, Nachführung des Voranschlags	1400	6.00/ 1.65				100
1100	17	Im Fang; Bau einer Bushaltestelle und eines Trottoirs	100	3.00 / 1.65			x	75
1210	2	Arconciel / Corpataux-Magnedens; Sanierung der Tuffièrebrücke	98.34	9.50		x		80
1220	4	La Roche; Sanierung der Brücke über die Serbache	13.00	6.20		x		20
1300	23	Echarlens und Marsens; Errichtung eines Knotens mit Kreisverkehr und von Bushaltestellen	200	7.00-11.00	34		x	50
1310	8	Autigny; Neubau der Brücke über die Glane	22.00	9.30		x		90
1310	16	Treyvaux; Bau eines Kreisels im Ortszentrum	100		26		x	100
1400	9-17	Romont-Vaulruz; Projektstudien für die Verbesserung der Strassenverbindung	11000	7			x	50
1400	13	Romont-Vaulruz; Vorprojekt für die Umfahrung von Vuisternens-dt-Romont	1370	7		x		100
1450	1	Châtel-St-Denis; Kreisel bei Lussy	Ø29.50			x		25
1450	5	Bossonnens; Bushaltestelle (Valtraloc)	60	10		x		75
1500	2-3	Attalens; Ortsdurchfahrt, Valtraloc, Tempo-30-Zone	1200	6.00, 1.65		x		30
1530	4-5	Ursy; Verbindung Ursy-Vauderens	1340	6.00/7.00, 1.65			x	100
2200	3	Belfaux; Sanierung der Brücke über die Sonnaz	12.95	10.50		x		60
2200	5	Grolley; Kreisel La Rosière			Ø36.00		x	60
2310	2	Cheiry; Ortsdurchfahrt	835	6.00, 1.65			x	90
3000	12	Düdingen; Industriestrasse, Vorsortierstreifen, Trottoir	60	3.25, 1.65			x	90
3000	14	Düdingen, Jetschwil; Bushaltestellen und Trottoirs	110	3.00, 1.65		x		80
3000	23	Alterswil, Hofmatte; Bushaltestellen und Trottoirs	120	3.00, 1.65		x		80
3000	24	Alterswil, Wengliswil; Bushaltestellen und Trottoirs	120	3.00, 1.65		x		80
3000	37	Plaffeien; Ersatz der Hürlinbachbrücke	5.30	10.60		x		70
3000	37	Plaffeien, Gypsera; Bushaltestellen und Trottoirs	200	3.00, 1.65		x		80
3100	4	Wünnewil-Flamatt; Ersatz und Versetzung der Brücke über die Taverna	12	11.5			x	80
3100	28	Giffers, Guglera; Bushaltestellen und Trottoir	60	3.00, 1.65		x		80
3170	1	St. Sylvester, Ebnet-Tscherlu; Bushaltestellen und Trottoirs	120	3.00, 1.65		x		80
3170	1	St. Sylvester, La Gomma; Bushaltestelle und Trottoir	70	3.00, 1.65		x		80
3200	8	Tafers, Weissenbach; Bushaltestellen und Trottoir	165	3.00, 1.65		x		80
3220	3-4	Bösingen; Riederberg – Bösingen Dorf – Laupen Bernergrenze	1200 1400	6.00, 2x1.20, 2x 0.80			x	25
3220	4-5	Bösingen; Kreisel im Dorfzentrum			Ø20.00		x	100
3220	4	Bösingen, Cholholz; Bushaltestellen und Trottoirs	100	3.00, 1.65		x		80
3230	2	Ueberstorf; Ortsdurchfahrt	900	6.00		x		75
H182		Freiburg; Poyaprojekt (Brücke, Tunnel, Bellevue-Kreuzung)	1467	19.25			x	70
H182		Freiburg und Granges-Paccot; Ausbau der Murtenstrasse	800	14	36		x	90
H182		St.-Leonhard-Kreuzung; Anschlusswanne des Poyatunnels; Studie St.-Leonhard-Unterführung	700	7.0 -15.0		x		50

—
2009

4.2.5 Kontrolle und Unterhalt der Kunstbauten des Kantonsstrassennetzes

Anzahl kontrollierter Bauten:

Brücke	67 Inspektionen 25 Haupt- und 42 Zwischeninspektionen
Wasserleitungen	74 Inspektionen
Mauern	48 Inspektionen
Spezialbauwerke	21 Inspektionen

Unterhalts- und Instandsetzungsarbeiten:

Insgesamt hat der Werkhof Tour-Rouge an weiteren 64 Bauwerken (22 Brücken und 42 Aquädukte) Reinigungs- und kleinere Reparaturarbeiten vorgenommen.

4.2.6 Aufwertung des Strassenraums von Ortsdurchfahrten (Valtraloc)

Das Valtraloc-Büro und die Valtraloc-Untergruppe unter der Leitung des Tiefbauamts setzen sich aus Vertretern der Dienststellen zusammen, die am stärksten von den Valtraloc-Projekten betroffen sind. Sie beraten die Gemeindebehörden und die Autoren der Projekte in den verschiedenen Phasen der Studien.

Folgende Bewerbungsdossiers wurden dem Valtraloc-Büro unterbreitet:

Achse	Plan Nr.	Projekt
1500	2	Attalens; Änderung des Konzepts für den Ortskern
1310	7	Autigny; Änderung des Konzepts
2200	3-4	Belfaux; Änderung des Konzepts zwischen den Kreuzungen Autafond und La Forge
1400	11	Mézières; Ortsdurchfahrt

Der Valtraloc-Untergruppe wurde kein Vorprojekt unterbreitet.

4.2.7 Bundesverordnung über den Schutz gegen Störfälle (StFV)

Zweck der StFV ist, die Bevölkerung und die Umwelt vor schweren Schädigungen infolge von Störfällen bei der Beförderung gefährlicher Güter zu schützen. Als Besitzer der Kommunika-

tionswege ist das Tiefbauamt für die Anwendung der StFV auf den Hauptachsen des Kantonsstrassennetzes verantwortlich.

In Absprache mit dem Amt für Umwelt, der Vollzugsbehörde der StFV, hat das Tiefbauamt bei Strassenabschnitten, bei denen die Wahrscheinlichkeit eines Störfalles nicht als hinreichend klein angenommen werden kann, Zusatzstudien an die Hand genommen, um das Risiko zu ermitteln und die allenfalls nötigen baulichen Massnahmen zu bestimmen.

Liste der betroffenen Strassenabschnitte:

Achse	Plan Nr.	Segment
1300	23	Echarlens

4.3 Ausführung

Die Gesamtlänge des Kantonsstrassennetzes beträgt zurzeit 634,814 km (zuzüglich der vom TBA bewirtschafteten 5,568 km der Strasse Montbovon-Allières).

Das Vorankommen der Bauarbeiten in Prozenten per Ende 2008 und per Ende 2009 ist aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich:

Nr.	Nummer der Kantonsstrasse (Achse)
B	Nominale Fahrbahnbreite in m
L	Streckenlänge in m
F	Fläche in m ²
SRB	Datum der Vergabe der Arbeiten durch Staatsratsbeschluss
INFRA	Infrastrukturen, d.h. Erdarbeiten, Kanalisationen, Fahrbahnfundamente einschliesslich Asphalt-Tragschicht, Strassenschultern, Randabschlüsse und Pflastersteine
BELAG	Belag (Deckschicht)

—
2009

4.3.1 Vor dem 1. Januar 2009 begonnene Arbeiten

4.3.1a Strassen

Achse	Abschnitt	B	L	F	SRB	INFRA		BELAG	
						2008	2009	2008	2009
2000	Dekret vom 18. Oktober 1997 Villars-sur-Glâne; Route du Condoz	6,00	970	6700	10.10.05	--	--	--	100
H189	Dekret vom 18. Oktober 2000 Bulle-La Tour-de-Trême, Umfahrungsstrasse, Los 113 Baupiste Les Granges-La Ronclina, inklusive Installationsplatz	6,00	1125	6750 + 8925	04.02.03	70	80	70	80
	Los 123 Überführung und Anpassungen bei La Pâla	6,00	560	3360	01.07.03	--	--	20	100
	Strassenbauarbeiten (provisorische Umleitung und Anpassungen)								
	Los 221 Materialverwaltung und Betonherstellung	--	--	--	06.04.04	65	90	--	--
1060	Dekrete vom 25 Mars 2003 und 10 Mai 2007 Vaulruz; Croix-Verte-Hôtel de Ville	5,50	620	5000	27.02.07	--	--	--	100

4.3.1b Kunstbauten

Achse	Abschnitt	B	L	F	SRB	INFRA		BELAG	
						2008	2009	2008	2009
H189	Dekret vom 18. Oktober 2000 Bulle-La Tour-de-Trême, Umfahrungsstrasse, Los 212 Trême-Tunnel	7,50	580	4350	23.06.04	65	95	--	100
	Los 322 gedeckter Einschnitt Montcalia	7,50	444	3450	04.09.06	40	97	--	100
	Los 324 gedeckter Einschnitt Les Granges	7,50	527	3950	11.04.06	50	95	--	100
	Los 321 gedeckter Einschnitt Planchy / tpf-Tunnel	7,50	430	3225	12.12.06	40	97	--	100
	Los 323 gedeckter Einschnitt «Les Usiniers» und Schnittstelle «La Pâla»	7,50	355	4650	07.05.07	70	90	--	100

4.3.2 2009 durchgeführte Arbeiten

4.3.2a Strassen

—
2009

Achse	Abschnitt	B	L	F	SRB	INFRA		BELAG		
						2008	2009	2008	2009	
H189	Dekret vom 18. Oktober 2000 Bulle–La Tour-de-Trême, Umfahrungsstrasse, Elektromechanische Arbeiten					11.03.08				
						31.03.08				
						29.04.08				
						30.04.08				
						05.06.08				
						10.06.08				
						08.07.08				
						09.09.08				
						03.03.09				
						30.06.09				
						06.07.09				
						08.07.09				
						09.07.09				
						10.07.09				
						19.08.09				
						25.08.09				
						14.09.09				
						22.09.09				
						23.09.09				
				29.09.09						
		--	5350	--	11.11.09	25	95	--	--	
						08.07.08				
						18.07.08				
						09.09.08				
						15.12.08				
						26.01.09				
						03.02.09				
						17.03.09				
						23.03.09				
	Ausbauarbeiten					08.04.09				
						14.04.09				
						13.05.09				
						15.05.09				
						30.06.09				
						06.07.09				
						08.07.09				
						09.07.09				
						15.09.09				
		--	5350	--	11.11.09	10	95	--	--	
	Dekret vom 2. November 2006									
1200	Corbières; Vanel-Kreisel	Ø34.00		3550	23.06.09	--	50	--	30	
	Dekret vom 23. März 2003									
1310	Chénens; Kanalisation		300		11.11.08	--	100	--	--	
	Dekret vom 2. November 2006									
1310	Treyvaux; Kreisel im Dorfzentrum	Ø26.00	100	900	10.02.09	--	75	--	--	
	Dekret vom 23. März 2003									
3000	Plaffeien; Hangsicherung Telmoos	10	30		05.03.08	--	100	--	100	
	Dekret vom 2. November 2006									
3000	Düdingen; Kreisel Warpel und Bushaltestellen	Ø26.00 3.00, 1.65	52.00		21.05.08	--	100	--	100	
	Dekret vom 23. März 2003									
3000	Alterswil; Ortsdurchfahrt	5.6	523		24.10.07	--	100	--	100	
	Dekret vom 23. Juni 2006									
H182	Poyaprojekt, Granges-Paccot; Sammelleitung für die Abwasserbeseitigung Richtung Schiffenensee	--	917	--	8.07.08	26	60	--	--	
		3 x 3.20 +								
	Freiburg, Route de Berne; Bellevue-Kreuzung	3.50	270	5100	19.08.08	22	75	--	75	

—
2009

4.3.2 b Kunstbauten

Achse	Abschnitt	B	L	F	SRB	INFRA		BELAG	
						2008	2009	2008	2009
H182	Dekret vom 23. Juni 2006 Poyaprojekt Los A Becken zur Behandlung des Abwassers				17.02.09	--	100	--	100
	Poyaprojekt Los E Brücke	19.25	852		30.08.09	--	5	--	--
1200	Dekret vom 31. März 2009 Ärgerabrücke Marly – Instandsetzung der Brücke über die Ärgera	11.60	40	500	31.03.09	--	100	--	100

5. Sektion Strassennetzmanagement**5.1 Einführung**

Die Sektion Strassennetzmanagement wurde im Zuge der Neuorganisation des TBA im Januar 2009 geschaffen. Sie hat in erster Linie folgende Aufgaben:

- > kantonale Planung des motorisierten Individualverkehrs, des Zweiradverkehrs und des Fussverkehrs;
- > Bestimmung der Entwicklung von Siedlung, Umwelt und Verkehr;
- > Koordination kantonaler und kommunaler Planungen und Projekte im Einflussbereich des Kantonsstrassennetzes;
- > Erhebung bzw. Analyse der Verkehrsentwicklung, der Verkehrsabläufe und der Verkehrssicherheit auf den Kantonsstrassen;
- > Planung von Massnahmen für eine nachhaltige Weiterentwicklung der kantonalen Verkehrsinfrastrukturen;
- > Erteilung von Bewilligungen für bauliche, signalisations- und markierungstechnische Massnahmen auf dem kommunalen Strassennetz;
- > Beurteilung von kommunalen Richtplänen, Detailbebauungs- und -erschliessungsplänen; Bewilligung für generelle Entwässerungspläne sowie Baubewilligungen;
- > Lärmsanierungen entlang der Kantonsstrassen.

Die Sektion Strassennetzmanagement ist verantwortlich für die kantonale Strassenverwaltung und -planung für den motorisierten und den Langsamverkehr. Ausserdem koordiniert sie die Verwaltung und Planung der darunter- und darüberliegenden Strassennetzebenen (Gemeinde- bzw. Nationalstrassen). Sie wurde mit der Idee geschaffen, die Verfahren für sämtliche Strassenprojekte, für die das TBA verantwortlich ist, zu optimieren.

Dabei geht es namentlich um die Koordination aller Aspekte eines solchen Projekts. Die Sektion ist auch für die technischen Aspekte des Verkehrs zuständig. Sie ist die Ansprechpartnerin der Gemeinden in den Bereichen Bauten und Engineering entlang von Kantonsstrassen.

Für den Strassenunterhalt auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene ist hingegen die Sektion Strassenunterhalt verantwortlich.

Die Sektion Strassennetzmanagement ist in 4 Sektoren unterteilt: Signalisation und Gemeindestrassen, Mobilität, Baubewilligung, Lärmschutz. Da zwischen den jeweiligen Aufgaben der Sektoren grosse Wechselwirkungen bestehen, ist eine enge Zusammenarbeit und Koordination unumgänglich. Insbesondere der Sektor Mobilität hatte aufgrund seiner sektorenübergreifenden Funktion innerhalb der Sektion viel Arbeit.

Die Sektion Strassennetzmanagement vertritt das Tiefbauamt in den verschiedenen Kommissionen.

5.1.1 Direktionsübergreifende technische Gruppe Agglomerationen (GTI Agglomérations)

Diese Gruppe prüft die Modalitäten für die Umsetzung auf kantonaler Ebene der Agglomerationspolitik des Bundes. Sie hat dem Staatsrat einen Bericht überreicht, der die RUBD mit der Umsetzung beauftragt hat. Folgende kantonale Stellen sind vertreten: GS-RUBD, TBA, BRPA, GemA, FinV, VEA, WIF.

5.1.2 Koordinationsgruppe für Verkehr (KGV)

In der Koordinationsgruppe, die nach B 2.11.1 des kantonalen Verkehrsplan die Aufgabe hat, für die Umsetzung des Gesamtverkehrskonzepts zu sorgen, sind das VEA, das BRPA, das TBA und das AfU vertreten. 2009 kam sie zweimal zusammen.

5.1.3 Kommission für Verkehrserziehung

In dieser vom TCS präsidierten Kommission sind die verschiedenen Akteure der Verkehrserziehung wie beispielsweise TBA,

—
2009

Verkehrspolizei, ASS, Gemeindeverband, Verband der Elternvereine, Schuldirektion, Schulinspektorat vertreten. Sie kommt einmal pro Jahr zusammen und will informieren sowie die verschiedenen Aktionen zugunsten der Verkehrserziehung koordinieren.

5.1.4 Vorstand des Verbands MOBUL

Der Vorstand umfasst Vertreter von allen Gemeinden der Agglomeration Bulle sowie der betroffenen staatlichen Dienststellen (VEA, BRPA, AfU, TBA). Er tagt einmal pro Monat. 2009 beschäftigte sich der Vorstand hauptsächlich mit der Einführung der beiden städtischen Buslinien 1 und 2 (Verfahren, Finanzierung, Öffentlichkeitsarbeit) und mit der Einrichtung der Bushaltestellen. Ausserdem trieb der Vorstand die Arbeiten für den Richtplan der Agglomeration voran.

5.1.5 Kommissionen Fussgänger und Zweiräder in der Stadt Freiburg

Diese beiden Kommissionen kommen einmal pro Jahr zusammen und wollen informieren sowie die verschiedenen Aktionen zugunsten der Fussgänger und Zweiräder koordinieren.

5.1.6 Kommission für den Verkehr auf Meliorations- und Forststrassen

Präsident der Kommission ist der Sektionschef Strassennetzmanagement. Sie kam dreimal zusammen. Sie hat verschiedene Gesuche um die Einführung von Verkehrsbeschränkungen begutachtet. Die Gesuche teilten sich wie folgt auf:

- > 4 Dossiers für den Saanebezirk
- > 3 Dossiers für den Greyerbezirk
- > 3 Dossiers für den Glanebezirk
- > 3 Dossiers für den Broyebezirk
- > 1 Dossier für den Vivisbachbezirk
- > 1 Dossier für den Seebezirk

5.1.7 Kommission für Strassensicherheit

Die Kommission für Strassensicherheit befasst sich hauptsächlich mit Fragen der Verkehrssicherheit auf den Strassen und wird von der Kantonspolizei geleitet. 2009 hielt sie eine Sitzung ab.

5.2 Sektor Signalisation und Gemeindestrassen

5.2.1 Strassensignalisation und Reklamen

Der Sektor hat insgesamt 677 Gesuche in folgenden Bereichen geprüft:

- > 94 Beschlüsse über definitive Verkehrsbeschränkungen
- > 13 Beschlüsse über temporäre Verkehrsbeschränkungen
- > 2 Beschwerden
- > 161 diverse Bewilligungen
- > 310 Prüfungen und Gutachten für technische Dossiers
- > 97 Gesuche für das Aufstellen von Werbeträgern an Strassen

In diesem Rahmen wirkte der Sektor auch an bedeutenden Projekten mit (z.B. Umfahrungsstrasse von Bulle H189). Der Sektor hat sich zudem zu folgenden Entwürfen für eine Änderung der gesetzlichen Grundlagen geäussert:

- > Verkehrsregelnverordnung des Bundes (VRV)
- > Neues Amtsblatt
- > Reglement über die Umgebungsarbeiten bei Gruyères
- > Gemeindereglement über die finanzielle Beteiligung der Grundeigentümerschaft an den Grundstrasseninfrastruktur der Gemeinde Avry
- > Parkierungsreglement der Gemeinde Villars-sur-Glâne
- > Reglement über die Benützung der öffentlichen und privaten Sache der Gemeinde Attalens

Er hat an 14 Koordinationssitzungen mit der Strassenpolizei teilgenommen, an denen 65 Strassensignaldossiers geprüft wurden.

Ferner wurden zuhanden von Gemeindebehörden, Privatpersonen, Unternehmen und Ingenieurbüros rund 1000 Einsätze für vertikale Signalisationen, Markierungen, für die Verkehrsregelung usw. auf den Kantons-, Gemeinde- und privaten Strassen geleistet. Diese Einsätze fanden sowohl im Büro als auch vor Ort statt.

5.2.2 Gemeindestrassen

Gestützt auf die gesetzlichen Bestimmungen und auf Antrag der betroffenen Gemeinden hat der Sektor verschiedene Vorschläge

—
2009

und Projekte geprüft und anschliessend den zuständigen Behörden zum Entscheid vorgelegt: Strassen, Sammel- und Zugangsstrassen, Trottoirs, Fussgängerverbindungen, Fussgänger- und Radwege, Bushaltestellen, Tempo-30-Zonen, verkehrsberuhigende Massnahmen, Rückhaltebecken, Ausweichstellen, Industriezonen, Verkehrsmassnahmen, Versetzung und Korrektur von Gewerbestrassen, Verengung von Strassen, Errichtung von Inseln, Ausbau von Dorfzentren, Kreisel und Minikreisel, Einrichtung von Bushaltestellen und verschiedene Anschlüsse an eine Kantonsstrasse.

Die Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion (RUBD) hat zu 39 Gesuchen um Genehmigung solcher Strassenprojekte Stellung genommen.

5.2.3 Bahnübergänge

Im Rahmen der Gesuche für die Sanierung der gefährlichen Bahnübergänge im Kanton Freiburg wurden 3 Dossiers unterbreitet und von der Direktion genehmigt.

5.3 Sektor Mobilität

5.3.1 Grundlagen

5.3.1a Verkehrszählungen und Geschwindigkeitsmessungen

Der Sektor hat im Rahmen von Planungsstudien, Strassenprojekte und -lärmsanierungen des TBA rund dreissig Verkehrszählungen und Geschwindigkeitsmessungen durchgeführt – sowie ausnahmsweise auch für ein Gemeindestrasse-Dossier.

Des Weiteren hat der Sektor für 2010 durch die Bestimmung der Posten und Runden die Verkehrszählungskampagne, die alle fünf Jahre auf nationaler Ebene durchgeführt wird, sowie den Einsatz der fixen Zähler für das ASTRA vorbereitet.

Im Sinne der Qualitätssicherung wurden zudem die Dokumentvorlagen für die Erfassung des Verkehrs geschaffen.

5.3.1b Unfallstatistiken

Um die Planung und Realisierung von Verkehrs- bzw. Signalisationsmassnahmen auf Kantons- und Gemeindestrassen zu ermöglichen, wurden rund dreissig Unfallstatistiken erstellt und ausgewertet.

Ausserdem wurden die Dokumentvorlagen für die Erfassung der Verkehrsunfälle angepasst.

5.3.2 Planung

Der Sektor ist für die Planung des Verkehrs auf kantonalen, regionalen und lokaler Ebene zuständig.

Im Rahmen der kantonalen Planung wurden folgende Arbeiten ausgeführt:

- > Aktualisierung des Sachplan der Kantonsstrassen;
- > Vorbereitungen für die Revision der kantonalen Zweiradplanung;
- > Vorbereitungen für die Einführung der kantonalen Verkehrsmodelle;
- > Vorbereitungen für die Zweckmässigkeitsanalyse von Umfahrungsstrassen zur Entlastung von Ortsdurchfahrten;
- > Unterstützung des BRPA bei dessen Arbeiten für die Einkaufszentren, die grossen Verkehrserzeuger, die Revision des RPBG und des RPBR, die aktive Bodenpolitik sowie den Sachplan Materialabbau.

Es wurden folgende Dossiers zur regionalen und kommunalen Planung unter dem Gesichtspunkt der Mobilität begutachtet:

- > 3 regionale Richtpläne
- > 110 Ortspläne
- > 10 Gemeindekonzepte und -reglemente
- > 40 Detailbebauungspläne

Dem ist anzufügen, dass der Sektor gebeten wurde, zur Gefährlichkeit von 6 Schulwegen Stellung zu nehmen sowie Gemeinden im Rahmen ihrer Planung und Sicherheitsanalysen in etwa 5 Dossiers beratend zur Seite zu stehen.

Der Sektor hat ausserdem für die RUBD oder das Kantonsgericht rund 5 Beschwerden unter dem Gesichtspunkt der Mobilität begutachtet.

5.3.3 Kantonale Strassenprojekte

Die Sektion ist in den Bereichen Mobilität und Sicherheit verantwortlich für die Planung und Begleitung von kantonalen Strassenprojekten.

Sie hat namentlich folgende Studien begleitet oder durchgeführt:

- > Verkehrsstudie Unterer Sensebezirk;

—
2009

- > Zweckmässigkeitsstudie für die Verbindung Marly–Matran;
- > Überprüfung der Funktionsweise des Projekts und Ausarbeitung der neuen Variante für eine St.-Leonhard-Kreuzung mit unterirdischer Verkehrsführung;
- > Überprüfung des Projekts Romont–Vaulruz;
- > Überprüfung der Zweckmässigkeit, bei der Sanierung von Kantonsstrassen Zweiradwege und -streifen einzurichten;
- > Überprüfung des Knotens Industrie-Billens in Romont;
- > Überprüfung der Valtraloc-Konzepte;
- > Überprüfung der Sanierung von Strassenknoten;
- > Überprüfung der Projekte für sicherere Bushaltestellen entlang der Kantonsstrassen.

5.3.4 Markierung der Radrouten

Im Rahmen der Instandhaltung der Radroutenmarkierungen:

- > wurden 500 km markierte Routen kontrolliert;
- > wurde auf gut 10 Kilometern die Sicherheit verbessert (Änderung des Trassees);
- > wurden gut 100 Signalisationen ersetzt (wegen Trasseänderungen oder Vandalenakten);
- > wurden die Wegweiser «Info-Point» ausgewechselt (neues Modell);
- > wurde ein Velozähler in Grandvillard aufgestellt;
- > wurde die Studie für eine neue Verbindung um den Murtensee herum in Angriff genommen.

5.4 Sektor Baubewilligung

Der Sektor hat insgesamt 2545 Gesuche in folgenden Bereichen geprüft:

- > 2463 Baubewilligungsgesuche und Gesuche für den Umbau von Gebäuden am Rand öffentlicher Strassen (2431 Dossiers wurden positiv, 7 provisorisch negativ und 25 negativ begutachtet)
- > 2 generelle Entwässerungspläne (GEP)
- > 2 Gemeindestrassen

- > 49 Abweichungen mit Grundbucheintrag (gewährt)
- > 17 Abweichungen ohne Grundbucheintrag (gewährt)
- > 8 Gutachten zuhanden des Oberamts nach Einsprachen
- > 4 Gutachten zuhanden des Verwaltungsgerichts nach Einsprachen im Rahmen von Baubewilligungsverfahren

Der Sektor Baubewilligung untersucht die Baubewilligungsgesuche unter dem Aspekt der Zweckmässigkeit sowie des geltenden Rechts und der kantonalen Planung. Die Vorhaben werden darüber hinaus aus technischer Sicht und gestützt auf die geltenden Normen und Gesetzgebungen beurteilt. Es werden der Einfluss des Projekts auf das bestehende Strassennetz sowie projektinterne Aspekte (Verkehr innerhalb des Projektperimeters und Parkierung, Fussgängerverbindungen, Oberflächenentwässerung usw.) analysiert.

Bei gewissen Projekten sind Änderungen oder Begleitmassnahmen nötig. Diese werden in Zusammenarbeit mit dem Gesuchsteller ausgearbeitet. Das Arbeitsvolumen für ein bestimmtes Projekt hängt stark von dessen Komplexität ab. So nimmt etwa die Überprüfung eines Bauvorhabens für ein Einkaufszentrum und Verwaltungskomplex von mehr als 1000 m² deutlich mehr Zeit in Anspruch als ein Carport-Projekt.

Ausserdem gibt es grosse Qualitätsunterschiede zwischen den Baubewilligungsgesuchen. Um die Gemeinden, Ingenieur- und Architekturbüros sowie Oberämter und Privatpersonen zu unterstützen, hat der Sektor in Zusammenhang mit diesen Dossiers rund 450 Ortsbegehungen vorgenommen.

Des Weiteren hat der Sektor:

- > Stellung zum neuen RPBG und RPBR genommen und
- > für die Erstellung von Gutachten zu Baubewilligungsgesuchen vom System des ITA zum neuen Programm DATEC gewechselt.

5.5 Sektor Lärmschutz

Alle nachstehend aufgeführten Aufgaben wurden gemäss eidgenössischer Lärmschutz-Verordnung (LSV) vom 15. Dezember 1986 und gemäss kantonaler Ausführungsverordnung vom 17. März 2009 zur Lärmschutz-Verordnung des Bundes (AVLSV) ausgeführt. Zu erwähnen sind unter anderem:

- > Begutachtung unter dem Gesichtspunkt der LSV von 86 Baubewilligungsgesuchen, DBP, DEP, OP und Strassenprojekten (seit Mittel Juli 2009 werden diese Gutachten gemäss AVLSV vom AfU erstellt);

—
2009

- > 12 Lärmmessungen vor Ort, davon 6 im Rahmen des Programms zur Überwachung der akustischen Vorteile von lärmarmen Belägen auf den Kantonsstrassen;
- > Behandlung von 6 Klagen von Privaten oder Gemeinden wegen übermässiger Lärmbelastigungen entlang der Kantonsstrassen;
- > 8 Ausschreibungen für Strassenlärmsanierungsstudien;
- > 2 Nachführungen von Strassenlärmsanierungsstudien;
- > 3 Sanierungsprojekte (bei den betroffenen Dienststellen in Vorprüfung);
- > 1 Ausschreibung für den Einbau eines lärmarmen Strassenbelags;
- > 10 Strassenlärmsanierungsprojekte.

Strassenlärmsanierungsprojekte nach Art. 13 LSV					
Achse	Sektor	Gemeinde	Bezeichnung	Projektphase	
2000	23-25	Neyruz	Ortsdurchfahrt	Ausschreibung der Studie	
2100	3	Villars-sur-Glâne;	Rte de Moncor	Ausschreibung der Studie	
1300	6-8	Freiburg – Villars-sur-Glâne	Rte de la Glâne	Ausschreibung der Studie	
2100	5	Corminboeuf	Gut Le Bugnon	Ausschreibung der Studie	
1000	28-29	Bas-Intyamon	Villars-sous-Mont	Ausschreibung der Studie	
1000	30-32	Haut-Intyamon	Neirivue - Albeuve	Ausschreibung der Studie	
3410 / 3420	6 / 3	Bas-Vully	Le Péage	Nachführung der Studie und Prüfung	
1000	13-16	Vuadens	Ortsdurchfahrt	Ausschreibung für die Nachführung der Studie	
1200	2-3	Freiburg	Charmettes – Pérollesbrücke	Ausschreibung für die Nachführung der Studie	
1000	22	Gruyères	Motel	Ausschreibung für die Nachführung der Studie	

Im Hinblick auf die Ausschreibungen für Strassenlärmsanierungsstudien und den Einbau von lärmarmen Strassenbelägen wurden neue Dokumente ausgearbeitet.

Der Sektor hat sich um die derzeit laufende Aktualisierung des Lärmbelastungskatasters gekümmert.

6. Sektion Strassenunterhalt

6.1 Unterhalt der Kantonsstrassen

6.1.1 Ordentliche Tätigkeit

Auf der Grundlage des Voranschlags 2009, eines ausserordentlichen Kredits zur Behebung der durch den Winter verursachten Schäden und des kantonalen Plans zur Stützung der Wirtschaft konnten 15 750 065 Franken für den Unterhalt der Kantonsstrassen aufgewendet werden.

Dieser Betrag wurde wie folgt verwendet:

Baulicher Unterhalt (bauliche und technische Massnahmen zur Gewährleistung der Bauwerkssicherheit, der Aufrechterhaltung der Anlagesubstanz und der Anlagefunktion; von privaten Tiefbauunternehmen ausgeführt): 13 093 719 Franken, davon 943 952 Franken für Hauptstrassen in den Bergen, 3 004 299 Franken für

dringliche Arbeiten zur Behebung der Winterschäden 2008/2009 und 2 916 337 Franken im Rahmen des kantonalen Plans zur Stützung der Wirtschaft.

Der betriebliche Unterhalt (Reinigung, Pflege, Wartung, Instandhaltung und Kleinreparaturen; vom Tiefbauamt ausgeführt): 2 656 346 Franken.

Übersichtstabelle

A. Baulicher Unterhalt Fr. 13 093 719.—

Kantonsstrassen in der Stadt Freiburg (Kompetenzdelegation) Fr. 48 481.—

Sanierung von Grundwasserschutz zonen S (Wasserfassungen) Fr. 40.—

Kantonale Mitwirkung bei der Sanierung von Bahnübergängen Fr. 40 370.—

Rückzahlung und Beteiligung (städtebauliche Arbeiten) Fr. 523 587.—

Gemeindestrasse von Allières Fr. 214 901.—

—
2009

Kreis 1	Fr. 6 334 330.—
Kreis 2	Fr. 3 521 554.—
Kreis 3	Fr. 2 410 456.—
Dies entspricht folgenden Arbeiten:	
Fundationen	26 149 m ²
Verstärkungen und Neuprofilierungen	18 273 m ²
Beläge: Trag- und Deckschicht	191 583 m ²
Einprofilierungen durch Fräsen	96 137 m ²
Oberflächenbehandlung	25 794 m ²
Böschungen und Bankette	3 851 m ²
Kanalisationen	4 694 m ²
Bituminöses Mischgut	34 671 t
Anzahl ausgeführter Analysen des bituminösen Mischgutes	313 Stk.
Übersichtstabelle	
B. Betrieblicher Unterhalt	Fr. 2 656 346.—
Werkhof der Kantonsstrassen	Fr. 38 178.—
Kreis 1	Fr. 661 049.—
Kreis 2	Fr. 613 963.—
Kreis 3	Fr. 481 706.—
Gemeindestrasse von Allières	Fr. 7 818.—
Bewirtschaftung der Wälder entlang der Kantonsstrassen	Fr. 161 071.—
Durchgangsplatz für Fahrende	Fr. 1 001.—
Sanierung von Kunstbauten	Fr. 298 484.—
Einsatz der Feuerwehstützpunkte	Fr. 91 269.—
Leistungen des für den Unterhalt der Nationalstrassen zuständigen Personals für die T10, H189 und Autostrasse Givisiez	Fr. 301 807.—

6.1.2 Vom Werkhof der Kantonsstrassen ausgeführte Arbeiten (Tour Rouge).

Tiefbau: Kanalisationen, Reparatur und Instandstellung der Fahrbahn, Reparatur und Mähen der Strassenböschungen, Fällen von Bäumen, Belageinbau, Bankett, Sondierungen in: Freiburg, Villars-sur-Glâne, Nuvilly, Surpierre, Chénens, Matran, Avry, Cugy, Prez-vers-Noréaz, Ursy, Fétigny, Dompierre, Domdidier, Belfaux, Montagny, Grolley, Salvenach, Alterswil, Plaffeien, Marly, Cormagens, Châbles, Lully, La Folliaz, Romont, Villaz-St-Pierre, Corsey, Torny, Cheiry, Murist, Tafers, St. Antoni, Düringen.

Kunstbauten: Unterhalts- und Reparaturarbeiten bei 55 Kunstbauten.

Signalisation: Einrichtung von neuen Signalisationen, Ersatz bestehender Signalisationen, Instandsetzung von Signalisationen infolge von Unfällen.

Leitschranken: Einrichtung von neuen Leitschranken, Anpassung bestehender Leitschranken an die neuen Normen und Instandsetzung infolge von Unfällen.

Markierung: 247 000 m Mittellinien (Länge der tatsächlich markierten Linien, ohne Zwischenräume bei unterbrochenen Linien), 63 000 m Randlinien und 60 000 m Linien bei Kreuzungen (Mittel- und Randlinien: 15 cm breit und 85 g Farbe pro m).

Werkstatt: Unterhalt und Instandsetzung der Fahrzeuge und Maschinen des Werkhofs und der Kreise

6.1.3 In den Kreisen ausgeführte Arbeiten

6.1.3a Hauptaufgaben der Strassenwärter

Winterdienst (Pikettdienst – Aufstellen und Räumen von Leitpfosten und Treibschneezäunen – Schneeräumung und Salzstreuung)	39 567 Stunden
--	----------------

Überwachung des Strassennetzes (Kontrollgänge – Strassenpolizei)	6 735 Stunden
--	---------------

Unterhalt der Grünzonen (Mähen – Auslichten und Fällen – Pflanzen – chemische Behandlung)	50 146 Stunden
---	----------------

Unterhalt der Fahrbahnen (Reinigung – lokale Reparaturarbeiten)	13 476 Stunden
---	----------------

Unterhalt der Seitenstreifen (Reparatur der Böschungen und Bankette – Reinigung der Felswände – Unterhalt der Abmarkung der öffentlichen Sachen)	11 725 Stunden
--	----------------

—
2009

 Unterhalt der Kanalisationen (Reinigung der Kanalisationen – Videokontrolle – lokale Reparaturarbeiten) 9 569 Stunden

 Unterhalt der Kunstbauten (Reinigung – geringfügige Reparaturen) 1 325 Stunden

 Unterhalt der Signalisation (Unterhalt der Baken – Unterhalt der STRADA-Messpunkte – Vormarkierungen) 5 705 Stunden

 Spezialdienst (Überschwemmungen – Erdbeben) 663 Stunden

 Gemeindestrasse Montbovon–Allières
 Betrieblicher Unterhalt 1 830 Stunden
 Winterdienst 364 Stunden

6.1.3b Bewirtschaftung der Wälder entlang der Kantonsstrassen

Für die finanzielle Beteiligung am Fällen von Bäumen zur Gewährleistung der Sicherheit entlang der Kantonsstrassen auf den Gebieten der Gemeinden Broc (Bataille), Montbovon (Routes des Allières), Rossens, Düdingen und Rue, das von den Gemeinden, Revierkörperschaften und von Privatpersonen ausgeführt wurde, wurden 161 071 Franken aufgewendet.

Mit diesen Massnahmen wird die Weisung der Eidgenössischen Forstdirektion über die Beseitigung von Bäumen oder Baumgruppen, die eine Gefahr für die Bevölkerung oder für bedeutende Sachwerte darstellen, umgesetzt.

6.2 Unterhalt der Nationalstrassen

6.2.1 Ordentliche Tätigkeit

Mit dem Inkrafttreten der NFA am 1. Januar 2008 hat das Nationalstrassennetz auf Freiburger Boden eine Länge von 62,34 km für die N12 und von 32,59 km für die N1, was ein Total von 94,93 km ergibt.

Zudem übernimmt der Kanton den Unterhalt der Autostrasse Givisiez, der T10 Kerzers sowie der H189.

Seit dem 1. Januar 2008 sind die Kantone Freiburg, Genf und Waadt in der Gebietseinheit II (GE II) zusammengeschlossen, um im Auftrag des Bundes den Betrieb der Nationalstrassen sicherzustellen. 2009 wurde auf Ansuchen des ASTRA hin die Neuverhandlung des Leistungsauftrags in Angriff genommen. Diese Verhandlungen werden 2010 weitergeführt werden. Nachdem der Genfer Kantonsingenieur, Herr Jean-Bernard Haegler, in den Ruhestand trat, hat Herr André Magnin, Freiburger Kantonsingenieur, den Vorsitz des Führungsausschusses der GE II für die Periode 1. November 2009 bis 31. Dezember 2010 übernommen.

Die vom Unterhaltspersonal erbrachten Arbeitsleistungen lassen sich wie folgt aufteilen:

> Die Arbeiten für den Winterdienst erforderten 16 108 Stunden, wobei 4344 Tonnen chemische Auftaumittel verwendet wurden.

> Die Arbeiten für die Reinigung der Fahrbahnen, Halteplätze und Kanalisationen sowie für den Unterhalt der Grünzonen erforderten 28 122 Stunden.

> Bei der Erneuerung von Markierungen bei Anschlüssen, Inseln oder in Tunnel durch die Signalisationsequipe wurden 112,03 km Mittel- und Randlinien markiert. Dafür wurden 8152 kg Farbe verwendet.

> Es wurden 254 Unfälle registriert (in 47 Fällen konnten die Verursacher nicht ausfindig gemacht werden). Für die Reparaturarbeiten waren 2441 Arbeitsstunden erforderlich und der finanzielle Aufwand belief sich auf 784 874.75 Franken.

6.2.2 Ausserordentliche Tätigkeit

Auf Gesuch des ASTRA hat der Nationalstrassenunterhalt über die im Leistungsauftrag vereinbarten Leistungen hinaus folgende Arbeiten ausgeführt:

> Einzelmassnahmen auf den Autobahnen (kleine Sanierungsarbeiten, die nicht im Leistungsauftrag vorgesehen waren): 975 Stunden und Einnahmen von 1 350 116 Franken;

> Einzelmassnahmen an Gebäuden (kleine Sanierungsarbeiten, die nicht im Leistungsauftrag vorgesehen waren): 231 Stunden und Einnahmen von 294 947 Franken;

> UPlaNS-Baustelle: 2300 Stunden und Einnahmen von 358 638 Franken, davon 41 211 Franken für Leistungen im Dezember 2009, die im Januar 2010 in Rechnung gestellt werden;

> Spezialdienst: 197 Stunden und Einnahmen von 38 354 Franken;

> kleine Leistungen: 592 Stunden und Einnahmen von 242 939 Franken, davon 16 196 Franken für Leistungen im Dezember 2009, die im Januar 2010 in Rechnung gestellt werden;

7. Sektion Gewässer

—

7.1 Aufgaben

Die Sektion Gewässer hat die Aufgabe, die Fliessgewässer im Kanton auszubauen und zu unterhalten, um deren ökologische Funktionen zu bewahren und das Schadenpotenzial bei Hochwasser zu verringern. Sie stellt den Schutz der oberirdischen Gewässer sicher und wirkt auf eine gemässigte Nutzung der

—
2009

Gewässer hin. Ausserdem ist sie dafür besorgt, dass die Auswirkungen der Tätigkeit des Menschen auf die Fliessgewässer und Uferzonen verringert werden.

7.2 Ordentliche Tätigkeit

7.2.1 Bewertung der Gefahren – Kartografierung

Das Programm zur Kartografierung der Naturgefahren wird gemäss dem von der kantonalen Naturgefahrenkommission (KNG) erarbeiteten Programm weitergeführt. Für die Bezirke des Mittellands (mit Ausnahme des Seebezirks) wurden in den letzten Jahren bereits sämtliche Gefahrenhinweiskarten erstellt. 2009 wurde ein konzeptionelles Datenmodell definiert. Bei der Ausarbeitung der Gefahrenkarten werden die damit beauftragten externen Büros dieses Modell benutzen. Das Resultat werden standardisierte Ergebnisse sein, die rascher auf dem Internet publiziert werden können.

Die Gefahrenkarten für die Ärgera in Plasselb und den Bach Le Moulin in Ménières wurden erstellt und von der Naturgefahrenkommission (KNG) validiert.

2007 ersuchte Grossrat Heinz Etter den Staatsrat in seinem Postulat (P2022.07), eine Studie über die Hochwassersituation im Grossen Moos in Auftrag zu geben, mit der die kurz-, mittel- und langfristigen Massnahmen zum Schutz von Kulturen, Infrastrukturen und Gebäuden aufgezeigt werden sollten. Der Grosse Rat erklärte das Postulat erheblich. In der Folge wurde ein Ingenieurbüro mit dieser Studie beauftragt. Die Ergebnisse sollten 2010 vorliegen.

Als letzten Punkt ist die Studie zur Sense zu erwähnen, die von einem externen Büro durchgeführt wurde, um die Risiken im Zusammenhang mit den Erosionen im Raum Rufenen (Gemeinde Plaffeien) genauer abzuklären.

7.2.2 Gewährleistung der Niederwassermengen und Datenerhebung

Die Sektion Gewässer setzte den Betrieb eines hydrologischen Messnetzes fort und führte monatliche Wasserstandsmessungen durch, um die natürlichen Restwassermengen der Wasserläufe bei Niederwasser zu ermitteln.

2009 wurden sämtliche Wasserstandserhebungen der letzten rund zehn Jahre in aufwendiger Arbeit validiert und ausgewertet. Diese Daten stehen der Öffentlichkeit und den Ingenieurbüros zur Verfügung.

7.2.3 Studien und Planung – Revitalisierung der Fliessgewässer

Entsprechend dem Vorschlag des Staatsrats in seiner Antwort auf die Motion René Fürst / Markus Bapst über die Einführung eines Fonds für die Revitalisierung von Gewässern führte die Koordinationsgruppe Fliessgewässer, der die Vertreter der kantonalen Dienststellen angehören, die sich mit den oberirdischen Gewässern befassen, im Jahr 2008 eine Analyse der in den letzten Jahren realisierten Revitalisierungsprojekte durch, um die kommenden Projekte optimal ausrichten zu können. Im Bericht «Potentiel de revitalisation des cours d'eau fribourgeois», der im November 2009 veröffentlicht wurde, sind die Ergebnisse dieser Analyse sowie die Strategie für die künftigen Revitalisierungsarbeiten dargestellt.

7.2.4 Raumbedarf der Fliessgewässer

Mit der Einhaltung des minimalen Raumbedarfs werden sowohl Ziele des Hochwasserschutzes als auch Ziele der Revitalisierung verfolgt. Die Übertragung dieses Katasters in die Nutzungspläne erfolgt in Zusammenarbeit mit den betroffenen Dienststellen. Damit soll der Raumbedarf der Fliessgewässer im Rahmen der Revision von OP sichergestellt werden. Um den Raumbedarf systematisch zu ermitteln, wurden entsprechende Studien unternommen. Bis heute wurde der Raumbedarf der Fliessgewässer auf dem Gebiet von 66 Gemeinden ermittelt. Für 40 dieser Gemeinden hat die Sektion Gewässer die Definition des Raumbedarfs validiert. Erst 7 Gemeinden haben den Raumbedarf der Fliessgewässer bisher in ihren OP übertragen.

7.2.5 Ausbau und Unterhalt der Fliessgewässer

Die Sektion hat die generellen Projekte ausgearbeitet und die Oberbauleitung für die Projekte von Gewässerverbauungen wahrgenommen (siehe weiter unten die Liste mit den laufenden und abgeschlossenen Arbeiten). Daneben hat sie Gemeinden und Wasserbauunternehmen bei Unterhalts- und Ausbauarbeiten beraten. Sie behandelte die Gesuche um Kantonsbeiträge. Und schliesslich wirkte sie auch als Bindeglied zwischen der Bauherrschaft und dem Bund für die Gewährung von Bundesbeiträgen.

7.3 Laufende Studien und Projekte

7.3.1 Grundlagen und Konzepte

- › Bibera, Ulmiz und Gempenach (Gefahrenkarte und Massnahmenkonzept)
- › Bibera, Grosses Moos (Gefahrenkarte und Massnahmenkonzept)
- › Gemeinde Jeuss (Gefahrenkarte für verschiedene Fliessgewässer)

2009

- › Kerzers – Ried (Gefahrenkarte für verschiedene Fliessgewässer)
 - › Farvagny (Gefahrenkarte für verschiedene Fliessgewässer)
 - › Hapferenbach, Plaffeien (Gefahrenkarte und Massnahmenkonzept)
 - › Saane von Hauterive bis Schiffenen (Gefahrenkarte und Massnahmenkonzept)
 - › Haute-Sonnaz, mehrere Gemeinden (Massnahmenkonzept)
- 7.3.2 Wasserbauprojekte
- › Ärgera, Plasselb (Hochwasserschutz und Revitalisierung)
 - › Ärgera, Tentlingen (Hochwasserschutz und Revitalisierung)
 - › Albeuve und Rio de Chaux, Gruyères (Hochwasserschutz und Revitalisierung)
 - › Bibera, Ulmiz und Gempnach (Hochwasserschutz und Revitalisierung)
 - › Bi-Chalet, Jaun (Hochwasserschutz)
 - › Bioleyre, Léchelles (Hochwasserschutz)
 - › Biorde, Attalens, Granges und Bossonnens (Hochwasserschutz und Revitalisierung)
 - › Branches, Hauteville (Hochwasserschutz)
 - › Braseyres, Les Paccots (Hochwasserschutz und Revitalisierung)
 - › Broye, Villeneuve (Hochwasserschutz und Revitalisierung)
 - › Claruz, Pierrafortscha (Hochwasserschutz)
 - › Crausaz, Courtepin (Hochwasserschutz und Revitalisierung)
 - › Ärgera, Marly (Hochwasserschutz und Revitalisierung)
 - › Hôpital, Domdidier (Hochwasserschutz und Revitalisierung)
 - › Heitiwilbach, Düdingen (Hochwasserschutz und Revitalisierung)
 - › Hürlinenbach, Plaffeien (Hochwasserschutz)
 - › Javro und Zuflüsse (Hochwasserschutz)
 - › Jaunbach, Jaun (Hochwasserschutz)
 - › Riaux, Lossy (Hochwasserschutz und Revitalisierung)
 - › Mionna und Zuflüsse, St. Martin und La Verrerie (Hochwasserschutz)
 - › Mortivue, Semsales (Hochwasserschutz)
 - › Moulin, Ménières (Hochwasserschutz)
 - › Moulin, Vuisternens (Revitalisierung)
 - › Nesslerera, Le Mouret
 - › Palon, Prez-vers-Noréaz (Hochwasserschutz und Revitalisierung)
 - › Pra Melley, Le Pâquier (Hochwasserschutz und Revitalisierung)
 - › Saane im oberen Greyerzbezirk, Broc und Bas-Intyamou (Enney) (Hochwasserschutz und Revitalisierung)
 - › Warme Sense und Zuflüsse beim Rohrmoos, Plaffeien (Hochwasserschutz und Revitalisierung)
 - › Sionge, Vuadens – Vaulruz (Hochwasserschutz und Revitalisierung)
 - › Taverna, Mühletal und Wünnewil-Flamatt
 - › Tana, Grandvillard
 - › Veveyse de Châtel, Châtel-St-Denis
 - › Veveyse de Fégire, Châtel-St-Denis
- 7.4 Im Jahr 2009 beendete Projekte und Studien**
-
- 7.4.1 Grundlagen und Konzepte
- › Mortivue, Semsales (Zusatzexpertise zu den Murgängen, Verbesserung des Massnahmenkonzepts)
 - › Bäche in Le Pâquier (Massnahmenkonzept)
 - › Moulin, Ménières (Gefahrenkarte)
 - › Galtera, Tafers, St. Ursen und Freiburg (Massnahmenkonzept)
 - › Ärgera, Plasselb (Massnahmenkonzept und Revitalisierung des Auengebiets)

—
2009

7.4.2 Wasserbauprojekte (Abschluss der Arbeiten)

- > Bry, Enney
- > Coppet, Charmey (Hochwasserschutz)
- > Corsalettes, Grolley (Hochwasserschutz)
- > Neirivue, Haut-Intyamon (Hochwasserschutz)
- > Sonnaz, Belfaux (Revitalisierung)
- > Stoutz, Serbache und Hap, La Roche (Hochwasserschutz)
- > Tiguelet, Belfaux
- > Veveyse en montagne (Hochwasserschutz)
- > Zumholzbach, Alterswil

7.5 Gesprochene und überwiesene Beiträge

7.5.1 Subventionen – Grundlagen und Konzepte

2009 wurden für Wasserbaustudien und -konzepte Kantonsbeiträge von 65 967.15 Franken gesprochen. Für die Studien sprach der Bund Subventionen von insgesamt 569 000 Franken. Die Kantonsbeiträge beliefen sich auf 17 811.10 und die Bundesbeiträge auf 216 880 Franken.

a) auf Kantonebene:

	Kostenvorschlag Fr.	Beitragssatz %	Subvention Fr.
Bouleyres d'Amont, Pont-en-Ogoz	65 967.15	27,00	17 811.10
Saane im oberen Greyerzbezirk. div. Gemeinden	85 000.—	30,00	25 650.—
Total	151 467.15		43 461.10

b) auf Bundesebene:

	Kostenvorschlag Fr.	Beitragssatz %	Subvention Fr.
Bouleyres d'Amont, Pont- en-Ogoz	66 000.—	39,00	25 740.—
Hôpital, mehrere Gemeinden	503 000.—	38,00	191 140.—
Total	569 000.—		216 880.—

7.5.2 Subventionen – Wasserbauprojekte

Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) trat am 1. Januar 2008 in Kraft. Mit der NFA wurde eine Vierjahresplanung für den Wasserbau eingeführt. Die Kantone verpflichten sich gegenüber dem Bund über eine Programmvereinbarung; der Bund seinerseits finanziert die grundlegenden Tätigkeiten der Kantone, die aus der Grundlagenbeschaffung sowie dem Ausbau und Unterhalt der Fließgewässer bestehen.

Die Sektion Gewässer ist für zwei Programmvereinbarungen zuständig (Hochwasserschutzbauten und Revitalisierung). Diese beiden Vereinbarungen sehen einen Höchstsatz für die Bundesbeiträge von 35% vor. Alle Projekte, deren Baukosten unter 1 000 000 Franken liegen, sind Teil dieser Programmvereinbarungen.

Für Wasserbauprojekte von über 1 000 000 Franken legt der Bund den Beitragssatz fallweise fest. Der Höchstsatz beträgt bei solchen Projekten 45%. Die Kantone müssen dem Bund in diesen Fällen ein projektspezifisches Subventionsgesuch stellen.

Derzeit beträgt der Höchstsatz für die Kantonsbeiträge an Wasserbauprojekte 31,5% – unabhängig davon, ob sie dem Hochwasserschutz oder der Revitalisierung dienen.

7.5.2a Beiträge aufgrund der Programmvereinbarungen

2009 betragen die Ausgaben für Wasserbauprojekte, die Teil der Programmvereinbarungen für den Hochwasserschutz und die Revitalisierung waren, 1 453 811.60 Franken; die Kantonsbeiträge beliefen sich auf 415 107.85 und die Bundesbeiträge auf 451 734.80 Franken. Es ist interessant, den Gesamtbetrag der Bundessubventionen, die der Staat im Jahr 2009 den Gemeinden ausbezahlt hat (451 734.80 Franken), mit den Bundesbeiträgen, die der Staat Freiburg im selben Zeitraum im Rahmen der beiden Programmvereinbarungen «Schutzbauten Wasser» und «Revitalisierung» erhalten hat (700 000 Franken + 90 000 Franken), zu vergleichen: Die Differenz zwischen den Bundesbeiträgen, die der Kanton erhalten hat, und den an die Gemeinden ausbezahlten Beiträgen beträgt 248 265.20 Franken und wird auf den Vorschlag 2010 übertragen.

—
2009

Wasserläufe, Gemeinden	Ausbau Arbeiten Fr.	Subvention	
		Bund Fr.	Kanton Fr.
Bry, Bas-Intyamon	314 662.15	92 825.35	97 545.25
Crausaz, Courtepin	20 199.10	5 150.75	4 645.80
Crausa, Marly	33 995.10	8 668.75	7 818.85
Enterslochbach, Oberschrot	135 822.—	47 737.70	42 104.80
Gässlibach, Jeuss	44 626.70	10 933.50	9 817.90
Gros Mont, mehrere Gemeinden	31 200.—	8 736.—	9 048.—
Javroz und Mossetta, mehrere Gemeinden	139 757.15	41 228.35	43 324.70
Jaunbach, Jaun	94 629.35	27 442.50	28 388.80
Hôpital, mehrere Gemeinden		30 302.50	
Marivue, Haut- Intyamon	31 058.—	9 783.25	10 249.15
Moulin, Farvagny	29 579.10	8 725.85	7 690.55
Neirivue, Haut- Intyamon	10 862.—	3 150.—	3 258.60
Oleyres, Domdidier	48 400.—	12 100.—	10 890.—
Pra Gemy, Fruence, Châtel-St-Denis	23 915.45	5 859.30	5 620.15
Rio de Coppet, Charmey	60 379.50	17 510.05	18 113.85
Ruz, Hauteville	38 009.25	10 642.60	11 022.70
Sionge, mehrere Gemeinden	16 943.50	4 320.60	3 897.—
Sonnaz, Belfaux	122 143.95	32 368.15	29 314.55
Stoutz beim «Plan des Gouilles», La Roche	43 455.05	12 167.40	11 732.85
Tiguellet in Belfaux, EETI	57 306.50	15 186.20	13 753.55
Veveyse de Châtel, «La Joux Verte», Châtel-St-Denis	11 437.80	2 973.85	3 088.20
Veveyse de Châtel, Châtel-St-Denis	64 665.75	20 350.05	21 319.10
Veveyse de Fégire, Châtel-St-Denis	32 858.05	9 200.25	9 528.85
Zumholzbach, St. Antoni	47 906.15	14 371.85	12 934.65
Total	1 453 811.60	451 734.80	415 107.85

7.5.2b Beiträge für Einzelprojekte

Im Rahmen von Projekten, deren Kosten mehr als 1 Million Franken betragen und somit Gegenstand eines individuellen Subventionsentscheids des Bundes waren, wurden im Jahr 2009 Arbeiten für insgesamt 1 883 192.05 Franken ausgeführt; die Bundesbeiträge beliefen sich in diesem Zusammenhang auf

448 219.15 Franken und die kantonalen Beiträge auf 573 227.05 Franken.

Wasserläufe, Gemeinden	Ausbau Arbeiten Fr.	Subvention	
		Bund Fr.	Kanton Fr.
Bi-Chalet, Jaun	107 486.40		37 620.25
Broye Sektion II, mehrere Gemeinden	53 732.80		16 119.85
Corsalettes, Ponthaux	14 834.05		4 450.20
Crau de la Cuvaz, Villeneuve		3 267.65	
Crausaz, Courtepin und Misery-Courtion	492 214.95	61 080.—	141 757.75
Hochwasser Mai/ August 2007, mehrere Gemeinden	180 081.50	44 034.30	55 825.25
Ärgera, Marly	696 376.20	215 869.20	194 288.95
Hôpital, mehrere Gemeinden	102 720.35		28 761.70
Longivue, Farvagny		7 923.95	
Murtensee, Murten	182 148.70		78 323.95
Pra Gemy, Châtel-St- Denis	418.—		125.40
Pra Riondet, Villarvolard		3 520.35	
Saane im oberen Greyerzbezirk	53 179.10		15 953.75
Saane, Freiburg		85 478.05	
Tâna, Grandvillard		27 045.65	
Total	1 883 192.05	448 219.15	573 227.05

7.5.3 Subventionen – Erhaltungsarbeiten

Die subventionierten Wasserbauarbeiten wurden an rund zwanzig Fließgewässern ausgeführt und machten ein kantonales Beitragsvolumen von 131 118.35 Franken aus.

Gewässer	Gemeinde / Wasserbauunternehmen	Subvention
Broye	Semsaies	2 663.25
Hôpital	Dompiere	474.—
Verschiedene Bäche	Cheyres	7 014.50
Neuenburgersee	Estavayer-le-Lac	1 039.95
Botheys	Charmey	1 293.85
Glane	Hauterive	268.70
Roule	Marly	4 234.30
Lavaux	Siviriez	2 994.40
Croix und Russalet	Cheyres	2 950.95
Cerniat	Pont-en-Ogoz	311.05
Corsalettes	Grolley	3 315.60

—
2009

Gewässer	Gemeinde / Wasserbauunternehmen	Subvention
Kleine Glane und Fossé Neuf	Gewässerregulierungsunternehmen (2008)	37 964.75
Tiguelet	Wasserbauunternehmen Tiguellet	11 316.55
Trême	Wasserbauunternehmen Trême	3 836.50
Bibera	WBU Grosser Moos	41 236.70
Bibera	WBU Obere Bibera	8 443.60
Kanal Les Rogigues	La Verrerie	1 637.70
Sionge	Wasserbauunternehmen Sionge	122.—
Total		131 118.35

7.6 Verwaltung der Schiffbarkeit und der Anlegeplätze

2009 wurde ein Inventar der illegalen Anlagen und Anlegeplätze in und an den Seen erstellt. Grundlage für dieses Inventar waren systematische Beobachtungen an den Ufern des Neuenburger-, Greyerzer- und Murtensees.

2009 brachten die Anlegegebühren 388 168 Franken ein. Ausserdem wurden 25 Bewilligungen für neue individuelle Anlegeplätze erteilt.

7.7 Bewilligungen und Konzessionen

Die Sektion hat in folgenden Bereichen Bewilligungen und Genehmigungen ausgestellt:

- › Nutzung öffentlicher Gewässer (Wasserkraft, Wasserpumpenanlagen, Ableitungen, Bootsverankerungen und andere Flächenbenutzungen, Materialentnahmen usw.) und damit einhergehend die Berechnung der Gebühren für die Nutzung der Wasserkraft des Kantons durch die Groupe E;
- › Wasserbaupolizei (Bauten im Zusammenhang mit Wasserläufen, Brücken, Stegen und Bachquerungen).

Insgesamt wurden etwa hundert Bewilligungen zur Benützung der öffentlichen Sachen erteilt. Die Gebühren für Bewilligungen und Konzessionen betragen 1 758 824.60 Franken.

7.8 Gutachten und Wasserbaupolizei

Die Sektion hat 643 Bau- und Planungsdossiers analysiert und kontrolliert. Dabei ging es hauptsächlich um:

- › Ortspläne und generelle Entwässerungspläne;
- › Baubewilligungsgesuche.

7.9 Aussergewöhnliche Ereignisse

7.9.1 Gesetzgebung

Während des ganzen Jahres wirkte die Sektion Gewässer bei der Ausarbeitung des neuen Gewässergesetzes mit, das am 18. Dezember 2009 vom Grossen Rat verabschiedet wurde.

7.9.2 Sanierung der Wasserentnahmen

Die Sanierung der Wasserentnahmen entlang des Jaunbachs im Sinne von Artikel 80 des Bundesgesetzes vom 24. Januar 1991 über den Schutz der Gewässer ist immer noch im Gang. Der Schlussbericht über die Sanierung wurde im Januar 2005 veröffentlicht. 2008 hat der Staat Freiburg mit den Betreibern von grossen Wasserkraftwerken Verhandlungen über die Sanierungsmassnahmen aufgenommen. 2009 ging es bei diesen Gesprächen hauptsächlich um den wirtschaftlichen Aspekt der Massnahmen. Diese Massnahmen dürfen die bestehenden Nutzungsrechte bis zur Schwelle des für die Betreiber von Wasserkraftwerken wirtschaftlich Tragbaren einschränken. Konkret heisst das nach GSchG, dass ein Fliessgewässer so weit saniert wird, als dies ohne entschädigungsbegründende Eingriffe in bestehende Wasser-nutzungsrechte möglich ist. Damit stehen der RUBD sämtliche Grundlagen für einen Entscheid im Hinblick auf die Sanierung der Wasserentnahmen entlang des Jaunbachs zur Verfügung.

7.9.3 Trockenheitsperiode 2009 – Verbot von Wasserentnahmen aus Oberflächengewässern

Nach einem langen, kalten und schneereichen Winter lagen die Niederschlagsmengen im Frühling 2009 deutlich unter dem Monatsdurchschnitt im Jahresvergleich. Als Folge des anhaltenden Niederschlagsmangels nahm der Abfluss der Fliessgewässer nach und nach ab. Am 22. August 2009 verfügte das Tiefbauamt deshalb ein allgemeines Verbot für Wasserentnahmen aus Oberflächengewässern. Am 21. November 2009 konnte dieses Verbot wieder aufgehoben werden.

7.9.4 Bewilligungen und Konzessionen

Das Energiegesetz (EnG) des Bundes schreibt vor, die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2030 um mindestens 5400 GWh zu erhöhen. Es enthält dazu ein Paket von Massnahmen zur Förderung der erneuerbaren Energien sowie zur Förderung der Effizienz im Elektrizitätsbereich. Hauptpfeiler ist dabei die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) für Strom aus erneuerbaren Energien. Jährlich sollen dafür rund 247 Millionen Franken für die Abgeltung der Differenz zwischen der Vergütung und dem Marktpreis zur Verfügung stehen. Die Bestimmungen über die kostendeckende Einspeisevergütung sind in der geänderten Energieverordnung (EnV) geregelt und treten am 1. Januar 2009 in Kraft.

—
2009

Mit diesen neuen Bestimmungen ist auch die Zahl der Konzessionsgesuche für Kleinwasserkraftwerke stark gestiegen. Ende 2008 waren rund 10 Vorprüfungsgesuche eingereicht worden. Es wurde beschlossen, diese Gesuche nicht zu behandeln, solange auf kantonaler Ebene keine Strategie definiert wurde, da die Wasserkraft im Kanton global angegangen werden muss, soll das verbleibende Potenzial effizient und mit möglichst geringen Umwelteinwirkungen genutzt werden. Deshalb wurde eine Arbeitsgruppe mit Vertretern von allen von diesem Thema betroffenen staatlichen Dienststellen gebildet. Ausserdem wurde ein externes Büro damit beauftragt, eine Methode zur Bewertung der Konzessionsgesuche zu definieren. Diese Methode sollte noch im ersten Halbjahr 2010 feststehen. Auf dieser Grundlage werden die staatlichen Dienststellen dann die Vorprüfungsgesuche für Konzessionen beurteilen können.

7.9.5 Gewässerinformationssystem

Derzeit wird ein neues System für die Verwaltung und Bereitstellung der Daten zu den Oberflächengewässern entwickelt. Mit diesem integrierten Datenverwaltungssystem wird es möglich sein, eine Gesamtschau über die Fliessgewässer des Kantons und über alle relevanten Daten zu haben. Die Datenbestände können einfacher verwaltet werden und sind auf regionaler und globaler Ebene kohärenter. Das neue System wird die Qualität und Wirksamkeit der staatlichen Dienstleistungen verbessern.

Die ersten beiden Phasen (Aufnahme und Ausarbeitung des Projekts) konnten im März bzw. November 2009 abgeschlossen werden. Die eigentlichen Arbeiten für die Einrichtung des Systems haben bereits begonnen und sollten im Sommer 2010 abgeschlossen werden können.

V. AUTOBAHNAMT

1. Aufgaben

Das Autobahnamt (ABA) ist für die Ausarbeitung der definitiven Projekte, den Bau und – im Auftrag des Bundes – den Ausbau, den Unterhalt sowie die Erneuerung der Nationalstrassen zuständig.

Vorsteher des Autobahnamts ist André Piller, Oberingenieur.

2. Tätigkeit

2.1 Ordentliche Tätigkeit

Einleitend sei daran erinnert, dass der Bund seit dem 1. Januar 2008 alleine für die Schweizer Nationalstrassen verantwortlich ist – mit Ausnahme der Fertigstellung des Nationalstrassennetzes, für die weiterhin die Kantone zuständig sind.

2009 war ein äusserst arbeitsreiches Jahr für das Autobahnamt (ABA). Zu erwähnen wären beispielsweise: der Abschluss der Unterhaltsbaustelle «TE6» auf der A1 zwischen Murten und der Kantonsgrenze FR/BE, der Abschluss der Unterhaltsarbeiten für die unterirdischen Kunstbauten bei Gumefens und Avry-devant-Pont auf der A12 sowie der Ausbau der Anschlüsse Freiburg-Nord und Châtel-St-Denis. Dazu kamen die Erneuerung des Belags auf dem Zubringer Châtel-St-Denis, der Beginn des Baus der Lärmschutzwände entlang der A12 in Matran, die ökologische Ausgleichsmassnahme öAM 14 entlang der Kantonsstrasse Estavayer-le-Lac – Bussy – Payerne sowie die Fortführung der Arbeiten für die Instandstellung der Kiesgrube La Porta in Grandvillard.

Der jährliche Baukredit betrug 6,6 Millionen Franken. Damit wurden die oben erwähnten Bauarbeiten finanziert. Die Ausbau-, Unterhalts- und Erneuerungsarbeiten für die A1 und A12 wurden zu 100% vom Bund getragen.

Die Studie zum definitiven Projekt für die neue Strasse Birch-Luggiwil, mit der ein Zugang von Norden her zum Anschluss Düdingen geschaffen werden soll, wurde im Auftrag des Bundes weitergeführt. Das Projekt für die Abdeckung des A12-Sektors bei Chamblieux seinerseits wurde im September zwecks technischer und finanzieller Genehmigung dem ASTRA unterbreitet.

Die enge Kooperation mit dem ASTRA sowie den Gemeinden und Güterzusammenlegungsgenossenschaften wurde im Rahmen der genannten Projekte und Arbeiten weitergeführt.

Das ABA hat seine Informationspolitik fortgesetzt. So wurde unter anderem der Internetauftritt des ABA fortlaufend nachgeführt. Ferner wurden diverse Medienmitteilungen herausgegeben. Ausserdem hielten Mitarbeitende des ABA Vorträge und nahmen an Informationsveranstaltungen teil.

Im Mai unterzog sich das ABA mit Erfolg dem Wiederholaudit seines Qualitätsmanagement-Systems nach ISO 9001-2000.

Derzeit laufen die Verhandlungen mit dem ASTRA über den Sozialplan für das Nationalstrassen-Personal, die nötig wurden, weil das ABA mittelfristig aufgelöst werden soll.

—
2009**3. Staff**

Das Hauptaugenmerk richtete sich auf die Vorbereitung des Wiederholaudits und die Anpassung der Unterlagen für das Qualitätsmanagement.

4. Ressourcen**4.1 Erwerb von Liegenschaften**

4.1.1 A1

› Seit dem 1. Januar 2008, an dem die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) in Kraft trat, ist der Erwerb von Liegenschaften für die Nationalstrassen nicht mehr Sache der Kantone. Sämtliche Immobilien der Nationalstrassen gingen im April 2008 vom Staat Freiburg in den Besitz des ASTRA über.

4.1.2 A12

› Mit Ausnahme der Immobilien auf dem Gelände der Kiesgruben von Grandvillard und Grenilles (Fertigstellung des Nationalstrassennetzes) gingen sämtliche Immobilien der Nationalstrassen im April 2008 vom Staat Freiburg in den Besitz des ASTRA über.

4.2 Entschädigung für Schäden an den Kulturen während der Bauarbeiten

› Den Landwirten wurden Entschädigungen für Verdienstauffälle von insgesamt 1160 Franken ausbezahlt.

4.3 Güterzusammenlegungen

4.3.1 A1

Bollion–Châbles–Seiry

› Die Dossiers für den Übergangskataster wurden im September 2009 beim Grundbuchamt hinterlegt.

› Zwischen dem 20. November und dem 21. Dezember 2009 wurde die Vermarkung des gesamten Landumlegungsperimeters aufgelegt.

Châtillon–Font–Lully

› Die Vermessungsarbeiten sind abgeschlossen. Die Auflage wird 2010 stattfinden.

Frasses und Umgebung

› Die Bodenverbesserungskörperschaft von Frasses und Umgebung wurde am 16. Mai 2009 aufgelöst.

Cugy–Bussy

› Die Vermessungsarbeiten sind abgeschlossen. Die Auflage wird 2010 stattfinden.

› Die Auflagen für die Vermarkung und den Übergangskataster sind für 2010 vorgesehen.

4.3.2 A12

Farvagny–Grenilles–Posat

› Der Verkauf der Grundstücke ist im Gang.

Düdingen (neuer Zubringer für den Anschluss «Birch-Luggiwil»)

› Das Amt für Archäologie hat zwischen dem 5. und 9. September 2009 mechanische Sondierungen durchgeführt.

› Infolge des Erwerbs eines 15 ha grossen Grundstücks musste der Perimeter der Güterzusammenlegung angepasst werden. Diese Vergrösserung wurde vom 18. September bis zum 19. Oktober 2009 öffentlich aufgelegt. Dagegen wurde eine Einsprache eingereicht.

4.4 Immissionen

› Gemeinden Riaz und Bulle, Sektoren «La Sionge» und «La Léchère»: Das Dossier ist nach wie vor beim Bundesamt für Strassen (ASTRA) zwecks Genehmigung. Die ASTRA-Filiale in Estavayer-le-Lac wird sich des Dossiers annehmen.

› Gemeinde Pont-en-Ogoz: Auf Gesuch der Gemeinde hin wurde eine Lärmstudie für die zu Baulandparzelle Nr. 158 durchgeführt. Diese vom Büro TRIFORM durchgeführte Studie hat gezeigt, dass die Immissionsgrenzwerte (IGW) auf der betroffenen Parzelle knapp eingehalten werden.

› Gemeinde Rossens: Auf Gesuch von Privatpersonen hin wurde eine Lärmstudie beim Wohnhaus an der Route du Barrage 6, Rossens, durchgeführt. Diese vom Büro CSD durchgeführte Studie hat gezeigt, dass die IGW bei diesem in einer Landwirtschaftszone gelegenen Wohnhaus deutlich eingehalten werden.

› Gemeinde Hauterive, Sektor Ecuwillens: Es wurde eine neue Studie durchgeführt. Diese schlägt eine Sanierung dank mehrerer Massnahmen vor, unter anderem die Senkung der erlaubten

2009

Höchstgeschwindigkeit. Die ASTRA-Filiale in Estavayer-le-Lac hat dieses Dossier übernommen.

› Gemeinde Riaz: Die Gemeinde ist nicht einverstanden mit der Klassifizierung der Verbindungsstrasse. Aus ihrer Sicht handelt es sich bei dieser Strasse um eine neue ortsfeste Anlage. Laut Dossier zur Umweltverträglichkeitsprüfung im Zusammenhang mit dem Bau der Umfahrungsstrasse von Bulle (H189) handelt es sich jedoch um eine wesentlich geänderte Anlage, weshalb die IGW massgebend sind. Mit Genehmigung der ASTRA-Filiale in Estavayer-le-Lac hat das Autobahnamt dem Vertreter der Gemeinde Riaz, Rechtsanwalt Charrière, eine Kopie der gesamten Lärmstudie übergeben. Aus Sicht des ABA ist diese Angelegenheit damit erledigt.

› Am 20. Januar 2009 fand eine Sitzung mit Vertretern des ABA, des BAFU sowie der ASTRA-Filiale in Estavayer-le-Lac statt, um eine Standortbestimmung zu den Lärmimmissionen auf Freiburger Boden vorzunehmen, die auf die A1 und A12 zurückzuführen sind. Weiter hat das ASTRA die Mehrheit der offenen Dossiers im Bereich Lärmimmissionen übernommen. Für jedes dieser Dossiers wurde eine Beschreibung mit dem aktuellen Stand übergeben.

› Auf Gesuch der ASTRA-Filiale in Estavayer-le-Lac hat das ABA Pläne mit den vom Strassenverkehr (A1 und A12) erzeugten Lärmimmissionen erstellt. Bei diesen 18 Lärmbelastungskarten im Massstab 1:3000 oder 1:4000 findet man neben den Isophonlinien (in Schritten von 1 dB), die den Kataster überlagern, auch noch weitere Angaben wie Strecken-Kilometrierung, Höhe der Fahrbahn, erlaubte Geschwindigkeit sowie Art des Belags. Diese Pläne wurden dem ASTRA am 1. Dezember 2009 übergeben.

4.5 Elektronische Datenverwaltung (GEDARC)

Ende 2009 waren 98% der Pläne und 75% der Unterlagen elektronisch archiviert. Jeden Monat übermittelt das ABA der ASTRA-Filiale die nachgeführten GEDARC-Datensätze.

4.6 Verwendung der Kredite

a) Nettoausgaben für den Bau von Nationalstrassen

	A1 in Franken	A12 in Franken	
Projektierung, Bauleitung	1 512 397.60	2 089 570.75	
Landerwerb und Umliegungen	241 764.55	1 465 709.75	
Bauausführung	4 631 087.05	6 806 970.85	
Total verwendete Kredite,	6 385 249.20	10 362 251.35	16 747 500.55
(davon 10% zulasten des Kantons):			(6 655 737.25)

	A1 in Franken	A12 in Franken	
./. Einnahmen ausserhalb der Kreditverwendung	1 441 555.75	1 298 070.30	2 739 626.05
Total Nettoausgaben			14 007 874.50
b) Total Bruttoausgaben für den baulichen Unterhalt der Nationalstrassen:			14 635 595.50
(davon 9% zulasten des Kantons):			(226 036.50)
c) Verpflichtungskredit des Kantons (Dekret vom 26. Juni 2001)			
Saldo per 1. Januar 2009:			840 274.75
Verwendung 2009:			589 915.50
Am 1. Januar 2010 verfügbarer Saldo:			250 359.25

5. Ausarbeitung – Bau, Unterhalt, Erneuerung (UPlANS)

5.1 Pavement Management System (PMS)

5.1.1 A1 Bau- und Ausbauarbeiten

Abschnitt Cheyres–Cugy und Enklave Domdidier

- › Höhen- und Lagekontrollen von Kunstbauten;
- › Studie für die ökologische Ausgleichsmassnahme (öAM) 14, Detailprojekt für den Wildwechsel bei der Kleinen Glane;
- › Ausschreibung und Zuschlag der Arbeiten für die öAM 14.

Folgende Arbeiten sind im Gang:

- › Beginn der Umsetzung der öAM 14.

Abschnitt Greng–Gurbrü

Folgende Arbeiten wurden abgeschlossen:

- › Abschluss der Instandsetzung der Länggasse und der damit einhergehenden Ausgleichsmassnahme (Schaffung eines Biotops).

5.1.2 A12 Bau- und Ausbauarbeiten

Abschnitt Châtel–St-Denis–Vaulruz

- › Höhen- und Lagekontrollen von Kunstbauten;
- › Genehmigung des Projekts für den definitiven Kreisel von En Craux beim Anschluss Châtel–St-Denis durch das ASTRA;

—
2009

- > Ausschreibung und Zuschlag für den Bau des definitiven Kreisels von En Craux;
 - > Bau des definitiven Kreisels von En Craux.

Abschnitt Vaulruz–Bulle

 - > Höhen- und Lagekontrollen von Kunstbauten.

Abschnitt Bulle–Corpataux

 - > Garantarbeiten beim Kreisel von Riaz;
 - > Höhen- und Lagekontrollen von Kunstbauten;
 - > Ortsbegehung mit den spezialisierten Stellen des Kantons (BNLS und AfU) im Hinblick auf die Instandsetzung der Kiesgrube Grenilles.

Abschnitt Corpataux–Freiburg

 - > Höhenkontrollen von Kunstbauwerken;
 - > Verkehrs- und Strassengeometriestudie für einen Ausbau des Anschlusses Matran.

Abschnitt Freiburg–Düdingen

 - > Ausschreibung und Zuschlag der Arbeiten für die Lärmschutzwände in Matran;
 - > Beginn des Baus dieser Lärmschutzwände;
 - > Ausschreibung und Zuschlag der Arbeiten für den Bau des definitiven Kreisels beim Anschluss Freiburg-Nord;
 - > Bau dieses Kreisels;
 - > Anschluss Düdingen: Fortführung der Studie.

Abschnitt Düdingen–Flamatt

 - > Höhen- und Lagekontrollen von Kunstbauten.
- 5.1.3 A1 Baulicher Unterhalt und Erneuerungen

Abschnitt 14 Kantonsgrenze VD/FR–Kantonsgrenze FR/BE

 - > Unterhaltsabschnitt TE6: Tiefbau- und Elektromechanikarbeiten.
- 5.1.4 A12 Baulicher Unterhalt und Erneuerungen

Abschnitt 76 Châtel-St-Denis–Rossens

 - > Genehmigung des Projekts für die Erneuerung des Fahrbahnelags beim Zubringer Châtel-St-Denis durch das ASTRA;
 - > gedeckter Einschnitt von Avry-devant-Pont und Gumefens (AvGu): Abschlussarbeiten (Tiefbau und Elektromechanik); Abnahme der Arbeiten.

Abschnitt 80 Rossens–Kantonsgrenze FR/BE

 - > Unterhaltsabschnitt TE3: Das ASTRA hat den Auftrag des ABA, das globale Massnahmenkonzept auszuarbeiten, bestätigt; das ASTRA will das Projekt aber begleiten;
 - > Ausarbeitung der Grundlagen für das TE3-Massnahmenkonzept;
 - > Fortführung der Studien für den gedeckten Einschnitt von Chamblieux;
 - > im Rahmen des Projekts für den gedeckten Einschnitt von Chamblieux wurde eine geotechnische Sondierkampagne durchgeführt;
 - > das Grundlagendossier zum definitiven Projekt wurde am 23. September 2009 dem ASTRA zwecks technischer und finanzieller Genehmigung zugestellt.
- 5.1.5 Kiesgruben

Basilea:

 - > Nichts zu vermelden.

Grandvillard:

 - > Die Arbeiten für die Wiederinstandsetzung der Kiesgrube verlaufen planmässig.

Grenilles:

 - > Am 12. November 2009 fand mit den spezialisierten Stellen des Kantons im Hinblick auf die Studie zur Instandsetzung eine Ortsbegehung statt.
- 5.1.6 Verschiedenes

 - > Wiederholaudit des Qualitätssystems durch die SQS am 26. Mai 2009; das ABA unterzog sich mit Erfolg und ohne

—
2009

Bemerkungen dem Wiederholaudit; das Zertifikat ist somit bis Ende 2012 gültig;

- › Begleitung und Anpassung des Qualitätssystems;
- › Ausarbeitung verschiedener Dokumente zuhanden des ASTRA (Filiale F1).

5.2 Bridge Management System (BMS)

5.2.1 A1 Bau- und Ausbauarbeiten

Abschnitt Cheyres–Cugy

- › Ökologische Ausgleichsmassnahme (öAM) 14, Wildwechsel bei der Kleinen Glane auf der Kantonsstrasse Estavayer-le-Lac–Busy–Payerne: Begleitung der Studie für das Kunstbauwerk und Kontrolle der von den Unternehmen eingereichten Offerten.

Abschnitt Greng–Gurbrü

- › Instandsetzung der Einrichtungen in der Werkleitung bei Chantemerle unter der A1: Verfolgung und Abnahme der Arbeiten.

5.2.2 A12 Bau- und Ausbauarbeiten

Abschnitt Châtel–St-Denis–Vaulruz

- › Nichts zu vermelden.

Abschnitt Vaulruz–Bulle

- › UPlaNS-Unterhaltsabschnitt TE1 (Outre Broye–Riaz): Unterstützung der Filiale 1 des ASTRA für die Übermittlung der Informationen und Dokumente zu den Projekten und den Ausschreibungen.

Abschnitt Bulle–Corpataux

- › Nichts zu vermelden.

Abschnitt Corpataux–Freiburg

- › Umbau des Anschlusses Matran: Verfolgung und Kontrolle der Vorstudie für den Umbau der Überführung beim Anschluss Matran.

Abschnitt Freiburg–Düdingen

- › Brücke über den Luggiwilerbach (Anschluss Düdingen/Verbindungsstrasse Birch–Luggiwil): Verfolgung und Kontrolle des Vorprojekts;

Abschnitt Düdingen–Flamatt

- › Nichts zu vermelden.

5.2.3 A1 Baulicher Unterhalt und Erneuerungen

Abschnitt 14 Kantonsgrenze VD/FR–Kantonsgrenze FR/BE

- › UPlaNS-Unterhaltsabschnitt TE6 (Löwenberg–Gurbrü–Kantonsgrenze FR/BE): Begleitung der Abschlussarbeiten der Bauwerke;

- › Kontrolle von Bauwerken vor Ablauf der Garantie.

5.2.4 A12 Baulicher Unterhalt und Erneuerungen

Abschnitt 76 Châtel–St-Denis–Rossens

- › UPlaNS-Unterhaltsabschnitt P12 (La Veyre–Outre Broye): Begleitung der Abschlussarbeiten;

- › Kontrolle der Bauwerke vor Ablauf der Garantie;

- › Unterhaltsabschnitt TE1 (Outre Broye–Riaz): Unterstützung der Filiale 1 des ASTRA für die Übermittlung der Informationen und Dokumente zu den Projekten und den Ausschreibungen.

Abschnitt 80 Rossens–Kantonsgrenze FR/BE

- › Fussgängerüberführung Oberflamatt (Instandsetzung des Bauwerks infolge eines Unfalls): Unterstützung des Tiefbauamts (TBA) bei der Abrechnung mit der Versicherungsgesellschaft;

- › UPlaNS-Unterhaltsabschnitt TE3 / globales Massnahmenkonzept: Inventar der Kunstbauwerke und Kontrolle der Machbarkeit einer Erweiterung von vier Bauwerken;

- › Unterhaltsabschnitt TE3: Hauptinspektion und Untersuchung der SBB-Unterführung bei Matran;

- › Kontrolle von Bauwerken vor Ablauf der Garantie.

5.2.5 Verschiedenes

- › Begleitung der Erstellung der Dossiers zu den ausgeführten Bauwerken;

- › Vorbereitung der Pläne und der Dokumente für die elektronische Archivierung in der GEDARC-Datenbank des Autobahnamts.

—
2009**5.3 Electrical Management System (EMS)**

5.3.1 A1

Abschnitt Cheyres–Cugy

- › Die Probleme bei den Brandmeldeanlagen des Bruyères-Tunnels und des gedeckten Einschnitts von Châbles (diese beiden Bauwerke bilden ein zusammenhängendes Ganzes) haben das ASTRA veranlasst, einen Ersatz für das bestehende System zu suchen. Das System wurde inzwischen ausgewechselt.
- › Die Arbeiten für die Anpassung der beiden Tunnel von Frasses und Sévaz an die neuen Richtlinien des Bundes sind abgeschlossen. Nachdem das beleuchtete Leitsystem über einen aussagekräftigen Zeitraum hinweg beobachtet wurde, wurden die unter Garantie stehenden Arbeiten ausgeführt.

Abschnitt Greng–Gurbrü

- › Die Arbeiten für die Anpassung des Les-Vignes-Tunnels und des gedeckten Einschnitts von Combette an die neuen Richtlinien des Bundes sind abgeschlossen. Die unter Garantie stehenden Arbeiten wurden ausgeführt.
- › Die Bauarbeiten für den UPlANS-Unterhaltsabschnitt TE6 «Löwenberg–Gurbrü» konnten abgeschlossen werden.
- › Das Detailprojekt für die Anpassung an die Normen der elektromechanischen Anlagen des Les-Vignes-Tunnels und des gedeckten Einschnitts wurde dem ASTRA zur Genehmigung unterbreitet. Das ASTRA hat mitgeteilt, dass es die Ausführung der Arbeiten übernehmen werde.
- › Das Projekt für den Einbau einer neuen Induktionsschleife zur Verkehrszählung wurde dem ASTRA zwecks Genehmigung übergeben.

5.3.2 A12

- › Nichts zu vermelden.

Abschnitt 2 Vaulruz–Bulle

- › Nichts zu vermelden.

Abschnitt 76 Kantonsgrenze VD/FR–Rossens

- › Die Arbeiten zur Erneuerung der elektromechanischen Anlagen in den gedeckten Einschnitten von Gumefens und Avry-devant-Pont wurden abgeschlossen.

Abschnitt 80 Rossens–Kantonsgrenze FR/BE

- › Die Studien für die neue Verbindungsstrasse Birch–Luggiwil (Autobahnanschluss Düdingen) wurden im Rahmen der Ausarbeitung des definitiven Projekts im Auftrag des Bundes weitergeführt.

5.4 Ausschreibung

2009 wurden 5 Ausschreibungen im freihändigen Verfahren durchgeführt.

Der Gesamtbetrag der Ausschreibungen beträgt 7 680 836 Franken, wovon 760 000 Franken zulasten des Kantons gehen.

5.4.1 A1 Bau und Ausbau (Fertigstellung des Nationalstrassennetzes)

Abschnitt Cheyres–Cugy

- › Die Arbeiten für die öAM 14 wurden vergeben.

Abschnitt Greng–Löwenberg

- › Nichts zu vermelden.

Abschnitt Löwenberg–Gurbrü

- › Nichts zu vermelden.

5.4.2 A1 Unterhalt

Abschnitt 14 Kantonsgrenze VD/FR–Kantonsgrenze FR/BE

- › Nichts zu vermelden.

5.4.3 A12 Bau- und Ausbauarbeiten

Abschnitt Bulle–Corpataux

- › Nichts zu vermelden.

Abschnitt Corpataux–Matran

- › Der Abbruch des Bauernhofs beim A12-Anschluss wurde ausgeschrieben.

Abschnitt Matran–Düdingen

- › Die Aufträge für den Bau der Lärmschutzwände bei Matran entlang der A12 und den Ausbau des Anschlusses Freiburg-Nord wurden vergeben.

—
2009

Abschnitt Düdingen–Flamatt

- › Nichts zu vermelden.

5.4.4 A12 Unterhalt

Abschnitt 76 Châtel–St-Denis–Rossens

- › Der Auftrag für den Ausbau des Knotens En Craux wurde zugeschlagen.

Abschnitt 80 Rossens–Kantonsgrenze FR/BE

- › Nichts zu vermelden.

Kontrolle der Einkäufe

Im Rahmen des ABA-Qualitätsplans hat der Einkaufsverantwortliche zahlreiche Überprüfungen vorgenommen.

Diese Kontrollen betrafen hauptsächlich folgende Bereiche:

- › den Ablauf des Bewertungsverfahrens bei Ausschreibungen;
- › die Rechnungen;
- › die Schlussabrechnung der Unternehmen.

Es wurden 16 Controlling-Notizen verfasst.

Öffentliches Beschaffungswesen

Das ABA hat dieses Jahr aktiv in verschiedenen Arbeitsgruppen im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens (Kompetenzzentrum RUBD, Westschweizer Leitfadens für die Vergabe öffentlicher Aufträge, SIMAP usw.) mitgewirkt. Die deutsche Fassung des Westschweizer Leitfadens für die Vergabe öffentlicher Aufträge ist nun auf simap.ch erhältlich.

Die neue elektronische Plattform, die seit März 2009 in Betrieb ist, wurde im Lauf des Jahres angepasst und ergänzt. Über den Verwalter und Webmaster von simap.ch hat das ABA bei der Verbesserung dieser Plattform und der Erstellung einer neuen Schnittstelle für die Publikationen mitgearbeitet.

Des Weiteren beteiligt sich der Verwalter aktiv am Usersupport.

VI. Hochbauamt

1. Aufgaben

Das Hochbauamt (HBA) ist ein zentraler Dienst, der Dienstleistungen für alle Direktionen und Dienststellen des Staats anbietet. Das Amt ist für die Verwaltung, den Unterhalt und die Bewirtschaftung der staatlichen Immobilien verantwortlich; es verwaltet Investitionsvorhaben, übt eine Beraterfunktion aus und erstellt Expertisen.

Vorsteher des Hochbauamts ist Charles-Henri Lang, Kantonsarchitekt.

2. Tätigkeit

Heute ist das Amt in eine technische Abteilung sowie eine Sektion Verwaltung mit den Sektoren Gebäudeunterhalt, Gebäudeverwaltung und Subventionierte Gebäude unterteilt.

2.1 Ordentliche Tätigkeit

2.1.1 Technische Abteilung

Im Rahmen der Beratertätigkeit für den Bau und die Nutzung von Gebäuden haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der technischen Abteilung in Arbeitsgruppen für folgende Vorhaben mitgewirkt:

- › Kollegium des Südens in Bulle: Vergabe eines Architekturauftrags an den Gewinner des Projektwettbewerbs für die Erweiterung und den Umbau des Gebäudes;
- › Kantons- und Universitätsbibliothek: Durchführung eines Projektwettbewerbs für den Umbau und die Vergrößerung der Gebäude gemäss des vom Staatsrat angenommenen Raumprogramms;
- › Fachhochschule für Gesundheit und für Soziale Arbeit: Studie für die Gestaltung des Sektors Arsenaux und Vorbereitung des Projektwettbewerbs für ein neues Gebäude;
- › Universität: Genehmigung des Raumprogramms für ein neues Gebäude für die Rechtsfakultät beim Häuserblock «Tour Henri» durch den Staatsrat;
- › Konservatorium: Studie für die Erweiterung in Granges-Paccot für die Fachrichtungen Theater und Tanz;
- › Polizeiposten: Gebäudeplanung und Weiterführung der Studien im Hinblick auf den Bau eines neuen Gebäudes für das Kommando in Granges-Paccot;

—
2009

- › Kantonsgericht: Verabschiedung des Verpflichtungskredits für den Umbau des ehemaligen Augustinerklosters für das Kantonsgericht durch den Grossen Rat;
- › Landwirtschaftliches Institut Grangeneuve: Weiterführung der Studien für den Bau eines neuen Gehöfts;
- › Fischzucht Estavayer-le-Lac: Studien für eine allfällige Ver-
setzung des Gebäudes;
- › Schule für Multimedia und Kunst in Freiburg: Genehmigung
des Kaufprojekts durch den Grossen Rat;
- › freiburger spital: Fortführung der Studien für eine kantonale
Wäscherei und Verabschiedung des Verpflichtungskredits für
die medizinische Bildgebung durch den Grossen Rat;
- › Werkhöfe der Kantonsstrassen: Fortführung der Studien für
den Umbau des Werkhofs in Saussivue;
- › Laboratorien und angeschlossene Verwaltungseinheiten:
Fortführung der Studien für deren Zusammenlegung im
Gebäude des Autobahnamts in Givisiez.

Im Rahmen der Interessenvertretung des Staats bei Bauten, Um-
bauten und Renovationen von Gebäuden durch Privatunterneh-
mungen hat die technische Abteilung die Ausführungspläne so-
wie die Masse und Abrechnungen stichprobenweise kontrolliert.
Es nahm bei folgenden Vorhaben an den Bau- und Baustellen-
kommissionen teil:

Freiburg:

- › Kollegium Gambach: Beginn des Abbruchs der Nebengebäude;
- › Lehrwerkstätten: Wiederaufnahme der Bauarbeiten nach einer
Änderung des Projekts;
- › freiburger spital, Standort Freiburg: Bau des neuen Gebäudes
für Operationssäle;
- › Universität: Umbau der ehemaligen Klinik Garcia, um darin
das unabhängige Forschungszentrum Adolphe-Merkle-Institut
für Nanowissenschaften unterzubringen;

Sugiez:

- › Anstalten von Bellechasse: Bau der neuen Gebäude für die In-
sassen mit vorzeitigem Strafantritt sowie für eine Sporthalle
und eine Waschküche.

Murten:

- › Werkhöfe der Kantonsstrassen: Bau und Einweihung des
Werkhofs Löwenberg.

Die Mitarbeitenden des Amts haben regelmässig an den Sitzun-
gen folgender Organe teilgenommen:

- › Kulturgüterkommission;
- › kantonale Energiewirtschaftskommission;
- › Kommission für Schulbauten;
- › Pensionskasse des Staatspersonals und weitere damit zusam-
menhängende Kommissionen;
- › Kommission des Universitätsstadions St. Leonhard;
- › kantonale Unterkommission Loro-Sport (Loterie Romande
Sport);
- › Stiftungsrat des Schweizerischen Zentrums für Forschung und
Information zur Glasmalerei, Vitrocentre;
- › Stiftungsrat des Schlosses Greyerz und dessen Erhaltungskom-
mission;
- › Stiftungsrat Pro Vallon;
- › Stiftungsrat der St.-Niklaus-Kathedrale.

Ferner wirkten sie bei Studien oder Verwirklichungen von Bauten
für weitere Körperschaften mit:

- › Vereinigung des kantonalen Berufszentrums: Bau der Berufs-
schulen auf dem Gelände bei den Stadtmauern in Freiburg,
Vorsitz der Baukommission;
- › Kantonale Lehrmittelverwaltung: Erweiterung der Räumlich-
keiten;
- › Apartis: Stiftung für studentisches Wohnen.

Die Mitarbeitenden haben ferner technische Gutachten zu Bei-
tragsgesuchen für Um- oder Ausbauten von Spitälern und Pfl-
egeheimen erstellt.

Das Hochbauamt hat Schulbauprojekte und Bauvorhaben von
Sportanlagen für Loro-Sport entsprechend den Gesuchen der Di-
rektion für Erziehung, Kultur und Sport begutachtet.

—
2009

Das Hochbauamt hat an folgenden Sitzungen teilgenommen:

- > Sitzungen beruflicher und kultureller Organisationen;
- > Sitzungen der Kommission für Massnahmen zugunsten der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz;
- > Studie für die Einführung der leistungsorientierte Führung (LoF).

Das Amt hat regelmässig Auftraggeber, Auftragnehmer sowie berufliche Organisationen im Zusammenhang mit der Gesetzgebung im öffentlichen Beschaffungswesen beraten.

2.1.2 Sektion Verwaltung – Sektor Gebäudeunterhalt

Der laufende Unterhalt wurde vom Sektor Gebäudeunterhalt in folgenden Bereichen gewährleistet:

2.1.2a Laufender Unterhalt

Das Budget für das Mobiliar der Ämter und Anstalten des Staats wurde auf die verschiedenen Kostenstellen verteilt. Aus diesem Grund hat das Hochbauamt das Mobiliar der Ämter kontrolliert und bestellt, jedoch nicht jenes der Anstalten. Die Gesamtausgaben betragen 1 372 255 Franken (darin nicht enthalten ist der Betrag für die Anstalten von Bellechasse). Ausserdem wurden 703 Gebäudeversicherungsprämien (KGV) und 597 Unterhaltsabonnemente überprüft und wo nötig korrigiert (davon ausgeschlossen sind seit 2007 die Abonnemente der Universität).

Die Handwerker leisteten 1216 Einsätze, die sich wie folgt aufteilen lassen:

Malararbeiten	57 Baustellen
Schreinerarbeiten	620 Einsätze
Elektrikerarbeiten	420 Einsätze
Sanitärarbeiten	119 Einsätze

2.1.2b Vermietung (Stockwerkeigentum)

Der Sektor Gebäudeunterhalt hat den Staat Freiburg an den Versammlungen für das folgende Stockwerkeigentum vertreten:

- > Givisiez, Route André-Piller 21;
- > Wünnewil-Flamatt, Bernstrasse 21;

> Charmey, La Soldanelle;

> Schmitten, Wirtshausmatte.

2.1.2c Vermietung (Vermieter)

Die Mieten für die verschiedenen Dienstwohnungen werden auf die entsprechenden Dienstbereiche aufgeteilt. Die Vermietung der gedeckten und ungedeckten Parkplätze brachte 980 021 Franken ein. Es wurden 320 Übertragungen vorgenommen. Seit Ende 2002 ist das Unternehmen Securitas mit der Überwachung der Parkieranlagen beauftragt. Im Jahr 2009 wurden beim Oberamt des Saanebezirks mehr als 1477 Anzeigen eingereicht. Das Hochbauamt seinerseits hat 65 Anzeigen verfasst und eingereicht.

Das Bollwerk wird weiterhin regelmässig für öffentliche Anlässe genutzt.

2.1.2d Heizung

Es wurden 1 503 509 Liter Heizöl bei 3 Lieferanten bestellt und in 117 Lieferungen an 63 Gebäude verteilt.

Ferner werden 24 Gebäude mit Gas beheizt (darin nicht eingeschlossen ist seit 2007 die Universität).

Jahr	2006 kWh	2007 kWh	2008 kWh	2009 kWh
Niedertarif (12 Gebäude)	8 545 948.--	8 260 100.--	10 054 190.--	11 112 679.--
Volltarif (10 Gebäude)	2 325 098.--	2 168 900.--	2 617 635.--	2 596 313.--
Fernheizung (Placad) (5 Gebäude)	13 747 164.--	3 919 484.--	3 658 328.--	3 996 273.--
Total	24 618 210.--	14 348 484.--	16 330 153.--	17 705 265.--

2.1.2e Unterhalt

Der Wartungsdienst zählt für den technischen Bereich 25 Hauswarte und Handwerker sowie 211 Raumpflegerinnen (219 Stellen), die die Reinigung der Verwaltungs- und Schulräume übernehmen. Die Hochschule für Technik und Architektur Freiburg und das Amt für den Arbeitsmarkt (Regionales Arbeitsvermittlungszentrum) sind hier nicht mit eingerechnet.

Für die Raumpflege wurden insgesamt 320 Bestellungen, insbesondere für Putzmittel, aufgegeben.

Der Sektor Gebäudeunterhalt übernahm die Aufstellung der Salärabrechnungen und die Ausarbeitung der Arbeitsverträge.

—
2009

2.1.2f Versicherungen

Der Sektor Gebäudeunterhalt führt die Inventare der Dienststellen nach und verwaltet die Schadensfälle. Bei der Sachversicherung ist der Staat gegen Brand an Gebäuden (KGV) und Mobiliar, Wasserschäden an Gebäuden und Mobiliar, Einbruch und Diebstahl sowie Schäden an Computern versichert. In diesem Jahr wurden 52 Schadensfälle behandelt, wobei 32 davon auf den Hagelschlag vom 23. Juli 2009 zurückzuführen waren.

2.1.3 Sektion Verwaltung – Sektor Gebäudeverwaltung

Der Sektor Gebäudeverwaltung schloss folgende Mietverträge, Vereinbarungen und Nachträge zu Verträgen ab und befasste sich mit folgenden Aufgaben:

- › technische und finanzielle Analyse von zwei Gebäuden an der Hauptstrasse 76/77 in Galmiz im Auftrag des Kantonalen Sozialamts;
 - › technische Analyse der Räumlichkeiten an der Rue du Four 14 in Estavayer-le-Lac im Auftrag der Kantonspolizei;
 - › Begleitung des Umbaus der Räumlichkeiten an der Avenue de la Gare 2 in Bulle im Auftrag des Zivilstandsamts des Greyerzbezirks;
 - › technische und finanzielle Analyse von Räumlichkeiten an der Route de Villars 13 in Freiburg im Auftrag des Amts für Kultur;
 - › Immobilienanalyse für das FNPG für ein Gebäude an der Rue du Botzet 18 in Freiburg;
 - › technische Studie für den Erwerb eines Gebäudes der Nuthofil SA am Chemin Montrevers 3 in Freiburg;
 - › Teilnahme als Mitglied in der Arbeitsgruppe der Kommission für die Beherbergung Asylsuchender in ausserordentlichen Situationen;
 - › Mitarbeit bei der Ausarbeitung der Weisungen der EKSD für die Benützung der Schulräumlichkeiten durch Dritte;
 - › Begleitung der verschiedenen Baustellen für die Einrichtung der vom Staat gemieteten Räumlichkeiten;
 - › Erwerb des sogenannten BAPOL-Gebäudes nach der Promulgation des entsprechenden Dekrets;
 - › Erwerb der Liegenschaft an der Rue Guillaume-Techtermann 8 in Freiburg;
- › Unterzeichnung eines bedingten Terminkaufsvertrags (unter Vorbehalt der Einwilligung des Grossen Rats) für den Erwerb des Gebäudes der Groupe E, Boulevard de Pérolles 25 in Freiburg.

2.1.4 Sektion Verwaltung – Sektor Subventionierte Gebäude

Die Kommission für Schulbauten hat 4 Sitzungen abgehalten und dabei 23 Dossiers behandelt.

2.1.4a Auf Primarstufe

In den Gemeinden Pont-en-Ogoz, Montet (Glanebezirk), Echarlens, Jeuss, Attalens, Morlon, La Sonnaz, Rue, Villaz-St-Pierre, Torny, Düdingen, Cheyres, Cugy, Estavayer-le-Lac, Fétigny, Seiry und Surpierre wurden Schulbauten gebaut oder umgebaut; einige dieser Arbeiten sind noch im Gang.

Die Gemeinden Corbières, Le Flon, Semsales, Vuadens, Bossonens, Bas-Intyamont, Gruyères, Broc, Bulle, Hauteville, Marsens, Avry, Belfaux, Freiburg, Marly, Noréaz, La Brillaz, Courtepin, Misery-Courtion, Châtel-St-Denis und La Verrerie treffen Abklärungen für den Umbau und die Vergrösserung ihrer Schulen oder den Bau neuer Gebäude. Dasselbe gilt für folgende Schulkreise:

- › Bussy, Morens, Sévaz, Rueyres-les-Prés, Vernay;
- › Cerniat, Crésuz, Châtel-sur-Montsalvens, Charmey;
- › Agriswil, Büchslen, Gempnach, Ried bei Kerzers und Ulmiz.

Die staatlichen Beiträge an Schulbauten für die Primarstufe beliefen sich auf 1 828 489.80 Franken.

2.1.4b Orientierungsschulen

Die Arbeiten für die OS von Domdidier, Estavayer-le-Lac und Gurmels sind im Gang.

Die Arbeiten für die OS Pérolles und die Dreifachsporthalle in Châtel-St-Denis konnten bereits beendet werden.

Die Studien für die Erweiterung oder den Umbau der OS von Plaffeien, Kerzers, Bulle, Châtel-St-Denis und Romont werden fortgeführt.

Der Staat hat für 3 999 630.45 Franken Beiträge an die Investition geleistet und 139 630.45 Franken an die Mieten.

—
2009

2.2 Aussergewöhnliche Ereignisse

Im Bereich Unterhalts- und Renovationsarbeiten von Gebäuden und Installationen des Staats hat die technische Abteilung des Hochbauamts die Leitung der Arbeiten bei folgenden Gebäuden übernommen:

2.2.1 Für die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport

- › Kantons- und Universitätsbibliothek: Instandsetzung oder Einrichtung des Büros des Sektors Logistik, der technischen Werkstätten, der Räumlichkeiten für die Binderei, das Material und die Ausleihe, Einrichtung eines Economats im Dachgeschoss, teilweises Räumen verschiedener Räumlichkeiten und Entsorgung von Sperrgut, Einrichtung von zusätzlichen Regalen im Lager, Neueinrichtung der Küche in der Hauswartwohnung, Spezialreinigung des Hauptlesesaals, Inbetriebnahme von Videoüberwachungskameras in öffentlichen Teilen der Bibliothek, Erweiterung des drahtlosen Zugangs zum Computernetzwerk, Verbesserung des Schliessplans, Nachführung der Pläne und Schemata, Studie für den Ersatz der Induktionsgeräte, Einrichtung eines elektronischen Temperatur- und Feuchtigkeitskontrollsystems, Überwachung der Abführung von schlechten Gerüchen, Ersatz des Brand- und Feueralarmsübermittler, Überholung der Notbeleuchtung und Markierung der Fluchtwege, Wiederholungskurs bezüglich Verhaltensregeln im Fall eines Alarms, Anpassungen entsprechend der Verordnung über elektrische Niederspannungsinstallationen (NIV), Einrichtung einer wirtschaftlicheren Ersatzbatterie sowie Abbruch der Gebäude an der Rue St-Michel 4 und 6;
- › Kollegium des Südens: Ersatz der Wasserflächen für die Schülerinnen und Schüler, Instandsetzung des Verputzes der Säulen im Innern des Gebäudes, Einbau von zusätzlichen Schülerkästen in der Eingangshalle, Studie und Austausch der Leuchten sowie Einrichtung von Batterien für die Notbeleuchtung in der Sporthalle;
- › Kollegium St. Michael: komplette Renovierung und Ersatz des Mobiliars, Einrichtung von Beamern in vier Klassen- und Informatikzimmern im zweiten Stock des Internats, Instandsetzung und Auffrischung des Sekretariats im 1. Stock des Hauptgebäudes (Rektorat), Sanierung der Stützmauern und Einbau von Schutzgittern auf der Süd- und Ostmauer des Gemüsegartens bzw. des Kirchenhofs, Schnitt von Bäumen und Sträuchern auf der Böschung des Walrisses, Einrichtung eines für die Schülerinnen und Schüler zugänglichen Beckens, Einrichtung einer Belüftung und eines Grills in der Cafeteria, Austausch der elektronischen Anzeigetafeln und der Steuerung im Sportzentrum, Austausch der Heizungsleitungen im Sportzentrum, Austausch der Schränke im Chemielabor, in denen gefährliche Produkte gelagert werden, Sanierung und Absicherung der Belüftung im 2. Stock des Gymnasiums sowie 2. Etappe der Restaurierung des Narthex der St.-Michael-Kirche;
- › Güter des Kollegiums St. Michael: Instandsetzung der Westfassaden und der Stallböden (Hof Pépin in Sorens), Ersatz der Aussentüren und Instandstellung der Täfelung auf den Fassaden des Hofes Les Molettes in Vaulruz, Sanierung der Milchkammer und Austausch des Kamins in der Küche des Chalets de Tissiniva, Austausch der Fenster des Stalls und Aufhebung der Schweinestallgrube auf dem Hof Monteynan in Arconciel;
- › Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung: Auffrischung des Anstrichs im Treppenhaus;
- › Pädagogische Hochschule I: Instandsetzung von zwei Unterrichtszimmern, Austausch der Storen im 2. Stock, Auffrischung der Wände und Böden, Umbau der Musikstudios, Verbesserung der Belüftung (Abzugshaube und Austausch der Heizbatterie in der Lüftungsanlage);
- › Pädagogische Hochschule II: Ersatz der Fenster (Fortsetzung), Auffrischung der Wände und Böden, Überholung der Maschinen für den Handarbeitsunterricht, Einbau von Verdunklungsstoren, Einrichtung des Instituts für Mehrsprachigkeit (Fortsetzung), Austausch der Boiler;
- › Pädagogische Hochschule III, Stand 3: Überholung und Unterhalt der Sportgeräte, Ersatz der Türen (Hallen und Geräteräume);
- › Kollegium Heilig Kreuz: Einrichtung und Umbau des Sekretariats der Direktion, vorläufige Einrichtung der Räumlichkeiten im 1. Stock der Villa Gallia für den Unterricht, Instandsetzung der Sporthalle und Klassenzimmer (Fortsetzung), Neueinrichtung der Bibliothek;
- › Fachmittelschule: Einbau von Verdunkelungsvorhängen im Vorführraum, Ausbesserung der Terrazzo-Behandlung im Erdgeschoss des Gebäudes A, Bau eines gepflasterten Weges vor dem Unterrichtsgebäude, Einrichtung eines Informatikraums im Erdgeschoss des Gebäudes A und Einrichtung eines Büros für die Informatikverantwortlichen, Schutz der Malereien im Gebäude B vor Sprayereien;
- › Naturhistorisches Museum: Austausch eines Werbeplakats an der Route de Marly, Studien und 1. Etappe für den Umbau des Zoologie-Saals 1 (Walsaal);
- › Museum für Kunst und Geschichte: Auswechseln der Verglasung, Isolierung der Fassaden und des Dachs des Verwaltungsgebäude (4. Etappe);

—
2009

- › Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit: Einrichtung neuer Mieträume;
 - › Militärdepot in Belfaux: Einbau einer Alarmanlage im Gebäude für das Museum für Kunst und Geschichte.
- 2.2.2 Für die Sicherheits- und Justizdirektion
 - › Zentralgefängnis: Austausch des Wasserenthärter bei der Zuleitung, Absicherung des Daches auf dem Nebengebäude der Cafeteria und der Waschküche mit Stacheldraht, Studie und Baubeginn für einen neuen gesicherten Empfang, Umsiedlung des Aufnahmezentrums und Ersatz der Sicherheitskameras, Sanierung der Dachabdichtung bei der Waschküche, Studie und Baubeginn für Duschen im 2. Sektor.
 - › Amt für Bevölkerung und Migration: Instandsetzung des Sicherheitssystems, Ersatz der Alarmzentrale, Einrichtung von neuen Räumlichkeiten für den Sektor Schweizerpässe im Erdgeschoss des Gebäudes «Portes de Fribourg», Einrichtung des Erfassungssystems für biometrische Daten.
- 2.2.3 Für die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft
 - › Rebgut Faverges: Einrichtung eines Büros bei den alten Keltern;
 - › Liebfrauegasse 2 in Freiburg: Zugangskontrolle, Restaurierung der West- und Südfassade (Fortsetzung).
- 2.2.4 Für die Volkswirtschaftsdirektion
 - › Hochschule für Technik und Architektur Freiburg: Austausch der Tyco-Zentrale, Instandstellung der Unterrichtszimmer (Wandanstrich und Bodenversiegelung), der Stockwerk Türen und der automatischen Türe Gang/Sekretariat, Beschriftung der neuen Türen, Sicherheitsmassnahmen, Entleerung der Fettgrube, Reinigung der Drainagevorrichtungen und Kontrollschächte, Unterhalt der Storen und des Dachs, Spezialreinigung (mit Gelenksteiger), Aufladen der Batterien für die Gasmelder, Einkäufe für das Restaurant, Anpassung der Belüftung und Abbruch einer Mauer des Hydrauliklabors.
- 2.2.5 Für die Direktion für Gesundheit und Soziales
 - › Chemin des Cliniques 15: Renovierung der Räume und des Flachdachs, Wiederinbetriebnahme und Austausch des Garagetors;
 - › Psychiatrisches Spital Marsens: Studie für Erdgasnutzung;
 - › Foyer d'Estavayer: Anschluss an die Fernheizung.
- 2.2.6 Für die Finanzdirektion
 - › Rue Joseph-Piller 13: Einrichtung von verschiedenen Räumen für das Amt für Informatik und Telekommunikation.
- 2.2.7 Für die Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion
 - › Werkhof Tour Rouge: Sanierung des Dachs im 1. Stock und Einbau von zwei Nebeneingangstüren, laufender Unterhalt;
 - › Werkhof Stadtberg: Sanierung der sanitären Einrichtungen, Anpassung der Elektroanlagen an die Normen sowie laufender Unterhalt;
 - › Werkhof Tafers: Bau eines Salzsilos;
 - › Häuserblock Tour-Henri: Austausch des Zugangskontrollsystems für das Parkhaus an der Avenue de l'Europe (Austausch der Schranken), Reparatur und Unterhalt des Dachs an der Avenue de l'Europe 8, Ersatz der Garagetore an der Avenue de l'Europe 4 für den Werkhof Gambach, Sanierung der Dusche in der Wohnung an der Avenue de Tivoli 5.
- 2.2.8 Für die Zentralverwaltung
 - In Freiburg:
 - › Chemin du Musée 4: Reparatur der Fenster und Storen, Lärmschutz HSW, Änderung bei der Stromspeisung;
 - › Chorherrengasse 17, 19 und 21: Umbau der Eingangshalle und mehrerer Büros;
 - › Reichengasse 26: Auffrischung verschiedener Büros;
 - › Reichengasse 51: Unterhalt der Gazbourg-Heizung;
 - › Polizeiposten Les Pilettes (Galeries du Rex) in Freiburg: Einrichtung und Bezug der Räume;
 - › BAPOL: Einrichtung und Auffrischung verschiedener Räume, Sanierung von Einrichtungen, laufender Unterhalt;
 - › La Grenette: Erweiterung für das Untersuchungsrichteramt und Umbau von 3 Stockwerken.
 - In den Bezirken:
 - › Oberamt Bulle: Ergänzung des Blitzableiters auf dem Dach, Umbau für die Polizei des Empfangs und Einrichtung eines Sicherheitssystems, laufender Unterhalt;

—
2009

- › Oberamt Murten: Zivilstandsamt, Einrichtung und Bezug der Räume, laufender Unterhalt;
- › Oberamt Châtel-St-Denis: Verstärkung der Mauern, Abbruch verschiedener Doppelungen und Mauern, Wiederaufbau des Innern im Erdgeschoss (Eingang Bergfried) im Rahmen des Schlossumbaus, laufender Unterhalt;
- › Oberamt Estavayer-le-Lac: Auffrischung der Büros, Gestaltung der Umgebung und der Gärten;
- › Oberamt Romont: Austausch der Fenster (Fortsetzung und Abschluss), Studien für einen neuen Heizraum mit Erdgasanschluss oder einen Anschluss an die Fernwärmeversorgung;
- › Polizeiposten Murten: Neueinrichtung und Auffrischung im Gebäudeinnern, Unterhalt der Einvernahmeräume;
- › Polizeiposten Farvagny: Sanierung der Heizung, Isolierung der Fassaden und des Dachs, Austausch der Fenster sowie laufender Unterhalt;
- › Polizeiposten Broc: öffentliche Auflage für die Sanierung der Fassaden und des Dachs;
- › CIG Granges-Paccot: Sicherung des Eingangs, der Halle, des Empfangsschalters und der Fenster im Erdgeschoss (Sektor Betrieb), Auffrischung der Büros, Verbesserung der Sicherheit im Aussenbereich (Beleuchtung, Kameras), laufender Unterhalt;
- › CIG Vaulruz: Sicherung des Eingangs, der Halle, des Empfangsschalters und der Fenster im Erdgeschoss (Sektor Betrieb), laufender Unterhalt;
- › CIG Domdidier: Sicherung des Eingangs, der Halle, des Empfangsschalters und der Fenster im Erdgeschoss (Sektor Betrieb), laufender Unterhalt;
- › Interkantonales Gymnasium der Region Broye in Payerne: Begleitung der Bauarbeiten und Beratung der Schuldirektion im Bereich des Gebäudeunterhalts.

2.2.9 Für die Kirchen, Kapellen und Kunstdenkmäler

- › St.-Niklaus-Kathedrale: Unterhaltsarbeiten gemäss Koordinationsbericht von Normal Office;
- › Bollwerk: Umbau des Waffenlagers;
- › Türme und Tore: Sanierung des Daches und Verstärkung der Fassade beim Murtentor;
- › Pfarrkirche St. Moritz: Ersatz der Heizanlagen (2. Etappe).

2.2.10 Fernüberwachung Energieverbrauch

Die Zähler von 109 Gebäuden wurden geprüft. Die Arbeiten für die Einführung eines digitalisierten Fernüberwachungssystems sind ungefähr zu 30% abgeschlossen. Aufgrund verschiedener Probleme musste ein neuer Partner gesucht werden, sodass das Projekt nun nicht mehr im vorgesehenen Zeitplan ist.

Die Ausarbeitung der technischen Empfehlungen HLSE für eine Vereinheitlichung der technischen Anlagen im Rahmen eines Neu- oder Umbaus von Gebäuden steht kurz vor dem Abschluss.

Nach der Migration des Alarmübermittlungssystems bei Feuer, Einbrüchen und Angriffen auf dem Informatiknetzwerk wurde ein Bericht verfasst, in dem ein Gesamtüberblick über die verschiedenen Anlagen vermittelt wird.

3. Zusammenfassung der Ausgaben

Die Kosten der vom Hochbauamt durchgeführten Arbeiten lassen sich wie folgt zusammenfassen:

	Fr. *	Fr. **
Gebäudeunterhalt	3 935 310.--	6 921 830.--
Unterhalt und Reparatur von Kirchen, Kapellen und Kunstdenkmälern	1 699 970.--	78 664.--
Bau, Erweiterung, Ausbau sowie ausserordentliche Arbeiten, Kauf von Gebäuden	17 911 232.--	29 945 420.--

* zulasten des Hochbauamts

** zulasten der übrigen Direktionen, vom Hochbauamt verwaltet, Anstalten ausgenommen

—
2009

VII. PERSONALBESTAND

BEHÖRDEN – DIREKTIONEN Finanzstellen		Rechnung 2009 VZÄ	Rechnung 2008 VZÄ	Differenz VZÄ
RAUMPLANUNG, UMWELT UND BAUWESEN		385.34	382.37	2.97
ZENTRALVERWALTUNG		377.34	369.55	7.79
3800 / TPSE	Generalsekretariat	10.05	8.90	1.15
3805 / OCAT	Bau- und Raumplanungsamt	28.63	26.64	1.99
3810 / PCAD	Tiefbauamt	45.87	43.47	2.40
3820 / PCRC	Kantonsstrassen – Unterhalt	112.81	113.23	-0.42
3830 / PCRN	Nationalstrassen – Unterhalt	44.18	43.31	0.87
3840 / PCEE	Sektion Gewässer	7.90	7.91	-0.01
3845 / OPEN	Amt für Umwelt	37.90	37.27	0.63
3850 / BATI	Hochbauamt	90.00	88.82	1.18
BESONDERE SEKTOREN, SONSTIGE ANSTALTEN		8.00	12.82	-4.82
3825 / RNCO	Autobahnamt	8.00	12.82	-4.82



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Chancellerie d'Etat CHA
Staatskanzlei SK

WWW.FR.CH/CHA

Staatskanzlei SK

—

2009

I. SEKRETARIAT DES STAATSRATS	1
<hr/>	
1. Auftrag.....	1
2. Tätigkeit.....	1
II. AMT FÜR DRUCKSACHEN UND MATERIAL	5
<hr/>	
1. Auftrag.....	5
2. Tätigkeit.....	5
III. PERSONALBESTAND	7
<hr/>	

—
2009

I. SEKRETARIAT DES STAATSRATS

Staatskanzlerin: *Danielle Gagnaux*

Vizekanzler: *Olivier Curty*

1. Auftrag

Die Staatskanzlei ist das Sekretariat des Staatsrats. Zu dieser Aufgabe gehört es, die Sitzungen des Staatsrats zu organisieren, die Protokolle zu führen, die Ausführung der Beschlüsse des Staatsrats zu überwachen und die Entscheide in den amtlichen Veröffentlichungen (Amtsblatt und Amtliche Sammlung des Kantons Freiburg) und auf dem Internet zugänglich zu machen. Die Staatskanzlei ist auch beauftragt mit der Information der Öffentlichkeit, der Koordination der Aussenbeziehungen und den Beziehungen zum Grossen Rat. Sie organisiert die Veranstaltungen des Staatsrats und die eidgenössischen und kantonalen Wahlen und Abstimmungen und beschäftigt sich mit der Koordination der Übersetzungen beim Staat, mit Beglaubigungen, Einkauf von Material, Drucksachen und dem internen Kurierdienst.

2. Tätigkeit

2.1 Stabs- und Unterstützungsfunktionen

2.1.1 Sitzungen und Veranstaltungen des Staatsrats

Die Organisation der Sitzungen und Veranstaltungen des Staatsrates, über die im Kapitel «Staatsratsjahr» berichtet wird, bildet die Haupttätigkeit der Staatskanzlei. Des Weiteren haben im Berichtsjahr die Vorbereitung des Projekts Corporate Design des Staates Freiburg und des Projekts zur Erneuerung des Amtsblatts die Kräfte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Staatskanzlei in Anspruch genommen. Die Bereinigung der Verfahren zur Verwaltung und Begleitung der Sitzungen des Staatsrats wurden weitergeführt, obwohl das Projekt zur elektronischen Verwaltung der Dossiers noch nicht umgesetzt werden konnte. Die Staatskanzlei hat unter der Leitung des Staatsratspräsidenten 2010 die Herausgabe der Broschüre zur Vorstellung des Staatsrats 2010 vorbereitet; das Foto des Gesamtstaatsrats hat die Freiburger Fotografin Corinne Aeberhard aufgenommen. Diese Broschüre trägt als erstes Dokument das neue Corporate Design und wird Ende Januar 2010 bei der Vorstellung des neuen Logos verteilt.

2.1.2 Tätigkeitsbericht des Staatsrats

Dieser Bericht ist die 3. Auflage des Tätigkeitsberichts in der neuen Form. Das Deckblatt und die Darstellung wurden an das neue Corporate Design angepasst.

2.1.3 Konferenz der Generalsekretäre

Die Konferenz der Generalsekretäre, die von der Staatskanzlerin präsidiert wird, trat 2009 zu 5 Sitzungen zusammen. Sie hat zu verschiedenen Projekten aus der ganzen Verwaltung Stellung genommen (Tätigkeitsbericht, Entwurf für ein Corporate Design des Staates Freiburg, neues Modell zur Vorstellung der Staatsrechnung [MCH2], Begleitung der ASL [Analyse staatlicher Leistungen], jährliche Konferenz der höheren Kader des Staates Freiburg, Verfahren zur Verwaltung der Vernehmlassungen des Bundes). Sie hat an der Umsetzung der Massnahmen gegen die Grippe A-H1N1 mitgewirkt und unter der Leitung des Staatsarchivars Überlegungen über die Archivierung beim Staat Freiburg angestellt.

2.1.4 Corporate Design

Das Projekt für das Corporate Design ist 2009 entscheidend vorangekommen. Die mit dem Projekt beauftragte Arbeitsgruppe hat zusammen mit dem beauftragten Unternehmen die Schlüsselemente für die konkrete Ausgestaltung erarbeitet und diese dem Staatsrat zur Genehmigung unterbreitet. An der Sitzung vom 26. Mai 2009 hat der Staatsrat beschlossen, dass das neue Corporate Design des Staates Freiburg sich auf einen einheitlichen Ansatz stützt, mit einer Grafikcharta für alle Einheiten im Geltungsbereich. Schliesslich hat er dann in der Sitzung vom 22. September das künftige Logo des Staates Freiburg ausgewählt. An den Sitzungen vom 9. und 17. November hat er die Liste mit den Ausnahmen beschlossen.

Am Ende des Berichtjahres befindet sich die Grafikcharta in Bearbeitung. Das Projekt wird den Medien und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Staates Ende Januar 2010 vorgestellt. Es ist geplant, dass das neue Corporate Design ab Frühling 2010 nach und nach eingesetzt wird. Für die wesentlichen Anwendungen sollte die Umsetzung Ende 2011 abgeschlossen werden.

2.1.5 Beziehungen zum Grossen Rat

Die Zusammenarbeit zwischen der Staatskanzlei und dem Sekretariat des Grossen Rates wurde weiterhin optimiert, nachdem die Zusammenarbeitsvereinbarung 2008 revidiert wurde. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Staatskanzlei (Weibel, Übersetzer, Informatiker, Buchhalter) stellen dem Sekretariat des Grossen Rates ihre Arbeitskraft weiterhin für bestimmte Aufgaben zur Verfügung. Die Staatskanzlerin nahm an den Sitzungen des Büros des Grossen Rates teil, an denen die Traktandenlisten der Sessionen vorbereitet wurden.

—
2009

2.1.6 Entwurf für ein Informationsgesetz

Aus Gründen der politischen Kontinuität blieb der Entwurf für das Informationsgesetz in den Händen des Vorstehers der ILFD, der es bereits in seinem Präsidentschaftsjahr im Staatsrat betreut hatte. Die parlamentarische Kommission hat ihn an rund 15 Sitzungen geprüft. Der Grosse Rat behandelte ihn im Wesentlichen der Junisession und verabschiedete das Gesetz in der Septembersession. Der Staatsrat hat die Staatskanzlei mit der Umsetzung des Gesetzes beauftragt; es wird auf den 1. Januar 2011 in Kraft gesetzt.

2.1.7 Bewältigung von Krisensituationen

Die Ausarbeitung des Konzepts zur Bewältigung von Krisen im Staat Freiburg wurde fortgesetzt. Die Risikoanalyse nach Direktion wurde beendet. Der Staatsrat hat der Arbeitsgruppe eine Fristverlängerung gewährt, damit sie pro Direktion eine Risikoanalyse durchführen und dann alle Massnahmen beantragen kann, die dazu dienen sollen, die Reaktionszeit bei Krisen zu verkürzen, die Auswirkung der Krise auf den Betrieb der Verwaltung und das Leben im Kanton möglichst gering zu halten und die Kommunikation gegen innen und aussen in einer solchen Situation zu optimieren. 2010 wird dem Staatsrat ein Bericht abgegeben.

2.1.8 Amtsblatt

Der Staatsrat beauftragte eine interne Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des Vizekanzlers, das Amtsblatt an die neuen Möglichkeiten der Verbreitung anzupassen und es namentlich auf Internet zur Verfügung zu stellen. Die neue Form des Amtsblattes, die auch dem neuen Corporate Design angepasst wird, sollte am 1. Januar 2011 in Kraft treten.

2.2 Büro für Information (BfI)

Das BfI unterstützt die Staatskanzlei bei der Informationstätigkeit über die Angelegenheiten des Staatsrats. Es stellt die allgemeine Koordination der Verwaltungstätigkeit auf dem Gebiet der Information der Öffentlichkeit sicher. Es unterstützt und berät die Direktionen und ihre Verwaltungseinheiten bei diesen Tätigkeiten und sorgt für gute Beziehungen zu den Medien.

2.2.1 Beziehungen zu den Mitgliedern der Verwaltung und zu den Medien

Im 3. vollständigen Tätigkeitsjahr hat das BfI weiterhin Kontakte mit den Mitgliedern der Kantonsverwaltung und mit den Medienschaffenden unterhalten. Es hat namentlich einen ersten Ausbildungstag in Kommunikation für die Kader des Staates organisiert. An diesem Tag sprechen mehrere Medienschaffende, sodass das BfI seine Rolle als Bindeglied zwischen Kantonsverwaltung und Medien konkret spielen kann. Angesichts des positiven Echos ist im Frühling 2010 eine zweite Ausgabe geplant.

2.2.2 Medienmitteilungen, -konferenzen und -informationen

Das ist logischerweise noch immer der wichtigste Teil der Aufgabe des BfI. Im Berichtsjahr wurden den Medien 300 Mitteilungen zugestellt, und rund 50 Medienkonferenzen wurden organisiert, an denen mindestens ein Mitglied des Staatsrats beteiligt war. Das BfI war mehr oder weniger an allen beteiligt und hat selbst mehrere Medienkonferenzen organisiert (Glaskabel, neues Corporate Design, Bilanz des Staatsratspräsidenten ...). Im Bestreben, die Koordination der Kommunikation zu verbessern, organisierte es zwei Sitzungen mit allen Ansprechpersonen in den Direktionen.

2.2.3 Websites

2009 fuhr das BfI mit der Erweiterung und der Entwicklung des Inhalts der Websites des Staates fort (Durchlesen und Hilfe bei der Schaffung von 12 neuen Sites). Eine besondere Anstrengung galt der Schaffung und der Entwicklung einer eigenen Site für den Staatsrat, die 2010 in Produktion gehen wird.

2.2.4 Verwaltung des Inhalts des Portals des Staates und der Site der Staatskanzlei

Das BfI verwaltet den elektronischen Briefkasten des Staates Freiburg. Durchschnittlich gehen bei diesem Briefkasten, der eine direkte Schnittstelle zwischen Verwaltung und Bürgern bildet, pro Woche mehr als 10 Fragen ein, was im ganzen Jahr 2009 rund 400 Fragen ausmacht.

2.2.5 Mitarbeit beim kantonalen Führungsorgan (KFO)

Der Verantwortliche für das BfI und seine Adjunktin waren beauftragt, beim KFO mitzuarbeiten und namentlich in Gruppen mitzuwirken, die Überlegungen über die Problematik bei Katastrophen und Pandemien anstellten. Sie leisteten einen wichtigen Beitrag an die Organisation von verschiedenen Übungen. Das Jahr 2009 war gekennzeichnet durch die H1N1-Pandemie; in dieser Situation mussten die Mitglieder des BfI im zweiten Halbjahr zahlreiche Mitteilungen vorbereiten.

2.2.6 Kommunikationsplan im Zusammenhang mit dem Plan für den Wiederaufschwung

Das Jahr 2009 war auch gekennzeichnet durch die Arbeiten zur Umsetzung des Kommunikationsplans im Zusammenhang mit dem Plan für den Wiederaufschwung. Nebst der Schaffung einer Website wurde das Projekt umgesetzt, indem in den wichtigsten Freiburger Zeitungen 9mal eine ganzseitige Veröffentlichung mit nützlichen Informationen zum Thema erschien. Der zweite Teil des Kommunikationsplans läuft im ersten Halbjahr 2010 ab.

—
2009

2.3 Aussenbeziehungen

Der Sektor Aussenbeziehungen bei der Staatskanzlei unterstützt den Staatsrat bei der Gewährleistung einer Verbindung zwischen dem Kanton Freiburg und der äusseren Umgebung, namentlich den übrigen Kantonen, dem Bundesparlament, dem Bund und der Europäischen Union. Die wichtigsten Tätigkeiten werden im Bericht unter dem Kapitel «Tätigkeiten des Staatsrats: Aussenbeziehungen» vorgestellt; sie bestehen in der Vorbereitung der Geschäfte, der Koordination innerhalb des Kantons und mit den anderen Kantonen und der Betreuung der Angelegenheiten, die zu diesem Bereich gehören. Im Folgenden werden nur einige besondere Tätigkeiten vorgestellt.

2.3.1 Europäische Integration

Die Begleitung der Umsetzung der Bilateralen Abkommen I und II auf Kantonsebene und das ganze Dossier der europäischen Integration bilden ständige Aufgaben des Sektors Aussenbeziehungen. 2009 war das 2. Jahr seit der Lancierung des Programms INTERREG 4. Der Kanton Freiburg ist als angrenzendes Gebiet am Interreg-Programm Frankreich-Schweiz beteiligt. Fünf Projekte (Genfersee ohne Grenzen, Schutzwald, TransAlpine Bio Cluster, Zukunftsträume, Schaffung von Werten in den Regionen dank AOC), an denen sich der Bund und der Kanton finanziell beteiligen, wurden seit dem Inkrafttreten des Programms 2008 genehmigt. Alle diese Projekte gehören zur neuen Regionalpolitik (NRP) und werden mit der Wirtschaftsförderung, die im Kanton für die NRP verantwortlich ist, koordiniert.

Der Sektor Aussenbeziehungen koordiniert die Mitwirkung des Kantons bei der Versammlung der Regionen Europas (VRE). Am 14. und 15. Mai 2009 hat der Staatsrat in Freiburg das Büro der VRE empfangen, das sind mehr als 80 Vertreter der Regionen Europas. Als zentrales Thema wurde unter anderem über die «regionalen Antworten auf die Krise» diskutiert.

2.3.2 Entwicklungszusammenarbeit

Die Staatskanzlei wurde vom Staatsrat beauftragt, den Artikel 70 der Kantonsverfassung umzusetzen; in diesem Artikel wird vorgeschrieben, dass der Kanton die Entwicklungszusammenarbeit fördert. Ende 2007 wurde zwischen dem Staat Freiburg und der Organisation «Solidarisches Freiburg» ein erster Leistungsauftrag abgeschlossen; Solidarisches Freiburg ist der Dachverband der Freiburger Organisationen, die in der Entwicklungshilfe tätig sind. Die Unterstützung des Kantons Freiburg besteht materiell aus einer pauschalen Finanzhilfe und einer finanziellen Unterstützung von Entwicklungsprojekten, die von Solidarisches Freiburg vorgeschlagen werden. Im Rahmen des ersten Auftrags, der von 2007 bis 2009 lief, wurden rund 15 Projekte unterstützt und ein Gesamtbetrag von rund 210 000 Franken zugeteilt. 2009 hat der Staatsrat den ersten Auftrag eva-

luiert und angesichts der positiven Ergebnisse beschlossen, für die Jahre 2010–2011 einen neuen Leistungsauftrag zu vergeben.

2.4 Sektor Sprachen und Publikationen

Der Sektor Sprachen und Publikationen prüft die französischen und deutschen Fassungen der von den Direktionen vorbereiteten Erlassentwürfe und weiterer amtlicher Texte auf ihre formale, inhaltliche und sprachliche Richtigkeit und sorgt für ihre korrekte Veröffentlichung in der Amtlichen Gesetzessammlung (ASF), im Amtsblatt (ABl) und im Internet. Er bereitet die Botschaften zu den Gesetzen und Dekreten für den Druck vor. Er fertigt Übersetzungen für die Staatskanzlei und wenn nötig für das Staatsratspräsidium und die Direktionen an und koordiniert Fragen im Zusammenhang mit dem Übersetzungswesen in der Kantonsverwaltung. Er trägt dazu bei, die Fachwortbestände zu erfassen und für die Datenbanken benutzbar zu machen (Terminologie).

2.4.1 Ordentliche Tätigkeit

In der Amtlichen Sammlung des Kantons Freiburg wurden veröffentlicht: *Grosser Rat* 19 (28) Gesetze und 16 (19) Dekrete; *Staatsrat*: 88 (89) Verordnungen, 9 (6) Reglemente und 1 (1) Tarif; *Direktionen*: 18 (23) Erlasse. Das entspricht ungefähr 770 (770) ASF-Druckseiten in jeder Sprache. Im Amtsblatt wurden veröffentlicht: *Grosser Rat* 3 (3) Einbürgerungsdekrete; *Staatsrat*: 22 (24) Beschlüsse; *Direktionen*: Amtliche Texte wie Mitteilungen, Ausschreibungen, öffentliche Auflagen, offene Stellen, Immobilienverkäufe usw. Vor dem wöchentlichen Erscheinen des Amtsblattes kontrollierte der Sektor die Druckfahnen der amtlichen Seiten, die ihm von der Druckerei zugestellt werden.

2.4.2 Übersetzungen

2009 wurden umfangreiche Übersetzungsarbeiten ausgeführt, namentlich der Bericht der parlamentarischen Kommission zur Untersuchung der Kreditüberschreitungen im Zusammenhang mit der H189 (Umfahrungsstrasse von Bulle), die Übersetzung des interkantonalen Vertrags über die parlamentarische Aufsicht beim Abschluss interkantonalen Verträge, genannt «Convention des conventions», und die Medienmitteilungen zu den Staatsratssitzungen und den Empfehlungen im Zusammenhang mit der befürchteten Pandemie.

2.4.3 Veröffentlichungen

Der Umfang der Erlasse, die in beiden Sprachen zu überarbeiten und zu kontrollieren waren, blieb auf einem hohen Niveau konstant. Die längsten veröffentlichten Texte in diesem Jahr waren mit über 170 Artikeln das neue Justizgesetz (Kontrolle Dezember 09, gedruckt und an den Grossen Rat überwiesen im Januar 2010) und mit 116 Artikeln das neue Raumplanungs- und Baureglement.

2009

Der Übersetzungsdienst hat die deutschen Texte der Zeitungsseite zur Ankurbelung der Freiburger Wirtschaft kontrolliert.

2.4.4 Weitere herausragende Ereignisse

2009 konnte von TRANSIT, dem Übersetzungs-Tool, die neue Version NXT installiert und bei den Übersetzerinnen und Übersetzern installiert werden. Um die Benutzerinnen und Benutzer mit den neuen Möglichkeiten dieses Programms vertraut zu machen wurden ein Kurs und individuelle Unterstützung organisiert.

Der Sektor hat ausserdem bei der Besetzung von zwei vakant gewordenen Übersetzerstellen mitgewirkt: Eine Stelle wurde bei der Direktion der Institutionen und der Forst- und Landwirtschaft und die andere beim Amt für den Arbeitsmarkt (Volkswirtschaftsdirektion) frei.

Auch in diesem Jahr hat der Sektor aktiv Terminologiearbeit geleistet. Er hat an den Arbeiten des Interkantonalen Organs für terminologische Zusammenarbeit im öffentlichen Bereich mitgewirkt. Die terminologische Erfassung der in der Freiburger Gesetzgebung definierten Fachbegriffe auf dem Gebiet der Gesundheit und der harmonisierten Baubegriffe für die eigene Datenbank konnte abgeschlossen werden.

2.5 Sektor Interne Dienste und politische Rechte

Die Betreuung des gemeinsamen Empfangsschalters für die Staatskanzlei und die Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion gehört ebenso zu den Aufgaben dieses Sektors wie die Bedienung der Telefonzentrale der Staatskanzlei und der interne Kurierdienst des Staates Freiburg.

Auf verschiedenen Dokumenten, die hauptsächlich für das Ausland bestimmt waren, wurden Unterschriften beglaubigt (2628 Apostillen und 1463 Beglaubigungen).

Eine Rubrik nur über die politischen Rechte mit einem Verzeichnis der eingereichten Initiativen, Referenden und Petitionen wurde verfasst und auf der Website der Staatskanzlei veröffentlicht.

2.5.1 Abstimmungen

Es fanden 4 eidgenössische Abstimmungen statt:

› Am 8. Februar 2009 stimmte das Freiburger Volk über den Bundesbeschluss vom 13. Juni 2008 über die Genehmigung der Weiterführung des Freizügigkeitsabkommens zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten sowie über die Genehmigung und die Umsetzung des Protokolls über die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkom-

mens auf Bulgarien und Rumänien ab (56 025 Ja/30 830 Nein). Die Stimmbeteiligung betrug 49,47%.

› Am 17. Mai 2009 stimmte das Freiburger Volk über 2 Vorlagen ab:

- + Verfassungsartikel «Zukunft mit Komplementärmedizin» (41 607 Ja/15 812 Nein).
- + Einführung von elektronisch registrierten biometrischen Daten im Schweizer Pass und den Reisedokumenten für ausländische Personen (30 124 Ja/26 643 Nein).

Die Stimmbeteiligung betrug bei beiden Vorlagen 32,53%.

› Am 27. September 2009 stimmte das Freiburger Volk ebenfalls über 2 Vorlagen ab:

- + Bundesbeschluss über eine befristete Zusatzfinanzierung der Invalidenversicherung durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze (43 694 Ja/30 226 Nein).
- + Bundesbeschluss über den Verzicht auf die Einführung der allgemeinen Volksinitiative (45 028 Ja/23 028 Nein).

Die Stimmbeteiligung betrug bei beiden Vorlagen 41,75%.

› Am 29. November 2009 stimmte das Freiburger Volk über 3 Vorlagen ab:

- + Bundesbeschluss zur Schaffung einer Spezialfinanzierung für Aufgaben im Luftverkehr (54 778 Ja/30 378 Nein).
- + Volksinitiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» (26 327 Ja/64 403 Nein).
- + Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten» (50 970 Ja/40 226 Nein).

Die Stimmbeteiligung betrug bei diesen 3 Vorlagen 51,54%.

Es fanden 2 kantonale Volksabstimmungen statt:

› Am 8. Februar 2009 stimmte das Freiburger Volk über 2 Vorlagen ab:

- + Gesetzesinitiative «Gerechte Steuerrückerstattung für alle» (36 372 Ja/47 630 Nein).
- + Beitrag des Staats an die Gemeinden für die Einführung des zweiten Kindergartenjahres (60 309 Ja/23 740 Nein).

Die Stimmbeteiligung betrug 48,69%.

› Am 27. September 2009 stimmte das Freiburger Volk über das Gesetz vom 9. Oktober 2008 zur Änderung des Gesetzes über die Ausübung des Handels ab (31 016 Ja/ 42 320 Nein). Die Stimmbeteiligung betrug 41,51%.

—
2009

2.5.2 Initiativen – Referenden – Petitionen

Das Referendumsbegehren gegen das Gesetz vom 12. Februar 2009 über den Beitritt des Kantons Freiburg zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule wurde am 26. März 2009 eingereicht. Im Amtsblatt Nr. 34 vom 21. August 2009 wurde festgestellt, dass dieses Referendumsbegehren zustande gekommen ist. Von den 6831 eingereichten Unterschriften waren 6361 gültig.

Eine Petition des Verbands des Personals öffentlicher Dienste (VPOD CFT - Region Freiburg) und des Schweizer Berufsverbands der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK) an den Staatsrat wurde am 27. März 2009 eingereicht. Mit ihr wird gefordert, dass das Arbeitsgesetz (ArG), namentlich was die Nachtarbeit betrifft, eingehalten wird.

Eine Petition der Sozialdemokratischen Partei Freiburg an den Staatsrat wurde am 18. Mai 2009 eingereicht. Mit ihr wird verlangt, dass spätestens im Dezember 2010 eine direkte Eisenbahnlinie Bulle-Romont-Freiburg geschaffen wird.

2.6 Informatikprojekte

2.6.1 Abstimmen über Internet

Im Rahmen der Entwicklung von E-Government arbeiteten die Sektoren Informatikprojekte und interne Dienste und politische Rechte eng zusammen, um den Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern, die im Kanton Freiburg angemeldet sind, ein Abstimmungssystem über Internet zur Verfügung zu stellen. Die Vorbereitungsarbeiten fanden 2009 statt und werden 2010 fortgesetzt. Die erste Abstimmung mit diesem System findet im September 2010 statt. Die Bundeskanzlei hat für dieses Projekt eine Arbeitsgemeinschaft aus den Kantonen Freiburg, Solothurn, Schaffhausen, St. Gallen, Graubünden, Aargau und Thurgau gebildet. Das gewählte Abstimmungssystem ist ähnlich wie dasjenige, das im Kanton Zürich bereits geprüft wurde.

2.6.2 Websites

Die ständige Entwicklung von Internet zwingt die Staatskanzlei, die Publikationsplattform der Websites des Staates zu ersetzen. Die neue Version, die 2009 entwickelt wurde, bringt namentlich folgende Verbesserungen: Zugriff auf die Websites für sehbehinderte Personen, Websites für Handys und neue Intranet-Sites für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kantonsverwaltung. Die neue Plattform wird 2010 in Produktion gesetzt, gleichzeitig wird die neue Corporate Identity des Staates auf Internet umgesetzt.

II. AMT FÜR DRUCKSACHEN UND MATERIAL

1. Auftrag

Das Amt für Drucksachen und Material (DMA) ist mit der Anschaffung des administrativen und technischen Büromaterials, von Büromaschinen und -apparaten und von verschiedenem Material beauftragt; es gewährleistet den Empfang, die Kontrolle, die Lagerung und die Lieferung. Es erstellt ebenfalls ein Inventar für den Unterhalt dieser Maschinen und Apparate, organisiert den Unterhalt und handelt die Verträge aus. Es bestellt Druck-, Kopier-, Veröffentlichungs- und Bindearbeiten und führt sie aus. Es besorgt die durch die kantonale und eidgenössische Gesetzgebung vorgeschriebenen Mikrofilmarbeiten, unter Vorbehalt von besonderen Bestimmungen, namentlich auf dem Gebiet des Grundbuchs. Schliesslich berät es die Dienststellen und Anstalten bei der Wahl von Zubehör und Büromaschinen und -apparaten, damit die Vielfalt an Maschinen und Artikeln begrenzt werden kann. *Es wird geleitet von Christian Brique, Dienstchef.*

2. Tätigkeit

2.1 Anschaffung von administrativem und technischem Büromaterial

Anders als im vorhergehenden Jahr ist der Papierpreis 2009 stabil geblieben. Die Lieferung von Toner an alle Verwaltungseinheiten des Staates bildet trotz der Suche nach Lösungen für interessantere Preise einen bedeutenden Posten. Diese Materialgruppe verursachte 2009 trotzdem Kosten von rund 590 000.– Franken; diese Kosten haben seit dem Vorjahr um ungefähr 10% abgenommen. Diese Verminderung ergab sich hauptsächlich aufgrund einer systematischen Prüfung der Bedürfnisse zusammen mit dem ITA, wenn um den Ersatz von Druckern nachgesucht wurde. Das DMA stellt die Logistik beim Material sicher, indem es das Lager verwaltet und das Material für den laufenden Verbrauch verteilt oder liefert. Die Palette des Materials am Lager umfasst trotz allem mehr als 1000 Artikel. Das DMA hat verstärkt nach umweltfreundlichen Artikeln gesucht und bietet zum Beispiel nur noch wiederverwertetes Papier oder solches mit dem FSC-Label oder einem gleichen Label an. Es organisierte weiterhin den Unterhalt und wenn möglich die Reparatur von defekten Apparaten und führte das Verzeichnis der Büroapparate und -maschinen nach.

2.2 Maschinen

Die hauptsächlichsten Maschinen- und Apparatekategorien, für die das DMA zuständig ist, sind:

—
2009

2.2.1 Fotokopierer und Mehrfachunktionsgeräte (Kopierer, Drucker, Scanner und Fax)

Für diese Apparategruppe schliesst das DMA Verträge auf der Basis eines Preises pro Kopie ab, d.h. diese Apparate werden bis auf wenige Ausnahmen nicht gekauft. Laut der Rahmenvereinbarung zwischen GRAFOSA und damit auch zwischen dem DMA und den Lieferanten sind im abgemachten Preis alle Leistungen inbegriffen (Bereitstellung des Geräts, Toner und Unterhalt); ausgenommen sind das Papier und allenfalls die Heftklammern. 2009 wurden 48 Apparate ersetzt. Auf allen Fotokopierern in den Verwaltungseinheiten des Staates wurden über 45000000 Seiten gedruckt oder kopiert. Die Zahl der schwarzweiss kopierten und gedruckten Seiten bleibt ziemlich gleich, während diejenige der farbig kopierten und gedruckten Seiten weiterhin stark zunimmt.

2.2.2 Peripheriegeräte in der Informatik

Im Einverständnis mit dem ITA erwirbt das DMA die Multimedia-Projektoren (Beamer) und die elektronischen Agenden, wobei die Auswahl auf zwei bis drei Produkte, die vom ITA genehmigt sind, beschränkt wird.

2.2.3 Büroapparate

Die Nachfrage nach Schreibmaschinen, Taschenrechnern und Hellraumprojektoren nimmt seit der allgemeinen Einführung der Informatik ab. Das DMA hat einen Standard für die Fax-Modelle entwickelt, die in den Verwaltungseinheiten für die normalen Bedürfnisse installiert werden; es bleibt jedoch offen für besondere Lösungen, wenn diese sich als notwendig erweisen. Es erhielt vom ITA die Bewilligung zur Aktivierung der Fax-Funktion der Mehrfachunktionsgeräte, die über diese Möglichkeit verfügen, und konnte so Ausgaben für die Anschaffung von speziellen Fax-Geräten einsparen. Wie man bereits in den vergangenen Jahren feststellen konnte, ist es sehr hart geworden, die Reparaturen dieser Apparate zu verhandeln, weil einerseits der Kaufpreis gesunken ist und sich andererseits der Preis für die Handarbeit erhöht hat.

2.2.4 Bestellungen und Ausführungen von Druck-, Reproduktions-, Editions-, Binde- und Mikrofilmarbeiten

Wie in den vergangenen Jahren hat sich das Drucksachenbüro bemüht, den Dienststellen des Staates Lösungen anzubieten, die ihren Wünschen am besten entsprechen und die internen Realisierungsmöglichkeiten berücksichtigen. Jede Arbeit wird auf Grund der technischen Kriterien geprüft, und die geforderte Qualität und Menge wird berücksichtigt um zu bestimmen, ob die Arbeit intern oder von einem externen Leistungserbringer ausgeführt werden soll. Das Drucksachenbüro steht allen Dienststellen und Anstalten des Staates zur Verfügung. Die wichtigsten Tätigkeiten

des Büros sind der Entwurf und die Produktion von Drucksachen, der Einkauf bei externen Leistungserbringern und die technische Beratung für alle Arten Drucksachen, die für die Verwaltungstätigkeit nötig sind. Die Zahl der Schwarzweiss- und Farbdrucke, die beim DMA angefertigt wurden, ist 2009 gleich geblieben wie im Vorjahr und beträgt mehr 7 200 000 schwarzweiss gedruckte Seiten und ungefähr 1 850 000 farbig gedruckte Seiten.

Die Zahl der Offsetdrucke (400 000 Drucke) hat weiterhin abgenommen; diese Abnahme ist hauptsächlich auf die Entwicklung der digitalen Produktionsgeräte zurückzuführen. Der Digitaldruck bietet den Vorteil, dass man Dokumente «auf Verlangen» herstellen kann, und so keine Lagerbestände anlegen muss, bei denen es oft nicht sicher ist, ob sie auch wirklich gebraucht werden.

Entwicklung der Zahl der Offsetdrucke in Schwarz-Weiss oder in Farbe im Format A4

2008	500 000
2009	400 000

Das Personal der Druckerwerkstatt hat auf dem Farbplotter ungefähr 340 Grossformatdrucke (Breite 108 cm) hergestellt und ungefähr 2840 digitale Datenträgern (CD) kopiert und bedruckt.

Entwicklung der Zahl der Grossformatdrucke

2008	240
2009	340

Zahl der kopierten und bedruckten CD

2008	2150
2009	2840

Entwicklung der Zahl der Plastikbadges im Kreditkartenformat

2008	1000
(Herstellung von Kontrollbadges für die ORKAF)	
2009	280

2.3 Bindewerkstatt

Diese Abteilung hat ihre Tätigkeit, die vor allem in handwerklichen Bindearbeiten besteht, fortgesetzt. Gemäss den Empfehlungen der Leistungsanalyse des DMA wurden die Bindearbeiten zum Gestehungspreis verrechnet.

—
2009

Entwicklung der Zahl der halbindustriellen Spiralbindungen

2008	2500
2009	2000

Entwicklung der Zahl der halbindustriellen Fastback-Bindungen (vorgefertigte Bindungen aus Plastik)

2008	4900
2009	3100

Buchklebebindungen

2008 (2008 installiert)	4500
2009	3600

Mit dieser Art der Herstellung lässt sich auch die Abnahme der Zahl der Spiral- und Fastbackbindungen erklären, die teurer sind und für die es mehr Handarbeit braucht.

2.4 Mikrofilmzentrale

Die Mikrofilmzentrale macht weiterhin die Arbeiten zur Aufbewahrung, die von der Gesetzgebung des Bundes und des Kantons vor allem für das Grundbuch und das Zivilstandswesen vorgeschrieben werden.

Sie führt ausserdem regelmässig Arbeiten für andere Verwaltungseinheiten des Staates aus, hauptsächlich für das Kantonsarchiv und die Kantons- und Universitätsbibliothek. 2009 wurden ungefähr 68000 Aufnahmen gemacht. Die Abteilung hat ausserdem 180 Sicherungsfilme gemacht und entwickelt.

Entwicklung der Zahl der Aufnahmen

2008	48 000
2009	68 000

Die Mikrofilmzentrale hat ausserdem für die Staatskanzlei 9 Fotoreportagen gemacht.

III. PERSONALBESTAND

BEHÖRDEN – DIREKTIONEN Finanzstellen	Rechnung 2009 VZÄ	Rechnung 2008 VZÄ	Abweichungen VZÄ
AUSFÜHRENDE GEWALT – STAATSKANZLEI	36.68	36.51	0.17
ZENTRALVERWALTUNG	36.68	36.51	0.17
3100/CETA Staatsrat	7.00	7.00	
3105/CHAN Staatskanzlei	18.78	18.42	0.36
3110/ECON Amt für Drucksachen und Material	10.90	11.09	-0.19

Staatskanzlei SK

Chorherrengasse 17, CH-1701 Freiburg

www.admin.ch/sk

April 2010